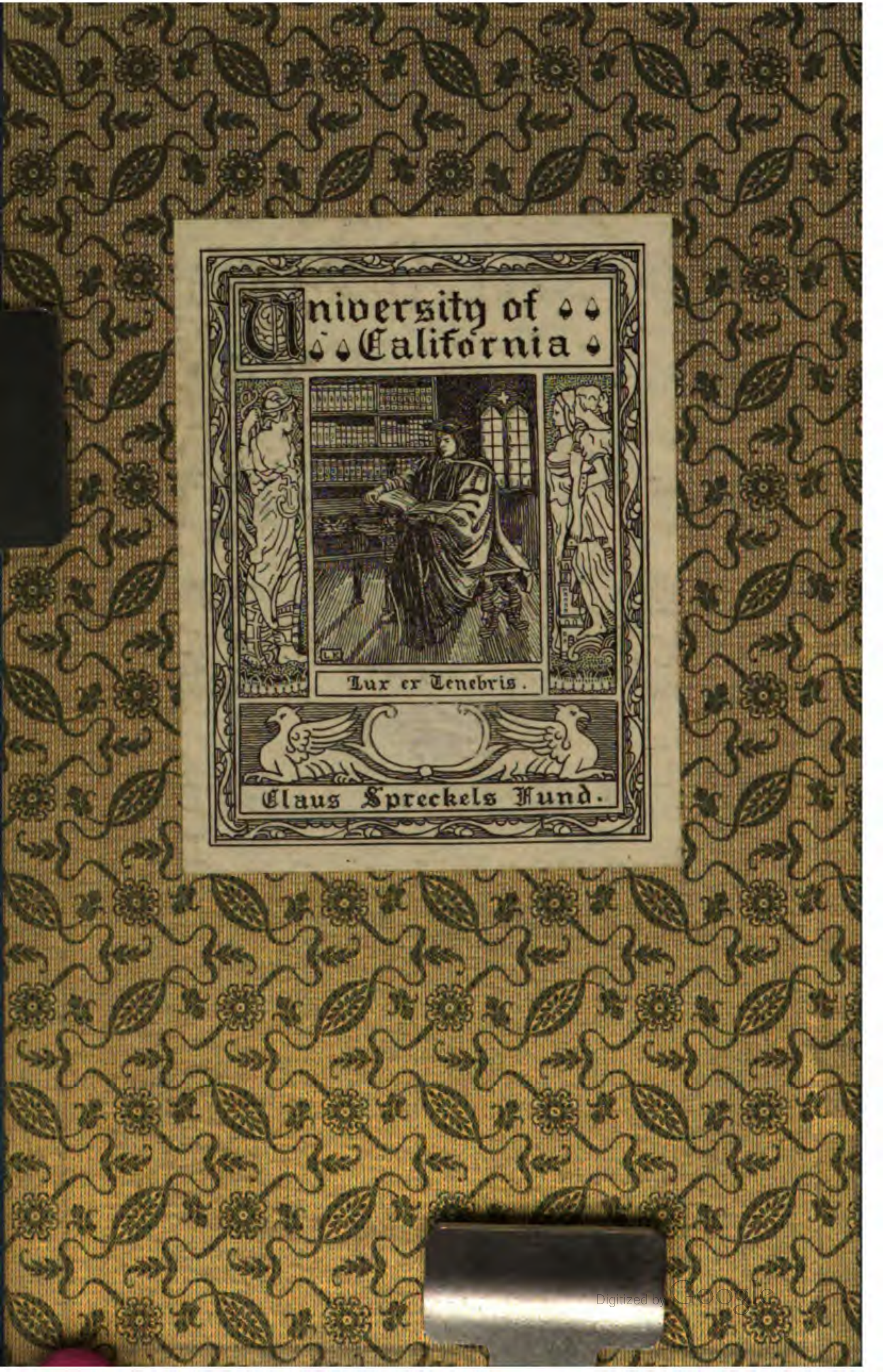
Dr. Wilhelm Schreiber,

Geschichte Bayerns

II. Band


University of California
Lux ex Tenebris.
Claus Spreckels Fund.



Geschichte Bayerns.

Zweiter Band.

Geschichte Bayerns

in Verbindung

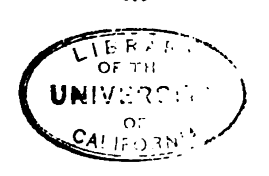
mit der deutschen Geschichte

von

Dr. Wilhelm Schreiber,
königl. bayer. Hofkaplan und Hofbenefiziat.

Zweiter Band.

Vom Österreichischen Erbfolgekrieg bis auf die Gegenwart.



Freiburg im Breisgau.
Herdersche Verlagshandlung.
1891.
Zweigniederlassungen in Straßburg, München und St. Louis, Mo.
Wien I, Wollzeile 33: B. Herder, Verlag.

Buchdruckerei der Herderschen Verlagshandlung in Freiburg.

Vorrede.

Die günstige Aufnahme, welche der erste Band meiner Geschichte Bayerns in allen wissenschaftsbeflissenen und patriotischen Kreisen gefunden hatte, gab mir einen freudigen Antrieb zur Vollendung des zweiten Bandes. Der Leser wird die Überzeugung gewinnen, daß mich auch bei Abfassung dieses Buches das Streben, im bayerischen Volke die Liebe zu seinem engern Vaterlande zu befestigen und sie mit der Treue für das Deutsche Reich zu vereinigen, geleitet hatte. Kritische Untersuchungen und Gelehrtenkram wurden auch im zweiten Bande weggelassen, weil sie nur für den Historiker vom Fach eine Bedeutung haben, von der großen Mehrzahl der Leser aber unwillig übergangen werden. Die Ereignisse und die Beweggründe der handelnden Personen suchte ich so darzustellen, wie sie sich nach einer reiflichen Erforschung der Quellenschriften ergeben haben; in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jedoch konnte der innere Zusammenhang mancher politischer Vorgänge nicht mit der gewünschten Gründlichkeit behandelt werden, weil dem Geschichtschreiber die Staatsarchive für diesen Zeitabschnitt noch verschlossen sind. Die Landtags- und Reichstagsverhandlungen werden von den Geschichtschreibern meist gänzlich beiseite gesetzt oder nur an einzelnen Stellen mit wenigen Worten berührt, weil dieselben hundertfache Bände umfassen und ein schwieriges, zeitraubendes Studium erfordern. Ich machte den Versuch, den ungeheuren Stoff zu behandeln, soweit es der eng zugemessene Raum gestattete.

Wenn mein ganzes Geschichtswerk als ein ehrenvolles Denkmal für Bayern anerkannt wird, so ist dieser Erfolg der schönste Lohn für eine langjährige, mühevolle Arbeit.

München im März 1891.

Der Verfasser.

Inhalts-Verzeichnis.

Neuere Zeit.

(Zweiter Teil.)



Erstes Kapitel.

Die Erbansprüche Karl Alberts VI. auf Österreich.

Kurfürst Karl Albert VI. hatte seine Jugend in der Verbannung verlebt und von Fremden eine strenge Erziehung erhalten. Dieses herbe Los hätte auf seine künftige Regierung sehr wohlthätig einwirken können, wenn nicht das Gift der französischen Sittenlosigkeit an der Kraft seines schwachen Körpers genagt und das Beispiel des unumschränkten Herrschertums der Bourbonen die guten Grundsätze seiner staatswissenschaftlichen Bildung verdorben hätte. Der junge Kurfürst besaß Geistesfähigkeiten, welche auf eine ersprießliche Verwaltung hoffen ließen, denn er war hochstrebend, scharfsinnig und von großer Urteilskraft. Was er unter seinen Ministern bedeutete, sah man aus den Fehlern, welche sie mit ihren Beschlüssen und Verordnungen machten, wenn er ihnen fehlte. Mit einer altbayerischen Wahrheitsliebe vereinigte er eine rückhaltlose Offenherzigkeit und eine gegen jedermann wohlwollende Güte. Es mangelte ihm jedoch Selbständigkeit und Thatkraft, und seine Umgebung konnte ihn ohne große Anstrengung von seinen Entschlüssen und Plänen abbringen. In den ersten Jahren seiner Regierung ließ sich Karl Albert von seiner Gemahlin Marie Amelie beeinflussen und lebte mit ihr in ehelicher Eintracht und Treue, weil sie sich an seine Leidenschaften, namentlich seine Jagdlust, gewöhnte, um ihn dadurch von weiteren Liebschaften abzuhalten [1]. Marie Amelie, eine kleine und zarte Dame, machte in grüner Mannskleidung und mit einer kleinen weißen Perücke alle kurfürstlichen Jagden mit und scheute vor keiner Beschwerde zurück; nicht selten sank sie bis an die Kniee in den Morast. Nachdem sie sich im Schießen auf die Scheibe so gut geübt hatte, daß sie die ersten Preise erhielt, wurde sie auch auf das Wild in Altbayern und die Auerhähne in der Oberpfalz eine

[1] Weber, C. v., Marie Antonie, Kurfürstin von Sachsen, geborene kaiserl. Prinzessin von Bayern, I, 3.



treffliche Schützin. Eine große Schar Hunde, meist englische Windspiele, begleiteten die Kurfürstin auf die Jagd [1].

Als katholischer Landesfürst ging Karl Albert seinem Volke mit frömmstem Beispiele voran. An jedem Gründonnerstag wusch er in Begleitung seiner Gemahlin nach hergebrachter Sitte zwölf armen Männern die Füße, bewirtete und beschenkte sie persönlich mit Kleidern. Am Karfreitag besuchte er mit dem ganzen Hofstaat zu Fuß 30 heilige Gräber in den Kirchen und Kapellen der Stadt, welche mit großem Glanze ausgestattet waren. Am Karsamstag machte die Kurfürstin als Priorin des St. Elisabethordens mit den adeligen Ordensdamen in feierlicher Prozession ihre Besuche bei sieben heiligen Gräbern und bei jedem wurde während ihrer Anwesenheit eine kurze Predigt gehalten. Nach der Auferstehung, welche gewöhnlich abends um 9 Uhr gefeiert wurde, begaben sich die obersten Beamten, die Kammerherren und andere Hofkavaliere zum Kurfürsten, um ihm die Hand zu küssen und gute Osterfeiertage zu wünschen [2].

Fast in jedem Jahre machte Karl Albert mit seiner Gemahlin eine Wallfahrt nach Altötting und betete außerhalb dem Orte seinem Gefolge laut den Rosenkranz vor, worauf ihm die Kurfürstin und die übrigen Hofpersonen korrespondierten. Als einst ihm und Marie Amelie auf einer Fahrt zur Jagd in München ein Priester begegnete, der von der Wohnung eines Sterbenden das Allerheiligste in die Kirche zurücktrug, stiegen er und seine Gemahlin nebst dem ganzen Jagdgefolge aus ihren Wagen und begleiteten zu Fuß den Priester bis zum Altar. Selbst bis nach Loretto in Italien pilgerte der Kurfürst mit Amelie und seinem Bruder, Herzog Ferdinand. Der hundertjährigen Jubiläumsfeier zur Erinnerung an die von Maximilian I. errichteten Mariensäule auf dem Münchener Marktplatze wohnten Karl Albert und seine Gemahlin samt dem ganzen Hofstaate (7. September 1738) bei [3]. Die Kurfürstin legte (1727) den Grundstein zur Kirche der Hieronymiten am Lehel in München, der spätern Franziskanerkirche. Als sie in demselben Jahre den Kurprinzen Max Joseph gebar, machte sie mit ihrem Gemahl eine Wallfahrt nach Eichstätt zum Grabe der hl. Walburga; sie opferten in der dortigen Kapelle eine silberne Ampel und beschenkten jeden Armen mit einem Maxdor. Amelie erbaute in der Nähe des Bürgersaales in München ein Haus zu geistlichen Exerzitien und dotierte es mit 70 000 Gulden, damit in demselben jedermann unentgeltlich den religiösen Übungen obliegen konnte. Zur Pflege der Kranken führte sie die Barmherzigen Brüder und

[1] Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, II, 208.

[2] Zeitschrift für deutsche Kulturgeschichte von Müller: Kirchenfeier des kurbayerischen Hofes in der Kar- und Osterwoche, von Häutle, Jahrg. 1873, S. 772.

[3] Häutle, Aus dem kurbayerischen Hofleben und Treiben unter Karl Albert, Oberbayer. Archiv, XXXV, 187—193.

Schwestern ein mit einem Stiftungskapital von 40 000 Gulden. Als der Kurprinz erkrankte und wieder genas, wallfahrteten die kurfürstlichen Eltern zu Fuß nach Altötting und opferten eine silberne Statue in der Größe des kurprinzlichen Kindes [1]. Mit derselben katholischen Gesinnung stiftete Karl Albert (24. April 1729) zur Ehre und Verteidigung der Glaubenslehre von der unbefleckten Empfängnis der heiligen Jungfrau Maria, deren Feier von Papst Klemens XI. (6. Dezember 1708) in der ganzen Kirche angeordnet worden war [2], und zur Unterstützung armer Witwen und Waisen den St. Georgsritterorden, in welchen nur solche katholische Adelige aufgenommen werden, die 16 Ahnen nachweisen können. Großmeister des Ordens ist der regierende Landesfürst und Großprior jeder Prinz des Wittelsbacher Hauses. Karl Albert, der für den neuen Orden in der Residenz den „Georgisaal" erbaute, übernahm gemäß den Statuten das Großmeisteramt, ernannte seinen zweijährigen Kurprinzen und seinen Bruder Ferdinand zu Großprioren und verlieh den Söhnen Ferdinands, Max und Klemens, das Großkreuz [3].

Die Erinnerung an die patriotische Erhebung des Volkes und dessen opferwilliges Einsetzen von Gut und Blut für die Freiheit des Vaterlandes und die bayerischen Prinzen während der österreichischen Gewaltherrschaft erweckte in Karl Albert das Pflichtgefühl, für das Wohl seines Landes angelegentlich zu sorgen. Die ersten Maßregeln seiner Verwaltung bewiesen den besten Willen für Herstellung eines sparsamen Haushaltes und zur Tilgung der großen, von seinem Vater hinterlassenen Schulden. „Den Geheimen Rat" (Ministerium) und die obersten Hofstellen besetzte er mit reichen Edelherren, welche so patriotisch gesinnt waren, daß sie ihren Geschäften ohne Gehalt oblagen. Die Gnadenbezüge der Hofkavaliere hob der Kurfürst auf und setzte die 1400 Pferde in seinen Marställen auf die Hälfte und den zahlreichen Troß von Kammerdienern, Lakaien und anderen Hofbediensteten auf ein Drittel herab. Das Heer wurde bis auf 12 000 Mann vermindert und die Ausgaben für die italienische und französische Oper, Ballett und Musikkapelle und selbst die Jagden eingeschränkt. Die Verwaltung und Rechtspflege war wie in den anderen süddeutschen Staaten nach dem System einer unbeschränkten Herrschaft eingerichtet. Das Finanzwesen wurde von der Hofkammer geleitet, welcher die vier großen Rentamtskreise Landshut, Straubing, Burghausen und Amberg untergeordnet waren. Die Hofkammer verwaltete sowohl die kurfürstlichen Domänen, als auch das

[1] Söltl, Fromme Stiftungen der Wittelsbacher 37 f.

[2] Benedictus XIV., De festis D. N. Jesu Christi et B. Mariae Virginis, II, § 207.

[3] Lipowsky, Lebens- und Regierungsgeschichte des Kurfürsten von Bayern, Karl Albert, nachmaligen Kaisers Karl VII., 43 f.

Berg-, Münz- und Salinenwesen, die Mautgefälle, das Forstwesen, die landesherrlichen Brauereien, und in der Oberpfalz, die ohne ständische Vertretung blieb, das ganze Steuerwesen. Den „Landschaftsverordneten“ aus Ober- und Niederbayern wurden von der Hofkammer die Postulate (Geldforderungen) und der Staatsschulden-Tilgungsplan zur Genehmigung vorgelegt. Nach einem lebhaften, aber vergeblichen Widerstand bewilligten die Ständedeputierten die Regierungsvorlagen und wurden hierfür von dem Kurfürsten mit Ehrenauszeichnungen oder Beförderung ihrer Söhne belohnt [1]. Die Civil- und Criminalgerichtsbarkeit wie die Polizeidirektion war dem „Hofrat“ übertragen, welchem die vier Regierungsbezirke oder „Rentämter“ Landshut, Straubing, Burghausen und Amberg untergeben waren. Der oberste Gerichtshof für die Rechtspflege war das „Revisorium“, in welchem der Kurfürst selbst den Vorsitz führte. Für das Kriegswesen bestand der Hofkriegsrat und für die Kirchenangelegenheiten der „Geistliche Rat“ [2]. Ein Besoldungsregulativ ordnete die Gehälter der verschiedenen Beamtenklassen; die niederen Beamten waren mit einer geringen Besoldung bedacht und auf Tantiemen angewiesen, welche sie den Unterthanen abpreßten. Außerdem erhielten die unteren Beamten noch einen Blutzehnten und Naturalien an Holz, Schmalz, Wildbret und Salz, womit die ärgsten Unterschleife getrieben wurden. „Pragmatische Rechte“ oder Ruhegehalte der Beamten kannte das Besoldungsregulativ Karl Alberts noch nicht, und dienstunfähigen Beamten wurde von dem Kurfürsten ein geringer Gnadengehalt bewilligt. Gewöhnlich blieben die Beamten lebenslänglich in ihrem Amte und wurden von einem jungen Nebenbeamten unterstützt, der sein Nachfolger wurde. Die Witwen der niederen Beamten erhielten in erblicher Eigenschaft den Dienst ihrer Ehemänner, wenn sie wieder einen Beamten heirateten, oder sie übertrugen einem Sohne das Amt des Vaters, wenn er die vorgeschriebene Prüfung bestanden hatte; derselbe war zum Unterhalte der Mutter und Geschwister verpflichtet. In Ermanglung eines Sohnes heiratete die Tochter einen entsprechenden Beamten, der die Verpflegung der Schwiegermutter übernahm. Es kam sehr häufig vor, daß die Kurfürsten höheren Beamten, Generalen, Obersten 2c. ein Pfleggericht verliehen zur Erhöhung ihres Gehaltes; diese übertrugen die Amtsverwaltung einem „Pflegkommissär“ gegen geringes Einkommen [3]. Durch diese mißlichen Dienstverhältnisse wurden die Staatsämter zu Versorgungsanstalten adeliger Familien entwürdigt, der Bestechung und Willkür alle Schranken geöffnet und der Befähigung und Tüchtigkeit jeder Weg zur Beförderung verschlossen.

---

[1] Reichsarchiv München, Landschaftsverhandlungen von 1725—1740.

[2] Freyberg, Pragmatische Geschichte der bayerischen Gesetzgebung und Staatsverwaltung, III, 181 ff.

[3] Kreisarchiv München, Hofkammer- und Hofratsakten von 1720—1740.

Die geordnete Wirtschaft im kurfürstlichen Haushalt währte nur wenige Jahre, denn Karl Albert VI. war, wie sein Vater und die anderen deutschen Fürsten, zur Prachtentfaltung und Verschwendung geneigt und konnte leicht von den gewissenlosen Hofkavalieren von dem anfänglichen Sparsystem abgebracht werden. Man erinnerte ihn an die reichen Einkünfte der wittelsbachischen Familienbesitzungen, die zu einer Beschränkung der Ausgaben nicht nötigen. Der Landesfürst müsse Aufwand machen, um die Gewerbe zu heben und Geld unter das Volk zu bringen. Ein sittlich verkommener Graf verkuppelte dem Kurfürsten seine Nichte und gewann dadurch auf ihn einen so mächtigen Einfluß, daß er bei ihm alle guten Vorschläge der Geheimen Räte mühelos vereiteln konnte[1]. Bald erneuerte sich am Münchener Hofe der luxuriöse Glanz, wie während der Regierung Max Emanuels. Die Residenz und Lustschlösser wurden mit den teuersten Geräten und Kunstwerken aus Frankreich, Italien und den Niederlanden geschmückt und der Hofstaat vergrößert, die berühmtesten Sänger und Sängerinnen vom Auslande berufen und wöchentlich drei große Hofkonzerte veranstaltet. Das Französische Theater ließ der Kurfürst mit einem reizenden Ballett ausstatten und verwandte auf die Italienische Oper größere Summen als sein Vater; mit der Oberleitung betraute er den Hofkapellmeister und Hofkomponisten Pietro Torri und nach diesem den Komponisten Giovanni Porta aus Venedig. Zu Opernkomponisten ernannte er die Italiener Ferrandini und Aliprandi. Unter Karl Albert traten zuerst die Frauenzimmer in der Oper auf; die gefeierte Sängerin Faustina Bordini aus Venedig erhielt für einige Gastrollen ungeheure Geldsummen. Eine Zierde der Münchener Opernbühne war die Sängerin Rosa Schwarzmann von München. Zum erstenmal wurden einzelne Opern mit deutschem Text gegeben, aber mit sehr schwerfälligen Versen[2].

Die ununterbrochenen Feste und Vergnügungen zogen viele Fremde nach der bayerischen Residenzstadt und die Einwohnerzahl stieg von 25000 Seelen auf 33000. Dem Kurfürsten, welchem die großen Paläste in Paris und Versailles vorschwebten, wurde seine Residenz in München zu enge; er ließ sie erweitern und den „Neuen Saal" mit den Meisterwerken italienischer und niederländischer Künstler zieren. Unter den Hofmalern machte sich Franz Beich, den sein Vater unterrichtet und in Italien hatte bilden lassen, berühmt; seine Gemälde sind von würdevoller Komposition, kräftig in der Beleuchtung und mit großem Fleiße ausgeführt. Kaum waren die neuen Bauten der Residenz vollendet, als (1729) ein Theil des nördlichen Flügels

[1] Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, II, 209.

[2] Rudhart, Geschichte der Oper am Hofe zu München, nach archivalischen Quellen 87 f.



und der ganze südliche durch Brand zerstört wurde; auch der von Maximilian I. eingerichtete große Rüst- und Waffensaal ging zu Grunde. Der Gesamtverlust belief sich auf 5 Millionen Gulden [1]. Das Schloß Nymphenburg ließ Karl Albert durch seinen Hofbaumeister Franz v. Couvillier mit zwei Flügelgebäuden vergrößern und den Garten durch die Villen Amalienburg, Badenburg, Pagodenburg und Eremitage verschönern. Den linken Flügel des Schlosses übergab er den regulierten Chorfrauen von Notre Dame, die er aus Luxemburg berief, um die Erziehung der weiblichen Jugend zu übernehmen. Alle kurfürstlichen Schlösser wimmelten von Jagdhunden und Pferden; es wurden auf die Jagden weit mehr Kosten verwandt als unter Max Emanuel. Die Kurfürstin umgab sich bei Jagden mit einer großen Zahl von Hofdamen, sämtlich in glänzendem Amazonengewande [2]. Zur Aufbringung der hohen Geldsummen, welche die Hofhaltung jährlich verschlang, wurde die Steuerkraft des Landes aufs höchste angespannt, und die Hofkammer griff zu allen möglichen Finanzmitteln. Es wurde (1735) ein Zahlenlotto eingeführt, viele Handelsmonopole errichtet, zur Einlösung des in Holland um 800000 Gulden verpfändeten Familienschatzes ein freiwilliges Anlehen von 1½ Millionen in Bayern gemacht und so schlechtes Geld geprägt, daß die bayerischen Münzen in ganz Deutschland verrufen wurden [3]. Durch die schlechten Finanzzustände litt auch der niedere und höhere Unterricht, und nur zur Bildung der Mädchen wurden in Landsberg, Ingolstadt und der Vorstadt Au bei München weibliche Klosterschulen errichtet. Die Universität in Ingolstadt hatte damals hervorragende Lehrer in allen Fakultäten; unter ihnen sind vorzüglich der Rechtsgelehrte Christoph Klingensperger von Frontenhausen und die Philosopieprofessoren Jesuit Ignaz Schwarz, Treyling und Grammatici zu erwähnen; die beiden letzteren lehrten zuerst gegen den Widerspruch der theologischen Fakultät das kopernikanische System. Der medizinische Professor Morasch rief einen fruchtbaren Streit hervor, als er in seinen Schriften die atomistische Philosophie gegen die damalige galenische Schultradition verteidigte; er siegte zuletzt über die Vorurteile seiner Gegner. Für allgemeine und vaterländische Geschichte, deutsches und bayerisches Staatsrecht wurden neue Lehrstühle errichtet [4].

Karl Albert verband mit großer Prachtliebe einen unbegrenzten Ehrgeiz. Seine hochfliegenden Gedanken waren nicht nur auf die deutsche Kaiserkrone, sondern auch auf die österreichischen Länder gerichtet. Zur Erreichung seiner Absicht wollte er seinen Sohn Max Joseph mit der einzigen Tochter des Kaisers Karl VI. verloben, obgleich der Kurprinz um 10 Jahre jünger

[1] Nagler, Topographische Geschichte von München 91.

[2] Häutle a. a. O. XXXV. 158—193.

[3] Lipowsky a. a. O. 57 f.

[4] Prantl, Geschichte der Ludwigs-Maximilians-Universität in München, I, 549 f.

als die Erzherzogin Maria Theresia war. Der Habsburger durchschaute die Absicht des Kurfürsten und lehnte den Antrag ab. Seitdem wurden die Beziehungen zwischen dem Münchener und Wiener Hof getrübt, und die Mißstimmung steigerte sich, als die Thronfolgefrage in den österreichischen Erbländern von den auswärtigen Mächten verhandelt wurde. Schon Kaiser Ferdinand II. hatte das Hausgesetz gegeben, daß, wenn der regierende Monarch keinen Sohn hinterlasse, wohl aber Töchter, diese zur Nachfolge in den habsburgischen Ländern berechtigt seien. Kaiser Leopold I. bestätigte die Verfügung Ferdinands. Kaiser Joseph I. hinterließ nur zwei Töchter, von denen Maria Josepha (1719) den Kurfürsten-König Friedrich August von Sachsen-Polen, und Marie Amelie (1722) den Kurfürsten von Bayern geheiratet hatte; beide mußten bei ihrer Verehelichung auf alle Erbansprüche in Österreich-Ungarn mit einem feierlichen Eide verzichten. Nach dem Tode Josephs I. wich man von dem alten Hausgesetze ab und hob den Bruder des verstorbenen Kaisers, Karl VI., auf den Thron; nach dem Wortlaut desselben hätten entweder Maria Josepha oder Marie Amelie die Regierung in den österreichischen Ländern erhalten sollen. Karl VI. ließ (1713) die von Ferdinand und Leopold erlassenen Hausgesetze unter dem Namen „der Pragmatischen Sanktion" ergänzen; kraft derselben blieben die österreichischen Erbländer ungeteilt, und die Nachfolge gebührte nach dem Rechte der Erstgeburt den Söhnen und in deren Ermanglung den Töchtern Karls VI. Als dem Kaiser (1717) eine Tochter, Maria Theresia, geboren wurde, richtete er seine ganze Thätigkeit auf Anerkennung der „Pragmatischen Sanktion" von seiten der auswärtigen Mächte, verstrickte sich aber dadurch in ein gefährliches Netz [1].

Eine Schwierigkeit machte das Kurland Böhmen, weil nach der Goldenen Bulle und den Reichsgesetzen ein Kurland nicht in weiblicher Linie forterbte. Als Karl VI. in den Kronländern die Zustimmung der Stände zur Pragmatischen Sanktion erlangt hatte, unterhandelte er mit den europäischen Höfen, um auch bei diesen die Anerkennung des neuen Hausgesetzes durchzusetzen. Zunächst einigte er sich mit dem König Philipp V. von Spanien, welcher gegen den König Ludwig XV. von Frankreich erbittert war, weil dieser seine Tochter nach Madrid zurückgeschickt hatte, obgleich sie schon in Paris als seine Braut erzogen worden war. Bei den ersten Anzeichen eines österreichisch-spanischen Bündnisses befestigten Frankreich und England ihre Allianz, und ihnen näherten sich Bayern, Holland, Dänemark und Sardinien. Auch König Friedrich Wilhelm I. von Preußen schloß sich ihnen an, weil ihm England und Frankreich versprachen, seine Erbansprüche auf das Herzogtum Berg zu unterstützen; als ihm aber der Kaiser die An-

[1] Gfrörer a. a. O. II, 142—145.

erkennung derselben zusicherte, zog er sich von dem Bündnis mit den Westmächten zurück und ging mit Karl VI. auf dem preußischen Landgut Wusterhausen (1726) einen Vertrag ein, in welchem er die Pragmatische Sanktion anerkannte, ihm nach Aussterben der pfalz-neuburgischen Wittelsbacher Berg vom Kaiser zugesprochen wurde und beide Monarchen sich zu gegenseitiger Kriegshilfe verpflichteten[1]. Durch Zugeständnisse brachte Karl (1731) auch den König Georg II. von England dahin, daß er die Thronfolge Maria Theresias anerkannte und versprach, daß er als Kurfürst von Hannover sie in Verbindung mit Kurbrandenburg am Reichstag zur Annahme bringen werde. Als am Reichstag in Regensburg (1731/32) die Pragmatische Sanktion zur Verhandlung kam, stimmte das Kollegium der Fürsten zu, weil sie sich wegen Versprechungen des Kaisers auf Seite Österreichs neigten; nur Bayern und Sachsen thaten Einspruch. Der Kurfürstenrat faßte gleichfalls den Beschluß, die Sanktion anzuerkennen; Bayern, Sachsen und die Rheinpfalz protestierten[2]. Der pfälzische Kurfürst Karl Philipp wandte sich vom Wiener Hofe ab, seitdem er erfahren hatte, daß der Kaiser dem preußischen König das Herzogtum Berg zugesichert hätte und ihn sowie den Pfalzgrafen von Sulzbach als die nächsten Erben mit Geld entschädigen wolle. Beide wiesen die Geldentschädigung zurück, und Karl Philipp verbündete sich auf Grund des Hausvertrages von 1724 mit dem Kurfürsten von Bayern. Die Wittelsbacher unterzeichneten mit Frankreich (15. Februar 1729) in Marly einen Vertrag, in welchem König Ludwig XV. dem Kurfürsten von der Pfalz das ganze Herzogtum Jülich-Berg gewährleistete; sie verpflichteten sich, in einem Kriege zwischen Österreich und Frankreich neutral zu bleiben. Karl Albert VI. wies alle Zumutungen des kaiserlichen Hofes, in die Anerkennung der Sanktion zu willigen, zurück; er blieb der letzten Worte seines sterbenden Vaters eingedenk, daß er seine Erbansprüche auf Österreich geltend machen und die vielen Millionen Gulden, welche Bayern während der Türkenkriege für das habsburgische Haus verausgabt hätte, zurückfordern solle. Der Kaiser suchte sich an dem Kurfürsten dadurch zu rächen, daß er ihm mehrere Jahre die Belehnungsurkunde vorenthielt. Dadurch wurde Karl Albert dem Wiener Hofe noch mehr entfremdet und nahm gegen denselben offen eine feindselige Stellung ein, als Österreich und Frankreich sich wegen Polens in einen Krieg verwickelten[3].

Im Jahre 1733 starb König-Kurfürst August II. von Polen-Sachsen, ohne daß er seinen Plan, die polnische Verfassung umzustürzen und das Land zu einer Erbmonarchie im Hause Wettin zu machen, ausführen konnte. Die ehrgeizige Kriegspartei in Paris, namentlich die Marschälle Villars, Berwick &c.,

[1] Gfrörer a. a. O. II, 181, 194. [2] Arneth, Prinz Eugen, III, 550—572.
[3] Wolf, Die Geschichte der Pragmatischen Sanktion bis 1740, S. 17—58.

reizten den jungen König Ludwig XV., seinen verbannten Schwiegervater Stanislaus Lescinski auf den polnischen Thron zu bringen. Ludwig liebte seine Gattin Maria Lescinska nicht, denn sie war weder schön noch geistig begabt; er wollte jedoch dem Andrange seiner kriegslustigen Umgebung keinen Widerstand leisten. Sein Premierminister Kardinal Fleury war friedlich gesinnt, willigte jedoch in das Vorhaben, um durch den polnischen Thronstreit Lothringen zu erobern. Mit diesem Plane beschäftigte er sich, seitdem Kaiser Karl VI. die Pragmatische Sanktion veröffentlicht hatte und seine Tochter Maria Theresia mit dem Herzog Franz von Lothringen verlobte. Franz besaß zwar nur ein kleines Land, weil der größere Teil von Lothringen damals schon in französischen Händen war; allein Oesterreich konnte durch eine Verbindung Lothringens mit den Niederlanden der Eroberungssucht der Franzosen leichter Widerstand leisten. Als Lescinski von seinen alten Anhängern in Kenntnis gesetzt wurde, daß ihn die ganze polnische Nation auf ihren Thron erheben wolle, folgte er aus Liebe und Sehnsucht nach seinem Vaterlande dem Rufe, und Fleury ermunterte ihn hierzu mit einigen Millionen Franken und der Versicherung, daß eine französische Flotte mit 2000 Mann nach Danzig segeln werde. Diese unbedeutende Hilfe bewies, daß es dem Premierminister nicht um die Erhebung Lescinskis auf den polnischen Thron, sondern um Eroberung Lothringens zu thun war, denn in dem nämlichen Jahre (1733) schloß er mit Spanien und Sardinien, denen er Aussicht auf italienische Beute eröffnete, in Turin ein Bündnis gegen den Kaiser. Lescinski wurde bei seiner Ankunft in Polen von einer großen Partei zum König gewählt. Auch Kurfürst August III. von Sachsen trachtete nach der polnischen Krone und gewann den Kaiser für sich durch Anerkennung der Pragmatischen Sanktion, und die russische Kaiserin Anna durch das Versprechen, die Vereinigung Livlands mit Rußland zu vermitteln [1]. Der russische General Lascy rückte mit 20000 Mann in Polen ein und verjagte den bereits gewählten König Stanislaus. Die mit sächsischem Golde bestochenen Senatoren und Adelsherren riefen (5. Oktober 1733) den Kurfürsten August zum König von Polen aus. Lescinski war nach Danzig entflohen, welches von 50000 Russen unter dem Feldmarschall Münich belagert wurde. Zu gleicher Zeit zogen 16000 Österreicher von Oppeln in Schlesien an die polnische Grenze, wo sie unthätig stehen blieben. Der Kaiser ließ auch bei Linz ein Armeecorps zusammenziehen, weil er von dem bayerischen Kurfürsten befürchtete, er möchte sich wegen der Pragmatischen Sanktion mit Frankreich verbünden. Karl Albert VI. war zu einem Kriege gegen Österreich nicht gerüstet und wollte das Bündnis, das er mit Sachsen erst vor wenigen Jahren zu gegenseitigem Schutze abgeschlossen hatte, nicht verletzen; er ließ

[1] Röpell und Caro, Geschichte Polens, II.

der kaiserlichen Regierung sagen, daß er in der polnischen Sache neutral bleiben werde. Die nur 2300 Mann starken Franzosen wurden nach ihrer Landung bei Danzig von den übermächtigen Russen geschlagen und gefangen. Danzig mußte sich nach tapferer Verteidigung ergeben und Lescinski nach Frankreich sich flüchten. Glücklicher waren die Franzosen am Rhein und in Italien; sie überschwemmten ganz Lothringen, und Marschall Berwick überschritt mit 50000 Mann bei Straßburg den Rheinstrom und nahm Kehl weg. Der alte Marschall Villars zog mit 40000 Franzosen über die Alpen; er vereinigte sich mit 20000 Sardiniern, eroberte Mailand nach kurzem Widerstand und besetzte ganz Lombardien, während die Spanier Parma, Toskana und Neapel eroberten. Die Österreicher waren nirgends gerüstet; es fehlte ihnen an Soldaten, Generalen und Geld [1].

Karl VI. forderte von der Regensburger Reichstagsdeputation eine allgemeine Kriegshilfe gegen die Franzosen, weil Lothringen eine deutsche Provinz war. Die deutschen Fürsten zögerten mehrere Monate mit der Kriegserklärung an Frankreich, weil jeder von ihnen nur auf sein eigenes Interesse bedacht, und der Gedanke an ein gemeinsames und mächtiges Deutschland längst erloschen war. Dem Kurfürsten von Bayern lag zunächst an Vergrößerung seiner Macht. Die Ablehnung seines Antrages, die Erzherzogin Maria Theresia mit dem bayerischen Kurprinzen Max Joseph zu vermählen, hatte ihn für immer mit dem Wiener Hofe entzweit, und die Pragmatische Sanktion, welche der Kaiser mit Verletzung des Salischen Grundgesetzes und der Reichsverfassung gegeben hatte, betrachtete er als eine herausfordernde Verwerfung seiner Erbansprüche, weil er sich auf Grund alter Familienverträge für den allein berechtigten Erben Österreichs hielt. In dieser Überzeugung sandte er den Obersten und Geheimen Rat Freiherrn v. Grimbergen nach Paris, um das freundschaftliche Verhältnis zwischen Frankreich und Bayern zu befestigen. Der pfälzische Kurfürst Karl Philipp war durch die Hausverträge von 1724 und 1729 mit der Politik Bayerns enge verknüpft. Der Bruder Karl Alberts, Kurfürst Klemens August von Köln, stellte sich aus Interesse für das wittelsbachische Haus auf Seite Frankreichs und schloß mit Ludwig XV. (1734) einen Vertrag, in welchem die Pragmatische Sanktion verworfen und die Erbansprüche Bayerns auf einen Teil von Österreich festgestellt wurden [2]. Klemens August war durch die Bemühungen seines Oheims, des Kurfürsten Joseph Klemens, zum Weihbischof von Köln mit dem Rechte der Nachfolge ernannt worden und hatte als dreiundzwanzigjähriger Jüngling den erzbischöflichen Stuhl bestiegen, wiewohl er weder den Beruf noch die notwendigen Kenntnisse zu dem hohen Kirchenamte besaß. Es war für

[1] Gfrörer a. a. O. II, 224—241.

[2] Ennen, Frankreich und der Niederrhein ɪc., II, 182—187.

die katholische Kirche ein großes Verderben, daß im 18. Jahrhundert die Fürstbistümer zu politischen Zwecken und zum Unterhalte sittenloser, verschwenderischer Prinzen ausgebeutet wurden.

Klemens August war ein wohlwollender, leutseliger Fürst und von seinem Volke allgemein geliebt und verehrt; er belohnte und beschenkte stets mit voller Hand, und waren die Taschen und Kassen leer, so gab er die nächsten Pretiosen hin. Als überzeugungsvoller Katholik hielt er sich ferne von dem Geiste der damaligen englischen und französischen Philosophie, welche mit frecher Leichtfertigkeit und Verhöhnung an der Religion und dem religiösen Leben rüttelte und mit dem Glauben an einen persönlichen Gott auch das sittliche Schamgefühl abwarf. Mit frommem Seeleneifer besuchte und tröstete Klemens August häufig die Kranken und Sterbenden, spendete ihnen nicht selten nachts die heiligen Sakramente und vollzog freudig seine bischöflichen Gottesdienste und Ordinationen. Es war nur tadelnswert, daß er sich wie die französischen Prälaten mit der äußern Form des Christentums begnügte und sich zu viel dem weltlichen Fürstenleben hingab. Wie andere Fürstbischöfe unterhielt er einen großen und glänzenden Hofstaat, verwandte auf Ausschmückung der Residenz und der Schlösser, die Hoffeste und Maskenbälle, Schauspiele und Opern jährlich ungeheure Summen, und hierzu reichten weder die jährlichen Einkünfte von 1 Million Thaler noch die Hilfsgelder von Frankreich, Österreich und den Seestaaten im Gesamtbetrag von 14 Millionen Franken aus. Der Kurfürst steckte sich in eine solche Schuldenlast, daß er seine Residenzstadt Bonn verlassen mußte, weil ihm niemand mehr etwas borgen wollte, bevor er die Rückstände bezahlt hatte. Als ihm die mit bedeutenden Rechten ausgestatteten Stände nur geringe Geldsummen bewilligten, führte er auf Rat seiner Finanzbeamten das Zahlenlotto ein, das ihm einen jährlichen Gewinn von 40000 Thalern abwarf. Wie die meisten geistlichen und weltlichen Fürsten in jener Zeit, sowie die höheren und niederen Stände der französischen Ausschweifung und Schwelgerei fröhnten, so zeigte auch Klemens August wenig bischöflichen Ernst und oberhirtliche Strenge, sondern pflog ein Leben voll Eitelkeit, Prachtliebe und Genußsucht; er liebte den Umgang mit Hofdamen, Sängerinnen und Tänzerinnen und fand an schönen Landmädchen Wohlgefallen. In der römischen Kurie kannte man durch Berichte der Nuntien das verweltlichte Treiben der deutschen Bischöfe sehr wohl, und die Päpste sahen demselben nicht gleichgiltig zu; allein aus Rücksicht auf die Verbindung der geistlichen Gewalt mit der weltlichen konnten sie nur väterlich raten und ermahnen, und ebenso wurde Klemens August von der römischen Kurie eindringlich erinnert, daß Bälle und Komödien, Hoffeste und Maskeraden von einem katholischen Bischof gemieden werden sollten. Um die auswärtigen Staatsangelegenheiten kümmerte sich der Kölner Kurfürst wenig, sondern folgte den Vorschlägen seiner Räte oder dem Willen

seines Bruders in München, auf dessen Antrag er sich mit Frankreich gegen Österreich verbündete. Seinen Gesandten beim Reichsdeputationstag beauftragte er, in Verbindung mit Bayern und der Rheinpfalz eine Beteiligung am Kriege gegen Frankreich mit der Angabe abzulehnen, daß der polnische Thronstreit die Interessen Deutschlands nicht berühre[1].

Die Neutralität der drei Wittelsbacher wurde für den Kaiser und das Reich um so nachteiliger, als die Franzosen unter Marschall Berwick bis Philippsburg vordrangen und ein Armeecorps unter dem Marschall Belleisle Kurtrier besetzte. Karl VI. forderte die drei verbündeten Kurfürsten auf, ihre Kontingente zum Reichsheer zu stellen; diese entgegneten ihm mit dem Vorschlag, vor Entscheidung der Waffen das Versailler Kabinett um die Ursache des Einmarsches der Franzosen in Lothringen zu fragen und zugleich die Kriegsrüstungen anzuordnen. Karl wies den seine kaiserliche Würde verletzenden Rat zurück, denn die französische Regierung habe ihre Gesinnung durch den gewaltthätigen Angriff auf deutsches Gebiet schon kundgegeben. Als er an den Kurfürsten von Bayern die verschärfte Forderung richtete, der Neutralität zu entsagen, ließ Karl Albert durch seinen Gesandten im Regensburger Reichstag den Antrag stellen, daß ganz Deutschland neutral bleibe, weil der Kaiser die Bündnisse mit Sachsen und Rußland ohne Zuziehung der Reichsfürsten eingegangen hätte; er solle sie nun ohne die Reichsfürsten ausführen. Diese Darstellung war nur nach einer Seite hin richtig, weil nach dem Einfall der Franzosen in Lothringen alle deutschen Fürsten verpflichtet waren, dieses Land zurückzuerobern. Karl Albert stellte zur Behauptung seiner Neutralität drei Armeecorps bei München, Neukirchen an der böhmischen Grenze und bei Amberg auf. Am Münchener Hofe machte man sich auf den ersten großen Schlag durch die Österreicher gefaßt. Es wurde die gesamte Landwehr bewaffnet, und die Geistlichen predigten, der Kaiser habe sich mit Ketzern, den Russen und Preußen, verbündet; es werden die Franzosen kommen, um die katholische Religion zu retten. Überall wurde ein Kriegslied gesungen, in welchem sich die Verse wiederholten: „Der bayrische Mut die Feinde verzehr', die Preußen ertötet vor allen!" Der Kaiser erhielt von dem Reich nur schwache Streitkräfte und konnte in seinen eigenen Erbländern wegen schlechter Finanzverwaltung zur Not ein geringes Heer aufbringen; er hatte bloß an dem König Friedrich Wilhelm I. von Preußen einen mächtigen Bundesgenossen[2].

Karl VI. übertrug dem Prinzen Eugen den Oberbefehl über das österreichische und Reichsheer, und der ergraute Feldherr sammelte die bunt zu-

---

[1] Mering, Klemens August, Herzog von Bayern, Kurfürst und Erzbischof von Köln 29—107.

[2] Arneth, Prinz Eugen, III, 573—585.

sammengesetzten Truppen, ungefähr 74000 Mann, bei Heilbronn am Neckar. Eugen wollte die Festung Philippsburg, welche von 100000 Franzosen unter dem Marschall Marquis von Asfeld belagert wurde, entsetzen; allein er konnte mit seiner unzuverlässigen Armee keinen Angriff auf den überlegenen Gegner in seinen Verschanzungen unternehmen und Philippsburg mußte (18. Juli 1734) kapitulieren. Die einzigen tüchtigen Truppen im kaiserlichen Heere waren 10000 Preußen, bei denen sich König Friedrich Wilhelm I. und sein Kronprinz Friedrich selbst befanden; beide waren ungerne und nur durch den Wusterhauser Vertrag gezwungen gegen die Franzosen gezogen und betrachteten eifrig die großen Mängel des österreichischen Heerwesens. Kronprinz Friedrich faßte damals schon den geheimen Plan, Schlesien zu erobern. Größere Verluste als am Rhein erlitt der Kaiser in Italien. Die Spanier warfen unter dem Prinzen Don Carlos in Neapel und Sizilien mit ihrer Übermacht die kleinen österreichischen Abteilungen über den Haufen und nahmen, unterstützt durch eine Flotte, von den beiden Ländern Besitz. In Oberitalien hielten die Kaiserlichen den vereinigten Franzosen und Sardiniern nach einer unentschiedenen Schlacht bei Parma das Gleichgewicht. Prinz Eugen ließ im Regensburger Reichstag eine pünktliche Zahlung der Kriegssteuer fordern, die von vielen Reichsständen langsam und unvollständig entrichtet wurde. Der Markgraf von Baden und die Kurfürsten von Bayern, Köln und der Pfalz verweigerten jede Geldleistung. Desto lebhafter betrieb der Kaiser die Aufbringung von 30 Millionen Gulden durch eine außerordentliche Steuer in seinen Erbländern und durch Anlehen in Holland und England. Dem Prinzen Eugen gelang es durch geschickte Operationen, die Franzosen über den Rhein zurückzudrängen, aber an eine Wiedereroberung Lothringens war nicht zu denken. Die österreichischen und die Reichstruppen wurden in die verschiedenen Länder am Rhein, in Schwaben und Franken in die Winterquartiere gelegt; die kurfürstlichen Wittelsbacher machten hiergegen am Reichstag Einspruch. Als die kaiserlichen Quartiermeister nach Bayern kamen, stellte Karl Albert seine Armee an die Grenze und rief die Landwehr unter die Waffen; dadurch schützte er sein Land vor der Einquartierungslast, während in Kurköln die Reichstruppen, namentlich die Preußen, mit Gewalt Quartier nahmen [1].

Im nächsten Feldzug 1735 wurde Karl VI. durch 12000 Russen unterstützt, die ihm die Kaiserin Anna unter dem General Lascy nach Schlesien geschickt hatte. Bei dem bayerischen Kurfürsten setzte er es nach schwierigen Verhandlungen durch, daß er den Russen den Marsch durch die Oberpfalz unter der Bedingung gestattete, daß sie sogleich die Einquartierungskosten bezahlen und strenge Mannszucht halten. Während der winterlichen Waffen-

[1] Arneth a. a. O. III, 586 f.

ruhe versuchten England und Holland, deren Handel durch den Krieg bedeutend geschädigt wurde, einen Frieden zu vermitteln. Der Kaiser wollte nicht darauf eingehen und forderte den Prinzen Eugen zu einem Gutachten auf. Dieser hatte (April) zwischen Heidelberg und Bruchsal 114 Bataillone und 210 Schwadronen zusammengezogen und war bis Mannheim vorgerückt, um die Bewegungen der Franzosen auf dem linken Rheinufer zu beobachten; er war voll Sorge, sie möchten durch die Rheinpfalz und Schwaben nach Bayern durchbrechen und sich mit den zwischen Ingolstadt und Augsburg stehenden Bayern vereinigen. Dem Wiener Hofe überschickte er das Gutachten, er sehe bei den politischen Gefahren und der finanziellen Hilfslosigkeit Österreichs das einzige Heilmittel entweder im Anschlusse an die Bourbonen oder in der von dem bayerischen Kurfürsten begehrten Verehelichung Maria Theresias mit dem Kurprinzen Max Joseph, so daß Österreich mit Bayern vereinigt würde [1]. Im August verstärkte sich Eugen durch die am Neckar eingetroffenen Russen; dadurch wurde er den Franzosen überlegen, vermied aber eine Schlacht, um die bereits eingeleiteten Friedensunterhandlungen nicht zu stören. Die österreichische Regierung befand sich in völlig trostloser Lage. Im Rate des Kaisers wurde ernstlich erwogen, ob man nicht den Plan der lothringischen Heirat aufgeben und den bayerischen Kurprinzen zum Gemahl der Erzherzogin wählen sollte. Karl VI. entschloß sich, den ersten Vorschlag Eugens zu befolgen und mit der französischen Regierung zu unterhandeln. Kardinal Fleury war zum Frieden geneigt, weil die Franzosen am Rhein in diesem Feldzug keine Fortschritte gemacht hatten. Marschall Coigny zögerte, trotz wiederholter Weisungen aus Paris, den Rhein zu überschreiten und Mainz anzugreifen, aus Furcht vor dem Feldherrntalent Eugens. Der österreichische General Graf v. Seckendorf, der auf dem rechten Flügel des kaiserlichen Heeres Mainz deckte, marschierte bei der Unthätigkeit der Franzosen in Kurtrier ein und stand schon im Begriff, durch Luxemburg in Lothringen einzurücken, als zur allgemeinen Überraschung in Wien zwischen Frankreich und Österreich am 3. Oktober 1735 Friede geschlossen wurde. König Ludwig XV. gewährleistete die Pragmatische Sanktion und erkannte den Kurfürsten August III. von Sachsen als König von Polen an. Stanislaus Lescinski verzichtete auf die polnische Krone und erhielt zur Entschädigung die Herzogtümer Bar und Lothringen, welche nach seinem Tode (1766) an den König von Frankreich fielen, der auf Sitz und Stimme am deutschen Reichstag verzichtete. Der Herzog Franz von Lothringen wurde mit dem Großherzogtum Toskana nach dem Ableben des jetzigen Besitzers (1737) entschädigt. Der Kaiser trat Neapel und Sizilien an den spanischen

---

[1] Höfler, Fragmente zur Geschichte Kaiser Karls VI. Sitzungsberichte der Wiener Akademie, LX.



Prinzen Don Carlos ab und empfing dafür zur Vergrößerung der Lombardei die Fürstentümer Parma, Piacenza und Mantua, trat aber einen Grenzbezirk an Sardinien ab [1]; dadurch gewann er in Norditalien eine verstärkte Stellung und wurde durch die französische Gewährleistung der Pragmatischen Sanktion der schwersten Sorge für die Zukunft frei. Da Maria Theresia im nächsten Jahr (1736) den Herzog von Lothringen heiratete, so kam auch Toskana an Österreich, das seitdem Ober- und Mittelitalien beherrschte. Das Deutsche Reich mußte im Wiener Frieden ein großes Opfer bringen, denn es verlor mit Lothringen eine seiner schönsten Provinzen. Die Verbündeten Österreichs und Frankreichs warfen beiden Mächten Verrat vor, weil sie ohne sie den Frieden eingegangen hatten. Kaiser Karl VI. war für die Interessen Deutschlands vollständig gleichgiltig und sein ganzes Dichten und Trachten auf Sicherung Österreichs für seine Tochter gerichtet; er verhandelte das Reichsland Lothringen an Frankreich gegen Toskana, das er nicht Deutschland zum Ersatz einverleibte, sondern mit Österreich verband.

König August III. schickte nach seiner Anerkennung einen außerordentlichen Gesandten nach München, um den Kurfürsten mit dem kaiserlichen Hofe auszusöhnen. Karl Albert VI. wies den Rat nicht zurück; er grollte der französischen Regierung, daß sie im Wiener Friedensvertrag die Pragmatische Sanktion anerkannt hatte. Auf Einladung seiner kaiserlichen Schwiegermutter begab er sich (1737) mit seiner ganzen Familie nach der Abtei Melk zu einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Kaiser. Die kurfürstlichen Kinder erhielten von der Kaiserin Geschenke im Werte von einer Million Gulden, und Karl Albert rüstete 8000 Mann zum Kriege gegen die Türken in der geheimen Absicht, sich dadurch die Sympathien der Österreicher und Ungarn zu erwecken. Jedermann glaubte, daß es mit der Zusammenkunft in Melk auf eine Verehelichung der zweiten Tochter des Kaisers mit dem bayerischen Kurprinzen und auf eine Ausgleichung auf Kosten des lothringischen Herzogs abgesehen sei. Karl Albert stellte auch im Feldzug 1738/39 zur Verstärkung des bayerischen Corps noch weitere 3000 Mann gegen die Türken unter dem Generalwachtmeister Grafen von Minuzzi, um dem Heiratsplan mehr Nachdruck zu geben; er hoffte, dadurch wenigstens einen Teil des österreichischen Erbes zu erhalten. Der französische Premierminister Kardinal Fleury sandte aus Besorgnis über die erneuerten Freundschaftsbeziehungen zwischen Bayern und Österreich den unehelichen Sohn Max Emanuels, „den Grafen von Bayern", nach München, um dem Kurfürsten zu berichten, daß Frankreich im Wiener Frieden die Pragmatische Sanktion nur mit Vorbehalt der Rechte eines Dritten anerkannt hätte. Frankreich werde Bayern mit aller Macht unterstützen, wenn der Kurfürst

[1] Gfrörer a. a. O. II, 253—280.

seine Erbrechte auf Österreich behaupte[1]. Aus dieser Botschaft faßte Karl Albert wiederholtes Vertrauen zur französischen Regierung und erklärte sich bereit, mit Hilfe Frankreichs seine Erbansprüche auf die österreichische Monarchie zur Geltung zu bringen. Dem Kaiser wollte er durch einen Briefwechsel begreiflich machen, daß ihm infolge des verwandtschaftlichen Verhältnisses zwischen der wittelsbachischen und habsburgischen Dynastie eine Berechtigung auf den Besitz österreichischer Länder nicht abgesprochen werden könne. In Ober- und Niederösterreich hielt Volk und Adel den bayerischen Kurfürsten für den rechtmäßigen Erben ihres Landes, um Österreich durch Einverleibung Bayerns zum mächtigsten Staate in Deutschland zu machen. Der Herzog von Lothringen hatte in ganz Österreich keinen beachtenswerten Anhang, weil er überall als ein aufgedrungener Fremdling galt. Die Österreicher befürchteten, daß sich aus dem Thronstreit ein neuer Krieg entwickeln werde; sie sehnten sich nach Frieden, weil sie für die letzten Feldzüge große Opfer gebracht hatten. Sie wollten überhaupt keine Frau zur Regentin, weil Weiber auf einem Thron ungewöhnlich waren.

Als der Wiener Hof in Erfahrung brachte, daß Bayern zu Frankreich wieder in einem vertrauten Verhältnis stehe, wollte der Kaiser seine zweite Tochter Maria Anna auf Zureden seines Ministers, des Grafen Thomas von Starhemberg, mit dem Kurprinzen Max Joseph vermählen und zu ihren Gunsten die Erbfolge in Österreich abändern. Die Wiener riefen den bayerischen Truppen, welche (1739) aus Ungarn vom türkischen Feldzuge durch Wien in ihre Heimat zogen, zu: „Euer Landesherr wird bald auch der unserige sein!"[2] Die Bayern und Österreicher waren in der Türkei von dem unfähigen und mattherzigen Feldmarschall Grafen von Wallis befehligt und in der Schlacht bei Grotzka (22. Juli 1739) trotz der anerkannten Tapferkeit der bayerischen Bataillone besiegt worden. Der unglückliche Krieg wurde durch den Frieden von Belgrad (1. September 1739) beendigt; der Kaiser trat die kleine Walachei und Serbien nebst Belgrad an die Türkei ab. Im österreichischen Volke regte sich das Bewußtsein der Stammesgleichheit mit den Bayern immer mächtiger, je näher der Thronwechsel einzutreten schien. Allein die freundschaftliche Stimmung zwischen dem Wiener und Münchener Hofe war von kurzer Dauer, denn Karl VI. wies nach dem Belgrader Friedensschluß den bayerischen Truppen, welche auf ein Drittel ihres Bestandes zusammengeschmolzen waren, weder die ausbedungenen Winterquartiere an, noch bezahlte er die rückständigen Rekrutierungsgelder. Es kam hierüber zwischen der bayerischen und österreichischen Regierung zu unangenehmen Erörterungen, und Kurfürst Karl Albert verweigerte den nach

[1] Lipowsky, Lebens- und Regierungsgeschichte Karl Alberts 69 f.
[2] Arneth, Maria Theresias erste Regierungsjahre, I, 7—93.

den Niederlanden versetzten österreichischen Regimentern, welche die türkischen Feldzüge mitgemacht hatten, den Durchmarsch durch Bayern, weil sie nicht die festgesetzte Quarantäne gehalten hatten. Am meisten aber wurde Karl Albert aufgebracht, als er in Kenntnis gesetzt wurde, daß der Kurprinz von Sachsen auf seiner Rückkehr von Rom und Venedig sich nach Wien begeben werde, um sich mit der Erzherzogin Maria Anna, welche für Max Joseph bestimmt gewesen zu sein schien, zu verloben. Voll Unwillen beauftragte er den bayerischen Gesandten in Wien, Grafen von Perusa, seine Erbansprüche auf Österreich durch den Heiratsvertrag, der zwischen dem Herzog Albrecht V. von Bayern und dem König Ferdinand I. (1546) abgeschlossen worden war, zu begründen. Die kaiserlichen Minister beriefen sich auf ein Testament Ferdinands, in welchem die weibliche Nachfolge in Österreich festgestellt worden wäre. Perusa verlangte Einsicht in das Original dieses Testamentes und eine beglaubigte Abschrift desselben. Die Minister entgegneten ihm, er möchte das Ansuchen schriftlich stellen. Daraus zog der Münchener Hof den Schluß, daß man in der Hofburg zu Wien Zeit gewinnen wolle, um das Testament Ferdinands abzuändern. Die Sache blieb ruhen, bis Karl VI. am 20. Oktober 1740 starb[1].

Maria Theresia, die bei ihrer Regierungsübernahme 23 Jahre alt war, stand in voller Blüte der Jugend und Schönheit. Sie hatte eine sorgsame und streng religiöse Erziehung genossen und war mit einer fürstlichen Hoheit und einem männlichen Geiste begabt, womit sie die meisten Monarchen ihrer Zeit überragte. Mit ihrem Gemahl Franz von Lothringen lebte sie in glücklicher Ehe; die Staatsgeschäfte jedoch überließ sie ihm nicht, weil sie selbst regieren wollte. Die österreichischen Erbländer überkam sie in einem sehr bedenklichen Zustand. Die Finanzen waren durch schlechte Verwaltung, Betrügereien der Beamten und große Ausgaben für Anerkennung der Pragmatischen Sanktion zerrüttet. Der letzte Türkenkrieg hatte für den Kaiser ein so schlimmes Ende genommen, daß alle Eroberungen des Prinzen Eugen wieder an die Pforte verloren gingen. Das Heerwesen war so tief gesunken, daß Karl VI. auf ein Bündnis, das ihm die von Frankreich bedrohten Engländer antrugen, nicht eingehen konnte, weil er den Verlust des ganzen linken Rheinufers befürchtete. Maria Theresia bedurfte daher dringend des Friedens, um die Finanzen und das Kriegswesen aus ihrem Verfall emporzubringen[2]. Allein es erhob sich gegen sie ein sehr gefährlicher Feind in Norddeutschland. Wenige Monate vor dem Ableben ihres Vaters hatte König Friedrich II. (Juli 1740) den preußischen Thron mit großen Ge-

[1] Heigel, Die Ansprüche des Kurfürsten Karl Albert von Bayern auf die österreichische Erbfolge 17—41.

[2] Arneth a. a. O. I, 95—103.

danken und Plänen beflügeln. Friedrich war von einer aus Frankreich eingewanderten Hugenottin erzogen worden; er sprach und schrieb das Französische mit Leichtigkeit und war der französischen Litteratur mit Vorliebe ergeben. Deutsch sprach er schlecht und schrieb es nicht ohne grobe Fehler. Deutsche Bildung und Wissenschaft verachtete er, so daß von ihm trotz seiner hohen Geistesbildung keine Pflege der Wissenschaften in Deutschland zu erwarten war. Sein Vater Friedrich Wilhelm I. wollte ihn mit Gewalt und körperlicher Züchtigung zu einem frommen Christen erziehen, allein Fritz setzte ihm von Kindheit an einen lebhaften, spöttischen Widerspruchsgeist entgegen, der von seiner Mutter, einer hannoverischen Prinzessin, genährt wurde. Frühzeitig bewies der junge Kronprinz Anlage zur Verschwendung und machte Schulden, weil er in seiner Verpflegung karg gehalten wurde; als sein Vater hiervon erfuhr, prügelte er ihn derb mit dem spanischen Rohre durch. Bei einem Besuche am Dresdener Hofe (1728) lernte der siebzehnjährige Jüngling die verführerische Unzucht und üppige Nacktheit kennen, welche unter dem sächsischen Kurfürsten Friedrich August I. alle deutschen Höfe übertraf. Der sittenstrenge Vater widerstand der Verlockung, sein Kronprinz aber erlag derselben und gewöhnte sich an die ärgsten Ausschweifungen bis zur völligen Abstumpfung. Noch in demselben Jahre machte Friedrich August einen Gegenbesuch in Berlin und nahm seine uneheliche Tochter, die Gräfin Orzelska, mit. Fritz wurde für die ebenso reizende als liederliche Gräfin von leidenschaftlicher Liebe erfaßt und erzeugte mit ihr mehrere Kinder. Sein vertrauter Freund, Lieutenant von Katte, ein leichtfertiger Wüstling, wurde Genosse und Förderer seiner geheimen Liebschaften. In Übereinstimmung mit seiner Mutter wollte Fritz eine englische Prinzessin und seine Schwester Wilhelmine den Prinzen von Wales heiraten. Friedrich Wilhelm verwarf eine solche Verbindung, weil sie der kaiserliche Gesandte in Berlin widerriet und Kurfürst-König Georg II. von Hannover-England die Werbung von Rekruten für Preußen in Hannover nicht duldete. Als Fritz und Wilhelmine sich weigerten, dem Vater Folge zu leisten, wurde dieser so erbittert, daß er beide mit Schlägen sogar in Gegenwart fremder Personen grausam mißhandelte. In einem Anfalle von Wut war der König nahe daran, seinen erstgeborenen Sohn zu erwürgen, wenn ihn nicht auf sein Geschrei ein herbeieilender Kammerdiener gerettet hätte. Seitdem sann Friedrich auf Flucht nach Frankreich, um dort Kriegsdienste zu nehmen. Auf einer Reise seines Vaters nach Süddeutschland (1730) begleitete er ihn bis zum Dorfe Steinfurt unweit Mannheim und wollte über die französische Grenze entfliehen; allein der Page Keith, einer der Mitverschworenen, verriet aus Furcht und Reue dem König die Sache. In wild aufflammendem Zorn hätte Friedrich Wilhelm seinen Sohn umgebracht, wenn er nicht von seiner Umgebung zurückgehalten worden wäre; er kehrte nach Berlin zurück mit

dem Entschluß, „den elenden Schurken", wie er seinen Sohn nannte, wegen Hochverrates zum Tode zu verurteilen. Den Lieutenant Katte, der den Fluchtversuch eingeleitet hatte, ließ er in Küstrin vor den Fenstern des Kerkers, in welchem Friedrich gefangen saß, mit dem Schwert hinrichten. Seinen Sohn begnadigte er auf Fürbitte des Kaisers, bemerkte aber dem österreichischen Gesandten: „Sie werden einmal sehen, was Sie an ihm haben werden". Nach anderthalbjährigem Gefängnis erhielt Friedrich seine Freiheit wieder, mußte sich aber verpflichten, nach dem Wunsche des Wiener Hofes die Prinzessin Elisabeth von Braunschweig-Bevern zu heiraten, obgleich sie ihm häßlich und dumm erschien[1].

Friedrichs II. Thronbesteigung wurde von den Berlinern mit großem Jubel begrüßt, denn sein Vater war wegen seiner Strenge und seines Geizes allgemein verhaßt. Im letzten Lebensjahre Friedrich Wilhelms I. erreichten die Fruchtpreise infolge einer Mißernte eine bedenkliche Höhe; dennoch konnte sich der hartherzige König nicht entschließen, die gefüllten Vorratshäuser der Krone zu öffnen. Friedrich II. war ungewöhnlich arbeitsam und alle Staatsgeschäfte gingen durch seine Hand. Mit großem Verständnis verbesserte er das Gewerbswesen, die Landwirtschaft und den Handel nach dem gedeihlichen nationalökonomischen Grundsatz, so wenig Geld als möglich an das Ausland zu zahlen und soviel als möglich von demselben zu beziehen. Die Folter und die von seinem Vater eingeführte strenge Censur hob er auf und gewährte unbeschränkte Preßfreiheit; nach zwei Jahren aber griff er wieder zur Censur. Auch Religionsfreiheit kündigte er an mit dem Grundsatze, daß in Preußen „jeder nach seiner Façon selig werden könne"; allein aus Abneigung und auf falsche Anklage suchte er den Katholizismus zu verdrängen und verfolgte einzelne weltliche und geistliche Personen ihres Glaubens wegen. Der junge König verriet die tiefste Verachtung gegen jede Offenbarungsreligion und schaffte alle Dispensationen in Ehesachen ab, um das Heiraten und Wachstum der Bevölkerung zu fördern. Die Philosophie Wolfs, der er anfänglich einen großen Eifer widmete, vertauschte er später mit dem Atheismus Voltaire's, mit dem er in lebhafte Korrespondenz trat[2]. Schon als Kronprinz wurde er Mitglied des Freimaurerordens in Braunschweig und gründete gleich nach seinem Regierungsantritte in Berlin die norddeutsche Mutterloge zu „den drei Weltkugeln", welche bald 14 Töchterlogen zählte. Wegen vieler Staatsgeschäfte beteiligte er sich nur kurze Zeit an der Thätigkeit des Freimaurerordens und sprach bald sehr geringschätzig von demselben. An den französischen Philosophen d'Alembert schrieb er: „Die Freimaurer stiften in ihren Logen eine Religion, welche noch abgeschmackter ist, als die

[1] Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, II, 557—628.
[2] Ranke, Neun Bücher preußischer Geschichte, III, 477 f.

der anderen Sekten.“ Während Friedrich selbst ein religiöser Freigeist war und die christliche Religion verspottete, lag ihm doch daran, daß seine Unterthanen christlich blieben, weil ein religiöses Volk gehorsamer sei als ein irreligiöses und sich eher für seinen Landesherrn totschießen lasse. Das höchste Ziel seines Ehrgeizes war, von den Franzosen bewundert zu werden; das deutsche Nationalgefühl war in ihm gänzlich erloschen. Gegen deutsche Gelehrte und Wissenschaftlichkeit hatte er keine Achtung; die Deutschen hielt er im allgemeinen für Tölpel, und für die dümmsten unter ihnen galten ihm die Bayern [1].

Zum Ausgangspunkt seiner ganzen Regierung machte sich Friedrich II. die Vergrößerung und Machterhöhung Preußens und des hohenzollerischen Hauses; in der Wahl der Mittel hierzu war er nicht engherzig. Als der letzte Habsburger, Kaiser Karl VI., starb, war der König von Preußen ohne Bedenken sogleich entschlossen, der Tochter und Erbin desselben die Provinz Schlesien zu entreißen. An die Pragmatische Sanktion hielt er sich nicht für gebunden, weil das Herzogtum Jülich-Berg nicht mit Preußen vereinigt worden war; allein Karl VI. hatte es dem König Friedrich Wilhelm I. in dem Wusterhauser Vertrag nur unter der Bedingung zugesichert, daß die Pfalzgrafen von Neuburg-Sulzbach aussterben oder als die nächsten Erben auf dasselbe verzichten. Seine Ansprüche auf Schlesien wollte er auf einen alten Erbvertrag zwischen dem Herzog von Liegnitz und dem Kurfürsten Joachim von Brandenburg begründen, wiewohl allgemein bekannt war, daß dieser Erbvertrag durch eine (1728) in Berlin vereinbarte Übereinkunft aufgehoben worden war. Friedrich war selbst von der Haltlosigkeit seiner Angaben überzeugt, allein ein gewaltthätiger Einfall in Schlesien war durch die politischen Verhältnisse begünstigt. Aus gesandtschaftlichen Berichten wußte er, daß die französische Regierung mit dem Plane umgehe, im Bunde mit Bayern die österreichische Monarchie zu zertrümmern, den Kurfürsten Karl Albert auf den Kaiserthron zu setzen und Deutschland von Frankreich abhängig zu machen. Der preußische König rechnete, Maria Theresia werde ihm entweder gutwillig Schlesien abtreten, und in diesem Falle hätte er sie mit einem Heere und die Erwählung ihres Gemahls zum deutschen Kaiser mit der brandenburgischen Kurstimme unterstützt, oder Maria Theresia verweigere die Abtretung, dann würde er mit Bayern und Frankreich gemeinsame Sache machen und von Österreich soviel als möglich wegreißen. Die Mittel zu einem Kriege besaß er wie kein anderer Monarch, da ihm sein Vater eine trefflich gerüstete Armee und eine Kasse mit 30 Millionen Thalern hinterlassen hatte. Im tiefsten Geheimnis sammelte er 30000 Mann und marschierte Mitte Dezember

[1] Preuß, Friedrich der Große, II, 113—122. 442. Gfrörer a. a. O. II, 628—643.



1740 zum Staunen von ganz Europa bei Crossen über die schlesische Grenze. Das Land war auf einen Angriff nicht vorbereitet, die Festungen nicht in einen verteidigungsfähigen Zustand gesetzt und die Besatzungstruppen bis auf 8000 Mann vermindert worden. Friedrich wurde in jenen schlesischen Städten, in denen die protestantische Bevölkerung überwog, bereitwillig aufgenommen. Die einzelnen österreichischen Garnisonen wurden von den Preußen vertrieben, welche ungehindert in Schlesien ihre Winterquartiere bezogen[1].

Friedrich II. schickte den Grafen von Gotter nach Wien, um der Königin von Ungarn den Beistand Preußens gegen ihre Feinde anzubieten, wenn sie ihm Schlesien überlasse. Maria Theresia kam ihrem listigen Gegner an Regententugenden und staatsmännischen Eigenschaften gleich, und an sittlichen Grundsätzen übertraf sie ihn weit. Aus gerechter Erbitterung über die ihr durch den König zugefügte Gewaltthat ließ sie den Gesandten nicht vor. Ihr Gemahl Franz empfing ihn mit der Erklärung, daß von Unterhandlungen erst dann die Rede sein könne, wenn die Preußen Schlesien geräumt hätten. Die Königin rief die Mächte, welche die Pragmatische Sanktion gewährleistet hatten, um ihre Hilfe an und führte beim Regensburger Reichstag Beschwerde über die Gewaltthat des preußischen Königs. Friedrich beauftragte mehrere berühmte Rechtsgelehrte, die rechtmäßigen Ansprüche Preußens auf Schlesien in öffentlichen Schriften zu beweisen; allein jeder Behauptung, welche sie zu Gunsten brandenburgischer Ansprüche aufstellten, widerstritten unwiderlegbare Thatsachen. Friedrich selbst glaubte nicht im mindesten, ein Recht auf Schlesien zu haben, denn er sagte später: „Ehrgeiz und der Wunsch, die Welt von mir reden zu machen, bestimmten mich, die Waffen zu ergreifen."[2] Nach Eroberung der Festung Glogau (8. März 1741) rückte er bis an die mährische Grenze vor. Der österreichische Feldmarschall Neipperg hatte in Mähren 20000 Mann verschiedener Nationalität mit 18 Geschützen zusammengebracht und wollte die Festung Neisse entsetzen und den Preußen die Rückzugslinie abschneiden; er marschierte bis Mollwitz zwischen Brieg und Ohlau. Der König war gezwungen, mit 19200 Mann und 60 Geschützen den Österreichern (10. April) eine Schlacht zu liefern. Die österreichische Reiterei schlug die preußische Kavallerie in die Flucht und bemächtigte sich der meisten preußischen Geschütze. Friedrich hielt die Schlacht für verloren und entfloh auf dringende Vorstellungen des Feldmarschalls Schwerin, dem er das Oberkommando übertrug, nach Oppeln. Als die österreichischen Reiter die preußischen völlig geschlagen hatten, plünderten sie das feindliche Gepäck; dadurch erhielt die Infanterie der Preußen Luft und griff das Fußvolk der Österreicher an, welches schlecht bewaffnet war. Während die

---

[1] Stenzel, Geschichte des preußischen Staates, IV, 60—64.
[2] Stenzel a. a. O. IV, 65.



mit eisernen Ladstöcken versehenen Preußen dreimal feuerten, vermochten die Österreicher mit ihren schlechten, hölzernen Ladstöcken kaum einmal zu schießen. Die preußischen Bataillone warfen die Infanterie der Österreicher zurück und besiegten auch die Kavallerie derselben. Die Preußen hatten zwar den Sieg errungen, aber ihre Verluste waren größer als jene der Österreicher. Friedrich kehrte voll Ärger über den Feldmarschall Schwerin, der ihm zur Flucht geraten hatte, in das Lager bei Mollwitz zurück, wo er zwei Monate lang die weitere Entwicklung der europäischen Politik abwartete [1]. Fast ganz Schlesien war bis auf wenige Festungen in seiner Gewalt; er hätte ungehindert auch Mähren besetzen und bis vor die Mauern Wiens marschieren können. Die Furcht, daß er durch weitere Gewaltthaten die europäischen Mächte, namentlich England, gegen sich herausfordern werde, hielt ihn von einer weitern Unternehmung zurück [2].

Die Niederlage der Österreicher bei Mollwitz erhöhte den Mut des Kurfürsten von Bayern, seine ehrgeizigen Pläne zur Ausführung zu bringen; da ihm aber die notwendigen militärischen und finanziellen Mittel mangelten, so war er auf die Hilfe Frankreichs angewiesen. Der französische Premierminister, Kardinal Fleury, hatte bei der Nachricht vom Tode Karls VI. zum preußischen Gesandten in Paris geäußert, daß Frankreich im letzten Wiener Frieden (1735) die Pragmatische Sanktion nur unbeschadet der Rechte Bayerns und Spaniens anerkannt hätte. Für die Politik Fleurys erhob besonders der Marschall Graf von Belleisle im Ministerrat seine einflußreiche Stimme und sprach mit großer Beredsamkeit von dem Schiedsrichteramt und der künftigen Größe Frankreichs. Belleisle stand nicht bloß bei der Armee in Ansehen, sondern galt auch in der öffentlichen Meinung für einen gewiegten Staatsmann. Den König Ludwig XV. überzeugte er von der Richtigkeit seiner Politik durch die Vorstellung, daß der Gemahl Maria Theresias, wenn er zum Kaiser gewählt werden würde, sein Erbland Lothringen zurückerobern und die Bourbonen aus Neapel vertreiben werde. Die Sicherheit Frankreichs erfordere, daß die Kaiserkrone dem Kurfürsten von Bayern verschafft und die österreichische Monarchie geteilt werde, so daß Flandern und Luxemburg an Frankreich, Ober- und Niederösterreich nebst Böhmen an Bayern und Schlesien an Preußen kommen würde. Der Königin Maria Theresia sollten nur Steiermark, Tirol und Ungarn verbleiben. Diese Vorschläge Belleisles waren nicht nur wohl überdacht, sondern wurden auch größtenteils in Vollzug gesetzt [3]. Sobald Karl Albert über die Gesinnung der französischen Regierung gegen Bayern durch seinen Geschäftsträger in Paris, Freiherrn von Grim-

[1] Gfrörer a. a. O. III, 40—51.

[2] Biedermann, Deutschland im 18. Jahrhundert, II, 2. Tl. 2, S. 239.

[3] Ranke, Französische Geschichte, vornehmlich im 16. u. 17. Jahrh., V, 567 f.

bergen, unterrichtet wurde, erneuerte er in Wien die unterbrochenen Verhandlungen über den Heiratsvertrag zwischen Albrecht V. und Ferdinand I. von 1546. Bei seiner Vermählung mit der Erzherzogin Marie Amelie hatte er auf alle Erbansprüche in Österreich verzichtet, jedoch nur für seine Person und nicht für seine Kinder. Auch hatte er in einem eigenen Vertrag (1. September 1726) die Pragmatische Sanktion auf zwei Jahre anerkannt, und sein Bruder, Kurfürst Klemens August von Köln, that das Gleiche. Als Karl VI. (1736) vom Regensburger Reichstag die Gewährleistung des neuen Hausgesetzes verlangte, kam Karl Albert mit seinem Bruder und dem Kurfürsten von der Pfalz überein, einen Reichstagsbeschluß, der seinen Erbansprüchen auf Österreich nachteilig sein könnte, zu verwerfen [1]. Nach dem Tode des Kaisers begründete er sein Erbrecht auf Österreich am Reichstag und faßte den Beschluß, mit Frankreich über die Geltendmachung desselben in Unterhandlung zu treten. Der Geheime Ratskanzler von Unertl, ein entschiedener Gegner der Franzosen, erinnerte den Kurfürsten an die unglückliche Verbindung Bayerns mit Frankreich im Spanischen Erbfolgekrieg und gab ihm mit angsterfülltem Herzen den eindringlichen Rat, seine Erbansprüche dem Kurfürstenkollegium zur Entscheidung vorzulegen und den Beistand des Reiches anzurufen. Der Münchener Hof hatte anfänglich die Absicht, den Vorschlag Unertls anzunehmen, und niemand dachte (1741) an einen Krieg; allein Preußen und Frankreich drängten hierzu die bayerische Regierung. Der außerordentliche preußische Gesandte von Klinggräf drückte dem jungen Grafen von Törring sein Erstaunen darüber aus, daß man in München alles in tiefster Ruhe finde. Törring wollte ihm das gesamte juridische Beweismaterial für die bayerischen Erbansprüche vorlegen; Klinggräf erwiderte ihm mit den Worten, der Kurfürst möge bedenken, daß er seine Rechte, mögen sie auch noch so klar zu Tage liegen, mit der Feder allein niemals werde durchsetzen können. Der Einfluß des preußischen Gesandten hielt Karl Albert zurück, den Weg friedlicher Ausgleichung einzuschlagen; er hielt sich jedoch gegen das protestantische Preußen und auch gegen Sachsen, dessen Kurfürst selbst im geheimen nach der Kaiserkrone trachtete, zurück. Einen Umschlag bewirkte Frankreich. Marschall Belleisle begab sich nach München, um im Namen Ludwigs XV. ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Frankreich und Bayern und den Feldzugsplan zu vereinbaren. In derselben Absicht traf der Graf von Montijo als außerordentlicher Gesandter Spaniens, das schon mit Frankreich verbündet war, in München ein. Die Königin Elisabeth von Spanien, welche für ihren kranken und schwachen Gemahl Philipp V. die Regierung führte, wollte für ihren Sohn Philipp, einen Bruder des Königs von Neapel und Sizilien, Toskana und die Lombardei erwerben,

---

[1] Ennen, Frankreich und der Niederrhein, II, 209.

worüber sie schon seit längerer Zeit mit dem Versailler und Münchener Hofe unterhandelte [1].

In einer Geheimenrats-Sitzung entwickelte Staatskanzler Unertl gegen einen Bund mit Frankreich und Spanien so schlagende Gründe, daß der Kurfürst Bedenken trug, Österreich mit französisch-spanischer Hilfe anzugreifen. Der ehrgeizige Präsident des Hofkriegsrates, Graf Ignaz von Törring-Jettenbach, der nach Feldherrnruhm strebte, machte den Vorschlag, im nahen Schlosse Nymphenburg eine geheime Konferenz abzuhalten, zu der Belleisle und Montijo gezogen werden sollten. Karl Albert willigte ein. Unertl wurde absichtlich hiervon nicht in Kenntnis gesetzt und dem Kurfürsten vorgestellt, daß der Kanzler als Rechtsgelehrter von den politisch-militärischen Sachen nichts verstehe. Als Unertl dennoch von der Zusammenkunft erfuhr, eilte er aus tiefster Besorgnis nach Nymphenburg, um den Kurfürsten in der entscheidenden Stunde von der gefahrvollen Verbindung mit Frankreich und Spanien zurückzuhalten. Als er von Hartschieren an der Thüre des Konferenzsaales abgewiesen wurde, lief er in den Schloßgarten und stellte eine Leiter an ein Fenster des Saales. In seiner patriotischen Angst zerschlug er das Fenster und rief hinein: „Kurfürstliche Durchlaucht, um Gotteswillen nur keinen Krieg, sonst sind Sie, Ihre Familie und ganz Bayern verloren! Trauen Sie den Franzosen nicht! Denken Sie an Ihren Vater!“ Präsident Törring wurde über den zudringlichen Kanzler so erzürnt, daß er von seinem Sitze aufsprang, den Degen zog und ihn auf den Tisch warf mit dem Ausruf: „Krieg!“ Dadurch wurde Karl Albert zu einem entschlossenen Handeln gebracht. Am 22. Mai 1741 unterzeichnete er einen Vertrag, in welchem sich Frankreich verpflichtete, dem Kurfürsten von Bayern die Kaiserkrone zu verschaffen und seine Ansprüche auf die österreichischen Erbländer mit aller Macht zu verwirklichen, eine Armee von 60000 Mann nach Deutschland zu schicken und dem Kurfürsten monatliche Subsidien von 2 bis 3 Millionen Livres zu zahlen. Frankreich sollte zur Entschädigung die österreichischen Niederlande erhalten [2]. Nach wenigen Tagen (28. Mai) kam auch der Vertrag zwischen Spanien und Bayern zu stande; die Königin Elisabeth machte sich anheischig, die erforderlichen Geldsummen zur Anwerbung von 12000 Mann zu entrichten, verlangte aber von Karl Albert, daß er ihr entweder Tirol oder doch wenigstens Trient, Friaul und Krain erobere. Darauf ging der Kurfürst nicht ein. Der spanische Gesandte forderte nun, daß von den anzuwerbenden 12000 Mann 6000 durch Tirol über die Alpen ziehen, um gemeinsam mit den Spaniern die Lombardei und Toskana zu bezwingen. Diese Bedingung nahm Karl Albert an und erhielt von Montijo eine Million

[1] Gfrörer a. a. O. III, 77—89.

[2] Heigel, Die Ansprüche des Kurfürsten Karl Albert auf Österreich ꝛc. 42—58.

Gulden Kriegsgelder[1]. Die Nymphenburger Verträge waren geheim abgeschlossen worden, um nicht die Eifersucht anderer Mächte zu erregen und sie nicht auf Seite der ungarischen Königin zu drängen. Karl Albert schickte den Geheimen Rat Grafen von Perusa nach Wien, um wiederholt die Vorlage des Testamentes Ferdinands I. zu verlangen und die bayerischen Erbansprüche auf der Heiratsurkunde Albrechts V. zu begründen.

Maria Theresia lud die fremden Gesandten zu sich und ließ in deren Gegenwart dem Grafen von Perusa das Original des Ferdinandeischen Testamentes vorlegen. In demselben war festgesetzt, daß die Nachfolge in Österreich auf die Nachkommen der Erzherzogin Anna, der Gemahlin des Herzogs Albrecht V. von Bayern, übergehe, wenn die „ehelichen“ Erben Ferdinands ausgestorben seien. Perusa prüfte alle auf die bayerischen Erbansprüche bezüglichen Urkunden und überzeugte sich von der Echtheit des Testamentes Ferdinands. Man hat fälschlich die österreichischen Beamten beschuldigt, daß sie in dem Testament statt „männliche“ Leibeserben „eheliche“ gesetzt hätten. Ferdinand I. hatte in dem Ehevertrag zwischen seiner Tochter Anna und dem Herzog Albrecht die Erbansprüche der bayerischen Wittelsbacher auf Österreich zugesichert, um in der Zeit der Not den Beistand Bayerns zu erlangen; kaum aber war die Gefahr vorüber, so stieß er sie durch sein Testament wieder um. Graf von Perusa verließ Wien, übergab aber den Ministern einen schriftlichen Protest gegen die Besitzergreifung der österreichischen Länder durch Maria Theresia und setzte die Gesandten der fremden Mächte durch eine Note von den Ansprüchen seines Kurfürsten auf Österreich in Kenntnis, mit der Bitte, sie möchten mit der Anerkennung Maria Theresias so lange zurückhalten, bis jene Ansprüche geprüft seien. Hierüber entspann sich ein langer und heftiger Streit zwischen den gelehrten Kronanwälten beider Staaten. Die bayerischen Rechtsgelehrten behaupteten, daß unter dem Worte „eheliche“ Leibeserben nur männliche zu verstehen seien, weil nach dem deutschen Erbfolgerecht nur Männer thronberechtigt wären. Der Ausdruck „eheliche“ Leibeserben müsse im Gegensatze zu unehelichen Söhnen gedeutet werden, denn sonst hätten, solange von den Töchtern des Kaisers Max II., des Nachfolgers Ferdinands I., noch eheliche Leibeserben vorhanden gewesen wären, auch die übrigen Erzherzoge und männlichen Erben nicht zur Thronfolge zugelassen werden können. Die österreichischen Staatsmänner hoben hingegen hervor, daß das „Regreßrecht“, welches bei privatadeligen Familien Geltung erlangt hätte, auf Dynastenhäuser nach dem Urteil bewährter Schriftsteller keine Anwendung finde. Ein Erbrecht Bayerns auf Österreich sei schon durch ein Privileg des Kaisers Friedrich I. ausgeschlossen, nach welchem nicht die Tochter des ersten Besitzers, sondern die des

[1] Gfrörer a. a. O. III, 85—90.

zuletzt gestorbenen zur Nachfolge berechtigt sei. Im 18. Jahrhundert war es noch eine Rechtsstreitfrage, ob bei Eröffnung der kognatischen Erbfolge die früher durch den Mannsstamm ausgeschlossenen Töchter den Vorzug vor der dem letzten Besitzer am nächsten stehenden Kognatin beanspruchen können. Professor Freiherr von Cramer in Marburg war einer der eifrigsten Verteidiger der Regredienten-Erbschaft und wurde deshalb von Karl Albert später zum Reichshofrat ernannt; er lehrte, der Ausdruck „Leibeserben" oder „eheliche" Erben müsse in dem Sinne aufgefaßt werden, der auf das Wohl und den Vorzug männlicher Erben gerichtet sei, so daß männliche Regredienterben durch die Erbtochter nicht ausgeschlossen seien. Die entgegengesetzten Lehrsätze wurden von den Juristen Pütter, Neurath und Senkenberg aufgestellt; der letztere wurde von Franz I. in den Reichshofrat berufen [1]. Die juridischen Abhandlungen über die österreichische Erbfolge zu Gunsten Bayerns bestärkten Karl Albert in der Überzeugung, daß seine Sache eine gerechte sei. In seinem Tagebuch schrieb er (1744), der Segen des Himmels werde ihm sicher zum Siege über seine Feinde verhelfen [2]. Da ihm die Nymphenburger Verträge belangreiche Kriegsmittel zur Verfügung stellten, so zögerte er nicht mehr, seine Erbfolge in Österreich mit Waffengewalt durchzusetzen. Die Rechtsfrage, welche von den Juristen nicht entschieden worden war, wurde eine Machtfrage, die durch das Schwert entschieden werden sollte.

[1] Heigel a. a. O. 59 ff.

[2] Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte, VIII, 313.

Zweites Kapitel.

Der Österreichische Erbfolgekrieg während der Regierung des Kaisers Karl VII.

In Wien sah jedermann voraus, daß der Kurfürst von Bayern sein Erbrecht auf Österreich mit Gewalt behaupten werde. Maria Theresia glaubte, daß Karl Albert VI. nur auf die Unterstützung Preußens rechnen könne und Frankreich neutral bleiben werde, weil es die Pragmatische Sanktion anerkannt hätte. Allein Marschall Belleisle hatte sich von München in das preußische Lager bei Mollwitz begeben, um mit dem König über ein Bündnis gegen Maria Theresia zu unterhandeln; er bot ihm die Gewährleistung des Besitzes von Schlesien an. Friedrich II. hatte wenig Lust, zu einer Vergrößerung Bayerns mitzuhelfen, so daß es dem preußischen Staate ebenbürtig werden würde; er gab dem Marschall die ausweichende Antwort, daß er auf ein Bündnis mit Frankreich und Bayern erst dann eingehen könne, wenn sich Sachsen-Polen in einem Kriege gegen Österreich zu einem Angriff auf Rußland entschließe, weil Österreich und Rußland gegen Preußen feindlich gesinnt seien. Kurfürst-König August III. von Sachsen-Polen war geneigt, sich mit den Feinden Österreichs zu vereinigen, wenn ihm Mähren und die nördliche Hälfte von Böhmen mit der Hauptstadt Prag überlassen würde. Der Kurfürst von Bayern wies diese Forderung zurück, weil er sich als den allein rechtmäßigen Herrn von Böhmen, Ober- und Niederösterreich, Tirol und Steiermark betrachtete. Nur mit vieler Mühe brachte Kardinal Fleury einen Vergleich zu stande, in welchem sich August mit Mähren und einem schmalen Streifen des nördlichen Böhmen begnügte[1]. Zugleich reizte er Schweden zu einem Krieg gegen Rußland. Die Großfürstin Anna, die für ihren minderjährigen Sohn Iwan II. die Regentschaft führte, hatte der von allen Seiten bedrängten Königin Maria Theresia ihren Beistand ver-

[1] Arneth a. a. O. I, 252—302.

sprochen; durch einen Angriff der Schweden aber wurde sie daran gehindert [1]. Geringere Anstrengung kostete es der französischen Regierung, die beiden Kurfürsten von Köln und der Pfalz zum Eintritt in das Bündnis gegen Österreich zu bewegen. Sie erhielten die Weisung, ihre Truppen mit jener französischen Armee zu vereinigen, welche in die Niederlande einmarschieren werde [2].

Maria Theresia fand nur in England Sympathien, weil man dort durch eine Zerstücklung der österreichischen Monarchie eine Störung des europäischen Gleichgewichtes befürchtete. Eine Vermittlung, welche das britische Ministerium zwischen dem König von Preußen und Maria Theresia versuchte, schlug fehl, und Friedrich II. schloß das Bündnis mit Frankreich am 5. Juni 1741 ab. Ludwig XV. und Friedrich gewährleisteten sich gegenseitig ihren Besitzstand, und der preußische König verpflichtete sich, dem Kurfürsten von Bayern seine Stimme zur Kaiserwahl zu geben, jedoch nur unter der Bedingung, daß Frankreich ein Heer nach Deutschland schicke und Karl Albert Österreich noch vor Ende August mit Krieg überziehe; dadurch hoffte er, die Königin von Ungarn zur Abtretung Schlesiens zu zwingen. Seine Streitmacht erhöhte er in Schlesien auf 60 000 Mann, erpreßte von den Unterthanen schwere Steuern und verdrängte die katholische Religion durch verschiedene Verordnungen und Ernennung protestantischer Beamten, im Widerspruch zu seinem früher verkündeten Grundsatze der Gewissensfreiheit [3]. Trotz seiner Übermacht dachte er nicht daran, den Feldmarschall Neipperg, der mit dem einzigen österreichischen Heere bei der Festung Neisse Stellung genommen hatte, zu einer Schlacht zu zwingen, weil er voraussah, daß die Bayern und Franzosen die Arbeit für ihn thun werden, und in der That kam die gesamte Machtentwicklung und ein ungeheurer Geldaufwand seiner Verbündeten nur ihm allein zugute.

Maria Theresia hatte auf die erste Nachricht von Verhandlungen zwischen Frankreich, Bayern, Sachsen und Preußen die Vermittlung des Papstes Benedikt XIV. angerufen, um eine Annäherung an den Münchener Hof anzubahnen. Als die bayerische Regierung keine bestimmte Antwort gab, schickte der österreichische Minister Graf von Sinzendorf den Sohn eines in München ansässigen Bankiers, Wolf Werthheimer, mit einem Schreiben nach München, in welchem die Königin von Ungarn sich bereit zeigte, mit Karl Albert in ein freundschaftliches Einvernehmen zu treten; er möchte ihr seine Forderungen in Österreich an Land und Geld zu erkennen geben. Der Brief wurde von Werthheimer dem Kanzler von Unertl und durch diesen dem Kurfürsten mitgeteilt. Zwischen den beiden Höfen kam es zu einem langen Schriftwechsel, der jedoch zu keinem Ziele führte, weil Karl Albert ohne

---

[1] Hermann, Geschichte Rußlands, IV, 663—669.
[2] Ennen a. a. O. II, 216—219. [3] Stenzel a. a. O. IV, 67—83.

Frankreich keine Sonderverhandlungen abschließen und seine Vergrößerungspläne nicht aufgeben wollte. Maria Theresia bot dem Kurfürsten die Niederlande und den Breisgau an, verwarf aber den Vorschlag der Kaiserin-Witwe, Oberösterreich, Vorarlberg und das österreichische Schwaben mit der Würde eines Königreiches an Bayern abzutreten [1]. Karl Albert zog die Verhandlungen in die Länge, bis die französische Armee den Rhein überschritten hatte. Die eigenen Rüstungen hatte er eifrigst betrieben und hierzu nicht nur die französischen und spanischen Kriegsgelder verwendet, sondern auch außerordentliche Steuern bis zur Höhe von 2 Millionen eingetrieben, wozu die Klöster und geistlichen Stifter zwei Drittel zu leisten hatten. Gegen Ende Juli 1741 brach Karl Albert mit 30 000 Mann an den Inn auf. Der Generalmajor Minuzzi marschierte mit der Vorhut gegen die fürstbischöfliche Stadt Passau, die einen wichtigen Punkt auf der Rückzugslinie der Bayern bildete. In Schärding gewann er einen beherzten Beamten, der verkleidet auf einem Wagen (31. Juli) durch Passau fuhr, und während er bei der Ausfahrt mit dem Thorwächter ein Gespräch anknüpfte und seinen Wagen zwischen den geöffneten Flügeln des Stadtthores stehen ließ, drangen die im Hinterhalt liegenden Bayern durch das Thor und besetzten die Stadt. Den Kardinal-Fürstbischof v. Lamberg, der in dem Bergschlosse Oberhaus am linken Donau-Ufer residierte und nur von 70 Friedenssoldaten bewacht war, forderte Minuzzi unter Androhung einer Beschießung zur Übergabe auf. Der Kardinal unterwarf sich und überlieferte das Schloß. Der Kurfürst besetzte Oberhaus und teilte sein Heer; mit dem Großteil nahm er bei Schärding Stellung bis zur Ankunft der Franzosen, und die kleinere Abteilung entsendete er nach der Oberpfalz an die böhmische Grenze, um vor den Sachsen Prag zu erobern. Mitte August überschritten unter dem Marschall Belleisle 25 000 Franzosen, die vortrefflich ausgerüstet und mit Geld wohl versehen waren, den Rhein; sie eilten durch Schwaben nach Bayern und zahlten in allen Orten die Lebensmittel mit barem Geld. An ihren Hüten und Helmen trugen sie bayerische Quasten und Bänder von weißblauer Farbe, um anzudeuten, daß sie im Dienste des Kurfürsten von Bayern stehen und nicht für Frankreich, sondern für Bayern Krieg führen. Zu gleicher Zeit marschierte eine größere französische Armee in die österreichischen Niederlande und wurde von Truppen des kölnischen und pfälzischen Kurfürsten verstärkt. Von dem Heere Belleisles zog Karl Albert so viele Regimenter an sich, daß er seine Streitmacht bei Schärding auf 40 000 Mann erhöhte; die anderen schickte er nach der Oberpfalz, um die dortigen Bayern zu verstärken [2].

---

[1] Arneth a. a. O. I, 302—375.

[2] Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, III, 96—106.

Karl Albert übernahm den Oberbefehl über das vereinigte Heer und überschritt am 12. September 1741 die österreichische Grenze. Oberösterreich war fast ganz wehrlos; nur bei dem alten Schloß Spielberg an der Enns standen unter dem General Grafen von Palffy 4000 Mann in einem verschanzten Lager. Bei Annäherung der Bayern und Franzosen wich Palffy nach Niederösterreich zurück. Der Kurfürst zog ohne Widerstand in Baierbach ein und schickte nach Linz einen Trompeter, um den Ständedeputierten eine gedruckte Abhandlung über seine Erbrechte auf Österreich und ein Schreiben zu übergeben, in welchem er die Stände aufforderte, ihn als ihren rechtmäßigen Herrn anzuerkennen und ihm Kommissäre entgegenzusenden, um die Verpflegung seiner Truppen zu besorgen und die Ordnung zu erhalten. Die bayerischen und französischen Soldaten warteten die Ankunft der Kommissäre nicht ab, sondern nahmen den Einwohnern die Lebensmittel und den Klöstern die wertvollsten Gegenstände weg. Die Ständeabgeordneten in Linz übertrugen die Kommission dem gewandten Ritter Wiellinger von der Au, welcher nach Baierbach kam und den Kurfürsten im Namen der Stände zur Huldigung nach Linz einlud. Karl Albert wurde von dem Landvolke in allen Ortschaften mit hoffnungsvoller Freude begrüßt, weil es ihn für den wahren Erben und Nachfolger des Kaisers Karl VI. hielt und von ihm eine Verminderung der Steuern erwartete; auch von den Adelsherren waren ihm nur jene abgeneigt, die mit den Hofbeamten in Wien in Familienbeziehungen standen. Am 14. September hielt er in Linz seinen Einzug, nahm den Titel eines Erzherzogs an und ließ sich von den Ständen huldigen. Aus den ihm ergebenen Edelleuten bildete er sich einen förmlichen Hofstaat, gab ein großes Bankett und empfing von den Ständen 6000 Dukaten als Huldigungsgeschenk. Mit den Huldigungs- und Vergnügungsfesten verlor der Kurfürst in Linz kostbare Tage; er ließ nur die Städte Enns und Steyer besetzen und schob die Spitzen seines Heeres bis Mautern und St. Pölten vor, welches nur mehr 10 Meilen von Wien entfernt war. Die österreichische Hauptstadt wurde mit Schrecken erfüllt; die Bürger vergruben ihre wertvollen Sachen, und der Adel und die Reichen flüchteten sich nach Ungarn, wohin sich auch Maria Theresia samt ihrem Hofstaate seit Anfang September begeben hatte. In Wien war eine große Partei, die dem Gemahl Maria Theresias, dem Hofe und der Geistlichkeit feindlich gesinnt war und dem Kurfürsten von Bayern anhing[1]. König Friedrich II. schickte den General von Schmettau, welcher früher in österreichischen Diensten gestanden und wegen Zurücksetzung in die preußische Armee übergetreten war, nach Linz, um den Kurfürsten ernstlich an einen Angriff auf Wien zu ermahnen. Schmettau, der die Stimmung in Wien und die Schwäche der

[1] Arneth a. a. O. I, 379—395.

österreichischen Regierung kannte, glühte vor Rache und drang in Karl Albert, ungesäumt auf die Hauptstadt loszugehen, indem er ihm vorstellte, daß die Bürger nach einer kurzen Beschießung ihre Stadt übergeben würden, um ihr Eigentum zu schonen. Auch die Umgebung des Kurfürsten beantragte einen Vormarsch gegen Wien. Karl Albert verschloß sich den Darlegungen Schmettaus nicht, allein er besaß nicht die notwendige Artillerie, um die befestigte Stadt Wien belagern zu können[1]. Entscheidend für die nächste Operation war die Politik Frankreichs.

Der französische Kriegskommissär im bayerischen Hauptquartier, Marquis von Beauvau, war von seiner Regierung angewiesen worden, den Kurfürsten von einer Eroberung Wiens zurückzuhalten, damit Bayern nicht zu mächtig werden würde. Als ihm General Schmettau eifrigst zuredete, in eine Besetzung Niederösterreichs zu willigen, entschlüpfte dem Marquis das Wort: „Dann würde uns der Kurfürst nicht mehr nötig haben, und das wäre gegen den Vorteil Frankreichs." Die Absicht des Versailler Kabinetts war, durch das Bündnis mit Bayern, Preußen, Kurköln und der Pfalz die österreichische Monarchie aufzulösen und das dadurch geschwächte Deutschland von Frankreich abhängig zu machen. Der Königin Maria Theresia sollte nur mehr Ungarn und Niederösterreich verbleiben, Karl Albert mit Bayern Ober- und Vorderösterreich nebst Böhmen vereinigen und zum Kaiser gewählt werden, August III. Mähren und Friedrich II. Schlesien erhalten. Frankreich werde von den Niederlanden und Luxemburg Besitz nehmen; die übrigen Verbündeten sollten leer ausgehen. Beauvau verlangte von dem Kurfürsten, daß er von einem Einmarsch in Niederösterreich abstehe und sich gegen Böhmen wende, um sich dort krönen zu lassen und dadurch die böhmische Kurstimme zu erlangen. Die französischen Generale drohten ihm, daß sie nicht mit ihm nach Wien marschieren werden[2]. Karl Albert fügte sich unwillig der Forderung der Franzosen und ordnete den Marsch von der Donau an die ferne Moldau an; dadurch wurde die österreichische Monarchie gerettet. Maria Theresia hatte bisher nur in Schlesien ein Heer, welches die Preußen beobachtete; sie erhielt auf keiner Seite eine Unterstützung. Kurfürst-König Georg II. von Hannover-England hatte ihr zwar Hilfstruppen versprochen; als aber die Franzosen an den Niederrhein zu ziehen schienen, erklärte er sich neutral und versprach den Verbündeten, daß er bei der nächsten Kaiserwahl seine Stimme dem Kurfürsten von Bayern geben werde. Ebenso blieb der Schwäbische Kreis neutral, und der Kurfürst von Mainz that dasselbe mit der Angabe, die österreichische Erbfolge betreffe nicht das Deutsche

[1] Gfrörer a. a. O. III, 106—114.

[2] „Mémoires sur la conduite, que j'ai tenu depuis le mort de l'empereur Charles VI. et tout ce qui s'est passé à cet égard." Eigenhändige Memoiren Kaiser Karls VII., Hof- und Staatsbibliothek in München.

Reich, sondern den Münchener und Wiener Hof, in deren Streit er sich nicht mischen wolle. In Ungarn war Maria Theresia anfänglich mit keiner günstigen Stimmung empfangen worden, weil ihr Vater die Verfassungsrechte der Magyaren beschränkt hatte. Bei ihrer Krönung (Juli 1741) hatten ihr die Stände die Steuern verweigert, bis sie ihnen mehrere Forderungen bewilligte. In ihrer Bedrängnis machte sie ihnen noch weitere Zugeständnisse, und sie rüsteten 15000 Mann zu Pferd und 30000 zu Fuß als selbständige Armee und 20000 Mann zur Verstärkung des österreichischen Heeres. Dazu kamen noch verschiedene Freiwilligencorps, die aus Ungarn, Kroaten und Slavoniern zusammengesetzt und von den Majoren von der Trenck und Menzel und anderen Adeligen befehligt wurden, so daß die Streiter, welche das Magyarenreich lieferte, sich auf 100000 Mann beliefen. Ganz Ungarn kam in kriegerische Bewegung und griff zu allen Mitteln; sogar den zahlreichen Räuberbanden, die in den Wäldern Slavoniens hausten, wurde Straflosigkeit angeboten, wenn sie für die Königin kämpften. Aus diesen Horden, sowie aus Panduren und Abenteurern bildeten Trenck und Menzel ihre Freiwilligencorps [1]. Während des Marsches der Bayern und Franzosen nach Böhmen konnte Maria Theresia ungehindert bei Wien ein großes Heer zusammenziehen; dennoch unterhandelte sie auf Zureden ihrer Minister und der englischen Regierung mit Friedrich II., um die Truppen Neippergs gegen die Bayern und Franzosen in Böhmen frei zu machen. Auf dem Schlosse Kleinschnellendorf unweit der Festung Neisse ging sie mit dem König (9. Oktober 1741) einen Vertrag ein mit der Verpflichtung, Schlesien im nächsten Friedensschlusse an Preußen abzutreten. Friedrich setzte nur die Bedingung, daß die ohne Wissen seiner Verbündeten abgeschlossene Übereinkunft geheim gehalten werde. Der Kleinschnellendorfer Vertrag war auf beiden Seiten das Machwerk einer heimtückischen Politik, denn Friedrich wollte die Festung Neisse ohne Blutvergießen in seine Gewalt bringen und seinen Soldaten Erholung gönnen, und Maria Theresia dachte nicht im mindesten daran, Schlesien für immer aufzugeben; sie ließ den Vertrag veröffentlichen, um den König von Preußen in Bayern, Sachsen und Frankreich verhaßt zu machen [2].

Kurfürst Karl Albert hatte in Oberösterreich, namentlich in den reichen Klöstern und Stiftern, bedeutende Brandschatzungen eingetrieben und bei Mautern und Mauthausen (5. Oktober 1741) die Donau überschritten. Zur Besetzung Oberösterreichs hatte er 15000 Mann unter dem französischen General Segur zurückgelassen; diese Truppen waren zu schwach, um das offene Land ohne Festung gegen ein größeres feindliches Heer zu verteidigen. Das bayerisch-französische Heer schlug die Straßen über Krems und Frei-

---

[1] Erich, Leben und Geschicke des Freiherrn von der Trenck 150—154.

[2] Arneth a. a. O. I, 395—410.

stadt nach Budweis ein, während die in der Oberpfalz aufgestellten Bayern und Franzosen gleichfalls in Böhmen einbrachen und (6. November) Pilsen besetzten[1]. Nach wenigen Tagen (9. November) überstiegen 20000 Sachsen das Erzgebirg und marschierten an der Elbe gegen Prag. Die kleinen österreichischen Besatzungen wichen überall vor der feindlichen Übermacht nach Mähren zurück, wo auf Befehl des Wiener Hofkriegsrates der Feldmarschall Neipperg ein Heer von 40000 Mann sammelte, um von Olmütz über Znaim nach Böhmen vorzurücken und den Kurfürsten auf seinem Marsche gegen Prag in Flanke und Rücken anzugreifen. Karl Albert durchschaute die Gefahr und rief die Truppen bei Pilsen zu sich nach Budweis, um Neipperg zurückzuschlagen; allein er schickte vergebens wiederholte Befehle nach Pilsen. Der König von Frankreich hatte dem Kurfürsten zwar den Oberbefehl über die französischen Truppen übertragen, aber seinen Generalen die geheime Weisung gegeben, sich in keine anderen Unternehmungen einzulassen, als auf Eroberung der böhmischen Hauptstadt. Nach abgehaltenem Kriegsrat ersuchten die französischen Generale den Kurfürsten, seinen Plan zu ändern und in Verbindung mit ihnen gegen Prag zu ziehen. Kardinal Fleury wurde immer mehr von dem Gedanken geängstigt, Karl Albert werde sich von Frankreich lossagen, sobald er Österreich erobert hätte. Der preußische Gesandte in London, der aus diplomatischen Mitteilungen die Gesinnung des bayerischen Kurfürsten kannte, sprach gegen den König Georg II. seine Überzeugung aus, daß Karl Albert zu ehrgeizig sei, als daß er über ein Jahr von Frankreich abhängen wolle. Dies hatte Fleury in Erfahrung gebracht; deshalb wollte er den Kurfürsten wohl zum Kaiser machen, jedoch nicht zu einem mächtigen, weil er sonst ihr Gegner werden könnte. Der preußische Gesandte in München machte dem französischen Gesandten den Vorwurf, daß der Versailler Hof den günstigen Fortgang des Krieges hindere. Der Franzose gab es zu und entschuldigte seine Regierung damit, daß er die französischen Minister Dummköpfe schalt. Der Preuße erwiderte ihm: „Nicht Dummköpfe sind sie, sondern Schurken.“[2]

Der Kurfürst von Bayern zog voll Unmut von Budweis nach Horzelitz, wo er sich mit den von Pilsen kommenden Franzosen vereinigte. Dem Generalmajor Marquis von Leuville befahl er, mit einer Abteilung die wichtige Stadt Budweis gegen einen Angriff der Österreicher bis zum äußersten zu verteidigen. Allein kaum war er in Horzelitz einmarschiert, als Leuville, wahrscheinlich infolge einer geheimen Instruktion, Budweis verließ und dem Großteil des Heeres nacheilte. Nun glaubte auch der bayerische General Graf von Törring sich nicht länger mehr in seiner Stellung bei Wessely

---

[1] Zschokke, Bayerische Geschichten, IV, 6, 77.
[2] Arneth a. a. O. I, 410—425.

halten zu können, und stieß gleichfalls zur Hauptarmee. Feldmarschall Neipperg benützte sofort die Fehler seiner Gegner; er besetzte Budweis und schob die Spitzen seiner Truppen bis Tabor und Tain vor; dadurch schnitt er die Verbindung der alliierten Bayern und Franzosen von Oberösterreich ab. Auf dem Marsche nach Prag kam dem Kurfürsten die Bevölkerung überall in feierlichem Zuge entgegen, und an die Spitze der einzelnen Gemeinden stellte sich die Pfarrgeistlichkeit mit Kreuz und Weihwasser, um ihn als künftigen Landesherrn zu begrüßen. In der Nacht des 24. November (1741) standen die Bayern und Franzosen auf dem Weißen Berg und am andern Tag trafen auch die Sachsen ein. Die Besatzung der Hauptstadt war unter dem schottischen General Ogilvy nur 3000 Mann stark, welche den zwanzigfach überlegenen Feinden keinen langen Widerstand leisten konnten. Im Kriegsrate der Verbündeten wurde beschlossen, Prag nicht regelrecht zu belagern, sondern sogleich zu erstürmen, ehe die Österreicher unter Neipperg zum Entsatze heranzögen. Nach dem Plane des bayerischen Kurfürsten wurde die Beschießung der Stadt auf „der Kleinseite" zum Scheine eröffnet und von ihm die Leitung dem Grafen Moritz von Sachsen, einem unehelichen Sohne des Kurfürsten-Königs August II. von Sachsen-Polen und der schönen Gräfin Aurora von Königsmark, welcher auf Rat seines Vaters in französische Kriegsdienste getreten und zum Feldmarschall ernannt worden war, übertragen. Während die Besatzung in Prag ihre volle Aufmerksamkeit nach „der Kleinseite" richtete, drangen die Verbündeten nach kurzem Gefechte (26. November) stürmend in die Stadt, und General Ogilvy gab sich mit der Garnison kriegsgefangen. Die Österreicher waren bis Beneschau vorgerückt; auf die Nachricht von dem Falle Prags bezogen sie im Süden Böhmens die Winterquartiere[1]. Karl Albert hielt überall strenge Mannszucht und Ordnung, so daß ihm alle Böhmen lebhafte Sympathien entgegentrugen und besonders der Adel sich um ihn drängte. Am 7. Dezember ließ er sich durch Herolde zum König von Böhmen ausrufen und am 19. feierlich huldigen und krönen; zu diesem Feste waren gegen 500 Mitglieder der böhmischen Stände erschienen, darunter der Prager Erzbischof Graf von Manderscheid und die vornehmsten Grafen, unter denen sich viele um die Ehre bewarben, von dem neuen König zum Kämmerer ernannt zu werden. Allein bald wurde sichtbar, daß für den Kurfürsten das neue Königreich von keinem langen Bestande sein werde; denn ein bayerisch-französisches Armeecorps unter den Generalen Törring und Aubigné, das von Prag gegen Budweis zog, um die Österreicher aus Böhmen zu schlagen, wurde bis nach Pisek zurückgeworfen, und fast die ganze südliche Hälfte Böhmens kam in die Gewalt der Österreicher. Die Franzosen

[1] Weltzien, Graf Moritz von Sachsen 15—17. Weber, C. v., Moritz Graf von Sachsen, Marschall von Frankreich 61—70.

erhoben von den Böhmen willkürliche Brandschatzungen und Steuern, meist im Namen ihres Königs Ludwig; dadurch wurde der neue Böhmenkönig bei den Unterthanen verhaßt gemacht. Karl Alberts Gedanken waren auf den verlockenden Glanz der Kaiserkrone gerichtet; er traf eiligst die nötigen Anordnungen für die Verwaltung Böhmens und ernannte seinen natürlichen Bruder, „den Grafen von Bayern", zum Statthalter, den böhmischen Grafen von Kaiserstein zum Staatskanzler und den Grafen Philipp von Kolowrat zum Präsidenten des Ständeausschusses, welche während seiner Abwesenheit die Regierungsgeschäfte zu besorgen hatten. Nach einem zehntägigen Aufenthalte verließ er Prag, besuchte (29. Dezember) in Dresden seinen Schwager August III. und reiste über Regensburg nach München, wo er die dringendsten Verfügungen traf und (3. Januar 1742) sich mit seiner Gemahlin nach Heidelberg zum Kurfürsten Karl Philipp von der Pfalz begab, um bei der bevorstehenden Kaiserwahl in der Nähe Frankfurts zu sein[1].

Marschall Belleisle, der eigentliche Urheber des Österreichischen Erbfolgekrieges, verweilte schon seit mehreren Monaten in Frankfurt, wo er staunenswerten Prunk entfaltete und ungeheure Geldsummen verschwendete, um dem Kurfürsten von Bayern die Wahl zum Kaiser zu sichern. Die Bevollmächtigten der Kurfürsten, die dem höhern deutschen Adel angehörten, überließen ohne jedes Nationalgefühl dem Franzosen überall den Vorrang und thaten sich an seiner reich besetzten Tafel gütlich, wozu täglich die feinsten Leckerbissen aus Paris geliefert wurden. Maria Theresia hatte zwar ihren Gemahl zum Kurfürsten von Böhmen ernannt, allein der Kurfürstenrat und der Regensburger Reichstag erkannten diese Ernennung nicht an, weil in der Pragmatischen Sanktion nur die weibliche Nachfolge in Österreich festgesetzt war. Kurfürst Karl Philipp von der Pfalz war der erste, der seine Stimme dem bayerischen Stammesvetter versprach, und dieser bewies ihm dadurch seinen Dank, daß er an die Rheinpfalz die verlorene Erztruchsessenwürde zurückgab, wodurch der Streit zwischen der Pfalz und Hannover um die Erzschatzmeisterwürde für den Augenblick beigelegt wurde[2]. Die beiden Kurfürsten hatten seit dem Ableben Karls VI. gemäß dem Hausvertrage von 1724 das Reichsvikariat durch eine aus bayerischen und pfälzischen Beamten zusammengesetzte Kommission mit gemeinsamer Eintracht ausgeübt. Die protestantischen Fürsten und Stände sträubten sich, eine nur aus katholischen Mitgliedern bestehende Reichsverweserschaft anzuerkennen, weil der Vertrag von 1724 weder von dem Kaiser noch von dem Reich anerkannt worden war; dennoch behaupteten die zwei Wittelsbacher die an sich bedeutungslose Führung der Reichsverweserschaft und befestigten den Hausvertrag durch Wechselheiraten. Karl Philipp

---

[1] Gfrörer a. a. O. III, 119—125.
[2] Muffat, Geschichte der bayerischen und pfälzischen Kur 37 f.

vermählte seine ältere Tochter Elisabeth mit dem Pfalzgrafen Karl Theodor von Sulzbach und seine jüngere Tochter Maria Anna mit dem Herzog Klemens von Bayern, dem Sohne des Herzogs Ferdinand und Neffen Karl Alberts. Da Karl Philipp keine Söhne hatte, so war sein Schwiegersohn Karl Theodor der in agnatischer Linie nächstberechtigte Erbe von der Rheinpfalz, Pfalz-Neuburg, Jülich und Berg[1]. Während der Hochzeitsfeste wurde Karl Albert von sämtlichen Kurfürsten (24. Januar 1742) im Dome zu Frankfurt zum Kaiser ausgerufen. Der Graf von Eltz überbrachte ihm in Heidelberg die Nachricht von seiner Erwählung. Der Gewählte begab sich ungesäumt nach der Kaiserstadt; seine Reise von Heidelberg nach Frankfurt zur Krönung glich einem Triumphzug. In der Bartholomäuskirche beschwor Karl VII. die Wahlkapitulation, welche das ganze Kaisertum zu einem Schatten erniedrigte.

In Frankfurt ereilte den neuen Kaiser die Nachricht, daß die Österreicher Passau erobert hatten; er erkannte darin das Unglück, das nun über Bayern hereinbrechen werde und dem er nicht vorbeugen konnte. Mit Gewalt unterdrückte er seine innere Aufregung, wurde aber von so heftigen Unterleibsschmerzen befallen, daß er auf eindringliche Bitten treuer Freunde die Krönung nicht länger mehr verschob. Sie wurde (12. Februar 1742) von dem Bruder Karl Alberts, dem Kurfürsten-Erzbischof Klemens August von Köln, vollzogen, welchem der Mainzer Kurfürst aus Gefälligkeit diese Zeremonie überlassen hatte. Bei dem Festzuge vom Dome in das Frankfurter Rathaus schien Karl VII. Albert von der Schwere der Krone und des ganzen Ornates erdrückt zu werden, weil er an diesem Tage wieder an der Kolik erkrankt war. Nach der Krönung der Kaiserin (8. März) folgte eine lange Reihe von Festlichkeiten, Gastmählern und Schauspielen. Schon während der Krönung war der größte fürstliche Glanz und Luxus entfaltet worden; es waren aus Deutschland, Frankreich, Spanien und England über 500 Herzoge, Fürsten und Grafen nebst unzählbaren Freiherren und Adeligen erschienen, welche von 18000 Livreebedienten umgeben waren. Der Kurfürst-Erzbischof von Mainz, Philipp Karl von Eltz-Kempenich, war mit einem prunkvollen Hofstaate von 540 Pferden, 620 Dienern und Beamten, 34 Musikern und 33 Köchen angekommen. Das Gewühl des aus nah und fern herbeigeströmten Volkes war während des Krönungsfestes so stark, daß der Bevollmächtigte des pfälzischen Kurfürsten, der als Reichserzschatzmeister aus rotsammtenen Beuteln goldene und silberne Krönungsmünzen unter die Leute warf, plötzlich weder vor- noch rückwärts reiten konnte, bis die Bürgerkavallerie unter die Volksmenge sprengte und ihm Luft machte[2].

---

[1] Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz, II, 840.

[2] Zeitschrift für deutsche Kulturgeschichte, Jahrg. 1872, von Müller. Die deutsche Kaiserkrönung &c. 81, 82, 85, 186.

Außer den herkömmlichen Festlichkeiten wetteiferte ein Fürst und Gesandter mit dem andern an prächtigen Veranstaltungen. Marschall Belleisle ließ am Abend des Krönungstages den ganzen „Roßmarkt" mit reich verzierten und brillant beleuchteten Arkaden umstellen. Der spanische Gesandte Graf von Montijo überbot durch Großartigkeit seiner Anordnungen alles, was bisher von dem französischen Hofe auf Feste zum Staunen der Welt verwandt worden war. Mit hohen Kosten ließ er am Mainufer von 600 Arbeitern aus Holz einen feenhaft ausgeschmückten Palast mit 60 großen Fenstern von Spiegelglas erbauen und mit zahllosen Wachslichtern innen und außen beleuchten. Der anstoßende Garten, dessen Bäume wegen der damaligen Winterzeit mit Tannenzweigen versehen wurden, ward von 50000 Lampen erhellt. Am jenseitigen Ufer ließ Montijo ein Holzgerüste errichten, auf dem mehrere Wagen mit Weißbrot und fließender roter und weißer Wein dem Volke preisgegeben wurden. Gewandten Baukünstlern befahl er, im Mainflusse einen 300 Fuß hohen Triumphbogen zu bauen, der mit Transparentgemälden, Statuen, Lorbeer- und Palmzweigen geziert und glänzend beleuchtet war; auf dem Giebel desselben standen 54 große Schalen, aus denen weithin strahlende Flammen emporstiegen. Zu beiden Seiten des Triumphbogens waren Bühnen für Musiker und Pyramiden mit Feuerrädern als leuchtende Sonnen errichtet. Auf dem Flusse schwammen kleine Schiffe mit illuminierten Wassergöttern und Nymphen, und auf dem Triumphbogen wurde ein Feuerwerk mit Sternfiguren abgebrannt. Der Kurfürst von Köln veranstaltete in Sachsenhausen am „Deutschen Hause", wo er wohnte, eine noch nie gesehene Beleuchtung, zu der so viel Volk herbeikam, daß man sich auf der Mainbrücke eine Stunde lang nicht mehr bewegen konnte, und die vornehmsten Personen aus ihren Kutschen steigen und sich zwischen den Wagen hindurchwinden mußten. Die bewaffnete Bürgerschaft war nicht genügend, um die Ordnung und Sicherheit zu erhalten. Der Zusammenfluß und längere Aufenthalt zahlreicher Leute aus allen Ständen und Ländern, die außerordentliche Entfaltung größter Pracht, die vielen Aufzüge, Gelage und Beleuchtungen lösten Zucht und Ordnung auf. Die schaulustige Menge gewöhnte sich an Müßiggang, und die zahllosen Herren aus allen Volksschichten jagten nach Freudenmädchen oder verführten das weibliche Hausgesinde. Die Hazardspiele wurden in großem Umfange betrieben, obgleich sie von dem Reichserbmarschall bei schwerer Strafe verboten worden waren. In Gast- und Privathäusern wurde von vornehmen Herren und Bürgern ganze Nächte hindurch gespielt, und ganze Haufen von Goldmünzen waren bei den daselbst errichteten Banken aufgeschüttet. Die Mitglieder des kaiserlichen Hofes, die Kurfürsten und die fremden Gesandten waren nebst Gefolge und Dienerschaft von allen städtischen Zöllen befreit, und sie benützten die Mautfreiheit zur Einfuhr und zum Verkaufe jeglicher Ware. Frankfurt wurde mit fremden Weinen und

mit Waren aus Paris und Lyon überschwemmt und die Handelspreise sanken bedeutend; dennoch machte die Stadt aus der Kaiserkrönung einen Gewinn von 6 bis 8 Millionen Gulden [1].

Karl VII. hatte wie seine kaiserlichen Vorfahren für die Wahl und Krönung Kosten von mehreren Millionen Gulden zu bestreiten, wozu er die französischen Kriegsgelder und die Steuern seines Landes verwendete; denn die Einkünfte des Kaisers aus dem Reich betrugen jährlich nur gegen 15000 Gulden, die aus den Taxen der Belehnungen und Standeserhöhungen, aus fiskalischen Strafen und den Steuern der Juden und einiger Reichsstädte flossen. Während der prunkvollen Krönungszeremonie war Karl Albert nicht bloß von dem körperlichen Übel, sondern auch von dem Gedanken an die Kriegsleiden seines Volkes gequält worden. Gleich nach der Krönung raffte er sich auf, um gegen die auf allen Seiten aufziehende Gefahr Maßnahmen zu treffen. In England war das Ministerium Ral-Jole gestürzt worden, und die Nachfolger unterstützten den Wiener Hof mit belangreichen Geldsummen, wodurch die Kriegslust der Königin Maria Theresia noch mehr bestärkt wurde. Frankreich handelte an dem neuen Kaiser mit schändlicher Treulosigkeit, so daß er mit England und Österreich unterhandelte; allein er erkannte, daß ihn die beiden Mächte nur hinhalten wollten, um ihn zur Unthätigkeit zu verleiten. In seiner trostlosen Lage rief er wie einst der unglückliche König Heinrich: „Saß wohl je ein König auf irdischem Thron, dem nicht mehr Freude zu teil ward als mir?“ Karl nannte sich einen Narren des Glückes, der einen Kaiser vorstellen sollte; er betrachtete sich in Frankfurt als einen Verbannten, der keine Heimat mehr habe. In der Umgebung seiner Familie und seiner Geheimen Räte sprach er unumwunden von der ehrlosen Politik der französischen Regierung. König Ludwig XV. riet ihm zum Nachgeben gegen Österreich; der Kaiser wollte weder von ihm noch von seinen Ratschlägen etwas wissen; lieber wollte er ganz verlassen dastehen. Ein neuer Schlag traf ihn, als plötzlich seine blühende, geliebte Tochter Therese starb [2].

Während ganz Frankfurt in überschwenglichem Festesglanze und sinnlichen Genüssen schwelgte, litt Bayern durch das Unglück eines barbarischen Krieges. Der österreichische Feldmarschall Graf Ludwig von Khevenhüller hatte in Niederösterreich ungefähr 40000 Mann gesammelt und sich durch Freiwilligencorps der Panduren, Rotmäntel, Slavonier, Kroaten und Räuber unter Bärnklau, Menzel und von der Trenck verstärkt. Der berüchtigte Edelmann Franz von der Trenck, der früher in russischen Diensten gestanden und wegen Zügellosigkeit des Landes verwiesen worden war, hatte auf seinen

[1] Zeitschrift für deutsche Kulturgesch. a. a. O. 81—91, 141—145.

[2] Mémoires sur la conduite etc. l. c.



Gütern in Slavonien ein Freicorps aus Panduren, Schergen, entlassenen Zuchthaussträflingen und Räubern geworben und sie der Königin Maria Theresia angeboten; die sonst so fromme und tugendhafte Monarchin scheute sich nicht, dieses Raubgesindel in ihren Dienst zu nehmen. Ehe die verwilderten Horden Trencks in den Krieg zogen, raubten sie im eigenen Vaterland durchreisende Kaufleute und die Häuser reicher Leute aus, steckten deren Wohnungen in Brand und verübten haarsträubende Greuel. Dieselben hab- und raubgierigen Banden befehligte der Major Menzel, der vom sächsischen Heer in das österreichische getreten war und vom Feldmarschall Khevenhüller das Kommando über ein aus Ungarn und Slaven zusammengewürfeltes Corps erhielt. Ende des Jahres 1741 rückte Khevenhüller in Oberösterreich ein; die Generale Segur und Minuzzi gingen mit 10000 Mann nach Linz zurück. Der österreichische Feldmarschall belagerte Linz und entsendete eine Abteilung unter dem verwegenen Generalmajor Bärnklau an die bayerische Grenze; Bärnklau nahm (7. Januar 1742) die damals noch zu Bayern gehörige Stadt Schärding. Der bayerische Feldmarschall Graf von Törring eilte mit einigen tausend Mann aus Böhmen (17. Januar) nach Passau, verstärkte sich mit der dortigen bayerischen Besatzung und marschierte nach Schärding, wurde aber von der feindlichen Übermacht bis an den Rottfluß zurückgeschlagen. Bärnklau verfolgte die Bayern, griff sie an der Rott an und zersprengte sie; der Rest entfloh nach Braunau. Während der Nacht kam der österreichische Generalmajor von seinen Leuten ab und ritt auf eine Abteilung Reiter zu, die er für seine Husaren hielt; allein es waren bayerische Dragoner, welche auf ihn eindrangen. Bärnklau focht mit ihnen wütend und verwundete zwei Bayern; ein Dragoner schoß seine Pistole auf ihn ab. In diesem Moment verwundete ihn Bärnklau am Arme und der Schuß ging in die Luft. Die Generale Segur und Minuzzi übergaben nach siebentägiger Belagerung die Stadt Linz (24. Januar) gegen freien Abzug; sie schätzten sich glücklich, ihre Truppen gerettet zu haben, weil sie die Stärke ihrer Belagerer weit überschätzt hatten. Am andern Tage besetzte Bärnklau die Stadt Passau und die Feste Oberhaus, welche der französische Kommandant Plattin ohne Gegenwehr überlieferte; Plattin wurde später wegen Hochverrats hingerichtet. Nun ergossen sich die wilden Haufen der österreichischen Freiwilligen wie ein wütender Bergstrom über das offene, unglückliche Bayern und überfielen alle Gegenden mit Raub, Brand und Mord; sie hatten sich mit einer langen türkischen Flinte, mit Pistolen und einem Fangmesser bewaffnet, womit sie die Köpfe der Gefangenen mit gewandter Sicherheit abzuschneiden verstanden. Die entsetzlichen Greuel des Dreißigjährigen Krieges wiederholten sich, und Bayern, das sich kaum von den Leiden des Spanischen Erbfolgekrieges erholt hatte, wurde wieder auf lange Zeit zu Grunde gerichtet. Während Major von der Trenck (Anfang Februar 1742) mit seinen kannibalischen Scharen

Vilshofen und Deggendorf besetzte, erstürmten Major Menzel und Feldzeugmeister von Wurmbrand die Städte Braunau und Burghausen und ließen durch mehrere Abteilungen die Städte Landau an der Isar, Dingolfing und Landshut überfallen. Zu gleicher Zeit fiel ein Haufe des tirolischen Landsturms aus dem Hochgebirg an der Isar in Bayern ein. Maria Theresia befürchtete, daß die Bayern durch eine grausame Mißhandlung zur Verzweiflung gebracht und sich wie 1705 gegen die Österreicher zu einem Kampfe auf Leben und Tod erheben werden; sie wollte der Barbarei der zügellosen Räuberbanden unter Menzel und Trenck Einhalt thun. Als man ihr mitteilte, daß ihre Unterthanen in Oberösterreich und Böhmen von den Bayern und Franzosen hart und gewaltthätig behandelt worden wären, gab sie zu, daß ihre Freiwilligen Bayern verwüsten[1].

Die Hauptstadt München füllte sich mit Schrecken und Verwirrung. Die Archive und Kronschätze wurden in die neutralen fürstbischöflichen Städte Freising und Eichstätt geflüchtet und die Kinder des Kaisers im Kloster St. Waldburg in Eichstätt untergebracht. Wer entfliehen konnte, wanderte mit der eiligst zusammengerafften Habe in die Reichsstädte Augsburg, Regensburg und Nürnberg, wo sie Sicherheit ihrer Person und ihres Eigentums fanden. Maria Theresia hatte dem Feldmarschall Khevenhüller befohlen, daß er die im bayerischen Kreise liegenden Reichsgebiete als neutralen Besitz behandle, Bayern aber könne er die ganze Schwere des Krieges fühlen lassen. Major Menzel zog mit 4000 Freiwilligen über Pfarrkirchen, Eggenfelden und Erding gegen München, und Feldmarschall-Lieutenant von Stentsch marschierte am 12. Februar 1742, dem Krönungstage Karl Alberts, mit den in Tirol gesammelten Truppen in Bayern ein und stieß nirgends auf Widerstand. Die kleinen Abteilungen bewaffneten Landvolkes, welche man in der Eile zusammengezogen hatte, zerstreuten sich bei Annäherung der weit überlegenen Österreicher, welche Rosenheim und Traunstein besetzten. Als der zum Oberstlieutenant beförderte Menzel mit seiner Armee vor München erschien, mußte die Bürgerschaft kapitulieren und 30 000 Gulden Brandsteuer zahlen, weil sie aller Truppen entblößt war und auf einen Entsatz nicht rechnen konnte. Stentsch erstürmte (30. März) die Stadt Reichenhall, machte die bayerische Besatzung kriegsgefangen und ließ alle Salzvorräte in den kurfürstlichen Bergwerken nach Wien liefern. Generalmajor Bärnklau hatte indes den bayerischen Feldmarschall Törring von Landshut bis in die Festung Ingolstadt zurückgetrieben und die Stadt Kelheim besetzt[2]. Feldmarschall Khevenhüller besetzte das bayerische Land zwischen dem Inn und dem Lech

---

[1] Arneth a. a. O. II, 32—67.

[2] Oberbayerisches Archiv, Zweimalige Kapitulation der Stadt München mit den Österreichern, XIII, 97—99.

und fast alle Städte bis auf Ingolstadt, Landsberg und Straubing, nahm in Landshut sein Hauptquartier und ließ die Einwohner entwaffnen und die von Österreichern besetzten Plätze befestigen. Die österreichischen Generale und Obersten trieben bei den unglücklichen Einwohnern unaufbringbare Brandschatzungen ein, und die Soldaten befriedigten ihre Schändungs-, Raub- und Mordlust auf unmenschliche Weise. Am entsetzlichsten hauste der Major von der Trenck, der an der Spitze von 5000 Panduren, Kroaten und Slavoniern in kurzer Zeit 2 Millionen Gulden durch Plünderung zusammenbrachte, schöne Frauen und Mädchen raubte und sie notzüchtigte. Khevenhüller ließ dieses Scheusal seine Schandthaten ungerügt und ungestraft ausüben [1]. Viele Bauern griffen in ihrer Erbitterung zu den Waffen und erschlugen mehrere österreichische Soldaten, und schon verbreitete sich das Gerücht, daß sich ganz Bayern zur Ermordung der Österreicher verschworen hätte. Bei Lenggries bewaffneten sich ungefähr 1000 Bauern und warfen Verschanzungen auf. Major Trenck griff sie mit seinen Panduren an; die Bauern wehrten sich 5 Stunden lang mit verzweifelter Wut, mußten sich aber, von allen Seiten umrungen, ergeben und eine hohe Kriegssteuer zahlen; 25 Bauern waren getötet worden. Feldmarschall Khevenhüller ließ auch den Landleuten die Waffen abnehmen und bedrohte jede Ortschaft für den Fall eines Aufstandes mit Niederbrennen [2].

Die bayerischen Bauern waren durch die bewunderte Tapferkeit der Straubinger Bürgerschaft zu einem Aufstande gegen die österreichischen Horden gereizt worden. Feldzeugmeister Graf von Wurmbrand hatte mit einer starken Armee die Stadt Straubing eingeschlossen, welche auf Befehl Karl Alberts während seines Marsches nach Oberösterreich durch Genieoffiziere in guten Verteidigungszustand gesetzt worden war; es waren alle außerhalb der „Neustadt“ gelegenen Häuser und Scheunen niedergebrannt und geschleift, die Gärten und Wiesen zu Schanzwerken verwendet und in den umliegenden Dörfern Lebensmittel aufgekauft worden. Die Besatzung bestand aus sechs französischen Bataillonen, den bayerischen Infanterieregimentern Kurprinz und Herzog Klemens, vier Grenadiercompagnien und einem Kürassierregiment, welche durch die Bürgerwehr und Landmiliz verstärkt wurden. Den Oberbefehl führte der Stadtkommandant Oberst Freiherr von Wolfswiesen. Gleich nach dem Einmarsche der Österreicher in Bayern hatten die Bewohner Straubings den Bürgermeister von Thürnitzl und die Patrizier von Limpöck, von Lerchenfeld und von Siegersreiter nebst drei Bürgern nach Frankfurt an den Kaiser geschickt, um ihm zu versichern, daß die Stadt Straubing wie 1704 mit unverbrüchlicher Treue zum Hause Wittelsbach halten und

[1] Erich, Freiherr v. d. Trenck 149—160.

[2] Arneth a. a. O. II, 57—67.

ihre Mauern bis auf den letzten Mann verteidigen werde. Karl VII. empfing die Deputierten mit gewohnter Huld und erwiderte auf ihre Ansprache, er sei über die patriotische Gesinnung der Straubinger sehr erfreut, welche sich von jeher durch Anhänglichkeit an den Landesfürsten und opferwillige Vaterlandsliebe ruhmvoll ausgezeichnet haben. „Ich verlasse mich“, setzte er hinzu, „diesfalls auf euch und meine liebe und getreue Bürgerschaft um so zuversichtlicher, als es in meinem Andenken steht, wie diese Stadt ihre Treue und Tapferkeit in vorigen Kriegsläufen schon erprobt hat, und ich verhoffe diese anjetzo um so mehr, als ich euch versichere, daß solchem Kriegsübel bald durch andere zulängliche Mittel abgeholfen und die Ruhe in meinem Vaterland, wie ich zu Gott hoffe, wiederhergestellt werde.“ Zum Andenken gab er der Deputation eine große goldene Medaille mit seinem Brustbild. Die mutigen Straubinger hielten treu ihr Wort. Als Wurmbrand (20. März 1742) einen reitenden Trompeter mit einer weißen Fahne vor das östliche Stadtthor schickte und die Bürgerschaft zur Übergabe aufforderte, betrat der Bürgermeister mit den Magistratsräten die Stadtmauer und gab dem österreichischen Parlamentär zur Antwort: „Die Straubinger werden ihre Familien und ihren Herd ebenso verteidigen wie im Spanischen Erbfolgekrieg, und den Feind mit denselbigen blutigen Köpfen zurückschlagen wie vor 38 Jahren.“ [1]

Die Straubinger Bürger übernahmen gemeinschaftlich mit den Linientruppen den Kriegsdienst, bezogen die Wachen, stellten sich auf die Stadtmauern und schossen mit ihren Geschützen lebhaft auf die Österreicher. Feldzeugmeister Wurmbrand ließ in einem Halbkreis mehrere Batterien gegen die Stadt errichten und die östlich gelegene offene „Altstadt“ von Panduren und Kroaten besetzen, welche ein auf einem Hügel gelegenes Bauernhaus, das später genannte „Pandurenschlößl“, zu einem festen Angriffspunkt machten. Wurmbrand wollte Straubing unversehrt in seine Gewalt bringen und hielt anfangs mit der Beschießung zurück. Die Bürger waren um so thätiger; sie bildeten aus jungen, beherzten Leuten ein Freiwilligencorps und stellten den „Eisenamtmann“ Gschray an dessen Spitze. Michael Gschray, Sohn eines kurpfälzischen Eisenamtmannes (Gerichtsdieners) aus Monheim in Schwaben, war ein baumstarker Mann mit breiten Schultern, derben Gesichtszügen, einem verwegenen schwarzen Schnurrbart und kleinen, listigen Augen von grauer Farbe; er hatte früher in Weidenberg und Schierling als „Amtsknecht“ oder Schergengehilfe gedient und wurde zuletzt in Mitterfels und Deggendorf (1739) zum Eisenamtmann ernannt. Seine Kenntnisse beschränkten sich auf notdürftiges Lesen und Schreiben, und sein rohes,

---

[1] Mußinan, Befestigung und Belagerung der Stadt Straubing 1633, 1704 und 1742, S. 131—140.

barsches Benehmen gegen die Vorgesetzten und die Ortsbewohner veranlaßte seine öftere Versetzung. Gschray wollte schon in seiner Jugend freiwillig in ein Dragonerregiment zu München treten, wurde aber von dem Obersten mit einer Reitgerte davongejagt, als er von ihm erfuhr, daß er ein Schergenknecht sei. Der langjährige Wunsch des Eisenamtmannes, sich im Kriege hervorzuthun, ging endlich im Österreichischen Erbfolgekrieg in Erfüllung. Eine Abteilung österreichischer Husaren hatte von Böhmen aus einen Streifzug in den Bayerischen Wald gemacht und war bis Viechtach vorgedrungen. Der Pflegrichter in Deggendorf befahl seinem Eisenamtmann Gschray, aus Veteranen, Jägern und Schergen eiligst eine militärische Abteilung zu bilden und die Husaren in Viechtach anzugreifen; durch dieses Unternehmen hoffte er, des ihm verhaßten Eisenamtmannes vielleicht für immer los zu werden. Gschray sammelte in den ihm bekannten Gegenden in kürzester Zeit einen Haufen Freiwilliger, überfiel unvermutet die Österreicher, zersprengte sie und machte 25 Husaren zu Kriegsgefangenen. Als Major von der Trenck von Vilshofen gegen Deggendorf marschierte, entfloh Michael Gschray aus Furcht vor der Rache der Österreicher nach Straubing und trug dem Stadtkommandanten Wolfswiesen seine Kriegsdienste an; dieser trug anfänglich Bedenken, den Schergen anzunehmen, doch reihte er ihn den bürgerlichen Freischützen ein, in der Überzeugung, daß der Eisenamtmann den Straubingern während der Belagerung durch seine bekannte Verwegenheit gute Dienste leisten werde, und er täuschte sich nicht. Gschray machte mit angestaunter Kühnheit an der Spitze der Freiwilligen Ausfälle in die Altstadt, überrumpelte einzelne Häuser, in denen Panduren und Kroaten lagen, und führte sie gefangen zur Freude der Bürger und des Stadtkommandanten in die Stadt. An einem nebeligen Morgen wagte er einen Angriff auf das befestigte „Pandurenschlößl"; er umzingelte die überraschten Österreicher und nahm sie sämtlich nach einem hitzigen Gefecht gefangen [1].

Als Feldzeugmeister von Wurmbrand durch den Generalmajor Bärnklau die Nachricht erhielt, daß er von den in Ingoldstadt liegenden Bayern keinen Angriff zu besorgen hätte, forderte er Straubing wiederholt zur Übergabe auf und begehrte 100000 Gulden Brandschatzung. Die Straubinger gaben ihm keine Antwort, sondern machten sich auf eine gewaltige Beschießung ihrer Stadt standhaft gefaßt. Es wurden alle Vorbereitungen zur Verhütung einer großen Feuersbrunst getroffen, und die Mauern und Bastionen von den Bürgern und Soldaten Tag und Nacht bewacht. Am 6. April 1742 eröffneten die Österreicher das Feuer mit allen Batterien gegen die Stadt. Freiherr Max von Schrenk und Oberstlieutenant Freiherr von Drechsel leiteten die Ver-

[1] Der glückliche bayerische Eisenamtmann oder merkwürdige Lebensgeschichte des Gschray, Frankfurt, Leipzig und München 1765, S. 5—35.



teidigung auf den Mauern und erwiderten das feindliche Feuer mit bestem Erfolge. Der Bürger Einsidler, ein vortrefflicher Artillerist, erschoß in drei Tagen 36 österreichische Offiziere in ihrem Lager; sobald er das Geschütz gerichtet hatte, sagte er bestimmt voraus, welchen Mann und welches Pferd er töten werde. Die Österreicher schleuderten innerhalb drei Tagen über 900 glühende Vollkugeln in die Stadt, jedoch ohne besondere Wirkung. Die kleinen Öffnungen in der Stadtmauer füllten die Straubinger nachts wieder aus, und die Brände wurden sogleich gelöscht. Am 10. April machten die Österreicher einen allgemeinen Sturm auf die Stadt, wurden aber von den tapferen Straubingern auf allen Punkten zurückgeworfen. Zugleich flog eine von den Belagerten gelegte Mine auf und tötete viele feindliche Soldaten und Pferde. Am andern Tag wurde dem Feldzeugmeister Wurmbrand die Botschaft überbracht, daß eine neue französische Armee den Rhein überschritten habe und durch Schwaben marschiere, um sich bei Ingolstadt mit den bayerischen Truppen zu vereinigen; er brach die Belagerung (11. April) ab, steckte die Altstadt in Brand und zog sich nach Plattling zurück. Der Kaiser belohnte die Tapferkeit der Straubinger damit, daß er ihnen die Herd- oder Haussteuer erließ und die jährlichen Abgaben von 500 Gulden an das Oberrichteramt auf 50 Gulden herabsetzte[1].

Für Maria Theresia hatte der Krieg überall eine günstige Wendung genommen. In Italien hatten die Spanier, unterstützt von der französischen Mittelmeerflotte, (1741) Toskana und Genua besetzt und sich mit einem Armeecorps des verbündeten Königs von Neapel verstärkt. General Marquis von Montemar wollte mit 30000 Mann über Bologna gegen Mailand vorrücken, allein die Sardinier verlegten ihm den Weg. Mit König Karl Emanuel von Sardinien hatte das Versailler Kabinett lange über eine Allianz unterhandelt; er schwankte. Als aber die Königin Elisabeth von Spanien darauf bestand, für ihren Sohn Philipp das ganze österreichische Oberitalien zu erobern, ging er aus Besorgnis vor der bourbonischen Macht mit Österreich und England (Dezember 1741) ein Bündnis mit der Verpflichtung ein, Mailand und Parma gegen die Spanier zu verteidigen; dafür verhieß ihm Maria Theresia die Abtretung einiger Gebiete am Po. Mit englischen Kriegsgeldern rüstete Karl Emanuel eine treffliche Armee, womit er die Spanier trotz ihrer Überlegenheit vollständig in Schach hielt. Als man in England erfuhr, daß der britische Admiral Haddok die Spanier habe ungehindert in Toskana landen lassen, wurde das Volk über den Neutralitätsvertrag, den Georg II. mit Frankreich und Bayern abgeschlossen hatte, in die größte Aufregung gesetzt, und das neu gewählte Parlament verwarf die Politik des Ministers Walpole, zwang den König, dem Lord Carteret, einem ergebenen

[1] Mußinan a. a. O. 142—153.

Anhänger Österreichs, die Leitung der Staatsgeschäfte zu übertragen, und bewilligte der Königin von Ungarn bedeutende Geldsummen zur Fortsetzung des Krieges. Das neue Ministerium unterhandelte mit den Generalstaaten über Subsidien für Österreich, und mit jedem Tage stieg in England die Begeisterung für Maria Theresia, weil sie mit bewunderter Standhaftigkeit ihr Recht verfocht. Der französische Premierminister verlor den Mut, und der sächsische Minister verwünschte den Augenblick, in dem er sich in einen Krieg eingelassen hatte [1].

Kaiser Karl VII. forderte in mehreren Briefen von dem preußischen König, daß er mit seinem Heere, den Sachsen, Bayern und Franzosen in Niederösterreich einmarschiere und auf Wien losgehe, um durch diese Diversion Linz und Bayern von den Österreichern zu befreien. Friedrich II. hatte nach Besetzung der Festung Neisse mit Bayern und Sachsen (1. November 1741) in Frankfurt ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis unterzeichnet und in demselben dem Kaiser Ober- und Vorderösterreich, Tirol und Böhmen und August III. Mähren zugesichert, wofür ihm beide den Besitz Schlesiens gewährleisteten. Drei Tage später schloß Friedrich in Breslau mit Karl Albert einen besondern Vertrag, kraft dessen dieser ihm die zu Böhmen gehörige und geographisch mit Schlesien verbundene Grafschaft Glatz gegen die geringe Summe von 400 000 Thalern abtrat. Der König besetzte Glatz und Mähren und rechtfertigte den Treubruch mit dem Vorwande, daß die Österreicher den Kleinschnellendorfer Vertrag ausgeschwätzt hätten. Der Antrag des Kaisers, mit den verbündeten Truppen in Böhmen Niederösterreich anzugreifen, stimmte mit seiner geheimen Absicht überein, die preußischen Soldaten zu schonen und mit ihnen den entscheidenden Schlag zu führen. Die Fortschritte der Österreicher in Bayern und das Bündnis Englands mit Maria Theresia waren ihm schon längst bedenklich und für den Besitz Schlesiens gefährlich erschienen. August III. willigte ein, die sächsischen Truppen unter den Befehl Friedrichs zu stellen, als ihm dieser die Eroberung Mährens versprach. Marschall Herzog von Broglie, ein hochmütiger Franzose, welchem Belleisle das Oberkommando über die französische Armee übertragen wollte, konnte es nicht über sich bringen, sich dem König von Preußen unterzuordnen; er überließ ihm nur 5000 Mann. Friedrich sammelte bei Olmütz 15 000 Preußen, 13 000 Sachsen und 5000 Franzosen. Unter Brandschatzung und Aushebung von Rekruten führte er (Februar 1742) seine Truppen durch Mähren voran und hinterließ den Franzosen und Sachsen öde Gegenden; dadurch kam eine große Mißstimmung in das verbündete Heer, und Broglie rief die 5000 Franzosen wegen Mangels an Lebensmitteln zurück. Auch der sächsische Befehlshaber wollte umkehren und konnte nur durch ernste Drohungen des Königs zurückgehalten werden; er

[1] Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, III, 145—149.

weigerte sich jedoch hartnäckig, gemeinsam mit den Preußen zu operieren. Bei Znaim entsendete der König ein Corps von 5000 Mann nach Niederösterreich zur unerbittlichen Eintreibung von Brandschatzungen. Die preußischen Husaren streiften bis Stockerau, vier Meilen von Wien [1].

Feldmarschall Graf von Khevenhüller ließ auf Befehl der Königin von Ungarn eine Heeresabteilung nach Niederösterreich zum Schutze Wiens gegen die Preußen abgehen; mit dem Großteil marschierte er von Pfaffenhofen an der Ilm, wo er zur Beobachtung der Bayern in Ingolstadt Stellung genommen hatte, an der Donau nach Deggendorf, vereinigte sich bei dem Dorfe Pleinting mit den Truppen des Feldzeugmeisters Wurmbrand und schlug bei Passau Lager. Größere Gefahr drohte dem Wiener Hofe durch die Finanznot, welche so arg war, daß sich die ganze österreichische Streitmacht aufgelöst hätte, wenn nicht zur rechten Zeit die englischen Kriegsgelder eingetroffen wären. Prinz Karl von Lothringen, Schwager Maria Theresias, der statt Neipperg den Oberbefehl über die im südlichen Böhmen stehenden Österreicher erhalten hatte, ließ ein Corps unter dem Fürsten Lobkowitz in Böhmen zurück und brach (Ende März 1742) von Budweis nach Mähren auf, wo er die aus Bayern kommenden Österreicher an sich zog. Marschall Broglie hätte mit seiner Übermacht die Österreicher unter Lobkowitz ohne Anstrengung über den Haufen werfen können; allein dieser Sieg wäre dem König von Preußen zugute gekommen und für diesen wollte er nicht einen einzigen Franzosen opfern. Zudem waren die ihm untergebenen Generale unter sich uneinig und hatten am Versailler Hofe jedes Mißgeschick dem Feldherrn zur Last gelegt. Kardinal Fleury bereute es, den Krieg unternommen zu haben, und Ludwig XV. und seine Maitressen kümmerten sich wenig darum, wie es den Franzosen in Deutschland ergehe. Diese Stimmung am Versailler Hofe ging auf die Generale über, von denen jeder nur für sich sorgte und handelte. Als der Prinz von Lothringen über Znaim nach Olmütz vorrückte, verließ Friedrich II. Mähren; sein Nachtrab wurde von der leichten Reiterei der Österreicher eingeholt und mußte 60 Geschütze und 600 Wagen im Stiche lassen. Von den Sachsen, die von den Preußen getrennt waren, ging die eine Hälfte zu Grunde und die andere kam ausgehungert und demoralisiert im Leitmeritzer Kreise an. Friedrich führte seine Truppen nach Böhmen, um die Verbindung mit den Franzosen in Prag herzustellen und den Kriegsschauplatz von Schlesien nach Böhmen zu verlegen. Prinz Karl folgte ihm und lieferte ihm bei der Stadt Czaslau und dem Dorfe Chotusitz (17. Mai 1742) eine Schlacht, wurde aber namentlich durch die überlegene Artillerie der Preußen besiegt. Die Schlacht bei Chotusitz hatte keine militärischen, aber politische Folgen. Durch Vermittlung des englischen Gesandten Lord Hynd-

[1] Stenzel, Geschichte des preußischen Staates, IV, 163—179.

ford unterhandelte Friedrich geheim mit der österreichischen Regierung und ließ durch seinen Minister von Podewils einen Friedensvertrag mit Österreich in Breslau (11. Juni 1742) unterzeichnen. Maria Theresia trat mit unbezwingbarem Schmerz und unversöhnlichem Haß gegen Friedrich ganz Schlesien nebst der Grafschaft Glatz an Preußen ab; sie hatte nur in der Einsicht, daß sie ohne Frieden mit Preußen die Franzosen und Bayern nicht überwältigen könne, zu dem schweren Opfer gestimmt. Kardinal Fleury fühlte sich tief gekränkt, daß er von dem preußischen König mit dem Breslauer Vertrag überlistet und betrogen worden sei. August III. trat demselben bei (18. Juli) und berief die durch den letzten Feldzug zusammengeschmolzenen Sachsen nach Hause[1]. Auch Rußland machte mit Preußen gemeinsame Sache. Die Russen hatten die mit Frankreich verbündeten Schweden besiegt und waren in ihr Land eingedrungen; weiteren Fortschritten der Russen beugte der französische Gesandte in Petersburg dadurch vor, daß er gegen die Großfürstin-Regentin Anna eine Verschwörung anzettelte. Anna wurde gestürzt, und eine Tochter des Zaren Peter I., die sittenlose Prinzessin Elisabeth, (Dezember 1741) auf den russischen Thron gehoben. Die neue Kaiserin trat dem Breslauer Vertrage bei und garantierte dem König von Preußen den Besitz Schlesiens und Glatz aus unberechtigtem Ärger über Maria Theresia, weil man in Petersburg eine vermeintliche Verschwörung gegen Elisabeth entdeckt zu haben glaubte, und der österreichische Gesandte Marquis von Botta fälschlich der Anstiftung angeklagt wurde. Die Schweden setzten in Erwartung einer Palastrevolution in Petersburg den Krieg fort, wurden aber von den Russen bei Helsingfors zu Wasser und zu Land (1742) umzingelt und mußten sich zu einer schmählichen Kapitulation und zur Abtretung des südlichen Finnland an Rußland bequemen[2].

Der Prinz von Lothringen vereinigte sich bei Budweis mit den Truppen des Fürsten Lobkowitz, schlug die Franzosen bei Frauenberg und Pisek und jagte sie in wilder Flucht nach Prag zurück. Als er mit starker Macht vor Prag erschien, war Marschall Belleisle, der wieder den Oberbefehl über die Franzosen in Böhmen übernommen hatte, bereit, die Stadt gegen freien Abzug zu übergeben; darauf ging Karl nicht ein, sondern forderte, daß die Besatzung in die Kriegsgefangenschaft abgeführt werde. Belleisle beschloß, Prag so lange zu verteidigen, bis Entsatz einträfe. Die französische Regierung hatte unter dem General Harcourt und dem Marschall Maillebois zwei Armeen gerüstet, von denen die eine zur Befreiung Bayerns von den Österreichern und die andere zu einem Angriffe auf Hannover bestimmt war. Harcourt zog mit 20000 Franzosen über den Rhein durch Schwaben nach

---

[1] Arneth, Maria Theresias erste Regierungsjahre, II, 64—127.

[2] Hermann, Geschichte Rußlands, IV, 669—695.

Bayern und vereinigte sich bei Ingolstadt mit dem Feldmarschall Grafen von Törring, der nur 7000 Mann marschbereit machen konnte. Die bayerischen Soldaten waren sehr geschwächt, weil die Obersten und die Zahlmeister die Hälfte der französischen Kriegsgelder einsteckten und die Regimenter niemals vollzählig machten. Fürst Christian Egon von Thurn und Taxis, ein treuer Anhänger Karl Alberts, warb auf eigene Kosten ein Regiment und stellte es dem Kaiser zur Verfügung; zur Anerkennung dieser patriotischen Handlung wurden er und seine Nachkommen zum obersten Inhaber des Regiments ernannt[1]. Als die verbündeten Bayern und Franzosen (April 1742) von der Donau nach Freising marschierten, verließ die österreichische Besatzung unter dem Feldmarschall-Lieutenant Stentsch München und zog sich nach Wasserburg zurück. Der Pandurenoberst Menzel machte in der Gegend zwischen Freising und Landshut einen Auskundschaftungszug; als er keinen Gegner bemerkte, rückte General Bärnklau gegen München vor, wo er am 6. Mai erschien und die Anhöhen auf dem rechten Isarufer bei Haidhausen besetzte. Die Bürger weigerten sich, auf seine Forderung die Thore zu öffnen, und verteidigten tapfer ihre Stadt. Der Magistrat schickte eine Deputation in das österreichische Lager zur Unterhandlung, um die Stadt von einer Zerstörung zu retten. Bärnklau gab sich mit der Kapitulation und einer ansehnlichen Brandschatzung zufrieden. Die Bürger wurden über den Magistrat wegen der eigenmächtigen und voreiligen Übergabe so erbittert, daß sie in der ersten Aufwallung ihres Zornes den Bürgermeister Reindl und die Ratsherren erschlagen hätten, wenn sie ihrer habhaft geworden wären[2]. Törring und Harcourt, deren militärische Unfähigkeit selbst von ihren Gegnern angestaunt wurde, waren bis auf wenige Stunden gegen München gezogen; auf die Meldung, daß die Österreicher die bayerische Hauptstadt verlassen hätten, kehrten sie um und marschierten an die Donau, anstatt die abziehenden Österreicher schleunigst zu verfolgen und zu vernichten. Als sie mit ihrer vereinigten Streitmacht von Landshut gegen Straubing herankamen, zog sich Wurmbrand an die österreichische Grenze zurück.

Die vereinigten Bayern und Franzosen erhielten von dem kaiserlichen Hofe in Frankfurt den Befehl, bei Straubing auf das linke Donau-Ufer überzugehen und den Österreichern bei Passau den Rückzug in ihre Heimat abzuschneiden; allein Feldmarschall Khevenhüller war durch aufgefangene Briefe von diesem Plane unterrichtet worden und marschierte von Passau aus auf dem rechten Ufer seinen Gegnern entgegen. Die Franzosen verschanzten sich

[1] Münich, Geschichte der Entwicklung der bayerischen Armee seit zwei Jahrhunderten 57 ff.

[2] Oberbayerisches Archiv, Zweimalige Kapitulation 2c., XIII, 99—101.



bei Hengersberg gegenüber dem Kloster Niederaltaich und die Bayern nahmen bei Mitterfels Stellung. Hier trat der junge, talentvolle Gerichtsschreiber Kaspar Thürrigl, Sohn eines Bauers von Gossersdorf bei Stallwang, als „Kadett" in das bayerische Infanterieregiment La Mark. Thürrigl hatte einige Jahre die Lateinschule am Jesuitenkollegium in Straubing besucht und war wegen leichtfertiger Übertretung der Studienordnung von der Anstalt entlassen worden; er wurde als Schreiber in der kurfürstlichen Bräuhausverwaltung in Gossersdorf und nach kurzer Zeit am Pfleggericht in Mitterfels verwendet. Hier lernte er den Eisenamtmann Michael Gschray kennen, und ihre Freundschaft wurde später für beide verhängnisvoll. Als Gschray den Zug gegen die Panduren in Viechtach unternahm, forderte er seinen jungen Freund Thürrigl zur Beteiligung auf; dieser folgte sogleich der Einladung und griff an der Spitze der Scharfschützen die aus Viechtach fliehenden Panduren mit seltener Umsicht und Kaltblütigkeit an. Der Gerichtsschreiber nahm 10 Gemeine und einen Unteroffizier gefangen und erbeutete die gesamten Lebensmittel und 20 Pferde der Panduren, welche er nach Schärding in das bayerische Lager führte und dem Kurfürsten vorstellte. Karl Albert beschenkte ihn mit zwölf Dukaten und versprach ihm, daß er ihn zum Offizier ernennen werde, wenn er in das bayerische Heer trete. Der bayerische Oberstlieutenant von Barreau, der im Schlosse zu Mitterfels einquartiert war, hatte öfters Gelegenheit, mit dem Gerichtsschreiber zusammenzukommen und seine militärische Befähigung kennen zu lernen; auf sein wiederholtes Zureden vertauschte Thürrigl die Feder mit dem Schwert [1].

Der österreichische Feldmarschall Khevenhüller ließ im Angesichte der Franzosen über die Donau zwei Brücken schlagen und von einer Abteilung Kroaten den Berg, auf dem das herrliche Schloß Hildegardsberg am linken Ufer stand, besetzen und verschanzen, um ihnen den Weg nach Passau zu verlegen. General Harcourt, der den strengsten Befehl erhalten hatte, sich der Stadt Passau zu bemächtigen, griff die Österreicher auf dem Hildegardsberg an, wurde aber mit großem Verluste zurückgeschlagen. Khevenhüller, der keinen Angriff auf das verschanzte Lager seines Gegners wagte, blieb auf dem rechten Donau-Ufer in einer beobachtenden Stellung, bis er von dem Prinzen Karl von Lothringen nach Böhmen abberufen wurde. Beim Abzuge steckten die Panduren und Kroaten das Schloß Hildegardsberg in Brand, wodurch die ganze kostbare Einrichtung im Werte von 100 000 Thalern zu Grunde ging. Marschall Maillebois hatte von Westfalen aus mit 30 000 Franzosen den Rhein überschritten und war durch Thüringen und Franken in die Oberpfalz gezogen, wo er erst Anfang September 1742

---

[1] Pfeilschifter, Bayerischer Plutarch oder Lebensbeschreibung denkwürdiger und berühmter Bayern, I, 143—145.

eintraf und sich der böhmischen Grenze zum Entsatze Prags näherte. Harcourt wurde abgerufen und durch den Marschall Grafen Moritz von Sachsen ersetzt, welcher den Befehl erhielt, sich mit Maillebois zu vereinigen. Auch der Graf von Törring wurde von Kaiser Karl VII. des Oberkommandos in schonendster Weise enthoben und ihm das Ministerium des Auswärtigen übergeben. Zum Oberbefehlshaber des bayerischen Heeres ernannte der Kaiser den alten mürrischen Feldmarschall Freiherrn von Seckendorf aus Franken, der wegen unglücklicher Kriegführung gegen die Türken von Kaiser Karl VI. verhaftet worden war und vor Begierde glühte, sich an Österreich zu rächen; durch sein intrigantes Wesen eignete er sich mehr zum Diplomaten als zum General. Seckendorf gab dem Eisenamtmann Gschray, der von dem Kaiser wegen seiner tapferen Thaten zum Lieutenant ernannt worden war, den Auftrag, aus Freiwilligen ein Dragonercorps zum Auskundschaften und Vorpostendienst zu werben. Bei der Ausrüstung nahm Gschray den Bauern die besten Pferde weg und händigte ihnen dafür Geldanweisungen an die Hofkammer in München ein; er forderte von jedem Eisenamtmann einen kriegstauglichen Sohn oder Amtsknecht, holte aus den kurfürstlichen Zeughäusern die nötigen Waffen und kaufte die Montierungstücher auf Kredit. Die Söhne und Knechte eilten massenweise zur Fahne Gschrays; auch seine eigenen Söhne ließen sich den freiwilligen Dragonern einreihen, um ihren allgemein verachteten Stand zu ändern. Nach wenigen Wochen verfügte Lieutenant Gschray über 200 Dragoner, mit denen er bei Pfarrkirchen und Eggenfelden Stellung nahm. Die Österreicher nannten das Corps Gschrays spottweise die „Schergenkompagnie“. Gschray scherte sich nichts darum und lauerte mit seinen verwegenen Leuten auf die Bewegungen der österreichischen Abteilungen; er überfiel sie einzeln und machte immer 10 bis 20 Mann kriegsgefangen [1].

Das bayerisch-französische Heer verließ das linke Donau-Ufer und marschierte von Deggendorf über Straubing (7. September 1742), Pfatter und Geisling nach Regensburg; hier trennte sich der Graf von Sachsen von den Bayern und wandte sich nach Amberg, um zum Marschall Maillebois zu stoßen. Feldmarschall Seckendorf führte die Bayern bis Kelheim, um in der Nähe der Festung Ingolstadt die nächsten Ereignisse abzuwarten. Der österreichische Feldmarschall Khevenhüller hatte den Weg nach Böhmen vom linken Donau-Ufer bei Vilshofen durch den Bayerischen Wald über Cham und Furth eingeschlagen und dem Oberstlieutenant von der Trenck befohlen, mit den Panduren, Kroaten und Slavoniern die Stadt Cham, welche unter dem Obersten Grafen von Künigl mit 800 Bayern besetzt war, zu erstürmen. Trenck, ein langer und hagerer Mann im ungarischen Reiterkostüme, ritt ein so kleines Pferd, daß seine Füße fast den Boden berührten. Als Trenck (7. Sep-

[1] Der glückliche bayerische Eisenamtmann 2c. a. a. O. 17—39.



tember 1742) vor Cham erschien, ließ er Künigl durch einen Hauptmann und Pandurentambour zur Übergabe auffordern, widrigenfalls werde er Cham erstürmen und das Kind im Mutterleibe nicht schonen. Oberst Künigl war sogleich zur Kapitulation bereit, weil er auf keinen Entsatz rechnen konnte und die Lebensmittel nur für acht Tage reichten. Die tapferen Bürger sprachen ihm Mut zu und stellten ihm vor, daß die Stadtmauern gut mit Geschützen versehen seien und in Rötz ein Kriegswagen mit Munition und Geld zur Abfahrt nach Cham bereit stehe. Künigl erbat sich durch seinen Adjutanten von Trenck drei Tage Bedenkzeit; der Pandurenführer bewilligte ihm nur 24 Stunden. An demselben Abend traf von Rötz die Verstärkung unter Deckung von zwei Kompagnien ein. Am 9. September ließ Trenck die Chamer nochmals zur Übergabe ihrer Stadt auffordern; ehe aber Künigl antwortete, schlich sich ein als Bauernweib verkleideter Pandur an das Spitalthor und legte an der dortigen Scheune Feuer an; bald schlugen die Flammen aus dem Dache empor, und Trenck ließ vom „Taubenbühel“ aus Bomben, die mit Pech und Pulver gefüllt waren, in die Stadt werfen. Das Spital wurde zuerst vom Feuer ergriffen und es verbrannten vier Pfründner. In einer halben Stunde stand Cham, das seit seiner Erbauung achtmal vollständig abgebrannt war, in hellen Flammen. Während sich die Stadt mit herzzerbrechenden Jammerrufen der Einwohner füllte, rückten die Panduren und Kroaten mit wütendem Geschrei zum Sturme an; sie fanden an manchen Stellen gar keinen Widerstand, weil die Soldaten und Bürger größtenteils mit Löschen beschäftigt waren und inmitten der Feuersbrunst eine Disciplin nicht eingehalten werden konnte. Als sich das Feuer über die ganze Stadt verbreitete und jede Rettung unmöglich war, kletterten die Männer über die Mauern und schwammen über den Regen. Den Frauen und Kindern wurde das Fleischthor mittels einer Axt geöffnet, und sie mußten über die beiden Endbäume der abgetragenen Regenbrücke klettern und kriechen und sich in den angrenzenden Waldungen verbergen. Die Panduren, Kroaten und Slavonier hatten indes das Spitalthor gesprengt und waren in die brennende Stadt gedrungen; sie plünderten, was noch nicht vom Feuer ergriffen war, und erschlugen alle Soldaten und Bürger, welche bewaffnet waren. Als Trenck vom Taubenbühel aus die Flucht der unglücklichen Chamer über den Regen sah, eilte er mit 50 Panduren an die Regenbrücke, welche Oberst Künigl wiederherstellen ließ. Die bayerischen Soldaten verloren auf der Brücke den Mut, warfen ihre Waffen in den Fluß und ergaben sich dem kleinen Häuflein der Panduren gefangen. Die nachdrängenden Magistratsräte und übrigen Einwohner wurden von den Panduren ergriffen und auf eine nahe Wiese geführt, wo sie den schauerlichen Untergang ihrer Stadt sahen. In stummer Verzweiflung saßen dort gegen 500 Männer, Frauen, Kinder und Greise; der Schmerz schien ihre

Brust zu erdrücken, und keiner wagte einen Seufzer zu thun, um nicht die blutdürstigen Panduren und Kroaten, die sie bewachten, zu reizen. Der Mordbrenner Trenck saß vor der Regenbrücke auf einem hölzernen Lehnstuhl und weidete seine blut- und habgierigen Augen an dem Unglück der Chamer und den Flammen ihrer Stadt. Die schönen Frauen und Mädchen, die sich den verwilderten, ausschweifenden Panduren und ihrem Kommandanten nicht zur Schändung hingaben, konnten ihre Ehre nur durch heldenmütigen Tod in den Wellen des Regen retten [1].

Nach neun Tagen lag ganz Cham in Asche, und Trenck zog mit seinen Wüstlingen gegen das feste Schloß Diessenstein, das unweit Tittling auf einem hohen Felsen an der Ilz stand und unter Leitung des Pflegrichters Freiherrn von Schrenk und des Oberlieutenants von Drechsel von ungefähr 150 bayerischen Scharfschützen besetzt war; diese gaben auf die nach Böhmen marschierenden Österreicher Feuer und töteten viele. Der Pandurenoberst zerstörte auf seinem Marsche den Edelsitz Witzmannsberg bei Tittling, eine blühende Besitzung des Grafen Max von Taufkirchen-Englburg, und ließ Diessenstein mit lebhaftem Geschützfeuer beschießen. Als die Ringmauern zertrümmert waren, mußte sich die Besatzung der feindlichen Übermacht ergeben. In dem Augenblick, als Trenck das Schloß betrat, entzündete sich zufällig ein Pulversack, wodurch er und der Pflegrichter schwer verwundet wurden [2]. Der scheußlich verbrannte Pandurenoberst ließ sich in einer Kutsche in liegender Stellung unter furchtbaren Schmerzen nach Passau bringen. Die gefangenen Scharfschützen mußten neben der Kutsche unter Bewachung berittener Panduren einherlaufen. Auf dem Bocke saß neben dem Kutscher der gefangene Schloßkaplan, der den Pandurenoberst vergebens zum Tode vorzubereiten suchte. Hinten auf der Kutsche war der verwundete Freiherr von Schrenk wie ein Sack angebunden. Der ganze Zug lockte alle Einwohner Passaus auf die Straßen. Trenck wurde in das Moosholzersche (Peschlsche) Bräuhaus gebracht, wo ihm fünf Ärzte nicht helfen konnten; erst ein Bauernweib verschaffte ihm nach zehn Tagen durch „Hausmittel" Linderung. Oberlieutenant von Drechsel und Freiherr Max von Schrenk, Bruder des Pflegerichters, wurden auf Befehl Khevenhüllers in Ketten nach Wien geschickt. Kaum war Trenck wiederhergestellt, so setzte er seinen Mordbrennerzug im Bayerischen Walde fort, und seine Panduren, Kroaten und Slavonier verwüsteten die herrlichen Waldschlösser Englburg, Saldenburg und Fürstenstein, welche sie vollständig ausplünderten; sie zertrümmerten die Burg Weissenstein bei Regen und verbrannten das nahe Schloß Au [3].

---

[1] Lukas, Geschichte der Stadt und Pfarrei Cham 300—311.

[2] Arneth a. a. O. II, 123—189.

[3] Hiebl, Historie der drei Waldschlösser Englburg, Fürstenstein und Saldenburg 31—35.

Als Feldmarschall Khevenhüller die Grenze Böhmens überschritt, wurde das bayerische Heer bei Kelheim im Rücken frei. Seckendorf überschritt die Donau und schlug die Richtung gegen Landshut und München ein; die meiste Reiterei entsendete er gegen Braunau, wodurch er den Feldmarschall-Lieutenant Bärnklau zwang, München (6. Oktober 1742) zu verlassen und sich hinter den Inn zurückzuziehen, um nicht von Oberösterreich abgeschnitten zu werden. Am andern Tage zog Seckendorf in München ein. Bärnklau wurde von den Bayern aus Burghausen und Braunau zurückgeworfen und schlug bei Schärding Lager, um die Stadt Passau zu decken, bis er von der österreichischen Armee in Böhmen unterstützt werden würde. Als Marschall Maillebois (Ende September) in Böhmen einmarschierte, ließ Prinz Karl von Lothringen ein Corps zur Belagerung Prags zurück und zog mit dem Großteil seines Heeres den Franzosen entgegen. Maillebois, der den anderen französischen Generalen an Unfähigkeit nicht nachstand und die Verpflegung seiner Soldaten vernachlässigte, kehrte bei Annäherung seines Gegners über die Eger in die Oberpfalz bis Neustadt a. d. Naab zurück. Der Prinz folgte ihm bis Waidhaus an der bayerischen Grenze, wo er sich verschanzte und den Fürsten Lobkowitz mit 12000 Mann nach Prag zur Verstärkung des Belagerungscorps entsendete [1]. Dem Marschall Belleisle gelang es durch List, unentdeckt (Mitte Oktober 1742) nachts mit 14000 Franzosen und Bayern aus der belagerten Stadt zu entweichen; 6000 Mann ließ er unter dem Oberstlieutenant Chevert nebst 2000 kranken Soldaten in Prag zurück. Unter den abziehenden Bayern befand sich auch das Reiter-Grenadierregiment, in welchem drei Universitätsstudenten von Cham als Unteroffiziere dienten; unter ihnen hatte sich besonders Luckner bei der Belagerung und Eroberung Prags (1741) ausgezeichnet. Nikolaus Luckner, Sohn des ehrsamen Gastwirtes zur „Gans" (jetzt „Schwan") in Cham, hatte seine Gymnasialstudien bei den Jesuiten in Passau gemacht, wo er wegen seiner Studentenstreiche der „Chamauer Wildfang" genannt wurde. Nach absolviertem Gymnasium trat er mit seinen zwei Landsmännern Mayerlipp und Altmann, beide reiche Bürgerssöhne, an die Universität Ingolstadt über, um sich der Rechtswissenschaft zu widmen. Als Kurfürst Karl Albert (1741) an die Jünglinge Bayerns einen Aufruf zum freiwilligen Waffendienst erließ, war der lebhafte, aufgeweckte Student Luckner, der damals 19 Jahre alt war, an der Universität der erste, der zur bayerischen Fahne eilte und auch seine Freunde Mayerlipp und Altmann zum Kriegsdienste für das Vaterland bewog. Die drei Chamer traten als Unteroffiziere in das schöne, neu errichtete Grenadierregiment zu Pferd, in welches nur hübsche und vermögliche Jünglinge aufgenommen wurden, die ihre kostspielige Uniform, Pferde und Waffen aus

---

[1] Weber C. v., Graf Moritz von Sachsen, 186—189.

eigenen Mitteln anschaffen mußten. Bei ihrer Rückkehr aus Böhmen fanden sie zu ihrem größten Schmerz ihre Vaterstadt in geschwärzte Ruinen zusammengesunken. Luckner blieb bei der Armee und wurde zum Junker ernannt[1].

Oberstlieutenant Chevert übergab (25. Dezember 1742) Prag an den Fürsten Lobkowitz gegen freien Abzug; dadurch wurde Böhmen bis auf die Stadt Eger wieder frei, und Maria Theresia konnte im nächsten Frühling nach Prag reisen, um sich als Königin von Böhmen krönen zu lassen. Maillebois war durch die Oberpfalz marschiert und hatte bei Regensburg (6. November) die Donau überschritten, wo auch Marschall Belleisle mit nur mehr 8000 Mann eintraf; 6000 Franzosen und Bayern hatte er durch Verfolgung der österreichischen Reiterei und die Leiden eines strengen Winters verloren. Marschall Herzog von Broglie erhielt den Oberbefehl über die gesamte französische Armee in Deutschland und brach gegen Oberösterreich auf. Prinz Karl von Lothringen, der zugleich mit Maillebois in paralleler Richtung an die Donau gezogen war, führte sein Heer zwischen Oberaltaich und Straubing über den Strom und marschierte über Niederaltaich und Osterhofen nach Schärding, um sich mit Bärnklau zu vereinigen. Die letzte Waffenthat in diesem Feldzuge war, daß die Bayern und Franzosen eine österreichische Abteilung, welche Braunau belagerte, vertrieben. Gänzliche Erschöpfung der Soldaten zwang beide Parteien, Mitte Dezember die Winterquartiere zu beziehen. Die Österreicher lagerten sich durch ganz Oberösterreich von Schärding und Passau bis Böhmen, und die Franzosen und Bayern setzten sich zwischen dem Inn und der Isar und in der Oberpfalz bis zur Stadt Eger fest. Während der Waffenruhe machte England in Wien, Berlin und am kaiserlichen Hofe in Frankfurt den Vorschlag, Elsaß und Lothringen von Frankreich zu trennen und sie nebst den Niederlanden dem Kaiser zu geben; Bayern aber sollte dem österreichischen Staate einverleibt werden. Maria Theresia war natürlich damit einverstanden und ermahnte die britische Regierung, den Krieg gegen die Franzosen so thatkräftig zu führen, daß sie zur Abtretung Lothringens und des Elsasses gezwungen würden. Der König von Preußen verwarf den englischen Antrag, weil Österreich durch Erwerbung Bayerns in Deutschland zu mächtig werden würde. Noch entschiedener sprach sich Karl Albert dagegen aus; er machte jedoch gegenüber dem britischen Lord Stair die Äußerung, er wolle auf die österreichischen Erblande verzichten, wenn Vorderösterreich und der Egerer Kreis mit Bayern vereinigt würden. Stair empfahl diesen Vorschlag angelegentlich am Wiener Hofe; allein Maria Theresia, die sich für den Verlust Schlesiens mit Bayern entschädigen wollte, trat so entschlossen dagegen auf, daß die englische Regierung jede weitere Vermittlung fallen ließ[2].

---

[1] Pfeilschifter a. a. O. I, 174—176. [2] Arneth a. a. O. II, 220—273.



Karl VII., der seit seiner Krönung wegen der unglücklichen Kriegführung in Frankfurt residierte, kehrte im Frühling 1743 nach München zurück. Sein lebhaftes Streben, das kaiserliche Ansehen im Deutschen Reiche zu begründen, konnte er nicht durchführen, weil ihm die erforderliche Geld- und Kriegsmacht mangelte. Da ihm die vertragsmäßigen Subsidiengelder aus der französischen Staatskasse trotz den Bemühungen seines Gesandten in Paris nur spärlich zuflossen, so verschlechterte er in seiner Not die Münzen und betrachtete es als eine große Anmaßung, daß die reichsstädtischen Augsburger sie nicht annehmen wollten; er rächte sich dadurch, daß er gegen sie eine Handelssperre anordnete [1]. Von seinen Bundesgenossen führten die Franzosen den Krieg lau und mit planloser Uneinigkeit, und Friedrich II. handelte gegen ihn treulos und hinterlistig. Nach der damaligen politischen Lage Deutschlands war der Kaiser auf ein freies und gleiches Verhältnis zu den Reichsständen angewiesen. Der Schwerpunkt der deutschen Verfassung lag im Kurfürstenrate; die Städte beschickten größtenteils den Reichstag nicht mehr, sondern übertrugen ihre Vertretung den Bürgern in Regensburg. Auch im Fürstenrate legten mehrere Mitglieder aus Sparsamkeit und Geldmangel ihre Stimme in eine Hand, wodurch er sein moralisches Gewicht verlor, so daß die Kurfürsten thatsächlich die deutsche Reichsmacht darstellten und das Kaisertum sich auf sie stützen mußte. Auf ihren Antrag war während der Kriegszeit der Reichstag von Regensburg nach Frankfurt verlegt worden und hatte dem Kaiser 50 Römermonate bewilligt, welche teils in kleinen Beträgen, teils gar nicht geleistet wurden. Die Kurfürsten beschwerten sich über den Wiener Hof, daß er die Reichsarchive nicht ausliefern wollte, und tadelten die römische Kurie, daß sie den protestantischen Herzog von Hannover nicht als Kurfürsten anerkannte und den König von Preußen nur als Kurfürsten von Brandenburg bezeichnete [2]. Sie waren zwar dem Kaiser Karl VII. ergeben, allein sie konnten oder wollten ihn nicht so nachhaltig unterstützen, daß er seine Erbansprüche auf Österreich durchsetzen konnte. Die kaiserlichen Minister nahmen daher (1743) den Säkularisationsplan mit den Kirchengütern, den der verarmte bayerische Adel vor zwölf Jahren angeregt hatte, wieder auf. Karl Albert ging mit leidenschaftlichem Ehrgeiz auf den Vorschlag ein, die deutschen Fürstbistümer und zuerst die bayerischen einzuziehen und die niederen Reichsstände zu mediatisieren, um mit deren Gebiet Bayern zu einem Königreiche zu vergrößern. Der bayerische Plan fand an den Höfen in Berlin, Hannover, Kassel und Dresden vollen Anklang, weil sie von der Verwirklichung desselben auf einen Gebietszuwachs rechnen konnten. König Friedrich II. war der erste, der den Kaiser aufforderte, unverzüglich mit der Säkularisation zu beginnen, weil

---

[1] Zschokke, Bayerische Geschichte, III.
[2] Staatsarchiv München, Reichsdeputationstags-Akten 1741—1743.

er die Bistümer Paderborn und Münster erwerben wollte. Dem Kurfürsten-König Georg II. von Hannover-England stellte er vor, wenn man den Kaiser zum Frieden und zur Trennung von Frankreich bewegen wolle, so müsse man ihn entschädigen, und dies könnte am besten durch Einziehung der Bistümer geschehen, weil dadurch niemand verletzt werde als die katholische Geistlichkeit; auf diese aber dürfe man keine Rücksicht nehmen, wenn es sich um das Wohl des Vaterlandes handle. Georg stimmte mit ihm vollkommen überein, weil er die Bistümer Hildesheim und Osnabrück mit seinem Kurfürstentum Hannover vereinigen wollte; nur meinte er, daß man die protestantischen Reichsstädte nicht mediatisieren solle. Von Einziehung der größeren Stifter Mainz, Köln, Trier, Würzburg, Bamberg 2c. war noch keine Rede; allein auch an sie wäre die Reihe gekommen, wenn die kleineren Bistümer und Abteien säkularisiert gewesen wären. Von den weltlichen Fürsten waren alle für den bayerischen Plan begeistert, und der Landgraf von Hessen-Kassel machte sich nach Einziehung der Kirchengüter Hoffnung auf seine Erhebung zum Kurfürsten. Als Maria Theresia hiervon durch die Unvorsichtigkeit der rheinpfälzischen Regierung erfuhr, verurteilte sie in öffentlichen Schriften den beabsichtigten Kirchenraub. Die Bischöfe und Äbte, sowie die vielen verarmten Adeligen, für welche die geistlichen Stifter Versorgungsanstalten waren, gerieten in die höchste Aufregung und überluden den Kaiser mit den bittersten Vorwürfen. Karl Albert verlor dadurch unter den deutschen Katholiken an Ansehen und sah sich genötigt, den ganzen Säkularisationsplan abzuleugnen, welcher erst nach 50 Jahren von Napoleon I. durchgeführt wurde. Am Wiener Hofe hatte man eine Einziehung der Kirchengüter weniger aus religiöser Gewissenhaftigkeit, als vielmehr aus politischer Erwägung verworfen; denn Maria Theresia strebte nicht nur nach dem vollen Besitze ihrer Erblande, sondern auch nach Erlangung der Kaiserkrone für ihren Gemahl, wozu sie die Stimmen der geistlichen Kurfürsten nötig hatte. Die englischen Minister machten den bayerischen Gesandten Grafen von Haßlang in London aufmerksam, daß Österreich niemals die Einverleibung Salzburgs in Bayern zugeben werde, weil dieses Erzstift den Weg nach Österreich öffne[1]. Mit dem Plane des Kaisers verschwanden auch die Friedenshoffnungen, und die Entscheidung hing von einem neuen Waffengange ab.

Karl VII. beauftragte den bayerischen und den französischen Feldherrn, daß sie ihre Truppen, die in einer langen Linie vom Inn bis zur Eger zerstreut waren, zusammenziehen und in Böhmen oder Österreich einmarschieren. Der Herzog von Broglie, der mit dem unverträglichen Feldmarschall Seckendorf in ununterbrochenem Zwiste lebte, widersetzte sich der kaiserlichen Anordnung unter dem Vorwande, daß seine Soldaten geschwächt seien und Verstärkungen

---

[1] Ranke, Neun Bücher preußischer Geschichte, III, 46—57.

aus Frankreich geschickt werden müßten. Der hochfahrende Franzose wünschte im geheimen, die Bayern möchten eine Niederlage erleiden, damit er einen Anlaß hätte, sich an den Rhein zurückzuziehen; sein Wunsch wurde vollständig erfüllt. Prinz Karl von Lothringen führte das österreichische Heer am 6. Mai 1743 bei Schärding über den Inn und rückte bis Griesbach vor. Die Bayern und Franzosen blieben auf unverzeihliche Weise in ihren zerstreuten Quartieren liegen, anstatt sich mit gesamter Macht auf die Österreicher zu werfen. Feldmarschall-Lieutenant Bärnklau und Generalwachtmeister Graf von Nadasdy zogen mit einem Armeecorps gegen Pfarrkirchen, das von 500 Franzosen besetzt war; sie erstürmten den Marktflecken und nahmen 300 Franzosen, darunter 17 Offiziere, gefangen. Durch diese Niederlage wurden die in und um Eggenfelden einquartierten Franzosen so entmutigt, daß sie bis Deggendorf zurückwichen. Der österreichische Feldmarschall-Lieutenant Freiherr von Berlichingen marschierte mit 5000 Infanteristen und 2000 Reitern nebst 10 Geschützen gegen Simbach am Inn; hier hatte sich auf den nahen Anhöhen des Dorfes Erlach der bayerische General Minuzzi mit 5500 Mann verschanzt. Die Österreicher griffen den Erlacher Friedhof, der von einer Abteilung Bayern besetzt war, mit lebhaftem Geschütz- und Gewehrfeuer an, zertrümmerten die Mauer und schlugen die Bayern nach einem blutigen Gefechte in die Kirche zurück, wo sie 500 Bayern gefangen nahmen. Zu gleicher Zeit waren österreichische Abteilungen gegen die beiden Flügel der Bayern auf den Anhöhen unter einem niederschmetternden Feuer derselben vorgedrungen. Die Bayern wehrten sich mit erprobtem Heldenmute. Oberst von Barreau führte das in der Reserve stehende Regiment von der Mark gegen die anstürmenden Österreicher vor. Lieutenant Thürrigl stellte sich an die Spitze seiner Kompagnie, als der Hauptmann und der Oberlieutenant gefallen waren, drang mit vorgehaltener Pistole auf die österreichischen Grenadiere ein und erschoß einen Hauptmann. Schon umringten ihn mehrere Österreicher und wollten ihn gefangen nehmen; da stürzten kraftvolle „Waldler“ von Gossersdorf und Mitterfels auf die Grenadiere vor, schlugen sie mit dem Gewehrkolben nieder und retteten ihren Landsmann vor Gefangenschaft oder Tod. Auf den beiden Flügeln von der feindlichen Übermacht angegriffen, wurden die Bayern nach einem mörderischen Gefechte überwältigt und viele gefangen, darunter die Generale Minuzzi, Preysing und Gabrieli; der größere Teil zog sich nach der festen Stadt Braunau zurück[1].

Prinz Karl von Lothringen ließ Braunau mit einer österreichischen Abteilung einschließen und befahl dem Feldmarschall-Lieutenant Grafen von Daun, mit einem Armeecorps die Stadt Dingolfing anzugreifen, welche von Franzosen unter dem General Marquis von Chatelet besetzt war. Beim An-

[1] Arneth a. a. O. II, 200—210.

rücken der Österreicher verließ ein Teil der Franzosen die Stadt und ging (15. Mai 1743) auf das linke Isarufer zurück. Daun richtete von den Anhöhen bei Gottfrieding ein furchtbares Geschützfeuer auf die Mauern und Bastionen Dingolfings; die Stadtthore sanken in Trümmer, und einzelne Häuser gerieten in Brand. Am folgenden Tage führte General Chatelet den andern Teil der Franzosen aus Dingolfing und ließ die mit Lebensmitteln und Futtervorräten gefüllten Magazine anzünden; dadurch wurden auch die anstoßenden Gassen in Brand gesteckt. Während die Franzosen über die Isarbrücke eilten, zogen die Österreicher, an ihrer Spitze die Panduren und Kroaten, in die größtenteils brennende Stadt und legten auf der vom Brande noch verschonten Seite Feuer an. Fast ganz Dingolfing ging durch das Feuer zu Grunde. Die Habseligkeiten, welche die unglücklichen Einwohner an Plätzen, die vor den Flammen sicher waren, gerettet hatten, wurden von den anstürmenden Panduren und Kroaten geraubt. Die Nachhut der fliehenden Franzosen wurde größtenteils niedergehauen und die in Asche gesunkene Stadt (17. Mai) von Daun besetzt[1]. Noch an demselben Tage brachen die Österreicher von Dingolfing gegen Landau a. d. Isar auf, wo sie (18. Mai) morgens um 3 Uhr ankamen und die Stadt einschlossen. Um Mittag traf auch der lothringische Prinz ein und unterhandelte mit dem französischen Stadtkommandanten, Generalmajor Butteaux, über eine Kapitulation der Stadt; dieser verweigerte entschieden eine Übergabe, ließ zur bessern Verteidigung die untere Stadt anzünden und zog sich in die obere zurück. Die Österreicher beschossen diesen Stadtteil mit glühenden Vollkugeln, und bald stiegen an verschiedenen Stellen Flammen auf, die sich in kurzer Zeit von Straße zu Straße verbreiteten. Gegen Mitternacht verließen die Franzosen die mit Entsetzen und Jammerrufen erfüllte Stadt und gingen über die Isar zurück. Am folgenden Tage (19. Mai) besetzten die Österreicher Landau, dessen größter Teil bereits von den Flammen vernichtet war. Während Prinz Karl von der Isar an die Donau marschierte, sammelte der Herzog von Broglie bei Deggendorf die französischen Truppen und ging nach Regensburg und Ingolstadt zurück; zur Deckung des Rückzuges ließ er in Deggendorf eine starke Besatzung unter dem Prinzen von Conti zurück mit dem Auftrage, die Stadt zu befestigen. Auch der Feldmarschall Seckendorf sammelte die bayerischen Heeresteile und zog sich, da er sich mit Broglie über einen gemeinsamen Feldzugsplan nicht einigen konnte, nach Wasserburg zurück. Die Österreicher griffen Deggendorf mit einem gewaltigen Geschützfeuer an; ihre Grenadiere stürzten sich (27. Mai) auf die äußeren Befestigungswerke und nahmen sie im ersten Anlaufe. Die Franzosen zogen sich von Schanze zu Schanze und zuletzt in die Stadt zurück,

[1] Mußinan a. a. O. 153—159.

wo sie durch ihre Flucht die ganze Besatzung in solchen Schrecken setzten, daß sie den Donaubrücken zueilte. Zur Deckung des Rückzuges legten sie in mehreren Scheunen und Magazinen Feuer an, wodurch eine Straße nach der andern aufflammte. Der Prinz von Lothringen ließ alle Geschütze gegen die Brücken richten und drei Bataillone am Donau-Ufer vorrücken, um den Franzosen die Flucht zu erschweren. Gleichzeitig wurde in die Stadtmauer Bresche geschossen und Deggendorf im Sturm genommen. Jene Franzosen, die sich nicht mehr flüchten konnten, wurden niedergehauen. Prinz Conti, welcher in der allgemeinen Verwirrung sein Pferd nicht mehr finden konnte, entrann mit knapper Not der Gefangenschaft [1].

Ein ungarisch-österreichisches Armeecorps marschierte gegen Straubing, welches nur von zwei französischen Bataillonen unter dem Oberst Gautier und einer bayerischen Kompagnie besetzt war. Trotz dieser schwachen Besatzung waren die Bürger wieder entschlossen, ihre Stadt mutig gegen die feindliche Übermacht zu verteidigen; mit unerschütterlicher Ausdauer versahen sie in Verbindung mit den Franzosen und Bayern den schwierigen Wachpostendienst. Die ganze Schwere der Belagerung fühlten wieder die Einwohner der „Altstadt", wo sich die Häuser seit dem letzten Feldzug allmählich aus der Asche erhoben. Die Kroaten und Panduren plünderten alle Wohnungen und erbrachen den Pfarrhof zu St. Peter wie Räuber. Der erschreckte Pfarrer entfloh und überließ dem Kooperator Dionys Kipfelsberger die Haushaltung; von diesem forderten die verwilderten Banden Geld, Bier und Wein. Der Kooperator ließ ihnen allen Vorrat vorsetzen; zum Danke schlugen sie ihn so grausam, daß ihm zwei Rippen brachen. Den Gärtner, der ihn ihren rohen Händen entreißen wollte, prügelten sie so arg, daß er sich nicht mehr rühren konnte. Kipfelsberger ließ nach seiner Wiedergenesung in der Pfarrkirche einen Votivaltar errichten und auf einer großen Wandtafel seine und des Gärtners Mißhandlung von seiten der österreichischen Banditen in Bildern darstellen und überlieferte den ganzen Vorgang in von ihm selbst gemachten Versen der Nachwelt. Die Österreicher lagen über drei Wochen vor den Mauern Straubings, ohne daß sie einen ernsten Angriff unternahmen; sie wollten die Belagerten durch Mangel an Lebensmitteln und Hunger zur Übergabe zwingen. Die Bürger schickten Deputierte nach München zum Kaiser mit der Bitte, er möchte wegen der geringen Garnison in Straubing das bayerische Heer zum Entsatze schicken. Karl VII. befahl dem Feldmarschall Seckendorf, den hart bedrängten Straubingern zu Hilfe zu kommen. Dieser marschierte mit 10 000 Bayern von Wasserburg über Erding und Moosburg bis Landshut, wagte es jedoch nicht, Straubing zu

[1] Österreichische Militärzeitschrift, Jahrgang 1830, III, 133—154. Arneth a. a. O. II, 250—255.

entsetzen, weil er befürchtete, vom Prinzen Karl mit ganzer Macht angegriffen zu werden; er ging an den Lech bis zur Stadt Rain zurück, um sich mit dem Herzog von Broglie zu vereinigen, konnte sich aber mit ihm über eine gemeinsame Operation nicht verständigen. Der Kaiser eilte von München nach Wolnzach, wohin er die beiden Feldherren berufen hatte; er forderte Broglie mit scharfen Worten auf, in Verbindung mit der bayerischen Armee zum Angriffe überzugehen, und erinnerte ihn, daß ihm der König von Frankreich den Oberbefehl über die Franzosen in Deutschland übertragen habe. Der Marschall entgegnete ihm, er sei von seiner Regierung angewiesen, in der Defensive zu bleiben. Kardinal Fleury war vor Beginn des Feldzuges gestorben, und Ludwig XV. hatte Ekel vor jedem Regierungsgeschäft und frönte nur ausgesuchter Wollust. Die französischen Minister waren des Krieges müde und wollten nur den Schein vermeiden, als würden sie den Kaiser seinen Gegnern preisgeben [1].

Prinz Karl von Lothringen konnte den Feldmarschall-Lieutenant Bärnklau mit einem Armeecorps gegen München entsenden, weil er von den Franzosen und Bayern keinen Angriff zu besorgen hatte. Kaiser Karl VII. mußte abermals München verlassen und nach Augsburg und Frankfurt fliehen. Am 9. Juni 1743 besetzten die Österreicher zum dritten Male seit einem Jahre die Hauptstadt Bayerns. Broglie warf 3000 Franzosen unter dem General Grafen von Grandville in die Festung Ingolstadt und eilte mit 12000 Mann nach Donauwörth und Ulm bis an den Rhein. In seiner Anmaßung forderte er von Seckendorf, daß die Bayern seinen Rückzug gegen die verfolgenden österreichischen Husaren deckten. Hierüber wurde der Kaiser, dessen Stammlande durch die Treulosigkeit und Unfähigkeit der französischen Generale den Feinden auf die widerwärtigste Weise bloßgestellt worden waren, so entrüstet, daß er dem Feldmarschall Seckendorf befahl, bei Ingolstadt stehen zu bleiben und im österreichischen Hauptquartier einen Waffenstillstand einzuleiten. In Frankfurt wurde Karl aus Geldnot gezwungen, von den Bürgern Ehrengaben anzunehmen und mit England Unterhandlungen anzuknüpfen, welche kühl aufgenommen wurden. Lord Stair war auf Verlangen des Wiener Hofes mit der „Pragmatischen Armee", die aus 40000 Engländern, Hannoveranern und Österreichern zusammengesetzt war, aus den Niederlanden an den Mittelrhein marschiert, um den aus Bayern abziehenden Franzosen den Rückzug zu verlegen und dem Prinzen von Lothringen die Hand zu reichen. Zur nämlichen Zeit, als König Georg II. in Aschaffenburg zur Übernahme des Oberbefehls über die „Pragmatische Armee" eintraf, überschritt der alte Marschall Herzog von Noailles mit 50000 Franzosen den Main, um den Engländern ihre Verpflegungsmagazine bei Hanau wegzu-

[1] Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, III, 204—218.

nehmen. Bei dem Dorfe Dettingen unweit Seligenstadt stießen die beiden feindlichen Heere (27. Juni 1743) aufeinander. Die Franzosen wurden durch die Taktik der Österreicher und der britischen Infanterie zurückgeschlagen, und Noailles hielt es für geraten, über den Rhein zurückzugehen [1]. Marschall Broglie hatte indes Luft bekommen und glücklich die französische Grenze erreicht. Der Kaiser war mit Georg II. in Unterhandlung getreten, und dieser verlangte von der österreichischen Regierung, daß sie mit Bayern einen Neutralitätsvertrag abschließe. Maria Theresia ging unwillig und nur deshalb darauf ein, weil sie den Krieg ohne Beistand Englands nicht zum erwünschten Ende führen konnte. An dem Tage des Dettinger Treffens wurde der Neutralitätsvertrag zwischen Seckendorf und Khevenhüller im Kloster Niederschönenfeld bei Neuburg a. D. unterzeichnet; nach demselben konnte Seckendorf die bayerischen Truppen in die Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach zurückführen, mußte aber alle von den Bayern besetzten Plätze an die Österreicher ausliefern und Ingolstadt und Donauwörth nur mit Bayern besetzen. Als der bayerische Generaladjutant Graf von Rambaldi in Straubing mit der amtlichen Botschaft ankam, daß Waffenstillstand geschlossen worden sei, wurden die patriotischen Bürger über diese Abmachung erbittert und überhäuften Rambaldi mit derben Schimpf- und Fluchworten, obgleich er ihnen die Folgen der Dettinger Schlacht auseinandersetzte. Unwillig öffneten sie den verhaßten Österreichern ihre über vier Wochen tapfer verteidigten Thore. Am 19. Juli verließ Oberst Gautier mit den Franzosen die Stadt und zog an den Rhein. Der österreichische Befehlshaber, Oberstlieutenant Sartori, erpreßte von den Straubingern die damals ungeheure Summe von 125 000 Gulden [2]. Nicht so schnell ergab sich die Festung Ingolstadt, welche von 4000 Franzosen und 1000 Bayern unter General Grandville besetzt war. Feldmarschall-Lieutenant Bärnklau erschien mit 12 000 Österreichern (23. Juli) vor der Festung. Die Belagerungsarbeiten konnte er ungestört beginnen, weil Grandville, dem nur an Rettung seiner Franzosen lag, keinen Ausfall machte; als die Österreicher ein gewaltiges Geschützfeuer eröffneten, übergab er die Festung (30. August) gegen freien Abzug. Mit Eroberung Ingolstadts war ganz Bayern unter die Botmäßigkeit Österreichs gebracht und wurde von österreichischen Beamten wie eine österreichische Provinz verwaltet. König Friedrich II. von Preußen protestierte gegen eine Erwerbung Bayerns durch Maria Theresia, weil dadurch Österreich zu mächtig werden würde. Zudem ärgerte er sich, daß die Königin die Kaiserwahl Karl Alberts nicht anerkennen wollte; seine Stimmung gegen Österreich wurde immer feindseliger [3].

---

[1] Weltzien, Graf Moritz von Sachsen 18—22.
[2] Mußinan a. a. O. 159—162. [3] Arneth a. a. O. II, 310—359.

Unter dem Vorsitze des Kaisers hatten die deutschen Fürsten nach der Dettinger Schlacht in Frankfurt Unterhandlungen mit England und Österreich eingeleitet; allein Karl VII. machte ungeachtet seiner Niederlagen und seiner Verbannung an die österreichische Regierung so weitgehende Forderungen, daß sie dieselben voraussichtlich zurückweisen werde. Dennoch erhoben sich bedeutende Stimmen für die bayerischen Bedingungen, und König Georg II., der die gewünschte Einziehung der Bistümer Osnabrück und Hildesheim nur mit Hilfe des Kaisers durchsetzen konnte, begehrte von Maria Theresia lebhaft die Räumung Bayerns von den Österreichern und verpflichtete sich in einem geheimen Vertrage, ansehnliche Kriegsgelder an Karl zu zahlen. Als er aber von dem britischen Parlament die Bewilligung dieser Subsidien verlangte, brach ein allgemeiner Sturm los, und der mitgeteilte Vertrag wurde einmütig verworfen, weil die englische Nation auf dem Kontinent mit der österreichischen Monarchie eine starke Landmacht gegen Frankreich herzustellen suchte. Damit zerrann die Hoffnung, die sich der unglückliche, tiefgebeugte Kaiser auf Verbesserung seiner Lage gemacht hatte. Die Königin von Ungarn drang in einem Ministerrat auf kräftige Fortsetzung des Krieges, setzte in Bayern eine österreichische Verwaltung ein und ernannte den Grafen Johann Anton von Goes zum Statthalter mit dem Sitze in München. In allen Städten ließ sie sich (September 1743) von den geistlichen und weltlichen Ständen, sowie von den Beamten vor ihrem Bildnisse huldigen; die damit verbundenen Festlichkeiten und Gastmähler, die von österreichischen Beamten angeordnet wurden, mußten die einzelnen Stadtgemeinden bestreiten. Karl VII. protestierte von Frankfurt aus gegen diese Maßnahmen. Ein bayerischer Buchdrucker in Stadtamhof, der die Protestation des Kaisers veröffentlichte, wurde vor ein österreichisches Kriegsgericht gestellt und am Galgen hingerichtet [1]. Maria Theresia wurde durch die Siege ihres Heeres zu noch kühneren Thaten ermutigt. Mit Unterstützung des neuen, ihr ergebenen Kurfürsten von Mainz, Grafen Johann Friedrich von Ostein, verwarf sie in einer Denkschrift die rechtmäßige Kaiserwahl Karl Alberts und die Verlegung des Reichstages von Regensburg nach Frankfurt. Ihren Schwager, den Prinzen Karl von Lothringen, beauftragte sie, mit 40 000 Mann von Bayern aus an den Oberrhein zu marschieren und bei Breisach in Frankreich einzubrechen, während am Mittelrhein die „Pragmatische Armee" in einer Stärke von 70 000 Mann den Übergang bewerkstelligen sollte. Die Panduren Trencks durchstreiften das Elsaß, und die Husaren Menzels drangen durch den Ardennenwald nach Lothringen vor. Georg II. blieb mit der „Pragmatischen Armee" bei Worms stehen; er

[1] Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern, Tagebuch des Abtes Marian Pusch, 1743, VII, 70—73.



dachte nicht im mindesten daran, für Österreich am linken Rheinufer Eroberungen zu machen, weil er gegen Maria Theresia erkaltete, seitdem sie den Säkularisationsplan vereitelt hatte. Durch seine Unthätigkeit wurde auch der lothringische Prinz von einem Einfall in Frankreich abgehalten, weil er Gefahr lief, sich die ganze Macht der Franzosen auf den Hals zu laden [1].

Die italienischen Angelegenheiten nahmen für die Königin von Ungarn eine sehr günstige Wendung. Die verbündeten Österreicher und Sardinier hatten die Spanier (Februar 1743) bei Campo Santo besiegt; dennoch zögerte Maria Theresia, an Piemont die versprochenen Gebiete in der Lombardei abzutreten. König Karl Emanuel wurde hierüber so verstimmt, daß er mit Spanien und Frankreich unterhandelte; jedoch die siegreichen Fortschritte der österreichischen und „Pragmatischen Armee“ hielten ihn von einem Übertritte auf Seite seiner Gegner zurück. Maria Theresia sah endlich selbst die Notwendigkeit ein, den Sardenkönig zu befriedigen, und überließ ihm (13. September) in einem Vertrage zu Worms, wo damals der König von England sein Hauptquartier hatte, mehrere lombardische Bezirke. Georg II. verpflichtete sich, bedeutende Kriegsgelder an Sardinien zu zahlen. Der Wormser Vertrag trieb Spanien und Frankreich (25. Oktober) zum Abschluß des engsten Schutz- und Trutzbündnisses. Die französische Regierung, welche bisher nur für den Kaiser die Waffen gegen Österreich und England geführt hatte, erklärte an Piemont, Österreich und England den Krieg und verstärkte die in der Provence stehenden Spanier mit 20000 Franzosen. In ganz Frankreich wurden ausgedehnte Rüstungen angeordnet und dem Kaiser, der bei dem französischen Gesandten Marquis von Chavigny bittere Vorwürfe gegen Frankreich vorbrachte, eine Summe von 10 Millionen Livres für den Hofhalt und die bayerischen Truppen versprochen. Diese Subsidien hielt Karl VII. kaum für hinreichend, um sein Gefolge, geschweige seine Armee zu besolden. „Wenn mir“, bemerkte er dem Gesandten, „das Nötigste vorenthalten wird, so bleibt mir nichts als der Tod übrig.“ Chavigny brach die Unterhandlungen mit dem Kaiser ab und wandte sich an die deutschen Fürsten; allein bei diesen war der Glaube an Frankreichs Macht durch die letzten Feldzüge merklich erschüttert [2].

Während des Winters zog der österreichische Minister Graf von Kaunitz den Plan wieder hervor, Bayern der österreichischen Monarchie einzuverleiben und den Kaiser mit Neapel und Sizilien zu entschädigen. Der Königin stellte er vor, man müsse die unruhigen Wittelsbacher anstatt in die Niederlande nach dem fernen Süden Italiens verpflanzen, weil sie in der Mitte Europas stets gefährlich sein würden. Maria Theresia war mit ihm sogleich

[1] Ranke a. a. O. III, 69—72.

[2] Gfrörer a. a. O. III, 226—241.

einverstanden und entschlossen, den Bourbonen Neapel und Sizilien zu entreißen und damit Karl Albert zu entschädigen. Der König von Sardinien begutachtete sofort diese Veränderung, weil es seinem Interesse entsprach, wenn die mächtigen Bourbonen aus Italien entfernt werden würden. König Georg II. aber lehnte auf Rat seines Premierministers Lord Carteret den österreichischen Vorschlag entschieden ab; denn es war vorauszusehen, daß die deutschen Fürsten eine Verpflanzung ihres Kaisers nach Süditalien niemals zugeben, und Friedrich II. zum Schwerte greifen werde, sobald Österreich durch Bayern vergrößert werden würde. Die Engländer konnten durch nichts mehr erschreckt werden als durch den Gedanken einer Erneuerung des Krieges zwischen Preußen und Österreich, weil dadurch Maria Theresia gezwungen werden würde, ihre besten Streitkräfte von Frankreich abzurufen und gegen Preußen zu wenden. Karl VII. ließ in seiner mißlichen Lage dem König von England durch den Prinzen Wilhelm von Hessen vorschlagen, daß in Deutschland alles auf den Zustand vor Ausbruch des Krieges zurückgeführt werde mit Ausnahme der Abtretung Schlesiens an Preußen; für Bayern verlangte er die Erhebung zu einem Königreich und für sich die Erhöhung seines kaiserlichen Einkommens. Georg und Carteret prüften zustimmend den Antrag und verhießen dem Kaiser Subsidiengelder, wenn er in Verbindung mit den deutschen Fürsten Frankreich zu einem allgemeinen Frieden nötige. Auch der König von Preußen willigte ein; man vereinbarte eine vorläufige Übereinkunft, und es fehlten nur mehr die Unterschriften. Der ganze Plan zerschlug sich an dem Widerspruche Maria Theresias, welche Bayern nie mehr herausgeben wollte. Friedrich II. näherte sich wieder dem Kaiser und Frankreich aus begründeter Besorgnis, Österreich werde nach Erwerbung Bayerns auch Schlesien zurückerobern. Der Versailler Hof grollte zwar dem preußischen König wegen des in Breslau wortbrüchig abgeschlossenen Vertrages; die Not jedoch zwang ihn, durch Vermittlung des Philosophen und Litteraten Voltaire mit ihm zu unterhandeln[1].

In Frankreich waren während des Winters große Anstrengungen gemacht worden, um den auswärtigen Mächten von neuem zu beweisen, daß die französischen Hilfsquellen zu einem großen Kriege noch nicht erschöpft seien. Eine Nordarmee von 80000 Mann unter dem Herzog von Noailles und dem zum Marschall von Frankreich ernannten Grafen Moritz von Sachsen wurde zum Einmarsch in die österreichischen Niederlande bestimmt und von einem Corps zu 10000 Mann unter dem General Harcourt an der Mosel gegen einen Flankenangriff geschützt. Der Prinz von Conti führte 20000 Franzosen an die sardinische Grenze, um sich mit den Spaniern zu einem Angriff auf Piemont zu vereinigen, und 50000 Mann rückten unter dem Marschall

[1] Arneth, Maria Theresias erste Regierungsjahre, II, 419—435.

Coigny an den Oberrhein gegen den Prinzen Karl von Lothringen. König Ludwig XV. stellte sich zur Erhöhung seines Ansehens an die Spitze der Nordarmee, weil man von dieser am sichersten ruhmvolle Thaten erwartete. Der erste feindliche Zusammenstoß geschah zur See. Die französische und spanische Flotte verließen (22. Februar 1744) unter günstigem Wind den Hafen von Toulon und wurden ungesäumt von der Flotte der Engländer angegriffen. Die Schlacht blieb unentschieden, und die verbündeten Kriegsschiffe segelten nach Toulon zurück. Nach zwei Monaten eröffneten die Franzosen und Spanier zu Land den Feldzug gegen Sardinien; die Oberbefehlshaber konnten sich jedoch über einen Operationsplan nicht einigen und nachdem sie einige kleine Festungen genommen hatten, belagerten sie Coni mehrere Monate ohne Erfolg und mußten sich bei Beginn des Herbstregens ruhmlos und mit großen Verlusten nach Südfrankreich in die alten Quartiere zurückziehen. In Mittelitalien rückten 26000 Österreicher unter dem Fürsten Lobkowitz bis Velletri vor, wo die Neapolitaner und Spanier unter dem König Don Carlos standen; sie überfielen dieselben, wurden aber nach einem blutigen Gefecht zurückgeschlagen und erlitten auf dem Rückzuge nach Modena durch Seuchen und Verfolgung des Landvolkes, das sie durch ihre Ausschweifungen zur Rache gereizt hatten, beträchtliche Verluste. Die französische Nordarmee hatte in kurzer Zeit fünf Festungen in Flandern erobert. Die verbündeten Engländer, Hannoveraner und Österreicher wurden durch einen unvermuteten Angriff auf England zur Defensive gezwungen. Prinz Karl Eduard Stuart, ein Enkel des (1688) aus England vertriebenen Königs Jakob II., versuchte mit einer französischen Flotte und 10000 Mann an der britischen Küste zu landen, um sich auf den englischen Thron zu setzen. Die Minister in London riefen 12000 Mann aus den Niederlanden zur Deckung der Hauptstadt gegen den Prätendenten heim. Ein Sturm verhinderte das Auslaufen der französischen Schiffe aus Dünkirchen, und Karl Eduard mußte das gefährliche Unternehmen verschieben [1].

Die alliierten Gegner des Kaisers waren erst im Sommer (1744) vereint und schlagfertig und warteten die Operationen des Prinzen von Lothringen ab. Maria Theresia hatte ihr in Bayern stehendes Heer verstärkt und dem Grafen von Traun befohlen, die bayerischen Abteilungen bei Donauwörth, Kehl und Philippsburg zu vernichten. An den Neutralitätsvertrag von Niederschönenfeld hielt sie sich nicht, weil sie denselben nicht förmlich anerkannt hatte. Bis Traun an die Vollziehung ihres Befehles schritt, hatte der Kaiser die bayerischen Truppen längst bei Heidelberg gesammelt. Traun marschierte nach Heilbronn und Philippsburg, wo Prinz Karl von Lothringen den Oberbefehl über 70000 Österreicher übernahm und zunächst die

[1] Arneth a. a. O. II, 435—493.

nur 20000 Mann starken Bayern bei Heidelberg aufreiben wollte. Der zum Hauptmann beförderte Eisenamtmann Gschray machte mit seinen Dragonern einen Streifzug bis Straßburg und nahm einen österreichischen Stabsquartiermeister, sieben Husaren und mehrere Marketender samt ihren Pferden gefangen. Mit dem Quartiermeister fiel auch die Standliste der österreichischen Truppen in seine Hände und überlieferte sie dem Feldmarschall Seckendorf; dieser befahl dem Lieutenant Thürrigl, der dem Generalstab zugeteilt worden war, mit einer Reiterabteilung die Bewegungen der Österreicher auszukundschaften. In der Verkleidung eines schwäbischen Bauern gesellte sich der Lieutenant zu einer österreichischen Marketenderin und erfuhr von ihr, daß General Graf von Nadasdy mit der etwa aus 4500 Mann bestehenden Vorhut von Heilbronn nach Philippsburg marschiere. Auf die Meldung Thürrigls brach Seckendorf beim ersten Grauen des Tages mit 5000 Reitern und 10 Geschützen gegen die nichts ahnenden Österreicher auf, welche er durch einen plötzlichen Angriff teils zersprengte, teils zu Kriegsgefangenen machte[1]. Nach der Niederlage der Vorhut wagte es Prinz Karl nicht, die Bayern in ihrer verschanzten Stellung anzugreifen, sondern suchte über den Rhein zu setzen und in den Elsaß und Lothringen einzurücken; allein bei Speier trat ihm der Marschall Coigny mit 35000 Franzosen entgegen, und zu seiner Verstärkung zog Feldmarschall Seckendorf nach Philippsburg. Karl täuschte die Franzosen und Bayern und überschritt bei Lauterburg den Rhein an einer Stelle, wo diese es nicht vermuteten. Die strategisch wichtige Linie Lauterburg-Weißenburg wurde von den Österreichern besetzt, aber von den nachrückenden Franzosen wieder erobert. Der Prinz umging die Weißenburger Linie und zog nach Zabern; seine leichte Reiterei streifte bis Lüneville, wo König Stanislaus von Polen residierte, und schon glaubte Karl in dem Stammlande seiner Ahnen einen allgemeinen Aufstand entzünden zu können, als er von seiner Schwägerin Maria Theresia den Befehl erhielt, über den Rhein nach Böhmen zurückzukehren[2].

Der König von Preußen hatte die Fortschritte der österreichischen Waffen mit wachsender Besorgnis betrachtet und die Überzeugung gewonnen, daß Maria Theresia nach einer für sie glücklichen Beendigung des Krieges Schlesien zurückerobern werde; deshalb erneuerte er (5. Juni 1744) das Bündnis mit Frankreich gegen Österreich mit der Festsetzung: während die Preußen in Böhmen einfallen und dieses Land für den Kaiser Karl VII. erobern, verfolgen die Franzosen den Prinzen von Lothringen, wenn dieser nach Böhmen zurückgerufen werde, und erobern Bayern und nach Möglichkeit auch Ober- und Niederösterreich. Die böhmischen am rechten Elbufer gelegenen Kreise

---

[1] Der bayerische Eisenamtmann ꝛc. a. a. O. 39—44.

[2] Arneth a. a. O. II, 497—503.

werden mit Schlesien vereinigt. Mit dem Kaiser, dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Landgrafen von Hessen-Kassel hatte Friedrich II. schon früher (22. Mai 1744) in Frankfurt ein Bündnis unter dem Namen „Union" abgeschlossen zu dem Zweck, das Deutsche Reich in seiner alten Verfassung zu erhalten, den Wiener Hof zur Anerkennung des Kaisers und Herausgabe Bayerns zu zwingen, den Österreichischen Erbfolgestreit beizulegen und den Frieden herzustellen[1]. Die Frankfurter Union blieb unwirksam, weil die Fürsten, welche sie unterzeichnet hatten, sich unthätig verhielten und viele Reichsfürsten sich auf Seite Österreichs stellten. Der Widerspruch, daß ein von Frankreich abhängiger Kaiser die Interessen Deutschlands leite, diente anderen zur Entschuldigung, wenn sie für England Partei ergriffen. Der Kurfürst von Mainz verschmähte es nicht, in dieser Zeit der schwierigsten Verwicklung sich durch 8000 Pfund Sterling an die englische Politik fesseln zu lassen. Der Kurfürst von Köln ließ sich von seinem Oberhofmeister überreden, ebenfalls englische Subsidien zu nehmen und sich von seinem eigenen Bruder zu trennen, der die Krone des Reiches trug[2]. Kurfürst-König August III. von Sachsen-Polen hatte schon im vorigen Jahre (20. Dezember 1743) in Wien durch Vermittlung Englands mit Österreich einen Vertrag eingegangen, in welchem er die Pragmatische Sanktion anerkannte und das gesamte Erbe der Königin von Ungarn gewährleistete. Die vergrößerte Bundesgenossenschaft Maria Theresias ermahnte den Kaiser, Rußland von einer Unterstützung Österreichs zurückzuhalten. Die Zarin Elisabeth wurde in der auswärtigen Politik von dem Minister und Großkanzler Grafen von Bestucheff und ihrem Leibarzt Geheimen Rat Lestocq geleitet; ersterer war ein Anhänger der Habsburgerin, letzterer aber neigte sich auf Seite seines Stammlandes Frankreich. Karl VII. gewann den Leibarzt dadurch für seine Partei, daß er ihn (1744) zum deutschen Reichsgrafen ernannte[3]. Der Gegensatz der beiden einflußreichen Männer verhinderte eine sofortige Beteiligung Elisabeths am Österreichischen Erbfolgekrieg.

Durch die Neutralität Rußlands im Rücken gesichert, ließ Friedrich II. in Wien durch seinen Gesandten der Königin von Ungarn die Beschwerde vortragen, daß sie die Kaiserwahl Karl Alberts nicht anerkenne und dadurch die Reichsverfassung verletze. In dem Wormser Vertrag habe sie sich von Karl Emanuel das ungeteilte Erbe gewährleisten lassen, ohne über Schlesien eine Bestimmung zu treffen; dadurch habe sie ihre geheime Absicht verraten, ihm dieses Land bei günstiger Zeit wieder abzunehmen. Als Verbündeter des Kaisers werde er dessen Ansehen und die Reichsverfassung schützen und

---

[1] Ranke, Neun Bücher preußischer Geschichte, III, 178.

[2] Ennen, Frankreich und der Niederrhein ꝛc., II, 266.

[3] Hermann, Geschichte Rußlands, IV, 670 ff.

einen billigen Frieden vereinbaren. Anfang Juli (1744) durchzog Friedrich mit 80000 Mann Sachsen, ohne die Einwilligung Augusts III. abzuwarten. Nach wenigen Wochen stand er vor der Hauptstadt Böhmens, die sich nach einer wirksamen Beschießung ergeben mußte; die Besatzung zu 14000 Mann wurde kriegsgefangen. In kurzer Zeit lag ganz Böhmen zu den Füßen des Königs; er ließ dem Kaiser huldigen und hoffte, im nächsten Jahre der sächsischen und österreichischen Regierung die Friedensbedingungen vorschreiben zu können. Allein August III. wurde durch den eigenmächtigen Durchmarsch der Preußen durch Sachsen so erzürnt, daß er den Österreichern 20000 Mann Hilfstruppen gegen Friedrich schickte. Maria Theresia vernahm mit Befriedigung den feindlichen Einfall in Böhmen, weil ihre Kriegsmacht durch ungarische Verstärkung so groß angewachsen war, daß sie glaubte, dem verhaßten König nicht nur das geliebte Schlesien zu entreißen, sondern ganz Preußen vernichten zu können. Sie beschloß, alle ihre Streitkräfte gegen die Preußen zu wenden, und wollte lieber Bayern aufgeben, wenn sie sich nur an Friedrich rächen konnte. Auf ihren Ruf eilte der Prinz von Lothringen über den Rhein, ohne von den lässigen Franzosen am Übergange gehindert zu werden. In Gewaltmärschen erreichte er in drei Wochen die böhmische Grenze. Der Kaiser gab sich vergebliche Mühe, den Herzog von Noailles zu einer thatkräftigen Verfolgung der Österreicher anzuspornen; der alte Marschall war seit dem Treffen bei Dettingen eingeschüchtert und schob die Schuld der mißbilligten Kriegsführung dem bayerischen Feldmarschall Seckendorf zu. König Ludwig XV. übernahm statt Noailles den Oberbefehl über die französische Rheinarmee, that aber weiter nichts, als daß er in Vorderösterreich einrückte und Freiburg eroberte[1]. Seckendorf war mit 10000 Bayern von Philippsburg nach Franken marschiert in der Absicht, den Österreichern auf ihrem Marsche nach Böhmen in die Flanke zu fallen, während die Franzosen sie im Rücken fassen; er allein war zu einem Angriff auf den Gegner zu schwach und hatte zu befürchten, daß Prinz Karl sich umwende und ihn mit seiner Übermacht aufreibe. Friedrich II. selbst hatte ihn vor dieser Gefahr gewarnt und von ihm verlangt, nach Bayern zu ziehen und gegen Passau eine Diversion zu machen. Auf eindringliches Ansuchen Seckendorfs verstärkte Noailles die Bayern mit 12000 Franzosen unter dem General Segur, und die Unionsmitglieder von der Rheinpfalz und Hessen-Kassel unterstützten ihn mit einem Corps von fast gleicher Stärke, so daß Seckendorf mit 32000 Mann nach Schwaben aufbrechen konnte.

Der österreichische Feldmarschall-Lieutenant Bärnklau nahm zwischen Ingolstadt und Rain Stellung und ließ die wichtige Stadt Donauwörth mit 1500 Husaren, Panduren, Kroaten und Scharfschützen unter dem General-

[1] Arneth a. a. O. II, 512—550.

wachtmeister Tripps besetzen, um den verbündeten Bayern, Franzosen und Unionstruppen den Übergang über die Donau zu erschweren. Ende September (1744) langte die bayerische Vorhut unter dem Grafen von St. Germain bei der Reichsstadt Nördlingen an, die österreichisch gesinnt war. Hauptmann Michael Gschray, der mit seinen Dragonern der Vorhut zugeteilt war, wurde in Nördlingen einquartiert, wo er sich für einen österreichischen Offizier ausgab. Da sich seine Uniform von jener der österreichischen Dragoner wenig unterschied, so glaubten es die Nördlinger und bewirteten ihn und seine Leute aufs beste. Während sie speisten, ließen die vertrauensseligen Bürger ihrem Haß gegen die Franzosen und Bayern freien Lauf und überhäuften sie mit Schmäh- und Schimpfworten. Der Bürgermeister machte dem Hauptmann die Mitteilung, daß die Österreicher in Nördlingen ein Getreidemagazin im Werte von 4000 Gulden angelegt hätten; er sprach den Wunsch aus, daß „es nicht von den Saubayern und den verfluchten Franzosen erbeutet werden möchte". Nun nahm Gschray die Maske ab und gab sich als Bayern zu erkennen; er berief den Bürgermeister und die Stadträte zu sich und drohte ihnen, daß er sie in eiserne Ketten schlagen und gefangen zum Feldmarschall führen werde, um sie aufzuhängen, wenn sie ihm nicht das österreichische Magazin ausliefern und 100 Dukaten überreichen werden. Die Nördlinger thaten eiligst, was ihnen der ehemalige Eisenamtmann befohlen hatte, um Freiheit und Leben zu retten[1]. Am 2. Oktober näherte sich die bayerische Vorhut der Stadt Donauwörth, und Hauptmann Kaspar Thürrigl, der tags vorher die Umgebung und Befestigung Donauwörths ausgekundschaftet hatte, machte dem General St. Germain den Vorschlag, die Stadt am Kapuzinerthor nächst dem heiligen Kreuzkloster zu erstürmen und die österreichische Besatzung in die Donau zu werfen. Um 6 Uhr morgens schlugen die Bayern über die Wernitz Brücke; sie wurden von den Gegnern nicht gestört, weil sie den Vorpostendienst vernachlässigt hatten und der Meinung waren, daß die Bayern auf die Donaubrücke einen Angriff machen werden. Die Dragoner Gschrays rissen den Palissadenzaun nieder und erstürmten das Kapuzinerthor; ihnen drang die Infanterie nach. Die Österreicher wurden in den Straßen überfallen und niedergesäbelt; der Großteil derselben floh über die Donaubrücke in die am rechten Donauufer errichteten Schanzwerke. Kroaten steckten die Brücke in Brand und besetzten in Verbindung mit Scharfschützen den Brückenkopf. General St. Germain rief seinen Soldaten zu: „Wer von euch Kurasch hat und ein Patriot sein will, der trete hervor und greife die Feinde auf der Brücke an!" Hauptmann Gschray stellte sich sofort an die Spitze seiner Dragoner, welche mit vorgehaltener Pistole auf die brennende Brücke losritten; sie feuerten, sprangen von ihren Pferden

---

[1] Der glückliche bayerische Eisenamtmann Gschray rc. 45 ff.

und schossen mit dem Karabiner auf die Österreicher. Sie wurden von den Kroaten und Scharfschützen mit lebhaftem Geschütz- und Musketenfeuer empfangen. Mehrere Dragoner fielen; auch Gschray wurde durch eine Musketenkugel am Schenkel des linken Fußes verwundet und mußte das Kommando dem Oberlieutenant Nikolaus Luckner übergeben, welcher todesmutig die Dragoner auf den brennenden Balken vorführte. Bayerische Pioniere ruderten mit Fischerkähnen auf der Donau an die Brücke und suchten den Brand zu löschen. Zu gleicher Zeit rückte General St. Germain mit einem Grenadierregiment zur Unterstützung der Dragoner vor. Die wackeren Grenadiere stürzten sich mit gezogenem Säbel wie wütend auf die Österreicher und schlugen sie in ihre Verschanzungen zurück. Der General wurde schwer in der Brust verwundet und Hauptmann Anginelli nebst mehreren Soldaten getötet. Nach einem blutigen Gefecht erstürmten die Bayern die österreichischen Schanzwerke, hieben die Mannschaften teils nieder, teils schlugen sie dieselben in die Flucht. Bis Mittag hatten die Bayern sich sämtlicher Außenwerke bemächtigt; sie verfolgten die fliehenden Panduren und Husaren bis Rain, wo Bärnklau noch immer mit seinem Armeecorps stand, und kehrten mit der ihnen abgenommenen Beute nach Donauwörth zurück [1].

Nach zwei Tagen kam Feldmarschall Graf von Seckendorf mit dem Großteil seines Heeres in Donauwörth an. Auf seinen Vorschlag wurde Luckner zum Rittmeister und Gschray zum Major zur Belohnung ihrer im letzten Gefecht bewiesenen Tapferkeit vom Kaiser befördert und das Freiwilligen-Dragonercorps auf 300 Mann erhöht. Nach drei Rasttagen brach Seckendorf an den Lech auf. General Bärnklau warf 5000 Österreicher in die Festung Ingolstadt und eilte mit dem Rest seiner Truppen nach München, welches General Graf Batthiany mit 12 000 Österreichern besetzt hatte. Batthiany räumte (Mitte Oktober 1744) München und ging bis an den Inn zurück. Bayern war bis auf wenige Städte von den Feinden befreit, und Karl Albert konnte von Frankfurt in sein Stammland zurückkehren. Am 22. Oktober traf er bei dem nächst Dachau zusammengezogenen bayerisch-französischen Heer ein, über welches er eine Revue abhielt. Am andern Morgen marschierten die Bayern in München ein. Der Kaiser und seine Truppen wurden von den Münchenern mit Freudenthränen empfangen; auch Karl Albert war tief gerührt. Seckendorf legte die Bayern und Franzosen auf den beiden Ufern der Donau in die Winterquartiere; er war des Oberbefehls überdrüssig, weil ihn die französischen Generale der Unverträglichkeit und eines geheimen Einverständnisses mit Österreich beschuldigten. Feldmarschall von Schmettau, damals preußischer Gesandter am französischen Hofe, machte aus altem, seit dem letzten Türkenkrieg stammendem Groll ge-

[1] Pfeilschifter, Bayerischer Plutarch rc. I, 174—177.

heime Umtriebe gegen ihn. Ebenso machte Friedrich II. dem bayerischen Feldmarschall den ungerechten Vorwurf, daß er nicht in Oberösterreich einmarschiere und Linz erobere; er glaubte, daß er durch diese Diversion aus seiner schwierigen Lage in Böhmen befreit werden würde [1]. Der Prinz von Lothringen hatte sich bei dem oberpfälzischen Städtchen Waldmünchen nach dem Plane des militärisch befähigten Generals Grafen von Traun unvermutet nach Norden gewendet und sich mit den Sachsen vereinigt. Bei Mirotitz verstärkte er sich mit 16 000 Ungarn, welche General Batthiany in der Oberpfalz zusammengezogen und nach Böhmen geführt hatte. Durch geschickte Bewegungen des Prinzen wurde der König von Preußen gezwungen, sich nach Schlesien zurückzuziehen und Prag nebst den anderen festen Plätzen zu räumen. Friedrich II. hatte durch Verfolgung, Hunger und Krankheit die Hälfte seines Heeres verloren [2]. Wie er vor zwei Jahren seine Verbündeten im Stiche gelassen hatte, so machten sie es ihm. Voll Ärger über den mißlungenen Feldzug verlangte er vom Kaiser, Seckendorf abzusetzen, weil er ein unfähiger Feldherr sei und im hochverräterischen Einverständnis mit dem Wiener Hofe handle. Karl VII. mußte auf seine mächtigen Bundesgenossen, Frankreich und Preußen, Rücksicht nehmen; er entfernte den alten Feldmarschall von dem Heer, behielt ihn aber als politischen Ratgeber an seiner Seite. Obgleich er sehr leidend und seine Körperkraft so geschwächt war, daß er sich seit zwei Jahren fast nur von Milch ernährte, so übernahm er doch selbst den Oberbefehl über die Bayern und Franzosen, verfolgte die einzelnen österreichischen Abteilungen und schlug sie in Reichenhall und Burghausen in die Flucht. Griesbach wurde von den Bayern erstürmt (16. November), die Feinde niedergehauen und ihre Kriegskasse erbeutet. Der Kaiser jagte die weichenden Österreicher über Landau a. d. Isar, Vilshofen und Osterhofen nach Passau und über den Inn. In allen Orten gewann er die Herzen seiner Unterthanen, denn er wohnte täglich einer heiligen Messe bei, erteilte jedermann Audienz und sprach mit allen Leuten, die ihm begegneten. Als er in die Stadt Vilshofen einritt, küßte ihm ein Knabe aus Verehrung die Stiefel. Der Kaiser klopfte auf dessen Schulter und fragte ihn: „Wie geht es, mein Bübel?" — „Gnädigster Herr, übel!" war des Kleinen gereimte Antwort. Karl Albert erwiderte lächelnd: „Mein Kind! Es wird bald besser werden." Der Beginn eines strengen Winters zwang die Bayern und Franzosen, im Donaugebiet von Osterhofen bis Kelheim Quartiere aufzusuchen. Karl VII. ging (20. November) nach München zurück [3].

---

[1] Gfrörer a. a. O. III, 272—281.
[2] Ranke a. a. O. III, 179.
[3] Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern ꝛc. VII, 94—98.

Dem Kaiser wurde die Freude der Rückkehr in seine Residenz bald durch die Nachricht vergällt, daß General Bärnklau (Dezember 1744) mit einem fliegenden Corps von 5000 Mann von Passau aus in den Bayerischen Wald eingefallen sei. Die Österreicher nahmen auf ihrem Plünderungszug in und um Viechtach, Regen, Metten, Deggendorf und Niederaltaich den hilflosen Einwohnern alles Vieh und Getreide weg und trieben große Brandschatzungen ein, wodurch die Not in jenen Gegenden aufs höchste stieg [1]. Fast zu gleicher Zeit brach der österreichische Feldzeugmeister von Thüngen mit 12 000 Mann aus Böhmen in die Oberpfalz ein und belagerte (6. Januar 1745) die Stadt Amberg, die von einer schwachen Abteilung Bayern und Franzosen unter dem Generalmajor d'Envieu verteidigt wurde. Die Bürger, Studierenden und die ganze männliche Bevölkerung in Amberg bewaffneten sich, machten mehrere unvermutete Ausfälle und erschlugen in erbitterten Gefechten gegen 1000 Österreicher. In diesen Kämpfen zeichnete sich der wackere Kandidat der Theologie Christoph Bezold aus, der an der Spitze einer Studentenschar bis zu den feindlichen Batterien auf dem Mariahilfberg vorging und sechs Geschütze vernagelte. Während Thüngen im Franziskanerkloster bei der Mittagstafel saß, schlug zu seinem größten Schrecken eine Geschützkugel der Amberger inmitten des Tisches ein. Trotz der tapfern Gegenwehr der Belagerten erlitt die Stadt durch ein lebhaftes Feuer der Österreicher von der beherrschenden Anhöhe des Mariahilfberges aus großen Schaden; die ganze „Rabburger Straße" wurde in einen Schutthaufen niedergeschossen. Auf Befehl des Kaisers sammelte General Segur in seinem Hauptquartier zu Kelheim die Franzosen und zog nach Amberg zum Entsatze [2]. Thüngen rief den General Bärnklau, der bei Deggendorf stand, nach der Oberpfalz, ließ 5000 Mann bei Amberg zurück und marschierte den Franzosen entgegen. Bei Kastl griff er sie an; das Treffen wurde durch das rechtzeitige Eingreifen Bärnklaus zu Gunsten der Österreicher entschieden; Segur brach das Gefecht ab und kehrte nach Kelheim zurück. Die Österreicher erstürmten Neumarkt und machten die dortige Besatzung von 700 Mann kriegsgefangen. Sie besetzten Hemau und vertrieben die Franzosen aus Dietfurt. Zu gleicher Zeit machte in Ingolstadt eine Abteilung der österreichischen Besatzung einen Ausfall und bemächtigte sich des nahen, an der Donau gelegenen Schlosses Wackerstein. Thüngen ging nach Amberg zurück und griff es mit verstärktem Feuer an. Der Magistrat übergab die Stadt, um sie vor gänzlicher Zerstörung zu retten. Thüngen und Bärnklau besetzten Amberg und fast die ganze Oberpfalz [3].

[1] Verhandlungen a. a. O. VII, 98—103.

[2] Lipowsky, Lebens- und Regierungsgeschichte des Kurfürsten Karl Albert von Bayern, nachmals Kaisers Karl VII., 227—238.

[3] Arneth a. a. O. II, 256—379.

Durch die Erfolge der Österreicher wurde Karl VII. von der Besorgnis beunruhigt, daß er sich abermals aus München flüchten müsse. Den französischen Gesandten Chavigny überhäufte er mit Vorwürfen und Klagen über die Treulosigkeit Frankreichs und drohte ihm, daß er mit Maria Theresia Frieden schließen werde, wenn ihm die französische Regierung nicht eine so große Armee zu Hilfe schicke, daß Bayern von den Feinden befreit werden könne. Chavigny und der von König Ludwig XV. in außerordentlicher Eigenschaft abgesandte Marschall Belleisle bemühten sich vergeblich, das aufgeregte Gemüt des Kaisers zu besänftigen. Karl Albert trug den Keim des Todes in sich; er war durch viele erfolglose Anstrengungen an Geist und Körper erschöpft und seine Kräfte schwanden, wiewohl er erst 48 Jahre alt war. Als bei Beginn des Jahres 1745 ein großer Komet erschien, wurde man um das Leben des Kaisers besorgt. Karl VII. fühlte selbst die Nähe seines Todes; er erklärte seinen jungen Erbprinzen Max Joseph für volljährig und ermahnte ihn, das Bündnis mit Frankreich aufzugeben, sich mit Maria Theresia zu versöhnen und in Frieden mit ihr zu leben. Viele Ärzte umstanden sein Krankenlager; sie waren ratlos. Endlich einigten sie sich, dem hohen Patienten die „Nostizische Goldmasse" zu geben, weil man noch im 18. Jahrhundert dem reinen Gold die Kraft zuschrieb, mit demselben Krankheiten heilen und das Leben verlängern zu können [1]. Am andern Tag, den 20. Januar 1745, starb Karl Albert in den Armen seiner Gemahlin; eine zurückgetretene Fußgicht hatte sein Lebensende herbeigeführt. Vor seinem Hinscheiden zog er die Hände seiner Kinder an seine welken Lippen und flüsterte die Worte: „Meine armen Kinder, mein armes Vaterland, verzeiht einem armen Vater!" Bei der ärztlichen Leichenöffnung fand man Lunge und Leber verdorben, im Herzen einen Polypen und in den Nieren einen Stein von der Größe eines Pfirsichkernes. Die Beerdigung wurde mit kaiserlicher Pracht vollzogen [2].

---

[1] Lipowsky a. a. O. 239 f.
[2] Arneth a. a. O. III, 5.

Drittes Kapitel.

Der Österreichische Erbfolgekrieg vom Füssener bis zum Aachener Frieden.

Mit dem Tode des Kaisers war eines jener Ereignisse eingetreten, welche die menschlichen Verhältnisse am durchgreifendsten bestimmen und doch außer aller menschlicher Berechnung liegen. In Paris wurde das Ableben Karl Alberts nicht eben sehr bedauert, weil sich Hof und Land von einer Verpflichtung frei fühlten, die ihnen in den letzten Jahren sehr lästig geworden war; jedoch dabei beharrte die französische Regierung, daß sie den jungen Kurfürsten in seinen Erblanden zu erhalten suchte. Maria Theresias erster Gedanke war, sich mit Bayern auszusöhnen und ihrem Gemahl, Großherzog Franz von Toskana, die erledigte Kaiserkrone zu verschaffen. Wenn sie sich mit Bayern abgefunden hätte, könnte sie auch auf einen Frieden mit Frankreich hoffen, so daß sie alle ihre Streitmacht gegen Preußen kehren konnte. Friedrich II., der den gestorbenen Kaiser nur als Mittel zu seiner hinterlistigen Politik benützt hatte, suchte den Sohn und Nachfolger desselben zu reizen, in der Bahn seines Vaters zu bleiben und den Krieg gegen Österreich fortzusetzen. Feldmarschall Graf von Seckendorf, dem Karl VII. auf dem Sterbebette den Kurprinzen besonders empfohlen hatte, schrieb dem preußischen König, daß der siebzehnjährige Kurfürst ein frommes, schuldloses Kind sei, das man nicht in solche Dinge verwickeln dürfe. Der alte Feldmarschall war infolge bitterer Erfahrungen von der Überzeugung durchdrungen worden, daß der französische Einfluß für Bayern nur Unheil gebracht habe und demselben ein Ende gemacht werden müsse. Mit ihm stimmte die Kaiserin-Mutter Marie Amelie vollkommen überein und stellte ihrem Sohne vor, die abgelaufenen Kriegsjahre hätten bewiesen, daß man auf Frankreich und Preußen kein Vertrauen setzen dürfe. Ihre Anschauung wurde von dem Oberstkämmerer Grafen von Preysing, dem Beichtvater der kaiserlichen Familie, Jesuiten P. Stadler, und namentlich von dem greisen

Kanzler Freiherrn von Unertl unterstützt; nur Feldmarschall Graf von Törring blieb dem Versailler Hofe unbeweglich ergeben. Max III. Joseph neigte sich, eingedenk der Mahnung seines sterbenden Vaters, einer Versöhnung mit Österreich zu und nahm deshalb nicht den Titel eines Erzherzogs von Österreich und eines Königs von Böhmen an. Diese Stimmung der bayerischen Regierung berichtete der am kaiserlichen Hofe in München beglaubigte päpstliche Legat Stoppani an den Nuntius Kardinal Paolucci in Wien, der hiervon die Königin von Ungarn in Kenntnis setzte. Maria Theresia ließ auf Rat ihres einflußvollen Kabinetssekretärs Bartenstein den befreundeten Fürstenhöfen in Deutschland anzeigen, daß sie bereit sei, mit Bayern einen Frieden zu vereinbaren, wenn es dem Bunde mit Frankreich und Preußen entsage. Die Kurfürsten von Köln und Sachsen stellten an sie das Ansuchen, daß sie dem Münchener Hofe ihre Friedensbedingungen übermitteln möchte: sie werde Bayern ohne Kriegsentschädigung zurückgeben, wenn Max Joseph die Pragmatische Sanktion anerkenne, seine Stimme ihrem Gemahl Franz zur Kaiserwahl gebe und das österreichische Heer mit 6000 Bayern verstärke. Den Generalen Batthiany und Thüngen befahl sie, ohne Rücksicht auf die Ungunst der Jahreszeit in Bayern gegen München vorzurücken, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu geben. Kurfürst Klemens August von Köln ließ seinen Neffen Max III. durch den Freiherrn von Droste ermahnen, die Vorschläge Maria Theresias anzunehmen, und der sächsische Gesandte Graf von Loß bemühte sich, in gleicher Weise auf den jungen Kurfürsten einzuwirken. Max Joseph entgegnete ihnen, er werde ohne Vorwissen seiner Bundesgenossen niemals einen Sonderfrieden abschließen [1].

Während die diplomatischen Agenten die österreichischen Bedingungen verhandelten, hatte in München die französische Partei die Oberhand gewonnen. Der französische Gesandte Chavigny verstand es, Max III. durch glänzende Verheißungen an Frankreich zu fesseln, indem er ihn des vollen Beistandes seines Königs versicherte, ihm sogleich eine halbe Million Livres auszahlte und für jeden Monat die gleiche Summe versprach, wenn er der Allianz mit Frankreich treu bleibe. Von dem bayerischen Gesandten in Paris lief am Münchener Hofe der Bericht ein, daß Frankreich und Spanien mit Aufbietung aller Kriegsmittel Bayern unterstützen werden. Die anderen Verbündeten des Kaisers, Preußen, Kurpfalz und Hessen-Kassel, bestürmten den Kurfürsten, die Ansprüche seines Vaters auf Österreich zu wahren. Max Joseph ließ sich überreden, die Feindseligkeiten fortzusetzen und den Titel eines Erzherzogs von Österreich zu führen. Unter dem Vorsitze des Hofkriegsratspräsidenten, Herzogs Klemens von Bayern, wurde Kriegsrat gehalten und nach dem Antrage des Feldmarschalls Törring beschlossen, die bayerischen Truppen bei

[1] Arneth, Maria Theresias erste Regierungsjahre, III, 5—14.

München zu sammeln und sie mit dem französischen Hilfscorps zu verstärken; dadurch glaubte man, die Hauptstadt am sichersten zu decken[1]. Maria Theresia setzte ihre Streitkräfte auf mehreren Seiten gegen Bayern in Bewegung, um den Münchener Hof mit Gewalt zur Annahme ihrer Bedingungen zu zwingen. Dem Herzog von Ahremberg befahl sie, mit den in Flandern stehenden Österreichern, Engländern und Hannoveranern die Franzosen, welche unter dem Marschall Maillebois an der Lahn und in Westfalen den Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel, den treuesten Verbündeten Karl Alberts, schützten, zu schlagen, den Landgrafen zu unterwerfen und in Bayern einzufallen. Die Franzosen wichen bei dem Anmarsche der Österreicher über den Rhein zurück, und Wilhelm mußte sich zu einer Übereinkunft mit Ahremberg verstehen, in welcher er seine in Bayern stehenden Truppen anwies, nicht mehr gegen die Königin von Ungarn zu fechten. Hierauf erklärte auch der Kurfürst von der Pfalz seine Neutralität und beschied sein Kriegsvolk aus Bayern zurück. Als Ahremberg durch Schwaben an den Lech zog, erhielt die Friedenspartei in München wieder die Oberhand, und Seckendorf, Preysing, Oberſthofmeister Fürst von Fürstenberg und Vizekanzler von Praidlon einigten sich mit der Kaiserin-Witwe, im geheimen mit Österreich zu unterhandeln. Seckendorf schickte seinen Neffen, den gefangenen österreichischen Hauptmann Karl von Seckendorf an den Feldzeugmeister von Thüngen, um ihm zu hinterbringen, daß Kurfürst Max beabsichtige, mit Österreich in Augsburg über einen Frieden zu verhandeln. Der Hauptmann eilte im Auftrage Thüngens nach Wien und erstattete dem König Franz von Ungarn Bericht, daß Bayern nach dem offenen Geständnis des Feldmarschalls Seckendorf durch den schlechten Zustand der französischen Truppen zum Frieden gezwungen werde und zur Bedingung die Abtretung Vorderösterreichs mache. Maria Theresia sandte unverweilt ihren Konferenzminister Grafen von Colloredo nach Augsburg mit der Anweisung, daß sie ihre früheren Bedingungen wiederhole, aber Vorderösterreich nie abtreten werde; nur zu einem Tausche sei sie bereit. Colloredo begab sich auf einem Umweg durch Steiermark und Kärnten nach Innsbruck, um nach dem Wunsche des bayerischen Hofes seine Sendung geheim zu halten. Vergebens erwartete er aus München die notwendigen Pässe zu seiner Reise nach Bayern. In München hatte die französische Partei den unerfahrenen Kurfürsten wieder auf ihre Seite gebracht. Dem Grafen Colloredo wurde mitgeteilt, Bayern könne sich nicht auf Unterhandlungen einlassen, weil sie nur schwer verborgen blieben; würden Frankreich und Preußen davon erfahren, so würden sie den Kurfürsten verlassen und er sich zu allem verstehen müssen, was Österreich von ihm verlange. Maria Theresia erließ an den General Batthiany den Befehl, mit dem ver-

[1] Schreiber W., Max III. Joseph, der Gute, 9.

wegenen Feldmarschall-Lieutenant Grafen von Browne die militärischen Operationen in Bayern zu beschleunigen und eine entscheidende Wendung am Münchener Hofe herbeizuführen [1].

Batthiany marschierte im März 1745 mit 32000 Mann in drei Kolonnen bei Passau, Schärding und Braunau über den Inn nach Niederbayern. Die bayerischen und französischen Generale begingen wieder den alten Fehler, daß sie ihre Truppen, die in langer Linie auf vielen Plätzen zerstreut waren, bei der Ankunft des Gegners nicht zusammenzogen. General Bärnklau ging mit 3000 Kroaten und Husaren auf Pfarrkirchen los, wo sich Major Gschray mit 500 Mann zu Fuß und 200 Dragonern unter dem Rittmeister Luckner festgesetzt hatte. Die Bayern verteidigten sich mit verwegenem Mute, bis sie von allen Seiten umrungen und mit großem Verluste in die Flucht geschlagen wurden. Im Schlosse zu Griesbach wurde die ganze Besatzung zu 600 Mann (24. März) nach einem hitzigen Gefechte von den übermächtigen Österreichern zur Kapitulation gezwungen. Mit dem Großteil des Heeres rückte Batthiany gegen die Stadt Vilshofen, wo 3000 Bayern und Hessen lagen. Nach einer kurzen, aber lebhaften Beschießung (28. März) kamen die Befehlshaber auf Betrieb der Einwohner überein, sich zu ergeben. Während der Unterhandlung stürmten die wilden Panduren und Kroaten in die Stadt und plünderten unter grausamen Gewaltthaten alle größeren Häuser. Die Bayern und Hessen ergaben sich kriegsgefangen. Die bayerisch-französischen Besatzungen in Landau, Dingolfing und Straubing erkannten, daß sie sich einzeln gegen den weit überlegenen Gegner nicht behaupten könnten, und zogen sich über Landshut hinter die Amper zurück. Den Österreichern stand nun der Weg nach München offen. Kurfürst Max Joseph wanderte mit dem ganzen Hofstaat nach Augsburg. Batthiany folgte den Bayern, nahm bei Isareck das bayerische Regiment Baumbach gefangen und schlug eine Abteilung bei Moosburg nach kurzem Artilleriefeuer in die Flucht. Bei Ismaning an der Isar wagte es Gschray, sich mit seinem kleinen Corps den Österreichern entgegenzustellen, um sich an ihnen für seine Niederlage in Pfarrkirchen zu rächen; er wurde aber unvermutet von einem ungarischen Husarenregiment angegriffen und sein Corps nach einem heißen Gefecht zersprengt. Gschray sprang vom Pferde und flüchtete sich hinter ein Gesträuch in einem Moorgrund, wohin die feindlichen Reiter nicht folgen konnten. Die gesamte Abteilung wäre niedergehauen worden, wenn nicht Rittmeister Luckner mit seiner Schwadron die Husaren so lange aufgehalten hätte, bis sich die zerstreute Infanterie wieder gesammelt hatte und durch starkes Gewehrfeuer die Husaren zum Rückzuge zwang [2].

---

[1] Arneth a. a. O. III, 15—19.
[2] Pfeilschifter a. a. O. I, 177.

General Batthiany marschierte gegen Dachau, wo Feldmarschall Törring in einem verschanzten Lager stand und französische Verstärkung erwartete. Nach einem lebhaften Geschützfeuer der Österreicher räumte Törring sein Lager, weil seine Soldaten wegen schlechter Besoldung keinen Widerstand leisteten. Auf die Meldung, General Segur sammle bei Pfaffenhofen a. d. Ilm die französischen Truppen, wandte sich Batthiany gegen ihn, trieb dessen Vorposten nach Pfaffenhofen zurück und erstürmte (15. April) die Stadt. Segur stellte seine Armee auf einer Anhöhe hinter Pfaffenhofen in Schlachtordnung; als er aber die überlegene Zahl seines Gegners ausgekundschaftet hatte, hielt er sich zu einem Treffen für zu schwach und zog sich unter heftiger Verfolgung der Österreicher von einer Anhöhe zur andern und von einer Waldung zur andern hinter die Amper bis an den Lech zurück. Die Franzosen hielten nirgends Stand und erlitten auf ihrem fluchtähnlichen Rückzug beträchtliche Verluste; sie räumten sogar ihre Stellungen am Lech und gingen bei Donauwörth auf dem rechten Ufer der Donau bis Lauingen zurück. Dadurch wurde Törring gezwungen, die Bayern über den Lech nach Augsburg zurückzuführen, während die Hessen bei Friedberg stehen blieben und sich auf Befehl ihres Landgrafen neutral verhielten. Nach wenigen Wochen war fast ganz Bayern wieder in der Gewalt der Österreicher, und Batthiany ließ sich nur durch die schriftliche Bitte der Kaiserin-Witwe Amelie bewegen, München nicht zu besetzen [1].

Während des Marsches der Österreicher an die Amper hatte Max III. Joseph die Unterhandlungen mit Maria Theresia wieder aufgenommen und hierzu die neutrale Reichsstadt Nürnberg vorgeschlagen. Die Königin lehnte Nürnberg ab, weil sie vermutete, die bayerische Regierung wolle durch die große Entfernung dieser Stadt von Wien Zeit zur Verstärkung gewinnen; sie schlug die dem Bischof von Augsburg gehörige Stadt Füssen an der Grenze Tirols vor. Der Kurfürst willigte auf Zureden seines Obersthofmeisters Fürstenberg und des Feldmarschalls Seckendorf ein. Fürstenberg war mit einer Gräfin von Waldstein verheiratet, deren Güter nach Rückeroberung Böhmens durch die Österreicher auf Befehl Maria Theresias mit Beschlag belegt worden waren; ihm lag besonders an der Herstellung des Friedens, um die Auslieferung der einträglichen Besitzungen seiner Gattin zu erwirken. Seckendorf haßte die Franzosen und noch mehr die Preußen, weil er durch Friedrich II. und Schmettau zur Abdankung gezwungen worden war und aus Rache Bayern von Preußen zu trennen suchte. Max ernannte Fürstenberg, Seckendorf und den Hofrat von Braudtner zu seinen Bevollmächtigten für die Konferenz in Füssen und Maria Theresia sandte den gewandten Diplomaten Grafen von Colloredo. Gleich beim Beginne der Ver-

[1] Kreisarchiv München, Kriegsakten. Die französischen, kurpfälzischen und hessischen Auxiliartruppen im April 1745.



handlungen ergaben sich Schwierigkeiten. Die Bayern besaßen keine staatsmännischen Kenntnisse und ihre Instruktion war unvollständig, so daß in Colloredo der Verdacht entstand, es sei ihnen mit dem Frieden nicht ernst. Als die Beratungen stockten, eilte Seckendorf nach Augsburg, um den Kurfürsten zu einem schnellen Abschlusse zu bewegen. In Augsburg mußte er zuerst den Einfluß der Gesandten von Frankreich, Spanien und Preußen auf Max verdrängen; diese wollten ihn in Verbindung mit dem Grafen von Törring überreden, daß er nach Mannheim übersiedle. Auf den Kurfürsten hatte die Flucht seines Vaters nach Frankfurt und dessen peinliche Geldverlegenheit einen so tiefen Eindruck gemacht, daß er den Vorstellungen Seckendorfs wich und ihn mit einer neuen Vollmacht nach Füssen zurückschickte[1]. Der Feldmarschall beseitigte alle Hindernisse, und am 22. April 1745 wurde der Friedensvertrag von Fürstenberg und Colloredo unterzeichnet. Maximilian erkannte die Pragmatische Sanktion und das Recht Maria Theresias zur Ausübung der böhmischen Kurstimme an, verzichtete auf das von den Franzosen in seinem Namen eroberte Vorderösterreich und versprach, bei der nächsten Kaiserwahl seine Stimme dem Großherzog Franz von Toskana zu geben. Bis zum Vollzuge der Kaiserwahl solle Ingolstadt von neutralen Truppen, Braunau und Schärding von Österreichern besetzt werden. Alle konfiszierten Güter bayerischer Unterthanen werden zurückgegeben und eine allgemeine Straflosigkeit verliehen werden. Die Königin von Ungarn erkannte Karl Albert als Kaiser und seine Witwe als Kaiserin an, zog das österreichische Heer aus Bayern zurück und verzichtete auf jede Kriegsentschädigung an Land und Geld. Mit dem Hauptvertrag wurden zwei Separat- und ein geheimer Artikel unterzeichnet, in denen sich Max Joseph verpflichtete, dem Großherzog nicht nur seine eigene Stimme bei der Kaiserwahl zu geben, sondern auch die Kurfürsten von Köln und der Rheinpfalz für ihn zu gewinnen. Maria Theresia machte sich verbindlich, bei den Seemächten sich zu verwenden, daß sie dem Kurfürsten zur Ausrüstung und Verpflegung eines Hilfscorps von 7000 Bayern die hinreichenden Kriegsgelder gewähren. Sie war erbötig, ihm auf Abschlag dieser Subsidien 400000 Gulden in sicheren Wechseln auf Augsburg oder Nürnberg vorzustrecken[2]. Die Grafen von Törring und Preysing verwünschten den Füssener Vertrag; der erstere legte seine Ämter nieder und zog sich auf seine Güter zurück. Der preußische Gesandte von Klinggräf machte dem Kurfürsten Vorwürfe, daß er ohne Zustimmung Preußens mit Österreich Frieden geschlossen hätte. Max entgegnete ihm in bitterem Tone: „Fanden Sie es nicht vortrefflich, als Ihr König vor drei

[1] Schreiber a. a. O. 14.

[2] Ghillany, Sammlung der wichtigsten europäischen Friedensschlüsse, Füssener Vertrag von 1745. Wenck, Codex jur. gent. Europ. II, 180—190.

Jahren den Frieden von Breslau machte, ohne sich im mindesten um meinen kaiserlichen Vater zu bekümmern?" [1]

Die nächsten Kriegsereignisse bewiesen, daß Bayern voreilig den Frieden mit Österreich eingegangen hatte. König Ludwig XV. befahl, trotz der finanziellen Erschöpfung seines Reiches, drei Armeen zu rüsten; 80000 Mann bestimmte er unter dem Marschall Grafen Moritz von Sachsen zur Eroberung der österreichischen Niederlande; die zweite Armee ließ er unter dem Prinzen von Conti an den Rhein abgehen, um das Elsaß zu decken und die Wahl des Lothringers Franz zum Kaiser zu hintertreiben, und die dritte Armee schickte er unter dem Marschall Maillebois nach Italien zur Unterstützung der Spanier. Marschall Moritz von Sachsen focht in dem Feldzug 1745 mit großem Glück in den Niederlanden; er besiegte die Verbündeten in der Schlacht bei dem Dorfe Fontenoy (7. Mai), eroberte die Festung Tournay und mehrere andere wichtige Städte und besetzte ganz Flandern [2]. Den Alliierten mangelte ein einheitlicher Oberbefehl und ein thatkräftiges Eingreifen. Maria Theresia hatte in den Niederlanden nur ein schwaches Armeecorps aufgestellt und ihre Hauptmacht gegen Preußen gerichtet. Friedrich II. wollte in Verbindung mit Frankreich den Kurfürsten-König von Sachsen-Polen zum Bundesgenossen machen, indem er ihm die Kaiserkrone anbot. August III. hielt sich zwar zur Übernahme des Kaisertums für befähigt, er bezweifelte jedoch mit Recht, ob ihm Frankreich die Mehrheit der Kurstimmen verschaffen könnte. Maria Theresia erhielt ihn dadurch auf ihrer Seite, daß sie ihm umfangreiche Besitzungen in Brandenburg, der Lausitz, Böhmen und Schlesien versprach. August ging (18. Mai) um so lieber auf ein Bündnis mit Österreich ein, als ihm das aufstrebende Preußen für das angrenzende Sachsen gefährlich erschien; er verstärkte das österreichische Heer mit 20000 Sachsen. Prinz Karl von Lothringen hatte bei Königgrätz in Böhmen 70000 Mann gesammelt und vereinigte sich bei Jaromirz mit den Sachsen. Bei Trautenau marschierte er in Schlesien ein und ging bis Schweidnitz vor, während 20000 Ungarn und Kroaten in Oberschlesien einbrachen, um den König von Preußen zur Teilung seiner Streitkräfte zu zwingen. Friedrich II. erkannte sofort den Plan seines Gegners; er rief seine Truppen aus Oberschlesien zu sich und zog den Österreichern und Sachsen über Striegau entgegen. Prinz Karl hatte nach einem ermüdenden Marsche bei Hohenfriedberg Lager geschlagen in dem Wahne, die Preußen werden seiner Übermacht ausweichen und nach Breslau zurückgehen. Als der König die Stellung seines sorglosen und unfähigen Gegners ausgekundschaftet hatte, lieferte er ihm am andern Morgen (4. Juni 1745) eine

[1] Frédéric. II., Histoire de mon temps, II, 170.

[2] Weber C. v., Moritz, Graf von Sachsen, Marschall von Frankreich 205—210.

Schlacht. Zuerst besiegte er die Sachsen und dann die Österreicher, welche 16000 Tote, Verwundete und Gefangene nebst 66 Geschützen verloren. Karl zog sich bis Königingrätz zurück, ohne von dem Sieger verfolgt zu werden. Friedrich, der bei Hohenfriedberg einen Verlust von 5000 Toten und Verwundeten erlitten hatte, marschierte nur bis Jaromirz und ließ durch ein entsendetes Armeecorps die Ungarn aus Oberschlesien zurückwerfen. Beide Heere verweilten mehrere Monate unthätig in ihrem Lager. Friedrich II. einigte sich mit England, das sich mehr auf Seite des protestantischen Königs als der katholischen Habsburgerin neigte, über ein geheimes Bündnis in Hannover (26. August) und machte mit Frankreich am Münchener Hofe gemeinschaftliche Versuche, den jungen Kurfürsten zur Bewerbung um die Kaiserkrone und zur Erneuerung des Krieges gegen Österreich zu verleiten [1].

Maria Theresia ergänzte ihr geschlagenes Heer in Böhmen und befahl dem Feldmarschall Grafen von Traun, mit den in Bayern stehenden österreichischen Truppen über Mergentheim nach Gelnhausen zu marschieren, sich mit den Alliierten zu vereinigen und jede Einmischung der Franzosen in die bevorstehende Kaiserwahl ferne zu halten. Unter den deutschen Fürsten hatte der jugendliche Kurfürst von Bayern die besten Aussichten auf Erlangung der Kaiserkrone, weil unter den neun Kurfürsten drei dem wittelsbachischen Hause entstammten. Der König von Preußen war zwar der mächtigste und angesehenste Fürst in Deutschland, allein er fühlte, daß das auf katholischer Grundlage beruhende Kaisertum mit einem protestantischen Fürstenhause unvereinbar sei. Das Kaisertum war allerdings ohne jede militärische Macht und trug jährlich nur einige tausend Gulden ein, aber es gewährte noch immer die unbestrittene Würde einer völkerrechtlichen Oberhoheit über die ganze abendländische Christenheit und einen großen Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten. Der Träger der deutschen Krone konnte von seiner oberlehensherrlichen und oberstrichterlichen Gewalt Nutzen und Vorteile ziehen, seinen Gegnern durch Prozesse und Exekutionen schaden und seine Anhänger belohnen, wie es Leopold I. und Joseph I. im Spanischen Erbfolgekrieg bewiesen hatten. Max III. Joseph hatte die ganze Herrlichkeit der Kaiserkrone bei seinem von sämtlichen und selbst verwandten Kurfürsten verlassenen Vater in der tiefsten Demütigung und Ohnmacht gesehen. Aus seinem Munde hatte er die Worte, die Karl VII. nach seiner Kaiserkrönung geschrieben hatte, vernommen: „Kronen ohne Land, ohne Geld, kann ich mich mit dem Manne der Schmerzen vergleichen.“ Die Entscheidung konnte ihm nicht schwer fallen; er wies alle Anerbietungen Preußens und Frankreichs zurück und hielt an dem Füssener Vertrag fest [2]. Ebenso erfolglos waren alle Bemühungen

[1] Ranke, Neun Bücher preußischer Geschichte, III, 308—314.
[2] Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, III, 329—337.

und Versprechungen, den König-Kurfürsten von Polen-Sachsen von Österreich zu trennen. August III. hatte zwar den Gedanken an seine eigene Kaiserwahl nicht aufgegeben und zögerte mit seiner Zustimmung zur Erhebung des Großherzogs Franz so lange, bis ihm Maria Theresia versprach, daß nach der Kaiserwahl der Krieg gegen Preußen mit aller Macht fortgesetzt werde. Die anderen Kurfürsten waren längst für Franz gewonnen; nur Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz, der gänzlich unter französischem Einflusse stand, verweigerte ihm seine Stimme. Der Prinz von Conti, der mit der französischen Rheinarmee die Wahl des Lothringers hätte verhindern sollen, war bis Höchst und Aschaffenburg vorgerückt, wurde aber durch geschickte Bewegungen des österreichischen Feldmarschalls Traun bei Speier über den Rhein zurückgedrängt. Am 13. September 1745 wurde Franz von sieben Kurfürsten in Frankfurt zum Kaiser gewählt und der sehnlichste Wunsch seiner Gemahlin erfüllt. Kurbrandenburg und die Rheinpfalz veröffentlichten in Hanau eine Protestation, die von niemanden beachtet wurde. Als der neue Kaiser Franz I. nach der Krönung (4. Oktober) mit seiner Gattin, die sich nicht hatte krönen lassen, über Ulm und auf der Donau nach Wien zurückkehrte, begab sich der Kurfürst von Bayern nach Straubing, um das kaiserliche Paar persönlich zu begrüßen[1].

Maria Theresia hatte vor ihrer Abreise nach Frankfurt ihren Schwager Karl beauftragt, die Preußen anzugreifen und aus Böhmen zu werfen, weil die englische Regierung seit dem in Hannover mit Preußen geheim abgeschlossenen Vertrage sie unaufhörlich bedrängte, mit Friedrich II. Frieden zu machen. Der König hatte wegen Mangels an Geld und Lebensmitteln sein Heer nach Schlesien zurückgeführt und bei dem Dorfe Soor am Fuße der Sudeten ein Lager bezogen, das von den umliegenden Höhen beherrscht werden konnte. Unerwartet standen die Österreicher mit Übermacht auf den Höhen vor seinem Lager. Mit einem schnellen Entschluß befahl er seinen Truppen, aus dem Lager vorzurücken und (30. September 1745) unter mörderischem Feuer der Feinde sich in Schlachtordnung zu stellen. Der Prinz von Lothringen ließ seinem Gegner Zeit, die Schlachtlinie zu formieren und zum Angriffe vorzugehen. Unter furchtbaren Verlusten erstürmten die Preußen die Stellung der Österreicher, welche durch die unerhörte Kühnheit der preußischen Grenadiere außer Fassung gebracht wurden und mit einem Verluste von 7000 Toten, Verwundeten und Gefangenen nebst 22 Geschützen zurückwichen. Friedrich, der 4000 Tote und Verwundete verloren hatte, brach in Sachsen ein, weil ihm vertraulich mitgeteilt worden war, daß Österreich und Sachsen mit Zustimmung der Kaiserin von Rußland einen Angriff auf Brandenburg verabredet hätten. Die Sachsen und ein österreichisches Hilfscorps standen bei

[1] Arneth, Maria Theresias erste Regierungsjahre, III, 65—109.

Kesselsdorf unweit Dresden und trafen Anstalt zu einem Einfall in Brandenburg. Der König befahl dem alten Fürsten von Dessau, der mit einem Heere die preußische Grenze deckte, die Verbündeten zu schlagen. Der Dessauer griff sie (15. Dezember) bei Kesselsdorf an und besiegte sie nach einer zweistündigen Schlacht. Friedrich vereinigte sich in Meißen bei Wilsdruf mit dem Fürsten, wodurch er sein Heer bis zu 83000 Mann erhöhte. Durch die aufeinander folgenden Siege der Preußen, die Eroberung der Lombardei durch die Spanier und die Drohung der britischen Regierung, ihre Kriegsgelder von Österreich zurückzuziehen, wurden Maria Theresia und August III. gezwungen, mit Friedrich über einen Frieden zu unterhandeln; dieser ging um so lieber darauf ein, als sich in seiner Kasse zu Berlin nur mehr 15000 Thaler befanden. Am 25. Dezember 1745 wurde die Friedensurkunde in Dresden unterzeichnet. Friedrich blieb im Besitze Schlesiens und der Grafschaft Glatz und erhielt von August eine Million Thaler Kriegsentschädigung; er erkannte Franz I. als Kaiser und dessen Kurstimme für Böhmen an und räumte Sachsen [1]. Durch die Friedensverträge von Füssen und Dresden wurde der Kriegsschauplatz auf Flandern und Oberitalien beschränkt. Zur Schwächung des verbündeten Heeres in den österreichischen Niederlanden hatte die französische Regierung den Prinzen Karl Eduard Stuart mit Geldmitteln und Waffen unterstützt und ihn wiederholt nach Schottland zu einem Aufstande geschickt. Bald nach der Landung des Prinzen scharten sich immer mehr Schottländer um ihn und riefen seinen Vater zum König aus. Nach kurzer Zeit (Oktober 1745) war fast ganz Schottland in der Gewalt Karl Eduards, der mit 7000 Mann die Grenze Englands überschritt und bis in die Nähe Londons vorrückte. König Georg II. eilte mit 30000 Mann aus den Niederlanden nach England und brachte dem Prätendenten bei Culloden (27. April 1746) eine entscheidende Niederlage bei. Die Truppen des Prinzen wurden zersprengt, erschlagen oder gefangen und er selbst entkam mit Lebensgefahr nach Frankreich [2].

Der französische Minister des Auswärtigen, Marquis d'Argenson, ein erbitterter und hartnäckiger Gegner der Kaiserin, verfiel auf verschiedene Pläne, um die österreichische Monarchie aufzulösen; er wollte in Italien nach Vertreibung der Österreicher einen Bundesstaat herstellen und die katholischen Staaten in Süd- und Mitteldeutschland zu einem „Rheinbund" unter dem Protektorate Frankreichs einigen, während die norddeutschen Fürsten unter die Oberherrlichkeit Preußens gebracht werden würden. Dieser Plan fand in London und Berlin Anklang, und die Kurfürsten von Köln und der Pfalz, die zunächst den Angriffen der Franzosen ausgesetzt waren und von

[1] Ranke a. a. O. III, 350—356.

[2] Mahon, Geschichte von England III, 244—277.

Frankreich und England Subsidiengelder annahmen, stimmten ohne Bedenken zu; auch der in französischem Solde stehende Herzog von Württemberg folgte ihnen. Sachsen wurde dadurch gewonnen, daß der französische Kronprinz eine sächsische Prinzessin heiratete und dem König August französische Jahrgelder versprochen wurden. Das ganze Projekt scheiterte an Bayern. Am Münchener Hofe bemühte sich die französische und die österreichische Partei, sich gegenseitig zu verdrängen. An die Spitze der Anhänger Frankreichs trat die Herzogin Maria Anna, Gemahlin des bayerischen Herzogs Klemens, welche mit patriotischer Begeisterung und Hingebung an Bayern hing und den Wiener Hof haßte, seitdem er Bayern mit Österreich vereinigen wollte. Sie nahm von der französischen Regierung Subsidiengelder, um ihre politischen Gesinnungsgenossen in München und in der kurkölnischen Residenz zu Bonn in der Abneigung gegen Österreich zu bestärken. Als Maria Theresia hiervon erfuhr, ließ sie Maria Anna durch den österreichischen Gesandten Grafen Rudolf von Chotek in München drohen, daß sie die Güter, welche Herzog Klemens in Österreich, namentlich in Böhmen besitze, mit Beschlag belegen werde, wenn sie nicht von ihren Umtrieben wider Österreich abstehe[1]. Kurfürst Maximilian III. war voll Sorgen für das Wohl seines Landes, denn er hatte die Regierung unter traurigen Verhältnissen angetreten. Bayern war allenthalben verwüstet und die Staatsschuld auf die damals ungeheure Summe von 40 Millionen gestiegen. Das Deutsche Reich war ihm so gleichgiltig wie den anderen Fürsten, und es war niemanden zu verdenken, daß er für das deutsche Vaterland keine Begeisterung empfand, weil es der Spielball der fremden Minister und Diplomaten und das Feld war, auf dem die auswärtigen Mächte ihre Streitigkeiten ausfochten. Da jeder der 300 Fürsten und Stände des Reiches nur auf seinen Vorteil bedacht war, so mußte Deutschland um so sicherer seinem Verfalle entgegengehen, als der permanente Reichstag in Regensburg, der die lockeren Staaten organisch zusammenhalten sollte, nur dazu bestimmt zu sein schien, das Deutsche Reich der Anarchie, Ohnmacht und dem Hohne fremder Nationen preiszugeben. Max Joseph ließ sich von den französischen Einwirkungen nicht beirren und schloß auf Grund des geheimen Artikels des Füssener Friedens mit Österreich, England und Holland (21. Juli 1746) einen Vertrag ab, kraft dessen er gegen ansehnliche Kriegsgelder 7000 Bayern gegen Frankreich stellte[2]. Dadurch wurde der Plan d'Argensons, einen Sonderbund in Deutschland zu gründen, zerstört. Zum Oberbefehlshaber über das bayerische Hilfscorps ernannte Max Joseph den Feldzeugmeister Prinzen Ludwig von Sachsen-Hildburghausen. Rittmeister Nikolaus Luckner, „der kleine Chamauer", wollte

[1] Arneth a. a. O. III, 258—263.

[2] Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse 415. Wenck, Codex jur. gent. Europ. II, 229.

nach dem Füssener Friedensschluß zum Studium der Rechtswissenschaft nicht mehr zurückkehren, sondern nahm in dem nach Holland bestimmten bayerischen Reiterregiment Frangipani Dienst. In demselben Regiment diente zu gleicher Zeit der Feldscherer Johann Kaspar Schiller, der Vater des berühmten deutschen Dichters [1].

Luckners Zeitgenosse, Hauptmann Kaspar Thürrigl, wurde auf Verwendung seines Obersten von Barreau von dem Marschall Moritz von Sachsen in die französische Armee übernommen und zum Ordonnanzoffizier im Großen Hauptquartier ernannt. Das Gschraysche Freiwilligencorps wurde bis auf 100 Mann entlassen, welche in verschiedenen Städten und Grenzorten den Sicherheitsdienst und die Schutzzollwache versehen mußten. Die Gschrayschen Dragoner ließen sich von Schmugglern und Kaufleuten bestechen und gaben durch ärgerliche Ausschweifungen Anlaß zu vielen Klagen. Max III. befahl, daß sie bis zu 500 Mann erhöht und mit dem bayerischen Hilfscorps nach Holland geschickt werden. Michael Gschray, der zum Oberstlieutenant befördert worden war und mit 20 Dragonern in München Polizeidienste übernehmen mußte, wurde über die Anordnung des Kurfürsten erzürnt und ließ sich in einer erbetenen Audienz zu der dreisten Rede hinreißen: „Was? Kurfürstliche Durchlaucht! nach Holland marschieren und den Käskrämern dienen, welche zum Verderben Seiner römischen kaiserlichen Majestät, dero allerdurchlauchtigsten Papas, an die Österreicher Volk und Geld gegeben haben? Nein, ein solches werd' ich nimmermehr thun und wollte lieber salva venia einen Sauhirten abgeben, als mit einer ketzerischen Nation wider die Franzosen dienen!" Dieses kecke Auftreten des ehemaligen Eisenamtmannes überzeugte den Kurfürsten von der Notwendigkeit, das ganze „Schergencorps" aufzulösen. Gegen Gschray erwies er sich noch so gnädig, daß er ihm eine monatliche Pension von 40 Gulden (68 Mark) und seinen Söhnen, die nach dem Füssener Frieden aus der ungarischen Gefangenschaft nach München zu ihrem Vater gekommen waren, einen Gnadengehalt von je 20 Gulden festsetzte. Gschray wies trotzig die kurfürstliche Gnade zurück und richtete an den Marschall von Sachsen ein Bittgesuch um Aufnahme in die Kriegsdienste Frankreichs. Auf Empfehlung Moritzens, der seine Reiterei zu verstärken suchte, ging das französische Kriegsministerium mit ihm den Vertrag ein, daß er mit dem Range eines Obersten in Straßburg und Neubreisach 4000 Dragoner und 800 Infanteristen für das französische Heer in den Niederlanden anwerbe [2].

Als die 7000 Bayern in Flandern eintrafen, hatte der Marschall von Sachsen die Stadt Brüssel und die Festungen Antwerpen (4. Juni 1745),

---

[1] Pfeilschifter a. a. O. I, 178.

[2] Der glücklich bayerische Eisenamtmann oder merkwürdige Lebensgeschichte des Gschray ꝛc. 53 ff.

Mons und Charleroi erobert und im August fast die gesamten Niederlande in seine Gewalt gebracht. Die Kaiserin beauftragte den Prinzen Karl von Lothringen, mit 20000 Mann von jenem Heere, das bei Heilbronn am Neckar zur Beobachtung der französischen Rheinarmee stand, nach Flandern aufzubrechen. Nach kurzer Zeit folgte das bayerische Hilfscorps und 16000 Hannoveraner und Hessen; auch aus Italien konnte eine österreichische Abteilung zur Verstärkung in die Niederlande abgehen. Die Piemontesen hatten die Festungen Asti und Alessandria erobert, und die Österreicher unter dem Feldmarschall Fürsten von Liechtenstein die Spanier aus Mailand und Parma vertrieben und die vereinigten Franzosen und Spanier in der Schlacht bei Piacenza besiegt. Nach wenigen Wochen starb König Philipp V. von Spanien, und sein Sohn und Nachfolger Ferdinand VI., der unter dem Einflusse seiner österreichisch gesinnten Gemahlin stand, erteilte seinem Feldherrn in Oberitalien den Befehl, sich allmählich nach Spanien zurückzuziehen; dadurch wurden auch die Franzosen zum Rückzug nach Südfrankreich genötigt, und Liechtenstein konnte eine Abteilung in die Niederlande entsenden, wo im September auch die Engländer unter dem Sohne des Königs Georg II., dem Herzog von Cumberland, eintrafen. Prinz Karl sammelte die alliierten Streitkräfte bei der Festung Namur, wurde aber durch bedrohliche Bewegungen des Marschalls von Sachsen zum Rückzuge nach Löwen und Mastricht gezwungen. Ein Armeecorps der Franzosen belagerte unter dem General Clermont Namur, und der Großteil folgte den Verbündeten. Der lothringische Prinz wollte die Festung durch eine Umgehung der Franzosen entsetzen, verblieb jedoch in seinem Lager so lange, bis sie gefallen war. Nun wollte er den ruhmlosen Feldzug durch eine glänzende Waffenthat beendigen, indem er auf Rat seiner Generale bei Lüttich auf einer ausgedehnten Linie Stellung nahm, um sich die Verbindung mit Limburg und Lüttich zu sichern. Als der französische Feldherr die fehlerhafte Aufstellung seines Gegners bemerkte, rückte er in Schlachtordnung gegen die Verbündeten vor, denen er an Zahl weit überlegen war. Die Holländer standen unter dem Fürsten von Waldeck auf dem linken Flügel im ersten Treffen, und im zweiten bei dem nahen Dorfe Ans die Bayern, die aus aller Herren Ländern zusammengesetzt waren und nur von in Bayern geborenen Offizieren befehligt wurden. An die Bayern reihten sich einige österreichische Bataillone und mehrere Schwadronen ungarischer Reiter. Das Zentrum bildeten die Engländer, Hannoveraner und Hessen auf der Linie von Liers über Varoux und Raucoux, und den rechten Flügel nahmen die Österreicher zwischen Liers und Houtain ein [1].

---

[1] Kreisarchiv München, Kriegsakten. Die Auxiliartruppen in den Niederlanden, die Schlacht bei Raucoux den 11. Oktober 1746.

Marschall Graf Moritz von Sachsen richtete (11. Oktober 1746) seinen ersten Angriff auf den schwachen linken Flügel der Verbündeten, um sich zwischen die Stadt Lüttich und die Holländer zu drängen und das Mitteltreffen durch Erstürmung der Dörfer Varoux und Raucoux zu durchbrechen. Die Franzosen brachten durch ein lebhaftes Artilleriefeuer nachmittags um 2 Uhr eine bei dem Dorfe Ans errichtete Batterie der Holländer zum Schweigen, und 20 Bataillone gingen gegen Ans vor, das von der holländischen und bayerischen Infanterie tapfer verteidigt wurde; allein diese mußte sich vor der französischen Übermacht auf der Straße von Lüttich nach Tongres zurückziehen. Die aus dem Dorfe vordringenden Franzosen versuchten die Holländer und Bayern in deren linker Flanke zu fassen; der Fürst von Waldeck schlug jedoch alle ihre Angriffe ab. Infolge eines Mißverständnisses griffen die Franzosen erst um 4 Uhr die Dörfer Varoux und Raucoux an, wo ihnen die Verbündeten einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzten; da aber immer frische Truppenmassen nachrückten, vermochten sich die Engländer, Hannoveraner und Hessen nicht länger mehr zu halten und mußten aus Raucoux zurückweichen. Dadurch wurde auch der Fürst von Waldeck gezwungen, bei anbrechender Nacht die Holländer und Bayern nach Mastricht zurückzuführen. Die Österreicher, welche auf dem rechten Flügel gar nicht zum Schusse gekommen waren, deckten den Rückzug. Die Alliierten verloren die Schlacht durch die Unfähigkeit des Prinzen von Lothringen, der seine Truppen so fehlerhaft aufgestellt hatte, daß er den angegriffenen Abteilungen keine Verstärkung schicken konnte. Der Marschall von Sachsen erreichte seine Absicht nicht wegen der Fehler seiner Generale und des nachhaltigen Widerstandes der Holländer und Bayern. Die Schlacht bei Raucoux blieb ohne Folgen, und die Franzosen bezogen bei Tongres und die Verbündeten bei Mastricht die Winterquartiere [1].

Der Krieg währte schon sechs Jahre und hatte die Länder von Schweden bis Neapel erschöpft. Die beteiligten Mächte, namentlich Spanien und England, wünschten Frieden, und es wurden auch die Unterhandlungen in Breda eröffnet. Die Kaiserin Maria Theresia allein war entschieden für Fortsetzung des Krieges, weil sie für den Verlust Schlesiens noch keinen Ersatz erhalten hatte. Auf Rat ihres Kabinettssekretärs Bartenstein wies sie ihren Bevollmächtigten für die Konferenz in Breda an, auf den bisherigen Verträgen mit den Verbündeten zu bestehen, den Engländern weitgehende Zugeständnisse auf Kosten Frankreichs und Spaniens zu machen und für Österreich Parma, Piacenza und Neapel zu fordern. Da auch Spanien an Österreich große Forderungen stellte, so überzeugten sich die Konferenzmitglieder, daß die Gegensätze der kriegführenden Mächte nicht durch Verhand-

[1] Österreichische Militärzeitschrift, Jahrg. 1835, II, 27 f. III, 150 f.



lungen, sondern nur durch die Waffen ausgeglichen werden könnten. Als die Generalstaaten den Prinzen Wilhelm von Oranien, den heftigsten Gegner Frankreichs und Spaniens, zu ihrem Generalstatthalter wählten, brachen die französischen und spanischen Gesandten die Konferenz mit dem Antrag ab, die Friedensverhandlungen in einer deutschen Stadt wieder aufzunehmen. Bis hierüber eine Vereinigung erzielt wurde, ward der Krieg (1747) erneuert. In Italien verlief der Feldzug ohne Entscheidung. Die vereinigten Österreicher und Sarden waren nach dem Rückzug der Spanier und Franzosen in die Provence eingebrochen und bedrohten die wichtige Seefestung Toulon. Marschall Belleisle führte in Eilmärschen eine Armee aus Flandern nach Südfrankreich und trieb die Verbündeten nach Piemont zurück. Zu einer energischen Kriegführung waren auf beiden Seiten die Streitkräfte gelähmt. Eine Belagerung der mit Frankreich und Spanien alliierten Stadt Genua durch die Österreicher mißlang, und ein Einfall der Franzosen in Piemont wurde nach einem mörderischen Gefecht bei Col d'Assiette beim Überschreiten des Mont Genèvre von den Sardiniern und Österreichern zurückgeschlagen; diese mußten sich hingegen aus der Grafschaft Nizza zurückziehen [1].

In den Niederlanden hatte der Herzog von Cumberland auf Forderung der Holländer statt des Prinzen von Lothringen den Oberbefehl über das alliierte Heer übernommen und wollte zuerst die Festung Antwerpen belagern; allein der österreichische Feldmarschall Batthiany war vom kaiserlichen Hofkriegsrat angewiesen worden, den Franzosen eine Hauptschlacht zu liefern. Da der Herzog seine Absicht nicht aufgab, so blieben die Verbündeten unthätig in einem Lager bei Bräschat unweit Antwerpen, während der französische General Löwendal mit einem Armeecorps in Holland einmarschierte und fast im ersten Anlauf mehrere feste Plätze am linken Ufer der Schelde wegnahm. Mit der französischen Hauptmacht wandte sich der Marschall von Sachsen gegen die Festung Mastricht und besetzte die Höhen bei Herderen. Cumberland zog ihm mit 82000 Mann entgegen und lieferte ihm (2. Juli 1747) bei Laveld eine Schlacht. Auf den rechten Flügel zwischen dem Städtchen Bilsen und dem Dorfe Rosmeer stellte er die Österreicher; an diese reihte er die Holländer, die zwischen den beiden Dörfern Rosmeer und Laveld das Centrum bildeten; den linken Flügel zwischen Laveld und Mastricht setzte er aus den Engländern, Bayern, Hannoveranern und Hessen unter dem Fürsten von Waldeck zusammen. Die um 15000 Mann stärkeren Franzosen richteten ihren ersten Angriff um 9 Uhr morgens gegen das kleine Dorf Laveld, wo sich die Briten, Bayern und die anderen deutschen Soldtruppen mit 50 Geschützen verschanzt hatten [2]. Der Feldherr der Verbündeten ließ

---

[1] Arneth a. a. O. III, 265—282, 285—311.

[2] Weber E. v., a. a. O. 223—237. Weltzien a. a. O. 23.

die gegnerischen Kolonnen nahe herankommen und bewarf sie mit einem furchtbaren Kartätschenfeuer; die Franzosen gingen dennoch unerschrocken vor, und es entwickelte sich um den Besitz Lavelds ein mörderischer Kampf. Der Marschall von Sachsen ließ 38 Bataillone gegen die feindlichen Schanzwerke vorrücken; sie wurden aber zweimal zurückgeworfen, und erst beim dritten Angriff konnten sich die französischen Grenadiere einiger Häuser bemächtigen; auch aus diesen wurden sie durch frische Truppen, welche der englische Prinz persönlich herbeiführte, zurückgeschlagen. Der Marschall ließ eine frische Brigade und die irländischen Söldlinge gegen Laveld vorgehen; diese erstürmten das Dorf, wurden aber durch die Reserve der Alliierten zurückgeworfen, und nur in einigen Häusern konnten sich die Irländer behaupten. Der Marschall befahl dreien Brigaden, zwischen dem linken Flügel und dem Zentrum der Feinde rechts von Laveld durchzubrechen. Die mit einem gewaltigen Stoß vordringenden Franzosen warfen die holländische Infanterie und Kavallerie über den Haufen; damit war die Schlacht für die Verbündeten verloren. Die Engländer, Bayern, Hannoveraner und Hessen strengten sich vergeblich an, die Angriffe der Franzosen links von Laveld abzuschlagen. Um 2 Uhr nachmittags gab Cumberland das Zeichen zum Rückzug nach Mastricht. In voller Ordnung überschritten die Alliierten abends die Maas und bezogen bei Wyk ein Lager. Die Bayern und eine Abteilung Holländer wurden nach der Festung Bergen op Zoom zur Verstärkung der dortigen Besatzung entsendet. Der Verlust bei Laveld war auf beiden Seiten gleich; nur die Engländer und die deutschen Soldtruppen hatten stark gelitten[1]. Der Herzog hatte den Fehler begangen, daß er den Franzosen den Angriff überließ und eine zu lange Schlachtlinie anordnete, so daß die Österreicher auf dem rechten Flügel wegen zu großer Entfernung nicht rechtzeitig in das Gefecht eingreifen konnten.

Der französische Feldherr wagte es nicht, die Festung Mastricht im Angesichte der Verbündeten zu belagern; er beauftragte den General Grafen von Löwendal, mit einem Armeecorps Bergen op Zoom zu erobern, und beobachtete mit dem Großteil seines Heeres in der Nähe von Mastricht die Verbündeten in ihrem Lager bei Wyk. Bei Mastricht kam endlich der Oberst Gschray mit seinem angeworbenen Corps aus dem Elsaß an; er wurde zum Vorpostendienst verwendet, fand aber keine Gelegenheit, sich irgendwie hervorzuthun. Löwendal versuchte (5. August 1747) während des Baues der Laufgräben einen Sturm auf die Festung Bergen op Zoom, wurde aber von den Belagerten unter dem greisen holländischen General Cronström zurückgeschlagen. In den folgenden Tagen machte die Besatzung mehrere Ausfälle, wodurch die Belagerungsarbeiten erheblich gehemmt, jedoch unter Löwendals Leitung ununterbrochen fortgesetzt wurden. Der Herzog von Cumberland kam der

[1] Österreich. Militärzeitschrift 1835, III, 156 f. 1836, IV, 260 f.

bedrängten Festung nicht zu Hilfe, weil er befürchtete, daß er von dem Marschall von Sachsen, welcher Bergen op Zoom näher stand als Mastricht, angegriffen und wahrscheinlich geschlagen werden würde, so daß nicht nur die Schlacht, sondern auch Mastricht verloren sein könnte. Ehe es die Besatzung in Bergen op Zoom vermutete, sammelte Löwendal seine Truppen in den Laufgräben und ließ in der Nacht vom 15. auf den 16. September stürmen. In allen Vorwerken befanden sich kaum 300 Mann, die, völlig überrascht, fast keinen Widerstand leisteten. Nach einem kurzen Kampfe waren die Wälle in den Händen der Franzosen, welche die nächsten Stadtthore einschlugen und in die Straßen eindrangen. Die Bayern warfen sich den anstürmenden Franzosen entgegen; das Infanterie-Leibregiment focht tapfer gegen die immer dichter vorrückenden Franzosen; Oberstlieutenant Graf von Gronsfeld wurde an der Spitze seines Bataillons getötet. Als die Franzosen auch von den Seitenstraßen auf die Bayern und die herbeieilenden Holländer eindrangen, mußten sie sich in die Häuser zurückziehen, wo sie sich so lange wehrten, bis die Franzosen mehrere Straßen in Brand steckten. Die ganze Besatzung wäre verloren gewesen, wenn sich nicht der Prinz von Hessen-Philippsthal an die Spitze eines holländischen Regiments, welches an der Wohnung des Festungskommandanten stand, gestellt hätte; er führte es gegen die zahlreich vorbrechenden Gegner und bekämpfte sie so lange, bis sich die Besatzung aus der Stadt geflüchtet hatte. Cronström zog sich in ein festes Lager bei Oudenbosch zurück, wo der Feldmarschall Batthiany mit einem österreichischen Armeecorps eintraf, um die in völliger Auflösung befindliche Garnison gegen einen feindlichen Überfall zu schützen[1]. Die Franzosen beendigten den Feldzug mit Eroberung einiger kleinen Plätze am rechten Schelde-ufer, und beide Parteien bezogen die Winterquartiere. Während des Winters ertönte wiederholt der dringende Ruf nach Friede durch Europa; allein die Bedingungen desselben hingen weniger von dem Waffengange auf dem europäischen Kontinent, als vielmehr von dem Seekriege ab, der seit sieben Jahren zwischen den Engländern und Franzosen geführt wurde. Die Briten kaperten den Spaniern und Franzosen zahllose Handelsschiffe, zerstörten ihre Flotten und eroberten ihre überseeischen Besitzungen. Auf der Insel Cap Breton, welche die Mündung des Lorenzostromes und die reiche Fischerei von Neufundland beherrschte, brachten sie die wichtige französische Festung Louisburg in ihre Gewalt. Bei dem Cap Finisterre nahmen sie den Franzosen (1747) sechs Kriegsschiffe weg und besiegten im Herbst des nämlichen Jahres ihre Flotte. Die Plünderung der reichen Handelsschiffe der Franzosen und Spanier lieferte den Engländern die Mittel, an ihre Bundesgenossen belangreiche Kriegsgelder zahlen zu können. Die französische Regierung wurde durch die

[1] Die bayerischen Auxiliartruppen a. a. O. Juni bis Oktober 1747.

Niederlagen zur See zu Friedensverhandlungen geneigt gemacht unter der Bedingung, daß ihr die auswärtigen Kolonien zurückgegeben und der Handel zur See freigegeben werde. Auf Vorschlag der bourbonischen Höfe in Versailles und Madrid trat der Friedenskongreß in Aachen zusammen. Während die Bevollmächtigten erfolglose Sitzungen hielten, pflogen die kriegführenden Mächte unter sich geheime Unterhandlungen; diese führten jedoch zu keinem Ziele, und Anfang April 1748 wurden die Feindseligkeiten wieder eröffnet[1].

Die Zarin Elisabeth von Rußland hatte schon vor zwei Jahren mit Maria Theresia einen Vertrag gegen Preußen abgeschlossen aus Haß gegen Friedrich II., der ihre Buhlschaften und Ausschweifungen mit beißendem Spott gegeißelt und Schweden nebst Dänemark gegen russische Übergriffe zu sichern gesucht hatte. Auf Grund dieses Vertrages ging sie mit den Seemächten (30. November 1747) ein Bündnis ein mit der Verpflichtung, gegen bestimmte Subsidiengelder 36000 Russen gegen Frankreich zu rüsten. Während die Russen unter dem Fürsten von Repnin (Januar 1748) durch Polen und Mähren nach Böhmen zogen, marschierte der Marschall von Sachsen von Antwerpen über Tongres gegen Mastricht und schloß es auf den beiden Ufern der Maas ein; die Festung war von 10000 Holländern und Österreichern besetzt. Während der Belagerung Mastrichts einigte sich Frankreich mit den Seemächten über die Friedenspräliminarien, denen auch Österreich infolge der treulosen Politik der Engländer beitreten mußte. Es wurde (3. Mai) Waffenstillstand geschlossen und die Festung Mastricht den Franzosen bis zum endgiltigen Frieden überlassen. Zur Erleichterung der großen Einquartierungslast in den Niederlanden forderte Maria Theresia von Frankreich, daß es 30000 Franzosen während des Stillstandes aus Flandern abführe. König Ludwig XV. willigte ein, als auch die Kaiserin 30000 Österreicher abrief und die Russen, welche in langsamen Märschen durch Franken bis an den Main gekommen waren, nach Polen entließ. Am 18. Oktober 1748 wurde in Aachen der Friedensvertrag unterzeichnet. Die gemachten Eroberungen wurden im allgemeinen herausgegeben; nur Maria Theresia trat an den Infanten Don Philipp die Gebiete von Piacenza, Parma und Guastalla als erbliches Fürstentum und an den König Karl Emanuel von Sardinien jene lombardischen Bezirke ab, die sie ihm im Wormser Vertrage (1743) zugesichert hatte. Auf Antrag Englands wurde die Gewährleistung Schlesiens und Glatz' für Preußen in den Aachener Vertrag aufgenommen, und Ludwig XV. machte sich verbindlich, den Prinzen Karl Eduard von Stuart im Notfalle mit Gewalt aus Frankreich zu entfernen[2]. Von den Mächten, die sich am Österreichischen Erbfolgekrieg beteiligt hatten, gewann zumeist Preußen, während

[1] Gfrörer a. a. O. III, 433—437.
[2] Arneth a. a. O. III, 330—386.

die übrigen Staaten bis auf Piemont nach ungeheuren Opfern an Menschen und Finanzen in ihren alten Landesgrenzen verblieben. König Friedrich II. hatte sein Reich um ein Drittel vergrößert und sich eine europäische Stellung und militärischen Ruhm errungen. Die alten Dynastien in Europa betrachteten den glücklichen Emporkömmling mit Mißtrauen und die kleineren Fürsten mit Neid; nur England neigte sich auf Seite Preußens, weil durch den Österreichischen Erbfolgekrieg das politische Übergewicht Frankreichs in Europa gebrochen war. Maria Theresia schien gleich nach dem Aachener Friedensschlusse sich von dem Kabinett St. James zurückzuziehen, denn während der letzten Friedensverhandlungen setzte es Österreichs Interessen beiseite und begünstigte Spanien und Preußen.

Bayern verlor durch den Aachener Frieden die Ansprüche auf die italienischen Herrschaften Mirandola und Concordia, auf welche Kaiser Ferdinand III. dem bayerischen Kurfürsten Maximilian I. und dessen Nachkommen die Anwartschaft verliehen hatte. Im vierten Artikel des Aachener Vertrages wurden diese Besitzungen dem Infanten Don Philipp übertragen. Max III. Joseph protestierte zwar dagegen, allein er besaß nicht die Streitmacht, um seiner Verwahrung Nachdruck zu geben. Die bayerischen Hilfstruppen waren gezwungen, noch ein volles Jahr nach dem Aachener Frieden in Holland zu verbleiben und von einer Landschaft in die andere zu ziehen, weil sie den Einwohnern wegen schmählicher Unterschlagung und Betrügereien seitens der Quartiermeister, Kriegskommissäre und des bayerischen Gesandten von Elsäcker über 50000 Gulden Quartiergeld schuldeten. Wegen Mangels an Sold und Lebensmitteln lag der dritte Teil einer jeden Kompagnie in den Spitälern, und vom ganzen Corps desertierten gegen 1100 Mann. Der Oberkommandant Prinz von Sachsen-Hildburghausen nahm seinen Abschied, und die anderen höheren Offiziere kümmerten sich nichts um die Verpflegung ihrer Soldaten oder traten bei den Holländern in Kriegsdienst. Auf Vorstellungen und Beschwerden der Subalternoffiziere ließ Kurfürst Max eine strenge Untersuchung einleiten und setzte die schuldigen Stabsoffiziere und Militärbeamten ab. Von den 7000 Mann gelangten nur noch 4700 in einem erbärmlichen Zustande in Bayern an; von diesen wurden 1500 Mann, welche fremden Nationen angehörten, an das österreichische Heer übergeben [1]. Rittmeister Nikolaus Luckner, der sich in dem Husarenregiment Frangipani bei Belagerung der befestigten Städte Brüssel, Namur und Löwen durch Umsicht und Kaltblütigkeit ausgezeichnet hatte, wurde mit dem Range eines Oberstwachtmeisters (Majors) verabschiedet. Er verließ sein Vaterland, weil er als geborener Bayer auf eine Beförderung nicht hoffen konnte; denn in dem bayerischen Heere erhielten die höheren Offiziersstellen meist nur Ausländer,

[1] Schreiber W., Max Joseph III. der Gute, Kurfürst von Bayern 21—26.

wie: Minuzzi, Rambaldi, Morawitzky, Frangipani, Leoni, Santini, La-Rosée, Montgelas 2c., welche wegen ihrer fremden Abstammung und ihrer Verbindung mit den Hofbeamten, Hofdamen und Hofschranzen für brauchbarer und tüchtiger gehalten wurden, als die eingeborenen Bayern. Luckner, ein munterer, talentvoller und tapferer Offizier, sagte im Vertrauen auf seinen Glückstern seinem Vaterlande für immer Lebewohl, heiratete die Tochter eines reichen Edelherrn und kaufte sich in Holstein die schöne Herrschaft Blumenthal, wo er sich mit Eifer der Landwirtschaft widmete[1]. Michael Gschray wurde als französischer Oberst mit jährlich 3000 Franken pensioniert und ließ sich mit seiner Familie in Straßburg nieder, wo er sich durch Umtriebe, Verschwendung und Schuldenmachen hervorthat. Auch der zum Major beförderte Kaspar Thürrigl verblieb im französischen Kriegsdienst und im Großen Generalstab in Paris. Im Jahre 1755 erhielt er vom Kriegsministerium den Befehl, die ehemals spanische Insel Minorca, welche die Engländer durch den Vertrag von Utrecht 1713 in ihre Hände gebracht hatten, im geheimen zu einer militärischen Unternehmung auszukundschaften. Die verbündeten Könige Ludwig XV. von Frankreich und Ferdinand VI. von Spanien waren übereingekommen, die Engländer, welche ihre Herrschaft auf dem Mittelländischen Meere immer mehr auszudehnen suchten, von Minorca zu vertreiben. Thürrigl kam verkleidet mit einem falschen Paß ungehindert auf der Insel an, forschte sie vollständig aus und kehrte nach Barcelona zurück, wo die französisch-spanische Flotte (1756) vor Anker lag und Thürrigl dem Admiral einen trefflich ausgearbeiteten Angriffsplan überreichte. Die vereinigte Flotte stach bei günstigem Winde in See und landete nachts an den von Thürrigl bezeichneten Orten. Die Landungstruppen hieben die englischen Vorposten nieder, erstürmten die Hauptstadt Mahon und jagten die britischen Soldaten auf ihre Schiffe. Die Spanier nahmen wieder Besitz von Minorca[2].

---

[1] Pfeilschifter, Bayerischer Plutarch oder Lebensbeschreibung denkwürdiger und berühmter Bayern, I, 178—180. Lukas, Geschichte der Stadt und Pfarrei Cham 311—313.

[2] Pfeilschifter a. a. O. I, 145—147.

Viertes Kapitel.

Politik und Heerführung Bayerns im Siebenjährigen Krieg.

Kaiserin Maria Theresia war gegen die treulose englische Regierung mit bitterem Groll erfüllt, weil sie in den Friedensverhandlungen zu Aachen für den ihr verhaßten Preußenkönig die Gewährleistung Schlesiens gefordert und durchgesetzt hatte. Damals schon sprach sie die Absicht aus, das verlorene Land durch Erneuerung des Bündnisses mit Rußland und durch Vereinbarung einer französischen Allianz zurückzuerobern. Ihr Ministerpräsident Graf von Kaunitz, dem sie mit unbedingtem Vertrauen die Leitung der auswärtigen Politik überließ, ging vollkommen auf ihre Gedanken ein und überwand alle Widersprüche und Hindernisse, welche ihrer Verwirklichung entgegentraten. In Übereinstimmung mit den anderen Ministern hielt er daran fest, daß Österreich nicht eher einen Krieg unternehmen dürfe, als bis die Finanzen und das Heerwesen sich in einem solchen Stande befänden, daß man mit Sicherheit auf einen günstigen Erfolg rechnen konnte. Die innere Regierung wurde in Österreich gänzlich umgeändert, und die Verwaltung der Finanzen übertrug Maria Theresia ihrem Gemahl Franz I., der hierzu viel Verständnis besaß und seine eigenen Geldangelegenheiten in musterhafter Ordnung hielt. Die Staatseinnahmen wurden durch Ausgabe von Papiergeld, Erhebung hoher Taxen für Verleihung von Würden und Titeln und durch Einführung des unseligen Lottospieles vermehrt. Nach dem Vorgange Friedrichs II. hob Maria Theresia die Ständeverfassung auf und beseitigte die Steuerfreiheit des Adels, der Geistlichkeit und Städte, indem sie sämtliche unbewegliche Güter abschätzen und besteuern ließ. Hierbei ging sie von dem richtigen nationalökonomischen Grundsatze aus, daß die Staatslasten gleichmäßig verteilt und nicht die reicheren Klassen auf Kosten der ärmeren Bevölkerung bevorzugt werden. Durch Unterdrückung der ständischen Rechte begründete sie in der österreichischen Monarchie einen sehr verderblichen bureau-

kratischen Absolutismus. Mit Zustimmung des Papstes Benedikt XIV. schaffte die Kaiserin (1754) 24 katholische Feiertage ab, damit die Unterthanen an vielen Tagen nicht der Arbeit entzogen und dem Müßiggang und den Ausschweifungen überlassen wurden. Unter den Industriezweigen wurde in Österreich die Porzellan-, Sammet- und Tuchfabrikation und die Seidenkultur mit gutem Erfolge betrieben. Die von Leibniz und Gottsched in Österreich angeregte Gründung einer Akademie der Wissenschaften kam nicht zur Ausführung, weil Maria Theresia und ihre Nachfolger hierfür kein Verständnis hatten; erst nach hundert Jahren entstand in Wien eine Akademie. Nach dem Muster des preußischen Heerwesens wurde die österreichische Armee in Friedenszeit auf 200000 Mann erhöht und tüchtig geschult. Die Ergänzung der Regimenter geschah durch Werbung wie in den übrigen deutschen Staaten, und nur in der Militärgrenze erließ Maria Theresia die Verordnung, daß alle waffenfähigen männlichen Bewohner militärpflichtig seien und sich wie die Offiziere durch Feldbau ernähren sollen. In Wien stiftete sie (1752) eine Militär- und für Bürgerliche (1754) eine Ingenieur-Akademie[1].

Während die Kaiserin die inneren Staatsreformen durchführte, bereitete der Ministerpräsident Kaunitz einen Wechsel der auswärtigen Politik vor. Graf Wenzel von Kaunitz, ein scharfblickender, verschlagener Diplomat, war wie Maria Theresia mit einem unversöhnlichen Hasse gegen den preußischen König beseelt, weil dieser, als er das Fürstentum Ostfriesland besetzte, auch die dem Grafen Kaunitz erblich zugefallene Herrschaft Harling sich trotz aller Einsprüche des Erben angeeignet hatte. Wie sich die Habsburgerin um die schöne und reiche Provinz Schlesien, so sah sich Kaunitz durch denselben Gegner um seine ostfriesische Grafschaft beraubt. In einer geheimen Ministerkonferenz (1749) stellte er den Antrag, daß in der Politik die bisherigen Bahnen verlassen werden müßten. Damit stimmte Maria Theresia vollständig überein und übertrug ihm (1750) den Botschafterposten in Paris. Zugleich that sie Schritte, ihrem ältesten Sohne Joseph die Wahl zum Römischen König zu sichern, wodurch sie den Einfluß Österreichs in Deutschland stärken wollte. Zu diesem Zwecke brachte sie mit dem König Georg II. von England als Kurfürsten von Hannover, den Generalstaaten und Bayern in London und Hannover am 22. August 1750 einen Vertrag zu Stande, in welchem dem Kurfürsten von Bayern auf sechs Jahre eine jährliche Subsidie von 40000 Pfund Sterling versprochen wurde. Max III. Joseph ließ die alten Erbansprüche seines Hauses auf die italienischen Herrschaften Mirandola und Concordia fallen und verpflichtete sich, für den Fall eines Krieges 6000 Mann Hilfstruppen zu stellen und dem Erzherzog Joseph

---

[1] Arneth, Geschichte Maria Theresias, IV, 12—25, 33, 70—92, 129—132; VII, 149—156.

seine Stimme zur Königswahl zu geben. Die große Geldsumme wurde jährlich dem Kurfürsten zugesichert in der Voraussetzung, daß sein Beispiel auch die verwandten Kurfürsten von Köln und der Pfalz nach sich ziehen werde. Max besuchte seinen Oheim Klemens August in Bonn und wollte ihn in Verbindung mit dem österreichischen Gesandten zum Bundesgenossen der Kaiserin machen; allein der verschwenderische Kurfürst-Erzbischof ließ sich in seiner auswärtigen Politik nur von dem Preise bestimmen, um welchen sein Bündnis gekauft wurde. Als ihm König Ludwig XV. 270 000 Florins (1751) versprach, verpflichtete er sich, die französische Armee für den Kriegsfall mit 6000 Mann zu verstärken[1]. Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz gab seine französischen Gesinnungen nicht auf und machte so hohe Forderungen, daß Österreich und die Seemächte sie abwiesen. Mit Sachsen wurde ein ähnlicher Vertrag wie mit Bayern abgeschlossen. Der König von Preußen wollte ebenfalls aus der Königswahl die größten Vorteile ziehen und stellte bezüglich der allgemeinen Schulden und des Handels in Schlesien Bedingungen, auf welche Maria Theresia nicht eingehen konnte, weshalb die Königswahl verschoben wurde.

König Friedrich II. wirkte seit dem Dresdener Frieden (1745) mit unermüdeter Thätigkeit für seine Interessen und verfolgte mit unvergleichlichem Scharfblick und staunenswerter Wachsamkeit die auswärtige Politik. Nach dem Entwurf des Justizministers Cocceji erließ er eine neue Gerichtsverfassung und Prozeßordnung, wodurch er nach Verhältnis eines autokratisch regierten Staates einen unabhängigen und wissenschaftlich gebildeten Beamtenstand schuf. Nach dem von dem Franzosen Quesnoy aufgestellten physiokratischen System wollte er alle Quellen der Staatswirtschaft: den Acker-, Wein- und Bergbau, die Viehzucht, das Fabrikwesen rc., flüssig machen und die Bevölkerung vermehren. Der König ließ Seen und Sümpfe trocken legen und viele tausend Fremde in Preußen ansiedeln. Aus Rücksicht auf die unzähligen Rekruten, welche er von den schwer besteuerten Bauern für seine Kriege forderte, hob er die Leibeigenschaft auf, ließ aber die unerträglichen Natural- und Frondienste nebst der niedern Gerichtsbarkeit bestehen. Der größte Teil des Grundeigentums gehörte entweder dem König oder dem Adel, und die königlichen und adeligen Güter wurden von armen und rechtsunkundigen Amtsleuten und Gerichtshaltern verwaltet, welche aus Geldgier die Bauern auf jegliche Weise unterdrückten. Für die Landschulen schrieb Friedrich nur Lesen, Schreiben und Rechnen nebst Gottesfurcht vor; beim niedern Volke hielt er die Religion für notwendig[2]. Dem Handwerk widmete er eine große Sorgfalt, namentlich

[1] Ennen, Frankreich und der Niederrhein, II, 298.

[2] Ranke, Neun Bücher preußischer Geschichte, III, 407—414. Archenholtz, Geschichte des Siebenjährigen Krieges in Deutschland, I, 5—46.

der Wollspinnerei, Seidenzucht und Zuckerfabrikation. Den Verkehr begünstigte er durch Anlage von Kanälen und Gründung einer Seehandelsgesellschaft, verfiel aber in den großen Fehler, daß er den Luxus und die Verschwendung durch hohe Besteuerung der Waren und Lebensmittel und durch Monopolisierung des Kaffee- und Tabakhandels zu beschränken suchte und hierzu eine verhaßte Kaffeepolizei einführte. Durch eine geregelte Finanzverwaltung vermehrte Friedrich die Einnahmen, so daß er für einen Krieg nicht nur eine bedeutende Summe in Vorrat bringen, sondern auch seine Armee auf 152000 Mann erhöhen konnte. Unausgesetzt ordnete er neue Rüstungen an, weil sein böses Gewissen von dem Gedanken beunruhigt wurde, es könnte ihm Schlesien, das er durch Ungerechtigkeit und Gewalt an sich gerissen hatte, wieder verloren gehen[1]. Seine Besorgnis war nur zu sehr begründet, denn in einer Ministerkonferenz in Wien wurden die Provinzen verzeichnet, welche die Verbündeten Österreichs erhalten sollten. Das britische Ministerium wurde gegen Österreich immer kühler, je mehr Maria Theresia darauf drang, den preußischen Staat aufzulösen. Die zunehmende Lauheit der englischen Freundschaft veranlaßte die Kaiserin, zu Frankreich nähere Beziehungen herzustellen.

Dem neuen österreichischen Botschafter Kaunitz in Paris kostete es viele Mühe, die französische Regierung von ihrer alten Politik abzubringen und zu einem Bündnis mit Österreich geneigt zu machen, weil man am Versailler Hofe glaubte, Österreich und Rußland hätten sich geeinigt, den König von Preußen anzugreifen und das politische Übergewicht in Europa zu behaupten. Auch wußte man, daß die Mehrheit des englischen Volkes auf Seite der protestantischen Preußen stehe und nicht zugeben werde, daß ihnen Schlesien wieder abgenommen werde. Ehe Kaunitz seinen Zweck in Paris erreichte, wurde er (1753) nach Wien zurückgerufen, um wieder die Oberleitung der auswärtigen Staatsgeschäfte zu übernehmen; seine Stelle in Paris erhielt der Graf von Starhemberg. Kaunitz beauftragte seinen Nachfolger, durch die allmächtige Maitresse des französischen Königs, die Marquise von Pompadour, auf Ludwig XV. und seine Minister einzuwirken; er hatte sie schon vor seiner Abreise von Paris für sich durch verschiedene Aufmerksamkeiten zu gewinnen verstanden und knüpfte mit ihr von Wien aus einen Briefwechsel an. Zu gleicher Zeit ließ Kaunitz die Stimmung am Hofe von St. James ausforschen und gelangte aus gesandtschaftlichen Berichten zur Überzeugung, daß dort eine Wendung zu Gunsten Preußens eingetreten sei. Diese Erfahrung benützte er zu einer vertraulichen Mitteilung an Ludwig XV., den er in Kenntnis setzte, daß England sich vermutlich mit Preußen und den anderen protestantischen Mächten gegen Frankreich verbünden werde, wodurch die Interessen der katholischen Kirche und des bourbonischen und habsburgischen

[1] Stenzel, Geschichte des preußischen Staates, IV, 290—385.

Hauses bedroht würden; deshalb halte die Kaiserin ein Bündnis zwischen Frankreich und Österreich zur Erhaltung der katholischen Kirche und des europäischen Friedens für geboten. Als in einer Ministerratssitzung in Wien das Bündnis Österreichs mit Frankreich verhandelt wurde, hielt Kaunitz eine flammende Rede, womit er die Minister in Salzsäulen verwandelte. Kaiser Franz I. sprang entrüstet auf, schlug auf den Tisch und verließ den Saal mit den Worten: „Was? Mit Frankreich ein Bündnis? Das ist unnatürlich. Verhüte Gott, daß es stattfinde!“ Die Kaiserin blieb ruhig sitzen und billigte die Ansichten Kaunitzens; sie reichte ihm die Hand zum Kusse und verließ lächelnd die verblüfften Minister. Bald darauf ernannte sie Kaunitz zum Haus-, Hof- und Staatskanzler [1].

Graf Kaunitz ließ der Pompadour (September 1755) durch den Gesandten Starhemberg ein Schreiben mit der Bitte überreichen, daß sie den König ersuchen möchte, einen Mann seines Vertrauens zu wichtigen Unterhandlungen zu bestimmen. Ludwig XV. ging bereitwillig darauf ein und beauftragte hiermit den vertrautesten Günstling seiner Maitresse, den Grafen von Bernis. Er ließ sich zwar auf eine Allianz gegen den früher befreundeten König von Preußen nicht ein, doch begrüßte er ein Bündnis mit Österreich gegen England und Hannover mit Freuden, weil die Briten die französischen Kolonien in Nordamerika angegriffen hatten. König Georg II. befürchtete, die Franzosen würden sich durch einen Einfall in sein Stammland Hannover rächen, und schloß mit Preußen in Westminster (16. Januar 1756) einen Neutralitätsvertrag [2]. Als diese Übereinkunft in Versailles bekannt wurde, argwöhnten der König und seine Minister, daß darin geheime Artikel der bedenklichsten Art gegen Frankreich enthalten sein könnten. Am Petersburger Hofe wurde die Nachricht von einer Annäherung Frankreichs an Österreich beifällig aufgenommen, weil die Kaiserin Elisabeth den preußischen König persönlich haßte. Sie und ihr einflußreicher Minister Bestuscheff hielten sich wegen der gemeinsamen Interessen im Orient an Österreich und hatten sich zum politischen Grundsatze gemacht, sich jeder Vergrößerung Preußens, das sie für einen natürlichen Verbündeten Schwedens hielten, zu widersetzen. Ein Bericht des russischen Gesandten in London über den Vertrag von Westminster erregte in Petersburg den heftigsten Unwillen, und Elisabeth faßte den Entschluß, Friedrich II. ohne weiteres mit Krieg zu überziehen, sobald er einen Bundesgenossen Rußlands angreifen würde. Gestützt auf die Stimmung des russischen Hofes, wurde am 1. Mai 1756 durch Vermittlung der Pompadour zwischen Frankreich und Österreich ein Defensiv-

[1] Brunner Seb., Der Humor in der Diplomatie und Regierungskunde des 18. Jahrhunderts, II, 178—180.

[2] Ranke, Der Ursprung des Siebenjährigen Krieges 10—37.



bündnis in Jouy abgeschlossen und nach der Residenz des französischen Königs der Versailler Vertrag genannt; in demselben verpflichteten sich beide Mächte zur gegenseitigen Verteidigung ihrer in Europa gelegenen Länder. Zu einem angriffsweisen Vorgehen gegen Preußen ließ sich Ludwig XV. nicht bewegen, und selbst seine Maitresse vermochte keine Umstimmung hervorzubringen; eher ging er auf die Absicht der österreichischen Regierung ein, Preußen zu verkleinern, wenn es gegen Maria Theresia einen Krieg führen werde. Die Kaiserin wurde durch den Versailler Vertrag so erfreut, daß sie trotz ihrer Tugendhaftigkeit der Maitresse Ludwigs ihr Miniaturbildnis, dessen Rahmen mit Diamanten eingefaßt war, als höchstes Zeichen ihrer Dankbarkeit überschickte [1].

Als der Versailler Vertrag ohne die geheimen Artikel von Österreich und Frankreich den europäischen Höfen mitgeteilt wurde, erwachte in England gegen die früher populäre Kaiserin Maria Theresia ein allgemeiner Haß, der sich durch die Nachricht steigerte, daß die französisch-spanische Flotte in Minorca gelandet und diese Insel von den Spaniern wieder besetzt worden sei; dadurch wurde die britische Regierung zu einem nähern Anschluß an Preußen getrieben. Friedrich II. versicherte dem englischen Gesandten in Berlin, daß König Georg unter allen Umständen auf die Unterstützung Preußens rechnen könne. Über die Gesinnung der russischen Kaiserin gegen Preußen war er durch seinen Gesandten in Petersburg hinlänglich unterrichtet worden; aber über das Verhältnis Sachsens zu den anderen europäischen Mächten war er in Unkenntnis und glaubte am Dresdener Hofe die Geheimnisse der politischen Abmachungen zu erfahren. Irrtümlich hielt er Sachsen für seinen gefährlichsten Gegner, obgleich es an der allgemeinen Politik weit weniger beteiligt war, als er damals annahm. Durch Bestechung des Kabinettskanzlisten Menzel in Dresden erhielt er teils sichere, teils unwahre Nachrichten, weil die österreichische Regierung den Kanzlisten zu gleicher Zeit bestochen und ihm falsche Depeschen zum Verrat überschickt hatte, um den König von Preußen zum Angriffe zu reizen und den König von Frankreich zum Heraustreten aus der Defensive zu zwingen [2]. Friedrich zog aus der von Menzel erlangten Korrespondenz den Schluß, daß Kurfürst-König August III. von Sachsen-Polen anfänglich eine scheinbare Neutralität einhalten, sich aber im günstigen Zeitpunkt mit den Russen und Österreichern verbünden werde. Maria Theresia wollte in Übereinstimmung mit der französischen Regierung erst im nächsten Jahr den Krieg eröffnen; sie ließ jedoch aus Vorsicht (1756) in Böhmen eine Armee von 35 000 Mann unter dem Feldmarschall Browne

---

[1] Arneth a. a. O. IV, 318—445, 463—504, 550.

[2] Stenzel a. a. O. IV, 386. Vitzthum, Die Geheimnisse des sächsischen Kabinetts von 1745—1756.

zur Deckung der Grenze zusammenziehen. Auf Antrag des Königs Georg II. befahl Friedrich II. seinem Gesandten in Wien, über den Zweck der österreichischen Truppenansammlung an der Grenze Schlesiens anzufragen; ehe jedoch eine Antwort eintraf, marschierte er Ende August 1756 mit 80000 Mann in Sachsen ein, das er für die Dauer des Krieges in Gewahrsam nahm und zum Mittelpunkte seiner Kriegführung machte [1].

Der Einmarsch der Preußen in das wehrlose, friedliche Sachsen war eine gewaltthätige Verletzung des Völkerrechtes; denn August III. war in das geheime politische Netz, das zwischen den Höfen in Wien, Versailles und Petersburg seit langer Zeit gewoben wurde, nicht verwickelt, und durch den Verrat Menzels erhielt Friedrich II. nur Kenntnis von den Verhandlungen eines Bündnisses zwischen Österreich und Rußland, weil der russische Großkanzler Bestuscheff den sächsischen Geschäftsträger Funk in Petersburg in das Geheimnis eingeweiht hatte [2]. Anders lag das Verhältnis Friedrichs zu Österreich, weil Maria Theresia die Absicht hatte, mit Hilfe Frankreichs und Rußlands nicht nur Schlesien und Glatz zurückzuerobern, sondern den ganzen preußischen Staat bis auf die brandenburgischen Marken zu zerstückeln; sie brach zur gelegenen Zeit den Dresdener und Aachener Vertrag, in denen dem preußischen König Schlesien und Glatz gewährleistet worden war, wie es vor ihr Friedrich II. öfters gethan hatte. Als Friedrich von den Plänen seiner Gegner Kenntnis erhielt, war es seine Regentenpflicht, den Österreichern mit bewaffneter Hand zuvorzukommen. August III. hatte sich beim Einbruch der Preußen in Sachsen mit seinem Minister Grafen Brühl nach Struppen und Königstein geflüchtet und dem General Rutowski befohlen, bei Pirna 15000 Mann zu sammeln. Der preußische König unterhandelte mit ihm über ein Bündnis; August wollte sich jedoch nur zu einer Neutralität verstehen. Währenddessen rückte der Feldmarschall Browne mit 32000 Österreichern an die sächsische Grenze, um sich mit Rutowski zu vereinigen. Friedrich ließ 30000 Mann zur Beobachtung der Sachsen bei Pirna zurück und marschierte mit 50000 Mann in Böhmen ein. Bei Theresienstadt griff er (1. Oktober 1756) die Österreicher unter Browne an; die Schlacht blieb unentschieden, und der österreichische Feldmarschall ging nach Budin und Friedrich nach Sachsen zurück. Rutowski hatte versäumt, während des Abmarsches des Königs sich durchzuschlagen; Browne hatte ihm 8000 Mann an die Grenze entgegengeschickt. Später konnten die Sachsen bei Pirna wegen Hungers und Regens nicht mehr vorwärts kommen; sie wurden von den Preußen umzingelt und sämtlich gefangen. Sie mußten in preußische Dienste treten, und August III. konnte von Königstein mit

---

[1] Historische Zeitschrift von Sybel, XV, 150.

[2] Arneth a. a. O. IV, 489.

einem preußischen Paß nach Warschau abgehen. Friedrich beutete das Sachsenland rücksichtslos aus; er nahm die in den Staatskassen vorgefundenen Gelder weg und trieb hohe Kriegssteuern ein. Anstatt in Böhmen einzubrechen, das schwache Heer der Österreicher zu vernichten und auf Wien loszugehen, blieb der König in seinem Hauptquartier zu Dresden unthätig stehen, wahrscheinlich weil der Winter nahte und seine ungerechte Vergewaltigung Sachsens von seinem Bundesgenossen Georg II. mißbilligt wurde. Durch diesen großen Fehler erlangten seine Gegner Zeit, ihn im nächsten Frühling mit Übermacht anzugreifen [1].

Durch den Einfall der Preußen in Sachsen wurden die schwebenden Verhandlungen zwischen den Gegnern Friedrichs II. in Fluß gebracht. Die Zarin Elisabeth ging zuerst mit Maria Theresia (2. Februar 1757) einen Vertrag über eine gemeinsame Kriegführung gegen Preußen ein; sie machte sich verbindlich, der deutschen Kaiserin wieder zum Besitze von Schlesien und Glatz zu verhelfen, und Maria Theresia eröffnete ihr Aussicht auf Erwerbung der polnischen Fürstentümer Kurland und Semgallen; Polen sollte mit preußischem Gebiete entschädigt werden. Beide Kaiserinnen verpflichteten sich, August III. für die von Friedrich erlittene Unbill mit dem Magdeburger und dem Saal-Kreise zu entschädigen. Der König von Frankreich unterzeichnete nach vieler Bemühung des Staatskanzlers Kaunitz und des Gesandten Starhemberg erst am 1. Mai 1757 in Versailles einen zweiten Vertrag, in welchem festgesetzt wurde, daß Frankreich über 100 000 Mann ins Feld stelle, 10 000 Bayern und Württemberger für Österreich besolde und an Maria Theresia jährlich 12 Millionen Gulden Subsidien zahle, bis sie in den unbestrittenen Besitz von Schlesien, Glatz, dem Fürstentum Crossen und anderen günstig gelegenen Gebieten in Preußen gelangt sei. Die Kaiserin übernahm die Verpflichtung, von den österreichischen Niederlanden den nordwestlichen Teil samt den Seestädten an Frankreich zu überlassen und den andern größern Teil dem Infanten Don Philipp von Spanien zu übertragen, der die Fürstentümer Parma, Piacenza und Guastalla an Österreich abtrete [2]. In den beiden Versailler Verträgen bewiesen Kaunitz und Starhemberg eine große diplomatische Überlegenheit über die französischen Minister, welche in ihrer Kurzsichtigkeit zugaben, daß Österreich mit französischer Hilfe zu einer überwältigenden Macht in Deutschland gelange. Es war auch die Absicht Maria Theresias und ihres Staatskanzlers, nach Zerstückelung und Schwächung Preußens das Kaisertum im Hause Habsburg-Lothringen erblich zu machen und die deutschen Fürsten zu mittelalterlichen Vasallen herabzudrücken. Das Interesse Frankreichs aber erheischte, Preußen so zu stärken, daß es auf Österreich ein Gegengewicht ausüben und dessen auswärtige Politik

---

[1] Böttiger, Geschichte von Sachsen, II, 327—332.
[2] Arneth a. a. O. V, 52—154.

lähmen könnte. Der Siebenjährige Krieg entschied daher nicht nur die Existenz Preußens, sondern auch das Schicksal Deutschlands und die Erhaltung der Selbständigkeit der deutschen Fürsten. Der Ausgang schuf im Deutschen Reich einen Dualismus der Mächte, welcher es schwächte und zu unglücklichen Bürgerkriegen führte; Preußen aber erlangte die Machtmittel, sich einst an die Spitze Deutschlands stellen zu können. Maria Theresia hatte es im Österreichischen Erbfolgekrieg dem Kurfürsten von Bayern und dem König von Preußen zum schweren Vorwurfe gemacht, daß sie sich mit den Franzosen verbündet und sie nach Deutschland gerufen hätten; durch die Versailler Verträge beging sie an dem Deutschen Reich denselben Verrat, wie Karl Albert und Friedrich II. durch den Nymphenburger Vertrag.

Kurfürst-König August III. von Sachsen-Polen forderte gegen die Gewalt Friedrichs II. Beistand bei Kaiser und Reich. Franz I. bot die Streitmacht Deutschlands auf, wiewohl er sich von dieser Seite eine geringe militärische Unterstützung erwartete. Den König von Preußen hatte er schon im September (1756) als Kurfürsten von Brandenburg vor das Reichsgericht vorgeladen, um sich über Landfriedensbruch und die Vergewaltigung Sachsens zu verantworten. Die Vorladung des Kaisers war so wirkungslos wie sein Dekret, womit er die preußischen Offiziere und Soldaten von ihrem Fahneneide entband. Als auf dem Regensburger Reichstag (10. Januar 1757) über die kaiserliche Proposition, an Preußen den Krieg zu erklären, abgestimmt wurde, nahmen sämtliche Kurfürsten bis auf jene von Brandenburg und Hannover den österreichischen Antrag an, und im Fürstenrate traten demselben nicht nur alle katholischen Mitglieder, sondern auch die meisten protestantischen bei. Dieses außergewöhnliche Zusammenstehen der Reichsfürsten mit dem Kaiser war eine Folge der Furcht vor dem großen Bündnis zwischen Österreich, Rußland und Frankreich und eine Wirkung des französischen Goldes. Fast sämtliche Reichsfürsten waren verschuldet, und ihre Hofhaltungen verschlangen größere Geldsummen, als ihre Einkünfte abwarfen; deshalb griffen sie gierig nach fremdem Solde. Württemberg nahm kurz vor und während des Siebenjährigen Krieges 9½ Millionen Livres, Kurpfalz 17, Pfalz-Zweibrücken 4½, Bayern 9, Kurköln 7½ und Kurmainz ½ Million. Mehrere protestantische Fürsten erhielten über 3 Millionen, und sogar der mit Friedrich II. verschwägerte und stammverwandte Markgraf von Baireuth empfing aus den französischen Kassen über 1 Million. Sachsen bekam von Frankreich (1752—1763) gegen 9 Millionen Livres und Österreich 82½ Millionen. Von den besoldeten Fürsten stellten der Herzog von Württemberg 6000 Mann, die Kurfürsten von Köln und der Pfalz 8000 und Bayern 7000 Mann dem Kaiser zur Verfügung[1]. Ein größeres

[1] Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, IV, 1, 87—115.

Gewicht legte die österreichische Regierung auf ein Bündnis mit Schweden, das mit einer ansehnlichen Kriegsmacht ungehindert in Brandenburg einbrechen und den König von Preußen im Rücken bedrohen konnte. Zugleich würde durch eine Teilnahme Schwedens am Kriege gegen Preußen die Behauptung entkräftet werden, derselbe ziele auf eine Unterdrückung der deutschen Protestanten ab. Die Lutheraner und Reformierten wurden um ihre kirchliche Selbständigkeit um so besorgter, je mehr Feinde sich gegen Preußen erhoben. Seitdem die Kurfürsten von Sachsen wegen des polnischen Thrones zur katholischen Religion übergetreten waren, verloren sie die Schutzherrlichkeit, womit sie bisher an der Spitze der deutschen Protestanten standen, und die kursächsischen Gesandten am Regensburger Reichstage nahmen sich nur lässig der kirchlichen Streithändel an. König Friedrich II. suchte nach dem Beispiele seines streng calvinischen Vaters die Leitung „des evangelischen Körpers“ in seine Hand zu bringen und beauftragte seinen Reichstagsgesandten, die Protestanten bei jeder Beschwerde eifrigst zu verteidigen. Die Königin von Schweden, eine Schwester Friedrichs II., und ihr Gemahl Adolf Friedrich waren zwar bemüht, eine Kriegserklärung an Preußen zu hintertreiben; allein unter dem schwedischen Adel waren viele französisch gesinnt, und die Königin hatte man im Verdacht, daß sie Schweden und das schwedische Pommern in Abhängigkeit von der preußischen Krone bringen wolle. Auf Antrag des Reichstages ging Adolf Friedrich (September 1755) ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich und Österreich ein und verpflichtete sich, 20 000 Mann gegen Preußen zu rüsten. Die Höfe in Versailles und Wien machten sich verbindlich, 4 Millionen Livres an Schweden zu zahlen und so lange den Krieg zu führen, bis es zum vollen Besitze desjenigen Pommerlandes gelange, welches die Schweden durch den Westfälischen Friedenschluß erhalten hatten [1]. Maria Theresia trug kein Bedenken, der fremden nordischen Macht im Deutschen Reich jene Stellung wieder einzuräumen, die sie früher besessen hatte.

Im Jahre 1757 wurden fünf Armeen gegen den König von Preußen marschbereit gemacht, um ihn zu erdrücken. Die englischen Minister sahen ein, daß gegen eine solche Gefahr das Schutzbündnis von 1756 nicht mehr genüge; es wurde zwischen England und Preußen (11. Januar 1757) ein engeres Bündnis abgeschlossen, nach welchem England 50000 Mann und Preußen 20000 gegen die französische Rheinarmee ins Feld stelle. Die britische Regierung verpflichtete sich, eine jährliche Subsidie von einer Million Pfund Sterling an Preußen zu zahlen und eine Flotte gegen die Nordküste Frankreichs zu schicken. Außer England fand Friedrich II. nur an dem Landgrafen von Hessen-Kassel, dem mit Georg II. verwandten Herzog Friedrich

[1] Arneth a. a. O. V, 154—159.

von Sachsen-Gotha und dem Reichsgrafen Wilhelm von Schaumburg Bundesgenossen, welche gegen englischen Sold 15000 Mann rüsteten und mit dem englisch-preußischen Heere vereinigten, wodurch dieses im Frühling (1757) gegen 60000 Mann stark wurde[1]. Der König von Preußen hatte Anstalten getroffen, den Feldzug so früh als möglich zu beginnen und seinen Gegnern zuvorzukommen, ehe sie vorbereitet wären. In Wien machte Staatskanzler Kaunitz den Vorschlag, zwei Armeen in Sachsen und Schlesien einmarschieren zu lassen, um den preußischen König zur Defensive zu zwingen; allein er drang mit seinem Antrag beim Hofkriegsrat nicht durch, und man entschied sich nach dem Gutachten des Prinzen Karl von Lothringen und anderer Generale, bis zum Angriffe der verbündeten Gegner zuzuwarten, in dem thörichten Wahne, der geniale Feldherr Friedrich werde aus der Defensive in Sachsen nicht heraustreten. In der österreichischen Regierung und Kriegsverwaltung mangelte es an einem einmütigen, thatkräftigen Zusammenwirken, weil einige Minister und Generale dem Bündnis mit Frankreich abgeneigt waren und im geheimen den Anordnungen des Staatskanzlers, des Urhebers der französischen Allianz, entgegenarbeiteten. Infolge dieser Umtriebe wurde der Oberbefehl gewechselt und an die Stelle Brownes Prinz Karl von Lothringen gesetzt, der seine Unfähigkeit längst bewiesen hatte. Maria Theresia hielt ihren Schwager für einen tüchtigen Feldherrn und wurde in ihrem Glauben von dem Kaiser und dem hochmütigen Vizepräsidenten des Hofkriegsrates, Grafen von Neipperg, aus Abneigung gegen Kaunitz bestärkt[2]. Während die österreichischen Regimenter langsam in Böhmen und Mähren zusammengezogen wurden, marschierte Friedrich II. (April 1757) mit vier Kolonnen aus Sachsen und Schlesien in Böhmen ein und stand Anfang Mai vor Prag. Die Nachricht hiervon setzte den Wiener Hof und die österreichischen Lager in Schrecken. Prinz Karl und Feldmarschall Browne eilten mit 70000 Mann zur Rettung der böhmischen Hauptstadt herbei und besetzten die benachbarten Höhen. Der König griff sie sofort (6. Mai) an und trug über sie nach einer zwölfstündigen Schlacht einen glänzenden Sieg davon. Die Österreicher verloren 20000 Tote, Verwundete und Gefangene und warfen sich in einer Stärke von 40000 Mann nach Prag. Friedrich, der einen Verlust von ungefähr 18000 Mann hatte, schritt mit 76000 Mann zur Belagerung der Stadt[3].

Die Kunde von der Niederlage der Österreicher bei Prag machte in ganz Deutschland einen gewaltigen Eindruck. Der Kurfürst von Bayern wollte sich neutral erklären; er hatte keine Lust, für Machterhöhung Maria Theresias

---

[1] Preuß, Friedrich II., der Große, II, 58 f. Archenholtz a. a. O. I, 47—224.

[2] Janko, Laudons Leben 31—49.

[3] Arneth a. a. O. V, 165—182.

thätig zu sein, und zögerte, dem gegen Friedrich II. eingeleiteten Achtsprozeß zuzustimmen. Nach der alten Reichsverfassung hatte er als ausschreibender Direktor in Verbindung mit dem Erzbischof von Salzburg die Mitglieder des bayerischen Kreises (Februar 1757) nach Mühldorf berufen, um unter dem Vorsitze des kurbayerischen Bevollmächtigen über die Zahlung der treffenden Römermonate zu 60000 Gulden und die Rüstung des Kriegskontingentes von 4000 Mann und 60 Geschützen zu beraten und zu beschließen. Es wurden die Kontingente der einzelnen Mitglieder berechnet, für Kurbayern drei Bataillone zu 1800 Mann festgestellt, und der Oberbefehl über das ganze Kontingent dem Generalmajor Grafen Ludwig von Holnstein übertragen, der als unehelicher Sohn Karl Alberts zum erblichen Statthalter in der Oberpfalz ernannt worden war. Nach mehreren Mahnschreiben der Regierungen in Salzburg und München sammelten sich erst im Juli die einzelnen Kontingente bei Neumarkt in der Oberpfalz und vereinigten sich bei Fürth mit dem Reichsheere [1]. Während der Mobilmachung der bayerischen Bataillone kam der englische Agent William Burish unbeanstandet nach München; hier erfuhr er, daß Max III. Joseph den Einflüsterungen der Freunde Friedrichs II. seit der Prager Schlacht zugänglich sei. Der Agent suchte die unterbrochene Verbindung Bayerns mit Preußen wiederherzustellen und brachte es dahin, daß die bayerische Regierung mit dem preußischen Reichstagsgesandten in Regensburg, Freiherrn von Plotho, geheime Unterhandlungen über den Plan einging, Friedrich solle eine kleine Abteilung preußischer Truppen in die Oberpfalz entsenden; dadurch würde dem Kurfürsten Anlaß gegeben, sich neutral zu erklären, und seinem Beispiele würden der fränkische und schwäbische Kreis folgen. Herzog Karl von Württemberg stand schon im Begriffe, seinen Bündnisvertrag mit Österreich und Frankreich zu brechen. Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz befahl seinen Truppen, die schon auf dem Marsche zur Vereinigung mit den Franzosen waren, Halt zu machen. Der Mainzer Kurfürst Friedrich Karl von Ostein verbot seinen Unterthanen, irgend eine feindliche Rede über den König von Preußen zu führen. Der Markgraf von Ansbach und die Stände des schwäbischen Kreises wurden wie der bayerische Kurfürst bedenklich, am Regensburger Reichstag in den Achtsprozeß gegen Friedrich einzuwilligen [2].

In der belagerten Stadt Prag stieg die Not von Tag zu Tag; gegen 500 Häuser lagen in Asche; die Lebensmittel und der Kriegsbedarf gingen auf die Neige. Auf eindringlichen Ruf des Prinzen von Lothringen kam der Feldmarschall Graf von Daun mit 50000 Österreichern den Belagerten

[1] Schreiber a. a. O. 50.

[2] Stuhr, Forschungen und Erläuterungen über Hauptpunkte des Siebenjährigen Krieges, I, 243—320.



zu Hilfe. Friedrich II. ließ 40000 Mann im Lager vor Prag zurück und marschierte mit 30000 Mann nach Planian, wo er sich mit dem Prinzen August von Braunschweig-Bevern vereinigte; dieser hatte sich mit 16000 Preußen bei Planian verschanzt, um Daun an einem Entsatze der Hauptstadt zu hindern. Daun besetzte mit 54000 Mann die Höhen von Kolin in der Absicht, den Preußen eine Schlacht zu liefern. Der König griff ihn (18. Juni 1757) mit 40000 Mann an; die Schlacht begann um Mittag und endete bei sinkender Nacht mit einer schweren Niederlage der Preußen, welche 14000 Mann, 22 Fahnen und 45 Geschütze verloren hatten. Der Sieg Dauns, welcher 8000 Mann eingebüßt hatte, befreite Prag. Friedrich ging mit dem bei Prag gestandenen Heere (20. Juli) über Leitmeritz unter lebhafter Verfolgung der leichten österreichischen Reiterei nach Sachsen zurück und ließ die bei Kolin geschlagenen Truppen bei Jungbunzlau von dem Prinzen Moritz von Dessau sammeln[1]. Die Kaiserin gründete aus Freude über den Sieg bei Kolin für ausgezeichnete Kriegsthaten den Maria-Theresia-Orden und verlieh das erste Großkreuz dem Feldmarschall Daun[2]. Prinz Karl blieb acht Tage unthätig, weil er und Daun von gegenseitiger Eifersucht beseelt waren und es im Hauptquartier zu Uneinigkeit und Zank kam. Dazu trug auch der kaiserliche Hofkriegsrat bei, welcher die österreichischen Streitkräfte schonen und die verbündeten Franzosen und Russen vorschieben wollte. Auf wiederholtes Drängen des Wiener Hofes überschritt das russische Heer Mitte Juni die preußische Grenze, nahm die Festung Memel nach kurzer Belagerung und besiegte ein preußisches Armeecorps unter dem alten Feldmarschall von Lehwald (30. August) bei Großjägerndorf[3]. Anstatt in Preußen weiter vorzurücken, führte der Feldmarschall Apraxin die Russen über Tilsit nach Memel zurück, weil er und der Großkanzler Bestuscheff von Preußen und England bestochen waren und beide auf die preußische Gesinnung des Großfürsten Thronfolgers Peter Rücksicht nahmen. Der Rückzug der Russen ermöglichte es dem König von Preußen, daß er den größern Teil seiner Streitkräfte unter dem Prinzen August von Bevern in der Lausitz gegen die Österreicher zurücklassen konnte; mit dem kleinern Teil zog er nach Thüringen, um die Franzosen und die Reichstruppen aufzusuchen und zu schlagen. Ein Streifcorps unter dem verwegenen Oberstlieutenant von Meyer entsendete er nach Franken und in die Oberpfalz, um Brandschatzungen einzutreiben und die kaiserlich gesinnten Fürsten einzuschüchtern. Meyer überrumpelte Nürnberg und erhob hier und in der Umgegend schwere Kriegssteuern; er drang in die Oberpfalz ein und brandschatzte unter Todesdrohungen die Städte Vohenstrauß, Eslarn, Nabburg und Hirschau

[1] Schäfer, Der Siebenjährige Krieg, I, 301 f.

[2] Hirtenfeld, Der Militär-Maria-Theresia-Orden und seine Mitglieder, I, 27 ff.

[3] Österreichische Militärzeitschrift, Jahrg. 1824, Bd. I, 192 ff.

und die umliegenden Dörfer. Auf Bitte der geängstigten Stadt Amberg sandte Max III. Bevollmächtigte nach Hirschau, um mit dem preußischen Oberstlieutenant über einen Abmarsch der Preußen zu unterhandeln. Durch List gelang es den Bayern, die preußischen Offiziere zu bewegen, daß sie die Oberpfalz verließen. Zur Beratung der Maßregeln gegen einen weitern Einfall der Preußen setzte der Kurfürst aus den obersten Beamten und einigen Landschaftsdeputierten eine Kommission nieder, welche das Militärpostulat auf eine Million erhöhte und die Rüstungskosten für drei Reiterregimenter bewilligte [1].

Prinz Karl von Lothringen war, statt dem König von Preußen nach Thüringen zu folgen und ihn zwischen zwei Feuer zu bringen, in Schlesien einmarschiert, weil der Kaiserin vor allem an der Eroberung dieses Landes lag. Mit seiner Übermacht warf er ein preußisches Corps von 10000 Mann bei Moys über den Haufen und befahl dem Feldzeugmeister Grafen von Nadasdy, mit 24000 Österreichern und dem bayerischen und württembergischen Hilfscorps die Festung Schweidnitz zu erobern. Die 7000 Bayern, welche Max III. Joseph für französische Kriegsgelder zur Verstärkung des kaiserlichen Heeres ausrüstete, wurden aus dem Infanterie-Leibregiment und den Regimentern Kurprinz, Preysing, Herzog Klemens, Minuzzi und Morawitzky zusammengesetzt und in einem Lager bei Straubing unter dem Generalmajor Grafen von Seissel-Daix gesammelt. Vor dem Ausmarsch kam der Kurfürst nach Straubing und wurde von den Truppen mit Jubel begrüßt, weil er für ihre Verpflegung bestens gesorgt hatte. Dem General Seissel empfahl er strenge Mannszucht und ermahnte die Soldaten, durch Disziplin und Tapferkeit die Ehre des bayerischen Namens zu erhöhen. Während der Musterung empörten sich mehrere Gymnasialschüler am Jesuitenkolleg wegen einer über sie verhängten Strafe gegen den Rektor und die Professoren. Maximilian ließ sie sogleich in das Hilfscorps einreihen, mit der Drohung, sie erschießen zu lassen, wenn sie einen Fluchtversuch machen würden. Ende August (1757) brachen die 7000 Mann mit 20 Geschützen nach Böhmen auf und marschierten über Cham nach Pilsen und Prag und vereinigten sich bei Strigau (26. September) mit der Armee Nadasdys. Zugleich trafen 5500 Württemberger unter ihrem Herzog Karl zur Verstärkung ein. Mitte Oktober stand Nadasdy, einer der tüchtigsten Generale Österreichs, vor Schweidnitz, das von 12000 Preußen besetzt war. Schon bei den ersten Belagerungsarbeiten trat winterliches Wetter ein und erzeugte unter den Truppen Krankheiten. Als die Festung 17 Tage lang beschossen und ein Teil der Stadt in Asche gelegt worden war, erstürmten die Kaiserlichen (12. November) Schweidnitz. Die bayerischen Grenadiere nahmen die Vor-

[1] Reichsarchiv München, Landschaftsverhandlungen 1757.

werke; die Preußen, unter denen viele gezwungene Soldaten und sächsische Überläufer waren, leisteten geringen Widerstand. Nach Eroberung der Festung rief der Prinz von Lothringen das Corps des Feldzeugmeisters Nadasdy zu sich, um Breslau in seine Gewalt zu bringen[1]. Die Verteidigung der Hauptstadt Schlesiens hatte König Friedrich II. dem Prinzen von Bevern mit 30000 Mann übertragen. Prinz Karl griff (22. November) den weit schwächern Gegner in seinen Verschanzungen bei Breslau an; den Bayern befahl er, den ihnen gegenüberstehenden starken Flügel der Preußen durch ein Scheingefecht hinzuhalten. Die Preußen wehrten sich tapfer gegen die kaiserliche Übermacht und richteten gegen die Bayern ein lebhaftes Artilleriefeuer; diese hielten wacker stand, bis die Österreicher den rechten Flügel der Preußen umgangen und geschlagen hatten. Nun rückten die bayerischen Regimenter gegen den linken feindlichen Flügel vor und warfen ihn zurück. Nach der Niederlage der Preußen mußte sich Breslau ergeben. Die Bayern hatten über 100 Mann verloren; die verwundeten Soldaten befanden sich in einer elenden Lage, da sie ohne ärztliche Hilfe waren; der einzige Militärarzt und die wenigen Feldscherer waren in den Lazareten verwendet. Auf die Nachricht von dem Siege der Russen bei Großjägerndorf hatte Prinz Karl den kühnen Feldmarschall-Lieutenant von Haddick mit 6000 Mann nach Brandenburg entsendet. Mitte Oktober erstürmte Haddick Berlin, erhob 200000 Thaler Brandschatzung und kehrte am andern Tage zum Großteil des Heeres zurück[2]. Friedrich II. eilte auf die Botschaft von dem Vordringen der Österreicher in Brandenburg von Gotha über Leipzig und Torgau bis Annaburg, 20 Meilen von Berlin. Als er hier den Fall und die sofortige Befreiung seiner Hauptstadt erfuhr, zog er wieder nach Sachsen zurück, um den Franzosen und Reichstruppen eine Schlacht zu liefern[3].

Der französische Marschall Herzog von Soubise war mit ungefähr 35000 Mann vom Rhein durch Thüringen gegen Sachsen vorgerückt und hatte sich mit dem Oberbefehlshaber der Reichsarmee, Prinzen Joseph von Sachsen-Hildburghausen, der zum österreichischen Feldmarschall und Reichsfeldzeugmeister ernannt worden war, über eine Vereinigung bei Eisenach verständigt. Das Reichsheer war aus bunt gemischten Teilen zusammengesetzt. Jedes der vielen Kontingente hatte ein eigenes Reglement und jede Batterie Geschütze von ungleichem Kaliber. Die Bespannung war sehr mangelhaft, weil die Offiziere die meisten und besten Pferde zum Transport ihres ungeheuren Gepäckes gebrauchten. Der Munitionsvorrat war so gering, daß auf den Infanteriesoldaten nur 36 Patronen trafen. Viele Gewehre waren

[1] Schreiber a. a. O. 38—44.
[2] Arneth a. a. O. V, 213—244.
[3] Schöning, Militärische Korrespondenz des Königs Friedrich des Großen, I, 70 f.

so schlecht gearbeitet, daß manche Kompagnie nur zur Hälfte feuern konnte. Die Proviantlieferung geschah mit offenem, schamlosem Betrug. Der kaiserliche Oberkriegskommissär Graf von Wilczek ließ zur Beruhigung der aufgeregten öffentlichen Meinung die christlichen und jüdischen Lieferanten verhaften, wurde aber selbst wegen Unterschlagung in Untersuchung gezogen. Der Prinz von Hildburghausen, der im letzten Türkenkrieg unglücklich gefochten hatte, besaß nicht das militärische Talent, die verschiedenen Elemente seiner Mannschaften zu einem festen, kampftüchtigen Heere umzuschaffen. Die Reichssoldaten aus protestantischen Gegenden äußerten ungescheut ihre Hinneigung zu dem König von Preußen[1]. In Übereinstimmung mit Soubise belagerte der prinzliche Reichsfeldzeugmeister die Stadt Leipzig, wo unter dem Feldmarschall Keith eine schwache preußische Besatzung lag; die Verbündeten wollten sie erobern, um den Feldzug nicht ohne jeden Erfolg zu beendigen. Als der Prinz mit 12000 Reichssoldaten (24. Oktober 1757) vor Leipzig ankam, forderte er die Preußen zur Übergabe auf; er wurde abgewiesen und mußte sich (3. November) hinter die Saale zurückziehen, weil Friedrich II. zum Entsatze herbeieilte und Marschall Soubise jede Unterstützung dem Reichsfeldherrn verweigerte.

König Friedrich zog mit nur 22000 Mann gegen seine beiden vereinigten Gegner, welche 45000 Mann stark bei Mücheln standen; er wagte es jedoch nicht, die feindliche Übermacht anzugreifen, sondern bezog bei Roßbach auf der Straße von Naumburg nach Merseburg ein Lager. Auf Betrieb des Reichsfeldzeugmeisters und der französischen Generale entschloß sich endlich der Herzog von Soubise, den um das Doppelte schwächeren Preußen eine Schlacht zu liefern; allein noch an demselben Tage fing er an, wieder mutlos zu werden. Als die Preußen nach Merseburg zurückwichen, hielt man ihren Rückzug für eine Flucht, und alles drängte ihnen in großer Regellosigkeit nach, um sie nicht entwischen zu lassen. Major Thürrigl, ein kühner, unternehmender Stabsoffizier im französischen Hauptquartier, ermahnte den Marschall, daß er wegen der schnellen Beweglichkeit der Preußen auf der Hut sein solle. Der Gossersdorfer war außer der französisch-deutschen Korrespondenz auch mit der Leitung des Kundschafterwesens beauftragt. Er warb Kundschafter an, verteilte und besoldete sie; er gab ihnen die nötigen Instruktionen, wechselte mit ihnen beständig Briefe und zog aus ihren verschiedenen Berichten die Resultate, die er den Generalen der französischen Armeen und dem Versailler Kabinett überschickte. Thürrigl machte selbst Reisen unter verschiedenen Namen und verkleidet in die von den Gegnern besetzten Landschaften, wobei er mit Pässen, Dokumenten und Empfehlungsschreiben

---

[1] Kreisarchiv München, Kreiskontingent, VII, XIII, XXIII, Kontingentsmusterungsakten 1757.



von Ministern und Gesandten neutraler Höfe versehen war und die deutsche Sprache ihm sehr zu statten kam. Er durchwanderte seit einem Jahre alle norddeutschen Länder und wußte sich in die Lager und Festungen zu schleichen; dabei verstand er seine Maske vortrefflich zu benützen. In Magdeburg gab er sich als außerordentlichen Gesandten des dänischen Königs aus und besaß auch einen gefälschten dänischen Paß und dänisches Beglaubigungsschreiben. Mit dem Magdeburger Festungskommandanten besprach er ein Bündnis zwischen Dänemark und Preußen; hierüber wurde jener so erfreut, daß er den vermeintlichen Dänen zur Tafel lud und sofort eine Ordonnanz an den König Friedrich II. schickte mit der Anfrage, wann der anwesende dänische Gesandte in das preußische Lager abgehen dürfe, um mit dem König über den Abschluß eines Bündnisses mit Dänemark zu unterhandeln. Während der Mahlzeit überbrachte ein Bote dem Stadtkommandanten ein Schreiben des Königs mit der Warnung, gegen einen durchtriebenen französischen Spion, der die preußischen Festungen ausforsche, vorsichtig zu sein und ihn im Falle des Betretens sogleich zu verhaften. Thürrigl blieb unbeweglich, als der Kommandant ihm das Schreiben mitteilte; er lobte die Vorsicht des Königs, dessen Feldherrngenie von seinen Landsleuten, den Dänen, bis zu den Sternen erhoben werde. Nachdem er die ganze Festung besichtigt hatte, kehrte er in das französische Hauptquartier zurück. Die Städte Gotha und Erfurt hatte er zu Mittelpunkten seines Kundschafterwesens gemacht; von hier aus schickte er seine Befehle an seine untergebenen Spione, und diese mußten ihm Briefe unter falschem Namen nach Gotha und Erfurt senden; die verschiedenen Berichte verglich er scharfsinnig und meldete das Ergebnis den französischen Befehlshabern. Wenn er selbst Reisen zum Auskundschaften machte, hinterließ er einen Interimsverweser. Die rastlosen Bemühungen Thürrigls ersetzten den Franzosen großenteils den Mangel an leichter Reiterei. Manche Unfälle und Niederlagen, womit ihre Magazine, Festungen und Truppenabteilungen bedroht waren, wurden durch seine rechtzeitigen Entdeckungen abgewendet und die von ihm entworfenen Pläne glücklich durchgeführt[1]. Auch bei Merseburg hatte der Major die strategische Lage richtig erkannt, denn der kaltblütige König von Preußen machte plötzlich hinter einer Anhöhe bei Roßbach (5. November 1757) Halt, ließ seine Feinde durch Geschützfeuer am weitern Vordringen zurückhalten und schwenkte rechts von der Straße ab. General Seydlitz stürzte sich mit der preußischen Reiterei auf die französische und deutsche Kavallerie und schlug sie in die Flucht; dadurch wurde die französische Infanterie entmutigt und leistete den Preußen nur geringen Widerstand. Das preußische Infanterie- und Artilleriefeuer brachte die Franzosen und Reichstruppen in Verwirrung, und Seydlitz jagte die

[1] Archenholtz a. a. O. 75—305.

zusammengedrängten Massen in wilder Flucht über die Unstrut. Es wurden über 2000 Franzosen und Deutsche getötet und verwundet und 5000 gefangen; 67 Geschütze, fast alle Gepäckwagen und 22 Fahnen wurden eine Beute der Preußen[1]. Das bayerische Kreiskontingent hatte während der Roßbacher Schlacht das Schloß Freiburg besetzt, um den Rückzug der Reichstruppen zu decken; nach der Schlacht bildete es die Nachhut und schützte die nach Weimar und Erfurt fliehenden Franzosen und Deutschen gegen Verfolgung der preußischen Husaren[2]. Wegen des rühmlichen Sieges, den Friedrich II. bei Roßbach über die weit überlegenen Franzosen mit einem Verluste von nur 160 Preußen erfochten hatte, wurde er selbst in jenen deutschen Ländern, deren Truppen wider ihn im Felde standen, gepriesen.

Nach der Roßbacher Schlacht führte der König von Preußen sein Heer über Leipzig und Torgau nach Böhmen und wollte nach Schlesien eilen, um die Kaiserlichen aus diesem Lande zu jagen; es wurde ihm aber das dreifache Unglück berichtet, daß die Festung Schweidnitz gefallen, Prinz August von Bevern bei Breslau besiegt und gefangen und die Hauptstadt erobert worden sei. Dennoch bewahrte er seinen Starkmut; er zog bei Liegnitz die Truppen Augusts an sich, in der Absicht, sich durch einen kühnen Schlag wieder in den Besitz Schlesiens zu setzen. Bei seiner Annäherung gegen Neumarkt verließ Prinz Karl von Lothringen Breslau, ging ihm entgegen und stellte sein Heer von dem Dorfe Sagschütz über Leuthen bis Nippern in Schlachtordnung auf einer fast drei Stunden langen Linie. Als am andern Morgen (5. Dezember 1757) Friedrich II. die fehlerhafte Aufstellung der Kaiserlichen sah, griff er sogleich ihren schwachen linken Flügel an, wo im ersten Treffen 5000 Württemberger nebst einigen österreichischen Bataillonen und im zweiten 4000 Bayern standen. Die preußische Artillerie und Infanterie warfen mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit die Württemberger und Österreicher auf die Bayern zurück; diese suchten die Schlachtordnung wiederherzustellen, wurden aber nach einem kurzen Gefecht von den Preußen zersprengt und in die Flucht geschlagen. Indes war der rechte kaiserliche Flügel mit Übermacht gegen die Preußen vorgerückt. Der König, der seine Truppen in einer „schiefen Schlachtordnung" aufgestellt hatte, zog seinen schwachen linken Flügel noch weiter zurück, bis die Württemberger und Bayern geschlagen waren. Nun gingen die Preußen auf der ganzen Linie zum Angriffe vor und erstürmten die österreichischen Batterien auf den Höhen von Sagschütz und das von kaiserlicher Infanterie besetzte Dorf Leuthen. Der österreichische General Luchesi, der mit der Reiterei des rechten Flügels herbeieilte, wurde besiegt und getötet und sein Fußvolk von preußischer Artillerie

---

[1] Schöning a. a. O. I, c. 5. Arneth a. a. O. V, 245—251.

[2] Schreiber a. a. O. 53.

und Kavallerie zurückgeschlagen; in aufgelöster Flucht verließ es das Schlachtfeld, wo die Kaiserlichen 20000 Tote, Verwundete und Gefangene nebst 66 Geschützen und 17 Fahnen in den Händen der Sieger zurückließen[1]. Prinz Karl legte unklugerweise eine starke Besatzung von 17000 Mann in die Stadt Breslau und kehrte mit den Trümmern des kaiserlichen Heeres bei strenger Winterkälte nach Böhmen zurück. Die österreichische Garnison in Breslau war durch die Niederlage bei Leuthen so entmutigt worden, daß sie nach kurzer Beschießung kapitulierte und sich kriegsgefangen ergab. Die Bayern hatten in der letzten Schlacht über 1000 Mann verloren, und ihre sämtlichen Geschütze und Gepäckwagen waren von den Preußen erbeutet worden. Kurfürst Max III. ergänzte vertragsmäßig die Lücken durch neue Werbungen und ernannte den Generalmajor Freiherrn von Pechmann zum Oberbefehlshaber. Graf von Seissel-Daix, der wegen seiner Unverträglichkeit und Zwist mit den österreichischen Generalen vom Kurfürsten getadelt worden war, hatte aus verletztem, aber unberechtigtem Ehrgeize das Kommando niedergelegt. Auf Befehl des österreichischen Hauptquartiers marschierten die Bayern im Januar 1758 bei zunehmender Winterkälte durch Mähren nach Teschen, um den Streifzügen der Preußen ein Ziel zu setzen. Infolge schlechter Verpflegung und Bekleidung erkrankten gegen 1000 Mann und einige hundert starben an Drüsenentzündung wegen Mangels an einem Arzt; der einzige Feldarzt war selbst erkrankt. Die Winterquartiere wurden den Bayern in Neustadt angewiesen[2].

Am Ende des Feldzuges 1757 war Friedrich II. auch im Norden seines Landes im entschiedenen Vorteil. Die Schweden waren erst im Herbst in einer Stärke von 20000 Mann von Stralsund aus ins Feld gerückt und hatten mehrere Städte und Plätze erobert; allein der preußische Feldmarschall Lehwald entriß ihnen fast alle wieder, als sich die Russen unter dem Feldmarschall Apraxin an die Memel zurückzogen. Während des Winters genas die Zarin Elisabeth von einer schweren Krankheit, und die Hoffnung der preußischen Partei am Petersburger Hofe, daß Großfürst Peter den russischen Thron besteigen werde, wurde vereitelt. Auf eine Beschwerde des Wiener Hofes ließ Elisabeth den Feldmarschall Apraxin verhaften und befahl dem General Fermor, mit 30000 Russen in Ostpreußen einzumarschieren; dieser besetzte (22. Januar 1758) die Stadt Königsberg[3]. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz waren die Verbündeten Preußens nicht glücklich. Auf die Nachricht von der Niederlage der Preußen bei Kolin war die französische Rheinarmee, welche die preußischen Rheinlande und Westfalen besetzt hatte,

---

[1] Schäfer a. a. O. I, 485 f. Schöning a. a. O. I, c. 7.

[2] Kreisarchiv München, Auxiliartruppen und Korrespondenzen November bis Dezember 1757.

[3] Herrmann, Geschichte Rußlands, V, 144—148.

von Wesel nach Hameln gezogen und hatte die verbündeten Engländer und Deutschen unter dem Herzog von Cumberland (26. Juli 1757) bei dem Dorfe Hastenbeck besiegt. Cumberland ging mit seinen schwachen Truppen über Verden nach Stade zurück, und die Franzosen besetzten das Kurfürstentum Hannover und das Herzogtum Braunschweig. Durch Vermittlung des Königs Friedrich V. von Dänemark, der den König von Preußen haßte und beneidete, schloß der französische Marschall Herzog von Richelieu mit Cumberland die berüchtigte Übereinkunft im Kloster Seeven (8. September) ab; gemäß derselben entließ der britische Feldherr die deutschen Truppen, besetzte Stade und Lauenburg und ließ das ganze westliche Deutschland in der Gewalt der Franzosen [1]. König Georg II. von England unterzeichnete aus Besorgnis um sein Stammland Hannover den Neutralitätsvertrag von Seeven. Nach den Siegen der Preußen bei Roßbach und Leuthen wurde er andern Sinnes und unterhandelte lebhaft mit Friedrich II. über eine Verstärkung der hannöverischen Armee; er konnte sich jedoch lange nicht mit seinen Ministern einigen. Auf Verlangen der englischen Nation hatte Georg den staatsmännisch reich begabten und von glühendem Patriotismus beseelten William Pitt, spätern Grafen von Chatham, an die Spitze der Staatsverwaltung berufen und ihn (Juni 1757) zum Minister des Äußern und des Krieges ernannt. Pitt gehörte zur Whigspartei und war für Freiheit und Größe seines Vaterlandes begeistert, wurde aber von den Tories gründlich gehaßt; auch Georg war ihm abgeneigt, weil er sich gegen die hannöverische Hauspolitik ausgesprochen hatte. Sein höchstes Ziel war die Erhebung Großbritanniens zur ersten Macht in Europa, und er erreichte mit seinen Bestrebungen die glänzendsten Erfolge [2]. Pitt ordnete Aushebungen zum Kriegsdienste in den englischen Kolonien an und rüstete eine große Flotte mit 10 000 Soldaten. Die französische Festung Louisbourg auf der Insel Cap Breton, welche die Mündung des Lorenzostromes und die reiche Fischerei von Neufundland beherrschte, und die Edwardsinsel wurden von den Engländern erobert. Die britischen Kolonisten in Nordamerika nahmen das französische Fort Duquesne, und schoben damit ihre Grenzen nach Westen vor. Auch die Niederlassungen der Franzosen an der westlichen Küste Afrikas, am Weißen Vorgebirg bis zum Flusse Gambia, griffen die Engländer mit Erfolg an. Frankreich konnte seinen Kolonien keine Hilfe leisten, weil es seine eigenen Küsten zu verteidigen hatte. Bei St. Malo und Cherbourg versuchten die Engländer zu landen, wurden aber von den Franzosen zurückgeschlagen; dagegen verbrannten sie über 100 französische Schiffe, darunter drei Kriegsschiffe, und die letzte Flotte Ludwigs XV., welche (Herbst 1757) unter dem Admiral Conflans Schott-

---

[1] Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, IV, 1, 161—183.
[2] Arneth a. a. O. V, 314.

land umschiffte und Irland angreifen wollte, wurde von dem englischen Admiral Sir Edward Hawke besiegt[1]. Da die überseeische Kriegführung der Engländer eine bedeutende Streitmacht erforderte, so ging Minister Pitt auf den Antrag Georgs II. und Friedrichs II., das hannöverische Heer mit britischen Regimentern zu verstärken, nicht ein, sondern gab nur zu, daß die Hannoveraner unter dem Prinzen Ferdinand von Braunschweig durch deutsche Soldtruppen auf 55 000 Mann erhöht würden. Als der Gutsbesitzer Nikolaus Luckner in Holstein hiervon erfuhr, regte sich in ihm wieder die Kriegslust, und er unterhandelte gegen den Willen seiner Gattin und deren Verwandten mit der englischen Regierung in London über Errichtung eines Freiwilligencorps, das er in den hannöverischen Dienst geben wollte. Nach langen Verhandlungen erhielt er von Minister Pitt die Ermächtigung, eine Reiterabteilung zu 200 Mann zu werben und sie mit den Hannoveranern zu vereinigen. In dem mit Friedrich II. in London (11. April 1758) abgeschlossenen Vertrag verpflichtete sich England, an Preußen 670 000 Pfund Sterling zu zahlen. Während der Verhandlungen hatte Prinz Ferdinand von Braunschweig, dem der preußische König 15 Schwadronen auserlesener Reiterei zur Verstärkung geschickt hatte, die Feindseligkeiten eröffnet und die Franzosen unter ihren neuen Befehlshabern, dem Prinzen von Condé und dem Grafen von Clermont, über die Weser zurückgeworfen; sie zogen sich in großer Unordnung und mit vielem Verlust aus Hannover über den Rhein zurück. Major Luckner überfiel mit seiner Reiterei eine französische Abteilung in dem Dorfe Wahrenholz und nahm den Oberst, 5 Offiziere und 60 Dragoner gefangen. Bald wurde „der kleine Chamer" der gefürchtetste Reiterführer[2].

Maria Theresia nahm auf Verlangen Rußlands und Frankreichs und auf Vorstellung ihrer Minister dem Prinzen von Lothringen den Oberbefehl ab und übertrug ihn dem Feldmarschall Grafen von Daun. Auf Seite Österreichs war es von großem Übel, daß sich die Kaiserin außer dem Hofkriegsrat in die Kriegführung mischte, von der sie nichts verstand. Wie Prinz Karl wurde auch Daun von dem kaiserlichen Kabinett, wo man keine Kenntnis von der Stellung und Bewegung der feindlichen Heere und von dem ganzen Kriegsschauplatz haben konnte, mit Operationsplänen, Anordnungen, Mahnungen und Warnungen überhäuft und gehemmt. Friedrich II. hingegen hatte in der Politik und im Kriege ganz freie Hand. Maria Theresia ließ an der Herstellung des kaiserlichen Heeres aus allen Kräften arbeiten, weil man in Wien auf die Reichsarmee geringe Hoffnungen setzte. Es sammelten sich zwar (Januar 1758) die Kreisbevollmächtigten in Nürn-

[1] Gfrörer a. a. O. IV, 1, 331—340.

[2] Schäfer a. a. O. II, 32—54. Pfeilschifter, Der bayerische Plutarch 2c., I, 176.

berg und einigten sich in dem Beschluß, daß die Verpflegung der Kontingente den einzelnen Reichsständen abgenommen und einer Generalkommission übertragen werde; allein das Reichsheer blieb ein unförmlicher Truppenkörper, der zu einer selbständigen Kriegführung nicht fähig war. Der Prinz von Hildburghausen war mit dem Wiener Hofkriegsrat in Mißhelligkeiten geraten und legte den Oberbefehl nieder. Die Wahl des kaiserlichen Hofes fiel auf den Pfalzgrafen Friedrich Michael von Zweibrücken, den Stammvater der gegenwärtig in Bayern regierenden Wittelsbacher, der bei seiner Vermählung mit der katholischen Pfalzgräfin Maria von Sulzbach zur katholischen Kirche (8. Dezember 1746) übergetreten war und bei seiner Firmung in Rom von Papst Benedikt XIV. den Beinamen Michael erhalten hatte; seine Konversion wurde wahrscheinlich durch den Verkehr mit dem Jesuiten Franz Seefeld bewirkt, der auch sein Beichtvater wurde [1]. Der Pfalzgraf war früher in französischem Militärdienste gestanden und hernach mit dem Rang eines Generals in das österreichische Heer getreten; er wurde (Januar 1758) zum Feldmarschall befördert und vom Kaiser (16. Februar) mit dem Oberkommando über das Reichsheer betraut. Damals war er 34 Jahre alt, voll Lebenslust, kriegserfahren und ehrgeizig; der Oberbefehl aber wurde ihm schon bei dessen Übernahme verleidet. Die Reichsstände führten in Wien heftige Klage über die Willkür des Kaisers, daß er den Pfalzgrafen eigenmächtig ohne ihre Beiziehung zum Reichsfeldherrn ernannt und ältere verdiente Generale zurückgesetzt habe. Des Krieges längst müde, stellten sie lässig und mangelhaft ihre Kontingente [2]. Noch bedenklicher war für Österreich die Stimmung der französischen Regierung, denn der Minister Bernis stellte in einer Staatsratssitzung den Antrag, daß Maria Theresia zu Friedensunterhandlungen bewogen werde, weil in Frankreich die Finanzen und der Handel infolge des Krieges immer tiefer sanken. Der Kaiserin und ihrem Kanzler Kaunitz gelang es jedoch, auf die Pompadour und Ludwig XV. einzuwirken, daß sie mit Aufbietung der größten finanziellen Opfer die Bündnisse mit Schweden und Dänemark erneuerten und 30000 Mann rüsteten. Die bayerischen Hilfstruppen, für welche Frankreich den Sold bezahlte, sollten auch ferner zur Verfügung Österreichs stehen; auch sächsische und württembergische Regimenter wurden in französischen Sold genommen [3].

Der König von Preußen hatte gehofft, daß seine Gegner durch ihre Niederlagen bei Roßbach und Leuthen zu Friedensunterhandlungen geneigt gemacht werden würden; allein er täuschte sich und wurde zu Rüstungen

---

[1] Ammon, Gallerie der denkwürdigen Personen, die vom 16. bis 18. Jahrh. von der evangelischen Kirche zur katholischen übergetreten sind, 287. Schröckh, Kirchengeschichte, VII, 88.

[2] Schäfer a. a. O. II, 54—69.

[3] Arneth a. a. O. V, 349—388.

gezwungen. Da ihm die in Sachsen und Mecklenburg erpreßten Kontributionsgelder für das Kriegswesen nicht ausreichten, so verschlechterte er die Münzen und zwang dadurch auch die anderen deutschen Staaten, in ihren Münzstätten schlechtes Geld zu prägen. Bei Anfang des Frühlings nahm Friedrich II. mit 98000 Mann den Österreichern (März 1758) die Festung Schweidnitz weg und marschierte nach Mähren und gegen Olmütz; er wollte dadurch den Feldmarschall Daun, der mit 70000 Mann bei Königgrätz zur Deckung Böhmens stehen blieb, zu einem Zuge nach Brünn zum Schutze Wiens veranlassen. Seinem Bruder Prinz Heinrich befahl er, das Reichsheer zu zersprengen und auf Prag loszugehen. Nach Eroberung der böhmischen Hauptstadt zweifelte er nicht mehr, daß die Kaiserin Frieden schließen werde. Als (5. Mai) unvermutet 50000 Preußen vor der Festung Olmütz erschienen, rief der Festungskommandant Feldmarschall Graf von Marschall, ein umsichtiger und tapferer Heerführer, die Bayern zur Verstärkung der Besatzung nach Olmütz. Generalmajor von Pechmann und seine Offiziere weigerten sich, Garnisonsdienste zu leisten. Der französische Kommissär St. Marthe, der von seiner Regierung dem bayerischen Hilfscorps zur Überwachung und Berichterstattung beigegeben war, bemerkte ihnen, daß sie gemäß dem Wortlaute der Militärkonvention zu Feld- und Besatzungsdienst verpflichtet seien. Der österreichische Oberlandes-Kriegskommissär Freiherr von Harzfeld forderte im bayerischen Hauptquartier mit gebieterischen Worten den Marsch nach Olmütz. Pechmann sammelte unter Flüchen auf die Franzosen und Österreicher seine Mannschaften, lud die Rekonvaleszenten auf Bauernwagen und trat den Zug nach der verhaßten Festung an. Auf dem Marsche erhielt er den Befehl, 1550 Mann unter dem Obersten von Lodron nach Olmütz zu entsenden, den Großteil aber nach Krems und Troppau zu führen. Olmütz war stark befestigt, so daß die Angriffe der preußischen Artillerie erfolglos blieben. Die Österreicher und Bayern, welche 9000 Mann stark waren, machten mehrere gelungene Ausfälle und zerstörten den in der Belagerungskunst nicht geübten Preußen einen Teil ihrer Angriffswerke. Zu gleicher Zeit überfiel der österreichische General Laudon bei Domstädtel eine preußische Kolonne von 4000 Proviant- und Munitionswagen, hieb die Deckungsmannschaft nieder und erbeutete sämtliche Wagen. Als Daun zum Entsatze Olmütz' heranrückte, mußte der König die Belagerung aufheben; er zog nach Schlesien, um sich auf die Russen zu werfen[1]. Daun folgte ihm bis Königgrätz in kurzen Märschen langsam und bedächtig, ohne sich in eine Schlacht einzulassen, während Friedrich seine Bewegungen mit unglaublicher Schnelligkeit ausführte. Oberst von Lodron verließ mit seiner Abteilung Olmütz und vereinigte sich bei Troppau mit Pechmann. Im Sep-

[1] Janko, Laudons Leben 55—63.

tember verstärkten die bayerischen Hilfstruppen das österreichische Armeecorps unter dem Feldzeugmeister Freiherrn von Harsch, der die Festung Neisse in Schlesien belagerte[1].

Indes war Prinz Heinrich von Preußen zwar nicht unthätig geblieben, hatte aber die Erwartung seines königlichen Bruders nicht erfüllt, wiewohl er über 30000 Mann verfügte und seinen Gegnern an Zahl und Tüchtigkeit der Truppen überlegen war. Das in einem Lager bei Baireuth (Ende April 1758) gesammelte Reichsheer betrug nur 12000 Mann, welche mangelhaft bewaffnet waren und noch schlechter verpflegt wurden als im letzten Feldzuge, weil die Matrikularbeiträge spärlich flossen und beim Proviantwesen die Mitglieder „der Generalentreprise" sich durch schamlosen Betrug bereicherten. Pfalzgraf Friedrich Michael von Zweibrücken brach (Mai) von Baireuth nach Eger auf und vereinigte sich bei Saatz mit 15000 Österreichern. Prinz Heinrich hinderte die Verbindung des Reichsheeres mit den Österreichern nicht, sondern ließ auf wiederholten Befehl Friedrichs II. einzelne Abteilungen in Franken und der Oberpfalz einmarschieren, um die Reichsstände zur Neutralität einzuschüchtern. Bamberg wurde von den Preußen besetzt und um 9000 Thaler gebrandschatzt. In die Oberpfalz konnten sie ohne Widerstand eindringen, weil nur die Städte Neumarkt und Amberg von je einem schwachen Reiterregiment besetzt waren. Sie plünderten alle Ortschaften vollständig aus, mißhandelten die armen, unglücklichen Einwohner und entrissen ihnen das letzte Stück Rind. Die Mönche in Waldsassen, Speinshart und Michlfeld wurden aller ihrer Habe beraubt und an Pferdschweife gebunden grausam viele Stunden weit fortgeschleppt. Eine Abteilung preußischer Husaren stürmte unter dem Oberstlieutenant von Belling über Auerbach bis an die Thore von Neumarkt und Amberg. Viele Bewohner der oberpfälzischen und fränkischen Städte flüchteten sich mit ihren Wertsachen nach Süden bis über die Donau[2]. Die Reichstagsgesandten in Regensburg entflohen und ließen die Reichskasse mit 163000 Gulden nach Landshut und von da im Notfalle nach Salzburg und Innsbruck bringen. Die von Schrecken ergriffenen Reichsfürsten dachten schon daran, ihre Kontingente von dem kaiserlichen Heere abzurufen und mit Preußen über eine Neutralität zu unterhandeln. Die bayerische Regierung war schon lange gesonnen, sich gänzlich vom Kriegsschauplatze zurückzuziehen. Seit der Schlacht bei Leuthen führten der Kurfürst und seine Räte unausgesetzte Beschwerden über das kaiserliche Ministerium und erklärten, daß Bayern ohne außerordentliche Geldzuschüsse keine Ersatzmannschaften für die Hilfstruppen in

[1] Schöning, Der Siebenjährige Krieg, I, 213 ff.

[2] Baader, Die Preußen in Nürnberg und den benachbarten Gebieten in den Jahren 1757—1763.



Schlesien aufbringen könne. Max III. hatte bereits im Februar dem König von Preußen mitteilen lassen, daß er gerne eine andere Partei ergreifen möchte, wenn ihm einige Vorteile geboten würden. Auf seinen Antrag entsendete der Reichsfeldmarschall 8000 Mann über Eger in die Oberpfalz, wo sie sich bei Hahnbach mit den zwei bayerischen Reiterregimentern vereinigten. Die fliegenden Corps der Preußen luden ihre Beute auf 300 Wagen und zogen sich mit 2500 Rindern und 300 Pferden, dem einzigen Besitze vieler Oberpfälzer, nach Sachsen zurück. Die Erwartung Friedrichs II., daß sich die fränkischen Reichsstände zu einer Neutralität verstehen werden, traf nicht zu, weil noch keine entscheidende Schlacht geschlagen worden und eine Einreihung der Reichskontingente in die österreichischen Regimenter zu befürchten war. Der Kurfürst von Bayern allein gab unverhohlen seinen Widerwillen gegen den Reichskrieg kund und forderte von dem Kaiser die Rücksendung seines Kontingentes und des von Frankreich besoldeten Hilfscorps zum Schutze Bayerns, das von den Preußen bedroht sei. Zu gleicher Zeit unterhandelte er mit dem preußischen Reichstagsgesandten Freiherrn von Plotho in Regensburg über einen Neutralitätsvertrag[1].

Der österreichische Gesandte in München, Graf Alois von Podstasky, brachte den Kurfürsten von einem Anschlusse an Preußen zurück. Der Versailler Hof kam durch die gesandtschaftlichen Berichte über die Verhandlungen zwischen Bayern und Preußen in die höchste Aufregung, und Minister Bernis gab dem französischen Gesandten Folard in München die Weisung, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um den Kurfürsten zu seiner Reichspflicht und den mit Frankreich eingegangenen Verbindlichkeiten zurückzubringen. Am Versailler Hofe befaßte man sich mit dem Gedanken, das bayerische Hilfscorps als Geisel der kurfürstlichen Treue zur Armee des Herzogs von Soubise zu ziehen und ein entsprechendes französisches Corps nach Bayern zu schicken, wenn es von einem preußischen Einfall bedroht werden sollte[2]. Diese Gefahr verschwand, als ein österreichisches Armeecorps, das mit den Franzosen am Main vereinigt war, nach Würzburg marschierte und die Rückzugslinie des Prinzen Heinrich von Preußen zu besetzen schien. Heinrich ging (Mitte Juni 1758) von Hof nach Sachsen zurück. Bayern brach die Unterhandlungen mit Preußen ab und gab in Wien und Versailles die Versicherung, daß es seine Verpflichtungen gegen Kaiser und Frankreich erfüllen werde. Friedrich II. überzeugte sich, daß die Reichsstände sich nur dann neutral erklären werden, wenn er die Franzosen und Österreicher aus dem Felde schlage. Allein die Russen hatten unter dem General Fermor die Mark Brandenburg besetzt und belagerten die Festung Küstrin. Der König ließ

[1] Schäfer a. a. O. II, 69—75.
[2] Brunner S., a. a. O. I, 105.

seine Hauptmacht an der schlesisch-böhmischen Grenze zurück und setzte mit 32000 Mann und 117 Geschützen über die Oder, ehe die Russen es ahnten. Fermor hob die Belagerung Küstrins auf und zog sich mit 50000 Mann und einem Kosakencorps nach Zorndorf in eine fast unangreifbare Stellung zurück. Nach einer blutigen Schlacht, in der die preußische Reiterei unter General Seydlitz sich wieder rühmlichst auszeichnete, wurden die Russen (20. August) besiegt und aus Brandenburg vertrieben. Friedrich wollte sie verfolgen und vernichten, allein der Feldmarschall Daun war gemäß einer Anweisung des Wiener Hofkriegsrates von Böhmen nach Sachsen marschiert und hatte sich bei Pirna mit dem Pfalzgrafen von Zweibrücken vereinigt, welcher (Ende Juli) das Lager bei Saatz verlassen und über Teplitz und Chemnitz zur Eroberung Dresdens vorgegangen war[1]. Nach langem Hader einigten sich Daun und Friedrich Michael in dem Plane, den Prinzen Heinrich in seinen Verschanzungen bei Gamig, unfern von Dresden, zu umzingeln und zu erdrücken; allein sie hatten die kostbarste Zeit versäumt. Friedrich II. eilte in Gewaltmärschen herbei; seine Soldaten waren trotz unerhörter Anstrengungen in kampffähigem Zustande. Daun wich behutsam einer Schlacht aus und führte sein Heer nach der Lausitz in eine sichere Stellung bei Stolpen zurück. Als der König ein Armeecorps unter dem General Wedell nach Brandenburg entsendete, um Berlin gegen die Schweden zu schützen, brach Daun mit 65000 Mann nach Görlitz auf, um die Belagerung der Festung Neisse durch die Österreicher und Bayern zu decken. Friedrich folgte ihm mit 30000 Mann, um ihm einen entscheidenden Schlag beizubringen. Die Preußen marschierten bis Hochkirch, einem zwischen Bautzen und Löbau gelegenen Dorfe, und lagerten sich (10. Oktober 1758) unmittelbar vor den um die Hälfte der Zahl überlegenen Österreichern. Die Generale machten den König auf die gefährliche Lage aufmerksam, in welcher das Heer sich befinde; allein eigenwillig wies er jede Warnung zurück, weil er an einen Überfall seines ängstlichen Gegners nicht glaubte und noch eine Proviantzufuhr abwarten wollte. Daun dachte an keinen Angriff, mußte aber den klaren und eindringlichen Vorstellungen der beiden Feldmarschall-Lieutenants Laudon und Lacy weichen. Nach vier Tagen (14. Oktober) befahl er morgens um 5 Uhr, die sorglosen Preußen zu überfallen[2]. Nach einem mörderischen Ringen wurde die preußische Armee zersprengt, 9000 Mann getötet und verwundet und 100 Geschütze nebst 30 Fahnen erbeutet. Die Österreicher erkauften den Sieg mit einem Verluste von 6000 Mann. Zum Glück für Friedrich nützte der Zauderer Daun seinen Sieg nicht aus und ließ ihm Zeit, seine Kräfte zu sammeln[3].

---

[1] Archenholtz a. a. O. I, 225—360. [2] Janko a. a. O. 77—80.
[3] Arneth a. a. O. V, 410—423. Schöning a. a. O. I, 260—281.

Friedrich II. ersetzte mit seltenem Feldherrnblick den Verlust an Mannschaft und Kriegsbedarf in einem Lager bei Bautzen so gut und so schnell als möglich, ließ unter dem Generalmajor von Fink ein kleines Armeecorps zur Beobachtung des Reichsheeres in Sachsen zurück und marschierte (24. Oktober 1758) mit Umgehung des österreichischen Lagers in der Lausitz über Görlitz gegen Neisse. Feldzeugmeister von Harsch hob sogleich die Belagerung auf und zog sich mit den Österreichern und Bayern nach Mähren zurück. Der König konnte seinen Truppen nur einen einzigen Ruhetag gönnen, weil Daun in Sachsen eingerückt war, sich mit dem Reichsfeldmarschall vereinigt und den General Fink zurückgedrängt hatte. Die Kaiserlichen besetzten die Vorstädte von Dresden und eröffneten, gedeckt durch die hohen Häuser, das Feuer gegen die Altstadt. Der preußische Stadtkommandant General von Schmettau ließ auf eine barbarische und unnötige Weise die Vorstädte anzünden und 280 Häuser niederbrennen. Als Friedrich II. sich der sächsischen Grenze näherte, kehrte Daun über Pirna nach Böhmen zurück, und Pfalzgraf Friedrich Michael entsandte die Generale Kleefeld und Haddick gegen Leipzig und Torgau, wo die preußischen Magazine aufbewahrt waren. Haddick wurde von dem preußischen General von Dohna, der seit der Schlacht bei Zorndorf mit 16000 Mann die weichenden Russen beobachtet hatte, bei Eilenburg in die Flucht geschlagen; dadurch wurde Kleefeld so entmutigt, daß er eiligst von Leipzig abzog. Friedrich Michael sammelte die Reichstruppen und marschierte nach Chemnitz ab[1]. Als Friedrich II. in Sachsen eintraf, empfing er die Meldung, daß alle Feinde auf dem Rückmarsche begriffen seien. Trotz der Niederlagen bei Domstädtel und Hochkirch beendigte er noch glänzend den Feldzug durch ein gelungenes Zusammentreffen seiner kombinierten Bewegungen und durch das Zaudersystem Dauns. Sachsen und Schlesien waren wieder im Besitze der Preußen; die Österreicher und die Reichstruppen nahmen in Böhmen und Franken Winterquartiere; die Russen waren an die Weichsel und die Schweden nach Stralsund und Rügen zurückgekehrt. Dem bayerischen Hilfscorps unter dem Generalmajor Pechmann wurden von der kaiserlichen Regierung gänzlich ausgesogene und verwüstete Ortschaften in Mähren zu Winterquartieren angewiesen. Als innerhalb weniger Wochen über 500 Mann erkrankten, hob Kurfürst Max III. den mit Frankreich ohne Zeitbestimmung abgeschlossenen Militärvertrag auf. Anfang Januar 1759 trafen die Bayern in einer Stärke von 4000 Mann in ihrer Heimat ein[2].

Der Verlauf des Feldzuges im östlichen Deutschland blieb nicht ohne Rückwirkung auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Herzog Ferdinand von

---

[1] Schäfer a. a. O. II, 75—93.

[2] Kreisarchiv München, Die Auxiliartruppen 1758.

Braunschweig hatte mit dem verbündeten Heere bei Krefeld (15. Juni 1758) die Franzosen unter dem unfähigen Prinzen von Condé angegriffen und besiegt. Der Major Luckner schlich sich mit seinen Husaren an das Lager der Franzosen; er warf eine Abteilung der französischen Infanterie, welche die linke Flanke des Lagers deckte, über den Haufen, drang in das Lager, schlug drei Schwadronen, die sich rasch formiert und sich ihm entgegengestellt hatten, eine nach der andern in die Flucht und erbeutete 60 Pferde, mit denen er ungehindert abzog. Am andern Tage sprengte er plötzlich in die von Franzosen besetzte Stadt Urdingen, vertrieb die Besatzung und führte das ganze Gepäck und viele Pferde als gute Beute weg; die Stadt brandschatzte er mit 2000 Stück Louisdor und 15 000 Rationen, weil die Franzosen aus den Fenstern auf seine Husaren geschossen hatten. Wegen dieser Thaten wurde Luckner (17. Juli) zum Oberstlieutenant befördert und seine Husaren auf 450 Mann erhöht[1]. Der Herzog von Braunschweig befahl dem hannöverischen General von Wangenheim, mit einem Armeecorps die Stadt Düsseldorf, welche von Franzosen und Rheinpfälzern unter dem General von Isselbach besetzt war, zu erobern. Nach einer kurzen Beschießung forderte Wangenheim die Stadt zur Übergabe auf und ging mit dem Stadtkommandanten einen Stillstand ein, damit dieser sich bei seinem Landesherrn in Mannheim Verhaltungsmaßregeln einholen konnte. Am rheinpfälzischen Hofe war man dem Bündnis mit Frankreich und dem Kriege überhaupt abgeneigt, weil die schönsten Landschaften verwüstet worden waren. Kurfürst Karl Theodor hatte ungeachtet der französischen Subsidiengelder keine Lust, sein Schloß in Düsseldorf und die darin aufbewahrte wertvolle Gemäldesammlung der Franzosen halber in Brand schießen zu lassen; er erteilte dem General Isselbach den Befehl, die Stadt den Hannoveranern auszuliefern, wenn sie von den Franzosen einer Beschießung preisgegeben werden würde. Als der Prinz von Condé einen Entsatz nicht zusagen konnte, kapitulierte Isselbach. Erst im Herbst erschien der französische Marschall Marquis de Contades mit einem Armeecorps vor Düsseldorf und vertrieb die hannöverische Besatzung. General Soubise brachte einem englisch-hannöverischen Corps unter dem General Oberg, der sich der Stadt Kassel bemächtigen wollte, bei Lutternberg (10. Oktober) eine empfindliche Niederlage bei. Nach diesen Erfolgen bezogen die Franzosen an den beiden Rheinufern die Winterquartiere[2]. Herzog Ferdinand, der mit seinen schwachen Truppen zur Defensive gezwungen war, verteilte seine Soldaten zur leichtern Verpflegung in die rheinischen und westfälischen Bistümer. Zur See behaupteten die Engländer ein entschiedenes Übergewicht über die Franzosen; sie brachten ganz Senegambien in ihre Gewalt, nahmen den Fran-

---

[1] Pfeilschifter a. a. O. I, 177.
[2] Arneth a. a. O. V, 420—424.

zosen alle Festungswerke und Magazine weg und zerstörten ihren afrikanischen Handel. Nur in Ostindien errangen die Franzosen einige Vorteile, in Amerika aber besetzten die Briten das Ohiogebiet und trafen Anstalt zur Eroberung der Festung Quebec und des ganzen Canada, wozu ihnen die Festung Louisbourg auf Cap Breton einen vorteilhaften Stützpunkt gewährte[1].

Maria Theresia und Fürst Kaunitz hatten ihre Absicht, Preußen mit Hilfe der Franzosen und Russen zu unterwerfen, abermals nicht erreicht; sie ließen jedoch den Mut nicht sinken, weil sie die Schuld des Mißlingens nicht in den Fehlern ihrer Entwürfe, sondern in der ungeschickten Kriegführung ihrer Bundesgenossen sahen. Für den nächsten Feldzug machten sie sich zum Vorsatze, die Operationen der französischen und russischen Armee mit der kaiserlichen Heeresleitung in Einklang zu bringen. Von Papst Klemens XIII. erlangten sie für Österreich und Frankreich durch besondere Indulte die Vollmacht, die Klöster und Stifter zum Kriege gegen Preußen zu besteuern. Der französische Minister Graf Bernis bemühte sich, den Frieden herzustellen, weil das finanziell erschöpfte Frankreich die Last des doppelten Krieges zu Land und zur See nicht tragen konnte. Auch König Ludwig XV. war bereit, auf alle in geheimen Vertragsartikeln ausbedungenen Gewinste zu verzichten; denn an seinem Hofe war jedermann überzeugt, daß der König von Preußen nicht so leicht und so schnell überwunden werden könne, als man gehofft hatte. Nach dem Verluste des französischen Gebietes am Lorenzostrome bat Bernis die Kaiserin Maria Theresia mit jammervollen Worten, von Frankreich keine weiteren Opfer mehr zu fordern. Staatskanzler Kaunitz erwiderte ihm, die Kaiserin werde erst dann Friedensvorschläge machen, wenn der preußische König vernichtet sei. Da Bernis die Verträge, die sein Werk waren, nicht brechen wollte, so legte er das Ministerium des Äußern in die Hände des Herzogs von Choiseul, eines Günstlings der Pompadour und früheren Botschafters in Wien; dieser hielt die Allianz mit Österreich aufrecht. Der französische König entschloß sich zur Fortsetzung des Krieges auf den Bericht seines Gesandten in Petersburg, daß die Zarin den stärksten Kriegseifer kundgebe und zur Unterwerfung des preußischen Königs ihren letzten Rubel und ihren letzten Soldaten setzen werde. Choiseul setzte die Subsidiengelder für die deutschen Fürsten um die Hälfte herab, um die Finanzen für die französische Kriegführung zu erhalten; dadurch machte er die fürstlichen Bundesgenossen wankelmütig. Der Kurfürst von Bayern unterhandelte mit England über einen Neutralitätsvertrag gegen „Friedenssubsidien". In gleicher Absicht trat der pfälzische Kurfürst mit dem Hofe von St. James in Verbindung. Minister Pitt machte Max III. Anerbietungen, forderte aber von ihm eine Gegenleistung; darüber zerschlugen

---

[1] Gfrörer a. a. O. IV, 1, 331—340.

sich die Verhandlungen. Bayern, Pfalz und Kurköln erneuerten das Bündnis mit Frankreich und Österreich und begnügten sich mit den verminderten französischen Jahrgeldern. Mit den übrigen Reichsständen bewilligten sie dem Kaiser Franz I. 20 Römermonate. Durch diese Erfolge wurde die kaiserliche Regierung ermutigt, daß sie gegen Friedrich II. als Kurfürsten von Brandenburg, den König Georg II. von England als Kurfürsten von Hannover, den Herzog von Braunschweig und ihre Verbündeten eigenmächtig gegen die Reichsverfassung die Acht aussprach. Der König von Preußen antwortete damit, daß er den Kaiser für abgesetzt erklärte und die Kurfürsten zu einer Neuwahl aufforderte. Die hannöverische Regierung machte in scharfen Ausdrücken Einspruch gegen die Ächtung und beleuchtete in dem Protest die Verdienste Hannovers um Österreich und das Bündnis des Kaisers mit Frankreich zum Verderben des Deutschen Reiches. Die protestantischen Reichsstände, die „evangelische Körperschaft", legten gegen das verfassungswidrige Achtsverfahren Verwahrung ein, weil Franz I. die von ihm beschworene Wahlkapitulation verletze, in welcher er sich verpflichtet habe, bei einer Achtserklärung eine Kommission von Reichsständen beider Konfessionen einzusetzen. Auch die katholischen Stände gaben die Versicherung, daß sie von den Reichsinstitutionen nicht abgehen werden; Bayern versprach, in diesem Sinne auf die anderen wittelsbachischen Höfe einzuwirken. Die kaiserliche Regierung suchte die Beschwerde der „evangelischen Körperschaft" über Verfassungsverletzung zu entkräften und ging über die Frage des Achtsverfahrens in unbestimmten Ausdrücken hinweg[1].

Der König von Preußen sehnte sich in seinem Winterquartier zu Breslau mit ganzer Seele nach Beendigung des furchtbaren und aufreibenden Krieges. William Pitt aber war im Gefühle der Überlegenheit zur Fortsetzung der Feindseligkeiten fest entschlossen, um die französische Seemacht von Grund aus zu zerstören. Friedrich II. blieb daher nichts übrig, als mit gesamter Kraft und allen möglichen Mitteln seinen Gegnern die Spitze zu bieten. Münzpächtern überließ er gegen beträchtliche Zahlungen die Ausprägung geringhaltiger Münzen. In Mecklenburg ließ er alle militärfähigen Männer unter seine Regimenter stecken und Kontributionen an Geld, Pferden und Lebensmitteln eintreiben. Dem Gouverneur von Schlesien, Grafen von Schlabrendorf, befahl er, alle Proviantvorräte zu sammeln und den Kartoffelbau zwangsweise einzuführen. Mit den englischen Subsidien errichtete Friedrich eine reitende Artillerie und erhöhte das Heer des Prinzen Ferdinand von Braunschweig auf 75 000 Mann. Während die verschiedenen Armeen noch lagerten und sich rüsteten, überschritt Ferdinand die Fulda, um die Franzosen am Main zu überrumpeln; allein er wurde von General Broglie, der

[1] Schäfer, Der Siebenjährige Krieg, II, 110—215.

noch zur rechten Zeit über den Anmarsch der Verbündeten in Kenntnis gesetzt worden war, bei Bergen (13. April 1759) in die Flucht geschlagen. Prinz Heinrich von Preußen, der in Sachsen das Kommando hatte, rückte Anfang Mai in Franken ein und bedrohte die Flanke der Reichs- und österreichischen Truppen bei Münchberg und Kulmbach; diese traten den Rückmarsch über Bamberg bis Nürnberg an. Während der preußische General Fink mit einem Corps durch das Fichtelgebirge bis Kemnath vordrang, zog der General Knobloch mit einer Abteilung über Rosenberg und Lichtenfels gegen Bamberg, wo die großen Magazine der Reichsarmee angelegt waren. Der Pfalzgraf von Zweibrücken beauftragte den Generalmajor Kolb, mit 8 Bataillonen die Vorräte in Bamberg zu vernichten. Eben waren die Soldaten mit dem Zerstörungswerke beschäftigt, als die Preußen die Stadt erstürmten und vollständig ausplünderten und das Bistum um 580 000 Thaler brandschatzten. Friedrich Michael hatte bei Nürnberg ein festes Lager geschlagen und dachte schon an einen Rückzug bis an die Donau, weil seine Truppen wegen fortgesetzt schlechter Verpflegung demoralisiert waren, viele Soldaten entliefen und die protestantischen gegen die Preußen wegen Religionsgenossenschaft nicht kämpfen wollten[1]. Die preußischen Husaren streiften bis Erlangen und Herzogenaurach; Prinz Heinrich konnte jedoch die in Franken und der Oberpfalz gewonnenen Vorteile nicht ausnützen und mußte nach Sachsen zurückkehren, weil der russische General Graf von Soltikoff mit 70 000 Mann aus Polen an die Oder marschierte, um sich mit den Österreichern zu vereinigen. Soltikoff warf den preußischen General von Wedell, den Friedrich II. mit 30 000 Mann zum unbedingten Angriff auf die Russen entsendet hatte, bei Crossen über den Haufen und bezog auf den Höhen von Kunersdorf gegenüber der Stadt Frankfurt an der Oder ein Lager, wo er die Ankunft der Österreicher erwartete[2]. Auf die Nachricht von der Niederlage Wedells eilte der König mit 48 000 Mann herbei, um die Russen zu schlagen, ehe die Österreicher zu ihnen stoßen. Feldmarschall Daun schickte 18 000 auserlesene Soldaten unter dem tüchtigen Feldmarschall-Lieutenant Laudon, einem geborenen Livländer und ehemals russischen Offizier, in Eilmärschen nach Kunersdorf. Laudon erreichte die Vereinigung durch einen meisterhaften Flankenmarsch über Pribus und Guben nach Frankfurt, der den Preußen unentdeckt blieb. Die Russen und Österreicher waren 78 000 Mann stark und hatten eine vorteilhafte Stellung inne; dennoch lieferte ihnen Friedrich (12. August 1759) eine Schlacht, wurde aber durch das entscheidende Eingreifen Laudons nach einem blutigen Ringen gänzlich besiegt. Der König, der mit knapper Not dem Tode oder der Gefangenschaft

[1] Baader, Die Preußen in Nürnberg und den benachbarten Gebieten 1757—1763.
[2] Schäfer a. a. O. II, 285—319.

entrann, verzweifelte an seinem Geschicke; denn er hatte über 18000 Tote und Verwundete, 5700 Gefangene und beinahe alle Geschütze verloren. Er selbst sagte, daß er nicht bloß die Schlacht, sondern seine ganze Sache verloren habe; an seinen Minister Finkenstein schrieb er: „Mein Unglück ist, daß ich noch lebe.“ [1]

Hätte Daun nach der Schlacht bei Kunersdorf sich mit den Russen vereinigt, so hätte er, wie Friedrich II. selbst urteilte, den Krieg beendigen können; allein General Soltikoff wollte nach großen Verlusten in der letzten Schlacht keine weiteren Anstrengungen mehr für Österreich machen, und Daun war in die Lausitz eingerückt, um Sachsen zu erobern. Der Reichsfeldmarschall war nach dem Abmarsche des Prinzen Heinrich aus Franken über Baireuth, Forchheim und Königshofen durch den Thüringerwald (August 1759) in Sachsen einmarschiert; er vertrieb die kleinen preußischen Abteilungen in einzelnen Städten, besetzte Leipzig und belagerte Dresden. Als ihm Daun zur Unterstützung ein Armeecorps schickte, forderte er den Stadtkommandanten zur Übergabe Dresdens auf. General Schmettau kapitulierte (4. September), weil er nur eine kleine Besatzung hatte und von dem König nach der Niederlage bei Kunersdorf einen Entsatz nicht erwarten konnte [2]. Der Verlust Dresdens war für Friedrich II. ein empfindlicher Schlag, weil diese Stadt sein Hauptwaffenplatz und der vorteilhafteste Stützpunkt für seine Operationen war. Während der Unthätigkeit der Russen hatte er sein geschlagenes Heer wieder auf 33000 Mann gebracht und den General Wunsch mit 5000 Mann zum Entsatze Dresdens nach Sachsen entsendet. Wunsch traf am Tage nach der Übergabe der Hauptstadt ein; er griff die 10000 Mann starke Reichsarmee an und schlug sie in die Flucht. Durch diesen Sieg bahnte er dem König den Weg nach Sachsen; dieser befahl dem General Fink, mit einem Corps zu Wunsch zu stoßen und in Verbindung mit dem Prinzen Heinrich Sachsen zu erobern. Mit dem Großteil seines Heeres folgte er den vereinigten Russen und Österreichern, welche gegen Glogau marschierten, mit dem Entschluß, ihnen trotz ihrer überlegenen Zahl die Spitze zu bieten; allein Soltikoff vermied aus Ärger über Dauns Operationen jede Schlacht und bezog im Oktober die Winterquartiere [3]. General Fink bemächtigte sich der den Preußen jüngst abgenommenen Plätze. Der Reichsfeldmarschall wagte es nicht, ihn mit seinen unzuverlässigen Truppen anzugreifen. Als auch Heinrich in Sachsen einmarschierte, eilte Daun aus Böhmen herbei, vereinigte sich mit der Reichsarmee und nahm im „Plauenschen Grund“ bei Dresden eine un-

---

[1] Janko a. a. O. 87—102. Historische Zeitschrift von Sybel, XXIII, Bericht über die Schlacht bei Kunersdorf 1759.

[2] Archenholtz, Geschichte des Siebenjährigen Krieges, I, 361—434.

[3] Schäfer a. a. O. II, 320—335.

angreifbare Stellung. Friedrich II. wollte vor Eintritt des Winters die Kaiserlichen gänzlich aus Sachsen verdrängen und kam selbst mit seinem Heere nach Sachsen. Dem General Fink befahl er, mit 13500 Mann die Kaiserlichen im Rücken anzugreifen. Als dem Pfalzgrafen von Zweibrücken durch Kundschafter die Annäherung feindlicher Reiterabteilungen bei Dippoldiswalde gemeldet wurde, entsandte er den Feldzeugmeister Grafen von Holnstein mit 2000 Bayern, damit er die anrückenden Preußen angreife. Die preußischen Husaren fielen, begünstigt durch einen dichten Nebel, (16. November 1759) den Bayern in die Flanke. Holnstein zog sich fechtend in den nahen Wald zurück, wo die bayerischen Grenadiere wackern Widerstand leisteten, bis preußische Infanterie auf allen Seiten in die Waldung drang, die Bayern in einen Thalweg trieb und ihre Geschütze eroberte. Die Bayern flohen nach Dresden, wo sie von einem österreichischen Reitercorps aufgenommen wurden[1]. Daun ging dem General Fink mit 26500 Mann entgegen und nahm dessen ganzes Corps bei Maxen (20. November) gefangen, wodurch die Bayern ihre verlorenen Kanonen wieder erhielten. Friedrich II. hatte in diesem für ihn unglücklichsten Feldzug seine besten Soldaten verloren, und die Gefahr des Unterliegens trat an Preußen drohender als je heran. Prinz Heinrich machte mit Recht seinem Bruder viele Vorwürfe über die trostlose Lage, denn er hatte in dem Feldzuge 1759 manche verhängnisvolle Fehler gemacht; dennoch wäre ohne ihn die Sache Preußens verloren gewesen. Es war für Friedrich von großer Bedeutung, daß Prinz Ferdinand von Braunschweig mit glücklichem Erfolge den Krieg geführt hatte[2].

Im westlichen Deutschland zeichnete sich wieder der kühne Reiterführer Luckner in mehreren Gefechten aus. Als der Prinz von Braunschweig die Franzosen aus Bremen und Osnabrück schlug, überfiel Luckner die Nachhut der Franzosen nachts in dem Dorfe Holzhausen; die einen entkamen nur im bloßen Hemde, die anderen wurden niedergehauen und der Brigadegeneral Graf von Dessales, mehrere Offiziere und 168 Gemeine gefangen. Der französische Marschall Contades wich mit seinen Truppen an die Weser zurück, um sich mit den am rechten Ufer stehenden Franzosen unter dem Marschall Broglie zu vereinigen. Luckner erhielt von Ferdinand zwei Grenadierbataillone zur Verstärkung und griff 3000 Franzosen bei dem Dorfe Lage an; als er sich ihnen bis auf Schußweite näherte, wurde er von einem lebhaften Gewehrfeuer empfangen und einige seiner Leute getötet und verwundet. Nach der ersten Salve sprengte er mit seinen Husaren mitten unter die Franzosen, ehe sie mit dem Laden fertig waren; seine Husaren gaben keinen Pardon,

---

[1] Kreisarchiv München, Kreiskontingentstruppen 1759.

[2] Arneth, Geschichte Maria Theresias, VI, 48—61.

sondern säbelten alles nieder und verfolgten die Flüchtlinge bis an die Brücke von Minden. Luckner erbeutete viel Gepäck und nahm einige hundert Franzosen gefangen; zum Lohne wurde er zum Obersten befördert und in den Adelsstand erhoben. Bei Herford lieferte Prinz Ferdinand (1. August 1759) den Franzosen eine Schlacht und brachte ihnen eine schwere Niederlage bei; sie verloren 8000 Tote und Verwundete, 30 Geschütze und eine Menge Fahnen und Standarten; auch die Kriegskasse und zahlreiche Gepäckwagen wurden von den Siegern erbeutet. Luckner verfolgte die fliehenden Franzosen und nahm ihnen das Kriegsarchiv und das Gepäck der Generale und Stabsoffiziere. Marschall Contades mußte die Stadt Minden und Hessen räumen und sich über die Weser zurückziehen, wurde aber von den Engländern und Hannoveranern hitzig verfolgt. Bei Niederbrechen wollte Oberst Luckner eine französische Abteilung unter dem Oberstlieutenant von Bosse mit einem fliegenden Corps aufheben, allein seine Gegner erfuhren durch einen Spion seine Ankunft und erwarteten ihn zum Angriffe. Sobald Luckner ihre Aufstellung erblickte, machte er schnell eine Seitenschwenkung und fiel ihnen in die Flanke; an der Spitze seiner tapferen Reiter zersprengte er die französischen Schwadronen, hieb den Oberstlieutenant und 45 Mann nieder und erbeutete über 100 Pferde und 100 Gepäckwagen. Als der Erbprinz von Braunschweig mit einem Armeecorps gegen die Stadt Fulda, wo der mit Frankreich verbündete Herzog von Württemberg mit 12000 Mann Lager geschlagen hatte, marschierte, veranstaltete der sorglose Herzog einen glänzenden Ball, zu dem er alle Damen der Stadt eingeladen hatte. Schon hatte der Herzog unter rauschender Musik den Ball mit der Gattin des Bürgermeisters eröffnet, als Oberst Luckner mit seinen Husaren und Dragonern durch die offenen Stadtthore unter Trompetenschall in die Straßen sprengte; ihm folgte der Erbprinz mit der Vorhut. Die Württemberger, die sich zur Wehre setzten, wurden teils niedergehauen, teils zersprengt, und 1200 gefangen. Dem Herzog glückte es, mit dem Reste seiner Soldaten unter dem Dunkel der Nacht zu entfliehen. Prinz Ferdinand drängte die Franzosen nach Franken zurück und entsandte den Erbprinzen mit einem Armeecorps nach Sachsen, um das stark geschwächte Heer der Preußen zu verstärken. Marschall Broglie glaubte die durch den Abmarsch des Erbprinzen geminderte Armee der Verbündeten noch im Winter angreifen und schlagen zu können; er versuchte (25. Dezember) die Stadt Gießen zu überrumpeln. Allein Ferdinand war auf der Hut und schlug die anrückenden Franzosen zurück. Luckner überfiel einen aus Infanterie und Kavallerie zusammengesetzten Vorposten der Franzosen bei Ober-Wilten; der französische Kommandant Graf von Murat, 5 Offiziere und 208 Mann wurden gefangen und 30 niedergesäbelt. Ein strenger Winter zwang die beiden kriegführenden Parteien, die Quartiere zu beziehen. Am Ende des Feldzuges

war Ferdinand wieder im Besitze aller Länder und Ortschaften, wie beim Beginne des Siebenjährigen Krieges[1].

Die Engländer hatten in dem Feldzuge 1759 die Franzosen zur See in mehreren Gefechten besiegt und ihnen wichtige Besitzungen entrissen. In Nordamerika eroberten sie die Festung Quebec, das Bollwerk der französischen Herrschaft am Lorenzostrom, und damit Canada. An der portugiesischen Küste bei Lagos und an der Nordküste Frankreichs bei Quiberon besiegten sie die französische Flotte. Der Premierminister Choiseul war geneigt, über einen Frieden zu unterhandeln, und Preußen und England boten hierzu bereitwillig die Hand. Die Kaiserin Elisabeth von Rußland aber verwarf jede friedliche Unterhandlung, weil ihr mitgeteilt worden war, daß die bei Zorndorf gefangenen Russen von den Preußen hart behandelt worden seien, und weil sie die eroberte Provinz Preußen dem russischen Reich einverleiben wollte. Maria Theresia dachte erst dann an einen Frieden, wenn Schlesien erobert und der preußische König überwunden sei. Choiseul wurde von dem Gedanken beunruhigt, Österreich und Rußland möchten nach Unterwerfung Preußens zu mächtig werden, und suchte sich unmittelbar mit England zu verständigen[2]. Minister Pitt ging auf Unterhandlungen ein, weil Friedrich II. der britischen Regierung in mehreren Schreiben entwickelt hatte, daß er kaum den nächsten Feldzug überstehen und Sachsen zurückgeben werde, wenn seine Lande vom Feinde geräumt würden; die preußischen Staaten werde er unverkürzt behaupten oder untergehen. Zugleich wies er auf die Möglichkeit hin, daß bei dem wahrscheinlichen Aussterben der wittelsbachischen Linie in Bayern sich Maria Theresia mit einem Gebiete dieses Landes für Schlesien entschädigen könnte. Dieser Vorschlag fand bei Pitt keinen Beifall, weil er überzeugt war, daß Frankreich in eine Verkürzung der rheinpfälzischen Wittelsbacher an der bayerischen Erbschaft schwerlich willigen werde. Der von Friedrich II. zuerst erdachte Plan, Bayern zum Entschädigungsobjekte für Österreich zu machen, wurde zwar diesmal fallen gelassen, jedoch bald wieder hervorgeholt. Der Herzog von Choiseul wollte auf einem Kongreß im Haag (Januar 1760) mit England allein einen Frieden vereinbaren und den Krieg mit Österreich gegen Preußen fortsetzen. Minister Pitt handelte bundestreu gegen Friedrich II. und lehnte alle Anerbietungen der französischen Regierung ab, weil sie Preußen von den Verhandlungen ausschloß. Für den nächsten Feldzug wurde allseitig gerüstet, allein ein gegenseitiges Mißtrauen unter den Verbündeten lähmte die Kriegführung. Choiseul verwandte die meisten Streitkräfte für den deutschen Kriegsschauplatz, weniger um Österreich einen Dienst zu leisten, als vielmehr um Frankreichs Macht auf dem Kontinent

[1] Pfeilschifter a. a. O. I, 177. Archenholtz a. a. O. 434—501.
[2] Gfrörer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, IV, 1, 341—346.

zur Geltung zu bringen und sich mit Eroberung Hannovers eine Handhabe für den Frieden mit England zu sichern. Die russischen Staatsmänner und Generale fuhren fort, ihre Schritte vorsichtig zu messen, um die Kriegsmittel Rußlands zu schonen und nicht durch unzeitigen Diensteifer den Zorn des Großfürsten-Thronfolgers Peter, des begeisterten Verehrers Friedrichs, herauszuforden [1]. In diesen politischen Verhältnissen lag die Rettung Friedrichs II. und des preußischen Staates.

Maria Theresia wollte in dem Feldzug 1760 den Krieg mit überwältigender Macht zu Ende führen. Das Heer des Feldmarschalls Daun wurde auf 70000 Mann erhöht, und dem Feldzeugmeister Laudon wurden 45000 Mann übergeben mit der Bestimmung, daß sie durch die Lausitz nach Schlesien marschieren und den Russen an der Oder die Hand reichen sollten [2]. Der König von Preußen konnte den feindlichen Heeren, die 200000 Mann zählten, nur 90000 Streiter gegenüberstellen. Den Oberbefehl in Sachsen behielt er sich mit 40000 Mann vor und beauftragte seinen Bruder Heinrich, eine Vereinigung der Russen und Österreicher zu verhindern und die Marken zu decken. Dem General Fouqué befahl er, mit 15000 Mann das schlesische Gebirge zu verteidigen. Der Feldzug wurde nicht frühzeitig eröffnet, weil man sich in Petersburg und Wien über einen gemeinsamen Operationsplan nicht einigen konnte, und Feldmarschall Soltikoff sich aus Abneigung gegen das österreichische Bündnis vorgenommen hatte, die Österreicher wohl zu unterstützen, aber die russische Armee nicht aufs Spiel zu setzen. Laudon erschien zuerst auf dem Kampfplatz; er marschierte (Ende Mai) mit 40000 Mann in die Grafschaft Glatz und vernichtete bei Landeshut (23. Juni) mit einer dreifach überlegenen Streitmacht das Corps Fouqués bis auf einen kleinen Rest. Durch diesen Sieg öffnete er sich den Weg zur Belagerung der Festung Glatz. Als Friedrich II. von der Einschließung dieser Festung hörte, führte er sein Heer aus dem Lager bei Meißen nach Schlesien und gab dem General Hülsen den Befehl, Sachsen mit einem kleinen Truppencorps gegen die Reichsarmee zu decken, die von Schleiz und Gera langsam über Plauen nach Dresden vorrückte [3]. Feldmarschall Daun eilte in Gewaltmärschen nach Schlesien, um sich mit Laudon zu verbinden und den preußischen König mit Übermacht anzugreifen; allein Friedrich kehrte um und ging auf Dresden los. Der Reichsfeldmarschall erhöhte die Besatzung in Dresden bis auf 14000 Mann und nahm mit den Reichstruppen und einem österreichischen Armeecorps unter dem General Lacy bei Dohna und Groß-Sedlitz auf der Straße nach Böhmen Stellung. Während die Preußen die

---

[1] Schäfer a. a. O. II, 335—367.

[2] Janko, Laudons Leben 163—167.

[3] Archenholtz, Geschichte des Siebenjährigen Krieges in Deutschland, II, 4—219.

Vorstädte von Dresden niederbrannten, kam Daun in kurzen Märschen aus Schlesien zurück, vermied aber eine Schlacht, in der Meinung, die Hauptstadt werde sich halten; er löste die dortige Besatzung durch frische Truppen ab und sperrte den Preußen alle Zufuhr. Nachdem Friedrich 5 Kirchen und 416 Häuser mit einem Schaden von fast 2 Millionen Thalern eingeäschert hatte, hob er die Belagerung auf und ging in die Gegend von Meißen zurück [1].

Am Wiener Hofe und noch mehr auf sächsischer Seite war man entrüstet, daß Daun Dresden nicht kräftiger geschützt und nicht in Gemeinschaft mit dem Pfalzgrafen und Lacy den preußischen König angegriffen hatte. Dafür war es dem Feldzeugmeister Laudon geglückt, die Festung Glatz zu erobern, wo viele Mund- und Kriegsvorräte gesammelt waren. Ungehindert konnte er gegen die Stadt Breslau vorrücken; er forderte sie zur Übergabe auf mit der bedrohlichen Meldung, daß in wenigen Tagen die Russen zum vereinten Angriff eintreffen werden. Der Stadtkommandant von Tauenzien, der damals den Dichter Lessing zu seinem Sekretär hatte [2], wies entschieden eine Kapitulation zurück und verteidigte tapfer die Stadt, welche durch weite, mit Wasser gefüllte Gräben gegen einen Sturm geschützt war. Die Beschießung der Österreicher blieb wirkungslos, weil ihnen schweres Geschütz mangelte. Als Prinz Heinrich in Eilmärschen von Glogau herankam, zog Laudon ab und suchte die Verbindung mit Soltikoff auf, der Anfang August von Posen nach Schlesien marschiert war. Friedrich II. brach mit 30000 Mann von Meißen nach Schlesien auf, um seinen Bruder gegen die Übermacht der verbündeten Gegner zu schützen. Daun verstärkte sich durch das Corps Lacy und folgte bedächtig dem König an der rechten Flanke. An der Katzbach stieß er zu Laudon und brachte seine Armee auf 90000 Mann. Friedrich II. wurde durch die österreichische Übermacht und Mangel an Lebensmitteln genötigt, auf die Höhen von Liegnitz zurückzukehren. Auf ernsten Befehl der Kaiserin Maria Theresia und ihres Kanzlers Kaunitz entschloß sich endlich Daun, die Preußen anzugreifen und sie durch Überflügelung zu erdrücken. Der König durchschaute sofort die Absicht seines Gegners und brach noch abends nach Breslau auf. Am andern Morgen (15. August 1760) traf er unerwartet auf Laudon, der mit 35000 Mann die Katzbach überschritten hatte, in der Voraussetzung, daß Daun und Lacy zu gleicher Zeit an den Feind kommen werden; ehe sich aber seine gedrängten Kolonnen in dem ungünstigen Gefechtsfelde bei Liegnitz zum Aufmarsche formieren konnten, wurden sie von den beweglicheren Preußen angegriffen und mit großen Verlusten über die Katzbach zurückgeschlagen [3]. Der König rettete durch den Sieg bei

---

[1] Schöning, Der Siebenjährige Krieg, II, 349—364.
[2] Danzel, Lessing und seine Zeit, I, 461.
[3] Janko a. a. O. 187—202.

Liegnitz, den er durch sein überlegenes Feldherrntalent erfochten hatte, sich und sein Heer von einem nahen Verderben. Daun hatte während des Liegnitzer Treffens in seiner gewohnten Thatlosigkeit verharrt; er ging über die Katzbach zurück, und Soltikoff marschierte von der Oder nach Norden. Friedrich II. hatte seinen Sieg bei Liegnitz durch Briefe an seinen Bruder absichtlich übertrieben und sie in die Hände der Russen gespielt; ungehemmt konnte er nach Breslau ziehen und sich mit Heinrich vereinigen [1].

Pfalzgraf Friedrich Michael von Zweibrücken war indes mit 31 000 Mann vom „Plauenschen Grund" über Wilsdruf gegen die rechte Flanke des preußischen Generals Hülsen gezogen, welchen Friedrich II. mit einem Armeecorps bei Meißen zur Beobachtung des Reichsheeres zurückgelassen hatte. Hülsen wich nach Strehla zurück und schlug die Nachhut der Reichstruppen, welche unter dem Prinzen von Stolberg in einem weiten Abstande von dem Großteil lagerte, trotz des zähen Widerstandes der bayerischen Grenadiere (20. August 1760) in die Flucht; dennoch konnte sich Hülsen in seiner Stellung gegen die weit überlegenen Feinde auf die Länge nicht halten und mußte sich nach Torgau zurückwenden. Als Friedrich Michael Anstalt traf, ihn in Torgau einzuschließen, zog er sich über Wittenberg nach Brandenburg zurück, und Torgau ergab sich dem übermächtigen Gegner auf die erste Aufforderung. Kursachsen war bis auf die befestigte Stadt Wittenberg (Ende September) von den Preußen geräumt, und auch diese Stadt kapitulierte, nachdem das Schloß zumeist durch die bayerische Artillerie zertrümmert und der dritte Teil der Gebäude niedergebrannt war. Der König von Preußen mußte Sachsen aufgeben, weil ein russisch-österreichisches Heer in Brandenburg einrückte und Daun die Festung Schweidnitz belagerte; er entsendete ein Corps nach Jglau an der Oder zur Beobachtung des russischen Hauptheeres unter Soltikoff und vertrieb den Feldmarschall Daun durch einen unvermuteten Angriff. An der gebirgigen Grenze Böhmens standen beide Gegner sich vorsichtig und wachsam einander gegenüber, bis Friedrich die Nachricht erhielt, daß die Russen und Österreicher (9. Oktober) Berlin erobert hätten. Als er nach der Mark aufbrach, zogen sich die verbündeten Feinde nach Frankfurt an der Oder und Torgau zurück. Der König marschierte in Sachsen ein und drängte die Reichsarmee von Leipzig nach Chemnitz zurück. Daun hatte von der Kaiserin den gemessenen Befehl erhalten, Sachsen zu behaupten und zu diesem Zwecke eine Schlacht zu liefern. Allein der Feldmarschall besetzte mit 60 000 Mann die Höhen von Süptitz an der Straße von Torgau nach Düben, aus Besorgnis, die Preußen könnten ihm die Rückzugslinie nach Böhmen abschneiden; Sachsen und die Reichsarmee überließ er ihrem Schicksal [2]. Friedrich griff seinen

[1] Arneth a. a. O. VI, 110—160.

[2] Arneth a. a. O. VI, 165—181.

Gegner mit gewohnter Entschlossenheit (3. November) an. Die Front der Österreicher ließ er durch einen Teil seines Heeres unter dem erprobten General Ziethen bedrohen und festhalten, während er mit dem Großteil die westliche Flanke derselben umging und vom Norden die Schlacht eröffnete. Daun erkannte aus den Bewegungen der Preußen den Plan ihres Königs und änderte seine Stellung. In einem mörderischen Kampfe wurde Friedrich verwundet und zurückgeworfen; erst gegen Abend gelang es Ziethen, die Höhen zu erstürmen und den Sieg zu erringen. Die Kaiserlichen zogen sich über Torgau nach Dresden zurück und verschanzten sich hinter dem „Plauenschen Grund“ in einem gedeckten Lager. Friedrich folgte ihnen, um sie vollends aus Sachsen zu werfen; allein sie wichen nicht aus ihren befestigten Stellungen[1]. Dagegen wurden die Reichstruppen aus der Gegend von Chemnitz nach Franken zurückgedrängt. Der Pfalzgraf, der schon längst seiner undankbaren Aufgabe überdrüssig war, legte den Oberbefehl nieder und übernahm, mit dem Maria-Theresia-Orden ausgezeichnet, ein Generalkommando in Ungarn. Die Reichsarmee bezog zwischen Hof, Bamberg und Saalfeld, die Österreicher in der Umgegend von Dresden und die Preußen zwischen Meißen, Naumburg und Wittenberg die Winterquartiere. Die Russen überwinterten wie bisher in der Landschaft an der Weichsel[2]. Friedrich II. hatte in keinem Feldzug sein großes Feldherrntalent so glänzend bewiesen als 1760, denn er behauptete gegen die zweifache Übermacht seiner Gegner das Gleichgewicht und gewann trotz den früheren furchtbaren Niederlagen noch zwei Schlachten. Nicht so günstig verlief für ihn der Feldzug im westlichen Deutschland.

Der einsichtsvolle und erfahrene Marschall Broglie war mit 120 000 Franzosen im Auftrage seiner Regierung in Hannover einmarschiert, um den König und Kurfürsten Georg II., der sein Erbland Hannover auf Kosten Englands begünstigte, zum Frieden zu vermögen. Die französische Vorhut erlitt bei Marburg eine bedeutende Niederlage, und der Bayer Nikolaus Luckner, den der König von Preußen mit dem Range eines Generalmajors in seine Dienste genommen hatte, überfiel mit seiner Brigade ein französisches Armeecorps bei Emsdorf unweit Ziegenhain, hieb fast ein ganzes Husarenregiment nieder und machte 2500 Franzosen nebst einem Marschall, einem Prinzen von Anhalt-Köthen und zwei Grafen zu Kriegsgefangenen[3]. Nicht so glücklich war der Erbprinz von Braunschweig, der mit 30 000 Mann die Festung Wesel belagerte; er wurde von den Franzosen bei dem Kloster Camp besiegt und zurückgeschlagen. Mit dem Entsatze Wesels endete der Feldzug ohne Entscheidung. Broglie hatte sich Hessens und eines Teiles von

---

[1] Schäfer a. a. O. II, 427 f. III, 10—179. [2] Janko a. a. O. 217—220.
[3] Pfeilschifter, Der bayerische Plutarch 2c., I, 183—191.

Hannover bemächtigt, und Prinz Ferdinand von Braunschweig setzte in Westfalen und im Göttinger Kreise dem Vordringen der Franzosen Schranken. Minister Pitt war mit der Kriegführung Ferdinands vollkommen zufrieden, weil Großbritannien für seine überseeischen Unternehmungen dadurch freie Hand behielt, daß Frankreich sich an Mannschaften und Finanzen in Deutschland erschöpfte; sein Hauptziel war, die Eroberung Canadas zu vollenden. Die Franzosen wollten sich wieder in den Besitz der Festung Quebec setzen, allein ihre Kriegsschiffe wurden im Lorenzostrom von den Engländern vernichtet und sie dadurch gezwungen, die Belagerung Quebecs aufzuheben und sich nach Montreal, ihrem letzten Festungswerk, zurückzuziehen. Als die Briten auch Montreal in ihre Gewalt brachten, war die französische Herrschaft in Canada beendigt. In Ostindien bemächtigten sie sich der französischen Handelskolonien, und nach dem entscheidenden Sieg, den sie (1760) bei Wandewasch erfochten, nahmen sie (1761) Pondichery, den letzten Waffenplatz der Franzosen, weg [1].

Nach den großen Verlusten, die Frankreich jenseits des Ozeans erlitten hatte, bemühte sich der Premierminister Choiseul, unter den kriegführenden Mächten eine Verständigung über Friedensverhandlungen zu erreichen. In England, wo Georg III. (Oktober 1760) den Thron bestiegen hatte, rechnete man auf ein baldiges Ende des kostspieligen Krieges, und Friedrich II. ersehnte aus tiefstem Gemüte den Frieden. Am Wiener Hofe war man durch die Vorstellungen Dauns zur Überzeugung gekommen, daß der König von Preußen nicht überwunden werden könne. Fürst Kaunitz nahm das Friedensgeschäft in seine Hand und schlug einen europäischen Kongreß nach Augsburg vor; auf demselben wollte er die Grafschaft Glatz als Schlüssel zu Böhmen zurückfordern und Ansprüche auf Bayern, wo der Kurfürst noch immer kinderlos war, erheben. Dem Herzog von Choiseul ließ er durch den österreichischen Botschafter in Paris vorstellen, daß in Ansbach und Baireuth die hohenzollerischen Linien dem Aussterben nahe seien und die beiden Markgrafschaften nach einem Hausvertrage dem Könige von Preußen zufallen werden; dadurch würde Preußen den Grenzen Böhmens in bedrohliche Nähe gerückt werden und deshalb sei aus diesen Gebieten eine Sekundogenitur für die Hohenzollern zu errichten. Auch auf Bayern lenkte der Staatskanzler die Aufmerksamkeit des Premierministers und meinte, dieses Nachbarland durch spitzfindige Auseinandersetzungen für Österreich erwerben zu können; er gab zwar zu, daß im Westfälischen Friedensvertrag den pfälzischen Wittelsbachern die Nachfolge in der Oberpfalz und der bayerischen Kur gewährleistet worden sei, aber Ober- und Niederbayern würden als erledigte Lehen an das Reich zurückfallen [2]. Während Kaunitz die hohenzollerischen Haus-

[1] Gfrörer a. a. O. IV, 1, 417—419. [2] Arneth a. a. O. VI, 188—225.

verträge anerkannte, verwarf er die wittelsbachischen, obgleich das Erbrecht der Wittelsbacher auf Bayern in mehreren kaiserlichen Urkunden seit Otto IV. (1209) bestätigt und die alten Lehensverhältnisse der Reichsfürsten zum Kaiser durch den Westfälischen Frieden und die Wahlkapitulationen längst aufgehoben worden waren. Der bayerischen Regierung blieb der Schacherhandel, den der Staatskanzler mit Bayern treiben wollte, unbekannt; sie beharrte überhaupt in einer großen Teilnahmslosigkeit an dem ganzen Kriege und ordnete nur dann militärische Maßregeln an, wenn die Grenzen Bayerns von einem feindlichen Angriff bedroht wurden. In der letzten Karnevalszeit wurde in München ein maskierter Hofball abgehalten, bei welchem von den kurfürstlichen Personen und dem bayerischen Adel eine Bauernhochzeit veranstaltet wurde. Dem Balle wohnte der Kardinalerzbischof und Kurfürst Klemens August von Köln, ein Vetter Maximilians III., mit großem Gefolge bei; auch Bischof Joseph von Augsburg und die Kurprinzessin von Sachsen reisten nach München, um inmitten des Krieges an den Hoffestlichkeiten teilzunehmen [1]. Der Herzog von Choiseul ging auf einen Kongreß in Augsburg ein, in dem Glauben, auf demselben eher den Krieg mit England beendigen zu können; auch von Stockholm, Warschau und Petersburg liefen zustimmende Antworten ein. Minister Pitt aber stellte an Frankreich Bedingungen, welche der Versailler Hof mit der französischen Ehre unvereinbar hielt. Choiseul schloß mit Spanien gegen England ein Bündnis, und sobald die reichen spanischen Schiffe aus Westindien gesichert in den Hafen von Cadix einliefen, erklärte Spanien den Engländern den Krieg [2].

Während der Verhandlungen über Berufung eines Friedenskongresses machte Prinz Ferdinand von Braunschweig, der den Tadel Friedrichs II. über die Erfolglosigkeit seiner letzten Operationen schmerzlich empfand, (Februar 1761) einen Zug gegen ein Armeecorps der Franzosen und Sachsen bei Langensalza und zersprengte es. Der durch diesen Angriff überraschte Marschall Broglie sammelte eiligst am Main seine Streitkräfte und drängte mit seinem überlegenen Heere nach einigen unentschiedenen Gefechten die verbündeten Truppen bis Braunschweig zurück, wurde aber zumeist durch die Umsicht und Verwegenheit des Generalmajors von Luckner an die Werra und den Main zurückgeworfen. Der König von Preußen besorgte in seinem Hauptquartier in Meißen unermüdet die Ergänzung seines Heeres und Kriegsbedarfes. In Meißen erschien bei beginnendem Frühling ein bisher gefährlicher Gegner der Preußen, der französische Stabsoffizier Kaspar Thürrigl von Gossersdorf, der mit dem Versailler Hofe, der Maitressenwirtschaft des Königs Ludwig XV.

---

[1] Brunner S., Der Humor in der Diplomatie und Regierungskunde des 18. Jahrh., I, 108—110.

[2] Schäfer a. a. O. III, 180—200.

und seiner Generale und mit der obersten Heeresleitung immer unzufriedener geworden war. Als Thürrigl von der raschen Beförderung seines Landsmannes Luckner hörte, erfaßte ihn eine unwiderstehliche Lust, sich im offenen Felde auszuzeichnen, und er schickte an das Kriegsministerium in Paris das Bittgesuch, ein Freiwilligencorps zu errichten. Es wurde ihm abgeschlagen, weil er im Auskundschaftsdienste unentbehrlich war; um ihn zu beruhigen, wurde er zum Oberstlieutenant befördert. Dieser Rang genügte ihm nicht, und während er sich mit verschiedenen Plänen beschäftigte, erhielt er von dem alten pensionierten Obersten Gschray, der wegen seiner liederlichen Söhne und Verwandten von Straßburg nach Donauwörth übergesiedelt war und von seinen Gläubigern zur Zahlung seiner Schulden gedrängt wurde, einen Brief mit dem Auftrage, den Marschall Belleisle zu überreden, daß er ein deutsches Freiwilligencorps für die französische Armee werben dürfe. Als Belleisle nicht darauf einging, schrieb Gschray nach wenigen Wochen dem Oberstlieutenant einen Brief mit der Lüge, daß er von England und Preußen ermächtigt sei, ein deutsches Freicorps zu werben; er forderte ihn auf, nach Donauwörth zu reisen, damit er in dem neuen Corps die Stelle eines Stabschefs übernehme. Thürrigl schenkte ihm Glauben und erbat sich während der winterlichen Waffenruhe einen kurzen Urlaub. In Donauwörth fand er den Obersten Gschray sehr gealtert und fast gänzlich taub, so daß er unverrichteter Sache in das französische Hauptquartier zurückkehren wollte. Gschray, welcher die Schwächen der Offiziere gut kannte, führte ihm seine hübsche Base aus Monheim, eine gewandte Lustdirne, zu, und diese wußte ihn in ihre verführerischen Netze so zu verstricken, daß er zu seinem Verderben in den Plan des alten Obersten einwilligte und nach Meißen reiste, um dem König von Preußen die Errichtung eines Freiwilligencorps anzubieten. Friedrich II., der in den beiden letzten Feldzügen viele Soldaten verloren hatte, schloß (9. April 1761) mit Thürrigl den Vertrag ab, daß Gschray zum Generalmajor und Thürrigl zum Stabschef desselben ernannt und ihnen 25000 Thaler aus der preußischen Kriegskasse angewiesen werden, um in Nordhausen 1000 Mann zu Fuß und 600 zu Pferd anzuwerben. Der neue Generalmajor nahm meist Vaganten und Schergenknechte in sein Corps auf und verzeichnete in der Standliste weit mehr Offiziere, Gemeine und Waffen, als es in Wirklichkeit waren, wodurch er den preußischen König um 5000 Thaler betrog; damit bezahlte er seine Schulden. Thürrigl säumte nicht, die Betrügereien Gschrays und den schlechten Zustand der geworbenen Freiwilligen dem König und Prinzen Heinrich zu berichten. Als Gschray hiervon erfuhr, schickte er an das preußische Hauptquartier eine Schrift mit der verleumderischen Anklage, daß Oberstlieutenant Thürrigl mit dem Versailler Hofe in hochverräterischer Korrespondenz stehe und das ganze Freiwilligencorps den Franzosen ausliefern wolle. Prinz Heinrich erließ an

Gschray sofort den schriftlichen Befehl, Thürrigl zu verhaften und in die Festung Magdeburg abzuführen; damit hatte der ehemalige Eisenamtmann seine verräterische Absicht erreicht [1].

Während der Vertragsunterhandlungen mit Thürrigl hatte der König von Preußen dem General Linden befohlen, mit einem Armeecorps die Reichstruppen aus dem sächsischen Vogtlande zu werfen. Linden überfiel sie (2. April 1761) bei Saalfeld und besiegte sie. Das bayerische Kontingent wich von Plauen an die Elster zurück, wurde aber von den fünffach überlegenen Preußen umzingelt und teils zersprengt, teils gefangen. Die Reichsarmee ging in voller Unordnung in das Bamberger Bistum zurück [2]. Friedrich II. war der russische und österreichische Feldzugsplan durch den Großfürsten-Thronfolger Peter und den General Tottleben verraten worden; demnach entwarf er seinen Feldzugsplan, indem er seinem Bruder Heinrich mit 30000 Mann die Verteidigung Sachsens anvertraute und den General Ziethen mit 22000 Mann nach Breslau entsendete, um die Bewegungen der Russen zu beobachten [3]. Der russische Feldmarschall Buturlin hatte mit vier Divisionen die Grenze Schlesiens überschritten, und der Feldzeugmeister Laudon rückte mit 60000 Mann nach Oberschlesien an die Oder, um sich mit ihm bei Oppeln zu vereinigen. Unvermutet warf sich Friedrich in Eilmärschen den Österreichern bei der Festung Neiße entgegen und verhinderte die Verbindung seiner Gegner. Laudon täuschte den König durch geschickte Scheinbewegungen und stieß in Oberschlesien zu den Russen; die beiden Heere erreichten eine Stärke von 130000 Mann. Der König, der nur über 55000 Mann gebot, verschanzte sich in einer vorteilhaften Stellung bei Bunzelwitz fast bis zur Unangreifbarkeit, um Schweidnitz und Breslau zu decken. Laudon faßte im Vertrauen auf die große Übermacht sogleich den Entschluß, die Preußen anzugreifen; allein Buturlin und seine Generale hielten eine Schlacht für zu gewagt und mit zu vielen Opfern verbunden. Unter dem Vorwande, es gingen die Lebensmittel zur Neige, zog sich der russische Feldmarschall (Mitte September 1761) über die Oder nach Polen zurück und überließ dem österreichischen Feldzeugmeister 16000 Mann unter dem General Czernitscheff. Der wahre Beweggrund des Rückzuges Buturlins war die aus Petersburg eingetroffene Nachricht, daß die Kaiserin Elisabeth bedenklich erkrankt sei und ihr Nachfolger immer stärker seine preußische Gesinnung kundgebe. Der kühne preußische General von Platen verfolgte mit 10000 Mann die abziehenden Russen, zerstörte bei Kobylin ihr Magazin und überfiel bei Gostyn einen Zug von 5000 Wagen mit Geld, Munition und Proviant; er zersprengte die Bedeckung und erbeutete

---

[1] Pfeilschifter a. a. O. I, 147—153. Der glücklich bayerische Eisenamtmann Gschray a. a. O. 185 ff.

[2] Schreiber W., Max Joseph III. der Gute, Kurfürst von Bayern 67—69.

[3] Arneth a. a. O. VI, 236—245.



die mit reichen Vorräten versehenen Wagen. Buturlin erhielt von der Zarin den Befehl, nach Pommern zu marschieren, dort zu überwintern und die Festung Kolberg zu erobern, welche von den Russen seit mehreren Monaten vergeblich belagert wurde. Erst Mitte November fiel Kolberg nach einer heldenmütigen Verteidigung der kleinen Besatzung in die Gewalt der Russen [1].

Friedrich II. marschierte von Bunzelwitz nach Neiße, um durch einen Scheineinfall in Mähren den Feldzeugmeister Laudon aus seiner günstigen Stellung am schlesischen Gebirge herauszumanövrieren. Für Laudon war der Abmarsch der Preußen erwünscht; er ließ sie durch ein Armeecorps beobachten und den Gebirgsausgang im Weistritzthale decken und rückte gegen die Festung Schweidnitz, die sich in einem mangelhaften Verteidigungszustande befand und von wenigen Truppen besetzt war. Nach einer kurzen Beschießung erstürmten die Österreicher und Russen die Festungswerke und die Stadt (1. Oktober 1761). Durch diesen unvorhergesehenen Schlag wurde der preußische König auf die strengste Defensive zurückgedrängt und schickte ein Corps nach Brandenburg zur Deckung Berlins. Infolge dieser Bewegung ließ Laudon eine Abteilung nach Sachsen zur Verstärkung des Heeres Dauns abgehen [2]. In Sachsen beschränkte sich der ganze Feldzug auf einzelne Vorpostengefechte, weil Daun ungeachtet seiner Armee von 50 000 Mann aus der Defensive nicht heraustreten wollte, und Prinz Heinrich, der nur 30 000 Mann unter seinem Befehle hatte, es nicht konnte. Die schlecht ausgerüsteten und noch schlechter verpflegten Reichstruppen unter dem kaiserlichen Feldmarschall Grafen von Serbelloni besetzten einige Städte im südlichen Sachsen und drangen bis gegen Leipzig vor, wurden aber von den Preußen zurückgeschlagen. Die Reichssoldaten, namentlich die bayerischen, welche von dem Generalmajor Grafen von Rambaldi befehligt wurden, desertierten aus Hunger nach Hunderten und traten in die französische Armee am Rhein, wo sie hohes Handgeld empfingen und um niedrigen Preis Lebensmittel und Luftbirnen sich kaufen konnten [3]. Als das Verstärkungscorps Laudons eintraf, schob Daun sein Heer vor, um einen größern Raum zu Winterquartieren zu gewinnen. Dies war die letzte That des ereignislosen Feldzuges 1761. Die Schweden hatten keine nennenswerte Operation ausgeführt, und die Franzosen hatten bei Vellinghausen unweit Soest von den Engländern und Hannoveranern eine Niederlage erlitten. Dennoch wären sie den Verbündeten überlegen gewesen, wenn die beiden Marschälle Broglie und Soubise einträchtig gehandelt hätten; sie machten sich gegenseitig Vorwürfe über den Verlust des Treffens bei Vellinghausen, und Broglie marschierte mit der einen Hälfte der Armee nach Hannover

[1] Schäfer, Der Siebenjährige Krieg, III, 215—321.
[2] Janko a. a. O. 292—295.
[3] Kreisarchiv München, Kreiskontingentsakten vom Juni bis November 1761.

und Soubise mit der andern gegen Münster. Als die Vorhut Broglies in das Göttinger Gebiet einrückte, kam ein Überläufer von dem Gschrayschen Freiwilligencorps zum kommandierenden Obersten von Grand-Maison und meldete ihm, daß in Nordhausen das ganze Corps leicht überrumpelt und aufgehoben werden könne. Der Oberst brach sogleich mit einer Abteilung Kavallerie gegen Nordhausen auf, sprengte (23. August) nachts ungehindert in die unbewachte Stadt und nahm den Generalmajor Gschray und die meisten Freiwilligen gefangen; sie wurden in die von Franzosen besetzte Festung Landau abgeliefert. Der Rest der Gschrayschen Soldaten floh nach Halberstadt in das englisch-hannöverische Lager. Marschall Broglie marschierte unaufhaltsam auf die Stadt Hannover los. Prinz Ferdinand von Braunschweig, der den braunschweigischen Erbprinzen mit einer Abteilung zur Verfolgung des Prinzen von Soubise entsendet hatte, war zu schwach, dem Marschall eine Schlacht zu liefern; er wandte sich plötzlich nach Hessen-Kassel, um den Franzosen dort die Zufuhr abzuschneiden. Generalmajor von Luckner nahm mit seinem fliegenden Corps ein französisches Magazin mit 6000 Getreidesäcken weg. Kaum war er mit diesen Vorräten bei der Hauptarmee angekommen, so erhielt er um Mitternacht von Ferdinand den Befehl, mit seinem Corps nach Hameln zu marschieren und diese Stadt, welche der französische Marschall Vicomte de Belsunce mit einer starken Abteilung belagerte, zu entsetzen. Luckner brach sofort auf, setzte über die Weser, stürzte sich mit seinen Husaren bei Dassel auf ein französisches Dragonerregiment und nahm es gefangen. Das verblüffte Corps der Franzosen zerstob, die Infanterie wurde von der Reiterei durch das Lucknersche Corps abgeschnitten und das Schweizerregiment nebst sämtlichen Offizieren gefangen. Zur Anerkennung dieser siegreichen That wurde Luckner zum Generallieutenant befördert und mit dem Kommando über ein Armeecorps betraut. Die Franzosen drangen bis zur Festung Wolfenbüttel vor, gingen aber bei Anbruch des Winters in ihre früheren Stellungen zurück [1].

Mit Beginn des nächsten Jahres trat zu Gunsten des Königs von Preußen eine entscheidende Wendung ein. Seine gefährliche Gegnerin, die Zarin Elisabeth, starb (5. Januar 1762), und ihr Neffe und Nachfolger Peter III., Herzog von Holstein-Gottorp, hielt es für seine Lebensaufgabe, die Rechte seines Hauses auf Schleswig zu verfechten und an dem dänischen König Rache zu nehmen. Den Hohenzollern in Berlin fühlte er sich zum Danke verpflichtet, weil sie zu jeder Zeit gegen das holstein-gottorpische Haus wohlgesinnt gewesen waren, und er rechnete sicher auf den Beistand Friedrichs II. gegen Dänemark. Gleich nach seiner Thronbesteigung übertrug er den Oberbefehl über das russische Heer dem Feldmarschall Soltikoff, einem ausgesprochenen

---

[1] Schäfer a. a. O. III, 322—333. Pfeilschifter a. a. O. I, 190—192.

Gegner des österreichischen Bündnisses, und schloß mit Preußen nicht nur Frieden, sondern auch (19. Juni) ein Bündnis, in welchem sich beide Monarchen ihre Staaten gewährleisteten und sich verbindlich machten, sich gegenseitig mit 20000 Mann zu unterstützen. In einem geheimen Artikel versprach Friedrich, das Anrecht des Zaren auf Schleswig zur Anerkennung zu bringen. Der Friede mit Rußland zog auch den Frieden mit Schweden nach sich, wo das Volk nach Beendigung des Krieges seufzte. Am Wiener Hofe schlug das Ableben der russischen Kaiserin Elisabeth die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang des Krieges nieder. Der österreichische Hofkriegsrat konnte nur mit größter Anstrengung die notwendigsten Lebensmittel auftreiben, und der Geldmangel war so drückend, daß man sich zu dem verzweifelten Mittel entschloß, das Heer zu vermindern[1]. Während der Feldmarschall Daun in der Ebene bei Schweidnitz die Bewegungen des preußischen Königs beobachtete, marschierte der Feldzeugmeister Prinz von Stolberg mit der schwachen Reichsarmee aus Franken nach Sachsen, um sich mit dem österreichischen Heere unter dem Feldmarschall Serbelloni zu vereinigen; allein ehe es geschah, zersprengte Prinz Heinrich den linken Flügel der Österreicher bei Döbeln an der Mulde und zwang die Reichstruppen zum Rückzuge von Chemnitz bis Baireuth. Friedrich II. hatte sich inzwischen in seinem Lager bei Lissa (Ende Juni 1762) mit 20000 Russen unter dem General Czernitscheff verstärkt und die linke Flanke Dauns umgangen, um ihm die Rückzugslinie nach Böhmen abzuschneiden. Daun zog sich langsam über Kunzendorf auf die Höhen bei Burkersdorf zurück, um sich die Verbindung mit der Festung Schweidnitz offen zu halten. Der König entschloß sich, die Österreicher mit Gewalt von den Burkersdorfer Höhen zu vertreiben. Allein ein Eilbote aus Petersburg überbrachte (18. Juli) dem General Czernitscheff die Nachricht, daß Peter III. entthront und ermordet worden sei, und den Befehl der regierenden Zarin Katharina II., daß er das russische Hilfscorps von den Preußen trenne und nach Polen zurückführe. Friedrich überredete Czernitscheff, den Abmarsch um drei Tage zu verschieben. Am 21. Juli griff er die Österreicher bei Burkersdorf und Leutmannsdorf an, während die Russen als unthätige Zuschauer in ihrem Lager standen. Die Preußen erstürmten die Höhen und bedrohten den Rücken der Österreicher. Daun zog sich in die Grafschaft Glatz zurück und gab die Verbindung mit Schweidnitz auf. An demselben Tage trat Czernitscheff den Rückzug nach Polen an, und Friedrich schritt zur Belagerung der Festung Schweidnitz, die nach zweimonatlicher tapferer Verteidigung (9. Oktober) kapitulierte. Damit endete der Krieg in Schlesien, und der König konnte eine Abteilung nach Sachsen zur Verstärkung seines Bruders entsenden[2].

---

[1] Arneth a. a. O. VI, 284—311. Archenholtz a. a. O. II, 320—412.
[2] Schäfer a. a. O. III, 401—523. Arneth a. a. O. VI, 311—315.

Mittlerweile war die Reichsarmee von Baireuth über Eger wieder in Sachsen eingerückt, um sich bei Dresden mit den Österreichern zu vereinigen. General Haddick, der statt Serbelloni das Oberkommando erhalten hatte, schlug die Preußen bei Freiberg mit beträchtlichen Verlusten in die Flucht, wobei die bayerischen Grenadiere aufs neue ihre Tapferkeit erprobten. Prinz Heinrich rief die entsendeten Abteilungen zu sich und marschierte von seinem Lager bei Rossen gegen Freiberg, wo Haddick und Stolberg mit 50 Bataillonen und 70 Schwadronen Lager geschlagen hatten. Er umging mit 31 Bataillonen und 71 Schwadronen die linke Flanke seiner Gegner und griff (29. Oktober 1762) gleichzeitig das Zentrum und den rechten Flügel, wo die Bayern standen, ungestüm an. Das Reichsheer wurde überrascht und, ehe es sich in Schlachtordnung formieren konnte, mit einem lebhaften Artilleriefeuer beschossen. Die preußische Reiterei warf sich mit voller Wucht auf die Bayern, welche sich, wiewohl nur von einer mangelhaften Artillerie unterstützt, mit ungebeugtem Mute in ihrer Stellung behaupteten, bis das Zentrum von der preußischen Infanterie durchbrochen und ihre beiden Flanken bedroht wurden. Nach einem dreistündigen Gefechte wurden die Reichstruppen und die Österreicher mit einem Verluste von 7000 Toten und Verwundeten, 30 Geschützen und 19 Fahnen besiegt, während die Preußen nur 1500 Mann verloren hatten. Als Friedrich II. (6. November 1762) aus Schlesien in Meißen eintraf, befahl er den Generalen Belling und Kleist, mit zwei fliegenden Corps in Franken einzufallen und dort Brandschatzungen zu erheben, um den Reichsständen zu zeigen, daß sie vom Kaiser keinen Schutz zu gewärtigen hätten. Belling überfiel Baireuth und entsendete eine Abteilung nach dem reichen Kloster Waldsassen, um eine ungeheure Menge von Lebensmitteln und Rindern zu fordern. Der Prälat mußte einige Patres zu Geiseln stellen, bis er die zweite Hälfte der Kontribution geleistet hätte. General Kleist erstürmte die unbesetzten Städte Bamberg, Windsheim, Rotenburg und Nürnberg und brandschatzte sie um 3½ Millionen Thaler[1]. Eine Schwadron Husaren streifte in das Bistum Eichstätt und nahm bei Blaufelden eine Abteilung bischöflicher Reiter gefangen. Der Adel, die Mönche und Nonnen im Mittelfränkischen flohen nach den befestigten Städten Ingolstadt und Donauwörth, wo sie großenteils von den Befehlshabern wegen unzureichender Lebensmittel zurückgewiesen wurden. Andere preußische Schwadronen überfielen Michlfeld und Weidenberg, plünderten in Kemnath, Kirchenpingarten und Kirmsees und zogen über Neumarkt nach Altdorf. Eine Schwadron „schwarzer Husaren“ stürmte nach Freistadt und brandschatzte alle umliegenden Pfarrhöfe und Wirtshäuser. Am 4. Dezember rückten sie in Hemau ein und ritten noch an demselben Tage bis zu den Höhen von

[1] Baader, Die Preußen in Nürnberg und den benachbarten Gebieten 1757—1762.

Winzer und der Donaubrücke bei Regensburg. Der Schrecken ging durch das ganze Reich; schon dachten die Reichstagsgesandten an Abreise. Die „schwarzen Husaren“ kehrten um und ritten nach Nürnberg zum General Kleist zurück. Der Kurfürst von Bayern bot den Landsturm auf, um die Donaulinie von Passau bis Donauwörth zu befestigen und zu besetzen. Den Abt von Speinshart beauftragte er, in Verbindung mit dem Bischof von Würzburg-Bamberg und dem Markgrafen von Baireuth mit Preußen über einen Frieden zu unterhandeln und den Kaiser hiervon in Kenntnis zu setzen[1]. Viele Reichsstände waren zu einer Neutralität geneigt, weil das Reich wehrlos war. Auch von den mit dem Kaiser verbündeten Franzosen war keine Verteidigung zu erwarten, denn sie waren von den Engländern und Hannoveranern in einem hitzigen Gefecht bei Wilhelmsthal bis nach Kassel und Fulda zurückgeschlagen worden. Generallieutenant von Luckner verfolgte sie mit seinem Armeecorps, in welchem viele Bayern dienten; bei Grävenstein und Marienborf griff er die französische Reiterei an, warf sie über den Haufen und machte viele Gefangene. Zur Einbringung von Lebensmitteln führte Luckner sein tapferes Corps über Traysa und Hersfeld nach Fulda; er ließ (25. Juli) vor der Stadt seine verwegenen Husaren absitzen und überstieg mit ihnen die Mauer; er hob die französische Besatzung nebst 24 Offizieren auf, erbeutete 300 fette Ochsen und erzwang von den Einwohnern und dem Fürstabt 70 000 Thaler Brandschatzung. Am Johannisberg ließ sich der Erbprinz von Braunschweig verleiten, die weit stärkeren Franzosen anzugreifen; seine ganze Infanterie wäre von den Gegnern aufgerieben worden, wenn nicht Luckner sich ihnen im rechten Moment mit seinen Husaren entgegengeworfen hätte. Prinz Ferdinand von Braunschweig wollte den Feldzug noch mit einer Errungenschaft beschließen und ließ die von 7000 Franzosen besetzte Stadt Kassel durch ein Armeecorps belagern; er selbst nahm mit dem Großteil seines Heeres in der Nähe eine solche Stellung, daß die Franzosen der Stadt keine Unterstützung gewähren konnten, und den Belagerten die Zufuhr von Lebensmitteln abgeschnitten wurde. Die Franzosen machten mehrere Ausfälle, wurden aber durch die Wachsamkeit und Kühnheit der Lucknerschen Husaren immer mit Verlust zurückgeschlagen. Nach wenigen Wochen wurde die Hungersnot in der Stadt so groß, daß sie sich (1. November) ergeben mußte. Der französische Marschall Estrées, der statt des von seinen Feinden am Versailler Hofe gestürzten Marschalls Broglie den Oberbefehl über die französische Armee erhalten hatte, schickte sich zum Abmarsch an den Rhein an[2].

---

[1] Schreiber W, a. a. O. 70—74.

[2] Archenholtz, Der Siebenjährige Krieg in Deutschland, II, 413 f. Schäfer, Der Siebenjährige Krieg, III, 529—659.

Den Franzosen hatte die Fortsetzung des Krieges und das Bündnis mit Spanien keinen Gewinn an Macht und Ruhm gebracht. Die Spanier hatten einen Einfall in das mit England verbündete Portugal gemacht, mußten sich aber mit einem kleinen eroberten Gebiete begnügen, weil das französische Hilfscorps sich mit ihnen nicht vereinigte. Zur See erlitten die alliierten bourbonischen Höfe einen Verlust nach dem andern. Die Briten besetzten in Westindien die einträgliche Insel Martinique und nahmen den Franzosen alle Besitzungen bis auf St. Domingo und den Spaniern die reiche Hafenstadt Havanna und die Philippinen weg. Der neue englische Minister Lord Bute wurde von neidischer Parteileidenschaft gegen den entlassenen William Pitt geleitet und bot Spanien und Frankreich ohne Rücksicht auf den verbündeten König von Preußen den Frieden an. Beide Staaten gingen auf denselben sogleich ein, und am 10. Februar 1763 wurde in Paris der Vertrag unterzeichnet. Die Engländer erhielten die von den Franzosen und Spaniern eroberte Insel Minorca zurück, und als neue Eroberung fiel ihnen zu ganz Canada und Acadia, Florida und Louisiana am westlichen Mississippi und die westindischen Inseln Granada, St. Vincent, Dominica, Tabago und in Afrika Senegal. Frankreich und England einigten sich, auch in Deutschland den Krieg zu beendigen. Auf dem Reichstag in Regensburg gab der preußische Gesandte die Erklärung ab, sein König werde jene Reichsstände, welche dem Bündnis mit dem Kaiser entsagen, mit ganzer Macht gegen jeden Feind schützen. „Eine solche Sprache", rief der kurkölnische Gesandte aus, „ist in einer Reichsversammlung von einem Stande gegen seine Mitstände noch niemals geführt worden. Wenn dies also angeht, so liegt die kaiserliche Autorität im Reich gänzlich zu Boden, das Reichssystem aber über dem Haufen." Der österreichische Gesandte trat kräftig für den Reichstagsbeschluß von 1757 auf, allein aus Furcht vor preußischen Brandschatzungen leiteten einzelne Reichsstände mit Friedrich II. Verhandlungen ein, und dieser gab (5. Dezember 1762) dem Freiherrn von Plotho die Vollmacht, Konventionen mit den Reichsständen abzuschließen. Zuerst unterhandelte mit Preußen die bayerische Regierung auf Betrieb der Herzogin Maria Anna, der Gemahlin des Herzogs Klemens von Bayern; diese wünschte aus patriotischer Obsorge um die Erhaltung Bayerns gegen die Eroberungsgelüste des Wiener Hofes dem preußischen König einen glücklichen Ausgang des Krieges, um Österreich im Zaume zu halten. Die geheime Konvention bestimmte, daß Bayern fortan seine Truppen im Lande behalten und keine Geldbeiträge zur Kriegführung gegen Preußen leisten werde. Den preußischen Truppen wurde freier Durchzug zugesagt und die Freundschaft zwischen Bayern und Preußen erneuert. Insbesondere verpflichtete sich König Friedrich, sich Bayerns bestens anzunehmen und alle feindlichen Absichten gegen dasselbe möglichst zu hintertreiben. Die Ratifikationen dieser Konvention wurden

am 6. Januar 1763 ausgewechselt. Die bayerischen und schwäbischen Kreisstände hatten sich Mitte Dezember (1762) versammelt und an den Kaiser die Bitte gerichtet, ihnen ihre Kreistruppen zur eigenen Verteidigung zu verabfolgen. Im Namen des Bischofs von Würzburg-Bamberg unterzeichnete der Freiherr von Rotenhan mit General Kleist eine „Neutralitätspunktation". Kurpfalz schloß am 23. Januar 1763 in Regensburg mit Preußen eine ähnliche Konvention wie Bayern ab. Die kaiserliche Regierung gab sich zwar die größte Mühe, die Lossagung der Reichsstände zu hintertreiben, und der Prinz von Stolberg wollte durch Besetzung der Markgrafschaften Baireuth und Ansbach den Abmarsch der Kontingente verhindern; dennoch zogen kleine Abteilungen bayerischer, württembergischer und kurpfälzischer Truppen nach Hause. Auf Antrag des französischen und englischen Gesandten in Regensburg wurde im Reichstag über eine Neutralität mit Preußen beraten, und trotz dem Einspruch des kaiserlichen Bevollmächtigten stimmten 42 Stände für Annahme der Neutralität. Das Bedürfnis der Reichsstände nach Beendigung des Krieges war zu mächtig, und sie schlossen am 11. Februar die Neutralität ab [1].

Maria Theresia wurde nicht nur durch den Abfall der Reichsstände, sondern auch durch die Niederlagen im letzten Feldzug zu Friedensunterhandlungen mit Preußen gedrängt. Nach einem Berichte des Feldmarschalls Daun war das österreichische Heer infolge schlechter Ernährung und bösartiger Krankheiten, sowie durch die Unzufriedenheit der Offiziere, die sich bedeutende Gehaltsabzüge gefallen lassen mußten, der Auflösung nahe, und die österreichischen Staatskassen waren so erschöpft, daß die Kosten eines neuen Feldzuges nicht mehr bestritten werden konnten. Die Kaiserin übertrug die Vermittlung dem König-Kurfürsten August III. von Polen-Sachsen, um sich den demütigenden Schritt zu ersparen, dem verhaßten König von Preußen den Frieden anzubieten. Friedrich II. wurde gleichfalls durch Geldnot, Entvölkerung und Elend seiner Lande zum Frieden gezwungen und willigte in einen Kongreß, der in dem sächsischen Jagdschloß Hubertsburg Ende Dezember 1762 eröffnet wurde. Maria Theresia ließ ihre Ansprüche auf Schlesien und Glatz fallen, und Friedrich verstand sich zu dem Versprechen, dem Erzherzog Joseph seine Stimme zur Wahl des Römischen Königs zu geben. Entschieden weigerte er sich, Sachsen für die erlittenen unermeßlichen Verluste schadlos zu halten. August III. gab seine Forderungen auf, weil er sie mit Gewalt nicht durchsetzen konnte. Am 15. Februar 1763 wurde der Friede zwischen Österreich, Preußen und Sachsen abgeschlossen und der Länderbestand wie vor dem Kriege wiederhergestellt [2]. Dennoch

[1] Schäfer a. a. O. III, 660—701.

[2] Arneth a. a. O. VI, 353—380. Archenholtz a. a. O. II, 412—426.

hatte der Siebenjährige Krieg die politische Lage Europas verändert. Frankreich hatte seine frühere Wohlhabenheit und Macht eingebüßt und England sich auf seinen Höhepunkt geschwungen. Österreich verlor für immer Schlesien und richtete von nun an sein ganzes Streben auf Schadloshaltung durch Erwerbung Bayerns. Preußen war als europäische Großmacht gesichert und dadurch in Deutschland ein Dualismus der Großmächte begründet, der das Reich durch Eifersucht und Mißtrauen über ein Jahrhundert spaltete. Während der Wiener Hof den Verlust Schlesiens durch Bayern zu ersetzen suchte, setzte die preußische Regierung alle Macht und Mittel ein, um jede Vergrößerung Österreichs in Deutschland und damit dessen Übergewicht im Reich zu verhindern. Die Opfer, welche das neue Staatensystem forderte, waren unberechenbar. Der Siebenjährige Krieg verschlang über 500 Millionen Thaler und raffte eine Million Menschen weg. Die Blüte der deutschen Jugend lag auf den Schlachtfeldern begraben. Viele Länder waren zu Einöden gemacht, ganze Städte und Dörfer verwüstet, Handel und Verkehr vernichtet und die Sittlichkeit in Deutschland durch die Frivolität der Franzosen verschwunden.

Die Kaiserin Maria Theresia betrieb nach Abschluß des Hubertsburger Friedens eifrigst die Erwählung ihres Sohnes Joseph zum Römischen König und ließ hierüber zuerst mit den geistlichen Kurfürsten unterhandeln, welche ihr ihre Stimmen zusagten. Auch die weltlichen Kurfürsten nahmen keinen Anstand an der Wahl des Erzherzogs. Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz sicherte jedoch der Kaiserin seine Stimme nur unter der Bedingung zu, daß sie ihm in der Oberpfalz die Herrschaft Pleistein abtrat, ihm die Anwartschaft auf die Lehen Wildenau und Plößberg versprach und allen Ansprüchen auf Jülich-Berg zu Gunsten der rheinischen Wittelsbacher entsagte. Während Kaiser Franz I. mit seinen älteren Söhnen und einem großen Gefolge über München nach Frankfurt reiste, wurde Joseph einstimmig zum König (1764) ausgerufen. Auf Zureden der kaiserlichen Eltern entschloß sich der neue König, dessen erste Gattin gestorben war, zu einer zweiten Heirat und warb um die Hand der bayerischen Prinzessin Josepha, einer Schwester des Kurfürsten Max III. Dadurch wollte der Wiener Hof Erbansprüche, wenn nicht auf Bayern, so doch auf die reichen Familiengüter, welche der kinderlose Herzog Klemens von Bayern in Böhmen besaß, für das Kaiserhaus begründen. Über die Persönlichkeit der Prinzessin schrieb der österreichische Gesandte Graf von Podstasky in München an den Fürsten Kaunitz: „Anbelangend die Eigenschaften der Hoheit Josepha, so ist derselben Frömmigkeit, Tugend, Sanftmut, Vernunft und Bescheidenheit von jedermann, der sie kennt, so belobet und bewundert, daß Eure Excellenz ohnehin hiervon Kenntnis haben dürfte.“ Der bayerische Minister Graf von Baumgarten, der aus Selbstsucht mehr österreichisch als bayerisch gesinnt war, deutete in

einer Unterredung mit Podstasky über diese Heirat an, daß dadurch die Staaten der Kaiserin erweitert werden könnten. Paumgarten, der beim Kurfürsten für die Königswahl Josephs mit Erfolg gewirkt hatte, wurde von Maria Theresia für seine österreichische Gesinnung mit 4000 Dukaten und dem Titel eines kaiserlichen Geheimen Rates belohnt [1]. König Joseph II. begab sich nach Straubing unter dem Vorwand, seiner Tante, der Prinzessin Charlotte von Lothringen, entgegenzugehen; dort traf er mit dem Kurfürsten Max Joseph und dessen Schwester (2. November 1764) zusammen. Josepha hatte sich sehr ungerne zu diesem Schritte entschlossen, den sie als demütigend für sie ansah, weil Maria Theresia vor ihr an anderen Höfen um eine Braut geworben hatte. Ihre Erscheinung machte auf Joseph einen üblen Eindruck, denn, „sie ist", schrieb er an den Herzog von Parma, „eine kleine und dicke Gestalt ohne jugendlichen Reiz. Bläschen und rote Flecken im Gesicht, häßliche Zähne, alles das konnte mich nicht versuchen, zu einem Ehestand zurückzukehren, in welchem ich gerade das Gegenteil gefunden habe." Auf die Vorstellung seiner Eltern, das österreichische Volk sei für die bayerische Prinzessin eingenommen, willigte er (1765) in die Vermählung mit Josepha. Die Ehe war mehr ein freundschaftliches als gattliches Verhältnis; Joseph wurde gegen seine Gemahlin immer gleichgiltiger, obgleich sie ihn leidenschaftlich liebte und die besten Geistes- und Gemütseigenschaften besaß. Nach nur zweijähriger Ehe starb die unglückliche Josepha an den Blattern; ihr Gemahl wohnte nicht einmal ihrem Leichenbegängnisse bei. Vor ihr war ihr Schwiegervater Franz I. (1765) aus dem Leben geschieden, und Joseph II. überkam die kaiserliche Regierung und wurde von seiner Mutter zum Mitregenten in den österreichischen Ländern ernannt, während sein Bruder Leopold das Großherzogtum Toskana erhielt [2].

---

[1] Brunner S., Der Humor in der Diplomatie und Regierungskunde des 18. Jahrh., I, 133—136, 140.

[2] Arneth, Geschichte Maria Theresias, VII, 87—105, 323—328, 148—200, 206.

Fünftes Kapitel.

Maximilians III. staatliche, kirchliche und wissenschaftliche Reformen.

Max III. Joseph wurde zu den schönsten Fürsten seiner Zeit gezählt; seine Augen, Gesichtszüge und ganze Gestalt verrieten einen klaren, ruhigen Geist. Seine Jugend hatte er in der Verbannung verlebt und die Schule des Unglücks seinen Geist und sein Gemüt geläutert und veredelt; wegen der Milde seines Herzens legte man ihm den Zunamen „des Guten" bei. Zur Gattin war ihm anfänglich eine portugiesische Prinzessin bestimmt worden, allein seine Mutter und der französische Gesandte von Chavigny in München vermittelten eine Doppelheirat zwischen Max und der sächsischen Prinzessin Maria Anna und dem sächsischen Kurprinzen Friedrich Christian mit der geistvollen bayerischen Prinzessin Marie Antonie. Maria Anna besaß unerträgliche Eigenschaften und verbitterte durch Eigensinn, Prunksucht und verschwenderische Hofhaltung ihrem Gemahl, der wegen seiner schwierigen Regierung ohne Freude und voll Sorgen war, das Leben. Des Kurfürsten Schwester Marie Antonie, die während des Siebenjährigen Krieges von Sachsen nach München übergesiedelt war, stellte zwischen ihm und seiner Gattin ein leibliches Verhältnis her[1]; allein es war nur von kurzer Dauer. Die Kurfürstin unterhielt mit dem Kämmerer und Major des Regiments Kurprinz, Freiherrn von Karg, einen geheimen Briefwechsel. Als Max, der schon längst mit eifersüchtigen Augen auf seine Gattin sah, hiervon erfuhr, wurde er aufs höchste aufgebracht; er ließ den Major sogleich verhaften und ihn in das alte Schloß Grünwald bei München, wo damals die Staatsgefangenen verwahrt wurden, abliefern, und die Hofdame Fräulein von Nanndorf, die um den Briefwechsel gewußt, aber geschwiegen hatte, wurde

---

[1] Weber C. v., Maria Antonia Walpurgis, Kurfürstin zu Sachsen 2c., I, 13—37, 123—125.



entlassen, und das Kammermädchen, das die Briefe befördert hatte, in das Schloß Burghausen abgeführt. Der Kurfürst-Erzbischof von Trier, Prinz Klemens von Sachsen, bewog den Kurfürsten, daß er sich mit seiner Gemahlin versöhnte, dem Kammermädchen und dem Major die Freiheit schenkte, letztern aber aus dem bayerischen Heere entließ[1]. Max III., ein vielseitig gebildeter Fürst, suchte und fand einen Ersatz für das mangelnde eheliche Glück in der vollen Hingebung an die schönen Künste und den Regierungsgeschäften. In der Staatswissenschaft hatte er den Professor von Ickstatt aus Kurmainz zum Lehrer. Ickstatt besaß umfassende philosophische und juridische Kenntnisse, war aber in der Staatskunde ein theoretischer Silbenstecher; er verstand es, in seinem fürstlichen Zögling Liebe für die altklassischen Studien zu erwecken und seinen Geist mit politischen Lehrsätzen zu bereichern, war aber für die wichtigste Aufgabe, den Kurprinzen zu einem praktischen Staatsmanne heranzubilden, nicht im mindesten geeignet. Max Joseph, der als Jüngling die Regierung antrat, blieb ohne alle praktischen Kenntnisse in der Staatswirtschaft und wollte aus redlichstem Eifer sein Land mit vielen Verordnungen und Organisationen bessern, schuf aber damit ein großes Beamtenheer, dessen Unterhalt bedeutende Geldsummen erforderte; zugleich bezogen zahlreiche adelige Hofschranzen und zudringliche Müßiggänger, die unter allen möglichen Titeln ein Amt ohne Beschäftigung besaßen und nach der Gunst des Landesfürsten haschten, beträchtliche Pensionen aus der Hofkammerkasse. Die Finanzen befanden sich in einer so kläglichen Lage, daß nur durch eine ernste Ordnung derselben und ein durchgreifendes Sparsystem einem Staatsbankerott vorgebeugt werden konnte. Durch die Kaiserkrone, welche Karl Albert wenig Ruhm und noch weniger Glück gebracht hatte, waren die unter Max Emanuel angehäuften Schulden bis zu einer solchen Höhe vermehrt worden, daß sie bis auf den heutigen Tag noch nicht abgezahlt sind und zu ihrer Tilgung fortwährend die Erträgnisse des Malzaufschlages verwendet werden. Der Hausschatz war noch großenteils verpfändet, und die kurfürstlichen Familiengüter wurden von Juden verwaltet. Die Agenten der Staatsgläubiger belagerten die Hofkammer, und arme Witwen und Waisen der Beamten und Offiziere drangen bis in das Kabinett des Kurfürsten und flehten um die rückständigen Besoldungen. Die Finanzbeamten griffen in ihrer Bedrängnis zu dem damals erwünschten geheimen Mittel, Gold zu machen und sperrten einen Alchimisten, der nach München mit der Angabe kam, daß er Gold machen könne, mehrere Monate in ein verborgenes Gewölbe, jagten ihn aber davon, als er sich als Betrüger erwies[2]. Es war Maximilians erstes und größtes Verdienst, daß er die Finanzen in einen

---

[1] Brunner S., a. a. O. I, 175—177.
[2] Brunner S., a. a. O. I, 80, 86.

bessern Zustand brachte. In einer Sitzung der Geheimen Räte, die er zur Beratung der Finanzverhältnisse um sich versammelte, machte der Hofkammerpräsident Graf von Törring-Jettenbach das offene Geständnis, es sei eine höchst schwierige Sache, die tief gesunkenen Finanzen in Bayern zu heben; „denn kein Fürst in Europa habe je die Regierung mit einer so großen Schuldenlast übernommen als Seine kurfürstliche Durchlaucht“. Diese Worte machten auf das weiche Gemüt Maxens einen so mächtigen Eindruck, daß er in spanische Kriegsdienste treten wollte, um den Aufwand für den Hofstaat zu ersparen. Sein vertrauter Ratgeber, Geheimer Ratskanzler Freiherr von Kreittmayr, hielt ihn von diesem Schritte durch die Ermutigung zurück, daß „Bayern nicht zu Grunde gehe, solange noch ein Gott lebe“ [1].

Auf Vorschlag der Geheimen Räte ging Max Joseph an das mühevolle Werk, einen geordneten Stand der Finanzen herzustellen und zu dieser Arbeit auch die Stände des Landes beizuziehen. Die alte Ständeverfassung hatte sich zwar formell im 18. Jahrhundert noch erhalten, aber die Rechte der Landschaft waren allmählich unterdrückt worden. Die freien Bauern, die sich nach dem Dreißigjährigen Kriege bedeutend vermehrt hatten, blieben noch immer von jeder ständischen Vertretung ausgeschlossen. Allgemeine Ständeversammlungen wurden seit 150 Jahren nicht mehr berufen, und die Thätigkeit „der Landschaftsverordneten“ war auf Eintreibung und Ablieferung der ständischen Steuern beschränkt. Die schrankenlose Herrschaft der Bourbonen in Frankreich war mit der französischen Mode und Sittenlosigkeit von Paris in alle europäischen Höfe gezogen. Von demselben autokratischen Geiste war der Unterricht durchdrungen, den Max III. von seinem Lehrer Ickstatt in der Rechts- und Staatswissenschaft erhalten hatte; denn dieser machte sich die falsche politische Theorie eigen, daß die Einheit der unbeschränkten Regierungsgewalt sich weit mehr eigne, die produktiven Kräfte des Landes zu wecken und flüssig zu machen, als eine Volksvertretung, welche eine allseitige Förderung nur ihrer Interessen anstrebe und die freie Thätigkeit der Staatsverwaltung hemme. Nach Anleitung Ickstatts berief der Kurfürst (1745) die 36 Landschaftsdeputierten nach München und forderte von ihnen, daß sie die Steuerrückstände eintreiben, die Verwaltung des Aufschlages und des Stempels an die Hofkammer abtreten und die nötigen Geldsummen zur Schuldentilgung bewilligen. Diese despotische Zumutung setzte die Ständeabgeordneten in die größte Bestürzung, und sie baten den Kurfürsten, er möchte den außerordentlichen Erlaß zurücknehmen; denn derselbe verletze ihre Ehre und ihren Kredit, und man würde sie öffentlich anklagen, daß sie ihr Amt schlecht verwaltet und die eingenommenen Steuern unterschlagen hätten. Sie verstanden sich zur Bewilligung der verlangten Geldsummen, wenn ihnen

[1] Kalb, Biographie des Freiherrn von Kreittmayr 7 ff.

das alte Recht, die Aufschlags- und Stempelgefälle zu erheben, nicht entrissen werde. Als dennoch diese Einkünfte von der Hofkammer beschlagnahmt wurden, führten die Deputierten in einer an den Kurfürsten gerichteten Denkschrift heftige Beschwerden über die vom Auslande berufenen Beamten, namentlich über den Professor von Ickstatt, welche das bayerische Volk zu verdächtigen und zu schmähen suchen. Sie sprachen den Wunsch aus, der Kurfürst möchte Eingeborene zu seinen Geheimen Räten wählen; diese werden ihm treuer dienen und ihm lieber die Wahrheit sagen, als die Ausländer. Mit ungewöhnlichem Freimut empfahlen sie ihm die Erwägung, daß jeder Regent verpflichtet sei, das Wohl seines Landes zu fördern; dies geschehe entweder durch eine weise Regierung oder durch kluge Eroberung. Hierin wären Max Emanuel und Karl Albert ihrer Pflicht nicht nachgekommen. Sie wollen nicht untersuchen, ob die Schlechtigkeit der Verbündeten oder der Mangel an staatsmännischem Talente die Ursache gewesen sei; nur das sei gewiß, daß der Wohlstand Bayerns durch die verfehlte Politik und Kriegführung der beiden letzten Kurfürsten vernichtet worden sei und nur durch eine gute Regierung wieder hergestellt werden könne. Das Volk setze sein vollstes Vertrauen in den jetzt regierenden Landesherrn und gebe sich der Hoffnung hin, daß er durch Verminderung des Heeres, Hofstaates und der Beamten den ersten notwendigen Schritt zur Ordnung der arg zerrütteten Finanzen thun werde. Ickstatt fühlte sich durch die Angriffe der Landschaftsverordneten verletzt und suchte den Kurfürsten zu überreden, den Ständeausschuß wegen seiner anmaßenden Sprache aufzuheben und somit das ganze Ständeinstitut zu beseitigen. Max wurde von diesem Staatsstreiche durch seinen Beichtvater, den Jesuiten P. Stadler, den er in allen wichtigen Staatsangelegenheiten um Rat fragte, zurückgehalten und ließ den Deputierten eröffnen, daß er sich jede Vorschrift über die Art seiner Regierung verbiete und erwarte, daß sie fernerhin von seinen Ahnen mit Ehrerbietung und Dankbarkeit sprechen werden. Die Truppen wurden vermindert und das Aufschlags- und Stempeldekret zurückgezogen, aber nach türkischem System eine allgemeine Kopfsteuer mit ungeheuren Ansätzen ausgeschrieben, wie es bereits in Österreich geschehen war. Die Ständeabgeordneten verwarfen mit Entrüstung die neue Besteuerung, wurden aber durch die Drohung, daß sie im Weigerungsfalle auf kurfürstlichen Befehl verhaftet werden, zur Einwilligung gezwungen [1].

Ohne Rücksicht auf die ständischen Rechte fuhr Max III. fort, auf autokratischem Wege nach den Vorschlägen des Geheimen Rates Freiherrn von Berchem das ganze Finanzwesen zu regeln. Die Staatsschuld war bis auf 35 Millionen Gulden angewachsen, obgleich vom Jahre 1722 bis 1745

[1] Schreiber W., Max Joseph III. der Gute, Kurfürst von Bayern 73—104.

an direkten Steuern allein 25 Millionen eingegangen waren. Während der Regierung Max Emanuels und Karl Alberts waren den Landschaftsverordneten die Budgetansätze von der Hofkammer weit niedriger in Vorlage gebracht worden, als die Ausgaben erheischten, damit sie bereitwilliger die geforderten Geldsummen bewilligten. Die Ausschußmitglieder der Stände griffen in Finanznöten, namentlich während des Österreichischen Erbfolgekrieges, zur nächst besten Barschaft und entfremdeten die Kapitalien ihrem eigentlichen Zwecke. Aus Verwandtschafts- und Protektionsrücksichten waren „die Verordneten" bei Erhebung der Steuern gegen ihre Mitstände so nachsichtig, daß die Rückstände mehrere Millionen betrugen. Nach dem Vorgange der österreichischen Regierung war Max gesonnen, die Schulden durch Gründung einer Staatsbank zu tilgen. Zuvörderst ließ er die verschiedenen Schuldposten klassifizieren und die Zinsen der ausländischen Staatsgläubiger auf vier und die der inländischen auf drei Prozente herabsetzen; das war ein Vertragsbruch und ein mittelbarer Staatsbankerott. Die Gläubiger fügten sich dem Gewaltstreiche, weil geringere Prozente dem gänzlichen Verluste vorzuziehen waren. Die Landschaftsverordneten verwarfen aus Abneigung gegen das Papiergeld die Errichtung einer Notenbank und nannten die Reduktion des Zinsfußes eine Gewissenlosigkeit; sie reichten deshalb bei dem Kurfürsten das Bittgesuch ein, er möchte zur Verhandlung dieser wichtigen Angelegenheit einen allgemeinen Landtag berufen. Max Joseph beharrte auf Rat seiner bureaukratischen Minister und des Professors von Ickstatt auf seinem Schuldentilgungsplane; er forderte von den Abgeordneten die Auslieferung ihrer Rechnungsbücher und dehnte in einer Verordnung den Bieraufschlag auch auf die privilegierten Standesherren aus. Die Einberufung eines allgemeinen Landtages lehnte er ab. Die Stände gerieten hierüber in eine erbitterte Aufregung, und auf ihre Seite stellten sich auch jene zahlreichen Beamten, welche Hofmarksitze und Bierbrauereien besaßen. Als Max auf dem Lustschloß Lichtenberg von München abwesend war, kamen die erzürnten Abgeordneten der Landschaft mit dem österreichischen Gesandten Grafen von Podstasky in München überein, beim Kaiser gegen den Kurfürsten wegen Verfassungsverletzung Klage zu stellen. Sobald Max Joseph von diesem außergewöhnlichen Vorgehen in Kenntnis gesetzt wurde, hob er den Bieraufschlag-Erlaß auf, blieb aber den Ständen für immer abgeneigt und wendete seine Sympathien den nicht privilegierten Volksklassen zu[1]. Mit der Schuldentilgung beschäftigte er sich unausgesetzt; er durchforschte oft bis Mitternacht die aufgehäuften Referate und Gutachten seiner Räte und prüfte die Finanzreformen fremder Staaten. Sein Urteil verriet juridische Kenntnisse und klare Einsicht in die volkswirtschaftliche Lage, und mit Recht konnte der Obersthofmeister

[1] Reichsarchiv München, Landschaftsverhandlungen 1750—1763.

Graf von Preysing in einem Ministerrate den Ausspruch thun: „Überlassen wir die Entscheidung dem Kurfürsten; sein erleuchteter Geist überragt uns alle!“ Max setzte bei Papst Benedikt XIV. ein Breve durch, das ihn ermächtigte, die Kirchengüter in Bayern, deren Wert zu ungefähr 48 Millionen Gulden berechnet wurde, auf fünf Jahre zu besteuern; dadurch erzielte die Hofkammerkasse eine jährliche Mehreinnahme von 200000 Gulden. Gegen den Einspruch der Landschaftsabgeordneten führte er eine allgemeine Herd- oder Haussteuer, ein neues Zollgesetz und „den Bierpfennig“ ein, um die Steuerlast auf alle Einwohner des Landes zu verteilen. Auch die Staatsbank wurde ohne Rücksicht auf die Stände ins Leben gerufen; allein das Gründungskapital war so klein, daß das ganze Institut schon von Anfang an verfehlt war. Die finanzielle Notlage verleitete die Regierung (1761) zur Wiedereinführung des verderblichen Zahlenlottos, obwohl es von den Ständen als unmoralische Einnahmequelle des Staates verworfen wurde [1].

Mit richtigem Verständnis suchte Max III. die Finanzen durch Begünstigung der Bauernschaft zu bessern; er entlastete sie von ihrer hohen Besteuerung dadurch, daß er den ganzen Grundbesitz des Landes nach Größe und Ertragsfähigkeit vermessen und gleichmäßig besteuern ließ, ohne „die Ottonische Handveste“ und die übrigen Privilegien der Stände zu beachten. Zur Kultivierung öder Grundstücke wurden erfahrene Ausländer berufen und ihnen eine zehnjährige Steuerfreiheit verliehen. Zum Muster wurden zuerst die Ödungen auf kurfürstlichen Domänen urbar gemacht. Jene Privatbesitzungen, welche unkultiviert blieben, wurden als Staatsgut eingezogen und an arme Unterthanen vergeben. Wie in Preußen und Österreich griff auch die Regierung in Bayern mit unbeschränkter Gewalt in alle Verhältnisse der Landwirtschaft, namentlich in die Viehzucht, und erließ hierüber zahlreiche Verordnungen; allein die bayerischen Bauern hatten von Natur aus eine starke Abneigung gegen alle Neuerungen und ließen sich fremdartige und fernliegende Vorschriften nicht aufzwingen. Die erst kürzlich erlassenen landwirtschaftlichen Dekrete wurden wieder aufgehoben und neue Verordnungen zu demselben Zwecke gegeben. Die Bodenkultur, welche die Beamten von ihrer Schreibstube aus leiten wollten, wurde durch unzähliges Wild in den kurfürstlichen und adeligen Waldungen zerstört. Nur die Klöster, die mit einem ausgedehnten Grundbesitz ausgestattet waren, und mehrere adelige Herren fingen an, die Landwirtschaft auf rationellem Wege zu betreiben; es fehlte ihnen aber an Arbeitskräften und Absatzplätzen für ihre Bodenerzeugnisse, weil sich die Ausfuhr auf das Erzbistum Salzburg, Tirol und die Schweiz beschränkte. Der einst einträglich betriebene Waidbau minderte sich in Bayern wie in Thüringen, seitdem die Einfuhr des Indigo aus Ostindien

[1] Oberbayerisches Kreisarchiv in München, Hofkammerakten 1756—1763.

zunahm. Zur Hebung des Handels vereinbarte Max III. mit Österreich (1753) einen Münzvertrag, errichtete unter der Bezeichnung „Kommerzienkollegium“ ein neues Handelsministerium und ging mit Württemberg, der Rheinpfalz, Frankreich und Sardinien Handelsverträge ein. Zum unmittelbaren Verkehr Bayerns mit Italien schloß er mit Kaiser Joseph II. und dem Fürsten von Taxis einen Postvertrag ab. Das Reichspostwesen gewann eine immer größere Ausbreitung und Bedeutung, seitdem es Kaiser Karl VII. (1744) zu einem Reichskronlehen erhoben und dem Fürsten von Thurn und Taxis den Titel eines „Erbgeneral- und Obersthof-Postmeisters“ verliehen hatte. Das deutsche Postwesen war in drei Abteilungen geschieden: in Österreich mit seinen Erbländern und im südlichen, westlichen und mittlern Deutschland bestanden Reichsposten; Preußen, Sachsen, Braunschweig und Hessen, die sich entschieden gegen jede Errichtung einer Reichspost durch Taxis wehrten, besaßen ihre eigenen Landesposten. Das Deutsche Reich war durch die politische Zerfahrenheit auch im Handel und Gewerbe geschädigt. Die größeren deutschen Staaten deckten ihre Bedürfnisse durch eigene Erzeugnisse, und in den zahllosen kleineren Gebieten schwand die kommerzielle und industrielle Thätigkeit immer mehr zusammen, weil sich die größeren Nachbarstaaten durch hohe Schutzzölle voneinander abschlossen[1].

Nach dem Vorgange Österreichs und Preußens wurde auch in Bayern das Schutzzollsystem eingeführt, die zwischen Nürnberg und Bayern seit drei Jahrhunderten bestandene gegenseitige Zollfreiheit aufgehoben und die Warendurchfuhr der Reichsstädter auf den bayerischen Landstraßen durch hohe Transitzölle (1759—1763) erschwert. Die Einfuhr fremdländischer Produkte und Fabrikate war weit bedeutender als die Ausfuhr, und es flossen jährlich um die Hälfte größere Geldsummen ins Ausland, als durch den Export nach Deutschland kamen. An den deutschen Höfen und in den höheren und mittleren Ständen war trotz der allgemeinen Verarmung der Verbrauch der ausländischen Luxus- und Modeartikel, sowie von Gewürzen, Kaffee, Zucker, Thee, Reis, Tabak und französischen Weinen sehr groß. Bayern und ganz Süddeutschland erhielt seinen Bedarf an fremdländischen Waren größtenteils von den Niederlanden, welche sie rheinaufwärts versandten[2]. Den Juden waren in Bayern alle Mittel und Wege abgeschnitten, sich durch Handel zu bereichern. Kurfürst Max Emanuel war über die Juden, die ihm nur gegen ungeheure Wucherzinsen Darlehen gegeben hatten, so erzürnt, daß er ihnen bei seiner Rückkehr nach Bayern (1715) befahl, sein Land binnen 24 Stunden zu verlassen. Die durchreisenden Israeliten und ihre Frauen mußten seit 1733 beim Eintritte in Bayern an jeder Mautstation und für

[1] Büchele, Geschichte des Welthandels 197.

[2] Falke, Geschichte des deutschen Handels, III, 2, 292.

den täglichen Aufenthalt bedeutende Gebühren, „Leibzölle“, entrichten; ihre Religionsübung wurde beschränkt und das Laubhüttenfest unter strenger Strafe untersagt. Unter Max III. wurde die Lage der Juden nicht erleichtert; die Leib- und Geleitzölle blieben bestehen, und nur die im Auslande mit Juden abgeschlossenen Verträge wurden in Bayern für giltig anerkannt. Civilrechtlich waren sie den Wasenmeistern und Henkern gleichgestellt und nicht nur von jedem Gewerbe, dem Kriegsdienste und sogar von öffentlichen Läden ausgeschlossen, sondern ihre Niederlassung in Bayern überhaupt verboten. Ebensowenig durften sich Protestanten in Bayern ansässig machen, weil man von ihrem Verkehre mit den katholischen Einwohnern religiöse Gleichgiltigkeit und gemischte Ehen befürchtete[1].

Das Handwerk, das sich nach dem Österreichischen Erbfolgekrieg mühsam aufzuraffen suchte, wollte die Regierung durch bureaukratische Maßregeln und durch das hohe Schutzzollsystem emporbringen; infolgedessen wurden die Waren zum Vorteile einzelner Industrieherren verteuert und ein ausgedehnter Schmuggel getrieben. Die einst blühenden Tuchmanufakturen hatten ihre frühere Bedeutung und Berühmtheit großenteils verloren, und nur in München, Tirschenreuth und Mitterteich behaupteten sie ihren alten Ruf. Die Draht- und Messingfabrik in Rosenheim, die Lodenweberei in Erding, die von dem Bürgermeister Ignaz Hetzendorfer in Amberg (1759) gegründete Fayencefabrik und die Glas- und Spiegelfabriken der Ritter von Schmaus, von Hafenbradl und von Voittenberg in der Oberpfalz, sowie in Frauenau bei Zwiesel, lieferten auch ins Ausland geschätzte Erzeugnisse. Das Spielwarengewerbe in Berchtesgaden stand unter Max III. in starkem Betriebe, und mit den Berchtesgadener Holzschnitzereien wurde großer Handel getrieben[2]. Die Münchener machten mit mehreren Gewerbzweigen, namentlich mit Luxuswaren, großen Gewinn. München, das damals ungefähr 30000 Einwohner umfaßte, gehörte nebst Wien zu den wohlhabendsten und besuchtesten Städten in Süddeutschland, weil die kurfürstliche Residenz, ein ansehnlicher Hofstaat und die Hofhaltung des reichen Herzogs Klemens ein regsames Leben in dem Handwerk und Handel erhielten. Der Bierverschleiß war außerordentlich groß und ebenso der Verbrauch an Fleisch und Mehlspeisen; es wurden in München in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts viel mehr Kälber und Geflügel verzehrt als in dem weit mehr bevölkerten Berlin[3]. Von der allseitigen Wohlhabenheit der bayerischen Hauptstadt standen die finanziellen Zustände des Landes auffallend ab. Die Regierung kam auf den Gedanken, durch einen stärkern Betrieb des Bergbaues eine größere

---

[1] Aretin, Geschichte der Juden in Bayern 67—80.

[2] Brunner S., a. a. O. I, 105.

[3] Nikolai, Reise durch Deutschland ꝛc., III, 448; V, 570; VI, 574—589.

Staatseinnahme zu erzielen. Der Kurfürst übertrug die Oberleitung des ganzen Berg- und Münzwesens dem Grafen Siegmund von Haimhausen, der gediegene Fachkenntnisse und in Böhmen ausgedehnte Güter mit einträglichen Bergwerken besaß. Auf Antrag Haimhausens trennte Max III. (1751) das Bergwesen von der Hofkammer, errichtete ein selbständiges „Münz- und Bergwerkskollegium" und ernannte den Grafen zum Präsidenten desselben. Haimhausen stellte in allen Bergwerken sachverständige Leute an, berief uneigennützig aus seinen eigenen Bergwerken in Böhmen tüchtige Arbeiter nach Bayern und setzte beim Kurfürsten die Ernennung des gelehrten Beamten Dominikus von Limprun zum Berg- und Münzrat durch. Als nach wenigen Jahren die Ausbeute der edlen Metalle sich vervielfachte, ließ der neue Präsident „des Münzkollegiums" neue Prägmaschinen fertigen, brachte den berühmten Münzmeister Dr. Jaster von Mainz nach München und gab dem Stempelschneider Schega Gelegenheit, sein künstlerisches Talent zu bewähren. Bald nahm der Bergbau einen so überraschenden Aufschwung, daß die jährlichen Erträgnisse desselben von 7000 Gulden auf 256 000 stiegen[1]. Die glänzenden Erfolge, welche der Graf von Haimhausen durch seine Bergwerksverwaltung erreichte, reizten die Hofkammer zu anderweitigen Unternehmungen; ihre Versuche mißlangen jedoch vollständig. Das Eisenhüttenwerk Max-Josephthal bei Fischbachau am Schliersee lieferte eine so geringe Ausbeute, daß die Produktionskosten die Einnahmen weit überstiegen und das ganze Werk (1776) aufgelassen wurde. Nicht ersprießlicher war der Betrieb des von der Hofkammer angekauften Eisenhüttenwerkes Kiefer, das (1763) zur Erzeugung von Stahl eingerichtet wurde[2]. Erfreulicher waren die Leistungen der Porzellanfabrik, welche zu Neubach (1747) gegründet und auf Vorschlag des Grafen von Haimhausen (1758) nach Nymphenburg verlegt und wozu die notwendige Erde bei Passau gewonnen wurde. Die Nymphenburger Porzellanfabrik war die dritte in Deutschland; die erste war in Wien errichtet worden, nachdem Böttcher von Schleiz die Nachahmung des chinesischen Porzellans erfunden hatte[3]. Haimhausen wollte den Torf und die Braunkohle als Brennmaterial nutzbar machen; sein Plan scheiterte an der Abneigung seiner Zeitgenossen gegen eine Neuerung in der Ofenheizung und an den großen Holzvorräten in ausgebreiteten Waldungen. Ebensowenig wollten sich die Bayern mit der Seidenzucht befreunden, und die Regierung bemühte sich vergebens, die Pflege derselben in jenen Gegenden, wo kaum ein Baum gedieh, durch Strafandrohung zu erzwingen. Nicht viel besser war es in Preußen. König Friedrich II. war zwar bestrebt, den Handel

[1] Westenrieder, Beiträge zur vaterländischen Geschichte, Geographie, Statistik rc., IV.

[2] Oberbayer. Archiv, Geschichtliche Notizen über Max-Josephthal, II, 309—338.

[3] Karmarsch, Geschichte der Technologie seit Mitte des 18. Jahrhunderts 500.

zu fördern, Kanäle anzulegen, die Oder schiffbar zu machen und die Schafzucht zu bessern, machte aber höchst kostspielige, erfolglose Versuche, die Seidenzucht in Preußen einzuführen, Heide- und Moorgegenden mit entlassenen Sträflingen und verschiedenen Vaganten zu kolonisieren und eine asiatische Handelsgesellschaft zu gründen. Die Gewerbe beeinträchtigte er zu Gunsten der königlichen Fabriken, die nur mit großen Geldsummen unterhalten werden konnten. Den Handel und das Handwerk glaubte er dadurch zu beleben, daß er Preußen wieder durch Zollschranken von dem übrigen Deutschland absperrte [1].

Handel und Gewerbe erlitten in Bayern einen schweren Rückschlag durch die Teuerungsjahre 1769—1771. Wegen mehrjähriger Mißernten, welche durch anhaltende Kälte und Regen herbeigeführt wurden, steigerte sich der Mangel an Lebensmitteln fast in ganz Deutschland bis zu einer entsetzlichen Hungersnot. Bayern war damals nicht übermäßig bevölkert und konnte jährlich über eine Million Zentner Getreide ausführen; es umfaßte 756 Quadratmeilen mit ungefähr 1 400 000 Einwohnern, so daß durchschnittlich auf einer Quadratmeile gegen 1800 Menschen lebten. Während „der Hungerjahre“ nährten sich viele Menschen von Wurzeln und Gras, und manche Familie wanderte ins Ausland, um nicht Hungers zu sterben. Mehrere Bäcker in den Städten waren so gewissenlos, daß sie in der größten Not das Brod verfälschten; sie wurden auf Befehl des Magistrates entweder in einen Fluß „geschnellt“ oder mit einem Laib Brod um den Hals an „der Schandsäule“ vor dem Rathaus ausgestellt. Der Fürstbischof von Freising, Freiherr Ludwig Joseph von Welden, ein milder und geliebter Kirchenfürst, erlaubte an Freitagen und Samstagen während der Hungerjahre den Genuß der Fleischspeisen [2]. Die meisten Klöster und Stifter machten von ihrem großen Vermögen einen freigebigen Gebrauch. Das Cisterzienserkloster in Waldsassen milderte das furchtbare Elend in der Oberpfalz, indem die Mönche mit uneigennütziger Nächstenliebe die reichen Fruchtvorräte ihrer Speicher leerten, wodurch sie die armen Einwohner vom Hungertode retteten. Die unfähigen und gewissenlosen Beamten sahen unthätig dem steigenden Mangel an Lebensmitteln zu und ließen die Getreidevorräte in den kurfürstlichen Kastenämtern aus der armen und teilweise unfruchtbaren Oberpfalz nach dem reichen und fruchtbaren Altbayern führen, um den Kurfürsten in München über die Größe der Not in Unkenntnis zu lassen. Als Max Joseph auf einer Kirchenfahrt in die Herzogspitalkirche in München von dem ihn umringenden, hungernden Volke das allgemeine Elend erfuhr, verteilte er aus

[1] Biedermann, Deutschland im 18. Jahrhundert, II, 2, 369 ff. Schlosser, Weltgeschichte, XVI, 276—279.

[2] Staudenraus, Chronik der Stadt Landshut in Bayern, II, 207—214.

der Hofkasse 2½ Millionen Gulden unter die Armen und verpfändete (1771) mehrere wertvolle Kunstwerke von Gold aus der Kunstsammlung Albrechts V. bei reichen Kaufleuten in Holland, um aus diesem Lande Getreide nach Bayern zu bringen [1]. Der Kurfürst richtete an Kaiser Joseph II. das schriftliche Ansuchen, er möchte aus Ungarn nur 8000 Metzen Getreide nach Bayern ausführen lassen. Der „aufgeklärte" Kaiser verweigerte es, damit in dem allgemeinen Ausfuhrverbot keine Ausnahme gemacht werde. Ebensowenig willfuhr er der Reichsstadt Regensburg, welche ihn um 4000 Metzen bat; umsonst verwandte sich für sie der österreichische Reichstagsgesandte [2]. Die zur Gründung einer Staatsbank bestimmten Gelder ließ Max zum Einkauf von Getreide und Früchten in den Niederlanden und Italien verwenden. Das ausländische Getreide wurde auf den bayerischen Schrannen um den billigsten Preis verkauft, wobei sich schlecht gesinnte Unterhändler durch Unterschlagung bereicherten. Der Mautbeamte Joseph von Schmöger in Plettenberg, der wider das kurfürstliche Verbot über 900 Scheffel Getreide aus Gewinnsucht ins Ausland verkaufte, wurde mit dem Schwerte hingerichtet. Vergebens hatten seine Verwandten und angesehenen Freunde für ihn eine Kaution von 30 000 Gulden erlegt und den Kurfürsten um Begnadigung gebeten [3]. Das Volk wurde zwar vor einem allgemeinen Hungertode geschützt, aber in manchen verarmten Gegenden traten infolge des großen Elendes ansteckende Krankheiten auf, welche über 50 000 Menschen wegrafften.

Wie aus den meisten deutschen Staaten, so wanderten auch aus Bayern viele Familien nach Ungarn, Südrußland und Amerika. Kurfürst Max Joseph erließ zwar eine Verordnung, daß jeder Anwerber zur Auswanderung gehenkt werden sollte; dennoch entfernte sich heimlich eine große Zahl aus dem Lande und begab sich voll seliger Hoffnung nach Spanien, wo sich seit einigen Jahren viele Bayern und andere Deutsche unter Leitung des Oberstlieutenants Kaspar Thürrigl von Gossersdorf niedergelassen hatten. Thürrigl hatte erst kurz vor dem Hubertsburger Friedensschluß seine Freiheit erlangt und, aller Lebensmittel entblößt, den kühnen Entschluß gefaßt, mit einer Anzahl Bewohner des Bayerischen Waldes und anderer deutschen Landschaften nach Spanien auszuwandern und die einsamen, öden Thäler und Hochflächen der Sierra Morena, die er einst als französischer Offizier bei Auskundschaftung der Insel Minorca durchritten hatte, mit Genehmigung der spanischen Regierung zu kultivieren. Nach vielen Entbehrungen und Anstrengungen glückte es ihm, in Lyon einen Kaufmann aufzufinden, welcher ihn mit den nötigen Geldmitteln zu dem großen Unternehmen unterstützte. Mit 7300 Bayern

[1] Oberbayer. Kreisarchiv in München, Hofkammerrechnungen 1769—1771.
[2] Arneth a. a. O. X, 44.
[3] Brunner S., a. a. O. I, 156.

und anderen Deutschen, namentlich aus der Rheinpfalz, die sich von den spanischen Gefilden große Erwartungen machten, zog Thürrigl (1767) nach Valencia. König Karl III. von Spanien, welcher für Förderung des Handels und Verkehrs sehr thätig war, ernannte ihn zum Obersten, erhob ihn in den Adelsstand und übergab ihm zur Kolonisation eine große Geldsumme. Als Sierra Morena durch deutschen Fleiß und Ausdauer in eine blühende und wohlhabende Landschaft verwandelt war, siedelte Thürrigl mit seiner Familie nach Madrid über; hier wurde er durch Betrug und Verrat eines deutschen Kaufmannes (1787) in einen Schmuggelprozeß verwickelt, zu zehnjähriger Festungsstrafe in Pamplona verurteilt und sein Vermögen eingezogen. Der unglückliche Bayer starb (ungefähr 1795) im Gefängnis und wurde in einem Winkel des Pamplonaer Friedhofes begraben [1]. Generalmajor Gschray, der ihn im Siebenjährigen Kriege durch schimpfliche Verleumdung ins Gefängnis in der Festung Magdeburg gebracht hatte, war während der Friedensverhandlungen im Schlosse Hubertsburg aus der französischen Gefangenschaft entlassen worden; er hatte sich zum Prinzen Heinrich von Preußen begeben, um in der preußischen Armee ein Generalkommando zu erlangen, wurde aber auf einen ausführlichen Bericht Thürrigls über seine Werbung und Verpflegung der Freiwilligen in Nordhausen aus Preußen ausgewiesen und nach Bayern abgeführt. Gschray ließ sich in Wemding in Schwaben nieder und lebte notdürftig von der Unterstützung seines Schwiegersohnes, des Obersten Beyerle in Straßburg, bis zu seinem baldigen Tode (1765). Thürrigls Zeitgenosse, Nikolaus von Luckner, hatte seine Entlassung genommen, weil König-Kurfürst Georg III. von England-Hannover sein ruhmbedecktes Husarenregiment auflöste; er zog sich auf sein Gut Blumenthal in Holstein zurück. Die Kaiserin Katharina II. von Rußland wollte ihn in ihre Dienste nehmen und verlieh ihm (1763) den St. Annaorden; auch die französische Regierung suchte ihn zu gewinnen, obgleich er im letzten Kriege gegen die Franzosen gefochten hatte. Nach langen Verhandlungen verkaufte er seine Besitzungen in Holstein, trat (1767) ohne Ahnung von seinem traurigen Schicksal in die französische Armee mit dem Range eines Generallieutenants und einem Jahresgehalt von 30000 Livres und erhielt noch das Regiment Burgund [2].

Die Folge der Hungersnot und Auswanderungen war ein beträchtlicher Ausfall der Staatseinnahmen, und die Schulden konnten bis zum Ableben Max Josephs nur bis auf 22 Millionen Gulden gemindert werden [3]. Auch das Kriegswesen litt unter dem Drucke der Finanzlage, und der Kurfürst

[1] Pfeilschifter, Bayerischer Plutarch oder Lebensbeschreibung denkwürdiger, berühmter Bayern, I, 191—199.

[2] Pfeilschifter a. a. O. I, 188 f.

[3] Reichsarchiv München, Landschaftsverhandlungen 1769—1777.

war ohnedies dem Soldatenstande nicht gewogen. Als im Herbst 1771 die zwei bayerischen Regimenter Holnstein und Daun (Oberstinhaber war der General und Geheime Rat Graf von Daun) bei Neuötting eine Waffenübung hatten, stürzte die von den Pioniersoldaten über den Inn geschlagene Brücke wegen leichtfertiger und unverständiger Bauart ein, während das Regiment Holnstein über dieselbe marschierte; viele Soldaten wurden von nachfallenden Balken erschlagen oder ertranken, und 60 Gemeine und Offiziere wurden schwer verwundet [1]. Durchgreifender waren die Reformen, welche der Kurfürst in der Rechtspflege und Verwaltung einführte. Vor seinem Regierungsantritte stand an der Spitze der Staatsgeschäfte der aus mehreren Mitgliedern zusammengesetzte „Geheime Rat“, welcher bis auf fünf Räte beschränkt wurde; diese erhielten (1748) die Bezeichnung „Konferenzminister“. Das „Konferenzministerium“ griff mit Neuerungen und Abänderungen in alle politischen und sozialen Verhältnisse ein, so daß sich ein bureaukratisches Netz über das ganze Land spann. Der einflußreichste Gegner dieses autokratischen Beamtentums war der Jesuit P. Stadler; die Konferenzminister von Berchem und von Paumgarten aber, sowie der Kabinettsjekretär von Erdt lagen dem Kurfürsten so lange an, bis er (1762) den P. Stadler entließ und den Jesuiten Gebert zu seinem Beichtvater ernannte [2]. Max III. wohnte jeder Sitzung der Konferenzminister bei oder übertrug in seiner Abwesenheit dem Obersthofmeister den Vorsitz. Die angesehenste Stellung im Ministerium nahm der Kanzler Freiherr Alois von Kreittmayr ein; dieser war 1705 in München als Sohn eines Advokaten und nachmaligen Hofrates geboren und oblag als Knabe den ersten Studien am Münchener Jesuitengymnasium, wo er so ungewöhnliche Geistesgaben entwickelte, daß er schon mit 15 Jahren das Gymnasium absolvierte und an die fürstbischöfliche Universität in Salzburg übertrat. Nachdem er an den Hochschulen in Ingolstadt und Leyden die Rechtswissenschaft studiert hatte, übte er sich am Reichskammergerichte in Wetzlar in der Praxis und wurde nach wenigen Jahren von dem Kurfürsten Max Emanuel zum Hofrate ernannt, ehe er das 20. Lebensjahr vollendet hatte. Kreittmayr bewährte sich als einen pflichtgetreuen, rastlos thätigen und tief religiösen Beamten. Die freien Mußestunden verlebte er in seiner 12000 Bände enthaltenden Bibliothek, wo er sich in juridische Studien vertiefte und für Bayern eine neue Gesetzgebung entwarf, weil man allgemein überzeugt war, daß das Gesetzbuch Maximilians I. von 1616 den veränderten Zuständen nicht mehr entsprach und Reformen in dem Gerichtswesen und der Verwaltung notwendig waren. Max erprobte in den Geheimeratssitzungen den seltenen Scharfsinn und die umfassenden Kenntnisse Kreittmayrs.

---

[1] Brunner S., a. a. O. I, 167, 186.
[2] Brunner S., a. a. O. I, 33—103, 118.

Während des Reichsvikariats (1745) erhob er ihn in den Freiherrnstand und beförderte ihn (1749) zum Geheimen Ratskanzler und Konferenzminister [1].

Nach neunzehnjähriger Arbeit hatte Kreittmayr seine gesetzgeberischen Arbeiten vollendet. Zuerst wurde 1751 der Kriminalkodex (Codex Maximilianeus Bavar. crimin.) veröffentlicht. In diesem Werke sind die meisten Anforderungen erfüllt, die man an ein Strafgesetzbuch stellen mag; denn es ist jede Strafe als Folge des Verbrechens im Verhältnis zur strafbaren Handlung bestimmt, ohne daß durch die bloße Abschreckungstheorie eine strengere Strafe festgestellt ist, als es der Rechtsbegriff erlaubt. Die Unschuld wie die Schuld war nach den Forderungen des Rechtsbegriffes dadurch in Bedacht genommen, daß sich jene durch ein ausführliches Civilverhör vor der Spezialuntersuchung schützen konnte, und diese im Falle des begründeten Verdachtes selbst bei dem hartnäckig Leugnenden nicht ungestraft blieb. Der Kreittmayrsche Kriminalkodex hat zwar, wie auch noch das Strafgesetz von 1813, die Abschreckungstheorie zur Grundlage und setzt mit drakonischer Strenge für viele kleinere Verbrechen die Todesstrafe fest; dennoch ist es des Kanzlers großes Verdienst, daß er zuerst in Süddeutschland die Folter beschränkte und in vielen Fällen, namentlich bei mangelndem Beweis des Thatbestandes, gänzlich abschaffte. Dagegen waren im Kriminalkodex der Kaiserin Maria Theresia von 1769 auf 29 Kupferstichen die Folterwerkzeuge, Leitern, Daumen- und Fußpreßeisen, Stricke, Nägel-Quetschmaschinen und Bündel von acht Unschlittkerzen, womit die Angeklagten unter den Achselhöhlen gebrannt wurden, enthalten, und die Folterqualen, die an Unschuldigen geübt wurden, paragraphenmäßig mit juristischer Kälte beschrieben [2]. Im Jahre 1753 erschien Kreittmayrs „Neu verbesserte Churbayerische Gerichtsordnung" (Codex jur. Bavar. judic.) und diesem folgte (1756) das „Landrecht" mit dem „Lehenrecht", dem sich (1768) die berühmten „Anmerkungen" (Annotationen) anreihten. Kreittmayr war der erste Jurist, welcher bayerisches Privatrecht bearbeitete und das bayerische Lehenrecht in eine wissenschaftliche Form brachte. Seine mit angestaunter Gelehrsamkeit verfaßten „Anmerkungen" zum „Landrecht" dienten bei den höchsten Reichsgerichten und Gerichtshöfen in Deutschland in allen zweifelhaften Fällen als leitendes Hilfsmittel. Seine letzten juridischen Arbeiten waren (1769) „Grundriß des allgemeinen deutschen und bayerischen Staatsrechtes", welcher sich durch eine gründliche und einfache Darstellungsform wie durch einen biedern Patriotismus auszeichnet, und (1771) „Sammlung der neuesten und merkwürdigsten Churbayerischen

---

[1] Kalb, Biographie des Freiherrn von Kreittmayr 9 f.

[2] Constitutio Criminalis Theresiana oder der römisch kaiserl. zu Hungarn und Böheim königl. apostol. Majestät Maria 2c. peinliche Gerichtsordnung, Wien 1769.

Generalien und Verordnungen", die in den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung, namentlich der Polizei, Landeskultur, dem Unterrichtswesen, in geistlichen und kirchlichen Sachen erlassen worden waren, und zuletzt (1785) wurde von ihm eine „Wechselordnung" veröffentlicht[1].

Die Anwendung und Erfolge der Kreittmayrschen Gesetzgebung entsprachen nicht den Wünschen und Erwartungen des Kurfürsten, weil die niederen Gerichte und Ämter noch immer entweder an höhere Beamte zur Erhöhung ihres Gehaltes verliehen wurden oder im erblichen Besitze adeliger Familien waren; diese ließen das Pfleggericht („Landgericht") durch Kommissäre mit einem geringen Gehalte verwesen. In den unteren Volksschichten blieb die Abschreckungstheorie des neuen Strafgesetzes wirkungslos, weil der Unterricht und die religiös-sittliche Bildung infolge der langjährigen Kriege großenteils unterblieben war. In den Dörfern bestanden nur „Winkelschulen", in denen der Lehrer auch noch ein Gewerbe trieb, um sein Fortkommen zu finden. In den Städten, wo das Verkehrsleben auf die Notwendigkeit eines guten Volksunterrichtes hinwies, befanden sich die Schulen in einem bessern Zustande. Die meisten Eltern auf dem Lande schickten ihre Kinder in keine Schule, um sie zur Feldarbeit oder zu einem Handwerk verwenden zu können; nur begüterte Eltern unterhielten in ihrem Wohnorte einen Hauslehrer, der ihren Kindern in einem geeigneten Privatlokale Unterricht erteilte. Die Folgen des mangelnden Religions- und Schulunterrichtes waren Entsittlichung der niedern, armen Bevölkerung, widersinniger Aberglaube und Unsicherheit der Person und des Eigentums. In dem Rentamts- oder Regierungsbezirk München allein wurden während der zweiunddreißigjährigen Regierung Max Josephs 89 Todesurteile vollzogen; 14 Verbrecher wurden gerädert und ein Kirchenräuber verbrannt. Die Geräderten, Enthaupteten und Gehenkten wurden zur Abschreckung mehrere Tage an Galgen oder Strafpfählen ausgestellt[2]. Im Regierungsbezirke (Rentamt) Burghausen wurden von 1728 bis 1776 gegen 1100 Verbrecher durch den Galgen oder das Schwert oder das Rad hingerichtet; selten verging ein Tag, an dem nicht eine Hinrichtung stattfand, und man gewöhnte sich so allgemein daran, daß beim Klange „der Armensünderglocke" jedermann seinem Geschäfte nachging[3]. Nach dem autokratischen Regierungssystem des 18. Jahrhunderts hielt das Konferenzministerium in Bayern wie in den anderen deutschen Staaten es für das allgemeine Wohl dienlich, die Unabhängigkeit des Richteramtes zu beschränken und das ganze Justizwesen in das Kabinett zu ziehen, indem am kurfürstlichen Hofe ein „Revisionsgericht" für sämtliche Gerichte des Landes eingesetzt

[1] Pütter, Litteratur des deutschen Staatsrechtes, II, 376. Leben und Wirken des Freiherrn von Kreittmayr, München 1845.

[2] Oberbayer. Archiv, Über die ehemaligen Richtstätten in München, XXXI, 232.

[3] Huber J. G., Geschichte der Stadt Burghausen in Oberbayern 356.



wurde [1]. Auch Friedrich II. herrschte in allen Zweigen der Verwaltung mit unbeschränkter Gewalt; er setzte sich über alles Recht und Gesetz hinweg und griff militärisch in die Rechtspflege und mit Polizeimaßregeln in das Privatleben seiner Unterthanen ein; er bestätigte und verwarf die Entscheidungen der Gerichte und verfügte willkürliche Verhaftungen [2].

Im Konferenzministerium überzeugte man sich, daß nicht durch strenge Strafgesetze, sondern durch Religion und Unterricht das Volk gebessert und gebildet werde; deshalb beauftragte der Kurfürst die Jesuiten, in ganz Bayern Missionspredigten zu halten und die Unterthanen in Glaube und Sitte zu belehren. Die Volksschulen wurden neu eingerichtet und in sechs Klassen geteilt und bestimmte Lehrbücher vorgeschrieben. Die Lehrer wurden in der „Normalschule" zu München ausgebildet und (1770) ein allgemeiner Schulzwang eingeführt. Sämtliche Schulen hatten eine katholische Grundlage, weil den Protestanten die Ansässigmachung in Bayern verboten war. Niemand durfte ein Gewerbe lernen, der nicht die sechs Klassen der Elementar- oder die „Trivialschulen" durchgemacht hatte [3]. Die höheren Lehranstalten, die Gymnasien, die ausschließlich unter Leitung der Jesuiten standen, unterlagen wegen ihrer allgemein gepriesenen Leistungen keiner Veränderung. Die Universität in Ingolstadt aber erhielt eine freie Bewegung, seitdem der Lehrer Max Josephs, Freiherr von Ickstatt, (1746) zum Professor der Rechtswissenschaft und zum Direktor des Senates ernannt worden war. Nach seinem Vorschlag wurde ein neuer Studienplan eingeführt, das philosophische Studium auf zwei Jahre ausgedehnt und neue Lehrstühle für Natur- und Völkerrecht, Kameral- und Feudalrecht errichtet [4]. Das wichtige Gebiet der Nationalökonomie, die Landbau- und Forstwissenschaft, wurde unbeachtet gelassen; auch das deutsche Staatsrecht, welches an den nord- und mitteldeutschen Universitäten eifrig gepflegt wurde, vernachlässigte man gänzlich, wiewohl die bayerischen Kurfürsten als Reichsvikare zur Zeit des erledigten Kaiserthrones tüchtiger Publizisten bedurften. Dagegen wurde (1748) eine neue Professur für die Geburtshilfe errichtet, und die darin gebildeten Ärzte gründeten in Landshut, Straubing, Burghausen, Altötting und Landsberg Hebammenschulen. Ickstatt war der erste Professor in Ingolstadt, der nach protestantischen Autoren lehrte. Die Jesuiten und ihre Anhänger verwarfen diese Neuerung und führten beim Kurfürsten Beschwerde hierüber. Max III. wies sie ab auf die Vorstellung Ickstatts, daß die fraglichen protestantischen Schriften auch an anderen katholischen Universitäten in Übung seien. Dem

[1] Kreisarchiv München, Geheimeratsakten 1748—1777.

[2] Schlosser, Weltgeschichte, XVI, 276—279.

[3] Landesverordnungen des Kurfürsten Max III. 1748—1772.

[4] Kluckhohn, Freiherr von Ickstatt und das Unterrichtswesen in Bayern unter Max III. 39—63.

Beispiele Ickstatts folgten die anderen Professoren und gebrauchten ohne Zensur protestantische Bücher. An der Ingolstädter Universität waren zu jener Zeit vorzügliche Lehrer: in der Theologie der Jesuit Benedikt Stattler, in den Institutionen Weishaupt, im Kriminalrecht Lori, in der Medizin Leveling, Wolter, Rousseau und Obermayer, der in München (1735) die erste chirurgische Schule gegründet hatte, und in der Philosophie Mederer, Mangold und Steigenberger. Eine Ehre und Zierde Bayerns war der juridische Professor Christoph Klingensberger, Bäckerssohn aus Frontenhausen in Niederbayern; er lehrte 44 Jahre lang in Ingolstadt und wurde der Stammvater des adeligen Geschlechtes der von Chlingensberg[1]. Der Rektor des Jesuitenkollegiums, Rhomberg, erbaute (1768) auf eigene Kosten eine astronomische Sternwarte und ließ die nötigen Instrumente bei dem Optiker Brander in Augsburg fertigen. Ein großes Verdienst um die Länder- und Völkerkunde erwarb sich der Jesuit Ducrue, der in fremden Sprachen gewandt war und Amerika und Kalifornien 15 Jahre durchreist hatte[2]. In das philosophische Studium brachten die Jesuiten, welche nebst der Theologie die Philosophie besetzt hielten, durch Aufnahme der Wolffschen Philosophie eine neue Bewegung. Wolf hatte kein neues philosophisches System aufgestellt, sondern die bisherigen Kenntnisse und Wissenschaften nach einer neuen Methode des regelrechten Definierens, des Beweises und der Einteilung behandelt. In seinen metaphysischen Abhandlungen nahm er die Existenz eines persönlichen Gottes und seiner absoluten Eigenschaften, sowie die Unsterblichkeit der menschlichen Seele an, bestritt aber die Ewigkeit der Höllenstrafen und die Einwirkung der göttlichen Gnade bei guten Handlungen der Menschen. In seiner Moralphilosophie stellte Wolf strenge Regeln über die Ehe und das Familienleben auf, welche damals sehr gelockert waren[3]. Durch Reinheit, Klarheit und Natürlichkeit der deutschen Sprache errang er seiner Muttersprache die Herrschaft in der deutschen Philosophie und Wissenschaft, und verschaffte sich durch seine strenge Moralphilosophie und vorzüglich durch seine eigentümliche mathematische Methode Eingang bei den Jesuiten; denn der Formalismus derselben eignete sich trefflich zur Erklärung und Verteidigung der katholischen Dogmen und zur Dialektik im Disputieren überhaupt. Professor Stattler erwirkte es in Verbindung mit Ickstatt, daß Kurfürst Max während seiner Reichsverweserschaft den Philosophen Wolf in den Freiherrnstand erhob. Die Jubiläumsfeier der Gründung der Universität wurde (1772) wegen der allgemeinen Hungersnot sehr einfach begangen und die

---

[1] Bavaria, I, 2, S. 1166.

[2] Prantl, Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität in München, I, 590 ff.

[3] Bauer, Geschichte der Politik, Kultur und Aufklärung in Deutschland im 18. Jahrhundert, I, 252. Zeller, Geschichte der deutschen Philosophie seit Leibniz 272.

Professoren der ausländischen Universitäten wegen der hohen Lebensmittelpreise nicht eingeladen [1].

Die Schriften Wolfs fanden überall begeisterte Aufnahme, selbst bei gebildeten Frauen, und seine Methode wurde nicht nur in allen wissenschaftlichen Zweigen, sondern sogar im gewöhnlichen Lebensverkehr und in der geselligen Unterhaltung angewendet. Wolf suchte der irreligiösen Strömung seiner Zeit entgegenzutreten und schon in seinen ersten Schriften (1703) sprach er die Überzeugung aus, daß die menschliche Vernunft zur Erkenntnis der übernatürlichen Wahrheiten und eines persönlichen Gottes nicht ausreiche, sondern einer Offenbarung bedürfe. In seinen Briefen drückte er die Freude aus, daß seine Philosophie als wirksames Schutzmittel gegen die in Deutschland verbreitete Freidenkerei, Zweifelsucht, Materialismus und Atheismus erkannt und gebraucht werde und zwar in katholischen Ländern und von katholischen Theologen [2]. Die von Professor Thomasius in Leipzig und Halle eröffnete Bahn zu einem freien und selbständigen Forschen in der Theologie und zu einer freidenkerischen „Aufklärung" wurde von seinen Zeitgenossen Gottfried Arnold, Ludovici, Spalding, Semler, Ernesti ꝛc. fortgesetzt. Diese Rationalisten griffen nicht nur die Gebräuche der bestehenden Glaubensbekenntnisse, sondern das Christentum selbst und die Autorität der Bibel an. Der lutherische Prediger Zeidler nannte seinen eigenen Stand „einen Greuel vor Gott". Professor von der Hardt in Helmstädt bezeichnete die alttestamentlichen Erzählungen für „lehrreiche Gedichte der Alten". „Die Aufgeklärten" stellten die Gottheit Christi in Abrede und hielten die Lehre vom Teufel für eine Erfindung „der Pfaffen" [3]. Auch die Geschichtschreibung und die altklassische Wissenschaft verließen die bisher christliche Grundlage und wandten sich dem antichristlichen Rationalismus zu. Diese Zeitströmung entsprang der aus Frankreich eingeschleppten Seuche der modernen Bildung und Religionsspötterei. An die Spitze dieser unheilvollen Richtung stellte sich der Philosoph Voltaire, das geistig und körperlich häßlichste Geschöpf des 18. Jahrhunderts, ein niederträchtiger Schmeichler der Großen und der königlichen Maitressen und ein verächtlicher Buhler um die Gunst des Volkes. Frühzeitig geriet er in den Pfuhl der Pariser Sittenlosigkeit. Sein erstes Gedicht war ein Hohn auf das Christentum, und ebenso verspottete er in seinem Schauspiel „Mohammed" die christliche Religion. Die Geschichte der „Pucelle", der frommen Jungfrau von Orleans, schrieb er in trefflichen Versen voll Geist und Witz, aber voll von den niedrigsten und schmutzigsten

[1] Biedermann, Deutschlands geistige, sittliche und gesellige Zustände im 18. Jahrhundert, II, 409. Mederer, Annales Academ. Ingolstadt., I.

[2] Wuttke, Wolfs eigene Lebensbeschreibung 23—99.

[3] Büsching, Beiträge zur Lebensgeschichte denkwürdiger Personen, I, 22—127. Tholuck, Vermischte Schriften, II, 24 f.

Zoten, womit er die christliche Tugend, die Priester, das Königtum und den Adel verhöhnte. Jeanne d'Arc schilderte er als eine gemeine Buhldirne, die wegen bestialischer Sodomiterei endete. Die sonst so nationalstolzen Franzosen waren damals so entnervt und in solcher Verderbnis versumpft, daß sie die „Pucelle" vergötterten, welche in mehreren Auflagen über ganz Frankreich und Europa verbreitet und mit unzüchtigen Bildern ausgestattet wurde. Im Geiste dieses Schandwerkes verfaßte Voltaire den Roman „Candide", um den deutschen Idealismus zu verspotten und demselben die verabscheuteste Wirklichkeit entgegenzusetzen[1]. Nach der Gesinnung Voltaires und unter seinem Protektorat gründeten die Gelehrten Diderot und d'Alembert (1748) die französische Enzyklopädie (wissenschaftlicher Gesamtlehrkreis), in welcher auf allen Gebieten der Wissenschaft die christliche Religion systematisch bekämpft und die Alleinherrschaft der Vernunft gepredigt wurde. Der berüchtigte Philosoph de la Mettrie veröffentlichte zu gleicher Zeit seinen „Homme machine", worin er Gott, die Unsterblichkeit der Seele und selbst den Geist leugnete. Dieses Buch ließen die Holländer durch den Henker verbrennen; König Friedrich II. von Preußen aber zog den Atheisten an seinen Hof. Später schrieb de la Mettrie noch eine „Schule der Wollust" und „Die Kunst, zu genießen".

In der Voltaireschen Richtung wirkte der Philosoph Jean Jacques Rousseau aus Genf, der sich in Paris kümmerlich vom Notenschreiben ernährte, nachdem er vorher gestohlen hatte. Seine fünf unehelichen Kinder setzte er als Findelkinder aus, und als ihm seine Geliebte untreu wurde, nahm er sich das Leben. So sittenlos auch dieser verkommene Mensch war, so gab er doch seinem Jahrhundert eine unermeßliche Bewegung und untergrub das Christentum in einer noch gefährlicheren Weise als Voltaire. Rousseau verwarf die Erbsünde, denn alle Menschen seien von Natur gut, und das ursprünglich Gute könne nur durch Vernichtung der Kirche, der Monarchie und des Adels, durch Aufhebung jeder Knechtschaft und Ungleichheit unter den Menschen, sowie durch eine moderne Erziehung der jüngern Generation zur Geltung gebracht werden. In seinem „Contrat social" (1762) pries er die Republik als den Zukunftsstaat, der aus den Wahlen und Beschlüssen der Mehrheit gleichberechtigter Bürger hervorgehe. In seinem Buche „Emil oder über die Erziehung" (1761) gab er die Anweisung, die Kinder vollständig nach ihren natürlichen Anlagen und Unarten zu erziehen. Im „Contrat social" und im „Emil" verkannte Rousseau die menschliche Natur; er räumte der Menschheit nur Rechte ein, legte ihr keine Pflichten auf und forderte von ihr so wenig Moral, daß er nicht einmal

[1] Schlosser, Geschichte des 18. Jahrhunderts und des 19. bis zum Sturze des französischen Kaiserreiches, II, 505—556.



die Ehe für notwendig hielt, und gerade durch diese laxe Sittenlehre erlangte seine Theorie eine ungeheure Verbreitung[1]. Die Wirkungen des „Emil“ waren in Deutschland tief und nachhaltig, weil Rousseau in demselben die unnatürliche und verkehrte Erziehung in den höheren und zum Teil in den mittleren Volksklassen schonungslos enthüllte und unerbittlich geißelte, und eine Ausbildung des Körpers und des Geistes nach dem Naturtriebe forderte ohne Rücksicht auf die Verderbtheit und böse Neigung der menschlichen Natur. Seine pädagogischen Lehren wurden von Basedow, Campe und Salzmann praktisch durchgeführt durch Errichtung von Erziehungsanstalten, welche mit guten und richtigen Mitteln auch viele Verkehrtheiten und Prahlereien vereinigten und bald dem Spott und der Satire verfielen. Weit geringer war der Eindruck, den Rousseaus Schrift „Contrat social“ auf die Deutschen machte, denn für politische Theorien blieben sie unempfänglich[2].

Einen thätigen Vertreter erhielt die französische Philosophie an dem Buchhändler Friedrich Nicolai in Berlin. Dieser veröffentlichte in Verbindung mit mehreren halbgebildeten und anmaßenden Mitarbeitern eine „Allgemeine teutsche Bibliothek“ in 128 Bänden, mit der er eine litterarische Macht über ganz Deutschland behauptete, wie vor ihm Gottsched und in Frankreich die Encyklopädisten. Nicolai griff alles Erhabene, Poetische und Heilige mit fanatischem Hasse an. In seinen Schriften „Reise durch Deutschland“ verhöhnte er mit Berliner Freigeisterei die katholischen Kircheneinrichtungen. Den großen Einfluß, den er in Deutschland erlangte, verdankte er seiner Verbindung mit dem Dichter und Philosophen Lessing, einem genialen unübertroffenen Kritiker, welcher der Poesie und Schauspielkunst ihre Aufgabe mit musterhafter Schärfe bestimmte und das Verhältnis der Kunst zur Wissenschaft, der verschiedenen Künste untereinander und der Philosophie zur Theologie abgrenzte. In den „Fragmenten eines Ungenannten“ bestritt Lessing die Möglichkeit einer göttlichen Offenbarung, die Auferstehung Christi rc. und ließ sich von der kirchenfeindlichen Zeitströmung und einer eitlen Selbstsucht so weit fortreißen, daß er in einem Briefe an den Juden Mendelssohn das Christentum als „ein abscheuliches Gebäude des Unsinns“ und das Evangelium als Fabelwerk zu Grunde richten wollte. Mit einer so kühnen Gotteslästerung wie Lessing hatte noch kein Freigeist gesprochen, und er erntete mit seinem Schauspiel „Nathan der Weise“ großen Ruhm, weil er darin das Judentum und den Islam über das Christentum stellte und die Humanität mit erhabenen Gedanken und ergreifendem Inhalt verherrlichte. Auf der Bühne wurde „Nathan der Weise“ viele Jahre lang nicht gegeben, aber

[1] Feller, Biographie universelle ou dictionnaire historique, III, 228. Raumer, Geschichte der Pädagogik, II, 170—288.

[2] Biedermann a. a. O. II, 2, 2, S. 369—383. Raumer a. a. O. II, 290 f.

desto eifriger gelesen. Als der Pastor Goeze in Hamburg den lutherischen Glauben gegen Lessing verteidigte, wurde er als zelotischer Finsterling mit Schmach überhäuft und von allen protestantischen Oberkirchenbehörden im Stich gelassen, während alle sogenannten gebildeten Stände dem christusfeindlichen Lessing huldigten [1]. Die Herrschaft des theologischen Rationalismus in Deutschland begründete der berühmte Philosoph Kant in Königsberg (seit 1755) durch sein Werk „Die Kritik der reinen Vernunft"; er wollte damit die Bibel ersetzen, indem er die Existenz des Weltalls und das dem Menschen innewohnende Sittengesetz als höchste Prinzipien gelten ließ, welche die Vernunft anerkennen müsse. Kant übte auf seine Zeitgenossen einen gewaltigen Einfluß und beherrschte die protestantische Theologie, die Pädagogik und Litteratur und gab durch den sittlichen Gehalt seiner Lehre der kirchenfeindlichen Freigeisterei einen ehrbaren Anstrich. Der Mittelpunkt der irreligiösen Bewegung in Norddeutschland wurde die Akademie der Wissenschaften in Berlin, die unter dem rauhen, aller Wissenschaft feindlich gesinnten König Friedrich Wilhelm I. eingeschlafen war. Unter Friedrich II. wurde sie wieder ins Leben gerufen, indem gelehrte Männer aus Frankreich und Deutschland entweder auf seine Berufung oder angezogen von seinem Kriegsruhm nach der preußischen Hauptstadt kamen. Die neu aufgerichtete Akademie, die französische Modesucht und die Religionslosigkeit Friedrichs II., sowie seines ganzen Hofes brachten es dahin, daß die wissenschaftlich gebildeten Leute sich schämten, den Namen Jesus auszusprechen. Man pflegte den göttlichen Erlöser nur einen liebevollen, weisen Lehrer und Religionsstifter, einen zweiten Sokrates zu nennen [2].

Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts war für die Entwicklung der Wissenschaft belangreicher als das Zeitalter der Reformation. Es erwachte ein allgemeines Streben nach Forschung in der Natur und Geschichte. In der Astronomie und Meteorologie, Physik und Chemie, Mineralogie, Botanik und Zoologie wurde der Keim zu wissenschaftlichen Fächern gelegt. Die Rechts- und Kunstgeschichte und die Geschichte der Staaten, der Litteratur und Philosophie wurden mit eifriger Hingebung wissenschaftlichen Studien unterzogen. Diese geistige Strömung drang auch in die gelehrten Kreise Bayerns; hier fühlte man die Notwendigkeit, für höhere wissenschaftliche Studien eine pflegsame Stätte zu errichten, um so mehr, als die Zensur gegen in- und ausländische Schriften von unfähigen Beamten gehandhabt wurde. An die Spitze der litterarischen Bewegung trat der Hof- und Bergrat Johann Georg von Lori, ein Mann von offenem Charakter, voll ehrgeiziger

---

[1] Danzel, Lessing und seine Zeit, I, 45—475. Lindemann, Geschichte der deutschen Litteratur, 6. Aufl., 518—536.

[2] Koberstein, Grundriß 2c., II, 920 f. Schlosser a. a. O. I, 520—532.

Bestrebungen und ein treuer Patriot. Auf einer Geschäftsreise durch Norddeutschland lernte er in Berlin, Göttingen und Erfurt die dortigen Akademien kennen, und es regte sich in ihm ein mächtiger Antrieb, auch in München eine Akademie zu gründen. Die Ausführung des wichtigen Werkes wurde ihm durch eine lebendige Erinnerung an jene Akademie erleichtert, welche 1722 unter dem Protektorate des Kurprinzen Karl Albert von mehreren bayerischen Gelehrten gegründet worden war. Lori teilte seine Absicht seinen Freunden mit, dem Münz- und Bergrat von Limprun, dem Hofrat von Stubenrauch, dem Mathematikprofessor Stigler, dem durch sein Werk „Scriptores rerum Boicarum" berühmten Hofbibliothekar Öfele, dem Bergwerkspräsidenten Grafen von Haimhausen, dem Kanzler Freiherrn von Kreittmayr, dem Grafen von Törring-Jettenbach und dem Hofkaplan Wagenegger und entwarf mit ihnen den Plan zu einer neuen Akademie[1]. Religion und Politik wurden von der wissenschaftlichen Forschung ausgeschlossen. Mitglied konnte nur ein Gelehrter sein, und die wissenschaftlichen Arbeiten wurden in historische und philosophische Abhandlungen geschieden. Der kleine Verein suchte Mitglieder zu gewinnen und fand sie in allen Ständen[2]. Als dem Kurfürsten die Satzungen nebst der Personenliste zur Bestätigung vorgelegt wurde, trug er dem Unternehmen die wohlwollendste Gesinnung entgegen; er wollte strebsamen Geistern Ermutigung und Aussicht auf eine freie Forschung und Prüfung gewähren. An seinem Geburtstag, den 28. März 1759, unterzeichnete er die Stiftungsurkunde und ernannte den Grafen von Haimhausen, der ihm das gelehrte Institut angelegentlichst empfohlen hatte, zum Präsidenten der neuen Akademie, verlieh ihr das Recht der freien Forschung und ließ ihre Schriften keiner andern Zensur unterwerfen, als der ihrer eigenen Körperschaft. Zur Aufgabe wurde ihr die Pflege aller nützlichen Wissenschaften und freien Künste und die Förderung der Landwirtschaft, der Industrie, des Berg- und Hüttenwesens zugewiesen[3]. In der ersten Periode der Akademie widmeten sich die Mitglieder vorzugsweise der bayerischen Landeskunde, Geographie und Geschichte, der Verbesserung der Sprache und dem Unterrichtswesen. Zu diesem Zwecke wurden akademische Lehrer ernannt, um Neigung zu mathematischen Studien zu erwecken und durch Vorträge über Physik gründliche Kenntnisse über die Naturerscheinungen zu verbreiten. Zur Übernahme des Lehrstuhles für deutsche Sprache und Beredsamkeit wurde der Benediktiner Heinrich Braun aus Tegernsee, damals Professor der Rhetorik in Freising, berufen. Braun veröffentlichte mehrere Schriften über die deutsche Sprache und das deutsche Schulwesen. Im Auftrage des

[1] Rudhart, Erinnerung an Johann Georg von Lori, München 1839. Maurer, Rede bei der hundertjährigen Stiftungsfeier der Münchener Akademie, München 1859.

[2] Westenrieder, Geschichte der bayerischen Akademie, I, 5—20.

[3] Münchener gelehrte Anzeigen, Jahrg. 1859, XLIX, Nr. 38.

Kurfürsten wurde im Kadettencorps (1761) eine meteorologische Warte, die erste in Bayern, und auf einem Schlößchen am Gasteig (1763) unter Anleitung des Akademikers Peter von Osterwald das erste astronomische Observatorium errichtet [1].

Anfänglich hatten die bayerischen Akademiker wegen ihrer wissenschaftlichen Leistungen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil unrichtige Anschauungen von der Natur und ihren Kräften und allgemein angenommene Irrtümer tiefe Wurzeln im Volke geschlagen hatten. Man hielt die Akademie für einen Verein von Freigeistern, welcher die Religion unterdrücke. Unwissende oder falsch berichtete Leute bekreuzten sich beim Erblicken eines Akademikers und schrieben jede mißliebige Regierungshandlung und alle elementaren Unglücksfälle den Freidenkern zu. Zu den heftigsten Gegnern der akademischen Gelehrten gehörte der Beichtvater des Kurfürsten und der Franziskanerpater Leo, welcher (1762) in mehreren Predigten die Richtung der Akademie mit scharfen Ausdrücken tadelte. Als er den falschen Verdacht aussprach, daß eine freidenkerische Schrift in der akademischen Druckerei verlegt worden sei, erstürmte ein Pöbelhaufe die Druckerei und mißhandelte die Schriftsetzer. Der Magistrat stellte beim Hofrat den Antrag, die Druckerei zur Beschwichtigung des aufgeregten Volkes aufzuheben. Die Akademie hatte einen mächtigen Beschützer an dem Kurfürsten, welcher mit Geduld und Einsicht beide Parteien anhörte. Die stürmischen Wogen brachte er dadurch zur Ruhe, daß er einen Zensurrat einsetzte, der alle litterarischen Erzeugnisse überwachte [2]. Es kam jedoch bald zu einem neuen Aufruhr, als der Theatinerpater und Akademiker Sterzinger in einer akademischen Festrede (1766) den Hexenglauben verwarf, so daß sich das Volk mehrere Jahre der Meinung hingab, die Akademie wirke feindselig gegen die Religion [3]. Der Glaube an Hexen und eine unmittelbare Verbindung des Menschen mit dem Teufel hatte sich noch immer in protestantischen und katholischen Ländern erhalten. In Würzburg wurde 1749 die Superiorin des Klosters Unterzell, Renata Singer von Mossau, wegen Hexerei verbrannt, in demselben Jahre die Kindsmagd Anna Bayer von Mühldorf wegen Zauberei in Salzburg und 1754 zwei Mädchen von 13 Jahren in Landshut als Hexen zum Tode verurteilt. Im protestantischen Glarus in der Schweiz wurde noch 1783 eine Hexe hingerichtet. Sterzinger rief durch seine Festrede eine Flut von Gegenschriften hervor. Die Mitglieder der Akademie setzten den vielseitigen Angriffen eine ruhige und feste Haltung und eine gediegene, sichere Verteidigung

[1] Westenrieder a. a. O. I, 21—45. Martius, Erinnerung an Mitglieder der mathematisch-physikalischen Klasse der königlich bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 1859.

[2] Münchener gelehrte Anzeigen, XLIX, Nr. 28.

[3] Prantl, Die Unterrichtsanstalten in Bayern, Bavaria, I, 724.

entgegen, und ihre Zahl wuchs von Jahr zu Jahr. Aus dem Orden der Benediktiner, Theatiner und Chorherren der Augustiner traten viele gelehrte Mönche der Münchener Akademie bei und wirkten in derselben mit Fleiß und Talent. Allmählich verschwanden die Vorurteile gegen sie, und ihre Schriften erweckten in immer größeren Kreisen eine strebsame Liebe für das Edle und Schöne. Ihre wissenschaftlichen Arbeiten suchten sie dadurch zum Gemeingut zu machen, daß sie Zeitschriften über alle Fächer der Wissenschaft veröffentlichten. Die beliebtesten Blätter wurden „Der Patriot in Bayern", das „Intelligenzblatt" und das „Münchener Wochenblatt". Die einzigen politischen Zeitschriften „Münchener Bote" und „Münchener Zeitung" waren, wie in allen deutschen Ländern, einer strengen Zensur unterworfen [1].

Von der Münchener Akademie trennte sich die Naturwissenschaft, und der Rektor des Gymnasiums und Lyceums in Burghausen, Dr. Franz von Hoppenbichl, Mitglied zahlreicher Gesellschaften, stiftete in Verbindung mit mehreren Geistlichen, Jesuiten, Beamten und Offizieren (1759) in Altötting eine landwirtschaftliche Akademie. Der ursprüngliche Zweck des neuen Vereins war Verbesserung der deutschen Sprache und Förderung moralischer Wissenschaften und des Haushaltes; nach kurzem Bestande dehnte sich seine Thätigkeit auf die Landwirtschaft und die einschlägigen Naturwissenschaften aus [2]. Trotz mehrseitiger Verkennung und Verfolgung vergrößerte sich der Verein und legte eine Bibliothek und Naturaliensammlung an. Max III. bestätigte diese Akademie unter dem Namen „Kurbayerische Landesökonomie-Gesellschaft", mit dem Rechte, ihre Verhandlungen durch den Druck zu veröffentlichen. Als (1772) die landwirtschaftliche Akademie nach Burghausen, dem Sitze eines Rentamts- und Regierungsbezirkes, mit einem Gymnasium und Lyceum, vielen Beamten und Professoren, verlegt wurde, hielt der Präsident derselben, Freiherr von Hartmann, in der ersten öffentlichen Sitzung (28. März) eine Rede über die Beschaffenheit und Verbesserung der Erdarten, deren Veröffentlichung ihn auch im Auslande bekannt machte; König Gustav Wasa von Schweden verlieh ihm den Wasaorden [3]. Die Burghauser Akademie machte sich um die Landwirtschaft sehr verdient; sie lehrte lange vor dem Nationalökonomen Thaer die Wechselwirtschaft und verurteilte die Abtreibung der Waldungen und die Zertrümmerung der Landgüter. Aus ihrer Mitte gingen treffliche Abhandlungen hervor über die Brache, den Hopfen-, Reps-, Mais- und Rübenbau, über Stallfütterung und Viehzucht, Wiesenbau, Gipsdüngung 2c. Zur Pflege und Verbreitung der Bienenzucht wurden Bienenmeister angestellt und Schriften über Bienenzucht herausgegeben. Die von

---

[1] Westenrieder a. a. O. I, 35—229.

[2] Göhl, Rede vom Ursprung der Akademie in Burghausen 3—25.

[3] Huber J. G., Geschichte der Stadt Burghausen in Oberbayern 325, 327, 336—340.

der Akademie gestellten Preisfragen über den Getreidehandel, Vorsorge gegen Teuerung und die beste Obstbaumzucht wurden zur allgemeinen Befriedigung gelöst. Den Abhandlungen war auch ein belehrender Kalender über alle in der Landwirtschaft auf jeden Monat treffenden Verrichtungen beigefügt und in der akademischen Zeitschrift „Bayerisch-ökonomischer Hausvater" auf wichtige wissenschaftliche Arbeiten des Auslandes und landwirtschaftliche Erfindungen, namentlich die neuen verbesserten Ackerbaugeräte und Maschinen, aufmerksam gemacht. Die Burghauser Akademie erfreute sich besonders der Gunst des Konferenzministers Grafen von Berchem, der sie über die Münchener Akademie stellte, weil sie, wie er in einem Briefe an Freiherrn von Hartmann bemerkte, dem Lande zum größern Nutzen gereiche. Während der Napoleonischen Kriegszeit mußte der Verein (1802) seine ersprießliche Thätigkeit aussetzen, und unter König Max I. gingen (1810) aus demselben die landwirtschaftlichen Vereine hervor [1].

Während die Naturwissenschaften mit immer größerem Eifer und Erfolge gepflegt wurden, beherrschte die deutsche Litteratur mit wachsender Macht das geistige Leben. Wie in Frankreich unter Ludwig XV. und in England unter Karl II. der Widerstand des Bürgertums gegen die Despotie der Regierung und die privilegierten Klassen und die Anhänglichkeit an das häusliche und familiäre Leben in der Litteratur lebhaften Ausdruck fand, so nahm auch die deutsche Litteratur zu gleicher Zeit eine neue Richtung, welche in der Leipziger und Hallenser Dichterschule durch Rabener, Gellert, Gleim, Uz, Kleist und Klopstock vertreten war. Rabener sprach in seinen vertrauten Briefen mit Hohn und Schmerz von der Verschwendung der Höfe, dem Steuerdruck und Elend der Unterthanen. Mit seinen eifrig gelesenen und in viele Sprachen übersetzten Satiren regte er bei den Deutschen das Selbstbewußtsein und die Erkenntnis des eigenen Wertes an und geißelte die Ungerechtigkeit im Handel und Wandel und im Richteramte. Auch Gellert begann seine schriftstellerische Thätigkeit mit der Satire, indem er in seinen „Fabeln" und „Erzählungen" die Gebrechen der Gesellschaft und die Mißstände des öffentlichen Lebens schilderte. Als Lehrer an der Universität Leipzig (1744—1769) wirkte er auf das sittliche Gefühl und die Erhöhung der Frömmigkeit besonders unter den bürgerlichen Klassen. Seine geistlichen Lieder wurden in die lutherischen und reformierten Gesangbücher aufgenommen und selbst in katholischen Ländern mit Beifall gelesen. Auch in Bayern fing man (1772) an, in den Kirchen den Volksgesang einzuführen; er wurde jedoch von dem Kurfürsten Max III. nicht begünstigt, weil er der figurierten Musik den Vorzug gab, mit der Erklärung, die Figuralmusik stimme auch zur Andacht und durch den allgemeinen Gesang verlerne das Volk das Beten.

---

[1] Fraas, Geschichte der Landbau- und Forstwissenschaft 158, 227, 279, 281.

Durch Gellerts vielseitige Wirksamkeit blieb Leipzig die Hauptstadt der deutschen Litteratur, und in derselben vereinigte sich die vornehme und wohlhabende Jugend aus Deutschland und den fremden Staaten, um neben den ernsten Studien die feinen Sitten einer größern Stadt kennen zu lernen und zu üben [1].

Eine Zierde der Leipziger Schule war der Bayer Michael Huber, der (1727) in Frontenhausen in Niederbayern geboren und von unbekannter, vornehmer Abkunft war. Nach Vollendung der höheren Studien begab sich Huber (1754) nach Paris, wo er mit seltener Gewandtheit und Meisterschaft deutsche Gedichte ins Französische übersetzte, um die deutsche Litteratur auch in Frankreich zu verbreiten und den Franzosen Achtung vor deutscher Bildung einzuflößen. Seine ersten Übersetzungen wurden in Frankreich beifälligst gelesen und erwarben ihm die Verehrung und Freundschaft aller seiner Zeitgenossen. Seinen Ruhm erhöhte er (1766) durch Veröffentlichung einer auserlesenen Sammlung der deutschen Dichtung mit einer vorzüglichen Übersicht der Geschichte der deutschen Dichtkunst. Dieses in einem fließenden Französisch geschriebene Werk widmete er dem Kurfürsten von Bayern, in der Absicht, daß er von ihm in sein Vaterland auf einen Lehrstuhl gerufen werde; allein sein Wunsch wurde nicht berücksichtigt, weil er ein geborener Bayer war. Durch Vermittlung seiner Freunde in Deutschland und der sächsischen Kurfürstin-Witwe Marie Antonie, einer bayerischen Prinzessin, wurde Huber (1767) an die Universität Leipzig berufen, um den erledigten Lehrstuhl der französischen Sprache und Litteratur zu übernehmen; er erhielt jedoch aus den Mitteln der Universität keinen Gehalt und durfte nicht einmal den Titel eines Professors führen, weil er ein Katholik war, während die katholische Kirche niemandem verbot, den Professorstitel an protestantischen Lehranstalten anzunehmen. Ungeachtet der Zurücksetzung erhöhte der katholische Bayer den Ruhm der Leipziger Schule durch seine geistvollen Vorträge über die französische Litteratur und durch seine unübertroffenen Übersetzungen der klassischen Werke der Deutschen. Durch Hubers umfassende und gründliche Kenntnisse in der Kunst wurde sein Haus in Leipzig der Mittelpunkt aller Künstler und Kunstfreunde in und außer Deutschland, namentlich zur Zeit der Leipziger Messen. Alle ausgezeichneten Staatsmänner und Dichter, unter ihnen von Gagern und Schiller, wurden von ihm und seiner Familie gastlich aufgenommen und lernten bei ihr Übung in der französischen Sprache und eine vornehme Gesittung; auch Fürsten und Grafen, unter ihnen der preußische Staatskanzler Fürst von Hardenberg, besuchten ihn wiederholt bis zu seinem Tode (1804) und erfreuten sich an dem Reichtume seiner Kenntnisse und

---

[1] Gervinus, Geschichte der deutschen Dichtung, III, 67—89. Cramer, Gellerts Leben 47—119. Biedermann, Deutschland im 18. Jahrh., II, 2, 1, S. 27—45.

der Feinheit seiner Bildung. Wegen seines edlen und liebenswürdigen Charakters, seiner Milde und Freundlichkeit wurde Huber von allen, die mit ihm in Berührung kamen, geliebt und geschätzt[1]. Sein Sohn Ludwig Ferdinand, ein gewandter Politiker und erster Redakteur der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“, erlangte großes Ansehen, und seine Gattin Therese wurde durch eine gemütvolle Schriftstellerei berühmt[2].

Fast gleichzeitig mit der Leipziger Schule bildete sich in der benachbarten Stadt Halle aus jungen, wissenschaftlich unterrichteten Männern ein Kreis von Dichtern mit munterer Geselligkeit und übertriebener Freundschaft. Durch die heitere Lebensphilosophie, welche die Hallenser Dichterschule verbreitete, wurde die gesellige Sitte und die ganze Denkweise der Deutschen reformiert, obgleich die meisten ihrer poetischen Erzeugnisse unbedeutend waren; nur die kriegerischen Gedichte von Gleim und Kleist und die patriotischen Lieder von Uz hatten einen Wert. Die Kriegsthaten Friedrichs II. in seinem siebenjährigen Kampfe mit dem halben Europa gaben der poetischen Phantasie einen Aufschwung und begeisterten namentlich Klopstock, der von den edelsten und höchsten Idealen erfüllt und dessen Dichtung von einer deutsch-nationalen und christlichen Stimmung getragen war; er verirrte sich aber bis zur deutschen Mythologie und in das graue Altertum. Anfangs wollte Klopstock aus Vorliebe für das Epos den Stoff zu einem großen nationalen Heldengedicht aus der deutschen Geschichte nehmen; allein unter dem Eindrucke, den die Leiden des Siebenjährigen Krieges auf die deutschen Gemüter machten, ließ er den Plan fallen und besang nach dem Vorbilde des „Verlorenen Paradieses“ von Milton den göttlichen Messias und sein Erlösungswerk. In der umfangreichen „Messiade“ machte der Dichter die gottmenschliche Person Christi zum Mittelpunkt seiner bilderreichen Schilderung und begleitete den Heiland mit überraschender Zartheit und Tiefe der Empfindung durch die Hauptmomente der Erlösung; allein sein Christentum ist nur Gefühlsreligion, und er bringt in seinem Messias so viel Willkürliches, Unkirchliches und Empfindsames, daß das feste und ernste Christentum fast verschwindet. Er führt die Thatsachen der Erlösung vor, wie sie sich in der überirdischen, unsichtbaren Welt zugetragen haben, durch himmlische Geister vorbereitet und gefördert und durch die Hölle vergebens aufgehalten und bekämpft wurden. Es fehlt dem Epos der klare Plan und damit die künstlerische Einheit[3]. Dennoch machte der erste, an poetischen Schönheiten reiche Teil der Messiade das größte und allgemeinste Aufsehen und wurde von den meisten Deutschen mit hoher Begeisterung und Freude begrüßt, weil man mit Unwillen und Ärger sah, wie Friedrich II.

---

[1] Pfeilschifter a. a. O. I, 71—94.
[2] Bavaria, I, 2, S. 1166.
[3] Lindemann a. a. O. 494—506.

in Berlin der französischen Philosophie und Litteratur mit ihrer Religionsspötterei und ihrem Freimaurertum einen Geist und Herz vergiftenden Herd errichtete. Wie die Messiade, so beruht die Odendichtung Klopstocks auf einer tiefernsten Weltanschauung und führt zur Erhebung zu Gott und zum unendlichen Ideenreich. In jeder Ode goß er über die Natur im Kleinsten wie im Größten eine göttliche Weihe aus, so daß man das Wehen des Hauches Gottes durch die ganze Schöpfung zu empfinden glaubt; doch ist die Sprache oft in den Oden geschraubt und die Darstellung unverständlich. Klopstock war nicht bloß ein frommer, sondern auch ein deutsch-patriotischer Dichter, der die Größe und den Ruhm Deutschlands durch Thaten des Geistes, Veredlung der deutschen Sprache und Verachtung des Ausländischen wiederherstellen wollte[1]. Die Erhebung des Gefühlslebens zum Übersinnlichen, welche die Klopstocksche Dichtung anstrebte, wurde durch Wieland wieder verdrängt; dieser pries die Ausbildung der sinnlichen und geistigen Natur des Menschen und die Verherrlichung und Befriedigung der Wollust. Wielands Romane „Der Oberon" und „Die Abderiten" wurden wegen der sinnlichen Lüste, des schlüpferigen Inhaltes, der wohlklingenden, fließenden Sprache und der reizenden Schilderungen eine eifrigst gesuchte Lektüre. Wieland war der Mann seiner irreligiösen und den sinnlichen Genüssen ergebenen Zeit, und die von ihm gepriesene Lebensweisheit artete bei seinen Schülern und Nachfolgern in grobsinnliche und unsittliche Darstellungen aus, und sie setzten sich über alle Schranken der Mäßigung hinweg. Heinse predigte in seiner „Hildegarde von Hohenthal" ungescheut einen Kult des Nackten, dem er durch die Form der Kunstbegeisterung eine gewisse ideale Berechtigung zu geben suchte. Lessing, der sich in Berlin nach französischen und englischen Mustern zu einem dramatischen Dichter ausbildete, vertrat unter den Eindrücken des Siebenjährigen Krieges die realistische Richtung und wurde durch seine klassische Prosa der Begründer des deutschen Schauspiels. In Breslau vollendete er als Sekretär des Generals von Tauenzien sein Drama „Minna von Barnhelm", welches durch einen echten Nationalcharakter und einen natürlichen Redefluß das Muster für die künftige Dramaturgie in Deutschland wurde. Mit geschickter Hand vermied er alles Verletzende und Undeutsche aus dem Siebenjährigen Kriege; dennoch wurde das Stück in Berlin lange von der Bühne ferne gehalten mit der Ausrede Friedrichs II.: „Man kann über Gott räsonnieren und dogmatisieren, aber nicht über Regierung und Polizei." Als Bibliothekar in Wolfenbüttel verfaßte Lessing (1772) die Tragödie „Emilia Galotti"; diese Dichtung steht trotz der meisterhaften Ausführung und Charakterzeichnung der Personen tief unter „Minna von Barnhelm", denn in derselben

---

[1] Biedermann a. a. O. II, 2, 1, S. 70—167. Vilmar, Geschichte der deutschen Nationallitteratur II, 58—69. Cramer, Klopstock rc., I, 15—139.

überwiegen die intriguenhaften Momente die tragischen, und die schuldvolle That wird nicht an dem Frevler in der Gegenwart gerächt. Es fehlt die tragische Sühne und wird nicht dadurch ersetzt, daß der Frevler einem höchsten Richter überwiesen wird [1].

Die litterarische Bewegung in Norddeutschland drang in Bayern um so leichter ein, als die Münchener und Burghausener Akademie in allen Schichten der Bevölkerung ein aufblühendes geistiges Leben angefacht hatten. Seit Max Emanuel beherrschte in München die französische Dichtung das ganze Gebiet der Litteratur und des Schauspiels, und an der Hofbühne kamen nur Dramen von Corneille, Racine, Molière, Merville 2c. zur Aufführung. In den größeren Städten veranstalteten die Jesuiten mit ihren Zöglingen lateinische Schauspiele, Tragödien und Opern, die an festlichen Tagen mit bewunderter Gewandtheit und Prachtentfaltung gegeben wurden. Zahllose Komödientruppen durchwanderten das Land und verderbten mit dem Inhalte ihrer Produktionen und ihrer rohen Darstellungsweise die Sitte und den Kunstsinn des Volkes. Während der Fastenzeit wurden in den Städten und Märkten von unfähigen, nichtswürdigen Personen Passionsspiele in so ärgerlicher Weise aufgeführt, daß die heiligsten Religionsgeheimnisse geschändet wurden. Kurfürst Max III., ein Freund der deutschen Dichtung und Kunst, ernannte (1753) den Grafen Joseph von Seeau, einen entschiedenen Gegner alles Franzosentums, zum Hoftheater- und Hofmusikintendanten, mit dem Auftrage, das ganze Schauspielwesen umzuschaffen. Die große Aufgabe löste Seeau dadurch, daß er die französischen Komödianten von der Hofbühne entfernte und in München eine Schule zur Heranbildung befähigter Schauspieler und Schauspielerinnen errichtete. Nur jene, welche in der dramatischen Schule zu München unterrichtet worden waren, erhielten die Erlaubnis, in den Städten und auf dem Lande solche Schauspiele aufzuführen, welche den Sinn des Volkes für die Kunst besserten und die Sittlichkeit hoben. Der Rechtspraktikant Johann Nieser bildete mit großem Geschick eine Schauspielertruppe, über die er selbst die Oberleitung übernahm. Im Faberbräuhause in München eröffnete er (1771) in Anwesenheit der kurfürstlichen Familie und der höchsten Hofbeamten sein neu errichtetes deutsches Theater mit dem Schauspiele „Der Tambour bezahlt alles"; diesem folgten „Minna von Barnhelm" und „Emilia Galotti". Als Lessing (1775) mit dem Prinzen Leopold von Braunschweig durch München reiste und der Aufführung seiner Dramen im Faberbräuhause beiwohnte, spendete er dem Direktor Nieser ehrendes Lob, und die Akademie der Wissenschaften in München zeichnete ihn durch eine goldene Medaille mit einem Preisdiplome aus. An jedem Gymnasium wurde das Schuljahr mit einem Schauspiele oder einer Oper geschlossen, welche die Schüler der

---

[1] Gervinus a. a. O. IV, 180—267. Danzel, Lessing und seine Zeit, I, 47—472.

Rhetorik (oberste Gymnasialklasse) aufführten und meist selbst verfaßt hatten; namentlich thaten sich die Kandidaten am Freisinger Lyceum durch rühmliche Leistungen hervor [1]. Alle gebildeten Stände wurden von einem unwiderstehlichen Triebe ergriffen, zu dichten und Theaterstücke zu schreiben. Diese poetischen Erzeugnisse, welche zumeist dem historischen Gebiete angehörten, waren zwar von einer poetischen Vollendung weit entfernt, aber vom deutschen Geiste durchhaucht und von deutscher Sitte getragen. Zu den besten Dichtungen jener Zeit sind die Schauspiele „Otto von Wittelsbach" und „Die Strelitzen" von Franz von Babo und die in derber, aber natürlicher und ergreifender Prosa geschriebenen Tragödien „Agnes Bernauer" und „Kaspar der Torringer" von dem Konferenzminister Grafen Joseph August von Törring-Jettenbach zu rechnen [2]. Der Kämmerer Freiherr von Nesselrode brachte (1774) zwei Schauspiele, den „Adeligen Taglöhner" und „Die Ahnenstolzen auf dem Lande", auf die Bühne, mit der ausgesprochenen Tendenz, dem sittlichen Anstande die natürliche Ungebundenheit entgegenzusetzen. Die Schauspiele „Der Aufruhr in Landshut" von Nagel und „Ritter Heinz von Stein" von Hübner sind verfehlte Darstellungen, und der Poet Längefeld erlaubte sich in seinem Drama „Ludwig der Bayer" Ausfälle auf die Kirche. Der bayerische Hofmaler Friedrich Müller dichtete das romantische, mit historischen Zügen vermischte Schauspiel „Genoveva" [3]. Kaiser Joseph II. wurde von den Fortschritten, welche die Schauspielkunst in München machte, freudigst überrascht, als er (3. April 1777) in die Hauptstadt Bayerns kam, wo er im strengsten Inkognito als Graf von Falkenstein im Gasthofe zum „Goldenen Hirschen" in der Theatinerstraße abstieg. Im Residenztheater wohnte er der Aufführung des deutschen Schauspieles „Der Freund in der Not" bei. Ihm zu Ehren gab Kurfürst Max Joseph eine öffentliche Tafel und veranstaltete in den Gemächern der Residenz eine große musikalische Produktion. Nachdem der Kaiser die Sehenswürdigkeiten in München und die Schlösser Schleißheim und Nymphenburg besichtigt und (6. April) in der St. Michaels-Hofkirche einer heiligen Messe beigewohnt hatte, reiste er nach Augsburg [4].

Max III. begünstigte das eifrige Streben nach deutscher Schauspielkunst, wandte sich jedoch mit Vorliebe der Tonkunst zu. In seiner frühesten Jugend hatte er sich mit großer Begabung musikalischen Studien gewidmet und auf dem Klavier, der Violine, dem Violoncell und der Gambe (eine Art Violoncell) eine meisterliche Fertigkeit erreicht. Noch als Kurfürst ließ er sich von dem Compositeur Bernasconi im Kontrapunkt unterrichten und

[1] Schreiber W., Max Joseph III. a. a. O. 253—259.

[2] Oberbayerisches Archiv, Graf von Törring-Jettenbach, XII, 165.

[3] Menzel, Deutsche Litteratur, III, 189. Gervinus, Geschichte der deutschen Dichtung, IV, 532—534.

[4] Brunner a. a. O. I, 180—182.

komponierte mehrere kirchliche Stücke, darunter ein lobwürdiges „Stabat Mater". Bei Hofkonzerten glänzte Max Joseph als Solist auf dem Violoncell. Mit ihm wetteiferte seine Schwester Marie Antonie, die spätere Kurfürstin von Sachsen, welche in der lateinischen und den modernen Sprachen wie in der Malerei trefflich unterrichtet war und sich zu einer gefeierten Sängerin und Pianistin ausbildete. Marie Antonie komponierte mehrere Kantaten und Opern und dichtete selbst den Text in lateinischer und französischer Sprache. Die musikalische Akademie „Arkadia" in Rom ernannte sie zu ihrem Ehrenmitgliede und erteilte ihr den Schäfernamen „Ermelina Talea", den sie bei Veröffentlichung ihrer Kompositionen beibehielt. Bei Aufführung ihrer Oper „Talestri" in Dresden sang sie selbst die „Talestri" und wurde als Sängerin und Komponistin allgemein angestaunt [1]. Ihr Bruder Max Joseph erbaute nach dem Plane des Architekten Franz von Couvillier (1752—1760) neben der Residenz ein neues Opernhaus, eines der damals schönsten Theater in Deutschland, mit einem Kostenaufwande von 170000 Gulden, und befahl, daß an jedem Montag freier Eintritt sei [2]. Die italienische und französische Musik, die vorzüglich am Münchener Hoftheater gepflegt wurde, ward allmählich von den großen Tondichtern Händel und Bach verdrängt und durch ihre meisterhaften Schöpfungen der deutschen Tonkunst der Weg gebahnt. Der Begründer der modernen Musik wurde Christoph Gluck, welcher (1714) in Weidenwang in der Oberpfalz geboren war und den ersten musikalischen Unterricht in Böhmen, wo sein Vater auf den Gütern des Fürsten Kaunitz bedienstet war, unter steter Not und Arbeit erhalten hatte. Nach einer Reise durch Italien und England begab sich Gluck nach Wien, wo er zum Kapellmeister der Oper ernannt wurde. Seine Kompositionen zeichnen sich durch altklassische Einfachheit und natürliche Wahrheit aus; seine Musik giebt den Gedanken des Textes wieder. Gluck ließ sich jedoch zu sehr vom Texte binden, und die Personen in seinen Opern sind ohne Wärme des Lebens und arm an Handlungen. Am neuen Residenztheater in München wurde (1773) die erste Oper von Gluck „Orfeo ed Euridice" gegeben, und nach zwei Jahren folgte Mozarts Oper „La finta giardiniera", bei deren Aufführung der geniale Compositeur selbst zugegen war. Der junge Mozart verweilte einige Zeit in München und reichte (September 1777) beim Kurfürsten ein Bittgesuch um Aufnahme in die bayerische Hofmusikkapelle ein; allein damals herrschte noch die italienische Musik vor, und Max gab dem deutschen Tondichter den Rat, er solle vorher nach Italien reisen und sich berühmt machen. Hierüber bemerkte Mozart in

[1] Weber C. v., Maria Antonia Walpurgis, Kurfürstin in Sachsen, I, 37—45; II, 235, 275.

[2] Nagler, Topographische Geschichte von München 92.

einem Briefe an seinen Vater: „Da haben wir's; die meisten großen Herren haben einen entsetzlichen Welschlands-Paroxysmus.“ [1]

Das neue Leben auf dem Gebiete der Litteratur und Musik drang auch in die bildenden Künste. Die christliche Malerkunst war längst untergegangen, und man wandte sich im 18. Jahrhundert vorzugsweise der Landschaft, dem Genre, der Mythologie und zum Teil der Geschichte zu. Max III. stiftete (1770) eine Akademie der bildenden Künste unter dem Namen „Die neue Maler- und Bildhauer-Akademie“; er ließ begabte Jünglinge im Auslande auf seine Kosten unterrichten und ernannte die tüchtigsten zu Professoren der Akademie, um einheimische Talente für die bildenden Künste zu wecken. Die neue Anstalt konnte zwar nicht die Wiedergeburt der durch den Rococostil bedrückten Kunst bewirken, leistete aber für Verbesserung des allgemeinen Geschmackes durch Anleitung der Talente und Hinweisung auf das antike Schöne Verdienstliches. Es entstanden mehrere schöne Privatbauten, wie das nach dem Plane Couvilliers gebaute Cotta-Haus in der Theatinerstraße, das zur Unterbringung der kurfürstlichen Bibliothek bestimmt war, die Paläste des Grafen von Törring (jetzt Hauptpostgebäude) und des Grafen von Preysing (Bankhaus), welche von Couvillier und Effner im französisch-italienischen Stile erbaut wurden. Die beiden Künstler und Brüder Ägid und Kosmas Asam erbauten auf eigene Kosten und nach eigenem Entwurfe die St. Johanniskirche in der Sendlingerstraße. Max Joseph hatte als sechsjähriger Knabe (16. Mai 1733) den Grundstein zu dieser Kirche gelegt, welche (1746) im reichen französisch-italienischen Prunkstile ausgeführt wurde [2]. Auch der Kurfürst ließ neue Bauten aufführen, soweit es die mißliche Finanzlage gestattete. Nach Vollendung des Residenztheaters erbaute er die „Isarkaserne“ und ersetzte (1759—1765) die zwei über die Isar führenden hölzernen Brücken nach der Vorstadt Au durch steinerne, weil der Verkehr durch das Anwachsen der Münchener Bevölkerung immer stärker wurde. Zugleich legte er den Grundstein zu einem Militärlazaret, das 1777 eröffnet und nach 110 Jahren in das Luitpoldsgymnasium umgeändert wurde. Zur Heranbildung brauchbarer Offiziere stiftete Max (1756) eine Militärschule (Kadettencorps) und verlegte sie in das von Herzog Klemens erbaute Schloß außerhalb dem Karlsthore. Nach dem Beispiele seiner Mutter, der Kaiserin Amelie, die (1754—1760) das St. Elisabethspital gegründet hatte, ließ er den Barmherzigen Brüdern und Schwestern außerhalb dem Sendlinger Thore Klöster nebst Kirche bauen, aus denen später das allgemeine Krankenhaus hervorging. Das Waisenhaus, welches der Faßbinder

---

[1] Rudhart, Geschichte der Oper am Hofe zu München 93 ff.

[2] Oberbayerisches Archiv, Aus dem Hofleben und Treiben der kurbayerischen Familie, von Häutle, XXXV, 171.

Poppel von der Vorstadt Au, ein geist- und gefühlvoller Bürger, nach dem Österreichischen Erbfolgekrieg gestiftet hatte, unterstützte der Kurfürst im geheimen mit bedeutenden Geldsummen [1].

Max Joseph war infolge der religiösen Erziehung, die er durch gelehrte Jesuiten erhalten hatte, ein frommer und überzeugungsvoller Katholik; die autokratischen Staatslehren aber, die ihm der Professor von Ickstatt auch in der Kirchenpolitik beigebracht hatte, gab er niemals auf und wurde hierin durch die unbeschränkte Regierung in den anderen katholischen Ländern bestärkt. Die kirchenpolitischen Ansichten, welche in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Höfe in Versailles, Madrid und Neapel und in den deutschen Staaten beherrschten, verleiteten den Weihbischof Johann Nikolaus von Hontheim in Trier, (1763) unter dem Namen „Justinus Febronius" ein Werk „Über den Kirchenstaat und die gesetzliche Gewalt des römischen Bischofs" zu veröffentlichen. Der Zweck dieser Schrift war, jede Gewalt des Papstes über die Bischöfe zu bestreiten und aufzuheben. Nach Hontheims Lehre wäre der Papst das Kirchenoberhaupt nur dem Namen nach; das Konzil stehe über ihm, und die Kirche müsse auf den Zustand zurückgeführt werden, welcher durch die ersten vier Konzilien begründet worden sei. Die Bischöfe besitzen volle geistliche Gewalt ohne den Papst und seien berechtigt, alle päpstlichen Bullen zurückzuweisen, die ihnen als Hindernis der kirchlichen Freiheit erscheinen. Wenn der Papst sich nicht freiwillig der angemaßten Gewalt entäußern wolle, so sollen es die katholischen Fürsten dadurch erwirken, daß sie allgemeine Konzilien berufen, sich des „Plazets" und der Appellation wegen Mißbrauches bedienen und den Gehorsam aufkündigen. Wiewohl dieses Buch ohne besondere Gelehrsamkeit, mit vielen Widersprüchen und Wiederholungen älterer Kirchenrechtslehren verfaßt war, wurde es doch von den katholischen Regierungen mit Freuden begrüßt und dessen Grundsätze nach Möglichkeit praktisch ausgeführt; selbst viele deutsche Bischöfe waren mit dem „Febronianischen System" einverstanden. Als im nächsten Jahre Papst Klemens XIII. das Buch des „Febronius" auf den Index der verbotenen Bücher setzen ließ und von den deutschen Bischöfen die Unterdrückung desselben forderte, leisteten ihm nur die Bischöfe von Freising, Augsburg, Bamberg, Würzburg, Mainz, Köln, Trier, Prag und Konstanz Gehorsam. Hontheims Werk wurde in mehreren Gegenschriften widerlegt, und sogar Lessing bemerkte, daß die Gründe, welche „Febronius" gegen die Rechte des Papstes vorbringe, ebenso gut auch gegen die weltlichen Fürsten angewendet werden können. Der Weihbischof in Trier fuhr dennoch fort, sein System gegen die römische Kurie zur Geltung zu bringen, und übte auf die drei geistlichen Kurfürsten einen so starken Einfluß aus, daß sie (1769) eine Beschwerdeschrift über die Eingriffe des

---

[1] Nagler a. a. O. 92—95.

Papstes in ihre Diöcesanrechte an Kaiser Joseph II. richteten. Erst dem Papste Pius VI. und dem Erzbischof Klemens Wenzeslaus von Trier gelang es, daß der Weihbischof einen feierlichen Widerruf leistete [1].

In Bayern wurde die Febronianische Schrift mit Beifall aufgenommen und die darin aufgestellten Lehren von dem über das Kirchenwesen gesetzten „Geistlichen Rat" mit unumschränkter Willkür ausgeführt. Kurfürst Max III. beauftragte den Akademiker Peter von Osterwald, einen zum Katholizismus übergetretenen Protestanten aus Nassau-Weilburg, eine Abhandlung über die Immunität der Geistlichkeit in zeitlichen Dingen zu verfassen. Osterwald veröffentlichte seine Arbeit unter dem Namen „Veremund von Lochstein"; er bestritt darin die Lehre des Kardinals Bellarmin über die geistliche und weltliche Gewalt des Papstes und gestand der Staatsregierung volle Gewalt über die Geistlichkeit und die Kirchensachen zu. „Lochstein" wurde in mehreren Gegenschriften der Ketzerei beschuldigt und die Schrift von dem Freising-Regensburger Bischof, Prinzen Klemens von Sachsen, für beide Diöcesen verboten. Max Joseph führte als Repressalie die Zensur für alle kirchlichen Verordnungen ein und erklärte in einem Erlaß das bischöfliche Ausschreiben für nichtig, weil „Lochstein" nicht von Glaubenssachen, sondern von landesfürstlichen Rechten spreche. Mit eigener Hand verbesserte er eine zweite Auflage des „Veremund von Lochstein", milderte einzelne Ausdrücke und ließ das bischöfliche Verbot dieses Buches von den Kirchenthüren abnehmen. Den Verfasser Osterwald ernannte er zum Direktor des „Geistlichen Rates", machte von dem „Plazet" nach Gutdünken Gebrauch und schaltete auf kirchlichem Gebiete mit unbeschränkter Polizeigewalt [2]. Alle Kandidaten der Theologie mußten vor Regierungskommissären ein strenges Examen bestehen. Es durfte keine neue Bruderschaft oder religiöser Verein gegründet werden. Die Feiertage, welche damals noch zahlreich waren, wurden mit Zustimmung des Papstes Klemens XIV. (1772) vermindert und die Kirchenbaulast und Verwaltung des Kirchenvermögens durch kurfürstliche Verordnungen geregelt. Die meisten Mitglieder des Geistlichen Rates verfielen sogar auf den alten Gedanken, die reichen Klöster durch einen Gewaltstreich aufzuheben und mit dem Erlös die Staatsschulden zu bezahlen. Die Beamten betrachteten die ausgedehnten und einträglichen Kirchengüter schon längst mit Mißgunst und Neid und meinten, daß wegen der Unveräußerlichkeit derselben der Verkehr mit Grundstücken aufhören und alles Privatgrundeigentum in „die tote Hand" gelangen werde. Zu einer Säkularisierung der Kirchengüter konnte sich Max III. aus Gerechtigkeitsgefühl nicht entschließen, wies aber die Geistlichen

[1] Phillips, Kirchenrecht, III, 366. Menzel A., Neuere Geschichte der Deutschen, XI, 456; XII, 1, 192.

[2] Sicherer, Staat und Kirche in Bayern 8. Brunner a. a. O. I, 150.

Räte an, daß sie die Veräußerung und Vererbung von Grundstücken an irgend einen Orden durch Verordnungen beschränken, mit der Angabe, daß der Erbschleicherei vorgebeugt und die Pflichtteil-Berechtigung der Kinder geschützt werden müsse[1]. An alle Klöster und geistlichen Korporationen erging der Befehl, daß sie kein höheres Legat als zu 2000 Gulden erwerben und nur so viele Mitglieder aufnehmen, als ihnen von dem Geistlichen Rat zugestanden werde. Sämtliche Einsiedler, die sich nur vom freiwilligen Almosen ernährten, wurden zusammengefangen und in ein Arbeitshaus gesteckt. Nach dem Beispiele Kaiser Josephs II. wurde allen Orden der Verkehr mit ihren Generalen in Rom und den ausländischen Oberen untersagt und nur für einzelne Fälle mit kurfürstlicher Genehmigung gestattet. Alle Klöster mußten ihre Stiftungsbriefe, ein genaues und vollständiges Verzeichnis ihrer Besitzungen und die Zahl ihrer Ordensmitglieder beim Geistlichen Rat einsenden. Allen männlichen und weiblichen Klöstern wurde unter Androhung schwerer Strafen verboten, die feierlichen Ordensgelübde vor dem vollendeten 21. Lebensjahr abzulegen. Eine Verordnung vom 2. November 1769 befahl, daß die in die religiösen Orden eingeschlichenen Mißbräuche und Unordnungen abgestellt, alle Gefängnisse entfernt, die Strafen auf 14 Tage beschränkt und in einer anständigen Zelle abgebüßt und für ein höheres Strafmaß die Bewilligung des Geistlichen Rates eingeholt werde. Jedes Kloster und die gesamte Weltgeistlichkeit mußte einen ihren Vermögensverhältnissen entsprechenden Geldbeitrag zur Landesverteidigung und zur Abschaffung des Bettels und Vagantentums leisten. Das Terminieren der Bettelmönche, sowie die Geld- und Feldfrüchte-Sammlungen von seiten der Hilfsgeistlichen (Kapläne und Kooperatoren) wurden verboten und den Klöstern die niedere Gerichtsbarkeit auf ihren Besitzungen verfassungs- und vertragswidrig entzogen. Ohne landesherrliche Genehmigung (Placetum) durfte keine kirchliche Verordnung oder Gesetz veröffentlicht werden[2].

Die bayerischen Bischöfe konnten zu den gewaltthätigen Übergriffen der Regierung in das Kirchenwesen nicht stillschweigen, ohne ihr Gewissen zu verletzen. In einer gemeinsamen Vorstellung an den Kurfürsten führten sie Beschwerde über Unterdrückung der kirchlichen Rechte und Freiheiten; als sie erfolglos blieb, versammelten sie sich (1770) in Salzburg zu einer Konferenz, in welcher umfangreiche Protokolle, Gutachten und Berichte abgefaßt wurden. Die Konferenz wurde nach zwei Jahren durch Bevollmächtigte fortgesetzt, die sich vergeblich bemühten, den Münchener Hof auf Grundlage des Konkordates von 1583 zu Verhandlungen und Zugeständnissen zu vermögen. Die Konferenz-

---

[1] Roscher, System der Volkswirtschaft, Nationalökonomik des Ackerbaues, II, 299, 301.

[2] Kreisarchiv München, Geistliche Ratsakten 1750—1775.

minister, namentlich die Grafen von Spreti und von Berchem, verschleppten die Sache und einigten sich nach langer Beratung in der falschen Annahme, daß das Konkordat von 1583 und die folgenden Rezesse und Zusätze keine eigentlichen Verträge seien und keine für beide Teile verbindliche Rechtskraft hätten, sondern nur Privilegien wären, welche die bayerischen Herzoge und Kurfürsten den Bischöfen aus Gnade verliehen hätten und unter veränderten Zeitverhältnissen und Umständen zurückgenommen werden könnten. Der rechtliche Sinn Max Josephs verhinderte eine willkürliche Aufhebung des Konkordates, allein die Staatsrechtslehre Osterwalds, daß die Kirche der landesfürstlichen Gewalt untergeordnet sei, blieb aufrecht erhalten [1]. Max III. ließ sich (6. Oktober 1774) nur auf einen Vertrag ein, kraft dessen die Wahl eines Abtes, Propstes und anderer Klosteroberen in Anwesenheit eines bischöflichen und eines kurfürstlichen Kommissärs vorgenommen werde; der letztere bestätigte die freie Wahl und führte den Gewählten in die Temporalien ein. Die Klausur der Klöster wurde für unverletzlich erklärt, und das Sponsalienmandat, welches für die Giltigkeit der Ehegelöbnisse die gerichtliche Bestätigung festsetzte, wurde dahin abgeändert, daß die Sponsalien entweder von einem Pfarrer oder weltlichen Richter mit Zuziehung eines Zeugen und bei adeligen und siegelmäßigen Personen mit zwei Zeugen ohne Richter abgeschlossen werden konnten [2]. Das Zeitalter der unbeschränkten Alleinherrschaft und der religionslosen „Aufklärung" war der Kirche zu Konkordatsverhandlungen nicht günstig. Die Litteratur in Frankreich, England und Deutschland und selbst in Italien und Spanien nahm gegen die katholische Kirche eine feindliche Richtung an und verfolgte besonders die Jesuiten mit den grimmigsten Angriffen. Die gottleugnenden französischen Philosophen warfen einen giftigen Haß auf sie, weil sie die tüchtigsten Verteidiger des positiven Christentums waren. Mit ihnen verbanden sich die Jansenisten, namentlich Pascal, der die Jesuiten einer laxen Moral und bequemen Frömmigkeit beschuldigte und den Patres Binet und Barry wegen ihrer Schriften harte Vorwürfe machte; er gestand aber selbst zu, daß er sie nicht gelesen habe.

Die Jesuiten hatten seit Stiftung ihres Ordens in dem Predigtamte und höheren Unterrichtswesen in der verdienstlichsten Weise gewirkt. Ihre Gymnasien und Lyceen, ihre philosophischen und theologischen Fakultäten an Universitäten waren in jedem Studienjahr am zahlreichsten besucht, und ihre Erziehungsmethode war die mildeste und erzielte die schönsten Erfolge. In den altklassischen Sprachen wurden sie von keinem der zeitgenössischen Lehrer erreicht, und ihr zierliches Latein suchte man vergeblich nachzuahmen. Man tadelte an ihrem Studienplane nur, daß sie die Nationalität der einzelnen

---

[1] Wimmer, Bibliographie des bayerischen Konkordates von 1583, S. 75.

[2] Kreisarchiv München, „Geistliche Sachen", Konkordatsakten 1770—1774.



Völker wenig berücksichtigten und der Landessprache und Geschichte nicht die gebührende Beachtung schenkten. In den überseeischen Missionen leisteten die Jesuiten, namentlich die deutschen, Wunderbares und wirkten in ihren Niederlassungen auf echt apostolische Weise. Mit angestauntem Verständnis gründeten sie in Südamerika unter den Indianern den Staat Paraguay und führten eine so musterhafte Verwaltung, daß die Eingeborenen das glücklichste Volk der Erde waren. Trotz der großen Verbreitung und Mitgliedschaft waren im Jesuitenorden nur wenige Berufslose, die sich durch unsittliche Handlungen befleckt hatten. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts stand der Orden auf dem Höhepunkt seiner Wirksamkeit; er zählte in 39 Provinzen über 22500 Mitglieder, unter ihnen die Hälfte Priester, 669 Kollegien und 176 Seminarien und hatte an mehr als 80 Universitäten die philosophische und theologische Fakultät inne. Die umfangreichen und einträglichen Besitzungen der Jesuiten erregten vielseitigen Neid, und zuvörderst richtete der Minister Marquis von Pombal in Portugal seine habgierigen Blicke auf dieselben. Pombal war von niederer Abkunft und durch Empfehlung der Jesuiten, namentlich des Paters Moreira, des Beichtvaters des Königs Joseph I. Manuel, welche seine trügerische Heuchelei und Hinterlist nicht durchschauten, zu den höchsten Ämtern und Würden emporgehoben worden. Als er an der Spitze der Verwaltung stand, erwies er sich als herrschsüchtigen und grausamen Staatsmann, der zur Erreichung seines Zweckes selbst vor dem schlechtesten Mittel nicht zurückscheute[1]. Pombal war ein Anhänger der gottlosen Pariser Philosophen und haßte die Jesuiten, weil sie das furchtbare Erdbeben im Jahre 1755, wodurch fast die ganze Stadt Lissabon zu Grunde gegangen war, für eine Strafe Gottes erklärten und das Volk zu einem christlichen Lebenswandel führen wollten. Zugleich trachtete er, sich der Goldgruben in Südamerika zu bemächtigen, von denen er irrtümlich glaubte, daß sie sich in den dortigen Missionen der Jesuiten befänden. Nach einem angeblichen Mordversuche auf König Joseph Manuel ließ er auf eine dem Herzog von Aveiro durch eine entsetzliche Folter abgepreßte falsche und von diesem sogleich widerrufene Aussage, die Jesuiten hätten sich mit ihm zur Ermordung des Königs verschworen, die schuldlosen Patres (1759) teils einkerkern und ermorden, teils aus dem Lande jagen, um ihre Güter einzuziehen. Pombal befahl, 800 Jesuiten in schauerliche Kerker zu werfen; von diesen starben 37 den Martertod und 31 erlagen den ihnen zugefügten Mißhandlungen. In den tiefen unterirdischen Gefängnissen sickerte aus den Wänden das Wasser und machte die Kleider vermodern; dennoch

[1] Riffel, Die Aufhebung des Jesuitenordens 72—91. Huber Joh., Der Jesuitenorden nach seiner Verfassung und Doktrin, Wirksamkeit und Geschichte 97, 217. Das Buch ist eine jesuitenfeindliche Arbeit, wozu der Stiftspropst von Döllinger das Material lieferte.

beteten die unglücklichen Jesuiten ohne Unterlaß zu Gott für ihre Mörder. Den ehrwürdigen Missionär P. Gabriel Malagrida ließ der unmenschliche Minister in seinem unterirdischen Kerker furchtbar martern, durch ein von ihm eingesetztes Inquisitionsgericht fälschlich der Ketzerei anklagen und zuletzt auf einem Scheiterhaufen verbrennen. Seine letzten Worte waren ein Gebet für seine Mörder und ein Segen für das portugiesische Volk. Nach achtzehnjähriger Gefangenschaft erhielten die Jesuiten durch die neue Regentin ihre Freiheit wieder; sie waren halb nackt und so schwach, daß sie das Tageslicht und die frische Luft kaum ertragen konnten. Pombal wurde seitdem „der Jesuitenwürger" genannt; er hatte über 700 Jesuiten um das Leben gebracht und gegen 2000 aus Portugal und Brasilien vertrieben[1].

Zu gleicher Zeit hatten in Frankreich die Philosophen und ihre Anhänger aus Haß gegen das Christentum die Jesuiten in Flugschriften mit Lügen und Verleumdungen überschüttet. Die berüchtigte Marquise von Pompadour trat mit dem Herzog von Choiseul gegen die Jesuiten in Verbindung, in der Absicht, sich durch eine Verfolgung derselben beim Volke beliebt zu machen und dessen Aufmerksamkeit von den französischen Niederlagen im Siebenjährigen Kriege abzulenken. Zugleich suchten beide durch einen Raub der Jesuitengüter sich Geld zu verschaffen und damit die Kriegskosten zu decken, weil sie von einer Beschränkung des ungeheuern Aufwandes und Luxus bei Hof nichts wissen wollten. Als der Jesuit de Sacy der Maitresse des Königs Ludwig XV. in einer Beicht die Absolution verweigerte, weil sie das ehebrecherische Verhältnis mit dem König nicht aufgeben wollte, beschloß sie, mit Hilfe Choiseuls die Jesuiten zu stürzen. Den äußern Anstoß hierzu bot der Prokurator der Jesuitenkolonie auf der antillischen Insel Martinique, P. de Lavalette, welcher mit Erlaubnis der französischen Regierung, aber gegen das Verbot des Papstes Benedikt XIV., auf den Inseln Dominika und S. Lucia die Bodenkultur zu fördern und Handel im großen zu treiben suchte. Lavalette erlangte einen ausgedehnten Kredit und konnte bei angesehenen Bankhäusern in Marseille auf Wechsel bedeutende Geldsummen beziehen, welche er mit Kolonialwaren bezahlte. Beim Ausbruche des Siebenjährigen Krieges nahmen die Engländer die Schiffe der Jesuiten weg, wodurch ihr Handel zu Grunde gerichtet wurde. Der Prokurator blieb mit $2^1/_2$ Millionen Franken im Rückstande, mußte sich bankerott erklären und wurde vom Orden ausgeschlossen. Die dadurch geschädigten Bank- und Kaufhäuser forderten von dem ganzen Orden die Bezahlung, und die Feinde der Jesuiten ruhten nicht, bis gegen sie im Parlament von Paris ein Prozeß eingeleitet wurde. Bei diesen Verhandlungen kam der große Reichtum des Jesuiten-

---

[1] Murr v., Journal zur Kunstgeschichte und allgemeinen Litteratur, I—XVII, 7—9. Geschichte der Jesuiten in Portugal unter Pombal, 2. Tl.



ordens in die Öffentlichkeit und reizte die Geldgier der höheren Klassen und der Minister. Das Parlament fällte (1758) das ungerechte Urteil, daß der ganze Orden für die Handelsgeschäfte Lavalettes habhaft sei und die Wechsel, den Schadenersatz und die Prozeßkosten zahlen müsse. Als die Jesuiten das Urteil des Parlaments verwarfen, erhob sich auf allen Seiten ein Sturm gegen sie, und das Parlament erklärte den Orden für staatsgefährlich und beantragte beim König die Schließung aller Jesuitenkollegien [1]. Ludwig XV. wollte den Jesuitenorden erhalten, und Papst Klemens XIII. wie fast alle Bischöfe in Frankreich verteidigten ihn, weil sie die verderblichen Folgen seines Unterganges und eines Sieges der gottlosen Philosophen vorhersahen. Der König stimmte zuletzt der Forderung des Parlaments zu, weil er zum Kriege gegen England der Geldbewilligung desselben bedurfte. Es genehmigte ihm 60 Millionen unter der geheimen Bedingung, daß er den Orden aufhebe und dessen Besitzungen einziehe. Die meisten französischen Parlamente folgten dem Vorgange des Pariser. Die Kollegien und Profeßhäuser der Jesuiten wurden geschlossen und der Orden (1764) durch ein erschlichenes königliches Edikt aufgehoben. Der Herzog von Choiseul ruhte nicht, bis alle Jesuiten aus den bourbonischen Staaten Spanien, Neapel und Toskana vertrieben wurden. Auf seinen Betrieb wurde in Madrid von dem Herzog von Alba (1766) ein Volksaufstand angezettelt und die Jesuiten beschuldigt, daß sie den Aufruhr wegen der vom König befohlenen Abänderung der spanischen Nationaltracht und wegen Verteuerung der Lebensmittel veranlaßt und eine hochverräterische Verschwörung angestiftet hätten. Es wurden den Jesuiten gefälschte Briefe unterschoben, um gegen sie Anklagepunkte vorzubringen und Haß gegen sie zu erwecken. Plötzlich befahl der „aufgeklärte“ König Karl III. von Spanien (1767) seinen Beamten, alle Jesuiten, 6000 an Zahl, zusammenzufangen und wie Sklaven nach Italien und dem Kirchenstaate zu liefern. Bei Civita Vecchia wurden sie wieder ins Meer hinausgestoßen und fanden erst nach sechsmonatlicher Irrfahrt auf Corsika ein Asyl. Mit derselben grausamen Gewaltthätigkeit wurden die Jesuiten in Neapel und Sizilien (1767) aufgegriffen und in den Kirchenstaat geschickt [2].

Es war natürlich, daß die Jesuiten in anderen Ländern das gewaltsame Vorgehen gegen ihren Orden mit Aufregung und Besorgnis vernahmen. Bei der feierlichen Eröffnung des Studienjahres an der bayerischen Universität in Ingolstadt griff der Theologieprofessor P. Friedl in seiner Festrede die französische Regierung und das Parlament von Toulouse wegen

[1] Sismondi, Histoire des Français, XXIX, 369.

[2] Beaumont, Die Kirche, ihre Autorität, Institutionen und die Jesuiten 87—135. Riffel a. a. O. 172—179.

Vertreibung der Jesuiten aus Frankreich an. Sobald der französische Gesandte de Folard in München hiervon hörte, forderte er von dem Kurfürsten mit frecher Anmaßung, daß er den Jesuiten die theologische Fakultät in Ingolstadt entziehe. Max III. wies diese Zumutung mit Entrüstung zurück, und der Franzose mußte sich damit begnügen, daß der P. Rektor in Ingolstadt und der Jesuitenprovinzial der bayerischen Provinz ihm ein Entschuldigungsschreiben überschickten [1]. Als der Kardinal Ganganelli durch den Einfluß jesuitenfeindlicher und bestechlicher Kardinäle (1769) nach einem dreimonatlichen Konklave zum Papste gewählt wurde und schon bei seiner Thronbesteigung als Klemens XIV. die Jesuiten seine Ungnade fühlen ließ, forderten die bourbonischen Höfe von ihm in gebieterischem Tone die Aufhebung der Gesellschaft Jesu. Anfänglich wurde Klemens durch sein Gewissen zurückgehalten, einen Orden zu beseitigen, der von dem Trienter Konzil und vielen Päpsten bestätigt worden war, sich um die katholische Kirche und das Papsttum unerreichbare Verdienste erworben hatte und von der Kaiserin Maria Theresia, mehreren katholischen Fürsten und selbst von König Friedrich II. in Schutz genommen wurde. Klemens wollte die Höfe von Paris, Madrid und Neapel dadurch beschwichtigen, daß er die Wirksamkeit der Jesuiten beschränkte; allein sie drängten zu einem entscheidenden Schritt und drohten dem Papste mit gewaltsamer Wegnahme der Grafschaft Avignon in Südfrankreich und des Herzogtums Benevent und mit einem Schisma. Nach großen inneren Kämpfen wählte Klemens XIV. von zwei Übeln das kleinere und unterzeichnete (23. Juli 1773) die Aufhebungsbulle „Dominus ac redemptor noster etc.“ „des lieben Friedens wegen und zur Wiederherstellung des guten Einvernehmens mit verschiedenen Kabinetten“ [2]. Die Gesellschaft Jesu war der erste Orden, welcher ohne Untersuchung und förmliches Urteil aufgehoben wurde, wodurch der Unwille und Schmerz der zahlreichen Jesuitenfreunde vergrößert wurde. In Österreich und Bayern erregte die Aufhebung des Ordens das größte Aufsehen, weil man in diesen Ländern die zweihundertjährigen Verdienste desselben um die katholische Religion und die Erziehung der Jugend würdigte und zur Besetzung der vielen frei gewordenen Lehrstühle keinen Ersatz besaß. Friedrich II. behielt die Jesuiten nicht nur im katholischen Schlesien, sondern lud sie zur Niederlassung in seinem protestantischen Lande ein, um mit ihnen wohlfeile Lehrer und vermeintliche Reichtümer zu erlangen. Auch die russische Kaiserin Katharina II. schützte in ihren neu erworbenen polnischen Provinzen die Jesuiten und erörterte in einer Denkschrift an den Papst die verdienstvolle Thätigkeit der-

[1] Brunner, Der Humor in der Diplomatik 2c., I, 152—154.

[2] Meurer, Jesuiten und Jesuitismus 21—25. St. Priest, Histoire de la chûte des Jésuites 8—97.

selben. Schon ein Jahr nach Aufhebung des Ordens (22. September 1774) starb Klemens XIV. Die Freunde der Jesuiten hielten seinen frühzeitigen Tod für eine Strafe Gottes, und ihre Feinde beschuldigten sie, daß sie den Papst vergiftet hätten. Der ärztliche Befund ergab, daß Klemens seit vielen Jahren beständig kränklich war, sein Leiden verheimlichte und es durch „Merkur“ zu heben wähnte, allein dadurch sein schnelles Ableben herbeiführte[1].

In Bayern erfuhr man die Aufhebung der Gesellschaft Jesu zuerst durch die „Münchener Zeitung“, und die ganze Bevölkerung wurde tief aufgeregt, besonders in jenen Orten, wo die Jesuiten Kollegien besaßen. Man wollte nicht glauben, daß ein Papst einen Orden unterdrücken würde, der allgemein als die festeste Stütze der katholischen Kirche betrachtet worden war. Die Münchener schimpften in den Wirtshäusern über den Papst und den ganzen päpstlichen Hof, und klebten an Straßenecken die ärgsten Schmähschriften auf Klemens XIV. und seine Umgebung[2]. Die Jesuiten in Bayern standen bei dem Volke seit ihrer Einführung in fortwährender Verehrung und Liebe; sie waren durch Unterricht und Seelsorge mit der gesamten Einwohnerschaft verwachsen. Unzählige Söhne armer und mittelloser Eltern waren in ihren Kollegien unentgeltlich zu Beamten oder Priestern ausgebildet worden. Jene Gemeinden, in denen ein Jesuitenkloster bestand, durften für ihre Armen keine Sorge tragen, weil sie von den Jesuiten genügende Kost empfingen. Die Stadt- und Marktsmagistrate richteten an den Kurfürsten Gesuche um Erhaltung des Ordens in Bayern. Max III. war den Jesuiten persönlich gewogen, und sie genossen als Beichtväter an seinem streng gesitteten Hofe großes Ansehen und Achtung. Mit betrübtem Gemüte ließ er die päpstliche Bulle vom 23. Juli 1773 in allen Kirchen verkündigen und die Besitzungen des Ordens als Staatsgut einziehen. Die Zahl der bayerischen Jesuiten betrug bei ihrer Aufhebung 546, welche die Kollegien in München, Ingolstadt, Landsberg, Vilsbiburg, Ebersberg, Landshut, Straubing, Burghausen, Altötting, Regensburg, Amberg und Mindelheim bewohnten. Der Wert ihrer beweglichen und unbeweglichen Güter wurde zu 7380000 Gulden berechnet. Die einen Ordensmitglieder wurden teils im Lehrfache, teils in der Seelsorge verwendet, und die anderen erhielten eine jährliche Pension zu 240 bis 400 Gulden, oder im Krankheitsfalle vollständige Pflege im Emeritenhause zu Landsberg. Von den Novizen ließ der Kurfürst 42 im Albertinischen Kolleg zu Ingolstadt für das Lehrfach ausbilden. Die Minister und Hofbeamten, welche dem Adel angehörten, beantragten beim Kurfürsten, daß die Jesuitengüter teils zur Gründung adeliger Stiftungen, teils zur

[1] Theiner, Geschichte des Pontifikates Klemens' XIV., Bd. II, 501—513. Buß, Die Gesellschaft Jesu 940 f. Ginzel, Kirchenhistorische Schriften, II, 240—279.

[2] Brunner a. a. O. I, 173.



Vermehrung des Heeres, in welchem die Adeligen meist die höheren und niederen Offiziersstellen innehatten, verwendet werden sollten. Die bayerischen Bischöfe beanspruchten für sich das Recht, die Besitzungen der Jesuiten zu milden Zwecken zu verwenden. Max Joseph achtete weder auf die einen noch auf die anderen, sondern beschloß, daß die aus den Jesuitengütern gewonnenen Einkünfte zu Unterrichtszwecken bestimmt würden [1]. Er ließ das ganze Schulwesen umgestalten und gab dem Akademieprofessor Heinrich Braun (1774) und mehreren Professoren der Ingolstädter Universität den Auftrag, einen neuen Studienplan zu entwerfen. Nach demselben wurde das Unterrichtswesen stufenweise in Trivial- und Realschulen, Gymnasien und Lyceen eingeteilt; die Trivial- und Realschulen entsprachen unseren heutigen deutschen, lateinischen und Realschulen. Die Gymnasien zerfielen in fünf Klassen: Rudiment, Grammatik, Syntax, Poesie und Rhetorik. An den Lyceen wurde Philosophie und Theologie gelehrt, und alle Lehrstühle mit Jesuiten besetzt; auch der Gymnasialunterricht wurde größtenteils den Jesuiten übertragen [2]. Nach drei Jahren arbeitete Braun für die niederen Volksschulen eine neue Schulordnung aus, welche in allen katholischen Schulen zum Vorbilde genommen wurde [3]. Für die weibliche Jugend wurde der höhere Unterricht von Klarisserinnen, Salesianerinnen, Dominikanerinnen und Franziskanerinnen, denen die Kaufmannsgattin Zeugard in der Vorstadt Au das Kloster Lilienthal für 150 Mädchen stiftete, mit den erfreulichsten Erfolgen geleitet [4].

Während der durch die Aufhebung des Jesuitenordens hervorgerufenen Bewegung wurde Max III. von einer andern höchst wichtigen Angelegenheit, der Nachfolge in seinem Kurfürstentum, beunruhigt; denn je länger seine Ehe mit der sächsischen Prinzessin Maria Anna kinderlos blieb, desto größere Hoffnung setzte der Wiener Hof auf Erwerbung Bayerns. Die Absicht der österreichischen Regierung, den Verlust Schlesiens durch Einverleibung des Nachbarlandes zu ersetzen, war schon 1768 offen zu Tage getreten, als Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz seinen Gesandten in Wien beauftragte, für den jungen Pfalzgrafen Karl II. August von Zweibrücken-Birkenfeld, den ältesten Sohn des Reichsfeldmarschalls Friedrich Michael, um die Hand der Erzherzogin Amalia, einer Tochter der Kaiserin Maria Theresia, zu werben; er machte sich verbindlich, dem künftigen Ehepaar in Neuburg a. D. eine Residenz mit fürstlichem Hofstaate einzurichten und dorthin „zur Belustigung“ des Pfalzgrafen ein Infanterieregiment zu verlegen. Karl August begab sich selbst nach Wien und wurde am kaiserlichen Hofe mit Auszeichnung

[1] Brunner a. a. O. I, 172—174.
[2] Schreiber W., Max III. 211—215.
[3] Lange W., Schmidts Geschichte der Erziehung und des Unterrichts 292.
[4] Kluckhohn, Freiherr von Ickstatt und das Unterrichtswesen unter Max III. in Bayern 47 ff.

behandelt; es gelang ihm bald, sich die Zuneigung der Erzherzogin zu erwecken. Staatskanzler Fürst von Kaunitz verwarf voll Unwillen den Vorschlag Karl Theodors und stellte der Kaiserin und ihrem Sohne Joseph II. vor, eine Vermählung Amalias mit dem Pfalzgrafen sei einer Verzichtleistung Österreichs auf die Ansprüche auf Bayern gleichbedeutend, und überhaupt der ganze Heiratsplan lächerlich, weil die Kurfürsten von Bayern und der Pfalz in einem Alter ständen, in welchem man noch auf Nachkommen rechnen könnte. Maria Theresia und Joseph II. erteilten dem Staatskanzler den Auftrag, dem kurpfälzischen Gesandten eine ablehnende Antwort zu geben. Seitdem wurde Karl August der eifrigste Gegner des kaiserlichen Hauses, und der Erzherzogin Amalia wurde es schwer, ihrer Neigung zu dem Pfalzgrafen zu entsagen und ihre Hand dem Herzog Ferdinand von Parma zu reichen [1]. Schon im nächsten Jahre drang Kaunitz am Wiener Hofe nachhaltig auf eine enge Verbindung mit Preußen und empfahl dem Kaiser, bei einer persönlichen Zusammenkunft mit König Friedrich II. in Neisse das Aussterben des wittelsbachischen Mannsstammes in Bayern zu Gunsten Österreichs zu besprechen. Der König redete zwar mehrere Tage mit Joseph II. über politische Sachen, ohne jedoch seine geheimen Pläne im mindesten zu verraten; die bayerische Angelegenheit umging er gänzlich. Friedrich erkannte, daß Joseph ein höchst ehrgeiziger Fürst sei, von dem er glaubte, daß er Bayern und Venetien oder Lothringen erobern wolle, sobald er in Österreich zur Herrschaft gelange [2]. In einer Besprechung mit dem österreichischen Gesandten in Potsdam (1770) berührte Friedrich II. die Vergrößerungsabsichten, welche man dem Kaiser zuschreibe. Er wies auch auf das Aussterben der kurbayerischen Dynastie hin, entwickelte jedoch mit großer Lebhaftigkeit den Plan, Elsaß-Lothringen, Venedig, Parma und Piacenza dem österreichischen Staate einzuverleiben. Bei diesen Andeutungen ging er von der Voraussetzung aus, daß er sein Königreich mit Zustimmung der kaiserlichen Regierung mit dem polnischen Preußen vergrößern könne, wenn Österreich die ihm zuerkannten Gebietserwerbungen mache [3].

Die ersten Anregungen zu einer Teilung Polens, das sich damals durch einen wütenden Bürgerkrieg zerfleischte, machte (1769) die französische Regierung, welche dem Wiener Hofe riet, die heillosen Zustände in Polen auszubeuten, damit er den besten Teil dieses Landes an Österreich bringe. Dem König von Preußen bot sie das von ihm begehrte Kurland nebst Ermeland an, wenn er das frühere Bündnis mit Frankreich erneuere und den Franzosen gewisse Handelsvorteile zugestehe. Ähnliche Entwürfe des Verrates am eigenen Vaterlande kamen von den Polen selbst. Der polnische Agent General Mokronowski bot der österreichischen Regierung das Zipser Land gegen eine

[1] Arneth, Geschichte Maria Theresias, VII, 370—373.
[2] Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen, XLVII, 446—465.
[3] Arneth a. a. O. VII, 196—201.

geringe Geldsumme an. Joseph II. ruhte nicht, bis ein österreichisches Heer in das Zipser Land, das vor mehreren Jahrhunderten von Ungarn an Polen verpfändet worden war, und in andere polnische Starostien einrückte. Dieses Verfahren gab dem preußischen König einen erwünschten Vorwand, die russische Kaiserin Katharina II. zu ermahnen, dem Beispiele Österreichs zu folgen und gleichfalls zuzugreifen. Friedrich II. befürchtete schon längst, Rußland werde die Unfähigkeit und Verderbtheit der polnischen Adelswirtschaft ausnützen und sich des ganzen Landes bemächtigen, wodurch es für Preußen ein sehr gefährlicher Nachbar werden würde; wegen dieser Besorgnis machte er der Zarin den Vorschlag zu einer Teilung Polens. Katharina wünschte eine Vergrößerung mehr nach der Türkei hin, um das Schwarze Meer zu beherrschen; sie ging jedoch auf unablässiges Drängen Friedrichs auf dessen Teilungsplan ein, weil sie schon Polen auf einen Hilferuf der polnischen „Dissidenten", der gegen die Katholiken verbündeten Protestanten, Griechen und Socinianer, besetzt hatte. Joseph II. und Kaunitz machten der Kaiserin Maria Theresia so eindringliche Vorstellungen, daß sie den Einmarsch eines österreichischen Heeres in Polen zugab, um auch für sich ein Stück von diesem Lande wegzureißen, damit das Gleichgewicht zwischen Österreich, Rußland und Preußen nicht gestört werde. Nachdem sich die Teilungsmächte lange Zeit über den Wert und Umfang des einzelnen Raubstückes abgestritten hatten, wurde von ihnen in Petersburg der Teilungsvertrag (2. August 1772) unterzeichnet. Die Zarin nahm 2000 Quadratmeilen mit $1^1/_2$ Millionen Einwohnern und Friedrich 650 mit $^1/_2$ Million Seelen weg. Maria Theresia hielt den Raub für ungerecht, aber für vorteilhaft, denn ihr fielen 1300 Quadratmeilen mit $2^1/_2$ Millionen Einwohnern und die reichen Salzwerke von Wieliczka zu. Wenige Jahre nach Erwerbung Galiziens schritt Joseph II. zur bewaffneten Besitznahme der Bukowina, unter der Angabe, dieses Land gehöre zu Siebenbürgen und Galizien und sei von den Türken gewaltsam weggenommen worden[1]. König Stanislaus II. Poniatowski schickte an den Kurfürsten von Bayern ein in lateinischer Sprache abgefaßtes Schreiben, in welchem er über den von den drei Großmächten am polnischen Reiche ausgeführten Raub bittere Klage führte, die Vermittlung Bayerns in Frankreich und England anrief und an die Gefahr für alle europäischen Fürsten erinnerte, wenn Gewalt vor Recht gehe. Max III. ließ die Sache in einem Konferenzministerrate besprechen und erwiderte auf Antrag des Geheimen Staatskanzlers Freiherrn von Kreittmayr dem König, daß die Gründe, mit denen Österreich, Preußen und Rußland mehrere polnische Provinzen besetzt hätten, verwerflich seien; er sehe

---

[1] Arneth a. a. O. VII, 202—229, 470—490. Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen, XLVII, 495—533.

jedoch nicht ein, wozu eine Vermittlung Bayerns dienen könne. Es bleibe nichts übrig, als Polen dem Schutze des Allmächtigen zu empfehlen [1].

Die Eroberungspolitik Österreichs bestärkte den Kurfürsten Max Joseph in seiner Besorgnis, daß nach seinem Ableben Joseph II. seine begehrlichen Hände auch nach dem angrenzenden Bayerlande ausstrecken werde. Als Bayern (1768) mit Österreich einen Handelsvertrag abschließen wollte, ließ Staatskanzler Kaunitz der bayerischen Regierung durch den österreichischen Gesandten Grafen von Podstasky in München mitteilen, es widerstrebe den Anschauungen des Wiener Hofes, Unzweckmäßiges und Vorübergehendes ins Leben zu rufen. In dieser Antwort erkannte das bayerische Ministerium den geheimen Plan des Fürsten Kaunitz, Bayern für Schlesien zu erwerben. Kaunitz gab zu, daß Österreich hierzu keinen rechtlichen Grund habe, allein durch politische Umtriebe könnte man doch den Rückfall aller böhmischen Lehen und einen Landstrich am Inn bis zur Grenze Tirols erlangen, so daß der Inn die natürliche Grenze zwischen Österreich und Bayern bilden würde. Maria Theresia war mit ihm vollkommen einverstanden. Nach einigen Jahren ließ Kaiser Joseph II. von seiner Staatskanzlei ein geheimes Gutachten über Erwerbung bayerischen Landes nach dem Tode des Kurfürsten Max III. abfassen. Der Reichsvizekanzler Fürst von Colloredo gab im Einvernehmen mit dem österreichischen Reichstagsgesandten Freiherrn von Borié und dem Reichshofrat Freiherrn von Leykam das Gutachten ab, daß nach dem Tode des Kurfürsten Max Ober- und Niederbayern nebst der Landgrafschaft Leuchtenberg und der Herrschaft Mindelheim als heimgefallene Lehen zu betrachten und für den Kaiser in Besitz zu nehmen seien; die Oberpfalz und die Grafschaft Cham sollten an die Rheinpfalz zurückfallen. Joseph durchlas sehr beifällig den Bericht, allein er und seine Räte ließen außer acht, daß die Wittelsbacher kraft kaiserlicher Urkunden erbliche Besitzer von Bayern waren [2].

Vorsichtig erneuerte Max III. in den Jahren 1766 und 1771 mit Karl Theodor, seinem nächstberechtigten Nachfolger, die früheren Haus- und Erbverträge auf Grundlage der von Kaiser Otto IV. (1209) urkundlich zugesicherten und von nachfolgenden Kaisern bestätigten Erbberechtigung der Wittelsbacher in Bayern und kraft des Paveser Hausvertrages von 1329, und traf mit ihm die Übereinkunft, daß nach seinem Hinscheiden Bayern mit der Kurpfalz vereinigt und München die Hauptstadt aller wittelsbachischen Länder werden sollte. Da auch der pfälzische Kurfürst ohne eheliche Kinder war, so zog Max Joseph seine patriotische und geistvolle Base, die Herzogin-Witwe Maria Anna, die Gemahlin des 1770 gestorbenen Herzogs Klemens von Bayern, zu den Beratungen über die Nachfolge und lud den Pfalz-

[1] Brunner a. a. O. I, 170 und 171.

[2] Beer, Zur Geschichte des Bayerischen Erbfolgekriegs, Sybels historische Zeitschrift, XXXV, 88—153. Arneth, Geschichte Maria Theresias von 1763—1780, X, 283—294.



grafen Karl II. August von Zweibrücken als nächsten Agnaten ein, den Successionsvertrag mit zu unterzeichnen. Diese Vorsicht war um so mehr geboten, als Karl Theodor höchst ungern seine Residenz von Mannheim nach München verlegen wollte und ihm an Erhaltung der Selbständigkeit Bayerns nichts lag, weil er keine erbberechtigten Kinder besaß. Am Münchener Hofe befürchtete man mit Recht, er werde mit Österreich auf Unterhandlungen über Abtretung Bayerns eingehen; er fertigte jedoch mit seinem Vetter 1774 ein Besitzergreifungspatent aus, das dem Kanzler Freiherrn von Kreittmayr mit dem Auftrage übergeben wurde, daß er für den Todesfall Max Josephs in die Urkunde den Tag und das Jahr in die offen gelassene Stelle setze. Bald nach dieser Übereinkunft leitete Fürst Kaunitz mit Karl Theodor und Karl August Verhandlungen über Ansprüche ein, welche der Wiener Hof nach dem Ableben Maxens auf Bayern erheben werde. Mit Hinwegsetzung über alles Erbrecht ließ er sich verlauten, daß Bayern nach Aussterben der Ludwigischen Linie der Wittelsbacher ein heimgefallenes Lehen sei, über welches der Kaiser nach Gutdünken verfügen könne. Zu gleicher Zeit trat der österreichische Staatskanzler mit der Kurfürstin Marie Antonie von Sachsen, der Schwester Max Josephs, in Unterhandlung; diese hatte für ihren glänzenden Hofstaat und industrielle Unternehmungen in Sachsen, besonders für Errichtung von Brauereien, Tuch- und Kattunfabriken bedeutende Schulden gemacht, die sie mit Erbansprüchen auf die Allodien der bayerischen Kurfürstenfamilie, welche zu 47 Millionen Gulden veranschlagt wurden, zu tilgen suchte. Ihre Erbansprüche wollte sie (1776) dem Wiener Hofe abtreten, der ihr 4½ Millionen anbot; diese Summe erschien ihr zu gering, und sie trat ihre Erbansprüche ihrem Sohne, dem Kurfürsten Friedrich August ab, welcher die Verpflichtung übernahm, die Schulden der Mutter zu bezahlen[1].

Sobald Karl Theodor von den Verhandlungen zwischen dem Dresdener und Wiener Hofe Kenntnis erhielt, befahl er seinem Gesandten Freiherrn von Ritter in Wien, dem Staatskanzler eine Denkschrift zu übergeben, in welcher er den Schutz des Kaisers wegen der Erbfolge der pfälzischen Wittelsbacher in Jülich-Berg anrufen sollte, weil der König von Preußen den 18. Artikel des Hubertsburger Friedensvertrages, kraft dessen die Erbfolge Karl Theodors in Jülich-Berg neuerdings anerkannt worden war, nicht erfüllen wollte. Am kaiserlichen Hofe kam man dem Ansuchen des Kurfürsten freundlich entgegen, und dieser schrieb (14. Februar 1777) an Kaunitz, daß er nicht bloß die jülich-bergische Sache, sondern auch seine Erbfolge in Bayern gänzlich dem Kaiser anvertraue und hierüber seinem Gesandten in Wien die nötige Weisung erteilt habe. Während der Verhandlungen machte Freiherr von Ritter, ein gewissenloser Diplomat, die Äußerung, es wäre das beste,

[1] Weber a. a. O. II, 45—78.

wenn ganz Bayern samt den Pfalzgrafschaften Neuburg und Sulzbach gegen angemessene Entschädigung mit Österreich vereinigt würden. Hierüber berichtete er an den Mannheimer Hof. Karl Theodor gab ihm einen Verweis, weil er auf die Oberpfalz, Neuburg und Sulzbach, welche alte Stammgüter des pfälzischen Hauses waren, nicht verzichten wollte; dagegen erwartete er vom Kaiser Anträge über eine Entschädigung für Altbayern. Da Joseph II. von dem Erbrechte Karl Theodors auf Bayern überzeugt war, so hielt er es für ratsam, mit ihm vor dem Tode Max Josephs eine Übereinkunft zu treffen und Bayern für ein heimgefallenes Reichslehen zu erklären; denn er befürchtete, der pfälzische Kurfürst werde sich mit Preußen und anderen Mächten verbünden, wenn Österreich nicht auf seinen Vorschlag eingehe. Als am Münchener Hofe (August 1777) bekannt wurde, daß der Wittelsbacher in der Rheinpfalz mit dem Kaiser unterhandle, beriet sich Max III. mit Maria Anna und seinen vertrauten Räten über ein Bündnis mit auswärtigen Mächten zur Gewährleistung der wittelsbachischen Haus- und Erbverträge. Die Herzogin-Witwe erbot sich, nach Berlin zu reisen, um mit dem ihr befreundeten König über eine Verbündung gegen Österreich zu unterhandeln. Sie konnte auf ein bereitwilliges Entgegenkommen Friedrichs II. rechnen, weil Österreich durch Erwerbung Bayerns in Deutschland ein für Preußen gefährliches Übergewicht erlangen würde. Der bayerische Reichstagsgesandte Freiherr von Leyden in Regensburg wurde beauftragt, nach Paris zu reisen, um auch Frankreich für Bayern zu gewinnen. Karl August wurde durch ernste Vorstellungen des bayerischen Kurfürsten und seiner Base um so leichter von weiteren Verhandlungen mit dem kaiserlichen Hofe zurückgebracht, als er die Kränkung, die ihm durch Verweigerung der Hand Amaliens widerfahren war, noch nicht vergessen hatte; er war bereit, sich in gleicher Absicht wie Leyden an den Versailler Hof zu begeben. Ehe die Verhandlungen zum Abschlusse kamen, erkrankte Max III.[2]

Am Feste der unbefleckten Empfängnis Mariens (8. Dezember 1777) fuhr Max Joseph morgens in die Herzogspitalkirche in München, welche er nach dem Beispiele seiner Vorfahren an jedem Samstag besuchte, um vor dem hochverehrten Bildnis der heiligen Jungfrau, der Beschützerin Bayerns, ein erbauliches Gebet zu verrichten. Mit schlimmen Ahnungen über sein baldiges Lebensende kehrte er in die Residenz zurück. Viele Geschäfte und Sorgen der Regierung, namentlich seine Nachfolge, hatten seine Gesundheit geschwächt. Als er an dem nämlichen Tage den herkömmlichen Zeremonien und Feierlichkeiten des St. Georgiritterfestes angewohnt hatte, zog er sich in seine Gemächer zurück und klagte über Unwohlsein, besonders über Kopf-

[1] Arneth a. a. O. X, 294—307.
[2] Reimann, Geschichte des Bayerischen Erbfolgekrieges 7—29.

schmerzen und Erkältung. Am andern Tage sprach man in seiner Umgebung von der Blatternkrankheit einer Hofdame, die sich in der Residenz unter ärztlicher Behandlung befand; es erfaßte ihn ein erschütternder Ekel, weil damals die Blattern in München epidemisch aufgetreten waren und er schon längst von dem Gedanken beunruhigt wurde, daß er an den Pocken sterben müsse. Von den 20 Leib- und Hofärzten kannte keiner die beginnende Krankheit des Kurfürsten, bis nach wenigen Tagen ein rötlicher Ausschlag den ganzen Körper bedeckte und die Blattern immer sichtbarer hervortraten. Je ratloser die Ärzte sein Krankenlager umstanden, desto sicherer glaubte er an sein baldiges Ableben und bereitete sich darauf mit religiöser Ergebenheit in den Willen Gottes vor. Jedem seiner Diener erlaubte er den Zutritt zu ihm; von den Ministern und dem Hofadel aber durften ihn nur der hochbejahrte Obersthofmeister Graf Joseph von Seinsheim und seine Jugendgenossen Graf von Daun und Freiherr von Segesser besuchen; den letztern bat er, daß er neben ihm schlafen möchte. Von den anderen Hofbeamten und Kavalieren wollte er keinen sehen, weil er in den letzten Monaten die traurige Erfahrung gemacht hatte, daß er von lauernden Spionen umgeben sei, welche nur auf seinen Tod warteten, um aus schmachvoller Selbstsucht Bayern an Österreich zu verraten. Als die Krankheit Max Josephs im Lande bekannt wurde, kamen aus allen Städten und größeren Orten Abgeordnete nach München, um sich mit beängstigtem Herzen um das Befinden des Kurfürsten zu erkundigen. In allen Kirchen in München und ganz Bayern wurden heilige Messen und Bittämter zur Wiedergenesung des Landesherrn gehalten[1].

Die Bayern hatten zwar die Eingriffe Max III. Josephs in alle Lebensverhältnisse, die alten Einrichtungen und das Kirchenwesen als lästige und quälerische Maßregeln gefühlt, weil dadurch die persönliche Freiheit und mannigfache Interessen verletzt worden waren; dennoch blieb seine Volkstümlichkeit unerschüttert, weil man allgemein von der Herzensgüte und den besten Absichten des Kurfürsten überzeugt war. Durch seine Leutseligkeit, seinen Umgang mit allen Ständen und selbst mit dem niedrigsten Arbeiter und seine Milde gegen jedermann hatte er sich die Herzen aller Unterthanen gewonnen. Oft besuchte er die Kranken- und Wohlthätigkeitsanstalten und spendete den Armen eigenhändig Almosen; zu diesem Zwecke führte er stets einen Geldbeutel mit Gold- und Silbermünzen bei sich. In Hepperg bei Ingolstadt gründete er für 150 arme Knaben eine Gewerbschule und in München für mittellose Mädchen eine Näh- und Spitzklöppelschule. Zu milden Zwecken verteilte er in jedem Jahr über 50000 Gulden, unterstützte sehr viele arme Studenten, bewirtete in seiner Residenz täglich 26 arme und krüppelhafte Personen und beschenkte an jedem Grünen Donnerstag „die

[1] Schreiber W., Max Joseph III. der Gute, Kurfürst von Bayern 271—274.

zwölf Apostel", denen er demütig die Füße wusch, mit reichlichem Almosen. Seiner Wohlthätigkeit gab er eine höhere Weihe durch die religiöse Gesinnung, welche ihn dabei leitete. Einen talentvollen Gymnasialschüler, der für seine Leistungen mit mehreren Preisbüchern ausgezeichnet worden war und den Kurfürsten in einer Audienz um Unterstützung bat, ermahnte Max mit den Worten: „Studiere auf Kosten deines Fürsten, werde in Gottes Namen ein braver Mann und bedenke, daß alle Prämien der Gelehrsamkeit nichts nützen, wenn du die ewigen, die Preise der Religion, verlieren solltest!" Der junge heißblütige Graf von Khevenhüller, kaiserlicher Kammerherr, geriet (19. März 1768) auf seiner Reise über Salzburg in seine Besitzung an der bayerischen Grenzstation Straßwalchen mit einem bayerischen Mautbeamten in einen heftigen Streit und nannte ihn einen schlechten Kerl, weil er einen seiner Unterthanen wegen Schmuggels bestraft hatte. Den eben anwesenden „Grenz-Überreiter" prügelte er durch und schimpfte über Max III. und Bayern mit dem rohen Ausdrucke: „Eurem Kurfürsten und dem ganzen Bayerland und allen, so dasselbe angeht, sch .... ich auf den Kopf." Der Mautbeamte berichtete den ganzen Vorfall an den Münchener Hof. Graf Khevenhüller befürchtete, der Kurfürst werde sich bei der Kaiserin Maria Theresia über sein Vergehen beschweren, und begab sich nach München, um sich bei Max Joseph und seinen Ministern zu rechtfertigen und seine grobe Äußerung abzuleugnen. Die Minister ließen ihn sofort nach seiner Ankunft in München im Gasthaus zum „Schwarzen Bären", wo er abgestiegen war, verhaften und verhören. Nach mehrtägigem Gefängnis und einer Geldstrafe von 450 Gulden mußte der Graf einen Revers unterzeichnen, in welchem er den Mautbeamten in Straßwalchen für einen „ehrlichen Kerl" erklärte. Wiewohl seine rohen Schimpfworte von Zeugen eidlich bestätigt worden waren, so bewilligte ihm doch der gute Kurfürst eine Audienz. Khevenhüller erklärte ihm feierlichst, daß es ihm niemals in den Sinn kommen werde, Seine kurfürstliche Durchlaucht zu beleidigen. Max antwortete ihm in echt christlichem Sinne: „Ich messe Ihnen als einem Kavalier Glauben bei, und es soll dahero alles Vergangene vergessen bleiben." [1]

Einst richtete Max III. an einen seiner Geheimen Räte, welcher der französischen Philosophie und der norddeutschen Litteratur anhing, die Frage, welche Religion er habe; dieser erwiderte, er hätte „die Religion eines ehrlichen Mannes". Der Kurfürst entgegnete ihm: „Ich behaupte, daß der kein ehrlicher Mann sein kann, der keine Religion hat." An jedem Tage begann Max seine Arbeit mit einem andächtigen Gebet, wohnte täglich einer heiligen Messe bei und empfing in jedem Monat die Sakramente der Buße und des Altars. Er beteiligte sich bei allen feierlichen Kirchenprozessionen

[1] Brunner a. a. O. I, 154—156.

und begleitete oft nach dem Beispiele seines kaiserlichen Vaters den Priester, der einem Sterbenden das Allerheiligste brachte, bis zu dessen Wohnung. Diese religiöse Überzeugung bewies er auch in den letzten Tagen seines Lebens; er ließ in seinem Krankenzimmer täglich eine heilige Messe celebrieren und betete mit seiner Gemahlin, welche ihn mit aufopfernder Liebe pflegte, den Rosenkranz. Als sich seine Krankheit infolge der Unwissenheit der Ärzte von Tag zu Tag verschlimmerte, empfing er die Sterbsakramente und ließ sich Infel und Stab des hl. Benno und das Bild der heiligen Jungfrau aus der Herzogspitalkirche an sein Sterbebett bringen, um vor demselben sein letztes Gebet zum himmlischen Vater zu verrichten. Wenige Stunden hernach (30. Dezember 1777) starb der edle Fürst nach vollendetem 50. Lebensjahre zum größten Schmerze des ganzen Volkes[1]. Die tief ergriffene Kurfürstin überlebte ihn um 20 Jahre und erhielt ihr Andenken durch Stiftung des St. Annaordens für adelige Damen. Nach dem Hinscheiden Max Josephs versammelten sich sofort die Konferenzminister, und der vom Kurfürsten beauftragte Kanzler von Kreittmayr eröffnete das Testament desselben. Ein Herold verkündete in Begleitung einer Abteilung Dragoner, daß Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz kraft der Haus- und Erbverträge der rechtmäßige Nachfolger in Bayern sei. In den übrigen größeren Städten und Marktflecken, in welche reitende Boten die Nachricht von dem Tode Maximilians brachten, wurde noch in der Nacht vom 30. auf den 31. Dezember Karl Theodor zum Kurfürsten von Bayern ausgerufen[2].

---

[1] Schreiber a. a. O. 274—276.

[2] Brunner a. a. O. I, 182—184.

Sechstes Kapitel.

Der Bayerische Erbfolgekrieg.

Karl Theodor, Pfalzgraf von Neuburg-Sulzbach und seit 1743 Kurfürst von der Rheinpfalz und Herzog von Jülich-Berg, hatte seine Erziehung unter Leitung des Jesuiten Seedorf aus Ingolstadt erhalten und seine höheren Studien an den Universitäten in Löwen und Leyden gemacht, wo er eine nachhaltige Vorliebe für die Niederlande gewann. In seinen Studien gab er ein reges Interesse für Poesie, Musik und Kunst kund und übte sie mit Liebhaberei aus. Das steife Soldatenspiel, worin sich im 18. Jahrhundert viele kleine und große Fürsten gefielen, war ihm zuwider. Seedorf hatte ihm viele gute Grundsätze eingeflößt; er lehrte ihm, daß eines Regenten höchstes Ziel die Förderung des Wohles seiner Unterthanen sei, und ermahnte ihn, bei Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Frankreich wegen der gefährdeten Lage der Rheinpfalz strenge Neutralität einzuhalten. Karl Theodor war gutmütig und genußsüchtig und deshalb dem Einflusse seiner Umgebung fügsam. Die erste Hälfte seiner Regierung war verdienstlich; es beseelte ihn das Streben, Handel und Gewerbe, Kunst und Wissenschaft zu einer Blüte emporzubringen, wie es die Rheinpfälzer noch nicht gesehen hätten. Bei Übernahme des Kurfürstentums war er noch jung, seine geistige und physische Kraft durch keine sinnliche Leidenschaft geschwächt. Es belebte ihn ein ruheloser Trieb, durch großartige Schöpfungen den alten Glanz der Pfalz zu erneuern. Eifrig widmete er sich den altklassischen Werken, machte mehrmals Reisen nach Rom, den Horaz in der Hand, und unterstützte mit großer Freigebigkeit Künstler und Gelehrte; dadurch erwarb er sich den Ruf eines gelehrten Fürsten, und ganz Deutschland wiederhallte von Lobeshymnen über den jungen Kurfürsten von der Pfalz. Seinem Hofe in Mannheim gab er durch Kunst und Wissenschaft einen besondern Glanz. Nach dem Rate Lessings und Wielands gründete er in Mannheim das erste deutsche Theater, eine Akademie der Wissenschaften, ein Münzkabinett, einen botanischen Garten, eine

Sternwarte, Naturaliensammlung, Hebammenschule und eine Akademie der bildenden Künste und in Düsseldorf eine Gemälde- und Antikensammlung; hierzu verwandte er 35 Millionen Gulden [1]. Der Akademiker und Hofkaplan Hemmer, der zuerst den Blitzableiter in der Rheinpfalz einführte, stiftete (1775) in Mannheim zur Verbreitung der deutschen Litteratur „Die Deutsche Gesellschaft", deren schriftstellerische Thätigkeit das Mannheimer Hoftheater zur ersten Bühne in Deutschland erhob. Der berühmte Schauspieler Iffland, ein Hannoveraner, schrieb viele Familienschauspiele, in denen er sich zwar nicht frei von Schmeicheleien gegen den Hof zeigte, aber die Sittenlosigkeit in den höheren Ständen angriff und die Unnatur derselben in einen scharfen Gegensatz zur schönen Einfalt des ländlichen Lebens stellte [2]. Karl Theodor erhöhte auch den Ruf der Heidelberger Universität, indem er der juridischen und medizinischen Fakultät tüchtige Lehrkräfte zuwies. Zu gleicher Zeit ließ er eine schöne steinerne Brücke über den Neckar bauen. Die von dem Apotheker Riem in Kaiserslautern zur Förderung der Bienenzucht gegründete Gesellschaft entwickelte sich zu einem landwirtschaftlichen Verein, der wegen seiner erfolgreichen Wirksamkeit vom Kurfürsten auf Vorschlag seines Ministers von Hauzenberg (1777) zu einer förmlichen Akademie unter dem Namen „Kameralschule" erhoben wurde. Nach 10 Jahren wurde diese Anstalt mit der Universität Heidelberg vereinigt, wo der nationalökonomischen Wissenschaft von der Regierung niemals der gebührende Schutz gewährt worden war [3].

Die verdienstliche Regierung Karl Theodors dauerte nur kurze Zeit, und das ganze Hofleben in Mannheim wurde nach französischem Muster eingerichtet. Täglich wurden reich besetzte Tafeln gegeben, an denen über hundert hoffähige Müßiggänger speisten, und im Theater erhielten die vornehmen Personen freien Eintritt. Die Kurfürstin Elisabeth, Tochter des Erbprinzen Joseph von Sulzbach, hatte nach langer Ehe einen Prinzen geboren, der gleich nach der Geburt starb. Da ihre Entbindung gefährlich war, so enthielt sie sich allen ehelichen Umganges mit ihrem Gemahl; dadurch wurde der den sinnlichen Lüsten ergebene Kurfürst zum Maitressentum hingedrängt. Zuerst wählte er sich ein schönes Bäckermädchen von Mannheim, ernannte es zur Gräfin von Bergstein und erzeugte mit ihr eine Tochter, welche den Fürsten von Ysenburg heiratete. Auf diese folgte bald eine Schauspielerin, die nachherige Gräfin von Heydeck, welche die Mutter des Fürsten von Bretzenheim und dreier Töchter wurde, die an Adelige oder hohe Beamte verheiratet wurden. Die Maitressen bewegten sich in der Residenz öffentlich und frei und wurden von dem Hofpersonal, besonders von den Hofschranzen,

[1] Pöllnitz, Memoiren, III, 275.

[2] Koffka, Iffland und Dalberg, Geschichte der klassischen Theaterzeit Mannheims 17 ff.

[3] Fraas, Geschichte der Landbau- und Forstwissenschaft 114—116.

mit Ehrerbietung behandelt. Nach kurzer Zeit wurde der Mannheimer Hof von derselben Unsittlichkeit verpestet wie der Versailler. Die Maitressenwirtschaft verschlang nicht nur hohe Geldsummen, sondern gab auch der Regierung des beeinflußten Kurfürsten eine sehr verderbliche Richtung. Der einzige Kummer Karl Theodors war, seine unehelichen Kinder durch Vermehrung der Einkünfte zu versorgen [1]. Eine ergiebige Einnahme bezog er aus dem Zahlenlotto, welches von der Regierung als „der sicherste Weg zum Glück" angepriesen wurde. Die Rheinpfälzer überreichten „ihrem Pfalzgrafen" eine Dankadresse für Einführung des Lottos, „weil nun auch der ärmste Mann glücklich werden könnte". Die Abgaben waren zahllos und alles besteuert bis auf die Luft, und die Zollämter so verteilt, daß fast jeder Ort an einer Hauptstraße zu einem andern Zollamt gehörte und an jeder Ortschaft ein neuer Zoll von den durchgehenden Gütern entrichtet werden mußte. Die jährlichen Einkünfte, welche Karl Theodor von der Rheinpfalz mit 250 Quadratmeilen und ungefähr 600 000 Einwohnern und von seinen Domänen bezog, betrugen gegen 3 Millionen Gulden; diese hohe Staatseinnahme wurde erzielt durch eine vorzügliche Kultur des Bodens, einen fortgeschrittenen Gewerbfleiß, ungeheure Steuern und Zölle und durch Ausfuhr von Getreide, Tabak, Krapp und Wein nach Frankreich, Mainz, Trier und in die Schweiz. Die bedeutenden Erträgnisse reichten nicht aus zum Unterhalte des Hofstaates und des Kriegswesens. Die Armee bestand aus 5500 Mann mit 300 Offizieren und 21 Generalen, und der Hofstaat umfaßte gegen 90 besoldete Kammerherren, eine Schweizergarde, viele Haiducken und Läufer, einen Oberststallmeisterstab von 180 Personen, zahlreiche Sänger, Schauspieler und Tänzer. Die Residenzen in Mannheim, Heidelberg und Düsseldorf genügten dem Kurfürsten nicht, und er baute mit großen Kosten das Lustschloß und die Gärten von Schwetzingen. Die rheinpfälzische Regierung war eine der ärgsten Despotien in Deutschland. Eine ständische Verfassung gab es nicht, und die Privilegien der einzelnen Gemeinden wurden von den Beamten und dem Hofe nur nach Willkür beachtet. Die Beamtenstellen blieben wie früher verkäuflich, und es kam häufig vor, daß in dem Vorzimmer einer Maitresse die Ämter an den Meistbietenden und oft sogar an entlassene Sträflinge verkauft wurden. Beim Hofrat waren gegen Bezahlung so viele Knaben und Jünglinge als künftige Räte vorgemerkt, daß man ihn spottweise „das jüngste Gericht" nannte. Die Steigerungssumme suchten die Beamten durch Erpressungen der Unterthanen wieder hereinzubringen. Fürst von Bretzenheim wußte sich ein Patent zu verschaffen, womit er in Mannheim ein Brennholzmonopol errichtete und sich damit auf Kosten der Bewohner der Residenzstadt und Umgegend bereicherte. Diese unheil-

[1] Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz 2c, II, 907—938.

vollen Zustände trieben viele Familien zur Auswanderung nach Amerika oder Spanien, ungeachtet des strengsten Verbotes des Kurfürsten; die Bevölkerung verminderte sich deshalb in vielen Gegenden, und nur die Stadt Frankenthal hob sich durch neue Fabriken und den die Stadt mit dem Rhein verbindenden Kanal. Auch die Residenzstadt Mannheim war wegen des Hofstaates und eines starken Verkehrs wohlhabend, aber die Einwohner den sinnlichen Genüssen und dem Kleiderluxus ebenso ergeben wie das Hofpersonal. Die Frauen waren großenteils schön, und Mannheim wimmelte von Maitressen und Lustdirnen, und viele Bürgersfrauen hielten es nicht mehr für anständig, ihren Ehemännern die Treue zu wahren [1]. Als die Bayern beim Ableben ihres letzten Kurfürsten nach der Rheinpfalz blickten, fanden sie dort wenig erfreuliche Zustände und konnten auf die Regierung ihres künftigen Landesherrn nur schwache Hoffnungen setzen.

Karl Theodor wohnte in Mannheim mit seinem ganzen Hofstaat am letzten Dezember 1777 eben dem am Jahresschluß herkömmlichen Gottesdienste bei, als ihm ein reitender Kurier aus München die Botschaft überbrachte, daß Max Joseph am 30. Dezember gestorben und er als Nachfolger in Bayern ausgerufen worden sei. Über diese Nachricht erschrak der Kurfürst, weil er vorhersah, daß er aus seiner sinnlichen Ruhe gerissen und in eine schwierige Lage gebracht werde; er sprach vor sich hin die Worte: „Nun sind meine guten Tage vorbei!" Der Zuwachs Bayerns schien ihm zu viel Arbeit und Sorge zu machen. Die unter ihm vereinigten Länder: die Rheinpfalz, Jülich-Berg, Neuburg-Sulzbach und Bayern, hatten einen Umfang von 969 Quadratmeilen mit fast 2 Millionen Einwohnern und waren in fast allen Kreisen des Deutschen Reiches zerstreut. Kleinere Gebiete gehörten zum fränkischen, schwäbischen und oberrheinischen Kreis, und auch in dem Elsaß, den Niederlanden und in Holland besaß der Kurfürst Enklaven. Karl Theodor entschloß sich sogleich zur Abreise und übertrug die Verwaltung in der Rheinpfalz dem Minister Grafen von Oberndorf, der eine unumschränkte Herrschaft, bis auf wenige Staatsgeschäfte, die sich der Kurfürst vorbehalten hatte, führte [2]. In München traf er am 2. Januar 1778 ein und ließ den Geheimen Ratskanzler Freiherrn von Kreittmayr und die Geheimen Räte Obermayer und Lori zu sich rufen; den Obersthofmeister und Geheimen Rat Grafen von Seinsheim beachtete er wenig oder nicht, worüber sich dieser tief gekränkt fühlte. Das ernste und mürrische Benehmen des neuen Kurfürsten machte auf die Konferenzminister und den Hofadel, die an das gütige und leutselige Wesen Maximilians III. gewohnt waren, einen niederschlagenden Eindruck, und die ganze Münchener Bevölkerung betrachtete

---

[1] Biedermann, Deutschland im 18. Jahrhundert rc., II, 1, 120—123.

[2] Häusser a. a. O. II, 934—958.



ihn mit mißtrauischer Abneigung[1]. Bald erfuhr man, daß er von dem kurpfälzischen Gesandten in München mit der Meldung begrüßt worden sei, die Bayern hätten ihm bereits den Eid der Treue geleistet; darauf erwiderte er die bedeutungsvollen Worte: „Voreiligkeit kann mehr schaden als nützen." Damit bekräftigte er das Gerücht, daß die österreichische Regierung mit ihm über Abtretung Bayerns unterhandle[2].

Am Wiener Hofe war man über das frühe Hinscheiden Max Josephs überrascht worden, weil der österreichische Gesandte Graf Adam Franz von Hartig in München immer beruhigende Nachrichten nach Wien geschickt hatte. Kaiser Joseph II., der von Kriegseifer glühte, wollte sogleich Bayern besetzen. Seine Mutter Maria Theresia hatte nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Stück bayerischen Landes mit Österreich vereinigt werden würde, jedoch nur auf dem Wege einer friedlichen Übereinkunft; eine militärische Besitzergreifung hielt sie für einen Gewaltstreich und Unglück. Freiherr von Ritter, der in Mannheim mit Karl Theodor die Sache schon abgemacht hatte, schloß am 3. Januar 1778 mit der kaiserlichen Regierung in Wien einen Vertrag ab, in welchem der Kurfürst das Land, das einst Herzog Johann von Bayern besessen hatte und womit nach seinem Tode der österreichische Herzog Albrecht von Kaiser Sigmund belehnt worden war, nämlich den größten Teil von Niederbayern, an Österreich abtrat. Dazu war Karl Theodor nicht berechtigt, weil Bayern nach dem allgemeinen Staatsrecht und kaiserlichen Urkunden unzertrennbar war; auch hatte er die mit Max III. abgeschlossenen Verträge, kraft deren Bayern und Kurpfalz zu einem einzigen ungeteilten Lande mit der Hauptstadt München vereinigt werden, gebrochen. Wegen dieser Bedenken zögerte Karl Theodor mit der Unterschrift; er wollte sich über diese Abtretung zuvor mit dem Obersthofmeister Grafen von Seinsheim und dem Kanzler Freiherrn von Kreittmayr besprechen, und tadelte es, daß sich Joseph II. mit Waffengewalt in den Besitz Niederbayerns setzen wollte. Der von leidenschaftlicher Eroberungssucht beseelte Kaiser achtete weder auf die Einwendungen seiner Mutter, noch auf den Kurfürsten; er ordnete schleunigste Rüstungen an und forderte Karl Theodor auf, den Wiener Vertrag durch den Hofrat Freiherrn Ludwig von Lehrbach unterzeichnen zu lassen, widrigenfalls werde er ganz Bayern zu einem erledigten Reichslehen erklären und es mit bewaffneter Hand bis zur gerichtlichen Entscheidung sämtlicher Erbansprüche in Besitz nehmen. Am 14. Januar 1778 ratifizierte Karl Theodor die Abtretung von 233 Quadratmeilen niederbayerischen Landes an Österreich, und zwar auf Zureden Seinsheims und Kreittmayrs, welche

[1] Brunner, Der Humor in der Diplomatie und Regierungskunde des 18. Jahrhunderts, I, 185.

[2] Reimann a. a. O. 30—57.

das kleinere Übel wählten. Der Kaiser erkannte das Erbrecht des Kurfürsten auf das übrige Bayern an, versprach ihm, die österreichischen Besitzungen in Schwaben mit Pfalz-Bayern zu vereinigen, und überschickte ihm durch den Fürsten von Lobkowitz den Orden des Goldenen Vließes. König Friedrich II. von Preußen ließ dem Kurfürsten durch den Grafen Eustach von Görtz, der damals in Weimar lebte und ihm persönlich bekannt war, mitteilen, daß er ihn in seinem Erbrechte mit allen Kräften unterstützen werde; zunächst möge er den Rechtsweg einschlagen und am Regensburger Reichstage den Beistand der Garanten des Westfälischen Friedens anrufen. Im Siebenjährigen Kriege hatte er zuerst den Plan ausgeheckt, die Kaiserin Maria Theresia für Schlesien mit Bayern zu entschädigen; da er nun im gesicherten Besitze Schlesiens war, suchte er eine Vergrößerung Österreichs mit bayerischem Lande zu hintertreiben. Karl Theodor traute den Anerbietungen Friedrichs nicht und lehnte sie ab. Freiherr von Lehrbach bestärkte ihn in der Meinung, daß ihn Österreich mit aller Macht schützen werde[1]. Joseph II. besorgte, Karl Theodor möchte den mit ihm abgeschlossenen Vertrag bereuen und ließ (16. Januar) 15000 Mann bei Braunau und Schärding in Niederbayern einmarschieren und bis Straubing, Kelheim und Cham vorschieben. Stadtamhof bei Regensburg wurde mit einem Bataillon Österreicher besetzt und den Bayern in mehreren Manifesten kundgegeben, daß die Kaiserin Maria Theresia und ihr Sohn Joseph ihren Truppen befohlen hätten, von Niederbayern und den pfalzbayerischen Lehen in Böhmen Besitz zu nehmen. Straubing wurde zur Hauptstadt der neuen österreichischen Provinz erklärt und der Hofrat Freiherr von Kreßl zum Administrator ernannt[2]. In Cham lud ein österreichischer Kommissär (13. Mai) die kurbayerischen Beamten, Magistratsräte und Bürger in das Rathaus vor, um der Kaiserin Maria Theresia zu huldigen. Auf dem Marktplatze war ein Gerüst von Brettern aufgeschlagen und mit Tannenzweigen umhüllt. Der Kommissär ließ auf seine Kosten auf dasselbe mehrere Fässer mit Bier und Wein, nebst einigen Körben mit Brot bringen und unter die Volksmenge verteilen, um die Leute österreichisch zu stimmen; es wirkte jedoch nur bei dem Pöbel, denn die alten Bürger erinnerten sich noch lebhaft an den schrecklichen Untergang ihrer Stadt durch den Pandurenobersten Trenck[3].

Über den ungeahnten Einmarsch der Österreicher wurden alle Bayern bestürzt, weil niemand den geheimen Vertrag vom 3. Januar kannte, als nur Karl Theodor und seine Minister. Im ganzen Lande erwachte wieder die Erinnerung an die entsetzlichen Greuelthaten und Knechtungen der Öster-

[1] Arneth a. a. O. X, 307–309.

[2] Schöning, Militärische Korrespondenz des Königs Friedrich II. d. Gr. 2c., IV, 42. Arneth a. a. O. X, 309–316.

[3] Lukas, Geschichte der Stadt und Pfarrei Cham 314.

reicher im Spanischen und Österreichischen Erbfolgekrieg. Von neuem füllten sich die Gemüter mit Haß und Rachewut gegen die Kaiserlichen, und in München wurden Schmähschriften auf Joseph II. mit beleidigenden Zeichnungen verbreitet. Die einzige Hoffnung der Bayern auf Erhaltung der Unverletzlichkeit ihres Landes war der Patriotismus der Herzogin-Witwe Maria Anna und die Eifersucht der Großmächte. Maria Anna hatte nach dem Tode Max' III. in ganz Bayern die schleunigste Huldigung für ihren Schwager Karl Theodor vor dessen Ankunft betrieben und wollte sich selbst mit männlicher Entschlossenheit an die Spitze eines Volksaufstandes stellen. Sie hoffte wenigstens 20000 Mann unter der bayerischen Fahne zu sammeln, und ihrer Bemühung gelang es, daß die wichtige Festung Ingolstadt nicht in die Hände der Österreicher fiel. Durch ihren und ihrer Anhänger Einfluß wurde Friedrich II. überall in München verehrt und sein in Kupfer gestochenes Bild in den meisten Häusern aufgehängt[1]. An den Grafen von Görtz in Weimar schrieb die Herzogin: „Es wäre in der That schön, eine alte Pallas an der Spitze der Tyrier zu sehen! Ich möchte die Geister meiner Ahnen herbeirufen, um das Vaterland zu retten. Es giebt Augenblicke, in denen ich bedauere, nicht selbst Kurfürst zu sein." Die Leitung der patriotischen Bewegung übernahmen der Minister des Äußern Freiherr von Vieregg, Oberststallmeister Graf von Daun, Obersthofmarschall Graf von Tattenbach, der mit Maria Anna in innigster Verbindung stand, und die Geheimen Räte von Lori, von Goldhagen und Freiherr von Obermayer, Graf von Törring-Seefeld, der kurbayerische Reichstagsgesandte Freiherr von Leyden in Regensburg und der Kabinettskassier („Kammerzahlmeister") der Herzogin Maria Anna, Andreas Andrée. Es gab in München und ganz Bayern nur eine kleine Anzahl, darunter meist Adelige, welche österreichisch gesinnt waren; die Grafen von Seinsheim und Königsfeld und General von der Wahl erklärten dem österreichischen Gesandten Freiherrn von Lehrbach in München, es sei besser, ganz Bayern werde dem österreichischen Staate einverleibt, als daß es zerstückelt werde. Seinsheim schickte seinen einzigen Sohn nach Straubing, um für seine im Straubinger Bezirke gelegenen Güter dem Hause Österreich die Huldigung zu leisten. Die große Mehrzahl der Bayern war patriotisch und hielt zur weiß-blauen Fahne der Herzogin Maria Anna, welche in München alle Bücher und Schriften ankaufte, mit denen etwa der österreichische Gesandte seine ungerechten Ansprüche zu begründen suchen würde. Der Geheime Rat von Obermayer sprach in einer Patriotenversammlung seinen Entschluß aus, daß er lieber auf dem Schafot sterben wolle, als von seiner Überzeugung abzugehen. Auch der Kanzler von Kreittmayr überzeugte sich immer mehr von der leidenschaft-

[1] Brunner a. a. O. I, 204.

lichen Eroberungssucht des Kaisers Joseph und des Fürsten Kaunitz und zog sich von der kleinen österreichischen Partei zurück. Das patriotische Verdienst dieser Männer ist um so höher anzuschlagen, als sie hohe Würden und Ämter erlangt hätten, wenn sie sich im Sinne Karl Theodors auf Seite Österreichs gestellt hätten. Die Erbitterung gegen den Kaiser steigerte sich in Straubing und den von Österreichern besetzten Gegenden. Die Stellung des Administrators von Kreßl in Straubing wurde immer unbequemer, und die Stände des „Niederlandes" leisteten die Huldigung erst, als ihnen ausdrücklich ihre Rechte und Freiheiten bestätigt wurden. Gegen den österreichischen Hofkammerrat von Handel, der ein drückendes Steuersystem einführte, regte sich ein so bedrohlicher Haß, daß er abberufen werden mußte[1].

König Friedrich II. von Preußen sah in der Besetzung Bayerns durch die Österreicher eine Störung des europäischen Gleichgewichtes und beschloß, der Eroberungssucht des kaiserlichen Hofes eine Schranke zu setzen. An Maria Anna schrieb er einen Brief, in welchem er sein Bedauern ausdrückte, daß nicht sie Kurfürst von Bayern-Pfalz sei, weil sich dann nicht jene schmählichen Dinge zugetragen hätten, die jedem ehrlichen Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben. Während er mit Frankreich und Rußland über die rechtswidrige Besetzung Bayerns diplomatische Noten wechselte, bot ihm der Staatskanzler Kaunitz das kleine Herzogtum Jülich-Berg an, wenn er in die bayerischen Erwerbungen durch Österreich willige. Friedrich lehnte das Anerbieten mit dem oft wiederholten Ausspruch ab, daß er keine Eroberungen wolle, aber auch um keinen Preis eine Machterweiterung Österreichs zugeben werde. Sein Bruder Prinz Heinrich wäre freudigst auf den Vorschlag des Wiener Hofes eingegangen und meinte, daß durch Säkularisierung der deutschen Fürstbistümer jedermann befriedigt werden könnte. Der König bemerkte ihm: „Ich darf Österreich nicht so mächtig werden lassen, daß man mit der Zeit keinen Widerstand mehr leisten kann."[2] Den Grafen von Görtz sandte er nach Bayern mit der geheimen Anweisung, über die Verträge, welche Karl Theodor und dessen Nachfolger, die Pfalzgrafen von Zweibrücken, mit Österreich abgeschlossen hätten, Erkundigungen einzuziehen. Es war ihm auch mitgeteilt worden, daß Frankreich durch Abtretung der Pfalzgrafschaft Zweibrücken für die Verträge gewonnen worden sei. Der französische Gesandte in Wien, von Breteuil, war anfänglich dem zwischen Joseph II. und Karl Theodor vereinbarten Vertrage vom 3. Januar nicht abgeneigt, bis der preußische Gesandte ihn und den russischen Gesandten auf die Tragweite desselben aufmerksam machte und beide belehrte, daß Österreich durch den neuen Besitz das ganze Erzstift Salzburg einschließen und Süd- und Mitteldeutschland beherrschen werde. Görtz begab sich zuerst nach Regensburg und ließ

[1] Arneth a. a. O. X, 329—357. [2] Schöning a. a. O. IV, 45—54.

hier durch den pfalz-bayerischen Reichstagsgesandten Freiherrn von Leyden den Kurfürsten Karl Theodor in Kenntnis setzen, daß er, wenn er sich an den Vertrag mit Österreich nicht halten wolle, auf die Vermittlung des Deutschen Reiches und den vollen Beistand Preußens rechnen könne. Diese Nachricht erinnerte ihn an seine Voreiligkeit und Schwäche; er wies das Anerbieten zurück, weil er mit dem Kaiser unlösbare Verbindungen eingegangen hätte. Friedrich II. beauftragte den Grafen Görtz, persönlich mit Karl Theodor und dem Pfalzgrafen Karl August zu unterhandeln, und befahl seinen Gesandten in Paris und Petersburg, Einleitungen zu einem Bündnis zwischen Frankreich, Rußland und Preußen zu treffen. Den ersten Bundesgenossen erhielt er an dem Kurfürsten Friedrich August von Sachsen, der im Namen seiner Mutter Marie Antonie Erbansprüche auf die kurfürstlichen Familiengüter in Bayern gemacht hatte, aber in München und Wien abgewiesen worden war. Am Wiener Hofe dachte niemand an eine bewaffnete Vermittlung von seiten Preußens. Als aber Fürst Kaunitz am 20. Januar (1778) den fremden Gesandten in Wien die Ansprüche Österreichs auf bayerisches Gebiet, den Einmarsch der österreichischen Truppen in Niederbayern und den mit Karl Theodor eingegangenen Vertrag mitteilte, übergab ihm der preußische Gesandte Freiherr von Riedesel eine Note, in der alle Ansprüche Österreichs auf Bayern und selbst auf die Lehen der böhmischen Krone in der Oberpfalz bestritten wurden. Joseph II. nannte die preußische Denkschrift unverschämt und that die Äußerung: „Ich werde mit dem Degen zu behaupten wissen, was Kaunitz mit der Feder gewonnen hat." Auf die Nachricht, daß in Preußen Anstalten zu Rüstungen gemacht werden, ließ er in Böhmen ein Heer von 80000 Mann mit 300 Geschützen zusammenziehen [1].

Als dem Grafen von Görtz von dem Freiherrn von Leyden versichert wurde, daß er vergeblich bei Karl Theodor um Audienz nachsuchen werde, verließ er Regensburg, um mit dem Pfalzgrafen von Zweibrücken zusammenzutreffen. Karl August war eben (Februar 1778) auf einer Reise nach München begriffen, um den Vertrag vom 3. Januar zu unterzeichnen. Der Pfalzgraf gab sich auf seinem Residenzschloß Karlsberg bei Homburg einer schrankenlosen Verschwendung hin und vermehrte besonders durch Erbauung des kostbaren „Orangeriehauses" seine Schulden. Schon hatte er im Sinne, seine böhmischen Güter zu verkaufen, welche gemäß dem Testament des Herzogs Klemens auf den Kurfürsten Max III. Joseph und nach dessen kinderlosem Ableben auf die Pfalzgrafen von Zweibrücken-Birkenfeld übergegangen waren. Fürst Kaunitz hatte dem überschuldeten Pfalzgrafen eine halbe Million Gulden versprochen, wenn er den Vertrag vom 3. Januar unterzeichne. In Augsburg wurde Karl durch seinen Geheimen Rat von Hofen-

[1] Reimann a. a. O. 57—79.

fels benachrichtigt, daß ihm der Graf von Görtz die briefliche Mitteilung zugeschickt habe, der König von Preußen ermahne den Pfalzgrafen, in der bayerischen Erbfolge keinen Schritt ohne Zuziehung der Reichsfürsten zu thun. Hofenfels machte seinem Herrn die eindringliche Vorstellung, auf den preußischen Antrag einzugehen. Auch der Bruder Karls, Pfalzgraf Max Joseph, hatte ihn aufgefordert, den Vertrag unter keiner Bedingung anzunehmen. Nach langem Zögern ließ sich Karl bewegen, die Mitunterzeichnung zu verweigern. Sobald Görtz in München ankam, hielt er mit der Herzogin Maria Anna in ihrem Schlosse in Gegenwart der zweibrückischen Räte von Hofenfels und von Ehsebeck und des französischen Gesandten Marquis de la Luzerne eine Unterredung und einigte sich mit ihnen, von dem Pfalzgrafen zu verlangen, daß er bei dem Reichstage in Regensburg seine vollen Erbrechte auf Bayern geltend mache und ohne Zustimmung Frankreichs nichts unternehme. Friedrich II. ermahnte die Herzogin, Karl August in seinem Entschlusse zu bestärken; in ihrer Hand liege das Schicksal Bayerns. Es beunruhigte ihn der Gedanke, der Pfalzgraf könnte sich von der österreichischen Hofpartei zur Nachgiebigkeit verleiten lassen. Den eifrigen Bemühungen Maria Annas gelang es, ihren Vetter von jedem Wankelmut zurückzuhalten und in der Behauptung seiner Erbrechte zu befestigen. Karl August nahm den ihm vom Kaiser verliehenen Orden des Goldenen Vließes nicht an, obgleich er um denselben durch den kurpfälzischen Gesandten Freiherrn von Ritter nachgesucht hatte. Als ihn Karl Theodor um die Ursache seiner Ablehnung fragte, teilte er ihm im Vertrauen mit, daß er den Vertrag vom 3. Januar unterzeichnen müßte und die bisher von Frankreich bezogene Pension verlöre, wenn er den Orden annähme. Seitdem wurde der Kurfürst seinem Neffen abgeneigt und behielt den Orden in Verwahr[1].

Der Pfalzgraf von Zweibrücken war von Natur aus bedenklich und in größeren Staatsgeschäften unerfahren. Den französischen Beistand rief er mit Widerstreben an und wurde ängstlich, als man am Versailler Hofe lange Zeit schwieg. In Frankreich wünschte die adelige Jugend Krieg im Bunde mit Preußen gegen Österreich, und der Minister des Auswärtigen Graf von Vergennes war über den österreichischen Staatskanzler sehr ungehalten, weil er dem Pfalzgrafen von Zweibrücken die Lüge gesagt hatte, Frankreich sei mit der Einverleibung Bayerns in Österreich einverstanden; diese Unwahrheit berichtete er an alle europäischen Höfe. Der junge König Ludwig XVI. war zwar mit einer Tochter Maria Theresias, Marie Antoinette, verheiratet und durch den Defensivvertrag von 1756 mit Österreich verbündet; allein er achtete es für eine ererbte Pflicht, Bayern, das seit Jahrhunderten treu und opferwillig zu Frankreich gehalten hatte, in seiner Un-

[1] Brunner a. a. O. I. 189—193.

verletzlichkeit zu schützen und der Vergrößerungssucht des deutschen Kaisers ein Ziel zu setzen. Dem Pfalzgrafen verhieß er seine Unterstützung und setzte den Staatskanzler Kaunitz in Kenntnis, daß Frankreich in dem bayerischen Erbfolgestreit neutral bleiben werde und sich in dem vorliegenden Falle an den Vertrag von 1756 nicht für gebunden halte. Frankreich konnte weder der Kaiserin Maria Theresia noch dem Pfalzgrafen eine militärische Hilfe zusagen, weil es sich mit Großbritannien in einen Krieg verstrickte. König Georg III. von England erhielt (März 1778) durch den französischen Gesandten in London die amtliche Anzeige, daß König Ludwig die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die sich (1776) vom englischen Mutterlande losgesagt hatten und ihre Unabhängigkeit mit den Waffen verteidigten, anerkannt und mit ihnen einen Handelsvertrag geschlossen hätte. Diese Note mußte die britische Regierung als eine Kriegserklärung betrachten und ihren Gesandten in Paris abrufen. Ludwig ließ im Hafen von Toulon eine Flotte rüsten, welche 4000 Franzosen nach Nordamerika zur Verstärkung der Freiheitskämpfer bringen sollte. Frankreich war seit dem Siebenjährigen Kriege so erschöpft, daß es nicht zu gleicher Zeit in Europa und Amerika Krieg führen konnte; deshalb wurde der Schauplatz des Bayerischen Erbfolgekrieges beschränkt. Der König von Preußen wollte von Frankreich nur Neutralität; als er dieser versichert war, schloß er mit Zweibrücken und Sachsen ein Bündnis, sammelte seine Truppen in Brandenburg und Schlesien und suchte in Deutschland einen Fürstenbund gegen Österreich zu gründen [1]. Zur Entschädigung der Kriegskosten machte er sich den vorteilhaften Plan, die Markgrafschaften von Ansbach und Baireuth unmittelbar mit der preußischen Krone zu vereinigen, sie mit oberpfälzischem Gebiete zu vergrößern und gegen die Ober- und Niederlausitz an Sachsen abzutreten, um dadurch Preußen abzurunden [2]. Ehe er seine Rüstungen vollendet hatte, forderte er den Kaiser in einem Ultimatum auf, sein Heer aus Bayern zurückzuziehen, weil er nicht das mindeste Recht auf irgend ein Stück bayerischen Landes habe. Fürst Kaunitz ließ ihm durch den österreichischen Gesandten Grafen von Cobenzl in Berlin erwidern, daß der König nicht berechtigt sei, sich in dieser Sache zum Richter aufzuwerfen [3].

Kaiser Joseph II. ließ sich durch keine fremde Note und keine Warnung seiner Mutter abhalten, die bayerische Erbfolge mit den Waffen zu entscheiden; denn er glühte von Begierde nach militärischem Ruhm und wollte durch ein kühnes Vorgehen und große Kraftentfaltung den preußischen König und seine Verbündeten einschüchtern. Mit 200000 Mann nahm er bei Königgrätz und Gitschin Stellung, während Feldmarschall Laudon mit 75000 Mann

---

[1] Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn von Stein, I, 31—78.
[2] Reimann a. a. O. 80—101. [3] Arneth a. a. O. X 363—437.

an die sächsische Grenze bis Reichenberg vorrückte[1]. Am Regensburger Reichstage ließ er durch den Staatskanzler Kaunitz die Erklärung abgeben, daß Preußen als einziger Reichsstand nicht das Recht habe, über die bayerische Erbfolge zu entscheiden. König Georg III. von England machte als Kurfürst von Hannover auf dem Reichstage und bei anderen Anlässen dem Kaiser scharfe Vorwürfe über sein Verfahren gegen Bayern und zeigte sogar Lust, ein Reichsheer gegen Österreich aufzubringen. Auch an den kleinen deutschen Höfen, namentlich den protestantischen, stieg die Mißstimmung gegen den Wiener Hof. Die Bayern verwünschten jede Teilung ihres Landes und wollten um keinen Preis österreichisch werden; sie hielten einmütig zur Herzogin Maria Anna, die von dem Streben beseelt war, daß nicht das geringste Stück an Österreich abgetreten werde. Mit Friedrich II. stand sie in lebhaftem Briefwechsel und übertrug die politische Korrespondenz in französischer Sprache mit ihm ihrem Geheimen Sekretär Joseph Utzschneider, zu dessen Befähigung und Verschwiegenheit sie volles Vertrauen besaß[2]. Karl Theodor sah sich wegen des Vertrages vom 3. Januar von den Münchenern verachtet und verhaßt. Der Volkscharakter der schweigsamen und mißtrauischen Bayern mit ihren derben Sitten und rauher Sprache stieß ihn ab; die plauderhaften, sanguinischen und regsamen Rheinpfälzer zogen ihn an. Statt der milden, duftigen Lüfte, die ihm die blühenden Orangen- und Pfirsichbäume in seinen Residenzgärten zu Mannheim und Schwetzingen zuführten, wehten ihm in München kalte Winde von den nahen, schneebedeckten Alpen entgegen. Statt der grünenden Weinberge der Rheinpfalz umgaben ihn dunkle Nadelwaldungen, welche bis zu den Stadtmauern Münchens reichten. An seinem Hofe wollte er keine Altbayern sehen, weil sie ihn an seine Schuld, ihr Land wegen seiner Bastarde an Österreich verraten zu haben, erinnerten; er duldete in seiner Umgebung nur Rheinpfälzer, wodurch die Bayern sich verletzt fühlten. Zwischen beiden Parteien kam es zu zahlreichen Reibungen, welche in den niederen Volksschichten meist in blutige Raufereien ausarteten und in den höheren Ständen zu Zweikämpfen, nicht selten mit tödlichem Ausgang, führten. Dem Kurfürsten wurde der Aufenthalt in der bayerischen Hauptstadt täglich unbehaglicher, und er kehrte wieder nach Mannheim zurück, wo er einen unthätigen Zuschauer machte.

Friedrich II. setzte die Unterhandlungen mit Österreich so lange fort, bis er seine Streitmacht auf 160 000 Mann erhöht hatte, welche er in zwei Armeen teilte; die eine führte er persönlich gegen den Kaiser und die andere übergab er seinem Bruder Heinrich, der zugleich die sächsischen Bundestruppen zu 20 000 Mann befehligte und gegen den Feldmarschall Laudon operierte.

[1] Janko, Laudons Leben 374.

[2] Desberger, Joseph v. Utzschneider, Kunst- und Gewerbeblatt 1840, Hft. II, 137.

Die Vorschläge Josephs II. verwarf er, weil er in denselben den Vertrag vom 3. Januar bestehen ließ. Endlich brach er die diplomatischen Beziehungen mit dem kaiserlichen Hofe ab, marschierte (Anfang Juli 1778) mit der ersten Armee zu 100 000 Mann aus Schlesien in Böhmen ein und schlug bei Welsdorf und Nachod Lager. Prinz Heinrich durchzog mit den vereinigten Preußen und Sachsen die Lausitz und drang bei Komotau in Böhmen ein, um sich mit dem König zu verbinden oder den Feldmarschall Laudon zu schlagen und auf Prag loszugehen. Laudon nahm seine Vorposten zurück, weil er die Weisung hatte, in der Defensive zu bleiben und sich bei einem Vormarsche Heinrichs hinter die Iser zurückzuziehen. Maria Theresia war zum Frieden geneigt und beauftragte ihren Minister von Thugut, einen Waffenstillstand zuwege zu bringen, ehe es zu einer Schlacht komme. Auch zwischen dem Kaiser und dem König hatte sich ein Briefwechsel entsponnen, der mehr auf friedliche als kriegerische Bahnen führte. Josephs heißblütige Thatenlust war durch die Beschwerden im Felde abgekühlt worden, und Friedrich war krank und bedächtig und wollte seinen Feldherrnruhm nicht aufs Spiel setzen; er zögerte, sich der festen Stellung der Österreicher bei Königgrätz und Jungbunzlau zu bemächtigen. Die Nachricht von Stillstandsunterhandlungen zwischen Maria Theresia und Friedrich versetzte die patriotische Partei in Bayern und zumeist die Herzogin Maria Anna in die größte Bestürzung; sie nahm sich vor, nach Böhmen zum König zu reisen. Der zum preußischen Minister ernannte Graf von Görtz gab sich alle mögliche Mühe, die Herzogin zu beruhigen, und schickte einen Eilboten in das preußische Hauptquartier in Welsdorf, um dem König ihre Ankunft zu melden. Die Verhandlungen scheiterten an den Forderungen Österreichs, und Friedrich versicherte brieflich der bekümmerten Herzogin-Witwe, daß er die Interessen Bayerns und des Hauses Zweibrücken schützen werde; deshalb unterblieb die Reise Maria Annas [1]. Joseph II. wurde schon durch die ersten unbedeutenden Vorpostengefechte so entmutigt, daß er seiner Mutter schrieb, die Leiden des Krieges seien entsetzlich und übertreffen alle Vorstellungen, welche er sich von denselben gemacht hätte; er halte es für das beste, die Vermittlung Rußlands und Frankreichs anzurufen. Dieser Brief machte auf die hochbejahrte Kaiserin einen um so stärkern Eindruck, als sie schon anfänglich vor einer militärischen Handlung zurückschrak und sich an das ganze Unglück des Siebenjährigen Krieges erinnerte; sie ermahnte ihren Sohn, auf ihre Verantwortung noch auf dem Schlachtfelde unter jeder Bedingung Frieden zu schließen. Ihr Gewissen und ihre Ehrliebe fingen an, sich zu regen, als der König von Preußen bei dem Reichstage und den fremden Gesandten eine Urkunde von 1429 einsandte, in welcher Herzog Albrecht von Österreich allen Ansprüchen

[1] Schöning a. a. O. IV, 53—141.

auf Bayern entsagte gegen gewisse Vorteile, die ihm die Herzoge von Bayern bewilligt hatten. Diese Urkunde war dem König in beglaubigter Abschrift aus München oder Zweibrücken zugeschickt worden. Später ließ Friedrich dem Reichstage einen Brief Karl Theodors an den Pfalzgrafen von Zweibrücken vorlegen, in welchem der Kurfürst offen eingestand, daß er von Österreich zu dem Vertrag vom 3. Januar durch Androhung mit Gewalt gezwungen worden sei [1].

Nach Abbruch den Waffenstillstandsverhandlungen setzte Prinz Heinrich sein Heer gegen Feldmarschall Laudon in Bewegung; er täuschte ihn durch einen Scheinmarsch und drängte die österreichische Vorhut nach einem hitzigen Gefechte zurück. Laudon, der durch die Unfähigkeit seiner Generale 3000 Tote und Verwundete nebst mehreren Geschützen verloren hatte, zog sich mit 70000 Mann nach Münchengrätz zurück, um nicht von den Preußen in der Flanke angegriffen zu werden. Wenn Heinrich seinem Gegner eine Schlacht geliefert hätte, so würde er sehr wahrscheinlich den Sieg davongetragen haben, weil er tüchtige Generale und Offiziere besaß; allein er war von schwacher Gesundheit, schwermütig und riet seinem Bruder fortwährend zum Frieden. Für eine fremde Sache, wie ihm der bayerische Erbfolgestreit erschien, wollte er nicht Krieg führen; seine ganze Operation beschränkte er auf Besetzung von Reichenberg, Gabel und Leitmeritz und auf einen Versuch, die Österreicher aus ihrer Stellung dadurch zu entfernen, daß er ihre Vorratsmagazine und die schwach besetzte Stadt Prag durch zwei Armeecorps bedrohen ließ [2]. Allein Laudon durchschaute die Absicht des Prinzen und blieb mit der Hauptmacht bei Münchengrätz stehen; er entsendete nur einige Abteilungen zur Beobachtung der beiden preußischen Corps, wobei es zu einigen bedeutungslosen Gefechten kam. Friedrich II. erwartete vergebens, daß Heinrich den österreichischen Feldmarschall nach einer entscheidenden Schlacht zurückwerfen, sich mit ihm vereinigen und den Kaiser im Rücken angreifen werde; er selbst that weiter nichts, als daß er den linken Flügel der Österreicher bei Hohenelbe und Langenau bedrohte, um sich seinem Bruder bei Reichenau zu nähern. Das Wetter war regnerisch und naßkalt, und die preußischen Soldaten litten empfindlichen Mangel an Lebensmitteln und Pferdefutter; 12000 Mann lagen in den Lazareten an der Ruhr krank. Es war zu befürchten, daß der Zustand des Heeres durch die in jenen Gegenden anhaltenden kalten Herbstregen noch mehr verschlechtert und die Wege unbrauchbar gemacht werden würden. Der König beschloß (Oktober 1778), seine erschöpften Truppen aus den böhmischen Bergen nach Schlesien zurückzuführen. Die Bezirke, in denen die Preußen lagen, waren so vollständig ausgesogen, daß die unglücklichen Einwohner dem Hungertode

[1] Reimann a. a. O. 103—147. [2] Schöning a. a. O. IV, 142—191.

preisgegeben gewesen wären, wenn nicht Friedrich die schlesischen Magazine geöffnet und Getreide an die darbenden Böhmen um niedrige Preise verkauft hätte. Aus denselben Beweggründen rief Heinrich die zwei entsendeten Armeecorps zu sich und trat bei Beginn eines winterlichen Wetters den Rückzug nach Sachsen an. Als er bei Leitmeritz über die Elbe setzte, erbat sich Laudon von dem Kaiser 12 Bataillone zur Verstärkung und verfolgte den Prinzen, in der Absicht, ihm eine Schlacht zu liefern; allein zu seinem größten Ärger traf Joseph in seinem Lager mit der Ankündigung ein, daß Maria Theresia den Streit auf gütlichem Wege beendigen wolle und ihrem Sohne befohlen habe, sich in keine Schlacht mehr einzulassen. Mitte Oktober war ganz Böhmen von den Preußen geräumt, und nach wenigen Wochen kam Friedrich II. nach Breslau, wo die frühere Begeisterung für sein Feldherrntalent erloschen war. Die preußischen Soldaten waren voll Vertrauen und Hingebung für und mit ihrem König in den Krieg gezogen, wurden aber über die Anstrengungen und Leiden eines erfolglosen Feldzuges, den sie spottweise „den Kartoffelkrieg“ und die Österreicher „den Zwetschgenrummel“ nannten, sehr unzufrieden [1].

Friedrich II. hoffte sicher, daß im nächsten Feldzuge die mit ihm verbündete Kaiserin Katharina II. von Rußland, eine Armee in Galizien einmarschieren lasse, um die Österreicher im Rücken zu bedrohen; allein es war ihm nur gelungen, am Petersburger Hofe den Grafen Nikita von Panin und den Fürsten Gregor von Potemkin durch das Versprechen, letztern zum Herzog von Kurland zu erheben, für Preußen zu gewinnen. Die Zarin war (Oktober 1778) benachrichtigt worden, daß die Türkei geneigt sei, mit ihr wegen der Halbinsel Krim einen Vergleich einzugehen; dadurch wurden die russischen Streitkräfte im Süden frei. Auf die Vorstellung Potemkins und Panins forderte Katharina die Kaiserin Maria Theresia auf, mit dem König von Preußen und den anderen befreundeten Fürsten Frieden zu schließen, weil die Ansprüche Österreichs auf Bayern ungerecht seien und dem Westfälischen Frieden widersprächen; ein Umsturz dieses Vertrages berge in sich eine große Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa und somit auch für Rußland, und dem müsse vorgebeugt werden. Staatskanzler Kaunitz suchte Frankreich auf Seite Österreichs gegen Preußen und Rußland zu bringen, und die Kaiserin schrieb ihrer Tochter, der Königin Marie Antoinette von Frankreich, daß sie ihren Gemahl zu einem thätigen Bundesgenossen Österreichs machen möchte. Allein die leitenden Staatsmänner in Paris, namentlich die Minister Graf von Vergennes und Graf von Maurepas, hatten keine Lust, für Österreich neue Opfer zu bringen, und alle Franzosen verurteilten seit dem Ausgange des Siebenjährigen Krieges, der ihnen unbe-

[1] Janko a. a. O. 380—386.

rechenbare Geldsummen und Menschenleben gekostet hatte, eine wiederholte Allianz mit Österreich. Frankreich seufzte unter einer erdrückenden Schuldenlast und hatte in Nordamerika mit England einen Krieg unternommen, der seinen Handel zerstörte und ihm jede militärische Aktion in Europa unmöglich machte. Die französische Regierung verlangte vom Wiener Hofe, daß das Erbe des Pfalzgrafen von Zweibrücken nicht verkürzt und die einträglichen Salzwerke in Reichenhall, welche für Bayern die wichtigste Einnahmequelle seien, niemals davon abgetrennt würden. Ehe Maria Theresia, Joseph II. und Kaunitz sich über die Antwort auf die Note Katharinas geeinigt hatten, erhielten sie (4. November) Kenntnis, daß die Zarin den Fürsten Repnin nach Berlin und Breslau geschickt habe, um zwischen Preußen und Österreich zu vermitteln; den Fürsten Bariatinsky habe sie beauftragt, sich mit der französischen Regierung über das Vermittlungswerk zu beraten. Für die stolze Zarin war es eine Befriedigung ihres grenzenlosen Ehrgeizes, sich zur Schiedsrichterin im Deutschen Reich aufzuwerfen. Nach langen Verhandlungen ließ sich der Wiener Hof herbei, die Vermittlung Rußlands und Frankreichs anzunehmen. Auch Friedrich II. sah mit Sehnsucht der Beendigung des Krieges entgegen, um nicht länger mehr die schweren Kosten zu tragen; selbst wenn der Krieg sehr günstig für ihn verlief, so bot sich ihm keine Aussicht auf einen entsprechenden Ersatz für den Aufwand. Ebensowenig konnte und wollte Sachsen einen zweiten Feldzug aushalten [1].

Während der Beratungen über Friedensbedingungen in Wien, Berlin und Breslau wurde der Feldzug 1779 eröffnet. Der österreichische Feldmarschall-Lieutenant Graf Dagobert von Wurmser marschierte nachts vom 17. auf den 18. Januar in 5 Kolonnen in die Grafschaft Glatz ein und nahm in dem Städtchen Habelschwert die preußische Besatzung nach tapferer Gegenwehr gefangen. Ebenso mußten sich die Preußen, welche das Blockhaus in Oberschwedelsdorf besetzt hatten, der gegnerischen Übermacht ergeben. Es gerieten gegen 1000 Mann nebst 40 Offizieren in österreichische Gefangenschaft, und 7 Geschütze und 10 Fahnen wurden von den Österreichern erbeutet. Der über diese Schlappen erbitterte König von Preußen befahl dem Generallieutenant von Möllendorf, mit dem Heere einen Streifzug nach Böhmen bis Brüx zu machen. Kaiser Joseph II. ließ ein Armeecorps unter den Generalen Wallis und Clerfayt in Preußisch-Schlesien einrücken, um das in dem Grenzstädtchen Neustadt liegende Regiment des Prinzen Heinrich von Preußen gefangen zu nehmen. Der Kommandant dieses Regimentes, Oberst von Winterfeldt, verteidigte sich (28. Februar) so lange, bis die Stadt von den Österreichern in Brand geschossen wurde; er zog sich zurück, bis ihm Verstärkung zukam. General Wallis, der die ihm gegenüberstehenden

[1] Arneth a. a. O. X, 497—581.

Preußen für viel stärker hielt, als sie wirklich waren, ging über die Grenze zurück. Nach wenigen Tagen (10. März) wurde Waffenstillstand geschlossen, und in der für neutral erklärten Stadt Teschen traten die Bevollmächtigten der vermittelnden und kriegführenden Mächte zu einem Kongreß zusammen. Kurfürst Karl Theodor sandte den Grafen von Törring-Seefeld, Pfalzgraf Karl August von Zweibrücken seinen Minister Freiherrn Christian von Hofenfels und der Kurfürst von Sachsen den Grafen von Zinzendorf. Preußen war durch den Freiherrn von Riedesel, Österreich durch den jungen Grafen von Cobenzl, Rußland durch den Fürsten Repnin und Frankreich durch den Baron von Breteuil vertreten [1].

Kaiserin Maria Theresia und selbst ihr eroberungssüchtiger Sohn waren bereit, den größten Teil von Niederbayern herauszugeben, weil auch der König von Preußen auf Erwerbung der Ober- und Niederlausitz verzichtete und zugab, daß Österreich von Bayern das „Inn- oder Hausruckviertel“ erhalte. Größere Schwierigkeiten machten die Erbansprüche des Kurfürsten von Sachsen, welcher 4 Millionen Thaler und die Herrschaften Mindelheim und Wiesensteig forderte. Friedrich II. unterstützte als Verbündeter Friedrich Augusts diese Bedingung. Karl Theodor und der Pfalzgraf von Zweibrücken lehnten sie ab mit der Begründung, daß die bayerische Prinzessin Marie Antonie bei ihrer Verheiratung mit dem sächsischen Kurprinzen Friedrich Christian (1747) auf alle Erbansprüche in Bayern zu Gunsten ihres Bruders Max III. und „der wittelsbachischen Agnaten“ verzichtet hätte. Sie ließen sich jedoch aus Rücksicht auf die Erbverträge von 1766 und 1771 herbei, an Sachsen 250000 Thaler zu zahlen, verweigerten aber jede Gebietsabtretung. Der in russischen Diensten stehende Freiherr von Asseburg reiste im Auftrage des Fürsten Repnin von Teschen nach München und Mannheim, um mit der pfalz-bayerischen Regierung über die Forderungen Sachsens zu unterhandeln. Die Einmischung Rußlands in den bayerischen Erbfolgestreit war für Deutschland eine tiefe Demütigung und wäre vermieden worden, wenn der alte König von Preußen und sein mattherziger Bruder den Krieg gegen Österreich mit mehr Thatkraft geführt hätten. Karl Theodor, welcher mit großer Liebe am Gelde hing, nannte die Ansprüche des sächsischen Kurfürsten unverschämt, weil Marie Antonie bei ihrer Vermählung auf Ansprüche in Bayern Verzicht geleistet hatte und die „wittelsbachischen Agnaten“ noch nicht ausgestorben waren. Auch war damals der Geldmangel am Münchener Hofe so groß, daß die Hofkammerräte im Sinne hatten, zur Deckung der dringendsten Ausgaben die in der kurfürstlichen Schatzkammer seit mehreren Jahrhunderten aufbewahrten Kleinodien von Gold und Silber einzuschmelzen und auszumünzen, und die von Max III. überkommenen Juwelen zu ver-

[1] Arneth a. a. O. X, 582—603.

kaufen [1]. Auf Zureden Asseburgs bewog der Minister Graf von Vieregg den Kurfürsten, daß er Friedrich August eine halbe Million Thaler anbot; diese Summe betrug nur den achten Teil von dem, was in den Präliminarien bereits festgesetzt worden war. Der sächsische Kurfürst, der unter „wittelsbachische Agnaten" nur die bayerische Linie verstehen wollte, ging von seiner Anmaßung nicht ab und wurde hierin von Friedrich II. bestärkt, welcher der Sache durch den Antrag, Friedrich August sollte von Bayern für seine Kriegskosten entschädigt werden, eine annehmbarere Wendung geben wollte. Graf von Törring-Seefeld erhöhte das Angebot nur bis zu einer Million Gulden, weil Bayern mit Sachsen weder ein Bündnis geschlossen, noch gegen dasselbe Krieg geführt hätte. Zugleich bemerkte er, daß der österreichische Gesandte Freiherr von Lehrbach in München dem Kurfürsten eingeschärft habe, an Sachsen höchstens eine Million Gulden zu zahlen. Repnin und Breteuil forderten vom Staatskanzler Kaunitz, daß er Lehrbach in München eines bessern belehre und ihn anweise, er solle Karl Theodor hierin zur Nachgiebigkeit bewegen. Der König von Preußen geriet wegen des österreichischen Gesandten in die größte Aufregung; er schrieb seinem Bruder Heinrich: „Wenn Sachsen keine anständige Genugthuung erhält, so wird sich künftig niemand mehr mit Preußen verbünden wollen. Darum beharre ich fest auf diesem Punkte; entweder entschädige man Sachsen, oder ich setze den Krieg fort." Hofenfels und Törring traten den Forderungen des preußischen Königs zu Gunsten Sachsens entschieden entgegen. Karl Theodor schickte den bayerischen Geheimen Rat von Goldhagen nach Teschen, um in Verbindung mit Törring und Hofenfels dem Kongreß zu beweisen, daß die Forderung Sachsens übertrieben hoch sei. Der preußische und sächsische Bevollmächtigte gaben die bestimmte Erklärung ab, daß sie von den vier Millionen Thalern keinen Pfennig nachlassen werden [2].

Karl Theodor verlegte sein Hoflager von Mannheim wieder nach München, um dem Kongreß in Teschen näher zu sein. Er nahm den Weg durch Württemberg, wo ihm zu Ehren der Herzog alle Ortschaften, durch die der Kurfürst und sein Gefolge reisten, nachts durch ausgehängte Pechkränze und Laternen beleuchten und auf den Landstraßen Scheiterhaufen anzünden und in den Zwischenräumen Bauern mit brennenden Fackeln aufstellen ließ [3]. Nach monatelangen Verhandlungen willigte er endlich in 4 Millionen Thaler, wies aber unbedingt die Abtretung der Herrschaften Mindelheim und Wiesensteig ab. Nach Erledigung dieses Punktes trat Friedrich II. mit dem Antrage hervor, daß der Pfalzgraf von Zweibrücken nicht als bloß beitretender,

---

[1] Reimann, Der Bayerische Erbfolgekrieg 148—256.

[2] Schöning a. a. O. IV, 279—286.

[3] Brunner a. a. O. I, 204.

sondern als vertragschließender Teil von den Kongreßmitgliedern anerkannt werde. Österreich verweigerte es, gab jedoch zu, daß die bayerisch-pfälzischen Hausverträge von 1766, 1771 und 1774 von dem Kaiser, dem preußischen König und den vermittelnden Mächten gewährleistet wurden. Am 13. Mai 1779 wurde der Teschener Friedensvertrag von den Bevollmächtigten feierlich unterzeichnet. Österreich erhielt „das Hausruck- oder Innviertel" mit den Städten Braunau und Schärding und den Gerichtsbezirken von Friburg, Mattigkofen, Mauerkirchen, Rieb, Schärding und Wildshut, in einem Umfange von 38 Quadratmeilen mit 70000 Einwohnern. Den Pfalzgrafen von Zweibrücken-Birkenfeld wurde die Erbfolge in allen Ländern Karl Theodors von den Großmächten garantiert. Der Kaiser erkannte das Erbrecht des Königs von Preußen in den Markgrafschaften Ansbach und Baireuth an [1]. In Teschen wurde auch der Rechtsstreit, der sich seit mehreren Jahrhunderten zwischen der bayerischen und österreichisch-böhmischen Regierung über die Lehenshoheit in den von Kaiser Karl IV. (1373) an die bayerischen Herzoge verpfändeten Besitzungen in der Oberpfalz ergeben hatte, dadurch beigelegt, daß im dritten Artikel des Friedensvertrages bestimmt wurde, alle Länder und Gebiete, welche zur Zeit in den Händen des Kurfürsten Karl Theodor vereinigt sind, und somit auch die böhmischen Kronlehen in der Oberpfalz, sollten für das ganze Haus der Wittelsbacher eine einzige, unzertrennliche Fideikommißmasse bilden [2]. Österreich trug aus dem Bayerischen Erbfolgekrieg eine kleine Erwerbung davon, welche außer Verhältnis zu seiner ursprünglichen Forderung stand und dem großen Kriegsaufwande nicht entsprach. Die Bayern, welche zur Verteidigung ihres heiligen Rechtes zu einem Kampfe auf Leben und Tod entschlossen waren, mußten mit stummem Schmerze zusehen, wie die übermächtige Gewalt ein schönes Stück von ihrem Lande raubte. Sie warfen ihren vollen Haß auf ihren neuen Kurfürsten, der einen Verrat an ihrem Vaterlande begangen hatte. Karl Theodor ärgerte sich nur darüber, daß er an Sachsen eine so hohe Summe bezahlen mußte, welche seinen unehelichen Kindern entging. Den Pfalzgrafen Karl August und Max Joseph grollte er, weil sie den Vertrag vom 3. Januar nicht unterzeichnet und ihm den Eintausch der Niederlande vereitelt hatten. Gegen die Bayern war er verstimmt, weil sie treu an ihrem Vaterlande hingen, und er sich seines Verrates an demselben bewußt war. Dazu kam, daß er immer mehr Rheinpfälzer nach München zog, welche die Altbayern nicht ausstehen konnten. Bald fing er an, die italienischen Hofschranzen zu entfernen und ihre Stellen mit Rheinpfälzern zu besetzen; beide waren den Münchenern gleich verhaßt.

---

[1] Arneth a. a. O. X, 603—633.

[2] Abhandlungen der bayerischen Akademie der Wissenschaften, historische Klasse, Die Größe der Schicksale der Entschädigungen für die Abtretung der Mark Brandenburg an Kaiser Karl IV., Bd. X, 757.

Überall begegnete dem Kurfürsten Verachtung und Unwille, und der allgemeine Unmut steigerte sich, als er (1779) an allen Patrioten eine despotische Rache nahm[1].

Solange der Krieg dauerte, hielt Karl Theodor mit seiner Rachelust gegen die Patrioten zurück, weil er befürchtete, daß die Preußen von Böhmen aus in die Oberpfalz einmarschieren und ihn zur Nachsicht gegen die patriotische Partei zwingen würden. Auch auf seine Gemahlin Elisabeth, Schwester der Herzogin Maria Anna, nahm er Rücksicht, wiewohl ihr ganz Bayern gleichgiltig war; er besorgte, daß es zwischen den beiden Schwestern zu einem lebhaften Auftritte kommen werde, wenn er eine strenge Untersuchung gegen die Patrioten anordne. Allerdings hatten manche Patrioten, namentlich die Geheimen Räte von Obermayer und von Lori, dem Kurfürsten Anlaß zu einem Einschreiten gegen sie gegeben, weil sie absichtlich alle seine Befehle in der auswärtigen Politik durchkreuzt hatten. Zuerst befahl der Kurfürst dem Hofkriegsratspräsidenten, Generallieutenant Freiherrn von Belderbusch, daß er den Kassier und Sekretär der Herzogin-Witwe Maria Anna, Andrée, der um alle Geheimnisse seiner Herrin wußte und mit dem preußischen Spion Lieutenant Doropp den vertrautesten Umgang gepflogen hatte, verhafte. Doropp hatte in München mit Maria Anna über Errichtung eines bayerischen Freiwilligencorps eine Unterredung gehabt und Briefe von der patriotischen Partei an das Ministerium in Berlin und das Hauptquartier Friedrichs II. zur Beförderung übernommen. In Amberg wurde Doropp verhaftet und gefesselt nach Wien abgeführt, wo ihm seine Schriften abgenommen wurden. Ein Hauptmann von der Neuhauser Thorwache nahm im Auftrage des Hofkriegsratspräsidenten mit einer Abteilung Soldaten den herzoglichen Hofkassier auf seiner Rückkehr von der Kapuzinerkirche, wo er einer heiligen Messe angewohnt hatte, gefangen. Andrée wurde in einen Wagen gesetzt und unter einer Militärwache bis nach der Festung Rothenberg abgeführt. Maria Anna wurde über die Verhaftung ihres Sekretärs und Zahlmeisters höchst erzürnt, doch behielt sie so viel Geistesgegenwart, daß sie sogleich ihre und seine politischen Schriften sammelte und in einem nur ihr bekannten Kloster in München aufbewahrte. Karl Theodor wollte durch den Geheimen Ratskanzler Kreittmayr und den Geheimen Rat von Kunzmann die Papiere Andrées beschlagnahmen lassen; allein der bedächtige und behutsame Kanzler wagte es nicht, die Wohnung der Herzogin zu betreten, weil er ihr aufbrausendes, heftiges Wesen fürchtete. Kreittmayr bekannte öffentlich, daß er und Kunzmann nicht mehr lebendig den Palast der Herzogin verlassen würden, wenn sie den Auftrag des Kurfürsten vollzögen. Dem österreichischen Gesandten Freiherrn von Lehrbach, welchen Maria Anna für den Urheber der

[1] Rudhart, Erinnerung an Johann Georg von Lori 5—19.

Verhaftung ihres Zahlmeisters hielt, drohte sie, daß sie nicht ruhen werde, bis er lebendig oder tot von seinem Gesandtschaftsposten entfernt werde. Voll Entrüstung führte sie bei dem Obersthofmeister und Konferenzminister Grafen von Seinsheim und bei ihrem Schwager, dem Kurfürsten, Beschwerde über die Gefangennahme Andrées und forderte dessen sofortige Befreiung, weil er schuldlos sei und nur ihre Aufträge vollzogen habe. Karl Theodor ließ ihr wie zum Spott antworten, es sei ihm unbekannt gewesen, daß Andrée in ihren Diensten gestanden wäre; übrigens sei derselbe aus wichtigen Ursachen verhaftet worden[1]. Nach wenigen Tagen versetzte er auf Antrag des nichtswürdigen und bestechlichen Geheimen Rats von Kunzmann die Geheimen Räte von Obermayer und von Lori ohne jegliche Untersuchung in den Ruhestand; er verlieh ihnen eine kleine Pension, weil man gegen sie keine andere Klage als ihre Vaterlandsliebe vorbringen konnte. Den Freiherrn von Obermayer verbannte er nach Amberg und den Herrn von Lori nach Neuburg an der Donau[2].

Der französische Gesandte Odune und der kursächsische Gesandte Graf von Riancour in München nahmen sich angelegentlich, jedoch vergeblich der verbannten Patrioten an. Karl Theodor achtete nicht auf ihre Vorstellungen, sondern befahl seinen Kabinettsräten, in der geheimen Verfolgung „der Übelgesinnten", wie die Patrioten von ihren Gegnern genannt wurden, fortzufahren. Als der König von Preußen hiervon erfuhr, beschwerte er sich bei dem pfalz-bayerischen Gesandten Grafen Anton von Törring-Seefeld in Berlin, weil er die Patrioten in München für schuldlos hielt. Zugleich sprach er seinen Tadel aus, daß Doropp auf neutralem Boden wegen Spionage verhaftet worden sei. Die Herzogin Maria Anna setzte es bei dem Kurfürsten mit erheuchelter Unterwürfigkeit und demütigen Bitten durch, daß ihr unentbehrlicher „Kammerzahlmeister" nach viermonatlicher Haft entlassen wurde. Andrée durfte sich in München nicht mehr aufhalten, sondern mußte auf dem der Herzogin gehörigen Gute Rieden bei Murnau wohnen, sich unter Androhung eines lebenslänglichen Gefängnisses aller Politik enthalten und versprechen, sich niemals an den Urhebern seiner Verhaftung zu rächen. Maria Anna und Andrée hätten noch härtere Bedingungen angenommen, denn sie hatte ungeachtet ihres hohen Alters mit ihm eine geheime Ehe eingegangen, welche aber mehr ein freundschaftliches als eheliches Verhältnis blieb und die dienstliche Stellung Andrées zur Herzogin nicht änderte[3]. Erst nach ihrem Tode (25. April 1790) erhielt Andrée von Karl Theodor auf Verwendung des

---

[1] Brunner a. a. O. I, 205, 212–214, 218—229.

[2] Rudhart a. a. O. 12—85.

[3] Clerambault, Mes mélanges, I, 220. Münchener Hof- und Staatsbibliothek, Autographensammlung, Brief der Herzogin Maria Anna vom 10. November 1788. Codex Bavar. 828.

Hofkammerrates Utzschneider die Erlaubnis, nach München zurückzukehren. Den Geheimen Räten von Lori und von Obermayer wurde die Rückkehr nach der Hauptstadt nicht mehr gestattet; beide starben in der Verbannung. Lori ertrug sein Mißgeschick in Neuburg mit Starkmut und widmete sich bis zum Ende seines Lebens (1783) den Wissenschaften. Die Münchener wurden durch die Verbannung der zwei Beamten infolge einer Kabinettsjustiz erbittert, denn sie waren als patriotische Ehrenmänner allgemein beliebt. Die an der Spitze der patriotischen Partei gestandenen Männer suchten die Abneigung des Volkes gegen den Kurfürsten zu nähren und seine Furchtsamkeit auszubeuten. Von der Polizeimannschaft wurde ein Betteljunge aufgegriffen, welcher in der Nähe der Residenz Holzvorräte anzünden wollte; er zeigte ein Goldstück vor, das er von einem vornehmen Herrn zum Lohne für das Anzünden erhalten hatte. Im „alten Opernhaus“ auf dem Salvatorplatz und in dem „Hofgang“, einer gedeckten Galerie von hölzernen Balken und Brettern, die an der alten Stadtmauer von der Residenz nach der Theatinerkirche und dem „alten Opernhaus“ für die kurfürstliche Familie errichtet worden war, wurde feuergefährliches Material gefunden. Im Mai 1779 wurden nachts an der Residenz zwei Schüsse abgefeuert, um den Kurfürsten zu erschrecken. In allen Wein-, Bier- und Kaffeeschenken wurde über den Kaiser und den Kurfürsten geschimpft. Karl Theodor wurde von allem in Kenntnis gesetzt; voll Zorn verließ er abermals mit dem ganzen Hofstaate München und siedelte wieder nach Mannheim über. Als in die aufgeregten Gemüter der Münchener die ruhige Überlegung zurückkehrte, erkannten sie die schlimmen Folgen, die ihrem Handwerke, Handel und Verkehre drohten, wenn ihre Stadt zu einer Provinzialstadt herabsinken würde. Voll Reue über ihr Verhalten schickten sie Deputierte nach Mannheim mit einem schriftlichen Bittgesuch an den Kurfürsten, daß er wieder in München residieren möchte. Die Mannheimer suchten ihren „Pfalzgrafen“ zu überreden, bei ihnen zu bleiben, weil ihre Stadt nach ihrer Meinung die schönste von ganz Deutschland wäre; Bayern möchte er durch einen Statthalter regieren lassen. Die Hinweisung der Münchener Abgeordneten auf den Hausvertrag von 1771 vermochte Karl Theodor zur Rückkehr nach der Hauptstadt Bayerns; mit ihm zogen seine Maitressen, seine unehelichen Kinder und zahllose Hofschranzen nebst rheinpfälzischen Beamten, die eine schlechte Verwaltung, Käuflichkeit der Ämter und eine verhaßte Bureaukratie nach Bayern brachten[1].

---

[1] Lipowsky, Karl Theodor, Kurfürst von Pfalz-Bayern 37 ff. Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz, II, 958—960.

Siebentes Kapitel.

Die Regierung in Bayern unter Karl Theodor.

Karl Theodor blieb wie in der Rheinpfalz so auch in Bayern allen ernsten Staatsgeschäften ferne, und überließ die Regierung seinen Günstlingen und Höflingen. Zum eigentlichen Herrscher machte sich der Geheime Rat von Lippert, ein ehrgeiziger, sittenloser und habgieriger Beamte; man pflegte ihn zum Spott nur „den Edlen von" zu nennen. Lippert verband sich mit dem rührigen und schlauen Exjesuiten und Geistlichen Rat Ignatius Frank, welcher als Beichtvater auf den Kurfürsten einen mächtigen Einfluß ausübte; beide Männer schlossen sich den Maitressen des Kurfürsten und seinen Bastarden an, und unterdrückten mit ihrer Unterstützung jedes freisinnige Streben. Das Kabinett Karl Theodors machten sie zu einem förmlichen Inquisitionsgerichte und wirkten auf ihren Herrn ein, daß er patriotische Gelehrte und ehrenvolle Beamte verbannte. Trotz der ungeheuren Staatsschulden lebte man am Münchener Hofe in schwelgerischen Genüssen und verschwenderischer Pracht, wie zu jener Zeit an anderen deutschen Fürstenhöfen; nur König Friedrich II. machte eine Ausnahme, welcher auch im Kleinsten das Überflüssige sparte, um Geld für das Allgemeine und Notwendige zu haben. Der glänzende Hofstaat Karl Theodors bestand aus fast 2000 Personen, darunter aus 431 Hofkavalieren und beschäftigungslosen Kammerherren, 50 Hofgeistlichen, 2 Hofpoeten, 3 Hofzwergen, 20 Hofmalern, 150 Hofmusikern, 300 Kammerdienern, Hoflakaien und Truchsessen, 178 Stallbediensteten &c., für deren Unterhalt jährlich 1100000 Gulden verausgabt wurden[1]. Die Münchener Hofmusikkapelle war die erste in Europa, und das von Max III. erbaute Opernhaus wurde zur Aufführung deutscher Schau- und Singspiele eingerichtet und die vorzüglichsten Gesangskräfte von Mannheim nach München berufen. Die italienische Oper wurde aufgehoben, und an ihre Stelle traten die Werke

[1] Churpfälzisch-bayerischer Hofkalender vom Jahre 1783.

von Gluck und Mozart[1]. In religiöser Hinsicht bewies sich Karl Theodor auch in Bayern als einen eifrigen Katholiken; er nahm an allen öffentlichen Prozessionen teil und war von einem ängstlichen Aberglauben befallen; dennoch gab er sich sinnlichen Ausschweifungen hin und setzte ungescheut auch in München seine ehebrecherische Maitressenwirtschaft fort. Zugleich war er dem Genusse vieler und guter Speisen und Getränke ergeben, wodurch er seine Nerven und seinen Magen schwächte und (1782) nicht unbedenklich erkrankte. Sein Leibarzt Dr. Harrer, der sich fast jeden Tag mit Wein berauschte, ließ ihm zur Ader, allein dadurch wurde die Krankheit des Kurfürsten nicht gehoben, und der Leibarzt hielt über den Zustand des Landesherrn mit anderen Ärzten Beratung, wobei sie sich gegenseitig mit „Dummköpfen" betitelten. Zuletzt erklärte Dr. Harrer dem Kurfürsten, daß seine Krankheit vom Verdrusse herrühre, und dagegen habe er kein Mittel; nur eine Reise in das Bad zu Pisa in Italien wäre zu empfehlen. Karl Theodor befolgte sogleich den ärztlichen Rat, weil ihm das Leben in München und Mannheim wegen der Regierungsgeschäfte lästig fiel. Unter dem Namen eines Grafen von Veldenz begab er sich (Anfang Mai 1783) mit einem Gefolge von 7 Personen nach Italien, wo er mit der kaiserlichen Familie und dem Papste Pius VI. zusammentraf. Nach dreimonatlichem Aufenthalte in Pisa kehrte er nach Bayern zurück. Die Münchener Bürgerschaft beschloß, ihn nach altem Herkommen an der Landesgrenze durch Deputierte mit einer Begrüßungsrede zu empfangen. Da man nicht wußte, durch welche Länder er heimkehren werde, so schickten die Landschaftsverordneten und der Magistrat eine Deputation nach Tirol und eine andere in die Schweiz[2].

Nach der Rückkehr von Pisa setzte Karl Theodor seine frühere Lebensweise fort, und Männer aus den Beamtenkreisen und den höheren Ständen führten ihm ihre schönen Frauen und Töchter zur Wollust zu, um seine Gunst zu gewinnen. Nicht selten wurden die Beamtenstellen beim Spieltische vergeben, indem viele Personen ihre angestrebte Ernennung oder Beförderung nur dadurch durchsetzen konnten, daß sie oder ihre Gönner an die Hofmaitressen eine gewisse Geldsumme verloren. Unter diesen Buhldirnen erlangte eine Freiin von Schenk eine unglaubliche Herrschaft über den Kurfürsten, von dem sie viele kostbare Geschenke und kleine Lehengüter erhielt, seitdem sie ihm einen Sohn geboren hatte, der nach wenigen Jahren starb. Auf ihren Betrieb wurde der treffliche Minister Graf von Hompesch, welcher mit Befähigung und Eifer die zerrütteten Finanzen zu bessern suchte, gestürzt und an seine Stelle der ruchlose Landrichter von Betschard gesetzt. Es wieder-

---

[1] Rudhart, Geschichte der Oper am Hofe zu München 105 ff.

[2] Brunner, Der Humor in der Diplomatie und Regierungskunde des 18. Jahrhunderts, I, 245—252, 259, 280.

holte sich jenes schändliche Intriguenspiel, welches zum Abscheu aller ehrlich denkenden Deutschen unter dem Kurfürsten-König August dem Starken von Sachsen-Polen seine Maitresse, die Gräfin d'Esterle, in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts durchgeführt hatte[1]. Betschard wurde durch Vermittlung seines Vaters, des Regierungspräsidenten Freiherrn von Betschard, eines geborenen Schweizers, zum Landrichter und Lehenpropst in Sulzbach ernannt, mit der Verpflichtung, daß er bei dem bisherigen Amtsverweser Freiherrn von Boslar juridische Praxis nehme. Dieser überließ seine schöne Gattin dem jungen Landrichter mit allen Rechten eines Ehemannes, um ihn von den Amtsgeschäften fern zu halten und sich durch Erpressungen der Unterthanen und Entwendung der Waisen- und Stiftungsgelder bereichern zu können. Als nach dem Tode Boslars die Unterthanen und Gemeinden im Sulzbacher Pfleggericht heftige Klagen erhoben, wurde der Landrichter von Betschard verhaftet und nach dem damals strengen Strafgesetze zum Tode verurteilt. Die Freiin von Schenk bewog den Kurfürsten, daß er Betschard straflos freigab, zum Regierungsrat in Neuburg beförderte und ihm bald darauf (1790) das Finanzministerium übertrug, jedoch mit der Verpflichtung, daß er die Schenk heirate, aber niemals mit ihr einen ehelichen Umgang pflege; denn sie müsse auch nach der Heirat die kurfürstliche Maitresse bleiben. Betschard ging auf alle Bedingungen ein, und statt auf das Blutgerüst zu steigen, übernahm er das Amt eines Ministers und saß in den Geheimen-Rats-Sitzungen an der Seite des Kurfürsten; doch der Frau von Schenk-Betschard graute vor ihrem Gatten, und sie forderte von Karl Theodor, daß der eben erst ernannte Finanzminister hingerichtet werde. Hierzu ließ er sich nicht bewegen, sondern verwandelte das Todesurteil in eine lebenslängliche Gefängnisstrafe auf einer Festung, wo Betschard später durch die Gnade einer neuen Regierung befreit wurde[2].

Während Lippert und Frank an der Spitze der Staatsgeschäfte nach der Laune und Gunst der Hofmaitressen oder nach Gutdünken und Willkür schalteten, war Karl Theodor nur auf Versorgung seiner Maitressen und unehelichen Kinder bedacht. Die Frau von Schenk-Betschard verheiratete er während der Gefangenschaft ihres Gatten an den Grafen Ludwig von Chamisso, mit dem sie in Prag lebte. Eine Schwester des Fürsten von Bretzenheim wollte sich mit einem Grafen vermählen, Karl Theodor gab es jedoch nicht zu, weil der Bräutigam kein Vermögen besaß; sie nahm im Kloster zu Lindau den Schleier, wo sie zur Äbtissin gewählt wurde und sich durch ein leichtfertiges Benehmen hervorthat. Eine andere natürliche Tochter Karl Theodors ging mit einem Grafen von Leiningen-Gunterblum eine Ehe ein,

[1] Biedermann, Deutschlands politische, materielle und soziale Zustände im 18. Jahrhundert, II, 124.

[2] Häusser a. a. O. II, 960—965.



und eine dritte wurde die Gattin eines Grafen von Holnstein[1]. Die nötigen Heiratsgelder suchte er dadurch zu erlangen, daß er während seiner Regierung 152 Geheime Räte und 500 Kammerherren ernannte, 85 Personen den Excellenztitel verlieh, 60 Oberste zu Generalen beförderte und über 1000 Ratsdiplome gegen hohe Taxen unterzeichnete. Mit dem dadurch gewonnenen Gelde kaufte er seinen Kindern überall Besitzungen an und forderte von den Ständen seiner Erbländer zu wiederholten Malen Geld. Die altbayerischen Stände versprachen ihm die verlangten Summen, wenn er das Hoflager nicht mehr nach Mannheim verlege; die Stände in Jülich-Berg aber verweigerten ihm rundweg jeden Beitrag zu einer Mitgift[2]. Bessere Erfolge erzielte Karl Theodor in Rom; der Papst erteilte ihm auf sein Ansuchen das Privileg, daß er von den Einkünften der Kirchengüter in Pfalz-Bayern den Zehnten erhebe; einen großen Teil dieser Steuer verwendete er für seine unehelichen Kinder. Das Vermögen des aufgehobenen Jesuitenordens, welches in einem Werte von mehr als 8 Millionen Gulden von Max III. dem Unterrichtswesen zugewiesen worden war, entzog er demselben und gründete einen eigenen Zweig („Zunge") des Johanniter- oder Malteserordens in Bayern; er verlieh denselben seinem unehelichen Sohne, dem Fürsten von Bretzenheim, der eine Tochter des Fürsten von Öttingen-Spielberg heiratete. Durch die Entfremdung der Jesuitengüter kamen die meisten Schulen in Verfall, und der Unterricht an den höheren Lehranstalten wurde von den Prälaten der Benediktiner, Dominikaner und Augustiner-Chorherren besorgt, indem sie die Lehrstellen an den Gymnasien und Lyceen mit den tüchtigsten Mitgliedern ihres Ordens unentgeltlich mit freudiger Zustimmung des Kurfürsten besetzten und in ihre Klöster arme und vermögliche Knaben zur Ausbildung aufnahmen. Auch den niedern Volksunterricht übernahmen die Geistlichen ohne Besoldung, und nur die Lokalschulkommissäre, denen ein gewisser Distrikt angewiesen war und die meist dem Adel angehörten, bezogen einen Gehalt, lebten aber größtenteils von ihrem Amtssitze entfernt und kamen selten ihrer Pflicht nach. Die Zahl der Volksschulen war so gering, daß in vielen Pfleggerichten nur eine einzige Schule bestand und dem Lehrer derselben der Unterricht in 20 und oft mehr Dörfern übertragen war. In mehreren Pfleggerichten, die über 20000 Seelen umfaßten, gab es kaum 10 Schullehrer, und die von 4700 Seelen bewohnten Vorstädte Au und Giesing hatten nur 2 Lehrer. Nach vieler Bemühung erwirkte es der Professor Xaver Kefer am Kadettencorps, daß in München (1793) Feiertagsschulen eingeführt wurden. Die Folge des tief gesunkenen Unterrichtswesens war, daß ein Jahrzehnt nach dem Tode des Kurfürsten Max III. kaum der dritte Teil der Landbewohner lesen und schreiben konnte. Auch der Bürgerstand war mangelhaft unter-

[1] Brunner a. a. O. I, 352. [2] Brunner a. a. O. I, 315—323.

richtet und es fehlten ihm die einfachsten Kenntnisse; nur in den größeren Städten fand der Schulunterricht eine regsame Pflege, und alle Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst gingen vom Bürgerstande aus, obgleich er unter einem schweren Steuerdrucke lebte, durch den Zunftzwang in der freien Entfaltung des industriellen Talentes gehemmt und die Ansässigmachung erschwert war [1].

Wie in den meisten deutschen Staaten konfessionelle Duldsamkeit verwerflich erschien, so war auch in Bayern noch unter Karl Theodor den Protestanten die Niederlassung und der Ankauf von Liegenschaften nicht gestattet, wenn sie sich auch in dem Handwerk oder der Landwirtschaft durch vorzügliche Leistungen hervorthaten. Ebensowenig konnte in Sachsen ein Katholik Grundbesitz erwerben und das Meisterrecht erlangen, wiewohl der Hof in Dresden katholisch war. Das Handwerk litt in Bayern noch immer an den Folgen der früheren langjährigen Kriege. Die Tuchmacherei, Tapetenmanufakturen, Silber- und Goldschmiedekunst konnten sich nicht mehr zu ihrem alten Ruhme erheben, und nur die Bierbrauereien und in der Oberpfalz die Leder-, Tuch- und Zeugmacherei, die Eisen- und Glasfabrikation wurden mit großem Gewinne betrieben. In München waren im Jahre 1782 nur mehr 5 Tuchmachermeister mit 9 Gesellen und in ganz Bayern 100 Meister und 83 Gehilfen in dem Tuchmachergewerbe beschäftigt. Feinere Tücher wurden um hohe Preise aus Frankreich und Holland eingeführt [2]. In einzelnen Männern regte sich der Trieb nach gewerblichen Erfindungen. Oberbergrat und Professor Joseph von Baader erfand (1788) das „Tonnen- oder Cylindergebläse", wodurch das „nasse" oder „Glocken-Gebläse" d. i. die Vorrichtung zur Erzeugung des bei hüttenmännischen Feueroperationen erforderlichen Gebläsewindes wesentlich gebessert wurde. Der Regierungsrat von Pösl in Landshut erfand (1787) eine Baumwollspinn- und Kartätschenmaschine, für die er ein kurfürstliches Privileg erhielt. Die Erfindungspatente, welche in England schon seit 1623 eingeführt worden waren, wurden in Bayern und Frankreich erst 1791 gesetzlich geregelt [3]. Das Herzogtum Jülich-Berg war der Sitz eines sehr regsamen Gewerbfleißes, dessen jährliche Produktion einen Gesamtwert von 15 Millionen Gulden hatte. Die Jülicher Seidenfabrikate waren auch im Auslande gesucht. In der Rheinpfalz waren die Tücher- und Tapeten, die Stahl- und Farbwaren, die Seidenstoffe und Seidenbänder berühmt. Wie in Sachsen, Preußen und Österreich

[1] Bavaria, Zur Geschichte der Volksbildung und des Unterrichtes in Ober- und Niederbayern. von Prantl, I, 557—563. Lipowsky, Geschichte der Schulen in Bayern 301 ff.

[2] Falke, Geschichte des deutschen Handels, III, 2, S. 282.

[3] Karmarsch, Geschichte der Technologie seit Mitte des 18. Jahrh. 243, 247. Staudenraus, Chronik von Landshut in Bayern, II, 217.

suchte auch in Bayern die Regierung durch das Schutzzollsystem einen künstlichen Aufschwung des Handwerkes zu erreichen; allein es gelang ihr nur in wenigen Städten, weil die natürlichen Verhältnisse mehr auf den Ackerbau hinwiesen. München nahm durch die Prachtliebe und Verschwendung des kurfürstlichen Hofes zu, während die anderen Städte sanken. Es hatte 1785 gegen 38 000 Einwohner und war noch mit einer innern und äußern Stadtmauer, freiliegenden Festungswerken oder Bastionen und seit Beginn des 17. Jahrhunderts mit einem tiefen Wassergraben umgeben. Die Befestigungswerke verloren allmählich den Zweck militärischer Verteidigung, und die „Zwinger", welche zwischen den beiden Stadtmauern der Mannschaft bei Ausfällen zur gedeckten Stellung dienten, wurden in Gemüse- und Blumengärten verwandelt. Auf den Bastionen erhoben sich Landhäuser kurfürstlicher Hofbeamten, und an den Stadtmauern durften sich ärmere Leute Häuschen und Holzhütten bauen. Karl Theodor ließ (1779) über den nördlichen Arkaden des Hofgartens eine Bildergalerie erbauen und die von dem Bildhauer Roman Boos ausgeführte Herkulesgruppe aufstellen. Aus dem Schlosse in Schleißheim und der Bildergalerie in Mannheim wurden die schöneren Gemälde nach München gebracht, um den Malern Stoff und Muster zur Ausbildung zu geben. Im Jesuitengebäude wurde ein geräumiger Bibliotheksaal hergestellt und jedermann der Zutritt zur Bibliothek gestattet. Beim Militärlazaret stiftete Karl Theodor (1780) eine theoretisch-praktische Schule für Chirurgie und nach dem Plane des Medizinalrates Winter eine Schule für Geburtshilfe und vereinigte sie mit der Gebäranstalt, welche schon seit 1580 unter Herzog Wilhelm V. bestand und durch eine bedeutende Dotation der zweiten Gemahlin des Kurfürsten Maximilian I. erweitert worden war. Zu gleicher Zeit wurde (1780) der erste Blitzableiter in München auf dem Kapuzinerkloster errichtet. Die Umgebung von München war eine große Fläche von Wiesen, Feldern und Waldungen, im Innern aber machte die Stadt einen angenehmen Eindruck. Die Reisenden lobten die Reinlichkeit und zweckmäßige Beleuchtung der Straßen, die vielen öffentlichen Brunnen und Isarkanäle und rechneten München zu den schönsten Städten in Deutschland. Die Residenz, die stattlichen Paläste des höhern Adels, die schmucken Häuser der Patrizier, die prächtigen Klöster und Kirchen boten einen angenehmen Anblick[1].

Die meisten Einwohner Münchens, besonders der zahlreiche Adel, überließen sich der Genußsucht, zu deren Befriedigung durch viele vortreffliche Bierbrauereien, Gastwirtschaften, Wein- und Kaffeeschenken in allen Straßen und Plätzen hinreichend gesorgt war. Die Bräu-, Wirts- und Kaffeehäuser waren jeden Abend mit eifrigen Spielern und fröhlichen Gästen gefüllt, und

[1] Nagler, Topographische Geschichte von München 95—97.



in jedem ertönte ein Hackbrett oder Harfe mit Gesang. Auch bei Hof frönte man dem Kartenspiel, vorzüglich dem „Zwicken", das man auch „Hompeschen" nannte, seitdem der frühere Finanzminister von Hompesch die Besoldungen des Hofstaates „gezwickt" hatte. Die Hofdamen beschäftigten sich nur mit Buhlschaften, Theater, Papageien, Hunden und Katzen. An Sonn- und Feiertagen wanderten die Bürger mit ihren hübschen Frauen und Töchtern zu allen Thoren hinaus, um auf den Kellern des Gasteig, in Neuberghausen und auf „den Lüften" den Abendtrunk zu nehmen. Nicht bloß die Bürger, sondern auch ihre Söhne, Gesellen und Lehrlinge, die Mägde und Knechte, die Holzhacker und Milchfrauen lebten heiter und guter Dinge, weil die Lebensmittel sehr billig waren und jedem ein behagliches und bequemes Genußleben gestatteten. Die reicheren Bürger übten großmütige Gastfreundschaft und spendeten viel Almosen. In ihren Äußerungen waren die Münchener sehr freimütig und bewiesen einen trefflichen, derben Witz und eine beißende Satire. Je zurückgezogener Kurfürst Karl Theodor in seiner Residenz lebte, desto aufmerksamer wurde er von den ihm stets abgeneigten Münchenern beobachtet, seine Beschäftigung, Genüsse und Lüste belauert, überall erzählt und strenge beurteilt [1]. Wie die Hauptstädter zeigten sich auch die altbayerischen Bauern grob und derb, aber auch treuherzig, entschlossen und verwegen; die Anhänglichkeit an ihr Vaterland wurde sprüchwörtlich. Die reicheren Bauern waren stolz auf ihren Besitz und ihren Wohlstand und sprachen mit Verachtung von den Landwirten in der Rheinpfalz und Norddeutschland, welche sich in vielen Gegenden kümmerlich ernähren mußten [2]. Die Getreideausfuhr in die Schweiz, nach den Rheinlanden und Franken war so bedeutend, daß trotz der großen Geldsummen, welche für fremde Industrieerzeugnisse ins Ausland flossen, dennoch über 1 Million Gulden vom Ausland jährlich in Bayern verblieb. Das Dreifeldersystem wurde beibehalten; die verbesserte Koppelwirtschaft führte man nur in Holstein und Mecklenburg nach dem Beispiele der Engländer und Holländer ein. In der Rheinpfalz wurde der Tabakbau mit einträglichem Gewinn erweitert; die Preise des Zentners stiegen von 5 Gulden bis auf 20.

Die Belehrungen und Anweisungen, welche von der landwirtschaftlichen Akademie in Burghausen über eine rationelle Bodenkultur ausgingen und sich auf Erfahrungsgrundsätze und wissenschaftliche Untersuchungen stützten, wurden nur auf einigen gutsherrlichen und klösterlichen Besitzungen angewendet; die Regierung wollte und konnte in die landwirtschaftlichen Verhältnisse nicht eingreifen. Der „aufgeklärte" Absolutismus des 18. Jahrhunderts, der durch die Regierungen Friedrichs II. und Josephs II. repräsentiert wurde,

[1] Zschokke, Bayerische Geschichten, IV, 433.

[2] Westenrieder, Beschreibung der Stadt München 1782. Briefe eines Franzosen über Bayern 1783.

stellte sich zur höchsten Aufgabe, aus den Unterthanen möglichst wohlhabende und „aufgeklärte" Werkzeuge des Staatsoberhauptes zu machen. Man suchte daher zuvörderst den Bauernstand, aus dem die meisten Steuern und Rekruten bezogen werden sollten, gegen Belastung der weltlichen und geistlichen Gutsherren zu schützen; diese aber setzten einen zähen und eng verbundenen Widerstand entgegen, und namentlich benützte der Adel seine Verbindung mit dem Hof und dem Beamtentum, um die landwirtschaftlichen Reformen zu vereiteln[1]. Die Thätigkeit der kurfürstlichen Regierung beschränkte sich auf den Anbau öder Grundstücke, Förderung der Pferdezucht im Rott- und Vilsthal, Anpflanzung von Maulbeerbäumen und die Forstkultur. Dabei beging sie den großen Fehler, daß sie die Befolgung ihrer landwirtschaftlichen Verordnungen durch Strafandrohung erzwingen wollte; so verbot sie die Gänsetrift auf Viehweiden, „weil die ausfallenden Federn dem Vieh schaden könnten, wenn sie von diesem verzehrt werden würden". Ebenso wurde für die Dienstboten der Lohn bestimmt, und der Arbeitgeber, welcher mehr bezahlte, in gleicher Weise bestraft, wie der Dienstbote, welcher mehr nahm. Nach Anleitung des Medizinalrates und Universitätsprofessors Dr. Will wurde in München eine Tierarzneischule gegründet und 1790 eröffnet. Auch eine Forstlehranstalt trat im nämlichen Jahre in München ins Leben; an derselben hatte jeder Forstkandidat einen dreijährigen Unterricht mit Erfolg zu hören, um in den Staatsdienst aufgenommen zu werden. Später (1803) wurde die Forstschule von München nach Weihenstephan mit mehreren Abänderungen verlegt und mit der dortigen Landwirtschaftsschule vereinigt[2]. Dennoch blieb Bayern wie in der Industrie so in der Viehzucht zurück, weil die Handelslage für dasselbe sehr ungünstig war. Die Handelsstraßen waren ihm durch viele reichsunmittelbare Gebiete und das Schutzzollsystem verschlossen, welches die Kaiserin Maria Theresia nach dem Beispiele Friedrichs II. zur Hebung der österreichischen Gewerbe eingeführt hatte. Kaiser Joseph II. dehnte durch neue Zollverordnungen (1784—1788) die Einfuhrverbote auf alle im Inlande erzeugten Waren und auf jene ausländischen Luxusartikel aus, welche ihm entbehrlich schienen. Infolge dieser Maßregeln nahm in Bayern der Transithandel nach der Türkei ab, und die süd- und mitteldeutschen Waren wurden über Marseille und Venedig nach Konstantinopel geführt[3].

Die Verkehrsmittel im Innern Deutschlands waren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts noch sehr unvollkommen und die Benützung der Trans-

---

[1] Roscher, System der Volkswirtschaft, Nationalökonomik des Ackerbaues, II, 334—337.

[2] Fraas, Geschichte der Landbau- und Forstwissenschaft, 122, 553.

[3] Kopetz, Österreichische Gewerbsgesetzkunde, II, 19—217. Beer, Allgemeine Geschichte des Welthandels, II, 447.

portwege durch hohe Zoll- und Mautgebühren erschwert. Auf dem Rheine von Straßburg bis Holland bestanden 30 Zollstätten, die jährlich über eine Million Gulden abwarfen. Auf der Donau waren die Zölle geringer; man zahlte von Regensburg bis Passau für den Zentner ohne Unterschied der Ware 24 Kreuzer (69 Reichspfennige) bayerischen Zoll, in Passau 30 Kreuzer fürstbischöflichen und ebensoviel von dieser Stadt bis Wien österreichischen Zoll, somit im ganzen auf einer Strecke von 120 Stunden 1 Gulden 24 Kreuzer für den Zentner. Die alten Stapelrechte, wodurch im Mittelalter die Städte und Länder den Handel gewaltsam an sich gezogen hatten, waren noch auf den Flüssen größtenteils in Kraft, obgleich sie auf dem Lande überall längst aufgehoben waren. Ein Regensburger Schiffer konnte jede beliebige Ware nach Wien gegen hohen Einfuhrzoll liefern, aber von Wien zurück war ihm nur die Verladung österreichischer Weine gestattet. Der Wiener Schiffer durfte nur bis Regensburg, und der Regensburger stromaufwärts nur bis Ulm fahren; stromabwärts aber mußten beide leer zurückkehren. Die Frachtschiffe auf der Donau waren noch von sehr unvollkommener Bauart, und die Schiffahrt durch Stromschnellen und spitzige Felsen mitten im Flußbett erschwert. Nicht viel besser stand es mit den Verkehrsmitteln zu Lande, und nur das Postwesen hatte in Süddeutschland Fortschritte gemacht. Die Postwagen waren fast durchgängig gedeckt, während im nördlichen Deutschland meist noch offene Karren mit ungepolsterten Sitzen ohne Lehne im Gebrauch waren. Nach dem Muster der französischen Posten fuhr man in Bayern und den süddeutschen Ländern schneller als im Norden des Reiches, wozu besonders die besseren Wege beitrugen. Seit Ausdehnung der Reichspost in Bayern stiegen die Einkünfte des Fürsten von Taxis auf eine ungeheure Höhe, und Karl Theodor nahm den Plan wieder auf, eine Landespost zu errichten, und forderte hierüber von den Hofkammerräten ein Gutachten. Diese erkannten, daß der Kurfürst zur Einführung eigener Posten berechtigt sei, hielten es aber für bedenklich, in der damaligen Zeit davon Gebrauch zu machen, weil durch die Taxisschen Einrichtungen den Bedürfnissen des bayerischen Handels und Verkehrs vollkommen Genüge geschehe. Karl Theodor ging (1784) mit dem Fürsten Alexander Ferdinand einen Vertrag ein, in welchem der kurfürstlichen Regierung Portofreiheit zugestanden, die Postbeamtenstellen im ganzen Kurfürstentume nur mit Eingeborenen besetzt, und nur mit Zustimmung der bayerischen Regierung die Posttarife und Postkurse geändert werden. Zur Hebung des Verkehrs ließ Karl Theodor von München nach Dachau und Eurasburg und nach dem stark besuchten Badeort Abbach bei Regensburg neue und gute Straßen anlegen[1].

[1] Deutsche Vierteljahrsschrift, Geschichte des Postwesens von Viebahn, Jahrg. 1858, Hft. 3. Scheibler, Das Postwesen in Bayern 75 f.



Trotz dieser Verbesserungen war das Reisen noch sehr unbequem und teuer, und zu einer weiten Reise war ein großer Entschluß und eine belangreiche Geldsumme erforderlich, denn die Kosten für die Postfahrt betrugen in Deutschland für die Meile einen Dukaten. Ebenso war der Briefverkehr erschwert; ein Brief von München nach Augsburg gelangte erst nach zwei Tagen an die Adresse, und oft blieb wegen ungeregelten Postdienstes ein Brief auf einer kurzen Strecke ebenso lange unterwegs, als auf einer ungleich größern, oder er wurde auf Umwegen und mit Zeitverlust spediert. Wie die Briefe gelangten auch die Tagesneuigkeiten, welche die gewöhnlichen täglichen Zeitungsblätter brachten, nur langsam und unregelmäßig von Land zu Land und von Ort zu Ort. Das Briefgeheimnis wurde wenig beachtet, und das Auffangen und Öffnen der Briefe geschah in den meisten Staaten; es waren jedoch weniger politische Korrespondenzen zwischen Privatpersonen, als vielmehr diplomatische Geheimnisse der Regierungen und ihrer Agenten, derer man habhaft zu werden suchte, und auch zur Entdeckung und Verfolgung verbotener Vereine wurde das Briefgeheimnis verletzt[1]. Die Erschwernisse des Verkehrs wurden durch die Verschiedenheit der Münzen, Maße und Gewichte vergrößert. In Deutschland gab es damals einen zwölffachen Münzfuß; während in Österreich und Sachsen der Zwanzig-Guldenfuß und in Preußen das Courant zu 14 Thalern auf eine Mark Silber galt, war in Bayern, Schwaben, Franken und der Rheinpfalz der Vierundzwanzig-Guldenfuß eingeführt. Die Mannigfaltigkeit der kleineren und namentlich der Scheidemünzen war außerordentlich groß, und die Sicherheit des Verkehrs durch die Vielheit der Münzstätten und durch einen häufigen Mißbrauch gefährdet, der mit dem Hoheitsrechte des Geldprägens getrieben wurde. Die schwierigen Geldverhältnisse erleichterten den im Finanzwesen bewanderten Juden den Aufenthalt in Bayern. Bei Einführung einer Wechselordnung (1785) wurde auch ihre Lage von den Ministern in Beratung gezogen, und gemäß den von der „Oberlandesregierung“ und dem Münchener Stadtoberrichter ausgearbeiteten Verordnungen (1785—1791) durften die Juden in Bayern nach ihren Religionsgebräuchen begraben werden und ihr Laubhüttenfest gegen Bezahlung von 500 Gulden an die Armenkasse feiern. Den jüdischen Frauen wurde die Geburt im Inlande und den gelehrten Israeliten die Durchreise ohne Leibzoll gestattet. Jede Beleidigung eines Juden wurde unter Strafe verboten und ihnen obrigkeitliche Handelspatente ausgefertigt[2].

Wiewohl der Wert des Geldes in dieser Zeit noch groß war, so wurden doch die Steuern teils wegen des großen Hofstaates und zahlreicher Beamten, teils wegen der Verzinsung einer Staatsschuld zu fast 30 Millionen Gulden

[1] Biedermann a. a. O. I, 320—329.

[2] Aretin, Geschichte der Juden in Bayern 87—91.

so drückend erhöht, daß ungefähr 5 Gulden Steuer auf den Kopf der Bevölkerung trafen. Am schwersten war der Bauernstand belastet, denn die Gerichtstaxen beliefen sich bei Übernahme eines Gutes auf 30 Gulden vom Hundert des Wertes ohne die Inventur- und Kommissionskosten. Jeder Hof oder „Hufe" war gleich hoch besteuert, ohne Rücksicht auf Umfang und Ertragsfähigkeit, so daß nicht selten ein kleineres Grundstück mehr Steuern zahlte als das größere. Bei niederen Getreidepreisen war der Landmann außer der Grund- und Herrengiltsteuer noch mit grundherrlichen Zinsen und Abgaben, Naturalzehnten, vielen Fronen und Servituten überbürdet. Am härtesten wurde die Ungleichheit in Verteilung der Staatslasten empfunden. Die privilegierten Stände waren von vielen Steuern befreit, und besonders hatte es der Adel verstanden, die Steuerlast von sich auf andere zu wälzen; er meinte, der Steuerpflicht zu genügen, wenn er für seine Hintersassen (Hörigen, Grundholden) eine geringe Landsteuer bewilligte. Das Ständewesen war in der Form, in der es sich vom Mittelalter auf die neuere Zeit vererbt hatte, bedeutungslos und hatte sich vollständig überlebt. Es wurzelte nicht im Bewußtsein des Volkes, weil es nicht das ganze Volk, sondern nur den Adel, die Prälaten und die Bürgerschaft vertrat. Die Staatsregierung griff unumschränkt in alle Verhältnisse des Volkslebens ein, und selbst das Finanzwesen, das früher der Hauptgegenstand ständischer Thätigkeit und Opposition war, wurde immer mehr der Mitwirkung und Kontrole der Landschaft und deren „Verordneten" entzogen durch Einführung aller möglichen indirekten Steuern und anderer Einnahmsquellen, über welche den Ständen keine Befugnis zustand. In der Rhein- und Oberpfalz war jede Volksvertretung untergegangen, und nur im Herzogtum Jülich-Berg hatten sich die Landstände das Steuerbewilligungsrecht noch bewahrt, und die Adelsherren, welche den größten Teil des Grundbesitzes inne hatten, wagten es, den Kurfürsten Karl Theodor zu erinnern, daß sie nicht von seiner schrankenlosen Willkür abhängen, und er sie nicht wie orientalische Sklaven, sondern als privilegierte Unterthanen regieren solle[1]. In Altbayern richtete der ständige Landschaftsausschuß, der aus willfährigen und zum Teil selbstsüchtigen Mitgliedern namentlich aus dem Adel zusammengesetzt war, zwar Beschwerdeschriften an den Kurfürsten über unerschwingliche Steuern und eine verderbliche Beamtenwirtschaft; sie verstummten jedoch, wenn ihnen die Regierung ins Gedächtnis zurückrief, daß ihnen selbst um Geld und Gunst alles feil sei und sie täglich den Kurfürsten um Würden und Ehrenstellen für ihre unverdienten Söhne und Verwandten bitten. Ohne Widerrede übernahmen die Ständeabgeordneten von der allgemeinen Staatsschuld 15 Millionen zur Verzinsung, und über 14 Millionen wurden der kurfürstlichen

[1] Reichsarchiv München, Landschaftsverhandlungen 1779—1795.

Hofkammer zugeteilt. Für das Kriegswesen bewilligten sie 900000 Gulden; dasselbe war gänzlich vernachlässigt. Auf dem Papier waren 30000 Mann verzeichnet, und in Wirklichkeit war nicht einmal die Hälfte unter den Waffen; das dadurch erübrigte Geld wurde an die zahllosen Generale und Obersten verschwendet. Von der ordentlichen „Stand- und Landsteuer" leistete der Adel nur ein Sechstel, die Prälaten ein Drittel und die Bürgerschaft der privilegierten Städte und Märkte über die Hälfte. Die jährlichen Gesamteinnahmen betrugen in Altbayern an ordentlichen Steuern und Hofanlagen (Vorspann-, Rekruten- und Konditionsanlagen, Besoldungsabzug, Schutzgeld, Thorkreuzer, Bürgergulden, Hunde- und Jägergeld), an Forst-, Salz-, Brau-, Jagd- und Gerichtsgefällen über 7½ Millionen Gulden; in der Rheinpfalz beliefen sie sich durchschnittlich auf 1700000 und in Jülich-Berg auf 1½ Millionen Gulden. Von diesen 10700000 Gulden verschlang die Verwaltung, die Verzinsung der Staatsschulden und die Besoldung der Armee, der Beamten und des Hofadels über zwei Drittel[1]. Infolge des Mißbrauches, den die Kurfürsten von der Rheinpfalz und Bayern während ihres Reichsvikariates mit Verleihung von Adelsbriefen an zahllose Personen mit und ohne Taxen gemacht hatten, wimmelte es in der Pfalz und Bayern von Rittern, Freiherren und Grafen, die meist ohne Vermögen und Grundbesitz waren und von der Gnade des Kurfürsten durch Verleihung eines Hofamtstitels eine beschäftigungslose Versorgung erhielten. Während die Söhne des Landadels durch einfache Bildung, gutmütige Derbheit und in der Armee durch Tapferkeit hervorragten, waren die Sprößlinge des Hofadels verweichlicht und abgelebt, und verbargen ihre Religions- und Sittenlosigkeit hinter einer seichten französischen Bildung. Im häßlichen Widerspruch zu ihrem ausschweifenden Lebenswandel beteiligten sich die Adeligen und Beamten des Münchener Hofes regelmäßig an den kirchlichen Festen und Zeremonien, nur um ein glänzendes Gepränge zur Schau zu tragen. Auch Karl Theodor fehlte an keinem Kirchenfeste und bewies dem Papste Pius VI. auf seiner Reise nach Pisa eine Ehrerbietung, wie sie der religiösen Gesinnung der katholischen Bayern entsprach.

Nach dem Tode der Kaiserin Maria Theresia (1780) schritt ihr Sohn Kaiser Joseph II., ein schwärmerischer Rationalist und Anhänger der französischen Philosophie, hastig zur Ausführung seiner politischen Pläne in seinen Erblanden, um aus übertriebenem Ehrgeiz und Ruhmsucht den König Friedrich II. nachzuahmen, und ihn durch kirchliche und politische Reformen zu übertreffen. Als Anhänger der physiokratischen Theorie dekretierte er Aufhebung der Leibeigenschaft und politische Gleichberechtigung der Bauern mit den anderen Ständen, gleiche Verteilung der Steuern, Kulturverbesserungen ꝛc.,

[1] Kreisarchiv Oberbayern, Hofkammerrechnungen 1779—1795.

um dem fruchtbaren Boden in Österreich einen bisher unbekannten Wohlstand abzugewinnen und die Staatseinkünfte zu vermehren. Auf seinem physiokratischen Standpunkte erschienen ihm die Mönche und Nonnen als schädliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft, weil sie nur zehren und nicht produzieren; nur jene Orden, die sich dem Unterrichte oder der Krankenpflege widmeten, durften fortbestehen. Die Kirchengüter betrachtete er als ein Hemmnis der Landwirtschaft und ihre Steuerfreiheit als eine Ungerechtigkeit. Den Einfluß der katholischen Kirche auf die Erziehung wollte Joseph beseitigen oder möglichst einschränken, um das Volk „aufgeklärt" zu machen. Mit unbeschränktem Herrscherwillen trennte er die katholische Kirche in Österreich von Rom und machte sie zur Staatskirche; eigenmächtig griff er sogar in den Kult ein und verbot und verhöhnte vieles, was dem Volke heilig war. Von der Geschichte und Bedeutung der katholischen Kirche in Österreich und von der Macht des Gewissens des österreichischen Volkes hatte er keine Kenntnis. Es wurden alle Bettelorden aufgehoben und über 700 Klöster eingezogen, durch deren Verkauf mehr als 10 Millionen Gulden in die Staatskasse kamen. Den Bischöfen wurden die Kirchengüter abgenommen und sie wie Staatsdiener besoldet[1]. Der Kaiser verbot Bruderschaften, Prozessionen und Wallfahrten, und schrieb die Abhaltung und Ausschmückung der Gottesdienste und die Beerdigung der Toten in Säcken zur Ersparung des Holzes vor. Durch ein Toleranzedikt (1781) wurde den Lutheranern und Reformierten in allen österreichischen Staaten Religionsfreiheit zugesichert, die Juden aber wegen ihres Wuchers unterdrückt. Im Gerichtswesen schaffte Joseph die grausame „Peinliche Halsgerichtsordnung" Karls V. ab und führte allgemeine Gleichheit vor dem Gesetze ein; dafür bestimmte er andere schwere Strafen wie Pranger, Straßenkehren und Schiffziehen, wozu auch vornehme Verbrecher, Beamte, Offiziere und Grafen verurteilt wurden. Die Presse wurde freigegeben und der Nachdruck fremder Schriften in Österreich erlaubt; damit wurden die einzelnen Lande mit schlechter Litteratur und Flugblättern voll der frechsten Verhöhnung der katholischen Religion überschwemmt[2]. Der päpstliche Nuntius Garampi in Wien machte dem alten Staatskanzler ernste Vorstellungen über die gewaltthätigen Übergriffe des Kaisers in das kirchliche Gebiet und über die Folgen derselben. Fürst Kaunitz hatte seit seiner Jugend, besonders während seines Aufenthaltes in Paris, die Lehren der gottlosen französischen Philosophen sich eigen gemacht, und wurde mit Voltaire und Rousseau befreundet; seitdem blieb er gegen die Religion und alles Kirchliche gleichgiltig und betrachtete die Kirche als Dienerin des Staates[3].

[1] Theiner, Geschichte der geistlichen Bildungsanstalten 295—313.

[2] Menzel A, Neuere Geschichte der Deutschen, XII, 1, 298—330.

[3] Beidtel, Untersuchungen über die kirchlichen Zustände in Österreich, Historisch-politische Blätter, III, 134; VIII, 642.

Kaunitz und Joseph II. sahen die Bischofssitze und die Domkapitel nur für Versorgungsanstalten des Adels an, weil im 18. Jahrhundert die jüngeren adeligen Söhne für den geistlichen Stand ohne Rücksicht auf Beruf bestimmt, und der Kanzler und der Kaiser von ihnen oder ihren Eltern in unzähligen Bittschriften aus ganz Deutschland angebettelt wurden, daß sie ihnen durch Empfehlungen bei den Domkapiteln zu einer Infel oder Dompräbende verhelfen möchten. Dieser beklagenswerte Zustand in den deutschen Bistümern trug viel zur kirchenfeindlichen Gesinnung Josephs II. und seines Staatskanzlers bei. Den Nuntius fertigte Kaunitz mit den Worten ab, die Fürsten hätten aus besonderer Gunst die Kirche emporgehoben; sie könnten daher mit ihr machen, was sie nur immer wollten, und nur in die Glaubenssätze brauchten sie sich nicht zu mischen [1].

Papst Pius VI. wollte durch einen Briefwechsel mit Joseph II. die Rechte und Einrichtungen der Kirche in Österreich vor dem Untergange retten; als seine Bemühungen erfolglos blieben, entschloß er sich, im Frühling 1782 eine damals noch sehr beschwerliche Reise nach Wien zu machen, um durch sein persönliches Ansehen die Zurücknahme der kirchenfeindlichen Gesetze und Verordnungen zu erwirken, und den reformsüchtigen Kaiser auf andere Gesinnungen zu bringen [2]. Der Heilige Vater wurde auf seiner Reise durch Österreich und namentlich in Wien (22. März) von einer unermeßlichen Volksmenge mit begeistertem Jubel begrüßt. Während der Karwoche und des Osterfestes kamen die Landbewohner aus den fernsten Gegenden nach Wien, und täglich lagen viele Tausende auf den Knieen, um den Segen des Papstes zu empfangen. Die innig frommen Huldigungen, welche Pius VI. von Millionen österreichischer Unterthanen empfing, erweckten in ihm die Hoffnung, daß Joseph den Glauben seines Volkes nicht werde zerstören können. Der Kaiser war zwar mit seinem Bruder Max dem Papste auf mehrere Stunden entgegengefahren und behandelte ihn auch in Wien vor den Augen seiner Unterthanen mit Verehrung, ging aber mit ihm auf kirchliche Fragen nicht ein, sondern gab ihm durch verschiedene Kränkungen seine Verachtung zu erkennen. Den Bischöfen verbot er, das Oberhaupt der katholischen Christenheit zu besuchen, und ließ den Ablaß, den der Erzbischof von Wien aus Anlaß der päpstlichen Anwesenheit seinen Diöcesanen bekannt geben wollte, durch die Zensurbehörde trotz der Preßfreiheit streichen. Pius machte dem Fürsten Kaunitz in seiner Wohnung einen Besuch, um ihn für die kirchlichen Interessen zu gewinnen. Der frivole Staatskanzler empfing ihn in gewöhnlichen Hauskleidern und bedeckten Hauptes. Mit seinem grinsenden Satyrgesichte schüttelte er ihm die Hand und zeigte ihm seine kostbare

[1] Brunner a. a. O. II, 173—178.

[2] Hergenröther, Handbuch der allgemeinen Kirchengeschichte, II, 600.

Bildergalerie, wobei er ihn auf eine höchst unanständige Art hin und her schob. Mit Unterstützung der kaiserlichen Regierung wurden Schmähschriften voll Hochmut und Hohn gegen die Kirche und das Papsttum und mit kriechendem Knechtsinn gegen Joseph veröffentlicht, um der Begeisterung des Volkes für den Heiligen Vater entgegenzuwirken[1]. Getäuscht und betrübt verließ der Papst (22. April) die österreichische Hauptstadt und begab sich nach Bayern, wohin ihn gleichfalls der Eifer für sein hohes Amt trieb.

Pius VI. wurde in keinem Lande mit so feierlichen Ehrenbezeugungen aufgenommen als in Bayern. Als er über Linz und Braunau nach Simbach kam, wurde er von zwei bayerischen Kammerherren im Namen des Kurfürsten Karl Theodor begrüßt und von einer Abteilung der Arcieren-Leibgarde über Hohenwart nach Altötting geleitet; hier wurde er von dem Pfalzgrafen Wilhelm von Zweibrücken-Birkenfeld, einem Bataillon Infanterie und einer Abteilung Dragoner, von mehr als hundert Pfarrern und einem unübersehbaren Volke unter Geschützdonner und Glockengeläute empfangen. Der Papst verfügte sich in die berühmte Marienkapelle und die Stiftskirche, wo er längere Zeit im Gebete verharrte und in der Sakristei die Frauen zum Fußkusse zuließ. In der Lorettokapelle zu Ramsau bei Haag erwarteten ihn Karl Theodor mit seinem gesamten Hofstaate und der Fürstbischof Ludwig Joseph von Freising, ein wohlthätiger und beliebter Kirchenfürst aus dem Freiherrngeschlechte von Welden. Sie führten ihn in einem glänzenden Zuge nach München, wo ungeachtet unaufhörlichen Regens die Straßen prächtig geschmückt und von einer dichten Volksmenge aus nahe und ferne besetzt waren, um dem Statthalter Christi bei seinem Einzuge (26. April 1782) abends 6 Uhr die freudigste Huldigung entgegenzubringen. Es war das erste Mal, daß der gemeinsame Vater der Christenheit die bayerische Hauptstadt betrat. Pius war von den zwei Bischöfen Marcucci und Contessini, einem Sekretär, Zeremoniar, Beichtvater, Leibarzt und Diener begleitet. Er wohnte in der Residenz und las (28. April) die heilige Messe in der Theatinerkirche, in deren Sakristei die anwesenden hohen Damen zum Handkusse zugelassen wurden. An demselben Tage erteilte er nachmittags um 1 Uhr den Münchenern und den aus weiter Ferne herbeigeeilten Leuten, ungefähr 50000 Menschen, auf dem Schrannenplatze von der Altane des Landschaftsgebäudes (jetzt das neue Rathaus), in Begleitung der Kurfürsten von Bayern und Trier und des Hofstaates, unter Geschützdonner und Glockengeläute den feierlichen Segen. Pius VI. gewann sich in München in wenigen Tagen durch seine schöne Gestalt, innige Frömmigkeit und freundliche Würde alle Herzen. Nach seiner Rückkehr in die Residenz wurden sämtliche Generale und Offiziere aller Waffengattungen, sowie die Bürgerwehroffiziere zum

[1] Walch, Neueste Religionsgeschichte, V, 257 ff.

Handkusse zugelassen [1]. Am andern Tage (29. April) celebrierte Pius in der von unzähligen Andächtigen erfüllten Stiftskirche zu U. L. Frau das heilige Meßopfer; er wurde am Portale von den beiden Kurfürsten, dem Freisinger Fürstbischof und dem gesamten Stiftskapitel empfangen und zum Hochaltare geleitet. Nach dem Gottesdienste besuchte er die Augustiner- und St. Michaelskirche, über die er sich sehr wohlgefällig aussprach. Die Akademie der Wissenschaften hielt ihm zu Ehren eine Festsitzung, in welcher der Hofrat Karl von Eckartshausen einen Vortrag über den Einfluß der Religion auf die Wissenschaft und der Wissenschaft auf die Religion hielt. Eckartshausen überreichte dem Papste seine Rede in deutscher und lateinischer Sprache. Am letzten April nahm Pius die Huldigung des Münchener Magistrates entgegen; der städtische Archivar und Syndikus Anton von Barth-Harmating hielt an ihn eine lateinische Ansprache, welche der Heilige Vater mit freundlicher Huld erwiderte. An demselben Tage wurde in der Hofkapelle das Georgiritterfest gefeiert, welches des Papstes wegen verschoben worden war; Pius wohnte demselben im Oratorium bei. Karl Theodor stellte ihm die Ordensritter, 56 an Zahl, vor, und der Papst verlieh ihnen das Privileg, statt der bisherigen Mäntel die Rochette wie die päpstlichen Prälaten zu tragen [2].

Der Kurfürst besprach mit Pius VI. den schon von seinen Vorfahren angeregten Plan, in Bayern und der Rheinpfalz Landesbistümer zu gründen, um die geistliche Gewalt der Fürstbischöfe in seinen Ländern auszuschließen, weil sie sich geweigert hatten, in denselben inländische Generalvikare zu ernennen. In dieser Absicht hatte er bisher die Verbindung mit der römischen Kurie unterhalten, und in Übereinstimmung mit ihr befohlen, daß an den theologischen Fakultäten der Universitäten und Lyceen die katholische Dogmatik nicht nach einer spekulativen Philosophie, sondern nach den Konzilien und Kirchenvätern gelehrt werde. In der Presse und auf der Bühne war jeder Angriff auf die Religion verboten, und alle Katechismen, Gebet- und Schulbücher mußten dem „Bücherzensurkollegium" zur Approbation vorgelegt werden. Pius überzeugte sich, daß die bayerische Regierung unter Max III. in die Kirchensachen nicht so zerstörend eingegriffen hatte, wie die österreichische; auf Errichtung von Landesbistümern ging er jedoch aus Rücksicht auf die Fürstbischöfe nicht ein, sondern erklärte sich geneigt, in München eine ständige Nuntiatur für Pfalz-Bayern aufzustellen mit derselben Vollmacht, welche die Nuntien in Wien, Köln und Luzern besäßen, wenn es der Kurfürst einst

[1] Wolf P. Ph., Geschichte der römisch-katholischen Kirche unter Pius VI., Bd. III, 490 ff.

[2] Papst Pius VI. in München. Ausführliche Beschreibung des feierlichen Empfangs, Aufenthaltes und Abreise Sr. Heiligkeit in München 1782.

wünschen würde[1]. Nachdem Pius in der St. Peterskirche (1. Mai 1782) die heilige Messe gelesen, auf der Rückkehr von der Kirche in die Residenz von der Altane des Landschaftsgebäudes nochmals einem zahlreich versammelten Volke den Segen gegeben, und als Freund und Gönner der Kunst die kurfürstliche Schatzkammer mit lebhaftem Interesse besichtigt hatte, verließ er am andern Tage (2. Mai) unter demselben Andrange des Volkes und derselben Festlichkeit von seiten des kurfürstlichen Hofes wie bei seiner Ankunft München und reiste über Dachau und Schwabhausen nach Friedberg und Augsburg, wo er mit kaiserlichen Ehren bewillkommt wurde, und über Innsbruck und Verona nach Rom zurück. In Schwabhausen verabschiedeten sich Kurfürst Karl Theodor und Fürstbischof Ludwig Joseph von dem Papste; der Kurfürst überreichte ihm noch zum Andenken einen sehr wertvollen goldenen Kelch[2].

Wenige Jahre nach der Rückkehr Pius' VI. in Rom gaben die deutschen Bischöfe dem pfalz-bayerischen Kurfürsten Anlaß, von dem Anerbieten des Papstes, in München eine Nuntiatur zu gründen, Gebrauch zu machen. Viele geistliche Fürsten überließen sich in jener Zeit den Vergnügungen, Hoffesten, Theater und Jagden und die Verwaltung ihrer Lande gewissenlosen, habgierigen Beamten. Die Domherren, aus deren Mitte die Bischöfe gewählt zu werden pflegten, gehörten dem deutschen Adel an, welcher großenteils durch die französische Litteratur und Philosophie religiös und sittlich verdorben war; sie vertieften sich in freidenkerische Schriften, und vermehrten die Domkapitelbibliotheken mit verbotenen Büchern und mit Werken der französischen Enzyklopädisten. Auf ihren Palästen ließen sie nicht mehr die Standbilder der Mutter Gottes und anderer Heiligen, sondern jene Voltaires, Rousseaus, d'Alemberts ꝛc. anbringen. Der große Hofstaat der Fürstbischöfe bestand meist aus hochmütigen und geldsüchtigen Edelleuten, und die Beamten waren in ihrem Dienste für das allgemeine Wohl gleichgiltig und nur auf ihren Vorteil bedacht. Auch in den geistlichen Fürstentümern wollte jedermann in den höheren Ständen für „aufgeklärt" gelten und brüstete sich mit der französischen Philosophie. Der höhere Klerus trug eine leichtfertige Verweltlichung zur Schau, und die sorglosen Bischöfe ließen sich von den Umtrieben hofadeliger Weiber so vielfach leiten, daß das Ansehen der geistlichen Regierungen immer tiefer sank, der Wohlstand des Volkes abnahm und die Religion sich im Herzen der Gläubigen immer mehr verlor[3]. Es war notwendig, daß die göttliche Vorsehung der gänzlichen Entartung durch große

---

[1] Stigloher, Die Errichtung der päpstlichen Nuntiatur in München und der Emser Kongreß 56—63.

[2] „Münchener Intelligenzbl." vom 23. März; 4., 11., 18., 25. Mai; 1., 2. Juni 1782.

[3] Ennen, Frankreich und der Niederrhein oder Geschichte von der Stadt und dem Staate Köln, II, 397.

Ereignisse vorbeugte, welche den weltlichen Geist der deutschen Kirchenfürsten entfernten und den apostolischen Geist auf die bischöflichen Stühle zurückführten. Mehrere Bischöfe waren der Josephinischen „Aufklärung“ in Österreich ergeben, und wollten ihre geistliche Gewalt ebenso von dem Papste lostrennen, wie sie ihre weltliche von dem Kaiser entledigt hatten. Ihre Bestrebungen brachten in der katholischen Kirche eine große Bewegung hervor und wurden in München auf Anordnung des Kurfürsten von dem „Geistlichen Rate“ einer eingehenden Beratung unterzogen. Karl Theodor hatte kurz vor seiner Reise nach Pisa aus dem Geistlichen Rate alle weltlichen Beamten entfernt und ihre Stellen mit Geistlichen besetzt. Zum Präsidenten ernannte er den Bischof des Georgiritterordens, Grafen von Spaur, zum Vizepräsidenten den französischen Abbé Kasimir Häffelin und zum Direktor den Stiftsdekan Kumpf. Da Spaur schon 80 Jahre alt und sehr nachgiebig war, so brachte Häffelin, ein freigeistiger und ehrgeiziger Kopf, ein schlauer Heuchler und durchtriebener Schmeichler, bald das ganze Kirchenwesen in Pfalz-Bayern in seine Hände. Mit der Angabe, daß den unkanonischen Absichten der deutschen Fürstbischöfe entgegengewirkt werden müsse, stellte er bei der römischen Kurie den Antrag, in München eine apostolische Vikarie zu errichten; diese Würde wollte er sich verschaffen. Als sein Plan in Rom scheiterte, betrieb er die Errichtung einer Nuntiatur. Diesen Vorschlag nahm Pius VI. bereitwilligst an; er ernannte (27. Juni 1785) den Grafen von Zoglio, Erzbischof i. p. von Athen, zum Nuntius in München und wies ihm Bayern, die Pfalz und Jülich-Berg zu seinem Amtsbezirke an, um die Bischöfe in Süd- und Mitteldeutschland zu überwachen. Bei dem neuen Nuntius, der am 7. November 1787 in München seinen feierlichen Einzug hielt, setzte es Häffelin durch, daß er noch in demselben Jahr vom Papste zum Bischof i. p. von Chersones ernannt wurde[1].

Die drei geistlichen Kurfürsten und mehrere Fürstbischöfe, namentlich jener von Freising, Ordinarius von München, legten gegen die Aufstellung einer Nuntiatur in München Verwahrung ein, weil sie mit der staatsrechtlichen Freiheit des Deutschen Reiches unvereinbar sei. Ihr Protest blieb in Rom wirkungslos. Sie wandten sich an den Kaiser, der ihnen seinen vollen Schutz verhieß und sie aufforderte, jede Ausübung der Nuntiaturgewalt zurückzuweisen. Im Vertrauen auf den kaiserlichen Beistand schickten die Erzbischöfe (August 1786) Bevollmächtigte nach Ems, um auf der Grundlage des Febronianischen Systems eine „Punktation“ zur Herstellung einer deutschen Nationalkirche zu entwerfen; in derselben wurde den Bischöfen eine

---

[1] Eichstätter Pastoralblatt 1865, 12. Jahrg. S. 215. Brunner a. a. O. I, 252, 286, 301. Felder, Gelehrtenlexikon der katholischen Geistlichkeit Deutschlands und der Schweiz, I, 289—291.

unumschränkte Gewalt zuerkannt und dem Papste nur der Rang eines Oberaufsehers und Primas der Kirche zugesprochen. Die exemten und Suffraganbischöfe verwarfen die „Emser Punktation" als eine unkirchliche und fast schismatische Übereinkunft. Am eifrigsten erhob sich dagegen der gelehrte und hochgeachtete Bischof von Speier, August von Styrum, der sich in einem Schreiben an Joseph II. über das einseitige Vorgehen der Erzbischöfe beschwerte und die Besorgnis aussprach, daß sie ihre angestrebte unbeschränkte Gewalt auch auf die Suffraganbischöfe ausdehnen werden [1]. Die römische Kurie trat entschieden und thatkräftig gegen die Emser Beschlüsse auf und wurde von dem bayerischen Kurfürsten lebhaft unterstützt. Karl Theodor ließ durch seinen Gesandten die Erzbischöfe auf dem Regensburger Reichstag (1788) mit strengen Worten zurechtweisen und drohte ihnen mit Gründung eigener Bistümer. Vizepräsident Häffelin betrieb bei dem Nuntius Zoglio eifrigst die Gründung eines Erzbistums München-Freising, in der geheimen Absicht, die neue Infel auf sein Haupt zu bringen [2]. Als der Kaiser von Karl Theodor die Unterdrückung der päpstlichen Nuntiatur in München verlangte, entgegnete er, daß die Errichtung von Nuntien mit dem Trienter Konzil und den Reichsgesetzen übereinstimme und er in dieser Sache nur seine landesherrlichen Befugnisse ausgeübt hätte. Unter den geistlichen Kurfürsten sagte sich nur der Erzbischof Klemens August von Trier öffentlich von den Emser Beschlüssen los und die anderen wurden bald durch eine große Revolution in Frankreich zum Aufgeben derselben gezwungen [3].

Ungeachtet der vollen Parteinahme für den päpstlichen Stuhl eignete sich die bayerische Regierung die kirchenpolitischen Grundsätze, welche unter Max III. zur Anwendung gekommen waren, an, und die unter diesem Kurfürsten fallen gelassene Ansicht, daß die Konkordate nur aus landesfürstlicher Gnade zugestandene Privilegien wären, wurde von den Ministern Karl Theodors und von diesem selbst zum Staatsgrundgesetz gemacht und den Bischöfen gegenüber durch die Darstellung zu begründen gesucht, daß das Konkordat von 1583 und „die geistlichen Rezesse" mit ihnen nicht als Reichsfürsten, sondern als Bischöfe abgeschlossen worden seien, und zwar nach Art eines Kommissoriums, das der Kurfürst seinen Hofräten oder der Hofkammer über den Landadel und die Domänen erteile, wodurch die Landeshoheitsrechte nicht aufgegeben werden. Die oberste Gerichtsbarkeit über alle Personen und Güter des Landes sei ein ausschließliches Hoheitsrecht des Kurfürsten und könne nur nach den landesherrlichen Gesetzen ausgeübt werden. Den Bischöfen wurde angedroht, daß ihnen die nur kommissionsweise in Bayern

[1] Münch, Geschichte des Emser Kongresses und seiner Punktate 195—469.
[2] Brunner a. a. O. I, 253.
[3] Bercastel, Geschichte der Kirche, IX, 2, 130—133.

übertragenen Rechte entzogen würden, wenn sie ihre geistliche Gerichtsbarkeit nach irrigen Grundsätzen ihrer Ordinariate in voller Unabhängigkeit ausüben wollten [1]. Wie in Kirchensachen schaltete die Regierung Karl Theodors auch in der Litteratur und Presse. Die in der Akademie der Wissenschaften gehaltenen Reden durften nicht ohne Genehmigung des „Bücherzensurkollegiums“ gedruckt werden. Gegen ausländische Bücher und Zeitungen wie gegen inländische Mitarbeiter an denselben wurde ein förmliches Verfolgungssystem eingerichtet. Die Verbreiter und selbst die Leser nicht zensurierter Schriften wurden mit einer Strafe von 25 bis 30 Reichsthalern bedroht, und das Zensurkollegium schickte sogar Amtsleute in die Wohnungen von Privatpersonen, um nach verbotenen Büchern zu forschen. Die Professoren Schmidt und Milbiller wurden bloß auf den Verdacht, daß sie mit auswärtigen Zeitungsredaktionen und Buchhandlungen in Verbindung stehen, aus München verwiesen und im Rückfall mit lebenslänglichem Gefängnis bedroht. Der Buchhändler Krantz wurde wegen Verdachtes, in fremde Zeitungen zu korrespondieren, ohne gerichtliche Untersuchung wie ein Verbrecher in Züchtlingskleidern und mit verschärftem Arrest eingekerkert, „bis er die Einsender der ihm schuldgegebenen Korrespondenz entdeckt haben würde“; erst nach langer Haft verfügte der Hofrat seine Freilassung. Ein Münchener Magistratsrat, der die Schriften Milbillers erworben und anderen mitgeteilt hatte, wurde mit dreitägigem Arrest und Enthebung seines Amtes bestraft. Die in seiner Wohnung vorgefundenen Schriften wurden vernichtet und auf Befehl des Zensurkollegiums bei ihm öfters Untersuchungen angeordnet [2]. Die politischen Zeitungen beschränkten sich in München und den größeren Städten Bayerns auf die „Staatsanzeigen“, die „Münchener Zeitung“ und die „Landwirtschaftliche Zeitung“; letztere hielten sich die Prälaten, welche die einzelnen Nummern während der Woche zu benachbarten Pfarrern und Adeligen schickten. Bücher wurden in Bayern wegen der strengen Zensur nur sparsam verlegt, und die wenigen, welche gedruckt wurden, waren größtenteils Gebet- und Schulbücher und romanartige Erzählungen. In Ober- und Niederbayern bestanden unter Karl Theodor 7 Buchhandlungen, 12 Buchdruckereien und 13 Papiermühlen. Fremde Zeitungen und Werke wurden vom Zensurkollegium strenge überwacht und nur den Gedichten Göthes und Schillers der Eingang gestattet [3].

Göthes dramatisches Werk „Götz von Berlichingen“, welcher in einer gesetzlosen Zeit seine Überzeugung als Gesetz und sein Schwert als vollstreckende Macht mit einfacher, kraftvoller Sprache hinstellt, war für die damals stürmische Jugend, die sich selbst ebenfalls Gesetz sein wollte, ein

---

[1] Kreisarchiv München, Geistliche Ratsakten 1780—1792.

[2] Biedermann, Deutschlands politische, materielle und soziale Zustände im 18. Jahrhundert, I, 144.

[3] Westenrieder, Beschreibung von München 1782.

erwünschter Stoff und wurde wie in ganz Deutschland auch in Bayern allgemein bewundert. Die Dichtung Göthes „Die Leiden des jungen Werther“ ist das Gemälde einer krankhaften Empfindsamkeit und eines abgeschwächten Geistes, der sich aus einem unglücklichen Liebestaumel nicht mehr erheben kann, sich mit unbefriedigter Ehrsucht quält und zum unheilbaren Lebensüberdruß und Selbstmord führt. In diesen unsittlichen Roman vertiefte sich jedes Mädchen, jeder Jüngling und selbst jeder gereifte Mann. Das bürgerliche Epos „Hermann und Dorothea“ gehört in Auffassung und Charakterisierung der Personen zu den besten Dichtungen Göthes. Die „Iphigenia in Tauris“ zeichnet sich durch maßvolle Ruhe, sittlichen Adel und glänzende Sprache aus. Der Dichter hat seine Iphigenia als eine edle, mehr christliche als heidnische Frauengestalt hingestellt, obgleich er sich schon damals vollständig vom Christentum abgewandt hatte. Die Krone der Götheschen Dichtung ist „Faust“, dessen Anfänge in eine Zeit fallen, in welcher der Mensch aus Drang nach Erkenntnis und Genuß die ihm gesetzten Schranken stürmend zerstören wollte. Der „Faust“ ist Göthe selbst, welcher alle Wissenschaften studiert hatte und von keiner befriedigt worden war. Faust schließt einen Bund mit Mephisto, dem Geiste, der stets verneint und mit einem Worthauch die schönsten Gaben in nichts verwandelt. Als Faust seinen Wissensdurst nicht befriedigen konnte, wollte er sich vergiften; in diesem Moment bringen die Töne „Christ ist erstanden!“ an sein Ohr, und in der süßen Erinnerung an seine Jugend giebt er den Entschluß des Selbstmordes auf. Mephisto erscheint wieder vor Faust und verheißt ihm Befriedigung seines strebsamen Geistes. Das wilde Leben in Auerbachs Keller befriedigt ihn nicht, und von da an erhebt sich die Dichtung auf ihren Höhepunkt; das Trauerspiel von Gretchens Liebe und Untergang ist voll Wahrheit und Poesie eingeschaltet. Göthes Dichtung ist durchweg Naturpoesie, und der Naturalismus in seiner Harmonie und Schönheit galt ihm für alles, auch für Vaterland und Religion. In seinen Gedichten findet sich nirgends eine Spur von Vaterlandsliebe, und dem Christentum blieb er entschieden feindlich gesinnt; auch der Glaube an die Unsterblichkeit war ihm gleichgiltig; er beschönigte die Bigamie und behandelte den Ehebruch als Würze der Gesellschaft und in den „Wahlverwandtschaften“ sogar als Naturforderung. Da Göthe eine ausgebreitete Gelehrsamkeit besaß, die dichterische Form meisterlich behandelte und in Nachahmung der französischen, englischen und orientalischen Klassiker durch den Zauber seiner Sprache glänzte, so beherrschte seine Dichtung alle Zeitgenossen und trug zur Entchristlichung derselben wesentlich bei [1].

---

[1] Gervinus, Geschichte der deutschen Dichtung, IV, 496; V, 81—104. Lindemann, Geschichte der deutschen Litteratur 571—600.



Schillers erste Dichtung „Die Räuber“ (1781) wurde mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen, weil darin auf den Kampf gegen alle gesellschaftlichen Zustände hingewiesen ist. Als der Dichter nach Mannheim reiste, um der Aufführung seines Stückes beizuwohnen, wurde er von seinem Landesherrn, dem Herzog von Württemberg, wegen einer unerlaubten Reise ins Ausland mit vierzehntägigem Arrest bestraft, und ihm verboten, noch irgend etwas drucken zu lassen. Nach Ablauf der Arrestzeit verließ er seine Heimat und erhielt von der Frau von Wolzogen in Bauerbach ein Asyl. Schiller hatte soeben den „Fiesko“ vollendet, in welchem von Republikanern der veraltete und mißbrauchte Despotismus angegriffen wird. Der Held ist ein hochsinniger Verbrecher, leichtfertig und hinterlistig; die Frauencharaktere sind nicht gelungen. In Mannheim wurde „Fiesko“ ziemlich kalt aufgenommen, dagegen in Berlin in drei Wochen vierzehnmal gegeben. Eine zündende Wirkung rief das Trauerspiel „Kabale und Liebe“ hervor, weil in demselben die sittliche Fäulnis an den Fürstenhöfen, der Menschenhandel, die Schurkerei der Beamten und die Kupplerlust der Mütter bloßgestellt und das Bürgertum gegenüber den blasierten, sittenlosen Höflingen verherrlicht wird. Von Schillers großartigstem Werke, der „Wallenstein-Trilogie“, giebt das Vorspiel „Wallensteins Lager“ ein Bild von dem gewaltigen Feldherrn, dem Übermaße seiner Macht und seinem verhängnisvollen Selbstvertrauen. Im zweiten Stücke, „Piccolomini“, beschließen die Offiziere, getreu zu Wallenstein zu stehen und dem Kaiser als ihrem obersten Kriegsherrn zu widerstreben. Der Friedländer scheint das Spiel zu gewinnen, allein im Hintergrunde spinnt Piccolomini die Fäden zu seinem Sturze. Im dritten Stücke, „Wallensteins Tod“, tritt der Feldherr in den Vordergrund, dessen Ehrgeiz und Rachsucht ihn dem Verderben entgegenführen. In der herrlichen Tragödie „Maria Stuart“ ist die schottische Königin, welche ihre jugendlichen Vergehungen durch harte Buße gesühnt hatte, auch im Kerker noch Königin und auch in Trauerkleidern noch immer eine reizende Frau, für welche die Jugend Englands schwärmt. Ihre Schönheit ist ihr tragisches Unglück. Der Dichter führt die beiden Königinnen zusammen, damit Maria in heftiger Aufwallung ihres Gemütes über die herzlose Elisabeth triumphiere. Nun wird sie dem Tode geweiht. Vor ihrem letzten Gange ist ihr die gnadenreiche Erquickung der katholischen Abendmahlsfeier gegönnt, welche Schiller in ihrer ganzen Erhabenheit entfaltete. In dem romantischen Trauerspiel „Die Jungfrau von Orleans“ erscheint die Heldin in dem Glanze von Wundern und Offenbarungen wie eine Heilige; sie will das Schwert nicht eher niederlegen, als bis das stolze England daniederliegt. Johanna kommt mit ihrem heiligen Berufe in Widerspruch, indem sie zu Lionel, dem Feinde ihres Vaterlandes, in Liebe entbrennt, da ihre Brust Männerliebe nicht berühren soll; sie erkennt ihre Schuld und besteigt schweigsam und demütig als angeschuldigte

Hexe den Scheiterhaufen. In der „Braut von Messina“ wandte sich Schiller vom katholischen Ideenkreise ab und zur antiken Schicksalsidee und führte wieder den alten Chor im Trauerspiele ein. Über dem ganzen Stück liegt ein düsterer Ernst, und eine Leichenfackel zündet sich an der andern an. In dem meisterhaft angelegten Schauspiel „Wilhelm Tell“ ist das Volk der Eidgenossen der eigentlich handelnde Held. Die Schweizer beschließen und führen den Aufstand aus so leidenschaftslos, daß sie vorher jedes friedliche Mittel versuchen, und so gerecht, daß sie die entscheidende Sache selbst Gott empfehlen können. Tell ist der zweite Held des Dramas, der sich nicht mit den Eidgenossen auf dem Rütli verschwört, wenn er auch dem Vaterlande seinen Beistand nicht entzieht; für jetzt aber hält er sich zurück, weil er allein zu einer blutigen That entschlossen ist, die nicht durch einen politischen Beweggrund, sondern durch Notwehr gerechtfertigt wird. Schiller war und bleibt der Lieblingsdichter der deutschen Nation, vorzüglich der Jugend und Frauenwelt; der Fluß seiner Verse, die schwunghafte Darstellung und der Adel seines Wesens fesseln mehr als die Werke Göthes. Als Anhänger der Philosophie Kants hielt er das sittlich Gute und das ästhetisch Schöne für die richtige Religion, womit er das deutsche Volk bilden und erheben wollte. Später erkannte er die Bedeutung des positiven Christentums, und in seinen berühmten Balladen söhnte er sich mit dem Mittelalter aus, und „Der Gang nach dem Eisenhammer“ und „Der Kampf mit dem Drachen“ haben sogar ein christlich-katholisches Gepräge [1].

Trotz der strengen Maßregeln, welche in Bayern das Bücherzensurkollegium gegen die ausländische Litteratur anwandte, wurden aus den nächstgelegenen reichsunmittelbaren Gebieten und Städten kirchenfeindliche, freimaurerische Schriften eingeschmuggelt und durch die Freimaurerloge, welche in München unter der Bezeichnung „Karl Theodor zum guten Rat“ seit längerer Zeit mit Wissen der Minister und unter Beteiligung des Hofadels bestand, besonders begünstigt. Der Freimaurerorden, der aus den mittelalterlichen Bauhütten in England hervorgegangen war, verbreitete sich seit Beginn des 18. Jahrhunderts über ganz Europa, wozu hauptsächlich der Reiz des Geheimnisses, die magische Wirkung des theatralischen Logenzeremoniells und die Erwartung wunderbarer Enthüllungen hinter dem Vorhange der höheren, noch verborgenen Grade beitrugen. Auch die Brüderlichkeit unter allen Mitgliedern des Ordens und der mächtige Einfluß, womit sich die Freimaurer bei allen Geschäften, Anstellungen und Beförderungen unterstützten, waren starke Antriebe zum Eintritt in die geheime Gesellschaft. Die englischen Deisten, die französischen Freigeister und die deutschen Rationalisten, welche die religiösen Geheimnisse als Götzendienst bezeichneten und die biblischen

[1] Lindemann a. a. O. 600—624. Gervinus a. a. O. V, 129—145, 510—517.

Wunder verspotteten, ließen sich doch von einem lächerlichen Schauer erfassen, wenn sie „den Meister vom Stuhl", angethan mit der himmelblauen Schürze, in magischer Beleuchtung mit dem Hammer klopfen hörten oder den Dreischritt über den Sarg des Meisters thun mußten. Zu ihrem Symbole wählten die Freimaurer den Tempel Salomons und verstanden darunter den Aufbau der Menschen zu einer brüderlichen Vereinigung; die einzelnen Freimaurer bildeten gleichsam die lebendigen Steine, mit denen der lebendige Tempel erbaut werden sollte. Von dem Freimaurerorden wurden alle konfessionellen, nationalen und gesellschaftlichen Unterschiede verworfen, und in den einen Logen das Dasein eines persönlichen Gottes, die Unsterblichkeit der Seele und die Abstammung der Menschheit von Einem Menschenpaar als die einzigen Religionssätze aufgestellt, und in anderen, namentlich den französischen, volle Gewissensfreiheit proklamiert. Da die Freimaurer der verschiedenen Länder unter sich in Verbindung standen und über bedeutende Geldmittel verfügten, so konnten sie auf kirchlichem und politischem Gebiete eine unermeßliche Macht zumeist durch die Presse ausüben. Die Päpste Klemens XII. und Benedikt XIV. verdammten die Freimaurerei, weil sie jede sichtbare Kirche leugnete und den Grundsatz aufstellte, daß der Mensch nur in den Logen zu der religiösen Wahrheit, dem geistigen Lichte und höchsten Ziele gelangen könne[1]. Nach dem Vorbilde der Münchener Freimaurerloge gründete der Professor des Kirchen- und Naturrechtes, Adam Weishaupt, an der Universität in Ingolstadt, den sogenannten Illuminatenorden. Weishaupt war ein geborener Ingolstädter und Schüler des Professors von Ickstatt; er hielt alle Religionen für Betrug und haßte am ärgsten die römisch-katholische Kirche. In seinen staatswirtschaftlichen Lehren ahmte er die Nationalökonomen Englands mit sonderbarer Ausführung ihrer Ansichten nach[2]. Seine freisinnigen Anschauungen machten auf die studierende Jugend einen mächtigen Eindruck, wiewohl sich die frühere wissenschaftliche Strebsamkeit an der Ingolstädter Universität verloren hatte. Die Studenten aus dem bürgerlichen Stande lernten nur soviel, als unumgänglich zum Examen notwendig war, und dies nur dann, wenn ihnen die Protektion zu einem Amte fehlte; sonst saßen die meisten beim Kartenspiel, duellierten sich untereinander oder prügelten sich mit Soldaten und Handwerksburschen herum. Die adeligen Studenten verschwelgten in ihrer Auszeichnung mit einem französischen Klapphut und Galanteriedegen einige Monate in den Wein- und Spielhäusern in Ingolstadt und Heidelberg, um dann ohne Examen mit dem ererbten oder gekauften Amte eines Pflegrichters oder Hofrates eine Laufbahn im Staats-

---

[1] Historisch-politische Blätter, Die Freimaurerei, VIII, 11—69. Guerike, Handbuch der Kirchengeschichte, 4. Aufl., II, 553.

[2] Roscher a. a. O. I, 911.

dienste zu machen. Viele der Studierenden fühlten sich zu weltverbessernden Geheimbünden hingezogen; es bemächtigte sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts aller Geister eine gewaltige Bewegung, welche die bestehenden Zustände und Verhältnisse gänzlich umzustürzen drohte[1]. Die vielseitigen Mißstände im wissenschaftlichen, sozialen, politischen und kirchlichen Leben wurden allgemein anerkannt, und die Philosophen und Theologen, die Politiker und Litteraten, die Studenten und Professoren nahmen einen starken Anlauf zur Reformierung des ganzen Staatswesens.

Als Professor Weishaupt sah, daß seine freisinnigen Vorlesungen Beifall fanden, versammelte er seine Zuhörer zu einer Privatvorlesung, in der er mit ihnen philosophische Untersuchungen anstellte und sie auf Mißbräuche im Kirchen- und Klosterleben, manche unwürdige Mitglieder des geistlichen Standes und die ärgerliche Maitressenwirtschaft und Regierung Karl Theodors hinwies. Dabei schärfte er ihnen Vorsicht und Verschwiegenheit ein, versprach ihnen Aufklärung und nannte sie die Erleuchteten, „Illuminaten". Dieser anfänglich nur aus den Studenten Massenhausen, Zwack und Merz bestehende Verein erweiterte sich durch Beiziehung auswärtiger Mitglieder und durch Gründung von Zweigvereinen in München und Eichstätt. Durch Annahme freimaurerischer Formen erhielt der Illuminatenorden (1776) eine bestimmte Organisation; es wurde eine eigene Zeitrechnung des Ordens, die persische, eingeführt, und die Mitglieder und ihre Wohnorte erhielten fingierte Namen aus der alten Geschichte und Geographie, z. B. Weishaupt nannte sich Spartakus, Zwack Cato; Bayern hieß Achaia, München Athen, Ingolstadt Eleusis 2c. Durch Vorspiegelung einer künftigen Macht lockte der Gründer der Illuminaten mehrere vornehme Herren in seinen Orden, unter ihnen den Herzog Ernst II. von Sachsen-Gotha und den Mainzer Coadjutor und nachherigen Kurfürsten Karl von Dalberg. Zweck des neuen Ordens war, alle geistlichen und weltlichen Ämter an Illuminaten zu bringen, die gesamte Staats- und Kirchengewalt an den Orden zu ziehen und die Vernunft zum allgemeinen Gesetzbuche zu machen. „Die Staatsgewalt", behauptete Weishaupt, „befindet sich fast überall in unwürdigen Händen; man muß sie daher in die Hände der Illuminaten bringen ganz still und heimlich."[2] Das Urteil Weishaupts über die bayerische Verwaltung und Rechtspflege war nur zu begründet, denn jedermann sah, wie die Ämter durch die kurfürstlichen Maitressen auf schamlose Weise vergeben wurden. Einzelne Pflleggerichte wurden von den Beamten so tyrannisch und habgierig verwaltet, daß der Wilddieb Matthias Klostermayer unter dem Namen eines „bayerischen Hiesel" als Vertreter der

---

[1] Prantl, Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität in München, I, 627—631.

[2] Deutsches Staatswörterbuch von Bluntschli, Die Illuminaten, von Prantl, V, 290 f.

Volksrechte gegen die Mißregierung allgemein populär wurde, mit seiner Räuberbande gegen das Beamtentum förmlich einen kleinen Krieg führte und bei der Bevölkerung überall Schutz fand, bis er in Dillingen auf dem Rade endete; er wurde noch lange nach seiner Hinrichtung in Volksliedern gefeiert [1]. Den Mitgliedern des Illuminatenordens wurde zur wichtigsten Pflicht gemacht, neue Vereinsgenossen in allen Ständen des In- und Auslandes zu werben; nur Ordensgeistliche und namentlich Exjesuiten wurden ausgeschlossen, weil die Illuminaten die Aufhebung der Klöster anstrebten. Weishaupt und seine leitenden Anhänger suchten auch die Frauen und Mädchen durch Befriedigung ihrer Eitelkeit, Neugier und Wollust den Interessen des Ordens dienstbar zu machen und einen eigenen Orden der Illuminatinnen zu gründen. Nach wenigen Jahren vergrößerte sich die Zahl der Illuminaten, und es waren unter ihnen alle Stände und Klassen vertreten; Beamte und Offiziere, Adelige und Bediente, Professoren und Studenten, Theologen und Prediger, Künstler und Handwerker traten mit hoffnungsvoller Begierde dem Geheimbunde bei, und selbst mehrere Gesellschafter des Kurfürsten Karl Theodor und sein Minister Graf von Seinsheim waren Illuminaten [2]. Im Jahre 1778 bestand der Orden in Bayern, Franken und Tirol aus 12 Logen mit mehr als 1000 Mitgliedern; in München allein lebten über 300 Illuminaten aus allen Beamtenzweigen, sowie der höhern und niedern Geistlichkeit, darunter der Vizepräsident des „Geistlichen Rates", Bischof Häffelin, welche ihre geheime Loge in einer Ecke der Hackergasse hatten. Die Geistlichen des Illuminatenordens korrespondierten dadurch miteinander, daß sie aus Meßbüchern die Buchstaben herausschnitten, zu Worten zusammensetzten und auf Papier klebten, damit sie nicht durch ihre Handschrift verraten wurden. Schon beschäftigten sich die Führer des Ordens mit dem Gedanken eines Thronwechsels in Bayern und richteten ihre Blicke auf den Kaiser Joseph II., von dessen Aufklärungssystem sie glaubten, daß er den Zweck des Ordens verwirklichen könnte. Auch in Österreich hatten sich mehrere Beamte und Adelige, welche die vertrauten Ratgeber des Kaisers waren und ihm die Ansichten des Professors Weishaupt einimpften, den Illuminaten in Bayern angeschlossen. Die Leiter der bayerischen Illuminaten traten in der That mit dem Wiener Hofe über eine Entthronung Karl Theodors in Verbindung, während andere Mitglieder, wie der Hofrat von Montgelas, ihre Hoffnung auf die erbberechtigten Pfalzgrafen von Zweibrücken setzten [3].

Der Illuminatenorden erhielt eine neue Gestalt, als der verschwenderische Hofrat Freiherr von Knigge aus Hannover, welcher der Freimaurerloge in

---

[1] Bruckbräu, Der bayerische Hiesel 10—79.

[2] Originalschriften der Illuminaten, München 1786/87.

[3] Jarcke, Vermischte Schriften, „Die Illuminaten", II. Schlosser, Geschichte des 18. Jahrhunderts, III, 296 ff.

Kassel angehörte, auf Zureden des Marquis von Constanza demselben (1780) beitrat. Knigge organisierte auf Antrag Weishaupts die Illuminaten nach dem System der Freimaurer mit mehreren Graden; den Mitgliedern eines niedern Grades waren nur jene des nächst höhern Grades bekannt und die obersten leitenden Persönlichkeiten blieben in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt. An dem Geheimen Rat Bode in Hessen-Darmstadt erlangte Knigge einen eifrigen Förderer des neu eingerichteten Ordens, der sich über Mittel- und Norddeutschland bis in die Niederlande und über Schweden, Dänemark und Spanien verbreitete, so daß die Zahl der Illuminaten sich (1782) auf fast 3000 belief. Weishaupt geriet bald mit Knigge in einen lebhaften Streit, weil dieser eigenmächtig mehrere Ordensregeln abänderte und nach dem Vorbilde des Jesuitenordens die gegenseitige Überwachung und Mitteilung der Beobachtungen an die unbekannten Oberen einführte; dadurch veranlaßte er Spähsucht, Mißtrauen und Heuchelei, so daß sich die Auflösung des Ordens von selbst ergab. Es wurden viele unfähige und unsittliche Menschen ohne sorgfältige Wahl aufgenommen, die sich von dem Orden eigennützige und übertriebene Erwartungen machten. Mehrere Mitglieder neigten sich zu schlechten Grundsätzen und streiften alle Religion und Moral ab. Die Leiter des Geheimbundes glaubten weder an einen persönlichen Gott noch an eine Unsterblichkeit, weder an ein Sittengesetz noch an ein Recht. Der Student Lipowsky äußerte zu einem Kapuziner in Ingolstadt: „Derjenige, welcher den Papst von seinem Thron stoßen wird, ist schon geboren." Damit deutete er den Stifter des Illuminatenordens an [1]. Professor Weishaupt schwängerte seine Schwägerin und sann auf Abtreibung der Leibesfrucht. Ein anderer Illuminat stahl eine Uhr und ein dritter betrog die Ordenskasse. Als die Oberen von den Mitgliedern die eidliche Verpflichtung verlangten, dem Bunde alles, selbst Gut, Ehre und Leben zu opfern, wurden die gutgesinnten bedenklich, und es reifte in ihnen der Entschluß, aus einer geheimen Gesellschaft zu treten, welche unsittliche Grundsätze aufstellte. Dem geheimen Sekretär der Herzogin Maria Anna, Joseph Utzschneider, wurde von der Vorstandschaft des Ordens (1783) zugemutet, jene Briefe auszuliefern, welche König Friedrich II. von Preußen und sein Minister Graf von Herzberg an die Herzogin geschrieben hatten. Utzschneider verweigerte es und schied aus dem Orden. Zur nämlichen Zeit nahmen mehrere andere Mitglieder, unter ihnen die katholischen Geistlichen Cossandey und Renner, ihren Austritt. Friedrich erfuhr durch die Freimaurer von den Anforderungen an Utzschneider und machte Maria Anna auf die Staatsgefährlichkeit der Illuminaten aufmerksam. Auf Befragen der Herzogin entdeckte ihr der Sekretär das ganze Geheimnis des Ordens. Zugleich wurden

[1] Brunner a. a. O. II, 296.

die Pläne der Illuminaten in dunklen Umrissen durch veröffentlichte Streitschriften zwischen Weishaupt und dem aus dem Verein ausgeschlossenen Freiherrn von Knigge verraten, und die bayerische Regierung erließ (22. Januar 1784) eine Verordnung, wodurch alle geheimen Gesellschaften verboten wurden. Die Illuminaten beachteten das Dekret nicht, im Vertrauen auf die vielen ihnen angehörigen höheren und niederen Beamten, und setzten ihre Thätigkeit fort[1]. Auf Vorstellungen Maria Annas überreichte Utzschneider dem Kurfürsten eine Denkschrift über die Zwecke und Ausbreitung des Illuminatenordens. Karl Theodor wurde über die große Zahl der Mitglieder von einer entsetzlichen Furcht befallen und befahl sogleich (2. März 1785) die Auflösung des Illuminaten- und Freimaurerordens unter strengsten Strafen. Unter die Illuminaten fuhr ein panischer Schrecken, und bald wurde bei dem Mitgliede Lanz, einem katholischen Geistlichen, welchen der Blitz auf einer Reise nach Schlesien in Angelegenheiten des Bundes getötet hatte, eine Anweisung der Vorstände vorgefunden, die zur Entdeckung mehrerer angesehenen Mitglieder und zu einer verschärften Untersuchung und Bestrafung führte. Die Untersuchungsrichter gelangten bei dem Freiherrn von Bassus in Sandersdorf und dem durch die Illuminaten zum Regierungsrat in Landshut beförderten Zwack in den Besitz der geheimen Korrespondenz und Originalschriften der vornehmsten Häupter. Weishaupt entfloh nach Gotha zu Herzog Ernst, der ihn zum Hofrat ernannte. Dem Minister Grafen von Seinsheim und dem Hofrat von Montgelas gewährte der Pfalzgraf Karl II. August von Zweibrücken eine Zufluchtsstätte. Utzschneider wurde von den erbitterten Illuminaten öffentlich des Verrates beschuldigt, während ihn die Gegner des Ordens mit Lob überhäuften. Zur Sicherheit seiner Person wollte er in die Dienste des Königs Friedrich II. treten, für den er sich schon als Zögling des Kadettencorps begeistert hatte; die Herzogin Maria Anna hielt ihn davon zurück und verschaffte ihm in München die Stelle eines Hofkammerrates[2].

Karl Theodor ließ auf Rat seiner Schwägerin Maria Anna die Korrespondenzen und Originalschriften der Illuminaten durch den Druck zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlichen und übertrug seinen Kabinettsräten von Lippert und Frank und dem Regierungskanzler in Landshut unbeschränkte Vollmacht zur Untersuchung und Vernichtung des gefährlichen Ordens. Diese drei Inquisitoren verfuhren gegen die Illuminaten mit rücksichtsloser Kabinettsjustiz. Die Ordensmitglieder hatten sich zwar staatlich und kirchlich schlechte Grundsätze angeeignet, allein ein thatsächlicher Hochverrat konnte ihnen nicht nachgewiesen werden. Die Inquisitoren verfolgten jeden, der ihnen mißliebig war, unter dem Vorwande einer Beteiligung am

[1] Deutsches Staatswörterbuch a. a. O. V, 295 f.
[2] Desberger a. a. O. II, 138.



Illuminatenorden. Viele Beamte wurden nach summarischem Prozeß oft nur auf Verdacht abgesetzt oder des Landes verwiesen. „Die gelben Zimmer" in München und die Trausnitz in Landshut wurden bald für alle gebildeten Stände ein Name des Schreckens, und jedermann lebte in der beständigen Angst, nachts durch Schergen aus dem Bette ins Gefängnis geschleppt zu werden. Selbst das Briefgeheimnis wurde nicht mehr geschont. Auf den Poststationen errichtete die Regierung förmliche Bureaux für Brieferöffnung und ernannte einen eigenen Siegelstecher, der die Briefsiegel nachmachte. An die Ständeverordneten erging der Befehl, daß sie keinen Illuminaten mehr zu einer landschaftlichen Beamtenstelle dem Kurfürsten vorschlagen sollten. Hierüber wurden alle Stände in Bayern entrüstet, und sie richteten an Karl Theodor eine Vorstellung mit der Anfrage, wer zu den Illuminaten gehöre und nicht mehr zu einem Landschaftsamte vorgeschlagen werden dürfe[1]. Der geängstigte Kurfürst setzte einen geheimen Polizeiausschuß mit ausgedehnter richterlicher Gewalt ein zur Überwachung der Presse und der ganzen innern Politik und stellte an die Spitze desselben den Freiherrn von Vieregg und später den Grafen von Leiningen; die Seele des Ganzen aber war der Hofrat von Lippert. Der geheime Polizeiausschuß hielt ein schauerliches Gericht mit Verhaftungsbefehlen, Landesverweisungen und selbst Todesurteilen. Der Sekretär des Geistlichen Rates, Lipowsky, der schon als Studierender in Ingolstadt ein eifriger Illuminat war, hatte eine Schmähschrift auf die Klostergeistlichkeit verfaßt unter dem Titel „Gerechte Klagen wider das Mönchswesen". Das Buch wurde auf Befehl des Kurfürsten öffentlich auf dem Marktplatze in München von einem Henker verbrannt, und der Verfasser verurteilt, daß er neben einem Scheiterhaufen auf den Pranger gestellt werde. Die Frau Lipowskys, welche jeden Tag ihrer Entbindung entgegensah, bestürmte auf den Knieen den Kurfürsten so lange mit ihren Bitten, bis er ihren Gatten begnadigte[2].

Der Staatsgewalt gelang es zwar, den Illuminatenorden zu unterdrücken, allein die verderblichen politischen und kirchlichen Lehren desselben wurden von vielen Mitgliedern beibehalten und noch im folgenden Jahrhundert in Kirchensachen wie im Erziehungs- und Unterrichtswesen angewendet. Der Universität in Ingolstadt entzog Karl Theodor seitdem jede Begünstigung und bereute es fast, daß er für Kameral und Polizei, Statistik und Staatsrecht neue Lehrstühle errichtet hatte. Lippert ließ als Universitätskurator die ganze Hochschule und besonders die Bücherzensur überwachen und den strengsten Schulzwang einführen. Kants Philosophie und die Geschichte der Philosophie durften nicht gelehrt werden. Die philosophische und theologische Fakultät wurden bei Erledigungen mit Ordensgeistlichen besetzt und das Studium der

---

[1] Brunner a. a. O. I, 324. Buchner, Bayerische Geschichte, IX, 813 f.
[2] Brunner a. a. O. II, 297.

griechischen Klassiker beschränkt und an den Gymnasien nur nebenbei betrieben, weil es Weishaupt seinen Schülern und Anhängern empfohlen hatte. Dennoch erhielt die Ingolstädter Universität wegen tüchtiger Lehrkräfte ihren alten Ruf. In der Theologie lehrten Sailer und Dobmaier, in der Jurisprudenz Krenner und Mosham, in der Mathematik Mangold, in der Nationalökonomie Holzinger, und in den Naturwissenschaften machten sich berühmt der Exjesuit Schrank, späterer Lehrer des Königs Ludwig I. von Bayern, und Jos. Plac. Heinrich, Benediktiner aus der Reichsabtei St. Emmeram in Regensburg, welcher mehrere Abhandlungen über die Phosphorescenz der Körper veröffentlichte. Heinrich entdeckte mit Anwendung besonderer Vorsichtsmaßregeln die Phosphorescenz durch Bestrahlung und Erwärmung für sehr viele Mineralien, bei denen sie bisher übersehen worden war [1]. Mehrere Professoren waren zugleich Mitglieder der Münchener Akademie der Wissenschaften, welche unter Karl Theodor in ihrer Entwicklung fortschritt. Auf Anregung des gelehrten Mitgliedes Epp wurden die Wetterbeobachtungen in Bayern veröffentlicht und von der historischen Klasse ein historisch-geographisches Universallexikon über Bayern mit Topographien einzelner Orte angelegt. Im Auftrage des Kurfürsten stellte die Akademie eine Geschichte Bayerns her und übertrug diese Aufgabe dem kenntnisreichen Professor und Kanonikus Lorenz Westenrieder. Als aber die Bestrebungen und Endziele des Illuminatenordens ans Tageslicht kamen, wollte Karl Theodor die Akademie aufheben; er begnügte sich jedoch, sie mit der Mannheimer Akademie zu vereinigen und eine Zensur über alle ihre Schriften zu verordnen. Erst im Jahre 1795 erhielt sie wieder ihre Freiheit und Selbständigkeit [2]. Für die Illuminaten mußte auch die Bürgerschaft der Stadt München büßen. Mit despotischer Willkür wurde ihr ihre freie Verfassung entzogen und ihre Gerichtsbarkeit, Verwaltung und Polizeigewalt einer eigenen Hofkommission übertragen. Nach der neuen Einrichtung wählten die Zünfte 36 Gemeindebevollmächtigte, welche 24 „Äußere Räte“ wählten; die Gemeindebevollmächtigten und die „Äußeren Räte“ wählten 12 „Innere Räte“ und diese drei Körperschaften den Stadtoberrichter und 4 Bürgermeister. Die Gemeindebevollmächtigten verwalteten die allgemeinen Angelegenheiten der Bürgerschaft, wohnten den Ratssitzungen bei und nahmen Einsicht von den vorgelegten Rechnungen [3].

Für den großen Verlust, den die Münchener durch gewaltthätige Abnahme ihres unabhängigen Gerichtswesens und Verwaltung erlitten hatten, wollte Karl Theodor sie damit entschädigen, daß er ihre Stadt durch neue Anlagen verschönerte und neue Anstalten gründete. Mit der Ausführung betraute er den erfahrenen, menschenfreundlichen und wissenschaftlich gebildeten

[1] Kobell, Geschichte der Mineralogie von 1650—1860, S. 283.
[2] Prantl a. a. O. I, 631—642. [3] Zschokke, Bayerische Geschichten, IV.

Offizier Benjamin Thomson; dieser war (1753) in Nordamerika auf einer Farm, Rumford genannt, bei Boston geboren, nahm während des Nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges in der englischen Armee Dienste und erwarb sich durch seine militärische Befähigung den Rang eines Majors. Nach Beendigung des Krieges berief ihn König Georg III. von England nach London und ernannte ihn wegen seiner vielseitigen Kenntnisse zum Kriegssekretär mit dem Range eines Obersten. Auf Empfehlung des bayerischen Gesandten Grafen von Haßlang in London lud ihn Karl Theodor nach München ein. Thomson sagte den Besuch zu und machte (1783) die Reise durch Frankreich. In Straßburg traf er mit dem Pfalzgrafen Max Joseph von Zweibrücken, dem mutmaßlichen Nachfolger des bayerischen Kurfürsten, zusammen, als derselbe eben die Musterung eines französischen Regimentes abhielt. Karl Theodor machte ihm das Anerbieten, in Pfalz-Bayern die Leitung des Kriegswesens zu übernehmen. Thomson, ein strebsamer und für das allgemeine Wohl der Menschheit begeisterter Amerikaner, willigte ein, weil er sich während eines kurzen Aufenthaltes in München überzeugt hatte, daß in der bayerischen Armee und Volkswirtschaft sich ein weites Feld zu notwendigen und ersprießlichen Reformen und Neuerungen böte. Das bayerische Heer hatte damals einen Sollstand von 20800 Mann, von denen kaum zwei Drittel unter den Waffen standen, und zählte 50 Generale, welche eine reichgestickte Uniform zur Schau trugen und sich mit bedeutungslosen Militärsachen oder mit nichts beschäftigten, und 134 Oberste, Oberstlieutenants und Majore. Die Offizierspatente waren seit dem Tode des Kaisers Karl Albert käuflich geworden, und die Beförderung geschah meist durch Protektion, die lediglich den Söhnen des Adels zu teil wurde. Karl Theodor ernannte Thomson (1785) zum Generalmajor und seinem „Leibadjutanten“ und genehmigte dessen Heeresorganisation [1].

Unter der leitenden Hand Benjamin Thomsons wurde München durch neue Anstalten und Verschönerungen gehoben, wozu ihm eine bedeutende Mitgift seiner Gemahlin ausgiebige Mittel bot. Auf seinen Antrag wurde der lästige Straßenbettel in der Residenzstadt abgestellt, eine „Suppenanstalt“ für die Armen errichtet und eine „mildthätige Gesellschaft“ gestiftet, welche sich mit nachhaltiger Unterstützung der Hausarmen und dürftigen Kinder annahm. In München, Düsseldorf und Mannheim gründete er geräumige Arbeitshäuser, in denen eine große Zahl von Armen und Müßiggängern mit der von ihm erfundenen und nach ihm benannten Suppe und aus Staatsmitteln verpflegt und auf eine für sie und den Staat nützliche Weise beschäftigt wurde. Das Arbeitshaus in München warf in den ersten sechs Jahren seines Bestehens einen Überschuß von 100000 Gulden ab und setzte für

---

[1] Ellis E. G., Memoir of sir Benjamin Thomson, count Rumford 101—159.

eine halbe Million Waren um; allein dieser Gewinn wurde auf Kosten der Privatgewerbe gemacht[1]. Die Disziplin war in diesen Anstalten zwar streng, jedoch zugleich auf die edleren Gefühle des Menschen so wirksam, daß nach Thomsons Versicherung während der ersten fünf Jahre kein Armer dieser Anstalt eine Züchtigung erhielt. Auch in dem übrigen Bayern entstanden einzelne Arbeits- und Armenhäuser, jedoch von weniger vollkommener Einrichtung. Eine neue Verordnung verpflichtete die Gemeinden, für ihre Armen zu sorgen[2]. Auf Betrieb Thomsons wurden (1789) alle Friedhöfe aus München und den anderen Städten entfernt und außerhalb derselben neue Leichenäcker angelegt. Karl Theodor erwarb durch Kauf die an die „Hirschau" angrenzenden Grundstücke nordöstlich von der Stadt München, und ließ durch Thomson nach dem Muster der prächtigen Schloßgärten in Schwetzingen, Mannheim und Heidelberg einen Park anlegen, der 1793 dem Volke geöffnet wurde. Von einem glühenden Eifer getrieben, sann Thomson beständig auf neue Erfindungen und Verbesserungen zum Wohle seiner Mitmenschen, und auf seinen Antrag verordnete Karl Theodor (1795), daß München aufhöre, eine Festung zu sein; er befahl, daß die Wälle und Bastionen niedergelegt und die Stadt vergrößert werde. Die Münchener gingen mit Freuden an die Ausführung des Dekretes, um ihre Stadt für die wachsende Einwohnerschaft zu erweitern. Der Generalmajor entwarf hierzu die Pläne und begann das Karlsthor und einige Straßen außerhalb der Festungsmauer zu bauen[3]. Nicht so erfolgreich konnte er auf landwirtschaftlichem Gebiete wirken. Er gewann den Kurfürsten für Kolonisierung des „Donaumooses" zwischen Ingolstadt und Neuburg. Karl Theodor nahm an der Entwässerung und Urbarmachung dieser unbevölkerten Landschaft lebhaften Anteil; er verwandte zu dem Unternehmen eine Million Gulden aus seiner Kabinettskasse trotz seiner Geldliebe und bewilligte den Ansiedlern Steuerfreiheit. Nach vielfachen Anstrengungen erhoben sich im „Donaumoos" 18 neue Ortschaften, unter denen Karlskron die bedeutendste wurde. Diese kleinen Kolonien bestanden größtenteils aus armen Rheinpfälzern, und ihre Zahl belief sich nur auf 1700 Seelen. Sie brachten sich infolge eines ungeeigneten Anbaues und ihrer eigenen Unwissenheit und Trägheit nur kümmerlich fort, und hatten keine andere Erwerbsquelle als den Torfstich[4].

Die Heeresreorganisation begann Generalmajor Thomson damit, daß er zur Ausbildung tüchtiger Offiziere die aufgehobene Militärakademie wiederherstellte und bei jedem Regiment Militärschulen gründete, in denen die

---

[1] Weber Fr. B., Staatswirtschaftlicher Versuch über das Armenwesen und die Armenpolizei, Göttingen 1807.

[2] Rumford, Kleine ökonomische und politische Schriften, Weimar 1797.

[3] Ellis l. c. 204—456, 474.

[4] Lipowsky, Karl Theodor, Kurfürst von Pfalz-Bayern 58 ff.

Soldatenkinder vollständigen Elementarunterricht erhielten und zu Unteroffizieren ausgebildet wurden. Die Soldaten zu Fuß und zu Pferd wurden neu uniformiert und mit dem eigentümlichen „Raupenhelm", Kaskett, ausgerüstet, welcher sich bis zum Jahre 1888 in der bayerischen Armee erhalten hat. Die Infanterie wurde in Grenadiere, Jäger und Füsiliere und jedes Regiment in zwei Bataillone mit je vier Kompagnien geteilt. In München, Mannheim und Düsseldorf wurden neue Militärarbeitshäuser gebaut, in denen Handwerker und Bettler durch Fertigung von Montur- und Armaturstücken Arbeit und Erwerb fanden; auch Kinder wurden darin beschäftigt und unentgeltlich unterrichtet. In einer neu errichteten Geschützgießerei bei München wurden Kanonen nach neuester Konstruktion gegossen und der Hauptmann Christian Reichenbach und dessen Sohn Lieutenant Georg Reichenbach zum Bohrmeister und Obermechaniker ernannt. Für die Reiterei wurden in der Tierarzneischule in München Veterinärärzte herangebildet. Um die Soldaten vom Müßiggang abzuhalten, erbaute Thomson Militärgärten, wodurch die Pflege des Gartenbaues neuen Antrieb erhielt. Jedem Soldaten der Münchener Garnison wurde ein Stück Land angewiesen, damit er sich zu seinem Bedarfe Gemüse baue. Die ersten Gartenarbeiten der Soldaten wurden mit klingendem Spiele eines Musikcorps begleitet [1]. Während Thomson noch mit den neuen militärischen Einrichtungen beschäftigt war, trübte sich in Deutschland der friedliche Himmel mit Kriegswolken.

Kaiser Joseph II. konnte es nicht überwinden, daß er aus dem Bayerischen Erbfolgekriege nach Aufbietung großer Kriegskosten nur ein kleines Beutestück von Bayern erlangen konnte. Er verfiel auf den Plan, im Bunde mit Rußland die österreichischen Niederlande gegen Bayern und die Oberpfalz auszutauschen, während die Kaiserin Katharina II. mit Zustimmung Österreichs ihr Reich am Schwarzen Meere vergrößern könnte; die Ausführung übertrug er seinem schlauen Gesandten Grafen von Lehrbach in München. Dieser machte dem Kurfürsten das Versprechen, daß er mit den schönen Niederlanden noch die Rheinpfalz und Jülich-Berg mit der Würde eines Königs von Burgund und eines Kurfürsten von der Pfalz vereinigen könnte. Karl Theodor, der sich noch lebhaft an die in Brüssel und Löwen verlebte Studienzeit erinnerte, hörte in einer geheimen Unterredung mit Lehrbach begierig von dem Vorschlag, bemerkte aber dem Gesandten, daß er die Schulden nicht auf die Niederlande übertragen, sondern auf Bayern liegen lassen wolle, obgleich sie keine landschaftlichen, sondern landesfürstliche waren. Auch hielt er es für ratsam, zu dem großen Vorhaben die Pfalzgrafen von Zweibrücken beizuziehen. Der Kaiser ließ Karl August durch Wiener Hofjuden dritthalb

[1] Münch, Geschichte der Entwicklung der bayerischen Armee seit zwei Jahrhunderten 69 ff.



Millionen Gulden und seinem Bruder Max Joseph eine halbe Million anbieten, und schickte den russischen Gesandten Grafen von Romanzow nach Zweibrücken, um dem Pfalzgrafen den Glanz einer burgundischen Königskrone und die ansehnlichen Einkünfte derselben vorzustellen[1]. Wiewohl Karl in großen Schulden steckte und ihn Romanzow durch Drohungen zur Nachgiebigkeit einschüchtern wollte, so blieb er doch gegen alle politischen und finanziellen Darlegungen taub, und gab die entschiedene Erklärung ab, daß er sich eher unter den Trümmern Bayerns begraben lasse, als in den Tausch zu willigen. Die Zarin ermahnte er, an dem Teschener Friedensvertrage festzuhalten, und rief den Schutz der Garantiemächte an. Sein getreuer Rat Freiherr von Hofenfels führte ihm und seinem Bruder zu Gemüte, daß in Bayern die Staatseinnahmen durch eine bessere Verwaltung vermehrt werden könnten, und ein burgundischer König zwischen Frankreich und Deutschland eine unbedeutende Rolle spielen würde. Das „Hamburger Journal" veröffentlichte zuerst den Austausch Bayerns gegen die Niederlande, und die Erlanger und Bayreuther Zeitungen druckten den Artikel ab. Diese Nachricht rief in München und ganz Bayern eine ungeheure Aufregung hervor. Die Herzogin-Witwe Maria Anna rief sogleich wieder den Schutz des Königs von Preußen an und trat mit dem preußischen Gesandten Freiherrn von Gemmingen in München in lebhafte Unterhandlungen. Die Minister forschten den Kurfürsten über den Austausch aus, und die Abgeordneten der Landstände machten einen energischen Widerspruch gegen das Tauschprojekt. Karl Theodor verneinte alles rundweg, setzte aber die Verhandlungen mit dem österreichischen Gesandten fort und begab sich nach Mannheim. Bei seiner Abreise von München erklärte er dem Grafen Lehrbach in bestimmten Worten, daß er jederzeit zum Austausche bereit sei. In Mannheim wollte er seinen Neffen zur Einwilligung überreden, allein Karl verweigerte beharrlich seine Zustimmung. Karl Theodor wurde über ihn so erzürnt, daß er, als des Pfalzgrafen einziger Sohn starb, völlig teilnahmslos blieb und keine Hoftrauer anordnete, sondern mit zahlreichem Gefolge auf die Jagd ging[2]. In Deutschland und Europa wirkte die Nachricht von dem Austausche Bayerns gegen die Niederlande wie ein Wetterstrahl. Die Zeitungsblätter regten das Volk auf und wiesen auf die Eroberungssucht Österreichs hin, welches die deutschen Staaten erdrücken wolle. Am meisten wurden Württemberg, Baden und die geistlichen Fürstentümer um ihre Selbständigkeit besorgt, weil Joseph II. gewaltthätig (1785) jene Besitzungen des Passauer Bischofs, welche in Österreich lagen, mit den neu errichteten Bistümern Linz und Wien vereinigt hatte. Friedrich II. erkannte in dem Tauschplane des Kaisers die

---

[1] Schöning, Militärische Korrespondenz Friedrichs d. Gr. von Preußen, IV, 294.
[2] Brunner a. a. O. I, 262—264, 267—269, 281.

größte Gefahr für Preußen und unterhandelte zuerst mit Sachsen und Hannover über ein Bündnis zur Abwehr der Übergriffe Österreichs. Sachsen willigte sogleich ein, und Kurfürst-König Georg III. von Hannover-England wurde von Hessen, Mecklenburg und Braunschweig für einen Bund mit Preußen gewonnen [1].

Während Friedrich II. mit den einzelnen Fürstenhöfen unterhandelte, ließ Karl Theodor in den Zeitungsblättern (12. Februar 1785) alles für falsch auslegen, was über einen Ländertausch zwischen Österreich und Bayern verbreitet worden wäre. Der Ständeausschuß in München verlangte vom Kurfürsten, daß er zur Beruhigung des aufgeregten Volkes eine bestimmte Erklärung abgebe. Die Antwort Karl Theodors lautete nicht bestimmt genug, so daß der Zweifel und die Ungewißheit ganz Deutschland in Gärung erhielt [2]. Die Gefahr erschien um so größer, als Joseph II. zwei Armeen rüstete unter dem Vorwande, daß er die Holländer wegen der gemeinsamen Besetzung wichtiger Grenzplätze in den Niederlanden mit Krieg überziehen wolle. Die deutschen Fürsten verwarfen am Regensburger Reichstage aus Besorgnis um ihre eigene Existenz jeden Austausch und beriefen sich auf den Teschener Frieden, der die pfalz-bayerischen Hausverträge gewährleiste und von dem Reichstage anerkannt worden sei. Am 23. Juli 1785 schloß Preußen mit mehreren Fürsten „die Fürstenunion" ab mit der Verpflichtung, alle Stände des Reiches gegen eigenmächtige Ansprüche zu sichern und mit Aufbietung aller Streitkräfte eine Besitzergreifung Bayerns durch Österreich zu verhindern. Der Pfalzgraf von Zweibrücken machte sich ausdrücklich verbindlich, „zu keiner Zeit und unter keiner Bedingung in einen Austausch der pfalz-bayerischen Erblande zu willigen". Nach wenigen Monaten traten Kurmainz und die übrigen Reichsstände der Union bei, mit Ausnahme von Bayern, Köln und Trier; auch der Landgraf von Hessen-Kassel konnte zu einer Verbündung mit Preußen nicht bewogen werden, weil er vom Kaiser den Goldenen Vließorden und die Kurwürde verlangt und noch nicht erhalten hatte. Der Mainzer Kurfürst von Erthal erhielt für seinen Beitritt von der preußischen Regierung die Versicherung, daß sie für alle Besitzungen und Rechte des Mainzer Erzbistums Gewähr leiste, auf das protestantische Direktorium im Reichstage verzichte und die Güter von drei aufgehobenen Klöstern dem Erzstifte zu verschaffen suche. Erthal berichtete dem Kaiser seinen Anschluß an den Fürstenbund und ermahnte ihn, alle Absichten auf Bayern aufzugeben [3]. Der König von Preußen zeigte die Gründung des Fürstenbundes den auswärtigen Höfen an mit der Versicherung, daß derselbe

---

[1] Ranke, Die deutschen Mächte und der Fürstenbund, Deutsche Geschichte von 1780—1790, I, 87—46.

[2] Reichsarchiv München, Landschaftsverhandlungen 1785.

[3] Brunner a. a. O. I, 273—278, 281.

nur die Verteidigung gegen Österreich bezwecke, das durch die beabsichtigte Erwerbung Bayerns das europäische Gleichgewicht bedrohe. Rußland war der Union abgeneigt, weil es damals mit Österreich verbündet war. Frankreich legte dem Fortgange des Fürstenbundes kein Hindernis in den Weg, denn es entsprach seinen Interessen, wenn zwischen Bayern und den übrigen deutschen Mittel- und Kleinstaaten ein Bund gegen Österreich und Preußen gestiftet würde. König Ludwig XVI. riet dem Pfalzgrafen Max Joseph in Straßburg freundschaftlich und eindringlich, sich zu vermählen, um Nachkommen zu erhalten. Der Pfalzgraf heiratete die Prinzessin Wilhelmine von Hessen-Darmstadt, welche ihm eine Ausstattung zubrachte, womit er einen eigenen Haushalt einrichten konnte. Zwischen den beiden Parteien kam es zu keinem ernstlichen Zusammenstoß, doch verhinderte der Fürstenbund die Einverleibung Bayerns in Österreich und behauptete in allen Reichsangelegenheiten einen überwiegenden Einfluß[1].

Nach wenigen Jahren (1790) starb Kaiser Joseph II. ohne Nachkommen; er sah selbst noch, daß er durch seine politischen und kirchlichen Reformen alle seine Länder in Gärung und Aufruhr gesetzt hatte. Am wildesten war die Aufregung in Ungarn, wo er die Nationalität und Verfassung mit Füßen getreten hatte. Zwischen dem ungarischen Adel und der Bauernschaft kam es wegen der Emanzipation zu einem blutigen Aufstande, der erst durch bewaffnete Macht niedergeschlagen werden konnte. Die allgemeine Unzufriedenheit und Mißstimmung machten Joseph so gemüts- und körperkrank, daß er alles bewilligte, was man von ihm verlangte, und seine Reformen ebenso kleinmütig zurücknahm, als er sie prahlerisch verkündigt hatte. Der Gram über den Mißerfolg seiner Regierung tötete sein Leben. Nach der alten Reichsverfassung übte der Kurfürst von Bayern in Verbindung mit Kursachsen die Reichsverweserschaft aus und ernannte seinen Schwiegersohn, den Grafen von Leiningen, zum Vikariatspräsidenten. Der Herzog von Württemberg und der Landgraf von Hessen-Kassel unterhandelten mit Karl Theodor über Verleihung der Kurwürde. Der greise Staatskanzler Freiherr von Kreittmayr und die anderen Minister stellten dem Kurfürsten vor, daß er als Reichsverweser nur Grafen- und Freiherrntitel, aber keine Kurwürde verleihen könne; dazu seien nur Kaiser und Reich befugt, und es verstoße gegen die Wahlkapitulationen, eine neunte Kur zu schaffen. Mit Verleihung von Adelsdiplomen war Karl Theodor sehr freigebig, um seine Kasse zu füllen; den einfachen Adelstitel verlieh er um 400—500 Gulden, den Freiherrntitel um 600—700 und die Grafenwürde um 900—1000 Gulden, und war in der Wahl der Personen nicht bedenklich; auch viele Leute in Österreich, Ungarn, Tirol und Schweden kauften sich von ihm Adelsdiplome. Zur größten Besorgnis

---

[1] Ranke a. a. O. II, 47 f.

des österreichischen Gesandten Grafen von Lehrbach sprach man in München von der Erwählung des bayerischen Kurfürsten zum Kaiser; daran dachte dieser nicht, und die finanzielle und militärische Lage in Pfalz-Bayern mahnte ihn von der Erwerbung einer kostspieligen Kaiserkrone ab. Lieber wäre ihm eine Königskrone gewesen, allein hierzu fehlte ihm das entsprechende Land[1]. In den österreichischen Erbländern folgte auf Kaiser Joseph II. sein Bruder Leopold II., Großherzog von Toskana, der zu jener Zeit staatsmännisch begabteste und besonnenste Monarch in Europa. Mit der Einsicht und Klugheit, womit er sein Großherzogtum regiert hatte, stellte er die Ruhe im Innern der österreichischen Länder wieder her und behielt das einzelne Gute von den Josephinischen Institutionen bei, namentlich die Erleichterung des Bauernstandes, die Milderung der alten grausamen Kriminalgesetze und die Pflege des Volksunterrichtes. Zu Preußen und den „unierten Fürsten" trat er in ein freundschaftliches Verhältnis und wurde (9. Oktober 1790) von allen Kurfürsten zum deutschen Kaiser gewählt und gekrönt. Karl Theodor machte bei der Wahl Leopolds die Äußerung, daß er dem Großherzog seine Stimme geben werde; er hoffe aber hierfür auf eine Königskrone[2].

---

[1] Brunner a. a. O. I, 349—354.

[2] Groß-Hoffinger, Lebens- und Regierungsgeschichte Josephs II., Bd. IV.

Achtes Kapitel.

Die französischen Revolutionskriege.

Die französische Revolution von 1789 war ein weltgeschichtliches Ereignis, das die innere und äußere Staatenbildung Europas umstürzte und dessen Verlauf die Menschen mit Staunen und Abscheu erfüllte. Es ist eine Folge des heißblütigen Naturells der Franzosen, daß sie sich plötzlich für einen Gedanken oder eine Idee, für die Hölle oder den Himmel begeistern, und zu den entsetzlichsten Verbrechen ebenso schnell fortgerissen werden können, wie zu den herrlichsten Großthaten. Über hundert Jahre hatten sie sich willenlos der despotischen Gewaltherrschaft der Bourbonen unterworfen und der Herrschsucht und dem Ehrgeize Ludwigs XIV. und der sittenlosen Verworfenheit Ludwigs XV. zum sklavischen Werkzeuge gedient, um an dem verschwenderischen Glanze des Hofes teilzunehmen. Allmählich aber erhob sich im Volke eine Stimme nach der andern, welche die Erinnerung an die verlorenen und preisgegebenen Rechte wachriefen. Es regte sich in ihm immer lauter und weiter das Gefühl der Scham, des Unwillens und des Zornes über sich und seine Unterdrückung. Das erbitterte Volk stand auf mit Rachewut, und ein furchtbarer Sturm durchbrauste ganz Frankreich. Die entmenschten Revolutionäre zerschmetterten den Thron und führten den schuldlosen König Ludwig XVI. und unzählige Tausende von Personen aus allen Ständen auf das Schafot. Hyänen gleich unternahmen die blutgierigen Franzosen einen unversöhnlichen Vernichtungskrieg gegen alles Bestehende und Herkommen, und die Glut ihres unbändigen Hasses wurde erst gekühlt, als der ganze alte Bau des Staates, der Kirche und der Gesellschaft in Trümmern lag. Durch furchtbare Greuelthaten und rauchende Blutströme machten sie sich Bahn zu einer neuen Zeit. Zündstoff zu einem allgemeinen, gewaltigen Revolutionsbrand war in dem reich gesegneten Lande in gefährlicher Menge aufgehäuft. Die Enzyklopädisten waren mit dämonischem Eifer bemüht gewesen, das Christentum und alles Heilige und Ehrwürdige zu verhöhnen,

den Glauben an einen persönlichen Gott und eine Unsterblichkeit der Seele zu zerstören und die kirchliche und politische Autorität zu vernichten. Die höheren und höchsten Stände hatten mit frivoler Gewissenlosigkeit Sünden und Verbrechen angehäuft und das Heiligtum Gottes und die Rechte der Menschen mit Füßen getreten. Jene Franzosen, welche in Nordamerika für die Unabhängigkeit der Kolonien gefochten hatten, brachten die demokratischen Grundsätze und die „Menschenrechte" mit der Freiheit und Selbständigkeit eines Volkes in ihre Heimat zurück und fanden in den unzufriedenen, gärenden Gemütern eine schnelle Annahme derselben. Die französischen Staatsschulden waren nach dem englisch-nordamerikanischen Kriege (1783) bis auf 4000 Millionen Franken angewachsen, deren Verzinsung die Hälfte der Staatseinkünfte verschlang. Es mußten die direkten und indirekten Steuern erhöht werden und wurden durch die Generalpächter mit geldgieriger Grausamkeit von dem hungernden Volke erpreßt. Gegen den Willen des von den besten Absichten beseelten Königs Ludwig XVI. wurde der verschwenderische Hofstaat auf Verlangen der schönen und geistig begabten Königin Marie Antoinette, der Prinzen und des Adels beibehalten. In Versailles betrug die Gesamtbevölkerung 80 000 Seelen und von diesen gehörten 30 000 Menschen zum königlichen Hofe, welche keine andere Beschäftigung hatten, als die Familie des Königs zu bedienen. Die Gerichtsbarkeit wurde als Mittel zur Vermehrung der Staatseinnahmen geschändet und gegen gewisse Geldsummen an Beamte und höhere Standespersonen jährlich Haftbriefe (Lettres de cachet) verliehen, welche den Vorzeiger berechtigten, irgend jemand ohne Angabe der Gründe verhaften zu lassen. Die Richterstellen waren verkäuflich, und die Besoldung der Beamten bestand größtenteils aus Zinsen dieser Kaufsummen.

Durch Einführung der Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit (1776) und des Freihandels (1780) wurde die fünfhundertjährige Grundlage der gewerblichen Produktion und Organisation zerstört, die Arbeitermassen in Unruhe und Bewegung gebracht und fremde Fabrikanten und Arbeiter ins Land gezogen. Die Not unter den arbeitenden Klassen stieg und mit ihr die Unzufriedenheit. Die Fabriken vermehrten sich und machten dem Gewerbe eine so starke Konkurrenz, daß zahlreiche Handwerker arbeitslos wurden. Die beschäftigungslosen Arbeiter wurden als Vagabunden aufgegriffen und zu dreijähriger Galeerenstrafe verurteilt. Seit 1781 wurde allen Handwerksgesellen und Fabrikarbeitern in Paris gesetzlich befohlen, ein Arbeitsbuch zu führen, das sie dem Meister beim Arbeitsantritt zu übergeben hatten. Gegen diesen verhaßten Paß lehnten sie sich auf, wurden aber durch neue Polizei- und Strafgesetze zur Nachgiebigkeit gezwungen. Die Regierung verlieh den Meistern und Fabrikanten das Recht der freien Vereinigung zu Genossenschaften, verbot aber den Gesellen und Arbeitern unter Strafe des Gefängnisses oder von

Stockstreichen, Vereine zu gründen oder den Meister zu verlassen, um einen höhern Lohn zu erzwingen. Dadurch wurde die Erbitterung unter den Arbeitern in ganz Frankreich bis zum tödlichen Hasse gesteigert, und sie waren es, welche zuerst die Fahne der Revolution entfalteten und die Bastille erstürmten. Bei einer Einwohnerzahl von 25 Millionen Seelen gab es in Frankreich 1789 in 562 Kollegien über 72000 Zöglinge oder Studierende, unter denen die Hälfte, sogenannte Boursiers (Stipendiaten), ganz oder teilweise freie Verpflegung hatte. In jedem Jahre verließ eine große Schar halbgebildeter Leute die Lehrsäle und suchte vergebens eine Lebensstellung, weil die Ämter an vermögliche Familien verkauft waren. Im ganzen Lande und zumeist in Paris gab es eine unzählbare Menge von unzufriedenen und aussichtslosen jungen Männern, welche ihrem Unmut in Zeitungsartikeln und Flugschriften Luft machten. Am ärgsten wurde die katholische Kirche und Geistlichkeit angegriffen, weil sie im Besitze ansehnlicher Güter und bedeutender Vorrechte und die Grundfeste des Königtums waren. Die Stadt Paris galt allgemein für den Sitz wirklicher oder eingebildeter Intelligenz; in ihren Mauern sammelten sich alle Unzufriedenen und Enttäuschten, und aus allen Provinzen kamen Scharen von Nahrungsuchenden in die Hauptstadt, wo sie die Zahl der mißvergnügten und auf den Straßen herumlungernden Leute vergrößerten. Es wuchs ein unermeßlicher Pöbel heran, der jeden Augenblick zum Umsturze der bestehenden Verhältnisse entschlossen war. Als (Februar 1787) in einer aus 144 Mitgliedern des Adels, der Geistlichkeit, der Beamten und Städte zusammengesetzten Notabelnversammlung die Regierung einen Ausfall von 140 Millionen im Staatsbudget eingestand und neue Steuern erheben wollte, verweigerten die Notabeln nach langen und lebhaften Verhandlungen die Zustimmung. Der Streit zwischen der Regierung und dem Parlament pflanzte sich in der Nation fort, und einzelne Aufstände und Feuersbrünste in den Provinzen verkündeten den bevorstehenden Ausbruch des revolutionären Vulkans. Auf Antrag des Ministers Necker berief König Ludwig XVI. trotz des Widerstandes der Notabeln (1. Mai 1789) eine allgemeine Ständeversammlung, welche aus 1200 Abgeordneten des Adels, der Geistlichkeit und des dritten Standes zusammengesetzt war[1].

Bei Eröffnung der Ständeversammlung beteuerte Ludwig XVI. in der Thronrede seine beste Gesinnung, das Wohl Frankreichs durch Mitwirkung der Stände neu zu begründen. Schon bei Beginn der Verhandlungen entspann sich aus der Frage, ob jeder der drei Stände die Sitzungen gesondert

[1] Wachsmuth, Das Zeitalter der Revolution, I, 190 f. Arnd Ed., Geschichte der französischen Revolution von 1789—1799, I. Sybel, Geschichte der Revolutionszeit von 1789—1800, I, 57—336.

oder ob sie gemeinsam gehalten werden sollten, ein lebhafter Streit. Der dritte Stand forderte gemeinschaftliche Beratungen, und als der Adel und die Geistlichkeit nicht darauf eingingen, warf er sich allein zur Nationalversammlung auf und hielt (20. Juni 1789) seine Sitzungen im Ballhause zu Versailles, wo er sich durch einen feierlichen Eid einigte, nicht eher auseinander zu gehen, als bis eine neue Verfassung vollendet sei. Die Pariser Bevölkerung jubelte diesen Abgeordneten Beifall zu und war bereit, sie mit Gewalt zu unterstützen. Nach wenigen Tagen traten 149 Geistliche zu den bürgerlichen Abgeordneten über. Vergeblich verwies ihnen der König ihr eigenmächtiges Handeln und vergeblich befahl er ihnen, ihre Beratungen in gesonderten Räumen zu halten. Sie wählten den Grafen Mirabeau zu ihrem Präsidenten, welcher dem König sagen ließ, daß sie durch die Gewalt des Volkes versammelt seien und nur durch die Gewalt der Bajonette vertrieben werden könnten. Die gereizte Stimmung der Pariser nötigte den König, daß er den Adel und die Geistlichkeit aufforderte, sich mit dem dritten Stande zu vereinigen. Ludwig wollte sein geschwächtes Ansehen durch die Militärmacht wieder zur Geltung bringen und ließ in Paris und Versailles 50000 Mann und die Schweizerregimenter zusammenziehen. In der Hauptstadt und ganz Frankreich wuchs die Unruhe und Gärung. Zahllose Flugschriften und Reden in verschiedenen Lokalitäten erweckten den Argwohn und das Mißtrauen gegen den König und die königliche Familie. Die Bürger in Paris und der Pöbel in den Vorstädten bewaffneten sich. Auf das Gerücht, die Truppen seien im Anmarsch, erstürmte ein bewaffneter Haufe (14. Juli) die alte feste Bastille in der Stadt, wo früher viele Gefangene schuldlos geschmachtet hatten. Der Kommandant und einige Soldaten wurden ermordet und ihre Köpfe auf eisernen Piken in den Straßen herumgetragen. Zu gleicher Zeit wurden mehrere verhaßte Aristokraten erschlagen und auf dem Lande die Schlösser der Adeligen von den Bauern angezündet. In Straßburg revoltierte die ganze Garnison, und das Regiment Elsaß, das zu den bestdisziplinierten Truppen der Stadt gerechnet wurde, mißhandelte seinen Regimentsinhaber, den Pfalzgrafen Max Joseph von Zweibrücken, der seine Gemahlin und Kinder nach Darmstadt schickte [1]. Aus Angst für Leben und Eigentum verzichtete der Adel in der denkwürdigen Nacht des 4. August auf seine Privilegien, und die Nationalversammlung beschloß Abschaffung der Leibeigenschaft, der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und des Jagdrechtes. Auch die Geistlichkeit brachte im Sturme der allgemeinen Begeisterung ihre Vorrechte dem Vaterlande zum Opfer. Damit war aller Standesunterschied beseitigt und jedermann nannte sich nur noch „Bürger". Aus sämtlichen Bürgern in Frankreich wurde eine Nationalgarde gebildet, um einen Staats-

[1] Brunner a. a. O. I, 335.

streich der Regierung unmöglich zu machen; das Oberkommando über die Pariser und die ganze Nationalgarde des Landes erhielt der General Lafayette, der im Nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg unter Washington gekämpft hatte. Diese Neuerung erfüllte viele vornehme Herren mit solchem Schrecken, daß sie ins Ausland wanderten.

Drohungen, welche bei einem militärischen Feste von königlichen Gardisten gegen die Pariser und die Nationalversammlung ausgestoßen wurden, brachten die Pariser zu offenem Aufruhr. Bewaffnete Pöbelhaufen und die neue Nationalgarde brachen nach Versailles auf, ermordeten einige Gardisten und führten den König gegen seinen Willen nach Paris. Die Nationalversammlung folgte ihm und setzte das Verfassungswerk in der Hauptstadt fort. Der geistliche Zehnt wurde abgeschafft, die Bischöfe und die Civilbeamten von der Bevölkerung der einzelnen Departements und die Pfarrer von den Gemeinden gewählt, die Kirchengüter im Anschlage zu 3000 Millionen Franken (2. November 1789) eingezogen und die Geistlichen wie die weltlichen Beamten besoldet. Es wurde Papiergeld, „Assignaten", ausgegeben, welche man auf den Erlös der geistlichen Güter anwies. Die Nationalversammlung hob sämtliche Klöster, Orden und Bruderschaften auf und stürzte die ganze hierarchische Verfassung um. Sie führte die Civilehe, das Standesamt, die Religions- und Preßfreiheit ein und verkündigte vollständige Freiheit und Gleichheit aller Franzosen. Der König beschwor auf einem Bundesfest, welches die Franzosen auf dem Marsfelde (14. Juli 1790) zur Erinnerung an die Erstürmung der Bastille veranstalteten, die neue Verfassung; dennoch wurde er von den rachgierigen Arbeitern aus den Vorstädten, den „Jakobinern", wie ein Verbrecher überwacht. Ludwig XVI. wollte in Voraussicht seines Schicksals mit seiner Familie ins Ausland entfliehen, wurde aber von dem Postmeister in St. Menehould erkannt und von der Nationalgarde in Varennes nach Paris in die Tuilerien zurückgeführt. Nach fast zweijähriger Thätigkeit löste sich (Ende September 1790) die Nationalversammlung auf, und an ihre Stelle trat die aus nur neuen Mitgliedern gewählte „Gesetzgebende Versammlung", die durch eine neue Gesetzgebung den Rest der alten Gesetze und Staatseinrichtungen aufheben sollte. Sie bestand aus monarchisch Gesinnten, den „Girondisten" oder gemäßigten Republikanern und den „Bergmännern", welche sich auf die Jakobiner stützten und unter Führung der Abgeordneten Danton, Robespierre und Marat mit Blut und Zerstörung die Republik zu gründen suchten. Es gelang ihnen, die ganze Staatsgewalt in ihre Hände zu bringen, und die große Mehrzahl der gut gesinnten Franzosen ließ sich von dem kleinen Häuflein der blutgierigen Jakobiner bis zur Widerstandslosigkeit einschüchtern. Vorwand zu ihren Umsturzplänen boten der „Bergpartei" die ausgewanderten vornehmen Franzosen, Emigranten, namentlich die Brüder des Königs, welche

die deutschen Fürsten bestürmten, mit einem Heere in Frankreich einzumarschieren und die Revolution niederzuwerfen [1].

Das deutsche Volk blieb im großen und ganzen beim Ausbruche der französischen Revolution gleichgiltig und teilnahmslos, wiewohl es nicht in viel besseren Verhältnissen lebte als die Franzosen. Es war seit Jahrhunderten von jeder Beteiligung an Politik fern gehalten worden und hatte sich daran gewöhnt, daß die Fürsten ausschließlich die politischen Geschäfte in die Hand nahmen. Die öffentlichen Angelegenheiten hatten für jedermann nur insofern ein Interesse, als davon sein persönlicher Vorteil oder Nachteil betroffen wurde. Die wenigen Zeitungsblätter enthielten meist nur Nachrichten von fürstlichen Persönlichkeiten, Naturereignissen und Erfindungen; das Feld der Politik war sehr beschränkt. Von den Vorgängen in Versailles und Paris erhielten die Deutschen infolge der strengen Zensur nur tropfenweise Kenntnis, und nur in einzelnen rheinischen Landschaften, namentlich bei Trier, Speier und Straßburg, stand die aufgeregte Bevölkerung auf, welche mit den benachbarten Franzosen in häufigem Verkehr lebte. In einigen fürstbischöflichen Städten konnte man die Rufe hören: „Wir wollen Freiheit haben von dem Joche der Mönche!“ In Jülich und Berg forderte man mit drohenden Worten Befreiung von der Steuerlast und dem adeligen Jagdrechte. Anfangs wurden die französischen Zeitungen mit ihren Angriffen auf die bestehende Ordnung und Obrigkeit gestattet; als aber die Regierung die Gefährlichkeit dieser Schriften erkannte, wurden sie verboten [2]. Die Bauern in der Rheinpfalz und Kurmainz bekannten sich zu den revolutionären Lehren der Pariser und äußerten sich offen, daß sie sich mit den Franzosen vereinigen werden, sobald sie nach Deutschland kämen. Kurfürst Karl Theodor, der sich beim Ausbruche der französischen Revolution in Mannheim aufhielt, sah mit Furcht der Entwicklung derselben entgegen, weil er für seine unehelichen Kinder viel Geld in französischen Staatspapieren angelegt und schon durch den Bankerott des Bankhauses Pinet in Paris große Summen verloren hatte. Er ließ in seinen sämtlichen Ländern alle französischen Zeitungen und Schriften verbieten, weil er die Jakobiner für Illuminaten hielt. Die Münchener gingen in das nahe gelegene bischöflich-freisingische Dorf Föhring, wo im Gasthause die französischen Zeitungen unbeanstandet auflagen. Die Rheinpfälzer wurden durch Reisende und Kaufleute von den Fortschritten der Pariser Revolution umständlich unterrichtet und auch zu einem Aufruhr ermutigt. Im Oberamte Neustadt nahmen die Unterthanen das Getreide, das zur Ausfuhr nach Frankreich bestimmt war,

---

[1] Thiers, Histoire de la révolution française, II. Lamartine, Histoire des Girondins, II.

[2] Ennen, Frankreich und der Niederrhein ꝛc., II, 428—430.

mit Gewalt weg. In mehreren Oberämtern wurden den Landschreibern, welche fast die ganze Verwaltung in den Händen hatten, Prügel angedroht, weil sie unaufbringliche Steuern von den Unterthanen eintrieben; allein sie handelten im Auftrage des Ministers von Oberndorf, der sich in der Gunst des geizigen Kurfürsten dadurch zu erhalten suchte, daß er in dessen Kasse möglichst viele Gelder ablieferte. Die Rheinpfälzer forderten mit drohenden, ungestümen Äußerungen von der Regierung, daß das Monopol mit dem Holzhandel, womit sich der Fürst von Bretzenheim viel Geld machte, aufgehoben und das unzählige Wild in den kurfürstlichen und pfalz-zweibrückischen Waldungen ausgerottet werde. Karl Theodor befahl dem Minister Oberndorf, daß alles Wild niedergeschossen und das Holzmonopol und die Getreideausfuhr aufgehoben werde. Das Gleiche that der Pfalzgraf Karl von Zweibrücken. Als Karl Theodor nach einem halbjährigen Aufenthalte in Mannheim nach München zurückkehrte, wurden die Rheinpfälzer hierüber aufgebracht und schimpften auf ihn: „Es wäre besser gewesen, wenn er mit dem ganzen Hofstaat überhaupt nicht nach Mannheim gekommen wäre, weil die Vorbereitungen und Ausgaben der Gewerbtreibenden wieder verloren sind. Der Kurfürst hat keinen Charakter, hält die Pfälzer und Altbayern zum besten und sucht nur Geld und Vorteile für seine unehelichen Kinder.“ Kaum war Karl Theodor in München angekommen, so erschienen mehrere Deputationen von Altbayern und forderten von den Ministern, daß sie die neue Forsteinrichtung abschaffen und die neuen, von General Thomson eingeführten Kavalleristen, welche in mehreren Dörfern und Städten bei den Bauern und Bürgern wegen Mangels an Kasernen einquartiert waren, aus ihren Ortschaften entfernen sollten. Sie drohten mit Gewalt, wenn nicht Abhilfe geschehe. Karl Theodor, von Natur furchtsam und weichherzig, wurde durch die Ankunft der Deputationen tief erschüttert; denn er gab sich der Meinung hin, daß sich die bayerischen Soldaten mit den Unterthanen, wie in Frankreich die Truppen mit den Revolutionären, verbinden und ihn ermorden werden. Er erteilte den Ministern den Befehl, daß sie alle Beschwerden der Unterthanen abstellen sollten. Die Landschaftsverordneten reichten bei Karl Theodor eine Vorstellung ein, in welcher sie sich über die militärischen Anordnungen Thomsons, besonders über die Soldatengärten auf Gemeindegründen, beschwerten. Ton und Inhalt der Antwort mißfiel ihnen, und sie forderten, daß in Zukunft in den kurfürstlichen Schreiben an die Landschaftsverordneten eine verfassungsmäßige Antwort eingehalten werde. Aus Angst vor einer Revolution machte Karl Theodor eine Rundreise durch Bayern und sagte in allen Orten, durch die er kam, den Deputationen Abhilfe ihrer Beschwerden zu [1].

[1] Brunner a. a. O. 321, 328, 330—341.

Die Sittenlosigkeit und Verschwendung der französischen Emigranten in Deutschland und die Nachrichten über die entmenschten Republikaner in Frankreich riefen selbst in den revolutionär gesinnten Deutschen Abscheu und Haß hervor. Kaiser Leopold II. war nur von dem Gedanken beherrscht, das monarchische Prinzip in Europa durch Wiederbelebung des demselben dienstbar machenden Ständewesens zu erhalten und zu befestigen und in Verbindung mit vielen oder wenigen Bundesgenossen gegen die Revolution in Frankreich einzuschreiten; nur wollte er nichts überstürzen. Seine Minister, namentlich der alte Fürst Kaunitz, vertraten dieselbe Politik und drangen auf eine Änderung des europäischen Systems. Preußen, England und Holland hatten wegen des Krieges zwischen den Russen und Türken und der drohenden Übermacht Rußlands ein Bündnis zu dem Zwecke abgeschlossen, daß die Unabhängigkeit Polens und der ungestörte Besitz der Türkei erhalten und Österreich von Rußland getrennt und zu den drei Verbündeten herübergezogen werde. Allein Leopold wollte die seit Joseph II. noch fortbestehende Allianz mit Rußland nicht aufgeben, weil er durch eine wachsende Macht Preußens das Gleichgewicht Europas für gefährdet hielt; dieser Gefahr glaubte er dadurch entgehen zu können, daß er die preußische Regierung zu seinen Ansichten bekehre. Mit tiefem politischem Blicke sah der Kaiser vorher, daß die Zarin Katharina II. einen großen Eifer zu einem Kriege gegen die Franzosen kundgeben, sich aber nur mit Geldleistungen beteiligen werde, um ihre Absichten auf Polen durchzusetzen, während ihre Nachbarn mit den Franzosen beschäftigt wären; dennoch legte er auf die Freundschaft Rußlands großes Gewicht, um sich selbst auf Kosten der Unabhängigkeit Polens den Rücken zu decken [1]. Dem Berliner Kabinett stellte er eindringlich die große Gefahr vor, welche durch die französischen Revolutionsideen der bestehenden Staatenordnung in Europa drohe; es sei daher ein gemeinsames Interesse aller Monarchen, sich zu einem antirevolutionären Verteidigungssystem zu einigen. König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, ein Neffe Friedrichs II. des Großen, der im Schlamme sinnlicher Ausschweifungen die Staatsgelder an seine Maitressen und Genossen seiner Lüste verschwendete, ließ sich nach langen Unterhandlungen mit dem Wiener Hofe durch seinen Günstling, den Oberst Bischoffwerder, überreden, daß er die Allianz mit England und Holland aufgab, seinen bisherigen Gegnern Österreich und Rußland die Hand bot und mit Leopold II. in Pillnitz (25. Juli 1791) ein Bündnis einging. Mit der Pforte vereinbarte der Kaiser (August) einen Friedensvertrag zu Sistowa, um seine Streitkräfte gegen Frankreich frei zu machen. Als die

[1] Forschungen zur deutschen Geschichte, Zur Geschichte der Wiener Konvention vom 25. Juli 1791 und der österreichisch-preußischen Allianz vom 7. Februar 1792, von Herrmann, V, 237.

französische Nationalversammlung von der Übereinkunft Österreichs mit Preußen gegen Frankreich Kenntnis erhielt, drängte sie zum Krieg, um den verbündeten Gegnern zuvorzukommen, obgleich die französische Armee sich im schlechtesten Zustande befand. Ehe sie den deutschen Großmächten den Krieg erklärte, starb Leopold II. (1. März 1792); er war leidenschaftlich den Sinnenlüsten ergeben, welche seine Lebenskraft zerstört hatten [1]. Der Kurfürst von Bayern übernahm zum zweiten Mal in Verbindung mit dem Kurfürsten von Sachsen die Reichsverweserschaft, und seine erste Handlung war, daß er den General Thomson nach seinem Geburtsort Rumford zum Reichsgrafen von Rumford ernannte. Die Akademien in München, Mannheim und London überschickten ihm wegen seiner wissenschaftlichen Kenntnisse das Diplom eines Ehrenmitgliedes. Bei dieser Gelegenheit wollten die Münchener Bürger dem Kurfürsten für die Verdienste, die er sich durch Genehmigung der Pläne und Vorschläge Rumfords um ihre Stadt erworben hatte, in einer Adresse ihren Dank ausdrücken und sie ihm durch den angesehenen Kaufmann von Sauer überreichen lassen. Als die Adresse bei der Bürgerschaft zur Unterschrift zirkulierte, verbot sie der Magistrat, und die Handwerker forderten, daß die Pfuscher in den Militärarbeitshäusern entlassen würden, weil sie keine Steuern zahlten. Der Magistrat ließ eine Schrift drucken, in welcher er das Verbot der Dankadresse zu rechtfertigen suchte. Hierüber wurde Karl Theodor so erzürnt, daß er gegen die Stadträte einen Prozeß wegen Majestätsbeleidigung einleiten ließ. Die Anklage endigte mit Absetzung des gesamten Magistrats, und dessen Mitglieder mußten vor dem Bilde des Kurfürsten Abbitte leisten [2].

Die politischen Verhältnisse des Auslandes trieben zu einer schleunigen Kaiserwahl, welche auch von Karl Theodor eifrigst angeordnet wurde. Auf Antrag Österreichs und Preußens vereinbarten die Fürsten und Stände der westlichen Kreise des Reiches eine „Association“ zu einer gemeinsamen Kriegführung gegen Frankreich. Der französische Minister des Äußern Dumouriez forderte von der pfalz-bayerischen Regierung mit trotzigen Worten eine entschiedene Erklärung, ob der Kurfürst der „Association“ beigetreten sei; in diesem Falle würde Frankreich die Rheinpfalz ebenso feindlich behandeln wie Österreich und Preußen. Karl Theodor ließ ihm erwidern, er wisse von keiner „Association“ und sei bestrebt, mit Frankreich einträchtig zu leben. Wenn aber das Deutsche Reich angegriffen werden würde, so müßte er als Reichsstand an der Verteidigung desselben teilnehmen. Der Erzherzog-König Franz von Österreich-Ungarn, Sohn und Nachfolger Leopolds II., führte

[1] Vivenot, Die Politik des österreichischen Staatkanzlers Kaunitz unter Leopold II. 183 ff.

[2] Brunner a. a. O. I, 330—339, 358.

gegen die revolutionären Franzosen eine so drohende Sprache, daß an dem baldigen Ausbruche der Feindseligkeiten nicht mehr zu zweifeln war. Das gereizte Ministerium in Paris entschied sich zum Kriege und zwang den König, daß er ihn (20. April 1792) an Österreich erklärte. Dem Regensburger Reichstage überreichte der Gesandte von Pfalz-Bayern im Auftrage seiner Regierung eine Vorstellung, in welcher viele Bedenken gegen eine Rüstung der rheinischen Reichskreise erhoben, die hilflose Lage derselben geschildert und die Besorgnis ausgesprochen war, daß sie an der französischen Grenze durch einen Krieg einer gänzlichen Verwüstung ausgesetzt sein würden. In dieser Schrift war zuerst jene Neutralitätspolitik angedeutet, welche Karl Theodor später gegen Frankreich einschlug. Die Kundgebung der bayerischen Regierung wurde von Österreich und Preußen sehr unwillkommen aufgenommen; beide Mächte versicherten, das Gebiet aller bedrohten Reichsstände zu schützen, in der Erwartung, daß alle schnell und thätig ihre schuldige Unterstützung leisten werden. Als der Erzherzog Franz (Juni 1792) in Frankfurt einstimmig zum Kaiser gewählt wurde, versammelten sich die deutschen Fürsten um ihn und den König von Preußen, um den Krieg gegen Frankreich zu beraten und zu beschließen. Der Oberbefehl über das Reichsheer wurde dem Herzog Karl Ferdinand von Braunschweig übertragen, der in der Kriegsschule Friedrichs II. aufgewachsen war und allgemein mit den stolzesten Hoffnungen begrüßt wurde. Allein die Rüstungen gingen, besonders in Österreich, langsam vor sich, so daß der französischen Regierung zur Organisation einer Revolutionsarmee eine große Zeit gewährt wurde. Karl Ferdinand marschierte mit vorsichtiger und methodischer Langsamkeit in Frankreich ein und verkündete den Parisern in einem Manifest vom 25. Juli, daß die verbündeten Monarchen jede Beleidigung des Königs Ludwig züchtigen, sich jedoch bei ihm zur Begnadigung verwenden werden, wenn die Franzosen zum Gehorsam gegen ihren Regenten zurückkehren. Diese demütigende Sprache steigerte den Unwillen der nationalstolzen Franzosen bis zur Wut. Die Jakobiner und die Auswürflinge der vorstädtischen Bevölkerung stürmten bewaffnet auf die Tuilerien los, die nur von einem Bataillon Schweizer bewacht waren. Ludwig XVI. flüchtete sich mit seiner Familie in den Sitzungssaal der „Gesetzgebenden Versammlung"; er wurde von den Volksvertretern stumm empfangen und in eine Seitenloge verwiesen. Die blutschnaubenden Pöbelhaufen ermordeten nach einem entsetzlichen Kampfe das Schweizerbataillon, erstürmten und zerstörten die Tuilerien und erschlugen in den Straßen und Häusern mehrere tausend Königlichgesinnte, Edelleute und Geistliche. General Lafayette, der bei Sedan eine Armee gegen die Deutschen gesammelt hatte, wollte nach Paris zum Schutze des Königs aufbrechen; die den Linienregimentern eingereihten Nationalgardisten aber verweigerten den Gehorsam und machten auch die anderen Truppen wankend. Aus Furcht vor einer

Meuterei entwich er in das preußische Lager und wurde fünf Jahre in den Festungen Magdeburg und Olmütz gefangen gehalten [1].

Der Herzog von Braunschweig führte keinen der im Kriegsrat beschlossenen Operationspläne vollständig aus, obgleich er den Franzosen an Zahl und Taktik überlegen war. Die französische Regierung übertrug den Oberbefehl dem Bayern Nikolaus Luckner aus Cham, welcher wegen seiner Verdienste um die Landwirtschaft von dem dänischen König in den Grafenstand erhoben worden war. In der französischen Armee gelangte der Graf von Luckner zu so hoher Achtung und Ansehen, daß er (1790) von König Ludwig XVI. zum Marschall ernannt und ihm Straßburg zum Hauptquartier angewiesen wurde [2]. Während er zur französischen Nordarmee abging, knüpfte die Gesetzgebende Versammlung in Paris mit dem König von Preußen, der den Feldzug persönlich mitmachte, Unterhandlungen an, um ihn von Österreich zu trennen. Dadurch erweckte Friedrich Wilhelm II. Mißtrauen bei der kaiserlichen Regierung, und diese machte den König dadurch unwillig, daß sie die versprochene Truppenzahl nicht stellte; Friedrich Wilhelm schloß daraus, Österreich wolle die Kriegslast größtenteils den Preußen aufladen. Durch die gegenseitige Mißstimmung wurde eine einheitliche und kraftvolle Kriegführung gehemmt. Karl Ferdinand marschierte (August 1792) durch Lothringen, eroberte die Festungen Longwy und Verdun und rückte in der Champagne vor, ohne auf ernstlichen Widerstand zu stoßen. Marschall Luckner konnte trotz seinem Ansehen in die zügellosen Franzosen keine Disziplin bringen und mit meuterisch gesinnten Truppen dem übermächtigen Gegner keine Schlacht liefern. Er mußte sich zurückziehen und wurde deshalb von der Umsturzpartei in Paris fälschlich einer verräterischen Verschwörung mit den ausländischen Feinden angeklagt und nach einem fast zweijährigen Prozesse auf Befehl der revolutionären Regierung in Paris (1794) hingerichtet. Die Mitglieder der Bergpartei und die Jakobiner wurden über das Vordringen der Deutschen zu einer schrecklichen Mordlust entflammt. Sie beschuldigten die Königlichgesinnten, daß sie eine Verschwörung mit den Feinden Frankreichs angezettelt hätten, fingen in Paris und den Provinzen über 3000 Adelige und Bürger nebst 300 Priestern zusammen und ermordeten sie in Gefängnissen [3]. Die Gesetzgebende Versammlung löste sich auf, und an ihre Stelle kam der Nationalkonvent, der (22. September 1792) das Königtum abschaffte und die Republik ausrief; dieser Tag wurde zugleich zum ersten einer neuen Zeitrechnung festgesetzt. Die neue Republik wurde unerwartet vom Kriegsglücke begünstigt. General Dumouriez, der sich mit 17000 Franzosen bei Menehould den

[1] Sybel a. a. O. II, 14—259.

[2] Pfeilschifter, Bayerischer Plutarch oder Lebensbeschreibung denkwürdiger berühmter Bayern, I, 192—194.

[3] Arnd a. a. O. II, 110 ff.

Deutschen gegenüberstellte, trat mit dem Herzog von Braunschweig in listige Unterhandlungen, bis er seine Truppen auf 70000 Mann verstärkt hatte. Nach einem heftigen Artilleriegefechte bei Valmy, wo auf beiden Seiten einige tausend Mann fielen, zog sich Karl Ferdinand zurück, ohne sich in eine Hauptschlacht einzulassen. Dumouriez verfolgte die Deutschen, welche infolge schlechten Wetters, Mangels an Lebensmitteln und ansteckender Krankheiten gleich einem geschlagenen Heere in Luxemburg ankamen. Den Franzosen war der ganze Rheinstrom geöffnet [1].

Zwischen Österreich und Preußen war der Same der Zwietracht ausgestreut, und nur die Ehre und die Selbsterhaltung vermochte beide Staaten, den Krieg gemeinsam fortzusetzen. Die preußische Regierung sagte jedoch dem Kaiser die fernere Waffenhilfe nur unter der Bedingung zu, daß Österreich einwillige, wenn die Preußen polnisches Gebiet besetzen; dagegen würde Friedrich Wilhelm II. seiner Zeit dem Austausche der Niederlande gegen Bayern zustimmen. Österreich war anfänglich gegen eine zweite Teilung Polens; da aber die russische Kaiserin Katharina II. ihre ganze Politik auf Eroberung Polens richtete und ihren Beistand zum Eintausche Bayerns versprach, so willigten Franz II. und sein Minister Freiherr von Thugut in eine wiederholte Teilung Polens und forderten einen entsprechenden Anteil an der Beute. Den Austausch Bayerns begrüßten sie mit Wohlgefallen, überzeugten sich jedoch bald, daß der Plan nicht ausführbar sei; denn General Dumouriez fiel nach dem Rückzuge der Preußen in die Niederlande ein, schlug die dreimal schwächeren Österreicher bei Jemappes (6. November 1792) nach tapferer Gegenwehr und besetzte das ganze Land, welches von den Franzosen vollständig ausgeplündert wurde [2]. Der Kurfürst von Pfalz-Bayern unterhandelte mit der französischen Regierung über eine Neutralität, weil er befürchtete, daß die Rheinpfälzer sich mit den einmarschierenden Franzosen vereinigen werden. Die aufgeregte Bevölkerung in der Rheinpfalz wurde immer erbitterter über die schlechte Verwaltung ihres Landes, die Bestechlichkeit der Beamten und die erdrückende Besteuerung. In vielen Flugschriften wurde zum Sturze der Regierung aufgereizt und in mehreren Städten Jakobinerclubs gegründet, welche den republikanischen Franzosen mit Sehnsucht entgegensahen. Die Bewohner der Pfalzgrafschaft Zweibrücken wurden von mehreren Demagogen gegen den Pfalzgrafen Karl August aufgehetzt durch Hinweisung auf seine Verschwendung und hohe Steuern. Nach wenigen Tagen stand alles unter den Waffen, und die eingeschüchterten Regierungsmitglieder machten dem Pfalzgrafen den Vorschlag, auf die Forderungen des Volkes einzugehen und die Residenz von Karlsberg wieder nach Zweibrücken

[1] Vivenot, Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik während der französischen Revolutionskriege, I.

[2] Sybel, Geschichte der Revolutionszeit, II, 260—487.



zu verlegen. Karl entschloß sich, seinen Hofstaat zu beschränken, die Steuern zu mindern und auf seine Güter in Böhmen ein Anlehen zu machen[1]. Noch ärger war die revolutionäre Wühlerei in der Stadt Mainz, wo die Illuminaten an der neu eröffneten Universität für Freiheit und Gleichheit schwärmten. Die französischen Minister wurden von der Stimmung der deutschen Bevölkerung am Rheine genau durch ihre Emissäre unterrichtet; sie lehnten den Neutralitätsantrag Karl Theodors ab und befahlen dem General Custine, mit einer eiligst zusammengerafften und notdürftig ausgerüsteten Armee von 18000 Mann in die Rheinpfalz einzumarschieren; die Stadt Mannheim solle er jedoch verschonen, um Karl Theodor nicht zum Feinde Frankreichs zu machen. Custine besetzte Worms, Speier und das ganze rheinpfälzische Land. Karl August mußte sich mit seiner Gemahlin nach Mannheim flüchten. Die herrliche Residenz Karlsberg wurde von den Franzosen im nächsten Jahre in Brand gesteckt, und herbeieilende Bauern aus der Umgegend stahlen, was die Flammen nicht verzehrten[2]. Auch die Stadt Mainz fiel durch Feigheit und Verrat in die Gewalt Custines, und Frankfurt nahm er nach kurzer Belagerung. Die Franzosen plünderten alle Häuser und trieben von den Frankfurtern allein 2 Millionen Thaler ein. Nach wenigen Wochen waren die rheinischen Bewohner von aller Sucht nach jakobinischer Freiheit und Gleichheit gründlich geheilt. Zugleich wurden die Deutschen durch die Berichte über die entsetzlichen Gewaltthaten des Nationalkonventes in Paris von Schauder und Entrüstung ergriffen. Die Jakobiner setzten im Nationalkonvente durch, daß dem im Temple, einem turmähnlichen Schlosse der Tempelritter, eingekerkerten König der Prozeß wegen hochverräterischer Verschwörung mit dem Auslande gemacht werde. Der König, den man nur noch Ludwig Capet nannte, verteidigte sich mit Würde, wurde aber mit einer Mehrheit von nur fünf Stimmen zum Tode verurteilt, und am 21. Januar 1793 fiel sein Haupt durch das Beil der Guillotine. Ludwig XVI. starb wie ein Heiliger und sühnte mit seinem schuldlosen Blute die Sünden seiner Ahnen und seines Volkes. Als das Königtum, der Adel und die Geistlichkeit vernichtet war, ahmten auch die reichen und gebildeten Bürgerklassen aus Angst vor den Jakobinern die einfachen und nachlässigen Manieren des gemeinen Volkes nach. Die frühere künstliche, mühevolle und kostbare Toilette verschwand samt Puder, Frisur und Haarbeutel. An die Stelle des dreieckigen Hutes trat der runde, und den Strümpfen und Schnallschuhen machten Stiefel und lange Beinkleider Platz. Die Frauen trugen eine leichte, antike Tracht, welche im Sommer den Leib mehr enthüllte als bedeckte; Brust und Arme und zum Teil die Füße blieben entblößt, das Haar war geflochten und diadem-

[1] Remling, Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit 1792—1798.
[2] Thiers, Histoire de la révolution française, III, 425—449.

artig mit Bändern durchwoben und die Füße mit golddglänzenden Sandalen geschmückt[1]. So erzürnt in Europa die Fürstenhöfe, Aristokraten und höheren Stände über die französischen Jakobiner waren, so ahmten sie doch wie früher die neue Pariser Mode nach.

Die Hinrichtung Ludwigs XVI. und der Haß, den der Nationalkonvent allen Monarchen schwor, einigte die meisten Mächte Europas zum Kampfe gegen die französische Revolution. Die Österreicher marschierten unter dem Feldmarschall Prinzen Josias von Koburg in die Niederlande ein und trieben den General Dumouriez von Mastricht bis Neerwinden, wo sie ihm (18. März 1793) eine vollständige Niederlage beibrachten; dieser Sieg gab den Österreichern die Niederlande zurück. Die Bayern und eine Abteilung Preußen eroberten Frankfurt, schlugen ein französisches Armeecorps bei Höchst und belagerten in Verbindung mit anderen Reichstruppen die Stadt Mainz, die von 15000 Franzosen besetzt war; diese verteidigten sich tapfer und erhielten (22. Juli) freien Abzug. Der Herzog von Braunschweig führte den Krieg in diesem Feldzuge mit derselben Mattherzigkeit wie im letzten und begnügte sich mit der Eroberung der Stadt Mainz. Man einigte sich nicht über einen gemeinsamen Operationsplan, weil Österreich Eroberungen in dem Elsaß und den südlichen Niederlanden machen und Preußen sich durch polnisches Gebiet vergrößern wollte. Die Uneinigkeit in der obersten Kriegsleitung gab den Franzosen Zeit, alle Mittel zur Verstärkung ihrer Streitkräfte aufzubieten. Der Herzog von Braunschweig und der österreichische General Wurmser drängten zwar die Franzosen von den „Weißenburger Linien", Landau-Weißenburg-Lauterburg, hinter die Mauern Straßburgs zurück, wurden aber von den französischen Truppen unter den Generalen Pichegru und Hoche am Ende des Jahres hinter den Rhein zurückgeworfen. Am nächsten Feldzuge beteiligte sich Preußen erst, als ihm England und Holland Kriegsgelder zusicherten; beide Staaten machten aber zur Bedingung, daß alle von den Preußen gemachten Eroberungen nur ihnen zur Verfügung gestellt werden. Im französischen Nationalkonvent riß die Bergpartei alle Gewalt an sich, damit sie ihre volle Wut gegen das Ausland kehren konnte. Ihr Führer Marat hetzte den Pöbel zur Ermordung der besitzenden Volksklassen auf; derselbe drang mit blutigen Waffen in den Sitzungssaal des Konvents und forderte die Einsetzung eines Revolutionsgerichtes, um alle Gegner und „Verräter" der Republik zu vernichten. Die Girondisten, die durch ihre Reden die revolutionäre Umwälzung herbeigeführt hatten, wollten über den Sturz des Königtums nicht hinausgehen, wurden aber durch die Drohungen des Pöbels, dessen Blutgier sie aufgestachelt hatten, zur Einwilligung in das

---

[1] Barante, Histoire de la convention nationale, I, 203—249. Thiers, Geschichte der französischen Revolution, I, 353—376.



Revolutionsgericht gezwungen. In Paris und allen größeren Städten wurden Gerichte eingesetzt, welche ganze Scharen von „Verrätern“ auf das Schafot lieferten und ihr Eigentum einzogen. Bewaffnete Haufen durchzogen mit Guillotinen das Land, um alle mißliebigen Personen, namentlich die Adeligen, Bischöfe und Priester, Mönche und Nonnen hinzurichten. Der Konvent wählte aus seiner eigenen Mitte einen „Wohlfahrtsausschuß“, der mit unbeschränkter Vollmacht in Frankreich schaltete. Die Führer dieses Ausschusses, Danton, Marat, Robespierre ꝛc., stellten die Herrschaft des Schreckens und die Einigkeit des Nationalkonventes her, indem sie in Verbindung mit den Jakobinern und der Nationalgarde die Girondisten als Feinde des Volkes ächteten und guillotinierten (31. Mai bis 2. Juni 1793)[1]. Während Ströme unschuldigen Blutes das Land durchflossen, riefen die Schreckensmänner des Konventes alle wehrbaren Franzosen zu den Waffen, und forderten von den Einwohnern nicht nur alle Pferde und Kriegsvorräte, sondern von den Reichen ungeheure Geldsummen. Ganz Frankreich wurde in ein unermeßliches Heerlager verwandelt. Der Kriegsminister Carnot rüstete über 1 Million Soldaten, welche durch Sturmglocken und militärische Gesänge zu wilder Begeisterung entflammt und durch die wandernden Guillotinen an Blut- und Mordszenen gewöhnt wurden. Carnot ließ 13 Armeen gegen die verbündeten Gegner ausmarschieren, mit dem Befehl, dieselben unaufhörlich und auf allen Seiten anzugreifen, ohne auf Verluste zu achten. Die Franzosen mußten durch ihre furchtbare Übermacht und schonungslose Taktik um so eher siegen, als unter den alliierten Österreichern, Preußen, Engländern und Holländern die verderblichste Uneinigkeit und Eifersucht bestand[2].

Die Österreicher, welche unter dem Prinzen von Koburg die Festung Maubeuge belagerten, wurden von dem französischen General Jourdan zurückgeschlagen und das britische Heer bei Dünkirchen von dem General Houchard besiegt. Nicht so glücklich fochten anfangs die französischen Generale Moreau und Hoche gegen den Herzog Karl Ferdinand von Braunschweig, der sich mit den Preußen, Bayern und den anderen Reichskontingenten bei Pirmasens und Kaiserslautern behauptete. Als sie aber bedeutende Verstärkungen erhielten, durchbrachen sie die Stellungen der Deutschen und warfen sie (Ende Dezember 1793) über den Rhein zurück[3]. Die Fortschritte der Franzosen brachten am Münchener Hofe den längst gehegten Entschluß zu einer Neutralität zur Reife. General Freiherr von Hohenhausen und der Minister und Geheime Ratskanzler Freiherr von Hertling gaben sich in Verbindung mit dem österreichischen Gesandten in München viele Mühe, den Kurfürsten

[1] Lamartine, Histoire des Girondins, VII, 4—32.

[2] Thiers l. c. III, 436 s. Barante l. c. 245 s.

[3] Ennen, Frankreich und der Niederrhein, II, 452—463. Stein, Cabinet von biographischen Gemälden der merkwürdigen Personen aus der neuesten Zeit 52—57.

auf Seite des Kaisers und Reiches zu erhalten. Es wurden (1794) patriotische Aufrufe an das pfalz-bayerische Volk zu einer allgemeinen Bewaffnung und freiwilligen Kriegsgaben veröffentlicht, um das von den Franzosen angegriffene Reich zu schützen. Die anderen bayerischen Minister, namentlich Graf von Vieregg, die Hofpartei und die meisten Stände waren aus Mißtrauen zu der ganzen deutschen Kriegführung dem Kaiser abgeneigt und machten auch den Kurfürsten gegen ihn gleichgiltig. Karl Theodor verweigerte die Aufnahme einer österreichischen Besatzung in Mannheim, weil ihm Vieregg vorgestellt hatte, daß die Österreicher, sobald sie diese Stadt besetzt hätten, sie nie mehr verlassen werden. Der Zwiespalt zwischen Preußen und Österreich wurde noch größer und folgenschwerer, als zwischen dem Münchener und Wiener Hofe. Das Berliner Kabinett forderte für den Feldzug 1794, daß das preußische Heer entweder von den Reichsständen oder von England und Holland verpflegt werde. Bayern und die meisten anderen Stände weigerten sich, weil sie Preußen in Verdacht hatten, daß es mit dem Wohlfahrtsausschuß in Paris in Unterhandlung stehe und die geistlichen Besitzungen säkularisieren wolle. Als auch Österreich die Zahlung von Subsidien an Preußen abwies, rief König Friedrich Wilhelm II. seine Truppen bis auf 20000 Mann vom Rhein in die Heimat zurück; doch nahm er den Befehl zurück, als ihm England und Holland die verlangten Kriegsgelder versprachen. Der preußische Feldmarschall von Möllendorf besetzte Kaiserslautern und Zweibrücken und blieb hier unthätig. Die Befehle des Reichsfeldmarschalls, Herzogs Albrecht von Sachsen-Teschen, ließ er unbeachtet und handelte nach geheimen Aufträgen des Berliner Kabinettes, welches den Österreichern keine militärischen Erfolge gönnte. Herzog Albrecht mußte vor den andringenden Franzosen das ganze linke Rheinufer räumen und die Festungen diesseits des Rheins mit Reichstruppen besetzen, wodurch er sein Heer schwächte. Auch der Prinz von Koburg wurde genötigt, sich vor der feindlichen Übermacht aus den Niederlanden an den Rhein zurückzuziehen, weil er von den Niederländern nicht unterstützt wurde. Die Preußen sahen ruhig zu, wie die Franzosen die wichtigen Städte Trier und Koblenz wegnahmen. Die britische und holländische Regierung forderten von Möllendorf, daß er die französische Nordarmee angreife; als er es verweigerte, bezahlte England keine Subsidien mehr. Friedrich Wilhelm II., ein von Hofschranzen und Maitressen, namentlich von der Gräfin Lichtenau, der Frau eines Kammerdieners, geleiteter Monarch, befahl seinem Feldmarschall, 20000 Mann nach Ostpreußen zu entsenden, um mit denselben Polen zu besetzen, wo eine Revolution ausgebrochen und der russische General Suwarow mit einem großen Heere einmarschiert war[1]. Den Franzosen war

[1] Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichsfeldmarschall, I, 87 f.

die Bahn zu weiteren Siegen geöffnet. Sie schlugen (26. Juni 1794) die vereinigten Österreicher und Holländer bei Fleurus und besetzten die Niederlande. Ein französisches Armeecorps überschritt unter dem General Michaud den Rhein und warf eine österreichische Abteilung von 3000 Mann aus der „Rheinschanze" in die befestigte Stadt Mannheim zurück. Albrecht von Sachsen-Teschen deckte mit dem Großteil des Reichsheeres die Festung Mainz, beging aber den großen Fehler, daß er seine 160 000 Mann starken Truppen von der Rheinpfalz bis Düsseldorf aufstellte, anstatt sie zu sammeln und den Franzosen eine Schlacht zu liefern. Möllendorf beharrte mit 60 000 Preußen und dem sächsischen Reichskontingent in Westfalen auf seiner Unthätigkeit. Zum Staunen der Deutschen verkehrten die preußischen Vorposten und Offiziere mit den Franzosen. Der französische General Pichegru zog (Januar 1795) ungehindert in Holland ein und besetzte Amsterdam. Die Niederlande und Holland wurden in eine französische Provinz umgewandelt [1]. Durch das ungewöhnliche Organisationstalent des Kriegsministers Carnot wurden die wilden Massen der französischen Soldaten zu geordneten Armeen umgeschaffen und die jungen Anführer durch den zweijährigen Krieg zu tüchtigen Generalen und Feldherren gebildet. Durch eine allgemeine Hungersnot und Mangel an Geldmitteln wurde der Nationalkonvent an einer kräftigen Fortsetzung des Krieges gehindert. Auch Österreich war erschöpft, und die beiden deutschen Großmächte machten sich öffentlich die erbittertsten Vorwürfe. Friedrich Wilhelm trat auf den Rat seiner Minister Haugwitz und Luchesini mit Frankreich über einen Sonderfrieden in Unterhandlung.

Die Schreckensmänner des Nationalkonventes hatten während der beiden Feldzüge aus Mordlust und Wut über die verbündeten Monarchen die unglückliche Königin Marie Antoinette (16. Oktober 1793) hingerichtet und mit ihr viele vornehme Gegner der Revolution. Sie schafften das Christentum ab, führten den Kult der Vernunft ein und stellten halbnackte Dirnen zur Verehrung auf die Altäre der geschändeten Kirchen. Robespierre, der keinen Nebenbuhler und keinen Widerspruch duldete, ruhte nicht, bis von den Schreckensmännern einer nach dem andern durch Beschluß des Nationalkonventes das Schafot bestieg. Die Konventsmitglieder wurden von der Furcht befallen, daß auch sie von Robespierre aus dem Wege geräumt werden, damit er allein herrschen könne; dem kamen sie zuvor, indem sie ihn und seine Anhänger (Juli 1794) hinrichten ließen [2]. Die Geistlichen, welche den Eid auf die neue Verfassung verweigerten, wurden verbannt oder ermordet, über 100 000 katholische Bauern des Elsasses wegen ihrer Glaubenstreue zur Auswanderung gezwungen, und über 70 000 Emigranten hatten

---

[1] Sybel, Geschichte der Revolutionszeit von 1789—1800, II, 527—693.

[2] Thiers l. c. VI, 183—267.

sich schon früher der Guillotine entzogen. Frankreich, welches sich bisher an die Spitze der Civilisation in Europa stellen wollte, war in eine vollständige Verwilderung zurückgesunken. Es gab keine andere Gerichtsbarkeit mehr als die Revolutionsgerichte und den Wohlfahrtsausschuß. Ackerbau, Industrie und Handel lagen gänzlich danieder. Die Städte waren verarmt und die Preise der Lebensmittel so hoch gestiegen, daß das Pfund Brot 25 Franken kostete [1]. Die allgemeine Not des Landes machte den Nationalkonvent zu Friedensunterhandlungen mit Preußen geneigt. König Friedrich Wilhelm II. beauftragte den Grafen von der Goltz, die Ansichten der französischen Regierung über den vom Wiener Hofe längst beabsichtigten Austausch der Niederlande, wo die österreichische Verwaltung seit der Klosteraufhebung durch Joseph II. verhaßt war, gegen Bayern auszuforschen und ihr vorzustellen, daß Preußen gegen eine Einverleibung der Niederlande in Frankreich nichts einwenden würde; Österreich aber dürfe nur mit dem Erzstift Salzburg entschädigt werden, weil es durch den Erwerb Bayerns zu mächtig werden würde. Der Wohlfahrtsausschuß wollte Preußen schon längst von Österreich trennen und ging bereitwillig auf Unterhandlungen mit dem Grafen von der Goltz ein, stellte aber hohe Bedingungen. Friedrich Wilhelm war durch eine mißlungene Belagerung der Stadt Warschau durch die Preußen niedergebeugt und mit Rußland und Österreich wegen der polnischen Teilung in Zwietracht; er ließ den Friedensvertrag mit Frankreich in Basel am 5. April 1795 durch den Minister Hardenberg unterzeichnen [2]. Durch diese Übereinkunft wurde das ganze linke Rheinufer mit Frankreich vereinigt, und die weltlichen Fürsten in diesem Reichslande sollten sich auf Kosten Österreichs oder der geistlichen Stifter entschädigen. Da auch Pfalz-Zweibrücken an Frankreich fiel, so übernahm dieses die Schuld von $2^1/_2$ Millionen Thalern, welche Preußen von dem Pfalzgrafen zu fordern hatte. Norddeutschland wurde als neutrales Gebiet behandelt und durch eine „Demarkationslinie“ bis Schwaben, Franken und Schlesien von Süddeutschland getrennt. Der König von Preußen sollte in Norddeutschland durch die Gebiete kleinerer Reichsstände entschädigt werden und das Kurfürstentum Hannover besetzen, wenn es die Neutralität ablehnen sollte. Frankreich machte sich erbötig, über die Entschädigung der linksrheinischen deutschen Fürsten gesondert zu unterhandeln [3]. Friedrich Wilhelm und seine Minister hatten durch den Baseler Vertrag die Ehre Preußens und die Unabhängigkeit Deutschlands preisgegeben, die Abtretung des linken Rheinufers an die Franzosen zugestanden und die tiefste Erniedrigung und schmachvollste Zeit der Deutschen verschuldet.

---

[1] Granier de Cassagnac, Histoire du Directoire, I, 34—629.

[2] Vivenot, Herzog Albrecht a. a. O. II, 103 ff.

[3] Sybel a. a. O. III, 32—195.

Der Baseler Friede legte den Grund zum Rheinbund und zur Auflösung des Deutschen Reiches und bezeugte den völligen Mangel aller Staatsmoral, zu dem die Politik der europäischen, namentlich der deutschen Fürstenhöfe herabgesunken war. Der Krieg gegen die Franzosen war den Preußen schon längst verhaßt, weil es sich nicht um preußische Interessen, sondern um Verteidigung des Deutschen Reiches handelte. Die Klagen des preußischen Volkes, welches damals in der Mehrzahl aus Slaven bestand, haben hauptsächlich zum Abschlusse des Baseler Friedens beigetragen. Von diesem unseligen Vertrag bis zur Wiedererhebung des deutschen Volkes blieb die preußische Politik habsüchtig, zweideutig und schwankend, und das Berliner Kabinett verlor das Vertrauen in allen deutschen Staaten.

Während der kurzsichtige Minister von Haugwitz mit Frankreich ein Bündnis vereinbarte, verband sich der hinterlistige und gewissenlose Minister Freiherr von Thugut mit Rußland gegen Preußen und gab in einem zu Petersburg (3. Januar 1795) abgeschlossenen Vertrag zu, daß Kurland, Litauen, die Moldau und Walachei an Rußland, das südliche Polen, Serbien und Bosnien, Venetien und Bayern an Österreich fallen sollten. Würde Preußen, welches damals mit Österreich noch verbündet war, Einspruch erheben, so sollte es mit russischer und österreichischer Streitmacht niedergeworfen werden. Am Regensburger Reichstag sehnte man sich nach Frieden; die kaiserliche Regierung aber bestand auf Fortsetzung des Krieges, weil ein allgemeiner Friede auf Grundlage des Baseler Vertrages den Einfluß Preußens in Deutschland erhöhen würde. Kaiser Franz II. erneuerte das Bündnis mit England und verdoppelte die Rüstungen, in der Hoffnung, daß auch Rußland mit in den Krieg gezogen werde[1]. Durch den Abfall Preußens war die Felsenfestung Luxemburg, die von 10 000 Deutschen besetzt war, sich selbst überlassen; der Kommandant, Feldmarschall Bender, wurde durch Hunger (6. Juni 1795) zur Übergabe gezwungen. General Jourdan überschritt mit der Sambre- und Maasarmee (6. September) bei Jülich den Rhein und marschierte gegen die befestigte und mit großen Vorräten versehene Stadt Düsseldorf, welche der Kommandant in seiner hilflosen Lage bei der ersten Aufforderung (8. September) übergab. Von Düsseldorf brach Jourdan gegen die Österreicher auf, welche in weiten Quartieren an der Wupper, Sieg und Lahn zersplittert waren; er schlug sie über den Main zurück und belagerte Mainz. Zu gleicher Zeit war der General Pichegru mit der französischen Rhein- und Moselarmee über den Rhein gesetzt, um sich mit Jourdan nach Eroberung der Stadt Mainz zu vereinigen und gemeinsam in Franken einzurücken. Zunächst griff er die Stadt Mannheim an, welche Karl Theodor seinem Statthalter Grafen von Oberndorf und dem General von Belderbusch

[1] Vivenot, Thugut, Clairfayt und Wurmser 1794—1797.

zur Verteidigung anvertraut hatte, mit dem Befehl, erst dann zu kapitulieren, wenn an jeder Rettung zu verzweifeln sei; allein beide verloren beim Anblicke der feindlichen Macht den Mut und übergaben (22. September) die Stadt samt allen Vorräten. Es waren zwar einige österreichische Bataillone zur Verstärkung der Besatzung angekommen, Oberndorf aber wies sie im Einverständnis mit dem Kurfürsten zurück. Die Franzosen besetzten die ganze Rheinpfalz und hausten mit einer entsetzlichen Gewaltherrschaft und Plünderungssucht. Das Christentum wurde im ganzen Lande abgeschafft, die Kirchen und Schulhäuser in Kasernen verwandelt, die Geistlichen verjagt und das Kirchen- und Stiftungsvermögen zum Nationaleigentum der französischen Republik gemacht. Ehe Pichegru sich mit Jourdan vereinigte, eilte der kaiserliche Feldzeugmeister Clairfayt mit den Österreichern und Bayern herbei und besiegte Jourdan (11. Oktober) bei Höchst. Er bemächtigte sich der Stadt Mainz und säuberte das rechte Rheinufer von den Franzosen bis Düsseldorf. Der österreichische General Wurmser drang in die Rheinpfalz ein und zwang die französische Besatzung in Mannheim mit unermeßlichen Kriegsvorräten (22. November) zur Übergabe. Wurmser wollte beim Beginne des Winters Landau erobern, erhielt aber von dem kaiserlichen Hofkriegsrat den Befehl, die Winterquartiere zu beziehen [1].

Der Feldzug 1795 endete für die Franzosen ungünstig, denn auch zur See unterlagen sie gegen die Engländer. Der Nationalkonvent hatte nach blutigen Parteikämpfen dem Lande eine neue Verfassung gegeben; nach derselben wurde die vollziehende Gewalt einem „Direktorium“ von 5 Männern und die gesetzgebende einem Rate von 250 Mitgliedern übertragen. Die Bürgerschaft von Paris, in welcher wieder monarchische Gesinnungen erwachten, war damit einverstanden. Der Konvent ernannte die 5 Direktoren, welche alle für den Tod des Königs gestimmt hatten, und löste sich (26. Oktober 1795) auf [2]. Das neue Direktorium bedurfte des Krieges, weil es gegenüber der Unzufriedenheit des Volkes nur in der Militärdiktatur die Rettung seines Daseins sah. Es beschloß den Krieg gegen die „Trippel-Allianz“, obgleich die Kriegsflotte beinahe vernichtet, die Staatskassen völlig leer und die öffentliche Schuld auf 45000 Millionen Franken „Assignaten“ angewachsen war. England bewilligte dem Kaiser beträchtliche Subsidien und forderte dafür eine energische Kriegführung. Franz II. rüstete zwei Heere, um die Franzosen am Rhein und in Italien anzugreifen. Ehe die Alliierten über den Feldzugsplan einig wurden, eröffnete der General Napoleon von Bonaparte mit 50000 Franzosen jenseits der Alpen die Offensive. Bonaparte war als der Sohn einer alten, aber wenig begüterten Adelsfamilie, Buonaparte,

---

[1] Sybel a. a. O. III, 196—354.

[2] Granier de Cassagnac l. c. I, 630 sv.

in Ajaccio 1769 geboren und hatte in den Kriegsschulen zu Brienne, Paris und Metz eine tüchtige Erziehung erhalten. In seiner ersten Jugend ließ er nichts von den seltenen Anlagen ahnen, die in ihm verborgen lagen; seine Lehrer hielten ihn für ein beharrliches, aber beschränktes Talent, das nur für das Studium und Lehrfach der Mathematik geeignet wäre. Sein verborgener Ehrgeiz trieb ihn bald zu mannigfachen Studien, namentlich der Geschichte, und zur Forschung in der neueren Kriegsgeschichte und Taktik. Vor Ausbruch der französischen Revolution war Napoleon Bonaparte ein ernster, verschlossener und unzugänglicher Jüngling, der sich nie die Vertraulichkeit und Leichtigkeit des französischen Lebens aneignen konnte und die angeborene selbstsüchtige, berechnende Natur eines Italieners bewahrte. Mit rastlosem Eifer erwarb er sich frühzeitig umfassende Kenntnisse im Kriegswesen, sowie eine kühne und treffende Ausdrucksweise. In einem Alter von 27 Jahren wurde er wegen seiner ungewöhnlichen militärischen Fähigkeiten vom Direktorium zum Oberbefehlshaber der französischen Armee in Oberitalien ernannt und unterwarf (April 1796) den König Viktor Amadeus von Piemont, besiegte die Österreicher (10. Mai) bei Lodi und marschierte in die Lombardei. Von Mailand aus wollte er durch Tirol nach Bayern vordringen, um sich mit der französischen Rheinarmee zum Sturze des Kaisers zu vereinigen. Das französische Direktorium befahl dem General Moreau, mit 70000 Mann durch Schwaben gegen München zu marschieren, während Jourdan von Düsseldorf nach Frankfurt und Würzburg vorrücke. Moreau überschritt (4. Juni) bei Straßburg den Rhein, warf bei Kehl die schwäbischen Kreistruppen über den Haufen und fiel in Württemberg ein. Erzherzog Karl, der mit dem österreichischen Hauptheere, den Bayern und anderen Reichskontingenten am Niederrhein den General Jourdan beobachtete, durchschaute den Plan der Franzosen und eilte an den Neckar, um sich bei Günzburg zwischen Jourdan und Moreau zu werfen und den einen oder den andern in einem günstigen Zeitpunkt zu schlagen. Jourdan führte seine Armee unter schändlichen Gewaltthaten über Frankfurt durch Franken nach Nürnberg, während Moreau sich durch Schwaben an die Donau bewegte. Die Franzosen machten sich überall durch grausame Erpressungen, wilde Plündereien und gottlose Religionsspötterei verhaßt und gefürchtet. Baden, Württemberg und die fränkischen Reichsstände gingen mit den Franzosen einen Waffenstillstand ein, mußten aber eine Kriegssteuer von 19 Millionen Franken zahlen.

Erzherzog Karl wandte sich nach einem unentschiedenen Gefechte bei Neresheim an die Altmühl und nach Neumarkt in der Oberpfalz, um bei Teining den rechten Flügel Jourdans anzugreifen. Den Feldzeugmeister Latour und den General Grafen von Rumford ließ er mit 30000 Österreichern und Bayern an der Donau zur Deckung seines Rückens gegen die französische Rheinarmee zurück. Der rechte Flügel des Generals Jourdan

rückte mit sorgloser Langsamkeit an die Donau, um die Verbindung mit Moreau herzustellen. Beide Generale standen nur mehr vier Tagemärsche voneinander und hätten sich leicht zum Verderben des Erzherzogs vereinigen können; allein Jourdan erhielt von dem Direktorium in Paris den Befehl, mit seiner Hauptstreitmacht nach Regensburg und Passau zu gehen und ein Corps nach Böhmen zu entsenden, um dort Kriegssteuern einzutreiben. Den General Moreau beauftragte es, sich mit seinem linken Flügel an die Donau zu lehnen und mit dem rechten auf Innsbruck zu marschieren, damit er durch diese Operation Bayern ausplündere und eine Vereinigung Karls mit dem österreichischen Feldmarschall Wurmser, der mit 25000 Mann von Mannheim nach Tirol zog, verhindere; Wurmser hatte den kaiserlichen Befehl erhalten, in Oberitalien das Oberkommando über die Österreicher gegen Bonaparte zu übernehmen. Jourdan marschierte durch die Engpässe der Pegnitz nach Amberg, und Moreau setzte seine Kolonnen nach Dillingen und Lauingen in Bewegung; seine Vorhut streifte mit wütender Plünderungssucht bis zu den Mauern Regensburgs. Die Reichstagsgesandten stoben feige auseinander. Erzherzog Karl griff die Franzosen unter Jourdan bei Teining und Amberg (22. und 24. August 1796) an und schlug sie mit bedeutenden Verlusten bis Würzburg zurück. Hier besiegte er sie (3. September) nach einer heftigen Verfolgung abermals und warf sie auf das linke Rheinufer zurück, wobei er von der erbitterten, bewaffneten Bevölkerung unterstützt wurde. Karl nahm am Oberrhein Stellung, um dem General Moreau die Rückzugslinie zu bedrohen [1].

Der General der französischen Rheinarmee war mit 64000 Mann von Lauingen aus in Oberbayern einmarschiert, um den Feldzeugmeister Latour bei Ingolstadt anzugreifen; dieser verfügte nur mehr über die Hälfte seiner Truppen, weil er auf Befehl des Wiener Hofkriegsrates 15000 Mann zum Schutze der Grenze Tirols nach Süden entsendet hatte. Latour, ein ungestümer Haudegen, brach ohne Rücksicht auf die Stärke seines Gegners an den Lech auf und griff ihn auf den Höhen von Friedberg an, wurde aber (24. August 1796) mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Moreau war mit sich nicht einig, ob er auf Ingolstadt oder Innsbruck losgehen sollte; er bewegte sich langsam nach Freising und München. Latour konnte sich nicht zurückhalten und warf sich auf den linken Flügel der Franzosen bei Ingolstadt und Mainburg, wurde aber an beiden Orten zurückgeworfen. Kurfürst Karl Theodor floh mit seinem Hofstaate nach Sachsen, wo er das Schloß Pillnitz bewohnte. Wie der sächsische Kurfürst und die süddeutschen Fürsten rief auch er das bayerische Kontingent von dem Reichsheere zurück. Die Regierung überließ er vollständig seinen Ministern, mit dem Auftrage, mit General

[1] Sybel a. a. O. III, 358—467.

Moreau einen Neutralitätsvertrag zu vereinbaren und die 10000 Bayern unter dem Grafen Rumford nach München zurückzuziehen. Die französischen und auch die österreichischen Soldaten bedrückten Bayern mit schonungsloser Gewaltthätigkeit; was sie den Einwohnern durch Plünderung und Erpressung abnahmen, wurde allein ohne die Einquartierungskosten auf 3 Millionen Gulden berechnet. Infolgedessen sanken die Gewerbe immer tiefer und die Preise der Lebensmittel stiegen; schon im letzten Herbst waren ernstliche Unruhen in München und anderen Städten ausgebrochen und der Kurfürst gezwungen worden, die Getreidesperre anzuordnen. Feldzeugmeister Latour wollte mit der österreichischen Abteilung über München an den Inn zurückeilen; es wurde ihm aber der Durchzug durch die Hauptstadt verweigert, weil die Minister schon die Neutralität verkündigt hatten. Als die französische Vorhut von Moosach aus schnell heranbrängte, besetzte Latour (31. August) die Anhöhen von Haidhausen und dem Gasteig am rechten Isarufer und hielt die vorrückenden Franzosen durch wirksames Geschützfeuer fünf Tage zurück. Aus Rache gegen die bayerische Regierung plünderten die Österreicher das Militärarbeitshaus in der Vorstadt Au und steckten Haidhausen in Brand. Bei Annäherung des Großteiles der französischen Rheinarmee legten sie feste Schanzen an und beschossen (8. September) die am linken Isarufer gelegenen Stadtteile; über 20 Häuser in der Vorstadt Lehel und ein Teil des Roten Turmes wurden eingeäschert; eine Geschützkugel schlug in die St. Peterskirche während des Hochamtes am Mariä-Geburts-Feste und setzte die Gläubigen in furchtbaren Schrecken. Indes hatten die Minister und der Ständeausschuß aus Furcht vor der französischen Übermacht und aus Haß gegen die Österreicher Deputierte in das Hauptquartier des Generals Moreau in Pfaffenhofen a. I. geschickt, um mit ihm über einen Friedensvertrag zu unterhandeln. Der französische Oberbefehlshaber ging nur auf einen Waffenstillstand ein und forderte 20 Millionen Livres, 400000 Zentner Getreide und Heu, 100000 Säcke Hafer, ebenso viele Paar Schuhe, 30000 Ellen Offizierstuch, 3300 Pferde und die schönsten 20 Gemälde aus der Münchener und Düsseldorfer Galerie. Mit den Verhandlungen über einen definitiven Frieden wies er die bayerische Regierung an das Direktorium in Paris[1]. Die Deputierten unterwarfen sich den ungeheuerlichen Bedingungen und unterzeichneten am 7. September 1796 den Vertrag, weil sie von den Fortschritten des Erzherzogs Karl am Rheine damals noch keine Kenntnis hatten. Moreau marschierte mit gesamter Macht gegen Haidhausen, um die Österreicher aus ihren Verschanzungen zu vertreiben; allein die Botschaft, daß Jourdan über den Rhein zurückgedrängt worden sei und Karl der französischen Rheinarmee die Rückzugslinie abschneiden

[1] Lipowsky, Karl Theodor, Kurfürst von Pfalz-Bayern 275—306.

wolle, zwang ihn, (11. September) das Isarufer zu verlassen; er entsandte ein Armeecorps nach Eichstätt, um zum Scheine dem General Jourdan zu Hilfe zu kommen, und führte den Großteil über die Donau und mit rühmlichen Operationen bei Hüningen über den Rhein zurück. Latour verfolgte die abziehenden Franzosen; zu einem ernsten Angriffe aber war er zu schwach, und der Erzherzog erst an der Murg angelangt. Karl belagerte Kehl und Hüningen, welche erst im Februar 1797 in die Gewalt der Österreicher fielen [1].

Als Karl Theodor nach München zurückkam, verweigerte er die Unterzeichnung des Pfaffenhofer Stillstandsvertrages, und die darin festgesetzten Bedingungen wurden nicht erfüllt. In Bayern und Süddeutschland wurde die Sehnsucht nach Frieden immer größer und lauter. Unter den alliierten Mächten empfand England tief die schweren Opfer des Krieges; es unterhandelte mit dem Pariser Direktorium und erbot sich, für die erforderlichen Zugeständnisse an Österreich einen entsprechenden Teil der von den Engländern eroberten französischen Kolonien zurückzugeben. Die Direktoren verlangten Separatverhandlungen mit England oder die Vollmacht des Kaisers zu Unterhandlungen für Österreich. Minister Thugut hörte ungern von Friedensverhandlungen, doch ging er auf solche ein unter der Bedingung, daß Österreich für die Niederlande Bayern erhalte und in Oberitalien eine Gebietsvergrößerung erwerbe; dagegen werde er der französischen Republik den Besitz der Niederlande und des linken Rheinufers nicht mehr streitig machen. Die britische Regierung stimmte zu dem Vorschlage Thuguts, forderte aber, daß die Niederlande nicht an Frankreich, sondern an Preußen abgetreten werden, weil das Berliner Kabinett eine Vergrößerung Österreichs durch Bayern niemals zugeben werde, wenn es nicht auch einen Landzuwachs erlange. Diese Zumutung wies Thugut, der die Preußen ärger haßte als die Franzosen, zurück und setzte seine Hoffnungen auf Rußland. Kaiserin Katharina II. hatte ihre lange Regierung mit einem plötzlichen Tode (November 1796) geschlossen, und ihr Sohn Kaiser Paul I. rief die russischen Hilfscorps zurück und ließ nach Wien melden, daß er nichts einzuwenden habe, wenn Österreich die französische Republik anerkenne und Bayern einverleibe [2]. Eine Entscheidung in diesen Verhandlungen führte General Bonaparte herbei, welcher den Österreichern bei Arcole und Rivoli (15.—17. November 1796) eine blutige Schlacht lieferte und ihnen eine gänzliche Niederlage beibrachte. Dieser glänzende Sieg bewies sein Feldherrntalent und brachte die wichtige Festung Mantua, welche die Österreicher unter Wurmser gegen wiederholte Angriffe der Franzosen verteidigt hatten, in seine Gewalt. Nach diesen Erfolgen der

[1] Vivenot, Thugut, Clairfayt und Wurmser 1794—1797.
[2] Sybel a. a. O. III, 468—575.

französischen Waffen schloß Sardinien mit Frankreich ein Bündnis. Neapel trennte sich von der Koalition, und Papst Pius VI. mußte (19. Februar 1797) mit dem gefürchteten Sieger von Arcole in Tolentino Frieden machen; wider seinen Willen erkannte er die Einziehung der Kirchengüter in Frankreich an und trat die Herrschaft Avignon und die Legationen an die Republik ab. Schon gebot Bonaparte über Italien und folgte nicht mehr den Befehlen aus Paris, sondern seinen eigenen Eingebungen. Seine Soldaten leisteten ihm unbedingten Gehorsam, und zu ihrer Verpflegung erpreßte er ungeheure Lebensmittel und Gelder, von denen er den größern Teil nach Paris in die leeren Staatskassen schickte. Zugleich schmückte er die Hauptstadt mit geraubten Meisterwerken der Kunst, welche kurz vorher von der Revolution verachtet und verpönt worden war[1].

Durch die Siege, welche der allgemein bewunderte Korse in Oberitalien erfochten hatte, wurde die kaiserliche Regierung in Wien niedergeschlagen. Thugut und Franz II. ersehnten das Ende des Krieges, waren jedoch noch immer gesonnen, die Waffen nicht ohne Gewinn niederzulegen. Der Kaiser übertrug den Oberbefehl dem Erzherzog Karl und ließ 20000 Österreicher nach Friaul zur Verstärkung ziehen. Ehe diese Truppen durch Bayern und Tirol nach Italien kamen, warf Bonaparte die Österreicher über den Tagliamento und Isonzo zurück, bereitete im Vorübergehen die Auflösung der venetianischen Republik vor und stand im März 1797 in Klagenfurt. Den General Joubert ließ er bis Botzen vorrücken, um im Notfalle durch das Pusterthal in Steiermark einzufallen. Als Bonaparte unaufhaltsam gegen Wien bis auf 30 Stunden vordrang und die österreichischen Divisionen am Rheine von ihrer Hauptmacht abschnitt, ging Minister Thugut mit ihm in Leoben (8. April) einen Waffenstillstand ein. Durch Rücktritt Englands von der Koalition und durch die Gleichgiltigkeit des russischen Kaisers in der auswärtigen Politik wurde Thugut genötigt, am 17. Oktober 1797 einen Friedensvertrag in dem Dorfe Campo Formio zu unterzeichnen; in demselben wurden die Niederlande und die Jonischen Inseln an Frankreich abgetreten, die Republik Venedig, welcher Bonaparte durch einen Gewaltstreich ein Ende gemacht hatte, bis zur Etschlinie dem österreichischen Staate einverleibt, der Herzog von Modena mit dem Breisgau entschädigt und zur Vereinbarung eines Friedens mit dem Deutschen Reiche ein Kongreß in Rastatt bestimmt. Österreich versprach, noch vor Eröffnung des Kongresses die Reichsfestungen Mainz und Koblenz den Franzosen zu übergeben. In geheimen Artikeln trat der Kaiser das ganze linke Rheinufer an Frankreich ab, und sollte für den Breisgau durch das Erzstift Salzburg und für die Niederlande durch

---

[1] Bernhardi, Mémoires du comte de Melito. Historische Zeitschrift von Sybel, II, 286.



bayerisches Land zwischen dem Lech, der Salzach und Tirol bis Wasserburg entschädigt werden. Die Reichsstände, welche auf dem linken Rheinufer Verluste erlitten hatten, sollten in Deutschland durch Einziehung der Kirchengüter nach gemeinsamer Übereinkunft mit Frankreich schadlos gehalten werden. Die geheimen Artikel wurden noch in demselben Jahre von dem russischen Kaiser Paul I. aus Haß gegen die französischen Republikaner allen Kabinetten Europas mitgeteilt[1]. Österreich hatte in Campo Formio an Deutschland denselben Verrat begangen, wie Preußen in Basel. Das Deutsche Reich wurde durch beide Verträge thatsächlich aufgelöst; es verlor einen großen Landstrich und die militärisch gedeckte Grenze und mußte die Einmischung der Franzosen in seine inneren Angelegenheiten zugeben. Dadurch daß Österreich sich das Erzbistum Salzburg ausbedungen hatte, und die Entschädigung der rheinischen Fürsten durch Säkularisierung der geistlichen Besitzungen erfolgen sollte, wurde die Reichsverfassung, in welcher die geistlichen Stände einen wesentlichen und charakteristischen Teil bildeten, umgestürzt. In Bayern waren die Minister überzeugt, daß sie auf dem Rastatter Kongreß für die Rheinpfalz kaum eine Entschädigung durchsetzen werden, weil die kaiserliche Regierung gegen Bayern seit dem Pfaffenhofer Vertrage verstimmt war. Sie wollten die Armee auf eine beachtenswerte Höhe bringen, und durch Verbindung mit der siegenden Partei das verlorene Land wieder gewinnen; allein es fehlten ihnen die Mittel zu Rüstungen, und die Steuern konnten nicht höher mehr hinaufgeschraubt werden. Kurfürst Karl Theodor forderte von der Geistlichkeit in allen pfalz-bayerischen Landen zur Deckung der Staatsbedürfnisse eine außerordentliche Steuer von 15 Millionen Gulden, und Papst Pius VI. erteilte ihm (7. September 1798) in einer Bulle die Ermächtigung hierzu. Diese 15 Millionen waren der fünfte Teil des gesamten geistlichen Vermögens. Durch Vermittlung des Nuntius in München wurde diese Summe auf 5 Millionen herabgemindert. Der Papst hatte die hohe Besteuerung der bayerischen Geistlichkeit zugegeben in der Voraussicht, daß die revolutionären Franzosen, wenn sie in Deutschland und Bayern Sieger bleiben, alle Kirchengüter an sich reißen werden wie auf dem linksrheinischen Gebiete[2].

Während des letzten Feldzuges hatte General Rumford den Kurfürsten Karl Theodor mit offener und gerader Gesinnung ermahnt, er möchte das übergroße adelige Offiziercorps und den kostspieligen Hofstaat beschränken. Die Hofschranzen aber machten dem General den ungerechten Vorwurf, daß der letzte Feldzug durch seine veraltete Heereseinrichtung und sein Ober-

---

[1] Hüffer, Österreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution bis zum Frieden von Campo Formio 1797.

[2] Lipowsky a. a. O. 307 ff.



kommando den traurigen Ausgang genommen hätte; man müsse an die Spitze des Kriegswesens einen General stellen, der die neuen militärischen Reformen einführe. Von mehreren Offizieren gelangten anonyme Briefe an den Kurfürsten mit mancherlei Beschuldigungen über Rumford. Die bayerischen Offiziere und Soldaten waren schon längst mit dem ausländischen General unzufrieden, weil ihnen die neue Uniformierung nicht zusagte und ihnen der Sold nicht rechtzeitig bezahlt wurde. Rumford betrieb aus Rücksicht auf den Kurfürsten bei der Hofkammerkasse die Auszahlung der Kriegsgelder nicht mit der erforderlichen Energie, und lieferte die für die beurlaubten Soldaten ersparten Gelder in die geheime Kabinettskasse Karl Theodors, der sie für seine Maitressen und außerehelichen Kinder verwendete. Zum Danke verschaffte ihm der Kurfürst den polnischen Stanislaus- und Weißen Adlerorden. Als die Verleihung dieser Orden in München bekannt wurde, machte man auf den Grafen Rumford die Satire: „Mit dem Solde der beurlaubten Soldaten füllt Rumford die Schatulle des Kurfürsten, der ihm hierfür auswärtige Stricke (die Cordons des Adlerordens) verschaffte, damit er ihm nicht zuletzt zur Schlußentgeltung inländische Stricke erteilen müsse." In München erhoben sich mehrere Stimmen gegen den verdienstvollen General, weil die vom Kurfürsten (1792) abgesetzten Magistratsräte ihn für den Prozeß wegen Majestätsbeleidigung verantwortlich machten. Der Widerstand und die Gehässigkeiten, denen Rumford trotz seiner Verdienste überall in Altbayern, der Rheinpfalz und Jülich-Berg begegnete, verleideten ihm den Aufenthalt in Bayern, und er beschloß, sich um einen entsprechenden Gesandtschaftsposten umzusehen [1]. Seinem Wunsche gemäß ernannte ihn Karl Theodor (1796) zum Gesandten in London. Diese Stelle bekleidete Graf von Rumford nur zwei Jahre und zog sich ins Privatleben zurück; er widmete sich ausschließlich den Wissenschaften und wurde von der Royal Society zum Vizepräsidenten gewählt. Später siedelte er von London (1802) nach Frankreich über, wo er von Bonaparte ehrenvoll empfangen wurde und nach zwölf Jahren in Autreuil bei Paris starb [2].

Kaiser Franz II. lud die deutschen Fürsten zum Kongreß nach Rastatt ein, wobei er ihnen die Erhaltung der Integrität des Reiches vorspiegelte, obgleich er das linke Rheinufer in einer Ausdehnung von 1200 Quadratmeilen mit 4 Millionen Einwohnern an Frankreich preisgegeben hatte. Der Regensburger Reichstag schickte 76 Deputierte, und mit diesen trafen noch Abgesandte aller Reichsstände oder diese selbst ein, um durch unmittelbaren Verkehr mit den französischen Bevollmächtigten ihr Recht und ihren Vorteil

---

[1] Brunner S., Der Humor in der Diplomatik 2c., I, 333—342.

[2] Rudhart, Lebensbeschreibung berühmter Männer Bayerns 2c. 78. Ellis E. G., Memoir of Sir Benjamin Thompson, count Rumford 474—533.

zu wahren. Auch Preußen war vertreten, nahm jedoch als neutrale Macht an den Friedensverhandlungen keinen Anteil; im Vertrauen auf seine besondere Stellung zu Frankreich aber rechnete es auf Gebietserwerbungen und suchte jede Vergrößerung Österreichs zu hintertreiben. Bayern sandte mehrere Diplomaten nach Rastatt; an ihrer Spitze stand Graf Morawitzky, ein erfahrener und begabter Staatsmann, der von dem französischen Emigranten Grafen von Bray mit einer gewandten Feder und geschickten Anweisungen unterstützt wurde. Als staatsrechtlicher Konsulent war Professor Zentner von Heidelberg thätig, und Graf von Hompesch und Freiherr von Schenk vertraten die Interessen des Herzogtums Jülich-Berg. Pfalzgraf Max Joseph von Zweibrücken ernannte den Grafen von Rechberg und seinen Sekretär Grafen von Montgelas zu seinen Bevollmächtigten. Als der Kongreß im November 1797 eröffnet wurde, führte die österreichische Regierung nebenher geheime Verhandlungen mit Frankreich in Selz, und der Minister Cobenzl erneuerte nochmals seine Ansprüche auf Bayern. General Napoleon Bonaparte erschien selbst in Rastatt, um schnell die Geschäfte abzumachen. Von Österreich forderte er die Stadt Mainz und versprach dagegen Venetien zu übergeben. Die kaiserlichen Gesandten willigten sogleich ein, mit der Versicherung, den Mainzer Kurfürsten mit Gewalt zur Übergabe der Festung zu zwingen. Bonaparte reiste bald wieder ab, weil er sich überzeugt hatte, daß in Rastatt eine bedeutende Persönlichkeit nicht notwendig sei, um mit den deutschen Fürsten fertig zu werden. Seine Gedanken waren mehr auf Eroberung Ägyptens und des Orients gerichtet, um die Macht Englands in Ostindien zu schwächen. Er überließ die Verhandlungen den Gesandten Bonnier, Debry und Roberjot mit der Instruktion, in allen Punkten mit Preußen zu gehen; denn mit Österreich könne man niemals zu einem Abschlusse kommen, wenn man ihm nicht mit Abbruch der Verhandlungen drohe. Die französischen Gesandten wurden vollkommen Herren des Kongresses und strebten dreist nach möglichster Vergrößerung Frankreichs. Erst im Dezember begannen die eigentlichen Verhandlungen, nachdem Mainz und Koblenz den Franzosen ausgeliefert worden waren. Aus dem Abmarsche der österreichischen Truppen von Mainz erkannten die deutschen Fürsten, daß sie von ihrem Kaiser betrogen und verraten worden seien. Die Reichstagsdeputierten glaubten, daß das linke Rheinufer noch bei Deutschland erhalten werden könne; allein die französischen Gesandten ließen mitten im Waffenstillstande durch eine Truppenabteilung die Rheinschanze bei Mannheim wegnehmen und erklärten in einer gebieterischen Note, daß von nun an der Rhein als Grenze anzuerkennen sei, womit Preußen, Österreich, Württemberg und Baden übereinstimmten. Die Reichsstände mußten die Abtretung zugeben, weil sie ohne Österreich und Preußen den Franzosen keine Kriegsmacht entgegenstellen konnten; nur die pfalz-bayerischen Gesandten protestierten in einem Rundschreiben gegen die

Abtretung. Mit Furcht und Hoffnung erwarteten die benachteiligten Fürsten die Entschädigungsfrage[1].

Die österreichischen Gesandten machten offen Entschädigungsansprüche auf Bayern, stießen aber bei Preußen und Rußland auf große Hindernisse, weil beide Mächte als Garanten des Teschener Friedens für die Selbständigkeit Bayerns einstanden. Die bayerischen Gesandten überreichten den Bevollmächtigten Frankreichs eine Denkschrift, in welcher sie die politischen Folgen einer Vergrößerung Österreichs durch Bayern mit so durchdringenden Beweisen darstellten, daß diese jede bayerische Gebietsabtretung an Österreich zurückwiesen und dem Pfalzgrafen Max Joseph den ganzen Besitz des Kurfürstentums zusicherten. Den deutschen Fürsten und Ständen, die sich heftig über den Verlust ihrer linksrheinischen Gebiete beklagten, machten die französischen Gesandten den Vorschlag, sich mit den geistlichen Gütern zu entschädigen. Gegen eine solche Gewaltthätigkeit erhoben die geistlichen Fürsten und Stände lebhaften Einspruch und wiesen auf die Ungerechtigkeit hin, daß nur die geistlichen Reichsstände und nicht auch die weltlichen zur Entschädigung beigezogen würden. Mit ihnen vereinigte sich nur der kursächsische Bevollmächtigte, und sie wurden von dem Kaiser, der vor allem zu ihrer Erhaltung verpflichtet gewesen wäre, im Stiche gelassen. Der preußische Gesandte von Görtz gab anfangs die Erklärung ab, daß Preußen auf jede Entschädigung verzichte, wenn auch die anderen Staaten ihre Ansprüche fallen lassen; seine Absicht war, die Ausführung des Vertrages von Campo Formio und eine Entschädigung Österreichs für die Niederlande zu verhindern. Da aber Österreich auf seinen Forderungen beharrte, so willigte Görtz in die Säkularisation, damit auch Preußen von dem allgemeinen Kirchenraub ein Stück erhalte. Wegen beständigen Treibens und Wogens der politischen Parteien in Paris wurden die französischen Gesandten über die Entschädigung und Säkularisierung ohne Instruktion gelassen und der ganze Kongreß geriet in Stockung, bis die ersten Nachrichten von dem großen Unternehmen Bonapartes nach Europa gelangten[2]. Der Korse wollte den Verlust der Kolonien, den die Franzosen in Nordamerika erlitten hatten, durch Eroberung des fruchtbaren Nillandes ersetzen und von hier aus der Herrschaft der Engländer in Ostindien ein Ende machen und Konstantinopel erobern. Das Direktorium ging bereitwilligst in die Pläne des kühnen Feldherrn ein, um ihn von Frankreich fern zu halten, weil es seine Überlegenheit sehr unbequem fühlte und ihn die Armee und das Volk als Haupt des französischen Reiches betrachtete. Mitte Mai 1798 segelte er mit 36 000 Mann auf

---

[1] Häusser, Zur Geschichte des Rastatter Kongresses. Historische Zeitschrift von Sybel, VII, 5—33.

[2] Häusser a. a. O. VII, 33—38.

350 Schiffen von Toulon ab, täuschte die englische Flotte unter dem Admiral Nelson und entriß (10. Juni) den überraschten Ordensrittern die Insel Malta samt allen Schätzen und Kriegsschiffen. Von Malta steuerte Bonaparte nach der Stadt Alexandria und erstürmte sie (2. Juli). In einer Proklamation an die Einwohner verkündete er, daß die Franzosen keine Christen und keine Feinde des Propheten seien und Ägypten von den Mameluken befreien und glücklich machen wollten. Durch seine neue überlegene Taktik vernichtete er in zwei Schlachten die von den Türken und Arabern gefürchteten Reiterscharen der Mameluken, und nach wenigen Tagen besetzte er (21. Juli) die Hauptstadt Kairo. Während er die Verwaltung des fremden Landes mit bewundertem Scharfblicke ordnete und einen Aufstand der Moslemin niederwarf, zerstörte Nelson (1. August) die französische Flotte in der Bucht von Abukir und schnitt die französische Landarmee von ihrer Heimat ab. Zugleich ordnete die Pforte Rüstungen an, um von Syrien aus Ägypten wieder zu erobern; dem wollte Bonaparte vorbeugen und brach (Februar 1799) nach Syrien auf. Unter den ärgsten Beschwerden drang er bis Jaffa vor und eroberte es (7. März); die befestigte Stadt Acre aber konnte er nicht überwältigen und mußte nach einer zweimonatlichen Belagerung nach Ägypten zurückkehren, wo er (19. Mai) ein türkisches Heer nach dessen Landung aufrieb. Schlimme Nachrichten über die inneren und äußeren Verhältnisse der französischen Republik veranlaßten ihn, den Oberbefehl in Ägypten dem tapfern General Kleber zu übergeben und mit wenigen Generalen und Offizieren (Oktober) nach Paris zurückzueilen. Das Direktorium hatte dem General Berthier befohlen, in Rom einzumarschieren, weil die Römer die französischen Agenten vertrieben und einen General Frankreichs erschlagen hatten. Berthier pflanzte in Rom auf dem alten Forum einen Freiheitsbaum auf, schaffte die weltliche Macht des Papstes ab und machte (10. Februar 1798) den Kirchenstaat zu einer französischen Republik. Die Franzosen verjagten die Kardinäle, plünderten die Stadt und führten den Papst Pius VI. in die Gefangenschaft nach Valence, wo er im folgenden Jahre starb. Zu gleicher Zeit brachen französische Truppen in die Schweiz ein, raubten alle Ortschaften aus und machten das Land zu einer Provinz Frankreichs [1].

Die neuen Vergewaltigungen der Franzosen reizten und bedrohten Österreich, welches immer bei einem günstigen Zeitpunkte zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten bereit war. Die kaiserlichen Gesandten in Rastatt benahmen sich in den letzten Wochen des Jahres 1798 lau und gleichgiltig, und legten den Verhandlungen überhaupt kein Gewicht mehr bei, weil in Italien auch zwischen Neapel und Frankreich der Krieg ausgebrochen und ebenso diesseits

[1] Arnd Ed., Geschichte der französischen Revolution von 1789—1799, Bd. VI.

der Alpen bevorstand. Die preußischen Gesandten sahen sich durch die Neutralitätspolitik ihrer Regierung vollständig vereinzelt, und ärgerten sich über die Anmaßung der Franzosen, welche sich verlauten ließen, daß Frankreich nach Umständen die norddeutsche Neutralität nicht beachten werde. Dazu kam, daß der österreichische Gesandte Graf von Lehrbach die bedenkliche Äußerung fallen ließ, der kaiserliche Hof werde die Erwerbung Bayerns nicht aufgeben, solange die Staatsmänner in Wien ihren Verstand behielten. Diese Worte bestärkteu die Preußen in der Besorgnis, daß der Pfalzgraf Max Joseph von Zweibrücken den verzweifelten Weg der anderen Reichsstände einschlagen und sein Heil bei den Franzosen suchen werde. Indes mehrten sich in Frankreich und Rußland, wo Kaiser Paul I. sich immer heftiger gegen die revolutionären Franzosen aussprach, die Anzeichen eines Krieges. Kaiser Franz II. hielt noch zurück, weil seine Finanzen erschöpft und seine Rüstungen noch nicht vollendet waren. Es gelang ihm, auch den Kurfürsten von Bayern zum Beitritte zur zweiten Koalition gegen Frankreich zu bewegen; allein ehe die Feindseligkeiten eröffnet wurden, starb Karl Theodor am 16. Februar 1799. Der alte Kurfürst war in den letzten Jahren immer mißtrauischer und mürrischer geworden. Es lag ihm wenig an Bayern und der ganzen Regierung, weil auch seine zweite Ehe kinderlos blieb, wie es unschwer vorauszusehen war. Seine erste Gemahlin war vor fünf Jahren (1794) gestorben; er hatte schon mehrere Jahre auf ihren Tod gewartet, weil er durch eine zweite Heirat auf Nachkommenschaft rechnete. Als die Kurfürstin (1785) in Mannheim bedenklich erkrankte, sprach der österreichische Gesandte Graf von Lehrbach in München mit Karl Theodor über eine Vermählung mit der ältesten Tochter des Großherzogs von Toskana, womit der den sinnlichen Genüssen ergebene Kurfürst sogleich einverstanden war; die Gegner Österreichs bei Hof aber stellten ihm vor, daß die Tochter des Toskaners für ihn zu alt sei, und legten ihm ein Verzeichnis von sieben jüngeren Prinzessinnen vor, darunter auch einige protestantische, welche zum Übertritte zur katholischen Kirche bereit waren. Karl Theodor heiratete im 71. Lebensjahre die kaum neunzehnjährige Erzherzogin Marie Leopoldine von Österreich, eine Tochter des Erzherzogs Ferdinand, Sohnes des Kaisers Franz I. und Maria Theresias; die Hochzeit feierte er ein halbes Jahr nach dem Tode seiner ersten Gemahlin [1].

Je mehr sich Karl Theodor in der Hoffnung auf Nachkommenschaft getäuscht sah, desto widerwärtiger wurden ihm alle Staatsgeschäfte, und er überließ die Regierung gänzlich seinem Kabinettsrat von Lippert und seinen unehelichen Söhnen, den Fürsten von Bretzenheim und Ysenburg und den Grafen von Holnstein und Leiningen nebst deren Frauen. Als er sich eines

---

[1] Brunner a. a. O. I, 287—290.

Abends mit dem L'hombre-Spiel unterhielt, wurde er vom Schlage gerührt und schloß nach wenigen Tagen sein Leben. Ein Testament über seine Nachfolge hatte er nicht hinterlassen und ebensowenig jene Urkunde, welche ihm der österreichische Gesandte in München über Abtretung Bayerns an Österreich vorgelegt hatte, unterzeichnet, weil Belgien bereits in der Gewalt der Franzosen war und Kaiser Franz kein anderes Land zur Entschädigung hatte. Dennoch war die kaiserliche Regierung so dreist, die Erbansprüche auf Bayern zu erneuern, mit dem Vorwande, daß die Kurfürstin-Witwe eine österreichische Prinzessin sei, obgleich in Bayern die weibliche Erbfolge ausgeschlossen war. Leopoldine, welche bei dem Tode Karl Theodors erst 24 Jahre alt war, ging später (1804) auf Zureden des Ministers von Montgelas und dessen Schwagers mit dem Grafen von Arco, den sie zu ihrem Oberhofmeister ernannt hatte, eine Ehe ein, welcher zwei angesehene und reich begüterte Grafenlinien entsproßten[1]. Sie nahm in der Herzog-Max-Burg Wohnung, wo sie sich ungeachtet eines großen Familienvermögens durch Sparsamkeit und Geiz hervorthat. Der nächste dynastische Erbe in Pfalz-Bayern war kraft der Hausverträge und des Teschener Friedens der Pfalzgraf Max Joseph von Zweibrücken-Birkenfeld, welcher 1756 in Mannheim geboren war und bei der Taufe den Namen seines Paten, des Kurfürsten Max III. Joseph von Bayern, erhalten hatte. Im 21. Lebensjahre hatte er das Kommando über das in Straßburg gelegene elsässische Regiment übernommen, welches seinem Großvater, Pfalzgrafen Christian III., und seinem Vater, dem Reichsfeldmarschall Friedrich Michael, in erblicher Eigenschaft verliehen worden war. Der junge Oberst wurde von den französischen Soldaten wegen seiner Freigebigkeit und wohlwollenden Gesinnung geliebt und von König Ludwig XVI. (1778) zum Generalmajor und Ritter des St. Ludwigsordens ernannt. Seine Gemahlin Wilhelmine gebar ihm in Straßburg (25. August 1786) den Prinzen Ludwig, dessen Taufpate Ludwig XVI. war, und in Mannheim die Prinzessin Auguste und den Prinzen Karl; bei der schweren Geburt des letztern starb sie, und der Pfalzgraf heiratete im nächsten Jahre wegen der Erziehung seiner kleinen Kinder die Prinzessin Karoline von Baden. Beim Ausbruche der französischen Revolution verließ Max Joseph Straßburg und begab sich mit seiner Familie nach Zweibrücken. Nach dem Ableben seines Bruders Karl August (1795) fiel ihm die Pfalzgrafschaft Zweibrücken-Birkenfeld zu; allein das kleine Land war von den Franzosen besetzt und ging für Max Joseph durch die Abtretung des linken Rheinufers verloren, so daß ihm nur der leere Titel eines Pfalzgrafen blieb. Karl Theodor war dem Pfalzgrafen als seinem Nachfolger abgeneigt, bis er Leopoldine heiratete und legitime Erben erwartete; er ließ die Eifersucht auf Max Joseph

[1] Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn von Stein, III, 341.

fallen und ihm jährlich 80000 Gulden verabfolgen, mit denen er als Privatmann in Straßburg lebte. Die Bayern, welche schon die Geburt des Erbprinzen Ludwig in allen Kirchen mit einem Te Deum gefeiert hatten[1], trugen dem neuen Kurfürsten eine sehnsuchts- und vertrauensvolle Liebe entgegen. Als er am 20. Februar 1799 mit seinen blühenden Kindern in München einzog, wurde er von der ganzen Bevölkerung mit endlosem Jubel begrüßt; ein biederer Bürger reichte ihm die derbe Rechte in den Wagen mit deutschem Gruß: „Nun gottlob, Maxl, weil du doch da bist!"

[1] Brunner a. a. O. I, 287.

Dritter Abschnitt.

Neueste Zeit.

Erstes Kapitel.

Erhebung Bayerns zu einem Königreich.

Kurfürst Max IV. Joseph fand Bayern bei Übernahme seiner Regierung in einem trostlosen Zustande. Die einträglichen Rheinlande waren von den Franzosen besetzt, die Hofkassen überschuldet und das ganze Finanzwesen in so großer Unordnung, daß man dem neuen Landesherrn weder den Betrag der Einnahmen noch den Schuldenstand zuverlässig angeben konnte. Die Beamtenstellen waren durch Maitressengunst, Kauf und Erbschaft besetzt und der Hof mit unzähligen verarmten und hungrigen Adeligen angefüllt. Der Volksunterricht wäre gänzlich verfallen, wenn ihn nicht die Mönche und Nonnen erhalten hätten; dennoch warfen die illuminatisch gesinnten Beamten und Hofadeligen ihre lüsternen und habgierigen Augen auf die reichen Klostergüter. Die Landbevölkerung war großenteils in Unwissenheit und Roheit aufgewachsen und durch die Bestechlichkeit der Beamten entsittlicht. In vielen Städten waren die Magistrate erblich geworden, und die Bürgerschaften schlossen sich durch das alte Zunftwesen von jeder industriellen Entwicklung ab, in der Meinung, dadurch ihren sinkenden Wohlstand zu erhalten. Schlechte Straßen und zahllose Mauten hemmten jede freie Bewegung im Handel und Verkehr [1]. Das Kriegswesen lag völlig danieder; die Offizierspatente waren noch immer käuflich und der Sold der niederen Offiziere sehr gering. Die Truppen jubelten dem neuen Kurfürsten entgegen, weil sie von ihm, der selbst als Oberst und General die Bedürfnisse und Neigungen der Soldaten kennen gelernt und gefühlt hatte, mit Recht eine Verbesserung ihrer unerträglichen Lage hoffen konnten. Max Joseph wurde durch die auswärtige Politik gehindert, sogleich in die Verwaltung und das Heerwesen mit reformierender Hand einzugreifen, denn in Italien und Deutschland waren die

[1] Häberlin, Staatsarchiv, VI, 10 ff. Perthes, Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft 390—398.

Feindseligkeiten zwischen Frankreich und der zweiten Koalition ohne Kriegserklärung erneuert worden, ehe der Kurfürst nach Bayern kam. Die Franzosen hatten vertragsbrüchig (Januar 1799) die Feste Ehrenbreitstein besetzt; eine Armee unter dem General Jourdan überschritt den Rhein bei Straßburg und eine andere unter dem General Massena bei Basel. Die erstere marschierte durch den Schwarzwald nach Oberschwaben und die zweite durch die Schweiz bis Vorarlberg und Tirol; dadurch wurde Bayern auf zwei Seiten bedroht. Am Wiener und Petersburger Hofe sah man mit Spannung der Entscheidung Max Josephs in der auswärtigen Politik entgegen; man glaubte fest, daß er sich mit Frankreich verbünden werde, weil er mit dem Direktorium in Paris und der preußischen Regierung im engsten Vertrauen stand. Minister Thugut erbitterte durch tückische Vorstellungen das reizbare Gemüt des Zaren Paul gegen Max als einen Freund der Jakobiner, um mit Hilfe Rußlands die Einverleibung Bayerns in Österreich zu erreichen, welche er mit französischem Beistand vergebens angestrebt hatte. Paul schenkte ihm um so mehr Glauben, als Max gleich nach seiner Ankunft in München die bayerische Zunge des Malteserordens, für welchen der Zar besonders eingenommen war, aufgehoben hatte. In leidenschaftlicher Aufwallung des Zornes schrieb er seinem General Suwarow, welcher an der Grenze Mährens die russische Armee zusammenzog: „Die Denkungsart des bayerischen Kurfürsten und seine ersten Maßregeln zwingen Uns, ihn als feindlich gesinnt gegen Uns zu achten. Wir geben Euch hiervon Kenntnis, damit Ihr nach Einigung mit dem Wiener Hofe in allen Fällen in diesem Sinne gegen den Kurfürsten von Bayern verfahret."[1] Max trat auf Rat seines Ministers Grafen von Montgelas der Koalition bei und stellte dem russischen Kaiser zu Gefallen den Malteserorden in Bayern wieder her, ließ sich aber von ihm die Unverletzlichkeit seines Landes gewährleisten[2]. Ein anderer politischer Ausweg war nicht möglich, weil Bayern schon von den Österreichern unter dem Erzherzog Karl besetzt, das bayerische Heer mangelhaft gerüstet und die Kassen leer waren.

Der kaiserliche Bevollmächtigte in Rastatt, Graf von Lehrbach, der die stärksten Umtriebe zur Erwerbung Bayerns für Österreich machte, hätte lieber gesehen, daß Max Joseph sich an Frankreich angeschlossen hätte, um ihn als Hochverräter an Kaiser und Reich zu ächten und zu verjagen. Die französischen Gesandten verschleppten die Kongreßverhandlungen, um möglichst lange Zeit zu haben, die deutschen Fürsten durch Haß und Mißtrauen vom Kaiser zu trennen. In dieser Absicht veröffentlichten sie die geheimen Artikel

---

[1] Vivenot, Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik während der französischen Revolutionskriege, II.

[2] Wolf a. a. O. 25—30.

von Campo Formio und die Separatverhandlungen in Selz, wo die österreichischen Gesandten die Einverleibung Bayerns und anderer deutschen Gebiete offen ausgesprochen hatten. Lehrbach verließ (9. März 1799) Rastatt, um für die Verpflegung der kaiserlichen Truppen in Süddeutschland zu sorgen und später das Amt eines Ministers zu übernehmen. Die Reichstagsdeputierten blieben in Rastatt zurück, weil sie von dem Reichstag noch nicht abgerufen worden waren. Auch die Gesandten von Frankreich erklärten, die Kongreßstadt nicht zu verlassen, denn das Direktorium sei ungeachtet des gegen die Koalition erneuerten Krieges zu einem Frieden mit dem Deutschen Reiche geneigt. Indes war Erzherzog Karl vom Lech nach dem südlichen Schwaben marschiert, warf die Franzosen unter Jourdan (20. März) bei Ostrach zurück und erfocht über sie bei Stockach (26. März) einen entscheidenden Sieg; Jourdan mußte über den Rhein zurückgehen und das südwestliche Deutschland war wieder frei gemacht. Dennoch verblieben die französischen Gesandten in Rastatt, und die kaiserliche Regierung wurde in der Besorgnis bestärkt, daß sie ihre Abreise verzögerten, um die deutschen Fürsten dem Kaiser zu entfremden. Als der Erzherzog gegen Rastatt vorrückte, erklärte sie wiederholt, daß sie diese Stadt nicht mehr als Sitz offizieller Verhandlungen und als neutralen Ort betrachten werde. Karl ließ dem französischen Kurier seine Briefschaften abnehmen, Rastatt mit einer Reiterabteilung besetzen und forderte die Gesandten Frankreichs auf, die Stadt binnen 24 Stunden zu verlassen; diese entschlossen sich, noch an demselben Abend (28. April) in einer stürmischen Nacht abzureisen. Eine kurze Strecke außerhalb des Stadtthores wurden sie von Husaren überfallen, Bonnier und Roberjot ermordet und Debry verwundet und ihre Frauen und Diener ausgeplündert [1].

Ohne Zweifel hatte Graf von Lehrbach von dem Minister Thugut den Befehl erwirkt, die französischen Gesandten aufgreifen zu lassen, um ihnen ihre Papiere abzunehmen und Kenntnis von den geheimen Verhandlungen zwischen ihnen und Bayern, sowie den anderen süddeutschen Staaten zu erhalten. Die Husaren forschten vergeblich nach den gewünschten Schriften, weil diese von dem preußischen Gesandten bewahrt worden waren. Fürst Metternich, der dem Grafen von Lehrbach an die Seite gegeben worden war, gestand zu, daß das Wiener Kabinett sich der Schriften der französischen Gesandten zu bemächtigen gesucht hätte; den Auftrag zu einem Meuchelmord aber hatte Lehrbach den Husaren nicht gegeben. Ein bayerischer Diplomat, der in Rastatt mit Lehrbach denselben Gasthof bewohnte und von ihm nur durch eine einfache Wand geschieden war, belauschte an der verschlossenen

[1] Helfert, Der Rastatter Gesandtenmord. Historische Zeitschrift von Sybel, XXXII, 298—318.



Verbindungsthüre der beiden Zimmer die Gespräche des Grafen mit seinem Sekretär. Diesem teilte Lehrbach mit rückhaltloser Geschwätzigkeit mit, daß Thugut dem Erzherzog Karl die Weisung zugeschickt hätte, ihm eine Truppenabteilung zur Anhaltung der französischen Gesandten zur Verfügung zu stellen. Der bayerische Diplomat schickte sogleich hiervon eine schriftliche Aufzeichnung nach München an seine Minister. Thugut wollte dem russischen Kaiser thatsächliche Beweise von einem verräterischen Einverständnis des Kurfürsten von Bayern mit dem Pariser Direktorium vorlegen, weil er für seine Anklagen nur Vermutungen hatte; er selbst war von der franzosenfreundlichen Gesinnung Max Josephs und seiner Minister vollkommen überzeugt, denn er hatte in Rastatt den bayerischen Gesandten in den engsten Beziehungen zu den Botschaftern Frankreichs überrascht und in München die Ersetzung desselben durch einen andern Diplomaten erzwungen [1]. Der Rastatter Kongreß war mit Betrug eröffnet, zur Schmach Deutschlands über ein Jahr fortgesetzt worden und endete mit einem entsetzlichen, alles Völkerrecht verhöhnenden Meuchelmord, welcher den erbitterten Haß der Franzosen gegen die Österreicher und ihre Verbündeten steigerte.

Erzherzog Karl rückte in die Schweiz ein, besiegte (3. und 4. Juni 1799) die Franzosen unter dem General Massena bei Zürich und drängte sie hinter die Limmat und Reuß zurück. Hier blieb er auf einen geheimen Befehl der österreichischen Regierung unthätig stehen, weil der Minister Thugut von einer Wiederherstellung der alten schweizerischen Eidgenossenschaft und des Königreichs Sardinien nichts wissen wollte; dadurch erhielt Massena Zeit, Verstärkungen nach der Schweiz zu ziehen. Auch in Italien wirkte die Politik des Wiener und Petersburger Hofes nachteilig auf die Kriegführung der Alliierten ein. Der unfähige General Scherer wollte die Österreicher unter dem Feldzeugmeister Kray vor Ankunft der Russen besiegen, wurde aber nach den Treffen bei Legnano, Magnano und Verona (26. März bis 5. April) über den Mincio und die Adda zurückgeschlagen. Das Direktorium in Paris übertrug dem General Moreau das Oberkommando über die französische Armee in Oberitalien. Zu gleicher Zeit überstieg der russische General Suwarow die Alpen und übernahm den Oberbefehl über die Russen und Österreicher; diese aber wollten sich ihm nicht unterordnen, weil sie zahlreicher als die Russen waren und den Sieg bei Magnano ohne sie erfochten hatten. Suwarow, ein dem General Bonaparte ebenbürtiger Feldherr, besiegte mit dem verbündeten Heere die Franzosen unter Moreau bei Cassano (4. und 5. April) und entriß ihnen in kürzester Zeit ganz Oberitalien. In voller Übereinstimmung mit dem Zaren wollte er von Sardinien

---

[1] Wachalla, Der österreichische Reichskanzler Klemens Lothar Fürst von Metternich 7.

aus in Frankreich einfallen, dort die Revolution niederwerfen und das Königtum wieder aufrichten; allein das österreichische Ministerium wollte von einer Kriegführung für ideale Zwecke nicht hören, sondern nur von Machtvergrößerung und Ländererwerb. Im Minister Thugut reifte der Plan, ganz Oberitalien samt Sardinien zu erobern. Paul I. gab zwar vor, die französischen Länderräuber im Namen der göttlichen Gerechtigkeit zu bekämpfen und jedem das Seinige zurückzustellen, allein sein legitimer Rechtssinn war nur ein Aushängeschild; denn er suchte Korfu und Malta in seine Gewalt zu bringen und ganz Italien unter das russische Protektorat zu stellen. Als in seinem Auftrag Suwarow den flüchtigen König von Sardinien wieder in sein Land einsetzen wollte, rief der Wiener Hofkriegsrat einzelne Abteilungen des österreichischen Heeres von der russischen Armee ab, um Toskana und die Herzogtümer Parma und Modena zu besetzen. Suwarow mußte seine Absicht aufgeben und bat den Zaren um Entlassung. Paul wurde über das Ränkespiel der österreichischen Minister so erbittert, daß er von der Koalition zurücktreten wollte; er ließ sich jedoch durch Vermittlung Englands bewegen, die Fortsetzung des Krieges in Italien den Österreichern zu überlassen und dem General Suwarow zu befehlen, daß er durch die Schweiz nach Frankreich marschiere. Unter dem General Fürsten Korsakow schickte er 30 000 Russen in die Schweiz, um in Verbindung mit Suwarow in das Herz Frankreichs einzudringen, während Erzherzog Karl in das Elsaß einbreche und ein englisch-russisches Heer in Holland lande[1]. Korsakow nahm seinen Weg durch Bayern und wurde von dem Kurfürsten Max Joseph mit dem bayerischen Reichskontingent zu 3000 Mann unter dem Generalmajor Bartels verstärkt. Als er mit den Russen und Bayern bei Zürich anlangte, ließ der Erzherzog im Auftrag des eifersüchtigen und hinterlistigen Kaisers Franz II. ein österreichisches Armeecorps unter dem General Hotze als Besatzung in Zürich zurück und marschierte (28. August 1799) mit dem Großteil seines Heeres durch Baden bis Mannheim. Suwarow schlug den mit einer französischen Armee aus Unteritalien herbeigeeilten General Macdonald in einer dreitägigen Schlacht an der Trebbia (17.—19. Juni) aufs Haupt und errang in Verbindung mit dem Feldzeugmeister Kray über die französische Armee in Piemont bei Novi in einem blutigen Kampf (15. August) einen glänzenden Sieg. Im Rücken gesichert, brach er in die Schweiz auf. Während er seine Truppen über die Höhen und Engpässe des St. Gotthard unter unmenschlichen Schwierigkeiten und Gefahren führte, griffen die französischen Generale Massena und Soult (25. und 26. September) die vereinigten Russen, Österreicher und Bayern bei St. Gallen und Zürich an

---

[1] Michailowski-Danilewski und Miljutin, Geschichte des Krieges Rußlands mit Frankreich 1799, von Ch. Schmidt, III. und IV. Bd.

der Limmat und Linth an und zersprengten sie nach einem mörderischen Treffen. Korsakow, welcher die gesamte Artillerie verloren hatte, zog sich mit nur mehr 10000 Mann über Winterthur, Schaffhausen und Konstanz nach Schwaben zurück. Die Bayern deckten den Rückmarsch der Russen, wurden aber von den verfolgenden Franzosen bei dem Kloster Paradies unweit Winterthur angegriffen und mußten nach einem hitzigen Gefecht mit einem Verlust von 300 Mann und 9 Offizieren der feindlichen Übermacht weichen [1].

Der eiserne Feldherr der Russen erstürmte die von den Franzosen besetzten Gebirgspässe und stieg unter fortwährenden Gefechten vom Gotthard an den Vierwaldstätter See herunter. In Uri erfuhr er die Niederlage seiner Landsleute. Mit einer unverwüstlichen Kraft und Ausdauer schlug er die Angriffe Massenas zurück und bahnte sich den Weg über die rauhen, mit hohem Schnee bedeckten Glarner Alpen durch das obere Rheinthal nach Graubünden und Vorarlberg. Suwarow hatte die Hälfte seines Heeres, alle Geschütze und Pferde verloren und vereinigte sich (Mitte Oktober 1799) am Bodensee mit den Trümmern der Armee Korsakows. Sein Ärger über die österreichische Politik und Kriegführung wurde durch das gänzliche Mißlingen des Feldzuges gesteigert, denn der Erzherzog Karl war während der Niederlagen der Russen in der Nähe der Schweiz unthätig stehen geblieben. Beim Einmarsche Karls in die Rheinpfalz errichteten die waffenfähigen Franken bei Aschaffenburg einen Landsturm von ungefähr 15000 Mann, welche sich den Österreichern anschlossen. Der Erzherzog erstürmte Mannheim und trieb die französische Rheinarmee auf das linke Ufer des Rheins zurück. In diesen Gefechten that sich im fränkischen Landsturme der Oberst von Wrede an der Spitze eines Freiwilligenbataillons rühmlich hervor. Wrede war der Sohn eines Geheimen Rates in der Rheinpfalz und wurde zum Hofkammerrat und Forstmeister befördert. In dem Feldzuge 1792 erhielt er bei dem österreichischen Armeecorps des Fürsten von Hohenlohe-Kirchberg das Amt eines Civilkommissärs und bewies in den folgenden Feldzügen eine solche Entschlossenheit und militärische Befähigung, daß ihn Kurfürst Karl Theodor zum Obersten ernannte [2]. Der Erzherzog weigerte sich gemäß der Anweisung seiner Regierung, sich mit den Russen zur Erneuerung des Angriffes zu vereinigen, mit der Angabe, er müsse die österreichischen Erblande in Süddeutschland verteidigen. Voll Ingrimm verließ Suwarow den Kriegsschauplatz und bezog in Bayern die Winterquartiere. Max IV. Joseph hatte seinen Vetter und Schwager, den Herzog Wilhelm von Bayern, frühern Pfalzgrafen von Birkenfeld, nach Petersburg gesandt, um mit Paul über ein bayerisches Armeecorps

[1] Wulffen, Die kurpfalz-bayerischen Truppen während der französischen Revolutionszeit, Feldzug 1799.

[2] Rudhart, Lebensbeschreibung berühmter Männer Bayerns 92.



gegen Frankreich eine Übereinkunft zu treffen. Der Vertrag wurde in Gatschina (1. Oktober 1799) abgeschlossen, wodurch Bayern mit Rußland völlig ausgesöhnt und beide Staaten zu einem engen Bündnis geeint wurden. Der Kurfürst verpflichtete sich, gegen englische Kriegsgelder ein Hilfscorps von 20000 Mann zu rüsten, und der Zar sicherte ihm die Unverletzlichkeit seines Landes zu. Max verpflegte bereitwillig die russischen Soldaten in seinem Lande und gab dem General Suwarow ein Darlehen von 200000 Gulden; dadurch erwarb er sich die volle Gunst Pauls [1].

Das dritte russische Heer, welches in Verbindung mit den Engländern unter dem unfähigen Herzog von York in Holland, der neuen „Batavischen Republik“, gelandet hatte, focht ohne Erfolg. Die Holländer waren aus Überdruß über die französische Gewaltherrschaft bereit, sich mit den Alliierten zu verbünden; als aber die Engländer gegen sie ebenso handelten wie die Jakobiner, und ihnen ihre Schiffe wegnahmen, traten sie auf Seite der Franzosen und vertrieben die Russen und Engländer (Oktober 1799) aus ihrem Lande. Unmutig über die Unfälle der russischen Streitmacht, sagte sich Paul I. von der Koalition los und rief seine Truppen in die Heimat zurück. Suwarow nahm im nächsten Frühling von den bayerischen Soldaten, welche mit ihm aus der Schweiz gezogen waren, den wärmsten Abschied und sprach dem Kurfürsten seinen ehrerbietigsten Dank für die best besorgte Einquartierung aus [2]. Die eroberungssüchtige Politik des Ministers Thugut hatte es den Franzosen ermöglicht, daß sie sich im Besitze der Schweiz und des ganzen linken Rheinufers behaupteten. In Italien aber gingen alle von Bonaparte gemachten Eroberungen wieder verloren; in Neapel führten die aufständischen Patrioten unter Führung des Kardinals Ruffo den von den Franzosen und den eingeborenen Republikanern vertriebenen König auf seinen Thron zurück, und die Österreicher besetzten Toskana und den Kirchenstaat. Die Franzosen maßen die Schuld an den Niederlagen in Italien dem Direktorium in Paris bei. Es drohte der französischen Republik durch die Unfähigkeit und Schlechtigkeit der „Gesetzgebenden Versammlung“ und des Rates der „Fünfhundert“ der Untergang, und die Royalisten konnten auf Wiederherstellung der Monarchie rechnen, weil die meisten Republikaner dem Pöbel angehörten, oder an der republikanischen Regierung festhielten, welcher sie ihre Anstellung und ihr Einkommen verdankten. Als Napoleon Bonaparte aus Ägypten nach Frankreich zurückkam, wurde er von dem Volke als Retter des Vaterlandes begrüßt. Gleich nach seinem Eintreffen in Paris zwang er die Direktoren zur Abdankung und ließ die „Fünfhundert“ durch ein Grenadierbataillon aus dem Sitzungssaale zu den Fenstern hinausjagen. Die Mitglieder der „Gesetz-

---

[1] Völderndorf, Kriegsgeschichte der Bayern, I, 27 f.

[2] Michailowski-Danilewski a. a. O. V.

gebenden Versammlung" stellten sich auf seine Seite. Mit unbeschränkter Gewalt gab Bonaparte am 18. Brumaire (10. November 1799) den Franzosen eine neue Verfassung mit drei Konsuln, einem Senate und einem Gesetzgebenden Körper; er selbst warf sich zum ersten Konsul auf, besetzte alle Ämter, entschied über Krieg und Frieden und ernannte den von der Kirche abgefallenen Bischof Talleyrand von Autun zum Minister des Auswärtigen[1]. Die neue Verfassung verlieh dem ersten Konsul eine weit größere Gewalt, als einst die französischen Könige besessen hatten; die Nation, welche sich nach geordneten und sicheren Zuständen sehnte, nahm sie willig an. Dem korsischen Edelmanne wurde durch dieselbe seine Alleinherrschaft begründet und das Schicksal Frankreichs und Europas entschieden.

Nach Herstellung der innern Ruhe befahl der erste Konsul dem General Moreau, die französische Rheinarmee auf 100000 Mann zu verstärken, in Schwaben und Bayern einzufallen und auf Wien loszugehen; er selbst sammelte im stillen in der Schweiz 35000 Mann, führte sie (Mitte Mai 1800) über die Alpen und erschien unvermutet im Rücken der Österreicher, welche unter dem greisen General Melas die Stadt Genua belagerten. Melas marschierte ihm entgegen und lieferte ihm bei dem Dorfe Marengo, unweit der Stadt Alessandria, (14. Juni) eine Schlacht, in der er eine solche Niederlage erlitt, daß er den Franzosen Oberitalien bis an den Mincio abtreten mußte. Moreau hatte bei Straßburg und Breisach den Rhein überschritten und die österreichischen Abteilungen nach mehreren Gefechten bei Engen, Mößkirch und Biberach (3.—9. Mai) bis Ulm zurückgeworfen. Zum Oberbefehlshaber über das österreichische Heer in Deutschland hatte Kaiser Franz II. den Feldzeugmeister Kray ernannt; Erzherzog Karl, der allein den französischen Generalen überlegen war, hatte aus Mißmut über die hinterlistige Politik des Wiener Hofes das Oberkommando niedergelegt. Kray zog einige Reichskontingente an sich, um bei Ulm die Iller zu decken. Als aber Moreau bei Höchstädt über die Donau setzte, und ein Armeecorps unter dem General Lecourbe aus Graubünden in Vorarlberg einrückte, wich Kray nach einem hitzigen Gefechte bei Neuburg über den Lech bis an die Isar zurück. Kurfürst Max IV. Joseph verließ mit seiner Familie München und verlegte das Hoflager nach Amberg. Die Leitung der Staatsgeschäfte übertrug er dem Minister Freiherrn von Hertling, dem Präsidenten der Generaldirektion Grafen von Törring und dem Vizepräsidenten Freiherrn von Weichs. Beim Beginne des Feldzuges hatte er 12000 Mann unter dem General von Zweibrücken gerüstet, welche er selbst dem kaiserlichen Oberbefehlshaber bei Landshut zuführte. Die Franzosen überschwemmten in mehreren Abteilungen Bayern, und Ende Juni (28.) zog die französische Vorhut unter dem Brigadegeneral

[1] Wachsmuth, Geschichte Frankreichs im Revolutionszeitalter, III, 175 ff.

Decan in München ein. Moreau schlug anfänglich (1. Juli) sein Hauptquartier in Nymphenburg auf, verlegte es aber nach wenigen Tagen (5. Juli) nach München, wo er 14 Geschütze, alle Kriegsvorräte und eine beträchtliche Menge von Lebensmitteln forderte [1].

General Moreau brach mit seiner ganzen Streitmacht gegen Landshut auf und zwang das kaiserliche Heer durch Bedrohung seines rechten Flügels zum Rückzuge an den Inn. Feldzeugmeister Kray vereinbarte mit ihm in Parsdorf einen Waffenstillstand, um Zeit zu Verstärkungen zu gewinnen; er mußte aber den Franzosen die Festungen Philippsburg, Ulm und Ingolstadt ausliefern. Ganz Ober- und zum Teil auch Niederbayern wurde von den ausschweifenden, zuchtlosen Franzosen besetzt, welche den Einwohnern das Leben so verbitterten, daß viele ihre Heimat verließen und ganze Dörfer und Bauernhöfe menschenleer wurden. Außer der Einquartierungslast mußten die Bayern 3 Millionen Franken Brandschatzung zahlen, und mit stummem Schmerze sehen, wie Moreau in der Umgegend von Ingolstadt durch den General Jarry mehrere tausend Bauern zusammentreiben und durch diese die Festungswerke niederreißen ließ [2]. Seine Absicht war, den Kurfürsten für sein Land so besorgt zu machen, daß er sich von dem Kaiser trenne. Den preußischen Gesandten beauftragte er, mit ihm über ein Bündnis mit Frankreich zu unterhandeln. Max IV. ließ sich hierzu, ungeachtet der harten Lage, in der sich Bayern befand, nicht überreden, weil die Franzosen über die Österreicher noch keinen entscheidenden Sieg erfochten hatten. Franz II. ließ mit dem aus Italien nach Paris zurückgekehrten Konsul Bonaparte über einen Frieden Unterhandlungen einleiten, allein diese zerschlugen sich, weil der Minister Graf von Lehrbach, der Nachfolger Thuguts, aus Haß gegen die Franzosen auf die Bedingungen Bonapartes nicht einging, und England den Kaiser zur Fortsetzung des Krieges aneiferte. Bei Ampfing wurde eine Heeresmacht von 130000 Österreichern und Bayern gesammelt, und der Kaiser übertrug den Oberbefehl seinem achtzehnjährigen Bruder Johann, welchem er den alten Feldzeugmeister Lauer an die Seite gab. Franz kam selbst nach Ampfing, um über die Truppen Heerschau zu halten. Den Kurfürsten Max Joseph setzte er in Kenntnis, daß er die Opfer, welche Bayern für Österreich gebracht hätte, anerkenne und es beim nächsten Friedensschluß entschädigen werde. Nach Ablauf des Parsdorfer Stillstandes nahmen die Kaiserlichen zwischen Braunau und Kufstein Stellung. General Moreau hatte seine Truppen auf der ausgedehnten Linie von der Altmühl über Landshut, Vilsbiburg und Rosenheim aufgestellt. Die Österreicher und Bayern

---

[1] Oberbayerisches Archiv, München zur Zeit der französischen Okkupation 1800, XXXI, 61—70.

[2] Gerstner, Geschichte der Stadt Ingolstadt in Oberbayern 328 ff.

hatten zur Verteidigung eine geeignete Stellung gewählt; unter dem Schutze der Festung Kufstein konnten sie mit verstärkter Macht den rechten Flügel der Franzosen bei Rosenheim angreifen, ohne ihr Zentrum und ihren Flügel zu gefährden, weil jenes durch feste Brückenköpfe bei Wasserburg, Krayburg und Mühldorf und dieser durch die Festung Oberhaus bei Passau gedeckt war. Da sie die Übermacht besaßen, so konnten sie die französischen Linien mit sicherem Erfolge durchbrechen und die einzelnen Abteilungen über den Haufen werfen. Im kaiserlichen Hauptquartier verfiel man auf den verkehrten Gedanken, das 90000 Mann starke Heer der Franzosen einzuschließen und zu erdrücken[1].

Als die Kaiserlichen sich auf ihrer ganzen Linie (Ende November 1800) gegen Mühldorf und München heranbewegten, hatte General Moreau bereits seine Regimenter aus den entfernteren Quartieren an der Isar zusammengezogen; sein linker Flügel wurde (1. Dezember) bei Ampfing überfallen und auf die Hauptmacht zurückgeschlagen. Nach dem Plane des Feldzeugmeisters Lauer ging Erzherzog Johann mit 60000 Mann gegen München vor, in der Meinung, sein Gegner wolle sich in keine Schlacht einlassen; der Kundschafterdienst wurde mit gewohnter Gleichgiltigkeit gänzlich vernachlässigt. Unerwartet traf er bei Hohenlinden auf den zurückgeschlagenen linken Flügel und das Zentrum der Franzosen, welche Moreau eiligst von Ebersberg nach Hohenlinden geführt hatte. Der französische Feldherr ließ die Kaiserlichen ungestört durch die gefährlichen waldigen Engpässe zwischen Hohenlinden und Mattenbett herankommen und stellte seine Armee von 55000 Mann am Ausgange der Defileen in Schlachtordnung. Am 3. Dezember morgens griff er die kaiserlichen Kolonnen an, als sie aus den waldigen Thalwegen vorrückten; die Hauptkolonne unter dem Erzherzog Johann und an ihrer Spitze die Bayern kamen zuerst ins Gefecht. Die bayerischen Jäger drangen unter furchtbarem Schneegestöber vor, mußten aber vor einem lebhaften Geschützfeuer der Gegner zurückweichen. Das Gefecht dauerte mehrere Stunden ohne Entscheidung, bis nördlich vom Walde die österreichischen Kolonnen unter den Generalen Kienmayer und Latour allmählich auf dem Gefechtsfelde erschienen. Moreau ließ sie mit zwei Divisionen angreifen, während die kaiserliche Hauptkolonne in die Engpässe zurückgeworfen wurde, wo sie sich nicht mehr entfalten konnte. Die Bayern und Österreicher leisteten bei Mattenbett einen verzweifelten Widerstand, gerieten aber durch einen allseitigen Angriff der Franzosen in Verwirrung; ihre Reihen lösten sich in einen ungeordneten Knäuel auf und wurden durch ihre eigene Artillerie und Heergepäck gehemmt. Ganze Haufen wurden samt ihren Geschützen gefangen, und nur einzelnen zersprengten Abteilungen gelang es, zu entkommen. Die Kolonnen Kienmayers und Latours

---

[1] Hardegg, Vorlesungen über Kriegsgeschichte, III, Feldzug 1800.

hatten die Ortschaften am Saume des Waldes gegenüber Hohenlinden besetzt und fochten gegen die zwei französischen Divisionen so tapfer, daß sich diese nur mit Anstrengung behaupten konnten. Nach der Niederlage der Bayern und Österreicher bei Mattenbett richtete General Moreau alle seine Streitkräfte gegen Kienmayer und Latour, und schlug sie mit großen Verlusten in die Flucht. Die Österreicher verloren 5000 Tote und Verwundete, 7000 Gefangene und 70 Geschütze; die Bayern hatten einen Verlust von 5000 Mann nebst 24 Geschützen, und ihr General Deroy wurde verwundet und mit 38 Offizieren gefangen. Moreau verfolgte die Kaiserlichen bis Salzburg und Linz, und seine Vorposten streiften bis auf zwei Tagemärsche vor Wien[1]. Franz II. stellte den Erzherzog Karl wieder an die Spitze des Heeres; als dieser die geschwächten und entmutigten Truppen sah, gab er jeden Gedanken an Fortsetzung des Krieges auf und ging mit Moreau in Steyer (25. Dezember 1800) einen Waffenstillstand ein. Als Bonaparte eine Armee unter dem General Augereau in Franken einmarschieren ließ, und die Franzosen auch in Oberitalien siegend vom Mincio aus vorrückten, schloß der Kaiser am 9. Februar 1801 für sich und das Deutsche Reich in Luneville mit Frankreich Frieden. Der erste Konsul unterhandelte absichtlich mit Franz allein, um ihm die deutschen Fürsten zu entfremden und das Deutsche Reich aufzulösen. Der Kaiser trat, wie im Vertrage von Campo Formio, die Niederlande, das linke Rheinufer und Oberitalien bis an die Etsch ab, und erhielt dafür Istrien, Dalmatien und Venedig. Die linksrheinischen Fürsten sollten durch Einziehung der geistlichen Stifter entschädigt werden. Franz verpflichtete sich auf eigene Verantwortung, die ausländischen Fürsten von Modena, Toskana und Nassau-Oranien, welche ihr Land den Franzosen überlassen mußten, mit deutschen Besitzungen zu entschädigen. Als er dem Regensburger Reichstage den Luneviller Vertrag zur einfachen Annahme vorlegte, wurden die Mitglieder desselben über sein eigenmächtiges Handeln entrüstet; allein sie hatten keine andere Wahl, als den Vertrag zu genehmigen[2]. Um so eifriger gingen sie an die Ausführung der Entschädigung und setzten auf Vorschlag des österreichischen Gesandten (7. November 1801) eine Reichsdeputation zur Verhandlung der Säkularisation der Kirchengüter nieder; ein Widerspruch der Fürstbischöfe war fruchtlose Mühe. Die österreichische Regierung wollte die drei geistlichen Kurfürstentümer und mit ihnen für sich ihre Kurstimme erhalten; Bonaparte aber hatte im Sinne, sie weltlichen Fürsten zu geben, damit diese von Österreich getrennt und an Frankreich gebunden würden. Es wurden die Rastatter Vorgänge mit der nämlichen Selbstsucht, Erniedrigung und Bestechung erneuert.

---

[1] Wulffen, Die kurpfalz-bayerischen Truppen 2c., Feldzug 1800.

[2] Sybel, Geschichte der Revolutionszeit von 1789—1800, Bd. V.

Während in Regensburg über die Einziehung der geistlichen Besitzungen verhandelt wurde, schickten die deutschen Fürsten Gesandte nach Paris, um die Gunst des gewaltigen Konsuls und seines Ministers Talleyrand zu erlangen; letzterer wurde mit ungeheuern Geldsummen bestochen. Kurfürst Max Joseph sandte zur Sicherstellung der bayerischen Interessen den Herrn von Ceto nach Paris; auch Rußland und Preußen rief er um Vermittlung an, weil Österreich neuerdings mit einem Tauschplane zwischen Bayern und den kleineren Fürsten und Grafen in Schwaben und Franken hervortrat. Bonaparte begünstigte Preußen, Bayern, Württemberg und Baden, um diese Staaten an sich zu fesseln und ihnen eine größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber dem Kaiser zu verschaffen; die kleineren Reichsgebiete, deren Bestand auf der Einheit und Kraft des ganzen Reiches beruhte, sollten den größeren Fürstentümern einverleibt werden. In Übereinstimmung mit dem neuen Kaiser Alexander I. von Rußland, welcher seinem von den Großen und Generalen des Landes wegen seiner strengen Regierung (März 1801) ermordeten Vater Paul folgte, und mit Frankreich Friede und Freundschaft schloß, sicherte Bonaparte Preußen, Bayern, Württemberg und Baden die Einziehung mehrerer Bistümer und die Mediatisierung der Reichsritterschaft und der Reichsstädte zu, und ließ der Reichsdeputation in Regensburg seinen Entschädigungsplan zur Bewilligung übergeben. Die weltlichen Fürsten nahmen mit bewaffneter Hand von den Kirchengütern Besitz, und der Kurfürst von Bayern ließ das Passauer Bistum mit einer Heeresabteilung besetzen, ehe es die Reichsdeputation in Regensburg und der kaiserliche Hof in Wien erfuhren. Franz II. wurde hierüber so erbittert, daß er am Inn eine Armee aufstellen ließ, um sich des Passauer Hochstiftes zu bemächtigen, welches er nebst Salzburg und Berchtesgaden für den Großherzog von Toskana bestimmt hatte. Der Passauer Bischof Graf Leopold von Thun, ein Böhme, rief sogleich die Österreicher zu Hilfe, welche Passau besetzten und ihre Geschütze gegen die Bayern richteten. Eine geringe Unvorsichtigkeit hätte genügt, so wären die gereizten Bayern mit den Österreichern handgemein geworden. Auf Geheiß des Kaisers setzte die Reichsdeputation die Beratung über die Säkularisation fort; der französische und russische Gesandte aber befahlen ihr, den in Paris entworfenen Entschädigungsplan im Interesse Deutschlands und des europäischen Friedens binnen zwei Monaten zu erledigen. Der preußische Gesandte beantragte, den Plan im ganzen anzunehmen; ihm stimmten der bayerische Gesandte Freiherr von Rechberg und die anderen Bevollmächtigten zu. Der österreichische Gesandte forderte Prüfung der einzelnen Teile des Planes, um noch ein Stück für den toskanischen Großherzog zu erwirken. Bonaparte war über den Einmarsch der Österreicher in Passau und den Einspruch des kaiserlichen Gesandten in Regensburg so ärgerlich geworden, daß er seinen Adjutanten Lauriston nach München schickte mit einem Handschreiben an Max

Joseph, worin er ihm den Beistand Frankreichs von neuem versprach, wenn der Kaiser seine Truppen nicht aus Passau zurückziehe. Dieser Brief wurde absichtlich veröffentlicht, und Lauriston reiste an den Inn, um gleichsam als Vorbote einer bewaffneten Intervention die Stellung der Österreicher auszukundschaften. Franz unterhandelte mit Bonaparte; dieser wies alle Anträge zurück und teilte nur das Bistum Eichstätt von der bayerischen Entschädigung dem Toskaner zu [1].

Die fremden Gesandten in Regensburg drängten zum Abschlusse, und man einigte sich endlich nach langwierigen Verhandlungen, Reklamationen und Klagen am 25. Februar 1803 über den „Reichsdeputations-Hauptschluß". Franz II. mußte nachgeben; er räumte Passau, nahm aber gegen den Beschluß des Reichstages alle jene Klöster und Stifter in Beschlag, welche den säkularisierten Kirchenstaaten angehörten und in Österreich lagen. Gemäß dem „Reichsdeputations-Hauptschluß" trat er den Breisgau und die Ortenau an den Herzog von Modena ab und erhielt hierfür die günstiger gelegenen Bistümer Brixen und Trient. Der Großherzog von Toskana wurde mit Berchtesgaden, Salzburg und Eichstätt und einem Teile des Passauer Bistums mit dem Range eines Kurfürstentums entschädigt. Nassau-Oranien mußte sich für den Verlust Hollands mit den Bistümern Fulda und Corvei und der Reichsstadt Dortmund begnügen. Preußen bekam für seine verlorenen Gebiete am linken Rheinufer die Bistümer Hildesheim und Paderborn nebst mehreren Bezirken von Münster, Erfurt und Mainz und einige Reichsstädte. Württemberg verlor nur die Grafschaft Mömpelgard und empfing hierfür einige Kirchengüter, neun Reichsstädte und die Kurfürstenwürde. Baden wurde besonders begünstigt; es fiel ihm ein weit größerer Zuwachs an Land und Einwohnern zu, als es einbüßte, und wurde gleichfalls zum Kurfürstentum erhoben. Auch der Landgraf von Hessen-Kassel, der nichts verloren hatte, erhielt die Kurfürstenwürde und ein mäßiges Gebiet [2]. Von den 47 Reichsstädten blieben nur mehr Nürnberg, Augsburg, Hamburg, Bremen, Lübeck und Frankfurt a. M. erhalten. Durch die Gewaltthätigkeit, womit die weltlichen Fürsten gegen die Kirchengüter verfuhren, wurden die Kurfürstentümer Köln und Trier, 26 Fürstbistümer und 55 reichsunmittelbare Stifter und Abteien eingezogen, deren Gesamtwert auf 420 Millionen Gulden veranschlagt worden war. Papst Pius VII. protestierte gegen diese gewaltsame Verletzung des Eigentumsrechtes erfolglos, denn der Deputationsbeschluß vom 25. Februar wurde von den weltlichen Fürsten (24. März) und auch von dem Kaiser (27. April 1803) bestätigt und zum förmlichen Reichs-

[1] Gaspari, Der Deputationshauptrezeß mit historisch-geographischen und statistischen Erörterungen, II. Gönner, Deutsches Staatsrecht 214 f.

[2] Buß, Geschichte des deutschen National- und Territorialkirchentums 776—783. Pölitz, Der Rheinbund 204.

gesetze erhoben. Der Mainzer Kurfürst-Erzbischof Karl Theodor von Dalberg wurde nach Regensburg versetzt und mit den Fürstentümern Aschaffenburg und Regensburg nebst dem Titel eines Kurfürsten und Primas von Deutschland ausgestattet[1]. Der Kaiser und die Landesfürsten verpflichteten sich, die säkularisierten Bischöfe und Geistlichen, die Mönche und Nonnen, die Domkirchen und die den aufgehobenen Stiftern und Klöstern einverleibten Kirchen und Pfarreien zu unterhalten[2]. Nach der Einziehung der geistlichen Besitzungen richtete sich der revolutionäre Geist gegen die Reichsritterschaft. Man war allgemein schon längst überzeugt, daß die ritterschaftliche Kleinstaaterei den Verkehr, Handel und die öffentliche Sicherheit durch schlechte Verwaltung und Polizei störe. Die Reichsritter verteidigten sich seit zwei Jahrhunderten mit genauer Not gegen die Übergriffe der fürstlichen Landesherren und waren nur durch die überlieferte Politik des Kaisertums vor dem Untergange gerettet worden. Wie die anderen Reichsstände, suchten auch sie die Gunst des ersten französischen Konsuls zu erlangen, der sie auch seines Wohlwollens versicherte. Allein sie gaben sich vergebliche Mühe, sich gegen die Übermacht der weltlichen Fürsten zu schützen, denn durch den Regensburger Reichsdeputations-Hauptschluß war die Auflösung des Deutschen Reiches und der Reichsverfassung thatsächlich angebahnt. Die Sitze und Stimmen der geistlichen Fürsten im Kurfürsten- und Fürstenrate waren vernichtet, das Gleichgewicht der katholischen und protestantischen Partei am Reichstage gestört und die Achtung des Eigentums und der Grundsatz des gleichen Rechtsschutzes für die Schwachen wie für die Starken aus der Reichsverfassung verpönt. Durch Errichtung vier neuer weltlicher Kurfürstentümer statt der aufgehobenen geistlichen wurde die Reichsgewalt geschwächt.

Kurfürst Max IV. Joseph von Bayern hatte durch die Friedensverträge von Campo Formio und Luneville die Rheinpfalz und Jülich-Berg mit einem Flächeninhalte von 220 Quadratmeilen und 780000 Einwohnern nebst 4 Millionen Gulden Einkünften verloren; durch den Deputationshauptschluß aber erhielt er die Bistümer Augsburg, Freising, Bamberg, Würzburg und einen Teil von Passau nebst 16 Reichsstädten, in einem Umfange von fast 290 Quadratmeilen, mit 850000 Einwohnern und 6 Millionen Gulden Einnahmen. Dadurch wurde Bayern beträchtlich vergrößert, durch Abrundung seine politische Bedeutung erhöht und der Grund zu einer Mittelmacht gelegt. In den neu erworbenen fränkischen Gebieten wurden die Ritterschaften militärisch besetzt und durch ein Patent verkündigt, daß sie dem bayerischen Kurfürstentum einverleibt werden, weil sie mit den säkularisierten Hochstiftern

[1] Zeitgenossen, Karl Theodor von Dalberg, Fürstprimas 2c., VI, 82—201.

[2] Klüber, Übersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Kongresses, III, 404.

im Lehensverbande gestanden wären. Alle Vorstellungen und Beschwerden der Reichsritter blieben wirkungslos; mehrere derselben erkannten die neue Landeshoheit an, um weiteren Bedrückungen zu entgehen. Dem Beispiele Bayerns folgten die anderen deutschen Staaten, und selbst manche Reichsgrafen übten im kleinen die neue Faustrechtspolitik. Die Reichsritter riefen den Kaiser um seinen Schutz an, und dieser brachte auch den Regensburger Reichstag zu dem Antrage, daß sie wieder restituiert werden sollten; allein Bonaparte trat jetzt gegen sie auf, damit das Ansehen des Kaisers am Reichstage nicht wachse. Auf Grund des Reichsdeputations-Hauptschlusses hob die bayerische Regierung in den alten und neuen Gebieten die Klöster auf. An der Spitze der inneren und auswärtigen Staatsgeschäfte stand der Graf Max von Montgelas, welchem Max IV. unbedingtes Vertrauen schenkte. Der allmächtige Minister war in München als Sohn eines bayerischen Generalmajors, der einer savoyischen Familie angehörte, geboren, hatte seine höheren Studien in Straßburg und Nancy gemacht und war nach einem kurzen Besuche der Ingolstädter Universität und einer Rechtspraxis von wenigen Jahren wegen seiner ungewöhnlichen geistigen Befähigung von dem Kurfürsten Karl Theodor zum Hofrate ernannt worden. Während der Untersuchung gegen die Illuminaten flüchtete sich Montgelas (1786) an den Hof des Pfalzgrafen Karl August von Zweibrücken und wurde nach dessen Tod von Max Joseph zu seinem Kabinettssekretär ernannt. Beim Regierungsantritte in Bayern beförderte ihn Max zum Ministerpräsidenten und übertrug ihm das Ministerium des Äußern, des Innern und des Kultus; in dieser wichtigen Stellung zeichnete er sich durch Schärfe des Verstandes, raschen Entschluß, unermüdete Thätigkeit und große Geschäftsgewandtheit aus. Aus Herrschsucht und Geldgier brachte er die drei Ministerien in seine Hand und bezog den damals ungeheuren Gehalt von jährlich 30000 Gulden [1]. Seine sprühenden Augen, seine lange, krumme Nase und sein großer, spöttischer Mund gaben ihm ein abstoßendes Aussehen. Den sinnlichen Freuden und Genüssen war er nicht abhold, verkehrte jedoch gern mit Künstlern und Gelehrten und lud sie zur Tafel. Wiewohl ein geborener Deutscher, war Graf von Montgelas doch in seinen Ansichten und Gewohnheiten ein Franzose und sprach und schrieb vorzugsweise französisch. Jede deutsch-nationale Richtung war ihm fremd und Bayern und dessen Landesherr einziger und letzter Zweck in der Leitung der Staatsgeschäfte. Er schuf die ganze Verwaltung um und ging auf allen Gebieten des Staatslebens mit „aufgeklärter“ Despotie vor. Aus Bayern machte er einen unumschränkten Beamtenstaat, in welchem der eine Teil der Einwohner nur da war, um zu regieren, und der andere, um regiert zu werden. Alle Verordnungen und Einrichtungen

[1] Lerchenfeld, Verfassungsgeschichte Bayerns unter Max I. 5—25.

des dreifachen Ministers geschahen mit derselben unruhigen Hast wie in Österreich unter Joseph II., jedoch mit größerer Zähigkeit und Nachhaltigkeit. Es häufte sich ein Gesetz auf das andere, und wöchentlich erschien ein Regierungsblatt, in welchem sich die Gesetze unaufhörlich drängten und verdrängten. Montgelas blieb seit seiner Jugend Illuminat und bevorzugte die Illuminaten im Staatsdienste, trotz dem gesetzlichen Verbote derselben. Über Religion schwieg er immer und überall, obgleich er als Meister in der Unterredung über jeden Gegenstand mit Geist und Kenntnis sprach; doch ließ er sich vor seinem Tode (1838) von einem katholischen Priester (Windischmann) die Sterbsakramente reichen. Die Freimaurerlogen ließ Montgelas bestehen und verbot nur den Beamten den Eintritt in dieselben. Als er später den Freimaurern die Korrespondenz mit auswärtigen Logen, besonders mit jener in Berlin untersagte, lösten sich mehrere Logen auf; nur jene in Baireuth, Fürth und Hof blieben bestehen. Die bayerischen Logen traten unter sich in Verbindung, und die Baireuther konstituierte sich auf Antrag des Grafen von Pückler als „Großloge zur Sonne". Auf Betrieb des Ordensmitgliedes von Rotenhan hielten die bayerischen Freimaurer alle Vierteljahre einen Konvent, welcher bis zum Jahre 1829 fortgesetzt wurde [1].

Die Illuminaten brachten die ganze Verwaltung und das Erziehungswesen in ihre Hände und suchten überall die „Berliner Aufklärung" und die französische Philosophie zu verbreiten. Eine Menge protestantischer Gelehrten und Professoren wurde vom Auslande nach Bayern berufen, um das katholische Volk durch Freigeisterei gegen seine Religion gleichgiltig zu machen. Auch die nationalen Gefühle und Sympathien wollte Montgelas zerstören, indem er den berüchtigten Geschichtsschreiber Pallhausen bestach, daß er die alte Sage aufwärmte, die Bayern seien keine Deutschen, sondern die Nachkommen der keltischen Bojer, sonach Gallier und Stammgenossen der Franzosen. Max Joseph hatte bei Übernahme des Kurfürstentums die unter Karl Theodor vertriebenen Illuminaten nach Bayern mitgenommen; er besaß praktischen Verstand und war als freisinniger Katholik den Anschauungen der Freimaurer zugethan. Wenn er die Anträge und Vorschläge seiner illuminatischen Minister vernahm, schüttelte er bedenklich den Kopf und erwiderte ihnen: „Ich habe das Regieren nicht gelernt und muß mich auf euch verlassen können." Der Kurfürst behielt nur die Leitung der auswärtigen Politik und des Kriegswesens in seiner Hand; in den Kirchensachen, den Finanzen und der Verwaltung überließ er den drei Grafen von Morawitzky, von Hompesch und von Montgelas volle Gewalt. Den großen Hofstaat

---

[1] Freyberg, Rede zum Andenken an den verewigten Staatsminister Grafen von Montgelas, München 1839. Bluntschli, Staatswörterbuch, „Montgelas" von Pözl, VI, 771 ff.

Karl Theodors hatte er zwar vermindert, dennoch verschlang derselbe bedeutende Geldsummen, weil sich jedermann am Hofe bereichern und sich Lebensmittel verschaffen wollte. Max Joseph lebte für seine Person sehr einfach; zum Frühstück genoß er täglich nur ein Stück Weißbrot, wofür jedesmal in der Küchenrechnung 5 Gulden angesetzt wurden, und an Kaffee wurden in der Hofküche an jedem Tag 60 Pfund verrechnet. Sämtliche Hofbedienstete besaßen „Apothekerfreiheit"; daraufhin ließen sie sich ganze Körbe mit Wein, Punsch, Zucker 2c. aus der Hofapotheke holen. Ein höherer Hofbeamter schickte ganze Wagenladungen mit Eßwaren aus der Hofküche auf sein nahe gelegenes Landhaus; Max sah es und war herzlich vergnügt darüber. Der Kurfürst hatte durch seinen heitern Sinn, Wohlwollen und Leutseligkeit sich in kurzer Zeit die Liebe seiner Unterthanen erworben; er sprach die Mundart der Altbayern, mischte sich gern und oft unter das Volk und liebte fröhliche Scherzreden mit Frauen und Mädchen. Bei jeglichem Unglück half er soviel möglich persönlich, und da er selbst die Not und Bedürfnisse des Lebens kennen gelernt und gefühlt hatte, so führte er jeden Tag eine beträchtliche Summe Taschengeld mit sich, um durch Gnadengeschenke dem Triebe seines guten Herzens folgen zu können. Gewöhnlich hatte er schon am frühen Morgen die ganze Summe vergeben, weil er täglich von zahllosen Bettlern hohen und niedern Standes umdrängt wurde. Wenn er mit seinem Gelde fertig war, gab er den Bittenden Anweisungen auf die Hofjuden und die Schuldentilgung oder die „Kriegsökonomiekasse". Den Juden war die Möglichkeit geboten, wucherische Wechselgeschäfte zu machen, und der Finanzminister Hompesch nahm in seiner Bedrängnis bei ihnen Geld mit 30 Prozent Abzug[1]. Die finanzielle Klemme zwang die Regierung, die Lebensverhältnisse der Israeliten in Bayern zu erleichtern. Jenen Juden, welche ein hinreichendes Vermögen zum Betriebe eines Gewerbes besaßen, wurde die Ansässigmachung bewilligt, der Judenzoll aufgehoben und von ihnen nur die Taxen für ihre Handelspatente gefordert. Im Jahre 1800 lebten in München 31 israelitische Familien, welche weder eine Synagoge noch einen Rabbiner noch einen Begräbnisort hatten, sondern ihre Toten nach Kriegshaber bei Augsburg führten[2]. Der Ministerpräsident Montgelas war der erste, welcher die schädliche und widersinnige Einführung machte, daß den Juden für verschiedene Verdienste das Monopol der Lieferungen gewährt und sie mit Erhebung in den Adelsstand und sogar mit christlichen Ritterkreuzen belohnt wurden. Nach dem Toleranzedikt vom 10. November 1800 wurde auch den Protestanten die Ansässigmachung in

---

[1] Biedermann, Deutschlands politische, materielle und soziale Zustände im 18. Jahrhundert, I, 231.

[2] Aretin, Geschichte der Juden in Bayern 96—106.

Bayern bewilligt. Als in demselben Jahre zum allgemeinen Staunen in München der erste Protestant sich niederließ, verweigerte ihm der Magistrat das Bürgerrecht, und der Ständeausschuß beschwerte sich über Verletzung der Verfassung. Nur durch das persönliche Eingreifen des Kurfürsten, der selbst mit einer protestantischen Prinzessin verheiratet war, konnte der Widerstand der Münchener Bürger und der Landschaftsabgeordneten gebrochen werden, indem er ihnen vorstellte, daß jene Staaten wohlhabend seien, in welchen volle Religionsfreiheit bestehe [1].

Das ganze Kirchen- und Schulwesen wurde nach dem modernen Staatsabsolutismus umgeändert, der „Geistliche Rat" (1802) aufgehoben, statt dessen der „Kirchen-Administrationsrat" errichtet und das „Generalschuldirektorium" und später (1805) das „Geheime Schul- und Studienbureau" eingeführt. Zur zweckmäßigen und einheitlichen Verwaltung des Landes wurde eine „Generallandesdirektion" mit „Provinziallandesdirektionen" errichtet und (1801) das Gesamtministerium in vier Sektionen geteilt, für die Justiz als erste Instanz die Landgerichte und als zweite vier Hofgerichte geschaffen und den Beamten pragmatische Rechte verliehen. Max Joseph beseitigte die Anwartschaft und Erblichkeit der Ämter und machte bei Besetzung derselben Kenntnis, Fleiß und Rechtlichkeit zur Bedingung, um einen brauchbaren und zuverlässigen Beamtenstand zu schaffen. Den allgemein gehaßten, von Karl Theodor eingesetzten „Geheimen politischen Ausschuß" und das Zensurkollegium hob er auf und setzte nur für Zeitungen und politische Blätter eine „Zensurkommission" ein. Montgelas sorgte dafür, daß die Polizeibehörden nach Willkür die erschienenen Schriften beschlagnahmen und verbieten und die Gerichte die durch die Presse begangenen Vergehen und Verbrechen bestrafen konnten. Seit der Gleichstellung der christlichen Glaubensbekenntnisse eignete sich die Regierung das Recht an, über das wechselseitige Verhältnis der Kirchengemeinschaften Gesetze zu geben und sich zur Beherrscherin derselben zu machen. Das landesherrliche Plazet wurde verschärft und auf alle kirchlichen Erlasse und Bekanntmachungen ausgedehnt. Mit bureaukratischer Machtvollkommenheit wurde das kanonische Recht übergangen und sämtliche Pfründen, auf denen nicht ein Privatpatronatsrecht haftete, von dem Kurfürsten besetzt. Nach einer Verordnung von 1803 wurden die gemischten Ehen für erlaubt erklärt und den Brautleuten freigestellt, sich bei dem Pfarrer des Bräutigams oder der Braut trauen zu lassen. Die religiöse Erziehung der Kinder wurde bei gemischten Ehen den Eltern überlassen und konnte durch einen Ehevertrag oder während der Ehe festgestellt werden; in Ermanglung eines Ehevertrages wurden die Kinder nach dem Geschlechte geteilt und die Knaben in der Religion des Vaters

[1] Sicherer, Staat und Kirche in Bayern 24.

und die Mädchen in der Religion der Mutter erzogen. Richterlich geschiedenen Protestanten wurde die Wiederverehelichung selbst mit Katholiken unbedingt gestattet. Die oberste Leitung und Beaufsichtigung der Volks- und Lateinschulen wurde dem „Generalschuldirektorium" übertragen und diesem die „Oberkommissariate", die Lokalschulkommissionen und -Inspektorate untergeordnet. In dem Schulplan von 1804 für die Volks- und Mittelschulen, die Gymnasien und Lyceen wurde die konfessionelle Eigenschaft der Schulen aufgehoben und den Realien eine überwiegende Stellung unter den Lehrgegenständen angewiesen [1]. Die Universität in Ingolstadt wurde 1800 aus der ungeeigneten Festung während des Feldzuges nach Landshut verlegt unter der Benennung „Ludwig-Maximilians-Universität", und die neu erworbenen fürstbischöflichen Universitäten Dillingen und Bamberg aufgehoben und durch Lyceen ersetzt. Die Universitäten in Würzburg und Landshut wurden durch Verordnungen von 1803 und 1804 vollständig umgestaltet, das bischöfliche Kanzleramt und der Eid auf das Trienter Konzil abgeschafft und in Würzburg die protestantische Theologie mit der katholischen theologischen Fakultät vereinigt, so daß beide Universitäten ihrer katholischen Bestimmung gänzlich entzogen wurden [2]. Durch wirksame Begünstigung des Direktors der Studiensektion im Ministerium des Innern, von Zentner, erreichte die Landshuter Universität einen blühenden Stand, und der Besuch der Studenten vermehrte sich von Jahr zu Jahr. Auf Antrag Montgelas' wurden die berühmten Rechtsgelehrten Savigny und Feuerbach und der Philosoph Ast berufen, neben denen mehrere ausgezeichnete geborene Bayern lehrten, und zwar in der Theologie Sailer, in der Jurisprudenz Gönner, Mittermaier und in der Philosophie Milbiller, Stahl, Fuchs ꝛc. Die von Professor Walther gegründete chirurgische und Augenkranken-Klinik gelangte zu einem weit verbreiteten Ruf. Nach Würzburg wurden die Professoren Döllinger (Mediziner), Hofen, Paulus, Gottlieb Hufeland aus Danzig, ein vielseitig und gründlich gebildeter Jurist und Verfasser mehrerer rechtsphilosophischer und staatswirtschaftlicher Schriften [3], Niethammer und Schelling berufen [4]. Dem früheren Handelscommis und nachherigen Hofkammerrat Jacobi von Düsseldorf verschaffte Montgelas (1804) die Stelle eines Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in München. Jacobi suchte, nachdem ihn die pantheistische Philosophie des Spinoza, Leibniz, Wolf und Kant nicht befriedigt hatten, den Glauben an einen persönlichen Gott durch die Lehre zu begründen, daß die Vernunft und das Leben des Menschen eine Urquelle der Vernunft und des Lebens und die Welt einen Schöpfer voraussetzen und der Glaube an

---

[1] Sicherer a. a. O. 25—49.
[2] Prantl, Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität, I, 619—705.
[3] Roscher, Geschichte der deutschen Nationalökonomik, II, 1, 654 f.
[4] Wegele, Die Reformation der Universität Würzburg 12—15.

die Gottheit ein Lebensbedürfnis für das menschliche Gefühl sei, wenn auch Gott weder bewiesen noch begriffen werden könne. Der Offenbarung Gottes wies Jacobi eine untergeordnete Stellung an und erhob den Vernunftglauben über sie. Christus war ihm als Gottmensch nicht der Urheber, sondern das Erzeugnis des christlichen Glaubens. Obgleich er seine Lehren nicht methodisch zu einem vollständigen System durchgeführt hatte, so war doch sein Einfluß auf die Philosophie seiner Zeit bedeutend. Einer seiner eifrigsten Anhänger war Professor Köppen in Landshut, der von der Moralphilosophie Kants nicht befriedigt wurde und sich der Aufklärung Jacobis zuwandte. Auch der Sekretär der Münchener Akademie von Weiller und Professor Salat in Landshut verteidigten die Lehrsätze Jacobis [1].

Die Erziehung der jungen Geistlichen in den Priesterseminarien wurde unter landesherrliche Oberaufsicht gestellt und die ganze Gottesdienstordnung von der Polizei überwacht. Viele religiöse Gebräuche wurden verboten, die Feier der Christnacht auf die fünfte Morgenstunde verlegt, die Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten von dem „Kirchen-Administrationsrat" größtenteils abgeschafft und selbst die Zahl der Lichter in den Kirchen bestimmt. Der Direktor des „Kirchenadministrationsrates", Baumgartner, verurteilte jene Personen, die ohne seine Erlaubnis eine Wallfahrt machten, zu empfindlichen Strafen. Die Generallandesdirektion verbot in München die öffentlichen Litaneien vor der Mariensäule an den Samstagen und rechnete die Festtage der Landes- und Diöcesanpatrone St. Beno, Corbinian, Wolf-

[1] Zeller, Geschichte der deutschen Philosophie seit Leibniz 541—565. — Die Studenten in Landshut gerieten 1804 mit den Soldaten in ein blutiges Handgemenge; sie verließen die Stadt und siedelten in die umliegenden Ortschaften über. Nach Landshut kehrten sie erst dann zurück, als ein Garnisonswechsel vorgenommen wurde. Das akademische Leben, welches sich verschiedenartig in jugendlichem Übermute äußerte, wurde eingeschränkt und die landsmannschaftlichen Verbindungen der Bayern, Pfälzer, Schwaben und Tiroler, denen fast alle Studenten angehörten, strenge überwacht. Die Franken und Tiroler verließen aus Überdruß über die beständigen polizeilichen Verfolgungen die bayerische Universität. Die anderen Landsmannschaften verbanden sich um so inniger und wurden von den meisten Professoren begünstigt, weil die Verbindungsstudenten durch ihre Satzungen von manchen Ausschreitungen zurückgehalten wurden. Der „Comment" der Studenten wurde zeitgemäß abgeändert und alle Ehrenstreitigkeiten von einem aus Delegierten der Verbindungen zusammengesetzten Ehrengericht entschieden. Jede Verbindung wählte einen Ausschuß von 12 Mitgliedern, welche unter dem Namen „Corps" die Leitung der Gesellschaft übernahmen und einen „Senior", „Consenior" und „Sekretär" an die Spitze stellten. Die Landsmannschaften, von nun an auch Corps genannt, umfaßten alle Studenten, und das Corps der Bayern wurde später so zahlreich, daß es sich (1821) in zwei Corps trennte: in die Bavaria-Danubia und Bavaria-Isaria oder kurz Bavaria und Isaria. Die polizeilichen Maßregelungen wurden verschärft wegen vieler Paukereien und des übermütigen Betragens mancher Studenten. Meiner, Geschichte der Universitäten, IV. Tholuck, Das akademische Leben, I, 380 ff.



gang ꝛc. zu den „abgewürdigten Feiertagen“[1]. Nach dem Vorgange der französischen Revolution zog auch die bayerische Regierung durch einen Staatsstreich über 100 Klöster ein. Bei Beratung dieser wichtigen Sache hoben der Kultusminister Morawitzky und die Ministerialräte Zentner, Anetsberger, Schattenhofer ꝛc. hervor, daß die Staatskassen leer, die Klöster aber reich seien; durch den Besitz ihrer Güter könnte der Geldnot abgeholfen werden. Da man den Jesuitenorden abgeschafft und dessen Güter säkularisiert habe, so dürfe man auch die anderen Orden aufheben. Die Frage über das Eigentumsrecht, die geschichtliche Bedeutung und Berechtigung und die kulturhistorischen Verdienste der tausendjährigen Klöster wurden von den illuminatischen Beamten gänzlich übergangen. Ministerpräsident Montgelas mißriet mit Rücksicht auf die Stimmung des Volkes dem Kurfürsten die Aufhebung der Klöster. Die Säkularisation pflegte er „ein Fieber der Zeit“ zu nennen, wurde aber selber von diesem Fieber ergriffen und unterzeichnete die Aufhebungsdekrete, weshalb ihm die ganze Verantwortung zugeschoben wurde. Die gewaltthätige Aneignung der Klostergüter wurde in der kurfürstlichen Entschließung vom 25. Januar 1802 mit der Angabe gerechtfertigt, daß die männlichen und weiblichen Orden Aberglaube und Irrtümer im Volke verbreiten, dem Staate schädlich und dem Landmann wegen des Bettelns der Mönche lästig seien und die Staatsmittel zum Unterhalte der Schulen nicht ausreichen, so daß alle Klöster einzuziehen seien[2]. Nur die „Englischen Fräulein“, die Ursulinerinnen und Elisabethinerinnen wurden für den Unterricht und die Krankenpflege beibehalten. Die Mönche, welche 3312, und die Nonnen, welche 1169 Mitglieder zählten, wurden von dem Staate sustentiert und ihr Vermögen für den Schulfond bestimmt. Die Aufhebungskommission wurde aus den Grafen von Seinsheim und Arco, dem Freiherrn von Leyden, den Geistlichen Räten von Eichberger und Degen, dem Rechnungsrat Hausmann, Hofkriegsrat Lipowsky und den Freiherren von Aretin und von Schwaiger zusammengesetzt, welche sämtlich Illuminaten und Religionsspötter waren. Das bayerische Volk, welches mit den Klöstern seit tausend Jahren verwachsen war, kam über die Aufhebung derselben in die höchste Aufwallung und machte auf den Grafen von Montgelas und seine Umgebung die bittersten Vorwürfe. In München und anderen Ortschaften erhob sich die Bevölkerung zu einem offenen Aufstand, und der allgemeine Haß kehrte sich zuerst gegen die vom Auslande berufenen protestantischen und freimaurerischen Gelehrten. Jacobi und Feuerbach wurden öffentlich beschimpft, und auf Professor Thiersch machte ein Fanatiker sogar einen Mordanfall. Der Aufruhr mußte mit Waffengewalt unterdrückt werden. Max

[1] Mayer A., Die Domkirche zu U. L. Frau in München 202—237.

[2] Häberlin, Staatsarchiv, VIII, 110—187.

Joseph verstand es, durch seine heitere Gemütlichkeit die beiden Parteien auszusöhnen. Zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter mußte Lipowsky eine Verhandlung abfassen; er schrieb den Roman: „Gemälde aus dem Nonnenleben", der auf Kosten der Regierung gedruckt und verbreitet wurde. Auf gleiche Weise veröffentlichte er: „Geschichte und Geist des Kapuzinerordens in Bayern"; der Anhang: „Seraphische Anrede" 2c. war von Benno Michl geschrieben und ohne sein Wissen der Schrift beigedruckt worden. Auf Rat seiner Freunde verfaßte Lipowsky den ersten Teil seiner „Geschichte der Bayern" und widmete sie der Akademie der Wissenschaften, die ihn zum Mitglied der historischen Klasse ernannte. Zum Danke erwirkte er bei der „Spezial-Klosteraufhebungskommission", daß alle Kommissäre den Befehl erhielten, die in den Klöstern und Stiftern aufgefundenen physikalischen Instrumente, Naturalienkabinette, Antiken, Münzsammlungen 2c. an die Akademie der Wissenschaften einzusenden [1].

Die Klosteraufhebungskommissäre verfuhren im Widerspruche mit der von der Regierung erhaltenen Anweisung mit einer fluchbeladenen Gewissenlosigkeit, Strenge und Hast. Die Klosterfrauen, namentlich die Oberinnen, wurden von ihnen mit verletzendem Hohne und unzüchtigen Redensarten behandelt. Bedeckten Hauptes drangen sie „dem dummen Volke zum Trotz" in die Klosterkirchen, aßen an jedem Fasttage Fleisch und luden spöttisch die Nonnen und Mönche ein. Öffentlich und laut verhöhnten die Kommissäre die religiösen Gebräuche, spieen vor Christusbildern aus und schossen mit Pistolen und Flinten auf Feldkreuze. Gottlose Leute, die sich in ihrer Gegenwart als die ärgsten Frevler benahmen, wurden von ihnen mit Lob überhäuft. Juden, die bei einer Klostergutsversteigerung die Meßgewänder anzogen und mit einer Monstranz vom Balkon des Speisesaales aus dem außerhalb des Klosters versammelten Volke den Segen gaben, wurden von den Säkularisationskommissären bejubelt [2]. Ein großer Teil der klösterlichen Besitzungen und Schätze wurde bei den Veräußerungen verschleudert, den bisherigen Besitzern mit roher Hartherzigkeit plötzlich Küche und Keller gesperrt und die Dienerschaft entlassen. Die Kirchengeräte, Mobilien und Immobilien wurden im ganzen Lande zu gleicher Zeit mit verblendeter Eilfertigkeit losgeschlagen. Alle wertvollen Kirchengefäße, Statuen und Bilder von Gold und Silber wurden zerbrochen und in die Münze zum Einschmelzen geliefert, mit den kostbarsten Paramenten Möbel überzogen und die Kirchen und Klostergebäude in Theater, Bierbrauereien, Kasernen, Militärmagazine, Mauten, Irrenanstalten und Zuchthäuser umgewandelt, oder sie sanken in

---

[1] Oberbayerisches Archiv, Auszüge aus dem Leben des Jos. Lipowsky nach dessen Selbstbiographie, XII, 103—105.

[2] Mayer a. a. O. Anmerkung S. 56.

Schutt und Staub. Die Grundbesitzungen wurden in großen Komplexen feilgeboten, welche das Volk weder kaufen konnte noch wollte; sie wurden spekulierenden Juden zu Spottpreisen zugeschlagen, und diese bereicherten sich durch Wiederverkauf im einzelnen. In Freising wurden die Glocken per Zentner um 42 Kreuzer verkauft. Die Regierung erhielt aus dem Erlös der 74 Stifter und Abteien in Altbayern über 60 Millionen, die ihr während der folgenden Kriegszeit unter der Hand verschwanden; sie wurde bald genötigt, zum Unterhalte der früher zu einem Kloster gehörigen Pfarreien, Benefizien und Gebäude Schulden zu machen, zu den Steuererträgnissen zu greifen und die Kirchenkapitalien und selbst die landesfürstlichen Stiftungen einzuziehen[1]. Die vielen armen Leute und reisenden Handwerksgesellen, welche früher in den Klöstern reichliche Verpflegung und Unterkunft fanden, fielen von nun an den Ortsgemeinden zur Last, und auch diese gerieten infolge der verschwundenen Gewerbsthätigkeit und des Verkehrs in immer größere Armut. Dadurch, daß die Staatsregierung die Besoldung der notwendigen Seelsorger und die Unterhaltung der Gebäude und Kultuszwecke übernahm, wurde das geistliche Amt von bureaukratischer Willkür abhängig gemacht, während die Kirche im Besitze von Grundstücken frei war und beim Wachsen der Bevölkerung die Zahl der Geistlichen durch die mitwachsende Grundrente entsprechend vergrößert werden konnte[2].

Während die bayerischen Minister in ihrer Verwaltung mit herrscherischer Selbständigkeit schalteten, arbeitete der Kurfürst eifrigst an der Organisation der Kriegsmacht; er schaffte den Verkauf der Offizierspatente ab, erhöhte die Besoldung der niederen Offiziere und gründete zur Heranbildung tüchtiger Unteroffiziere eine Kriegsschule. Die „Militärakademie“ wandelte er in ein ausschließlich militärisches Institut, das Kadettencorps, um und erbaute in München (1801—1803) eine Infanteriekaserne am Hofgarten, erweiterte später (1812) die von Max Emanuel erbaute Isarkaserne zu einer Reiterkaserne und legte den Grundstein zur „Türkenkaserne“. Nach französischem Muster wurde das bayerische Heer in Divisionen, Brigaden, Regimenter und Bataillone geteilt, und das Konskriptionsgesetz (1805 und 1812) mit sechsjähriger Dienstzeit nach dem Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht eingeführt[3]. Ehe die neuen Heereseinrichtungen vollendet waren, entbrannte wiederholt ein allgemeiner Krieg. Von der zweiten Koalition der Großmächte

[1] Gams, Geschichte der Kirche Christi im 19. Jahrhundert 473—475. Perthes, Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft 411—415. Höfler, Konkordat und Konstitutionseid 3—5.

[2] Roscher, System der Volkswirtschaft, Nationalökonomik des Ackerbaues, II, 299—303.

[3] Schönhueb, Geschichte des königl. bayerischen Kadettencorps 39 ff. Münich, Geschichte der Entwicklung der bayerischen Armee 147 ff.

gegen Frankreich war nur England siegend hervorgegangen. Die Briten hatten die französische Seemacht vernichtet, die Insel Malta besetzt und die Franzosen aus Ägypten vertrieben. Die verarmten und geknechteten Irländer aber lauerten auf französische Waffenhilfe zu einem Aufstande, die britischen Handelsschiffe wurden von französischen, spanischen und holländischen Kapern weggenommen, und die Staatsschuld stieg auf 500 Millionen Pfd. St., so daß sich das englische Volk nach Beendigung des Krieges sehnte. Der Premierminister Fox schloß mit Frankreich in Amiens (1802) Friede und gab alle Eroberungen bis auf die Inseln Ceylon und Trinidad heraus. Die Zeit des Friedens benützte Napoleon Bonaparte, um den eroberten Provinzen in der Schweiz und Italien neue politische Einrichtungen zu geben und die Kraft und das Wohl Frankreichs zu erhöhen. Er baute Straßen und Kanäle, schuf über die Alpen den Römerwerken gleiche Heeresstraßen und brachte die Gewerbe zu einer neuen Blüte. Wiewohl ein leichtfertiger Rationalist und vielfach dem Zweifel und Unglauben ergeben, war er doch fest überzeugt, daß ein Volk ohne Religion nicht regiert werden könne; deshalb gebot er die Sonntagsfeier und führte die französische Nation durch ein Konkordat (1801) zur katholischen Kirche zurück. Das Schulwesen wurde geregelt und militärisch eingerichtet, eine neue Gesetzgebung nach dem Grundsatze der allgemeinen Gleichheit vor dem Gesetze veröffentlicht und durch Stiftung des Ordens der Ehrenlegion für Anerkennung des bürgerlichen und militärischen Verdienstes ein neuer Adel geschaffen mit einer Dotierung von 3 Millionen Franken Jahresrenten. Zur Belohnung seiner Verdienste um Frankreich wurde Bonaparte auf Betrieb des Senates von 3½ Millionen französischer Bürger (August 1802) zum lebenslänglichen Konsul gewählt. Mit unumschränkter Macht führte er auf dem Theater und in der Presse die strengste Zensur ein. Verschwörungen auf sein Leben gaben ihm erwünschten Anlaß, die Polizeimaßnahmen zu verschärfen und die Verwaltung militärisch zu organisieren. Den Emigranten verlieh er Amnestie, damit sie in Frankreich monarchische Ideen verbreiteten. Der Senat ging in seiner Willfährigkeit gegen den ersten Konsul noch weiter; er befriedigte die Wünsche der Franzosen und den Ehrgeiz des Konsuls durch Herstellung einer erblichen Monarchie. Die französischen Bürger wählten Bonaparte mit großer Mehrheit zum erblichen Kaiser, und Papst Pius VII. wurde durch trügerische Vorstellungen des Kardinalbischofs Fesch von Lyon, des Oheims Bonapartes, nach Paris zur Krönung des neuen Imperators gelockt. Als sich der Papst (2. Dezember 1804) zur Krönung herbeiließ, setzte Napoleon I. sich selbst die Kaiserkrone und seiner Gattin Josephine, einer Tochter des westindischen Pflanzers Tascher de la Pagerie und Witwe des Generals von Beauharnais, auf das Haupt, womit er deutlich zu verstehen gab, daß er nach Wiederherstellung des Karolingischen Reiches strebe. In diesem Sinne ließ er sich

von Pius salben, den er nachher mißachtete und mit Zumutungen bedrängte, auf die er nicht eingehen konnte. Seinen Stiefsohn Eugen von Beauharnais ernannte er zu seinem Thronerben und Vizekönig von Italien, umgab sich mit einem glänzenden Hofstaate und erhob seine Verwandten zu Prinzen und Prinzessinnen mit belangreichen Einkünften. Seine Generale beförderte er zu Fürsten und Herzögen, um sie in dem neuen Kaiserreiche zu Militärstatthaltern zu machen. In Aachen, der Stadt Karls des Großen, ließ sich Napoleon (Herbst 1805) mit festlichem Gepränge huldigen und hielt in Köln und Mainz einen Triumphzug, wo er von der Bevölkerung zur Beschimpfung Deutschlands bejubelt wurde [1]. In Mainz hatten sich mehrere Fürsten von Süd- und Westdeutschland zur Huldigung des neuen Imperators eingefunden und waren von ihm mit wohlwollender Herablassung empfangen worden; auch Österreich und Preußen erkannten das neue Kaisertum unbeanstandet an. Franz II. aber legte den deutschen Kaisertitel, der ihm keine Bedeutung mehr zu haben schien, ab, nannte sich Franz I., erblichen Kaiser von Österreich, und ließ sich in Wien (8. Dezember 1804) feierlich zum österreichischen Kaiser krönen [2]. Mit dieser unbesonnenen Politik setzte er das Deutsche Reich hintan und gab den deutschen Fürsten das böse Beispiel, seine Selbstsucht nachzuahmen.

Während dieser Vorgänge hatte sich der dritte Koalitionskrieg vorbereitet. Die britische Regierung hatte nach einem heftigen Notenwechsel über die Ausführung des Friedensvertrages von Amiens, dessen Bedingungen weder von England noch von Frankreich eingehalten wurden, schon 1803 an Frankreich den Krieg erklärt, und Napoleon dem General Mortier befohlen, daß er mit 15000 Franzosen das Kurfürstentum Hannover, welches noch dem König Georg III. von England gehörte, besetze ohne Rücksicht auf die durch den Baseler Frieden festgesetzte Demarkationslinie. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen that nichts, als in Paris Vorstellungen über Verletzung der Neutralität zu machen [3]. England führte seit zwei Jahren allein den Krieg gegen Frankreich, fühlte aber immer schwerer die Last desselben, und Napoleon machte in Boulogne ungeheuere Rüstungen zu einer Landung in Großbritannien. Minister Pitt setzte es durch, daß der Kaiser von Rußland sich mit England verbündete; Alexander I., der sich für einen Verfechter der legitimen Monarchie in Europa hielt, war gegen den korsischen Emporkömmling erbittert, seitdem dieser den Prinzen von Enghien nur auf den Verdacht einer Verschwörung gegen ihn hatte erschießen lassen. Auch Kaiser Franz I. trat der Koalition bei, weil er die von dem französischen

[1] Thiers, Histoire du Consulat et de l'empire I. et II.
[2] Büchler, Geschichte der Regierung Kaiser Franz' I., Tl. 1.
[3] Häusser, Zur Geschichte des Jahres 1803. Forschungen zur deutschen Geschichte, III, 239.

Imperator für Österreich drohende Gefahr erkannte und auf eine Erwerbung Bayerns rechnete, welches sich immer mehr auf Seite Frankreichs neigte. König Gustav IV. von Schweden schloß sich den Alliierten an aus glühendem Hasse gegen die Revolution und gegen Napoleon. Die verbündeten Regierungen bemühten sich eifrigst, auch Preußen für die Koalition zu gewinnen; allein Friedrich Wilhelm war ohne jeden staatsmännischen Blick, unentschlossen und hatte kein Vertrauen zu sich und zu seinem Volke. Die auswärtige Politik überließ er seinem Minister Grafen von Haugwitz, einem Anhänger Napoleons und einem Manne von zaghaftem, unzuverlässigem und veränderlichem Charakter. Die geistvolle Königin Louise, eine erbitterte Feindin der Franzosen, drängte zum Kriege. Es wurde gerüstet, allein Haugwitz blieb aus kurzsichtiger Selbstsucht ein thatenloser Zuschauer, und der König kehrte nach langem Schwanken zur unglückseligen Neutralität zurück und verschloß den Truppen der kriegführenden Mächte die Grenzen seines Landes[1]. Preußen wurde wegen seiner Unentschiedenheit und Zweideutigkeit nicht nur allgemein mißachtet, sondern wirkte auch sehr nachteilig und zersetzend auf die übrigen deutschen Staaten, so daß diese den Gedanken eines gemeinsamen Deutschland aufgaben und jeder für seine eigene Selbständigkeit sorgte, wie Preußen seit dem Baseler Frieden. Der bayerische Ministerpräsident Graf von Montgelas begab sich (Mai 1805) nach Paris und vereinbarte mit Napoleon ein Bündnis zwischen Bayern und Frankreich; der Imperator versprach ihm einen bedeutenden Machtzuwachs für seinen Kurfürsten in der Absicht, durch Vergrößerung Bayerns Österreich ein Gegengewicht zu geben[2].

Ein Krieg auf dem Kontinente kam Napoleon I. ungelegen, weil er im Begriffe stand, mit einer großen Armee und Flotte von Boulogne aus einen Einfall in England zu unternehmen; als er sich aber überzeugte, daß derselbe unvermeidlich sei, entschloß er sich, seinen Gegnern zuvorzukommen und sie durch einen gewaltigen Schlag zu vernichten. Seit Monaten hatte er eine Streitmacht von 170000 Mann gerüstet, welche jeden Tag an den Rhein und die Donau geführt werden konnten. Nach München schickte er einen außerordentlichen Gesandten mit der Botschaft, daß er binnen weniger Wochen mit 100000 Mann an der Donau stehen und Bayern vergrößern werde. Max Joseph, seine Minister und sein Volk waren französisch gesinnt, und nur die Kurfürstin Karoline war Napoleon abgeneigt; als Schwester der russischen Kaiserin wollte sie ihren Gemahl zu einem Bündnisse mit ihrem Schwager Alexander I. überreden. Max IV. sah voraus, daß die Österreicher den Franzosen nicht gewachsen seien; für Deutschland

[1] Arndt, Meine Wanderungen und Wandlungen mit dem Reichsfreiherrn von Stein 249. Klevesahl, Des russischen Reichskanzlers Grafen Nesselrode Selbstbiographie 12, 19.

[2] Wolf J. H., Maximilian Joseph 31—59.

in den Kampf zu ziehen fühlte er sich nicht mehr für verpflichtet, weil Franz I. selbst das deutsche Kaisertum mißachtete, der König von Preußen neutral blieb und jeder Reichsfürst nach dem augenblicklichen Vorteil handelte. Um Bayern von einer Vergewaltigung durch die Franzosen zu retten und für die Kriegsopfer zu entschädigen, schloß er mit Frankreich am 24. August 1805 das Bündnis ab. An den Kaiser von Österreich ließ er berichten, daß er sich in einem Kriege zwischen Frankreich und Österreich neutral verhalten werde, ließ aber seine Truppen bei Würzburg sammeln. Franz forderte den Kurfürsten in einem eigenhändigen Schreiben, welches ihm der Feldmarschall-Lieutenant Fürst von Schwarzenberg überbrachte, mit gebieterischen Worten auf, die Neutralität aufzugeben und mit Österreich sich zu verbünden; er gewährleistete ihm Bayern und versprach ihm einige Gebiete von Tirol und Salzburg [1]. Die Art der Aufforderung verletzte den Münchener Hof, dennoch hielt Karoline an ihrer Hinneigung zu Rußland fest und bat den Kurfürsten, der großen Koalition beizutreten. Max Joseph wurde bedenklich, weil das österreichische Heer schon die bayerische Grenze überschritten hatte. Der französische Gesandte Otto warnte ihn vor einem Abfall von Napoleon, der in wenigen Tagen als Sieger in München einziehen werde. Auch Montgelas riet dringend, an der Allianz mit Frankreich festzuhalten, und in ganz Bayern war niemand, der die geringste Sympathie für Österreich hatte, weil es zu jeder Zeit seine begehrliche Hand nach Bayern ausstreckte. Nach reiflicher Erwägung entschied sich Max zu einer diplomatischen List; er schrieb an den Kaiser zurück, ein Krieg gegen Napoleon sei für ihn zwar höchst gefährlich, weil sein Land der Ruhe bedürfe, und sein Erbprinz Ludwig, welcher sich zur Zeit auf einer Reise durch Frankreich befinde, von den Franzosen gefangen werden würde, wenn er gegen sie kämpfe; dennoch werde er den Minister Montgelas beauftragen, mit Schwarzenberg eine Vereinigung der bayerischen Truppen mit dem österreichischen Heere zu beraten. Montgelas besprach sich hierüber mit Schwarzenberg; als aber dieser aus Vorsicht verlangte, daß die bayerischen Regimenter nicht als selbständiges Corps operieren, sondern mit dem österreichischen Heere vermischt werden sollten, brach Montgelas die Unterhandlungen ab. Der Zweck, Zeit zu gewinnen, war erreicht, und der Kurfürst reiste (8. September 1805) an dem Tage, an dem er den Grafen von Rigarola mit dem Schreiben an den Kaiser nach Wien abschickte, nach Würzburg zu seiner Armee [2].

Unter dem Oberbefehl des unfähigen Erzherzogs Ferdinand von Österreich-Este waren 84000 Österreicher bei Schärding und Braunau über den

---

[1] Meynert, Franz I., Kaiser von Österreich 123—167. Zur Geschichte seiner Regierung und seiner Zeit, Wien 1874.

[2] Söltl, König Max I. von Bayern 53—69.

Inn marschiert ohne Einwilligung der bayerischen Regierung, worüber das Volk laut seinen Unwillen kundgab. Dem Erzherzog hatte Franz I. seinen Günstling, den Generalquartiermeister Freiherrn von Mack, an die Seite gegeben. Mack war ein geistvoller, ritterlicher Offizier, aber kein General und noch weniger ein Feldherr; er hatte den Ausmarsch befohlen, ehe die Truppen nach der neuen Taktik ausgebildet und die Verbündeten des Kaisers ihre Rüstungen vollendet hatten. Nach seiner Anordnung zog das Heer in zwei Kolonnen über Landshut nach Schwaben, um sobald als möglich die Iller zu erreichen. Mack hielt die befestigte Stadt Ulm für den entscheidenden Operationspunkt, wo er die Russen erwarten wollte. Kaiser Franz versuchte es nochmals, den Kurfürsten von Bayern durch Absendung des Grafen von Boul-Schauenstein nach Würzburg von Frankreich zu trennen; allein Napoleon I. hatte schon am 25. und 26. September 1805 mit 130000 Mann den Rhein überschritten. Die Leichtigkeit und Raschheit, womit die französischen Kolonnen ihre Bewegungen ausführten, zeigten von ihrer militärischen Überlegenheit. Organisation, Tapferkeit und Selbstvertrauen flößten dem französischen Soldaten eine große Zuversicht ein. Jede Division, jedes Regiment und jede Kompagnie wurde von einem tüchtigen Führer befehligt. In Ludwigsburg ging Napoleon mit Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Kassel ein Bündnis ein und befahl dem Marschall Bernadotte, mit 38000 Mann, welche bisher Hannover besetzt hatten, nach Würzburg aufzubrechen, sich dort mit den 24000 Bayern unter dem Generallieutenant Deroy zu vereinigen und die rechte Flanke der Österreicher bei Ulm zu bedrohen. Bernadotte marschierte von Würzburg aus durch preußisches Gebiet im Ansbachischen, ohne den Baseler Friedensvertrag und die Neutralität Preußens zu beachten, und traf zwischen Eichstätt und Ingolstadt ein, während Napoleon ungefähr 150000 Franzosen, Württemberger und Badener nach Nördlingen führte und die Österreicher bei Ulm von allen Seiten umspann[1]. Mack blieb wie verzaubert in seiner höchst gefährlichen Stellung, anstatt sich mit seiner ganzen Macht zuerst auf Bernadotte und Deroy zu werfen. Von einem undurchbrechbaren Ringe eingeschlossen, mußte er sich mit 30000 Mann (17. Oktober) kriegsgefangen ergeben. Erzherzog Ferdinand war nachts mit einem Reitercorps aus dem Lager nach der Oberpfalz und Eger entkommen, verlor aber durch eine hitzige Verfolgung der Franzosen das ganze Corps bis auf einige hundert Mann. Bernadotte griff das in der Nähe Ulms stehende Corps der Österreicher unter dem Feldmarschall-Lieutenant Kienmayer an, drängte es an die Isar zurück und besiegte es bei Dachau und München. Die von dem Generallieutenant Wrede befehligte Vorhut der Bayern verfolgte die weichenden Österreicher über Anzing nach Salzburg. Napoleon

---

[1] Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn von Stein, I, 300—303.

erließ an die Bayern eine Proklamation, in der er ihnen mit blendenden Phrasen zurief, er habe sich an die Spitze ihres Heeres gestellt, um Bayerns Unabhängigkeit gegen Österreich zu schützen; er munterte sie auf, ihr Vaterland nach dem Beispiele ihrer Ahnen tapfer zu verteidigen. In gleichem Sinne erinnerte General Deroy die bayerischen Soldaten an die üble Behandlung und Beschwerden, welche sie während des letzten Feldzuges im Bunde mit Österreich zu erdulden hatten. Während eines kurzen Aufenthaltes in München entsendete Napoleon 10000 Franzosen und 8000 Bayern unter dem Marschall Ney, den er wegen eines glänzenden Sieges über eine österreichische Abteilung bei Elchingen zum Herzog von Elchingen ernannt hatte, und unter dem General Deroy nach Tirol; mit dem Großteile seiner Armee marschierte er über Linz nach Wien. Kurfürst Max IV. Joseph reiste ihm in Begleitung des Erbprinzen Ludwig bis Linz nach und lud ihn ein, den Rückweg nach Paris über München zu nehmen. Die Russen, welche indes bis an die Donau vorgerückt waren, wurden von dem Marschall Mortier bei Dirnstein und Stein zurückgeschlagen. Auf dem Zuge gegen die Kaiserstadt erhielt Napoleon die Unglücksbotschaft, daß die französische Flotte von den Engländern unter dem Admiral Nelson bei dem Vorgebirge Trafalgar (26. Oktober) vernichtet worden sei; er eilte, diese Niederlage durch einen glänzenden Sieg wieder aufzuwägen. Ohne Widerstand zog er (13. November) in Wien ein und nahm im Schlosse Schönbrunn sein Hauptquartier [1].

Generallieutenant Deroy war mit einer Division über Reichenhall (1. November 1805) bis zum Paß Bodenbühl marschiert, welchen der Erzherzog Johann mit einer kleinen Abteilung besetzt hatte. Die bayerische Vorhut wurde bei ihrem Anrücken von den tirolischen Schützen mit einem lebhaften Feuer angegriffen; wütend drangen die Bayern auf die Anhöhe und warfen die Gegner zurück. Sie gingen bis Unken vor, erbeuteten ein feindliches Geschütz und schlugen die Österreicher aus dem Kniepaß, wo diese sich in einem Blockhause hartnäckig verteidigten, durch einen Front- und Flankenangriff zurück. Am andern Tage (2. November) drangen die Bayern in den wichtigen Paß Strub auf der Straße von Salzburg nach Innsbruck vor; derselbe war von 3600 Österreichern und Tirolern mit zwei Geschützen besetzt. Die bayerische Brigade Minuzzi, welche in einer Stärke von 3500 Mann in den ersten und zweiten Paß vorrückte, wurde von einem lebhaften Feuer der gut gedeckten Kaiserlichen zurückgeschlagen. Verstärkt durch die Brigade Marsigli, stürmten die Bayern todesmutig im Engpaß vor, mußten aber viermal vor einem wirksamen Kartätschenfeuer der Gegner zurückweichen, während ihre eigenen zwölf Geschütze meist nur die Bäume erreichten. Deroy wurde, als er zur Auskundschaftung zu weit vorritt, am Fuße verwundet und kampf-

[1] Moriggl, Der Feldzug des Jahres 1805, I, 58—198.

unfähig gemacht. Nach einem achtstündigen Gefechte waren die Bayern gezwungen, sich bei Regen und Schnee nach Berchtesgaden und Reichenhall zurückzuziehen mit einem Verluste von 1200 Toten und Verwundeten. Zu gleicher Zeit war Marschall Ney mit 9000 Franzosen von Schwaben über Oberammergau und Mittenwald an die Grenze Tirols gezogen; ein Angriff auf die von 2000 Österreichern und Tirolern besetzte Festung Scharnitz mißlang, und Ney war genötigt, die Festung zu umgehen und eine Abteilung nach Leutasch zu entsenden, um die dortige Schanze zu erobern. Nach Wegnahme von Leutasch war den Franzosen der Weg über Zirl nach Innsbruck geöffnet, wo Ney am 5. November einzog. Erzherzog Johann hatte mit seinen Truppen auf dem Brenner Stellung genommen, konnte aber die Fortschritte seines Gegners nicht hemmen, weil er von Erzherzog Karl zu dessen Verstärkung nach Steiermark abgerufen wurde. Die Bayern brachen auf Befehl Neys von Berchtesgaden gegen Kufstein auf, um diese Feste zu erobern und damit eine Verbindung mit Salzburg herzustellen, wo eine französische Abteilung lag. Die Stadt Kufstein ergab sich (7. November) auf die erste Aufforderung des Generals Deroy; die Festung aber verweigerte die Übergabe. Die Bayern errichteten am linken Innufer auf den Höhen der Zellerburg eine Batterie und schlossen die Festung ein. Der österreichische Kommandant hielt sich zu einem längern Widerstand für zu schwach und kapitulierte nach dreitägiger Beschießung. Als der größte Teil der Franzosen aus Tirol nach Salzburg abmarschierte, besetzten mehrere bayerische Bataillone unter dem Generalmajor von Sibein (29. November) Innsbruck; dieser erließ an die Tiroler eine Proklamation, in der er ihnen Sicherheit der Person und des Eigentums verhieß, aber mit den schärfsten Strafen drohte, wenn ein Bayer oder Franzose angegriffen oder verletzt werden würde[1].

Der Kaiser der Franzosen war inzwischen mit 65000 Mann von Wien nach Mähren marschiert, um die bei Olmütz vereinigten Russen und Österreicher, bei denen auch die beiden Kaiser Alexander I. und Franz I. zugegen waren, anzugreifen und in einer großen Schlacht zu besiegen. In Brünn wurde er (30. November 1805) durch die Ankunft des preußischen Ministers Haugwitz überrascht. Der Zar hatte sich persönlich (23. Oktober) nach Potsdam zum König Friedrich Wilhelm III., welcher wegen Verletzung des preußischen Gebietes in Franken durch die Franzosen gereizt worden war, begeben und ihn (3. November) zu einem Vertrage vermocht, in welchem der König die Friedensvermittlung übernahm und für den Fall des Mißlingens seinen Beitritt zur Koalition zusicherte; allein die Bedingungen waren von der Art, daß die Ablehnung derselben von seiten Napoleons vorauszusehen war. Der Inhalt des Vertrages wurde bekannt, ehe Haugwitz in Brünn

[1] Moriggl a. a. O. I, 193—227.

mit Überbringung der verabredeten Forderungen eintraf. Napoleon hegte schon lange geheime Gedanken gegen Preußen; er empfing den Minister sehr wohlwollend, wies ihn aber mit seinen Anträgen an den Minister Talleyrand in Wien. Dieser erklärte dem Grafen Haugwitz, daß er sich allein über diese wichtige Sache nicht äußern könne, sondern auf die Rückkehr Napoleons warten müsse. Dem Imperator lag vor allem daran, einen entscheidenden Schlag zu führen, ehe seine Gegner durch erwartete Truppen aus Rußland, Böhmen und Ungarn verstärkt werden und ehe Preußen seine Teilnahme für die Koalition bethätige. Im russisch-österreichischen Hauptquartier glaubte man, daß Napoleon wegen der Minderzahl seiner Streitkräfte eine Schlacht vermeiden werde. Die hochmütigen Russen drängten unruhig zum Angriff; die österreichischen Generale rieten vergeblich, in der vorteilhaften Stellung bei der Festung Olmütz die Verstärkungen abzuwarten, welche der Erzherzog Ferdinand aus Böhmen und der Erzherzog Karl aus Steiermark heranführte. Der Imperator war entzückt, als er die Russen und Österreicher in einer Stärke von 100 000 Mann von Olmütz gegen Brünn heranmarschieren sah. Glühend vor Kampfluft, lieferte er ihnen (2. Dezember) am Jahrestage seiner prunkhaften Kaiserkrönung bei dem Städtchen Austerlitz eine Schlacht und erfocht durch sein überlegenes Feldherrngenie einen glänzenden Sieg. Erzherzog Karl war bis an die Grenze Ungarns gelangt und Erzherzog Ferdinand war durch die Bayern von einer Vereinigung mit dem verbündeten Heere gehindert worden. Napoleon hatte in Znaim dem bayerischen Generallieutenant Wrede den schwierigen Auftrag gegeben, mit 6000 Mann die Österreicher in Böhmen festzuhalten.

Ferdinand hatte in Prag ungefähr 15 000 Mann gesammelt, war über Budweis und Tabor nach dem südlichen Böhmen marschiert und drängte die schwachen Bayern bei Deutschbrod (25. November 1805) nach Iglau zurück, wo sie durch zwei Reiterregimenter und sechs Geschütze von dem ersten französischen Armeecorps unter Bernadotte verstärkt wurden. Die Österreicher rückten mit unwiderstehlicher Macht vor, schlugen die Bayern trotz ihrer Tapferkeit in den blutigen Gefechten bei Polna, Windig-Jenikau und dem Dorfe Stecken (5. Dezember) auf die Höhen bei Iglau zurück. In einer mondhellen Nacht warfen sich die Österreicher auf die Bayern, welche in das mit tiefem Schnee bedeckte Thal zurückweichen mußten, wo sie sich mit verzweifelter Kraft bis Mitternacht gegen die weit überlegenen Feinde wehrten. Am andern Tage trafen zwei Kuriere in Iglau mit der Botschaft ein, daß die Kaiser von Österreich und Rußland nach der Schlacht bei Austerlitz mit Napoleon Waffenstillstand geschlossen hätten. Ferdinand gab auf Verlangen Wredes die innerhalb des unbekannten Stillstandes gemachten Gefangenen und Kriegsbeute zurück [1].

[1] Moriggl a. a. O. II, 13—67.

Nach wenigen Wochen erfolgte (26. Dezember) der Friede von Preßburg, wodurch Österreich die schwersten Verluste erlitt. Kaiser Franz I. zahlte 40 Millionen Kriegskostenentschädigung und trat an Frankreich Friaul, Istrien und Dalmatien samt Triest und an Bayern Tirol, Vorarlberg und die Markgrafschaft Burgau in Schwaben ab. Bayern wurden außerdem noch die Bistümer Eichstätt und Passau, die Reichsstädte Augsburg und Lindau, die Grafschaften Hohenembs und Königsegg und die Herrschaften Tettnang und Argen einverleibt; dagegen mußte es dem Großherzog von Toskana, welcher Eichstätt inne hatte, das Bistum Würzburg überlassen. Auch der durch mehrere Jahrhunderte fortgeschleppte Streit zwischen Bayern und Österreich über jene oberpfälzischen Lehen, welche Kaiser Karl IV. (1373) an die bayerischen Herzoge gegen 100 000 Gulden verpfändet hatte, wurde beendigt, nachdem die österreichische Regierung schon mehrmals dieselben gegen 100 000 Gulden einzulösen gesucht und Bayern wegen rückständiger Geldsummen von der Krone Böhmens mehrere Millionen für die Verzinsung gefordert hatte. Im 15. Artikel des Preßburger Friedensvertrages verzichtete der österreichische Kaiser auf alle Lehens- und Hoheitsrechte in Bayern [1]. Durch den Preßburger Frieden gewann Bayern eine Vergrößerung von 500 Quadratmeilen mit einer Million Einwohner. Dem Kurfürsten von Württemberg wurde sein Land über Oberschwaben und die im Neckarthal und am Schwarzwald gelegenen Herrschaften Österreichs ausgedehnt. Baden erhielt den Breisgau, Teile des Konstanzer Bistums und die Grafschaft Nellenburg. Im 7. und 14. Artikel wurde den Kurfürsten von Bayern und Württemberg die souveräne Königswürde zuerkannt; auch das Kurfürstentum Baden wurde ein souveräner Staat. Franz I. gab zur Lostrennung dieser drei Staaten von Deutschland seine Zustimmung. Als Napoleon nach Wien zurückkam, wagte es Haugwitz nicht mehr, seine Forderungen hervorzuziehen, sondern beeilte sich, ihn zu seinem Siege zu beglückwünschen. Der französische Kaiser erwiderte ihm sehr treffend: „Das ist ein Kompliment, dessen Adresse das Schicksal geändert hat.“ Nach einer derben Zurechtweisung der preußischen Politik zeigte er sich doch zur Nachgiebigkeit geneigt, wenn der Berliner Hof eine feste Allianz mit Frankreich schließe. Haugwitz ging sogleich darauf ein und vereinbarte mit Napoleon (15. Dezember) in Schönbrunn den berüchtigten Vertrag, kraft dessen Preußen die Ansbacher Markgrafschaft an Bayern, den Kanton Neuenburg, Cleve-Berg und die Festung Wesel an Frankreich abtrat und dafür Hannover erhielt [2].

---

[1] Muffat, Die Größe und Schicksale der Entschädigungen für die Abtretung der Mark Brandenburg an Kaiser Karl IV. Abhandlungen der bayerischen Akademie der Wissenschaften, historische Klasse, X, 761.

[2] Häusser, Deutsche Geschichte seit dem Tode Friedrich d. Gr., II, 210—569.

Napoleon I. begab sich mit seinem Schwager, dem Prinzen Murat, (Ende Dezember 1805) nach München, wo er von seiner Gattin Josephine und seinem Stiefsohne, dem Vizekönig Eugen, schon seit mehreren Wochen erwartet wurde. Nach dem Vorschlage des Ministers Talleyrand verlobte er Eugen, einen schönen, geistig befähigten und edelmütigen Franzosen, mit der Tochter Max Josephs aus erster Ehe, der reizenden Prinzessin Auguste Amalie; sie war schon dem badischen Kurprinzen zugesagt, welcher jedoch aus Furcht vor dem gewaltigen Imperator zurücktrat. Am 1. Januar 1806 nahm Max Joseph öffentlich und feierlich den Königstitel an, und wenige Tage nachher trafen Abgeordnete der Stände Tirols in München ein, um ihrem neuen Landesherrn für Nachlassung einer Kriegssteuer von 9 Millionen Gulden, welche Napoleon von Tirol gefordert und an Bayern abgetreten hatte, ehrfurchtsvollen Dank auszusprechen. Freimütig drückten sie ihren Schmerz über die Abtrennung ihres Landes von Österreich aus. Der neue König verhieß ihnen in einem Reskript, daß ihre Landesverfassung, Rechte und Freiheiten erhalten und auf ihre Wünsche und ihr Wohl besondere Rücksicht genommen werde. Auf ihre Bitte bewirkte er beim Kaiser der Franzosen, daß dieser den Befehl zurücknahm, die Festung Kufstein zu zerstören. Ebenso wohlwollend wurde von ihm jene Ständedeputation aufgenommen, welche mit dem Landeshauptmann Grafen Paris von Wolkenstein-Rodeneck nach München kam, um ihm für seine Gnade zu danken. Max I. lud sie zur Tafel und ergriff beim Abschied die Hand des Landeshauptmannes mit den Worten: „Ich verspreche euch Tirolern nochmals, daß an eurer Verfassung nicht ein Jota geändert werde!“ Dem Hofkommissär Grafen Karl von Arco übertrug er die Verwaltung Tirols[1]. Während der Anwesenheit der Familie Napoleons in München überbrachten die aus dem letzten Feldzug heimkehrenden Bayern 29 Geschütze, 22 Fahnen und 15 000 Gewehre, welche von den Österreichern im Spanischen und Österreichischen Erbfolgekrieg den Bayern abgenommen und auf Befehl Napoleons den bayerischen Truppen ausgeliefert worden waren; sie wurden von der Münchener Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Am 14. Januar wurde die Hochzeit der Prinzessin Auguste mit dem Prinzen Eugen mit festlichem Gepränge gefeiert, und am andern Tag fand der „Metzgersprung“ im Fischerbrunnen statt. Der französische Kaiser wohnte demselben mit seiner Familie und dem ganzen königlichen Hofe in dem Landschaftsgebäude bei[2]. Andere öffentliche Feierlichkeiten genehmigte Max Joseph nicht und ließ 24 000 Gulden aus seiner Kabinettskasse an zwölf arme Bürgersmädchen in den neun größten Städten Bayerns zu einer Mitgift verteilen. Bei der Abreise (17. Januar) zeichnete Napoleon 80 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten mit dem Orden der Ehrenlegion

---

[1] Moriggl a. a. O. II, 189—317. [2] Oberbayerisches Archiv, XII, 107.

aus. Den Kronprinzen Ludwig, der sogar während des Aufenthaltes des mächtigen Soldatenkaisers mit seiner deutschen Gesinnung nicht zurückhielt, wollte er für das Franzosentum gewinnen; er machte mit ihm täglich Spazierritte, verlieh ihm den Orden der Ehrenlegion und schenkte ihm den Degen, den er bei Austerlitz geführt hatte, mit den Worten: „Tragen Sie ihn zur Verteidigung Ihrer Rechte!" Allein alle diese Auszeichnungen konnten den Kronprinzen in seiner deutschen Treue nicht wankelmütig machen[1]. Außer der bayerischen Heirat suchte Napoleon seine Familie durch weitere eheliche Verbindungen den alten Regentenhäusern ebenbürtig zu machen. Seine Adoptivtochter Stephanie Tascher de la Pagerie, eine Nichte Josephinens, vermählte er mit dem Kurprinzen von Baden und seinen jüngsten Bruder Jérôme, dessen Ehe mit einer bürgerlichen Frau er eigenmächtig trennte, mit einer württembergischen Prinzessin. Durch diese Verheiratungen erlitt der dynastische Ahnenstolz eine harte Demütigung. Seinen Schwager Murat ernannte Napoleon zum Herzog von Cleve-Berg, und seinen Bruder Joseph machte er nach Vertreibung der mit der Koalition verbündeten Bourbonen zum König von Neapel, und seinen Bruder Ludwig, den er mit seiner Stieftochter Hortense, Eugens Schwester, vermählte, zum König von Holland. Seinem Adjutanten Marschall Berthier verlieh er den von Preußen abgetretenen Kanton Neuenburg und erhob ihn zum Fürsten von Neufchatel. Berthier vermählte sich später mit einer Prinzessin von Pfalz-Zweibrücken. Seinen Oheim, den Kardinalbischof Fesch von Lyon, ernannte der französische Kaiser zum Koadjutor des Kurfürsten und Reichserzkanzlers von Dalberg; dieser willigte mit unterwürfiger Zuvorkommenheit ein und hätte dem fremden Gewalthaber ganz Deutschland mit blinder Bewunderung preisgegeben[2].

Der Baseler, Luneviller und Preßburger Friedensvertrag brachten das Deutsche Reich zur völligen Auflösung und erstickten gänzlich das deutsche Nationalgefühl. Während der dem französischen Kaiser (1805) in Mainz dargebrachten Huldigungen warf der kurhessische Minister Freiherr von Waitz dem französischen Gesandten Bignon den Gedanken einer engern Verbindung der süd- und westdeutschen Staaten ohne Österreich und Preußen unter französisch-russischem Schutze hin. Dieser Gedanke fand allgemein eine günstige Aufnahme, denn schon seit 1796 war auf die Gründung eines Rheinbundes planmäßig hingearbeitet worden. Überall überzeugte man sich, daß die alte deutsche Reichsverfassung durch Gewalt und Zerrüttung unhaltbar gemacht worden sei und eine neue Ordnung der Dinge geschaffen werden müsse. Der Reichstag in Regensburg fühlte in seiner kläglich verfallenen Gestalt, daß

---

[1] Sepp, Ludwig Augustus, König von Bayern 17.

[2] Krämer A., Karl Theodor von Dalberg, Fürstprimas des Rheinischen Bundes, „Zeitgenossen", VI, 97—135.

er überflüssig geworden sei, seitdem Preußen und Norddeutschland sich von dem allgemeinen Vaterlande abgetrennt und mehrere Reichsfürsten souveräne Regenten geworden waren. Napoleon I. hatte im siebenten Artikel des Preßburger Friedens durch die Worte „Deutsche Konföderation" den Rheinbund angekündigt, und unter Anleitung des Ministers Talleyrand wurde am 17. Juli 1806 der Bundesvertrag zwischen Napoleon, den Königen von Bayern und Württemberg, dem Kurfürsten von Baden, dem Herzog von Cleve-Berg, den Fürsten von Nassau, Hohenzollern, Liechtenstein, Arenberg, Salm und Isenburg und dem Grafen von Leyen abgeschlossen. Die Rheinbundfürsten verpflichteten sich, dem französischen Kaiser in jedem Feldzug 63000 Mann zu stellen, eine Zahl, welche später weit überschritten wurde. Napoleon wurde zum Protektor des Bundes erkoren; er ordnete die Kriegsrüstungen an und machte sich verbindlich, die Bundesmitglieder für ihre militärischen Leistungen durch eine bessere Abrundung ihrer Länder und Zuwachs an Gebiet zu entschädigen; sie mußten aber auf das Recht verzichten, Krieg und Frieden mit auswärtigen Mächten zu schließen, so daß sie in eine größere Abhängigkeit zum französischen Kaiser als zum deutschen kamen. Zur Beratung der gemeinsamen Angelegenheiten sollten sich die Vertreter der Bundesfürsten in Frankfurt unter dem Vorsitze des Erzbischofs von Dalberg versammeln, welcher von Napoleon zum Fürstprimas ernannt und mit der Reichsstadt Frankfurt beschenkt wurde; es kam jedoch niemals zu einem Bundestag. Baden, Hessen-Darmstadt und Cleve-Berg wurden zu Großherzogtümern und Nassau zum Herzogtum erhoben. Napoleon ließ durch seinen Gesandten den Regensburger Reichstag über die Errichtung des Rheinbundes in Kenntnis setzen mit der Bemerkung, daß das Deutsche Reich zu existieren aufgehört habe. Franz I. legte (6. August 1806) die deutsche Kaiserkrone nieder und entband alle Deutschen des Treueides gegen Kaiser und Reich. Den übrigen Reichsfürsten wurde der Bundesvertrag vom 17. Juli zur Annahme vorgelegt; sie hatten nur die Wahl zwischen dem Rheinbund und der Mediatisierung. Bis zum Jahre 1808 stellten sich 16 deutsche Fürsten unter das Protektorat Napoleons mit der Bezeichnung „Rheinischer Bundesfürsten", deren Gebiet 5500 Quadratmeilen mit fast 13 Millionen Einwohnern umfaßte. Jene Fürsten, Grafen und Reichsstädte, welche dem Rheinbunde nicht beitraten, wurden mediatisiert und ihre Besitzungen den Mitgliedern des Rheinbundes zugeteilt[1]. Bayern, welches die enklavierte Herrschaft Wiesensteig an Württemberg abtrat, erhielt die Reichsstadt Nürnberg, die Deutschordens-Kommenden Rohr und Waldstetten, in Franken das Fürstentum Schwarzenberg, die Grafschaft Castell, die Herrschaften Limpurg-Speckfeld und Wiesenheid nebst den Hohenloheschen Ober-

[1] Häusser a. a. O. II, 570—583.

ämtern Schillingsfürst und Kirchberg, in der Oberpfalz die Grafschaft Sternberg und in Schwaben das Fürstentum Öttingen, einen Teil der Taxisschen und Fuggerschen Besitzungen, die Grafschaft Edelstetten, die Burggrafschaft Winterrieden und die Reichsherrschaften Buxheim und Thannhausen[1].

Dem Rheinbund pflegt man den Stempel des Hochverrates am Deutschen Reich, das zu jener Zeit thatsächlich nicht mehr bestand, aufzudrücken, um damit die Schmach des Baseler Friedens abzuschwächen. Die Erinnerung an die entsetzlichen Leiden und Drangsale, welche die Bayern durch Österreich seit dem Spanischen Erbfolgekrieg zu erdulden hatten, nährte in ihnen einen fortgeerbten Haß gegen „die kaiserlichen Verderber", und dem König Max I. konnte niemand zumuten, daß er sich mit dem Wiener Hofe verbünde, der sich alle mögliche Mühe gab, ihm Bayern wegzunehmen. Die Gründung des Rheinbundes war keine Nationalitäts-, sondern eine Machtfrage; denn wenn Bayern, Württemberg, Baden ꝛc. sich nicht an Frankreich, sondern an Österreich angeschlossen hätten, so wären sie wie Kurhessen und Braunschweig (1807) zu französischen Provinzen gemacht, die angestammten Dynastien verjagt und an ihre Stelle napoleonische Emporkömmlinge gesetzt worden. Die Soldaten von Bayern, Württemberg und Baden hätten nach Einverleibung dieser Länder in Frankreich gegen ihre deutschen Brüder und gegen das Ausland für den französischen Imperator ebenso in den Kampf ziehen müssen wie nach Errichtung des Rheinbundes. Innerhalb ihres Gebietes konnten die Rheinbundfürsten mit unbeschränkter Gewalt herrschen, und nur in der rheinbündischen Presse duldete der Imperator keinen Angriff auf seine Person oder Politik. Als der Buchhändler Palm in Nürnberg eine anonyme Schrift unter dem Titel „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung" veröffentlichte, ließ ihn Napoleon durch den Marschall Berthier, den Stellvertreter des französischen Kaisers in Deutschland, nebst fünf anderen Angeklagten verhaften und nach Braunau abführen, welches von einer Abteilung Franzosen besetzt war. Der Beweggrund zu dieser gegen Napoleon gerichteten Schrift mochte der schwere Druck gewesen sein, welcher durch die Einquartierung der Franzosen in ganz Deutschland auf der Bevölkerung lastete; sie war mit Ausnahme der Tendenz ohne Bedeutung. Palm, ein ehrenwerter Bürger, weigerte sich, den Verfasser der Schrift, Oberfinanzrat von Yelin, zu nennen, und wurde samt den anderen Unschuldigen auf Grund einer haltlosen und nichtigen Anklage von einer Militärkommission wegen Hochverrates standrechtlich zum Tode verurteilt. Einigen von den Verhafteten gelang es, zu entfliehen und der Mitangeklagte Schoderer wurde begnadigt; Palm aber, der ebenfalls durch Flucht sein Leben hätte retten können, verschmähte es und wurde (26. August 1806) erschossen. Der Kooperator

[1] Pölitz, Der Rheinbund 187—293.

Thomas Pöschl von Braunau, ein geborener Böhme und Stifter der berüchtigten Schwärmersekte der „Pöschelianer“ in Österreich, begleitete ihn zur Richtstätte [1]. Die bayerische Regierung wagte es nicht, den Nürnberger Buchhändler, der damals schon bayerischer Unterthan war, gegen das grausame Urteil des Franzosenkaisers in Schutz zu nehmen [2]. Die Hinrichtung Palms war ein schreiender Justizmord, welcher von dem fremden Despoten auf deutschem Boden anbefohlen worden war. Das deutsche Volk hatte bisher in Napoleon einen Sohn der Revolution und den Genius einer bessern Zukunft verehrt; seit der Gewaltthat in Braunau aber erkannte es in ihm immer mehr die Züge eines Tyrannen und wandte sich allmählich mit Abscheu von ihm ab. Die Aufregung der deutschen Gemüter wurde gesteigert durch den Ausbruch eines Krieges, der für die Pläne Napoleons von Deutschen und Franzosen gegen Deutsche ausgefochten wurde.

In Berlin war man über den von Minister Haugwitz in Schönbrunn eigenmächtig abgeschlossenen Vertrag erstaunt. Friedrich Wilhelm III. weigerte sich, denselben zu unterzeichnen, weil er sich die Verachtung Deutschlands und die Feindschaft Englands zuziehen würde, wenn er Hannover, welches die Franzosen dem britischen König Georg III. entrissen hatten, aus der Hand Napoleons annähme; er schlug jedoch wie gewöhnlich einen Mittelweg ein, indem er den Vertrag unter der Bedingung unterzeichnen wollte, daß er Hannover bis zum endgiltigen Friedensschlusse mit England in Verwahrung nehmen und mit Frankreich nur in ein Freundschaftsbündnis treten würde. Der Kaiser der Franzosen wußte, daß Preußen sich durch seine Neutralitätspolitik gänzlich vereinzelt hatte und ohne Freunde und Verbündete war; er erklärte dem nach Paris gesandten Grafen Haugwitz, daß der Schönbrunner Vertrag aufgehoben sei, und forderte, daß alle preußischen und hannöverischen Häfen für die englischen Schiffe gesperrt und jener Vertragsartikel, nach welchem Bayern für die Markgrafschaft Ansbach ein Gebiet mit 20000 Einwohnern an Preußen abtreten sollte, fallen gelassen werde. Mit herrischen Worten deutete er ihm an, daß der Krieg unvermeidlich sei, wenn diese Bedingungen nicht angenommen würden. Friedrich Wilhelm unterzeichnete (9. März 1806) mit schmerzlicher Empfindung den Vertrag und vernichtete damit die Unabhängigkeit Preußens. Die englische Regierung bezeichnete die Besetzung Hannovers durch Preußen und die Schließung der Nordseehäfen für einen Kriegsfall, blokierte die preußischen Häfen und belegte viele preußische Schiffe, welche in britischen Häfen lagen, mit Beschlag. Nach wenigen Monaten eröffnete Napoleon mit Georg III. Friedensunter-

---

[1] Würth, Die protestantische Pfarrei Vöklabruck. Ein Beitrag zur Kenntnis des Zustandes der Pöschelianer in Österreich 13—39.

[2] Pertz a. a. O. I, 340—342.

handlungen und trug ihm mit verräterischem Wortbruche an Preußen die Rückgabe Hannovers an. Zugleich wollte er sich den Frieden mit Rußland dadurch erkaufen, daß er dem Zaren das preußische Polen zusagte. Diese Verhöhnung und Schmach wollte man in Preußen nicht länger mehr ertragen, und in dem Ministerium, dem Volke und den Offizieren wurde der Ruf zum Kriege immer lauter und allgemeiner. Die Regierung ordnete Rüstungen an und unterhandelte zugleich mit Napoleon, Sachsen, England, Österreich und Rußland; sie konnte jedoch weder den Gegner versöhnen noch Freunde gewinnen, weil sie das Vertrauen und die Achtung der Völker verloren hatte. Nur in der letzten Stunde gelang es ihr, ein Bündnis mit Rußland zu Stande zu bringen und Sachsen zum Anschlusse zu zwingen; allein es war zu spät, weil Napoleon (Anfang Oktober 1806) bei Würzburg 200 000 Franzosen und Rheinbündler gesammelt hatte und an die preußische Grenze rückte[1]. Bayern hatte bundesgemäß 30 000 Mann, welche in zwei Divisionen geteilt waren, ins Feld gestellt. Napoleon befahl dem Generallieutenant Deroy, mit der ersten Division über Baireuth gegen Dresden zu marschieren, und ließ die zweite Division unter dem Generallieutenant Wrede durch die Württemberger verstärken und nach Schlesien abgehen, um die dortigen Festungen zu erobern und den Rückzug der Franzosen aus Polen zu decken.

Während Napoleon durch Franken über Hof gegen Naumburg marschierte, waren 108 000 Preußen und 20 000 Sachsen bis in den Thüringer Wald vorgegangen, wo sie unthätig stehen blieben. Die Sachsen waren ungern mit den Preußen gezogen, weil sie überzeugt waren, daß dieselben nicht für Deutschland, sondern nur für ihre Sonderinteressen die Waffen ergriffen hätten. Das preußische Heer hatte die Taktik des Siebenjährigen Krieges noch beibehalten; der Feldherr Herzog Ferdinand von Braunschweig und die Generale hatten größtenteils unter Friedrich dem Großen gedient und waren altersschwach; die Offiziere gehörten fast ausschließlich dem Adel an, und die meisten hatten ihre Tage in Gottlosigkeit und Ausschweifungen verlebt. Mit dünkelhaftem Hochmut und Selbstvertrauen unterschätzten sie die neue Kriegführung der Franzosen und warteten das Eintreffen der Russen nicht ab, um die Ehre des Sieges allein zu genießen[2]. Als Napoleon die ungeschickte Stellung der Preußen sah, rief er aus: „Die Preußen sind noch eselhafter als die Österreicher.“ Eine vorgeschobene Abteilung der Preußen wurde bei Saalfeld (10. Oktober 1806) von den Franzosen aufgerieben, die Großteile derselben bei Jena und Auerstädt (14. Oktober) besiegt und die Trümmer des zersprengten Heeres gefangen; nur der General Blücher

---

[1] Häusser a. a. O. II, 385—595.

[2] Stein, Kabinett von biographischen Gemälden ꝛc. 61—65.

schlug sich mit seinem Corps bis Lübeck durch, welches von dem Marschall Bernadotte (6. November) erstürmt wurde. An dem einzigen Tage bei Jena und Auerstädt war das Schicksal Preußens entschieden worden; unter der Wucht eines einzigen Schlages stürzte plötzlich das ganze Staatsgebäude zusammen. Der Absolutismus, den Friedrich II. in Preußen begründet hatte, führte unter der Regierung seiner schwachen und unfähigen Nachfolger zur Willkürherrschaft von Günstlingen, zu einem unselbständigen Bureaukratismus und einer stumpfen Gleichgiltigkeit des Volkes. Die stärksten Festungen, Erfurt, Magdeburg, Spandau, Küstrin 2c., mit bedeutenden Besatzungen und Proviant fielen durch feigen Verrat der Kommandanten ohne Widerstand in die Gewalt kleiner Abteilungen des Gegners. Nach wenigen Tagen zog Napoleon (27. Oktober) in Berlin ein, und die Provinzen Sachsen, Brandenburg, Pommern und Schlesien wurden bis auf einige feste Punkte von den Franzosen besetzt, ohne daß ein ernstes Gefecht stattgefunden hatte. Der Sieger legte dem unterworfenen Lande ungeheure Brandschatzungen auf, während seine Generale und Kommissäre auf eigene Faust plünderten. Die preußischen Polen erklärte er für frei, und diese scharten sich nach Tausenden unter seine Fahnen. König Friedrich Wilhelm mußte sich vor dem unaufhaltsam vordringenden Franzosenkaiser bis an die äußerste Grenze seines Reiches zurückziehen und Schutz bei dem russischen Heere suchen, welches jetzt die preußische Grenze erreicht hatte [1].

Der Zar Alexander I. hatte zwei Armeecorps zu 60000 Mann gerüstet und den Oberbefehl dem alten Feldmarschall Kamensky anvertraut; mit dieser Truppenzahl konnte der weit überlegenen Streitmacht der Franzosen kein entscheidender Widerstand geleistet werden. Als Napoleon in Polen einrückte, ging Kamensky bis Warschau vor, zog sich aber vor der gegnerischen Übermacht nördlich hinter dem Narewfluß bis zur Stadt Pultusk zurück. Napoleon besetzte (2. Januar 1807) Warschau und beauftragte den Kronprinzen Ludwig von Bayern, mit der ersten bayerischen Division die Narew zu überschreiten und die Russen an der Flanke anzugreifen. Ludwig hatte fast das ganze Jahr 1806 in Paris zugebracht, wo er auf Wunsch seines königlichen Vaters dem Kaiser der Franzosen einen Gegenbesuch machte; er wohnte in den Tuilerien und erfreute sich bei der Bonaparteschen Familie einer großen Aufmerksamkeit. Unter dem Vorsitze Napoleons wurde er zu den Staatsratssitzungen gezogen und machte mit dessen Gutheißung eine Reise nach Spanien. Aus Abneigung gegen das Franzosentum ging der Kronprinz mit dem Plane um, sich um die Hand der Großfürstin Katharina, einer Schwester des russischen Kaisers, zu bewerben. Als König Max I. hiervon hörte, schickte er seinem Sohne einen Kabinettskurier nach

[1] Häusser a. a. O. II, 598—713.

Spanien mit dem schriftlichen Auftrag, sich sogleich zur bayerischen Armee in Polen zu begeben; denn dies sei der Wunsch Napoleons[1]. Ludwig, dem der General Deroy zur Seite stand, ließ unter lebhaftem Artilleriefeuer über den Narewfluß Brücke schlagen und trieb die Russen in die anstoßenden Waldungen zurück; als er aber von dem General Tutschkow mit 25000 Mann angegriffen wurde, mußte er seine Division zurückziehen. Ebenso drängte der russische General Graf von Bennigsen, ein hannöverischer Edelmann, die Franzosen nach einem hitzigen Gefechte von Pultusk an die Weichsel zurück. Schlechte Wege und Straßenschlamm, den die Franzosen das fünfte Element nannten, hinderten Bennigsen, die Gegner zu verfolgen. Wegen der bei Pultusk errungenen Vorteile gelangte er am Petersburger Hofe zu so großem Vertrauen, daß ihm der Oberbefehl mit der Feldmarschallswürde übertragen wurde. Mangel an Lebensmitteln in dem verwüsteten Lande zwang Bennigsen, in Altpreußen einzumarschieren, wo er sich mit 14000 Preußen verstärkte und das von Bernadotte befehligte Armeecorps zurückschlug. Napoleon brach mit seiner ganzen Armee gegen die Russen auf; Bennigsen zog sich unter hitzigen Gefechten seiner Nachhut in die vorteilhafte Stellung bei Preußisch-Eylau zurück. Der Imperator lieferte ihm (8. Februar 1807) eine der blutigsten Schlachten; sie blieb unentschieden. Die Russen waren durch die Preußen von einer Niederlage gerettet worden; auf beiden Seiten bedeckten 60000 Tote und Verwundete das Schlachtfeld. Die feindlichen Heere waren so erschöpft, daß vier Monate lang die Waffen ruhten[2]. Napoleon zog aus den nächsten Städten in Deutschland die Besatzungen an sich und forderte von den Rheinbundfürsten Reserven.

Der König von Bayern schickte dem Kaiser der Franzosen eine Brigade unter dem Generalmajor Vincenti, welcher sich in Pommern mit dem Armeecorps des Marschalls Brune vereinigte, Greifswalde und Stralsund eroberte und die Insel Rügen besetzte. Mit demselben Erfolge hatten die vereinigten Bayern und Württemberger in einer Stärke von 25000 Mann unter dem Marschall Vandamme in Schlesien gekämpft; sie nahmen die Festung Glogau mit Sturm, eroberten Breslau nach einem Siege über ein preußisches Entsatzcorps und bemächtigten sich der festen Städte Brieg, Glatz und Silberberg. Die Festungen Kosel und Neiße leisteten hartnäckige Gegenwehr, bis der General Deroy mit der ersten bayerischen Division aus Polen zur Unterstützung eintraf. Die Württemberger und namentlich die Bayern machten sich durch rohe Handlungen, Bedrückungen und Erpressungen bei den Schlesiern bis zum Tode verhaßt. Sogar der General Wrede soll nach einer Erzählung des allen Bayern abholden Freiherrn von Stein seine Offiziersehre befleckt

[1] Heigl, Ludwig I. König von Bayern 17—47.

[2] Klevesahl a. a. O. 21—28.

haben, indem er die schamlose Plünderungssucht der französischen Marschälle Soult, Massena und anderer Generale Napoleons nachgeahmt hätte. In dem dem Herzog von Braunschweig gehörigen Schlosse Öls nahm er alles herzogliche Silbergeschirr weg und ließ es zu seinem Feldgepäck legen. Der wehrlose Schloßvogt konnte es nicht hindern, bat aber den General um einen Schein, daß er ihm kraft eines Kriegsbefehles den Silberschatz habe ausliefern müssen, damit nicht er für den Dieb desselben gehalten würde. Wrede unterschrieb wirklich den genau spezifizierten Schein. Dieses Papier kam später (1813) in die Hände des Ministers Freiherrn von Stein, der hierüber heftig erbittert wurde. Als Wrede (1814) den Freiherrn bei einer Durchreise in Frankfurt besuchen wollte, sprang Stein in aufwallendem Zorne von seinem Sitze auf und rief seinen Bedienten zu, sofort den Wagen zu bespannen, und eilte mit den Worten hinaus: „Mit einem solchen verfluchten Räuber sitze ich nicht in demselben Zimmer."[1] Inzwischen hatte der russische Feldmarschall Bennigsen Verstärkungen an sich gezogen, und Kaiser Alexander I. war selbst auf dem Kriegsschauplatze erschienen. Am 14. Juni 1807, dem Jahrestage der Schlacht bei Marengo, erfocht Napoleon bei Friedland über die Russen einen entscheidenden Sieg. Der Zar war gezwungen, mit ihm einen Waffenstillstand einzugehen. In einer persönlichen Zusammenkunft auf dem Flusse Niemen spiegelte Napoleon dem russischen Kaiser die Teilung der Weltherrschaft zwischen Rußland und Frankreich vor, und Alexander schloß aus Ehrsucht mit dem korsischen Emporkömmling (7. Juli) Frieden und Freundschaft. Bald darauf wurde auch mit dem König von Preußen in Tilsit (9. Juli) Friede gemacht; er mußte sich so harten Bedingungen unterwerfen, daß sein Land zu einem Staate dritten Ranges herabsank. Außer einer Kriegskostenentschädigung von 150 Millionen Franken wurde ihm alles Gebiet zwischen dem Rhein und der Elbe abgenommen, und er mußte in dem verbliebenen Lande französische Besatzungen in die wichtigsten Festungen aufnehmen. Von Preußisch-Polen wurde ein Kreis mit Rußland vereinigt und aus dem größern Teile das Großherzogtum Warschau errichtet. Die Wiederherstellung des alten Königreiches Polen unterließ Napoleon, um nicht den Zaren zu reizen; er betrog aber dadurch die Polen, welche nur in dieser begeisternden Hoffnung ihm Gut und Blut opferten[2]. Zur Anerkennung dieser Politik nahm Alexander die von Napoleon auf dem Kontinente angeordnete Handelssperre gegen die Engländer an, welche eine unbeschränkte Seeherrschaft auf allen Meeren behaupteten und die neutralen Dänen mit einer unerhörten Gewaltthat nach Beschießung Kopenhagens und Besetzung

---

[1] Arndt, Meine Wanderungen und Wandlungen mit dem Reichsfreiherrn von Stein 218.

[2] Pertz a. a. O. I, 353—414.

Seelands (1807) zwangen, ihre ganze Kriegsflotte an sie auszuliefern, damit sie nicht mehr die Franzosen zur See unterstützen und die Durchfahrt durch den Sund schließen konnten.

Nach dem Tilsiter Frieden schaltete Napoleon mit despotischer Willkür über das Schicksal deutscher Länder und Völkerschaften. Den Kurfürsten von Hessen-Kassel, der es im letzten Feldzuge gewagt hatte, neutral zu bleiben, und den Herzog von Braunschweig, der das preußische Heer gegen die Franzosen befehligt hatte, setzte er ab und bildete aus ihren Ländern, sowie aus Hannover und preußischem Gebiete das Königreich Westfalen, welches er seinem berüchtigten Bruder Jérôme verlieh. Dieses Scheusal der Sittenlosigkeit verschwelgte an seinem in alle Laster versunkenen Hofe in Kassel mit französischen und deutschen Auswürflingen die in Deutschland erpreßten Geldsummen oder lieferte sie nach Paris und schickte seinem kaiserlichen Bruder 16000 Soldaten nach Spanien zur Schlachtbank. Den Kurfürsten Friedrich August von Sachsen, welcher noch zur rechten Zeit von Preußen abgefallen und nebst den sächsischen Herzogtümern, Oldenburg und Mecklenburg dem Rheinbunde beigetreten war, erhob Napoleon zum König und schenkte ihm das neue Großherzogtum Warschau, um damit zwischen Preußen und Österreich einen Keil zu schieben und beide Staaten um so sicherer beherrschen zu können. Den Kaiser von Rußland und die Rheinbundfürsten lud er (1808) zu einer persönlichen Zusammenkunft nach Erfurt ein; Ende September erschienen alle. Österreich sandte den General Vincent und Preußen den Prinzen Wilhelm als Bevollmächtigte, um beide Kaiser zu begrüßen und ihre Pläne auszuforschen. Zur Verherrlichung der Fürstenversammlung wurden die kostbarsten Geräte der kaiserlichen Haushaltung und die tüchtigsten Schauspieler von Paris nach Erfurt geschickt; auch auserlesene Regimenter der Garde marschierten dahin. Der machtbegierige Zar fühlte sich geschmeichelt, daß ihn der große Beherrscher des europäischen Westens zu der Fürstenzusammenkunft geladen hatte; er allein wurde als souveräner Herr behandelt und die Fürsten des Rheinbundes als Vasallen betrachtet. Die französischen Marschälle und Minister fanden vor den Königen von Bayern, Württemberg, Sachsen, Westfalen, den Großherzogen von Baden und Hessen-Darmstadt und den übrigen Mitgliedern des Rheinbundes bei dem Imperator Eingang, und im Theater wurden diesen in gemessener Entfernung von den beiden Kaisern und auf geringeren Sesseln die Plätze angewiesen. Der österreichische und preußische Bevollmächtigte wurden von allen Seiten mißachtet. Größere Auszeichnung erwies Napoleon dem Dichter Göthe, welcher auf Fürstengunst stolz war und von dem Imperator nach Paris eingeladen wurde, um den Tod Cäsars zum Gegenstande eines Dramas zu machen. Auch den greisen Dichter Wieland, den deutschen Voltaire, ließ er sich bei einem festlichen Besuche in Weimar vorstellen und unterredete sich mit ihm über das

Christentum, dessen geschichtliche Wahrheit er in Zweifel zog. Beiden Dichtern verlieh er den Orden der Ehrenlegion. Ganz Europa schaute mit banger Besorgnis auf Erfurt, wo man die Entscheidung der Geschicke Europas mit schweigsamer Ergebung erwarten mußte. Napoleon I. stand damals auf dem Höhepunkt seiner Macht; er beherrschte seine Zeit, weil er sie mit ungewöhnlicher Geistesschärfe und Sicherheit des Blickes durchschaute. Der Korse war ein mathematisch berechnendes Genie, ohne Begeisterung für das Hohe und Ideale, aber voll schöpferischer Gedanken; er verstand es, jedes Ereignis und jede Lage, jeden Umstand und jede Wendung, selbst die verworrensten und entferntesten Dinge mit Blitzesschnelle zur Erreichung seines großen Zieles, der Weltherrschaft, zu benützen[1]. Sein südländisches heißes Blut trieb ihn zur schleunigsten Ausführung des richtigen Gedankens mit eisernem Willen und rücksichtslosem Trotze. Die Glut der Leidenschaft verbarg er unter einer scheinbaren Ruhe und marmornen Kälte. Napoleon war von einer kleinen, gedrungenen Gestalt, besaß aber einen schönen, energischen Kopf, ähnlich dem eines römischen Imperators. In seiner einfachen blauen Uniform und mit seinem kleinen Hute sprach er kurz, kräftig und hingeworfen, und selbst über die gleichgiltigsten Sachen mit einer leidenschaftlichen Hast; seine barsche, herrische Stimme machte auf den Angeredeten den widerwärtigsten Eindruck. Durch die Größe seines Geistes und den Ruhm seiner Thaten bezauberte er alles. Napoleon I. überragte alle großen Monarchen und Feldherren, Alexander von Macedonien, Julius Cäsar, Kaiser Karl und Friedrich II., denn jeder dieser berühmtesten Männer überließ sich inmitten großer Thaten dem Vergnügen und der Ruhe; er aber konnte nur in immerwährender Spannung und unausgesetztem Handeln leben. In jeder und selbst der größten Gefahr und Unglück blieb er stets Herr seiner selbst, seines Geistes und seiner Thatkraft, während Friedrich der Große in dem für ihn unglücklichen Feldzuge 1758 so verzagt wurde, daß er sich durch Gift, welches er immer bei sich führte, das Leben nehmen wollte. Mit unbegrenztem Ehrgeize und dämonischer Gewalt verfolgte er sein Ziel, ohne Rücksicht auf die Mittel. Napoleon I. war eine jener seltenen historischen Persönlichkeiten, welche die göttliche Vorsehung auserwählt und gegen die Gefahren des Lebens schützt, um die religiös und moralisch gesunkene Menschheit durch militärische und politische Umwälzungen zu regenerieren.

Alle Zeitungen im französischen Deutschland, der Schweiz, Holland und den Rheinbundstaaten priesen die neuen politischen Zustände, vergötterten Napoleon und verhöhnten alle Regungen des deutschen Nationalgefühls. Der gelehrte Geschichtsschreiber Johannes Müller erniedrigte sich vor dem lieder-

---

[1] Bernhardi, Mémoires du comte Miot de Melito, Historische Zeitschrift von Sybel, II, 286.



lichen König Jérôme, der mit niederträchtiger Frivolität seinen Fuß auf den Nacken der unterdrückten Deutschen setzte, auf so schmähliche Weise, daß er sich von ihm zum Minister anstellen ließ; er empfahl den Deutschen die Herrschaft des Imperators, welche er kurz vorher mit erkünstelter Entrüstung bekämpft hatte; er pries sich und seine Zeitgenossen glücklich, daß sie die Wiedergeburt Deutschlands unter „dem zweiten Karl dem Großen“ erlebt hätten. Müller wurde von allen Deutschen und selbst von dem westfälischen Hofe verachtet und verspottet. Wie er, drängte sich eine große Menge von Gelehrten und Litteraten, Adeligen und höheren Ständen zu dem Throne des korsischen Despoten, um Vorteile und Ehren zu erbetteln; der protestantische Pfarrer und Dichter Kosegarten auf der Insel Rügen streute dem französischen Kaiser auf unerhörte Art Weihrauch. Das niedere Volk hielt sich unter dem Drucke der Steuer- und Rekrutierungslast zurück und legte weniger das Nationalgefühl ab; nur die Altbayern gaben viele Sympathien für die Franzosen kund, weil sie demselben Glaubensbekenntnisse angehörten und Bayern vergrößert hatten. Zu jenen, welche fanatisch für Napoleon schwärmten, gehörte der Rationalist Freiherr von Aretin in München, welcher in der „Oberdeutschen Zeitung“ (1810) „gegen die Prediger der Deutschheit, die Missethäter und Hochverräter, die den Boden des Rheinbundes besudeln“, eiferte. Einer der thätigsten Vergötterer Napoleons wurde der freimaurerische Litterat Zschokke, welcher im Solde des Ministers Montgelas stand und das Glück rühmte, daß seit dem Tilsiter Frieden die Schicksale Deutschlands und Europas in den Händen des französischen und russischen Kaisers ruhen. Der Erfurter Fürstenkongreß schien auch von Napoleon veranstaltet worden zu sein, um den europäischen Völkern den festen Bund zwischen ihm und dem Zaren zu zeigen, sie dadurch mit Furcht zu erfüllen und die Treue der Rheinbundfürsten zu befestigen; seine eigentliche Absicht aber war, sich den Rücken zu decken, wenn er mit einer großen Armee über die Pyrenäen zur Unterwerfung Spaniens ziehe, welches das französische Joch abgeschüttelt hatte. Die beiden Kaiser überhäuften sich zwar gegenseitig mit freundschaftlichen Zärtlichkeiten; es war jedoch bei beiden nur Zwang und Heuchelei, weil der eine den andern zu seiner Vergrößerung brauchte. Als sie über die Teilung Europas verhandelten, suchte Napoleon den Zaren mit dem Anerbieten Finnlands und der Donaufürstentümer zufrieden zu stellen. Alexander I. wollte in der Türkei ausgedehnte Eroberungen machen und auch Konstantinopel in seinen Besitz bringen, stand jedoch mit scheinbarer Beruhigung davon ab auf die Vorstellung Napoleons, daß England und Österreich den letzten Mann daran setzen werden, um die Türkei zu retten. Rußland möge zuwarten, bis Spanien von den Franzosen unterworfen sei. Der Zar verpflichtete sich, Frankreich Hilfe zu leisten, wenn es während des spanischen Krieges von Österreich angegriffen werden

würde [1]. Napoleon wollte auch eine Familienangelegenheit mit Alexander besprechen; er trug sich mit dem Gedanken, sich von seiner Gattin Josephine scheiden zu lassen, um legitime Nachkommen zu erhalten. Seine Wahl fiel auf die Schwester des russischen Kaisers, die Großfürstin Katharina, welche sich der Kronprinz von Bayern zur Braut ausersehen hatte; seine Absicht ließ er dem Zaren vorsichtig bekannt geben. Alexander, ein eifriger Verteidiger der dynastischen Legitimität und ein Monarch von Geist, Anmut und diplomatischer Hinterlist, ließ dem Emporkömmling der Revolution sagen, daß er, obgleich Selbstherrscher aller Reußen, über die Hand seiner Schwester nicht verfügen könne; das stehe seiner Mutter allein zu; diese aber, eine württembergische Prinzessin, verachtete und haßte den korsischen Usurpator. Die Großfürstin Katharina wies den Heiratsantrag Napoleons zurück und vermählte sich mit dem Herzog von Oldenburg. Mitte Oktober (1808) verließen die zwei Kaiser und die Rheinbundfürsten die Stadt Erfurt [2].

Napoleon konnte nach den mit Alexander getroffenen Abmachungen frei über Spanien und Deutschland verfügen; er eilte von Erfurt nach Paris und von dort (5. November 1808) mit einem Heere von 200 000 Mann über die Pyrenäen. Mit der Schnelligkeit eines Gewitters schlug er die erst in der Bildung begriffenen Volksarmeen der Spanier bei Burgos, Espinosa und Tudela (10.—23. November) nieder und führte seinen Bruder Joseph, welcher dem Prinzen Murat den Thron in Neapel überlassen mußte, (4. Dezember) nach Madrid zurück. Marschall Soult warf ein englisches Armeecorps, welches unter dem General Moore den Spaniern zu Hilfe kommen wollte, nach einem mörderischen Treffen bei Coruña (Januar 1809) aus Portugal. Als die Festung Saragossa und mehrere andere Städte nach einem heldenmütigen Widerstande der Taktik und Tapferkeit der Franzosen (Februar) unterlagen, wurde Napoleon unerwartet vom Tajo an die Donau gerufen. In Kaiser Franz I. von Österreich war der Entschluß gereift, Frankreich anzugreifen, während Napoleon in Spanien mit seinem Hauptheere in einen Krieg verwickelt war. An die Spitze der Staatsgeschäfte hatte er seit dem Preßburger Frieden den Grafen von Stadion gestellt, einen Mann von deutscher Gesinnung, begeisterter Hingebung für sein Vaterland und unversöhnlichem Haß gegen das Bonapartesche Kaisertum. Durch alle Schichten des österreichischen Volkes wehte eine freudige Begeisterung für den Kampf wider die französische Despotie, und auf den Ruf des Kaisers kamen aus allen seinen Ländern zahlreiche Freiwillige herbei; nach kurzer Zeit stand neben der Linienarmee eine ebenso große Landwehr unter den Waffen. Auch

[1] Klevesahl a. a. O. 28—31.

[2] Denkwürdigkeiten des russischen Generals der Infanterie Grafen v. Toll, II, 173. Thiers, Histoire du Consulat et de l'Empire, IX, 337.

in Tirol war die ganze männliche Bevölkerung zu einem Aufstande bereit. Der glühende Funke des Hasses gegen die fremden Eroberer wurde von dem Aufstandsausschuß in Wien angefacht, dessen Oberleitung der in Tirol allgemein verehrte Erzherzog Johann und der schreib- und redeselige Intendant von Hormayer übernommen hatten; letzterer unterhielt mit den Häuptern des Aufstandes eine lebhafte Verbindung. In Wien glaubte man, die Deutschen werden sich ebenso wie die Spanier gegen die Fremdherrschaft erheben; allein die Proklamationen, welche die österreichische Regierung an das deutsche Volk richtete, blieben wirkungslos. Die Bayern und der ganze Rheinbund hielten wie ein Mann zu dem unüberwindlichen Kaiser der Franzosen. England eiferte am Wiener Hofe lebhaft zu einer Diversion im Rücken Napoleons an und versprach, durch eine Landung in Holland Norddeutschland zu einer Erhebung gegen die Franzosen zu bewegen. Von Rußland hatte Österreich keinen ernstlichen Widerstand zu befürchten trotz der Erfurter Übereinkunft, denn es wäre ein großer politischer Fehler Alexanders I. gewesen, wenn er seine Streitmacht durch einen Krieg mit Österreich zum Vorteile Napoleons geschwächt hätte; nur dadurch schadete er Österreich, daß er Preußen, wo damals der für die Freiheit Deutschlands entflammte Minister Freiherr von Stein am Staatsruder stand, von einem Bündnis mit Kaiser Franz zurückhielt. Nach langen Verzögerungen und kostbarem Zeitverlust stellte die oberste Kriegsleitung in Österreich 176000 Mann unter dem Erzherzog Karl in Oberösterreich und Böhmen, 35000 Mann unter dem Erzherzog Ferdinand an der polnischen Grenze zur Beobachtung der Russen und 80000 Mann unter dem Erzherzog Johann an der Grenze Italiens ins Feld. Die Truppen waren mangelhaft gerüstet, die Rekruten noch nicht in den Waffen geübt und die Verpflegung von schlechten Beamten vernachlässigt. Der Vorstand der Heeresverwaltung entleibte sich, um der Untersuchung zu entgehen, wodurch sich herausstellte, daß er ungeheure Geldsummen unterschlagen hatte. Erzherzog Karl war ein sehr befähigter Feldherr, aber es fehlte ihm kühne Entschlossenheit und Vertrauen zu sich und zu seinem Heere; er mißbilligte den Krieg und zauderte, sich mit seiner Übermacht zwischen die noch zerstreuten Heeresteile des Rheinbundes und die in Norddeutschland stehenden Franzosen zu werfen und sie einzeln aufzureiben, ehe Napoleon aus Spanien ankommen und sie zusammenziehen konnte. Über den Kriegsplan wurde in Wien lange beraten; in letzter Stunde drängte die herrschende Aristokratie dem Erzherzog einen Plan auf, den er entschieden verwarf[1].

Marschall Berthier, der von Napoleon nach Deutschland vorausgeschickt worden war, sammelte (Anfang April 1809) in Bayern an der Donau

[1] Streffleur, Österreichische Militärzeitschrift, Jahrgang 1864, Der Feldzug in Süddeutschland 1809.



mehrere Armeecorps in einer Stärke von 180000 Mann und legte sie fehlerhaft so weit auseinander, daß sie von den Österreichern ohne Anstrengung über den Haufen geworfen werden konnten. Napoleon war außer sich, als er die schlechte Disposition Berthiers erfuhr; er konnte jedoch den Fehler verbessern und die verschiedenen Truppen vereinigen, weil Karl seine Streitmacht teilte. Ein Armeecorps entsendete der Erzherzog unter dem General Klenau aus Böhmen durch die Oberpfalz gegen Regensburg, ein zweites unter dem Feldmarschall-Lieutenant von Jellachich über Salzburg gegen München, und das Hauptheer führte er bei Braunau und Schärding über den Inn. Im österreichischen Hauptquartier war man übereingekommen, daß der Erzherzog nach Besetzung Bayerns durch Jellachich nach Ingolstadt marschiere und das Armeecorps Klenaus bei Eichstätt aufnehme. König Max I. verließ mit seiner Familie München und verlegte sein Hoflager nach Dillingen; den Minister Grafen von Hompesch ernannte er zum Gouverneur der Residenzstadt[1]. Jellachich zog ohne Widerstand (Mitte April) in München ein, wo er unthätig stehen blieb und sich um die Stellung der Franzosen und Bayern nicht kümmerte. Generallieutenant Deroy hatte mit der dritten bayerischen Division die Vorstädte von Landshut am linken Isarufer besetzt, um die Bewegung des österreichischen Hauptheeres zu beobachten und es beim Übergang über die Isar aufzuhalten, bis sich die zwei ersten bayerischen Divisionen unter dem Kronprinzen und dem Generallieutenant Wrede mit den Württembergern und Franzosen bei Abensberg vereinigt hätten. Die österreichische Vorhut warf die bayerischen Batterien (16. April) nach einem lebhaften Geschützfeuer auf ihre Infanterie und Kavallerie zurück, welche sich in den Vorstädten Seligenthal und St. Nikola, sowie in dem nahen Dorfe Altdorf so lange behaupteten, bis zwei österreichische Armeecorps bei Moosburg und Dingolfing die Isar überschritten hatten. Deroy war genötigt, vor der feindlichen Übermacht zurückzuweichen, und stieß nach einem hitzigen Gefecht mit der österreichischen Vorhut bei dem Dorfe Weihmichl nächst Pfeffenhausen zur Division Wrede. Auf die Meldung, daß der Marschall Davoust, Herzog von Auerstädt, mit seinem Corps bei Regensburg stehe, marschierte Erzherzog Karl von Landshut dorthin; allein Davoust war schon nach Neustadt a. D. aufgebrochen und schlug einzelne Abteilungen der österreichischen Vorhut zurück. Als Napoleon über Donauwörth in Abensberg eintraf, waren 150000 Bayern, Württemberger und Franzosen vereinigt. Dem Feldmarschall Massena befahl er, den linken Flügel der Österreicher zu durchbrechen und Landshut zu besetzen, um ihnen die Operations- und Rückzugslinie abzuschneiden, während Davoust das böhmische Corps unter Klenau an der Donau festhalte; er selbst stellte sich an die Spitze der Bayern

[1] Oberbayerisches Archiv, XII, 108.

und Württemberger und besiegte bei Abensberg (20. April) die getrennten Kolonnen seines Gegners, welcher 2700 Tote und Verwundete und 4000 Gefangene verlor. Massena warf den linken Flügel der Österreicher nach Landshut und auf die Burg Trausnitz zurück, wo sie von der zweiten bayerischen Division unter General Wrede angegriffen wurden und nach einem mörderischen Straßenkampfe aus der Stadt zurückwichen, als Napoleon mit dem Großteile des Heeres eintraf und ihren Rücken bedrohte. Karl war an die Große Laber in eine vorteilhafte Stellung zwischen Schierling und Eggmühl zurückgegangen, um hier seine besiegten Truppen zu sammeln und das böhmische Corps, welches Regensburg besetzt hatte, an sich zu ziehen [1].

Napoleon befahl dem Marschall Davoust, mit 40 000 Mann, sowie mit der ersten und dritten Division der Bayern zwischen der Donau und Laber gegen Schierling zu marschieren, um das böhmische Corps von dem Erzherzog abzuschneiden. Als er am andern Tag (22. April 1809) in Schierling eintraf, hatten die Bayern unter ihrem Kronprinzen und dem General Deroy schon das Dorf erstürmt und besetzt. Sofort stellte er 100 000 Mann zwischen Schierling und Eggmühl in Schlachtordnung. Der Erzherzog verfügte nur über 75 000 Mann, welche er auf einem günstigen Terrain namentlich für die Artillerie aufstellte. Nach einem furchtbaren Geschützfeuer griffen die Württemberger das Schloß Eggmühl an, wurden aber durch ein mörderisches Gewehrfeuer der Österreicher zurückgeschlagen, und erst beim dritten Sturm gelang es ihnen, das Schloß zu nehmen und damit den Übergang über die Laber zu öffnen. Napoleon erteilte der bayerischen Reiterei unter dem General Grafen von Seydewitz den Befehl, die große Batterie der Österreicher auf den Anhöhen jenseits des Flusses, wo sie das ganze Schlachtfeld beherrschte, zu erstürmen. Unter einem niederschmetternden Kugelregen drangen die Kürassiere gegen die feindliche Batterie vor und eroberten fünf Geschütze. Eine österreichische Kavalleriekolonne sprengte auf die Flanke der gelichteten Bayern ein und warf sie, unterstützt von österreichischer Infanterie, bis auf ihre Artillerie zurück; hier aber wurde sie von einem so gewaltigen Kartätschenfeuer empfangen, daß sie mit großen Verlusten in ihre Stellung zurückweichen mußte. Seydewitz sammelte seine tapferen Reiter, verstärkte sich mit württembergischer und französischer Kavallerie und eroberte nach einem blutigen Ringen die feindliche Batterie; damit war die Schlacht gewonnen. Napoleon gab dem General noch auf der Wahlstatt sein eigenes Ehrenlegionskreuz. Die rheinbündlerische und französische Infanterie gingen zum allgemeinen Angriff vor und schlugen die Österreicher aus allen ihren Stellungen. Gegen Abend zog sich der besiegte Erzherzog über Köfering nach Regensburg zurück, wo er sich mit dem böh-

---

[1] Streffleur, Österreichische Militärzeitschrift a. a. O. Feldzug 1809.

mischen Corps vereinigte [1]. Napoleon nannte die kombinierten Schlachten vom 20. bis 23. April die Silberblicke seines Genies; er glaubte sich selbst übertroffen zu haben. Den Marschall Lefebvre entsandte er mit einem Armeecorps über Landshut nach München, um dort die Österreicher zu vertreiben und Salzburg zu besetzen. Den Marschall Massena beauftragte er, mit einem Corps nach Straubing zu marschieren, um dem Erzherzog die Rückzugslinie nach Passau abzuschneiden; mit dem Großteile des Heeres zog er gegen Regensburg.

Die Österreicher traten den Rückzug durch die Oberpfalz über Cham nach Böhmen an; zur Deckung des Donauüberganges besetzte Karl Regensburg und den Ostenberg („Dreifaltigkeitsberg") mit 6 Bataillonen und einigen Batterien. Eine österreichische Reiterkolonne wurde bei Burgweinting von den verfolgenden Bayern und Franzosen in die Flucht geschlagen und Regensburg vom „Galgenberg" aus (24. April 1809) an der Südseite in Brand geschossen; die Vorstadt Stadtamhof wurde gänzlich eingeäschert. Napoleon, welcher auf dem Galgenberge eben im Begriffe war, ein Frühstück zu nehmen, wurde von einer matten Stutzenkugel der Österreicher am rechten Fuße verwundet. Als die Bayern in der Stadtmauer eine sturmfreie Bresche schossen, drang der kühne Marschall Lannes mit einem Bataillon unter entsetzlichem Feuer der Österreicher in die Stadt und stand plötzlich inmitten brennender Häuser vor einer österreichischen Munitionskolonne. Der Schrecken, in jedem Augenblick in die Luft geschleudert zu werden, lähmte das Gefecht auf beiden Seiten. Die österreichische Besatzung wich vor der nachrückenden feindlichen Übermacht über die steinerne Donaubrücke. Napoleon verfolgte sie nicht, sondern schlug in Eilmärschen den Weg nach Wien ein, welches er nach kurzer Beschießung (10. Mai) besetzte. Hier wurde ihm die Botschaft überbracht, daß Tirol in vollem Aufstande sei; er befahl dem Marschall Lefebvre, Herzog von Danzig, mit den bayerischen Divisionen Kronprinz und Wrede über Salzburg und Kufstein in Tirol einzumarschieren und die Rebellen niederzuwerfen [2].

Tirol war mit Österreich durch alte Überlieferung enge verbunden; die Abgaben waren gering, das Gerichtswesen einfach und wohlfeil und die Verwaltung trotz vieler Mängel beliebt. Die Bauern waren seit Jahrhunderten frei, lebten mit dem Adel, der Welt- und Klostergeistlichkeit in einem patriarchalischen Verhältnis und waren auch im Landtag vertreten. Die Einverleibung Tirols in Bayern war an sich nicht unnatürlich; die geographische Lage, die Stammesverwandtschaft und selbst die ältere Geschichte Tirols konnten die Verbindung begünstigen. Für die Erzeugnisse Tirols

---

[1] Völderndorf, Kriegsgeschichte der Bayern, II, 95—185.

[2] Welden, Krieg zwischen Österreich und Frankreich 1809.

bot sich in Bayern der bequemste Markt; die Arbeitskräfte desselben konnten leicht Verwendung finden, und die reichen Kornkammern Bayerns ergänzten seinen Mangel. Der Verkehr und Handel, welche bisher durch Zollschranken und Mauthäuser gehindert waren, gewannen ihre natürliche Freiheit. König Max I. hatte den Deputierten der tirolischen Stände versprochen, daß ihre Verfassung nicht verletzt werde; allein es war in den bewegten Kriegszeiten nicht immer möglich, daß die königlichen Zusagen vollkommen eingehalten wurden. Der Ministerpräsident Graf von Montgelas beseitigte mit bureaukratischer Verachtung und frivoler Freigeisterei alle volkstümlichen Einrichtungen und betrieb mit ungeduldiger Hast die Verschmelzung und Centralisierung des kaum erworbenen Landes. Seine politischen Anordnungen und zumeist seine kirchlichen Neuerungen regten in den Tirolern den tiefsten Unwillen auf. Die bayerische Regierung maßte sich die Besetzung der Pfarreien an, verbot den Gottesdienst in der Christnacht, alle Nebenandachten, Prozessionen und Wallfahrten unter Androhung schwerer Strafen und beschränkte sogar das Glockengeläute. Eigenmächtig schrieb sie die Art der Gebete und Gesänge in der Kirche, die Zahl der Wachskerzen in der Karwoche und bei den heiligen Gräbern vor und änderte das Meßbuch und Brevier ab. Den Pfarrern befahl sie, weltliche Verordnungen auf der Kanzel zu verkünden. Papst Pius VII. ermahnte die Bischöfe Tirols in einem Breve (1. August 1807), den kirchlichen Verordnungen der bayerischen Regierung keinen Gehorsam zu leisten, weil sie das kanonische Recht verletzten. Der Generalkommissär Graf von Arco forderte die Bischöfe von Chur und Trient auf, den bayerischen Kirchengesetzen Folge zu geben; als sie sich weigerten, wurden sie des Landes verwiesen [1]. Der Bischof von Brixen fügte sich; ebenso wählte das Domkapitel in Trient auf Befehl des Generalkommissärs einen Kapitelvikar zur Verwaltung der Diöcese. Im Bistum Chur widersetzten sich die Geistlichkeit und das Volk und erkannten die von der Regierung ernannten Pfarrer nicht an. Graf Arco schickte in die renitenten Orte Exekutionstruppen und versetzte die Mönche und Weltgeistlichen in andere Klöster und Diöcesen. Der Regierungskommissär von Hofstetten, ein leidenschaftlicher und gewaltthätiger Mann, und sein Gehilfe, der Landgerichtsaktuar von Hörmann, ein Tiroler, welcher an Maßlosigkeit und Übermut alle bayerischen Beamten übertraf, bestraften die widerspenstigen Dörfer mit militärischen Exekutionen und ließen die Pfarrer, Mönche und Einwohner auf die roheste Weise mißhandeln, wenn sie die Kirchenreskripte nicht befolgten. Sämtliche von Montgelas beförderten illuminatischen Beamten, namentlich Hofstetten, Hörmann, Welsberg und Arnold Mieg, behandelten die Tiroler

---

[1] Brück, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert, Mainz 1888.

mit gehässiger Härte und verletzender Geringschätzung. Die Feldkapellen wurden geschlossen und die Kruzifixe und Heiligenbilder an den Straßen entfernt. Aus den Kirchen wurden die Gegenstände frommer Verehrung weggenommen und an Juden veräußert [1]. Unter dem Schutze und Beifall der Beamten trieben die Juden in Innsbruck mit den ersteigerten Kirchengeräten und Paramenten den schändlichsten Unfug; ein Jude ging mit einer großen Monstranz durch die Straßen und erteilte den Vorübergehenden den Segen zur Verhöhnung der katholischen Religion. Der Kommissär von Hofstetten hängte selbst einem Juden ein Meßgewand um und prügelte ihn unter allgemeinem Gelächter durch [2]. Den Ständen wurde das alte Recht der Bewilligung, Erhebung und Verrechnung der Steuern entzogen und die Verfassung durch Einziehung von sieben Prälaturen verletzt. Die allgemeine Gärung und Erbitterung in den mißhandelten Gemütern der Tiroler wurde durch Einführung des verhaßten Militärkonskriptionsgesetzes aufs höchste gesteigert, weil sie nur zur Verteidigung ihres eigenen Landes verpflichtet waren. Mit stummem Schmerz sahen sie, wie ihre Söhne dem französischen Despoten dienen mußten. Die Sehnsucht nach der frühern Herrschaft ihres Kaisers wuchs von Monat zu Monat. König Max I. reiste selbst (Mai 1808) nach Innsbruck, um sich persönlich bei einem Schützenfeste zu beteiligen und die Tiroler versöhnlich zu stimmen; allein seine Leutseligkeit und Güte blieben ohne Wirkung, und viele mißvergnügte Tiroler wanderten aus und traten mit dem kaiserlichen Hofe in Wien und der österreichischen Oberkriegsleitung in Verbindung. In dem Palaste des Erzherzogs Johann wurde der Plan zur Befreiung Tirols entworfen. Auf die sichere Nachricht von einem bevorstehenden Krieg zwischen Österreich und Frankreich beriet sich (Dezember 1808) der Kaffeewirt Nessing mit den vertrauten Bauern Straub, Teimer, Speckbacher und Hofer und begab sich mit letzterem auf Umwegen nach Wien zum Erzherzog Johann, um einen Aufstand der Tiroler mit den militärischen Operationen in Einklang zu bringen. Nach ihrer Rückkehr organisierten sie im tiefsten Geheimnis eine bewaffnete Volkserhebung [3].

Die Tiroler waren gewohnt, die Flinte zu führen und den Gefahren kühn in die Augen zu schauen, wenn sie dem flüchtigen Wilde auf steilen Bergeshöhen über Felsen und Klippen folgten. Sie kannten jeden Weg und

---

[1] Jäger Al., Zur Vorgeschichte des Jahres 1809 in Tirol. Sitzungsbericht der philosophisch-historischen Klasse der kaiserl. Akademie der Wissenschaften 1852, Bd. VIII, 240—275.

[2] Hormayer, Das Land Tirol und der Tirolerkrieg 1809. „Katholische Stimmen aus Österreich." Die Priesterverfolgung in Tirol von 1806—1809, von C. Höfler, Wien 1868.

[3] Rapp, Tirol im Jahre 1809.

Steg auf ihren Bergen und in ihren eng gewundenen Thälern, welche den Bayern die einzig gangbare Straße boten. Die schlichten Bauern waren der Überzeugung, daß ihnen die Berge und Thäler von Gott gegeben seien, um nach alter väterlicher Sitte in denselben zu leben, und daß niemand das Recht habe, sie in ihrem heiligen Besitze zu stören. Sie kamen überein, am 9. April 1809 die Waffen zur Befreiung ihres Vaterlandes zu ergreifen, ohne die Gefahren zu erwägen, in welche sie Weib und Kind, Hab und Gut bringen würden, wenn sie den Kampf mit dem übermächtigen Gegner aufnähmen. Sie vertrauten auf den von dem Wiener Aufstandsausschuß versprochenen Beistand von 10000 Mann regulärer Truppen und wählten den ehrlichen Sandwirt Andreas Hofer im romantischen Passeyrthale zu ihrem Führer. Hofer, ein Mann von herkulischer Gestalt, ohne hervorragendes Talent, hatte nur den Katechismus und ein wenig Lesen und Schreiben gelernt; seine Religion und sein Vaterland liebte er bis zum Tode. Da sein Vater nicht gut gehaust und das Gastwirtsanwesen mit Schulden hinterlassen hatte, so verlegte er sich mehr auf den Pferde- und Weinhandel und durchzog mit seinen Saumtieren in der Tracht eines wohlhabenden Bauers mit einem langen, schwarzen Barte ganz Tirol von Italien bis zur Grenze Bayerns, wodurch er allenthalben bekannt wurde. Wegen seiner Biederkeit und Offenherzigkeit übertrugen ihm die verschworenen Tiroler die Oberleitung des Aufstandes und folgten ihm mit unbedingtem Gehorsam, ohne Mißtrauen und Eifersucht. Ihm zur Seite standen der thatkräftige Bauer Speckbacher und der entschlossene Kapuziner Haspinger, dessen Orden von dem Minister Montgelas am härtesten bedrückt worden war. Es ist eine in der Geschichte einzige Erscheinung, daß von den vielen tausend Verschworenen nicht einer den lauernden und forschenden Gegnern ein Wort verriet. Die Verschworenen hatten auf jeden Verrat Leib- und Lebensstrafen gesetzt; der Tiroler ist von Natur aus verschlossen und verschlagen, und der allgemeine Haß lehrte allgemeine Verschwiegenheit. Schon im März war alles schlagfertig und die letzten Verabredungen in Wirtshäusern und auf Schützenfesten getroffen. Als am Weißen Sonntage (9. April) der österreichische General Casteler mit 7000 Mann und 17 Geschützen auf Befehl des Erzherzogs Johann von Steiermark aus in Tirol einrückte und sich über Villach nach dem Pusterthal in Bewegung setzte, donnerten Freudensalven durch die Thäler, und die Feuerzeichen des Aufstandes flammten auf den Bergeshöhen. Andreas Hofer richtete an die Tiroler einen Aufruf mit den Worten: „Morgen wird für Gott, Kaiser und Vaterland ausgezogen und jedermann ermahnt, brav drein zu schlagen!“ [1] Zu gleicher Zeit drangen 800 Österreicher aus dem Salzburgischen in das Innthal ein, und der Sandwirt führte zur größten Über-

---

[1] Weibinger, Andreas Hofer und seine Kampfgenossen 27—65.

raschung der Bayern und Franzosen einige tausend Tiroler über den Jaufen gegen Sterzing, um die dortigen Höhen zu besetzen und den Gegnern die Straße über den Brenner zu verlegen. Die bayerische Besatzung in Brixen zog sich unter dem Oberstlieutenant Wrede zurück und verstärkte sich mit französischen Abteilungen unter dem Generalmajor Bisson. Die aufständischen Haufen griffen so pünktlich und so sicher in das Gefecht, als wenn überall der geübteste Feldherr das Kommando führen würde, obgleich sie keine gemeinsamen Waffenübungen hatten und an ihrer Spitze keine kriegskundigen Generale, sondern nur einfache Bauern standen. Das Städtchen Sterzing war von 400 Bayern besetzt, welche sich mit nur einem Geschütz tapfer gegen die feindliche Übermacht wehrten. Hofer ließ mit Heu beladene Wagen vorführen, hinter welche sich geübte Schützen stellten, die Kanoniere wegschossen und so das Geschütz zum Schweigen brachten. Die kleine Schar der Bayern focht gegen die von allen Seiten anstürmenden Bauern mit verzweifeltem Mute; als die Hälfte von ihnen und alle Offiziere gefallen waren, gaben sie sich gefangen. Erst am Abend gelangte die Vorhut Wredes und Bissons in Sterzing an; die Bauern zogen sich zurück. Aus Rache mißhandelten die Bayern und Franzosen die wehrlosen Einwohner des Städtchens, plünderten die Häuser und nahmen mehrere Sterzinger als Geiseln mit. Unter fortwährenden Gefechten in den Thälern und auf den Bergen marschierten sie nach Innsbruck, während sich die Bauern im nördlichen Tirol unter Führung Speckbachers erhoben und die einzelnen kleinen Besatzungen der Bayern erschlugen oder gefangen nahmen [1].

Der Erfolg bei Sterzing verlieh dem Sandwirt erhöhtes Ansehen, und die bewaffneten Tiroler zogen ihm in hellen Haufen entgegen; er führte sie nach Südtirol, wo er Bozen und Meran besetzte. Als Bisson und Wrede vom Iselberg nach Wiltau herabstiegen, hatte Speckbacher Innsbruck schon erstürmt und besetzt; sie wurden von mehreren aufständischen Haufen angegriffen und umzingelt. Bisson sah keinen andern Ausweg, als mit den Tirolern über eine Kapitulation zu unterhandeln, forderte aber von ihnen, daß sie hierzu einen Offizier bevollmächtigten, weil er es für ehrlos hielt, mit Rebellen zu unterhandeln. Der dreiste und verschmitzte Bauer Martin Teimer erborgte eine Offiziersuniform und unterhandelte mit dem französischen Generalmajor; dieser suchte vergebens günstige Bedingungen zu erlangen. Über 4000 Bayern und Franzosen mußten die Waffen strecken und sich kriegsgefangen ergeben; sie wurden von den Aufständischen aus Erbitterung über die an den Sterzingern verübte Gewaltthätigkeit roh und unbarmherzig behandelt und beschimpft, und nur mit vieler Mühe konnten die wütenden Bauern durch ihre Geistlichen von einem Blutbade zurückgehalten werden.

[1] Mayr J. G., Joseph Speckbacher und die Kriegsereignisse in Tirol 1809.

Viele verwundete Soldaten ließ man ohne ärztliche Hilfe allmählich absterben und gesunde in elenden Gefängnissen bis zum Tode aushungern. Mitte April zog der General Casteler mit seinem Intendanten von Hormayer in Innsbruck ein, wo die österreichischen Soldaten von den Einwohnern mit lärmendem Zujauchzen begrüßt wurden. Nach fünf Tagen war das ganze Land bis auf die Festung Kufstein von den fremden Eroberern befreit, und die Bauern gingen nach Hause zu ihrer Arbeit, um wieder katholisch und österreichisch zu sein [1]. Die siegreiche Erhebung der Tiroler und ihre Tapferkeit machte auf ganz Deutschland einen gewaltigen Eindruck und erweckte die Triebe zu einem allgemeinen Kampfe gegen den korsischen Tyrannen. Allein nach wenigen Wochen erschien der Marschall Lefebvre mit der ersten und zweiten bayerischen Division an der Grenze Tirols, schlug das österreichische Corps des Feldmarschall-Lieutenants Jellachich aus Salzburg und rückte in den gefährlichen Strubpaß ein. Strub war unbesetzt, und erst bei Wörgl stießen die Bayern auf einen Haufen bewaffneter Tiroler; sie schlugen ihn in die Flucht und marschierten (19. Mai 1809) in Innsbruck ein. Die Österreicher hatten sich in einer Stärke von 5600 Mann und 15 Geschützen vor der bayerischen Übermacht auf den Brenner zurückgezogen. Der Marschall erließ an das Volk eine Proklamation mit der Androhung, jeder Tiroler, welcher mit Waffen aufgegriffen werden würde, werde auf Befehl Napoleons erschossen oder gehenkt. Jedes Dorf und jede Stadt, wo ein Soldat getötet werde, sollte niedergebrannt und die vornehmsten Einwohner am nächsten Baume aufgeknüpft werden. Die bayerischen Soldaten vollzogen den Befehl Lefebvres mit grausamen Vergewaltigungen; sie glühten von Rache gegen die Tiroler, weil ihre Kameraden in der Gefangenschaft von ihnen auf unmenschliche Weise behandelt worden waren. In mehreren Ortschaften schändeten sie die Weiber, schlugen Greise und henkten die mit Waffen ergriffenen Bauern auf; dadurch wurden die Tiroler zu gleicher Barbarei gereizt und die Feindseligkeiten auf die wildeste Art fortgesetzt. Nach einem erbitterten Gefechte bei Schwaz steckten die Bayern das ganze Städtchen in Brand gegen den Willen des Generallieutenants Wrede, welcher einer Deputation der Schwazer die Verschonung ihrer Stadt zugesichert hatte. Ehe ganz Tirol unterworfen war, erhielt Lefebvre von Napoleon den Befehl, in Eilmärschen mit einer bayerischen Division nach Österreich aufzubrechen, weil der Erzherzog Johann mit einem Armeecorps aus Italien in Steiermark vorrückte. Der Marschall zog (23. Mai) mit der Division Wrede über Salzburg nach Linz und ließ die nur 7000 Mann starke Division Deroy in Tirol zurück, in der Meinung, sie genüge zur vollständigen Unterwerfung des Landes [2].

---

[1] Völderndorf, Kriegsgeschichte der Bayern, II, 176—203.

[2] Hormayer, Geschichte Andreas Hofers, II, 189—195.

Napoleon wollte bei Wien die Donau überschreiten, um das österreichische Armeecorps des Generals Hiller auf dem linken Ufer zu schlagen, ehe es zu dem aus Böhmen herankommenden Heere des Erzherzogs Karl stoßen würde; allein sein Versuch scheiterte an dem tapfern Widerstande Hillers, welcher sich ungehindert mit dem Erzherzog vereinigte. Die beiden Feldherren standen sich nun wieder in der Nähe Wiens, nur durch die Donau getrennt, einander gegenüber. Der französische Kaiser ließ die Insel Lobau besetzen und befestigen, um sich von dort aus den Übergang zu erzwingen. Die Österreicher kämpften zwei Tage (21. und 22. Mai 1809) bei den Dörfern Aspern und Eßling mit unwiderstehlicher Tapferkeit. Napoleons schwere Reiterei, bei deren Angriff der Erdboden zitterte, wurde durch ein sicheres Feuer der österreichischen Infanterie niedergestreckt und die französischen Bataillone durch die Geschütze der Österreicher niedergeschmettert. Der Imperator mußte geschlagen mit ungeheuren Verlusten über die Donau zurückweichen. Es war die blutigste Schlacht in der ganzen Napoleonischen Kriegsgeschichte. Der Eindruck des ersten entschiedenen Sieges über den für unüberwindlich gehaltenen Kaiser war in ganz Deutschland gewaltig, und die Zuversicht auf eine baldige Freiheit wurde durch die Nachricht gehoben, daß die Spanier mit erneuter Heftigkeit gegen die Fremdherrschaft aufgestanden seien und den Kampf so lange fortsetzen werden, bis sie den letzten Franzosen aus ihrem Reiche verjagt hätten. Erzherzog Karl hatte bei Aspern so große Verluste erlitten, daß er die Franzosen am rechten Donau-Ufer nicht verfolgen konnte; er hatte durch seinen Sieg nur den Erfolg erreicht, daß er das Vordringen Napoleons aufhielt und den Glauben an dessen Unbesiegbarkeit brach. Beide Feldherren suchten Verstärkungen an sich zu ziehen. Napoleon verfügte noch immer über bedeutende Hilfsmittel; er rief den Großteil der Armee des Vizekönigs Eugen, welcher den Erzherzog Johann durch Steiermark bis Preßburg gedrängt hatte, und die bayerische Division Wrede zu sich. Karl forderte von seinem Bruder Johann, daß er schleunigst von der Grenze Ungarns nach Wien marschiere; allein dieser nahm an der Raab Stellung, wo er (14. Juni) von Murat eingeholt und geschlagen wurde[1]. Als Napoleon seine Streitmacht auf 180000 Mann und 600 Geschütze erhöht hatte, überschritt er (5. Juli) auf sechs Brücken unterhalb Aspern den Strom und griff am Abend desselben Tages die Österreicher an, welche sich bei Wagram bis auf 137000 Mann mit 450 Geschützen verstärkt hatten; trotz ihrer Minderzahl leisteten sie den Franzosen den tapfersten Widerstand und behaupteten ihre Stellung auf allen Punkten. Karl beging den Fehler, daß er nicht mit einer größern Truppenzahl den Übergang der Franzosen und ihre Aufstellung erschwerte. Am andern Tage (6. Juli) wurde die

[1] Weidinger, Die Schlacht bei Aspern 1809.

Schlacht mit äußerster Erbitterung und Hartnäckigkeit erneuert. Marschall Davoust umging den linken Flügel der Österreicher und schlug ihn nach einem mörderischen Gefechte von seinen Anhöhen zurück; zu gleicher Zeit rückten die Marschälle Macdonald und Massena zum Angriffe auf das Zentrum und den rechten Flügel vor. Die Österreicher warfen sich auf die Kolonnen Macdonalds in der Front und Flanke mit solcher Gewalt, daß sie sich nach schweren Verlusten zurückziehen mußten. Napoleon ließ zu ihrer Unterstützung die bayerische Division Wrede, welche mit 36 Geschützen in Eilmärschen über Linz morgens auf dem Schlachtfelde eingetroffen war, vorgehen. Die Artillerie der Bayern entwickelte gegen die Flanke der Österreicher ein so wirksames Feuer, daß sie zurückweichen mußten. Napoleon befahl seiner schweren Kavalleriereserve, in geschlossenen Kolonnen mit Unterstützung der Bayern das österreichische Zentrum anzugreifen und zu sprengen. Erzherzog Karl ließ die französischen Kürassiere bis auf 600 Schritte herankommen, seine Reiterei rechts und links abschwenken und mehrere reitende Batterien demaskieren. Die anstürmenden Franzosen wurden mit einem solchen Kartätschenhagel beworfen, daß sie sich eiligst zurückzogen; von einer gefährlichen Verfolgung wurden sie durch einen tapfern Angriff der Bayern gerettet. General Wrede wurde durch eine Geschützkugel verwundet und sein Pferd getötet; er mußte das Kommando dem Generalmajor Grafen von Minuzzi übergeben. Als Macdonald seine Truppen wieder gesammelt hatte, gelang es ihm, in Verbindung mit den Bayern das österreichische Zentrum zu durchbrechen. Am Abend verließ Karl mit mehreren eroberten Geschützen und einigen tausend Gefangenen die Wahlstatt und führte sein Heer nach Norden an die mährische Grenze. Napoleon folgte ihm, um ihm die Rückzugslinie nach Ungarn und Mähren abzuschneiden. Erzherzog Johann traf mit seinen besiegten Truppen bei Karl ein, um an dem allgemeinen Rückzuge teilzunehmen [1]. Mit der Schlacht bei Wagram war der Feldzug 1809 beendigt und alle Hoffnungen, die damit verknüpft worden waren, bitter getäuscht. Der österreichische Feldherr konnte sich mit seinem übermächtigen Gegner auf keine Schlacht mehr einlassen und schloß am 12. Juli in Znaim Waffenstillstand. Der Kaiser der Franzosen war überzeugt, daß Österreich zur Fortsetzung des Krieges zu erschöpft sei, und befahl dem Marschall Lefebvre, mit den bayerischen Divisionen Kronprinz Ludwig und Wrede, den Sachsen und einem französischen Armeecorps nach Tirol zu marschieren und dort den erneuerten Aufstand niederzuwerfen.

Als die erste Nachricht von dem Siege des Erzherzogs Karl bei Aspern nach Tirol gelangte, ertönten in allen Orten die Sturmglocken und riefen

[1] Raumer, Historisches Taschenbuch, Jahrgang 1836, Die Schlacht bei Wagram 1809.

die ermutigten Väter und Söhne des Landes zu den Waffen. Die militärische Lage war für sie günstig, denn Tirol war nur von 7000 Bayern unter dem Generallieutenant Deroy besetzt. Als die Aufständischen und eine Abteilung von dem österreichischen Truppencorps des Generalmajors Boul vom Brenner gegen die Hauptstadt heranzogen, besetzte Deroy den Berg Isel. An die Spitze der Tiroler und Österreicher stellte sich der von leidenschaftlichem Kriegsfeuer durchglühte Kapuzinerpater Joachim Haspinger aus Schlanders, welcher als Gymnasiast freiwillig die Feldzüge 1796 und 1805 mitgemacht und von seinem Ordensprovinzial die Erlaubnis erhalten hatte, als Feldgeistlicher am Kriege teilzunehmen; er vertauschte aber das Kruzifix mit dem Schwerte. Mit einem langen, roten Barte, im Ordenshabit und mit einem Bergstocke, an dessen oberem Ende der hl. Franziskus geschnitzt war und der ihm zur Stütze und Waffe diente, führte Haspinger seine Bauern in den Kampf und setzte sich kühn dem heftigsten Kugelregen aus. Wenn es nötig war, fluchte er wie ein Husar und erteilte gleich darauf seinen Schützen die Generalabsolution. Bei nächtlichen Auskundschaftungen und Unternehmungen hängte er sich neben den Rosenkranz einen erbeuteten französischen Degen. Als die Aufständischen am Berge Isel anlangten, griffen sie (29. Mai 1809) die Bayern ungestüm an. Andreas Hofer leitete auf der Spitze des Berges das Mitteltreffen, während Haspinger am Fuße desselben mit Unerschrockenheit, Umsicht und feuriger Rede kommandierte. Die Bayern erlitten durch den dreimal stärkern Gegner in einem blutigen Gefechte eine so große Niederlage, daß Deroy nachts Innsbruck verließ und sich über Kufstein nach Bayern zurückzog. Haspinger besetzte die Hauptstadt, wurde aber von dem dortigen Kapuzinerprovinzial wegen seines eigenmächtigen Kriegerhandwerkes getadelt. Die Bauern drangen in mehreren Haufen über Kufstein und Füssen bis Kochel, Murnau, Lenggries, Kempten und Fürstenried vor, wo es zwischen ihnen und einzelnen bayerischen Abteilungen zu hartnäckigen Gefechten kam[1]. In Bayern rüsteten sich die Landwehren und in Landshut bildete sich ein freiwilliges Studentencorps, um München gegen einen Überfall der Tiroler zu verteidigen. Der Sandwirt versammelte (2. Juni) die Bauern zu einer Beratung, und sie einigten sich in dem Beschlusse, den Kaiser von Österreich um militärische Unterstützung zu bitten, damit sie die errungenen Vorteile behaupten könnten. Franz I. versicherte ihnen feierlich, daß er ihr Land nie mehr von Österreich weggeben und ohne sie keinen Frieden schließen werde; allein schon näherte sich Marschall Lefebvre mit einem starken Heere über Salzburg der Grenze Tirols, während der General Deroy über Kufstein eindrang. Sie trafen nirgends auf Widerstand und besetzten ohne Hindernis

[1] Schallhammer, Biographie des Tiroler Heldenpriesters Joachim Haspinger 40, 64.



Innsbruck; es schien die Kraft des tirolischen Volkes gebrochen zu sein und Stille herrschte in den Bergen. Ende Juli schickte Hofer einen auf einem kleinen Zettel geschriebenen Aufruf in die Berge und Thäler zum Kampfe für Freiheit, Gott und Kaiser, und wie durch einen Blitzschlag war die Flamme des Aufstandes wieder entzündet. Die Männer und Jünglinge rüsteten sich, und die kühnen Führer Haspinger, Speckbacher und Maierhofer sammelten sich um ihr Oberhaupt und fielen mit unbezwingbarer Gewalt über die überraschten Gegner her. In der engen Schlucht des Eisackthales schmetterten sie (8. August 1809) mit Zorneswut das bei Sterzing eingedrungene Corps der Sachsen mit gewaltigen Felsenstücken nieder, welche sie von den Bergen hinabrollten, und noch heute wird dieser Engpaß die Sachsenklemme genannt. Eine bayerische Abteilung wurde im Innthale vernichtet. Der Herzog von Danzig mußte sich vor den verfolgenden Bauern auf den Berg Isel und nach Innsbruck zurückziehen [1]. Haspinger, der den linken Flügel befehligte, griff (13. August) mit 3000 ledigen Burschen, den besten Schützen Tirols, die Bayern an und schlug sie zurück. Frische Abteilungen der Bayern und Franzosen, welche gegen die Höhen vordrangen, wurden von den Tirolern mit Gewehrkolben erschlagen. Lefebvre ließ drei Sturmkolonnen vorgehen; es entbrannte ein mehrstündiges wütendes Gefecht; vergebens war jede Anstrengung der Bayern und Franzosen; sie wurden nachts um 10 Uhr in die Ebene von Wilten und Innsbruck zurückgetrieben. Hofer und die anderen Kommandanten knieten auf dem Berge Isel nieder und beteten ein Vaterunser, um Gott für den Sieg zu danken. Kronprinz Ludwig wollte einem unheilvollen Blutvergießen vorbeugen und ermahnte den Marschall Lefebvre oft und eindringlich, in den unbekannten Thälern behutsam vorzugehen; er geriet mit ihm hierüber in Streit. Der hochmütige Franzose mißachtete seine Worte und berichtete an Napoleon, daß der Kronprinz mehr österreichisch als französisch gesinnt sei. Eingehüllt in den Mantel eines gemeinen Soldaten flüchtete er aus „dem verfluchten Lande" unter dem Jauchzen der verfolgenden Tiroler und versteckte sich zwischen Reitern zum Gespötte seiner Untergebenen [2].

Tirol hatte sich zum dritten Mal mit eigener Kraft von der Fremdherrschaft befreit. Hofer, damals nächst Napoleon die berühmteste Persönlichkeit in Europa, wurde in Innsbruck von dem Volke mit endlosem Jubel und von den Studenten mit Fahnen und Musik begrüßt. Auf Drängen seiner Umgebung bezog er die Hofburg und ließ dort sogleich ein Kruzifix anbringen mit den Worten: „Ein Bißl ein christliches Zeich'n kann hier auch nit schad'n!" Hofer blieb der schlichte, biedere Sandwirt von Passeyr;

---

[1] Bartholdy, Der Krieg der Tiroler Landleute 1809, S. 245—327.

[2] Völderndorf a. a. O. II, 203—317.

den Titel „Excellenz“ wies er von sich und nannte sich nur den Oberkommandanten von Tirol; sein Haupt entblößte er nur vor einem geistlichen Herrn. Selbst sehr mäßig lebend, handhabte er eine strenge und musterhafte Ordnung, that salomonische Rechtssprüche und regelte die Finanzen auf eine einfache und ehrliche Weise. Mit christlichem Eifer hielt er auf gute Sitten und verbot den Frauen in Innsbruck die damals französische Modetracht mit Entblößung der Brust und Arme. Abends vor dem Schlafe sang er mit seinen Adjutanten geistliche Lieder; die eingezogenen Kirchengüter gab er zurück, besetzte die Lehrstellen an höheren Anstalten mit katholisch gesinnten Männern und verbot alle unchristlichen Schul- und Lehrbücher. Der Intendant von Hormayer hob alle bayerischen Kirchenverordnungen auf und rief den verbannten Bischof von Chur zurück. Von Erzherzog Johann empfing Hofer einen Brief mit einer Ermutigung zum Widerstande, und Kaiser Franz schickte ihm 3000 Dukaten und eine goldene Kette nebst Medaille; denn die österreichische Regierung hegte noch während der Friedensverhandlungen mit Napoleon die Absicht, die Feindseligkeiten gegen die Franzosen wieder aufzunehmen, und rechnete seit dem Siege bei Aspern sicher auf den Beistand Preußens [1]. Als der „Oberkommandant“ in Innsbruck die Landesverwaltung notdürftig geordnet hatte, führte er seine siegreichen Scharen gegen Salzburg. Speckbacher schlug die bayerischen und französischen Abteilungen bei Unken, Lofer und Werfen, und Haspinger erstürmte den Luegpaß und die Stadt Hallein. Hier empfing der Kapuzinerpater den Postmeister mit der Bitte, einem armen Kapuziner eine Nachtherberge zu geben; dieser erwiderte ihm mit beißendem Spott: „Herr General! Die Zimmer sind für Eure Excellenz schon bereit.“ Haspinger wollte Salzburg angreifen; als aber die Kommandanten Speckbacher und Wallner sich weigerten, begab er sich mit einer verlässigen Schar in das Salzkammergut, um die Steierer und Kärntener zu einem Aufstande zu bewegen und Napoleon auf seiner Rückreise nach Frankreich gefangen zu nehmen; sie gingen jedoch auf seine überspannten Pläne nicht ein. Während seiner Abwesenheit schlugen 2000 Bayern die Tiroler aus Hallein zurück und besetzten es (3. Oktober 1809). Napoleon verstärkte die Truppen Lefebvres durch ein Armeecorps unter dem General Drouet und übertrug den Oberbefehl über das vereinigte Heer dem General Baraguay d'Hilliers, welcher die Aufständischen aus dem Lueg- und Loferpaß warf und sich dadurch den Weg nach Tirol öffnete. Die einzelnen Abteilungen der Schützen eilten in ihre heimatlichen Thäler, um Haus und Familie zu schützen.

Der Kronprinz von Bayern und Erzherzog Johann richteten eigene Schreiben an die Bauern in Innsbruck, daß in Wien zwischen den beiden

[1] Hormayer a. a. O. II, 195—424.

Kaisern ein Friedensvertrag vereinbart worden sei und Tirol mit Bayern vereinigt bleibe. Den Tirolern sei vollständige Straflosigkeit zugesichert, wenn sie die Waffen niederlegen; sie möchten es thun, da ein anderer Ausweg unmöglich sei. Hofer war bereit, den Widerstand aufzugeben, allein Haspinger trat ihm entschieden entgegen; er nannte die Friedensnachricht einen Betrug und jede Nachgiebigkeit feigen Verrat und forderte mit feuriger Beredsamkeit zur Fortsetzung des Kampfes auf[1]. Der Sandwirt ließ sich durch die patriotische Rede des Kapuziners zur Erneuerung der Feindseligkeiten fortreißen und besetzte mit seinen wackeren Scharen den Berg Isel. Nach einem verzweifelten Ringen unterlagen sie (1. November 1809) der feindlichen Übermacht und entflohen in ihre Heimat. Baraguay d'Hilliers versprach den Kommandanten auch jetzt noch Straflosigkeit, wenn sie sich freiwillig unterwerfen. Dem für vogelfrei erklärten Sandwirt verpfändete er sein Ehrenwort, daß ihm kein Haar gekrümmt werde, wenn er sich freiwillig stelle. Allein weder Hofer noch die anderen Führer konnten es über ihr Herz bringen und verließen ihr Vaterland. Haspinger entfloh nach dem letzten Gefecht bei St. Leonhard im Passeyrthal unter steckbrieflichen Verfolgungen und großen Lebensgefahren über schneebedeckte Berge durch die Schweiz und Oberitalien nach Klagenfurt und Wien, wo er von dem Kaiser mit Geld beschenkt und vom Erzbischof mit einer Pfarrei in Niederösterreich bedacht wurde[2]. Dem Sandwirt hatte er vergebens zur Flucht zugeredet; Hofer rettete sich in eine unbewohnte Sennhütte im Ötzthaler Firner, wo er lange Zeit während einer empfindlichen Winterkälte seinen Verfolgern verborgen blieb. Hofers einziger Gesellschafter war der ihm treu ergebene Student Sweth; sein Weib und sein Sohn machten ihm aus Vorsicht nur flüchtige Besuche. Als aber von dem französischen Kaiser auf seinen Kopf 1500 Gulden gesetzt wurden, verriet ihn sein Landsmann Raffl, welcher zufällig zu der Sennhütte gekommen war. Eine Abteilung französischer Soldaten, geborene Italiener, holte ihn aus seinem Versteck und führte den heldenmütigen Kommandanten unter unwürdiger Behandlung und strengster Kälte nach der Festung Mantua, wo er auf Befehl Napoleons nach 24 Stunden (20. Februar 1810) erschossen wurde. Alle in Mantua gefangenen Tiroler lagen bei seinem letzten Gang auf den Knieen und beteten für seine Seele[3]. Wenn Hofer sich vor dem Verrat Raffls an den König von Bayern gewandt hätte, so wäre er sicher nicht zum Tode verurteilt worden; denn Max I. wurde durch die Nachricht von seiner Hinrichtung tief ergriffen, und einem in seine Wohnung Eintretenden rief er mit bewegter Stimme zu: „Denken

---

[1] Österreichische Militärzeitschrift, Jahrgang 1833, IV, 280—319.

[2] Schallhammer a. a. O. 64—96.

[3] Weibinger, Andreas Hofer und seine Kampfgenossen 282 ff.

Sie sich, sie haben mir den Hofer erschossen!" Seinen Kronprinzen Ludwig ernannte er zum Statthalter von Tirol, ordnete die Auslieferung aller Waffen an und befahl, die gefangenen Kommandanten der Aufständischen auf der Festung Oberhaus menschenfreundlich zu behandeln. Die Kinder derselben, namentlich den Sohn Speckbachers, ließ der König auf seine Kosten an bayerischen Unterrichtsanstalten erziehen, unterstützte mit gewohntem Wohlwollen viele arme und unglückliche Familien und rettete sie vom Verderben [1].

Kaiser Franz I. hatte, getäuscht in seiner Hoffnung auf preußische Unterstützung, nach langen Verhandlungen in Wien am 14. Oktober 1809 mit Napoleon den Friedensvertrag abgeschlossen; er mußte ein Land von 2000 Quadratmeilen mit $3^1/_2$ Millionen Einwohnern an Frankreich abtreten, 85 Millionen Franken Kriegskostenentschädigung zahlen und die Tiroler auffordern, daß sie sich dem König von Bayern unterwerfen. Napoleon bildete aus Dalmatien, Istrien, Triest, Friaul, Görz und dem Villacher Kreis ein neues Königreich Illyrien, um Österreich gänzlich vom Meere abzutrennen. Das Inn- und Hausruckviertel nebst den Hochstiftern Salzburg und Berchtesgaden vereinigte er mit Bayern. Das österreichische Westgalizien und ein Teil der Salzwerke von Wieliczka wurden dem Großherzogtum Warschau einverleibt und der Tarnopoler Kreis dem russischen Reich überlassen. Tirol zerstückelte Napoleon, um es leichter beherrschen zu können; Welschtirol schlug er zu Italien und den östlichen Teil zum Königreich Illyrien. Als Gebieter über Europa fuhr er fort, nach Gutdünken zu schalten und alle noch bestehenden Staatsverhältnisse umzustürzen. Dem Papste Pius VII. hatte er von Schönbrunn aus ankündigen lassen, „er habe aufgehört, ein weltlicher Regent zu sein", weil er sich geweigert hatte, die Handelssperre im Kirchenstaate gegen England anzuordnen. Rom erklärte er zur zweiten Stadt seiner Weltmonarchie und ließ es von einer französischen Abteilung unter dem General Miollis besetzen. Dem Papste bot er einen ansehnlichen Gehalt an und wies ihm Paris oder Rom zum Aufenthaltsorte an. Pius lehnte aus Pflichtgefühl alle Anträge des gewaltigen Imperators ab, und als dieser seine Vorstellungen und Bitten verachtete, sprach er (Juni 1809) über ihn und alle, welche seine ungerechten Befehle vollziehen, den Kirchenbann aus. Napoleon verhöhnte die Exkommunikation und befahl dem General Miollis, den greisen Papst im Quirinal zu verhaften und auf schmachvolle Weise in die Gefangenschaft nach Valence und später nach Savona zu bringen. Der Heilige Vater beugte sich nicht, und die gesamte Geistlichkeit Europas stand auf seiner Seite; alle Länder und selbst Frankreich wandten dem gefangenen Oberhaupte der Christenheit ihre Sympathien zu. Ein von Napoleon berufenes Konzil

[1] Wolf, Maximilian Joseph, erster König von Bayern 40—48.

des französischen Klerus ließ sich nicht zur Annahme jener Dekrete bewegen, welche ihm der Kaiser vorgelegt hatte. Zur nämlichen Zeit vergrößerte Napoleon mit despotischer Laune das Land des Fürstprimas Karl von Dalberg mit den Bezirken von Hanau und Fulda und erhob es zum Großherzogtum Frankfurt. Bayern erhielt die Fürstentümer Regensburg und Baireuth, mußte aber einige Gebiete an das Großherzogtum Würzburg für den Großherzog von Toskana und an Württemberg und dieses einige Amtskreise an Baden abtreten [1]; es gewann dadurch nur eine Vergrößerung von 300 000 Einwohnern, ein geringer Zuwachs, der durch einen kostspieligen Krieg erkauft und durch lästige Verpflichtungen erschwert war. Für den Durchmarsch und die Verpflegung der französischen Armeen durfte die bayerische Regierung nichts fordern, vielmehr sprach Napoleon noch eine Summe von 30 Millionen Franken an als Zuschuß zu der Kriegskostenentschädigung, welche Österreich zahlen mußte. Diese Zumutung stand im bedenklichen Widerspruch mit den Versprechungen, womit Napoleon die bayerischen Truppen bei Abensberg begrüßt hatte: „Ich werde euch so groß machen, daß ihr meiner Hilfe nicht mehr bedürft." Die Lasten des Krieges und die Verzinsung der Staatsschulden waren so drückend, daß Max Joseph gegen den Generalmajor Rapp äußerte: „Ich werde den Schlüssel auf die Schwelle legen müssen, wenn das so fortdauert." [2] Seit dieser Zeit trat zwischen dem König und dem Franzosenkaiser eine Mißstimmung ein, welche nach zwei Jahren zu einer Lösung des Bündnisses führte.

Max I. wollte in die vielen und verschiedenartigen Staatsschulden durch eine neue Ständeverfassung Ordnung bringen und den Landeskredit erhalten. In dem Verfassungsentwurf vom 1. Mai 1808 wurde der Volksvertretung nur das Recht eines französischen Senates, von den Steuern Einsicht zu nehmen, zugestanden. Wegen des ununterbrochenen Krieges und des Einflusses Napoleons wurde die Einführung der Verfassung verschoben, der unbeschränkte Polizeistaat blieb bestehen, und die Finanzen sowie der Staatskredit gelangten zu keinem rechten Gedeihen. Die Regierung mußte Anlehensverträge zu den ungünstigsten Bedingungen abschließen und sogar zu einer Art von Zwangsanlehen ihre Zuflucht nehmen. Wenn der Krieg eine Pause machte, wurden die modernen Staatsreformen mit absoluter Machtvollkommenheit fortgesetzt und auf alle Gebiete des Staatslebens ausgedehnt. Das ganze Stiftungs- und Gemeindevermögen war schon 1806 dem Ministerium des Innern untergeordnet und im nächsten Jahre unter eine eigene Administration gestellt worden. Zugleich war (1807) eine General-Salinenadministration, eine General-Zoll- und Mautdirektion und eine Generaldirektion

---

[1] Völderndorf a. a. O. II, 289—395.

[2] Wolf a. a. O. 35—41.

für den Straßen-, Brücken- und Wasserbau, sowie eine Steuerrektifikations-Kommission errichtet, die Staatskassen vereinigt und die Staatsschuldentilgungs-Fonds abgesondert und alle Unterthanen zu den Staatslasten verpflichtet worden. Das Gerichtswesen organisierte der Minister Graf von Morawitzky, welcher (1808) Bayern in ein Oberappellgericht, neun Appellgerichte und in eine verhältnismäßige Zahl von Stadt- und Landgerichten teilte. Die Kriminaljustiz wurde den adeligen Patrimonialgerichten entzogen und den Landgerichten die Untersuchung, den Appellgerichten die Entscheidung übertragen. Während in den meisten Staaten die Folter bereits abgeschafft war, wurde in Bayern beharrlich daran festgehalten, und die Bemühung mehrerer erfahrener und befähigter Juristen, sie aufzuheben, scheiterte an dem Widerspruch der Gerichte, deren Gutachten den König veranlaßte, einem Gesetzentwurf über Beseitigung der Tortur die Unterschrift zu verweigern. Erst als Morawitzky dem König eine von dem Universitätsprofessor Anselm von Feuerbach in Landshut scharfsinnig ausgearbeitete Abhandlung über „die peinliche Frage" unterbreitete, unterzeichnete Max (7. Juli 1808) das Aufhebungsdekret. In demselben Jahre wurden die gutsherrlichen Rechte festgestellt, die Leibeigenschaft gänzlich aufgehoben und statt der Fideikommisse die Majorate eingeführt. Es erschien ein Edikt über Bildung des Geheimen Rates, ein Statut der königlichen Familie und ein Reglement über die vier obersten Kronämter. Der Verdienstorden des Pfälzischen Löwen wurde in den Civilverdienstorden der Bayerischen Krone umgeändert und der Johanniterorden in Bayern aufgehoben. Im Jahre 1808 drängte unaufhörlich eine Reform die andere. Nach Gründung einer Steuerkataster-Kommission wurden die vier Hauptsteuern: Haus-, Grund-, Dominikal- und Gewerbesteuer, festgesetzt und alle Personalsteuern in Familienschutzgelder umgewandelt. Dazu kam die Errichtung eines statistisch-topographischen Bureaus und einer Centralstaatskasse, Regulierung der Armenpflege, Gründung landärztlicher Schulen in München und Bamberg und eine Organisation des ganzen Medizinalwesens und der Akademie der bildenden Künste. Bei Einrichtung eines eigenen Kriegsministeriums wurde Bayern in vier „Generalkommandos" geteilt und die Oberleitung dem Minister Grafen von Triva übertragen. Das Ehrenkreuz, welches Kurfürst Karl Theodor (1797) für Offiziere nach dem Muster des österreichischen Maria-Theresia-Ordens gestiftet hatte, erhob der König (1. März 1806) zum Militär-Max-Joseph-Orden, um damit die Offiziere, welche aus freiem Antrieb und mit Lebensgefahr tapfere Kriegsthaten ausführen, zu belohnen. Aus der bunt zusammengefügten Masse der bayerischen, schwäbischen und fränkischen, der geistlichen, fürstlichen, ritterschaftlichen und reichsstädtischen Landesteile wurde nach französischem Muster ein centralisierter Staatskörper geformt und das Königreich (1808) in 15 Kreise oder „Generalkommissarien" eingeteilt ohne Rücksicht auf die geschichtlichen Ver-

hältnisse und die Stammesgemeinschaft[1]. In dem nämlichen Jahre wurden in Augsburg und Nürnberg eigene Handelsgerichte geschaffen und die Industrie, der Verkehr und Ackerbau gefördert, soweit es die Zeitumstände gestatteten. Dem morschen Zunftwesen hatte die französische Revolution den Todesstoß gegeben, in Frankreich (1791) das ganze Zunftwesen beseitigt und die volle Gewerbefreiheit verkündigt. Dieselbe Umwälzung wurde in der von den Franzosen eroberten Rheinpfalz und den westdeutschen Landschaften eingeführt. In Bayern brachte die Regierung in das Gewerbewesen dadurch einen Fortschritt, daß sie (1807) eine Verordnung erließ über Verleihung von Gewerbekonzessionen, welche jedoch vielfach beschränkt wurden[2].

Einzelne Zweige des Kunstgewerbes, namentlich die Lithographie, Mechanik und Optik, erreichten unter der Leitung der berühmten Männer Senefelder, Reichenbach, Fraunhofer und Utzschneider mitten in den Napoleonischen Kriegen einen Ruf, welcher weit über die Grenzen Bayerns und Deutschlands drang. Alois Senefelder, der Sohn eines achtbaren Schauspielers aus Prag, wurde durch unausgesetztes Nachdenken der Erfinder des Steindruckes (Lithographie). Als Knabe kam er mit seinem Vater (1791) nach München und oblag gegen seine Neigung zwei Jahre lang juridischen Studien an der Universität Ingolstadt; er gab dieselben auf und lebte kümmerlich als Schauspieler und Schriftsteller, wobei ihm der Gedanke kam, Verfasser, Drucker und Verleger zugleich zu sein. Mangel an Druckkenntnissen und Geldmitteln trieb ihn zu mancherlei Versuchen, bis er endlich (1799) zu der sogen. chemischen Druckkunst, dem Wesen der jetzigen Lithographie, gelangte. In Verbindung mit einer neuen Presse arbeitete Senefelder unausgesetzt an der Vervollkommnung seiner Erfindung und hatte die wohlverdiente Genugthuung, daß er die allgemeine Verbreitung der Lithographie erlebte. Professor Mitterer gründete (1808) in München die erste lithographische Anstalt, aus welcher Tausende von Zeichnungsvorlagen für die bayerischen Schulen gefertigt wurden[3]. Der ehemalige Artilleriehauptmann Georg Reichenbach aus Durlach hatte sich auf Empfehlung des Generals von Rumford mit Unterstützung des Kurfürsten Karl Theodor in England in Verfertigung mathematischer Instrumente ausgebildet und nach seiner Rückkehr in München mit Joseph Utzschneider, welcher als Hofkammerrat wegen seiner freisinnigen politischen Grundsätze (1801) entlassen worden war, und mit dem Mechaniker Liebherr (1804) ein mathematisch-mechanisches Institut gegründet. Reichenbach ist zu den berühmtesten Mechanikern aller Zeiten zu rechnen, denn er verbesserte die Wassersäulenmaschine, bei welcher durch den Druck

---

[1] Lerchenfeld, Verfassungsgeschichte Bayerns unter Max I. 7—29.
[2] Karmarsch, Geschichte der Technologie seit Mitte des 18. Jahrhunderts 89—97.
[3] Nagler, Alois Senefelder 2c. München 1862.

einer hohen Wassersäule die hin und her gehende Schiebung eines Kolbens in einem Cylinder hervorgebracht wird. Als er (1808) zum Salinen- und Bergrat ernannt wurde, benützte er diese Maschine zur Soolenhebung in großartigem Maßstabe; sie fand auch außerhalb Deutschlands häufige Anwendung in den Bergwerken[1]. In dem aufgehobenen Kloster Benediktbeuern gründete er mit Utzschneider (1809) eine Werkstätte zur Herstellung optischer Instrumente, womit für die Geometrie und Astronomie eine neue Epoche begann. Utzschneider machte weite Reisen, um befähigte Optiker aufzusuchen; in Genf gewann er den Glasschmelzer Guinard, welcher brauchbares Flintglas erzeugte und im Verein mit dem gewandten Glasschleifer Riggl die optischen Gläser herstellte. Das neue optische Institut nahm einen blühenden Aufschwung und wurde zum Muster für alle übrigen in Europa, als Utzschneider den talentvollen Glaserjüngling Fraunhofer aus Straubing, welchen Max Joseph bei einem Häusereinsturz im Thiereckgäßchen in München gerettet und in Reichenbachs Anstalt hatte unterrichten lassen, nach Benediktbeuern berief[2]. Es erfreute sich der Anerkennung aller Fachmänner, weshalb es Utzschneider (1819) nach München verlegte. Seitdem dieser mit dem Range eines Generaladministrators der Saline wieder in den Staatsdienst trat und mit Erbauung einer Saline in Rosenheim und mit Regelung der Grundsteuer durch Vermessung, Bonitierung, Liquidierung und mit der daraus hervorgehenden Katastrierung vollauf beschäftigt war, übernahm Fraunhofer allein die Leitung des optischen Institutes. Durch eine vollkommene Flintglasbereitung stellte Fraunhofer große achromatische Linsen her und legte dadurch den Grund zur Verfertigung fehlerfreier dioptrischer Fernröhren (Refraktoren) mit bisher unerreichbaren Dimensionen. Nach Fraunhofers Tod (1826) ging das berühmte Institut in die Hände der Familie Märtz über, welche in die Sternwarten fast der ganzen Erde unübertroffene Refraktoren lieferte[3].

Zur Belebung der Industrie und Beseitigung aller dem Kunstgewerbe nachteiligen Vorurteile, sowie zur Besserung der Landwirtschaft wurde die Akademie der Wissenschaften, welche 1807 eine neue Konstitution erhalten hatte, beauftragt, der Regierung angemessene Mittel in Vorschlag zu bringen[4]. Der während der Kriegszeit eingeschlafene Landwirtschaftliche Verein in Burghausen wurde von den Freiherren Karl von Closen und von Hazzi 1810 wieder ins Leben gerufen und verzweigte sich über ganz Bayern. In jedem

---

[1] Karmarsch a. a. O. 199.

[2] Desberger, Joseph von Utzschneider, Kunst- und Gewerbeblatt 1840, Heft II, 138—141.

[3] Jörg, Fraunhofer und seine Verdienste in der Optik 7—59.

[4] Liebig, Rede zur Vorfeier des 102. Stiftungstages der bayerischen Akademie der Wissenschaften 1861 S. 5.

Kreise bildete sich ein Verein und später Bezirke, welche unter sich durch ein Generalkomitee in München in organische Verbindung gebracht wurden. Die Regierung suchte die Landwirtschaft und Viehzucht durch Begünstigung der Vereine und Gründung einer Veterinärschule in München (1810) emporzubringen. Zur Feier der Vermählung des Kronprinzen Ludwig mit der schönen Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen veranstaltete die Münchener Bürgerschaft (17. Oktober 1810) auf der nach der Kronprinzessin benannten Theresienwiese ein großes Pferderennen[1]. König Max wohnte demselben mit seiner Familie und Gefolge in einem einfachen Pavillon bei. Der festliche Zug bewegte sich an demselben vorüber, an der Spitze die Bürgerwehr mit fliegenden Fahnen und Musik; ihr folgten die Träger der Preisfahnen, die Landwehrkavallerie und zuletzt die Rennpferde mit ihren Führern. Während des Umzuges spielten Musikchöre und wechselten mit vaterländischen Gesängen. Neun in Weiß und Blau gekleidete Kinder, welche die neun Kreise des Königreiches sinnbildeten, brachten vor dem Königszelte ihre Huldigung dar. Auf ein gegebenes Zeichen folgte der dreimalige Umritt der Pferde und am Schlusse des Festes die feierliche Preisverteilung. Im nächsten Jahre (1811) fand wieder im Oktober auf der Theresienwiese ein Pferderennen statt; an demselben beteiligte sich auch der Landwirtschaftliche Verein, auf dessen Einladung mehrere Landwirte ihre schönsten Tiere zur Ausstellung brachten und mit Preisen ausgezeichnet wurden. Auch in den folgenden Jahren wurde das Fest mit seltener Unterbrechung gefeiert und mit Glückshafen, Vogel- und Scheibenschießen erweitert. Erst im Jahre 1818 wurde es zu einem Centralfeste des Landwirtschaftlichen Vereins bestimmt und erhielt seitdem als Volksfest, zu welchem alljährlich viele tausend Menschen aus allen Gauen Bayerns kommen, eine kulturgeschichtliche Bedeutung[2]. Die Fortschritte, welche man von der Landwirtschaft infolge der Vereine und Feste erwartete, waren anfangs sehr gering, weil die bäuerliche Bevölkerung mit zu schweren Steuern belastet war.

Ministerpräsident Graf von Montgelas war der Meinung, der gesunkenen Finanzlage in Bayern dadurch aufhelfen zu können, daß er nach dem Ableben des Grafen von Hompesch (1809) auch noch das Finanzministerium übernahm; damit vereinigte er vier Ministerien in seiner Hand, und es wurde ihm trotz seiner eisernen Arbeitskraft unmöglich, die Einzelheiten seiner Geschäfte zu überschauen und den Geschäftsgang zu überwachen. Dennoch häuften sich die Verordnungen unaufhörlich. Noch in demselben Jahre (1809) wurde ein Gesetz über gleichen Münzfuß, Gewicht und Maß für das ganze Königreich erlassen, die Volksschulen von den höheren Lehranstalten aus-

[1] Fraas, Geschichte der Landbau- und Forstwissenschaft 321—327.
[2] Oberbayerisches Archiv, XII, 110.



geschieden und Schullehrerseminare, Primärschulen, Progymnasien und Lyceen errichtet. Das Jahr 1810 brachte eine wiederholte Einteilung des damals 1770 Quadratmeilen umfassenden Landes in neun Kreise und die Einsetzung eigener Kommissariate in Nürnberg und Augsburg und im nächsten Jahre die Ausdehnung der Kreittmayrschen Gesetze auf alle Provinzen. Die Finanzen wollte Montgelas durch eine provisorische Tax- und Stempelordnung und durch Liquidation und Tilgungskommission der Staatsschulden (1811) regeln; daran reihte er (1812) einen obersten Rechnungshof als höchste Revisionsinstanz aller Staatsrechnungen. Zugleich entstand ein allgemeines Reichsarchiv, eine Gendarmerie und eine Nationalgarde. Es wurden die politischen Verhältnisse der Eingeborenen und der Fremden und das Staatsbürgerrecht festgesetzt und die gutsherrliche Gerichtsbarkeit auf die Polizei und die freiwillige Gerichtsbarkeit beschränkt[1]. Die künstlichen Schöpfungen und bureaukratischen Einrichtungen Montgelas' faßten im bayerischen Boden keine Wurzel und führten zu keiner freien Selbstthätigkeit des Volkes; dennoch hätte der vierfache Minister seine Reformierung und Gleichmacherei mit übereiltem Eifer fortgesetzt, wenn er nicht durch einen neuen Krieg, der ganz Europa in Bewegung setzte, unterbrochen worden wäre.

Der Druck der maß- und ziellosen Herrschsucht Napoleons I., seine höhnische Verachtung aller Menschenrechte und die Aussaugung der unterjochten Länder durch die französischen Marschälle, Generale, Beamten und nichtswürdigen Halunken, namentlich in dem unglücklichen Königreich Westfalen, wurden von den geknechteten Völkern immer schmerzlicher empfunden, und allgemein fühlte man, daß diese Sklaverei auf die Dauer nicht mehr zu ertragen sei. In vielen Dichtern und Gelehrten erwachte während der tiefsten Erniedrigung Deutschlands eine warme Begeisterung für die Freiheit des Vaterlandes. Jean Paul (Friedrich Richter) in Baireuth richtete in einer Friedenspredigt an die Deutschen tief empfundene patriotische Worte. Ernst Moritz Arndt sprach in seinem Buche „Geist der Zeit" die freimütigsten Hoffnungen aus und sagte den Sturz des korsischen Tyrannen vorher. Ruhelos wanderte er als Verbannter herum wie der Dichter Seume, welcher von Haß gegen die Franzosen glühte, aber noch zu sehr von antiker Bildung befangen war. Friedrich Schlegel verließ in seinen Dichtungen den heidnischen rationalistischen Standpunkt und kehrte zum Christentume zurück. Klemens Brentano in Frankfurt sammelte in Verbindung mit dem preußischen Freiherrn Achim von Arnim Volkslieder, und unter Leitung Tiecks blühte die romantische Dichterschule auf, welche sich in die alte nationale und christlich-mittelalterliche Poesie vertiefte und im Vereine mit Arnim, Brentano, einigen geistreichen Männern in Heidelberg und namentlich mit Joseph Görres,

[1] Wolf a. a. O. 39—42. Söltl, König Max I. von Bayern 47—89.

welcher in Koblenz an der deutschen Erhebung gegen die französische Gewaltherrschaft rastlos arbeitete, ihre größte Wirksamkeit entfaltete. Die romantische Dichtung regte zuerst eine lebendige Erinnerung an die Herrlichkeit der deutschen Vorzeit mitten in der allgemeinen Knechtung an und bekämpfte die moderne französische Bildung. Der Philosoph Fichte in Berlin hielt (1807) vor einer großen Zuhörerschaft jene berühmten Vorträge, welche unter dem Titel „Reden an die deutsche Nation" veröffentlicht wurden. Mit patriotischer Wärme, Tiefe und Klarheit der Gedanken ermahnte er in denselben das deutsche Volk an sittliche Erstarkung und Befreiung von fremdem Einflusse. Seine Worte zündeten in immer größeren Kreisen. Nach demselben Ziele strebte der preußische Unterrichtsminister Wilhelm von Humboldt und der Theolog und Philosoph Friedrich Schleiermacher, welcher in seinen wichtigen „Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern" die Irreligiosität und die litterarische Schöngeisterei seiner Zeit, womit man sich über Gott und Vaterland hinwegsetzte, mit scharfen Worten angriff[1]. In gleichem Sinne arbeiteten in Preußen angesehene Staatsmänner und Generale, welche fast sämtlich keine Preußen waren, an den Vorbereitungen zu einem großen Freiheitskampfe gegen die Napoleonische Gewaltherrschaft. Freiherr Friedrich von Stein aus dem Nassauer Herzogtume, welcher (1804) seine politische Laufbahn mit Übernahme des preußischen Finanzministeriums eröffnet hatte, zeichnete sich durch ein organisatorisches Talent, echt deutsche Gesinnung und unbeugsame Willensstärke aus. Als er vom König die Entfernung seiner ehrlosen Kabinettsräte verlangte, wurde er auf eine sehr kränkende Weise entlassen; im tiefsten Unglücke aber rief ihn Friedrich Wilhelm III. mit demütigen Worten wieder zu sich und übertrug ihm die innere Verwaltung. Inmitten der größten Schwierigkeiten entfaltete Stein eine erstaunliche Thätigkeit; er befreite den Bauernstand von der Leibeigenschaft und gutsherrlichen Polizei, und schuf eine Dorfgemeindeordnung und eine unvergleichliche Städteordnung, womit den Gemeinden eine umfassende Selbstverwaltung gewährt und in den Landbewohnern und Bürgern Selbstgefühl und Gemeinsinn angeregt wurden. In dem großen Werke der preußischen Wiedergeburt wurde Stein von dem General Scharnhorst unterstützt, welcher sich als Sohn eines hannöverischen Bauers durch eigenes Verdienst emporgearbeitet hatte und sich während der Erhebung der Spanier und Tiroler mit dem Gedanken an Errichtung einer Landwehr beschäftigte. Obgleich alle wichtigen Plätze in Preußen von Franzosen besetzt waren, so machte Scharnhorst doch das preußische Volk unter den Augen der französischen Generale durch eine neue Kriegsverfassung wehrhaft, und hatte außer dem Minister

[1] Lindemann, Geschichte der deutschen Litteratur 648. Gervinus, Geschichte der deutschen Dichtung, V, 192—232.

Stein an dem General Gneisenau, einem Schlesier, dem Oberst Clausewitz und dem Major Grafen Ludwig von Dohna begabte und einsichtsvolle Mitarbeiter [1]. Als dem Kaiser der Franzosen von dem Freimute des Freiherrn von Stein berichtet wurde, betrachtete er ihn mit Recht als seinen gefährlichsten Gegner in Deutschland und forderte von Friedrich Wilhelm die unverzügliche Entlassung desselben. Eine noch größere Gefahr drohte Napoleon von Rußland aus, wo man ihm nicht länger mehr die helfende Hand zum Zertreten alles Rechtes und zur Erwerbung aller Macht in Europa reichen wollte.

Kaiser Alexander I. hatte im Feldzuge 1809 dem französischen Kaiser die in Erfurt zugesagte Hilfe nur schwach geleistet und erhielt deshalb im Wiener Friedensvertrage von Galizien nur den kleinern Teil, während der größere zum Großherzogtum Warschau geschlagen wurde. Außerdem beklagte es der Zar bitter, daß das Herzogtum Oldenburg, auf welches die russische Dynastie Erbansprüche besaß, samt der deutschen Nordseeküste (1810) mit Frankreich vereinigt worden war, um die Handelssperre gegen England überwachen zu können. Napoleon I. war gegen den Petersburger Hof tief verstimmt, seitdem seine Werbung um die Großfürstin Katharina so kalt aufgenommen worden war; aus Rache verjagte er den Herzog von Oldenburg, dessen Erbprinz Georg die russische Prinzessin zur Frau erhalten hatte. Wegen dieser empfindlichen Beleidigung hielt sich Alexander nicht mehr an den Tilsiter Frieden und die Erfurter Abmachungen für gebunden und näherte sich England; er verbot (1810) die Einfuhr französischer Erzeugnisse in Rußland und hob die Kontinentalsperre auf, welche für sein Reich sehr drückend war, weil es mit England in Rohprodukten einen sehr einträglichen Handel trieb [2]. Statt der russischen Heirat faßte Napoleon auf Rat des Vizekönigs Eugen und des Ministers Talleyrand den Entschluß, sich mit einer österreichischen Prinzessin zu vermählen. Kaum hörte hiervon der neue Minister des Auswärtigen, Graf Klemens von Metternich, in Wien, so beschäftigte er sich lebhaft mit der Sache, um den französischen Kaiser von Rußland zu trennen und die Teilung der Weltherrschaft zwischen den beiden Monarchen zu verhindern. Als Napoleons Gattin Josephine nach langem Widerstreben und unter vielen Thränen in die Ehescheidung gewilligt hatte, wurde die Vermählung des Imperators mit der blühenden, blondgelockten Erzherzogin Marie Luise (11. März 1810) vollzogen [3]. Ganz Europa wurde mit Staunen und Unwillen erfüllt, daß Kaiser Franz I., welcher seit 18 Jahren Krieg gegen die Revolution führte, seine geistvolle Tochter dem Emporkömmling der Revolution zum Opfer brachte und als katholischer Monarch

[1] Arndt a. a. O. 138, 140, 143.

[2] Beitzke, Geschichte des russischen Krieges im Jahre 1812 S. 11.

[3] Wachalla, Der österreichische Reichskanzler Klemens Lothar Fürst von Metternich 12—17, 77.

sie einem Manne, der sich eigenmächtig von seiner ersten rechtmäßigen Frau getrennt hatte, zur Gemahlin gab. Allen gut gesinnten Menschen schien es unerfaßbar, daß auf den blutgetränkten Schlachtfeldern von Aspern und Wagram die Myrte für eine deutsche Fürstentochter grünen und sie den Purpur teilen könne, welcher mit dem edelsten Blute ihres Volkes gefärbt war. Die katholische Erzherzogin ging unbedenklich auf die Ehe ein, denn sie hatte während des Feldzuges 1809 eine lebhafte Bewunderung für Napoleon kundgegeben. Diese unkanonische Heirat war mit dem Fluche beladen; schon der Hochzeitstag in Paris war mit Brand und Tod begleitet, ähnlich der Vermählungsfeier der unglücklichen Königin Marie Antoinette. Nach wenigen Jahren wurde die Neuvermählte verbannt, und ihr einziges Kind sank in ein frühes Grab [1]. Zur Erfüllung des heißesten Wunsches Napoleons gebar sie ihm (20. März 1811) einen Sohn, den er König von Rom nannte, und dessen Geburt fast in allen Ländern Europas von den französischen Armeen gefeiert wurde.

Schon beim Beginne des Jahres 1811 erkannte man allgemein, daß die Freundschaft zwischen den Kaisern in Paris und Petersburg gelöst war und ein gewaltiger Zusammenstoß Frankreichs mit Rußland bevorstand. Die Polen jauchzten dem Imperator entgegen, von dem sie Wiederherstellung ihrer Nationalität und Rache gegen die Russen erwarteten. Die österreichische Regierung zeigte sich auf den Rat des Ministers Metternich geneigt, sich mit dem Kaiser der Franzosen gegen den Zaren zu verbünden, weil sie durch dieses Bündnis an die Stelle Rußlands zu treten hoffte, und die Finanzen Österreichs bis zum Staatsbankerott zerrüttet waren. Auch dachte sie über die Maßnahmen nach, welche sie ergreifen würde, wenn der Feldzug der Franzosen gegen die Russen mißlingen sollte. Der König von Preußen wollte sich auf Seite Rußlands stellen, obgleich ihm sein Staatskanzler Hardenberg wegen der augenscheinlichen Gefahren dringend davon abriet. Napoleon forderte von Preußen unbedingten Anschluß an Frankreich, den er durch seine gewaltigen Heeresmassen erzwungen hätte. Nach einem heftigen Notenwechsel über Verletzung des Tilsiter Friedensvertrages rief Napoleon an seinem Namenstage (15. August 1811), als ihm sämtliche Gesandten ihre Glückwünsche darbrachten, dem russischen Botschafter Fürsten von Kurakin in heftigem Tone zu: „Ihr Kaiser betrügt mich!“ Alexander I. erhob bei allen Mächten Protest gegen die gewaltthätige Vertreibung des Herzogs von Oldenburg und verstärkte seine Streitmacht an der russischen Westgrenze gegen das Großherzogtum Warschau, weil er eine Wiederherstellung Polens durch Napoleon besorgte. Der französische Kaiser faßte den hochmütigen, verwegenen Entschluß, sich mit seiner Riesenmacht die Alleinherrschaft über Europa zu erobern. Auf einer kaiserlichen Jagd in Fontainebleau äußerte

[1] Pertz a. a. O. II, 435, 620.

er zu dem hierzu eingeladenen bayerischen General von Wrede: „Noch drei Jahre und ich werde Herr des Erdkreises sein.“ [1] Nach Unterwerfung Rußlands wollte er die Türkei bezwingen und in Asien eindringen, um das britische Indien und damit die Macht Englands zu zertrümmern. Die Engländer konnte er nur in Ostindien schädigen, da er keine Flotte besaß; sie beherrschten alle Meere, eroberten die französischen und holländischen Kolonien und suchten Spanien und Portugal von den Franzosen frei zu machen [2]. Es war ein großartiger Gedanke, einen Feldzug gegen Rußland zu unternehmen, weil die Entfernung von Paris bis Moskau 600 Stunden beträgt, und nur ein großes Genie im stande war, die nötigen Vorbereitungen zu der ungeheuren Unternehmung zweckmäßig zu treffen und die Kräfte zu dem großen Ziele in Bewegung zu setzen. Die Umgebung Napoleons machte ihn auf die Schrecken einer so riesenhaften Aufgabe und die unermeßliche Kriegsarbeit aufmerksam; allein der Imperator ertrug aus dämonischem Hochmut und größter Verachtung der Menschen nicht den leisesten Widerspruch, selbst wenn er von dem Fehlschlagen eines Wagnisses überzeugt war. Die Bedenken seiner Marschälle und Minister wies er mit der Belehrung zurück, daß nicht Frankreich, sondern die Bundesgenossen die meisten Opfer an Geld und Menschen bringen müßten. Zuerst vereinbarte er einen Bündnisvertrag mit Preußen (24. Februar 1812); Friedrich Wilhelm III. verpflichtete sich, 30000 Mann mit 60 Geschützen zu stellen. Napoleon gestand dem König Aufschub seiner noch rückständigen Kriegskontributionen an Frankreich zu und versprach ihm, die französischen Besatzungen in den preußischen Festungen auf eigene Kosten verpflegen zu lassen. In einem geheimen Artikel wurde bestimmt, daß Kurland und Livland mit Preußen vereinigt werden sollten. Deshalb erhielten die preußischen Hilfstruppen den Befehl, unter dem General York in Livland einzumarschieren und von dort aus zur großen französischen Armee zu stoßen. Die preußischen Generale Scharnhorst, Gneisenau und Blücher, ein Mecklenburger, nebst 300 Offizieren nahmen aus Zorn über das Bündnis mit den Franzosen ihren Abschied und begaben sich teils nach England, teils nach Rußland, wo bereits Freiherr von Stein an der Seite des Zaren eine einflußreiche, franzosenfeindliche Wirksamkeit entfaltete [3]. Kaiser Franz I., ein verschlagener Italiener und selbstsüchtiger Autokrat, verbündete sich nach langem Bedenken mit seinem Schwiegersohne, weil er eine große Entschädigung erwartete, wenn derselbe siege; sollte er aber unterliegen, so wollte er sein Bündnis mit Rußland um noch höhern Preis verwerten [4]. In dem (14. März 1812) in Paris mit Frankreich abgeschlossenen Vertrage machte er sich verbindlich, 40000 Österreicher unter dem Fürsten Karl von

[1] Heilmann, Feldmarschall Fürst Wrede 89 ff. [2] Pertz a. a. O. III, 5.
[3] Pertz a. a. O. III, 63—82.
[4] Varnhagen von Ense, Tagebücher, I, 57.

Schwarzenberg gegen die Russen zu rüsten. Napoleon verhieß ihm für Galizien das Königreich Illyrien, wenn Polen wiederhergestellt werde; er täuschte die Polen mit hinterlistigen Versprechungen und ließ sie, nachdem sie ihm eine große tapfere Kriegerschar gestellt hatten, grausam im Stich, weil er aus Ländergier die illyrischen Provinzen nicht gegen Galizien abtreten wollte. Zur Sicherung des großen Unternehmens gegen Rußland bedurfte Napoleon auch des Bündnisses mit Schweden und der Türkei. Der von den Schweden zu ihrem Kronprinzen gewählte Marschall Bernadotte, der niemals mit dem korsischen Gewalthaber im besten Einvernehmen stand, stellte die Bedingung, daß Norwegen, welches zu Dänemark gehörte, mit Schweden vereinigt werde; dazu verstand sich Napoleon nicht, weil er mit Dänemark enge verbündet war. Als England und Rußland dem Kronprinzen Norwegen versprachen, ging er sogleich mit ihnen einen Bund ein. Die Pforte führte zwar seit drei Jahren Krieg mit Rußland, dem französischen Kaiser aber mißtraute sie, weil er es niemals aufrichtig mit ihr gemeint hatte. Als der schwedische und englische Gesandte in Konstantinopel die Minister bestachen und ihnen nachdrücklich vorstellten, daß das mit Frankreich verbündete Österreich nach den türkischen Donauländern trachte, schloß der Sultan mit Alexander I. (28. Mai 1812) einen nachteiligen Friedensvertrag, in welchem er Bessarabien an ihn abtrat. Dadurch wurde Rußland an seinen beiden Flanken vor einem feindlichen Angriff gesichert. Alexander ließ durch seinen Botschafter in Paris das Ultimatum überreichen, daß die Neutralität Preußens wiederhergestellt werde. Napoleon gab darauf keine Antwort und Fürst Kurakin reiste ab [1].

Schon Ende des Jahres 1811 waren auf Befehl Napoleons 50 000 Italiener von Neapel aufgebrochen und marschierten durch Tirol, Bayern und Sachsen nach Schlesien. Ihnen folgten die spanischen und portugiesischen Brigaden und die französischen Regimenter, welche im Februar (1812) bei Mainz und Wesel den Rhein überschritten. Die Kriegsvölker des Rheinbundes und die Polen waren ihnen an die russische Grenze vorangezogen; 32 000 Bayern kamen unter den Divisionsgeneralen Deroy und Wrede mit 60 Geschützen im April durch Sachsen und Schlesien und vereinigten sich Anfang Mai an der Weichsel mit einem französischen Armeecorps unter dem General Grafen Gouvion St. Cyr. Die zahllosen Regimenter marschierten anfänglich einzeln mit so bewunderter Richtung, daß sie sich nie kreuzten; erst an der Elbe, Oder und Weichsel geschah der Verband der Brigaden, Divisionen und Corps. Das unermeßliche Heer von 500 000 Mann zu Fuß, 95 000 Reitern und 12 000 Geschützen war das ausgebildetste, ruhmreichste, kriegskundigste und glänzendste, das jemals gerüstet worden war.

[1] Beitzke a. a. O. 13—22.

Als es an der Weichsel in taktischer Ordnung aufgestellt war, verließ Napoleon mit seiner Gattin und einem Gefolge von 220 Personen (9. Mai 1812) Paris, um den Feldzug zu eröffnen, welcher sein und Europas Geschick entschied. Damals war er 43 Jahre alt, noch im vollen Besitze seiner Körper- und Geisteskraft. Seit 16 Jahren führte er fast ununterbrochen Krieg und kommandierte in mehr als 40 Schlachten. In den deutschen Städten wurde er unter dem Donner der Geschütze, dem Geläute aller Glocken und mit Ehrenpforten, feierlichen Aufzügen, Beleuchtungen, Feuerwerk und den unterwürfigsten Begrüßungen empfangen. Es waren die letzten Tage der deutschen Schmach und der Napoleonischen Herrlichkeit. In der Stadt Mainz, welche noch unmittelbar zu Frankreich gehörte, wurde der Imperator zuerst von Rheinbundsmitgliedern, dem Großherzog von Hessen-Darmstadt und dem Landgrafen von Hessen-Homburg (11. Mai) begrüßt. Er nahm den Weg über Frankfurt nach Würzburg; hier erschienen der König von Württemberg und der Großherzog von Baden zur Begrüßung. Der Empfang in dieser Stadt war besonders glänzend, und eine der Inschriften der Illumination lautete: „Napoleon dem Größten und Unüberwindlichen ... wünschen Heil und Glück die Ostfranken." In Bamberg wurde der Korse mit Triumphbögen, Blumenkränzen, Aufzügen und Zurufen empfangen; auf einem Triumphbogen standen in französischer Sprache die Worte: „Es lebe Napoleon der Große, das Genie Europas! Gott schütze dich und erhalte deine kostbaren, sieggekrönten Tage! Das sind unsere Wünsche." Als er nachts gegen Baireuth kam, loderten auf beiden Seiten der Landstraße brennende Holzstöße auf, und auf den umliegenden Bergen leuchteten Freudenfeuer und donnerten Geschütze. Unter dem Geläute der Glocken fuhr er durch ein Spalier der Bürger in die festlich beleuchtete Stadt[1].

Auf bayerischem Gebiete wurde Napoleon überall von bayerischen Großwürdenträgern begrüßt. Als er (17. Mai 1812) in Dresden seinen feierlichen Einzug hielt, wurde für seine glückliche Ankunft in allen Kirchen ein Tedeum angestimmt. Nach Dresden kamen der Kaiser von Österreich mit Familie, der König von Preußen mit seinem Kronprinzen und sämtliche Rheinbundfürsten mit ihren Frauen, um den Imperator zu begrüßen und ihm zu huldigen; nur der König von Bayern blieb weg, weil er sich durch das neue französisch-österreichische Bündnis bedroht sah und den gewaltthätigen Launen Napoleons zutraute, daß er ein Stück von Bayern mit Österreich verbände. Max Joseph äußerte oft zu seinen Vertrauten, er achte zwar den Kaiser der Franzosen, aber seine Unternehmungen, womit er bestehende Rechte verletze, könne er nicht billigen[2]. Am ergebensten erwies sich gegen Napoleon der König Friedrich August von Sachsen, der unter anderen übertriebenen

[1] Pertz a. a. O. III, 82—85. [2] Wolf a. a. O. 35, 42—45.

Huldigungen im Theater eine sehr große Sonne im Brillantfeuer strahlen ließ mit der transparenten Überschrift: „Die Sonne ist weniger groß und leuchtet weniger hell als Er.“ Der Dichter Göthe fand sich auch in Dresden ein, um der Kaiserin Marie Luise ein mit byzantinischer Schmeichelei abgefaßtes Gedicht zu überreichen, in welchem er das Glück der Napoleonischen Weltherrschaft pries[1]. Nach kurzem Aufenthalte in Dresden ging Napoleon zu seiner Armee ab. In seiner hochmütigen Verblendung machte er den großen Fehler, daß er die Überschreitung der russischen Grenze erst für Ende Juni berechnete. Dieser Zeitpunkt war für einen Feldzug im nordischen Klima und in dem ungeheuern russischen Reich, in welchem man Hunderte von Meilen bis zur Erreichung einer großen Stadt zurückzulegen hatte, um zwei Monate zu spät. Außerdem war zu befürchten, daß die Verbündeten, welche nur gezwungen ihre Truppen gestellt hatten, bei einem militärischen Mißerfolg sich in wütende Gegner verwandeln werden. Die große Entfernung von Frankreich machte jede Hilfe von dorther unmöglich, und im Rücken des gehaßten Imperators lauerten Feinde und unterdrückte Völker. In den unermeßlichen Ausdehnungen des russischen Reiches konnte die Verpflegung des großen Heeres bei längerer Kriegführung nicht mehr geschehen, und die halbwilden Russen kannten im Dienste ihres Zaren und ihrer Religion keine Todesfurcht und keine Schonung. Napoleon hoffte sicher, so schnelle und entscheidende Siege zu erfechten, daß der Zar vor Eintritt des Winters um Frieden bitten werde; selbst in einem winterlichen Feldzug rechnete er auf glückliche Erfolge, weil er 1805 und 1807 den Russen mitten im Winter Schlachten geliefert und gesiegt hatte.

Kaiser Alexander I. war bei Beginn des Feldzugs 35 Jahre alt; er hatte eine freisinnige Erziehung genossen, war gebildet, geistig begabt und wohlwollend und konnte sich für große Personen und Dinge begeistern. Anfangs dachte er, selbst den Oberbefehl zu übernehmen, um das Beispiel Napoleons nachzuahmen; allein er hatte weder im Felde gedient noch im Frieden selbständig kommandiert. Dennoch begab er sich (April 1812) nach Wilna, um sich an die Spitze seiner Truppen zu stellen. Die drei russischen Heere in Litauen, an der Grenze Preußens und Polens unter den Generalen Barclay de Tolly, dem Fürsten Bragation und Tormassow waren ungefähr 238 000 Mann mit 938 Geschützen stark. Alexander und seine Generale, welche den französischen Marschällen an militärischer Befähigung weit nachstanden, wollten schon an der Grenze einen entschlossenen Widerstand leisten, weil sie ihre Streitmacht für viel stärker als die französische hielten. Die Generale Scharnhorst und Clausewitz hatten dem Petersburger Kabinett den Rat gegeben, die Defensive zu wählen und in der ungeheuern

---

[1] Beitzke a. a. O. 39—43.

Ausdehnung Rußlands durch einen berechneten Rückzug die geeigneten Mittel der Verteidigung zu suchen. Alexander hatte in Kriegssachen kein wirkliches Urteil und ging auf den Gedanken einer Defensive nicht ein, sondern befahl dem in russische Dienste übergetretenen preußischen General Phull, den er zu seinem Generalstabschef ernannt hatte, den Operationsplan zu entwerfen. Nach Phulls Antrag sollte die Hauptarmee unter Barclay sich an die mittlere Düna bei dem Städtchen Drissa in ein sehr ungünstiges und schlecht verschanztes Lager zurückziehen, während Bragation mit der zweiten Armee dem Gegner in die rechte Flanke und den Rücken falle und Tormassow in Volhynien mit der Reservearmee die Österreicher beobachte. Phulls Plan wurde von den russischen Generalen lebhaft angegriffen, weil derselbe gleich mit einem Rückzug an die Düna beginnen sollte und sie über die Stärke des feindlichen Heeres in großem Irrtum waren; sie forderten, daß man bei Wilna eine entscheidende Schlacht liefere. Phull verlor zwar im Großen Hauptquartier seinen Einfluß, aber sein Operationsentwurf wurde doch zum Teil ausgeführt. Der Zar schwankte und zweifelte lange; endlich ordnete er den Rückzug nach Drissa an, weil kein anderer Vorschlag überzeugend durchdrang und alle übrigen Pläne noch bedenklicher erschienen. Die Generale folgten dem Befehle des Kaisers mit Widerstreben und stellten ihm vor, daß das Lager bei Drissa und das ganze Verteidigungssystem unhaltbar sei. Als aber die Franzosen und ihre Verbündeten in unübersehbaren Kolonnen bei Kowno (23. bis 26. Juni 1812) den Niemen überschritten und die Rückzugslinie der Russen von Wilna an die Düna bedrohten, brachen die Russen schleunigst östlich vom Niemen an den Dnjepr auf, und Alexander eilte in die Hauptstädte seines Reiches, um neue Rüstungen zu betreiben und einen Nationalkrieg zu organisieren, weil er sich überzeugte, daß alle militärischen Vorbereitungen ungenügend seien[1]. Auf dem kurzen Marsche von Kowno bis Wilna gingen 10 000 Franzosen durch die Beschwerden der Sonnenhitze mit darauffolgendem Regen, Kälte und Krankheit zu Grunde. In Wilna, der alten Hauptstadt Litauens, wurde Napoleon (28. Juni) von den Polen mit begeisterten Zurufen empfangen; sie stellten ihm 75 000 Mann zu Fuß und 23 000 Reiter unter dem Fürsten Poniatowsky und zahlten ihm 100 Millionen Gulden als Kriegssteuer, in der sichern Hoffnung, daß er das polnische Königreich wiederherstellen werde. Der perfide Korse gab ihnen nur eine unbestimmte Antwort, um sie hinzuhalten, ihre Streitkräfte auszunützen und für künftige Friedensunterhandlungen mit dem Zaren freie Hand zu haben. Die feurige Begeisterung der Polen kühlte sich ab, und

[1] Denkwürdigkeiten des russischen Generals der Infanterie Karl Friedrich Grafen von Toll, I, 218—237. Clausewitz, Hinterlassene Werke über Krieg und Kriegführung, VII, 12—19.

die polnischen Provinzen Rußlands, welche zum Aufstande aufgerufen wurden, rührten sich nicht. Wilna machte Napoleon zu seinem wichtigsten Waffenplatz und zum politischen Verbindungspunkt mit Europa; sämtliche Gesandten der befreundeten Mächte nahmen hier ihren Wohnsitz. Napoleons Plan war, die einzelnen russischen Armeen mit überlegener Macht zu trennen, durch rasche Angriffe nacheinander zu schlagen und den Widerstand der Russen völlig zu lähmen. Dem Marschall Davoust, seinem thatkräftigsten Heerführer, befahl er, mit 100000 Mann von Wilno und Grodno an den Dnjepr zu marschieren und den Fürsten Bragation, welcher nach Südosten ausgewichen war, zu besiegen; er selbst wollte sich mit 110000 Mann von Wilna aus zwischen die Armeecorps des Generals Barclay werfen und sie aufreiben. Davoust zog über Minsk und Mohilew an den Dnjepr, griff hier (22. Juli) Bragation an und warf ihn nach einem hitzigen Gefecht zurück. Barclay überzeugte sich, daß die schwachen Schanzwerke bei Drissa unhaltbar seien; er wich vor dem überlegenen Gegner nordöstlich von Wilna an die Düna und über Drissa und Poloczk bis Witebsk zurück und rief den General Bragation zur Verstärkung von Mohilew nach Smolensk. Davoust blieb in seiner Stellung, weil er von den Russen einen neuen Angriff am Dnjepr erwartete [1].

Napoleon konnte seinen Entschluß, die Russen zu trennen und durch schnelle Angriffe zu vernichten, nicht ausführen, weil die Landschaft von Wilna bis an die Düna so öde und so wenig bebaut war, daß die Franzosen aus Mangel an Lebensmitteln nur sehr langsam vorgehen und Barclay ungehindert den 60 Stunden langen Weg von Wilna bis in das Lager von Drissa machen konnte. Napoleon hatte zwar reichlich für Proviant gesorgt, allein die unzähligen Brot- und Mehlwagen, die Viehherden 2c. konnten den schnellen Kolonnen nicht folgen. Die Bayern forderten bei ihrem Durchmarsch durch Wilna von Napoleon Brot zur Stillung ihres Hungers; sie hatten sich von unreifen Feldfrüchten, wenig Fleisch und schlammigem Wasser ernährt. Der Kaiser versprach ihnen 40000 Brotrationen, allein sie waren nirgends aufzutreiben. Bei einer Heerschau lobte er besonders die Haltung und den bewährten Kriegsruhm der Bayern; es wäre ihnen jedoch ein Stücklein Brot lieber gewesen als das glänzendste Lob [2]. Wegen des höchst empfindlichen Mangels an Mundvorrat streiften viele einzelne Abteilungen der verschiedenen Armeecorps weithin zum Plündern aus, wodurch sich die Verbände lockerten. Krankheiten lichteten die Reihen der Franzosen, Italiener und Deutschen ärger als eine Schlacht, und für Lazarete waren am Niemen und in Wilna wenige Anstalten getroffen, so daß ein kranker Soldat

---

[1] Beitzke a. a. O. 55—92.

[2] Hofreiter, Die Bayern in Rußland 1812 S. 14—35.

schon für gestorben angesehen wurde. Diese Verhältnisse ermöglichten es den russischen Armeen, daß sie sich bei Smolensk am Dnjepr vereinigten und den ursprünglichen Kriegsplan Napoleons zerstörten. Um der feindlichen Übermacht das Gegengewicht zu halten, unternahmen der Adel und die Kaufmannschaft von Moskau und dessen Gouvernement die Ausrüstung von 80 000 Mann, und jeder Russe wetteiferte in Darbringung von Kriegsmitteln. Dem Beispiele Moskaus folgten die anderen Provinzen, welche bedeutende Geldsummen beisteuerten. Auch aus England flossen 3 Millionen Pfund Sterling Kriegsgelder[1]. Dem Kaiser der Franzosen lag vor allem daran, eine Vereinigung der russischen Armeen zu verhindern und dem General Barclay die Straße nach Moskau zu verlegen; dieser hatte ein Armeecorps unter dem Fürsten von Wittgenstein bei Drissa zur Deckung der Straße nach Petersburg zurückgelassen und mit 77 000 Mann den Rückmarsch nach Witebsk angetreten. Während der französische Marschall Oudinot mit seinem Armeecorps bei Drissa und General St. Cyr mit den Bayern, welche den Weg von Wilna über Glubokoje an die Düna eingeschlagen hatten, bei Poloczk gegenüber dem Fürsten von Wittgenstein Stellung nahmen, verfolgte Napoleon die am rechten Düna-Ufer südöstlich abziehenden Russen und erreichte bei Ostrowno (25. Juli 1812) ihre Nachhut, welche von der französischen Avantgarde und den ihr beigegebenen 4 bayerischen Chevauxlegers-Regimentern und der leichten Batterie Wittmann unter dem König Murat von Neapel nach dreitägigen blutigen Gefechten zurückgedrängt wurde. Der Imperator glaubte sicher, General Barclay werde ihm bei Witebsk eine Schlacht liefern, allein dieser war zu schwach und mußte nachts unbemerkt von Witebsk nach Smolensk zurückweichen; hier traf auch der Fürst Bragation, welcher dem Marschall Davoust am Dnjepr entwischt war, (3. August) mit 44 000 Mann ein. Da die vereinigte Streitmacht der Russen ungefähr 120 000 Mann stark war, so entschloß sich Barclay, auf allgemeines Verlangen des russischen Volkes und auf Befehl Alexanders I., welcher bereits nach Petersburg zurückgekehrt war, den Franzosen bei der befestigten Stadt Smolensk am Dnjepr Widerstand zu leisten. Napoleon hatte durch schlechte Verpflegung, Krankheiten und mörderische Gefechte seit dem Übergang über den Niemen gegen 100 000 Mann verloren; bei Witebsk gönnte er seinen Truppen eine kurze Ruhe, rief das Armeecorps des Marschalls Davoust von Mohilew zu sich und überschritt den Dnjeprfluß. Ehe sich Barclay über einen Operationsplan schlüssig machte, wurde er in seiner gedeckten Stellung in und um Smolensk (17. August) von Napoleon angegriffen. Die Russen verteidigten die Stadt mit Tapferkeit und Ausdauer, sogar dann noch, als sie von den Franzosen in Brand geschossen war. Nachts verließen sie das eingeäscherte

[1] Pertz, Leben des Ministers Freiherrn von Stein, III, 104—108.

Smolensk und zogen sich auf der Straße nach Moskau zurück, wurden aber von den Franzosen hitzig verfolgt und in einem blutigen Gefecht am Straganbache zurückgeschlagen [1].

Napoleon hatte bei Smolensk und am Stragan durch die Tapferkeit der Russen 20 000 Mann verloren. Mit 6000 Mann von der alten Garde besetzte er Smolensk und mit 10 000 Italienern die Stadt Witebsk, um seinen linken Flügel an der Düna, wo die Bayern und auf der äußersten Flanke das Corps des Marschalls Macdonald und die Preußen standen, zu verstärken. Mit ungefähr 150 000 Mann brach er gegen den Willen seiner Generale, welche bei Smolensk die Winterquartiere beziehen wollten, nach der noch 112 Stunden oder 18 Tagemärsche entfernten Hauptstadt Moskau auf, um noch in diesem Jahre die Entscheidung herbeizuführen. Das russische Volk, welches die Stärke seines eigenen Heeres nicht kannte, war der Meinung, Barclay sei ein unfähiger Oberbefehlshaber und Verräter, weil er trotz wiederholter Siegesbotschaften Smolensk aufgegeben und sich immer tiefer in das Reich zurückgezogen hatte. Den alten General Fürsten von Kutusow hielt es für den allein geeigneten Feldherrn. Auch die Generale Bragation, Yermolow und Bennigsen beschuldigten auf Anstiften des herrischen Großfürsten Konstantin Barclay des Verrates. Alexander I. gab der aufgeregten Stimmung seines Volkes und Heeres nach und ernannte statt des redlichen Barclay den verschlagenen und selbstsüchtigen Kutusow zum Feldherrn [2].

Während des Marsches Napoleons nach Smolensk hatte auf dem rechten Flügel des großen Invasionsheeres Fürst Schwarzenberg mit etwa 45 000 Österreichern und Franzosen in Volhynien das 30 000 Mann starke russische Corps des Generals Tormassow nach kurzen Gefechten zurückgedrängt, ohne jedoch mit seinen überlegenen Truppen einen entscheidenden Schlag zu führen. Auf dem linken Flügel der Franzosen standen von Witebsk bis Riga gegen 70 000 Mann unter St. Cyr, Oudinot und Macdonald; wenn diese Armee den russischen General Wittgenstein an der Düna über den Haufen geworfen hätte und auf Petersburg losgegangen wäre, so wäre diese Operation für Napoleon von unberechenbarem Einfluß gewesen. Allein die drei Corpsführer waren Marschälle, von denen keiner sich dem andern unterordnen wollte, daher kam es auf keinem Punkte zu einem Erfolge. Auf der äußersten linken Flanke der Franzosen wollte Napoleon die befestigte Stadt Riga an der Dünamündung in seine Gewalt bringen, um einen Hafen an der Ostsee und einen sichern Stützpunkt für seinen linken Flügel zu haben. General York

[1] Clausewitz a. a. O. VII, 20—125.

[2] Bernhardi, Die neuere Litteratur der Befreiungskriege 1812—1814 und ihre Ereignisse, Historische Zeitschrift von Sybel, II, 292.

schloß mit dem preußischen Hilfscorps, welches schon mit größtem Unwillen für Napoleon in den Krieg gezogen war, Riga ein, ohne jedoch ernstlich an die Belagerung zu schreiten. Marschall Macdonald war indes mit einer Division Rheinbündler und Polen von Riga über Jakobsstadt nach Dünaburg marschiert, wo er eine Brücke über den Fluß baute und unthätig stehen blieb, anstatt den Marschall Oudinot gegen den General Wittgenstein zu unterstützen. Oudinot hatte die russischen Verschanzungen bei Drissa zerstört und die Städte Drissa und Poloczk auf dem rechten Düna-Ufer besetzt; er wollte auf der Straße von Poloczk nach Petersburg vorgehen, wurde aber von Wittgenstein, einem kühnen Heerführer, mit einem heftigen Vorstoß angegriffen. Nach einem dreitägigen Kampfe (Ende Juli 1812) brach Oudinot das Gefecht ab und zog sich nach Poloczk zurück, weil er Wittgenstein wegen seiner energischen Angriffsweise für weit stärker hielt, als er in Wirklichkeit war. Napoleon tadelte den Marschall wegen seines unnötigen Rückzuges, stellte die Bayern, welche in einer Stärke von nur mehr 20000 Mann bis Beszencowiczi bei Witebsk vorgerückt waren, unter sein Oberkommando und befahl ihm, wieder zum Angriff überzugehen. Oudinot brach mit ungefähr 45000 Mann von Disna über Walintzi gegen Wittgenstein auf, welcher bei Osweja Lager geschlagen hatte; dieser ging ihm sofort entgegen und schlug die französische Vorhut (10. August) bei Swolna in die Flucht. Durch diese Niederlage wurde der französische Marschall so entmutigt, daß er sich nach Poloczk in die Defensive zurückzog. Die bayerische Division Wrede stellte er nördlich von der Stadt bei dem Dorfe Spas jenseits des Polotaflüßchens in einer freien, von einer Waldung begrenzten Ebene auf; der Division Deroy wies er diesseits ihre Stellung an. Die leichte Reiterei stand in dem Winkel zwischen der Polota und Düna und das französische Corps auf dem Raum zwischen Spas und der Düna; eine Kürassierdivision unter dem General Doumerc blieb bei Poloczk in der Reserve, und auf dem linken Düna-Ufer wurden mehrere Batterien errichtet, um den hier etwa anrückenden Gegner an der Flanke zu fassen. Wittgenstein folgte dem Marschall auf dem Fuße und griff (17. August 1812) die im Zentrum stehenden Bayern bei Spas an, weil der linke Flügel der Franzosen zu stark und ihr rechter zu einer Umgehung zu weitläufig und durch das Terrain gedeckt war. Auf beiden Seiten wurde mit glänzender Tapferkeit gefochten. Die Russen drangen stürmend in das Dorf, wurden aber von den Bayern nach einem blutigen Ringen zurückgeworfen. Wittgenstein ließ frische Kolonnen gegen Spas vorgehen, obgleich in demselben schon an mehreren Stellen das Feuer aufloderte; auch diese wurden von den Bayern zurückgeschlagen. Als die russischen Regimenter mit verstärkter Artillerie zum dritten Mal anrückten und die im ersten Treffen stehenden bayerischen Brigaden aus Erschöpfung zu wanken schienen, stellte sich der bayerische General Deroy, der sich für diesen

Tag gleichsam in Vorahnung seines Schicksals wie zu einer festlichen Heerschau geschmückt hatte, an die Spitze eines Reserveregimentes und führte es den anstürmenden Russen entgegen, wurde aber von einer Musketenkugel tödlich verwundet. Marschall Oudinot befahl der französischen Division Legrand, die gelichteten Bayern zu unterstützen; diese drang ungestüm auf die Russen ein und behauptete sich in dem brennenden Dorfe bis zur einbrechenden Nacht. Oudinot, der auch verwundet worden war, wurde durch den Verlauf der Schlacht in seiner Meinung von der Überlegenheit der Russen bestärkt, und als im Kriegsrat die Mehrzahl seiner Ansicht, das rechte Ufer zu räumen, beitrat, erteilte er der Reiterei und Artillerie noch während der Nacht den Befehl, auf das linke Ufer zurückzugehen.

Am andern Tage (18. August 1812) mußte Oudinot wegen seiner Wunde das Oberkommando dem General St. Cyr übergeben, und die Führung des bayerischen Armeecorps ging an den General der Kavallerie Wrede über. St. Cyr hielt es für eine Verletzung der französischen Waffenehre, freiwillig eine Stellung aufzugeben, die man gegen den Feind mit siegender Hand behauptet hatte; er ließ die Reiterei und Artillerie auf das rechte Ufer zurückgehen, um die Russen mit aller Kraft anzufallen [1]. Wittgenstein, welcher den Abzug des bayerisch-französischen Gepäckes deutlich wahrgenommen hatte, hielt die bei Spas stehen gebliebene Infanterie für die Nachhut seines Gegners und saß arglos (18. August) beim Mittagsmahle, als ihn Kanonendonner plötzlich aus seiner Ruhe schreckte. General St. Cyr ließ die drei Divisionen Deroy, Wrede und Legrand gegen das russische Zentrum vorgehen; die Franzosen stürmten gegen das Schloß Prismeniza, den Schlüssel der russischen Zentrumsstellung, wurden aber durch ein furchtbares Geschütz- und Infanteriefeuer zum Rückzuge gezwungen. Wrede führte zwei Brigaden mit dem Rufe: „Es lebe der König!" in das Gefecht; Generalmajor Raglovich wurde verwundet und war genötigt, das Kommando über seine Brigade dem Obersten von Zoller zu übertragen. Nach einem mörderischen Gefechte gelang es dem neunten bayerischen Infanterieregiment, welches von dem wackern Major Grafen von Ysenburg befehligt wurde, das Schloß unter niederschmetterndem Kartätschenfeuer der Russen zu erstürmen und das Zentrum derselben zu durchbrechen; als dieses sich auflöste und sich in den Wald flüchtete, wichen auch die beiden russischen Flügel, welche große Verluste erlitten hätten, wenn General Doumerc mit der Kürassierdivision aus seinem Rückhalte zum Angriffe vorgebrochen wäre. Die Bayern hatten an den beiden Schlachttagen 2000 Tote und Verwundete und 135 Offiziere verloren. Nach sechs Tagen starb Deroy und bald darauf auch sein Freund, der Generalmajor Siebein; beide wurden im Friedhofe zu Poloczk begraben. Kurz nach dem Tode

[1] Beitzke a. a. O. 227—247.

Deroys wurde ein Handbillet Napoleons in Poloczk überbracht, in welchem er den General zum Grafen des französischen Kaiserreiches ernannte mit einer jährlichen Dotation von 30000 Franken, welche auch auf seine Kinder übergehen sollte, und für seine Gattin eine Jahrespension von 6000 Franken bestimmte. Dem General St. Cyr überschickte der Imperator den Marschallstab, weil er verhindert hatte, daß Wittgenstein die große Armee der Franzosen im Rücken beunruhigte. Der russische Obergeneral zog sich nach Drissa zurück, wo er Verstärkungen erwartete. St. Cyr folgte ihm und beobachtete ihn; auch er überschätzte die Truppenzahl seines Gegners und ließ ihm Zeit zur Verstärkung. Die Stadt Poloczk ließ er befestigen und bei derselben verschiedene Schanzen aufwerfen. Diese reiche Handelsstadt war von der Vorhut der französischen Hauptarmee vollständig ausgeplündert und von den Einwohnern bis auf einige Juden und Mönche verlassen worden; auch die Jesuiten, welche nach ihrer Aufhebung in Rußland unter dem Kaiser Paul I. Aufnahme gefunden hatten, harrten in ihrem neuen Klostergebäude aus. Für die Pflege der verwundeten Soldaten war äußerst mangelhaft gesorgt; es fehlten Medikamente und Lebensmittel; in elenden Lazareten starben viele hundert Verwundete. Ein in Bayern geborener Jesuit spendete Tag und Nacht seinen verwundeten Landsleuten die Sterbsakramente, bis auch er den opferwilligen Anstrengungen erlag [1].

Die Bayern und Franzosen hatten durch ihre Tapferkeit bei Poloczk den Erfolg errungen, daß Napoleon auf seinem Zuge gegen Moskau im Rücken von der Armee Wittgensteins nicht beunruhigt wurde. Von dem neuen Feldherrn des russischen Hauptheeres erwartete man allgemein, daß er in der von Barclay verschanzten und vorteilhaften Stellung den Franzosen eine Schlacht liefern werde; allein Kutusow gab die Position auf, weil sie von Barclay gewählt worden war und ein Sieg auch diesem zugeschrieben werden würde. Zur Überraschung seiner Truppen ging er auf der Moskauer Straße bis zum Dorfe Borodino zurück, dem einzigen Orte bis Moskau, wo er eine günstige Verteidigungsstellung nehmen konnte. Das 125000 Mann starke Heer mit 640 Geschützen drängte er auf einem Raume von nur einer Stunde Ausdehnung zusammen, um durch eine dichte und tiefe Aufstellung eine kräftige und nachhaltige Gegenwehr zu leisten. Napoleon folgte den Russen mit 123000 Mann und 590 Geschützen in der Absicht, sie anzugreifen, sobald sie standhielten. Als er sie bei Borodino in Schlachtordnung traf, ließ er (7. September 1812) ihren rechten starken Flügel und ihr Zentrum durch einen lebhaften Angriff festhalten und verwandte die größere Streitkraft gegen den linken Flügel, welchen Kutusow und sein Generalstabschef schwach besetzt hatten, in der Meinung, Napoleon

[1] Hofreiter a. a. O. 37—105.

werde wie in früheren Schlachten das russische Zentrum zu durchbrechen suchen. Nach einem blutigen Ringen und verzweifelten Widerstande des russischen Fußvolkes erstürmten die Franzosen die Schanzen auf dem linken russischen Flügel und schlugen die zersprengten Regimenter auf die Straße nach Moshaisk und Moskau; die herangezogenen Reservecorps der Russen wurden von einem furchtbaren Feuer der Franzosen und einem gewaltigen Flankenangriff ihrer Kavallerie zurückgeworfen. Das erste und zweite bayerische Chevauxlegers-Regiment stürzten sich unter dem Generalmajor Grafen von Preysing auf die russischen Infanteriekolonnen mit solchem Heldenmut, daß sie bis auf einige hundert Mann vernichtet wurden. Zu gleicher Zeit wütete ein zäher, wilder Kampf auf dem rechten Flügel der Russen, welche nach einem entsetzlichen Gefechte ihre Stellungen aufgeben mußten, nachdem ihre letzte Reserve ins Treffen geführt worden war. Nachmittags um 3 Uhr endete aus gänzlicher Ermüdung und Abspannung aller Kräfte auf beiden Seiten die mörderische Schlacht. Wenn Napoleon mit seiner in der Reserve stehenden, 20000 Mann starken Garde die Schlacht fortgesetzt hätte, so hätte er das russische Heer zertrümmert und eine ungeheure Siegesbeute davongetragen; allein er kannte den ganzen Umfang des russischen Verlustes nicht und wollte sich die Garde als die letzte Stütze für den Notfall unversehrt erhalten. Kutusow hatte über 52000 Tote, Verwundete und Gefangene, somit die Hälfte seines Heeres verloren infolge der fehlerhaften dichten Aufstellung seiner Truppen und der Schwerfälligkeit ihrer Bewegung; er konnte jedoch während der Nacht den Rückzug nach der Stadt Moshaisk ungefährdet ausführen, weil die französische Garde unbeweglich blieb. Napoleon verfolgte seinen Gegner nicht, weil er ungefähr 34000 Tote und Verwundete verloren hatte und seine Reiterei sehr geschwächt war [1].

Fürst Kutusow verbreitete nach allen Richtungen lügenhafte Siegesberichte und marschierte nach Moskau; hier hatte der Gouverneur General Graf Rostopschin schon bei dem Brande bei Smolensk den entsetzlichen Gedanken gefaßt, die alte Hauptstadt Rußlands einzuäschern, ehe sie in Feindeshände falle. Als die Russen in Moskau einrückten, ermahnte Rostopschin die Einwohner, die Stadt zu verlassen, und ließ die Schätze im Kreml und die Archive, Institute und Universität nach Kasan verlegen und die Fremden vertreiben. Im geheimen machte er Vorbereitungen zur Anzündung der Stadt durch Anfertigung von Raketen, Fackeln, Zündungen und anderen Brennstoffen. Sobald diese Anstalten ruchbar wurden, bemächtigte sich aller Gemüter der größte Schrecken. General Kutusow, welcher zum Lohne für seine Lügenberichte vom Zaren zum Feldmarschall befördert wurde, wollte vor der Hauptstadt nochmals eine Schlacht liefern; Barclay und einige andere

[1] Beitzke a. a. O. 155—216.

Generale wiesen im Kriegsrate die verderblichen Folgen derselben mit so überzeugenden Gründen nach, daß man sich im Hauptquartiere einigte, das Heer südlich nach dem Gouvernement von Kaluga zu führen, um die Flanke der Franzosen zu bedrohen und ihnen den Weg nach den fruchtbaren Gegenden Rußlands zu verlegen [1]. Als die Truppen aus Moskau abzogen, wurde die ganze Bevölkerung von einer solchen Bestürzung ergriffen, daß von 240000 Einwohnern alle bis auf 14000 mit ihrer zusammengerafften Habe entflohen. Rostopschin förderte selbst die allgemeine Flucht, damit er in den Häusern um so leichter die Brennstoffe verbreiten und eine hinlängliche Anzahl Leute mit Fackeln bestellen konnte; zu diesem Zwecke öffnete er den Verbrechern die Gefängnisse und verhieß ihnen volle Begnadigung, wenn sie sich beim Anzünden bethätigten. Alle Feuerlöschmittel wurden entfernt und die Brunnen verschüttet. Der Gouverneur weihte seine eigenen schönen Paläste in Moskau dem Verderben [2]. Am 14. September 1812 standen die Franzosen vor der alten Hauptstadt Rußlands mit ihren 1800 Kirchen, Klöstern und Palästen und 1700 grünen, versilberten und vergoldeten Türmen und Kuppeln und dem Kreml, der alten Zarenburg, welche mit ihren 13 Kirchen und mannigfach vergoldeten, in bunten Farben schimmernden und durch vergoldete Ketten verbundenen Türmen und Kuppeln hervorragte. Mit Entzücken und Stolz blickten die Franzosen von dem angrenzenden „Grußberg", welcher sich über die Stadt erhebt, auf das von der Herbstsonne zauberisch beleuchtete Moskau mit seinem unermeßlichen Reichtume, wo sie auf den Lohn für unzählige Kriegsleiden und Gefahren und das Ende des Krieges hofften. Freudestrahlend stand Napoleon auf dem „Grußberg" und erwartete, wie er es in seinen früheren Feldzügen gewohnt war, jeden Augenblick Abgeordnete der städtischen Verwaltungsbehörden, welche ihm die Schlüssel der Stadt überreichen und seine Gnade anflehen würden. Als aber zu seinem Staunen niemand erschien, befahl er dem König Murat von Neapel, mit der Reiterei in Moskau einzumarschieren; daran beteiligten sich auch die beiden ersten bis auf 200 Mann zusammengeschmolzenen bayerischen Chevauxlegers-Regimenter unter dem Major Grafen von Lerchenfeld, während das dritte und vierte Chevauxlegers-Regiment zu 700 Mann und die Batterie Wittmann in dem Dorfe Jondino im Quartiere lagen [3].

Murat sah in Moskau zu seiner Verwunderung die Straßen menschenleer und mit einer düstern, beängstigenden Stille erfüllt; nur wenige un-

---

[1] Klevesahl, Des russischen Reichskanzlers Grafen Nesselrode Selbstbiographie 42—44.

[2] Smitt, Zur nähern Aufklärung über den Krieg von 1812 aus archivalischen Quellen, Historische Zeitschrift von Sybel, IX, 47.

[3] Denkwürdigkeiten des russischen Generals Grafen von Toll, II, 95—175. Hofreiter a. a. O. 105—157.

heimliche Gestalten bewegten sich durch dieselben. In den Kirchen und Palästen fanden die Franzosen und Bayern ungeheure Schätze von Gold, Silber und Edelsteinen, kostbare Waren, Pelzwerk und Möbel, aber in den geöffneten Häusern nicht die geringste Nahrung, um den Hunger zu stillen. Während die Soldaten in den verlassenen Wohnungen die geplünderten Schätze sammelten und sich zur Ruhe begaben, brach um Mitternacht an allen Ecken und Enden der großen Stadt ein Brand aus, welchem die Einwohner ihre wertvollsten Kleinodien preisgaben, um das teuerste Gut der Freiheit zu retten. Napoleon, welcher zuerst in einer Vorstadt und dann im Kreml Wohnung genommen hatte, wurde von Schauder ergriffen; er setzte seine Hoffnungen auf die Friedensunterhandlungen, welche er durch den Feldmarschall Kutusow dem Kaiser in Petersburg eröffnen ließ. Der Brand Moskaus dauerte sieben Tage und sieben Nächte (15.—21. September 1812); mehrere Brandstifter, welche auf der That von den Franzosen ergriffen wurden, sagten aus, daß sie auf Befehl des Gouverneurs gehandelt hätten. Gegen 10000 kranke und verwundete russische Soldaten kamen in den Flammen um, und verzweifelt war das Schicksal der 14000 zurückgebliebenen Einwohner. Der Schaden der eingeäscherten Stadt wurde zu 1000 Millionen Rubeln berechnet. Der ehrgeizige Graf Rostopschin vernichtete die reiche Stadt, weniger, um sein Vaterland zu retten, als vielmehr, um sich einen unsterblichen Namen zu machen; er befleckte aber denselben durch die Verbreitung der Lüge, daß die Franzosen Moskau wie Smolensk angezündet hätten, wodurch er im russischen Volke und Heere Haß, Rache und Wut gegen die Franzosen erweckte. Napoleon war in der brennenden Hauptstadt so verblendet, daß er von dem Zaren erwartete, derselbe werde um Frieden bitten, weil Moskau verloren sei [1]. Auf den Petersburger Hof hatte die Niederlage der Russen bei Borodino und die Eroberung Moskaus anfänglich einen so niederschlagenden Eindruck gemacht, daß Alexander I. und die Mehrzahl seiner Umgebung daran dachten, sich durch einen Friedensvertrag von dem furchtbaren Kaiser der Franzosen zu befreien. Freiherr von Stein, der sich mit seinem Sekretär E. M. Arndt in Petersburg aufhielt, erkannte mit scharfsinnigem Blicke die gefährliche Lage Napoleons und verstand es, die höheren Gesellschaftskreise und den Hof zu überzeugen, daß die Franzosen in Moskau und den weiten, menschen- und lebensmittelleeren Landschaften nicht überwintern könnten und ihre beiden Flügel durch die vereinigten Armeen Wittgensteins und Tormassows aufgerieben werden würden, weil sie von dem weit entlegenen Zentrum in Moskau nicht unterstützt werden könnten; es gelang ihm, die Stimmung in den maßgebenden Kreisen umzuwandeln. Der sonst weiche und nachgiebige Zar ermannte sich und beschloß, den Widerstand bis

[1] Clausewitz a. a. O. VII, 176—185. Denkwürdigkeiten a. a. O. II, 169—175.

zum äußersten fortzusetzen; er entließ den verweichlichten Reichskanzler Romanzow und ernannte den Grafen von Nesselrode zum Minister des Auswärtigen [1].

Napoleon wartete vergebens im Kreml auf Friedensvorschläge der russischen Regierung. Zu seinem Unheil wußte er sich nicht schnell zu fassen und wollte sich nicht gestehen, daß er seinen Zweck verfehlt habe; er zauderte und säumte in Moskau, weil er außer stande war, etwas weiteres zu unternehmen; dennoch konnte er sich nicht entschließen, das verloren zu geben, was verloren war. Durch den nahen Winter wurde er zu der Demütigung gezwungen, den General Lauriston, den frühern französischen Botschafter in Petersburg, (4. Oktober 1812) in das Hauptquartier Kutusows in Tarutino südlich von Moskau zu senden, um einen Paß nach Petersburg zu Friedensunterhandlungen zu verlangen. Der listige Feldmarschall hielt Napoleon dadurch hin, daß er einen Generaladjutanten nach Petersburg um Friedensvorschläge schickte und bis zu dessen Rückkehr auf einen Waffenstillstand einging; seine Absicht war, ihn zu täuschen und ihn bis zum Beginne des Winters in der eingeäscherten Stadt zurückzuhalten. Nach neun Tagen (13. Oktober) ließ Napoleon durch Lauriston bei Kutusow anfragen, welche Antwort der Zar erteilt hätte. Der alte Russe betrog nochmals den genialen Kaiser mit der Antwort, er werde die Friedensunterhandlungen sogleich eröffnen, sobald er die Anweisung von Petersburg empfangen habe. Mitte Oktober fiel der erste Schnee, und der Abzug der Franzosen konnte nicht länger mehr verschoben werden. An demselben Tage (15. Oktober) verließ Napoleon Moskau und wählte den Weg über Kaluga, Juchnow und Jelnia nach Smolensk, um Kutusow abermals zu schlagen und eine Straße mit Lebensmitteln zu haben [2]. Die Marschrichtung über Witebsk wäre vorzuziehen gewesen, weil dort kein Feind und noch unberührte Vorratsmagazine waren; allein sie erschien dem siegreichen Imperator furchtsam und unwürdig. Es war für ihn von dem unheilvollsten Verderben, daß er den Winter herankommen und dem russischen Heere Zeit ließ, sich neu zu organisieren und zu verstärken. Anfang Oktober hätte er mit seiner Armee, welche noch über 100000 Mann stark mit 600 Geschützen und aus den erprobtesten Truppen zusammengesetzt war, noch ungehindert nach Smolensk und Poloczk zu seinen Flügelcorps zurückkehren und ganz Mitteleuropa beherrschen können. Der unbegrenzte Hochmut des revolutionären Korsen und seiner lasterhaften, gottlosen Soldaten wurde von dem Strafgerichte Gottes erreicht; das ganze stolze Heer sollte zu Grunde gehen.

Der russische Feldherr hatte seine Armee bis zu 110000 Mann und 24000 Kosaken verstärkt und brachte der französischen Vorhut, welche unter dem König von Neapel nach Süden zog, bei Winkowo nächst Tarutino

---

[1] Klevesahl a. a. O. 45. [2] Beitzke a. a. O. 259—293.

(18. Oktober 1812) eine empfindliche Niederlage bei. Als Napoleon sich mit dem Großteile der französischen Armee der von Moskau 44 Stunden entfernten Stadt Kaluga näherte und den linken Flügel der Russen bei Tarutino umgehen wollte, zog ihm Kutusow bis Malo-Jaroslawetz entgegen und griff ihn (24. Oktober) mit einer Abteilung heftig an; es kam jedoch zu keiner Entscheidung. Napoleon wagte es nicht, weiter nach Süden zu marschieren, aus Besorgnis, von Kutusow mit ganzer Macht angegriffen zu werden. In Übereinstimmung mit seinen Generalen trat er den Rückmarsch unmittelbar an den Niemen an, welcher von Malo-Jaroslawetz noch 240 Stunden entfernt war. Der unaufhörliche, rastlose Rückzug hat wegen der Weite des Weges und der unbeschreiblichen Drangsale nicht seinesgleichen in der Geschichte. Der gewaltige Eroberer Europas wäre schon bei Malo-Jaroslawetz samt seinen Truppen den Russen in die Hände gefallen, wenn nicht Kutusow durch das Feldherrngenie desselben zaghaft und durch sein eigenes Greisenalter bedächtig und unschlüssig geworden wäre; er überließ dem Winter die Vernichtung der französischen Armee. Auch in diesem schrecksvollsten Feldzuge bewies Napoleon einen Starkmut, womit er die früheren größten Feldherren überragt. Nach seiner Anordnung zogen die Franzosen über Wereia nach Moshaisk, Gsat und Wjaesma; in Borodino sahen sie den Boden wegen der allgemeinen Flucht der Einwohner seit der letzten Schlacht mit Menschen- und Pferdeleichen dicht bedeckt. Tausende von verwundeten und erkrankten Soldaten, welche in diesen Orten lagen, streckten den vorüberziehenden Truppen die Hände entgegen, um sie mitzunehmen und sie nicht in die Gewalt der Feinde fallen zu lassen. Der Kaiser ließ sie mitnehmen, allein die meisten erlagen der Kälte und dem Elend; denn Ende Oktober sank das Thermometer auf 8 Grade unter dem Gefrierpunkte, und fliegende Abteilungen der Russen, namentlich Kosaken, umschwärmten die französische Nachhut und nahmen die Nachzügler gefangen. Aus Mangel an Bespannung mußten die Franzosen die meisten Geschütze stehen lassen und Pulverwagen in die Luft sprengen. Seit dem 4. November fiel ununterbrochen Schnee in dichten Massen, und die Kälte nahm zu bis auf 18 Grad. Die ganze Gegend auf der Moskauer Straße rechts und links war weithin menschenleer. Ärger noch als der Schrecken des Winters und die Verfolgung durch die Russen war der Hunger; die Lebensmittel in den Magazinen waren aufgezehrt, und die Soldaten mußten sich von Pferdefleisch nähren. In den grimmigkalten Nächten fielen die Pferde wegen gänzlichen Futtermangels zu Tausenden, und fast die ganze Kavallerie war unberitten und mußte zu Fuß gehen. Infolge der Erschöpfung, des Hungers und der Kälte waren an jedem Morgen die Schneegefilde von Tausenden Toten und Sterbenden bedeckt[1].

---

[1] Denkwürdigkeiten des Grafen von Toll rc., II, 177—290. Pertz a. a. O. III, 197.

Während das französische Hauptheer sich unter seinem Kaiser nach Wjaesma und Smolensk bewegte, ging der russische General Wittgenstein, welcher (Mitte Oktober 1812) durch ein Armeecorps unter dem General Steinheil verstärkt worden war, wieder zum Angriffe über; er beauftragte Steinheil, mit 12000 Mann bei Disna die Düna zu überschreiten, um den Bayern und Franzosen in und um Poloczk in den Rücken zu fallen. Nach Auskundschaftung dieser Bewegung durchschaute Marschall St. Cyr den Plan seines Gegners; er ließ die Reiterei und das Gepäck auf das linke Ufer führen und stellte in die Verschanzungen bei Poloczk rechts und links am Polotaflüßchen die Bayern und das Oudinotsche Corps. Während Steinheil den Übergang über die Düna bewerkstelligte, rückte Wittgenstein gegen Poloczk vor und griff (18. Oktober) mit einem lebhaften Geschützfeuer die von den Franzosen besetzten Schanzwerke an. Die russische Infanterie stürmte mit äußerster Entschlossenheit vor, wurde aber von den Franzosen mit gleicher Tapferkeit zurückgetrieben. Nachmittags um 4 Uhr griffen die Russen das bayerische Corps mit größter Erbitterung an; die Bayern leisteten ihnen bis zum Anbruche der Nacht einen so hartnäckigen Widerstand, daß Wittgenstein sich zurückziehen mußte; er hatte weit größere Verluste erlitten, als die Bayern und Franzosen. Als an demselben Tage General Steinheil sich der Stadt Poloczk näherte, konnte St. Cyr sich gegen die feindliche Übermacht nicht mehr behaupten und mußte das rechte Düna-Ufer räumen. Beim Eintritte der Dämmerung befahl er, den Rückzug in größter Stille anzutreten; allein infolge eines Zufalles oder mißverstandenen Befehles gerieten die Lagerhütten der Franzosen in Brand, und Wittgenstein erkannte daraus die Vorbereitungen zum Rückzuge. Sogleich ließ er die Franzosen und Bayern mit einem furchtbaren Artilleriefeuer angreifen und die hoch liegende Stadt Poloczk durch Granaten in Brand schießen. Während die auflodernden Flammen das Dunkel der Nacht weithin erhellten, suchte Wittgenstein mit seinem gesamten Fußvolke die brennende Stadt zu erstürmen, wurde jedoch durch die Tapferkeit der Franzosen zurückgehalten. Die französische Nachhut verteidigte mit unerschütterlichem Mute die mit Rauch und Feuer erfüllten Straßen Schritt um Schritt, bis der Rückzug ungefährdet geschehen war. Die verwundeten und erkrankten Soldaten erstickten in den Lazareten durch Rauch oder wurden von den glühenden Balken der einstürzenden Häuser erschlagen. Um 3 Uhr morgens (19. Oktober) stand die ganze französisch-bayerische Armee auf dem linken Düna-Ufer und verbrannte die zwei Schiffbrücken; sie hatte an den beiden Schlachttagen 6000 Tote und Verwundete verloren [1].

Der russische Obergeneral konnte wegen eines Verlustes von 12000 Mann und der Zerstörung der Brücken den abziehenden Gegner nicht sogleich ver-

[1] Beitzke, Geschichte des russischen Krieges im Jahre 1812, S. 320—325.

folgen, und dem Marschall St. Cyr war es möglich, den Bayern und der kleinen Brigade des Generalmajors Corbineau zu befehlen, das Corps Steinheils anzugreifen. Ehe der Morgen (20. Oktober) graute, warf sich General Wrede auf die Russen, welche bis in die Nähe Poloczks vorgerückt waren. Es entbrannte ein wütendes Gefecht; die Russen stemmten sich mit aller Gewalt und wollten nicht weichen. Wrede, der an Entschlossenheit und Tapferkeit den kühnsten Heerführern gleichkam, drang mit Ungestüm auf sie ein und schlug sie am und über den Uszaczbach mit großen Verlusten zurück. Als Steinheil hinter dem Bache Stellung nehmen wollte, erneuerte Wrede den Angriff und trieb seinen Gegner bis zum Städtchen Disna zurück, wobei sich die bayerischen Batterien Weishaupt und Grafenreuth rühmlichst hervorthaten. Die Bayern hatten 2000 Russen gefangen und über 1000 getötet und verwundet. Das Corps Steinheils wäre vollständig aufgerieben worden, wenn nicht Corbineau unthätig geblieben wäre. Wrede durfte die Verfolgung nicht weiter fortsetzen, weil Wittgenstein Anstalten zum Übergang über die Düna traf. Die bis auf 5500 Mann zusammengeschmolzenen Bayern zogen sich nebst der Brigade Corbineau nach Glubokojen zurück, um die Straße von Smolensk nach Wilna zu decken. Da die meisten Bataillone gänzlich zu Grunde gegangen waren, so ließ General Wrede 22 Fahnen in einer Kiste verpacken und samt der Kasse und dem Gepäck unter Deckung einer Batterie nach dem Städtchen Uszacz am gleichnamigen Bache schicken, in der Voraussetzung, daß die französischen Waffenbrüder noch standhalten werden; allein diese zogen sich südlich nach Czasniki zurück, um sich dem französischen Marschall Victor zu nähern, welcher sein Hauptquartier in Orsza am Dnjepr hatte. Die Bayern wurden von der Reiterei Wittgensteins überfallen und nach verzweifelter Gegenwehr über den Uszaczbach zurückgeschlagen; die Batterie Weishaupt deckte den Rückzug, bis sämtliche Munition verschossen war. Die Fahnen, Kasse und Gepäck der Bayern wurden von den Russen erbeutet und 1000 Mann nebst 50 Offizieren gefangen. Nach unmenschlichen Leiden gelangten von den 32 000 Bayern ungefähr 4000 Mann (Dezember 1812) im elendesten Zustand an der Grenze Litauens an[1].

General Wittgenstein hatte nach dem Übergang über die Düna die Verfolgung der Bayern und Franzosen nur langsam betrieben und marschierte mit 40 000 Mann nach Czasniki, wo Marschall Victor mit 36 000 Franzosen stand. Durch einen scharfen Angriff und lebhaftes Geschützfeuer der Russen ließ sich Victor (6. November 1812) so entmutigen, daß er zurückwich und sich wegen des strengen Winters und bedeutenden Verlustes an Mannschaften in kein ernstliches Gefecht einließ; er hatte jedoch durch seine Angriffsbewegungen den Russen eine solche Achtung eingeflößt, daß er von

[1] Hofreiter, Die Bayern in Rußland im Feldzug 1812, S. 149—237.

ihnen nicht weiter beunruhigt wurde und ungefährdet zur Armee Napoleons stoßen konnte, welcher am 9. November in Smolensk einzog. Nach fünftägigem Aufenthalt war der Imperator gezwungen, die Stadt zu verlassen; schon hatte er die Hälfte seines Heeres und seiner Geschütze verloren. Die Gefahren wuchsen für ihn an jedem Tag; vom Norden rückte Wittgenstein heran; im Süden hatte eine russische Armee unter dem Admiral Tschitschagow die mit großen Vorräten versehene Stadt Minsk besetzt, welche auf der französischen Rückzugslinie lag; der Feldmarschall Kutusow drängte mit 90 000 Mann im Rücken nach, und seine Kosaken und fliegenden Corps nahmen den Franzosen die Zufuhren und das Vieh weg und schnitten ihnen die Nachzügler und das Gepäck ab. Dem französischen Kaiser blieb keine andere Wahl, als auf die feindlichen Massen loszugehen und sich einen Durchgang nach Wilna zu erzwingen[1]. Tschitschagow hatte sich mit dem Heer des Generals Tormassow vereinigt und mit 65 000 Mann die österreichisch-sächsische Armee unter dem Fürsten Schwarzenberg und dem General Reynier nach Bjelostok und bis gegen Warschau getrieben. Auf Befehl des Höchstkommandierenden ließ er den General Sacken mit 27 000 Russen im Großherzogtum Warschau zur Beobachtung Schwarzenbergs zurück, besetzte Minsk und marschierte mit 38 000 Mann gegen die Stadt Borisow, um den Franzosen den Übergang über die Beresina, einen Nebenfluß des Dnjepr, zu verwehren. Schwarzenberg hatte seine Armee auf 48 000 Mann verstärkt und besiegte den General Sacken bei Wolkowisk (16. November); anstatt aber den Admiral zu verfolgen, drang er dem fliehenden General Sacken nach[2]. Napoleon mußte, da die Stadt Minsk von den Russen bereits besetzt war, den Rückzug von Orsza nach Wilna über Borisow nehmen, wo sich die einzige Brücke über die Beresina befand. Er ließ den westlichen Brückenkopf und die Stadt Borisow von der polnischen Division Dombrowsky, welche nur mehr gegen 6000 Mann und 20 Geschütze zählte, (20. November) besetzen. Schon am andern Tage kam Tschitschagow mit seiner Armee bei Borisow an und schlug die Polen, welche sich heldenmütig gegen die erdrückende Übermacht wehrten, über die Brücke und aus der Stadt nach Orsza zurück. Der französische Kaiser mußte einen andern Übergang über die Beresina aufsuchen; er täuschte den Admiral durch einen Scheinangriff auf Borisow, womit er den Marschall Oudinot beauftragte.

Auf dem Marsche nach Borisow traf Oudinot eine russische Division unter dem General Pahlen, welcher von Tschitschagow zur Verfolgung der Polen entsendet worden war; er griff sie mit größtem Nachdrucke an, schlug sie bis Borisow zurück und nahm ihr sogar 800 Gefangene ab. Der Ad-

---

[1] Beitzke a. a. O. 259—320.

[2] Welden, Der Feldzug der Österreicher gegen Rußland 1812.

miral wagte es nicht, Pahlen zu unterstützen; er wurde für sich selbst so besorgt, daß er die Brücke über die Beresina bei Borisow abbrechen ließ. Indes war Napoleon nach dem Dorfe Studzianka an der Beresina 4 Stunden oberhalb Borisow marschiert; er ließ die Hälfte der Gepäckwagen verbrennen und die Pferde zur Bespannung der Geschütze verwenden und kam (25. November 1812) mit 30 000 Mann, denen ebenso viele kampfunfähige Soldaten und Nachzügler folgten, an der Beresina an, jedoch ohne alles Brückengeräte, weil die Franzosen 60 Brückenkähne samt Zugehör in Orsza zerstört hatten. Die russischen Generale richteten ihre volle Aufmerksamkeit südlich auf Borisow, weil sie sich durch den falschen Bericht hintergehen ließen, daß die Franzosen nach Minsk aufbrächen. Während der Nacht und am andern Morgen wurden mit den Balken niedergerissener Häuser bei Studzianka unter entsetzlichen Anstrengungen und bewunderungswürdiger Aufopferung der französischen Pioniere und Sapeure, welche bei erstarrender Kälte bis an die Brust im Wasser arbeiteten, zwei Brücken über die 100 Schritte breite und mit Eisschollen bedeckte Beresina geschlagen. Napoleon und der kleine Rest seiner Armee wurden nur dadurch von gänzlichem Untergange gerettet, daß Tschitschagow eine Division, welche er am rechten Ufer gegenüber Studzianka vorgeschoben hatte, zurückzog auf die Botschaft Kutusows, daß die Franzosen weit südlich von Borisow bei Beresino den Übergang versuchen werden. Am 26. und 27. November wurde der Fluß von den Franzosen überschritten, ohne daß sie von den Russen gestört worden waren. General Wittgenstein war (27. November) bis auf 4 Stunden Entfernung von Studzianka gekommen; er schätzte die Franzosen auf mindestens 60 000 Mann und wagte es seit der Niederlage Pahlens nicht, dem genialen Kaiser auf den Leib zu rücken[1]. Auf die Forderung Tschitschagows marschierte er nach Borisow, wo er die französische Besatzung und Nachzügler gefangen nahm. Als er am andern Tag (28. November) nach Studzianka aufbrach, fand er, daß die französischen Truppen bis auf die Nachzügler und das schwache Corps des Marschalls Victor, welcher die Nachhut befehligte, die Beresina überschritten hatten; hierüber setzte er den verblüfften Admiral in Kenntnis. Dieser eilte mit 26 000 Mann auf dem rechten Beresina-Ufer nach Norden und griff die zwei bei dem Dorfe Stachow stehenden Corps der Marschälle Oudinot und Ney an, wurde aber in einem mörderischen Gefecht mit einem Verluste von 10 000 Mann zurückgeschlagen. Zu gleicher Zeit kämpfte Wittgenstein mit Victor, welcher sich durch die ausgezeichnete Tapferkeit der deutschen und polnischen Soldaten gegen die große Übermacht der Russen bis zur Nacht behauptete. Die vier bayerischen Chevauxlegers-Regimenter, welche in einer

[1] Bernhardi, Die neuere Litteratur der Befreiungskriege 1812—1814 und ihre Ereignisse, Historische Zeitschrift von Sybel, II, 296.



Stärke von ungefähr 500 Mann an der Beresina angekommen waren, wurden fast gänzlich aufgerieben. Während der hartnäckigen Gefechte auf den beiden Ufern drängten die französischen und deutschen Nachzügler, die Verwundeten, Kranken, Marketender, Weiber und Kinder, Wagen und Troß nach den Brücken. Als Wittgenstein Geschützfeuer auf die Brücken richtete, wurde die Verwirrung unter den Abziehenden grenzenlos; die Wagen wurden umgestürzt und viele Menschen zertreten oder in den Fluß gestoßen. Nur mit größter Mühe konnte Victor während der Nacht den Übergang bewerkstelligen. Am andern Morgen fielen noch gegen 5000 Personen, welche das jenseitige Ufer nicht mehr erreichen konnten, und eine große Beute von unermeßlichem Wert den Russen in die Hände [1].

Durch die bewunderungswürdige Tapferkeit und Taktik der französischen und deutschen Soldaten hatte Napoleon sich, alle seine Marschälle und Corpsführer, die meisten Generale und über tausend höhere und niedere Offiziere nebst 200 Geschützen und die Kriegskasse gerettet. Der Weg nach Wilna stand offen, aber nirgends in weiter Gegend waren Lebensmittel für die unglücklichen Soldaten aufzutreiben. Während des fortgesetzten Rückzuges stieg die Kälte bis auf 30 Grad und zehrte die letzte Lebenskraft der meisten Soldaten auf, welche wie hohläugige Gespenster, vor Heißhunger wahnsinnig, durch die öden, unübersehbaren Schneefelder zogen. Die ganze Armee löste sich auf und alle Geschütze blieben aus Mangel an Bespannung stehen; nur die alte Garde, welche während des ganzen Feldzuges aus Schonung keinen Schuß gethan hatte, erreichte als eine kleine Truppe von 1500 Mann die preußische Grenze. Die Nachhut bildeten die auf 2500 Mann verminderten Bayern, welche mit unverzagtem Mut und angestaunter Ausdauer die Angriffe der verfolgenden Kosaken abwehrten, obgleich sie schlechter verpflegt und weniger geschont worden waren als die Garde. Das polnische Corps marschierte nach Warschau, die Garde nach Königsberg und die übrigen Corps nach Ostpreußen. Die Bayern sammelten sich in Plocz? an der Weichsel und gelangten im April 1813 in ihre Heimat [2]. Von der halben Million Soldaten, welche im Juni 1812 die russische Grenze überschritten hatten, lebten Ende Dezember nur mehr 13 000 Mann mit 2200 Generalen, Obersten und Offizieren. Die ungeheure Schneewüste wurde für Hunderttausende eine weite Grabstätte, und unter derselben liegt eine Geschichte unerhörter menschlicher Leiden und Schmerzen begraben, welche für alle Zeiten das Verdammungsurteil über den korsischen Tyrannen sein werden, der zur Befriedigung seiner schrankenlosen Ruhmgier unzählige Menschenleben opferte.

---

[1] Clausewitz, Hinterlassene Werke über Krieg und Kriegführung, VII, 195—204. Denkwürdigkeiten des Grafen Toll, II, 327 ff.

[2] Beitzke a. a. O. 328—357. Hofreiter a. a. O. 235 ff.

Es war ein schreckliches Gericht Gottes, welches über die mit Sünden und Fluch beladenen, religions- und sittenlosen Franzosen erging; auf sie hatte Napoleon seinen frevlerischen Übermut übergetragen, und sie wurden deshalb von der gerechten Strafe des Himmels ereilt. Bedauerungswerter sind die unglücklichen Deutschen, Portugiesen und Italiener, welche ihrer Heimat entrissen worden waren und für den fremden Despoten sterben mußten. Ganz Europa erkannte das göttliche Strafgericht an; nur Napoleon blieb verhärtet gegen den sichtbaren Finger Gottes. Er eilte nach Paris, um von den wehklagenden Müttern Frankreichs neuerdings Hunderttausende ihrer Söhne zu erpressen und mit ihrem Blut seinen wankenden Thron zu festigen.

Fürst Schwarzenberg war auf Befehl seiner Regierung nach Galizien abmarschiert, und der Marschall Macdonald, welcher an der Ostsee gegen Petersburg hätte vorrücken sollen, hatte sein Corps von Mitau nach Tilsit geführt, wo er mit Bangigkeit die 20000 Preußen unter dem General York erwartete. Die Russen verfolgten die Franzosen auf ihrem Rückzuge nur schwach, weil sie durch Beschwerden, Kälte und Entbehrungen bedeutende Verluste erlitten hatten. Feldmarschall Kutusow zog mit der Hauptarmee (12. Dezember 1812) von Minsk nach Wilna, wo auch Kaiser Alexander I. nach wenigen Tagen eintraf. Wittgenstein war über Wilejka und Wilkomir nach Georgenburg am Niemen marschiert, um das Corps Macdonalds von Preußen abzuschneiden; dieser wich an die preußische Grenze zurück. York wurde von dem russischen Divisionsgeneral Paulucci zum Anschlusse an ihn aufgefordert und verlangte hierüber am Berliner Hofe Verhaltungsmaßregeln. Nach langem Schwanken gab ihm der König die unbestimmte Antwort, er möge nach Umständen handeln; damit hatte er die Verantwortung auf die Schultern seines Generals gelegt. Der Haß gegen die Franzosen brachte York schnell zur Entscheidung; er ließ sich durch die nachdrängenden Russen von dem Macdonaldschen Corps abschneiden und einschließen, und vereinbarte mit Wittgenstein in Tauroggen (31. Dezember 1812) einen Vertrag, kraft dessen sich die Preußen von der französischen Armee trennten und auf preußischem Gebiete eine neutrale Stellung einnahmen. Nach langem Zögern entschloß sich Alexander I., den Krieg über die Grenzen Rußlands hinaus auf deutschem Boden fortzusetzen, obgleich die Mehrzahl seiner Umgebung vorschlug, die erschöpften Kräfte Rußlands nicht zu fremden Zwecken zu verwenden. Den unausgesetzten Bemühungen des Freiherrn von Stein gelang es, den Zaren für den Gedanken zu begeistern, daß er zum Befreier Europas und zunächst Deutschlands von der französischen Knechtschaft bestimmt sei[1]. Anfangs Januar 1813 kam General York mit seinen Truppen nach Ostpreußen zurück; ihm folgten unmittelbar Wittgenstein und die anderen russischen Corps-

[1] Pertz a. a. O. III, 244—291.

führer und rückten (5. Januar) in Königsberg ein, wo sie in einer Proklamation die unterjochten Völker zum allgemeinen Befreiungskampfe aufforderten. Eine russische Armee marschierte in Polen ein und besetzte Warschau. Durch das Vordringen der Russen nach Westen wurden die Franzosen, zu deren Oberbefehlshaber der Vizekönig Eugen von Napoleon ernannt worden war, gezwungen, bis an die Oder und Elbe zurückzugehen. Stein begab sich mit Vollmachten Alexanders nach Königsberg, um die militärischen und finanziellen Mittel des Landes zur Bewaffnung der Landwehr und des Landsturmes aufzubieten; allein die Ostpreußen wollten von einer russischen Vollmacht nichts wissen, und die Landstände versammelten sich aus freiem Antriebe und im Namen ihres Königs; es wurde eine allgemeine Bewaffnung des Volkes beschlossen und von allen Seiten die größten Opfer gebracht. Der Major Graf Ludwig von Dohna bildete die ersten Landwehrbataillone aus und eroberte mit 15000 Mann und einem russischen Hilfscorps die wichtige Stadt Danzig [1].

Der König von Preußen schwankte, der immer weiter um sich greifenden Bewegung zu folgen, weil er die Tiefe und Stärke derselben nicht kannte; doch der General Scharnhorst, der sich lange Zeit zurückgezogen hatte, riß ihn mit überzeugungsvollen Worten aus der zuwartenden Stellung, und zugleich schickte der Zar Mahnungen und Versprechungen in die Residenz zu Potsdam. Endlich raffte sich Friedrich Wilhelm III. auf und siedelte mit seiner Familie nach Breslau über, wo er an sein Volk (3. Februar 1813) einen Aufruf zur Bildung freiwilliger Jägercorps erließ; er wagte aber aus Furcht vor den Franzosen noch nicht, das Ziel der allgemeinen Bewaffnung anzugeben. In Berlin berief der Kanzler Hardenberg vor den Augen der französischen Besatzung die Notabeln zu einer Versammlung, um den königlichen Aufruf zu unterstützen. Aus allen Ständen, Schichten und Lebensaltern des Volkes eilten die wehrhaften Männer und Jünglinge und selbst Knaben, Professoren und Studenten auf die Sammelplätze der Freiwilligencorps. Die Väter und Mütter schickten ihre Söhne und die Frauen ihre Gatten in den heiligen Kampf für Befreiung des Vaterlandes. Wer nicht Waffen tragen konnte, brachte das Wertvolle, das er besaß: Gold und Silber, Pferde und Lebensmittel, die Jungfrauen ihr Geschmeide und sogar ihre Haare und die Kinder ihre Sparpfennige zum Opfer. Ganz Preußen verwandelte sich in ein einziges Heerlager voll todesmutiger Entschlossenheit. Noch nie waren die Kirchen eifriger besucht und in denselben die Hilfe Gottes inbrünstiger angefleht worden, als während und nach dem russischen Feldzuge. Binnen drei Monaten stellte Preußen, welches damals nur $4^1/_2$ Millionen Einwohner umfaßte, ein reguläres Heer von 110000 Mann und 170000 Mann

[1] Arndt, Meine Wanderungen &c. a. a. O. 138—140, 143.

Landwehr. Einer solchen Erhebung konnte der König sich nicht länger mehr entziehen und ging mit dem russischen Kaiser in Kalisch (28. Februar) ein Bündnis gegen Frankreich ein; er erklärte an Napoleon den Krieg und forderte seine Unterthanen (17. März) in einem Manifeste auf, für die Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit des Vaterlandes zu kämpfen. An demselben Tage schlugen die Russen die Franzosen unter dem Vizekönig Eugen aus Berlin nach siebenjähriger Besetzung, und General York zog unter dem Jubel der Bevölkerung in die Hauptstadt ein. Die verbündeten Monarchen richteten in Kalisch (25. März) einen Aufruf an alle Deutschen, sich gegen den französischen Gewaltherrscher zu erheben, und sie verhießen ihnen „die Freiheit, Unabhängigkeit und Wiedergeburt des ehrwürdigen Deutschen Reiches“. Jeder deutsche Fürst wurde zur Mitwirkung am Befreiungswerke aufgefordert und im Weigerungsfalle mit Vernichtung bedroht. Die beiden Monarchen kamen überein, alle Staaten des Rheinbundes zu erobern, sie unter russische und preußische Verwaltung zu stellen und den Freiherrn von Stein zum Präsidenten der Verwaltungskommission zu ernennen. Eine endgiltige Verfügung über die Rheinbundstaaten wurde noch vorbehalten, jedoch bestimmt, daß mit denselben Preußen entschädigt werden sollte [1].

Deutschland war wieder frei bis zur Elbe, allein Napoleon rüstete sich mit der äußersten Anstrengung, und dem gewaltigen, genialen Gegner standen nur Preußen und Rußland gegenüber. Der schwedische Kronprinz Marschall Bernadotte hatte sich zwar an die Verbündeten angeschlossen, blieb aber mit 30000 Mann in Norddeutschland in zweideutiger Unthätigkeit stehen. Von den Rheinbundfürsten hielt noch jeder zu Frankreich; auch Österreich blieb noch von dem allgemeinen Befreiungskriege weg, weil dem autokratisch gesinnten Minister Fürsten Metternich und seinem Kaiser die patriotische Begeisterung des deutschen Volkes als revolutionär erschien und ihr byzantinisches Regierungssystem, in welchem es keine Interessen der Völker, sondern nur Interessen der Regierung gäbe, zu erschüttern drohte. Franz I. stimmte mit Metternich vollkommen überein und wartete aus Selbstsucht die Ereignisse ab, um im geeigneten Zeitpunkte jener Partei beizutreten, welche für seine Verbündung den höhern Preis bot. In dieser Absicht schloß er mit dem Kaiser von Rußland einen Waffenstillstand und ordnete in seinen Erbstaaten die Ausrüstung von 300000 Mann an. Am Münchener Hofe beschäftigte man sich gleich nach dem russischen Feldzuge mit dem Plane, die auswärtige Politik zu ändern, denn der bei Alexander I. viel vermögende Freiherr von Stein hatte auf Vorschlag des ihm befreundeten Freiherrn von Gagern schon beim Beginne des Jahres 1813 sich bemüht, Bayern für die deutsche Sache zu gewinnen und zwischen Bayern und Österreich über Ab-

[1] Häusser, Deutsche Geschichte seit Friedrich II. dem Großen, IV, 72—197.

tretung Tirols und eine Entschädigung an Bayern zu vermitteln[1]. An Gagern, dem damals am meisten an Beibehaltung und Verbesserung der alten Reichsverfassung lag, schrieb Stein (27. März): „Man denkt in München ebenso deutsch als anderwärts, auch wenn man mehr Beweggründe hätte, bei den jetzigen Verbindungen stehen zu bleiben. Der Graf von Montgelas, der zwar nicht mein Freund ist, fühlt seine Lage und sucht Freunde, Beratung, Hilfe und Ausweg. Selbst die Opfer, die man verlangt, werden sie bringen, es mögen nun die Gebirge oder die Markgrafschaften oder beides sein; nur muß man ihnen auf eine anständige Weise den Weg bahnen. Es ist bekannt, daß der König den Rat seiner Diener befolgt."[2] Steins Hoffnungen wurden durch die perfide Politik Österreichs getäuscht. Während des letzten Feldzuges hatten Gagern, Intendant von Hormayer, Appellrat Schneider und Graf von Reisach, ein ehrloser und hochverräterischer Beamter Bayerns, im Einverständnis mit dem österreichischen Kaiser und im Bunde mit dem Erzherzog Johann den geheimen Plan verabredet, Tirol, Vorarlberg, Kärnten, Krain, Dalmatien ꝛc. in Aufstand zu setzen und dadurch die französische Streitmacht in Italien von Deutschland abzuschneiden. Schon war die Zustimmung und der Beistand Rußlands und Englands vermittelt und Geld nebst Waffen bereit, als Hormayer durch seinen Günstling Roschmann überlistet und mit Schneider (7. März 1813) auf Befehl des Kaisers Franz auf eine Festung in Haft bis zum Sturze Napoleons abgeführt wurde[3]. Gagern wurde aus Österreich verbannt und begab sich nach Kalisch zu Freiherrn von Stein, und Erzherzog Johann fiel in Ungnade. Reisach stand schon seit 1810 mit Hormayer in verräterischer Verbindung und wurde von Montgelas steckbrieflich verfolgt; er entfloh in das Hauptquartier der Verbündeten, wo ihm Stein aus Haß gegen Montgelas die Stelle eines Gouverneurs in der Niederlausitz verschaffte. Als Reisach die hohe Summe von 800 000 Gulden unterschlug, erwirkte ihm Stein trotzdem eine Pension, welche er nebst den gestohlenen Geldern in Bremen verzehrte; hier brandschatzte er die Bürgerschaft und wurde auf Befehl Steins eingekerkert und von der bayerischen Regierung seine Auslieferung gefordert. Reisach glückte es, zu entfliehen; er wurde später von der preußischen Regierung zum Archivrat in Koblenz ernannt, aber von dem Minister Bodelschwingh wegen geheimer Berichterstattung an den Fürsten Wittgenstein, von dem er bestochen war, davongejagt[4].

Diese Vorgänge machten auf die auswärtige Politik Bayerns einen solchen Rückschlag, daß König Max I. eine Division bei Baireuth ausrüsten ließ und sie unter dem Befehle des Generals Raglovich nach Sachsen schickte,

[1] Bernhardi a. a. O. II, 300.

[2] Gagern, Mein Anteil an der Politik. Die Briefe des Freiherrn von Stein, IV, 17—22.

[3] Pertz a. a. O. III, 339—342. [4] Arndt a. a. O. 203—207.

um das Armeecorps des Marschalls Oudinot zu verstärken, obgleich er zu Napoleon sein Vertrauen verloren hatte. Der Franzosenkaiser hatte im Frühling 1813 mit der schöpferischen Kraft seines Genies ein großes Heer, wenn auch aus meist jungen Leuten, aber unter Führung ausgezeichneter Generale und Offiziere geschaffen, mit dem Entschlusse, nochmals die Entscheidung auf die Spitze des Schwertes zu setzen. Im Mai erschien er mit 200000 Mann an der Elbe, wo ihm die Russen und Preußen kaum die Hälfte Soldaten entgegenstellen konnten. Durch eine überlegene Taktik und konzentrierte Angriffe auf die langsam sich sammelnden Armeen der verbündeten Gegner führte er gleich im Anfang des Feldzuges eine so große Gefahr für sie herbei, daß die Erhebung der Preußen erfolglos zu sein schien. Die jungen preußischen Scharen in einer Stärke von 15000 Mann griffen unter ihren Generalen Scharnhorst, York und Blücher das 40000 Mann starke Corps des Marschalls Ney bei Großgörschen unweit Leipzig (2. Mai) kühn und tapfer an und schlugen es aus allen Stellungen; als aber Napoleon mit großen Streitkräften auf dem Schlachtfelde erschien, mußten die Preußen mit einem Verluste von 8000 Mann nach Dresden zurückweichen. Der Imperator verstärkte sich bei Torgau mit 12000 Sachsen und lieferte mit 120000 Mann den vereinigten, 90000 Mann starken Russen und Preußen eine zweitägige Schlacht (20. und 21. Mai) bei Bautzen; nur nach äußerster Anstrengung konnte er seine Gegner überwinden. Das Corps Oudinots wäre von den Russen aufgerieben worden, wenn ihm nicht General Raglovich mit der bayerischen Division zu Hilfe gekommen wäre [1]. Napoleon überzeugte sich, daß in den Reihen seiner Gegner ein anderer Geist wehe. Bisher hatte er seine Siege durch strategische und taktische Überlegenheit, namentlich durch die neue Divisionsformation erfochten; seitdem aber seine Gegner in den vielen Feldzügen seine Taktik abgelernt hatten, entschied nur mehr das Zahlenverhältnis. Die bayerische Division hatte bei Großgörschen und Bautzen viele Mannschaft verloren; Max Joseph ließ aus kluger Berechnung die Lücken nicht mehr ausfüllen [2].

Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. wurden durch die Niederlage bei Bautzen so wankelmütig gemacht, daß sie mit Napoleon über einen Waffenstillstand unterhandelten, ungeachtet der von den Preußen bewiesenen Tapferkeit und Tüchtigkeit. Napoleon willigte zu seinem Verderben ein, in der Hoffnung, daß er entweder den Zaren oder den österreichischen Kaiser auf seine Seite bringen werde; zugleich beabsichtigte er, während der Waffenruhe seine Streitkräfte zu erhöhen. Der Stillstandsvertrag wurde in Poischwitz, einem Dorfe bei Jauer, vom 4. Juni bis zum 20. Juli 1813 ab-

[1] Pertz a. a. O. III, 348—354.
[2] Völderndorf, Kriegsgeschichte der Bayern, II, 278—419.

geschlossen. Napoleon machte dem russischen Kaiser verlockende Anträge zu einem Sonderfrieden; dieser lehnte sie ab auf die Nachricht, daß der preußische General Bülow mit einer kleinen Abteilung, die gegen Berlin vorrückenden Franzosen unter dem Marschall Oudinot (4. Juni) bei Luckau zurückgeschlagen und ihnen 1000 Gefangene abgenommen hätte. Alexander begab sich mit Friedrich Wilhelm nach Schlesien, um Österreich, welches ein ansehnliches Heer marschbereit gemacht hatte, für den gemeinsamen Krieg zu gewinnen. Franz I. reiste nach Gitschin, um dem Schauplatze der Begebenheiten näher zu sein; er war einem Bündnis mit Rußland und Preußen nicht abgeneigt, wollte jedoch zuvor mit Napoleon, seinem Schwiegersohne, unterhandeln, weil er der Form nach ein Bundesgenosse desselben war. Auch der Minister Metternich hatte die Absicht, mit dem französischen Kaiser über einen allgemeinen Frieden zu unterhandeln und jede Machtvergrößerung Preußens und Rußlands zu verhindern. Nach seinem Plane sollte das Großherzogtum Warschau aufgelöst und an Österreich, Preußen und Rußland zurückgegeben werden; Napoleon sollte Illyrien wieder mit Österreich vereinigen und auf Spanien und Holland verzichten, durfte aber das ganze linke Rheinufer samt Belgien behalten. Aus Rücksicht auf die Kaiserin Marie Luise beantragte Metternich die Erhaltung der Napoleonischen Dynastie auf französischem Thron, und gab zu, daß das Königreich Westfalen und das Großherzogtum Berg unter Napoleoniden bestehen und Tirol in Bayern einverleibt bleibe; nur die Hansestädte und das nördliche Küstenland seien wieder mit Deutschland zu verbinden[1]. Die Auflösung des Rheinbundes bezeichnete er für wünschenswert, bestand jedoch nicht ernstlich darauf. Diese Bedingungen sagten weder dem Kaiser von Rußland noch dem König von Preußen zu; dennoch gingen sie darauf ein, weil sie die militärische Mitwirkung Österreichs für notwendig hielten und zuversichtlich eine Ablehnung der österreichischen Bedingungen von seiten Napoleons erwarteten. Der Vertrag wurde in Reichenbach (27. Juni 1813) unterzeichnet, und Metternich sicherte den Beitritt Österreichs zur Allianz zu, wenn Napoleon die Friedensbedingungen abweisen würde. Der österreichische Minister begab sich nach Dresden, um dem Kaiser der Franzosen die in Reichenbach vereinbarten Bedingungen zur Annahme vorzulegen. Napoleon verwarf sie; seine letzten Siege und die Verstärkung seiner Streitmacht auf 400 000 Mann erfüllten ihn mit kühnem Selbstvertrauen. Von der einmal erreichten Höhe wollte er ohne letztes Wagnis nicht herabsteigen und ließ sich in seinem Entschlusse nicht durch die Nachricht erschüttern, daß der englische Feldherr Wellington in Verbindung mit den Spaniern die Franzosen bei Vittoria besiegt habe und in Madrid eingezogen sei. Um Zeit zu gewinnen, machte er dem Fürsten

---

[1] Wachalla, Der österreichische Reichskanzler Fürst Metternich 25—33.

Metternich den Vorschlag, einen Friedenskongreß nach Prag zu berufen; der Minister nahm ihn an und der Waffenstillstand wurde bis zum 10. August verlängert. Über dieses Zugeständnis wurden die verbündeten Monarchen von Rußland und Preußen unwillig, weil ihre Heere schlagfertig gerüstet waren. In einer Beratung auf dem Schlosse Ratiborzig kam es zwischen dem preußischen Minister und dem russischen Reichskanzler Nesselrode einerseits und dem Fürsten Metternich andererseits über den Prager Kongreß zu stürmischen Auftritten; da aber der Anschluß Österreichs an Preußen und Rußland zu wichtig war, so bequemte man sich schließlich zur Annahme des Kongresses und schickte Bevollmächtigte nach Prag. Der ganze Kongreß war nur ein Trugbild, denn niemand wollte Frieden; es fanden nicht einmal Versammlungen der Bevollmächtigten statt, sondern diese schickten ihre Anträge an Metternich, welcher als Vermittler sie der Gegenpartei mitteilte. Nach nutzlosen Beratungen löste sich der Kongreß auf, und der Waffenstillstand wurde gekündigt[1].

Der Kaiser von Österreich vereinigte 150000 Mann mit dem preußisch-russischen Heere und forderte für seinen Feldmarschall Fürsten von Schwarzenberg den Oberbefehl über die gesamte verbündete Streitmacht. Die beiden anderen Monarchen willigten ein, obgleich Schwarzenberg nichts weniger als ein Feldherrntalent besaß. Der König von Preußen wäre sogar einverstanden gewesen, daß das deutsche Kaisertum erneuert und Franz I. übertragen würde; allein dieser und sein Minister Metternich waren so kurzsichtig und nationalgefühllos, daß sie die deutsche Kaiserwürde verachteten[2]. Bei Eröffnung des Feldzuges waren die Streitkräfte auf beiden Seiten ziemlich gleich; die Verbündeten besaßen 495000 Mann, darunter 20000 Kosaken, mit 1490 Geschützen, und Napoleon verfügte über 440000 Mann mit 1200 Geschützen. Im Hauptquartier der Alliierten gelangte man selten zu einem sichern Beschluß, weil Schwarzenberg seinem hohen Range nicht gewachsen war und sich meist von dem General Langenau leiten ließ. Der zweideutige Kronprinz von Schweden wollte mit seiner Armee Hamburg, Lübeck und Holstein besetzen und über die Elbe an den Rhein vorgehen, um jedem unmittelbaren Zusammenstoß mit den Franzosen auszuweichen; allein sein Plan wurde im russischen Hauptquartier verworfen. Die Verbündeten konnten ihrem Gegner überlegen werden, wenn der russische General Bennigsen mit 57000 Mann, welche er in Polen gesammelt hatte, auf dem Kriegsschauplatze eintraf. Napoleon hatte den großen Vorteil einer zentralen Stellung in Sachsen und einer thatkräftigen Einheit des Oberbefehls, so daß er ungehindert zum Angriff übergehen konnte. Sein Plan war, die

[1] Klevesahl, Reichskanzler Grafen Nesselrodes Selbstbiographie 50—54.
[2] Beitzke, Geschichte der deutschen Freiheitskriege, I, 123—339.

preußische Hauptstadt zu erobern und den schwedischen Kronprinzen an die Ostsee zurückzuwerfen; er beging aber den Fehler, daß er die Ausführung zu leicht nahm und eine ungenügende Truppenmacht unter dem Marschall Oudinot dorthin entsandte. Mit dem Großteil seiner Armee marschierte er von Dresden an das böhmische Gebirge und nahm an den beiden Ufern der Elbe bis an die Katzbach Stellung, um die Verbündeten zu hindern, Oudinot von Böhmen oder Schlesien aus zu verfolgen. Der Marschall brach mit 70 000 Franzosen, Sachsen und Bayern gegen Berlin auf. Die preußischen Generale Bülow und Tauenzien rückten ihm mit 40 000 Mann Linie und Landwehr entgegen und schlugen ihn (23. August 1813) bei Großbeeren unweit Berlin zurück. Bernadotte traf mit seinem Heere auf dem Schlachtfelde ein, als Oudinot schon im vollen Rückzug war. Nach wenigen Tagen wurden 12 000 Franzosen, welche von Magdeburg zur Verstärkung Oudinots ausgezogen waren, von preußischer Landwehr in gleicher Stärke bei Hagelberg fast vernichtet und 4000 zu Gefangenen gemacht. Noch rühmlicher war die Kriegsthat des Generals Blücher, welcher von Schlesien gegen Sachsen marschierte und Napoleon durch geschickte Bewegungen nach Schlesien weglockte, um der verbündeten Hauptmacht zum Vorrücken nach Sachsen Luft zu machen. Als Schwarzenberg mit 200 000 Mann auf Dresden losging, eilte Napoleon dorthin und ließ den Marschall Macdonald mit einem starken Corps in Schlesien zurück. Auf eine Teilung der französischen Armee hatte Blücher gerechnet. Mit stürmischer Heftigkeit warf er sich (26. August) in einem Engpaß des Katzbachthales auf Macdonald und zersprengte dessen ganzes Corps; 18 000 Franzosen wurden gefangen. Die in Brandenburg und Schlesien von den Preußen errungenen Vorteile schienen durch Mißerfolge des verbündeten Hauptheeres wieder verloren zu gehen. Schwarzenberg kam mit seinen Truppenmassen nur langsam vorwärts; Napoleon aber traf mit einem großen Teile seiner Armee aus Schlesien vor seinem Gegner bei Dresden ein und besiegte ihn mit der Minderzahl der Streitkräfte in einer zweitägigen Schlacht (26. und 27. August) nächst der sächsischen Hauptstadt. Dem geschlagenen Heere Schwarzenbergs wäre der Rückzug nach Böhmen abgeschnitten worden, wenn nicht Napoleon durch die Niederlagen Oudinots und Macdonalds in seinen Operationen unsicher gemacht worden wäre; er befahl dem Marschall Vandamme, mit einem starken Corps die verbündeten Truppen zu verfolgen und in Böhmen einzufallen. Die Nachhut der Alliierten verteidigte die Straße nach Böhmen mit so zäher Tapferkeit, daß sich das Hauptheer wieder sammeln konnte. Bei Kulm (29. August) und bei Nollendorf in der Nähe von Teplitz (30. August) erlitt Vandamme eine gänzliche Niederlage; der Marschall und 10 000 Franzosen wurden gefangen[1].

---

[1] Beitzke a. a. O. I, 285—420.

Der französische Kaiser hoffte nach dem Siege bei Dresden dem Kriege dadurch eine entscheidende Wendung zu geben, daß er die einzelnen Corps seiner Gegner rasch nacheinander über den Haufen werfe. Statt Oudinot entsendete er den Marschall Ney mit 70 000 Mann, darunter auch die bayerische Division Raglovich. Ney konnte auf dem rechten Elbufer ungehindert bis Wittenberg vorrücken, weil Bernadotte in seiner bedächtigen Zurückhaltung verharrte. Die preußischen Generale Bülow, Tauenzien und Borstell nahmen mit 50 000 Mann, meist Landwehrregimenter, bei Dennewitz Stellung und erfochten (6. September 1813) über Ney einen glänzenden Sieg; die Franzosen verloren 15 000 Gefangene und 80 Geschütze. Die bayerische Division, welche seit der Schlacht bei Großbeeren bis auf 3000 Mann zu Grunde gegangen war, deckte mit gewohnter Ausdauer den Rückzug. Durch die letzten Niederlagen wurden nicht nur die Franzosen, sondern auch die Rheinbundstruppen entmutigt, aber in den deutschen Gemütern die Begeisterung für die Freiheit des Vaterlandes gehoben. In Bayern waren seit dem Untergang der 30 000 Bayern in Rußland die Sympathien für Napoleon erloschen. Am Münchener Hofe haßten die Königin und namentlich der Kronprinz Ludwig den korsischen Despoten, und die Erbitterung gegen ihn drang in immer größere Kreise, als er von Max I. neue Rüstungen in einem so gebieterischen Tone forderte, als wenn der König sein Präfekt wäre. Freiherr von Stein war der Meinung, das deutsche Nationalgefühl dadurch zu erwecken, daß er (August 1813) von dem berüchtigten Grafen Reisach unter dem Titel „Bayern unter der Regierung des Ministers Montgelas“ eine Flugschrift abfassen ließ, in welcher die innere und äußere Politik, sowie die Finanzwirtschaft Montgelas', die heillose Bureaukratie, die Aufhebung der Landstände, die Finanzoperation des Juden Seligmann, die Verschleuderung der eingezogenen Klostergüter und die schamlose Bereicherung Montgelas' und seiner Anhänger mit scharfen Ausdrücken angegriffen wurden. Diese Schrift machte zwar in Süddeutschland einen tiefen Eindruck, blieb aber in Bayern wirkungslos, weil man dem Namen des Grafen Reisach den Galgen als entsprechenden Wappenschild zuerkannt hatte[1]. Andere Erfolge erzielte der Kaiser von Rußland, welcher sich noch dankbar der gastfreundlichen Bewirtung des russischen Heeres unter Suwarow in Bayern erinnerte und an Max Joseph vertrauliche Mitteilungen über einen Anschluß Bayerns an die Allianz richtete. In dem König reifte der Entschluß, den Rheinbund aufzugeben und sich von Frankreich zu trennen; hierin verfuhr er ganz selbständig, ohne Zuziehung des Ministers Montgelas. Den Kaiser der Franzosen setzte er (Anfang September) durch ein eigenhändiges Schreiben in Kenntnis, daß ihn die bedrohliche Haltung Österreichs wie das Interesse

[1] Pertz a. a. O. III, 401.

und die Stimmung seines Volkes, welches durch die vieljährigen Opfer an Geld und Soldaten gänzlich erschöpft sei, zwingen, das Bündnis mit Frankreich zu lösen[1]. Dem Zaren gab er in seiner Antwort kund, daß er sich von Napoleon lostrennen wolle und zum Eintritt in die große Koalition bereit sei. Alexander I. sicherte ihm nicht nur den bisherigen Umfang Bayerns zu, sondern stellte ihm eine Vergrößerung in Aussicht, wenn Österreich zu seiner militärischen Sicherstellung eine Grenzregulierung zu beanspruchen suche; hierin stimmte mit ihm auch die österreichische Regierung überein[2].

Die verbündeten Monarchen hatten in Teplitz (9. September 1813) ihren Bund gegen Napoleon erneuert, und Rußland und Preußen auf Antrag Österreichs ihre Kalischer Beschlüsse abgeändert. Fürst Metternich hatte bei Fortsetzung des Krieges zur Grundbedingung gemacht, daß die deutschen Einzelstaaten in ihrer Selbständigkeit erhalten werden, um die Herstellung eines einheitlichen Deutschen Reiches und eine Machterhöhung Preußens zu hintertreiben. Der preußische Minister Hardenberg gab nach, und die alliierten Monarchen kamen überein, den Rheinbund aufzulösen und die Mitglieder desselben in ihrer Selbständigkeit zu erhalten. Metternich trat sogleich mit den süddeutschen Rheinbundstaaten in Unterhandlung, um sie von dem französischen Kaiser abzuziehen und dadurch den Eroberungsgelüsten der preußischen Regierung eine Schranke zu setzen[3]. Zunächst knüpfte er mit Bayern an, und Max I. beauftragte seinen Gesandten, Grafen von Rechberg in Wien, mit dem Kaiser und Metternich über ein Bündnis zu unterhandeln. Zugleich ordnete der König mit letzter Kraftanstrengung ausgedehnte Rüstungen an, um höhere Bedingungen für seine Waffenhilfe stellen zu können. Es wurde die gesamte wehrfähige Jugend in Bayern in demselben Jahre zum dritten Mal konskribiert und mit der „Legion“ vom 22. bis 40. Lebensjahr zum Kriegsdienste gerufen, so daß ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften eintrat. Die „Legionisten“ (Landwehrmänner) waren zum Kriegsdienste außer Landes nicht verpflichtet, nahmen aber freiwillig an dem großen Freiheitskampfe teil. Kaiser Franz I. gab dem Feldzeugmeister Fürsten von Reuß, der in Oberösterreich ein Armeecorps von 25 000 Mann zur Beobachtung Bayerns zusammenzog, und dem Geheimen Rat von Floret den Befehl, in dem Städtchen Ried mit dem bayerischen Bevollmächtigten über ein Bündnis Bayerns mit den alliierten Mächten die Unterhandlungen zu eröffnen. König Max übertrug diese wichtige Sache dem General Wrede, welcher sich schon längst mit Unwillen einem französischen Marschall untergeordnet hatte[4]. Da

[1] Aus dem Leben und Wirken des Königs Maximilian Joseph von Bayern, offizielle Schrift, München 1870, S. 8.

[2] Beitzke a. a. O. I, 329—419.

[3] Häusser, Deutsche Geschichte seit Friedrich II. dem Großen, IV, 157 ff.

[4] Rudhart, Lebensbeschreibung berühmter Männer Bayerns 94.

Reuß ein gutmütiger General und Floret ein nachgiebiger Staatsmann war, so stimmten beide zu allen Vorschlägen des herrischen und ungestümen Wrede. Am 8. Oktober 1813 wurde der Vertrag unterzeichnet; kraft desselben entsagte der König von Bayern dem Rheinbund, verbündete sich mit den alliierten Monarchen und verpflichtete sich, 36 000 Mann gegen Frankreich zu stellen unter der Bedingung, daß diese eine selbständige Armee unmittelbar unter bayerischem Oberkommando bilden. Max Joseph war auch zu jenen Gebietsabtretungen erbötig, welche zur Sicherung einer militärischen Grenze zwischen Österreich und Bayern geeignet erschienen. Tirol sollte nach Ratifikation des Vertrages an Österreich zurückgegeben werden. Kaiser Franz machte sich in seinem und seiner Bundesgenossen Namen verbindlich, dem König von Bayern die volle Souveränität seines Landes zu gewährleisten, und sicherte ihm für Tirol eine territoriale Entschädigung zu, welche den geographischen und finanziellen Verhältnissen der abgetretenen Lande entspreche. Als der Rieder Vertrag den in Komotau versammelten Ministern von Rußland und Preußen (12. Oktober) zur Annahme vorgelegt wurde, erfaßte den Freiherrn von Stein der bitterste Ärger, daß man an Bayern, welches sieben Jahre mit Frankreich verbündet gewesen sei und dafür bestraft werden sollte, so weitgehende Zugeständnisse gemacht hätte. Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. waren in Komotau abwesend, und ihre Minister bestätigten den Rieder Vertrag, um Österreich nicht zu verletzen, die Operationen des alliierten Heeres in Franken und am Main zu erleichtern und durch den Abfall Bayerns den Rheinbund zu sprengen. Max Joseph ließ unter dem General Wrede die vertragsmäßigen 36 000 Mann am Inn sammeln und sie mit dem Corps des Fürsten Reuß vereinigen [1].

Durch die Bundesgenossenschaft Bayerns fühlte sich der bedenkliche Feldmarschall Schwarzenberg zu einem entschlossenen Handeln vorwärts getrieben. Als der General von Bennigsen mit dem russischen Reservecorps von 50 000 Mann aus Polen in Böhmen eintraf, bewegte sich das große Heer der Verbündeten langsam, aber sicher gegen Leipzig vor, wo Napoleon 200 000 Mann gesammelt hatte. General Blücher vereinigte sich mit Bülow und Tauenzien und riß auch Bernadotte wider seinen Willen mit sich fort. Nach einem hitzigen Gefecht bei Wartenburg überschritt er die Elbe und rückte bis Halle vor. Mitte Oktober 1813 zogen die alliierten Heeresmassen von mehr als 300 000 Mann rings um Leipzig heran. Der gewaltige Imperator empfand, daß er auf den Leipziger Gefilden nicht mehr um die Herrschaft über Deutschland, sondern um die Krone Frankreichs kämpfe. Es galt einen Kampf zwischen der Macht eines Einzelnen und der Freiheit der Völker. Die großen Schlachten vom 16. bis 19. Oktober wurden auf einem Raume

[1] Pertz a. a. O. III, 427—431.

von einer Quadratmeile von mehr als einer halben Million Soldaten und 2000 Geschützen in Gegenwart der drei Kaiser Europas und des Königs von Preußen geschlagen, und die tüchtigsten Feldherren und Generale der Zeit standen sich im Kampfe auf Leben und Tod einander gegenüber. Auf beiden Seiten wurde mit bewunderungswürdiger Tapferkeit und Heldenmut gefochten, und oft schwankte die Entscheidung trotz der großen Übermacht der Verbündeten. Am 16. Oktober waren die Streitkräfte der beiden Parteien noch fast gleich; die Russen und Österreicher hielten die furchtbare Wucht des französischen Angriffes neun Stunden aus und widerstanden einem stürmischen Reiterangriff von 8000 Kürassieren, mit denen Napoleon das feindliche Zentrum durchbrechen wollte, mit kaltblütiger Ausdauer. An demselben Tag marschierten die preußischen Generale Blücher und York gegen den Willen Bernadottes auf das Schlachtfeld vor und schlugen das französische Corps unter den Marschällen Ney und Marmont bei Möckern mit unwiderstehlicher Kraft. Napoleon hatte sich nach dem vergeblichen Ringen des ersten Schlachttages überzeugt, daß er den immer mächtiger anwachsenden Streitkräften seiner Gegner keinen Widerstand mehr leisten könne, und trug ihnen am andern Tag (17. Oktober) einen Waffenstillstand und die Rückgabe Deutschlands bis an den Rhein, Italiens, Spaniens und Hollands an. Die verbündeten Monarchen gaben ihm keine Antwort und setzten am 18. die blutige Schlacht fort. Napoleon bewährte wieder sein großes Feldherrntalent und seine Soldaten einen staunenswerten Mut; nur mit äußerster Anstrengung gewannen die weit überlegenen Alliierten an Terrain. Napoleon war nicht besiegt, aber kampfunfähig gemacht; in der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober begann er mit etwa 100 000 Mann, die ihm noch übriggeblieben waren, den Rückzug über Erfurt an den Rhein. Zur Deckung desselben ließ er ein von Polen, Franzosen, Hessen und Badenern zusammengesetztes Corps unter Macdonald in Leipzig; es wurde von den Preußen vollständig aufgerieben. Ein großer Sieg und die Freiheit Deutschlands waren errungen, aber mit ungeheuern Opfern; von den Verbündeten bedeckten 80 000 Tote und Verwundete das blutgetränkte Schlachtfeld; Napoleon hatte 38 000 Tote und Verwundete, 15 000 Gefangene und 300 Geschütze verloren; 7000 Sachsen und Württemberger waren zu den Alliierten übergegangen. Der König von Sachsen, welcher hartnäckig am Bündnis mit Napoleon festhielt, wurde von den Preußen zum Kriegsgefangenen gemacht und nach Berlin und später nach Friedrichsfeld in Haft abgeführt. Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und die anderen Mitglieder des Rheinbundes beeilten sich, sich von Frankreich loszusagen und auf Seite der siegreichen Verbündeten zu treten[1].

---

[1] Pertz a. a. O. III, 298, 365, 432—436.

Die 3000 Bayern von der Division Raglovich hatten unter dem Generalmajor Maillot auf Befehl Napoleons, der erst am 13. Oktober von dem Rieder Vertrag erfuhr, die Stadt Eulenburg besetzt, wo sie während der Leipziger Schlacht von Kosaken vertrieben wurden und sich in die Festung Torgau flüchten mußten. Hier erhielt Maillot Kenntnis von dem Anschlusse Bayerns an die Alliierten und führte seine Truppen über Bamberg und Würzburg an den Rhein, um zum General Wrede zu stoßen[1]. Dieser hatte von dem Höchstkommandierenden, Feldmarschall Schwarzenberg, den Auftrag erhalten, vom Inn an den Main aufzubrechen und die Franzosen auf ihrem Rückzug an den Rhein anzugreifen; da er sich hierzu für zu schwach hielt, so forderte er von Schwarzenberg, daß er die Franzosen nach Kräften verfolge und ihn dadurch in seiner Operation unterstütze. General Blücher und Kaiser Alexander I. schlugen eine schnelle und kraftvolle Verfolgung der Franzosen vor; Schwarzenberg ging jedoch nicht darauf ein, weil es in der Absicht des Ministers Metternich lag, dem französischen Kaiser keinen zu harten Frieden zu bereiten. Die verbündeten Monarchen einigten sich in einer offenen Erklärung, daß sie nicht im mindesten eine Schmälerung Frankreichs beabsichtigten. Statt die abziehenden Franzosen heftig zu verfolgen und aufzureiben, ehe sie den Rhein erreichten, folgten ihnen die Sieger sehr langsam und ließen ihnen volle Zeit, die Unstrut und Elbe zu überschreiten; nur die Preußen brachten ihnen bei Freiburg an der Unstrut eine empfindliche Schlappe bei[2].

General Wrede war mit 60000 Bayern und Österreichern in Gewaltmärschen vom Inn über Neuburg a. D. und Ansbach nach Uffenheim gezogen; da er von der Marschrichtung Napoleons keine Kenntnis hatte und auch die Auskundschaftung vernachlässigte, so brach er (23. Oktober 1813) gegen Würzburg auf, um die von Franzosen unter dem General Turreau besetzte Feste Marienberg zu nehmen und sich den Rücken frei zu machen. Nach einer vierundzwanzigstündigen Beschießung kapitulierte Turreau (25. Oktober); kaum war Wrede in Würzburg eingezogen, so meldeten ihm streifende Kosaken, daß Napoleon gegen Hanau im Anzuge sei. Nachdem er durch die Belagerung Marienbergs drei kostbare Tage verloren hatte, eilte er mit 45000 Mann nach Aschaffenburg und Hanau, wobei er den großen Fehler beging, daß er die Engpässe bei Wertheim und Gelnhausen nicht besetzte und 10000 Bayern unter den Generalen Rechberg und Prinz Karl von Bayern nach Frankfurt entsendete, wodurch er sein Heer bedeutend schwächte. Napoleon drang mit 70000 Mann und 140 Geschützen ungefährdet durch den Gelnhauser Paß. Wrede erkannte zu spät seine verfehlte Operation;

---

[1] Völderndorf, Kriegsgeschichte der Bayern, II, 259—367.

[2] Wachalla a. a. O. 33—35.

dennoch führte er den Befehl Schwarzenbergs aus und griff am 30. Oktober mit einer Division und dem größten Teile der Artillerie die Franzosen an, als sie aus dem engen Thale in die Ebene bei Hanau herabzogen. Die Bayern und Österreicher warfen den aus dem Lamboywalde hervorbrechenden Franzosen ein mörderisches Geschützfeuer entgegen. Napoleon suchte mit 6000 Kürassieren und 50 Geschützen die feindlichen Batterien zu sprengen, um sich den Weg nach der von einer französischen Abteilung besetzten Festung Mainz zu bahnen, ehe die Alliierten am Main einträfen. Die Franzosen wurden trotz ihres heftigen Angriffes zurückgeschlagen. Napoleon ließ seine gesamte Reiterei gegen den linken Flügel Wredes vorgehen; sie schlug mit überlegener Macht die bayerisch-österreichische Kavallerie zurück und fiel dem dadurch entblößten linken Flügel in die Flanke. Als im Zentrum der Bayern und Österreicher die Munition zu fehlen anfing, mußte sich Wrede auf das linke Ufer der Kinzig zurückziehen und hinter Hanau auf der Aschaffenburger Straße Stellung nehmen. Die Franzosen drangen den Bayern und Österreichern hitzig nach; diese leisteten zwar den tapfersten Widerstand, erlitten aber beim Überschreiten der Lamboybrücke auf ihrem äußersten rechten Flügel große Verluste; dennoch behaupteten sie diesen wichtigen Übergang und die Stadt nebst der Kinzigbrücke gegen wiederholte Angriffe der Franzosen. Erst der Eintritt der Nacht beendigte den Kampf; ehe der Morgen (31. Oktober) graute, befahl Napoleon seiner Artillerie, die Stadt Hanau, welche von drei österreichischen Grenadierbataillonen besetzt war, zu beschießen, um sich den Weg nach Frankfurt zu erzwingen. General Wrede zog die Grenadiere zurück, damit die Stadt von einer gänzlichen Zerstörung gerettet würde. Die Franzosen rückten stürmend in die Stadt und besetzten die Lamboybrücke; dadurch wurde der rechte bayerisch-österreichische Flügel von der Gefahr bedroht, aufgerollt und in den Main geworfen zu werden. Wrede sammelte die tapfersten Bataillone, stellte sich an ihre Spitze und stürmte mit gewohnter Kühnheit bis an die Kinzigbrücke vor; hier stürzte er von einer feindlichen Kugel verwundet vom Pferde. Das Gefecht um die beiden Brücken dauerte unentschieden bis zur Nacht, und die Franzosen marschierten unbehelligt nach Frankfurt ab. In der zweitägigen Hanauer Schlacht hatten die Bayern und Österreicher 10000 Tote und Verwundete, darunter 200 Offiziere, verloren; der Verlust der Franzosen war ebenso bedeutend, aber sie hatten sich den Rückzug an den Rhein erkämpft. Bei Frankfurt und Sachsenhausen wurden die Franzosen von der bayerischen Division Rechberg angegriffen, welche von der gegnerischen Übermacht nach einem kurzen Gefechte zurückgeschlagen wurde[1]. Am 2. November kam Napoleon mit 70000 Mann

---

[1] Heilmann, Der Feldzug 1813. Die Schlacht bei Hanau am 30. und 31. Oktober 1813.



und 200 Geschützen über den Rhein nach Frankreich. In Paris empfing ihn der Haß der ganzen Bevölkerung. Der Gesetzgebende Körper wagte es zum ersten Mal, dem korsischen Despoten zu widersprechen; mehrere Deputierte schilderten mit scharfen Worten das Elend in ganz Frankreich und verlangten Frieden. Das Land hatte ihm schon über 900 000 Mann gestellt, welche sämtlich gefallen waren, und abermals forderte er von den wehklagenden Familien 300 000 Rekruten. Als es ihm nicht bewilligt werden konnte, nannte er die widersetzlichen Deputierten Hochverräter, jagte den ganzen Gesetzgebenden Körper auseinander und erzwang sich von den Unterthanen neue Steuern und neue Soldaten. Allein in ganz Frankreich konnte man nur mehr 70 000 Jünglinge mit 18 Jahren aufbringen; diese vermischte er mit den alten Soldaten und begann nun einen Kampf der Verzweiflung. Alle Bienen auf seinem Kaisermantel wurden ihm Skorpionen; wie ein verheerender Blitz wollte er über alle Welt herausbrechen und fühlte sich von engen Schranken eingeschlossen. Einst hatte er die Äußerung gethan: „Im Kriege bezeichnet immer ein großes Unglück einen großen Schuldigen“[1]; damit sprach er sein eigenes Urteil aus. Seine Armee wäre schnell aufgerieben worden, wenn die Alliierten einig gewesen wären.

Als die verbündeten Monarchen in Frankfurt einzogen, setzten sie eine deutsche Zentralverwaltung für die allgemeine Bewaffnung wie für das Verpflegungs- und Lazaretwesen ein und übertrugen die Oberleitung in den eroberten deutschen und französischen Gebieten dem Freiherrn von Stein[2]. Die Grenzen Frankreichs lagen den Verbündeten offen, und sie hätten ohne Anstrengung auf Paris losgehen und es erobern können, weil ihnen Napoleon vor fünf Monaten keine schlagfertige Armee entgegenstellen konnte. Allein Fürst Metternich gab seinen Plan, die mit dem Hause Habsburg-Lothringen nahe verwandte Napoleonische Familie zu erhalten, nicht auf; seine Absicht war, Napoleon zum Verbündeten Österreichs gegen Rußland und Preußen zu machen und den Einfluß Frankreichs auf Europa mit Österreich zu teilen. Auch in Preußen hielten es angesehene Männer wie Hardenberg und Knesebeck für ein Hirngespinst, Napoleon zu stürzen. Die Russen waren des Krieges müde, und die Festsetzung des Friedens war ihnen gleichgiltig, wenn sie nur das eroberte Polen behielten. Es fiel daher dem Minister Metternich nicht schwer, die kriegerische Thätigkeit am Rheine zu hemmen und die Alliierten zu Unterhandlungen mit dem französischen Kaiser zu überreden. Noch einmal bot er Napoleon alle deutschen Lande auf dem linken Rheinufer nebst Savoyen und Belgien an, wenn er Frieden schließe; die Minister Nesselrode und Hardenberg, sowie der englische Gesandte Lord Aberdeen stimmten zu. Der Korse

---

[1] Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen, I, 10—57.
[2] Arndt a. a. O. 213.

ließ sich auf Unterhandlungen ein und schickte seinen Minister St. Aignan nach Frankfurt, jedoch ohne alle Vollmacht und nur mit dem Auftrage, ihm Bericht zu erstatten; er wollte nur Zeit zur Vollendung seiner Rüstungen gewinnen und rechnete auf die Uneinigkeit und Eifersucht der verbündeten Mächte. Als die wiederholten Verhandlungen mit Napoleon bekannt wurden, geriet die deutsche und englische Nation in die höchste Aufregung, und die Generale Blücher und Gneisenau nannten die Diplomaten öffentlich „Schufte". Erst als in Frankfurt die Nachrichten anlangten, daß die französischen Besatzungen Holland verlassen, die Schweizer sich gegen Frankreich erheben und König Murat in Neapel von Napoleon abgefallen sei, gaben die Minister und Diplomaten ihre Friedenspolitik auf. In Frankreich selbst regte sich die Partei der Bourbonen, und Minister Talleyrand, welcher dem korsischen Emporkömmling willig gedient hatte, war einer der ersten, welche zu den Bourbonen übergingen. Ein Emissär der bourbonischen Partei kam nach Frankfurt und stellte die Erschöpfung des französischen Volkes, dessen unzufriedene Stimmung und die geringen Mittel dar, welche Napoleon noch aufbieten könne. Der Imperator wollte die Verhandlungen verschleppen und erbot sich, die von Franzosen besetzten Festungen an der Weichsel und Oder auszuliefern, um die Besatzungen an sich zu ziehen; die Übergabe der Festungen an der Elbe aber verweigerte er, weil er sie noch rechtzeitig zu entsetzen hoffte. Endlich sah Fürst Metternich selbst ein, daß Napoleon auf die Weltherrschaft nicht verzichten und den Krieg bis zum Frühling verschieben wolle, wo er seine Rüstungen vollendet hätte. Freiherr von Stein wirkte auf den Kaiser von Rußland, welcher sich mit Begeisterung auf den revolutionären Korsen zu stürzen suchte. Der Zar entschied sich für Fortsetzung des Krieges, und ihm pflichteten die anderen Monarchen bei; der Einmarsch in Frankreich wurde für den Januar 1814 beschlossen[1]. Napoleon hatte durch die Frankfurter Unterhandlungen zwei Monate gewonnen, und die Alliierten gewährten ihm noch zwei Monate durch die Uneinigkeit und Fehler, womit sie den Feldzug einleiteten; denn der Vorschlag Gneisenaus, vom Rheine aus auf dem kürzesten Wege gegen Paris vorzugehen, wurde im Großen Hauptquartier aus Unkenntnis verworfen, und der Kriegsplan genehmigt, daß die Preußen in das nördliche Frankreich eindringen und der Großteil des verbündeten Heeres durch die Schweiz nach Burgund marschiere, um sich dem englischen Feldherrn Wellington zu nähern, welcher mit einer spanisch-britischen Armee die Pyrenäen überstiegen hatte und in Südfrankreich eingefallen war[2].

General Blücher überschritt (1. Januar 1814) mit 100000 Mann bei Kaub den Rhein, während Bülow mit 60000 Mann von Holland aus an

---

[1] Gagern a. a. O. IV, 155, 251.

[2] Bernhardi, Die Befreiungskriege a. a. O. II, 312—315.

die französische Nordgrenze marschierte. Blücher wurde in den linksrheinischen Landschaften von der zwei Jahrzehnte unterjochten Bevölkerung mit Jubel begrüßt. In Koblenz hatte der geistig hoch begabte und freimütige Studienrektor Joseph Görres nach der Schlacht bei Leipzig die Zeitschrift „Der rheinische Merkur“ gegründet, worin er eine politische, kirchliche und soziale Wiedergeburt Deutschlands anstrebte und mit flammender Prophetensprache zur Erhebung der Deutschen anfeuerte; dadurch erlangte er eine unermeßliche Popularität, und Napoleon selbst nannte ihn „die sechste Großmacht“ [1]. Blücher besetzte die Rhein- und Moselfestungen und rückte in Lothringen und Nancy (16. Januar) ohne Widerstand ein. Zu gleicher Zeit führte der Feldmarschall Schwarzenberg 250000 Mann durch die Schweiz an den Oberrhein und über Langres bis Troyes. Wie vor wenigen Wochen auf der Leipziger Ebene, zog auf französischem Boden von drei Seiten eine ungeheure Streitmacht gegen Napoleon und Paris heran, und ein entschlossener Angriff, welchen Blücher forderte, würde wahrscheinlich in wenigen Wochen den Krieg beendigt haben. Schwarzenberg beauftragte den von seiner Wunde genesenen General Wrede, mit dem bayerisch-österreichischen Armeecorps bei Basel über den Rhein zu setzen und die Festung Hüningen zu erobern; er verstärkte ihn mit den württembergischen Truppen unter ihrem Kronprinzen Wilhelm und einem russischen Armeecorps unter dem General Wittgenstein. Die Belagerung Hüningens wurde sehr ungeschickt und leichtsinnig betrieben; die Beschießung und Sturmangriffe geschahen mit wirkungslosem Geschützfeuer und kleinen Infanterieabteilungen, welche von der französischen Besatzung ohne Anstrengung abgeschlagen wurden. Kronprinz Wilhelm und Fürst Wittgenstein wollten sich dem bayerischen General nicht unterordnen, so daß die Franzosen sich gegen die Übermacht der Verbündeten behaupten konnten. Wrede erhielt von dem Großen Hauptquartier in Chatillon den Befehl, mit seinen Truppen die Verbindung zwischen Blücher und dem Hauptheere herzustellen; er ließ die Festung durch eine Abteilung blokieren und marschierte mit dem Großteile über Kolmar und Toul nach Joinville [2]. Napoleon hatte indes seine Streitkräfte bei Vitry und Chalons gesammelt, war aber noch zu schwach, um den Vormarsch Blüchers aufzuhalten. Der preußische General vereinigte sich (27. Januar) bei Bar-sur-Aube mit den Bayern und dem großen Heere; als Napoleon gegen die Alliierten heranrückte, griff ihn Blücher mit den Preußen, Bayern und anderen Abteilungen (29. Januar) bei Brienne an, um sich den Vormarsch auf Paris zu erzwingen. Das Treffen blieb unentschieden, doch wich Napoleon zurück. Es folgte eine thatenreiche und wechselvolle Periode des Feldzuges, welche zu den belehrendsten in der ganzen

---

[1] Lindemann, Geschichte der deutschen Litteratur 649.

[2] Heilmann, Geschichte des Feldzugs 1814.

Kriegsgeschichte gehört. Blücher verfolgte die Franzosen und lieferte ihnen bei dem Dorfe La Rothière unweit Brienne (1. Februar) eine Schlacht, in der sie gänzlich unterlagen; zu dem Siege trugen besonders die bayerischen Chevauxlegers-Regimenter bei, welche todesmutig die französischen Carrés sprengten und 16 Geschütze eroberten. Die Bayern drangen den fliehenden Franzosen nach und erreichten ihre Nachhut unter dem Marschall Marmont bei dem Dorfe Rosnay. Prinz Karl von Bayern führte seine Brigade unter mörderischem Feuer der Gegner gegen das Dorf und erstürmte es nach einem blutigen Gefechte. Napoleon hätte nach seiner Niederlage bei La Rothière leicht vernichtet werden können, wenn die Alliierten ihren Sieg benützt hätten. Im Hauptquartier Schwarzenbergs in Chatillon, wo auch die drei Monarchen mit ihren Ministern und der britische Gesandte Aberdeen das Hoflager genommen hatten, wurden mit dem französischen Kaiser neuerdings Unterhandlungen über einen Frieden eingeleitet und ihm jetzt noch Frankreich mit den Grenzen von 1792 angetragen, wenn er auf das linke Rheinufer verzichte. Kaiser Franz I. untersagte dem Feldmarschall Schwarzenberg, die Seine zu überschreiten, weil er seinen Schwiegersohn und Enkel auf dem französischen Throne erhalten wollte. Freiherr von Stein wandte auch diesmal durch seine staatsmännische Überlegenheit und seinen Einfluß auf den russischen Kaiser einen für Deutschland verderblichen Friedensvertrag ab. Auf seinen Vorschlag forderte Alexander I., der schon längst gegen Österreich wegen dessen Politik und Kriegführung gereizt war, den Oberbefehl über das verbündete Heer für den Feldmarschall Blücher und bestand darauf, daß der Friede erst in Paris festgesetzt werde; er willigte jedoch auf Vorstellungen sämtlicher Minister in Friedensunterhandlungen unter der Bedingung, daß die Feindseligkeiten eingestellt würden. Napoleon hörte mit Unwillen, daß ihm für Frankreich engere Grenzen vorgezeichnet würden, als er selbst von der Revolution übernommen hätte; er ließ sich jedoch auf Unterhandlungen ein, damit er ungehindert die französischen Truppen aus Spanien heranziehen und seine verbündeten Gegner entzweien könnte [1].

Auf Antrag Alexanders I. setzten die Russen, Bayern und Württemberger bei Nogent und Montereau über die Seine, während die Österreicher gegen Fontainebleau vorrückten. Die französischen Marschälle Victor und Oudinot wichen mit ihren Armeecorps vor der feindlichen Übermacht zurück. Napoleon wandte sich mit erstaunlicher Schnelligkeit an die Seine, um sich mit Victor und Oudinot zu vereinigen; zuerst warf er sich auf den Kronprinzen von Württemberg und schlug ihn mit seiner überlegenen Streitmacht (18. Februar 1814) bei Montereau in die Flucht. Zugleich griff Marschall Macdonald mit einem Armeecorps die Bayern bei Bray an, wurde aber

[1] Pertz a. a. O. III, 503—517.

von Wrede besiegt. Nach dem Erfolge Napoleons bei Montereau gewann die Friedenspartei im Hauptquartier der Alliierten die Oberhand, obgleich sie dreimal stärker als die Franzosen waren; die verbündeten Truppen wurden nach Troyes zurückgezogen, um hier zu den Preußen zu stoßen. Wie mit einem Zauberschlage hatte sich der Kriegsschauplatz zu gunsten Napoleons geändert, und zugleich liefen aus Italien Nachrichten über Siege ein, welche der Vizekönig Eugen über die Österreicher am Mincio erfochten hatte. Feldmarschall Blücher war über die österreichische Politik so erbittert, daß er sich mit Zustimmung Alexanders und Friedrich Wilhelms von dem Hauptheere lostrennte, sich mit 10000 Russen verstärkte und mit ungefähr 70000 Mann auf eigene Verantwortung auf Paris losging; dadurch wurde der ganze Feldzug entschieden. Schwarzenberg räumte Troyes und das linke Seine-Ufer und setzte den Rückzug über Bar-sur-Aube bis Langres fort, worüber die Soldaten laut ihren Unmut und Zorn kundgaben. Napoleon ließ den in Chatillon verweilenden Monarchen seinen Entschluß mitteilen, daß er lieber die Bourbonen wieder auf dem französischen Throne sehe, als daß er die ihm gestellten schmählichen Bedingungen annehme. Seinem Schwiegervater schrieb er, daß er nur auf Grundlage der Frankfurter Bedingungen den Friedensvertrag unterzeichnen werde; damit wollte er seine Gegner spalten. Im Großen Hauptquartier der Alliierten war man willens, die Unterhandlungen nicht abzubrechen, und es wurde der Vorschlag gemacht, in einer Konferenz in Lusigny einen Waffenstillstand zu vereinbaren; allein die hochmütigen Forderungen Napoleons überzeugten den Kaiser Franz und den Fürsten Metternich wie die anderen Verbündeten, daß es ihm nur um Auflösung der Koalition zu thun sei; sie kamen überein, den Krieg mit allen Kräften fortzusetzen, und erneuerten am 1. März in Chaumont das Bündnis, zu dem sie auch die Könige von Bayern und Württemberg und die übrigen Fürsten zweiten Ranges beizogen.

Napoleon entwickelte in den letzten Tagen des ungleichen Kampfes die ganze Kraft seines Feldherrngenies; mit einer geringen Schar warf er sich den drei- und vierfach überlegenen feindlichen Corps entgegen. Während er sich gegen Blücher wandte, befahl Schwarzenberg den Generalen Wrede und Wittgenstein, den französischen Marschall Oudinot, welcher die Stadt Bar-sur-Aube mit 30000 Mann besetzt hatte, anzugreifen. Die Bayern beschossen (27. Februar 1814) Bar mit einem lebhaften Geschützfeuer, bis die Russen den linken Flügel Oudinots umgangen hatten und in das Gefecht eingriffen. Nach einem furchtbaren Bajonettgefechte der Bayern wurden die Franzosen mit einem Verluste von 3000 Toten und Verwundeten aus Bar zurückgeschlagen. Napoleon war inzwischen mit ungefähr 50000 Mann in Eilmärschen nach Rheims und über den Fluß Aisne auf der Straße nach Laon gezogen; hier traf er auf den Feldmarschall Blücher, welcher sich mit

den Truppen des aus Holland angekommenen Generals Bülow verstärkt hatte. Blücher lieferte mit 110000 Preußen, Russen und Schweden dem Imperator bei Laon (9. März) eine Schlacht; das russische Corps unter dem General Woronzow wurde geschlagen. Am andern Tage erneuerte Napoleon den Kampf, wurde aber mit großen Verlusten besiegt; mit 30000 Mann ging er nach Rheims und Epernay zurück, um eine Vereinigung des verbündeten Hauptheeres mit Blücher zu verhindern. Ein Armeecorps von 25000 Mann ließ er unter den Marschällen Marmont und Mortier zurück und rief die Trümmer Oudinots und Macdonalds zu sich; allein ehe diese Verstärkungen eintrafen, ging Schwarzenberg mit 100000 Mann zum Angriffe über. Die Bayern und eine österreichische Abteilung, welche die Vorhut bildeten, stießen (20. März) auf den Höhen bei Arcis-sur-Aube auf die Franzosen; General Wrede befahl den Österreichern, die vordere Abteilung der Franzosen bei Grand-Torcy anzugreifen. Sie wurden zurückgeschlagen, und auch die bayerische Brigade des Prinzen Karl mußte sich vor dem niederschmetternden Geschützfeuer der Franzosen zurückziehen; ebenso vergeblich war ein Angriff der bayerischen Brigade unter dem Generalmajor Habermann. Wrede ließ seine gesamte Reiterei vorgehen; die bayerischen Schwadronen stürzten sich auf die erschütterten Reihen der Franzosen mit solcher Wucht, daß diese an den Fluß Aube zurückwichen. Napoleon ging persönlich den Fliehenden entgegen und stellte das Treffen wieder her. Die Bayern wollten stürmend in die Stadt Arcis eindringen; allein ein lebhaftes Feuer aus 70 Geschützen warf sie über die Anhöhen zurück. Allmählich zogen immer stärkere Kolonnen des verbündeten Heeres heran und umzingelten mit einem erdrückenden Ringe die Franzosen. Der furchtbare Kampf dauerte unter dem Glanze der auflodernden Flammen in Arcis und Grand-Torcy bis zur Nacht. Alle Tapferkeit der Franzosen und alle Kühnheit Napoleons waren vergeblich; sie erlitten durch die vierfache Überlegenheit ihrer Gegner eine vollständige Niederlage und mußten sich über die Aube zurückziehen [1].

Feldmarschall Schwarzenberg vereinigte sich (23. März 1814) mit Blücher bei Chalons, und die Streitkräfte der Alliierten wuchsen bis zu 200000 Mann. Napoleon, dessen Armee durch die vielen blutigen Gefechte immer mehr zusammengeschmolzen war, durfte sich in keine Schlacht mehr einlassen. In seiner verzweiflungsvollen Lage befahl er den Marschällen Marmont und Mortier, das Vorrücken der Gegner noch einige Zeit aufzuhalten; mit dem Großteile seiner Truppen brach er tollkühn zur Überraschung seiner Gegner über St. Dizier an die ferne und ungeschützte Grenze Deutschlands auf, in dem Wahne, die Franzosen in den östlichen Provinzen zu einem Volkskriege anzufachen und die Verbündeten von einem Angriffe

[1] Beitzke, Geschichte der deutschen Freiheitskriege, II, 17—187.

auf Paris ab= und an den Rhein zu ziehen. Im Großen Hauptquartier schwankte man wirklich lange, ob man den Marsch gegen Paris fortsetzen oder dem französischen Kaiser folgen sollte. Der mattherzige Feldmarschall Schwarzenberg fragte seinen Generalstab, ob man die Verbindung mit dem Rheine nicht mehr erreichen könne, obgleich ein aufgefangener Brief Napoleons an seine Gattin den Alliierten seine Pläne verriet. Auf Vorstellungen des Generals Gneisenau kam man zur Einsicht, daß Frankreich nur durch den Besitz der Hauptstadt bezwungen und der Krieg zu Ende geführt werden könnte. Der Kaiser von Rußland bestand in einem Kriegsrate in Sommepuis fest darauf, eher nach Paris zu gehen und Napoleon zu stürzen, als ihm in die östlichen Provinzen zu folgen [1]. Es wurde dem Imperator nur ein großes Reitercorps nachgesandt, um ihn über die Absichten der Verbündeten zu täuschen. Der Marsch nach Paris wurde mit verdoppelter Energie fortgesetzt, und ehe Napoleon die Täuschung wahrnehmen und dem Corps Marmonts und Mortiers zu Hilfe eilen konnte, wurde es bei La Fère-Champenoise (25. März) vollständig geschlagen und der Rest in wilder Flucht nach Paris zurückgetrieben. Die Kaiserin Marie Luise entfloh mit ihrem Sohne, und der verjagte König Joseph von Spanien forderte die Nationalgarden und alle Bewohner in flammenden Proklamationen zur Verteidigung ihrer Ehre und ihres Eigentums auf und verhieß die nahe Ankunft des sieggekrönten Kaisers. Sein Aufruf zündete; gegen 50000 Franzosen besetzten mit 150 Geschützen alle Anhöhen von Montmartre. Beinahe 150000 Mann der Verbündeten rückten gegen die Hauptstadt vor; Wrede, der wegen seiner Verdienste in der Schlacht bei Arcis-sur-Aube von König Max I. zum Feldmarschall ernannt worden war, deckte mit den Bayern und der General Sacken mit einem russischen Corps an der Marne bei Meaux und Tailport den Rücken. Am 30. März griffen die Alliierten die Franzosen am Montmartre an; diese wehrten sich heldenmütig gegen die zweimal stärkeren Gegner und erstürmten mit bewunderungswürdiger Tapferkeit die Dörfer Romainville und Pantin, wo sich die Verbündeten festgesetzt hatten. Wiewohl sie mehrmals zurückgeschlagen wurden, drangen sie immer wieder vor, bis sie endlich der feindlichen Übermacht erlagen. Das französische Zentrum wurde durchbrochen und die Höhen durch ein mörderisches Geschützfeuer erstürmt; über 15000 Franzosen waren gefallen. Am andern Tage (31. März) besetzten 37000 Verbündete Paris. Napoleon war mit angestaunter Hast und Ausdauer den Alliierten nachgeeilt, um sie noch vor Paris anzugreifen; er rechnete auf einen verzweifelten Widerstand der Hauptstadt und eine Massenerhebung des Volkes. Allein er täuschte sich, und dennoch hätte er von Fontainebleau aus mit 50000 Franzosen einen An=

---

[1] Bernhardi a. a. O. II, 820.

griff gegen die Verbündeten in Paris unternommen, wenn ihn nicht seine Generale und Soldaten verlassen hätten[1]. Das großartige Drama war zu Ende, und der ungeheure Bau, welchen der geniale Korse durch eine zwanzigjährige Siegeslaufbahn errichtet hatte, zusammengestürzt und vernichtet.

Die verbündeten Monarchen zogen (31. März 1814) an der Spitze ihrer Garden und eines glänzenden Gefolges in Paris unter dem Jubel einer zujauchzenden Menge ein. Die Häuser waren mit Lilien, den Symbolen der Bourbonen, geschmückt, und das eherne Standbild Napoleons, welches er sich auf der Vendomesäule aus 1200 erbeuteten Geschützen errichtet hatte, herabgestürzt. Die tapferen Preußen durften die Stadt nicht betreten, weil sie infolge der unaufhörlichen Gefechte und Märsche ihren parademäßigen Anzug verdorben hatten und nach Ansicht ihres Königs zu schlecht aussahen. Den Bayern, welche die Nachhut des Hauptheeres bildeten, wurde nur gestattet, Paris auf dem linken Seine-Ufer durchzumarschieren. Die treulosen Pariser bereiteten den Siegern, welche sie ihre Befreier nannten, glänzende Feste und wetteiferten gegenseitig in öffentlicher Verachtung gegen Napoleon, den sie einst abgöttisch verehrt hatten. Nach wenigen Tagen (3. April) beschlossen der Senat, das früher sklavische Werkzeug Napoleons, und der Gesetzgebende Körper im Namen des französischen Volkes die Absetzung des Kaisers. Napoleon I. mußte (11. April) in Fontainebleau für sich und seine Nachkommen auf den französischen Thron verzichten und sich mit dem souveränen Besitze der Insel Elba nebst zwei Millionen Franken Jahreseinkünften und 400 Mann Leibgarde begnügen. Elba hatte er selbst verlangt, weil er dort von Frankreich, wo er noch immer in der Armee und dem Volke Sympathien besaß, und von Italien, wo sein Schwager Murat sich durch ein Bündnis mit Österreich die Krone Neapels gesichert hatte, nicht ferne war. Zur Demütigung der stolzen Franzosen schrieben ihnen die verbündeten Monarchen eine neue Verfassung vor und riefen die Bourbonen auf den französischen Thron zurück; diese wurden ebenfalls von den Parisern (12. April) mit Jubel empfangen. Als der neue König Ludwig XVIII., Bruder des unglücklichen Ludwig XVI., die Regierung antrat, wurde über den Besitz der Länder verhandelt. Nach mehrwöchentlichen Erwägungen einigten sich die Bevollmächtigten der fünf Großmächte Rußland, Österreich, England, Preußen und Frankreich in dem Beschlusse, daß die Franzosen alles Gebiet auf dem Festlande, welches sie am 1. Januar 1792 besessen hatten, behalten sollten nebst Korsika, der päpstlichen Herrschaft Avignon, dem größern Teile von Savoyen, mehreren Landschaften an der niederländischen und deutschen Grenze mit der Festung Landau, der Grafschaft Mömpelgard und der alten Reichsstadt Mühlhausen. Auch die über-

---

[1] Gervinus a. a. O. I, 21—39.

seeischen Kolonien verblieben ihnen bis auf die Inseln Isle de France, Tabago und Santa Lucia, welche an England fielen. Die Verbündeten verzichteten auf eine Entschädigung der zahllosen von den Franzosen erpreßten Brandschatzungen und der unermeßlichen Kosten des langjährigen Krieges, und sogar auf die Rückgabe der vielen Kunstschätze, welche die Franzosen in allen Ländern geraubt und nach Paris geschleppt hatten. England durfte außer den eroberten französischen Inseln noch Malta und Helgoland und die reichen Kolonien Hollands behalten und das Schutzrecht über die jonischen Inseln ausüben; auch Hannover wurde wieder mit Großbritannien vereinigt. Auf eine größere Besitzerweiterung verzichtete England, weil ihm die Herrschaft zur See und der entscheidende Einfluß auf Spanien und Portugal, wo die alten Dynastien wieder hergestellt worden waren, gesichert war. Belgien, Holland und Lüttich wurden ohne Rücksicht auf die nationalen und konfessionellen Gegensätze der Bevölkerung zu dem Königreich der Niederlande unter der Regierung des protestantischen Hauses Oranien vereinigt. Dieses Machwerk kam auf Betrieb der englischen Regierung zu stande, weil der Prinz-Regent von Großbritannien eine Tochter des Königs der Niederlande heiraten wollte. Rußland, welches bereits durch die Freundschaft Napoleons Finnland und Bessarabien erworben hatte, hoffte zuversichtlich auf Einverleibung des ganzen Polenreiches, begnügte sich jedoch vorerst mit Besetzung des Großherzogtums Warschau. Mit Schweden wurde Norwegen vereinigt, und Dänemark verblieb im Besitze von Schleswig-Holstein. Über Polen, Sachsen und das linke Rheinufer wurden die Verhandlungen einem allgemeinen Friedenskongresse vorbehalten, auf welchem überhaupt die neue Ordnung der europäischen Staatsverhältnisse festgestellt werden sollte[1]. Österreich vergrößerte sich auf Kosten Italiens und nahm Besitz von Illyrien, Venetien und Lombardien. Toskana und Modena wurden österreichischen Erzherzogen und Parma nebst Piacenza der französischen Kaiserin Marie Luise übergeben; ihr Sohn Napoleon II. blieb mit dem Titel eines Herzogs von Reichstadt bei seinem Großvater Franz I. in Wien, und dem Prinzen Murat wurde Neapel zuerkannt[2]. Papst Pius VII. hielt (24. Mai 1814) seinen feierlichen Einzug in Rom unter den innigsten Freudenbezeugungen des Volkes; seinen Wagen zogen 72 Jünglinge. Die bewunderte Geduld und Starkmut, womit er seine Gefangenschaft ertragen hatte, erweckte allgemeines Mitleid und Rührung; nicht bloß die Katholiken, sondern auch die Protestanten, Anglikaner und Griechen freuten sich über seine Rückkehr nach Rom[3]. Das langjährige Kriegsunglück hatte alle Menschen frömmer und

---

[1] Thielen, Der Feldzug der verbündeten Heere Europas in Frankreich 1814.

[2] Wachalla, Fürst Metternich 78.

[3] Gams, Geschichte der Kirche Christi im 19. Jahrhundert, I, 487 ff.

religiöser gemacht, und die katholische Kirche ging aus der Napoleonischen Leidensschule mit erhöhter Herrlichkeit hervor. Mehrere Staaten vereinbarten mit der römischen Kurie Konkordate. Deutschland sollte nach den Beschlüssen der alliierten Monarchen zu einem Föderativstaate unabhängiger Fürsten umgestaltet und dieses Werk den deutschen Fürsten überlassen werden. Preußen trat in den Besitz seiner ehemaligen Länder östlich von der Elbe und rechnete auf Erwerbung Sachsens und der Rheinlande; auch der Kanton Neuenburg in der wieder zu einer souveränen Republik erklärten Schweiz fiel an Preußen. Das Elsaß und Lothringen, welche einst die Franzosen gewaltthätig von dem Deutschen Reiche abgerissen hatten, ließen die fremden Monarchen bei Frankreich, damit das neue Deutschland nicht zu mächtig würde. In Deutschland hatte man die Rückgabe der beiden Länder und eine nachhaltige Demütigung Frankreichs erwartet; um so heftiger wurde in der damals noch freien Presse über die Diplomaten geklagt, welche das deutsche Volk um den Lohn für seine ungeheuren Opfer betrogen hätten. Joseph Görres wies in seinem „Rheinischen Merkur“ den verbündeten Monarchen klar und freimütig nach, welche Fehler sie bei ihrer Länderverteilung in Paris begangen hatten, und sagte voraus, daß Frankreich sich bald neu gestärkt wieder in Waffen erheben werde. Zugleich forderte er für die großen Opfer, welche das deutsche Volk zum Sturze Napoleons gebracht hatte, die alten Grenzen Deutschlands und eine neue Reichsverfassung.

Bayern trat in Paris gemäß dem Rieder Vertrage Tirol, Vorarlberg, Salzburg, das Inn- und Hausruckviertel ab. Kaiser Franz I. verpflichtete sich, den König Max I. für die abgetretenen Länder vollständig zu entschädigen und ihm auf dem allgemeinen Kongresse die Fürstentümer Würzburg, Mainz, Aschaffenburg und Fulda nebst der Rheinpfalz zu verschaffen. Die Tiroler wollten den Zeitpunkt der endgiltigen Befreiung von der bayerischen Herrschaft nicht abwarten; sie hatten schon nach Abschluß des Rieder Vertrages einen neuen Aufstand verabredet und in einer großen Versammlung in Sterzing den ehemals gutsherrlichen Bedienten Alois Kluibenschädel zu ihrem Oberkommandanten gewählt. Kluibenschädel forderte seine Landsleute in einem Aufrufe (10. Dezember 1813) zur Vertreibung der bayerischen Besatzungen auf. In allen Orten wurden die bayerischen Wappen herabgerissen, der Landrichter in Sterzing festgenommen und Innsbruck erstürmt; hier wurden von der kleinen, meist aus Rekruten bestehenden Besatzung zwei Soldaten erschlagen, mehrere verwundet und andere nach Hall und Schwaz getrieben. Vergeblich versuchten der bayerische General-Landeskommissär Freiherr von Lerchenfeld und der herbeigeeilte österreichische Feldmarschall-Lieutenant Graf von Bellegarde die Aufständischen in Innsbruck zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Die Tiroler hielten Bellegarde für einen verkleideten Bayern und drohten ihm mit Gefangennehmung. In allen Thälern erhoben

sich die Patrioten, verhafteten die der bayerischen Gesinnung verdächtigen Einwohner und nahmen alle Staatskassen weg. Die Geistlichen und Bischöfe bemühten sich umsonst, sie zur Ruhe zu bringen; die Bauern sagten dem Freiherrn von Lerchenfeld (Januar 1814) unumwunden, daß sie um keinen Preis mehr bayerisch sein wollten. Selbst die Nachricht von dem Einzuge der Verbündeten in Paris vermochte die Aufständischen nicht zur Mäßigung zu stimmen; die Gärung und Unordnung dauerten fort, und die einzelnen Kommandanten machten fortwährend Kriegspläne für den Fall, daß bayerische Truppen in Tirol einmarschieren würden. In einer Denkschrift verzeichneten sie alle Klagen über die Verwaltung der bayerischen Beamten und überschickten sie dem König Max und dem Kaiser Franz [1].

Am 30. Mai 1814 wurde der erste Pariser Friede von den fünf Großmächten unterzeichnet und zugleich festgesetzt, daß sämtliche Mächte, welche sich am Kriege gegen Frankreich beteiligt hatten, binnen zwei Monaten Bevollmächtigte nach Wien schicken sollten, um auf einem europäischen Kongresse die Bestimmungen des Pariser Vertrages zu vervollständigen und das einzelne zu beschließen. Die verbündeten Streitkräfte wurden aus Frankreich zurückgezogen. Ein österreichisches Heer unter Feldmarschall Schwarzenberg blieb am Oberrhein; die Preußen nahmen unter dem Feldmarschall Blücher Stellung am Niederrhein; die Engländer besetzten unter dem Herzog von Wellington die Niederlande. Den Bayern wurde die Landschaft am Mittelrhein von Mannheim bis Saarbrücken und Wesel zur Einquartierung angewiesen [2].

---

[1] Streiter, Der tirolische Befreiungskampf von 1813. Historische Zeitschrift von Sybel, XV, 367.

[2] Gervinus a. a. O. I, 43—47.

Zweites Kapitel.

Der Wiener Kongreß und die bayerische Verfassung.

Im September 1814 kamen von allen Seiten die Monarchen und die größeren und kleineren Fürsten Europas mit ihren Gemahlinnen, Hofdamen, Ministern und Staatsmännern nach Wien; auch König Max I. Joseph von Bayern traf mit seinem Kronprinzen Ludwig und seinem Stellvertreter, dem Minister Montgelas, in der Kongreßstadt ein. Unzählige Fürsten mit ihrem Gefolge, prunksüchtige Adelige und eine unübersehbare Menge von Abenteurern, Tänzern und Sängern wogten in den Straßen Wiens durcheinander. Vornehme Eltern stellten ihre Töchter zur Schau und zum Kaufe und wetteiferten mit feilen Tänzerinnen und Lustdirnen, welche ungeheure Geldsummen aus Wien wegtrugen. Am 16. September wurde der Kongreß eröffnet und Fürst Metternich zum Präsidenten gewählt. Metternich, ein frivoler und ränkevoller Staatsmann, wollte die großen Thaten und Lehren der Vergangenheit nicht beachten und konnte die Forderungen der Zukunft nicht begreifen. Mit seiner liebenswürdigen Anmut im geselligen Verkehre und mit der leichtfertigen Schnellkraft seines Geistes fiel es ihm leicht, die Fäden der Diplomatie in seiner Hand zu halten und die meisten unentschiedenen Monarchen und Staatsmänner unbewußt nach seinem Plane und Willen zu lenken. Kaiser Franz I. griff nicht unmittelbar in die Verhandlungen ein, wußte aber die Fäden des diplomatischen Intriguenspieles ebenso geschickt und hinterlistig zu spinnen und zu verschlingen, wie sein Minister Metternich; das österreichische Interesse war seine einzige Richtschnur. Die Verhandlungen des Kongresses bewegten sich fast ausschließlich um die Frage der Länder- und Völkerverteilung unter die beteiligten Fürsten und Staaten. Die Frage über die Rechte der Völker und der katholischen Kirche wurde gänzlich beiseite gesetzt oder mit unsicheren Versprechungen für die Zukunft abgethan. Die katholische Kirche war durch den Kardinal Consalvi vertreten, und die Interessen des Katholizismus in Deutschland suchten nur einige deutsche Dom-

herren zu fördern, welche sich freiwillig nach Wien begeben hatten; unter ihnen befand sich auch der Konstanzer Generalvikar Freiherr von Wessenberg, welcher die Gründung einer deutschen Nationalkirche anstrebte. Der Fürstprimas von Dalberg, Erzbischof von Regensburg, dessen Beruf und Pflicht die Vertretung der katholischen Kirche auf dem Kongresse gewesen wäre, erschien weder selbst in Wien, noch schickte er einen Bevollmächtigten[1]. Unter den ersten deutschen Fürsten waren nur der Kaiser von Österreich und der König von Bayern katholisch; Franz I. und seine Minister waren Anhänger der Grundsätze Hontheims und des Kaisers Joseph II., und Max I. Joseph überließ die Verhandlungen seinem Minister Montgelas, einem ehemaligen Illuminaten. Alle Denkschriften und Vorstellungen Consalvis und der deutschen Domherren über eine Rückgabe der geraubten Kirchengüter oder über eine entsprechende Entschädigung und Organisation der verfallenen Bistümer in Deutschland wurden von dem Kongresse mit beharrlichem Stillschweigen übergangen. Es machte sich der Grundsatz geltend, die katholische Kirche habe aufgehört, eine deutsche Kirche zu sein. Der alte Diöcesanverband war teils gelockert, teils gelöst, die Mehrzahl der Bischöfe gestorben und die katholische Herde ohne Hirten[2].

Schon waren mehrere Monate lang Beratungen und Sitzungen im Kongresse gehalten worden, ohne etwas Entscheidendes zu stande zu bringen; desto rühriger und einmütiger war man in Anordnungen von Festlichkeiten und Vergnügungen und in Befriedigung der sinnlichen Lüste. Es wechselten Bälle, Hofredouten und Jagden mit Maskeraden, Feuerwerken, Karussells, Schlittenfahrten und Militärparaden. Vormittags wurde für König Ludwig XVI. ein Totenamt gehalten, abends war Ball. Der kaiserliche Hof übte gegen seine Gäste die großartigste Freundschaft und verwandte auf die vielen verschiedenen Feste über 30 Millionen Gulden, während das österreichische Volk in größter Not lebte. Mitten im Strudel der Genußsucht und Sittenlosigkeit wurden die ernstesten Verhandlungen gepflogen, ohne aus gegenseitiger Eifersucht einen Schritt vorwärts zu kommen. Ein Diplomat machte die richtige Bemerkung: „Der Kongreß kommt nicht vorwärts; er tanzt.“[3] Erst nach vier Monaten brachte es der Premierminister und Bevollmächtigte Englands Lord Castlereagh dahin, daß Genua dem Königreiche Sardinien einverleibt wurde. Castlereagh war ein strenger Tory, welcher zumeist darauf bedacht war, das europäische Gleichgewicht herzustellen. Mit dem vergrößerten Sardinien wollte er zwischen Frankreich und Österreich einen Keil treiben und England zur See mit Genua und Turin in Ver-

---

[1] Krämer, Karl Theodor von Dalberg, „Zeitgenossen“, Bd. VI, 82—201.
[2] Höfler, Konkordat und Konstitutionseid der Katholiken in Bayern 39—48.
[3] Gervinus a. a. O. I, 97—186.

bindung bringen. Im Verein mit dem hannöverischen Gesandten Grafen von Münster und dem hannöverischen Adel setzte er es durch, daß Hannover zu einem Königreich erhoben und durch Ostfriesland und die Fürstentümer Osnabrück und Hildesheim, welche früher mit Preußen verbunden waren, vergrößert wurde[1]; dadurch wurde Preußen von der Grenze am Niederrhein und der Maas weggedrängt.

Eine schwierige Arbeit war die Verfassung für das neu geschaffene Deutschland. Rußland, England und Frankreich überließen die Ordnung der inneren Angelegenheiten Deutschlands gänzlich den deutschen Fürsten und Staaten, und diese setzten hierzu (Oktober 1814) einen Ausschuß von den Bevollmächtigten Österreichs, Preußens, Bayerns, Württembergs und Hannovers ein. Die Säkularisation und Mediatisierung durch den Regensburger Reichsdeputationshauptschluß von 1803 wurde aufrecht erhalten, die geistlichen Fürstentümer und die reichsunmittelbare Ritterschaft nicht wiederhergestellt und Deutschland in 34 souveräne Staaten, darunter die vier Städterepubliken Frankfurt, Hamburg, Lübeck und Bremen, eingeteilt. Für die Verfassung wurde jener Entwurf, welcher von Stein und Hardenberg in Frankfurt (1814) mit dem möglichsten Maße politischer Freiheit und nationaler Einheit des deutschen Volkes aufgestellt worden war, zu Grunde gelegt; es zeigte sich jedoch bald, daß Bayern und Württemberg in keine Reichsverfassung willigen würden, welche ihre vertragsmäßige Souveränität beschränken könnte. Minister Montgelas äußerte zum preußischen Gesandten in München: „In Deutschland sollen die Fürsten nebeneinander bestehen wie in Italien und nur zu einem Bunde gegen das Ausland geeinigt werden.“ Dieselbe Ansicht hatten die österreichischen Minister und Kaiser Franz[2]. Fürst Metternich gestaltete die Frankfurter Vorlage wesentlich um; er gab den Artikeln über die Volksrechte eine allgemeine und ziemlich dehnbare Bestimmung, schied den Artikel über Einheit der Zollgrenze und ein preußisch-österreichisches Exekutivdirektorium aus und setzte das österreichische Präsidium ein. Dieser Entwurf wurde trotz des Einspruches Steins und Hardenbergs angenommen; Bayern und Württemberg aber beharrten auf dem unbeschränkten Rechte, mit dem Auslande Verträge zu schließen, und verwarfen alles, was ihre unabhängige Stellung gefährden könnte. Durch diese widerstrebenden Ansichten kamen die Verhandlungen ins Stocken. Freiherr von Stein, welcher keine amtliche Stellung im Kongresse hatte und von Mißtrauen gegen Metternich und Hardenberg beseelt war, nahm zur Erledigung der deutschen Verfassung den Beistand des russischen Kaisers in Anspruch, ohne zu bedenken, daß er damit der gefährlichen Einwirkung der russischen Politik auf die inneren An-

[1] Klüber, Akten des Wiener Kongresses, IX, 12—180, 299—304.

[2] Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn von Stein, IV, 107, 122—157.

gelegenheiten Deutschlands den Weg bahnte. Alexander I. war eine gewinnende Persönlichkeit, offen und nicht unempfänglich für edle und große Ideen, besaß aber einen unbegrenzten Ehrgeiz und hielt sich für den Befreier und Schiedsrichter Europas. Seinem Reichskanzler Nesselrode befahl er, den beiden deutschen Großmächten eine Denkschrift zu übergeben, in welcher auf die Verpflichtung hingewiesen wurde, die Rußland gegen das deutsche Volk in dem Kalischer Vertrag zur Herstellung einer künftigen deutschen Einheit übernommen hätte, und das Verhalten der Mittelstaaten in dieser Frage entschieden mißbilligt wurde. Gleichzeitig forderten die Kleinstaaten, aufgereizt durch Stein, Anteil an den Beratungen und erklärten sich zur Verzichtleistung auf alle Souveränitätsrechte bereit, welche mit einer einheitlichen Reichsverfassung unverträglich wären. Sie beantragten, daß das deutsche Kaisertum wieder errichtet und die Kaiserkrone Franz I. übertragen werde, fanden aber bei der österreichischen Regierung keine Zustimmung, weil sie dem deutschen Wesen und namentlich dem deutschen Freiheitssinne abgeneigt war und das slavische und ungarische Element begünstigte. Erzherzog Karl, der gefeierte Sieger von Aspern, verwarf unbedingt die Politik Metternichs; er forderte jedoch vergebens, den Schwerpunkt Österreichs nach Deutschland zu verlegen, um dem Hause Habsburg-Lothringen die deutsche Kaiserkrone zu verschaffen[1]. Die Folge der verfehlten Politik Metternichs war, daß Österreich nach 50 Jahren gänzlich aus Deutschland ausgeschlossen wurde. Preußen, Hannover und Österreich verlangten von Bayern und Württemberg, daß sie endlich ihren Widerstand aufgäben; allein jenes berief sich auf den Rieder Vertrag, und dieses drohte, sich an den Ausschußberatungen überhaupt nicht mehr beteiligen zu wollen.

Zu dem unerquicklichen deutschen Verfassungsstreit kam noch ein heftiger Zwiespalt der Großmächte über die polnische und sächsische Frage. Der Zar wollte ganz Polen für sich behalten, damit er durch eine vorgeschobene militärische Lage in die Angelegenheiten Europas eingreifen und die Oberherrlichkeit über den ganzen Erdteil behaupten könnte. Der Kaiser von Österreich forderte auf Grund des Reichenbacher Vertrages eine Teilung des Großherzogtums Warschau. Der König von Preußen war geneigt, auf Posen zu verzichten, wenn Sachsen, welches als erobertes Land betrachtet wurde, ihm verbliebe; Alexander I. stimmte daher entschieden für Abtretung Sachsens an Preußen. Der französische Bevollmächtigte, Minister Talleyrand, welcher an diplomatischer Schlauheit und Scharfsinn alle Kongreßmitglieder weit übertraf, wußte die polnische Frage mit der sächsischen enge zu verwickeln, und es gelang ihm, dem Mitschuldigen an der Ermordung des Herzogs von Enghien, sich bald einen weitreichenden persönlichen Einfluß auf

[1] Wachalla a. a. O. 57—75.

die Verhandlungen zu verschaffen und sich zum Fürsprecher der Legitimität aufzuwerfen. In einem geheimen Artikel des Pariser Friedens war Frankreich von der Verteilung der Länder beim Kongreß ausgeschlossen; Talleyrand aber nützte meisterhaft die Verhältnisse aus, um die alte Politik Ludwigs XIV. zu erneuern und den deutschen Fürsten die Bourbonen als ihre wahren Beschützer hinzustellen. Sein Plan war, den König von Sachsen zu restaurieren und die Einverleibung Polens in Rußland wie die Entschädigung Preußens durch einen abgeschlossenen Länderbesitz zu hintertreiben; er machte den Lord Castlereagh und den Fürsten Hardenberg aufmerksam, daß eine Vereinigung Polens mit Rußland das europäische Gleichgewicht bedrohe. Beide Minister hatten dieselbe Anschauung, und ihnen pflichtete auch Metternich bei. Der Zar, welcher durch die Einigung der vier Minister bedrängt wurde, überrumpelte bei einem freundschaftlichen Mahl den geistig beschränkten König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und dessen nachgiebigen Staatskanzler Hardenberg und überredete sie, daß sie ihm ihre Unterstützung in der Erwerbung Polens versprachen. Durch diese kurzsichtige Politik Preußens änderte sich plötzlich die ganze Lage des Kongresses und nahm ein drohendes Aussehen an. Castlereagh, von Preußen im Stiche gelassen, wurde in der sächsischen Frage gleichgiltig und überließ es der österreichischen und französischen Regierung, der Besitzergreifung Sachsens durch Preußen sich zu widersetzen. Talleyrand trat nun offen mit der Absicht hervor, das Königreich Sachsen wiederherzustellen, und trug England, Österreich und den deutschen Fürsten die Hilfe Frankreichs an. Metternich näherte sich sogleich dem Franzosen und beantragte, daß dem König von Sachsen wenigstens ein Teil seines Landes mit der Hauptstadt Dresden zurückgegeben werde, weil es ihm für Österreich gefährlich erschien, Preußen zum Grenznachbar des nördlichen Böhmen zu haben. Dem britischen und französischen Bevollmächtigten machte er den Vorschlag, Preußen in Polen und am Rheine zu entschädigen; beide waren damit einverstanden. Ebenso war der bayerische Minister Graf von Montgelas besorgt, es werde das durch Sachsen vergrößerte Preußen auf das nördliche Bayern einen Druck üben. Mit den schärfsten Ausdrücken verteidigte er die Selbständigkeit Sachsens und eiferte hierzu auch die württembergische Regierung an, so daß Alexander und Friedrich Wilhelm dem König von Bayern rieten, seinen unerträglichen Minister zu entfernen. Max Joseph überzeugte sich selbst von der Maßlosigkeit Montgelas'; er schickte ihn nach München zurück und berief den Feldmarschall Fürsten Wrede nach Wien; von ihm glaubte er, daß er durch seine militärischen Verdienste und die Gunst, welche er bei den alliierten Monarchen genoß, die Interessen Bayerns am besten vertreten werde. Wrede schloß sich zuerst an Metternich an, um durch seinen Einfluß den Rieder Vertrag in Ausführung zu bringen; er erhielt auch von ihm die Zusicherung, daß

Bayern mit Würzburg und Aschaffenburg entschädigt und durch Gebiete von Württemberg, Mainz, Baden, Hessen und Nassau unmittelbar mit der Rheinpfalz verbunden werden sollte. Metternich machte mit Wrede zugleich ab, daß nach dem Aussterben der Großherzoge von Baden „die badische Pfalz" infolge der Verwandtschaft der Königin Karoline von Bayern mit der Baden-Durlacher Linie an Bayern und der Breisgau an Österreich aus altem Besitzrechte fallen sollte. Allein Freiherr von Stein haßte den bayerischen Feldmarschall aus ganzer Seele und machte auch den Kaiser von Rußland Bayern abwendig durch die Vorstellung, daß Montgelas die Annahme des von Nesselrode übergebenen deutschen Verfassungsentwurfes hintertrieben hätte und eine unmittelbare Vereinigung Bayerns mit der Rheinpfalz den deutschen Süden vom Norden trennen würde[1]. Stein besaß zwar einen offenen, schlichten Sinn, eine reiche Geistesbildung und staatsmännische Erfahrenheit, konnte aber bis zur Härte herrisch und leidenschaftlich sein gleich dem Kaiser Napoleon.

In der bayerischen Entschädigungsfrage ließ sich Alexander I. von Stein beeinflussen und drängte dadurch den Feldmarschall Wrede auf Seite Frankreichs und Österreichs. Talleyrand konnte ohne Mühe Wrede, Metternich und Castlereagh überreden, daß sie sich über eine Konvention einigten, in welcher die Ansprüche des Königs von Sachsen festgestellt wurden. Franz I. sagte zu einer Deputation ehemaliger Reichsritter: „Der König von Sachsen muß sein Land wieder haben, sonst schieße ich. Auf die Völker Deutschlands kann ich zählen." Am 3. Januar 1815 wurde das Bündnis zwischen Frankreich, England, Österreich und Bayern gegen Preußen und Rußland unterzeichnet, dem auch Hessen-Darmstadt, Hannover, die Niederlande und später Sardinien beitraten. Hinter dem Rücken Talleyrands bot Metternich dem Fürsten von Hardenberg Sachsen an, wenn er die Ansprüche Rußlands auf Polen zurückweise; dem Zaren machte er Hoffnung auf Polen, wenn er gegen die Einverleibung Sachsens in Preußen protestiere. Als Alexander dem preußischen Staatskanzler die Absicht Metternichs mitteilte, leugnete dieser die mit Hardenberg besprochene Sache; hierüber wurde der Zar so aufgebracht, daß er dem österreichischen Kaiser sagte, er werde mit Metternich nicht mehr unterhandeln. Dem Großfürsten Konstantin befahl er, daß er bei Warschau ein Heer von 70000 Mann sammle. Österreich ließ in Böhmen Truppen zusammenziehen und Bayern traf Anstalt zur Kriegsbereitschaft. Dem Feldmarschall Wrede wurde der Oberbefehl über das verbündete Heer übertragen. Der listige Talleyrand glaubte schon am Ziele zu stehen; allein in England sehnte man sich nach Frieden, und Castlereagh erhielt von dem Londoner Kabinett den Auftrag, Feindseligkeiten gegen Preußen zu verhindern. Ohne finanzielle

[1] Pertz a. a. O. IV, 270—275.

Unterstützung von seiten Englands konnte Österreich, welches noch an den verderblichen Folgen des Staatsbankerottes von 1811 litt, keinen Krieg unternehmen; zudem kamen aus Italien und Frankreich schlimme Nachrichten. In der Lombardei hatte die österreichische Herrschaft sich in kurzer Zeit so verhaßt gemacht, daß der Feldmarschall Bellegarde sich nur durch Waffengewalt halten konnte. Die französische Armee war wegen Zurücksetzung der Napoleonisch gesinnten Offiziere und Soldaten von einem so unbotmäßigen Geiste beseelt, daß sie von dem Kriegsministerium nur mit Not in Ordnung gehalten werden konnte. Lord Castlereagh gab auf Verlangen Hardenbergs im argen Widerspruche zu seinen früheren Äußerungen zu Protokoll, daß der König von Sachsen nicht zu den Verhandlungen beigezogen werden dürfe. Metternich stimmte mit bitterem Widerstreben zu, und Talleyrand, der nun allein stand, mußte zugeben, daß der alte Teilungsplan wieder hervorgezogen wurde. Die Unterhandlungen bewegten sich mehr um die größere oder kleinere Grenze, und Alexander machte in der Sache Polens Zugeständnisse, so daß vom Kongreß Mitte Februar ein Entwurf angenommen wurde, nach welchem Preußen einen Teil von Sachsen, Posen, die Rheinprovinz und Westfalen erhielt und der sächsische König in sein vermindertes Land eingesetzt wurde[1]. Es war hohe Zeit, daß der Kongreß sich einigte, denn nach wenigen Tagen traf die Botschaft ein, daß Napoleon (26. Februar 1815) die Insel Elba verlassen und mit seiner Leibgarde (1. März) an der französischen Küste bei Cannes gelandet sei.

Die Anwesenheit Napoleons auf Elba hatte schon längst die Besorgnis der Großmächte erregt, weil man in Wien die Umtriebe der Napoleonischen Partei in Frankreich, an deren Spitze die ehemalige Königin Hortense von Holland stand, gut kannte. Man dachte schon längst daran, den gefährlichen Imperator auf eine Felseninsel ferne von Europa zu verbannen. Der korsische Eroberer hatte eine ausgebreitete Korrespondenz mit seinen Verwandten und Anhängern in Frankreich geführt und war durch seine Agenten über die Kongreßverhandlungen in Wien und über die Stimmung der Franzosen in Paris genau unterrichtet. Die Uneinigkeit der europäischen Mächte in der polnischen und sächsischen Sache war ihm ebenso bekannt, wie die Abneigung der Franzosen gegen die Bourbonen. Als er hörte, daß die Monarchen, namentlich die Bourbonen, seine Ablieferung auf die einsame Insel St. Helena für rätlich hielten, reifte in ihm der Entschluß, ihnen zuvorzukommen und nach Frankreich zurückzukehren; der wahrscheinliche Ausbruch eines Krieges wegen Sachsens und Polens drängte zur Ausführung. In 20 Tagen erreichte Napoleon Paris; auf der Reise wuchs täglich sein An-

[1] Bernhardi, Geschichte Rußlands und der europäischen Politik in den Jahren 1814—1834, Bd. I.



hang; die Soldaten und das Landvolk eilten ihm im Triumphzug entgegen. Einzelne seiner Anhänger wurden über seine Rückkehr von einer so gewaltigen Freude ergriffen, daß sie plötzlich starben oder wahnsinnig wurden. Der reiche, mit einer pfalz-birkenfeldischen Prinzessin verheiratete Marschall Berthier, Fürst von Wagram, wurde in seiner Wohnung in Bamberg irrsinnig und stürzte sich vom Fenster herab zu Tode. Erst vor einem Jahre hatten 24 Millionen Franzosen sich vor den rückkehrenden Bourbonen zur Erde gebeugt und sie hoch gepriesen; als der despotische Korse, den sie mit endlosen Verwünschungen in die Verbannung gestoßen hatten, nach 12 Monaten aus dem Exil zurückkam, neigten sie sich vor ihm in ehrfurchtsvoller Demut. Die französische Armee brach in einer Stärke von 150 000 Mann den Eid, den sie dem König Ludwig XVIII. geschworen hatte, gleichmäßig und einstimmig; das ist einzig in der Geschichte[1]. Die Deutschen haben oft schmachvoll ihre Nationalität verleugnet; seit 1815 aber wurden sie von den Franzosen an politischer Schlechtigkeit weit übertroffen.

Napoleon I. richtete nach seiner feierlichen Ankunft in Paris an die Großmächte ein Schreiben, in welchem er ihnen ankündigte, daß er den letzten Pariser Vertrag halten und im Frieden regieren werde. Allein niemand schenkte seiner tückischen Korsennatur Glauben, und die in Wien versammelten Fürsten vergaßen allen Hader. Rußland, Österreich, England und Preußen erneuerten (25. März 1815) die Allianz und bestätigten den Pariser Frieden. Napoleon hoffte, den russischen Kaiser von den Alliierten zu trennen, indem er ihm den geheimen Vertrag vom 3. Januar, welchen Ludwig XVIII. bei seiner Flucht nach Gent nebst den anderen Kongreßakten in den Tuilerien zurückgelassen hatte, überschickte. Alexander I. wurde zwar hierüber heftig erzürnt, doch unterdrückte er seinen Unmut; er ließ Metternich zu sich entbieten und zeigte ihm in Anwesenheit Steins das Schreiben mit der Frage, ob er es kenne. Der Minister verzog keine Miene und schwieg; als er eine Wendung suchte und reden wollte, unterbrach ihn der Kaiser mit den Worten, daß hiervon zwischen ihnen keine Rede mehr sein und der Bund zwischen Rußland und Österreich seit der Rückkehr Napoleons fester sein solle als je. Er warf die Schrift in das neben ihm auflodernde Kaminfeuer und entließ Metternich und Stein. In ähnlicher Weise sprach Alexander zum König von Bayern: „Sie sind fortgerissen worden; ich denke nicht mehr daran.“[2] Bayern wurde nicht fortgerissen, sondern hat am meisten die Vereinbarung der Quadrupelallianz betrieben, um damit die vertragsmäßige Entschädigung zu erreichen. Seit dem Bekanntwerden des geheimen Vertrages nahm die Mißstimmung des russischen und preußischen

---

[1] Gervinus a. a. O. I, 187—237.

[2] Klüber, Akten des Wiener Kongresses, IX, 129; V, 121—138.

Monarchen gegen die bayerische Regierung und zumeist gegen den hochfahrenden und störrischen Fürsten Wrede zu. Der Kongreß wollte auf die Gebietsansprüche Bayerns nicht eingehen, so daß man sich hierüber in zwei Sitzungen nicht einigen konnte. Am Münchener Hofe wurde man über Preußen und Rußland sehr erbittert, und Montgelas ließ das Gerücht verbreiten, der König von Bayern werde in Wien auf Betrieb Preußens unter Aufsicht zurückgehalten. Die Königin Karoline äußerte sich in ihrer Aufregung höchst ungehalten über ihren Schwager Alexander, und der russische Gesandte bemerkte ihr, der Zar hätte wohl die Rolle eines Befreiers von Europa übernehmen können, aber der Kerkermeister und Henker desselben zu sein, passe sich nicht für ihn. Sobald Napoleon von der politischen Stimmung in München Kenntnis erhielt, ließ er dem Minister Montgelas durch Herrn von Stassard einen Brief überbringen, in welchem er ihm ein Bündnis zwischen Bayern und Frankreich antrug. Stassard reiste mit ähnlichen Anträgen von München auf Umwegen durch Süddeutschland nach Wien, wurde aber in Linz verhaftet und über die Grenze zurückgeschickt. Max Joseph zögerte mit seinem Beitritte zur Allianz gegen Napoleon, bis die Bevollmächtigten von Österreich, Rußland, Preußen und England mit ihm (23. April 1815) einen Vertrag eingingen, in welchem ihm ein unmittelbarer Zusammenhang des bayerischen Frankenlandes mit der Rheinpfalz zugestanden wurde. Die hierin beteiligten Fürsten von Hessen, Baden und Württemberg lehnten eine Abtretung von den ihnen zugewiesenen Landen ab und wurden von Stein bei den Großmächten mit Erfolg unterstützt; diese reisten von Wien ab, ohne den Vertrag vom 23. April zu unterzeichnen[1].

Napoleon I. hatte inzwischen eine Armee von 130000 Mann gerüstet und im Süden und Westen Frankreichs mehrere kleine Corps errichtet, um die verbündeten Monarchen zu täuschen und ihre Aufmerksamkeit dorthin zu lenken. Ehe sich die Truppenmassen der Alliierten sammelten, warf er sich mit Blitzesschnelle auf die in Belgien stehenden Heere unter Blücher und Wellington, welche auf einer Linie von 60 Stunden zerstreut waren. Zuerst griff er die Preußen, bevor sie sich mit den Engländern und Hannoveranern vereinigen konnten, (16. Juni 1815) bei Ligny mit solcher Heftigkeit und Überlegenheit an, daß die Kühnheit Blüchers und die Tapferkeit seiner Soldaten dagegen vergeblich ankämpften. Die Preußen erlitten eine entschiedene Niederlage; ihr Feldmarschall wurde verwundet und entrann wie durch ein Wunder der Gefangenschaft. Napoleon gab sich dem Glauben hin, daß er die preußische Armee zersprengt und für lange Zeit kampfunfähig gemacht habe; er unterließ deshalb eine kräftige Verfolgung derselben und entsendete zu ihrer Beobachtung am andern Tage nur ein Corps von 30000 Mann

[1] Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn v. Stein, IV, 415.

unter dem General Grouchy gegen Namur, wohin sich nach seiner Meinung die Preußen zurückgezogen hätten. Mit 75000 Mann und 250 Geschützen marschierte er gegen den Herzog von Wellington, welcher bei Waterloo und Belle-Alliance südlich von Brüssel mit 70000 Engländern, Hannoveranern und Braunschweigern nebst 150 Geschützen Stellung genommen hatte, um die geflohenen Bourbonen in Gent aus Hingebung für die Legitimität zu schützen. Am 18. Juni eröffnete Napoleon mittags die Schlacht mit einem furchtbaren Angriffe, fand aber einen bewunderungswürdigen Widerstand bei den bunt gemischten Truppen Wellingtons, welchem der Feldmarschall Blücher trotz seiner Verwundung die sichere Kunde gegeben hatte, daß er zu seiner Unterstützung herbeieilen werde. Mit glühender Wut schleuderte der kaiserliche Korse ein gewaltiges Geschützfeuer und Reitermassen den Briten und ihren Verbündeten entgegen; diese blieben unerschütterlich, aber ihre Reihen lichteten sich immer mehr, bis endlich die Preußen bei Belle-Alliance erschienen. Napoleon richtete nun seine ganze Macht gegen die neuen Feinde; diese aber durchbrachen nach einem blutigen Gefechte die Schlachtreihe der Franzosen bei Planchenois, und als auch Wellington zum Angriffe überging, wurden die Franzosen vollständig besiegt, und Napoleon hatte sein Reich, seine Hoffnung und Zukunft verloren. Der preußische General Gneisenau verfolgte mit Raschheit und Ausdauer die entmutigten Franzosen, welche auseinanderstoben. Während die Preußen nach Frankreich stürmten und mehrere kleine Festungen eroberten, überschritt Wellington mit Ludwig XVIII. und dessen Gefolge die französische Grenze und forderte die Pariser auf, die Rückkehr ihres Königs zu erbitten, widrigenfalls sie sich den Frieden und einen andern König durch Abtretung von Provinzen und Festungen erkaufen müßten. Auch der Kaiser von Österreich und Metternich unterstützten Ludwig XVIII., weil sie mit ihren Verdiensten um die Restaurierung der Bourbonen nicht zu spät kommen wollten. Der Kaiser von Rußland stand auch für Ludwig ein, obgleich er anfänglich den Herzog von Orleans begünstigt hatte; Preußen aber versäumte wieder, den gewonnenen Sieg auszunützen[1]. Napoleon war von Waterloo nach Paris geeilt, entsagte (22. Juni) zum zweiten Male zu gunsten seines Sohnes dem französischen Throne und floh nach Rochefort, um von hier nach Amerika zu entkommen. Allein der Hafen war von Engländern besetzt; im Vertrauen auf die Großmut des britischen Volkes suchte er Schutz auf einem englischen Schiffe, täuschte sich jedoch bitter. Die Großmächte hatten sich schon (2. Juli) in dem Beschlusse geeinigt, ihn auf die einsame Felseninsel St. Helena zu verbannen, wo er am 18. Oktober 1815, dem Jahrestage der Leipziger Schlacht, anlangte und im Kreise weniger Getreuen unter der Obhut des rauhen englischen Statthalters Hudson Lowe

---

[1] Beitzke, Geschichte der deutschen Freiheitskriege, III. Bd.

bis zu seinem Tode (5. Mai 1821) sein klägliches Schicksal würdig und ungebeugt ertrug[1].

Feldmarschall Blücher verfolgte die fliehenden Franzosen unausgesetzt und nahm Paris (4. Juli 1815) nach einigen kleinen Gefechten, ehe der General Grouchy zu Hilfe kam. Bei seinem Einzuge in Paris (7. Juli) wollte er aus Erbitterung gegen die Franzosen die Brücke von Jena in die Luft sprengen und 100 Millionen Franken Kriegssteuer fordern; Wellington aber widersetzte sich aus Rücksicht gegen die von ihm zurückgeführten Bourbonen. Fürst Schwarzenberg hatte indes die alliierten Truppen am Rheine gesammelt und war mit ungefähr einer halben Million Soldaten nach der französischen Hauptstadt aufgebrochen. Auf Befehl des Großen Hauptquartiers zogen 60000 Bayern unter dem Feldmarschall Wrede, welcher (18. März 1815) von seinem König zum Fürsten von Ellingen ernannt worden war, über Luneville gegen Toul, wo sie ein französisches Beobachtungscorps unter den Generalen Rapp und Lecourbe von Paris abschnitten. Bei Epernay stellte Wrede die Verbindung zwischen dem linken Flügel der Preußen und dem Hauptheere her, schlug die französische Besatzung in Chateau-Thierry mit Eroberung von 13 Geschützen zurück und nahm die Marschrichtung an die Loire bis Orleans und Auxerre, um die Reste der napoleonischen Armee zu vernichten[2]. Als die verbündeten Monarchen zum zweiten Male in Paris einzogen, hofften alle deutschen Generale und Staatsmänner, sogar Metternich, den Elsaß und Lothringen mit der Verteidigungslinie von Straßburg und Metz wieder zu erwerben, weil die Schlacht bei Waterloo größtenteils durch deutsche Waffen gewonnen worden war; allein Deutschland wurde von seinen selbstsüchtigen Bundesgenossen im Stiche gelassen. Der Herzog von Wellington, ein eifriger Tory, forderte für die Bourbonen den ungeschmälerten Besitz von Frankreich, damit sie sich leichter auf ihrem Throne halten könnten; hierin handelte er auch im Sinne der englischen Regierung, welche auf ein Bündnis mit Frankreich einen weit höhern Wert legte, als auf eine Verbindung mit dem noch kaum konstituierten Deutschland, wenn es voraussichtlich zu einem Kriege gegen das Übergewicht Rußlands im Orient kommen sollte. Der russische Reichskanzler Nesselrode wollte kein mächtiges Deutschland gegen Westen, um die Freundschaft Rußlands an dasselbe um den höchsten Preis zu verkaufen. England und Rußland einigten sich aus entgegengesetzten Ursachen wider die Interessen und Rechte Deutschlands. Mehrere Monate wurde in Paris über die von Frankreich zu fordernde Kriegskostenentschädigung und Gebietsabtretung verhandelt. Noch größere Schwierigkeiten ergaben sich aus den Verhandlungen zwischen Bayern und Österreich. König Max Joseph

---

[1] Beitzke, Geschichte der deutschen Freiheitskriege, III. Bd.
[2] Heilmann, Feldmarschall Fürst Wrede, 159—239.

bestand auf vollständiger Ausführung des Rieder Vertrages und verbündete sich mit Württemberg, Baden, Hannover und den Niederlanden, um mit größerm Gewichte bei den allgemeinen Angelegenheiten auftreten zu können, jedoch ohne Erfolg. Kaiser Franz I. und seine Generale forderten unbedingt das Salzburger Erzbistum wegen seiner militärischen Wichtigkeit. Metternich brachte durch den Beistand des Freiherrn von Stein die Großmächte auf seine Seite und beantragte für Bayern eine Entschädigung auf dem linken Rheinufer. Über den Rieder Vertrag setzte er sich treubrüchig mit der Äußerung hinweg: „Eine mögliche Weigerung Bayerns, in die vorgeschlagenen Veränderungen einzugehen, kann nicht zugelassen werden, weil sie durch die ersten Mächte unterstützt werden.“[1] Am 20. November 1815 wurde der zweite Pariser Friede abgeschlossen und der erste mit geringen Abweichungen bestätigt. Die Grenzen Frankreichs wurden auf den Bestand von 1790 beschränkt und die Festungen Philippeville und Marienburg nebst Bezirk mit den Niederlanden, Saarlouis mit Preußen, die Festung Landau mit der bayerischen Rheinpfalz und Nizza nebst Savoyen mit Sardinien vereinigt. Frankreich mußte 700 Millionen Franken Kriegskostenentschädigung zahlen, wovon jede der Großmächte 100 Millionen und ebensoviel die übrigen verbündeten Staaten bezogen; 60 Millionen wurden für die deutsche Grenzbefestigung bestimmt. Bayern erhielt $40^{1}/_{2}$ Millionen, wovon 15 Millionen für Herstellung der von den Franzosen zerstörten Festungswerke in Ingolstadt berechnet wurden. Die Festung Luxemburg wurde von Preußen und Niederländern, und Mainz von Österreichern und Preußen besetzt. Die meisten von den Franzosen in allen Ländern geraubten Kunstgegenstände und wissenschaftlichen Denkmäler wurden an die Eigentümer zurückgegeben. Das Königreich Neapel, welches im ersten Pariser Frieden dem Prinzen Murat wegen seiner Verbindung mit Österreich zuerkannt worden war, wurde wieder mit Sizilien vereinigt und dem Bourbonen Ferdinand I. übertragen. Murat hatte bei der Rückkehr Napoleons von Elba Österreich bekriegt und die Italiener zur Erhebung für ihre Freiheit und Einheit aufgefordert, wurde aber in der Schlacht bei Tolentino von den Österreichern besiegt und zur Flucht nach Frankreich genötigt. Wiewohl ihn die Großmächte in Paris der Krone für verlustig erklärten, so machte er doch den gewagten Versuch, mit einer kleinen Schar in Kalabrien zu landen, wurde aber in Pizzo gefangen und (13. Oktober 1815) erschossen. Zum Schutze der bourbonischen Dynastie blieb ein gemischtes Besatzungsheer von 150000 Mann in Frankreich, welche auf Kosten der französischen Staatskasse verpflegt wurden. Zu diesen Occupationstruppen stellte Bayern drei Infanterie- und zwei Chevauxlegers-Regimenter nebst zwei Batterien, welche an den Ufern der Saar einquartiert wurden[2].

[1] Pertz a. a. O. IV, 453—585. [2] Gagern v. H., Der zweite Pariser Friede 1815.

Die verbündeten Monarchen wurden vor ihrer Abreise von Paris durch religiöse Gefühle veranlaßt, einen auf christlichen Grundsätzen beruhenden Bund, „die heilige Allianz“, zu gründen. In dem beispiellosen Glückwechsel Napoleons, dem gänzlichen und schnellen Verschwinden seiner unbegrenzten Militärherrschaft und der Rückkehr vieler vertriebener Fürsten auf ihre Throne erkannten sie das wunderbare Walten der göttlichen Vorsehung. Feierlich verkündigten sie, daß sie in der innern und äußern Politik nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Milde und des Friedens regieren und von Zeit zu Zeit in persönlichen Zusammenkünften oder Versammlungen ihrer Minister die Maßregeln für Erhaltung der Ruhe und Wohlfahrt der europäischen Völker beraten werden. Es wurden alle Fürsten zum Eintritt in „die heilige Allianz“ aufgefordert mit Ausnahme des Papstes, welcher als Oberhaupt der katholischen Kirche mit protestantischen Fürsten keinen religiös-politischen Bund eingehen konnte, und des Sultan, dem man nicht zumuten konnte, daß er sich zur christlichen Religion bekannte. Die meisten Fürsten traten dem heiligen Bündnis bei; die englische Regierung lehnte es ab, weil ihr die selbstherrscherischen Grundsätze „der heiligen Allianz“ mit ihren freisinnigen Staatseinrichtungen unvereinbar erschienen [1].

Im VII. Artikel des zweiten Pariser Friedens wurde Bayern, welches beim Abschlusse des Rieder Vertrages 1700 Quadratmeilen umfaßt hatte, um 400 Quadratmeilen verkleinert und die zusammenhängende Abrundung desselben umgangen. König Max I. weigerte sich lange, den Vertrag zu unterzeichnen und die noch von Bayern besetzten Gebiete an Österreich herauszugeben. Metternich schlug die Abtretung des badischen Main- und Tauberkreises vor, und Baden sollte für diesen Verlust mit 5 Millionen Franken aus den zur Befestigung Süddeutschlands bestimmten französischen Kontributionsgeldern entschädigt werden. Dieser Antrag wurde von Preußen und Rußland verworfen, und England machte eine entschiedene Einsprache, daß die französischen Grenzbefestigungsgelder zu anderen Zwecken verwendet werden würden. Kaiser Franz I. sandte den Feldmarschall-Lieutenant von Vacquant nach München und ließ in Verbindung mit den Gesandten von Rußland, Preußen und England die Auslieferung unter Androhung von Waffengewalt fordern. Max Joseph sah sich von allen Mächten verlassen; er wich der Gewalt und unterzeichnete (20. April 1816) das Dokument [2].

Während des zweiten Vormarsches der Alliierten nach Paris war das schwierige Verfassungswerk für Deutschland in Wien vollendet worden. Österreich hatte den deutschen Fürsten und Städterepubliken einen neuen Verfassungsentwurf im Sinne der Mittelstaaten vorgelegt, welcher auch zur Grundlage der Beratungen angenommen wurde. Es war erfolglos, daß

---

[1] Pertz a. a. O IV, 586. [2] Pertz a. a. O. V, 303.

Hardenberg einen andern Entwurf entgegenstellte und Stein nochmals den Beistand Rußlands aufrief. Keine Partei wollte nachgeben, bis Napoleon wieder den französischen Thron bestieg. Aus Furcht, die Mittelstaaten würden sich mit Napoleon verbünden, ging Preußen auf die Forderung derselben ein, und am 8. Juli 1815 kam endlich die deutsche Verfassung unter dem Namen „der deutschen Bundesakte" zustande. Deutschland wurde aus 38 unabhängigen, gleichberechtigten Staaten zur äußern und innern Sicherheit zusammengesetzt. Österreich, Preußen, Dänemark und die Niederlande traten dem Bunde nur mit ihren deutschen Besitzungen bei. Zum Organe des Bundes wurde eine engere Versammlung von 17 und ein Plenum von 69 Stimmen in Frankfurt a. M. eingesetzt und das Präsidium Österreich übertragen. Beschlüsse über Abänderung der Bundesgesetze, organische Einrichtungen des Bundes, Religionssachen, Krieg und Frieden durften nur im Plenum mit Stimmeneinheit beschlossen werden. Jeder Staat war berechtigt, Bündnisse zu schließen; es durften sich jedoch die Bundesstaaten nicht untereinander bekriegen. Wenn der Bund den Krieg erklärt hat, konnte kein Mitglied einseitige Unterhandlungen führen. Streitigkeiten zwischen Bundesmitgliedern durften nicht mit Gewalt, sondern durch eine Kommission von Bundesmitgliedern, „die Austrägalinstanz", entschieden werden. Im XIII. Artikel wurde bestimmt, daß „in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung stattfinden werde", und allen christlichen Konfessionen wurde politische Gleichberechtigung, den Juden bürgerliche Verbesserung und dem deutschen Volke die baldigste Beratung der ihm zu gewährenden Rechte und Freiheiten versprochen. Dem Papst wurde zugestanden, mit jedem einzelnen Bundesstaate Konkordate abzuschließen. Die Wiederherstellung des Reiches und Kaisertums war lebhaft besprochen worden, und die kleineren Fürsten, die freien Städte und der frühere Reichsadel, ebenso Papst Pius VII. stimmten der Erneuerung des Kaisertums bei. Allein Preußen, welches durch das schwedische Pommern nebst Rügen, den nördlichen Teil von Sachsen, die Herzogtümer Jülich und Berg und die Kurfürstentümer Köln und Trier mit einem Gesamtumfang von 1100 Quadratmeilen vergrößert worden war, war nicht mehr geneigt, sich einem Kaiser unterzuordnen; ebensowenig wollten die Mittelstaaten, namentlich Bayern und Württemberg, von einem deutschen Kaiser hören, und auch den auswärtigen Mächten war ein geeinigtes und starkes Deutschland nicht genehm. Franz I. wollte von einer Krone nichts wissen, welche er vor zehn Jahren niedergelegt hatte, weil sie ihm nicht vorteilhaft, sondern lästig erschien [1].

Der Pariser und der Wiener Vertrag sind seit dem dreißigjährigen Krieg das größte, aber auch das verfehlteste Friedenswerk, das nach einem halben

[1] Klüber, Akten des Wiener Kongresses II, 255—590; VII, 10—30, 235—268, 291—398; VIII, 80; IX, 267—271.



Jahrhundert durch revolutionäre und kriegerische Ereignisse wieder gänzlich aufgelöst und vernichtet wurde. Durch die Bestimmung der deutschen Bundesakte, daß die Bundesgesetze nur mit Stimmeneinheit abgeändert werden können, hatte Metternich seine Absicht, den Bund niemals zu reformieren und umzugestalten, vollkommen erreicht. Durch den Dualismus der zwei Großmächte Österreich und Preußen war eine gegenseitige Eifersucht und Rivalisation unvermeidlich, und jede derselben suchte nicht die allgemeinen deutschen Interessen zu fördern, sondern die eigenen. Dem neuen Deutschland war nur eine defensive Stellung in Europa angewiesen, wie es Österreich und die anderen Großmächte anstrebten. Auf die Wünsche und Bedürfnisse der Nationen, welche während der Napoleonischen Periode treu zu ihren Fürsten gestanden waren und unermeßliche Opfer an Gut und Blut gebracht hatten, wurde in Paris und Wien nicht die geringste Rücksicht genommen, sondern sie wurden wie Sklaven an die Dynastenhäuser verteilt und vertauscht. Das Erzstift Salzburg, das Inn- und Hausruckviertel wurden zu Österreich geschlagen, obgleich sie wegen ihrer Abstammung lieber bei Bayern geblieben wären. Dänemark, welches Norwegen an Schweden abtreten mußte, suchte sich südlich zu einem Gesamtstaat umzugestalten und die deutschen Herzogtümer Schleswig-Holstein durch Gewaltmaßregeln zu dänisieren. Belgien wurde mit Holland vereinigt, wiewohl die Belgier durch Religion, Sitte, Sprache und Lebensweise von den Holländern gänzlich verschieden waren. Italien hatte man in viele völlig unabhängige Staaten zerbröckelt und an die Bourbonen, Lothringer, die Gattin Napoleons I. und den König von Sardinien verteilt. Der Kirchenstaat wurde zwar wiederhergestellt, aber in mehreren Plätzen den Österreichern das Besatzungsrecht eigenmächtig eingeräumt, weshalb der Papst gegen den Wiener Vertrag protestierte. Der überwiegende politische Einfluß, den Österreich in Italien behauptete, und die Beseitigung jeder nationalen Einheit regten bald den Haß der Italiener gegen die Fremdherrschaft auf. Im Pariser und Wiener Kongreß wollte man die Revolution ausrotten, legte aber ihre Aussaat viel tiefer. Die Grundsätze der französischen Revolution von 1789 konnten die Kongreßmitglieder nicht aus der Welt schaffen, und die Erinnerungen an die Begeisterung und Opfer, mit denen sich die Völker zu einer nationalen und freisinnigen Selbständigkeit gegen die despotische Universalmonarchie Napoleons erhoben hatten, blieben den Geistern und Gemütern unverlöschbar eingeprägt. In Deutschland war das Nationalgefühl seit dem Ausgang des dreißigjährigen Krieges im Volke größtenteils erstorben, und nur der Name des Kaisertums erinnerte noch an die vergangene Größe des Deutschen Reiches. Nur durch die Literatur war ein neues Leben erweckt worden, und vor allen war es der gefeierte Dichter Schiller, welcher in den Deutschen das nationale Bewußtsein anregte; sein letztes Schauspiel „Wilhelm Tell" war durch die

Befreiungskriege in Wirklichkeit umgesetzt worden. Die nationale Bewegung zeigte sich am lebendigsten unter den Männern der Wissenschaft und der studierenden Jugend, und unter ihnen waren besonders Görres, Arndt und Jahn thätig. Görres griff in seinem „Rheinischen Merkur“ die engherzigen, selbstherrscherischen Regierungen der deutschen Staaten mit fortreißender Beredsamkeit an, bis seine Zeitschrift in Deutschland, und zuerst in Bayern und Württemberg, verboten wurde. Ernst Moritz Arndt wirkte durch eine kräftige Sprache und offenen Freimut für Verbreitung einer edeln Gesinnung. Der Gründer des Turnens, Ludwig Jahn, wollte durch körperliche Übungen ein tüchtiges, kraftvolles Geschlecht heranbilden und vom Turnplatze aus mit schönen Redensarten ein neues Deutschland gründen. Diese und andere geistesverwandten Männer kamen aus dem Kreise allgemeiner Ideen und einer unklaren Begeisterung für die Freiheit nicht heraus; keiner von ihnen gelangte zu einem bestimmten politischen Plan. Ihre Lehren wurden zuerst und zumeist von den Studierenden an den deutschen Universitäten aufgenommen, und gleich nach dem Wiener Kongreß bildete sich in Jena eine Studentenverbindung mit der Bezeichnung „Deutsche Burschenschaft“, deren Mitglieder sich über alle Hochschulen in Deutschland verbreiteten und sich in Sitte, Bart, Kleidung und mancherlei Abzeichen von den anderen Studenten unterschieden; sie schwärmten für einen christlich-germanischen Idealstaat und glühten von Haß gegen „Zwingherren, Söldlinge und Philister“. Zu gleicher Zeit gründete in Erlangen der Studierende Karl Sand von Wunsiedel eine Burschenschaft und suchte seine „Kommilitonen“ für einen Kampf gegen Rom, das Militär und das Mönchtum zu begeistern[1].

Gleichzeitig waren Italien und Spanien in eine gefährliche Gärung gesetzt; in diesen Ländern machten die geheimen Gesellschaften der Carbonari und Freimaurer ausgebreitete Umtriebe zum Sturze der bestehenden Ordnung. In Frankreich erwachte der alte Nationalstolz; das Parlament beschloß, durch ein freiwilliges Anlehen den auswärtigen Mächten die vertragsmäßige Kriegskostenentschädigung zu zahlen, um das Land von der lästigen Einquartierung der fremden Truppen zu befreien. Mit patriotischer Begeisterung beteiligten sich die Franzosen mit so hohen Geldsummen, daß die Anleihe dreifach überzeichnet wurde. Die fremden Staaten waren aus Eifersucht auf den Einfluß Rußlands in der europäischen Politik bereit, Frankreich von der Militärlast zu befreien. Nach Ablauf des dreijährigen Zeitraumes, welcher zunächst für die Besatzung Frankreichs bestimmt worden war, versammelten sich (September 1818) in Aachen die Vertreter jener Mächte, welche den zweiten Pariser Frieden unterzeichnet hatten, zu einem Kongreß; der König von Preußen und die Kaiser von Österreich und Ruß-

[1] Jäger, Geschichte der neuesten Zeit I, 41.

land erschienen persönlich mit ihren Ministern. Die französischen Bevollmächtigten beantragten eine Beendigung der kostspieligen Besatzung. Alexander I. stimmte mit ihnen sogleich überein, weil er seine Truppen nach Rußland zu einer anderweitigen Verwendung zurückzuziehen wünschte. Nach kurzer Beratung kam der Kongreß überein, das Besatzungsheer aus Frankreich gegen eine Entschädigung von 265 Millionen Franken abzurufen. Der König von Bayern ließ durch seinen Bevollmächtigten, den Minister Montgelas, in Aachen seine Erbansprüche auf die „badische Pfalz" mit den Städten Heidelberg und Mannheim erneuern. Die österreichische Regierung hatte zwar nach Unterzeichnung der Bundesakte von den Bevollmächtigten der Großmächte die Zusage erlangt, daß der Besitzstreit zwischen Bayern und Österreich durch Einverleibung der „badischen Pfalz" in Bayern nach Ableben des letzten Großherzogs von Baden ausgeglichen werde; allein sie dachte nie ernstlich daran, den Rieder Vertrag und die gegebenen Versicherungen zu halten. Der regierende Großherzog Karl Ludwig von Baden hatte seine Söhne (1812 und 1817) durch den Tod verloren, und sein Oheim Ludwig, der nächstberechtigte Thronfolger, war nicht verheiratet, so daß das Haus der Zähringer dem Erlöschen nahe war. Eine Nebenlinie der Zähringer waren die Grafen von Hochberg, die Nachkommen des Markgrafen Karl Friedrich, welcher (1787) mit dem verlockenden Fräulein Karoline Geyer von Geyersberg eine unebenbürtige Ehe eingegangen hatte. Karl Ludwig erkannte in einem eigenmächtigen Familienstatut den Grafen Leopold von Hochberg, das Haupt der Nebenlinie, als fähig in der Nachfolge an und erließ hierüber (1817) eine eigene Proklamation an sein Volk. Die Badener waren mit ihm einverstanden, weil sie an dem ungeschmälerten Bestande ihres Landes festhielten. Gegen diese Abmachung that Max I. Joseph als nächstberechtigter Erbe Badens Einsprache und stellte auch beim Bundestag in Frankfurt Klage. Der badische Minister Freiherr von Berstett bat in Aachen den Kaiser von Rußland unter Thränen um Erhaltung des Landes für die Hochberger und wurde von der russischen Kaiserin, einer badischen Prinzessin, unterstützt, obgleich ihr Einfluß auf ihren Gemahl geschwächt war, weil sie nach dem Tode eines einzigen Kindes nicht mehr gebar und er die Oberhofmarschallin Fürstin von Narischkin zu seiner erklärten Maitresse machte. Der Karlsruher Hof kannte die Einwirkung schöner Frauen auf den Zaren, und so gelang es ihm, denselben für die Grafen von Hochberg günstig zu stimmen[1]. Der Freiherr von Stein, welcher von Alexander I. zu einer Zusammenkunft nach Aachen eingeladen worden war, machte aus unüberwindlichem Haß gegen Bayern seinen Einfluß auf den Kaiser zu gunsten

[1] Arndt, Meine Wanderungen und Wandlungen mit dem Reichsfreiherrn von Stein, 90.

Badens und für dessen Unteilbarkeit geltend. Auch der Bevollmächtigte Frankreichs, Herzog von Richelieu, nahm sich nicht um Bayern an. Mit Rußland waren die anderen Großmächte, welche durch die Hetzereien Steins dem neuen Königreich Bayern abgeneigt worden waren, einverstanden und gewährleisteten (10. Juli 1819) den Territorialbesitz Badens. Ebensowenig fanden am Deutschen Bundestag die Erbansprüche Bayerns Verteidiger, weil weder die zwei deutschen Großmächte noch die Mittelstaaten Bayern einen Zuwachs an Land gönnten. In einem Vergleich trat die badische Regierung das von bayerischem Gebiete umgebene und von 5000 Seelen bewohnte Amt Steinfeld in der Pfalz an Bayern ab, zahlte zwei Millionen Gulden und gestand ihm eine Etappenstraße durch Baden zu; zur Entschädigung erhielt sie von Österreich die Grafschaft Geroldseck im badischen Mittelrheinkreis. Vor dem Schlusse des Aachener Kongresses richteten die Großmächte an alle Höfe eine Denkschrift mit der Ankündigung, daß sie sich zur Erhaltung des allgemeinen Friedens, der Sittlichkeit und Religion verbündet hätten; zur Erreichung dieses Zweckes werden sich die verbündeten Monarchen oder ihre Minister oder Bevollmächtigten versammeln, wenn es die Zeitumstände erheischen[1]. Dieses Manifest gab dem europäischen Völkerrecht eine neue Entwicklung und setzte die Völker Europas in Kenntnis, daß ihre politischen Angelegenheiten der Prüfung und Entscheidung der Großmächte unterliegen.

Durch die Abtrennung der bayerischen Rheinpfalz von dem Hauptlande wurde die Machtstellung Bayerns im Deutschen Bunde geschwächt und der industrielle und politische Einfluß der regsamen und freisinnigen Rheinpfälzer auf die meist ackerbautreibende Bevölkerung in Altbayern, der Oberpfalz und Schwaben beschränkt, bis eine gemeinsame Verfassung die Bayern, Schwaben, Franken und Pfälzer im Ständehaus zur Beratung der allgemeinen Landesangelegenheiten versammelte. Es war ein großer politischer Fehler des Ministers Montgelas und seiner Nachfolger, daß sie in der geographisch abgesonderten Rheinpfalz die französische Gesetzgebung und Staatseinrichtung beließen; denn die schlimmen Folgen einer gesetzgeberischen Sonderstellung zeigen sich in revolutionären Zeiten, wo sich die Festigkeit der staatlichen Ordnung in den einzelnen Provinzen erprobt, wenn anders der Staat existenzberechtigt sein will. Den Anfang zu dem großen und schwierigen Werk einer gemeinsamen Gesetzgebung für die verschiedenen seit der Napoleonischen Zeit mit Bayern vereinigten Gebietsteile hatte die bayerische Regierung damit gemacht, daß sie dem Kriminalisten Dr. Anselm von Feuerbach den wichtigen Auftrag erteilte, das Gerichtswesen in Bayern zu reformieren. Feuerbach, in Hainingen bei Jena geboren, wurde als geistig reich begabter Freimaurer (1803) an die Universität Landshut berufen, wo

[1] Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn von Stein V, 299—307.

er sich durch sein leidenschaftliches Naturell und die Unbeständigkeit seiner politischen Anschauungen viele Widersacher erweckte und sich namentlich mit dem Hofrat Gönner in mannigfache Zwistigkeiten verstrickte, so daß er nach wenigen Jahren seine akademische Thätigkeit aufgab und zum „Geheimen Referendair" im Justizministerium ernannt wurde, wo man ihn mit der Aufgabe betraute, ein neues Kriminalgesetzbuch durch eine den Landesgesetzen entsprechende Umänderung des Code Napoléon zu verfassen, um dadurch Bayern am schnellsten dem französischen Musterstaate ebenbürtig zu machen. Feuerbach wurde mit großem Kostenaufwand nach London und Paris geschickt, um während eines längern Aufenthaltes dort das Geschwornensystem zu prüfen. Nach langer Beobachtung befürwortete er in mehreren Schriften die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens; allein die Regierung hielt die Schwurgerichte mit der damaligen Staatsverfassung unvereinbar. Nach einem mehrjährigen gelehrten Streit und Beratung bei den obersten Staatsbehörden wurde 1813 das Strafgesetzbuch Feuerbachs in Bayern eingeführt[1]. Der berühmte Kriminalist hatte die unmäßige Härte des französischen Strafrechtes, wie die lebenslängliche Kettenstrafe mit der Folge des bürgerlichen Todes, die gesundheitsgefährliche Prügelstrafe, das Inquisitionsverfahren gegen hartnäckig leugnende Angeklagte mit jahrelanger Untersuchungshaft und allen möglichen Entbehrungen und Quälereien beseitigt und in seinen natur- und strafrechtlichen Arbeiten die Rechtslehren der Philosophen Kant und Fichte zur Grundlage genommen[2]. Dennoch bereitete das neue Kriminalgesetz den Richtern in der praktischen Anwendung große Verlegenheiten, weshalb der Justizministerialrat von Gönner einen dreibändigen Kommentar und über hundert Novellen schrieb. Trotz der Unvollkommenheiten war das Feuerbachsche Kriminalgesetzbuch im Vergleich zu dem Kriminalkodex Kreittmayrs ein bedeutender Fortschritt in der Strafrechtspflege. Der Zivilkodex Kreittmayrs von 1753 blieb nebst nachfolgenden zahllosen Verordnungen und Entschließungen noch viele Jahre bestehen.

In demselben Jahre, in dem das Feuerbachsche Strafgesetzbuch erschien, wurde ein Edikt über die politischen Verhältnisse der Juden veröffentlicht; darin wurde, wie in Österreich und Preußen, die Ansässigmachung der Israeliten dadurch beschränkt, daß eine gewisse Zahl ihrer Familien in den einzelnen Orten nicht überschritten werden durfte und ihre Niederlassung in jenen Ortschaften, wo noch keine Juden wohnten, von der Erlaubnis der Allerhöchsten Stelle abhängig gemacht wurde. Die Juden waren von allen Staatsämtern, auch der Advokatur, ausgeschlossen und ihnen nur die Rechte einer Privat-

---

[1] Feuerbach L., Anselm Ritter v. Feuerbachs Leben und Wirken, I. u. II. Bd.
[2] Zeller, Geschichte der deutschen Philosophie seit Leibnitz, 517.



Kirchengesellschaft eingeräumt. Der Zweck des neuen Ediktes war, die Israeliten mehr für das Gewerbe, die Landwirtschaft und schönen Künste als für den Handel zu erziehen und zu bilden. König Max I. gestattete den Juden in München (1818) die Anlage eines Friedhofes und (1824) den Bau einer neuen Synagoge[1]. Der bayerische Handel und Industrie hatten sich während der Napoleonischen Kriegszeit gehoben, erlitten aber durch Mißernten und Hungersnot in Deutschland (1816—1817) infolge eines unaufhörlichen Regens einen großen Rückschlag, weil die Getreideausfuhr, die ergiebigste Finanzquelle des Landes, versiegte. In armen Gegenden erreichte das Elend einen so hohen Grad, daß viele Menschen sich von dem Futter der Tiere ernährten und starben. Max Joseph ließ in Rußland um drei Millionen Gulden Getreide kaufen und auf allen bayerischen Schrannen um niedrigen Preis verkaufen; er verlor zwar einige Hunderttausend Gulden, machte aber manchen gewissenlosen Wucherer bankerott[2]. Der durch die Hungersnot herbeigeführte Untergang mehrerer Gewerbe trieb viele Familien in Bayern, Württemberg und anderen deutschen Ländern zur Auswanderung nach Nordamerika. Die Leinewebereien und Schafwollmanufakturen, sowie die Metall- und Glasfabriken, welche nach dem Kriege immer schwächer betrieben wurden, sanken von der Höhe herab, auf die sie durch die Kontinentalsperre gehoben worden waren, weil die bayerische Regierung auf fremde Industrieerzeugnisse einen weit geringern Einfuhrzoll als andere Staaten legte, obgleich Österreich, Sachsen und Frankreich auf den Import bayerischer Gewerbeprodukte hohe Schutzzölle festsetzten[3]. Bayern war der erste Staat in Deutschland, welcher eine Industrie- und Gewerbeausstellung veranstaltete. Auf Betrieb der Zellerschen Kommissionsniederlage wurden die Kreisregierungen durch ein königliches Reskript angewiesen, alle Industriellen und Gewerbetreibenden in den „Kreis-Intelligenzblättern" zur Beteiligung an der ersten bayerischen Landes-Industrie- und Kunstausstellung in München einzuladen. Sie wurde im Gasthause „Zum Schwarzen Adler" (jetzt Hotel Detzer) am 12. November 1818 eröffnet und dauerte acht Tage. Es hatten sich 160 Aussteller eingefunden, meist aus München, Augsburg und Nürnberg; unter ihnen war auch Alois Senefelder, der Erfinder der Lithographie, mit 20 Musterblättern für die verschiedenen Anwendungen der neuen Kunst und Xaver Gabelsberger, der nachmalige Erfinder der Stenographie, mit einer mechanischen Rechentafel; auch das optische Institut von Utzschneider-Frauenhofer in München brachte seine unübertrefflichen Instrumente zur Ausstellung. In dem nämlichen Jahre fanden in Augsburg und Nürnberg Kreisausstellungen für Ge-

[1] Lindner, Über die Emanzipation der Juden in Bayern, 51—62.

[2] Wolf, Maximilian Joseph, erster König von Bayern, 40.

[3] Schnell, Denkschrift über die Lage und Verhältnisse des Handels, der Industrie und des Ackerbaues in Bayern, 65.

werbe und Industrie statt; jene in Nürnberg zeichnete sich durch Vollständigkeit aus [1].

Sehr verdienstlich wirkte auf dem Gebiete der Industrie und Landwirtschaft Joseph von Utzschneider, welcher auf seine Staatsämter und Pension verzichtete und von der Münchener Bürgerschaft (1818) zum Bürgermeister gewählt wurde. Er gründete in der Nähe Münchens die erste Zuckerfabrik und setzte als Mitglied des landwirtschaftlichen Vereins einen Preis von 1000 Gulden für die beste Schrift über Güterarrondierung aus [2]. Die Landwirtschaft wurde vorzüglich gefördert durch den frühern Illuminaten von Hazzi, welcher als Mitglied der „Landeskulturdeputation" für Kolonisierung, Urbarmachung und Zehntfixation thätig war und den Hopfenbau in der Hallertau förderte. Der Administrator der Staatsgüter und Vorstand der landwirtschaftlichen Centralschule in Schleißheim, Max Schönleutner, widmete sich mit hingebendem Eifer den Fortschritten der Landwirtschaft, und der ehemalige Halloberbeamte Johann Fürst in Frauendorf bei Vilshofen entfaltete in der Obstbaumzucht und den landwirtschaftlichen Zeitschriften „Die Frauendorfer Blätter", „Die Bauernzeitung", „Allgemeine deutsche Gartenzeitung" ꝛc. eine ersprießliche Thätigkeit. Gleiches Verdienst erwarb sich um das Forstwesen der aus Eisenach berufene Forstrat Dr. Chr. Fr. Meyer, welcher zuerst an der von dem toskanischen Großherzog in Aschaffenburg (1807—1808) errichteten Forstakademie als Lehrer und hernach als Forstrat an der „Generalforstadministration" und an der Regierung in Ansbach für Hebung der Forstkultur wirkte. In seiner unübertroffenen Forstdirektionslehre nahm er die richtigen nationalökonomischen Regeln zur Grundlage, wodurch er alle Fachgenossen seiner Zeit überragte. Nach Aufhebung der Generalforstadministration (1818) wurde die Aschaffenburger Forstakademie (1819) neu organisiert und der Unterricht für den niedern und höhern Forstdienst eingerichtet [3].

Das Kunstgewerbe wurde begünstigt durch Gründung eines polytechnischen Vereins (1815), nach der „Hamburger Gesellschaft" der zweite Verein dieser Art in Deutschland, und die erste deutsche Baugewerkschule wurde in München (1823) eröffnet. Das Bauwesen machte einen bedeutenden Fortschritt durch die wissenschaftliche Thätigkeit des berühmten Oberbergrates und Professors der Mineralogie von Fuchs, welcher zu Mattenzell im Bayerischen Walde geboren war. Fuchs klärte die Natur und Wirkungsart des von dem Engländer Parker erfundenen Zements auf, wodurch sich die Fabrikation desselben schnell über andere Länder verbreitete, weil man von jetzt an das geeignete Roh-

[1] Attenberger, Bayerns Industrie auf den Ausstellungen, 14 ff.

[2] Desberger, Joseph v. Utzschneider, Kunst- und Gewerbeblatt 1840, Heft II, 140—142.

[3] Fraas, Geschichte der Landbau- und Forstwissenschaft, 322—327, 396, 555, 592—594.



material mit Sicherheit erkennen und auswählen konnte. Das von Fuchs (1825) erfundene Wasserglas wurde mehrfach als Bindemittel zur Darstellung künstlicher Steinmassen im Bauwesen und zum Schutze verbrennbarer Stoffe gegen Feuer benützt. Der Mechaniker Friedrich Bauer und der Buchdrucker Friedrich König in Oberzell bei Würzburg erfanden (1812) die Druckmaschinen oder Schnellpressen; die erste derselben lieferte täglich 1250 Abdrücke [1]. Während neue Erfindungen ein regsameres Leben in die Technik brachten, entfaltete sich in München, das (1816) schon 60 000 Einwohner umfaßte, eine vielseitige Bauthätigkeit. Die bayerische Hauptstadt war beim Beginn des 19. Jahrhunderts von 45 000 Menschen bewohnt, deren schnelles Anwachsen eine Erweiterung derselben erforderte. Max Joseph ließ die Wälle und Bastionen, welche zwischen dem Schwabinger- und Karlsthor bestanden, niederlegen und ernannte eine eigene Lokal-Baukommission, welche (1808) die Pläne zu den Max- und Ludwigsvorstädten entwarf. An der Stelle des abgebrochenen Franziskanerklosters erhob sich (1802—1812) mit einem Kostenaufwand von 2 Millionen Gulden ein neues Hof- und Nationaltheater, welches (1823) durch einen Brand zu Grunde ging und nach dem Plane des Oberbaurates von Klenze (1825) neu erbaut wurde. Der Neubau kostete fast eine Million, welche die Münchener mit „Bierpfennigen“ (Aufschlag auf den Biertarif) zahlen mußten. Als die von dem Kurfürsten Max III. (1765) erbaute eiserne Brücke, welche über die Isar nach der Vorstadt Au führte, (1813) durch Hochwasser einstürzte, wobei viele Menschen ihr Leben verloren, wurde (1828) eine neue große Brücke hergestellt. Max I. beauftragte den Hofgarten-Intendanten Fr. von Skell, den von Rumfort angelegten einfachen Park (1802) in einen „Englischen Garten“ umzuschaffen und einen See darin herzustellen. In dessen Nähe ließ er das Schlößchen Biederstein erbauen, welches er häufig bewohnte. Auf den Wiesen des Herzogs Klemens legte Skell einen botanischen Garten an und der Baudirektor d'Herigoyen erbaute die Gewächshäuser und das massive Portal zu diesem Garten. Auf einer Anhöhe bei Bogenhausen wurde (1818) eine Sternwarte nach dem Plane des Baurates Franz Thurn unter Mitwirkung des berühmten Astronomen Soldner und des Mechanikers Reichenbach erbaut [2]. Die Direktion wurde (1820) Soldner übertragen, welchem nach wenigen Jahren der gelehrte Professor der Sternkunde und des Erdmagnetismus Johann von Lamont folgte.

Max I. hatte die Absicht, der Stadt München eine der Residenz eines Königs entsprechende Erweiterung und Verschönerung zu verschaffen; allein

[1] Karmarsch, Geschichte der Technologie seit Mitte des 18. Jahrhunderts, 490, 783, 811.

[2] Nagler, Topographische Geschichte von München, 93—105.



Mangel an den erforderlichen Geldmitteln hinderte ihn an der Ausführung. Die schlechten Finanzzustände führten ihn wieder auf den Gedanken an eine Ständeverfassung zurück, um den untergegangenen Staatskredit zu retten. Ehe noch in der deutschen Bundesakte eine konstitutionelle Regierung für die Bundesstaaten festgestellt worden war, setzte Max Joseph (1814) eine Kommission von Staatsmännern unter dem Vorsitze des Justizministers von Reigersberg zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung nieder und zeichnete selbst hierzu die Grundzüge vor. Allein das schwierige Werk kam nicht vorwärts, solange der unumschränkte Universalminister Montgelas an der Spitze der Staatsverwaltung stand. Dazu kamen von allen Seiten Klagen über den gänzlichen Mangel einer landständischen Verfassung, unerschwingliche Steuern, Mauten, Auflagen und Accisgefälle und über die willkürliche Polizeigewalt der Landrichter, welche ärger als die türkischen Paschas herrschten. Auf Zureden der Kaiserin Charlotte von Österreich und des freisinnigen Kronprinzen Ludwig that der König nach seiner Rückkehr von Wien, wo er zu dem Kaiser Franz I. ein freundschaftliches Verhältnis herstellte, den Grafen Montgelas unerwartet (2. Februar 1817) in den Ruhestand gerade in dem Augenblick, als dieser zum Staatskanzler erhoben zu werden hoffte. Max ernannte den bayerischen Bundestagsgesandten Grafen von Rechberg in Frankfurt zum Minister des Auswärtigen, den Generalkommissär Grafen von Thürheim in Baireuth zum Minister des Innern und den Hofkommissär Freiherrn von Lerchenfeld in Würzburg zum Finanzminister [1]. Das Justiz- und Kriegsministerium behielten die Grafen von Reigersberg und Triva bei. Zugleich wurde der „Geheime Rat" durch den Staatsrat ersetzt, welchem die Minister, die Generaldirektoren der Ministerien, mehrere Staatsräte und der Feldmarschall Fürst Wrede mit dem Range eines Ministers angehörten. Rechberg und Thürheim waren Anhänger des Regierungssystems Montgelas', Reigersberg, Lerchenfeld und Wrede waren einer freisinnigen Richtung zugethan. In dem nämlichen Jahre (1817) wurde das Königreich Bayern in acht Kreise geteilt und nach den Hauptflüssen derselben benannt. Die Verwaltung eines jeden Kreises, welche bisher von einem Generalkommissariat und einer Finanzdirektion ausgeübt worden war, wurde einer Kreisregierung mit einer Kammer des Innern und der Finanzen übertragen [2]. Unter dem neuen Ministerium kamen nicht nur die Arbeiten der neuen Staatsverfassung in Fluß, sondern es wurden auch die Kirchenangelegenheiten in die bringende Ordnung gebracht. Die Zustände der katholischen Kirche in Bayern waren seit der Säkularisation der geistlichen Güter in eine verderbliche Verwirrung und völlige Auflösung geraten. Die römische Kurie unterhandelte schon

[1] Pastoral-Blatt des Bistums Eichstätt, Jahrgang 1865, S. 231.
[2] Lerchenfeld, Verfassungsgeschichte Bayerns unter König Max Joseph, 80—82.

seit 20 Jahren mit der bayerischen Regierung, um die kirchlichen Verhältnisse zu regeln und das kanonische Recht zur Anerkennung zu bringen. Bayern hatte den päpstlichen Nuntius in München nicht anerkannt und steuerte auf Gründung einer Landeskirche und den Abfall von Rom los; es verstand sich zur Ausarbeitung eines Konkordatsentwurfes erst, als der erste Konsul Bonaparte mit Papst Pius VII. (1801) ein Konkordat abschloß. Der bayerische Gesandte von Cetto in Paris erhielt von dem damaligen Kultusminister Morawitzky den Auftrag, bei den Konkordatsverhandlungen mit Rom die Vermittlung Frankreichs anzurufen. Bonaparte wandte sich sogleich an den Papst; es kam jedoch zu keinem Einverständnis, weil Pius die Aufhebung aller neuen, das Kirchenrecht verletzenden Verordnungen in Bayern verlangte und die bayerische Regierung sich hierzu nicht herbeiließ [1].

Als man in Deutschland nach Einziehung der Kirchengüter mit dem Plane umging, ein Reichskonkordat zu entwerfen und den Erzkanzler Karl von Dalberg zum Primas der katholischen Kirche von ganz Deutschland zu machen, protestierte Bayern gegen jeden Übergriff in seine Staatskirchenrechte, stellte einen neuen Entwurf zu einem Landeskonkordat auf und ernannte auf Vorschlag Montgelas' den Freiherrn Kasimir von Häffelin (September 1803) zum Gesandten in Rom. Häffelin, ein Geistlicher aus der Rheinpfalz, war früher Mitglied des Illuminatenordens und wirkte später zur Unterdrückung desselben mit, weshalb er unter Karl Theodor zum Vizepräsidenten des Geistlichen Rates, Geheimen Rat und Bischof von Chersones in partibus ernannt wurde. Häffelin war ein Anhänger der „Aufklärungsgrundsätze" des Ministers Montgelas und verstand es, sich mit Klugheit und Geschmeidigkeit in die herrschende Richtung zu fügen. In Rom suchte er (1804) zuerst die Zweckmäßigkeit neuer Bistümer in Bayern dem Kardinalstaatssekretär Consalvi und dem Heiligen Vater zu erläutern. Beide sprachen ihr tiefes Bedauern über die gewaltthätige Einziehung der geistlichen Güter aus und beschwerten sich über die eigenmächtigen Übergriffe in die Rechte der Kirche in Bayern. Als Pius VII. (1804) zur Krönung Napoleons nach Paris kam, rief Max Joseph nochmals die Vermittlung des neuen Kaisers der Franzosen an. Auf Verlangen Napoleons I. ernannte der Papst den Erzkanzler Dalberg zum Metropolitanbischof für sein Bistum Regensburg und sandte den Erzbischof von Tyrus, Grafen de la Genga, spätern Papst Leo XII. zu Unterhandlungen nach Regensburg. Die bayerischen Bevollmächtigten erschienen (1806) mit einem von Montgelas ausgearbeiteten Konkordatsentwurf, in welchem die unbeschränkte Souveränität des Königs in Kirchensachen gewahrt und die Rechte der Kirche umgangen waren. Auf diesen Entwurf konnte de la Genga nicht eingehen und wollte Regensburg ver-

[1] Sicherer, Staat und Kirche in Bayern, 54—72.

lassen, als Dalberg für sich und seinen Koadjutor, den Kardinal Fesch, Metropolitanrechte über die katholische Kirche in Bayern forderte. Diese überraschenden Ansprüche machten auf die bayerischen Bevollmächtigten eine solche Wirkung, daß sie den Legaten baten, einen nichtoffiziellen Entwurf zu einem Konkordat auszuarbeiten. Dadurch erhielten die Unterhandlungen eine neue Wendung, welche für den künftigen Abschluß des Konkordates entscheidend wurde. Als König Max seine letzten Entschlüsse über Besetzung der Bistümer und Pfarreien und die geistliche Gerichtsbarkeit angegeben hatte, wurde der Entwurf in Rom der Kardinalkongregation für die geistlichen Angelegenheiten vorgelegt [1].

Pius VII. schickte auf Rat der Kardinäle den Konkordatsentwurf nach München mit der Forderung, daß die katholische Religion in Bayern unversehrt und mit allen den Rechten und Prärogativen erhalten werde, welche sie nach göttlicher Anordnung und den kanonischen Satzungen zu genießen habe. Dagegen machte er das Zugeständnis, daß der König die Bischöfe, Dignitare und Kanoniker an den Domkirchen ernennen könne. Die Verleihung der Pfarreien war den Bischöfen mit Ausnahme der Patronatspfarreien vorbehalten. Die bayerische Regierung ging nach dem Vorschlag des Domherrn von Fraunberg und des Geheimen Rates von Zentner auf die Bedingungen der römischen Kurie ein. Mit der Gefangennahme und Wegführung des Papstes nach Frankreich hörten die Unterhandlungen auf, und Bischof von Häffelin verließ auf Befehl des französischen Generals Miollis mit den übrigen beim Heiligen Stuhl beglaubigten Gesandten Rom. Nach dem Wiener Kongreß knüpfte die bayerische Regierung die diplomatische Verbindung mit Rom wieder an, weil in Bayern die Verwirrung in kirchlichen Angelegenheiten wegen Mangels an jeder oberhirtlichen Leitung und Organisation auf eine heillose Weise zunahm [2]. Die gutgesinnten Bayern fingen an, über die immer weiter sich verbreitende Irreligiosität und Sittenlosigkeit, besonders im ehelichen Leben, und über das ministerielle Kirchenregiment laute Klagen zu führen, und nur mit großer Mühe konnten die Geistlichen die Gläubigen in Ruhe und Gehorsam erhalten. Während der letzten Kriegsjahre 1809 bis 1815 hatte der Verfall der Religion und Sittlichkeit einen so hohen Grad erreicht, daß die kirchenfeindlichen Minister selbst zur Einsicht kamen, der verderbliche Zustand könne nur in Verbindung mit dem Papst beseitigt werden. Den ersten Schritt hierzu thaten sie, indem sie von der theologischen Fakultät in Landshut (1816) ein Gutachten über den Priestermangel in Bayern verlangten. In dieser Denkschrift wurde die ganze kirchenpolitische Regierung mit den schärfsten Ausdrücken verurteilt

[1] Höfler, Konkordat und Konstitutionseid der Katholiken in Bayern, 19—23.
[2] Zschokke, Betrachtungen über das bayerische Konkordat, 3—6.

und auf die Folgen der verächtlichen Behandlung, welche die Pfarrer von den Landrichtern und den übrigen Beamten erfahren, hingewiesen. Die Diöcesanvorstände, namentlich der Fürstbischof von Eichstätt, der Weihbischof von Würzburg und die Generalvikare von Passau, Augsburg und Würzburg richteten an König Max I. eine Vorstellung, worin sie die Bitte aussprachen, daß nach Eintritt des auswärtigen Friedens die Hindernisse weggeräumt werden möchten, welche bisher der Herstellung des innern Friedens entgegengestanden seien. Eine Schrift ähnlichen Inhaltes schickten sie nach Rom an den Heiligen Vater[1].

Auf Vorschlag der Minister befahl Max I. dem Freiherrn von Häffelin, welcher bisher am Hofe in Neapel beglaubigt war, nach Rom zurückzukehren und die Konkordatsverhandlungen auf Grund des Entwurfes von 1807 wieder aufzunehmen. Die Beratungen dauerten mehrere Monate, und erst am 5. Juni 1817 wurde das Konkordat abgeschlossen. Der Inhalt desselben beeinträchtigte nicht im mindesten die Rechte der Krone und des Staates, sondern setzte nur der willkürlichen Regierungsgewalt in Kirchensachen Schranken; dennoch brachte die Nachricht von dem Abschlusse des Vertrages unter die leitenden Staatsmänner in München eine große Aufregung. Die Minister Graf von Rechberg und Freiherr von Lerchenfeld, welche an einer unbeschränkten Staatsgewalt in Kirchenangelegenheiten festhielten, beantragten in einer Staatsratssitzung, daß das Konkordat vom König nicht unterzeichnet werde; die Minister Grafen von Reigersberg und Thürheim aber rieten dringend zu einem Ausgleich mit der römischen Kurie, und nur mit großer Anstrengung bewirkten sie, daß durch den Gesandten Häffelin neue Unterhandlungen mit dem Kardinalstaatssekretär Consalvi eingeleitet wurden. Der König war mit ihnen einverstanden, weil ihm an Herstellung der kirchlichen Ordnung sehr viel lag. Papst Pius VII. war nicht minder von dem Wunsche des Friedens beseelt und zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Die Minister beauftragten Häffelin in einer Instruktion, daß er die Kronrechte, das Plazet, die Oberaufsicht des Staates über die Kirche 2c. zu erhalten suche. Sie schickten den Regensburger Domherrn Grafen Xaver von Rechberg, einen Bruder des Ministers, als Unterhändler in der Eigenschaft eines Legationsrates nach Rom. Dieser Kanonikus war ein Anhänger der Febronianischen Lehrsätze und setzte es mit diplomatischer Gewandtheit und durch Vermittlung des französischen Gesandten Grafen Blacas in Rom durch, daß ein neuer Konkordatsentwurf ausgearbeitet wurde und der Papst auf Abänderung mehrerer wichtiger Artikel des Konkordates vom 5. Juni zu gunsten des bayerischen Staates einging. In dem abgeänderten Konkordat wurde die Einziehung der vielen und ausgedehnten Kirchengüter in Bayern

[1] Höfler a. a. O. 24—63.



durch den Staat anerkannt und hierfür nur die Errichtung und Dotierung einiger Klöster, bischöflicher Seminarien und der Unterhalt der Geistlichkeit gefordert. Dem König wurde die Ernennung der Bischöfe, Dombekane und Domkanoniker, deren Pfründen in einem ungeraden Monat erledigt werden, sowie der meisten Pfarrer und somit ein großer Einfluß auf die Kirche eingeräumt. Am 24. Oktober 1817 erfolgte die Unterzeichnung des Konkordates durch Max I. Joseph und am 13. November desselben Jahres wurde die päpstliche Urkunde ausgefertigt. Der König richtete ein eigenes Dankschreiben an Pius VII. und schrieb ihm (15. März 1818) kurz vor Veröffentlichung der Verfassuug, daß er den Abschluß des Konkordates zu den glücklichsten Ereignissen seiner Regierung zähle. Er besetzte die erledigten Bischofssitze und ernannte zum Erzbischof von München den Würzburger Dombekan Freiherrn von Gebsattel, mit dem er manche gesellige Stunde zugebracht hatte, und zum Erzbischof von Bamberg den frühern Bischof von Eichstätt, Grafen von Stubenberg, unter Beibehaltung seines bisherigen Bistums; für Regensburg bestimmte er den dortigen Weihbischof von Wolf, für Augsburg den Weihbischof Fürsten von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, für Speier den Generalvikar von Chandelle in Aschaffenburg und für Würzburg den Geheimen Rat Freiherrn von Fraunberg, welcher unter dem Ministerium Montgelas das Gymnasial- und Volksschulwesen geleitet und die ersten Konkordatsverhandlungen mit dem Römischen Stuhle geführt hatte. In Passau war der vom Domkapitel (1796) gewählte Graf Leopold von Thun Bischof; dieser nahm (seit 1800) in Böhmen bleibenden Aufenthalt und überließ die geistlichen Funktionen den Weihbischöfen in Passau[1]. Pius VII. präkonisierte auf Ersuchen des Königs die von ihm ernannten Bischöfe, obgleich dieser das Konkordat weder veröffentlichte noch zum Staatsgesetz erklärte, wozu er sich im XVIII. Artikel desselben verpflichtet hatte.

Als das Konkordat von der römischen Kurie veröffentlicht wurde, entbrannte zwischen den kirchlichen und politischen Parteien in Zeitungen und Flugschriften ein lebhafter Streit, wiewohl es sich nur auf die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche und ihr Verhältnis zum Staate bezieht und in keinem Artikel die Rechte anderer Konfessionen verletzt. Die Freimaurer, und an ihrer Spitze Professor von Feuerbach, schlugen Lärm über „Pfaffenherrschaft", und die Protestanten befürchteten, daß sie die Toleranzedikte verlieren, weil im Konkordat festgesetzt worden war, daß das kanonische Recht in Bayern allgemeine Geltung habe und alle demselben widerstreitenden Gesetze aufgehoben seien. In allen größeren Städten richteten sie Gesuche an den König, daß er die der protestantischen Kirche gewährten

[1] Höfler a. a. O. 63—232. Sicherer a. a. O. 189—256. Buchinger, Geschichte des Fürstbistums Passau, II. Bd.

Rechte und Freiheiten erhalten möchte[1]. Max I. forderte hierüber von seinen Ministern und Staatsräten ein Gutachten; diese eiferten gegen das Konkordat und am ärgsten der Staatsrat von Zentner, Minister Freiherr von Lerchenfeld, welcher den Staat zum Beherrscher der Kirche auch in rein geistlichen Dingen machen wollte, und Feldmarschall Fürst Wrede, der sich durch eine fanatische Feindseligkeit gegen die katholische Kirche hervorthat und die Umtriebe der Freimaurer und der Illuminaten gegen das Konkordat unterstützte. Für die vertragsmäßige Ausführung des Konkordates sprach sich Kronprinz Ludwig aus, der dem Minister Lerchenfeld schrieb: „Das Konkordat hat unser König unterzeichnet, und daß er es treu zu halten vorhat, dessen bin ich überzeugt. Was würde aus deutscher Treue werden, wenn es anders?" Allein, die Feinde des Konkordates waren einflußreicher und mächtiger als der „pfäffische Prinz", wie Feuerbach den Kronprinzen nannte. Die Minister und Staatsräte kamen überein, das Konkordat nicht als Staatsgesetz zu veröffentlichen, damit es nicht für die Katholiken Bayerns verbindlich werde; denn es war ein zwischen dem damals noch an keine Verfassung gebundenen König und dem Papst abgeschlossener, giltiger Vertrag. Mit hinterlistiger Berechnung einigten sie sich, das Konkordat nur im Zusammenhange mit der Verfassungsurkunde zu veröffentlichen, in welche der Referent der Verfassungskommission, Staatsrat von Zentner, bereits eine Reihe von Sätzen aufgenommen hatte, die im vollen Widerspruch mit mehreren Artikeln des Konkordates und mit der Verpflichtung des Königs waren, daß er an dem Konkordat ohne Zustimmung des Papstes nichts ändern werde. Auf Gutachten der Minister erließ Max I. (12. März 1818) an die protestantischen Konsistorien eine Erklärung, daß er den I. und XVI. Artikel des Konkordates nicht nach der Auffassung der Kurie zu vollziehen gedenke, und er gab zu, daß das Konkordat in Verbindung mit der II. Verfassungsbeilage (Tit. IV, § 9), dem „Religionsedikt", veröffentlicht werde. In dieser Beilage wurde das „oberstihoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht" der Krone, wonach keine Verordnungen und Gesetze der Kirchengewalt ohne vorgängige Einsicht und ohne „Plazet" des Königs verkündet und vollzogen werden dürfen, aufgenommen; damit war das Konkordat umgestoßen und das moderne Staatsrecht wiederhergestellt[2]. Es war bedeutungslos, daß das Konkordat der II. Verfassungsbeilage einverleibt und zum Staatsgesetz erklärt wurde, weil die Regierung sich an das Religionsedikt hielt und das Konkordat erst in zweiter Linie in Betracht zog.

Am 26. März 1818 wurde die Verfassungsurkunde in München durch einen Reichsherold unter Geschützdonner und Geläute der Kirchenglocken ver-

---

[1] Silbernagl, Verfassung und Verwaltung sämtlicher Religionsgenossenschaften in Bayern, 5—67.

[2] Höfler a. a. O. 232—306.

kündigt. In der Einleitung sagte der König, daß er im Bewußtsein seiner Regentenpflichten und aus freiem Entschluß seinem Volke eine Verfassung verliehen habe, welche 1808 durch die Ungunst der Zeit nicht zur Ausführung gelangen konnte und seit 1814 einer eingehenden Beratung unterzogen worden sei. Am andern Tag, dem Geburtsfeste des Königs, wurde München glänzend beleuchtet; es reihte sich Fest an Fest, und der Jubel über die neue Verfassung war grenzenlos[1]. In demselben Monat erschien ein Edikt über die Verwaltung und Einrichtung der Gemeinden in Städten und Dörfern. In der Verfassungsurkunde selbst wurde der Landtag in eine Abgeordneten- und Reichsratskammer geteilt. Die Kammer der Reichsräte wurde zusammengesetzt aus den volljährigen Prinzen des königlichen Hauses, den obersten Kronbeamten, den beiden Erzbischöfen und einem von dem König ernannten Bischof, dem Präsidenten des protestantischen Oberkonsistoriums, den Häuptern der ehemals reichsständischen fürstlichen und gräflichen Häuser und den vom König ernannten erblichen und lebenslänglichen Reichsräten. Die erblichen Reichsräte müssen adelig sein und ein Fideikommißvermögen besitzen, welches ungefähr eine Jahresrente von 12000 Gulden abwirft und jährlich in Simplo mindestens mit 300 Gulden besteuert ist. Die Zahl der lebenslänglichen Reichsräte darf den dritten Teil der erblichen nicht übersteigen. Die Abgeordneten wurden bei hohem Census nach arithmetischem Verhältnis von den adeligen Gutsherren, den drei Landesuniversitäten, der katholischen und protestantischen Geistlichkeit, den Städten und Landbesitzern gewählt, und zwar je einer auf 7000 Familien oder 31500 Seelen der Gesamtbevölkerung, indem die Durchschnittszahl einer Familie zu 4½ Mitgliedern berechnet wurde. Die Wahlen geschehen nach Regierungsbezirken auf die Dauer von sechs Jahren. Der König ernennt den ersten Präsidenten der Reichsratskammer und den zweiten aus drei von den Reichsräten vorgeschlagenen Kandidaten. In der Kammer der Abgeordneten ernennt er beide Präsidenten aus sechs vorgeschlagenen Kandidaten. Die Steuervorlagen kommen zuerst in die Abgeordnetenkammer zur Verhandlung; bei allen anderen Vorlagen ist es dem Gutdünken der Regierung überlassen, an welche der beiden Kammern sie zuerst einen Gegenstand bringen wolle. Die Steuern werden auf sechs Jahre bewilligt. Die Kron- und Familiengüter übergab Max I. dem Staat und forderte dafür eine Zivilliste. Jeder Abgeordnete ist befugt, Anträge, und jeder Staatsbürger und jede Gemeinde, Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte an die Kammer zu bringen. Die Stände werden alle drei Jahre berufen, und der König kann die Sitzungen verlängern, vertagen und die Versammlung auflösen; im letztern Falle wird binnen drei Monaten eine Neuwahl vorgenommen. Der König oder Reichs-

[1] Wolf a. a. O. 41.

verweser beschwört bei seinem Regierungsantritte die Aufrechthaltung der Verfassung und der Landesgesetze. Ebenso beschwören alle Beamten und Staatsbürger bei Anstellung und Ansässigmachung die Verfassung[1].

Die übrigen mit der Verfassungsurkunde verbundenen Edikte oder Beilagen behandeln das bayerische Indigenat, die Freiheit der Presse und des Buchhandels, die Rechte der früher reichsständischen Fürsten, Grafen und Ritter, deren bevorzugten Gerichtsstand und Befreiung von der Militärpflicht, sowie teilweise von den Steuern. Auch den anderen Edelleuten war ein bevorzugter Gerichtsstand, die Errichtung von Fideikommissen, die gutsherrliche Gerichtsbarkeit und die Siegelmäßigkeit verliehen, ebenso den höheren Beamten. Diese Vorrechte standen im geraden Widerspruch mit dem Grundsatze von der Gleichheit der Besteuerung. Die dienstlichen Verhältnisse der Beamten, ihre Gehalte und Pensionen waren geregelt. Der zum Abgeordneten gewählte Beamte bedurfte zum Eintritte in die Kammer der Bewilligung des Königs. Das II. Edikt oder Beilage der Verfassung enthält die Bestimmungen über die Religion und die kirchlichen Gesellschaften. Wer nicht einem der drei berechtigten christlichen Glaubensbekenntnisse angehört, verliert das Staatsbürgerrecht. In „gemischten Ehen" folgen in Ermangelung eines Ehevertrages die Söhne der Religion des Vaters und die Töchter jener der Mutter. Die ganze II. Verfassungsbeilage ist von einem großen Mißtrauen gegen die Kirchengewalt getragen, obgleich jeder Bischof dem König den Huldigungseid leistet. Die römische Kurie wurde mit Recht durch das Religionsedikt beunruhigt und bemühte sich, dem Konkordat eine ungeschmälerte Geltung zu verschaffen. Der Minister des Auswärtigen, Graf von Rechberg, ließ dem Papst durch einen außerordentlichen Gesandten auseinandersetzen, daß die bayerische Regierung durch die Protestanten, welche ein Drittel der Bevölkerung bilden, zum Erlasse des Religionsediktes gezwungen worden sei. Der zum Kardinal ernannte Häffelin glaubte im Sinne Rechbergs zu handeln, wenn er dem Kardinalstaatssekretär eine Note übergab, in welcher er ihm versicherte, daß das Religionsedikt nur den Protestanten gelte, das Konkordat aber die kirchliche Norm für die Katholiken sei. Häffelin wurde von Rechberg getadelt und Consalvi belehrt, „daß das Konkordat mit gewissenhafter Treue vollzogen werde, aber die von Häffelin gegebene Auslegung des Religionsediktes, als wären die Katholiken nicht zur Beobachtung desselben verpflichtet, sei unstatthaft. Die organischen Gesetze seien von sämtlichen Einwohnern des Königreichs zu befolgen und für die Katholiken doppelt verbindlich, weil sie nach dem Wunsche des Heiligen Vaters den übrigen Unterthanen mit einem guten Beispiel vorangehen sollen". Da das Religionsedikt in vielen Dingen mit dem Konkordat im Wider-

[1] Pözl, Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechtes, 520—570.



spruch steht und beide nach der Zusicherung Rechbergs gewissenhaft eingehalten werden würden, so hat das bayerische Ministerium den Beweis einer zweideutigen und unzuverlässigen Kirchenpolitik geliefert und dem Streit neue Nahrung gegeben. Papst Pius VII. legte dem König Max in einem Schreiben dar, daß, wenn das Religionsedikt für alle Unterthanen Bayerns verbindlich sei, die Katholiken einen unbedingten Eid auf die Verfassung nicht leisten könnten[1].

Am 4. Februar 1819 eröffnete Max I. den ersten Landtag. Bei der Auffahrt wurde er von einem zahlreichen Volke und im Ständehaus von den Abgeordneten und Reichsräten mit brausendem, aus Herzensgrund entquollenem Jubel begrüßt[2]. Die Abgeordnetenkammer war aus 14 adeligen Gutsbesitzern mit Gerichtsbarkeit, 14 Geistlichen, 28 Städte- und Marktdeputierten, 56 Landeigentümern und 3 Universitätsvertretern zusammengesetzt. Bei der Eidesleistung auf die Verfassung weigerte sich der Erzbischof Gebsattel von München, einen bedingungslosen Eid auf die Verfassung zu leisten; er werde die Verfassung nur im Sinne der päpstlichen Allokution vom 2. Oktober 1818 beschwören, daß das Religionsedikt für die Katholiken nicht verbindlich sei. Die Regierung begnügte sich mit einer Aushilfserklärung, welche der Erzbischof in Übereinstimmung mit dem Nuntius gab, er leiste den Eid unter der Bedingung, daß derselbe nur die bürgerliche Ordnung betreffe und zu nichts verpflichte, was den Glaubenslehren oder den Gesetzen Gottes und der katholischen Kirche widerstreite. Ebenso erklärten mehrere geistliche Abgeordneten der zweiten Kammer, daß sie den Verfassungseid nur unter der Form schwören werden, welche der Münchener Erzbischof vorgelegt habe; andere leisteten unbedingt den Eid ohne Rücksicht auf die Drohung des Erzbischofs mit kirchlichen Strafen. Der Erzbischof von Bamberg weigerte sich, selbst mit der Formel Gebsattels zu schwören, weil damit der Gegensatz nicht gelöst, sondern nur verdeckt war, indem jeder der beiden Teile sie nach seinen Grundsätzen auslegen konnte[3]. Während die Verhandlungen der Abgeordneten öffentlich waren und das regste Interesse fanden, schlossen die Reichsräte unter ihrem Präsidenten Feldmarschall Wrede alle Öffentlichkeit aus und sprachen in ihrer Adresse an den König mit Mißtrauen von den Abgeordneten als den Vertretern des gefährlichen Freiheitsprinzipes. Dadurch wurde zwischen den beiden Kammern eine Spannung erzeugt, welche ein einträchtiges Zusammenwirken derselben störte und das Volk immer mehr von den Reichsräten abwandte. Die Parteien der Abgeordneten waren weniger nach Politik als vielmehr nach Abstammung gruppiert; die Altbayern, Franken, Schwaben und Rheinpfälzer schlossen sich

---

[1] Sicherer a. a. O. 276—304. [2] Wolf a. a. O. 43—45.

[3] Höfler a. a. O. 149—158. Brück, Geschichte der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert, II. Bd.

unter sich zusammen und gegeneinander ab. Die Baireuther vereinigten sich lieber mit den Ansbachern als mit den Bambergern, wiewohl ihnen diese geographisch näher gelegen waren, und selbst zwischen den Würzburgern und Aschaffenburgern fanden Absonderungen statt, weil die Baireuther und Ansbacher unter der gemeinsamen Dynastie der Hohenzollern gelebt hatten, Würzburg früher ein selbständiges Fürstbistum und Aschaffenburg ein Bestandteil von Kurmainz gewesen war. Die verschiedenen Volksstämme waren erst vor wenigen Jahren zu einem Königreich zusammengeworfen worden und standen sich an Politik, Sitte und Sprache noch fremd gegenüber. Im allgemeinen zeigten sich die beweglichen Franken den Gedanken des Fortschritts geneigter als die bedächtigen Altbayern. Die Rheinpfälzer sprachen sich entschieden für die politischen Grundsätze der Neuzeit aus, weil sie unter der französischen Herrschaft die Freiheit der Ansässigmachung und der Gewerbe und die Ablösung der Grundrenten erfahren hatten. Diese Reformen hatten sie liebgewonnen und suchten dieselben mit der ganzen Lebendigkeit ihres Volkscharakters auch im diesseitigen Bayern zur Anerkennung zu bringen, wenn auch meist ohne Erfolg [1].

Der erste Landtag verlief wegen des Zwiespaltes der beiden Kammern ziemlich fruchtlos. Bei den Gesetzentwürfen und Anträgen betreffend die Öffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren, Übertragung der Militärgerichtsbarkeit in persönlichen Sachen an die Civilgerichte, Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, Geschwornengerichte rc. kam eine Vereinbarung der beiden Kammern nicht zu stande, weil die Reichsräte „dem Andrängen der Volksherrschaft" einen festen Damm entgegensetzten und auch jene Beschlüsse der Abgeordneten ablehnten, welche mit großer Mehrheit gefaßt worden waren. Die Abgeordneten opferten oft ihre Ansichten denen der Reichsräte, um einen Gesamtbeschluß möglich zu machen und die Sache nicht gänzlich fallen zu lassen. Das gesamte Ergebnis der ersten Kammerthätigkeit beschränkte sich nach sechsmonatlichen Beratungen auf eine Prozeßnovelle, die Gemeindeumlagen und das Finanzgesetz. Die jährlichen Einnahmen und Ausgaben wurden zu 31 Millionen Gulden festgestellt und zur Tilgung der Staatsschuld von 105 500 000 Gulden aus den Malz-, Maut- und Stempelgefällen jährlich 4 Millionen bewilligt. Nachdem über die Beeidigung des Heeres auf die Verfassung und über eine Geschäftsordnung der Kammer erfolglos verhandelt worden war, wurde der Landtag (25. Juli 1819) im Auftrage des Königs durch den Herzog Wilhelm von Zweibrücken-Birkenfeld-Gelnhausen, welcher mit einer Schwester Max Josephs verheiratet war, geschlossen [2].

[1] Lerchenfeld, Verfassungsgeschichte Bayerns unter König Max I., 67—159.

[2] Verhandlungen der zweiten Kammer der Ständeversammlung des Königreiches Bayern 1819, I.—VIII. Bd.

Wenn auch das Ergebnis der ersten Ständeversammlung gering war, so ist der Wert der bayerischen Verfassung dennoch um so höher anzuschlagen, als sie die freisinnigste in ganz Deutschland war. Kaiser Franz I. von Österreich war nicht im mindesten gewillt, von seiner Machtvollkommenheit etwas an das Volk abzugeben; das Wort „Verfassung" war ihm seit der Zeit der Jakobiner verhaßt. Sein erster Minister Fürst Metternich stimmte mit ihm in einem unumschränkten Regierungssystem und Unterdrückung jeder revolutionären Regung überein. Beide waren durch die Napoleonische Periode und deren revolutionäre Bewegung in die entgegengesetzte Richtung eines unabänderlichen Friedens und Ruhe in Europa getrieben worden. Sie machten sich zum leitenden Grundsatz, das Bestehende zu erhalten und die verschiedenen Länder des Kaiserreiches mit den Künsten der Polizeigewalt zu regieren[1]. In den einzelnen österreichischen Ländern hatten sich die alten Ständeversammlungen erhalten, oder sie wurden wiederhergestellt; in Ungarn aber wurde der Landtag 14 Jahre und in Siebenbürgen 23 Jahre nicht einberufen[2]. In Preußen war die Regierung zunächst mit der schwierigen Aufgabe beschäftigt, die vielen neuerworbenen Gebietsteile und die alten unter eine Verwaltung zu bringen. Die Führer der letzten Erhebung gegen Napoleon befürworteten eine gemeinsame Vertretung des Volkes, wodurch die verschiedenen Provinzen am schnellsten vereinigt werden würden. Ihnen stand die Militär- und Adelspartei gegenüber. König Friedrich Wilhelm III. hatte (22. Mai 1815) seinem Volke eine Verfassung versprochen, hielt aber sein Wort nicht; er wollte Ruhe haben und verschob die wichtige Angelegenheit von Jahr zu Jahr, bis sie gänzlich fallen gelassen und später (1824—1827) die Provinzialstände mit dem alten Feudalsystem und einer nur beratenden Stimme eingeführt wurden. König Friedrich I. von Württemberg, wegen seiner tyrannischen Regierung „der rheinbündnerische Sultan" genannt, lebte mit seinen Ständen bis zu seinem Tode (1816) in fortwährendem Hader, weil sie auf der alten Verfassung bestanden und er von der neuen nicht abging. Sein Sohn und Nachfolger Wilhelm I., ein Fürst von der besten Gesinnung, konnte sich erst nach einem langen Streit mit den Ständen über eine andere Verfassung (1819) einigen. In Sachsen, Hannover, Mecklenburg, Kurhessen und Braunschweig und anderen kleinen Staaten wurden nur die alten Landstände wiederhergestellt. In Oldenburg verschob die Regierung die Einführung einer Verfassung unter dem Vorwande, man müsse abwarten, wie sich die Verfassungen in anderen deutschen Ländern bewähren werden. Nur in den beiden Großherzogtümern Weimar und Hessen erlangte das Volk eine freisinnige Konstitution, und in Baden verlieh die

---

[1] Schmidt Ad., Zeitgenössische Geschichten, 325—337.

[2] Schmidt von Weißenfels, Fürst Metternich, I. Bd.

Regierung (1818) eine freie Verfassung, um im Volke eine Stütze für die Thronfolge der Hochberger zu gewinnen und das neue Hausgesetz in die Verfassungsurkunde aufzunehmen [1].

Der Bundestag in Frankfurt wäre nach dem XIII. Artikel der Bundesakte verpflichtet gewesen, jeden deutschen Fürsten aufzufordern, daß er seinen Unterthanen eine Verfassung gebe; allein Metternich hatte den österreichischen Bundestagsgesandten beauftragt, dem ganzen Verfassungswesen entgegenzuwirken. Auf seinen Betrieb wurde die Zeitungspresse in Deutschland der strengsten Zensur unterworfen; nur die russischen Literaten durften in Deutschland politische Schriften veröffentlichen, in denen sie die Deutschen nach russischen Grundsätzen zu knechten suchten. Diese Schriften reizten zuerst die deutsche Jugend, die Turner, Studierenden und besonders die Burschenschaften an den Universitäten. Ein tötlicher Haß wurde auf den Bühnendichter August von Kotzebue geworfen; er war (1761) in Weimar geboren und verfaßte 211 Lust-, Schau- und Trauerspiele, welche meist ohne Moral, Kunst und Charakterzeichnung sind und nur wegen ihrer anziehenden Situationen und überraschenden Effekte vom Volke gerne gesehen wurden, weil Ifflands Schauspiele anfingen langweilig zu werden. Kotzebue brachte das deutsche Theater in die russischen Ostseeprovinzen und nach Petersburg, wurde aber später (1801) nach Sibirien verbannt, jedoch bald wieder begnadigt, mit russischen Vertrauens- und Ehrenbezeugungen überhäuft und zum russischen Staatsrat ernannt. Von Mannheim aus schickte er regelmäßige Berichte über die wissenschaftlichen und politischen Zustände in Deutschland nach Petersburg; darin verhöhnte er die patriotische Begeisterung der studierenden Jugend und lobte den fürstlichen Absolutismus [2]. In derselben Gesinnung griff der preußische Regierungsrat Schmaltz in einer Schrift „den Tugendbund“ an und bezeichnete die Erhebung der Völker gegen Napoleon I. als eine Unterthanenpflicht gegen die angestammten Fürsten. An den Universitäten nahm unter den Studierenden die Erbitterung gegen das Fremdländische und die Schwärmerei für freiheitliche Ideen einen feurigen Aufschwung. Als die deutschen Protestanten (1817) die dreihundertjährige Jubelfeier der Kirchenreformation und der Lostrennung vom Papsttum veranstalteten, beriefen die Burschenschaften in Jena die Studenten aller deutschen Universitäten nach der Wartburg, um (18. Oktober) das Andenken an die Leipziger Befreiungsschlacht zu feiern. Es trafen von allen Hochschulen Deutschlands Deputierte ein mit Ausnahme von Königsberg und Österreich. Nach Absingung eines Liedes, einem Gottesdienst und Festmahl in der Stadt begaben sich ungefähr 500 Studenten nach der Wartburg, wo sie einen

[1] Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen, III. Bd.
[2] Lindemann, Geschichte der deutschen Literatur, 627.



Scheiterhaufen anzündeten und die Bücher Kotzebues und der Literaten Kamptz, Schmaltz und des russischen Staatsrates Alexander von Stourdza, deren Gesinnung sie der deutschen Sache für feindselig hielten, nebst einem preußischen Gardeschnürleib, einem österreichischen Korporalstock und einem hessischen Zopf als Symbolen der Reaktion nach dem Beispiele Luthers in die Flammen warfen. Dieses bedeutungslose Schauspiel setzte die deutschen Regierungen in die größte Aufregung. Der preußische Staatskanzler Fürst von Hardenberg und der österreichische Gesandte in Berlin begaben sich zum Großherzog von Sachsen-Weimar, um ihm Vorstellungen über die Vorgänge auf der Wartburg zu machen. Auch Kotzebue stellte Klage wegen Beleidigung durch die in Jena und Weimar erschienenen Zeitungen, und der Großherzog war gezwungen, die erst kürzlich eingeführte Preßfreiheit aufzuheben[1].

Unter den Studierenden, welche der Wartburgfeier angewohnt hatten, war Karl Ludwig Sand am tiefsten ergriffen und von den dort gehaltenen Reden über den Kampf für die Freiheit des Vaterlandes am mächtigsten durchdrungen worden. In seiner jugendlichen Phantasie und fanatischen Verblendung hielt er Kotzebue für den gefährlichsten Verräter und Feind des deutschen Volkes, und dessen Ermordung erschien ihm nicht nur für erlaubt, sondern sogar für verdienstlich. Zugleich wurde sein kranker Geist von dem ehrsüchtigen Gedanken erfüllt, durch sich allein eine That von unerwarteter Kraft und rettender Macht zu vollbringen. In Mannheim besuchte er den Staatsrat von Kotzebue und erdolchte ihn meuchlings (23. März 1819) mit den Worten: „Verräter des Vaterlandes!“ Auf der Straße angelangt, dankte er Gott auf den Knieen für das Gelingen seiner ruchlosen That und wollte sich selbst mit dem Ausruf: „Es lebe mein deutsches Vaterland!“ ermorden, was ihm jedoch nicht gelang. Als er von seinen Wunden genesen war, bestieg er (20. Mai 1820) das Blutgerüst in heiterer Fassung und ohne Reue und wurde selbst von den rohesten Menschen bemitleidet. Sand wurde in Volksliedern als Held gepriesen und seine Wanderung nach Mannheim und bis zum Schafott in Bildern unter Glas und Rahmen in jeder Dorfschenke Süddeutschlands dargestellt. Sein Meuchelmord wurde damals von den meisten Deutschen als politische Großthat verherrlicht und von dem Apotheker Löning nachgeahmt, welcher im Bade Schwalbach auf den verhaßten Staatsrat von Ibell aus Nassau (Juli 1819) einen Mordversuch machte; der Hinrichtung kam Löning durch Selbstmord im Gefängnis zuvor. Die damalige Stimmung über Sand beruhte wesentlich in der Befriedigung, daß durch die Ermordung Kotzebues jener schmachvolle Zustand dargelegt wurde, in welchen sich die deutschen Regierungen durch ihre

[1] Springer, Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809, I. Bd.

Abhängigkeit von Rußland gebracht hatten. Der Dichter Göthe sagte mit Recht: „Deutschland hat das französische Joch mit dem russischen vertauscht.“ Die Nachricht von dem Meuchelmorde Sands durchzuckte wie ein Gewitter die deutschen Staaten. Dem preußischen Staatskanzler Hardenberg kam diese That erwünscht; er rief aus: „Nun ist eine Verfassung unmöglich!“ Die aufgeregten deutschen Gemüter konnten leicht mit der Furcht erfüllt werden, daß in Deutschland eine große Verschwörung bestehe, deren Mitglieder die Ermordung aller Fürsten und Minister und die Einführung republikanischer Einrichtungen beabsichtigen[1]. Die Regierungen hatten Anlaß und Vorwand zu Maßregeln der Unterdrückung, wozu in den allgemeinen Zuständen in Deutschland und in der friedlichen Stimmung des Volkes kein Grund gegeben war; denn die Frevelthaten Sands und Lönings waren von diesen allein ausgebrütet worden, und nur ein von der allgemeinen Burschenschaft abgelöster Zweig strebte eine republikanische, kommunistische Revolution an, fand aber nirgends einen Anklang. Das politische Leben beschränkte sich auf enge Kreise in den einzelnen Bundesstaaten; der Verkehr selbst zwischen den Nachbarländern war noch schwach, das Reisen erschwert und die Presse, die eigentlich bewegende Kraft des politischen Lebens, noch wenig verbreitet. Nur an den Universitäten beschäftigten sich die deutschen Burschenschaften mit Politik, die nicht zur Aufgabe des akademischen Studiums gehörte; allein sie zählten in ganz Deutschland etwa 400 Mitglieder und hatten die Landsmannschaften zu erbitterten Gegnern. Auf Antrag des österreichischen Kaisers versammelten sich die Minister Metternich und Hardenberg nebst anderen Bevollmächtigten der deutschen Staaten (August 1819) in dem böhmischen Badeort Karlsbad. Fürst Metternich wies in der Konferenz auf die Gefahren hin, welche durch die Staatsverfassungen der innern Ruhe und Sicherheit des Deutschen Bundes wie der einzelnen Bundesstaaten drohen, und wurde hierin von Friedrich von Gentz, welchen Freiherr von Stein „einen elenden, feigen und in den Wollüsten untergegangenen Sophisten“ nannte, eifrig unterstützt. Den versammelten Ministern wurden die ärgsten Schreckbilder von geheimen revolutionären Verschwörungen vorgestellt, welche nirgends bestanden. Der an Geist und Körper geschwächte Fürst Hardenberg stand unter dem Einflusse des Herrn von Kamptz, welcher die Fürsten mit dem Gespenst schreckte, daß die über ganz Deutschland ausgebreitete Verschwörung auf Fürstenmord und Umwälzung aller politischen Verhältnisse abziele. Unter dem Vorsitze des österreichischen Bevollmächtigten, Grafen von Buol-Schauenstein, wurden in geheimen Sitzungen die Maßregeln beraten, mit welchen den aus den revolutionären Umtrieben und Ver-

---

[1] Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn von Stein, V, 354—357, 388 bis 400.



bindungen entspringenden Gefahren begegnet werden könnte. Nur wenige Kongreßmitglieder machten Einspruch gegen die österreichischen Vorschläge; als in einer Sitzung die Besorgnis angeregt wurde, daß die Verschworenen in Deutschland den ganzen Adel vernichten werden, einigten sich die Bevollmächtigten, welche sämtlich dem Adel angehörten, auf den Grundsätzen der Aachener Beschlüsse von 1818 über die Mittel, welche zur Unterdrückung der gefürchteten Revolution angewendet werden sollten[1].

Die Karlsbader Abmachungen blieben ein Geheimnis, bis nach der Weisung Metternichs am Frankfurter Bundestag die Beschlüsse gefaßt wurden, daß alle Universitäten, welche für Erziehungsstätten politischer Fanatiker zu halten seien, in Deutschland von Regierungskommissären überwacht werden müssen. Jene Professoren, welche wegen ihrer gefährlichen Lehren vom Amte entfernt werden, dürfen an keiner deutschen Universität mehr lehren, und die Studierenden, welche an einer Hochschule aus politischen Erwägungen entlassen würden, können an keiner andern Universität in Deutschland aufgenommen werden. Alle Zeitschriften, selbst die wissenschaftlichen, wurden unter strenge Zensur gestellt, und die Regierungen der Bundesstaaten verpflichteten sich, in der Presse keinen Angriff auf irgend eine Regierung und Verfassung zu dulden und jede Schrift, welche der Sicherheit und Würde einer Staatsregierung gefährlich wäre, zu unterdrücken. In Mainz wurde eine Zentral-Untersuchungskommission zur Überwachung der politischen Umtriebe niedergesetzt mit der Vollmacht, in allen Bundesstaaten Verhaftungen vorzunehmen und sich die Verhafteten vorführen zu lassen. Noch im Herbst desselben Jahres (1819) trafen auf Antrag des österreichischen Bundestags-Präsidialgesandten die deutschen Minister und Bevollmächtigten in Wien zu einer Konferenz zusammen, um das in Karlsbad begonnene Werk zu vollenden. Der bayerische Staatsrat von Zentner und der württembergische Minister von Mandelslohe waren mit dem Antrage Metternichs, die süddeutschen Verfassungen abzuändern, nicht einverstanden; denn am Münchener und Stuttgarter Hof befürchtete man eine Beeinflussung der beiden deutschen Großmächte weit mehr als die Schwärmerei der Studenten und einiger Professoren. Dennoch einigten sich die Konferenzmitglieder (15. Mai 1820) in mehreren Grundsätzen nach den Vorschlägen Österreichs. Vom Bundestag wurden die Wiener Beschlüsse am 8. Juni unter dem Namen „Schlußakte des Bundes“ angenommen und zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Es wurde dadurch die Bundesverfassung zweckmäßiger, aber einseitig zum Schutze der Fürsten gegen die Unterthanen ausgebildet, der Deutsche Bund für einen unauflöslichen Verein erklärt und die Einrichtung und Thätigkeit der Bun-

---

[1] Schaumann, Der Kongreß in Karlsbad, Raumers historisches Taschenbuch, Jahrg. 1850, S. 193—269.



desversammlung in Bezug auf die an sie gebrachten Beschwerden, die auswärtigen Verhältnisse, das Kriegswesen und die gemeinsamen Finanzangelegenheiten festgestellt. Beim Ausbruch einer Revolution in einem Bundesstaat mußte der ganze Bund der bedrohten Regierung Hilfe leisten und diese die zur Wiederherstellung der Ordnung getroffenen Maßregeln am Bundestag anzeigen. Der XIII. Artikel der Bundesakte, welcher den deutschen Staaten eine Verfassung zusicherte, wurde zwar nicht aufgehoben, aber mit der trügerischen Auffassung umgangen, daß das Staatsoberhaupt, in welchem alle Gewalt vereinigt sein müsse, nur in gewissen Rechten an die Mitwirkung der Stände gebunden sei und die bestehenden Verfassungen auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden sollen. Kein Fürst dürfe durch die Landstände in Erfüllung seiner Bundespflichten gehindert oder beschränkt werden, und in jenen Staaten, in denen die Ständeverhandlungen öffentlich seien oder durch den Druck veröffentlicht würden, müsse eine Sicherheit gegen Mißbrauch dieser Veröffentlichung gegeben werden. In einer spätern Sitzung (3. August 1820) wurden die anderen Wiener Entwürfe über das Austrägalverfahren, die Exekutionsordnung und die Flußschiffahrt zum Beschlusse erhoben. Über den Handel und Verkehr, worüber schon seit Jahren beraten wurde, ward eine eigene Kommission ernannt[1].

Die Karlsbader und Wiener Beschlüsse machten auf das deutsche Volk einen erschütternden Eindruck; denn zur Anerkennung der vielen Opfer, die es noch vor wenigen Jahren für Thron und Vaterland hingegeben hatte, wurde es wie eine gefährliche Masse gebändigt wegen des Verbrechens eines einzigen fanatischen Jünglings. Die Studierenden und Professoren, welche im Freiheitskampfe mutig gegen die Franzosen gefochten hatten, sahen sich mit bitterm Schmerz unter polizeiliche Aufsicht gestellt, womit sie selbst von Napoleon I., dem ärgsten Militärdespoten, verschont worden waren. In Österreich erklärten die Gewalthaber den Professoren, Dozenten, der akademischen Jugend und den Schriftstellern den Krieg, anstatt die politischen Zustände durch heilsame Einrichtungen und Verfassungen zu verbessern; mit der Ausführung der Karlsbader und Wiener Beschlüsse aber legten sie den Keim zur Revolution von 1848. In Preußen wurde der reaktionäre Druck mit unglaublicher Roheit und Gemeinheit geübt. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg ließ sich gänzlich von Metternich leiten; er entfernte alle freisinnigen Beamten und Professoren und erließ nach langen Beratungen eine Verordnung über die Form der Röcke und Krägen der Studenten. Die Burschenschaften und Turnvereine wurden aufgelöst und der „Turnvater" Jahn verhaftet und nach der Festung Küstrin abgeführt, die Professoren

---

[1] Kaltenborn, Geschichte der deutschen Bundesverhältnisse von 1806 bis 1856, I. Bd.



Arndt in Bonn und Fries in Jena abgesetzt und Professor de Wette seiner Stelle enthoben, weil er der Mutter Sands einen unbedenklichen Trostbrief geschrieben hatte. Joseph von Görres mußte sich nach Straßburg flüchten, weil er (1819) seine Schrift „Deutschland und die Revolution" veröffentlicht und sich in seinen Briefen mit flammenden Worten über die Polizeiherrschaft in Deutschland ausgesprochen hatte, und der gelehrte Naturforscher Oken wanderte in die Schweiz aus. Viele vortreffliche Männer schmachteten im Kerker oder mußten nach Amerika entfliehen. Die gebildeten Volksklassen griffen nach fremden, vorzüglich französischen Zeitungen und Schriften, und französische Denkungsart und Anschauungen verbreiteten sich zum Verderben der Regierungen und Länder[1].

In Bayern befürwortete der Minister des Auswärtigen, Graf von Rechberg, den Vollzug der Bundestagsbeschlüsse; er war ein unbedingter Anhänger der Metternichschen Politik und hatte als Bevollmächtigter Bayerns in Karlsbad mit Gentz und Kamptz übereingestimmt. Dem bayerischen Bundestagsgesandten in Frankfurt gab er die Anweisung, den Anträgen Österreichs beizupflichten. In voller Übereinstimmung mit Kaiser Franz I. ließ Fürst Metternich dem König von Bayern durch den österreichischen Gesandten in München vorstellen, daß die Bundestagsbeschlüsse das allgemeine Wohl fördern und die Ruhe in Bayern befestigen werden. Kaiser Franz fordere als Freund des Königs, seines Thrones und seiner Sicherheit, daß in Bayern und allen deutschen Staaten die Ordnung durch genaue Ausführung der Frankfurter Beschlüsse erhalten werde. Ähnliche Äußerungen machten der Kaiser und seine Minister gegen den bayerischen Gesandten in Wien. Zum Heile und Freiheit Bayerns hatten die bayerischen Minister stets verschiedene Ansichten, welche sich auch hierin im entscheidenden Augenblick geltend machten. Die Minister der Justiz und Finanzen, sowie Fürst Wrede erklärten sich für unbeschränkte Erhaltung der Verfassung; auch andere einflußreiche Männer, wie die Staatsräte von Zentner und van der Becke, teilten diese Gesinnung. Allein dieser kleinen Zahl standen die anderen Minister und die gesamte Umgebung des Königs entgegen. Den Ausschlag gab der Kronprinz Ludwig, der zu seinem Vater sprach: „Die Verfassung halten ist nicht herabwürdigend, wohl aber, sich von anderen Mächten Gesetze vorschreiben zu lassen." Max Joseph ließ zwar die Bundesbeschlüsse über die Universitäten, Preßfreiheit und das Mainzer Untersuchungsgericht in Bayern veröffentlichen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß er seine Souveränitätsrechte und die gegebene Verfassung aufrechthalten werde. Die Zentral-Untersuchungskommission in Mainz, welche man allgemein nur „die schwarze Kommission" nannte, wurde in Bayern als auswärtige Polizeibehörde nicht

[1] Pertz a. a. O. V, 421—429, 443—446.

beachtet. Es wurde an dieselbe kein Bayer ausgeliefert und ihr überhaupt keine Einwirkung auf Bayern eingeräumt[1].

Durch die Karlsbader Konferenz und die Folgen derselben war die bayerische Regierung abgehalten worden, die letzten Noten der römischen Kurie über Verletzung des Konkordates durch mehrere Artikel des Religionsediktes zu beantworten. Erst am 12. Dezember 1819 schrieb der König an den Papst, und nach wenigen Tagen (22. Dezember) richtete der Minister Rechberg eine Note an den Kardinalstaatssekretär Consalvi; beide Schreiben waren in der Form sehr entgegenkommend, enthielten aber in der Sache nicht das geringste Zugeständnis. Rechberg wiederholte die sich widersprechende Versicherung, daß die II. Verfassungsbeilage in Kraft bleibe, aber auch das Konkordat nicht angetastet werde. Pius VII. wurde hierüber schmerzlich berührt und wollte in einem Konsistorium eine Erklärung über Bayern abgeben; er stand jedoch davon ab auf Vorstellungen Consalvis, welcher einen Bruch mit der bayerischen Regierung zu einer Zeit, in der die Konkordatsunterhandlungen mit anderen deutschen Staaten noch nicht abgeschlossen waren, für bedenklich hielt. In einer Note vom 8. März 1820 stellte der Kardinalstaatssekretär an Rechberg die Forderung, daß der Verfassungseid der bayerischen Katholiken sich nur auf „die bürgerliche Ordnung" beziehe und zu nichts verpflichte, was den Gesetzen Gottes und der Kirche widerstreite, und daß in jenen Punkten, in denen das Religionsedikt mit dem Konkordat im Widerspruch stehe, die Bestimmungen des letztern beobachtet werden. Zu diesem Verlangen war er berechtigt, weil das Konkordat den Vorzug vor dem spätern Religionsedikt zu beanspruchen hatte und durch dieses als einen einseitigen Akt mit einer Rechtswirkung nicht abgeändert werden konnte[2]. Graf von Rechberg erwiderte ihm (20. April 1820) nach eingehender Beratung mit den anderen Ministern, daß er es bedauere, den Wunsch des Heiligen Vaters nicht erfüllen zu können, weil das Edikt und Konkordat als konstitutionelle Gesetze zu betrachten seien und die Regierung ohne Mitwirkung der Stände an der bestehenden Verfassung nichts ändern könne. Die Stände, namentlich die protestantischen, würden die Minister der Verfassungsverletzung anklagen, wenn sie eine authentische Auslegung eines Gesetzes ohne Beiziehung des Landtages geben würden. Die Katholiken würden sich in Anhänger des Heiligen Stuhles und in Anhänger der Verfassung teilen, wodurch ein verderblicher Zwiespalt herbeigeführt werden würde. Consalvi erkannte die Unmöglichkeit, das Konkordat mit der Verfassung ohne Zustimmung der Stände in Einklang zu bringen, und verlangte von dem König nur die Erklärung, daß das Konkordat in Bayern Staatsgesetz sei und als solches vollzogen werde. Der

[1] Lerchenfeld a. a. O. 127—373. [2] Höfler a. a. O. 254—259.

Verfassungseid beziehe sich nur auf die bürgerliche Ordnung und verpflichte die Katholiken zu nichts, was den Gesetzen Gottes oder der katholischen Kirche widerstreite. Allen Behörden werde eingeschärft, in keinem Falle von den Vorschriften des Konkordates abzuweichen, wenn sie auch mit dem Religionsedikt in Widerspruch stehen. Die Minister waren im wesentlichen mit der Forderung Consalvis einverstanden, und König Max sicherte nicht nur dem Papst die treue Ausführung des Konkordates zu, sondern erließ auch am 15. September 1821 die „Tegernseer Erklärung“, welche vom Staatsrat Zentner mitunterzeichnet war und in welcher der König beteuerte, er habe bei Verleihung der Verfassung niemals die Absicht gehabt, dem Gewissen und den Rechten der Katholiken oder dem Konkordat Eintrag zu thun. Der von den Katholiken auf die Verfassung abzulegende Eid beziehe sich nur auf die bürgerlichen Verhältnisse. Das Konkordat gelte als Staatsgesetz, dessen Bestimmungen von allen Behörden vollzogen werden müssen[1]. Allein „die Tegernseer Erklärung“ kam zu spät, weil das Ministerium sich an die II. Verfassungsbeilage hielt und das Konkordat umging, obgleich es in dem Religionsedikt (§ 103, Abs. 3) als öffentlicher Staatsvertrag anerkannt ist. In den Landtagsverhandlungen hielt die Regierung den Ständen entgegen, daß der König zu „der Tegernseer Erklärung“ nicht mehr berechtigt gewesen sei, weil nach Veröffentlichung der Verfassung ein bestehendes Gesetz nur mit Zuziehung der Stände abgeändert und authentisch erläutert oder aufgehoben werden könne. Eine authentische Erläuterung ist nicht notwendig, denn es genügt die ausdrückliche Erklärung der Absicht, welche Max I. bei Veröffentlichung der Verfassung hatte, und welche den Ministern in kirchenpolitischen Sachen zur Richtung dienen sollte; deshalb sollte der Widerspruch zwischen dem Religionsedikt und dem Konkordat nach der Gesinnung des Gesetzgebers und auf Grund der höhern Staatsidee ausgeglichen und niemals eine Auslegung zugelassen werden, welche dem Königsworte widerspricht. Wie gegen die Stände, so verhielt sich die Staatsregierung auch gegen die Bischöfe, welche sich wiederholt und vergeblich auf das Konkordat beriefen. Dadurch, daß die Minister mehrere der katholischen Kirche im Konkordat gemachten Zugeständnisse durch das Religionsedikt auf unredliche und voraussichtlich unabänderliche Weise zurücknahmen, täuschten sie den Papst und begründeten einen Streit zwischen dem Episkopat und der Staatsregierung, welcher bis auf den heutigen Tag fortdauert.

Im nächsten Jahre (1822) wurde zum nicht geringen Ärger Metternichs und seiner Parteigänger der zweite Landtag in Bayern eröffnet. Die Regierung machte von dem Rechte der X. Verfassungsbeilage, den zu Abgeordneten gewählten Beamten den Eintritt in die Kammer zu verweigern,

---

[1] Sicherer, Staat und Kirche in Bayern, 316—336.

keinen offenen Gebrauch; nur der Professor des Staatsrechtes Behr an der Universität in Würzburg war (1821) unter dem Drucke der Zeitverhältnisse wegen seiner freisinnigen Reden in den ersten Landtagssitzungen in den Ruhestand versetzt und zum Bürgermeister von Würzburg ernannt worden. Auch seine Schrift „Lehre von der Wirtschaft des Staates" erregte in den höheren Kreisen Anstoß, weil er sie auf einem volkswirtschaftlichen Liberalismus mit doktrinärer Anmaßung begründete. Den leitenden Staatsmännern rief er zu: „Sie sollen dem Himmel danken, daß die Menschen bisher die Schafsgeduld hatten, sich so grenzenlos mißhandeln zu lassen." Für den Handel forderte Behr vollständige Freiheit, selbst wenn die Nachbarn ihre Zollschranken aufrecht erhalten würden. Die Besteuerung wollte er sich lediglich nach dem reinen Vermögensertrag anlegen[1]. Außer dem Professor Behr fanden keine weiteren Ausschließungen vom Landtag statt. Dagegen zeigte sich unter den Abgeordneten selbst eine geringe Teilnahme an den Verhandlungen, weil sie an einer erfreulichen Wirksamkeit der Kammer zweifelten. Die wichtigste Vorlage der Regierung war das Hypothekengesetz, eine unübertroffene Arbeit des ausgezeichneten Staatsrates von Gönner. Es wurde von beiden Kammern mit unwesentlichen Änderungen angenommen und behauptete sich bis auf die jetzige Zeit, weil es in der Praxis allen Anforderungen entsprach. Von geringer Bedeutung war die Verhandlung über Einführung der bayerischen Gesetze in dem von Baden abgetretenen Amte Steinfeld. Die Anträge der Abgeordneten, einen süddeutschen Zollverein zu gründen und das Heer zu einem Eid auf die Verfassung zu verpflichten, wurden von den Reichsräten abgelehnt. Die Finanzlage hatte sich seit dem ersten Landtag nicht gebessert; die Staatsschuld war auf 110½ Millionen Gulden angewachsen. Die Ursache war die grenzenlose, unübersehbare Unordnung der frühern Verwaltung nicht nur in Altbayern, sondern noch weit mehr in den neuerworbenen Gebieten, von denen mehrere so überschuldet waren, daß ihre sämtlichen Einkünfte nicht einmal die Zinsen ihrer Staatsschulden deckten. Der Thätigkeit des Landtags gelang es, den verworrenen Staatshaushalt zu regeln. Die über fünf Prozent verzinslichen Schulden wurden gekündigt und heimgezahlt und alle rückständigen Abzahlungsfristen bezahlt, so daß die bayerischen Staatspapiere von 64 auf 96 vom Hundert stiegen und die vierprozentigen Lotterie-Anlehenslose auf 104 hinaufgingen. Merkwürdig war in dieser Ständeversammlung ein Antrag des Oberbergrates Joseph von Baader, die Donau mit dem Main durch einen Kanal zu verbinden; er drang jedoch nicht durch. Zeit und Umstände waren damals der Ausführung dieses Planes sehr ungünstig; denn es fehlten nicht nur die Geldmittel, sondern auch der kühne Unternehmungsgeist zu

[1] Roscher, Geschichte der deutschen Nationalökonomik, II, 1, 840.

einem so großen Werk. Am 2. Juni (1822) erfolgte der feierliche Schluß des Landtags durch den Kronprinzen Ludwig; seine Schlußworte waren bedeutungsvoll: „Nun sei es mir gestattet, da ich das erste Mal die Ehre habe, unsern innigst verehrten König und Vater in dieser Versammlung zu vertreten, daß ich laut meine Anhänglichkeit ausspreche an unsere Verfassung, die wir seiner Liebe und Weisheit verdanken.“ Diese Worte boten in der Zeit des Metternichschen Polizeiregimentes eine Gewähr für den Fortbestand der vielfach angefeindeten Verfassung Bayerns[1]. Die Versicherung des Thronfolgers war um so wertvoller, als die jüngsten Ereignisse in Spanien und Italien die Staatslehren des Gentz und seiner Genossen zu bestätigen schienen.

Die Spanier hatten von jeher den größten Abscheu gegen den Militärdienst in ihren aufständischen amerikanischen Kolonien, weil sie im Kriege gegen sie auf die Schlachtbank geliefert wurden. In den letzten acht Jahren waren gegen 40000 Soldaten durch Schwert und Fieber zu Grunde gegangen. Auch war allgemein bekannt, daß die zu Kriegsrüstungen bestimmten Gelder von denen, welche zum Kriege drängten, schamlos vergeudet wurden. Der Unwille gegen eine amerikanische Expedition wuchs unter den Soldaten in Cadix auf die Nachricht, daß Venezuela und Neu-Granada bereits verloren seien; eine Wiedereroberung der spanischen Kolonien hielten sie für unmöglich. Die Offiziere in Cadix verschworen sich, nicht abzusegeln. In dieser Stadt bestand im Offizierscorps seit längerer Zeit eine Freimaurerloge mit politischem Zweck. Die Freimaurer ließen die französischen Revolutionsschriften geheim ins Land bringen und in allen Provinzen verbreiten; es gehörte zum guten Ton, auf den König und die Geistlichkeit zu schmähen. Von Cadix aus verzweigte sich die Verschwörung in fast alle Regimenter. Am 1. Januar 1820 entfalteten die Verschworenen die Fahne der Revolution und riefen die Verfassung von 1812 aus, welche von den in Cadix versammelten Cortes während der Befreiungskriege mit einer übertriebenen, bis an Wahnsinn grenzenden Freisinnigkeit ausgearbeitet worden war. Der Aufstand in Cadix zündete in allen Provinzen Spaniens, und überall erhob die Revolution ihr Haupt, so daß der durch seine despotische Regierung verhaßte König Ferdinand VII. (8. März) genötigt war, die Konstitution von 1812 anzunehmen und zu beschwören; da er aber dadurch beinahe alle seine Kronrechte verlor, so suchte er bei den Mächten „der heiligen Allianz“ Hilfe. Von Spanien aus verbreitete sich der revolutionäre Geist über alle romanischen Staaten und erfüllte ganz Europa mit neuen Hoffnungen und Befürchtungen. Die Portugiesen erhoben sich zuerst in Oporto (August 1820) und hierauf im ganzen Lande und zwangen ihren König Johann VI., welcher in Brasilien residierte, nach Lissabon zurück-

[1] Lerchenfeld a. a. O. 253—372.

zukehren, eine von ihnen entworfene freisinnige Verfassung anzunehmen und konstitutionelle Minister zu ernennen. Auch im Königreich beider Sizilien gab die spanische Revolution das Zeichen zum Aufruhr. Über ganz Italien hatte sich unter den höheren und besitzenden Klassen der geheime Bund der Carbonari, welcher sich früher zur Abwerfung der Napoleonischen Knechtschaft gebildet hatte, verbreitet mit dem Zweck, die Herrschaft der Österreicher zu stürzen und die ganze Halbinsel unter einer konstitutionellen Monarchie zu vereinigen. In Avellino und Neapel erhoben sich über 100 000 Carbonari, verfaßten eine neue Konstitution, ähnlich der spanischen, und nötigten den bestürzten König Ferdinand I. von Neapel, sie zu bestätigen und zu beschwören. Die Insel Sizilien, welche sich von Neapel ungeachtet der neuen freisinnigen Konstitution lostrennen wollte, wurde mit Waffengewalt unterworfen[1].

Der Wiener Hof hatte mit Recht zu befürchten, daß der von den Carbonari angeschürte Revolutionsbrand auch die österreichischen Staaten in Italien ergreifen werde. Der König von Neapel hatte sich zwar in einem Vertrag (12. Juni 1815) verpflichtet, keine politische Veränderung in seinem Reiche zuzulassen, welche mit den Einrichtungen Lombardo-Venetiens im Widerspruche stünde; dennoch trug Fürst Metternich Bedenken, allein mit einer Kriegsmacht in Neapel zu intervenieren und suchte zur Sicherheit von den Großmächten hierzu auf einem Kongreß beauftragt zu werden. Die Monarchen „der heiligen Allianz“ waren über die Revolution in Spanien und Neapel um so mehr erstaunt, als sie von der Armee ausging; sie konnten sich überzeugen, daß die Bajonette keine sichere Stütze für die Throne seien. Metternich ließ am Po ein österreichisches Heer sammeln und den italienischen Fürsten ankündigen, daß Österreich in ganz Italien die Ordnung wieder herstellen werde. Auf Vorschlag des Kaisers von Rußland versammelten sich die Monarchen von Österreich, Preußen und Rußland (1820) zu Troppau in Schlesien; auch England und Frankreich schickten Bevollmächtigte. Der englische Gesandte Herzog von Wellington machte in Verbindung mit dem französischen Gesandten gemäß der von ihren Regierungen erhaltenen Anweisung Einspruch gegen eine europäische Intervention in Neapel und Spanien, weil sie von der Oberaufsichtspolitik „der heiligen Allianz“ ein Übergewicht der drei Monarchen über die mittleren und kleineren Staaten besorgten. In Troppau trat zum ersten Male ein bedeutungsvoller Gegensatz zwischen der Politik der West- und Ostmächte hervor. Alexander I. befürwortete anfangs einen friedlichen Ausgleich und eine geeignete Abänderung der neapolitanischen Verfassung; denn sein Kabinetsminister Graf von Capodistrias, ein auf der Insel Korfu geborener Grieche, stellte dem Zaren vor, daß Österreich durch

[1] Gervinus a. a. O. IV. Bd.

eine bewaffnete Intervention die Oberherrlichkeit über ganz Italien erlangen würde und die Revolutionen in diesem Lande nur durch Konstitutionen beendigt werden könnten. Als aber ein russischer Kurier die Botschaft von einer Meuterei mehrerer Gardeoffiziere in Petersburg überbrachte, einigte sich Alexander sogleich mit Österreich und Preußen in dem Beschluß, die neue Verfassung in Neapel mit Waffengewalt abzuschaffen. Fürst Metternich erklärte dem Grafen Capodistrias geradezu, daß Kaiser Franz eher den König von Neapel bekriegen werde, als die neue Konstitution in seinem Lande dulden. Auch Frankreich gab seinen Protest auf, England aber beharrte auf seinem Einspruch. Die drei Monarchen unterzeichneten ein Protokoll, in welchem sie ohne Rücksicht auf England und Frankreich übereinkamen, die Könige von Neapel und Spanien gegen die Revolution zu unterstützen und die ihnen auferzwungenen Neuerungen mit Gewalt auf den frühern Stand zurückzuführen. In einer Zirkularnote (8. Dezember 1820) wurde der Krieg gegen die Revolution und jede Ruhestörung angekündigt, und im nächsten Jahre sollte der Kongreß in der Nähe Italiens, zu Laibach in Krain, fortgesetzt und der König von Neapel dazu eingeladen werden. Gegen die eigenmächtige Einmischung in fremde Staaten erhoben sich alle unbeteiligten Regierungen, am stärksten das englische Parlament. In München, Stuttgart und Karlsruhe dachte man an einen Gegenkongreß in Würzburg, um sich die Unabhängigkeit gegen „die heilige Allianz" zu sichern, welche auf ganz Europa einen despotischen Druck üben wolle[1].

Als König Ferdinand I. von Neapel in Laibach (Januar 1821) eintraf, einigte sich der Staatskanzler Metternich sogleich mit ihm über den Einmarsch eines österreichischen Heeres in sein Land. Unter dem General Frimont rückten 60 000 Österreicher vom Po durch den Kirchenstaat und Toskana, unbekümmert um den päpstlichen und großherzoglichen Protest. Die neapolitanische Armee, deren Disziplin durch die Revolution erschüttert worden war, wurde von den Österreichern in der ersten Schlacht bei Rieti (7. März) nach kurzem Gefecht zersprengt. Nach wenigen Tagen zogen 30 000 Österreicher in die Stadt Neapel, und die alten Zustände wurden wiederhergestellt. Zu gleicher Zeit wurde eine Militärrevolution in Piemont, welche von der carbonaristischen und Österreich feindlichen Partei zum Ausbruche gebracht worden war, niedergeschlagen und in den österreichischen Staaten jede freie Institution mit Polizeimaßregeln unterdrückt; wer sich nicht fügen wollte, wurde in die Kerker zu Venedig oder auf die Feste Spielberg in Mähren geführt. Die spanische Sache wurde auf einen Fürstenkongreß in Verona verschoben. Ein Aufstand der Griechen in der Walachei und Morea verzögerte die Zusammenkunft der alliierten Monarchen.

---

[1] Gervinus a. a. O. IV. Bd.

Bei Eröffnung des Veroneser Kongresses that der Herzog von Wellington im Namen Englands einen entschiedenen Widerspruch gegen eine bewaffnete Intervention auf der pyrenäischen Halbinsel. Frankreich war zu einem sofortigen Einschreiten in Spanien bereit, weil damals die royalistische Partei im französischen Parlament und Ministerium die Oberhand hatte. Die Monarchen von Rußland, Österreich und Preußen richteten gegen den Protest Englands an die spanische Regierung (17. November 1822) eine Note mit der Aufforderung, das unbeschränkte Königtum wiederherzustellen, und beauftragten den König Ludwig XVIII. von Frankreich, zu intervenieren. In einer Zirkularnote wurden alle europäischen Höfe von den Beschlüssen des Veroneser Kongresses in Kenntnis gesetzt und aufgefordert, daß sie bei ihrer Regierung die Grundsätze „der heiligen Allianz" einhalten, um die Ruhe und den Frieden Europas zu befestigen. Alexander I. und Franz I. begaben sich von Verona nach Tegernsee, wo eben das bayerische Hoflager war, um den angesehensten konstitutionellen Fürsten Deutschlands für ihre Ansichten zu gewinnen; allein ihre Mühe war vergebens. König Max I. hielt auf Zureden seines Kronprinzen gewissenhaft und treu an der Verfassung fest. Auch am Bundestag nahm Bayern in Verbindung mit Württemberg, Sachsen und Hannover eine ablehnende Stellung gegen die Veroneser Beschlüsse ein, welche von Österreich dem Bundestag zur Annahme vorgelegt worden waren. Die Mittel- und Kleinstaaten empfanden es mit Recht als eine Zurücksetzung, daß man in Verona so wichtige Dinge ohne Zuziehung des Deutschen Bundes verhandelt habe. Ihre Mißstimmung gegen Österreich und Preußen trat auch bei den Beratungen über die Kriegsverfassung des Bundes hervor; sie setzten es durch, daß die Heereskontingente der beiden deutschen Großmächte auf je drei Armeecorps beschränkt wurden und die Kontingente der übrigen Staaten mit ihnen nicht vereinigt werden durften. Nach $1^1/_2$ Prozent der Bevölkerung wurde das deutsche Bundesheer zu 300 000 Mann schlagfertiger Truppen und eine Reserve zu 150000 Mann berechnet[1].

Dem Fürsten Metternich gelang es, die bayerischen Minister Rechberg und Zentner und den Feldmarschall Wrede für seine reaktionären Grundsätze umzustimmen. Zentner verstieg sich sogar zu der Behauptung, ohne Karlsbad wäre Deutschland verloren gewesen, und das größte Meisterwerk der Staatskunst sei die Veröffentlichung der Schlußakte des Bundes. Auch am Bundestag konnte der österreichische Staatskanzler die allgemeine Annahme seiner Polizeimaßregeln durchsetzen. Seit dem Jahre 1824 wurden die Protokolle der Bundesverhandlungen nur mehr in Auszügen veröffent-

---

[1] Schaumann, Geschichte des Kongresses von Verona, Raumers historisches Taschenbuch, Jahrg. 1855.

licht und die Verordnungen in betreff der Überwachung der Presse und der Universitäten, welche nur auf fünf Jahre festgestellt worden waren, und die Dauer der Mainzer Zentral-Untersuchungskommission auf unbestimmte Zeit verlängert[1]. Metternich, ein Staatsmann von anekelnder Eitelkeit und Selbstüberschätzung, war über seine Erfolge so erfreut, daß er die Äußerung that: „Mit der Revolution ist es aus und vorbei; diese Mode ist vergangen.“[2] In Bayern wurden mehrere befähigte Studenten, welche sich in ihrem jugendlichen Eifer zu unüberlegten Äußerungen über die politischen Zustände fortreißen ließen, strenge und lange verhaftet, jedoch durch die Selbständigkeit der Richter und die Güte des Königs ohne Nachteil für ihre Zukunft befreit. Als (1824) das 25jährige Regierungsjubiläum Max Josephs in ganz Bayern mit endlosen Freudenbezeigungen gefeiert wurde, verlieh er Straflosigkeit für alle wegen Politik gefangenen Studenten; er ließ sich jene, welche in München verhaftet gewesen waren, vorstellen, erteilte ihnen väterliche Ermahnungen und gab mehreren von ihnen zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit die nötigen Geldmittel[3]. Die Einwirkung des Metternichschen Polizeiregimentes auf die bayerische Regierung trat am stärksten gleich bei Eröffnung des Landtages 1825 hervor. Durch eine neue Geschäftsordnung wurde die Zahl der Zuhörer bei öffentlichen Sitzungen der Abgeordneten beschränkt und alle Angriffe auf die Minister, fremden Regierungen und den Deutschen Bund strengstens verboten. Beschwerden über Verletzung der Verfassung durch Beamte wurden für unzulässig erklärt und der Kammer das Recht der Initiative gänzlich entzogen. Schon aus der Thronrede ging hervor, daß während dieser Ständeversammlung eine Vorlage allgemeiner Gesetzentwürfe nicht zu erwarten sei, und es waren auch die gesetzgeberischen Arbeiten dieses Landtags fast ohne Bedeutung. Ein Landratsgesetz wurde von den Abgeordneten mit allgemeiner Zustimmung angenommen, aber von den Reichsräten verworfen, weil sie hartnäckig an Befreiung der Standesherren von den Kreisumlagen festhielten. Einen wichtigen Gegenstand der Verhandlung und Beschlußfassung bildeten die drei zusammenhängenden Gesetze über Heimat, Ansässigmachung und Verehelichung und über das Gewerbwesen. Die Regierung machte hierin den Mißgriff, daß sie die Entscheidung über Ansässigmachung, Verehelichung und Ausübung eines Gewerbes den obrigkeitlichen Behörden übertrug, denen die Vorbedingungen, wie z. B. ein gesicherter Nahrungsstand, unbekannt waren; hierüber konnte nur die Gemeinde ein richtiges Urteil fällen. Die Budgetverhandlung ergab, daß die erste Finanzperiode (1819—1825) mit einem Ausfall von 12 Millionen

[1] Kaltenborn, Geschichte der deutschen Bundesverhältnisse von 1806—1856.

[2] Metternich-Winneburg (Sohn des Staatskanzlers), Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, Wien 1881, III. und IV. Bd.

[3] Lerchenfeld a. a. O. 373 ff.

abschloß, welcher durch Verkauf von Staatsgütern, Ersparnisse und eine bessere Finanzgebahrung ins Gleichgewicht gebracht wurde. Nach Feststellung des Staatshaushaltes wurde der Landtag von dem Minister des Innern im Auftrage des Königs geschlossen[1]. Max I. Joseph pflegte mit seiner Familie im Sommer in Tegernsee zu leben; nach dem Schlusse des Landtags verlegte er das Hoflager nach Nymphenburg, um hier (12. Oktober 1825) sein Namensfest zu feiern. Am Abend wohnte er einem glänzenden Ball bei dem russischen Gesandten Grafen von Woronzoff bei und begab sich in gewöhnlich heiterer Laune rechtzeitig zur Nachtruhe nach Nymphenburg zurück. Am andern Tag fand ihn ein Kammerdiener tot im Bette; er hatte das 69. Lebensjahr erreicht. Wenige regierende Fürsten wurden so allgemein und so aufrichtig betrauert als Max I. Seine Herzensgüte, sein ritterliches Ehrgefühl und seine unbegrenzte Freigebigkeit hatten ihm die innigste Liebe und Anhänglichkeit aller seiner Unterthanen erworben.

---

[1] Verhandlungen der zweiten Kammer der Ständeversammlung des Königreiches Bayern im Jahr 1825.

Drittes Kapitel.

Regierung des Königs Ludwig I. vor der Julirevolution.

Ludwig I. hatte als Knabe die Schrecken der französischen Revolution durchlebt und sich seit Eroberung des väterlichen Besitzes durch die Franzosen in der Schule eines herben Lebens abgehärtet. Unter vielfachen Entbehrungen lernte er Selbstbeherrschung und Bedürfnislosigkeit, welche ihm sein ganzes Leben eigen blieben, und die er auch von anderen forderte. Den ersten Unterricht hatte er von seiner geistvollen Stiefmutter Karoline und den ersten Religionsunterricht von dem Hofprediger Zambuga erhalten; dieser legte in ihm einen so festen religiösen Grund, daß er bis zu seinem Lebensende täglich ein Kapitel aus der Bibel im griechischen Texte las. Sein weltlicher Hofmeister, Geheimer Rat Kirchbaum aus der Rheinpfalz, erweckte in ihm die ersten Keime der Kunst. Reich ausgestattet mit Geistesgaben, machte er seine höheren Studien (1803) an der Universität Landshut und (1804) an der Hochschule in Göttingen. Mit lebhaftem Eifer oblag er den historischen Wissenschaften und gewann eine große Vorliebe für das klassische Altertum und Land. Ludwig sprach geläufig französisch, italienisch, englisch und im höhern Alter gerne spanisch; noch wenige Jahre vor seinem Ableben übersetzte er den Don Carlos von Schiller ins Spanische und das Lustspiel „Rezept für Schwiegermütter" aus dem Spanischen ins Deutsche. Zwei Jahrzehnte vor seinem Regierungsantritt waren die Blicke der Deutschen auf ihn gerichtet; denn schon zur Zeit des Rheinbundes legte er seinen deutschen Sinn offen an den Tag, und es fiel ihm unerträglich, mit seiner Division unter dem Oberbefehl eines französischen Marschalls zu stehen. Schon im Jahre 1807 forderte er in einem Gedichte die Deutschen auf, die Ketten zu sprengen, die ihnen ein Korse angelegt habe, und ihre Freiheit zu retten. In Napoleon haßte er den Unterdrücker Deutschlands und brachte bei der Nachricht von dem Siege des Erzherzogs Karl bei Aspern in einer Abendgesellschaft bei dem österreichischen Gesandten Grafen Stadion in einem Glase

mit Rheinwein dem französischen Kaiser ein „Pereat" aus. König Max I. hielt es für gut, seinen zu deutsch gesinnten Sohn unter dem Namen eines Statthalters nach Salzburg und Innsbruck zu verbannen, wo er offen seine Sympathien für die Tiroler kundgab. Als sich Ludwig im Sommer 1814 mehrere Tage in Frankfurt aufhielt, brachte er die Abende bei Freiherrn von Stein in dessen Garten zu; mit gewohnter Lebhaftigkeit und Begeisterung sprach er sich rückhaltlos über die politischen Zustände Deutschlands aus und ereiferte sich besonders, wenn die Rede vom Minister Montgelas und Feldmarschall Wrede war. Eines Abends wurde Stein über diese Wiederholung ungeduldig und fiel mit den Worten ein: „Ich bin nicht König von Bayern; können Sie Wrede und Montgelas nicht wegschaffen, ich kann es noch weniger. Eure Königliche Hoheit sprechen auch so laut, daß die vorübergehenden Leute glauben müssen, ich halte einen Jakobinerklub."[1] Während der Befreiungskriege schwärmte Ludwig für ein einiges Deutschland, ohne sich jedoch zu bestimmten Plänen zu bekennen. In Wien belächelte man seine Begeisterung für das deutsche Vaterland, und Fürst Metternich nannte ihn den gekrönten Vorläufer der deutschen Burschenschafter und einen taktlosen Prinzen, der sich ohne Rücksicht auf seinen regierenden Vater kopfüber in den Liberalismus stürze.

Ludwig I. besaß nicht bloß eine vorwiegende Liebe für die Kunst, sondern auch ein angeborenes Künstlertalent. Als Kronprinz reiste er zweimal nach Italien und verweilte am liebsten im Kreise der berühmten Künstler Canova, Cornelius, Overbeck, Gärtner, Schadow, Ohlmüller und Schnorr, mit denen er in freundschaftlichen Verkehr trat und ihre Feste in ungezwungener Heiterkeit feierte; von jedem nahm er willig Belehrung an, gab aber allen neue und große Gedanken zu Entwürfen an. In Italien, Frankreich und Spanien studierte er in Begleitung des Galeriedirektors Dillis die Altertümer mit großem Fleiße, und bei seiner ersten Reise durch Italien reifte in ihm der Entschluß, in München eine Glyptothek zu bauen zur Sammlung antiker Bildwerke. In seinem Privatleben war er mit seiner Apanage sparsam bis zur Knauserei und marktete beim Ankaufe von Altertümern, um stets im Besitze einer gewissen Summe zur Erwerbung von Kunstgegenständen zu sein. Während der Napoleonischen Gewaltherrschaft in Deutschland faßte er den Gedanken zur Gründung eines nationalen Heiligtums, der Walhalla, und entwarf mit Cornelius und Overbeck den Plan über die Wiedergeburt der vaterländischen Kunst. Die deutsche Romantik entzündete in Ludwig auch den Funken der Poesie; seine poetischen Versuche flossen aus einem biedern deutschen Gemüt, allein es mangelte ihnen der höhere Schwung und die flüssige Form. Für den Dichter Schiller trug

[1] Pertz, Das Leben des Ministers von Stein, IV, 72.

er eine innige Begeisterung zur Schau; er errichtete ihm noch in späteren Jahren in München ein würdiges Denkmal und setzte es durch, daß seine Gebeine in der Fürstengruft neben Herzog Karl August beigesetzt wurden. Göthe verehrte er so hoch, daß er bei einer Reise nach Weimar (1827) ihm an seinem Geburtstag das Großkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone persönlich überreichte. Häufig sah man den jugendlichen Kronprinzen Arm in Arm mit Künstlern und Gelehrten verkehren; er war zu einem schlanken Jüngling herangewachsen mit kühn gewölbter Stirne, blitzenden Augen und kräftig vorspringender Nase; Blick und Bewegung zeigten von Geist, Willens- und Thatkraft. Bei seiner Thronbesteigung begrüßten ihn die deutschen Dichter mit Begeisterung als königlichen Poeten und poetischen König. Graf Platen pries ihn in einer schönen Ode als einen Monarchen, dessen Herz nur für das Hohe und Vollkommene schlage. Der Ministerialrat von Schenk verkündete ihn in einem Festspiel als den Begründer einer neuen Aera[1]. Bei allen Reden und Verordnungen bewies Ludwig einen klaren, hellen Verstand und einen durchdringenden Scharfsinn; selten wartete er die Antwort des Gefragten ab. Wie in Kunst und Sitte, liebte er auch im politischen Leben das Freie und Ungezwungene und verweilte gerne bei allen festlichen Versammlungen und Anlässen mitten unter dem Volke, welches ihn überall mit freudigstem Jubel begrüßte. Das Königtum faßte er als göttliches Recht auf, war sich aber seiner Regentenpflichten wohl bewußt. Mit einer staunenswerten Arbeitskraft und Ausdauer oblag er den Regierungsgeschäften; jeden Morgen war er schon um 5 Uhr am Arbeitstisch; er durchlas und erledigte persönlich den ganzen Einlauf ins Kabinet, schrieb zu den Vorlagen seine Bemerkungen und beschied sämtliche Bittschriften. „Arbeit, pflegte er zu sagen, ist für mich Bedürfnis." Bei seinen Anordnungen, Befehlen und Audienzen sprach er in kurzen, gewichtigen Worten, welche wie Blitze seines scharfen Geistes hervorsprühten. In stetem Bewußtsein seiner königlichen Majestät duldete er keinen Widerspruch; seine Bemerkungen und Zurechtweisungen waren derb und nicht selten verletzend; wenn er jemanden unrecht gethan hatte, beeilte er sich, es wieder gut zu machen. Seine geistige Befähigung und allseitige Bildung ermöglichten es ihm, die Regierung selbständig ohne Rat und Anleitung anderer zu führen; sein Kabinetssekretär und seine Minister waren nur die ausführenden Organe seiner Befehle. Ludwig I. war ein Monarch (Alleinherrscher) in der wahrsten Bedeutung des Wortes.

Die monarchische Selbständigkeit bewahrte Ludwig auch auf dem kirchlichen Gebiete; er erwies sich aber, obgleich mit einer protestantischen Prinzessin

---

[1] Sepp, Ludwig Augustus, König von Bayern und das Zeitalter der Wiedergeburt der Künste, 11 ff.



verheiratet, als einen treuen Katholiken aus religiöser Überzeugung und Liebe zur kirchlichen Kunst. In dem kirchlichen Jubiläumsjahre 1826 war eine der letzten großen Wallfahrten nach Rom. Die Hauptstadt der Christenheit füllte sich mit mehr als 90000 Pilgern aus den italienischen Staaten, unter ihnen 3000 vom Auslande; aus Bayern wallten über 1000 Personen zu dem Grabe der heiligen Apostelfürsten. Der Jubiläumsablaß wurde in allen bayerischen Diöcesen unter größter Beteiligung des katholischen Volkes gefeiert. Mehrere Tage wurden dem öffentlichen Dienste der Kirche gewidmet und die Jubiläumsprozessionen von dem König und allen königlichen Prinzen, den geistlichen und weltlichen Würdenträgern und Behörden begleitet. Gemäß dem VII. Artikel des Konkordates gründete Ludwig (1827) das Benediktinerkloster Metten, zu dem der frühere Besitzer die Gebäude unentgeltlich hergab, die Frauenklöster zu Dillingen, Landshut und Chiemsee für den Unterricht und die Erziehung der weiblichen Jugend und berief (1827) die Franziskaner wieder nach München, wo er ihnen das frühere Kloster nebst Kirche der Hieronymitaner am „Lehel" anwies und die Pastorierung der St. Anna-Pfarrei übertrug. Später (1838) gründete er in München statt der aufgehobenen Theatiner das Kollegiatstift von St. Kajetan für jene katholischen Geistlichen, welche sich den Wissenschaften widmen oder sich im Lehrfach auszeichnen. Die Christmette wurde (1825) wieder um Mitternacht eingeführt, und die Oberammergauer durften (1826) ihre Passionsspiele wieder eröffnen, wozu sich Tausende von Menschen drängten. Der König war für jede Konfession besorgt, um in der ganzen Bevölkerung den religiösen Sinn zu erhalten. In München legte er (1826) den Grundstein zu einer protestantischen Kirche. In seiner und seiner Gemahlin Gegenwart wurde die neue Synagoge der Juden in München eingeweiht und die Feier durch Mitwirkung der Hofmusikkapelle erhöht. Als er mit seiner Familie in demselben Jahre (1826) eine Rundreise durch Bayern machte, wurde er in allen Orten von dem Volke ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses mit freudigsten Zurufen empfangen [1].

Das vorzüglichste Streben Ludwigs I. war, die Hauptstadt Bayerns zu einer Stätte der Wissenschaft und Kunst, zum bayerischen Athen zu erheben. Den ersten wichtigen Schritt hierzu that er damit, daß er in München den Grundstein zu einem Universitätsgebäude setzte und die Hochschule von Landshut (1826) nach München verlegte, um die reichen wissenschaftlichen Sammlungen der Hauptstadt den Professoren und Studierenden zugänglich zu machen und letztere durch das Ministerium besser überwachen zu können. Der große Philosoph Schelling bezeichnete diese Verlegung als die glücklichste That des Königs. Als die Universität (16. November 1826)

[1] Heigl, Ludwig I., König von Bayern, 19—63.

in dem ehemaligen Jesuitenkollegium eröffnet wurde, bewegten sich die Professoren und Studierenden unter dem Geläute aller Glocken durch die Reihen der aufgestellten Bürgerlandwehr zu einem feierlichen Gottesdienst in der St. Michaels-Hofkirche, wo sie den König empfingen und zu einem neben dem Choraltar errichteten Throne führten. Der Rector Magnificus sprach sich in der Eröffnungsrede in Gegenwart des Königs offen für Freiheit des Wortes und der Forschung aus. Ludwig stimmte ihm vollkommen zu. Abends brachten ihm die Studierenden ihre dankbare Huldigung durch einen glänzenden Fackelzug dar. Den Deputierten erwiderte der König: „Als ehemaliger Student der Ludwig-Maximilians-Universität danke ich vielmals. Religion muß die Grundlage der studierenden Jugend sein und durch das Leben geleiten." Ludwig berief Gelehrte von großem Rufe nach Bayern: den Philosophen Schelling, die Naturforscher Schubert und Oken, den Philologen und Philosophen Lasaulx und den Geschichtsprofessor Joseph Görres, welcher mehrere Jahre in der Schweiz und Straßburg in der Verbannung gelebt hatte und dem König von dessen Leibarzt und Reisegefährten Professor Ringseis empfohlen worden war. Neben diesen berühmten Männern lehrten der Philologe Thiersch, der Philosoph Franz Baader, der Mineraloge von Fuchs, die Botaniker Martius und Sendtner und der Sprachforscher Schmeller. Die juridische Fakultät war mit den vorzüglichen Professoren Puchta, Maurer, Philipps, Arndts und Dollmann und die Kameralistik mit Hermann besetzt. In der Theologie wirkten Allioli, Möhler, Klee und Windischmann, Männer von großer Gelehrsamkeit. Nach wenigen Jahren erlangte die Münchener Universität einen weitverbreiteten Ruhm, und die theologische Fakultät galt als die erste in Deutschland[1]. Das Haus des gefeierten Professors Görres wurde der geistige Mittelpunkt der aufblühenden Residenzstadt, wo an der fördernden und schützenden Hand des Königs alle Zweige des geistigen Lebens trieben und sproßten. Wie zur Zeit der deutschen Erhebung gegen Napoleon das Haus Görres' in Koblenz eine Sammelstätte bedeutender Patrioten, wie Stein, Gneisenau ꝛc., gewesen war, so wurde es in München der Vereinigungspunkt angesehener Männer in Kirche und Staat wie berühmter Gelehrten und Künstler. Man konnte an seiner gastlichen Tafel fast alle Sprachen Europas vernehmen; es trafen Franzosen und Italiener mit Nordamerikanern und Engländern zusammen, denen Görres auf alle Anreden in ihrer Muttersprache antwortete. Selten reiste ein katholischer Gelehrter durch München, ohne Görres zu besuchen[2].

---

[1] Prantl, Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität, I, 679—780. Zeller, Geschichte der deutschen Philosophie seit Leibniz, 644—722, 731—737. Kobell, Geschichte der Mineralogie, 288, 316. Roscher, Geschichte der deutschen Nationalökonomik, II, 1, 860—869.

[2] Binder, Erinnerung an Marie Görres, 12—14.

Die Zahl der Universitätsstudenten stieg im ersten Jahre (1827) auf 1400 und im folgenden auf 1700 und wurde nur von der Wiener Hochschule übertroffen. Die Verbindungen der Studierenden, namentlich jene der Bayern, Schwaben, Pfälzer, Isaren und Germanen, nahmen einen schnellen Aufschwung. In Landshut waren sie in den letzten Jahren strenge überwacht worden, weil sie sich gegen den König Max Joseph, welcher den Studenten überhaupt nicht gewogen war, während seiner Anwesenheit in Landshut (1823) eines ungeziemenden Benehmens schuldig gemacht hatten; um so freier atmeten sie unter der neuen Regierung auf.

Die Akademie der Wissenschaften, welche den Kronprinzen Ludwig (1800) zum außerordentlichen Mitgliede ernannt hatte, erhielt (21. März 1827) eine neue Einrichtung; nach derselben wurden für die Mitglieder die Aufgaben der Nützlichkeit ausgeschlossen und der Akademie zum Ziele gesetzt, „die Wissenschaften zu pflegen, durch Forschungen zu erweitern und durch die vereinten Mitglieder Werke hervorzubringen, welche die Kraft eines Einzelnen übersteigen". Die Verfolgung praktischer Zwecke entsprach weder der Stellung der Akademie noch ihrem eigentümlichen Wesen, und ihre Nützlichkeit wurde überhaupt öfters in Zweifel gezogen, weil das Volk die Arbeiten der Akademiker nach dem Vorteile maß, welche sie dem Landwirt und Gewerbtreibenden brachten. Nach der neuen Organisation wurde die Akademie in eine philologisch-philosophische, mathematisch-physikalische und historische Klasse geschieden und zum Präsidenten der Philosoph Schelling ernannt[1]. Die wissenschaftlichen Sammlungen wurden von der Akademie getrennt und unter die Leitung eigener Konservatoren gestellt. Das Münzkabinet, die antiquarischen und ethnographischen Institute wurden bereichert. In Passau und Speier wurden Lyceen errichtet und das Lyceum in München (1826) nach Landshut verlegt. Im Ministerium des Innern ernannte Ludwig (1825) einen obersten Kirchen- und Schulrat und schied zur Förderung des Patriotismus die bayerische Geschichte von der allgemeinen aus. Um im Volke selbst den Sinn für die vaterländische Geschichte zu wecken, forderte er (1826 und 1827) die einzelnen Kreise auf, historische Vereine zu gründen und die geschichtlichen Kunstdenkmale zu erhalten; nach wenigen Jahren entstanden in mehreren Kreishauptstädten solche Vereine. Wie einst Karl der Große nachts den Griffel zur Hand nahm, um die Buchstaben seines Lehrers nachzuformen, so oblag auch Ludwig I. selbst in freier Stunde dem historischen Quellenstudium und las den altgriechischen Geschichtschreiber Thukydides und am liebsten den Herodot. Ein neuer Studienplan teilte (1830) die Studienanstalten in Lateinschulen und Gymnasien und die Lyceen in

---

[1] Liebig, Rede zur Vorfeier des Stiftungstages der bayerischen Akademie der Wissenschaften, 1861, S. 4—6.

philosophische und theologische Sektionen und enthielt die Einführung der Kreisscholarchate für die Elementarschulen. In allen Kreisen wurden (1833) Landwirtschafts- und Gewerbschulen und in München (1827), in Nürnberg (1829) und in Augsburg (1833) polytechnische Schulen gegründet. Des Königs unermüdete Thätigkeit erstreckte sich auch auf die verschiedenen Zweige der Industrie; er erließ (1825 und 1834) eine Gewerbeordnung und (1825) die ersten gesetzlichen Bestimmungen über ein Patent für jene Erfindungen, welche eine gewerbliche Verwertung gestatten. Die in dem bayerischen Patentgesetz enthaltenen Vorzüge waren so vielfach, daß sie in die Gesetzgebung anderer Länder aufgenommen wurden. Seitdem Örstedt (1820) die Verwandtschaft zwischen der Elektrizität und dem Magnetismus entdeckt hatte, wandten die Professoren Gauß und Weber in Göttingen und Steinheil in München diese wichtige Erfindung zur Telegraphie an. Das Studium der Elektrizität und des Magnetismus führte den Professor von Kobell (1842) zur Erfindung der Galvanographie und Galvanoplastik, womit gemalte Bilder auf Kupferplatten in Tuschmanier zum Abdruck hergestellt wurden. Mittels der Chemie gelangte man zur Erfindung des Zinkdruckes und des Stahlstiches, zur Vervollkommnung der Lithographie, der Konstruktion der Gravier- und Reliefkopiermaschine, der Stereotypie und Clichierkunst, der Daguerreotypie und (1838) der Photographie. Das von Fraunhofer gegründete optisch-astronomische Institut lieferte unter der rühmlichen Leitung des Georg Merz angestaunte Riesenrefraktoren in die ganze Welt[1]. Zur Förderung der Gewerbe wurden jährlich Preisaufgaben für vorzügliche Leistungen der Fabrikation ausgeschrieben. Aus besonderer Vorliebe für die Seidenzucht ließ Ludwig I. (April 1826) aus Italien auf sechs Wagen viele Tausende junger Maulbeerbäume um 6000 Gulden auf seine Rechnung bringen und im ganzen Lande verteilen; allein wegen der klimatischen Verhältnisse wurde der gehoffte Erfolg nicht erreicht. Den neuerfundenen Eisenbahnen, welche zuerst in Nordamerika (1820) und in England (1825) gebaut wurden, widmete der König eine ernste Aufmerksamkeit und forderte von dem Oberbergrat von Baader (1825) ein Gutachten über die Anlage von Eisenbahnen in Bayern. In Frankreich wurde (1828) die erste Eisenbahn mit Dampfbetrieb von Lyon nach St. Etienne eröffnet, in Österreich mit Pferden (1832) von Budweis nach Linz und in Deutschland mit Dampf (7. Dezember 1835) von der bayerischen Stadt Nürnberg nach Fürth; Preußen, Württemberg, Sachsen, Braunschweig und Kurhessen folgten nach einigen Jahren[2]. Dem Freiherrn von Cotta wurde zur Einführung der Dampfschiffahrt auf den bayerischen Flüssen ein Privileg erteilt und die

[1] Karmarsch, Geschichte der Technologie seit Mitte des 18. Jahrhunderts, 168, 28, 30, 796.

[2] Karmarsch a. a. O. 107.

Schiffahrt durch Uferbauten und Durchschnitte an dem Rhein und der Donau erleichtert. Die Dampfschiffahrt auf der Donau wurde (1837) zwischen Regensburg und Linz eröffnet, wo sie sich an die Fahrt nach Wien und Konstantinopel anschloß. In der Hirschau bei München gründete Ritter von Maffei eine Dampfmaschinenfabrik und in Nürnberg Cramer-Clett eine Eisen- und Faber eine weltberühmte Bleistiftfabrik. In Schongau und Mittenwald wurden von hundert Meistern jährlich über 15 000 Geigen und Guitarren gefertigt, für welche in jedem Jahre gegen vier Millionen Gulden nach Bayern flossen.

Da der König den ganzen Tag ununterbrochen selbständig anordnete und in häufigen Sitzungen des Staatsrates selbst den Vorsitz führte, so erwartete man von ihm bedeutende politische Reformen; er selber hatte es in seinen Gedichten herrlich genannt, über ein freies Volk zu regieren. Gleich bei seinem Regierungsantritte übertraf er die auf ihn gesetzten Hoffnungen; er hob die Zensur über die Literatur- und Unterhaltungsblätter auf und erlaubte sogar, daß auch politische Blätter zensurfrei innere Angelegenheiten besprachen. Die bisherigen reaktionären Minister entließ Ludwig und übertrug das Ministerium des Innern und der Finanzen dem Grafen von Armansperg, welcher als Abgeordneter im Landtag staatsmännische Kenntnisse und einen lebhaften Eifer für Reformen kundgegeben hatte. Den Freiherrn von Zentner ernannte er zum Justizminister, den Grafen von Thürheim zum Minister des Äußern und den General von Malliot zum Kriegsminister; die Leitung der obersten Kirchen- und Schulangelegenheiten im Ministerium des Innern übertrug er dem Ministerialrat Eduard von Schenk[1]. Selbständig entwarf der König eine neue Geschäftsordnung für den Staatsrat, die Ministerien und Kreisregierungen und setzte zwei Kommissionen nieder, um im Staatshaushalte und Kriegswesen Ersparnisse anzuordnen; in denselben präsidierte er selbst und gab die leitenden Grundsätze an. Nach zwei Monaten waren „die Ersparniskommissionen" beendigt, und es folgten die Veröffentlichung der organischen Verordnungen und die Quieszierung überflüssiger Beamten. Die Verwaltung wurde vereinfacht und der Besoldungsetat geregelt. Die ersten Ersparungen im Militäretat wurden dadurch erzielt, daß (1826) die kostspieligen Garden aufgehoben und das Garde-du-Corps-Regiment in das 1. Kürassierregiment und die Grenadiergarde in das Infanterie-Leibregiment umgeändert wurde. „Ich brauche, rief Ludwig dem Feldmarschall Wrede zu, keine Garden; sie müssen weg. Ich kann die Grenadiere, diese Schaben-Remisen, nicht leiden!"[2]

Am 17. November 1827 eröffnete Ludwig zum ersten Male den Land-

---

[1] Regierungs- und Intelligenzblatt für das Königreich Bayern, 1825—1827.

[2] Heilmann, Feldmarschall Fürst Wrede, 327 ff.



tag mit einer Thronrede, welche nicht von den Ministern, wie in anderen Staaten, sondern von ihm selbst abgefaßt war. Zunächst erinnerte er an die edle Gesinnung, womit Max Joseph die Verfassung verliehen habe, und bezeichnete es für überflüssig, den versammelten Ständen zu versichern, wie innig er für gesetzliche Freiheit beseelt sei; er kündigte neue Reformen an in der Rechtspflege und Verwaltung, im Beamtentum, Handel und Verkehr. Nach der Eröffnung wurden sämtliche Mitglieder der zweiten Kammer zu einer glänzenden Hoftafel geladen, bei welcher Toaste auf das anwesende Königspaar und die königliche Familie und von Ludwig ein Toast auf die Stände ausgebracht wurden. Die Zuhörertribüne im Ständehaus wurde wieder freigegeben, und die Verhandlungen der Abgeordneten durften durch die Zeitungen ohne Zensur veröffentlicht werden. Der Erfinder der Stenographie, Geheimer Kanzlist Gabelsberger, schrieb mit Unterstützung eines Gehilfen alle Verhandlungen nach, und durch seine stenographischen Berichte wurden zum ersten Male die Reden der Abgeordneten unverkürzt dem Volke bekannt. In der Adresse auf die Thronrede beschäftigte sich die erste Kammer, welche meist aus reaktionären Mitgliedern zusammengesetzt war und die Reformbestrebungen des Königs für sehr bedenklich hielt, größtenteils mit der frühern Regierung und berührte nur die Gesetzesvorlagen. Die Adresse der zweiten Kammer entsprach mehr dem Geiste der Thronrede und war mit offenen und klaren Worten abgefaßt. Die Regierung und die Abgeordneten wetteiferten wechselseitig in einem hastigen, überstürzenden Streben nach Staatsreformen. Es wurden dem Landtag 25 Gesetzentwürfe zur Beratung übergeben und unter diesen höchst wichtige und umfassende Gegenstände, wie eine neue Prozeßordnung, Gerichtsverfassung, ein Strafrecht, Grund-, Haus- und Gewerbesteuer, Landratsgesetz rc., welche allein eine ganze Landtagsperiode beschäftigen würden. Eine Folge dieser Anhäufung war, daß die Entwürfe unvollkommen waren und die Erfahrung und das Recht wenig berücksichtigten. Die Einrichtung des Landrates wurde dem französischen Institut in der Rheinpfalz nachgebildet, und den aus den verschiedenen Klassen der Bevölkerung gewählten Landräten wurde in Verbindung mit den einzelnen Kreisregierungen die Beratung und der Unterhalt des Volksunterrichtes, Brücken- und Straßenbaues, Gewerbewesens, Handels und Verkehrs übertragen[1]. Durch das Gesetz über „die landwirtschaftliche Kultur“ wurde die Zersplitterung der Bauernhöfe, die Ablösung der Reallasten an Renten und die Abfindung der Dienstbarkeiten in 72 Paragraphen auf nur 29 Seiten festgestellt. Die Aufhebung der Servituten geschah auf summarischem Weg, ohne die Fragen des Rechtes und die landwirt- und forstwirtschaftlichen Verhältnisse zu untersuchen und ohne in Beratung zu

[1] Heigl, Ludwig I., König von Bayern, 64 ff.

ziehen, was hierüber in anderen Ländern gesetzlich bestimmt und praktisch ausgeführt worden war. Die Urbarmachung öden Grundes wurde zwar von Steuern befreit, aber der Zehnte beibehalten, welcher schwer auf die Landwirtschaft drückte, weil der Fleiß des Bauern seinem Zehntherrn zu gute kam. Das Lehengesetz von 1808 wurde durch eine Novelle revidiert und die Militärkonskription durch ein Gesetz über „Ergänzung des stehenden Heeres“ geregelt [1].

In der innern Verwaltung stimmten sämtliche Abgeordnete mit dem reformierenden Liberalismus des Königs überein, konnten sich aber in der auswärtigen Politik mit seiner unklaren Deutschtümelei nicht befreunden. Der Haß gegen die reaktionären deutschen Großmächte und der Ärger über die Verletzung des Rieder Vertrages, sowie über die Abtrennung der Rheinpfalz vom diesseitigen Bayern verstärkten sich, seitdem der badische Thron erledigt wurde. Während der bayerischen Landtagsverhandlungen starb der letzte Großherzog von Baden aus dem ältern Hause der Zähringer und folgten ihm gemäß dem widerrechtlichen Familienstatut von 1817 die Grafen von Hochberg. Zu gleicher Zeit erschien plötzlich (Mai 1828) in Nürnberg der rätselhafte Jüngling „Kaspar Hauser“, dessen Abstammung in ein tiefes Dunkel gehüllt war; man fand bei ihm nur einen Brief, welcher nichts als sein Geburtsjahr 1812 und seine Aussetzung enthielt. Die Nürnberger nahmen sich menschenfreundlich des ärmlich gekleideten Findlings an, aus dessen Aussage und körperlicher Untersuchung man annahm, derselbe habe seine Kindheit in einem finstern Kerker verlebt. Die Auffindung des Kaspar Hauser machte in der damals geistig krankhaften und dem Wunderglauben sich hinneigenden Zeit in ganz Europa das größte Aufsehen und erregte eine verzehrende Neugierde, die empfindsamste Teilnahme und die scharfsinnigste Forschung sogar geistvoller Männer. Bald tauchte der Gedanke auf, der unglückliche Findling in Nürnberg könnte einer vornehmen Familie entsprossen und in verbrecherischer Absicht ausgesetzt worden sein. Einige badische Landtagsabgeordnete trugen Bedenken, den neuen Großherzog Leopold, den ersten Hochberger, anzuerkennen, weil sie den Kaspar Hauser für ihren legitimen Erbprinzen hielten. Der Abgeordnete Rotteck aber meinte, man brauche sich um die fürstlichen Familienverhältnisse nicht zu kümmern, und seine Ansicht drang durch. Über die Abkunft Hausers wurden unzählige Schriften mit allen möglichen willkürlichen Mutmaßungen und Hypothesen verfaßt [2]. Sogar der damals in Frankfurt lebende Rechtsgelehrte Anselm von Feuerbach und Professor Daumer in Nürnberg suchten mit leichtfertigen Voraus-

---

[1] Verhandlungen der zweiten bayerischen Abgeordnetenkammer 1827—1828.

[2] Feuerbach, Kaspar Hauser, Beispiel eines Verbrechens am Seelenleben des Menschen, 7—97. Schlosser, Geschichte des 18. Jahrhunderts, III, 1, S. 226, Note 69. Kölnische Zeitung 1865, Nr. 221. Daumer, Enthüllungen über Kaspar Hauser, Frankfurt 1859.

setzungen darzuthun, daß Kaspar Hauser der beiseite geschaffte Erbprinz von Baden sei; die Mutter der Grafen von Hochberg, Karoline Geyer von Geyersberg, hätte nachts, als „weiße Frau“ verkleidet, den Erbprinzen geraubt und ein sterbendes oder totes Bauernkind unterschoben, um ihren Söhnen den Weg zur badischen Thronfolge zu bahnen. Feuerbach überreichte seine Denkschrift über Hauser der Königin-Witwe Karoline von Bayern bei ihrer Durchreise durch Ansbach; als er bald darauf starb, sagte man allgemein, er sei wegen Aufdeckung des Hauserschen Geheimnisses vergiftet worden. Der unglückliche Findling, welcher bei dem Professor Daumer in Nürnberg und später auf Verwendung des englischen Grafen Stanhope bei dem Lehrer Meyer in Ansbach in Pflege genommen worden war, wurde im Ansbacher Hofgarten (1833) von einem Meuchelmörder überfallen und tödlich verwundet; nach drei Tagen starb er. König Ludwig I. widmete der Sache Kaspar Hausers eine große Aufmerksamkeit und ließ ihn kurz vor seiner Ermordung auf Wunsch seiner Gemahlin nach Nürnberg, wo er mit dem ganzen Hofstaat dem achten großen Nationalfeste beiwohnte, bringen und ihn beim Frühstück der königlichen Familie vorführen; Kaspar überreichte ihr eine Malerei. Ludwig setzte auf die Entdeckung des Meuchelmörders die hohe Prämie von 10000 Gulden aus, jedoch vergebens[1].

Hausers Abstammung und Aussetzung blieb ein Geheimnis, und volle Gewißheit ist nur dafür gebracht worden, daß er kein Sprößling der Zähringischen Dynastie war, und daß der am 29. September 1812 geborene Sohn des Großherzogs Karl von Baden und seiner Gemahlin Stephanie, der Stieftochter Napoleons I., weder geraubt noch vertauscht worden, sondern urkundlich in Gegenwart seines Vaters, der Leibärzte und einiger Hofbeamten am 16. Oktober 1812 gestorben sei[2]. Nach dem Ableben des letzten Zähringers erneuerte König Ludwig I. die Ansprüche auf „die badische Pfalz“ und ließ in Karlsruhe über ein Tauschprojekt unterhandeln. Der preußische Gesandte Varnhagen in Karlsruhe hintertrieb jede Verhandlung, indem er auf den Vergleich hinwies, welcher am Deutschen Bundestag 1819 zwischen Bayern und Baden über diese Sache vereinbart worden war. In Bayern forderte man allgemein, daß ein Armeecorps in Baden einmarschiere und mit Gewalt „die badische Pfalz“ besetze, auf welche es nach dem Rieder Vertrag berechtigten Anspruch machen könne. Ludwig begab sich nach Johannisberg, wo damals Fürst Metternich sich aufhielt, und besprach mit ihm den Plan eines Austausches. Der österreichische Staatskanzler machte ihm unsichere Versprechungen, weil er ihm wegen seiner freisinnigen Politik abgeneigt war. Der König sandte den Feldmarschall Fürsten Wrede nach

---

[1] Meyer Jul., Authentische Mitteilungen über Kaspar Hauser, 27—609.

[2] „Allgemeine Zeitung“, Jahrgang 1875, Beilage vom 3. Juni, August und September, Beilagen Nr. 248 und 318.

Petersburg mit einem eigenhändigen Schreiben an Kaiser Nikolaus von Rußland mit dem Verlangen, er möchte eine endgiltige Entscheidung in der badischen Thronfolge verhindern, weil im Aachener Kongreß und am Bundestag die Erbansprüche der Wittelsbacher auf „die badische Pfalz" nicht als unberechtigt betrachtet worden seien und die Thronfolge der Hochberger allgemein bestritten werde. Der Zar gab dem Feldmarschall eine ausweichende Antwort und stand mit dem ganzen Gewichte seines Ansehens für die Hochberger ein, welche auch allgemein als Großherzoge von Baden anerkannt wurden [1]. Ludwig konnte auf einen sichern Erfolg seiner diplomatischen Bemühungen nicht rechnen, weil die Großmächte in Aachen den Territorialbesitz Badens gewährleistet hatten und Max Joseph mit der Abtretung des badischen Amtes Steinfeld und zwei Millionen Gulden abgefunden worden war.

Indes hatte sich der bayerische Landtag mit einem neuen, von dem Finanzminister Grafen Armansperg vorgelegten Handels- und Zollvertrag beschäftigt. Nach dem Wiener Kongreß waren der deutsche Handel und Verkehr in einer beklagenswerten Lage, die Zollverhältnisse verworren, fast jede Stadt desselben Staates durch Zölle vom Lande getrennt und der Verkehr zwischen einzelnen Bezirken durch Kontrollen oder Tarife oder Verbote erschwert. Österreich, Rußland und Frankreich schlossen sich gänzlich gegen fremde Industrieerzeugnisse ab oder belegten sie mit hohen Einfuhrzöllen. Bayern hatte zwar 1807, Württemberg im nächsten Jahr und Baden 1811 die Binnenlandzölle aufgehoben, aber wie die anderen deutschen Staaten Grenzzölle errichtet, so daß über ganz Deutschland ein dichtes Netz von Zollgrenzen gespannt war. Viele durch die langjährigen Kriege Napoleons zu Grunde gerichteten Industriezweige waren aus Mangel an Betriebskapital, Kredit und technischen Kenntnissen der englischen und französischen Konkurrenz nicht gewachsen; die Gewerbe stockten namentlich in den Jahren 1817 bis 1820; die meisten Fabriken standen still, und das deutsche Geld ging in erschreckender Weise ins Ausland. Mehrere Fabrikanten und Kaufleute aus Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau versammelten sich (1817) in Leipzig zur Beratung der deutschen Gewerbe- und Handelsverhältnisse, und eine Deputation derselben übergab dem Bundestag in Frankfurt ein Bittgesuch, es möchte in Deutschland ein allgemeines Mautsystem eingeführt und die Zölle im Innern aufgehoben werden. Die Bundesversammlung versprach den Deputierten, daß sie gemäß dem XIX. Artikel der Bundesakte den freien Verkehr unter den Bundesstaaten demnächst in Beratung ziehen werde. Als hierüber in Wien (November 1817) die Konferenzen eröffnet wurden, widersetzte sich der preußische Bevollmächtigte Minister von Bernstorff beharrlich der Einführung eines allgemeinen deut-

[1] Heilmann, Feldmarschall Fürst Wrede, 517 f.

schen Zollsystems mit der Erklärung, Preußen werde niemals zugeben, daß seine Souveränitätsrechte durch eine neue Zollgesetzgebung des Bundes beschränkt werden. Österreich bestand auf seinem Schutzzollsystem und wollte aus Rücksicht auf Ungarn nicht einmal einen Kornhandel mit dem außerösterreichischen Deutschland zugeben[1]. Die bayerische Regierung, welche kurz vorher (22. Juli 1819) ein neues Zollsystem eingeführt hatte, schien ebensowenig geneigt, es wieder aufzugeben, weil es sich im allgemeinen zweckentsprechend erwies. Der badische Minister Freiherr von Berstett, der sich von der Erfolglosigkeit der Konferenz überzeugte, betrieb unter den süddeutschen Staaten eine Handelsvereinigung, und als Bayern damit einverstanden war, versammelten sich in Darmstadt (September 1820) Bevollmächtigte von Bayern, Württemberg, Sachsen, den Großherzogtümern Baden, Hessen und Sachsen-Weimar, den sächsischen Herzogtümern, Nassau und den reußischen Fürstentümern, Kurhessen, Waldeck und den beiden Hohenzollern. Die Beratungen wurden mit regem Eifer eröffnet. Der badische Bevollmächtigte, Geheimer Referendar Nebenius, besaß zwar eine ungewöhnliche Befähigung für das Zollwesen, fand aber mit seinen Ansichten allseitigen Widerstand, weil er die Handelsinteressen und den Einfluß Badens auf Kosten der übrigen Länder begünstigen wollte. Der bayerische Bevollmächtigte, Bundestagsgesandter Freiherr von Aretin, brachte den Grundsatz, auf dem später die ganze Zollvereinsgesetzgebung ruhte, zur Anerkennung, daß außer dem finanziellen Zweck auch nationalökonomische Rücksichten auf Schutz und Entwicklung der einheimischen Gewerbe zu nehmen seien. Die Verhandlungen über ein allgemeines Zollsystem wurden zwischen Bayern und Baden lange und lebhaft geführt, jedoch ohne irgend einen Erfolg. Die Darmstädter Konferenzen bewiesen, daß die kleineren deutschen Staaten kein Verständnis für die deutschen Handelsinteressen hatten und ihre Sondervorteile dem gemeinsamen Wohle vorzogen. Der Gewerbfleiß der Deutschen wurde wieder in seine alte Lage zurückgeworfen, während die industriellen Produkte des Auslandes von der handelspolitischen Zerrissenheit der Deutschen den Gewinn zogen[2].

Die württembergische Regierung, welche das Ziel der Darmstädter Konferenzen eifrig verfolgt hatte, vereinbarte mit den Ständen ein neues Zollgesetz, das mit dem bayerischen größtenteils übereinstimmte, und lud Bayern zu einer Handelskonferenz in Stuttgart ein. König Max I. ging darauf ein und suchte auch Baden und Hessen-Darmstadt beizuziehen, um die Rheinpfalz in eine unmittelbare Zollinie einzuschließen. Bayern und Württemberg einigten sich (Januar 1825) über einen Zollverein und richteten an die in Darmstadt vertreten gewesenen Staaten Einladungen zum Beitritt.

---

[1] Roscher, Geschichte der deutschen Nationalökonomik, II, 948—1004.

[2] Weber, Der Deutsche Zollverein, 14—33.

Der badische Minister von Berstett bemühte sich, sie davon abwendig zu machen, indem er ihnen die Gefahr vorstellte, daß Bayern in dem neuen Zollverein eine Oberherrlichkeit über die kleineren Staaten ausüben werde. Baden nahm damals gegen Bayern wegen der Ansprüche auf „die badische Pfalz“ eine feindselige Stellung ein und stand aus Besorgnis über einen Verlust an Land mit dem Fürsten Metternich in innigster Verbindung; dieser wirkte jeder Vereinigung der Mittel- und Kleinstaaten entgegen, weil er die Nachteile für Österreich voraussah[1]. Berstett wollte auch Württemberg von Bayern durch Anerbietungen und Drohungen trennen, allein König Wilhelm I. von Württemberg und König Ludwig I. unterzeichneten (1828) den Zoll- und Handelsvertrag. Inzwischen hatte Preußen unter vielen Schwierigkeiten mit Hessen-Darmstadt und einigen angrenzenden Fürstentümern einen Zollvertrag vereinbart. Auch Hannover, Sachsen, Kurhessen, Braunschweig, die sächsischen Herzogtümer, Nassau, die schwarzburgischen und reußischen Fürstentümer nebst den freien Städten Frankfurt und Bremen schlossen (1828) einen mitteldeutschen Zollverein, jedoch nur, um für den innern Verkehr Erleichterungen herbeizuführen und einer Ausdehnung des preußischen Zollsystems mit hohen Tarifsätzen und einer Abhängigkeit von Preußen vorzubeugen[2]. Der bayerische Landtag genehmigte nicht nur den Stuttgarter Handels- und Zollvertrag, sondern beantragte, daß Industrie und Gewerbe in Bayern mit allen Mitteln gefördert werden, damit nicht für fremde Erzeugnisse ungeheure Geldsummen ins Ausland fließen. Im Widerspruch zu diesem Beschluß ging die Abgeordnetenkammer nicht auf den Vorschlag ein, den ihr der Oberbergrat von Baader in einer Denkschrift über eine Eisenbahnverbindung zwischen der Donau und dem Rhein zur Hebung des Handels und Verkehrs machte. Die Stände und die Regierung mißkannten die bedeutungsvolle Zukunft der Eisenbahnen, und König Ludwig I. beschäftigte sich aus Ehrgeiz mit dem Plan, die Donau mit dem Main und dem Rhein und damit das Schwarze Meer mit der Nordsee zu verbinden. Das große Unternehmen erforderte die ansehnliche Summe von 17 Millionen Gulden, ohne daß dadurch dem Handel und Verkehr entsprechende Vorteile gewährt worden wären. Der „Ludwig-Donau-Mainkanal“ wurde am 15. Juli 1845 eröffnet. Erst im Jahre 1840 wurde eine Eisenbahn zwischen München und Augsburg hergestellt, welche aber mehr das Vergnügen als den Handel zum Zwecke hatte.

In den folgenden Ständeverhandlungen trat der Gegensatz zwischen den Rheinpfälzern und Altbayern immer stärker hervor; jene priesen ihre freisinnigen Institutionen aus der Zeit der französischen Herrschaft und bedauerten

---

[1] Beer A., Der neue Plutarch, Jahrgang 1877, Metternich, T. 5.

[2] Weber a. a. O. 84—73.

diese, daß sie nicht im Besitze derselben seien. Die Altbayern schätzten sich glücklich, daß sie von revolutionären Umwälzungen verschont geblieben wären; sie konnten es nur schwer überwinden, daß bei dem revidierten Malzaufschlaggesetz die Rheinpfälzer dadurch bedeutend begünstigt wurden, daß die ganze Provinz, welche durch die französischen Revolutionskriege sehr gelitten hatte, eine jährliche Aversalsumme zu 100 000 Gulden als Malzaufschlag zu zahlen hatte. Mehrere Abgeordnete verwarfen den Malzaufschlag überhaupt, weil diese indirekte Steuer meist von den niederen Arbeiterklassen entrichtet und von der Gerste ohnedies schon die Grundsteuer, Zehnte und Gilt geleistet werde. Allein der zu jährlich 5 Millionen Gulden veranschlagte Malzaufschlag war verfassungsgemäß zur Tilgung der Staatsschuld bestimmt, und man fand keinen Ersatz hierfür. Aus demselben Grunde wurde der von mehreren Abgeordneten gestellte Antrag auf Aufhebung des Zahlenlottos, eines unmoralischen und gemeinschädlichen Institutes, abgelehnt, weil es dem Staate jährlich ungefähr 1 200 000 Gulden eintrug. Durch die durchgreifende Finanzwirtschaft des Königs kam zwar in den Staatshaushalt eine erfreuliche Ordnung und Sicherheit; allein die Staatsschuld betrug 1828 noch 112 Millionen, obgleich seit dem ersten Landtag 14½ Millionen getilgt worden waren. Ludwig I. machte sich zur Aufgabe, die Staatsausgaben mit den Staatseinnahmen ins Gleichgewicht zu bringen und zugleich die Staatsschuld zu mindern. Dieses Ziel wurde dadurch erreicht, daß die älteren und neueren Schuldverschreibungen unifiziert und die Zinsenlast durch Umwandlung der fünf- und sechsprozentigen Staatsschuldobligationen in vierprozentige vermindert wurde. Die Zinsen konnten bei allen Staatskassen schon 14 Tage vor dem Termin erhoben werden; die älteren Schulden wurden zurückbezahlt, die Ziehung der Lospapiere angeordnet und die Gewinste derselben realisiert; dadurch erreichten die bayerischen Staatspapiere einen ungeahnten Kredit. Mehrere Verfügungen setzten das Finanzministerium in den Stand, bis zum nächsten Landtag 20 Millionen von der ältern Staatsschuld und 10 Millionen an Zinscoupons zu tilgen. Für diese ersprießliche Finanzoperation sprachen die Stände dem König und seinen Ministern einstimmig feierlichen Dank und Lob aus. Der Abgeordnete Freiherr von Closen sagte in seiner Rede: „Seit der Regierung des neuen Monarchen sehen wir eine neue Periode beginnen, welche einst mit goldenen Buchstaben in der bayerischen Geschichte glänzen wird.“ [1]

Die günstige Gestaltung der Finanzlage wurde meist dadurch ermöglicht, daß Ludwig I. im Militärbudget so bedeutende Ersparnisse anordnete, daß sie vielen Abgeordneten sehr bedenklich erschienen; sie sahen ein, daß durch Vernachlässigung des Kriegswesens die Selbständigkeit Bayerns in

[1] Verhandlungen der zweiten Ständeversammlung des Königreiches Bayern 1828.

gefahrvollen Zeiten gefährdet werden könnte. Der Abgeordnete General Graf von Taufkirchen, ein steter Kriegsgenosse des Feldmarschalls Wrede, machte die Kammer auf die unzufriedene, grollende Stimmung unter den bayerischen Truppen, namentlich unter den Offizieren, aufmerksam, denen durch die Ersparungen im Heere jede Beförderung abgeschnitten werde, nachdem sie für König und Vaterland ihr Leben eingesetzt hätten. Das ganze Haus erkannte es als eine Pflicht der Dankbarkeit gegen die in den Napoleonischen Kriegen rühmlichst bewährte Armee, an den König die Bitte zu richten, daß er die erledigten höheren Offiziersstellen wieder besetzen möge. Auch bei Beratung des Heeresergänzungsgesetzes (1828) wurde den bayerischen Truppen gebührendes Lob erteilt; allein Ludwig ging auf den Antrag der Abgeordneten ebensowenig ein als auf den Vorschlag des Freiherrn von Closen, in Bayern nach dem Muster Preußens die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, weil er an dem Ersparungssystem unerschütterlich festhielt. Als das neue Grund-, Haus-, Gewerb- und Erwerbsteuergesetz verhandelt wurde, regten mehrere Redner die Einführung einer Kapitalrenten- und Einkommensteuer zur Vermehrung der Einnahmen an; sie fanden jedoch keine allgemeine Zustimmung, weil man durch die Kapitalrentensteuer eine Erhöhung des Zinsfußes zum Nachteile der Landwirtschaft, der Gewerbe und des Handels befürchtete. Die Beamten wollte man mit einer Einkommensteuer verschonen, weil sie schon die „Familiensteuer" zu entrichten hatten und nach dem Vorschlag des Ministers Armansperg und des Ministerialrates Grandauer in ihren Gehaltsbezügen karg und hart behandelt wurden. Es wurde zwischen Dienstes- und Standesgehalt unterschieden, viele Amtsstellen mit gering besoldeten Verwesern und Funktionären besetzt und alte, verdienstvolle Beamte vor dem 70. Lebensjahre quiesziert, um ihnen nicht nach der Pragmatik den vollen Ruhegehalt zu geben. Der Gesetzentwurf über die „Kompetenzkonflikte" zwischen dem Gerichtswesen und der Verwaltung veranlaßte eine lebhafte Beratung und wurde von einigen Abgeordneten entschieden zurückgewiesen, weil sie in demselben eine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit des Richterstandes sahen. Da man sich von der Grundlosigkeit dieser Befürchtung und der Notwendigkeit eines Kompetenzkonfliktes überzeugte, so wurde das Gesetz nach verschiedenen Abänderungen einstimmig angenommen.

Die Kammer der Reichsräte, in welcher Feldmarschall Fürst Wrede seit dem ersten Landtag den Vorsitz führte, hielt ihre Sitzungen wie früher bei verschlossenen Thüren, beharrte jedoch nicht mehr so hartnäckig auf ihrer reaktionären Gesinnung, weil bekannt war, es sei der Wille des Königs, daß die von ihm beschlossenen Gesetzesreformen von den beiden Kammern angenommen werden. Die Reichsräte machten an den Beschlüssen der Abgeordneten nur geringe und unwesentliche Änderungen, so daß zwischen den beiden Kammern über die meisten Regierungsvorlagen eine Vereinbarung

erzielt wurde; nur über den Gesetzentwurf, der die Ehrengerichte zur Beseitigung der Duelle betraf, konnten sich die Reichsräte mit den Abgeordneten nicht einigen; erstere lehnten auch den Antrag der zweiten Kammer über Wiederbesetzung der erledigten Offiziersstellen ab, weil sie die Verwaltung des Kriegswesens für ein ausschließliches Kronrecht betrachteten. Nach neun Monaten wurden die Sitzungen (August 1828) durch den Minister Grafen Armansperg im Auftrage des im Bade zu Brückenau verweilenden Königs geschlossen[1]. Während der kurzen Dauer des Landtags hatten die Stände 16 sehr wichtige und umfangreiche Gesetzentwürfe und das Staatsbudget in 115 Sitzungen durchberaten. Die vom Justizminister eingebrachten Gesetzesvorlagen gelangten nicht mehr zur Verhandlung. Die bei der zweiten Kammer eingelaufenen Beschwerdeschriften wurden von den Abgeordneten in vollem Vertrauen der freisinnigen Regierung zur Entscheidung übergeben.

Während die neuen Gesetze in Bayern in Vollzug gesetzt wurden, erschütterte mächtig eine wiederholte Revolution in Frankreich (1830) viele Länder Europas. In Frankreich war nach dem Ableben des Königs Ludwig XVIII. (1824) sein Bruder Karl X. auf dem Thron gefolgt; dieser war ein liebenswürdiger, gottesfürchtiger Monarch, aber ohne Kenntnis der unteren und mittleren Volksklassen. In seinem Streben, die altfranzösische Monarchie mit Unterstützung der Geistlichkeit und des Adels wiederherzustellen, machte er sich die freisinnige Partei besonders in der Deputiertenkammer zu Feinden; doch achtete er auf die Stimmung der Gegenpartei, ernannte liberale Minister und hob die Zensur auf. Der Minister des Innern, Vicomte de Martignac, ein Staatsmann von tiefem Blick, legte dem Parlament den Entwurf eines neuen Munizipal- und Departementalgesetzes vor, um den Franzosen das Recht einzuräumen, ihre Gemeindeangelegenheiten selbst zu verwalten und ihre Maires selbst zu wählen. Als die Parteien der Deputiertenkammer sich über diesen Gesetzentwurf nicht einigen konnten, entließ Karl das Ministerium und stellte an die Spitze des neuen den Fürsten Julius von Polignac, einen Gegner aller freisinnigen Institutionen und Verfassungen. Dieser Wechsel brachte in alle politischen Parteien eine große Aufregung, welche sich in der Presse, den Gesellschaften und bei öffentlichen Anlässen kundgab. Polignac glaubte die altfranzösische Monarchie nach dem Wunsche des Königs dadurch wiederherzustellen, daß er die Aufmerksamkeit der ruhmsüchtigen Franzosen von den inneren Fragen auf eine auswärtige Unternehmung ablenke; hierzu diente ihm eine Beleidigung des französischen Konsuls durch den Bey (Dey) von Algier. Im Sommer 1830 landeten 42000 Franzosen an der afrikanischen Küste und besetzten nach kurzen Gefechten mit den Arabern die Stadt Algier. Ungeachtet dieses Erfolges

[1] Landtagsverhandlungen in Bayern von 15. März bis 13. August 1828.



wurden nach Auflösung der Kammer liberale Deputierte mit großer Mehrheit gewählt. Auf Antrag der Minister erließ Karl auf Grund eines Artikels der Verfassung („Charte") die „Ordonnanzen" „zum Vollzug der Gesetze und zur Sicherheit des Staates" (25. Juli 1830). Durch diese „Ordonnanzen" wurde die Deputiertenkammer abermals aufgelöst, die Preßfreiheit aufgehoben, das Wahlgesetz abgeändert, der Wahlcensus erhöht und die direkte Wahl in eine indirekte verwandelt. Damit forderten der König und seine Räte die ganze Opposition zum Kampfe gegen sich heraus, ohne im mindesten darauf vorbereitet zu sein.

Auf die Pariser machten die „Ordonnanzen" einen erbitternden Eindruck. Den nächsten Anstoß zu einem Aufstand gab die Unterdrückung einer liberalen Preßanstalt. Zuerst bewaffneten sich die Arbeiter, und mit ihnen vereinigten sich die Zöglinge der Polytechnischen Schule, welche wegen ihrer Unbotmäßigkeit entlassen worden waren, und eine große Anzahl Bürger. Die Aufständischen besetzten das Stadthaus und wählten den alten General Lafayette, den Mann der Revolution von 1789, zum Führer. Die königlichen Truppen, welche nur 12000 Mann stark waren, leisteten schwachen Widerstand gegen die hinter Barrikaden und in den Häusern kämpfenden Revolutionäre, weil ihre Kräfte durch eine brennende Sonnenhitze und Mangel an Verpflegung bald erschöpft waren. Karl X., welcher in diesen Tagen in St. Cloud residierte, meinte, daß er den Aufstand durch Entlassung der gehaßten Minister und Zurücknahme der „Ordonnanzen" beschwichtigen könne; allein die Pariser wollten keinen Bourbonen mehr zu ihrem Herrscher, und ein von dem Redakteur und Schriftsteller Thiers und dem Banquier Lafitte verfaßter Aufruf forderte Absetzung des Königs, weil er das Blut des Volkes vergossen hätte, und empfahl den Herzog Ludwig Philipp von Orleans, welcher die dreifarbige Fahne annehmen und die Verfassung halten werde, zum Regenten. Eine Republik sei unstatthaft, weil durch sie Spaltungen im Lande entstehen und Frankreich mit den Großmächten entzweit werden würde. Deputierte der Aufständischen übertrugen (30. Juli 1830) dem Herzog anfangs die Generalstatthalterei mit der Verpflichtung, daß er die Nationalgarde wiederherstelle und eine Gemeindeordnung, Geschworenengerichte und Ministerverantwortlichkeit einführe. Karl X. wurde so entmutigt, daß er zu Gunsten seines zehnjährigen Enkels, Heinrich V., Herzogs von Bordeaux, der Krone entsagte und auf Betrieb seiner verräterischen Umgebung sich mit seiner Familie nach England begab. Die Nationalversammlung setzte sich über das Thronfolgegesetz Karls hinweg und rief (7. August) den Herzog von Orleans zum König der Franzosen aus. Die Pairskammer trat dem Beschlusse der Deputierten bei[1]. Ludwig Philipp bestieg (9. August) den

[1] Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen, V. Bd.

von der Revolution errichteten Thron, wodurch er Heinrich V. seines legitimen Erbrechtes beraubte.

Die französische „Julirevolution“ gab dem vom Wiener Kongreß gegründeten Königreich der Niederlande den ersten Stoß. Die Belgier ertrugen mit Unmut die Einverleibung in Holland, weil sie in großer Mehrheit katholisch und Franzosen waren und nur eine Staatsschuld zu 30 Millionen Gulden hatten, während die Holländer kalvinisch und germanischer Abstammung waren und ihre Staatsschuld 2000 Millionen Gulden betrug; dennoch wurde in beiden Ländern eine zentralisierte Regierung eingeführt und die Staatsschulden nebst Verzinsung vereinigt. Der Haß der Belgier wurde gesteigert durch Zurücksetzung in der Armee und dem Verwaltungsdienst, die Einführung der holländischen Sprache als allgemeiner Amtssprache und Aufbürdung lästiger Steuern. Sie forderten Freiheit des Unterrichtes und der Presse, und als sie hierüber von dem König Wilhelm I. in einem Manifest derb getadelt und (Juni 1830) der oberste Gerichtshof von Brüssel nach dem Haag verlegt wurde, erhoben sich die erbitterten Belgier (5. August) gegen die holländische Herrschaft. Nach einem blutigen Straßenkampfe in Brüssel und anderen Städten wurden die holländischen Truppen zurückgeschlagen und die Unabhängigkeit Belgiens ausgerufen. Die europäischen Großmächte vermieden eine bewaffnete Intervention aus Besorgnis, die Belgier würden bei den Franzosen Hilfe suchen und finden und diese das angrenzende Land in bleibenden Besitz nehmen. Auf einer Konferenz in London erkannten sie den Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg an, welchen die Belgier auf einem Kongreß in Brüssel (1831) zu ihrem König wählten. Der König von Holland protestierte gegen die Londoner Konferenzbeschlüsse und wollte sich die belgischen Provinzen mit Gewalt unterwerfen; seine Armee drang bis Brüssel vor, wurde aber durch den Einmarsch von 50000 Franzosen und das Erscheinen einer englischen Flotte an der Scheldemündung zum Rückzug gezwungen. Die Unabhängigkeit Belgiens wurde von den Großmächten (6. Oktober 1831) bestätigt und unter ihre Gewährleistung gestellt; es mußte jedoch die Hälfte von Luxemburg und Limburg an Holland abtreten und einen Teil der holländischen Staatsschuld übernehmen. Das holländische Luxemburg und Limburg wurden zu einem Mitglied des Deutschen Bundes erklärt[1].

In Deutschland war man der parlamentarischen Thätigkeit und bewaffneten Erhebung der Franzosen mit um so größerer Aufregung und Befriedigung gefolgt, als der Druck der Metternichschen Polizeiherrschaft immer mehr empfunden wurde. In Österreich ging die französische und belgische Revolution ohne Einwirkung vorüber; der ganze Kaiserstaat war geistig

[1] Staatengeschichte, I. Bd., Frankreich von 1814—1852.

und politisch vom Auslande abgesperrt, und selbst die freiheitsliebenden Ungarn blieben vollständig ruhig, obgleich ihnen von der kaiserlichen Regierung ein Verfassungsrecht nach dem andern entzogen worden war. Ebenso blieb Preußen von einer ernstlichen Störung des Friedens verschont, wiewohl es an Frankreich und Belgien grenzte. Die westlichen Provinzen waren sich selbst noch zu neu und zu sehr mit sich beschäftigt; die alten waren durch eine gute Rechtspflege, Verwaltung und vortrefflich geordnete Finanzwirtschaft befriedigt, so daß sie darüber den Mangel einer konstitutionellen Verfassung vergaßen. Der Geist des Christentums aber verschwand aus den preußischen Beamten- und wissenschaftlich gebildeten Kreisen immer mehr. Der an die Stelle Fichtes nach Berlin (1810) berufene Philosoph Hegel verstand es, in seinen akademischen Vorlesungen der studierenden Jugend ihre „christlich-deutsche" Begeisterung auszureden und in ihr den Hochmut der Selbstvergötterung zu erwecken durch die Lehre, Gott existiere nur im Ich des Menschen. In diesem pantheistischen Hochmut wandte sich die gebildete Jugend von den frommgläubigen Christen mit vornehmer Geringschätzung ab. Hegel trug seine Lehre: „Alles Wirkliche ist vernünftig", auch auf die bestehende Staatsgewalt über, womit er am meisten der Büreaukratie diente und diejenigen, welche für eine deutsche Einheit und glorreiche Zukunft schwärmten, als Phantasten lächerlich machte[1]. Andere Gelehrte in Berlin vertieften die jungen Männer in Studien, welche dem deutschen Patriotismus möglichst ferne lagen. Der einflußreichste und berühmteste unter ihnen war der Naturforscher Alexander von Humboldt, der angesehenste Gelehrte bei Hof und an der Akademie, welcher lieber französisch als deutsch schrieb und durchweg Kosmopolit war. Sein Streben ging vorzugsweise dahin, die preußische Hauptstadt zum Mittelpunkt „der europäischen Intelligenz" zu machen, in welcher der Glanz und die Ruhmredigkeit des Wissens mehr Geltung haben sollte als die einfache Sitte und Tugend.

In Sachsen kam es bei der Nachricht von den Pariser Ereignissen zu bedenklichem Aufruhr, weil in diesem Lande der landbesitzende Adel große Vorrechte besaß, während die niedere Bevölkerung in drückender Abhängigkeit lebte und hohe Steuern zahlen mußte. Es erhoben sich zahlreiche Haufen von Bauern und forderten in einer Beschwerdeschrift Vertretung auf Landtagen. Der schon bejahrte und durch den Aufstand eingeschüchterte König Anton verlieh den Sachsen eine Verfassung mit zwei Kammern und Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen. Eine stärkere Umwälzung brachte die Julirevolution in Braunschweig hervor. Herzog Karl, der sich durch eine despotische Regierung bei seinem ganzen Volke verhaßt und durch seine

[1] Maret, Der Pantheismus in den modernen Gesellschaften, Schaffhausen 1842. Romang, Der neueste Pantheismus oder die Jungelhegelsche Weltanschauung 2c., Bern und Zürich 1848.

Sittenlosigkeit an allen deutschen Höfen verächtlich gemacht hatte, wies die Beschwerden seiner Unterthanen mit der Drohung zurück, daß er unter die Menge schießen lassen werde, wenn sie revoltieren wolle. Mit dieser Äußerung reizte er die sonst gutmütigen Braunschweiger; sie ergriffen die Waffen, steckten die Residenz in Brand und trieben den Herzog zur Flucht nach Paris. Sie baten seinen jüngern Bruder, den Prinzen Wilhelm, die Regierung zu übernehmen; dieser willigte ein und wurde auch von dem Deutschen Bundestag (1830) anerkannt. Die braunschweigische Revolution teilte sich auch dem Königreich Hannover mit. Die Hannoveraner waren längst unzufrieden, daß ihr Land von London aus regiert werde und der Minister Graf von Münster eine Bedrückung des Volkes durch den Adel begünstigte. In einigen Städten wurde die Fahne des Aufruhrs entfaltet; als jedoch König Wilhelm IV. von England-Hannover durch Deputationen von den Beschwerden seiner deutschen Unterthanen Kenntnis erhielt, entließ er den Minister Münster und gewährte (1833) den Hannoveranern eine freiere Verfassung. In Kurhessen herrschte Wilhelm II. mit Härte und Mißtrauen und versammelte 14 Jahre lang die Landstände nicht; obwohl er unermeßlich reich war, so legte er doch seinen Unterthanen unaufbringliche Steuern auf, welche er nach Belieben und meist an seine Maitressen verschleuderte. Als das Gerücht ausgestreut wurde, die Regierung wolle durch die eingetretene Lebensmittelteuerung und die Cholera die ärmeren Volksklassen vermindern, brach der allgemeine Unmut los. Die Aufständischen verjagten die kurfürstlichen Maitressen und forderten eine freie Verfassung. Wilhelm bewilligte alles, dankte aber aus Ärger über seine Unterthanen zu Gunsten seines Sohnes (September 1831) ab [1].

In den süddeutschen Staaten blieb die äußere Ordnung bis auf vereinzelte Unruhen ungestört, weil sie im Besitze von Konstitutionen waren, welche die freie Äußerung der politischen Meinung gestatteten. In Bayern hatte König Ludwig I. die Anhänglichkeit des Volkes an das Wittelsbachische Haus durch Ernennung eines mehr freisinnigen Ministeriums verstärkt; er enthob den Freiherrn von Zentner seines Ministeramtes, übertrug dem Grafen von Armansperg das Ministerium des Äußern und ernannte zum Minister des Innern Eduard von Schenk, welcher vom Protestantismus zur katholischen Kirche übergetreten war und dessen milder Charakter mit seinen lyrischen Gedichten und seinem dramatischen Talente im Einklange stand. Nur in München veranlaßten die Studierenden der Universität eine ungefährliche Bewegung, welche unter dem Namen „Dezembernächte" über die bayerische Grenze bekannt wurde. Die Mitglieder der Burschenschaft „Germania" machten einem ihrer Kommilitonen während der Christnacht (25. Dezember

[1] Gervinus a. a. O. V. Bd.

1830) mit Kinderinstrumenten eine harmlose Musik, weshalb sie von einem Gendarmen zur Ruhe gewiesen wurden; hierüber entspann sich ein heftiger Wortwechsel, in welchen sich eine Menge Leute einmischte. Ein Bürger holte die Militärwache herbei, und nach einem kurzen Widerstand wurden mehrere Studenten verhaftet. Sofort tauchte das Gerücht auf, in München bestehe eine revolutionäre Verschwörung. Die „Germanen“ waren allerdings durch die Julirevolution zu phantastischen Plänen entzündet worden, schwärmten für eine deutsche Republik und verbanden sich zur deren Gründung mit den Burschenschaften in Würzburg, Jena und Halle und mit ihren Philistern. Bald verbreitete sich die falsche Nachricht, daß sich die Studierenden an den drei bayerischen Universitäten zu einem Aufstande am Weihnachtsfeste verschworen hätten; in München würden sie das Zeughaus erstürmen und die Stadt an allen Ecken anzünden. König Ludwig geriet über diese Berichte in große Aufregung und ordnete die schärfsten Maßregeln an. Gendarmen, Soldaten und Bürgerwehr durchzogen in den folgenden Nächten die Straßen und verhafteten jeden Studenten, der nach 11 Uhr noch außer Wohnung angetroffen wurde. Als die Polizeibeamten in München und Würzburg unter den Burschenschaften die Namen der vermeintlichen Verschworenen entdeckten, entwarfen sie dem König ein so übertriebenes Bild von Revolution und Thronumsturz, daß er wirklich an den Ausbruch eines Aufstandes glaubte. Ludwig erließ den Befehl, die Universität in München ein Semester lang zu schließen, nahm jedoch auf Vorstellung und Bitte des Magistrates und des Professors Ringseis das Reskript zurück. Durch eine gerichtliche Untersuchung ergab sich die Bedeutungslosigkeit „der Dezembernächte“; es wurden mehrere Mitglieder der Burschenschaften und Philister zu einer kurzen Freiheitsstrafe verurteilt, die Verbindungen der Germania, Amicitia und Isaria aufgelöst, den Corps Bavaria, Palatia, Suevia und Franconia die Enthaltung von jeder Politik befohlen und den Kandidaten der Philosophie der Eintritt in eine Studentenverbindung verboten[1]. In der Rheinpfalz, wo einige unruhige Köpfe die Bevölkerung durch revolutionäre Flugschriften zur Unzufriedenheit und Empörung zu reizen versuchten, wollte der neue Minister von Schenk eine Bewegung dadurch niederhalten, daß er (28. Januar 1831) die Preßfreiheit durch eine Zensurverordnung beschränkte und die demokratischen Hetzer auf einige Monate in Festungen stecken ließ.

In diese aufgeregte Zeit fiel die neue Wahl der bayerischen Landtagsabgeordneten, wobei die Oppositionspartei eine große Mehrheit erlangte. Die Regierung glaubte, den Widerstand in der Abgeordnetenkammer zu schwächen, indem sie den freisinnigen Beamten und namentlich dem quieszierten Ministerialrat Freiherrn Karl von Closen den Eintritt in dieselbe

[1] Prantl, Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität, I, 751—753.

durch Entziehung des gesetzlich vorgeschriebenen Urlaubes verweigerte. In der Thronrede, womit Ludwig I. den Landtag (1. März 1831) mit erhöhter Feierlichkeit eröffnete und die er selbst unter dem Eindrucke der jüngsten politischen Ereignisse abgefaßt hatte, nannte er sich mit Stolz einen König von Bayern, weil sich in allen Provinzen die alte angestammte Treue im letzten Revolutionsjahr rühmlich bewährt hätte. Mit gehobener Stimmung erinnerte er an den blühenden Aufschwung der Finanzen, die Verminderung der Steuern und die Vergrößerung des Zollvereins, verhieß die Vorlage mehrerer juridischen Gesetzentwürfe und beteuerte: „Das kann ich sagen, gewissenhafter als ich hält niemand die Verfassung. Ich möchte nicht unumschränkter Herrscher sein. Nicht nur selbst die Verfassung zu beobachten, sondern sie auch beobachten zu machen, habe ich geschworen, werde unerschütterlich darin sein, und unerschütterlich sein wird Bayerns Treue." Auf diese Schlußworte erwiderte die ganze Versammlung mit einem stürmischen Hoch. In der Adresse priesen die Stände das Glück, von einem König regiert zu werden, der stolz sei, Beherrscher eines freien Volkes zu sein. Mit Freude und Dank begrüßten sie die Budgetvorlage und neuen Gesetzesreformen und baten, der König möchte der Abgeordnetenkammer eine freie Geschäftsordnung bewilligen und den gewählten Beamten den Eintritt in die Kammer gestatten. Die Deputation, welche die Adresse überreichte, empfing Ludwig sehr huldvoll und sprach zu ihr: „Der Thron ist der sicherste, welcher sich auf das Vertrauen und die Liebe des Volkes gründet." In den ersten Sitzungen wurde der Minister von Schenk wegen seiner Zensurverordnung vom 28. Januar mit scharfen Ausdrücken angegriffen. Der Abgeordnete Regierungsdirektor Dr. Rudhart, ein gewandter Redner und offener Verfechter der Wahrheit und des Rechtes, der auch beim König in großer Achtung stand, wies auf die üble Stimmung hin, welche die Zensurverordnung im Lande hervorgerufen habe, und forderte, daß die Kammerverhandlungen unbeschränkt veröffentlicht werden, damit das Volk wenigstens von seinen Vertretern die Wahrheit erfahre; von den übrigen politischen Dingen werde es durch die Zensur ausgeschlossen. Bei Prüfung der Wahlen wuchs die Aufregung durch den Ausschluß des Freiherrn von Closen, welcher hierüber eine Beschwerde an die Kammer gerichtet hatte. Closen war in Zweibrücken (1786) geboren und hatte seine höheren Studien an den Universitäten in Wien und Landshut gemacht und sich als Offizier der „Freiwilligen Legion" am Feldzug 1814 beteiligt, obgleich er in dem nämlichen Jahre in den Besitz eines ansehnlichen Landgutes gelangt war. Nach Beendigung der Napoleonischen Kriege wurde er (1817) zum Regierungs- und nach zwei Jahren zum Ministerialrat ernannt. Als er (1825) in den Ruhestand versetzt wurde, errichtete er auf seinem Gute Gern in Niederbayern eine landwirtschaftliche Lehranstalt und beschäftigte sich eifrig mit Gründung

einer Bodenkreditbank nach dem System des englischen Nationalökonomen Adam Smith[1]. Als ihm von der Regierung (1831) wegen seiner freisinnigen politischen Stellung der Eintritt in die Abgeordnetenkammer verweigert wurde, verzichtete er auf seinen Quieszenzgehalt, um sich ungehindert der parlamentarischen Thätigkeit widmen zu können; allein die Staatsregierung war ihm durch Einberufung seines Ersatzmannes zuvorgekommen. Der zweite Präsident der Abgeordneten, Universitätsprofessor Seuffert, hielt eine glänzende Lobrede auf Closen, welcher mit patriotischem Edelmut ein großes Opfer gebracht habe, um seine Dienste dem Vaterlande leisten zu können. Den anwesenden Ministern schleuderte er den Vorwurf ins Gesicht: „Der Ausschluß Closens aus der Kammer beweist, daß die Regierung die freie Sprache nicht mehr hören wolle.“ Der Abgeordnete praktische Arzt Dr. Schwindl sagte vorher, daß keine Beamten mehr die Wahrheit reden, sondern nur für die Regierung stimmen werden. Dadurch erleide die Kammer einen unersetzlichen Verlust. Die schwierige Stellung eines Beamten in der Ständeversammlung zeichnete er mit den Worten: „Es ist allbekannt, daß jeder Beamte in unserer Mitte Glück und Ehre auf das Spiel setzt, wenn er durch seine Äußerung der Staatsregierung mißfällt, wenn Hofgunst und Gnaden unaufhörlich selbst für das Stillschweigen winken und die beständige Hoffnung auf Beförderung ein zauberisches Netz über das Gewissen wirft.“ Der Antrag, Closen wieder in die Kammer einzuberufen, wurde mit 110 Stimmen gegen 5 angenommen[2].

König Ludwig I. befahl, daß die Ständeverhandlungen vollständig veröffentlicht, eine neue Geschäftsordnung und ein Gesetz über Abänderung der passiven Wahlfähigkeit ausgearbeitet und Freiherr von Closen einberufen werde, um den Abgeordneten einen Beweis seiner liberalen Gesinnung zu geben. Die neue Geschäftsordnung gewährte der Kammer keine Kompetenzerweiterung und schloß das Recht der Initiative aus. Die passive Wahlfähigkeit wurde unbedingt auf alle Beamten ausgedehnt, welche vom Staate keinen Gehalt bezogen, und auf die Universitätsprofessoren. Beide Vorlagen wurden einer scharfen Kritik unterworfen und der Antrag gestellt, daß den Abgeordneten das Recht der Initiative zugestanden und die Anträge und Beschwerden nicht bis zum Schlusse des Landtages verschoben werden, so daß sie, wie in der letzten Versammlung, unerledigt blieben. Der Advokat Kulmann aus der Rheinpfalz, welcher mit seinen revolutionären Bestrebungen die bestehende Ordnung zu zerstören suchte, sprach sich dahin aus, daß von dem jetzigen Ministerium keine gedeihlichen Reformen zu erwarten seien, und verglich die reaktionäre Partei in Bayern mit den „Kongregationisten“ in

---

[1] Fraas, Geschichte der Landbau- und Forstwirtschaft, 326.

[2] Verhandlungen der zweiten Ständekammer in Bayern 1831.

Frankreich und mit den Jesuiten, welche mit dem Aushängeschild der Religion jeden Fortschritt hintertreiben wollen; er forderte die Minister auf, der Thätigkeit dieser „staatsgefährlichen“ Partei Schranken zu setzen. Kulmann beabsichtigte mit seiner Rede, die katholische Gesinnung des Königs selbst anzugreifen und erntete den Beifall der liberalen Kammerpartei und der Zeitungsblätter. Professor Görres wies ihn in fünf offenen Sendschreiben so gründlich zurecht, daß ihm der König persönlich seinen Dank aussprach. Der gleichgesinnte Dr. Schwindl verwarf die neue Geschäftsordnung, weil nach derselben der Präsident jenen Rednern, die sich über einen Minister beschweren, das Wort entziehen sollte; diese Bestimmung verletze die Würde der Stände. „Die Macht der Minister, rief er ihnen zu, ist in diesem Saal auf den Ministertisch beschränkt, und die Achtung, die sie hier genießen, ist lediglich nach dem Verdienste abgemessen, welches sie sich um das Vaterland erworben haben.“ Die Angriffe und Vorwürfe gegen die Minister wurden mit leidenschaftlicher Erregung fortgesetzt, als die Beschwerden fränkischer und schwäbischer Städte über die Zensurverordnung vom 28. Januar verhandelt wurden. Einige Redner aus Franken, wo wegen des Ausschlusses der Abgeordneten Behr und Hornthal die Bevölkerung gegen die Regierung gereizt war, forderten den Minister von Schenk geradezu auf, daß er seine Entlassung nehme, und beantragten, ihn wegen Verfassungsverletzung in den Anklagestand zu versetzen. Schenk schwieg auf diese Beleidigungen, weil die während der Julirevolution erlassenen Reskripte unmittelbar vom König ausgegangen und von ihm nur unterzeichnet worden waren. Der Vertreter der Stadt Würzburg machte den gehässigen Ausfall: „Dieses Schweigen kann entweder nur als Hohn oder als Schwäche betrachtet werden.“ Der Abgeordnete von Ansbach nannte den Ausschluß der in die Kammer gewählten Beamten „eine freche Rechtsverletzung“ und drückte seine Verwunderung aus, daß das Volk nicht die Waffen der Revolution ergriffen hätte. Als ihm der erste Präsident, Appellgerichtspräsident Freiherr von Schrenk, das Wort entzog, verteidigte sich Minister von Schenk in einer glänzenden Rede und erwiderte seinen Gegnern, daß er sein Amt erst dann niederlegen werde, wenn ihm der König, der ihn hierzu berufen habe, seine Entlassung gebe. Ludwig überzeugte sich von der Unhaltbarkeit Schenks; er ernannte ihn zum Regierungspräsidenten im Kreise der Oberpfalz und von Regensburg und übertrug das Ministerium des Innern provisorisch dem freisinnigen Staatsrat von Stürmer. Die Zensurverordnung hob er auf, und die Abgeordneten dankten ihm mit begeisterten Hochrufen. Die Oppositionsmitglieder setzten ihre aufreizenden Reden bei Beratung des Preßgesetzentwurfes fort, welcher nach den damaligen Zeitverhältnissen für freisinnig angesehen werden konnte, weil die Machtbefugnisse der Polizeibehörden in Ausübung der Zensur beschränkt und eine wahrheitsgetreue Darstellung der innern Politik zugestanden

war. Es war nur für die auswärtige Politik eine Zensur festgestellt, weil sich Bayern hierzu unter dem Drucke Österreichs und Preußens am Bundestag verbindlich gemacht hatte. Die revolutionär gesinnten Abgeordneten forderten unbeschränkte Preßfreiheit und am Bundestag die Abschaffung jener Verträge, welche noch schwer und schmählich auf Bayern lasteten. Nur der Rechenschaftsbericht über den Staatshaushalt wurde mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen; denn die Einnahmen überstiegen die Ausgaben jährlich um $4^1/_2$ Millionen Gulden, und von den Staatsschulden waren 30 Millionen getilgt worden. Dem König wurden für die Zivilliste $2^1/_2$ Millionen bewilligt, das Regierungspostulat für Erziehung und Bildung, Industrie und Landwirtschaft um 345 000 Gulden erhöht und der Kriegsetat, welcher im Jahre 1819 noch 9 300 000 Gulden betrug, auf $5^1/_2$ Millionen herabgesetzt [1].

Die Reichsräte veröffentlichten (1831) zum ersten Male ihre Verhandlungen, jedoch nur in Auszügen und ohne Benennung der Redner; es war ihnen allgemein vom Volke der Vorwurf gemacht worden, daß sie keine Vaterlandsliebe besitzen und ihre Sitzungen bei verschlossenen Thüren halten, um leichter ihre eigenen Interessen fördern zu können. Es gab in der Reichsratskammer mehrere liberal gesinnte Mitglieder, welche mit Eifer für politische Reformen einstanden. In ihrer Adresse auf die Thronrede priesen sie die Regierungshandlungen des Königs und sahen mit freudiger Stimmung den angekündigten Gesetzesvorlagen entgegen. Die Beschlüsse der Abgeordneten nahmen sie mit unbedeutenden Abänderungen an und befürworteten für durch die Presse verübte Vergehen und Verbrechen die Einführung der Geschworenengerichte; sie sprachen die Hoffnung aus, daß das Geschworeneninstitut überhaupt wieder nach Deutschland, der eigentlichen Heimat desselben, zurückkehren werde. Die ganze erste Kammer begutachtete die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens. Ein Reichsrat hielt eine schwungvolle Rede über die Macht und den Wert der Preßfreiheit, besonders zur Zeit eines Krieges, wo das Volk durch die Presse zum Patriotismus entflammt werde. Die meisten Mitglieder waren jedoch überzeugt, daß die Presse in gesetzlichen Schranken gehalten werden müsse, damit sie nicht in Preßfrechheit ausarte. Der die freiwillige Abtretung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit an den Staat betreffende Gesetzentwurf erschien den Reichsräten bedenklich, weil dadurch der Adel seine privilegierte Stellung im Staate verlieren würde und die Vertretung desselben in der Abgeordnetenkammer durch den Besitz der niedern Gerichtsbarkeit bedingt war. Nur ein einziger Reichsrat verteidigte entschieden die Regierungsvorlage und nannte die Patrimonialgerichtsbarkeit einen großen Mißstand in der Staatsverwaltung, weil

[1] Verhandlungen der Abgeordnetenkammer in Bayern 1831.

die Justizhoheit der Krone allein zukomme. Auch bei Beratung der Beschwerden und Anträge nahmen die Reichsräte den Standpunkt der zweiten Kammer ein und einigten sich mit ihr in dem Beschluß, daß gemäß dem Religionsedikt die Eltern die konfessionelle Erziehung der Kinder im Ehevertrag festsetzen können, und daß die renitenten Pfarrer mit Temporaliensperre bestraft werden. Das päpstliche Breve von 1819, welches den katholischen Pfarrern gebiete, von den Brautleuten gemischter Konfession vor der Trauung die katholische Kindererziehung zu fordern, sei in Bayern mit Umgehung des Königlichen Plazets eingeschmuggelt und von dem Nuntius den Bischöfen aufgezwungen worden. Gegen den Widerspruch der drei reichsrätlichen Bischöfe überließ die erste Kammer der Regierung die Entscheidung, ob der Streit auf diplomatischem Wege mit der römischen Kurie zu schlichten oder die Zivilehe, wie in der Rheinpfalz, einzuführen sei. Der Antrag der Abgeordneten, das Judenedikt von 1813 zu revidieren und die bürgerlichen Verhältnisse der Israeliten zu erleichtern, fand ihre volle Zustimmung. Dagegen lehnte sie den Antrag auf Einführung der Gewerbefreiheit ab, weil sie es für eine Pflicht des Staates erachtete, daß die Realrechte abgelöst werden; dadurch aber würde dem Staate eine Last von mehreren Millionen aufgebürdet werden. Sie zog es vor, dem Gewerbewesen durch Verleihung von Konzessionen eine freiere Bewegung zu geben. Ende Dezember (1831) ließ der König durch den Staatsrat von Stürmer den Landtag schließen und bestätigte im Abschied die von beiden Kammern vereinbarten Beschlüsse mit Ausnahme des Antrages, allen Beamten freien Eintritt in die Ständeversammlung zu gewähren; dadurch, bemerkte er, würden seine Kronrechte verkürzt werden [1].

Die Reden der liberalen Abgeordneten der bayerischen Ständeversammlung hatten niemanden mit größerer Sorge erfüllt als den Fürsten Metternich, welcher schon während der Aufstände in Mitteldeutschland den Entschluß gefaßt hatte, am Deutschen Bundestag die Polizeimaßregeln zu verschärfen; von dieser Notwendigkeit konnte er das Berliner Kabinett ohne Mühe überzeugen. In Übereinstimmung mit der preußischen Regierung stellte er in der Bundesversammlung den Antrag, daß der Bund jeden deutschen Staat gegen aufrührerische Bewegungen schütze und zu diesem Zwecke sich in die inneren Angelegenheiten der Bundesstaaten mische. Die Bundesregierungen nahmen den österreichischen Antrag aus Furcht vor einem weitern Umsichgreifen revolutionärer Bestrebungen an und beschlossen, das Sammeln von Adressen politischen Inhaltes an den Bundestag zu verbieten, die Presse schärfer zu überwachen und die aufwieglerischen Zeitungen „Zeitschwingen", „Die deutsche Tribüne" und „Der Westbote", welche von den rheinpfälzischen Advokaten

[1] Verhandlungen der I. Kammer der bayerischen Ständeversammlung 1831.

Siebenpfeifer und Wirth redigiert wurden, zu unterdrücken. Diese Blätter suchten die bestehende Ordnung umzustürzen, und ihr Verbot wurde selbst von freisinnigen Männern gebilligt, weil sie die wilden Leidenschaften der urteilslosen Volksmassen tief aufwühlten. Siebenpfeifer, Wirth und der Landtagsabgeordnete Schüler bildeten in Verbindung mit Geib und von Savoye eine Umsturzpartei, um in Deutschland eine Republik zu gründen. Sie schrieben nach der Schloßruine Hambach bei Neustadt a. d. Haardt eine Versammlung ihrer politischen Gesinnungsgenossen mit der Angabe aus, dort den „Deutschen Mai“ zu feiern. Gegenüber den Behörden verhüllte das Festkomitee die wahre Absicht der Zusammenkunft mit der Anzeige, daß auf Hambach die Jahresfeier der bayerischen Verfassung begangen werde. Bei schönstem Frühlingswetter zogen (27. Mai 1832) gegen 20000 Menschen, darunter 16 Polen unter ihrem Führer Dembinski und einige französische Republikaner aus dem Elsaß und Lothringen, auf die Hambacher Höhe unter Musik und mit einer weiß-roten polnischen und einer schwarz-rot-goldenen deutschen Fahne mit der Inschrift „Deutschlands Wiedergeburt“; die Brust der Festgäste war mit Bändern von denselben Farben geschmückt. Nach Verlesung mehrerer Zustimmungsadressen aus Rheinpreußen, dem Niederrhein, Konstanz, Straßburg und von dem polnischen Nationalkomitee in Paris forderten der praktische Arzt Dr. Hepp aus Neustadt a. d. Haardt und der Redakteur Siebenpfeifer die Versammelten mit flammenden Worten auf, die Freiheit und Einheit Deutschlands, welche „durch den Verrat der Fürsten“ und „die Mörderhände der Aristokratie“ vernichtet worden seien, mit vereinter Kraft herzustellen. Der Rechtsanwalt Wirth entlehnte seine Brandrede den Jakobinerklubs der französischen Revolution von 1789. Freiheit, Fortschritt und Wohlstand erwartete er nur von einer Volkssouveränität und rief mit Entrüstung aus: „Alle diese unermeßlichen Segnungen sollten den Völkern Europas bloß darum vorenthalten werden, damit ein paar unverständige Knaben fortwährend die Königsrolle erben können! Wahrlich, ich sage euch, wenn es irgend Verräter an den Völkern gibt, so sind es die Könige, welche um der Eitelkeit, Herrschsucht und Wollust willen die Bevölkerung eines ganzen Weltteiles elend machen und sie durch empörende Unterdrückung Jahrhunderte hindurch hindern, zu dem ihr von Natur bestimmten Zustande von materieller Wohlfahrt und geistiger Vollendung sich aufzuschwingen. Fluch, ewiger Fluch allen solchen Verrätern!“ Mit derselben Zerstörungswut verlangte der revolutionäre Bürger Becker aus Frankenthal von dem deutschen Volke, daß es sich zum Kampfe gegen die hochverräterischen Regierungen und die Beamten, „die Fürstenknechte“, bewaffne. Der Gedanke von „der Wiedergeburt Deutschlands“ trat in Gedichten, Reden und Toasten bei dem von 1400 Personen besetzten Mittagsmahl fortwährend hervor. Auch die Polen und Franzosen sprachen von Freiheit, Vernunft- und Völkerrecht, und bis

zum späten Abend wechselten unausgesetzt Lieder mit Reden über „Licht und Freiheit“, „Vernichtung des Despotismus und Bonzentums“, über einen „Bund auf Leben und Tod, welcher die Werke und Gebäude der Willkür, der blinden Unterwürfigkeit und des Pfaffentums zerschmettert“[1]. Auf die Aufforderung des Redners Widmann schwor die ganze Versammlung, die Freiheit des Vaterlandes und der deutschen Patrioten mit Gut und Blut gegen „die Zwingherrenhäuser“ zu schirmen. Dem Helden des Revolutionsfestes, Redakteur Wirth, überschickten die Liberalen in Frankfurt ein deutsches Ehrenschwert. An demselben Tage fand auch in Gaibach bei Würzburg eine große Volksversammlung statt, wo der Bürgermeister und frühere Landtagsabgeordnete Behr das große Wort führte und gegen den König von Bayern schwere Beleidigungen aussprach. Ebenso kam es in Zweibrücken, Kaiserslautern und Nürnberg zu vorübergehenden Tumulten[2].

Ludwig I. war schon durch die aufhetzenden Reden in der letzten Ständeversammlung bedenklich und mißtrauisch gemacht worden, auf die Berichte über „das Hambacher Fest“ und den Aufruhr in Franken aber gab er sein freisinniges Regierungssystem auf und schlug die entgegengesetzte Richtung ein. Den Feldmarschall Fürsten Wrede schickte er mit einem Armeecorps in die Rheinpfalz, um jeden Aufstand niederzuschlagen. Bei dem Dorfe Irheim sammelten sich die bewaffneten Rebellen, wurden aber von den königlichen Truppen nach einem kurzen Gefecht zersprengt. Das wahnsinnige Treiben des Hambacher Schauspieles gab dem Bundestag neuen Anlaß zur Unterdrückung einer jeden freien politischen Regung im Volke. Der Grundsatz der „Wiener Schlußakte“, daß das Staatsoberhaupt nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden sei, wurde (Juni 1832) eingeschärft; wenn die Stände die Steuern verweigern oder sie nur unter Bedingungen bewilligen wollen, so solle der Bundestag mit oder ohne Zustimmung des Bundesfürsten mit Gewalt einschreiten. Es wurde eine Kommission zur Überwachung der Ständeverhandlungen in den Bundesstaaten auf fünf Jahre eingesetzt, alle politischen Volksversammlungen und Vereine verboten, die Presse beschränkt, die Fremden- und Universitätspolizei verschärft und die dreifarbigen deutschen Fahnen, Bänder und sonstigen Abzeichen verpönt. Die einzelnen Regierungen setzten die strengen Maßregeln des Bundestages um so bereitwilliger in Vollzug, als das Gehässige derselben auf ihn zurückfiel. Das Volk blieb in großer Mehrheit gegen politische Dinge noch gleichgiltig; die Beamten hingen von der Gnade des Landesfürsten und der Minister ab, und diese hatten hinter sich die ganze Militärgewalt[3]. Nur unter den Literaten, Advokaten und Mitgliedern der

[1] Wirth, Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach, 11—99.
[2] Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts, V. Bd.
[3] Jäger, Geschichte der neuesten Zeit, I, 312—317.

Burschenschaften bildeten sich auf Anregung des Anwaltes Wirth in Süd- und Nordwestdeutschland aus Erbitterung über die letzten Bundestagsbeschlüsse Preß- und Vaterlandsvereine, um „die Einheit und Freiheit Deutschlands" zu begründen; allein diese Schwärmereien fanden bei der Masse des Volkes wenig Boden. Zwei Haufen junger Leute, welche in Frankfurt a. M. (1833) nachts die Haupt- und die Konstablerwache überrumpelten, wurden durch die Bundestruppen zersprengt und eine Anzahl von Bauern, welche aus der Umgegend zur Beteiligung an dem Aufstande herbeikamen, gingen wieder in ihre Heimat zurück und begnügten sich mit Zerstörung eines Zollhauses. Diese klägliche Erhebung benützten die Regierungen zum Vollzug der strengsten Polizeimaßregeln. Die Minister von Österreich, Preußen und Rußland versammelten sich in Teplitz zu einer Vorbesprechung, und die Monarchen trafen in Münchengrätz zusammen, um „die heilige Allianz" zu erneuern und sich über die Mittel zur Unterdrückung jeder revolutionären Bewegung zu einigen. Die Teplitzer Konferenzen wurden unter dem Vorsitze des Staatskanzlers Metternich in Wien (Januar bis Juni 1834) fortgesetzt und auch die deutschen Mittelstaaten beigezogen. Der bayerische Bevollmächtigte von Mieg und andere verteidigten die Souveränität der Mittelstaaten; allein auf Antrag Österreichs und Preußens wurde beschlossen, daß der Bund militärisch einschreiten werde, wenn in einem Lande die Stände die Steuern verweigern würden. Ohne Genehmigung des Landesherrn dürfe kein Staatsbeamter in die Abgeordnetenkammer eintreten[1].

Seit den Wiener Ministerkonferenzen wurde in allen deutschen Staaten der konstitutionelle Geist verdrängt. Das Volk und die Landtage fügten sich dem reaktionären Druck der Regierungen. Die Opposition in der Presse und den Kammern verstummte, alle freisinnigen Zeitungen wurden verboten und die politischen Verbrecher in Gefängnisse geführt oder zur Flucht ins Ausland gezwungen. Metternich verbot den Österreichern, an deutschen Universitäten zu studieren und literarische Erzeugnisse im Auslande zu drucken. Eine konstitutionelle Verfassung nannte er den ersten Schritt zur Republik, und die Philosophie und Geschichte hielt er für die gefährlichsten Feinde der Völker. Die katholische Kirche unterstützte er, jedoch nicht aus Überzeugung, sondern, wie er selbst sagte, um durch sie das Ansehen der Regierung zu stärken. Kaiser Franz I., wiewohl ein schlauer Kopf, ließ sich von seinem ihm geistig überlegenen Kanzler beeinflussen und stimmte mit ihm vollkommen überein; er machte es seinem Sohne und Nachfolger Ferdinand I. zur Pflicht, nach dem System Metternichs zu regieren und sich in allen Angelegenheiten auf ihn zu stützen[2]. In Bayern hatte König Ludwig I. (Ende Dezember 1831)

---

[1] Kaltenborn, Geschichte der deutschen Bundesverhältnisse von 1806—1856, I. Bd.
[2] Wachalla, Der österreichische Staatskanzler Fürst von Metternich, 61—72.

den Regierungspräsidenten des Oberdonaukreises, Fürsten von Öttingen-Wallerstein, einen Staatsmann von einnehmendem Äußern, großer Begabung, glänzender Beredsamkeit und verschwenderischer Freigebigkeit, aber ohne politische Überzeugung, zum Minister des Innern ernannt. Mit seinen anziehenden Eigenschaften erlangte er in der Regierung einen großen Einfluß und verfuhr mit unerbittlicher Strenge gegen alle Beamten, welche sich bei den Burschenschaften oder dem Hambacher Feste beteiligt hatten. „Der Blutsenat", welcher zur Untersuchung der revolutionären Umtriebe und Aufstände eingesetzt worden war, erhielt unter ihm eine erhöhte Thätigkeit. Viele Beamte wurden entlassen, der Advokat Wirth und der praktische Arzt Eisenmann, welcher ein fränkisches Herzogtum gründen wollte, wurden zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt und der Bürgermeister Behr wegen Majestätsbeleidigung nach der Festung Oberhaus abgeliefert, wo er nach fünf Jahren begnadigt wurde, nachdem er vor dem Bilde des Königs Abbitte geleistet hatte. Die übrigen Führer der Umsturzpartei, von Savoye, Siebenpfeifer, Schüler und Geib, flohen nach England oder Amerika; Siebenpfeifer starb später im Irrenhause. Eine unheimliche Furcht vor polizeilicher Spioniererei und Denunziation lag auf der ganzen Bevölkerung, so daß in Gasthäusern und öffentlichen Gesellschaften niemand mehr den Namen „König" oder „Ludwig" auszusprechen wagte [1]. Wallerstein hat viele Verhaftungen, namentlich unter den Beamten, verschuldet, und als er später selbst zur demokratischen Partei überging, fragte er jene Beamte, welche durch ihn eingekerkert worden waren: „Sagen Sie mir doch, warum hat man Sie damals quieszivert?" [2] Ihn erreichte das gerechte Strafgericht Gottes und trieb ihn, „den fürstlichen Proletarier", zur Auswanderung ins Ausland.

[1] Man nannte in Unterredungen den König „Gebhart", weil er aus Sparsamkeit im Geldgeben hart war, und die Königin „Notburga", weil sie oft in Geldnot war.

[2] Sepp, Ludwig Augustus, König von Bayern 2c., 267 ff.

Viertes Kapitel.

Ludwigs I. Regierung nach der Julirevolution.

Während der durch die französische Julirevolution veranlaßten Bewegung in Deutschland ließ der König von Bayern sich verlocken, an der orientalischen Politik Anteil zu nehmen. Die Neugriechen auf der südlichen Balkanhalbinsel hatten seit vielen Jahren mit Hilfe der fremden Staaten und der „philhellenischen Vereine" um ihre Freiheit und Selbständigkeit in blutigen Kämpfen gegen die Türken und Ägypter gerungen. Sie hatten sich die stärksten Sympathien im ganzen Abendlande erweckt, und Westeuropa, wo eine mächtige Vorliebe für die klassische Literatur die gebildeten Stände belebte, war von einer leidenschaftlichen Schwärmerei für das alte Hellas beherrscht. Allein die meisten Neugriechen waren nicht die Nachkommen der alten Hellenen; denn die ursprüngliche Bevölkerung Griechenlands war durch Krieg und Pest bis auf einen kleinen Rest auf den Inseln zu Grunde gegangen, und Slaven wanderten ein und nahmen bei ihrer Bekehrung zum Christentum auch die griechische Kirchensprache an. In Neugriechenland lebten noch freie räuberische Stämme, wie die Mainoten auf der felsigen Südküste Moreas, die Sulioten in den Bergen von Epirus, die Klephthen in Arkadien und die Armatolen in Thessalien, welche Christen und Türken beraubten und plünderten. Dennoch nahmen die philhellenischen Vereine in allen Ländern eine weite Verbreitung, und bedeutende Geldsummen flossen nach dem altklassischen Boden. Auch in München bildete sich ein Hauptverein der Philhellenen unter dem Protektorate des Königs und schickte als erste Spende 65 000 Gulden nach Griechenland. Ludwig I., welcher für die Literatur und namentlich für die Kunst der alten Hellenen begeistert war, sandte auf einer Kunstreise durch Italien in Florenz (1826) 80 000 Gulden an den Ausschuß der philhellenischen Vereine, um die griechischen Frauen und Kinder loszukaufen, welche bei Erstürmung der Feste Mesolonghi in die Gefangenschaft der Türken geraten waren[1]. Auf einer Rundreise durch

[1] Prokesch-Osten, Geschichte des Abfalls der Griechen, 39—215.

Bayern verbat er sich alle Festlichkeiten mit dem Wunsche, die hierfür bestimmten Geldmittel zur einen Hälfte den Ortsarmen und zur andern Hälfte den Griechen zu geben. In München ließ Ludwig (1827) mehrere verwaiste Knaben und Jünglinge aus Griechenland in Instituten unterbringen, berief zu ihrem Gottesdienst einen griechischen Geistlichen und übergab ihnen die St. Salvatorkirche, welche durch die Freigebigkeit des russischen Kaisers prächtig ausgestattet wurde. Mit finanzieller Unterstützung traf aus Bayern zugleich eine ansehnliche Zahl von Philhellenen in Griechenland ein, darunter mehrere Offiziere und Unteroffiziere, welchen der König als Führer den Oberstlieutenant von Heydeck mitgab.

Als die Griechen Hellas von den Türken mit eigener Kraft und der Hilfe der Philhellenen befreit hatten, wählten sie (1827) den ionischen Grafen und russischen Kabinettsminister Kapodistrias zu ihrem Präsidenten; der Petersburger Hof hatte die Wahl auf ihn gelenkt, um sich dadurch den Einfluß auf die neue Republik zu sichern. Kaiser Nikolaus I., ein junger, ehrgeiziger und eroberungssüchtiger Monarch, stellte an die Pforte die entschiedene Forderung, daß sie die ägyptischen Truppen, welche unter Ibrahim Pascha den größten Teil von Morea besetzt hatten, zurückziehe. Als sie zögerte, marschierte er (1828) mit 68 000 Mann durch die Donaufürstentümer bis zur Festung Silistria und eroberte Varna, während ein russisches Heer in Asien die Festung Kars und andere Bergfesten in Armenien wegnahm. Fürst Metternich strengte sich vergeblich an, dem für Österreich gefährlichen Vordringen Rußlands auf der Balkanhalbinsel durch ein Bündnis mit den anderen Großmächten eine feste Schranke zu setzen; diese gingen auf seine Anträge nicht ein, weil sie durch eine Festsetzung der Russen in den Donaufürstentümern nicht so unmittelbar bedroht waren als Österreich, und Frankreich mit Rußland in einem geheimen Bunde stand. Der Vizekönig von Ägypten überzeugte sich, daß der Sultan Mahmud auf auswärtigen Beistand nicht rechnen könne und rief seine Truppen aus Morea zurück. Ehe Ibrahim Pascha abzog, landeten eigenmächtig 15 000 Franzosen unter dem General Maison und besetzten zur Überraschung und Erbitterung der Griechen die ganze Halbinsel. Nikolaus verstärkte sein Heer und übertrug dem tüchtigen General von Diebitsch den Oberbefehl. Dieser schloß die feste Stadt Silistria ein und brachte den Türken in einer entscheidenden Schlacht bei Schumla (11. Juni 1829) eine gänzliche Niederlage bei. Nach Eroberung Silistrias' überschritt Diebitsch den Balkan, schlug die türkische Besatzung aus Adrianopel und rückte gegen Konstantinopel vor. In Asien besiegte General Paskewitsch die Türken in zwei Schlachten und besetzte Erzerum, die Hauptstadt von Großarmenien. Die Kraft der Türkei war gebrochen, und der Sultan schloß mit Rußland (14. September 1829) in Adrianopel Frieden. Der Zar gab an die Türkei die in Europa gemachten Eroberungen

zurück und behielt in Asien einige Gebiete an der Ostküste des Schwarzen Meeres und im Binnenlande. Die Hospodare der Walachei und Moldau sollten von den Bojaren auf Lebenszeit mit Zustimmung des Sultans und des russischen Kaisers gewählt werden, aber ihre inneren Angelegenheiten selbständig verwalten. Die griechische Frage wollte Nikolaus mit den übrigen Großmächten entscheiden und bestimmte, daß jetzt schon die griechische Flagge im Schwarzen Meere anerkannt wurde[1].

Der Adrianopeler Friede führte die englische Regierung zur Erkenntnis, daß durch weitere Ausdehnung der russischen Macht in der Türkei das europäische Gleichgewicht gestört werde. Der neue Premierminister, Herzog von Wellington, stellte bei den Großmächten den Antrag, Neugriechenland zu einem selbständigen Königreich und zum Damm gegen das Umsichgreifen des Zarenreiches zu machen. Frankreich und Rußland stimmten zu, und diese drei Großmächte erklärten in einer Konferenz zu London in einem Protokoll vom 3. Februar 1830, daß Griechenland ein völlig unabhängiger und tributfreier Staat sei. Auch Sultan Mahmud willigte (24. April) ein, als ihm Nikolaus von der Kriegskostenentschädigung einen Nachlaß von einer Million Dukaten gewährte. Als die Grenzen des neuen Staates festgesetzt waren, suchten die Großmächte nach einem König. Frankreich schlug den Prinzen Karl von Bayern vor und Österreich den Grafen Kapodistrias; gegen diesen protestierte England entschieden wegen seiner Umtriebe auf den unter britischer Oberherrlichkeit stehenden Jonischen Inseln. Zuletzt einigte man sich über den Prinzen Leopold von Koburg, welcher als Schwiegersohn des Königs Wilhelm IV. von England-Hannover schon längst von der britischen Regierung ausersehen war; dieser aber forderte eine bedeutende Erweiterung der Grenzen des neuen Königreiches. Fürst Metternich war vom Anfange an über die ganze Erhebung der Neugriechen gegen die Türkei erbittert, weil er die philhellenischen Vereine für ein Werk der Freimaurerei und die Lostrennung Griechenlands von der Pforte für einen Erfolg der Revolution hielt; er einigte sich mit dem englischen Ministerium in dem Beschlusse, dem schwer gedemütigten Sultan kein weiteres Land mehr abzunehmen. Leopold lehnte die griechische Krone ab und bestieg den neuerrichteten Thron der Belgier. Präsident Kapodistrias entwickelte indes mit russischen Geldern eine große Thätigkeit, um Griechenland aus einer greulichen Verwüstung und Verwilderung zu heben und die Wahl eines neuen Königs zu beschleunigen. Als er beim Ausbruch der Julirevolution die Zügel straffer anzog und äußerst strenge Gesetze erließ, verschworen sich seine demokratisch gesinnten Feinde zu seinem Sturze, weil sie in ihm das Streben nach Macht und Ordnung haßten. Während der Osterzeit (1831) ergriffen die Ver-

---

[1] Bernhardi, Rußland von 1814—1831, Staatengeschichte, VII. Bd.

schworenen auf der Insel Hydra die Fahne der Empörung und segelten nach Morea, wo sie die Regierungsschiffe verbrannten und die Stadt Poros erstürmten, welche die Klephthen vollständig ausplünderten. Der Präsident rief das russische Geschwader zu Hilfe und vertrieb die Rebellen aus Morea. Die Aufregung in den verbitterten Gemütern dauerte noch immer fort, so daß eine nach Argos ausgeschriebene Nationalversammlung nicht zu stande kommen konnte. Während der allgemeinen Bewegung bat die Mutter des im letzten Aufstande gefangenen Fürsten der Mainoten, Petros Mauromichalis, den Präsidenten um Begnadigung ihres Sohnes. Kapodistrias ließ sich nicht erweichen und wurde nach wenigen Tagen (9. Oktober 1831) von dem Sohne und dem Bruder des Fürsten aus Rache meuchlings ermordet. Die Anhänger des ermordeten Grafen wählten dessen Bruder zum Präsidenten, und die Gegenpartei setzte eine eigene Regierungskommission ein. Neuerdings entbrannte in allen Landschaften der Bürgerkrieg, bis die Gesandten „der Schutzmächte", Rußland, Frankreich und England, demselben ein Ziel setzten. Die Partei des Grafen Kapodistrias bat die Schutzmächte, einen Regenten nach Griechenland zu schicken. England, Frankreich und Rußland erkannten die Regierung des jüngern Kapodistrias an und forderten die Griechen auf, eine aus beiden Parteien gebildete Verwaltung bis zur Ankunft des neuen Souveräns einzusetzen. Die Nationalversammlung wollte eine neue Verfassung mit den Rechten der Krone und des Volkes ausarbeiten; die Schutzmächte aber geboten ihr, ohne Mitwirkung der künftigen königlichen Regierung keine endgiltige Verfassung festzustellen. Die Nationalversammlung wollte eben auseinander gehen, als ein Haufe bewaffneter Soldaten, Palikaren, welche seit vielen Monaten keinen Sold mehr erhalten hatten, in den Sitzungssaal einbrach und den Präsidenten nebst acht Deputierten in die Berge abführte, wo sie dieselben erst gegen namhaftes Lösegeld freigaben. Dieser Gewaltstreich war ihnen von einem Mitgliede der Regierung selbst als der sicherste Weg angegeben worden, auf dem sie zu ihrem Gelde gelangen könnten. Kapodistrias, welcher der Präsidentschaft längst überdrüssig und von niemanden geachtet war, kehrte (April 1832) mit der Leiche seines Bruders nach Korfu in seine Heimat zurück[1].

Zur rechten Zeit erschien in Nauplia ein bayerischer Gesandter mit der Botschaft, daß Prinz Otto von Bayern von den Schutzmächten zum König von Griechenland auserkoren worden sei. Frankreich, England und Rußland hatten an den König von Bayern das Ansuchen gerichtet, seinen Bruder, Prinzen Karl, zur Annahme der neuen Krone zu bewegen. Der Prinz entgegnete dem Minister Armansperg: „Wenn mir heute der bayerische Thron zufiele, so würde ich an demselben Tage abdanken; daraus schließen Sie,

---

[1] Prokesch-Osten a. a. O. 216—460.

wie wenig ich gesonnen bin, den Thron von Griechenland zu besteigen.“ Ludwig I. kam aus Begeisterung für das altklassische Hellas auf den unglücklichen Gedanken, seinen jungen Prinzen Otto zum Regenten der zuchtlosen und verwilderten Neugriechen zu empfehlen. Die Schutzmächte nahmen den Vorschlag an. Ludwig forderte für seinen Sohn den souveränen Königstitel, die Ernennung einer Regentschaft, ein Hilfscorps von 3500 Mann und die Zustimmung des griechischen Volkes; dagegen verpflichtete er sich, dem Prinzen Otto die bayerische Apanage zu jährlich 80 000 Gulden zu verabfolgen und ihn so lange mit Geldmitteln zu unterstützen, bis in Griechenland ein Kronvermögen gegründet sei. Die Großmächte gingen in London in einem Vertrag vom 7. Mai 1832 auf die Bedingungen des Königs ein und setzten noch bei, daß die Kronen von Bayern und Griechenland niemals auf demselben Haupte vereinigt sein dürfen und der griechische Thron bei einem kinderlosen Ableben Ottos auf seine Brüder übergehen solle. Die griechische Nationalversammlung erkannte in Nauplia den Prinzen Otto als ihr Staatsoberhaupt an. Ludwig ernannte kraft des Londoner Vertrages den Minister Grafen von Armansperg, den Professor der Rechte von Maurer und den General von Heydeck zu Regentschaftsmitgliedern während der Minderjährigkeit Ottos; Armansperg wurde die Präsidentschaft übertragen und ihm der Legationsrat von Abel als Substitut beigegeben. Drei Mitglieder der griechischen Regierung, Miaulis, Botzaris und Plaputas, begaben sich nach München, um ihren jungen König zu begrüßen und ihn um Beschleunigung seiner Abreise zu bitten. Am 6. Februar 1833 zog Otto I. mit den Mitgliedern der Regentschaft, 3500 bayerischen Soldaten und einer Anleihe von 60 Millionen Franken in Nauplia ein, wo er feierlichst als Engel des Friedens und Hoffnung der Zukunft begrüßt wurde. Die französischen Garnisonen kehrten in ihre Heimat zurück, und ihre Plätze wurden von den Bayern besetzt, welche gleich bei ihrer Ankunft von den Eingeborenen mit Mißtrauen und Haß betrachtet wurden. Die Regentschaft löste die aus 5000 Palikaren bestehenden irregulären Truppen wegen ihrer Zuchtlosigkeit auf und wollte sie den bayerischen Bataillonen einreihen. Die Palikaren, welche heldenmütig für die Freiheit ihres Vaterlandes gekämpft hatten, konnten sich mit der bayerischen Uniform und Disziplin nicht befreunden, und als man sie durch Hunger zur Unterwerfung zwingen wollte, brachten sie dem König Otto in Nauplia unter Thränen und Beteuerung ihrer Anhänglichkeit ihre Fahnen, die sie im Befreiungskampfe getragen hatten, und gingen in die Gebirge zurück, um sich vom Räuberhandwerk zu ernähren und in ihren Söhnen die Rache gegen die bayerische Regierung großzuziehen. Ebensowenig wollte sich das andere verarmte, habgierige Volk strengen Regierungsverordnungen und Staatseinrichtungen fügen und gönnte den vielen Fremden, namentlich den Bayern, welche nach Neugriechenland kamen, nicht einmal den Mitgenuß

der griechischen Luft. Die räuberischen Mainoten weigerten sich, die Waffen abzuliefern, und schlugen die bayerischen Truppen zurück [1].

Der bayerischen Regentschaft fiel in dem fernen, unbekannten Lande eine höchst schwierige Aufgabe zu. Das ganze Königreich war eine kümmerliche Schöpfung von 700 Quadratmeilen Flächeninhalt und nicht ganz einer Million Einwohner. Die Griechen, England und Frankreich erwarteten von der Regentschaft eine konstitutionelle Regierung, weil König Ludwig I. es versprochen hatte; allein sie betrachtete die in Barbarei versunkenen Griechen noch nicht als reif für eine Verfassung und behielt die ganze Regierungsgewalt in ihren Händen, um ohne Einspruch und Widerstand einer Volksvertretung die Verwaltung organisieren zu können. Der Präsident Armansperg besaß eine höfische, staatsmännische Bildung und hatte als Minister durch seine Finanzverwaltung und Liebe zu den Künsten die Gunst Ludwigs erlangt, welcher oft und gerne im Kreise seiner Familie und seiner schönen Töchter verweilte. Den Engländern und Franzosen zu Gefallen trug er einen konstitutionellen Liberalismus zur Schau, war aber in Wirklichkeit ein willkürlicher Büreaukrat, welcher von den Bedürfnissen und Interessen der Neugriechen keine Kenntnis hatte. Professor Maurer aber erwarb sich um die Einrichtung des Gerichts- und Gemeindewesens unverkennbare Verdienste und wurde von dem praktisch erfahrenen Legationsrat von Abel bestens unterstützt; in seinen Gesetzbüchern griff er zu altgermanischen Rechtslehren zurück und vereinigte deutsche Gründlichkeit mit griechischer Einfachheit. Die Zivilverwaltung des kleinen Landes wurde den Einrichtungen größerer Staaten Europas nachgebildet und alle Ämter bis auf den Gemeinderat von der Regierung abhängig gemacht. General von Heydeck war mit den griechischen Zuständen bekannt und ein ehrlicher, talentvoller Offizier; er ließ statt der Palikarenbanden in Bayern und Deutschland Freiwillige werben, meist Taugenichtse und Abenteurer, welche in dem neuen Königreich Beförderung und reichlichen Sold erwarteten, und deren Auszeichnung und Bevorzugung vor den griechischen Soldaten allgemeinen Unwillen erregte. Es wurde eine reguläre Armee von 10000 Mann mit 1000 Offizieren und Generalen und zur Erhaltung der Ordnung ein Gendarmeriecorps zu 1200 Mann errichtet. Die großen Geldsummen, welche das eingeborene Heer, das bayerische Hilfscorps und die Regentschaft kosteten, reizten zur Unzufriedenheit. Nach drei Jahren wuchsen die Schulden bis zu 25 Millionen Drachmen; die jährlichen Einkünfte betrugen nur 4 Millionen und die Ausgaben $4^1/_2$ Millionen. Für den niedern und höhern Unterricht erließ die Regentschaft die besten Verordnungen; allein es fehlte an Geld, Lehrern und

[1] Mendelssohn-Bartholdy, Die Regentschaft in Griechenland 1833—1835, Historische Zeitschrift von Sybel, XXVIII, 4—6.



Schülern. Professor von Maurer glaubte, das Unterrichtswesen durch Verpachtung der Klostergüter emporzubringen; allein die Pachtgelder kamen in die Staatskasse für die Soldaten, und die Klostergebäude wurden in Kasernen und Stallungen umgewandelt. Nach dem allgemeinen System der Zentralisation wurde die Kirche Neugriechenlands, welche sich schon früher von dem Patriarchen in Konstantinopel losgetrennt hatte, für unabhängig und der König zum Kirchenoberhaupte erklärt. Die unzufriedenen Geistlichen und Laien fanden Unterstützung in der Wohnung des russischen Gesandten Katakazy, wo die Fäden einer der Wittelsbachischen Dynastie feindlichen Verschwörung gesponnen wurden. Die russische Regierung ging sogar so weit, daß sie dem katholischen König Otto zumutete, er solle zur griechischen Religion übertreten, damit seine Unterthanen gegen jede Verletzung ihrer religiösen Freiheit gesichert wären [1].

Die Regenten suchten mit lobenswertem Eifer Landwirtschaft, Gewerbfleiß, Handel und Verkehr zu begründen; allein die Griechen, welche im wilden Kriege aufgewachsen waren, hatten hierzu kein Verständnis, und die Ausführung der Verordnungen wurde durch die Uneinigkeit unter den Mitgliedern der Regentschaft gelähmt. Armansperg hing der englischen Partei an, während Maurer und Abel den französischen Einfluß begünstigten; sie waren nur in der Abneigung gegen die russische Partei einig. Als sich aus diesem Parteigetriebe eine Verschwörung gegen die Regierung entwickelte, ließen die Regenten die Häupter derselben wegen Hochverrates zum Tode verurteilen, wurden aber durch Drohungen des erzürnten Volkes gezwungen, sie zu begnadigen und ihnen während ihrer Gefangenschaft den Erlöserorden zu verleihen; dadurch büßten sie vollends den Rest ihres Vertrauens ein. Die Mainoten, die wilden Bergbewohner Lakoniens, erhoben sich (1834) zu einem bewaffneten Widerstand gegen die bayerische Regierung und mißhandelten die gefangenen Bayern, welche zu ihrer Unterwerfung abgeschickt worden waren, auf eine grausame Weise; sie konnten erst durch Geld und Versprechungen zur Unterwerfung vermocht werden. Der innere Hader der Regentschaft führte zu einer entscheidenden Wendung, als Armansperg dem König von Bayern in geheimen Schriften das verderbliche System der Regentschaft vorstellte und sich als alleinigen Leiter der Staatsgeschäfte empfahl. Diese Schriften wurden von einem heimtückischen Griechen den anderen Regentschaftsmitgliedern verraten, welche den Präsidenten in einer Staatsratssitzung offen hierüber zurechtwiesen. Armansperg beschwerte sich hierüber in einem Berichte an Ludwig I., und seine Anhänger schrieben ihm von einem gefährlichen Aufruhr, wenn nicht Maurer und Abel entlassen würden. Auf Betrieb der englischen und russischen Regierung entschied sich

[1] Mendelssohn-Bartholdy a. a. O. XXVIII, 6—25.

Ludwig für Abberufung der mißliebigen Regentschaftsmitglieder und ernannte an ihrer Stelle die Ministerialräte von Kobell und von Greiner. Das griechische Volk sah sehnsüchtig dem folgenden Jahre entgegen, in dem Otto I. volljährig wurde; er hatte sich während der zwei Jahre seiner Anwesenheit allgemeines Vertrauen erworben, wurde von allen Parteien geliebt, sprach mit großer Vorsicht und Verstand und zeigte Ernst und Abgeschlossenheit, was die Griechen gerne wahrnahmen. Otto war, wie alle Kinder Ludwigs I., sorgfältig erzogen und unterrichtet worden; allein es mangelte ihm Energie und Selbstvertrauen, und nur schwer und langsam kam er zu einem Entschluß. Die Reinheit seiner Sitten wurde um so höher geschätzt, als die Fremden durch das Gegenteil verrufen waren[1]. Am 1. Juli 1835 trat der junge König die Regierung an, und die verhaßte Regentschaft löste sich auf; Graf Armansperg setzte jedoch unter dem Namen eines Staatskanzlers die Regierung fort. Als König Ludwig erkannte, daß er über die griechischen Zustände durch verschiedene Berichte oft und viel getäuscht worden sei, reiste er (1835) nach Griechenland, um sich persönlich von der dortigen Lage zu überzeugen und auf dem klassischen Boden neue Kunstwerke für seine Altertumssammlung zu suchen. Als hochsinniger Philhellene wurde er von den herbeieilenden Griechen mit aufrichtigem Jubel begrüßt. Seinem Sohne und dem Grafen Armansperg gab er die Grundzüge an, wie das neue Königreich einfach und patriarchalisch regiert und die früheren Fehler der Büreaukratie verbessert werden könnten. Beim Abschied schenkte Ludwig der noch in Trümmern und Schutt liegenden Stadt Athen, wohin die königliche Residenz wegen des historischen Zaubers verlegt worden war, 50 000 Franken und legte persönlich den Grundstein zu einem Krankenhaus für einheimische und fremde Kranke. Von den 15 Millionen Franken der französischen Kriegskostenentschädigung, welche zum Wiederaufbau der von den Franzosen in Bayern zerstörten Festungen bestimmt waren, gewährte er der griechischen Regierung (1835—1837) ein Darlehen von 1 933 000 Gulden.

Bald nach der Abreise des königlichen Vaters vermählte sich Otto I. (1837) mit der Prinzessin Amalie von Oldenburg und entließ seinen Kanzler Armansperg. An dessen Stelle trat der bayerische Regierungspräsident Dr. Rudhart, welcher sich in die griechischen Verhältnisse nicht fügen konnte und mit seinen deutschen Verwaltungsformen den Unwillen des Volkes aufregte; ein Konflikt mit dem englischen Gesandten brachte in ihm den Entschluß zur Reise, nach Bayern zurückzukehren. Nach ihm wurde das Ministerium nur mehr mit Griechen besetzt. Der König führte mit den eingeborenen Ministern eine sehr verdienstvolle Regierung. Athen erhob sich aus einem verfallenen Dorfe zu einer schönen Hauptstadt; nach dem Plane

[1] Mendelssohn-Bartholdy a. a. O. 25—56.

des bayerischen Oberbaurates Gärtner wurde aus hymettischem Marmor die Residenz des Königs erbaut, und bald folgte der Bau einer Universität, Bibliothek und Sternwarte. Die Bayern bauten Straßen von Athen nach allen bedeutenden Städten, und der Fremde konnte in voller Sicherheit das Land durchwandern. Auf den Inseln und längs des Meerbusens von Patras und Korinth wurde Wein von bester Sorte gewonnen; die durch den langen Krieg größtenteils zerstörten Olivenhaine umfaßten unter Otto gegen sieben Millionen Bäume, welche einen jährlichen Ertrag von 200 000 Zentnern abwarfen. Die durch das Klima begünstigte Seidenzucht hob sich wieder mit Vermehrung der Maulbeerbäume, und der griechische Honig behauptete seinen alten Ruhm. Die Industrie machte geringe Fortschritte und beschränkte sich auf Erzeugung von Seiden- und Baumwollenstoffen, Strohgeflechten, Segeltuch und Tauwerk. Am stärksten wurde der Schiffsbau betrieben besonders auf den Inseln, welche das Festland in allen Zweigen der Kultur übertrafen. Der griechische Handel zwischen der Levante und Europa gelangte zur schönsten Blüte; die Handelsmarine zählte gegen 4500 Fahrzeuge; griechische Handelsleute siedelten sich in der Türkei, Italien, Österreich und Ägypten an, trotzdem daß die Rhederei Griechenlands durch gehässige Zwangsmaßregeln der Engländer zu leiden hatte. Der Ackerbau und die Viehzucht lagen darnieder; nur Ziegen und Schafe waren in den inneren Gebirgsgegenden in größerer Menge vorhanden, und die Königin Amalie errichtete bei Athen eine Schweizerei[1]. Das neue Königreich hätte sich infolge der günstigen geographischen Lage namentlich durch den Handel zu besseren wirtschaftlichen und finanziellen Zuständen aufschwingen können, wenn nicht die Gesandten der Großmächte aus Sonderinteressen in entgegengesetzter Weise einen lähmenden Druck auf die Regierung ausgeübt hätten. Die Russen reizten die Griechen mit der Vorspiegelung, daß sie die Erben der alten Hellenen seien und ihr Reich bis an die Donau ausgedehnt werden müsse. Anstatt ihre beklagenswerten Finanzen in Ordnung zu bringen, gefielen sich die Griechen in großer Politik und unterstützten die aufständischen Kreter mit Kriegshilfe. In der Türkei zettelten sie in den Handelsstädten unter den dort wohnenden Griechen Verschwörungen an, und an der Grenze Thessaliens und Epirus' bildeten sich bewaffnete Banden, welche Raubanfälle auf das türkische Gebiet machten. Das russische Phantasiebild von einem großen byzantinischen Reich ließ die Griechen nicht ruhen, und in ihrem leicht erregbaren Unmut warfen sie die Schuld an den engen Grenzen ihres Landes auf die Regierung. Otto führte mit seinen Ministern eine unbeschränkte, aber gemäßigte Regierung; jene Griechen aber, welche in den Freiheitskriegen eine militärische oder politische Stellung eingenommen hatten, hielten ein ab-

[1] Büchele, Geschichte des Welthandels, 354—357.

solutes Regiment für eine Erniedrigung und forderten eine Verfassung. Als Österreich und Rußland den König davon abhielten, kam die langjährige Gährung zum Ausbruch. Die Aufständischen zwangen den König (1845), daß er ihnen eine Verfassung gab und die bayerischen Soldaten in ihre Heimat entließ. Nach Entfernung der Bayern konnten die treulosen Griechen ungestört schalten; sie beuteten das Staatswesen und den machtlosen König zur Befriedigung ihrer Selbstsucht und Geldgier aus und ließen sich von den fremden Gesandten in der innern und äußern Politik zu einem leidenschaftlichen Parteihaß verleiten; die Nationalversammlung artete nicht selten in blutige Schlägereien der Deputierten aus. Otto I. lebte in einer unglücklichen Lage, da er zwischen der Zügellosigkeit des Volkes und der Perfidie „der Schutzmächte“ eingezwängt war; er blieb ein Opfer der Vorliebe seines Vaters für das altklassische Hellas.

Als Ludwig I. (1834) den bayerischen Landtag eröffnete, gab er in der Thronrede seine väterliche Freude über die Erwerbung der griechischen Krone für Otto I. und die Hoffnung kund, daß durch das neu gegründete Griechenland dem Handel und Gewerbe Bayerns eine neue Straße geschaffen werde. Hierin täuschte er sich, weil niemand mit dem geldarmen Griechenland Handelsverträge abschließen wollte; berechtigter waren seine Erwartungen, welche er auf die Vergrößerung des Zollvereins setzte. Von den letzten Unruhen in der Rheinpfalz und Franken that er zwar Erwähnung, sprach aber die Befriedigung aus, daß dieselben nur von einer kleinen Umsturzpartei ausgegangen seien. Wiederholt versicherte er, daß er trotz dieser revolutionären Bewegung die Verfassung gewissenhaft halten werde, weil er überzeugt sei, daß „die Bayern ihn lieben und sein Streben für ihr Wohl kennen“. Die Abgeordnetenkammer bot 1834 ein ganz verändertes Bild, und allgemein empfand man den großen Unterschied zwischen der letzten und gegenwärtigen Ständeversammlung, obgleich die meisten der früheren Mitglieder wieder gewählt worden waren. Zum ersten Präsidenten ernannte der König unter den von der Kammer vorgeschlagenen sechs Kandidaten den Justizminister Freiherrn von Schrenk, welcher während der Sitzung in einem Nebenzimmer den schwarzen Frack ablegte und die Ministeruniform anzog, wenn er den Vorsitz an den zweiten Präsidenten abtrat. Wie in anderen deutschen Ständeversammlungen, so verstummte auch in den bayerischen Landtagsverhandlungen jede Opposition, seitdem die Beschlüsse der letzten Wiener Konferenz bekannt geworden waren. Auf die Julirevolution folgte eine Zeit politischer Erschlaffung; durch die Umtriebe und Verwirrung der revolutionären Partei hatte der Liberalismus auch in Bayern an Einfluß und Wirkung verloren. Die Stimmung des Volkes war gedrückt; denn Ludwig beteuerte zwar oft die Aufrechthaltung der Verfassung, beharrte aber auf dem Buchstaben derselben; er entfernte sich immer mehr von ihrem Geiste

und dachte nie daran, sie durch zeitgemäße Reformen zu entwickeln. In allen Fällen, in denen die Verfassung nicht eine ausdrückliche Bestimmung enthielt, befolgte er ein autokratisches Verfahren und verwandte ohne Rücksicht auf die Stände die jedesmaligen Erübrigungen im Staatshaushalt nach Gutdünken, weil hierüber in der Verfassungsurkunde nichts festgesetzt worden war. Über die Erübrigungen wurde zwischen der Abgeordnetenkammer und der Regierung viele Jahre ein erbitterter Streit geführt, der erst 1848 zu Gunsten der Stände beendigt wurde. Die im letzten Landtag zurückgelegten Gesetzentwürfe über Mündlichkeit und Oeffentlichkeit im Gerichtsverfahren, einen Zivilprozeß und ein Polizeigesetz ließ Ludwig zurückziehen, um sie einer Revision zu unterwerfen und zuletzt für immer zu entfernen[1].

Die Deputierten, welche dem König die in unterwürfigster Form abgefaßte Adresse überreichten, ermahnte er, daß die Abgeordneten Bayerns sich vor den anderen deutschen Ständeversammlungen auszeichnen und ihre Arbeiten mit Ruhe und Mäßigung vollenden sollten. Die Oppositionspartei wurde dadurch mundtot gemacht, daß die Regierung jene Abgeordneten, welche wegen revolutionärer Umtriebe oder Verdachtes in Untersuchungshaft waren, während des Landtages nicht freigab. Der Bürgermeister von Wunsiedel war des Hochverrates und der Majestätsbeleidigung angeklagt und verhaftet worden, weil er ein Gepäck mit demokratischen Schriften von der Gattin des Anwaltes Wirth an die Adresse übermittelt hatte, ohne den Inhalt gekannt zu haben. Professor Seuffert wurde dadurch von der zweiten Kammer ferne gehalten, daß ihn der König zum Appellrat von Niederbayern ernannte. Auch Freiherr von Closen war unter der Anklage der Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft, weil er das von Dr. Große verfaßte Gedicht: „Lebewohl! Abschied des kranken Dichters von Bayern" verbreitete, in welchem Ludwig angegriffen war. Die Mehrheit der Abgeordneten wagte es nicht, ihre angeklagten Kollegen in Schutz zu nehmen; sie beantragte nur die Einberufung des schuldlosen Bürgermeisters von Wunsiedel. Die gesetzgeberischen Arbeiten waren teils wenig teils unbedeutend, wie: Revision des Gemeindeediktes, Feststellung der bürgerlichen und politischen Rechte der in Bayern lebenden Griechen und ein Gewerbe- und Ansässigmachungsgesetz, welches die freisinnigen Bestimmungen des Gesetzes von 1825 beschränkte und den Census der Bürger erhöhte. Wichtiger war der Gesetzentwurf über eine permanente Zivilliste; in demselben war die jährliche Einnahme des Königs zu 2350000 Gulden und jene eines volljährigen Prinzen zu 80000 bis 100000 Gulden nicht mehr für eine Finanzperiode von sechs Jahren, sondern für immer festgestellt. Durch die permanente Zivilliste wurde in der Kammer die unwürdige Kontrolle über das Privatleben und die Hofhaltung des Königs

[1] Verhandlungen der zweiten Ständekammer des Königreiches Bayern 1834.

abgeschnitten, da die Abgeordneten bei jeder Budgetverhandlung einfach die Zivilliste bewilligten. Von einem Kammermitgliede wurde bemerkt, daß die nur auf sechs Jahre gewählten Abgeordneten von dem Volke nicht bevollmächtigt seien zur Bewilligung einer Zivilliste für alle Zeiten und alle Könige. Allein Ludwig I. war zur Forderung einer permanenten Zivilliste berechtigt, weil die ausgedehnten und einträglichen Familiengüter und Regalien des Wittelsbachischen Hauses permanent auf den Staat übergegangen waren. Nach kurzer Beratung wurde der Gesetzentwurf mit 97 gegen 6 Stimmen angenommen. Allgemeine Zustimmung erlangte die Regierungsvorlage über die Ausdehnung des Zollvereins. Von den drei seit 1828 gegründeten Handelsvereinen standen sich der süd- und norddeutsche am nächsten und wurden durch die nationale Strömung der Zeit zu einer Vereinigung getrieben. Die Vermittlung zwischen Bayern und Preußen übernahm im Auftrage der bayerischen Regierung der um die nationalökonomischen Interessen verdiente Freiherr von Cotta, und der von dem preußischen Minister von Motz aufgestellte Entwurf wurde in Berlin von dem bayerischen, württembergischen und hessen-darmstädtischen Bevollmächtigten angenommen und am 27. Mai 1829 der Handelsvertrag ratifiziert. Durch diesen Vertrag wurde die gänzliche Aufhebung der Eingangszölle und die vollständige Verkehrsfreiheit zwischen den beiden Zollvereinen angebahnt und der mitteldeutsche Verein zu einem Anschlusse an sie um so mehr hingedrängt, als die großen Handelsvorteile des Vertrages vom 27. Mai immer mehr hervortraten. Preußen einigte sich zuerst mit Hessen-Kassel (1831) über einen Handelsvertrag, um die preußische Rheinprovinz in unmittelbare Verbindung mit dem Zollverein zu bringen; dadurch wurde der mitteldeutsche Verein aufgelöst. Zugleich unterhandelten Bayern, Württemberg und Preußen ununterbrochen mit Sachsen, und König Ludwig I. sandte seinen Finanzminister von Mieg, dessen Kenntnisse ihn zur Lösung der schwierigsten nationalökonomischen Fragen befähigten, mit ausgedehnten Vollmachten nach Berlin, um die Verhandlungen zu einem schnellen Abschlusse zu bringen. Die preußische Regierung nahm bereitwillig den Vertragsentwurf Miegs zur Grundlage der Verhandlungen an, verzichtete auf jede Prärogative und erkannte die Gleichberechtigung aller Mitglieder in der Zollgesetzgebung an. In allen Differenzpunkten vermittelte der bayerische Minister einen Ausgleich, und der Vertrag wurde zwischen Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, den beiden Hessen und den thüringischen Staaten (1833) abgeschlossen. Österreich war während der ganzen Zeit der Zollverhandlungen unthätig geblieben; die Nachricht von dem Abschlusse des Deutschen Zollvereins aber machte auf den Fürsten Metternich einen erschütternden Eindruck, weil er mit richtigem Blick aus demselben eine Oberherrlichkeit Preußens über die Mittel- und Kleinstaaten hervorgehen sah. Dieser Gefahr wollte er dadurch vorbeugen, daß er der bayerischen Regie-

rung scheinbar einen Handelsvertrag mit Österreich anbot; allein in München überzeugte man sich bald aus seinen gesteigerten Forderungen von seiner listigen Absicht. Die Unterzeichnung der Berliner Vertragsurkunden verzögerte sich um mehrere Monate, weil das bayerische Ministerium gegen einige Artikel ernstliche Bedenken trug; Minister von Mieg wurde dadurch so schwer verletzt, daß er seine Entlassung nahm und zum allgemeinen Bedauern auch erhielt. Sein Nachfolger, Graf von Seinsheim, lehnte geradezu jede Mitwirkung zur Herstellung des Zollvereins ab. Dem preußischen Ministerialdirektor Eichhorn, der von seiner Regierung nach München zur Hebung der Schwierigkeiten abgeschickt wurde, gelang es in wenigen Tagen, eine Verständigung herbeizuführen. König Ludwig unterzeichnete (9. November 1833) den Vertrag, ungeachtet mehrseitiger Opposition, und sprach offen seine volle Befriedigung über dieses Ergebnis im deutschen Sinne aus. Der neue Zollverein umfaßte 7719 Quadratmeilen mit 23 Millionen Einwohnern, und in demselben wurde ein gleicher Tarif für die Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben eingeführt, im Innern der Vereinsstaaten eine vollkommene Verkehrsfreiheit hergestellt und die eigentlichen Zollerträgnisse unter die Vereinsstaaten nach der Bevölkerungszahl verteilt. Am 1. Januar 1834 trat der neue Zollverein ins Leben, und unter großem Jubel der Bevölkerung fielen die zahllosen Schlagbäume und Zollschranken im Innern der Vereinsstaaten[1].

Zur Förderung des Handels und der Landwirtschaft willigten die bayerischen Stände (1834) in die Gründung einer Hypothek- und Wechselbank in München, nachdem die von der Regierung (1822) beabsichtigte Errichtung einer Staatsbank an dem Widerstande der Kammern gescheitert war und die Gründung eines Kreditvereins (1825) keine Teilnahme gefunden hatte. Der neuen Hypothek- und Wechselbank wurde zur Pflicht gemacht, nur ein Viertel ihrer Noten mit einem gleichen Barvorrat zu decken, was bei kritischen Zeiten nicht genügen würde; die anderen drei Viertel mußten durch leicht umzuwandelnde, in der Bankkasse befindliche Valuten gedeckt sein. Die Noten wurden von allen Staatskassen wie bares Geld angenommen. Drei Fünftel des Aktienkapitals wurden hypothekarisch auf Grundstücke verliehen. An dem neuen Institut beteiligten sich außer vermöglichen Christen auch reiche Juden, deren Gesamtzahl damals in Bayern auf 58000 gestiegen war. Im Bewußtsein ihrer Geldmacht und Vermehrung ihrer Familien richteten die bayerischen Israeliten an die Stände ein Bittgesuch um Aufhebung des Ediktes von 1813 und um bürgerliche Gleichstellung mit den Christen. Ludwig I. hatte im letzten Landtagsabschied versprochen, einen Gesetzentwurf über die Verhältnisse der Israeliten ausarbeiten zu lassen,

[1] Weber, Der Deutsche Zollverein, 92—118.

und auch von einigen freisinnigen Abgeordneten wurde ein Antrag zu Gunsten derselben befürwortet. Der Minister des Innern, Fürst Wallerstein, erklärte in der Abgeordnetenkammer, daß die Judenfrage im Ministerium allerdings erwogen worden sei; es sei jedoch hierin große Umsicht und Klugheit geboten, und die Staatsregierung ziehe es vor, in dieser wichtigen Sache auf dem Verordnungswege Versuche zu machen. Es blieb bei dem Edikt von 1813[1]. Auch in dem Streit über die gemischten Ehen, der von den liberalen Abgeordneten in die Landtagsverhandlungen gezogen wurde, behauptete Wallerstein den büreaukratischen Standpunkt und zwang die Bischöfe, nach Rom zu berichten, daß in Bayern ein Aufruhr zu befürchten sei, wenn der Papst in dieser Frage nicht nachgebe. Gregor XVI. entschied in einer Instruktion vom 12. September 1834 zur Enzyklika vom 27. Mai 1832, daß der katholische Pfarrer oder dessen Delegierter bei gemischten Ehen, in denen die katholische Kindererziehung verweigert werde, die Verkündung vornehme; bei der Trauung aber, die er außerhalb der Kirche ohne jede religiöse Feier geschehen lasse, nur passiv zugegen sei und die Ehe als giltig geschlossen in das Trauungsbuch einzeichne[2].

Da die liberalen Kammermitglieder sich auf dem Gebiete der Politik zurückhalten mußten, so richteten sie ihre Angriffe auf die Kirche. Bei der Budgetberatung eiferte der Regierungsdirektor Dr. Rudhart mit leidenschaftlichen Ausdrücken gegen die neuen Klöster, welche von Ludwig I. gemäß den Bestimmungen des Konkordates gegründet worden waren, und am ärgsten gegen den Franziskanerorden. „Ich kenne Gemeinden, rief er aus, welche im Schmutze wohnen, aber den sittlichen Schmutz vermehren, indem sie Franziskanerklöster besuchen!" Dr. Schwindl hielt das Vaterland durch „die braunen Kutten" für gefährdet und sah sie schon im Geiste in der Abgeordnetenkammer sitzen. Professor Dresch erwiderte den Gegnern der Klöster mit ruhigen und überzeugenden Worten: „Es ist eine alte Erfahrung, daß die, welche am eifrigsten nach Freiheit rufen, gegen andere am unduldsamsten sind und das, was sie für sich in maßloser Weise verlangen, anderen nicht gönnen." Minister Wallerstein hielt mit seiner persönlichen Ansicht zurück; er mußte den Willen des Königs berücksichtigen, der auf die religiöse, wissenschaftliche und wohlthätige Wirksamkeit der Klöster berechtigte Hoffnungen setzte. Als in dem nämlichen Jahre (1834) der Hofkaplan und Beichtvater der Kaiserin von Österreich, Sebastian Job, und der fromme Bischof Michael Wittmann von Regensburg, zwei Jugendfreunde, in Neunburg v. W. eine Kongregation der Armen Schulschwestern gründeten, wandte Ludwig I. diesen sogleich seine volle Aufmerksamkeit zu; er führte sie auch in München ein

---

[1] Lindner, Über die Emanzipation der Juden in Bayern, 68—84.

[2] Kunstmann, Die gemischten Ehen, 262.

und übergab ihnen mit einer ansehnlichen Geldsumme das ehemalige Klarissinnenkloster auf dem Anger zum Hauptsitz. Von dem Mutterkloster aus verbreiteten sich die Armen Schulschwestern nach zwei Jahrzehnten über ganz Bayern und zum Teil über Deutschland und Nordamerika mit einer segensreichen Wirksamkeit. Mit landesväterlicher Umsicht förderte Ludwig die Einführung der Barmherzigen Schwestern des hl. Vincenz von Paul, und durch seine Begünstigung wurde ihnen (1832) das allgemeine Krankenhaus in München anvertraut; von hier drang der Ruf ihrer unübertrefflichen Krankenpflege und engelgleichen Eigenschaften in alle bayerischen Orte, und viele Städte begehrten die Schwestern der christlichen Liebe. Im Jahre 1835 kamen die ersten nach Landshut, 1837 nach Regensburg und Neumarkt und hierauf nach Aschaffenburg, Orb, Neuburg, Tölz rc., und heutzutage sind in allen größeren katholischen Orten Barmherzige Schwestern thätig. Der König erließ (1. Mai 1835) ein Reskript, wodurch der Orden gesetzlich in Bayern eingeführt wurde[1]. Ungeachtet der erfreulichen Früchte des Ordenswesens beantragte die liberale Mehrheit der Ständeversammlung, daß mit Errichtung weiterer Klöster innegehalten werde. In der Kammer der Reichsräte, wo seit den letzten revolutionären Unruhen die freisinnige Richtung von 1831 gänzlich verschwunden war, erregten die Ausfälle der liberalen Abgeordneten auf die kirchlichen Institutionen einen herben Unmut. In ihrer Adresse auf die Thronrede hatten sie die Regierung des Königs mit Lobsprüchen überhäuft und ihre und des Volkes unwandelbare Anhänglichkeit an das Wittelsbachische Haus beteuert. Das von den Abgeordneten verhandelte Gewerbe-, Ansässigmachungs- und Gemeindegesetz erschien ihnen zu freisinnig, und sie stimmten zu demselben erst nach mehrfachen Abänderungen und auf eindringliche Empfehlung des Ministers Wallerstein. Das Gesetz über die Hypothek- und Wechselbank nahmen sie an, wie es von der zweiten Kammer an sie gelangt war, ohne zu bedenken, daß der Staat selbst den großen Gewinn dieses Geldinstitutes durch Gründung einer Staatsbank hätte machen können[2]. Ludwig I. war über die willfährige Haltung der Stände so erfreut, daß er zur Erinnerung an den Landtag von 1834 eine eigene Denkmünze prägen ließ.

In demselben Jahre (1834) wurde im November die erste bayerische Industrieausstellung im königlichen Odeon zu München auf Staatskosten eröffnet. Es hatten sich 887 Aussteller beteiligt und vortreffliche Erzeugnisse des Gewerbefleißes eingesandt. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Leistungen für wissenschaftliche Zwecke, vorzüglich in der Astronomie, und die physikalischen,

[1] Buß, Der Orden der Barmherzigen Schwestern rc., Schaffhausen 1844. Schmidt (Geheimer Medizinalrat), Die Barmherzigen Schwestern, Berlin 1847.

[2] Verhandlungen der Kammer der Reichsräte der Ständeversammlung Bayerns 1834.

mechanischen, chirurgischen und musikalischen Instrumente, deren Ruf bereits in die fernsten Länder gelangt war. Bedeutende Fortschritte waren ersichtlich in den weiblichen Handarbeiten, dem Zeichnungsunterricht in den Schullehrerseminarien, sowie im Linear- und Ornamentenzeichnen in den Volksschulen, dem Maschinenwesen und der Erzeugung solcher Artikel, welche bisher um teuern Preis vom Auslande bezogen worden waren. Die Ausstellung lieferte den Beweis, daß auch ein vorzugsweise ackerbautreibender Staat zu einer fortschreitenden Entwicklung in der Industrie, unbeschadet der landwirtschaftlichen Interessen, fähig sei, und daß unter dem Einflusse der von den Schranken des alten Zunftwesens befreiten Gewerbevereine und eines alle Interessen gleichmäßig schützenden Konzessionssystems die bayerischen Gewerbe aus eigener Kraft mit dem Auslande konkurrieren konnten [1]. Die Tage, welche die Münchener während der ersten Industrieausstellung durch den Besuch vieler Fremden und die allseitige Anerkennung der bayerischen Gewerbe erlebten, wurden im nächsten Jahre durch eine entsetzliche Freventhat verdüstert. Der zwanzigjährige Artillerist Stanislaus Schmitt, der nichtswürdige, gottlose Sohn eines Schullehrers von Apfeltrang, sprengte (16. Mai 1835) an einem Samstag nachmittags den mit 400 Zentnern Pulver gefüllten Turm auf dem „Kugelfang" in Oberwiesenfeld nächst München in die Luft, weil er wegen seiner schlechten Aufführung oft bestraft und nicht zum Unteroffizier befördert worden war, obgleich er mehrere Jahre an einer Studienanstalt zugebracht hatte. Mit ihm gingen noch acht Artilleristen auf eine grauenvolle Art zu Grunde, und in der Stadt München wurden unzählige Fenster, Kamine und Dächer durch den Luftdruck zertrümmert mit einem Schaden von ungefähr 100000 Gulden [2].

Auf Anordnung des Ministers des Innern, Fürsten von Öttingen-Wallerstein, wurde (1835) zur Verherrlichung der 25jährigen Ehejubelfeier des Königspaares eine zweite Industrieausstellung in München eröffnet, an der sich 937 Aussteller beteiligten, obgleich seit der letzten erst neun Monate verflossen waren. Die Ausstellungsgegenstände waren so zahlreich, daß der ganze zweite Stock des Odeonsgebäudes verwendet werden mußte. Diese Ausstellung zeigte, daß die Gewerbetreibenden mehr auf Lieferung guter, konkurrenzfähiger Handelsartikel als auf eine mühe- und kunstvolle Ausarbeitung einzelner, im allgemeinen wertloser Schaustücke bedacht waren. Ein großer Teil der ausgestellten Gegenstände bewies, daß neben der Qualität auch die äußere Ausstattung berücksichtigt wurde, um den Absatz zu erhöhen und mit anderen Staaten konkurrieren zu können. In der größern Rein-

---

[1] Attenberger, Bayerns Industrie auf den Ausstellungen, 17—34.

[2] Die wichtigsten Momente aus der Lebensgeschichte des Stanislaus Schmitt, München 1835.

heit, Leichtigkeit und Zierlichkeit der Formen und Zeichnungen und in der besser gelungenen Benützung der Farbenschattierungen waren die Früchte des Kunstsinnes erkennbar, welchen König Ludwig I. in seinem Volke auszubreiten suchte. Von den Ausstellern erhielten 5 die goldene, 36 die silberne, 44 die bronzene Medaille und 138 ehrenvolle Erwähnung[1].

Ein Jahr nach Verteilung der Prämien für die industriellen Produkte wurden (1837) die Stände verfassungsgemäß nach München berufen. Von den früheren Abgeordneten waren für die IV. Finanzperiode nur wenige wieder gewählt worden; die große Mehrzahl der neuen Kammer war aus streng konservativen Mitgliedern zusammengesetzt. In der Thronrede wies der König auf den fortschreitenden Bau des Donau-Mainkanals, die gute Finanzlage und die Verminderung der Steuern. Er beklagte das unglückliche Auftreten der Cholera (1836) in München und mehreren anderen Orten Bayerns und erwähnte mit besonderem Nachdruck den Beitritt neuer Mitglieder zum deutschen Zollverein. Die Abgeordneten antworteten in einer weitläufigen Adresse mit Lobpreisungen und Dank für die unsterblichen Verdienste, die sich der König fortwährend um die Wohlfahrt des Landes, namentlich in Besserung der Finanzen und des Handels erwerbe. Sie rechneten es ihm zu großem Ruhme an, daß er während der verheerenden Choleraepidemie opferwillig in München inmitten seiner Unterthanen geblieben sei und nicht bloß die eifrigsten Anordnungen gegen die Ausbreitung der Seuche getroffen, sondern auch viele Gnadengaben an unglückliche Familien gespendet habe. Die Adresse der Reichsräte war fast gleichlautend; sie setzten in derselben die besten Hoffnungen auf die Vergrößerung des Zollvereins, den blühenden Stand der Finanzen und den Bau des Donau-Mainkanals, „diesen riesenhaften Gedanken, an dessen Ausführung die Weltmacht Karl des Großen gescheitert sei". Bei Vorlage des Rechenschaftsberichtes über die abgelaufene Finanzperiode machte der neue Finanzminister von Wirschinger die Mitteilung, daß in den letzten drei Jahren die Einnahmen die Ausgaben um 6 Millionen übersteigen und die Staatsschuld um 3 Millionen vermindert worden sei. Drei Millionen, welche erübrigt worden wären, hätte der König auf die Kunst verwendet. Im Budget der IV. Finanzperiode waren die jährlichen Ausgaben und Einnahmen zu 30 Millionen Gulden berechnet und davon 8 Millionen zur Schuldentilgung bestimmt. Der Einspruch der Abgeordneten gegen die willkürliche Verwendung der Erübrigungen von seiten der Regierung blieb erfolglos, weil Ludwig I. die Verfassungslücke in betreff der Erübrigungen zu seinen Gunsten auslegte. Ebenso hielten sie es für einen Verfassungsbruch, daß der König fast 2 Millionen aus den französischen Kriegsgeldern der griechischen Nationalbank geliehen

---

[1] Attenberger a. a. O. 35 und 36.

hatte[1]. Die meisten Reichsräte, unter denen manche staatsmännisch gebildete und freisinnige Adelsherren waren, stimmten mit der zweiten Kammer überein und fanden es mit ihrem Eide unvereinbar, der Regierung das Recht einzuräumen, daß sie unbeschränkt über die Erübrigungen verfügen könne. Die allgemeinen Einnahmen und die Ausgaben für Kultuszwecke wurden von den beiden Kammern erhöht und für das Heer trotz der angelegentlichen Befürwortung des Kriegsministers General von Hertling nur 6 800 000 Gulden bewilligt.

Die Gesetzesvorlagen über eine Revision der Gerichtsordnung in bürgerlichen Streitigkeiten, über eine Ergänzung des Landratsgesetzes von 1828, Bestrafung geringer persönlicher Mißhandlungen, die zwangsweise Expropriation zum Zwecke der Eisenbahnbauten und die Erweiterung des Zollvereins erlangten mit unwichtigen Abänderungen die Zustimmung der beiden Kammern. Bei Beratung des Expropriationsgesetzes in der Reichsratskammer forderte der Referent die Staatsregierung auf, dem Eisenbahnbau die thätigste Fürsorge zuzuwenden; denn die Einwirkung der Eisenbahnen auf den Handel und das ganze Verkehrsleben sei unberechenbar. Nicht nur jene Staaten, welche dem Grundsatze des technischen und politischen Fortschrittes huldigen, wie Nordamerika, Österreich und Preußen bauen Eisenbahnen. „Die Zeit", rief er der Versammlung zu, „drängt und mahnt uns gebieterisch, daß die kurze Nürnberg-Fürther Bahn nicht die einzige in Bayern bleibe, wie sie die erste in Deutschland war." Ein anderer Reichsrat stellte den Antrag, ein Eisenbahngesetz zu geben, damit Bayern mit der Schweiz und dem Rhein durch Eisenbahnlinien verbunden werde. Diese Mahnrufe wurden von den Ministern und dem König lange nicht gewürdigt. In der Presse wurde viel und oft über den Nutzen oder Schaden der Eisenbahnen gestritten, und auch Ludwig I. bezeichnete eine Erweiterung derselben als „ein notwendiges Übel". Auf das Eisenbahnwesen übte der Architekt Klenze als Vorstand der obersten Baubehörde einen hemmenden Einfluß aus, weil er ein Künstler und kein praktischer Ingenieur war. Die Ausdehnung der Eisenbahnen war um so notwendiger, als der Deutsche Zollverein immer größer und Handel und Verkehr immer lebhafter wurden. Durch Mitwirkung der bayerischen Regierung und die zwingende geographische Lage war das Großherzogtum Baden (1835) dem Zollverein beigetreten; ihm folgten (1836) die freie

---

[1] Griechenland zahlte an Bayern bis zum Jahre 1848 nur 700 000 Gulden zurück und blieb mit Hinzurechnung der Zinsen bis 1848 mit 1 529 000 Gulden im Rückstand; diese Summe ersetzte König Ludwig I. aus seinen eigenen Mitteln dem bayerischen Staat. Erst im Jahre 1881 wurde durch Vermittlung des deutschen Gesandten in Athen zwischen der griechischen Regierung und den Söhnen des Prinzen Adalbert, den rechtmäßigen Erben der griechischen Schuld, ein Vertrag abgeschlossen, kraft dessen Griechenland an die Erben 2 600 000 Franken zahlte.



Stadt Frankfurt und das Herzogtum Nassau, so daß das Zollvereinsgebiet einen Umfang von 8252 Quadratmeilen mit mehr als 25 Millionen Einwohnern erhielt[1]. In der bayerischen Ständeversammlung wurde die Vergrößerung des Zollvereins mit ungeteiltem Beifall aufgenommen, weil man nur den materiellen Gewinn im Auge hatte, die politischen Folgen aber nicht vorhersah. Nach neunmonatlichen Sitzungen beauftragte der König den Minister des Auswärtigen und des Hauses, Freiherrn von Gise, den Landtag zu schließen. Im Abschied bestätigte er nur die von der Regierung vorgelegten Gesetze und wies fast alle von den beiden Kammern vereinbarten Abänderungen ab. Über die Anträge auf Ablösung des Zehnten, Aufhebung des Zahlenlottos, Vorlage eines Kulturgesetzes, Aufbesserung der Lehrergehalte, Verlängerung der Werktagsschulpflichtigkeit und Unterstützung der Heilbäder durch den Staat bemerkte er, daß er einige derselben in Erwägung ziehen werde; das Lotto werde er abschaffen, wenn ihm die Stände einen finanziellen Ersatz dafür bieten[2].

Unter dem Drucke der reaktionären Regierung richteten sich die strebsamen Geister auf die Entwicklung des Zollvereins; denn durch ihn gestaltete sich das ganze deutsche Verkehrsleben um, und nicht nur einzelne Männer und Parteien, sondern ganze Volksstämme und Regierungen änderten ihre Anschauungen und Interessen. Die durch die polizeiliche Bevormundung des Bundestages verstimmten Gemüter wandten sich von diesem ab und setzten ihre einzige Hoffnung auf ein einiges Deutschland im Zollverein. Allmählich durchdrangen die nationalen Ideen alle Schichten der Bevölkerung und gaben dem Zollverein eine politische Richtung, die den Gründern desselben ferne lag. Österreich betrachtete den Zollverein mit Recht als einen Sieg der preußischen Politik; denn obgleich es am Bundestag noch immer das Übergewicht behauptete, so hatte Preußen doch ein von Österreich unabhängiges Feld gewonnen, auf dem es sowohl die materiellen als auch die politischen Interessen geltend machen konnte. An diese Folgen hatte König Ludwig I. bei Gründung und Vergrößerung des Vereins nicht gedacht; seine Absicht war, durch denselben die einzelnen deutschen Staaten näher miteinander zu verbinden und die Hegemonie Preußens durch den gehofften Beitritt Österreichs zu lähmen. Fürst Metternich beauftragte die österreichischen Gesandtschaften, die deutschen Staaten vertraulich auf das Abhängigkeitsverhältnis aufmerksam zu machen, in das sie zu Preußen durch den Zollverein geraten wären. Einige dachten auch wirklich daran, aus demselben auszuscheiden; allein die materiellen Vorteile überwogen die politische Rivalität, und der

---

[1] Weber a. a. O. 128—175.

[2] Verhandlungen der zweiten und ersten Kammer der Ständeversammlung des Königreiches Bayern 1837.

Zollverein blieb nicht nur erhalten, sondern vergrößerte sich (1841) durch den Beitritt Braunschweigs, Lippe-Detmolds und des Großherzogtums Luxemburg (1842). Der Deutsche Zollverein trat auch mit fremden Staaten in Verbindung und ging (1839) mit Holland einen Handels- und Schiffahrtsvertrag ein, kündigte aber denselben nach kurzer Zeit wegen schwerer Schädigung der deutschen Zuckerraffinerien. Auch der mit Belgien (1844) abgeschlossene Vertrag brachte diesem Lande mehr finanzielle Vorteile als dem Zollverein. Nur der mit England (1842) vereinbarte Handelsvertrag erlangte eine historische Bedeutung, und diesem folgten die Verträge mit der Türkei und Griechenland. In allen Teilen des Zollvereins hob sich Handel und Verkehr; die früher darniederliegenden Gewerbe, welche durch die alten Zollschranken auf die einzelnen Orte beschränkt blieben, blühten allmählich auf; es entstanden neue Industriezweige, und die alten wurden erweitert und verbessert. Der König von Bayern begünstigte die neuen industriellen Erfindungen und vermehrte die technischen Anstalten, entzog aber dem Fabrikwesen jede Unterstützung, weil er die Einwanderung fremder Arbeiter für eine Gefahr des Landes hielt. Schon 1830 hatte er die Verfügung getroffen, daß alle drei Jahre eine Landesindustrieausstellung von der Staatsregierung veranstaltet werde; allein erst 1840 fand in Nürnberg wieder eine öffentliche Ausstellung in der Polytechnischen Schule, der St. Klarakirche und der Gewerbschule statt. Von den 1002 Ausstellern gehörten zwei Drittel dem Kreise Mittelfranken an, und diese hatten meist Maschinen zu Fabriken eingesandt, welche die heimische Industrie der Kleinmeister bedrohten und auch bald gewaltige Veränderungen im Kleingewerbebetrieb hervorbrachten. Seit der letzten Ausstellung (1835) waren mehrere Fabriken, namentlich für Maschinen, Maschinenteile, Stearinlichter, Darstellung chemischer Produkte ꝛc. entstanden. In Nürnberg waren zuerst die neuen Industriezweige der Flachsspinnerei, Maschinenweberei, Kammgarnspinnerei und Mosaikbodenfabrikate ausgestellt. Außerdem hatten bedeutende Fortschritte gemacht die Glasfabrikation, die Bereitung chemischer Präparate und Farben, die Wagen-, Lichter- und Lampenfabrikation, die Tischlerei, die Büchsenmacher-, Messerschmiede- und Gußeisenarbeiten, die Herstellung chirurgischer Instrumente, die Drahtgewebe, musikalischen Instrumente, Uhrmacherei, Schnitzwaren, Bossier- und Zementarbeiten ꝛc.[1] Die Nürnberger Ausstellung von 1840 war die letzte in Bayern während der Regierung des Königs Ludwig I. und überhaupt die letzte der bayerischen Landesindustrie- und Gewerbeausstellungen; erst nach 42 Jahren wurde wieder in Nürnberg eine vaterländische Industrieausstellung eröffnet. Auf Betrieb des Gewerbevereins in Hessen-Darmstadt wurde 1842 in Mainz die erste deutsche Industrieausstellung veranstaltet, und dieser folgte

[1] Attenberger a. a. O. 37 f.

auf wiederholte Anregung der bayerischen Regierung 1844 eine allgemeine Zollvereinsausstellung in Berlin, an der sich 3040 Aussteller beteiligten[1].

Die Fabrikthätigkeit verbreitete sich über ganze Landschaften, und mehrere Fabriken wagten sich auf den allgemeinen Weltmarkt und machten dort der englischen und französischen Industrie in jenen Artikeln Konkurrenz, in denen beide Nationen bisher allein das Feld behauptet hatten. Das Fabrikwesen nahm durch Anwendung der Dampfkraft und Maschinen eine ungeahnte Ausdehnung; da aber hierzu bedeutende Geldmittel erforderlich waren, so beherrschte das Kapital allmählich die ganze Industrie. Das soziale Leben geriet in unheilvolle Zustände, weil der Hauptgewinn der Produktivität in die Kassen der Fabrikherren floß und der Arbeiter und seine Familie sich wegen Mangels an Geldmitteln zu einer selbständigen Stellung nicht aufschwingen konnten, sondern vom Fabrikherrn abhängig blieben, solange ihre Arbeitskraft währte. Es wuchs ein Arbeiterstand heran, dessen Größe und Armut für die besitzenden Klassen eine Gefahr auf Leben und Tod, besonders in revolutionären Bewegungen wurde. Mit dem Emporkommen des Handels, Verkehrs und Gewerbfleißes stiegen auch die Zollerträgnisse in den einzelnen Vereinsstaaten; während in Bayern der Anteil an den gemeinschaftlichen Zolleinkünften des bayerisch-württembergischen Vereins 1831/32 über 2 Millionen Gulden betrug, erreichte er 1834 die Höhe von fast 4 Millionen. Nach sechsjährigem Bestehen wurde der Zollverein (8. Mai 1841) auf Antrag Bayerns von den verbündeten Staaten auf zwölf Jahre erneuert[2]. Die allseitige Regsamkeit in den Zollvereinsangelegenheiten wurde durch „den hannoverischen Verfassungsstreit“ und „die Kölner Wirren“ unterbrochen.

Nach dem Tode des Königs Wilhelm IV. von England-Hannover (20. Juni 1837) ging die hannoverische Krone auf dessen Bruder Ernst August, Herzog von Cumberland, über, während in England, wo die weibliche Erbfolge galt, die Tochter des Herzogs von Kent, eines Sohnes Georgs III., Viktoria, den Thron bestieg. Als Ernst August, ein dem Absolutismus ergebener Welfe, nach Hannover kam, löste er die Ständekammer auf, hob die Verfassung von 1833 durch einen Gewaltstreich auf und versprach, mit den neuen Abgeordneten ein anderes Staatsgrundgesetz zu vereinbaren. Der despotische Rechtsbruch rief in den deutschen Landtagen und selbst bei den reaktionären Regierungen ein großes Aufsehen hervor, und die bayerischen Abgeordneten stellten den Antrag, die Regierung solle zur Wiederherstellung des gestörten Rechtszustandes in Hannover mitwirken. Als in diesem Lande

[1] Karmarsch a. a. O. 168—170. Beer, Allgemeine Geschichte des Welthandels, III, 1, 63.

[2] Kühne, Der Deutsche Zollverein während der Jahre 1834—1845. Festenberg-Pakisch, Geschichte des Zollvereins, 180—220.

die Neuwahlen ohne erheblichen Widerspruch vorgenommen wurden, erklärten die sieben Professoren der Göttinger Universität: Dahlmann, die zwei Brüder Grimm, Gervinus, Albrecht, Ewald und Weber, dem Kuratorium der Hochschule, daß sie sich der Abgeordnetenwahl enthalten werden, weil sie den Eid auf die Verfassung geleistet hätten und diese durch ein königliches Patent rechtlich nicht aufgehoben werden könne. Diese Männer der Wissenschaft stellten aus innerer Überzeugung ihr Pflichtgefühl der Gewalt entgegen. Der König, welcher die Armee auf seiner Seite hatte, entsetzte die sieben Professoren ohne weiteres ihres Amtes und verwies Dahlmann, Jakob Grimm und Gervinus des Landes, weil sie ihren Protest verbreitet hatten. Der König von Sachsen gewährte ihnen ein Asyl in seinem Lande und erlaubte ihnen, an der Leipziger Universität zu lehren. Die neugewählten Stände, ermutigt durch die Reden in den deutschen Abgeordnetenkammern, wandten sich an den Bundestag um Schutz für ihre Verfassung. Der König von Bayern war seit seiner Studienzeit in Göttingen den entlassenen und vertriebenen Professoren wie den Hannoveranern überhaupt treu ergeben. Wiewohl er den Konstitutionalismus immer mehr beschränkte, so beauftragte er doch seinen Gesandten in Frankfurt, am Bundestag gegen die Aufhebung der hannoverischen Verfassung zu protestieren und eine Exekution gegen den König Ernst August zu beantragen kraft des Artikels der Wiener Schlußakte, daß landständische Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden dürfen; er brachte auch den König von Württemberg und den Großherzog von Baden auf seine Seite. Wie vorauszusehen war, verwarf der Bundestag (5. September 1839) unter dem Drucke des österreichischen und preußischen Gesandten die Beschwerde der hannoverischen Stände mit der gewöhnlichen Begründung, daß der Bundestag nicht befugt sei, sich in die inneren Angelegenheiten Hannovers zu mischen. Wenn es aber galt, reaktionäre Maßregeln durchzuführen, mischte sich keine Behörde eifriger in die Bundesstaaten als der Bundestag. Der König von Hannover konnte ungehindert seinen Willen durchsetzen und seinen Unterthanen ein neues Verfassungsgesetz (1840) aufzwingen[1].

Während des Verfassungsstreites in Hannover tauchte in Preußen die große Frage über die Grenzen der kirchlichen und politischen Gewalt auf. In Preußen lebten damals neben 9 Millionen Protestanten über 5 Millionen Katholiken, welche in Posen, Schlesien, dem Rheinlande und Westfalen die überwiegende Mehrheit bildeten. Die christliche Religion wurde durch eine heidnisch-klassische Schule, eine christusfeindliche Philosophie und eine die Bibel verhöhnende Naturwissenschaft zerstört. Der nach Berlin berufene Philosoph Schelling hatte die pantheistischen Lehren Spinozas und

---

[1] Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts, VII. Bd.

Fichtes in einer unübertroffenen Darstellung, aber mit endloser Verworrenheit und Unklarheit zu einem System vereinigt. Professor Hegel brachte die Ausbildung des Pantheismus bis zu einer atheistischen Weltanschauung zum Abschluß; seine Philosophie verbreitete sich im protestantischen Norddeutschland und wurde zur Modesache, seitdem der langjährige Kultusminister Freiherr von Altenstein sich zu derselben bekannte. Noch verderblicher griff in das religiöse Leben David Strauß ein, welcher in seinem Buche „Das Leben Jesu" nach den Lehren Kants und des Professors Paulus die heilige Schrift wie ein profanes Buch kritisch behandelte, die Gottheit Christi leugnete und die Wunder als natürliche Erscheinungen auf wunderliche Weise zu deuten versuchte[1]. Der Unglaube wurde durch einen hochmütigen Volksunterricht unter Leitung Diesterwegs auch in die niederen Schichten der Einwohner verpflanzt, wozu am meisten die von Dinter verfaßte und in den Volksschulen eingeführte Bibel mitwirkte. Der gelehrte Theolog Schleiermacher bemühte sich mit seiner pantheistischen Gefühlsreligion die gebildeten Klassen wieder für das Christentum zu gewinnen; allein die meisten protestantischen Pastoren und Schulmeister blieben Rationalisten und ihre gefeiertsten Lehrer an der Universität spotteten offen auf dem Katheder über das Christentum. Die Irreligiosität war so arg und so allgemein, daß über 300 evangelische Prediger in den Freimaurerorden traten, welcher sich unter dem Schutze des Prinzen Wilhelm von Preußen, des nachherigen Königs und Kaisers, und seines jugendlichen Sohnes Friedrich Wilhelm über das ganze Land verbreitete[2]. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen konnte ohne Anstrengung die lutherische und reformierte Kirche trotz der dogmatischen Gegensätze durch einen Kabinettsbefehl (1830) vereinigen und den beiden Konfessionen eine Kirchenagende aufzwingen. Nur wenige glaubenstreue Lutheraner in Schlesien weigerten sich, die neue Agende wegen der zweideutigen Abendmahlslehre anzunehmen. Die widerspenstigen Gemeinden und Pastoren wurden mit Waffengewalt zur Annahme der Agende gezwungen und die eifrigsten Prediger aus dem Lande gejagt. Der fromme Pastor und Theologieprofessor Scheibel in Breslau wanderte nach Thüringen, wo er von den Unierten so lange verfolgt wurde, bis ihm trotz seiner Gehässigkeit gegen die katholische Kirche der katholische König von Bayern in Nürnberg ein Asyl anwies[3].

In der katholischen Kirche waren bei dem fest gegliederten Bau der Dogmatik solche Abweichungen vom Christentum nicht möglich; nur der Pro-

[1] Staudenmaier, Darstellung und Kritik des Hegelschen Systems 2c., Mainz 1844.

[2] Theologische Quartalschrift, Tübingen 1833, 296—639. Ullmann und Umbreit, Theologische Studien und Kritiken, Jahrgang 1844, 567 ff.; Jahrgang 1846, 778 ff. Varnhagen von Ense, Tagebücher, X, 418. 470.

[3] Historisch-politische Blätter 2c., Rückblick auf die Schicksale der Lutheraner in Preußen, Jahrgang 1846.

fessor der Theologie Georg Hermes in Münster unternahm es, die Wahrheit der katholischen Glaubenslehren mit Vernunftgründen zu beweisen und eine Philosophie zu schaffen, auf der sich ein System der christlichen Theologie gründen ließe. Seine Lehren über Wissen und Glauben standen mit den katholischen Dogmen in Widerstreit und wurden von der römischen Kurie verboten. Trotzdem fuhren die vielen Schüler des Hermes im Rheinlande und in Westfalen fort, nach seinem System zu lehren, mit der Rechtfertigung, daß in Rom irrtümlich Lehrsätze des Hermes verdammt worden wären, welche er nicht gelehrt hätte. Zur nämlichen Zeit wurden die rheinischen Provinzen durch eine andere wichtige Angelegenheit der Kirche aufgeregt. Aus den östlichen Provinzen Preußens wurden viele protestantische Beamte und Offiziere nach Westfalen und dem Rheinlande versetzt und heirateten dort katholische Mädchen. Die gemischten Ehen und die protestantische Kindererziehung wurden so häufig, daß die Generalvikariate von Aachen, Münster, Trier und Deutz ihrer untergebenen Geistlichkeit die kanonische Verpflichtung einschärften, bei gemischten Ehen die Assistenz und Trauung zu verweigern, wenn nicht die Brautleute die katholische Erziehung sämtlicher Kinder zugeben. Diese Verordnung wurde durch einen Kabinettsbefehl (1825) unter Strafe der Amtsentsetzung verboten und den Pfarrern befohlen, die Trauung vorzunehmen und die Absolution im Beichtstuhl zu erteilen, wenn auch die Kinder protestantisch erzogen würden. Die Bischöfe beschwerten sich über die Eingriffe der Staatsgewalt in die Gewissensfreiheit, und Papst Pius VIII. erließ 1830 an die rheinpreußischen Bischöfe ein Breve, in dem er die möglichst ausgedehnten Zugeständnisse in Sachen der gemischten Ehen machte. Die Regierung vereinbarte (1834) mit dem nachgiebigen Erzbischof Grafen Spiegel von Köln und den anderen Bischöfen ohne Wissen des päpstlichen Stuhles eine geheime „Konvention“ und „Instruktion“ in Behandlung der gemischten Ehen; dieselben widersprachen aber dem Breve von 1830 und dem kanonischen Recht. Während dieses Streites verletzte die preußische Regierung die konfessionelle Gleichstellung zum Nachteile der Katholiken durch Beschränkung des Katholizismus im ganzen Unterrichtswesen und im Gottesdienste bei der Armee, sowie in der Verteilung der Geldmittel für Kultuszwecke und durch Zurücksetzung der Katholiken im Zivil- und Militärdienste.

Nach dem Tode des Grafen Spiegel (1835) bestieg der Weihbischof von Münster, Freiherr Klemens August von Droste-Vischering, den erzbischöflichen Stuhl von Köln mit dem Entschluß, wie einst der Metropolit Athanasius sein Leben für die Freiheit der Kirche einzusetzen. Bei seiner Ernennung hatte er dem Minister von Altenstein versprochen, die „Konvention“ und „Instruktion“, die ihm gänzlich unbekannt waren, einzuhalten, wenn sie, wie Altenstein versicherte, mit dem päpstlichen Breve übereinstimmen.

Als Klemens August Kenntnis von den geheimen Abmachungen erhielt, erklärte er der Regierung, daß er sich an die „Konvention“ und „Instruktion“ nur insoweit halten werde, als durch dieselben das Breve von 1830 nicht verletzt werde. Das Ministerium forderte von ihm unter Androhung von Gewalt die Erklärung ab, „daß er die Instruktion dem päpstlichen Breve gemäß finde“. Der Erzbischof lehnte diese Zumutung ab; er wurde (1837) nachts heimlich in seiner Wohnung verhaftet und auf die Festung Minden abgeführt. Diese Gewaltthat machte in ganz Europa das größte Aufsehen; die ganze katholische Bevölkerung wurde hierüber empört und erhob sich aus dem Schlafe religiöser Gleichgiltigkeit, wie durch einen Donnerschlag geweckt, gegen die Herrschaft des Freimaurertums und modernen Heidentums in Preußen mit einmütiger Kraft. Papst Gregor XVI. führte in einer Allokution schwere Klage über das dem Kölner Erzbischof zugefügte Unrecht. Seine Stimme drang an alle katholischen Höfe und über den Ozean in die fernsten Erdteile. König Ludwig I. von Bayern bewies die regsamste Teilnahme an dem Kölner Streit und gab die Presse frei, um über die Gefangennahme Klemens Augusts ein freimütiges Urteil zu fällen und auf das Berliner Kabinett einzuwirken. Eine mächtige Begeisterung durchströmte alle katholischen Länder, und selbst die meisten hermesischen Geistlichen traten auf Seite des Erzbischofs, obgleich er von den Kandidaten der Theologie vor ihrer Weihe die Abschwörung der hermesischen Irrlehren gefordert und den Laien das Lesen der Schriften der Hermesianer verboten hatte. Professor Görres in München, der alte Streiter für deutsches Recht und deutsche Freiheit, stand auf zu neuem Kampfe in seinen Schriften „Athanasius“ und den „Triariern“. Mit geistvoller Klarheit und Ruhe schilderte er in „dem praktischen Juristen“ den Verlauf der Kölner Wirren und wies das unwiderlegbare Recht Droste-Vischerings nach[1]. Die preußische Regierung wich von ihrem despotischen Wege nicht ab, selbst als die anderen Bischöfe Preußens von der „Konvention“ zurücktraten. Der Erzbischof Dunin von Gnesen und Posen, welcher auch mit dem Berliner Kabinett wegen der gemischten Ehen seit mehreren Jahren in Streit lebte, verbot unter Berufung auf die letzte Allokution des Heiligen Vaters die Trauung solcher Brautleute, welche die katholische Kindererziehung verweigerten; die gesamte Geistlichkeit seiner Diöcese schloß sich ihm an. Da er weder von dem Kultusminister noch von dem König zum Widerruf bewogen werden konnte, so wurde er seines Amtes (1839) entsetzt und auf die Festung Kolberg geliefert. Die beiden gefangenen Erzbischöfe erhielten ihre Freiheit erst nach dem Tode des Königs Friedrich Wilhelm III. (7. Juni 1840). Sein Sohn und Nachfolger, Friedrich Wilhelm IV., ein gerechter, milder und vielseitig gebildeter Monarch, faßte sofort

[1] Hase, Die beiden Erzbischöfe, Leipzig 1839.

den Entschluß, den Kirchenstreit zu beendigen[1]. Der neue König hatte schon als Kronprinz das Verfahren der preußischen Regierung in den Kirchenangelegenheiten mißbilligt und reiste (1841) nach München, um sich hierüber mit seinem Schwager Ludwig I. zu besprechen, welcher ihm bereitwillig seine Dienste zur Beilegung des kirchlichen Streites anbot. Beide Könige betrauten den Bischof Grafen Reisach von Eichstätt mit dem Auftrag, mit Droste-Vischering über einen freiwilligen Rücktritt von dem erzbischöflichen Stuhl zu unterhandeln. Auf die Vorstellungen Reisachs entsagte Klemens August (1842) um des kirchlichen Friedens willen der persönlichen Verwaltung der Erzdiöcese, nahm den Bischof Geissel von Speier, zu dem Friedrich Wilhelm großes Vertrauen hatte, als Koadjutor mit dem Nachfolgerecht an und zog sich mit würdevoller Bescheidenheit nach Münster zurück. Auf den Rat Ludwigs erließ der preußische König eine allgemeine Amnestie, hob die Konvention auf und gewährte den Bischöfen freien Verkehr mit Rom und die Oberleitung der theologischen Lehranstalten. Die kölnische Geistlichkeit sprach dem König von Bayern für seine Verdienste um ihre Diöcese den vollsten Dank aus. Friedrich Wilhelm IV. sah ein, daß seine Dynastie auf dem unter seinem Vater betretenen Wege des Unglaubens und der systematischen Entchristlichung aller Schulen dem revolutionären Untergang entgegengetrieben werde; er suchte durch seinen Minister Eichhorn wieder aufzubauen, was Altenstein niedergerissen hatte. Allein ihm fehlte es an Energie, und aus einer Menge von Gedanken und Entwürfen kam er zu keiner That. Als Eichhorn vor der Bibel Dinters warnte, wurde in der Presse und den Vereinen über Unterdrückung der Lehrfreiheit und über Pfaffenherrschaft Klage geführt. Die innere Bewegung wurde auf kurze Zeit durch äußere Gefahren zurückgedrängt.

Der Vizekönig Mehemed Ali von Ägypten hatte, wie alle seine Vorfahren, Syrien in seine Gewalt zu bringen gesucht und mit innerer Befriedigung zugesehen, wie Sultan Mahmud seine Streitkräfte im Befreiungskampfe der Griechen aufrieb. Als ihm die Pforte die Auslieferung jener Fellahs verweigerte, welche seine Landgüter in Ägypten bebaut hatten und wegen ihrer unerträglichen Lage nach Syrien ausgewandert waren, schickte er seinen Adoptivsohn Ibrahim Pascha (1831) mit einer trefflich gerüsteten Armee nach Syrien. Ibrahim besiegte die Türken in mehreren Schlachten und eroberte fast ganz Syrien. Der Kaiser von Rußland kam dem von allen Großmächten verlassenen Sultan mit einer Flotte und einer Landarmee zu Hilfe, um den Plan Mehemed Alis, das türkische Reich durch eine neue Dynastie zu verjüngen und zu stärken, zu vereiteln. Auf Zureden des englischen und französischen Gesandten schloß Mahmud (1833) mit dem Vize-

[1] Pohl, Martin von Dunin, Erzbischof von Gnesen und Posen, Marienburg 1843.

könig Frieden und trat ihm Syrien ab, um die eroberungssüchtigen Russen aus der Türkei zu entfernen. Als die Syrer gegen die drückende Herrschaft des Vizekönigs aufstanden, ließ der Sultan (1839) eine Armee in Syrien einrücken; diese wurde aber bei Nisib am mittlern Euphrat von Ibrahim geschlagen und löste sich auf dem Rückzug vollständig auf. Mahmud erfuhr dieses Unglück nicht mehr; er war seit Ende Juni tot. Sein Nachfolger, der in träger Weichlichkeit im Serail aufgewachsene Abdul Medjid, war ohne Streitkräfte und Geldmittel dem übermächtigen Vasallen preisgegeben, wenn ihm nicht die europäischen Großmächte zu Hilfe kämen. Auf einer Konferenz in London (1840) waren Österreich, Preußen, England und Rußland bereit, zu Gunsten der Pforte zu vermitteln; Frankreich aber verfolgte eine eigene Politik. König Ludwig Philipp, ein hinterlistiger, geiziger und ehrloser Fürst, fügte zu seinen reichen Familiengütern noch die Besitzungen des vertriebenen Königs Karl X. und des Prinzen von Condé und machte wie ein spekulierender Jude große Geldgeschäfte mit und ohne Rothschild; dennoch bettelte er dem Parlament Schenkungen für seine Kinder ab, wodurch er beim Volke an Achtung verlor. Den kleinen, vielgeschwätzigen und schreibseligen Deputierten Thiers ernannte er zum Premierminister, als das Parlament eine Dotation zur Vermählung seines Sohnes, des Herzogs von Nemours, ablehnte. Thiers verstand es, den Nationalstolz der Franzosen aufzuregen; auf seinen Antrag wurde die Denksäule der Julikämpfer eingeweiht und die Gebeine des Kaisers Napoleon I. von der Insel St. Helena nach Paris übergeführt. Prinz Louis Napoleon, Sohn des ehemaligen Königs von Holland, ein ehrgeiziger und talentvoller Mann, wollte die in Frankreich erweckte kriegerische Begeisterung zu einer Erhebung für die Napoleoniden benützen und begab sich von England nach Boulogne, um dort einen Aufstand zuwege zu bringen, obgleich ihm schon früher (1836) ein ähnliches Unternehmen in Straßburg mißlungen war. Auch in Boulogne mißglückte sein abenteuerlicher Versuch; er wurde samt seinen Begleitern gefangen und in die Haft nach dem Schlosse Ham gebracht. Thiers, den der Napoleonische Prinz zu seinem Ministerpräsidenten ausersehen hatte, setzte endlich seinen lang gehegten Plan durch, Paris mit starken Festungswerken zu umgeben, um eine Revolution in der Hauptstadt leichter unterdrücken und sie gegen einen feindlichen Angriff sichern zu können. Ohne politische Einsicht griff er auf den Plan Napoleons I. zurück, das Mittelmeer zu einem „französischen Binnensee" zu machen. Den Vizekönig von Ägypten hielten Thiers und alle Pariser für den Begründer einer Zivilisation im Orient; viele Franzosen traten in seinen Dienst, und die Regierung nahm ihn in Schutz, um durch ihn und mit französischer Unterstützung das türkische Reich zu erneuern. Auf der Londoner Konferenz verlangte Thiers für Mehemed Ali den erblichen und unabhängigen Besitz Syriens und Ägyptens; die

anderen Großmächte verwarfen entschieden seinen Antrag und schlossen (15. Juli 1840) eine Quadrupelallianz mit der Verpflichtung, die Integrität der Türkei zu verteidigen und den Vizekönig zur Rückgabe Syriens an den Sultan zu zwingen. Dieses Bündnis faßten die leicht erregbaren Franzosen als Beleidigung ihrer Nationalehre auf, und die gesamte Presse forderte leidenschaftlich unverzügliche Genugthuung und wenigstens die Rheingrenze. Der König und seine Minister stimmten anfänglich zu; es wurden Rüstungen angeordnet, eine Anleihe von 100 Millionen angekündigt und die Befestigung von Paris eifrigst begonnen[1].

In Deutschland erwachte zum ersten Male seit 1813 ein mächtiges Nationalgefühl, und mit patriotischer Begeisterung wurde in allen deutschen Gauen das Lied gesungen: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein!“ Nach einem Bundesbeschluß wurden in allen Staaten die Kontingente gerüstet, um der französischen Anmaßung entgegenzutreten. Dem König Ludwig I. von Bayern kam die Marschbereitschaft seiner Armee sehr ungelegen, weil sie große Geldsummen erheischte und seine Finanzoperation hemmte; er brachte jedoch aus alter Abneigung gegen Frankreich das Opfer für die nationale Sache Deutschlands und übertrug den Oberbefehl über die bayerischen Truppen seinem Bruder Prinzen Karl. Ludwig Philipp und Thiers hatten einen solchen Aufschwung des deutschen Patriotismus nicht erwartet, und sie überzeugten sich, daß ein Krieg gegen das mit England und Rußland verbündete Deutschland ein verzweifeltes Unternehmen wäre. Während Preußen in der Rheinprovinz ein Heer sammelte, um die Rheinübergänge zu decken, eroberte eine englisch-österreichisch-türkische Flotte die festen Städte Beyruth und Akka, und eine aus Österreichern, Engländern und Türken zusammengesetzte Landarmee besiegte Ibrahim Pascha bei Kaleb Medina am Eingange des Libanon; Ibrahim eilte in aufgelöster Flucht nach Alexandria. Der französische König rief seine Flotte aus der Levante zurück und entließ Thiers, zu dem er nie Sympathien hatte. Der Vizekönig war gezwungen, mit dem Sultan (1841) Frieden zu machen; er verzichtete auf Syrien und erkannte die Oberhoheit der Pforte an. Sämtliche Großmächte einigten sich in dem „Dardanellenvertrag“, die vollen Souveränitätsrechte Abdul Medjids zu gewährleisten und von den Dardanellen und dem Bosporus fremde Kriegsschiffe fern zu halten. Für Deutschland war die Gefahr vorübergegangen, aber das nationale Bewußtsein lebte in demselben fort und kam bei sich wiederholenden Turner- und Sängerfesten und Wanderversammlungen zuerst durch überschwengliche Hoffnungen auf eine große Zukunft und dann durch Erbitterung über die nicht befriedigende Gegenwart zum Ausdruck. Auch in Österreich regte sich eine freiere Bewegung, seitdem

[1] Staatengeschichte, Frankreich von 1814—1852, I. Bd.

der herzensgute Kaiser Ferdinand I. (1835) regierte. Schon seine ersten Handlungen waren Beweise seiner menschenfreundlichen und milden Gesinnung; der Leitung der Staatsgeschäfte war er nicht gewachsen, weil er infolge epileptischer Anfälle und eines dadurch geschwächten Nervensystems geistigen Beschäftigungen nur selten eine längere Aufmerksamkeit widmen konnte, so daß seine Unterschrift oft mißbraucht wurde. Die Regierung fiel seinem Bruder Erzherzog Johann, einem allgemein geliebten, gebildeten und wohlwollenden Fürsten, dem Grafen Kolowrat für das Innere und dem erfahrenen Staatskanzler Metternich zu, welcher auch unter Ferdinand I. den meisten Einfluß besaß[1]. In Preußen faßte König Friedrich Wilhelm IV. den Gedanken an eine nationale Einheit Deutschlands lebhaft auf. Bei der Grundsteinlegung zum Ausbau des Kölner Domes (4. September 1842) brachte er vor einer großen und glänzenden Versammlung von Königen, Fürsten, Prinzen, hohem und niederm Adel und zahlreichem Volke den Ausbau der herrlichen Kathedrale mit schwärmerischer Begeisterung in Beziehung zum Neubau des gemeinsamen deutschen Vaterlandes. König Ludwig I. von Bayern, welcher auf Anregung des Professors von Görres den Gedanken der Vollendung des Kölner Domes lebhaft ergriffen und in gleicher Richtung auf seinen Schwager Friedrich Wilhelm IV. gewirkt hatte, war persönlich zu dem Feste der Grundsteinlegung erschienen und gründete in Bayern einen Kölner-Dombauverein. König Wilhelm I. von Württemberg brachte ein Hoch aus auf „Deutschland, das gemeinsame große Vaterland". Unter den anderen Trinksprüchen wurden die Worte, welche man dem Erzherzog Johann von Österreich in den Mund legte: „Kein Österreich, kein Preußen, ein einiges, großes Deutschland, fest wie seine Berge!" für die Deutschen, die ein einheitliches Reich anstrebten, ein hoffnungsvolles Unterpfand. Bald jedoch trat eine tiefe Mißstimmung ein, und in den Städten, namentlich in Süddeutschland, wurden die politischen Zustände in Vereinen und Gesellschaften mit verbitterter Gesinnung bekrittelt[2].

Die Bayern waren während des orientalischen Krieges von derselben nationalen Begeisterung ergriffen worden wie die anderen deutschen Stämme, und König Ludwig I. hob sie in der Thronrede, womit er den Landtag 1840 eröffnete, mit den Worten hervor: „Herrlich war der Geist, der sich im Königreich offenbarte, wie auf der rechten Seite des Rheins, so auf der linken und in ganz Deutschland, als die Grenze bedroht schien. Jeden Deutschen durchdrang es, daß er einem gemeinsamen Vaterlande angehöre." Die Ständeverhandlungen wurden auf eine kurze Dauer festgesetzt, und die Regierungsvorlagen waren wenige und ohne besondere Bedeutung. Die

[1] Schmidt Ad., Zeitgenössische Geschichten, 489—519.
[2] Springer, Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809, II. Bd.

Staatsgeschäfte lagen seit zwei Jahren in den Händen neuer Minister, und das Reaktionssystem wurde immer stärker über alle Zweige der Verwaltung ausgedehnt. Fürst Wallerstein war über die Verwendung der Erübrigungen aus den Staatseinnahmen mit dem Finanzministerium in Streit geraten, weil er bei Feststellung des Budgets die Kompetenz der Stände erweitern wollte; dadurch verlor er das Vertrauen des Königs. Als er sich erkühnte, Ludwig anzulügen, wurde er augenblicklich entlassen. Ludwig ernannte (November 1837) den Ministerialrat von Abel, welcher nach seiner Rückkehr aus Griechenland das Amt eines Legationsrates bekleidet hatte, zum Minister des Innern und des Kultus, den Freiherrn von Gumppenberg zum Kriegsminister und den Grafen von Seinsheim zum Finanzminister[1]. Abel war ein Staatsmann von großer Begabung und Geschäftsgewandtheit, rastlosem Eifer, vielseitiger Bildung und einer schlagfertigen, glänzenden Beredsamkeit; er neigte sich dem streng konservativen System zu, und Ludwig I. erkannte mit dem ihm eigentümlichen Scharfblick jenen Mann, welcher seine Regierungsanschauung teilte und durchzuführen entschlossen war. Durch eine vieljährige Thätigkeit in der Abgeordnetenkammer als Regierungskommissär wurde er mit den verschiedenen Verhältnissen des Landes wohl vertraut. Die politische und kirchliche Richtung der Beamten ließ Abel strenge überwachen und zensieren. Bei Anstellungen bevorzugte er öfters die Katholiken und nahm besonders auf die kirchliche Gesinnung Rücksicht; dadurch reizte er die Protestanten zur Unzufriedenheit und förderte die pharisäische Frömmelei. Der Unmut der Protestanten über das Ministerium Abel wurde durch die „Kniebeugungsfrage" offen kund. Ludwig befahl durch eine kriegsministerielle Verordnung vom 14. August 1838 und durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern vom 19. Januar 1839 der Armee und der Bürgerwehr, daß sie während der Wandlung in der heiligen Messe und des Vorbeitragens des Sanctissimum bei Kirchenparaden auf die Kniee niedersinken, weil er von dem feierlichen Eindruck gelesen hatte, den dadurch französische Truppen bei Einweihung einer katholischen Kirche in Afrika gemacht hatten. Daraus entwickelte sich eine heftige Polemik zwischen protestantischen und katholischen Theologen. Die Protestanten behaupteten, daß man sie ohne Verletzung der Gewissensfreiheit und der Verfassung nicht zum öffentlichen Bekenntnis eines katholischen Dogma zwingen könne. Die Katholiken wandten dagegen ein, daß die Kniebeugung nur als militärisches Reglement zu beachten sei und erst durch die Intention des Kniebeugenden zu einer religiösen Handlung werde[2]. Der Streit wurde in der Ständeversammlung fortgesetzt, bis der König durch ein Kabinettsreskript (1844) anordnete, daß

[1] Verhandlungen der ersten und zweiten Kammer der Stände Bayerns 1840.
[2] Permaneder, Handbuch des katholischen Kirchenrechtes, § 91, 5.

protestantische Bürger und Soldaten bei Prozessionen mit dem Allerheiligsten nicht mehr ausrücken dürfen. Die Mißstimmung der Protestanten wurde zugleich verstärkt durch das Verbot, dem Gustav-Adolfverein beizutreten, welcher (1842) in Hessen-Darmstadt von dem Oberhofprediger Zimmermann zur Unterstützung bedürftiger evangelischer Gemeinden, namentlich in katholischen Ländern, gegründet worden war. Die Verordnung wurde mit der Angabe begründet, daß der Verein propagandistische Zwecke verfolge; die eigentliche Ursache aber war, weil der Verein dem König als eine feindselige Demonstration gegen den Katholizismus erschien, und er den Schwedenkönig ebenso haßte wie den Kaiser Napoleon I. Die Evangelischen fühlten sich durch das Verbot um so mehr verletzt, als der katholische Ludwig-Missionsverein von der Regierung begünstigt wurde. Ludwig I. und sein gleichgesinnter Minister Abel waren zwar den katholischen Instituten gewogen, dachten aber nicht im mindesten daran, dem päpstlichen Stuhl oder dem bayerischen Episkopat irgend eines von jenen Konkordatsrechten zurückzugeben, welche ihnen durch die II. Verfassungsbeilage entzogen worden waren. Den Bischöfen wurde vorgeschrieben, daß sie ihre jungen Geistlichen nach der Sittenlehre Sailers erziehen. Die Klöster und die Aufnahme in dieselben wurden vom Staate überwacht. Das Bittgesuch angesehener Männer in München und des Bischofs von Passau, den Jesuiten die Niederlassung in Bayern zu gestatten, wurde von dem König mit den kurzen Worten abgewiesen: „Die Jesuiten kennen kein Vaterland und keinen Patriotismus." Das Ministerium Abel war eine büreaukratische Verwaltung mit erzwungenen katholischen Formen ohne innern belebenden Geist und ohne festen Halt.

Wie die katholische Kirche, wurde das ganze Vereinsleben unter strenge Aufsicht der Regierungsorgane gestellt. Das Gutenberg-Jubiläum durfte nur im stillen begangen werden, und den Advokaten wurde der Besuch des deutschen Anwalttages in Mainz verboten. Gegen die Tagesblätter verfuhr die Zensurbehörde mit so scharfen Maßnahmen, daß sie über die politischen Angelegenheiten in Bayern gänzlich schwiegen. Den auswärtigen Blättern, welche die bayerische Politik besprachen, wurde der Postdebit entzogen. Die reaktionäre Richtung erstreckte sich auch auf die Universitäten, an denen Abel einen strengen Studienzwang einführte; dennoch lehrten an der Münchener Hochschule Männer von bedeutender Gelehrsamkeit, wie die Theologen Möhler, Döllinger, Deutinger und Haneberg, die Juristen Arndts, Bayer und Dollmann, die Mediziner und Naturforscher Walther, Martius und Rothmund und die Philologen Schmeller, Müller, Thiersch und Lasaulx. Mehrere gelehrte Professoren, wie Schönlein, Harleß und Stahl, wurden wegen ihrer politischen Grundsätze entlassen[1]. Vielen in die Abgeordnetenkammer ge-

[1] Prantl, Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München, I, 853 ff.

wählten Beamten wurde der Urlaub verweigert und einige der Regierung mißliebige Abgeordnete entfernt. Die gesetzgeberischen Arbeiten des Landtages 1840 beschränkten sich auf den Schutz für Werke der Literatur und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung und auf den freiwilligen Eintritt in das Heer. Da die Mehrheit der zweiten Kammer zur Regierung hielt, so nahmen die Verhandlungen einen glatten Verlauf; nur das Ministerialreskript von 1839, nach welchem jeder Advokat sich zum Eintritt in die Abgeordnetenkammer die Erlaubnis der Regierung erbitten mußte, wurde von mehreren Rednern lebhaft angegriffen. Minister Abel verteidigte die Verordnung mit gewohnter Beredsamkeit, und die Mehrheit der Kammer stimmte zu der Maßregelung der Anwälte. Die autokratische Verwendung der „Erübrigungen“ in den Staatseinnahmen wurde zwar neuerdings beanstandet, es hatte jedoch niemand das geringste Mißtrauen gegen die Finanzverwaltung, weil der Staatskredit Bayerns durch eine jährliche Ersparnis von $6^1/_2$ Millionen Gulden alle deutschen Staaten übertraf und der sparsame König mit den „Erübrigungen“ künstliche und nützliche Bauten, wie die Pinakothek, die Hof- und Staatsbibliothek, den Kursaal in Brückenau ꝛc., aufführte. Noch größer war die Unterstützung, welche das Ministerium Abel in der Reichsratskammer fand; nur der Kronprinz Max stellte sich an die Spitze einer kleinen Zahl freisinniger Mitglieder und verurteilte in scharfen Ausdrücken die Verwaltung Abels. Dieser rächte sich mit heftigen Ausfällen auf die liberale Partei der Reichsräte und bemerkte auf die Person des Fürsten Wallerstein hindeutend: niemand könne ihm den Vorwurf machen, aus den Erübrigungen eine geheime Polizei unterhalten zu haben. Wallerstein gab zu, daß unter ihm ansehnliche Geldsummen zu Polizeizwecken verwendet worden wären; „aber Eindringen in Familiengeheimnisse, Öffnen der Briefe und ähnliche Dinge habe er stets verschmäht“ [1]. Minister Abel hielt sich durch diese Äußerung so schwer verletzt, daß er den Fürsten zu einem Zweikampfe mit Pistolen forderte; nach einem erfolglosen Kugelwechsel versöhnten sie sich. Abel verlangte von dem König seine Entlassung; Ludwig gewährte sie ihm nicht, gestand aber Wallerstein eine besondere Ehrenerklärung zu. Der wiederholte Streit über die Finanzersparnisse wurde durch den Landtagsabschied (1843) dadurch beseitigt, daß etwaige Aktivreste der Vorjahre („Erübrigungen“) bei einem neuen Budget den Einnahmen der nächsten Finanzperiode zuwachsen und bei deren Feststellung berücksichtigt werden sollten.

Die Angriffe der liberalen Reichsräte auf den Minister von Abel wiederholten sich während des Landtages 1846, und gleich in den ersten Sitzungen beantragte der junge Fürst von Wrede in Übereinstimmung mit den Ab-

[1] Verhandlungen der zweiten und ersten Kammer der Stände Bayerns 1840. Heigl, König Ludwig I. von Bayern, 213 ff.



geordneten eine Gesetzesvorlage über Ministerverantwortlichkeit und gesondert eine gerichtliche Klage gegen Abel, weil er durch eine Polizeiverordnung die Freiheit des Getreidehandels beschränkt und dadurch die Verfassung verletzt habe; er wurde besonders von dem Freiherrn von Stauffenberg und dem Kronprinzen unterstützt. Abel hatte durch ein von allen Ministern unterzeichnetes Reskript (11. November 1845) verordnet, daß wegen Teuerung der Lebensmittel das bayerische Getreide nur auf inländischen Schrannen verkauft und jenes Getreide, das ins Ausland verkauft werden würde, von der Polizei beschlagnahmt werde. Da er das Dekret mit Gutheißung des Königs erlassen hatte und nur auf das Wohl des Landes bedacht war, so wurden die Anträge Wredes mit großer Mehrheit abgelehnt. Ludwig I. befahl dem Kronprinzen Max wegen seiner oppositionellen Stellung gegen die Minister, daß er seinen Wohnsitz nach Würzburg verlege; aber auch über Abel wurde er namentlich durch die Beschwerden der protestantischen Bevölkerung bedenklich. Mitte Dezember 1846 trennte er das Kultus- und Unterrichtswesen vom Ministerium des Innern und schuf ein neues Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, welches er dem Freiherrn von Schrenk übertrug. Die Stimmen nach Befreiung von dem Abelschen Regiment drangen in dem Landtag und der Presse auch bei Beratung der Zollvereinsangelegenheiten durch. Die Vergrößerung des Vereins und die mit dem Auslande abgeschlossenen Handelsverträge hatten zwar neue Hoffnungen für das öffentliche Leben erweckt; allein dadurch, daß die Einfuhr fremder Erzeugnisse abnahm und dem Kaufmannsstande mancher Gewinn, den er aus dem Handel mit ausländischen Waren zog, entging, wurde ein heftiger Streit über Schutzzoll und Freihandel hervorgerufen. Bayern und andere süddeutsche Zollvereinsstaaten beantragten in Generalkonferenzen, den Eingangszoll auf fremde Garne und Eisen zu erhöhen. Preußen, Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Frankfurt verwarfen jede Zollerhöhung, weil England der preußischen Regierung eine Minderung des Eingangszolles für deutsche Weine und Baumwollensammet in Aussicht stellte, wenn die gegenwärtigen Zölle auf englische Garne und Eisen beibehalten werden. In der Presse und den industriellen Kreisen wurde der Schutzzoll eifrigst befürwortet; Preußen aber, die Konsumenten, die Landwirte und die Kaufleute, für welche die Einfuhr fremder Waren eine ergiebige Quelle der Bereicherung war, erhoben sich gegen jede Erhöhung der Einfuhrzölle und befürworteten den Freihandel, wiewohl sich keines der beiden Systeme erprobt hatte. In Bayern gab es Anhänger des Schutzzolles und des Freihandels, und Minister Abel, unter dessen Leitung die industriellen Fragen standen, war weder für staatswirtschaftliche Sachen noch für Pflege des technischen und naturwissenschaftlichen Unterrichtes empfänglich. Die Entscheidung lag in der Persönlichkeit des Königs. Ludwig I. wandte zwar der Industrie und ihren Vertretern

keine besondere Gunst zu, betrachtete sie aber als eine notwendige Grundlage eines geordneten Staatswesens, und von diesem Standpunkte aus entschied er sich für die Schutzzolltheorie in der Hoffnung, daß dadurch der deutsche Gewerbfleiß den Stand der vorgeschrittenen fremden Industrie erreichen könnte. Seine Ansicht und Einfluß waren für die Erhaltung des Zollvereins, welcher durch den nachhaltig und heftig geführten Streit über Schutzzoll und Freihandel gespalten und der Auflösung nahe war, von höchster Bedeutung. Nach dem Vorgange des Königs von Bayern machten sich alle Regierungen die Erhaltung des Zollvereins zum höchsten Zweck und einigten sich in der achten Generalkonferenz zu Berlin (1846) in dem Beschluß, die Eingangszölle für alle Leinenerzeugnisse und Baumwollgarne mäßig zu erhöhen [1].

Im bayerischen Landtag (1846) wurden allgemein die Verdienste Ludwigs um den Zollverein anerkannt und ihm freudiger Dank dargebracht, daß er der Presse eine unbeschränkte Freiheit in Besprechung der Zollsachen gewährt hatte, wie es in keinem Vereinsstaate gestattet worden war. Die Verhandlung über den Zollverein brachte die beiden Kammern zur Überzeugung, daß die Vergrößerung der Eisenbahnen für den Handel und die Staatseinnahmen von höchster Wichtigkeit sei. Sie bewilligten der Regierung die erforderlichen Geldsummen zum Ankauf der mit Privataktien erbauten Eisenbahn von München nach Augsburg und der Donau-Dampfschiffe, sowie zum Bau einer Süd-Nordbahn von Lindau nach Hof und einer Westbahn von Bamberg über Würzburg nach Aschaffenburg und stellten den Antrag, daß die Regierung dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf über ein bayerisches Eisenbahnnetz vorlege. Minister Abel ging auf die Forderung der Stände nicht näher ein, weil ihm die Erkenntnis des künftigen Verkehrslebens mangelte. Der König erwiderte ihnen, er müsse zuvor die Rentabilität des verlängerten Eisenbahnnetzes prüfen [2].

Dem König Ludwig I. standen die Künste höher als die Eisenbahnen, und er wollte durch dieselben Deutschland zur alten Höhe erheben. Zugleich leitete ihn die Absicht, Bayern, das durch seinen territorialen Umfang keinen maßgebenden Einfluß auf die europäische Politik üben konnte, durch künstlerische Leistungen berühmt zu machen und das Volk zu bilden. Ludwig hat das große Werk so glänzend und erfolgreich durchgeführt, daß seine Regierung mit Recht die Zeit des Wiedererwachens der klassischen Kunst genannt werden kann. Nach einem lange durchdachten und voll gereiften Plan machte er München zum Mittelpunkt eines neuen Kunstlebens, auf das nicht nur ganz Deutschland, sondern auch die fremden Staaten ihre eifersüchtigen Blicke richteten. Im englischen Parlament machten mehrere Mitglieder das

---

[1] Weber, Der Deutsche Zollverein, 214—237.

[2] Verhandlungen der ersten und zweiten Kammer der Ständeversammlung in Bayern 1846.

neidische Zugeständnis, daß das einzige, kleine München in den Künsten mehr leiste als das ganze reiche Großbritannien. Die Glyptothek, ein Meisterwerk des hochbegabten Architekten Klenze aus Hildesheim, ist in den echten Formen des ionischen Stiles (1816—1830) erbaut. Das von dem Bildhauer Haller ausgeführte Giebelfeld zeigt die Minerva als Beschützerin der Künste mit dem Ölzweig, umgeben von acht allegorischen Figuren der Kunst. In den Nischen der Außenseite sind Statuen der berühmtesten Bildhauer, von der ältesten Zeit bis auf die Gegenwart, angebracht. Die 15 Säle, welche durch Oberlicht beleuchtet werden, enthalten plastische Werke der alten Ägypter, Etrusker und Griechen mit den berühmten Ägineten-gruppen, der Leukothea und dem Bacchus, dem Triumphzug des Neptun, den unvergleichlichen Neobiden und dem bewunderungswürdigen „schlafenden Satyr", auch der Barberinische Faun genannt. Die Wandgemälde im „Götter- und Trojanischen Saal" versinnlichen nach dem Entwurfe des großen Kunstmalers Cornelius die Göttersage Griechenlands in ihrer Beziehung zum Menschengeschlecht und den Trojanischen Krieg. Die „Heroen- und Römersäle" sind mit ausgezeichneten Statuen, Büsten und Reliefs griechischer und römischer Helden, berühmter Kaiser, Männer und Frauen geschmückt. Es gibt zwar größere Sammlungen der Plastik als die Münchener Glyptothek, allein an Auswahl und Allseitigkeit wird sie von keiner übertroffen [1]. Auch von den neueren Bildhauern bewahrt die Glyptothek herrliche Kunstwerke von Thorvaldsen, Canova, Schadow, Rauch und Eberhard. Durch die Gebrüder Eberhard aus Hindelang im Algäu nahm die christliche Bildhauerei einen neuen Aufschwung. Konrad Eberhard, welcher in seinen antiken Werken einen fein gebildeten Sinn für Schönheit der Formen, Charakteristik und Weichheit der Behandlung gezeigt hatte, bewies in seinen christlichen Arbeiten einen großen Reichtum an poetischen Gedanken und goß über die Gestalten seiner Heiligen, z. B. die Statuen an der Allerheiligen-Hofkirche, am Blindeninstitute und dem restaurierten Isarthor in München, und über die Grabmonumente der Bischöfe Sailer und Wittmann im Dome zu Regensburg ꝛc. jenen Hauch der kindlichen Frömmigkeit, welche man an den alten Meistern bewundert. Aus der Schule der beiden Eberhard ging eine Reihe von Künstlern hervor, welche auf die Wiederbelebung der christlichen Skulptur einen mächtigen Einfluß ausübten und ganze Kircheneinrichtungen im Geiste der mittelalterlichen Kunst schufen. Mit demselben Künstlertalent war Ludwig Schwanthaler aus München begabt, welcher auf Kosten des Königs Ludwig in Rom gebildet worden war und sich anfangs der antiken Mythologie und später der Romantik zuwandte. Die mittelalterliche Welt mit ihren wunder-

[1] Sepp, Ludwig Augustus, König von Bayern und das Zeitalter der Wiedergeburt der Künste, 267 ff.

samen Märchen, Sagen und Geschichten zog ihn mächtig an und trieb ihn zu unübertrefflichen Schöpfungen. Seine Hermannschlacht am Giebelfelde der Walhalla, die Fürstenbilder im „Saalbau“ der Residenz in München, die Viktorien der Befreiungshalle bei Kelheim, die Gruppen aus dem Nibelungenliede zu einem Tafelaufsatze für den König Max II. und die Erzstatue der Bavaria sind Werke der höchsten Vollendung. Schwanthaler hatte eine Unzahl Modelle zu Ehrenstatuen großer Männer entworfen. Der Reichtum seiner Phantasie war unerschöpflich; niemals wiederholte er sich in seinen Formen und Motiven; sein Sinn für Einfachheit, Großartigkeit und Adel der Gestaltung war unvergleichlich[1].

Gegenüber der Glyptothek ließ Ludwig I. das schöne Kunstausstellungsgebäude durch den Oberbaurat von Ziebland im korinthischen Stile ausführen. Im Giebelfelde ist das neue Kunstleben in Bayern dargestellt; die Bavaria beschützt auf einem Throne die Künste, welche sich in allegorischen Figuren nähern. Das Gebäude wurde (1845) mit einer großen Kunstausstellung eröffnet, welcher noch andere Ausstellungen folgten. Anfänglich wollte Ludwig an der Stelle desselben zu Ehren der zwölf Apostel eine Kirche bauen, in welcher außer den zwölf Apostelstatuen an jeder Seitenwand ein großes Basrelief-Fries von 120 Fuß Länge aus dem Leben Jesu angebracht werden sollte. Die Ausführung des großen Gedankens übertrug er dem damals berühmtesten Bildhauer, Bertel Thorvaldsen aus Kopenhagen, den er als Kronprinz in Rom kennen und hochschätzen gelernt hatte. Der gefeierte Künstler aber war mit Aufträgen aus ganz Europa überladen und ging auf die ihm gestellten Bedingungen nicht ein; damit fiel der Plan zu Boden[2]. Zur Verbindung mit der Glyptothek und dem Kunstausstellungsgebäude befahl König Ludwig dem Oberbaurat Klenze ein prächtiges Thor, die Propyläen, aus Untersberger Marmor zur Verherrlichung Neugriechenlands auszuführen. Die Propyläen sind das schönste Meisterwerk Klenzes, wie es keine andere Stadt der Erde mehr besitzt. Sie sind ein geöffneter Giebelbau, von außen mit dorischen und von innen mit korinthischen Säulen. Im westlichen Giebelfeld des Mittelbaues sind die Hellas umgebenden Streiter und in Rundbildern von Marmor der Befreiungskampf der Neugriechen und im östlichen die neue Epoche des verjüngten Staates, dessen Mittelpunkt König Otto bildet, dargestellt. Mit den Propyläen wollte Ludwig sein Streben in Erfüllung bringen: „Ich werde nicht ruhen, bis München aussieht wie Athen.“ Ursprünglich wollte er die Kunstbauten auf der Haidhauser Anhöhe am rechten Isarufer anlegen, stand jedoch von diesem Plane ab infolge der Bedenken mehrerer Techniker, daß durch große Gebäude das Trinkwasser

---

[1] Trautmann, Ludwig Schwanthaler, 19 ff.

[2] Thiele, Thorvaldsens Leben, II, 55, 162, 207.

geschädigt werden würde. Nach seiner Rückkehr aus Italien 1826 legte er am Jahrestag der Schlacht bei Waterloo (18. Juni) den Grundstein zu dem stolzen „Königsbau" (Residenz); der südliche Flügel wurde (1826 bis 1835) nach dem Muster des Pittipalastes in Florenz und der nördliche (1832—1842) im Stil der spätern italienischen Renaissance von Klenze erbaut. Der nördliche Residenzflügel, auch Saalbau genannt, enthält den schönsten Thronsaal, den je ein Monarch besaß. Die Stadt München vergrößerte sich, und ihr Burgfriede mußte erweitert werden. Oberbaurat von Gärtner aus Koblenz füllte nach den Entwürfen des Königs die neue Ludwigsstraße mit Palästen aus, unter denen die Hof- und Staatsbibliothek im altflorentinischen Stil als der größte Tempel der Wissenschaft hervorragt; das Treppenhaus ist das schönste der Erde[1]. Das nach dem Plane Gärtners im italienisch-romanischen Stil ausgeführte Universitätsgebäude mit einer zierlichen, am Dachgesimse herumlaufenden Balustrade, einer großartigen Säulenhalle und einem schönen Stiegenhaus wurde 1840 eröffnet. Die Ludwigsstraße, deren Häuser mit Ausnahme des in geschmackvoller italienischer Renaissance erbauten Herzog-Max-Palastes kahl und leer sind und den Eindruck der Monotonie machen, schließt mit dem Siegesthor, das von Gärtner (1844—1854) nach dem Muster der römischen Triumphbögen erbaut wurde; auf dessen Plattform steht die Bavaria auf einer von vier Löwen gezogenen Quadriga in Erz gegossen; die Basreliefs und Medaillons stellen Kämpfe und die acht Kreise Bayerns vor. Die von Gärtner erbaute Feldherrenhalle ist eine mißlungene Nachahmung der herrlichen Loggia de' Lanzi in Florenz. Die in derselben befindlichen Statuen des Generals Tilly und des Feldmarschalls Wrede sind für den großen Raum zu klein. Bei Enthüllung der Statue Tillys (8. Oktober 1844) sprach König Ludwig die treffenden Worte: „Arg verleumdet war Tilly zwei Jahrhunderte lang, aber durch des Vorurteils Nebel drangen die Strahlen der Wahrheit."[2] Auch der Wittelsbacher Palast wurde nach dem Plane Gärtners (1843—1849) im Stil mittelalterlicher Burgen ausgeführt; derselbe ist zwar ein stattlicher gotischer Bau, jedoch nach außen leer.

Auch außerhalb Münchens schuf Ludwig I. prachtvolle Denkmäler mit großem Kunstverständnis. Zum Bau der Walhalla wählte er das reizende Donauufer bei Donaustauf, gleichsam in der Mitte Deutschlands, an jener Stelle, wo der große Strom seine Wogen am höchsten gegen Norden trägt. Mit der Ausführung dieses deutschen Nationaldenkmals betraute der König den bewährten Meister Klenze, der hierzu den altdorischen Stil wählte statt

[1] Die Münchener Staatsbibliothek ist die größte in Deutschland; sie enthält 800 000 Druckwerke und 24 000 Handschriften und wird nur von den Bibliotheken in Paris, London und Petersburg übertroffen.

[2] Oberbayerisches Archiv, XII, 139.

des altdeutschen, welcher dem Zwecke mehr entsprochen hätte. Die Walhalla ruht auf einem Unterbau mit Terrassen und Treppen, die an Großartigkeit alle ähnlichen Bauten übertreffen. Die große, von Schwanthaler mit unerreichbarer Schönheit ausgeführte Gruppe am nördlichen und südlichen Giebel der Walhalla zeigt die Teutoburger Schlacht und die Wiedergeburt Deutschlands nach dem letzten Befreiungskampf. Der in Gold, Marmor und Erz strahlende Prachtsaal ist nach den Plänen Ludwigs mit unvergleichlichen Reliefkompositionen ausgeschmückt, welche die Geschichte der deutschen Stämme in acht Gruppen enthalten und von dem Bildhauer Wagner und seinen Schülern Schöpf und Peittrich ausgeführt wurden. Die sechs Genien des Ruhmes im Hochsaal wurden von dem Künstler Rauch aus weißem Marmor gefertigt, und die 96 Büsten und Statuen berühmter deutscher Regenten, Staatsmänner, Feldherren, Gelehrten und Dichter gingen aus den Kunststätten Wagners, Thorvaldsens und Schwanthalers hervor. Zu gleicher Zeit, als die Walhalla (1842) mit seltenen Feierlichkeiten und in Anwesenheit des Königs und vieler anderer fürstlichen Personen aus Deutschland eröffnet wurde, legte Ludwig I. den Grundstein zur Befreiungshalle auf dem Michaelsberge bei Kelheim in einer der reizendsten Landschaften Bayerns. Der Plan zu diesem herrlichen Ehrentempel des deutschen Heldentums und der politischen Gesinnung des Königs Ludwig wurde von Gärtner entworfen und nach dessen Tod der Bau von Klenze im griechisch-römischen Stil vollendet. Der Außenbau ruht auf Cyklopenmauern und ist von 18 Strebepfeilern und Kandelabern umgeben. Auf den Strebepfeilern stehen die Genien der deutschen Volksstämme, die in den Freiheitskriegen gekämpft hatten. Im Innern reichen sich 34 Viktorien (Siegesgöttinnen), die aus blendend weißem Marmor mit großer Meisterschaft gemeißelt sind und die deutschen Staaten repräsentieren, in einem großen Kreise auf einer Estrade gegenseitig die eine Hand und stützen die andere auf Schilde, die aus eroberten feindlichen Geschützen gegossen sind und die Namen der Schlachten tragen, in denen die Deutschen über die Franzosen gesiegt hatten. Auf dem Gesimsbande sind die Namen der Feldherren, Generale und eroberten Festungen angebracht. Der Boden ist Marmor-Mosaik, in dessen Mitte die von Ludwig selbst angegebenen Worte mit großen Buchstaben stehen: „Seid einig, ihr Deutschen, ihr seid dann auch stark, ein unüberwindlich Volk!“

Ludwig I. beschäftigte sich gleich bei seiner Thronbesteigung mit dem Plane, München mit Kirchen nach den Hauptkirchenstilen zu zieren. In der Vorstadt Au erbaute er die Mariahilfkirche, die von Baurat Ohlmüller, einem Bamberger, im gotischen Stil von schönster und reinster Harmonie mit einem 270 Fuß hohen Turm mit einer prachtvollen Fensterrose und einem durchbrochenen Helm (1831—1839) ausgeführt wurde. Die bewunderungswürdigen feuerfarbigen Glasfenster, welche in der von Ludwig

errichteten und auch in den fernsten Ländern berühmten Glasmalereianstalt der Künstler Frank und Ainmüller in München gefertigt wurden, gehören zu den schönsten Werken dieses Kunstzweiges. Die Basilika zum hl. Bonifaz ist von Baurat Ziebland aus Regensburg nach dem Vorbilde der Basilika der Maria Maggiore in Rom (1835—1850) erbaut worden. Diese Kirche mit den fünf großartigen Schiffen, 66 Granitsäulen und dem offenen, azurblauen Sternendach ist einzig in ihrer Art. Die in der Apsis gemalten Freskobilder und die geschichtlichen Darstellungen aus dem Leben des hl. Bonifaz, sowie die 36 Bilder aus dem Leben heiliger Männer und Frauen vom 3. Jahrhundert bis auf Karl den Großen in der untern und obern Abteilung des Mittelschiffes, sind Meisterwerke von Heinrich Heß, Schraudolph und Koch. Mit der Kirche steht ein Benediktinerkloster in Verbindung, das von Ludwig gestiftet und 1850 von den Mönchen bezogen wurde. Die Allerheiligen-Hofkirche wurde nach dem Entwurfe Klenzes (1826—1837) an jener Stelle, wo unter dem Kurfürsten Max III. (1750) die St. Georgenkapelle nebst einem Teile der Residenz ein Raub der Flammen geworden war, erbaut und in derselben die Grundlehren der christlichen Religion im byzantinischen Stil des 11. Jahrhunderts mit zauberischer Pracht verherrlicht. Die glanzvollen Marmorwände, die goldstrahlenden Tribünen und die von Heß, Schraudolph, Koch und Müller ausgeführten Freskogemälde aus dem Leben des Alten und Neuen Testamentes und der Kirchenväter erwecken Staunen und Bewunderung. Den Bau der St. Ludwigskirche übertrug der König dem Oberbaurat von Gärtner, der sie nach dem Muster der Sixtinischen Kapelle in Rom (1830—1840) vollendete. Die beiden Türme stehen zu weit voneinander ab, weil sie nicht am Ausgang, sondern am Eck der Seitenschiffe angelegt sind, und diese sind nach vorne abgesperrt und treten nach außen nicht sichtbar hervor; auch mangelt dem Mittelschiff die Kuppel. Die erste protestantische Kirche in München wurde nach dem Plane des Oberbaurates Pertsch (1827—1833) erbaut; sie ist ohne architektonischen Stil, aber mit einem schönen Deckengemälde, der Himmelfahrt Christi, und einem gut ausgeführten Altargemälde, einem Geschenke Ludwigs, geschmückt und mit einer meisterlichen Orgel ausgestattet. Der neue (südliche) Friedhof, welcher nach dem Plane Gärtners (1845) mit dem alten Gottesacker verbunden wurde, zeichnet sich durch die im mittelalterlichen Stil erbauten Arkaden aus, welche mit ihren vortrefflichen Monumenten, Statuen und Fresken zu den schönsten der Erde gehören. Ludwig I. verwendete für Bauten und öffentliche Denkmäler über 21 750 000 Gulden aus seiner Kabinettskasse.

Neben der Architektur förderte König Ludwig die Kunstmalerei mit freigebiger Hand, indem er umfangreiche Sammlungen ausgezeichneter Gemälde zur Ausbildung junger Künstler anlegte. Die alte Pinakothek, bei welcher der Oberbaurat von Klenze die antiken Formen der italienischen

Renaissance geschmackvoll anwandte, enthält in den unteren Sälen das Kupferstich- und Handzeichnungskabinett nebst der Vasen- und Porzellangemäldesammlung und im obern Stockwerk, außer den Bildnissen der Stifter und Vermehrer der Gemäldesammlung, auserlesene Werke deutscher, niederländischer, spanischer, französischer und italienischer Künstler aus dem 14. bis 18. Jahrhundert, darunter Gemälde von unschätzbarem Werte, welche der Stadt München einen Weltruf verschafften. Die von dem Oberbaurat von Voit erbaute neue Pinakothek entbehrt aller künstlerischen architektonischen Formen, und man suchte den Mangel durch Malereien aus der neuesten Kunstgeschichte an den Außenwänden zu ersetzen. Sie ist eine Sammlung der besten Gemälde vorzüglicher Künstler aus dem 19. Jahrhundert, namentlich von Heinrich und Peter Heß, dem tiefsinnigen Romantiker Moritz von Schwind, Overbeck, Riedel, Folz, Adam [1] und Kaulbach, welcher unter den Kunstmalern der neuesten Zeit durch seine gewaltigen, geistvollen Kompositionen, glänzende Anmut und künstlerische Vollendung den ersten Rang behauptete, sich jedoch gerne zu einer beißenden, kirchenfeindlichen Ironie neigte. Unter allen Zweigen der Kunst erreichte die Freskomalerei, welche fast gänzlich verschwunden war, während der Periode Ludwigs I. durch die großen Meister Cornelius, Overbeck, Veit und Schadow die höchste Vollendung und übertraf selbst die Stadt Rom. Als Ludwig in Rom zum ersten Male mit Peter Cornelius aus Düsseldorf in Berührung kam, erkannte er das seltene Kunsttalent desselben, und kaum hatte er die Regierung angetreten, so berief er ihn nach München und übertrug ihm die Leitung der Akademie der bildenden Künste. Cornelius stellte in der königlichen Residenz die Götter- und Heldensagen aus den homerischen Gesängen mit bewunderter Schönheit dar. In dem Altar-Wandgemälde der St. Ludwigskirche, dem größten Freskobilde der Erde, entfaltete er nach dem Muster des Michael Angelo, aber mit höherer, idealer Auffassung, das Wesen des christlichen Glaubens, indem er Gott in seinen Wirkungen als Schöpfer, Erlöser und Richter mit tiefsinniger Komposition und voll geistiger Beziehung darstellte. Seine Kunstwerke aus der Geschichte der Offenbarung sind mit ungewöhnlicher Innigkeit, philosophisch-theologischer Bildung und großer Gestaltungskraft ausgeführt. Cornelius brachte die deutsche Kunst auf eine Höhe wie keiner vor ihm, und es sammelte sich um ihn ein großer Kreis talentvoller Künstler und Schüler. Peter Heß malte die Freskogemälde in der Allerheiligen-Hofkirche, welche sich durch klare Ruhe und tiefe Religiosität auszeichnen. Sein Schüler Schraudolph unterstützte ihn in der Ausführung seiner Kunstarbeiten und malte die Wandgemälde im Dom zu Speier, welche

[1] Oberbayerisches Archiv, Peter von Heß, XXXI, 212—217. Dem Andenken des Meisters Moritz Ritter von Schwind, XXXI, 71—83. Förster E., Geschichte der deutschen Kunst, V, 180 ff. Binder, Overbeck, 25 ff.

durch innige Frömmigkeit, Schönheit der Formen und harmonische Farbenwirkung das Gemüt mächtig ergreifen. Der reich begabte Künstler Schnorr schmückte in der Residenz zu München den Nibelungen-, Karolinger- und Barbarossasaal mit bedeutungsvollen Fresken aus der deutschen Heldensage und Kaisergeschichte mit edel gehaltenen, eindrucksvollen und fast zu figurenreichen Kompositionen. Die Schlachtengemälde in der Residenz sind von Peter Heß, Kobell und Adam mit Treue und Leben ausgeführt. In den Arkaden des Hofgartens ließ König Ludwig historische Waldgemälde ausführen und wählte hierzu selbst vorzügliche Kriegs- und Friedensthaten bayerischer Fürsten, um in dem Volke den Patriotismus anzuregen. In Verbindung mit den vaterländischen Fresken stellte der Künstler Rottmann italienische Landschaften mit ausgewählter Mannigfaltigkeit und architektonischer Schönheit dar. Zu gleicher Zeit kam die Glasmalerei unter dem Schutze und Beistand Ludwigs nach hundertjährigem Verfall zur herrlichsten Blüte empor. Außer den bewunderten Fenstern in der gotischen Kirche in der Au gingen aus der Kunstanstalt Ainmüllers die neuen gemalten Fenster im Dom zu Regensburg und zu Köln in glühender Farbenpracht hervor, und fortwährend wandern angestaunte Erzeugnisse dieser Kunststätte in alle Länder der Erde.

Die Erzgießerkunst, welche bisher nur in Mailand und Paris eine karge Pflege gefunden hatte und in Bayern und Deutschland gänzlich eingeschlafen war, rief Ludwig I. wieder ins Leben, um durch öffentliche Monumente den Sinn des Volkes für die Kunst zu wecken und das Andenken an große Fürsten und Männer des Vaterlandes zu erhalten. In München ließ er (1826) ein eigenes Gebäude für Erzgießerei bauen und übertrug die Leitung derselben dem tüchtigen Direktor Stiglmayer, einem Schmiedsohne aus Fürstenfeld-Bruck, welchem (1844) sein Neffe Miller folgte. Das erste große und gut gelungene Gußwerk war das von dem Bildhauer Rauch in Berlin modellierte Monument des Königs Max I. Joseph, welches der Münchener Magistrat (1835) dem Geber der Verfassung aus dankbarer Liebe errichtete. Der von Klenze entworfene und aus eroberten Geschützen gegossene Obelisk, welcher von dem König zur Erinnerung an die 30000 in Rußland gefallenen Bayern errichtet wurde, hat eine Höhe von 100 Fuß und ein Gewicht von 620 Zentnern und seinesgleichen nicht auf Erden. Die Bavaria vor der Ruhmeshalle auf der Theresienhöhe, welche die Büsten vieler berühmter Männer Bayerns bewahrt, ist nach dem Koloß von Rhodus das größte Kunstwerk, das je aus Erz geschaffen worden war; sie steht auf einem Sockel von 30 Fuß Höhe und ist 66 Fuß hoch, von Schwanthaler modelliert und von Miller in Erz von 1560 Zentnern gegossen. Bewunderungswert ist bei einer so ungewöhnlichen Größe die Anmut der Formen, vorzüglich im Haupte der Bavaria; nur die Perspektive wurde zu

wenig berechnet, so daß die Maßverhältnisse vom Gürtel der Göttin bis zum Scheitel aus der Entfernung als zu klein erscheinen. Die vier Löwen auf dem Siegesthor sind das schönste Werk der Erzgießerkunst, jedoch zu niedrig im Verhältnis zu der hohen Bavaria Victrix. Von dem dänischen Bildhauer Thorvaldsen besitzt München zwei ausgezeichnete Werke. König Ludwig stand mit ihm in brieflicher Korrespondenz und kaufte sich in der Nähe seiner Wohnung zu Rom die Villa di Malta. Während seines Aufenthaltes in Rom 1829 heftete der König dem Kopenhagener Meister das Kommandeurkreuz von dem Zivilverdienstorden der bayerischen Krone an die Brust, kam oft an die offenen Fenster seiner Ateliers und lud ihn zum Mittagstisch ein. Im nächsten Jahre reiste Thorvaldsen von Rom nach München, um der Enthüllung des von ihm gefertigten Grabmonumentes des Prinzen Eugen, Herzogs von Leuchtenberg, in der St. Michaels-Hofkirche beizuwohnen. Bei seiner Ankunft begab er sich sogleich in die Residenz, um den König zu begrüßen. Ludwig war seit mehreren Tagen krank und bettlägerig; dennoch führte man den Künstler in sein Schlafgemach, und als der König Thorvaldsen erblickte, rief er aus: „Träume ich oder bin ich wach? Thorvaldsen in München!“ Noch an demselben Abend zog er ihn zur Hoftafel, und die Königin Therese hieß ihn in Bayern willkommen. Die Künstler, die Mitglieder der Akademie der Künste und Wissenschaften, die höchsten Beamten und der König wetteiferten, den großen Meister durch glänzende Feste zu feiern. Ludwig bemühte sich vergebens, Thorvaldsen für die Münchener Akademie zu gewinnen und versprach ihm außer einem hohen Gehalt die Ernennung zum Staatsrat. Dagegen modellierte der Däne die Reiterstatue des großen Kurfürsten Maximilian I., welche von Stiglmayer so gelungen in Guß ausgeführt wurde, daß eine Ziselierung fast überflüssig erschien. Das eherne Monument gehört zu den schönsten Denkmälern Münchens und das Streitroß ist unübertroffen. Der Künstler hatte auch zu dem Piedestal der Maximiliansstatue zwei Basreliefs modelliert; das eine stellte den Genius der Gerechtigkeit vor, welcher, auf einem ruhenden Löwen sitzend, in der linken Hand die Keule der Gewalt und in der rechten die Wage hält; auf dem andern war die Staatsregierung durch einen Genius versinnlicht, welcher, gleichfalls auf einem ruhenden Löwen sitzend, in der linken Hand das Staatsruder hält, während er die Rechte auf Gesetzestafeln stützt, die an einer Säule, dem Symbol der Kraft, lehnen. Als Ludwig von diesen Arbeiten erfuhr, setzte er Thorvaldsen in Kenntnis, daß ihn die Rücksicht auf die Protestanten seines Landes veranlaßt, die Basreliefs zurückzuweisen. Beide Modelle wurden zurückgestellt und später in Gipsabgüssen in Thorvaldsens Museum in Kopenhagen aufbewahrt[1]. Das Maximilianische Reiter-

[1] Thiele a. a. O. II, 219—229, 308, 322.

monument vergrößerte den Ruf der Münchener Erzgießerei, und die Erzgießer in Wien und Berlin lernten in derselben ihre Kunst. Ihre Gußwerke verbreiteten sich in allen Erdteilen, und die Aufträge aus den verschiedensten Ländern und Reichen dauern bis auf den heutigen Tag fort. Ein so reiches Zeitalter der Künste wie unter Ludwig I. ist in der Weltgeschichte nicht bekannt. München erhob sich zur ersten Musenstadt der Erde, welche in jedem Jahre von mehreren Tausend Fremder besucht wird. Der Kunstsinn ergriff alle Schichten der Bevölkerung, und die Schönheit der künstlerischen Formen drang in alle der Architektur, Bildhauerei, Malerei und Erzgießerei verwandten Handwerke. Die Absicht des Königs Ludwig, sich einen unsterblichen Ruhm zu begründen und Bayern und Deutschland wieder zu Ansehen im Auslande zu bringen, wurde durch seine Kunstschöpfungen vollkommen erreicht. Ein sparsamer Haushalt und eine einfache Lebensweise ermöglichten es ihm, daß ihm nicht nur für die Künste, sondern auch für fromme Zwecke und Unterstützung der Armen und Unglücklichen viele Millionen zur Verfügung standen. Für das Blindeninstitut in München allein gab er 50 000 Gulden und für den von ihm gegründeten Ludwig-Missionsverein 100 000 Gulden. Zur Errichtung der Klöster Metten, Ottobeuern, St. Stephan in Augsburg, Frauenchiemsee, Scheyern, Anger und St. Bonifaz in München, zum Guten Hirten in Haidhausen, Weltenburg und Andechs verwandte er 650 000 Gulden. Für eine Erziehungs- und Beschäftigungsanstalt und den Ausbau der Domtürme in Regensburg spendete er gegen 100 000 Gulden, für ein Blindeninstitut in Freising 10 000, für die Witwenkasse der Hofdiener 70 000, die Hilfskasse in Spessart 50 000, den Rekonvaleszentenverein 20 000, den Kanzleiunterstützungsverein 60 000 und für den Armenfonds in Rheinzabern und Nymphenburg 30 000, die Armen Schulschwestern und die Barmherzigen Schwestern 30 000 Gulden; dazu kommt noch eine lange Reihe von Beiträgen zu Neubauten, Restaurierung vieler Kirchen 2c. in einer Summe von fast 4 Millionen Gulden. Ludwig I. begünstigte vorzugsweise die katholische Kirche, doch war er gegen alle Konfessionen duldsam; er ernannte seine Hof- und Staatsbeamten ohne Rücksicht auf das Religionsbekenntnis, berief an die protestantische Universität Erlangen tüchtige Gelehrte, förderte den Bau einer protestantischen Kirche in München und gab zum Bau evangelischer Kirchen ansehnliche Beiträge. Der König ließ die Büste Martin Luthers in der Walhalla aufstellen, obgleich er ihm die Kirchenspaltung in Deutschland nicht verzeihen konnte.

Fünftes Kapitel.

Die März-Revolution vom Jahre 1848.

Ludwig I. hatte zwar durch seine reaktionäre Politik die früheren lebendigen Sympathien bei einem Teile seines Volkes eingebüßt, die große Mehrzahl aber, namentlich die Münchener, waren stolz auf den Ruhm, den er Bayern durch seine unerreichte Kunstthätigkeit auf der ganzen Erde erworben hatte. Dieses Verhältnis wurde unvermutet gestört durch die Ballettänzerin Lola Montez (eigentlich Elisa Guilbert), welche in Sevilla als die Tochter eines adeligen Kapitäns aus Irland und einer spanischen Edelfrau geboren war. Nach dem frühen Tode ihres Vaters wurde sie nach Irland in ein Pensionat geschickt, wo sie eine vornehme und vielseitige, aber religionslose Erziehung genoß. Schon im 15. Lebensjahr ließ sie sich von einem englischen Kapitän, dessen Regiment in Kalkutta lag, ent- und verführen, weil sie nicht einen reichen Greis, den ihr ihre Mutter zum Gatten bestimmt hatte, heiraten wollte. Von ihrem Ehemann lebte sie in Ostindien getrennt und reiste nach mehreren verwegenen Abenteuern nach England, wo sie ein zügelloses, unsittliches Leben führte. Mit leichtfertigen Wüstlingen durchwanderte sie fast die halbe Erde, trat in Madrid, London und Paris als spanische Tänzerin auf und reizte durch seltene Schönheit, feueriges Temperament und schamlose Verlockung die sinnliche Lust der Männer. Als sie in Paris wegen ihrer Verbindung mit der politischen Umsturzpartei in ärgerliche Prozesse verwickelt wurde, ging sie nach Deutschland und Polen und wurde in Baden-Baden, Berlin und Warschau wegen ihres ausschweifenden Wandels ausgewiesen. Im Oktober 1846 kam Lola Montez nach München; sie stand im 27. Lebensjahr und zog durch ihre Tänze im Hoftheater allgemeine Aufmerksamkeit auf sich[1]. Durch ihre reizende Gestalt, ungewöhnliche Geistesgaben und ihr süß verführerisches und frech

[1] Memoiren der Lola Montez, I, 1—4.

abschreckendes Benehmen erschien sie als dämonisches Zauberbild einer nahen Revolution. König Ludwig, der für körperliche Schönheit und geistige Begabung der Frauen nicht unempfindlich war, wurde von der Lola Montez leidenschaftlich gefesselt und knüpfte mit ihr ein vertrautes Verhältnis an. Anfangs kümmerte man sich in München wenig um die Beziehungen zwischen dem König und „der spanischen Tänzerin"; das Ärgernis wurde erst öffentlich, als die Montez auf den sechzigjährigen Monarchen einen so großen Einfluß erlangte, daß sie von ihm ihre Erhebung in den Grafenstand forderte, um sich den Zutritt zu den höheren Gesellschaften zu ermöglichen. Zugleich mischte sie sich mit frecher Anmaßung in Staatsgeschäfte und setzte Beamte ab und ein, um sich eine Partei zu bilden. Da zur Erhebung in den Adelsstand das bayerische Indigenat erforderlich war, so ließ Ludwig die Sache in den Staatsrat bringen und überredete seine schwer gekränkte Gemahlin, daß sie der Tänzerin den Theresienorden verlieh. Die Minister Abel, Seinsheim, Schrenck und Gumppenberg verweigerten (11. Februar 1847) ihre Einwilligung in das Indigenat, indem sie auf die gereizte Stimmung in Bayern hinwiesen, und veröffentlichten die Zumutungen Lolas gegen deren Willen. Der von seiner Maitresse vollständig beherrschte König bestand auf seinem Entschluß und rief der Lola bei einem abendlichen Besuche in aufgeregter Stimmung entgegen: „Alle meine Minister habe ich entlassen. Das Jesuitenregiment hat aufgehört in Bayern." Die neuen Minister wählte er aus den Gegnern Abels in der Reichsratskammer und ernannte den Freiherrn von Zu-Rhein zum Minister des Innern, von Maurer zum Justizminister, den Staatsrat Zenetti zum Finanzminister und den Generalmajor von Hohenhausen zum Kriegsminister, sämtlich in der Eigenschaft eines Verwesers. Maurer unterzeichnete sofort das Indigenatsdekret, und der König erhob die Ballettänzerin zur Gräfin von Landsfeld. Ludwig und Lola wurden in Zeitungsblättern, Gasthäusern und Gassenliedern verhöhnt, und die demokratische Partei benützte die Bewegung, um das monarchische Prinzip zu schwächen. Der Adel fühlte sich durch die Ernennung einer verrufenen Tänzerin zur Gräfin tief verletzt. Auch die Geistlichkeit trat auf Seite der Opposition, weil sie von dem Einflusse Lolas auf den König die schlimmsten Folgen für die Kirche und die Sittlichkeit des Volkes befürchtete.

An der Universität in München erhoben sich angesehene Gegner der gräflichen Ballettänzerin, und Professor Lasaulx beantragte im Senat, daß die Universität jenen Ministern, welche für die Sittlichkeit eingetreten seien, ihre Anerkennung zollen solle. Als man es dem König hinterbrachte, wurde Lasaulx ohne weiteres in den Ruhestand versetzt. Einige hundert Studierende, welche dem freisinnigen und geistvollen Lehrer treu ergeben waren, zogen vor seine Wohnung und brachten ihm Lebehochs aus. Von da begaben sie sich, begleitet von einem Volkshaufen, in die Barerstraße zum Hause der spanischen

Tänzerin und riefen ihr ein „Pereat“ zu. Sie drohte ihnen mit einer vorgehaltenen Pistole und gab ihrem Beschützer, einem Offizier, eine Ohrfeige, weil er sie am Gebrauche der Waffe hindern wollte. Der vor ihrer Wohnung anwachsenden Menge von Studenten und Volk trank sie höhnisch ein Glas Champagner zu und warf unter sie mehrere Stücke von Bonbons. Auf die Meldung hiervon erschien der König zu Fuß ohne Begleitung. Bei seiner unerwarteten Ankunft wich der Haufe grüßend auseinander, und er konnte unbehelligt die Wohnung Lolas betreten, wurde aber auf seinem Rückgange in die Residenz mit rohen Beschimpfungen überhäuft. Ludwig erwiderte mit Verachtung, kehrte aber seinen Zorn gegen jene Männer, welche er für die Urheber jenes Aufruhrs hielt. Den Gendarmerie-Oberlieutenant, welcher mit einer Abteilung seiner Mannschaft das lärmende Volk mit Waffengewalt zersprengte, beförderte er zum Hauptmann. Seitdem griffen Demoralisation, Verleumdung und niederträchtige Selbstsucht immer weiter um sich. Auf verächtliche Denunziationen wurden die Universitätsprofessoren Höfler, von Moy, Deutinger und Phillips als Gegner der königlichen Maitresse entlassen oder quieszeirt. Abends sammelte sich vor der Residenz ein Volkshaufe und brachte der Königin ein Hoch aus; Kürassierabteilungen säuberten die von Neugierigen dicht gefüllten Straßen[1]. Ludwig blieb trotz der steigenden Aufregung, welche durch die Presse auch in die Provinzen verbreitet wurde, starrsinnig, und fruchtlos waren alle Vorstellungen der Bischöfe, Minister und Gesandten. Erst die nahende Revolution, welche Deutschland und fast ganz Europa gewaltig erschütterte, brachte auch das Regiment Lolas zum Falle.

Auf die Unruhen in Bayern hatte die Bewegung, welche die deutschen Nachbarstaaten auf dem kirchlichen und politischen Gebiete erfaßt hatte, eine mächtige Einwirkung. In Baden hatte die Verwaltung in allen Zweigen eine liberale Richtung genommen. Die Abgeordneten der badischen Ständekammer gaben das Muster zu einem liberalen Fortschritt für alle anderen deutschen Landtage, und die Regierung ging auf die freisinnigen Anträge derselben ein, um sich das Volk anhänglich zu machen. Die rationalistischen Professoren Rotteck und Welcker in Freiburg ahmten in ihren Staatslehren den doktrinären Liberalismus Frankreichs nach. Auch die bestehenden Einrichtungen der Kirche wurden angegriffen und ungestüm die Abschaffung des Priestercölibates gefordert. Während der katholische Oberkirchenrat in Karlsruhe die liberal gesinnten Pfarrer gegen den Erzbischof von Freiburg in Schutz nahm, unterwühlte der protestantische Kirchenrat Paulus systematisch den frommen Glauben des evangelischen Volkes. In Preußen fand der Unglaube und die Gottlosigkeit trotz der christ-

[1] Bayerns Erhebung 1848, 2. Aufl., 1—6.



lichen Bestrebungen des Kultusministers Eichhorn eine sehr gefährliche Ausbreitung. Bei der Jubiläumsfeier der Universität Königsberg, welcher auch der König Friedrich Wilhelm IV. anwohnte, hielt der Rektor Magnificus (1844) eine Festrede, in der er die Christusleugner Dinter und Kant als die Säulen der freien Wissenschaft darstellte. Die Studenten bejubelten den Redner und überreichten ihm einen silbernen Ehrenbecher. Ein Pastor in Königsberg sagte sich auf der Kanzel von dem Glauben an die Dreifaltigkeit los und wurde deshalb allgemein gefeiert. Während in den größeren Städten Preußens die Göttlichkeit Christi und seine historische Persönlichkeit geleugnet wurde[1], kamen die frommen Katholiken in Preußen in unermeßlichen Wallfahrtszügen nach Trier zur Verehrung des heiligen Rockes Christi, welchen Bischof Wilhelm Arnoldi (1844) ausstellen ließ. Aus Bayern und allen katholischen Ländern Deutschlands, aus Belgien und Frankreich pilgerten ganze Pfarrgemeinden, mit ihren Bischöfen an der Spitze, unter Gesängen und fliegenden Fahnen nach Trier; die Gesamtzahl der Wallfahrer betrug binnen zweien Monaten über 1100000 Menschen. Der damaligen Begeisterung der Katholiken entsprang der neue Karl-Borromäus-Verein zur Unterdrückung schlechter Bücher und Zeitungen. Gegen die Echtheit des heiligen Rockes wurden zahllose Federn in Bewegung gesetzt, um das ganze kirchliche Schauspiel als „Pfaffenbetrug“ hinzustellen[2].

Johannes Ronge, ein eitler und unfähiger katholischer Priester in Laurahütte in Schlesien, welcher wegen Schmähschriften gegen das Breslauer Domkapitel und ärgerlicher Amtsverrichtung suspendiert worden war, veröffentlichte einen mit schimpflichen Redensarten verfaßten Brief an den Bischof von Trier, in welchem er die Ausstellung des heiligen Rockes als den thörichtesten Aberglauben verhöhnte und Arnoldi den Tetzel des 19. Jahrhunderts nannte. Diesem Briefe wurde von den lauen und glaubenslosen Katholiken und Protestanten eine ungeheure Wichtigkeit beigelegt, weil er von einem katholischen Geistlichen ausging. Ronge wurde mit Zustimmungsadressen, Ehrenbechern, Blumenkränzen, goldenen Federn und Tintenfässern, sowie mit Einladungen und Geld überhäuft. Da ihm zu einem entscheidenden Eingreifen in die Bewegung jede Befähigung mangelte, so machte der katholische Pfarrer Czerski in Schneidemühl in Posen davon Gebrauch, um seine Geliebte heiraten zu können; er sagte sich öffentlich von der Kirche los und gründete eine „Deutschkatholische Kirche“. Ihm folgten sogleich andere gleichgesinnte Männer, und es wurden in Leipzig, Frankfurt a. M. und Offenbach „Deutschkatholische Gemeinden“ gestiftet. Auf einem „Konzil“ in

[1] Varnhagen von Ense, Tagebücher, II. Bd.

[2] Görres, Die Wallfahrt nach Trier, 7 ff. Rheinischer Antiquarius, Der Mittelrhein von Stramberg, I. Bd., 570—589.

Leipzig (1845) stellten die „Deutschkatholiken“ ihr Glaubensbekenntnis fest, in welchem sie die Gottheit Christi, das Papsttum und Meßopfer, Fasten und Cölibat verwarfen und Christus nur für einen edeln Religionsstifter erklärten. Ronge hielt in Frankfurt und einigen süddeutschen Städten in einem mit Blumen bekränzten Wagen einen Triumphzug unter dem Jubel des Pöbels. Auch in Stuttgart veranstalteten die „Deutschkatholiken“ in einem Gartensaal ein „Konzil“, in welchem auch Weiber und Mädchen Sitz und Stimme hatten und abends bei einem Gelage geschwelgt wurde. Nach kaum einem Jahrzehnte verlor sich der ganze „Deutschkatholizismus“ wie im Sande, und die letzten Reste bildeten noch „die freien religiösen Gemeinden“.

In Sachsen ging die religiöse Bewegung auf das politische Gebiet über und äußerte sich in einer revolutionären Erscheinung. Als von der Regierung religiöse Versammlungen untersagt wurden, sammelte man in den Städten, namentlich in Leipzig, Protestunterschriften und führte heftige Klage über Geistesdruck und Verfolgung. Der hochgebildete katholische Prinz Johann von Sachsen wurde in Leipzig (August 1845) als freiheitsfeindlicher Finsterling beschimpft und seine Wohnung unter dem Geschrei: „Es lebe Ronge! Fort mit den Jesuiten!“ mit Steinwürfen angefallen. Erst mit verstärkter Truppenmacht konnte die Ruhe wiederhergestellt werden; allein die Gärung dehnte sich im stillen aus, drang über die Grenze Sachsens und wurde von der Schweiz aus durch politische Brandschriften kommunistischen Inhaltes unter den deutschen Handwerkern verbreitet. Die Unzufriedenheit und der Unmut wuchsen durch das Hungerjahr 1846/47. Infolge einer Kartoffelkrankheit auf der ganzen Erde und einer sehr geringen Ernte erreichten die Brotpreise eine ungeheure Höhe, und im Frühling 1847 brachen in vielen Ortschaften Deutschlands Aufstände aus, wodurch die Proletarier zu revolutionären Trieben angeregt wurden. Der König von Württemberg wurde mit Steinen beworfen, als er in Stuttgart (Mai 1847) einen Auflauf wegen Teuerung der Lebensmittel durch gütiges Zureden beschwichtigen wollte. Die Aufregung in den deutschen Landen kam der kirchenfeindlichen Partei in der Schweiz gelegen, welche ihre republikanischen und religiösen Grundsätze nach dem „Leben Jesu“ von David Strauß von ihren Bergen aus über ganz Europa verbreiten wollte. Die Häupter dieser Partei hatten seit Jahren an dem Umsturz der kirchlichen und politischen Verhältnisse und an Herstellung einer Bundeseinheit gearbeitet und sich verschworen, den alten Glauben der Väter zu vernichten und zunächst die Rechte und den Besitz der katholischen Kirche, namentlich der Klöster, aufzuheben. Die katholischen Kantone einigten sich in einem „Sonderbund“ zur bewaffneten Verteidigung ihrer Gerechtsame, unterlagen aber der dreifachen Übermacht ihrer Gegner und mußten sich den Verfügungen der feindlichen Regierung unterwerfen. Es wurden die Jesuiten vertrieben und eine neue Bundesverfassung einge-

führt[1]. Die katholischen Kantone hatten sicher eine bewaffnete Intervention der katholischen Staaten erwartet; allein der englische Premierminister Lord Palmerston hielt Frankreich mit Drohungen zurück und ermutigte die kirchenfeindlichen Kantone zu einem energischen Handeln gegen die Katholiken und Jesuiten. Fürst Metternich forderte die Monarchen Europas zu einer Vermittlung in der Schweiz auf und suchte in Verbindung mit Preußen und Rußland die süddeutschen Regierungen zu einer Mitwirkung zu bestimmen; allein die Sache scheiterte an dem Widerstande Bayerns[2]. Auch die anderen deutschen Staaten neigten sich auf Seite der liberalen Schweizer, doch wurden sie durch eine Angelegenheit im Norden des eigenen Vaterlandes zu einer nationalen Kundgebung angeregt. Von den Elbherzogtümern war Holstein auf dem Wiener Kongreß als altes Reichsland dem Deutschen Bunde zugewiesen worden, während Schleswig, welches niemals zu Deutschland gehört hatte, mit Dänemark verbunden blieb. Der dänische König Christian VIII. suchte Schleswig gänzlich seinem Reiche einzuverleiben und führte in demselben (1841) die dänische Sprache als Amtssprache ein, obgleich die große Mehrheit der Bevölkerung und alle gebildeten Klassen deutsch waren. Die hierdurch gereizten Stände in Schleswig und Holstein wollten einer weiteren Dänisierung dadurch vorbeugen, daß sie auf Grund der ältesten Urkunden die Ungeteiltheit der beiden Herzogtümer forderten. Damit wurde zugleich der Streit über die Erbfolge verflochten. Die Schleswiger und Holsteiner behaupteten, daß in ihren Landen nur die Herzoge von Augustenburg aus der jüngern Linie des Hauses Oldenburg erbberechtigt wären; die dänischen Stände aber beantragten, daß gemäß dem „Königsgesetz“ die weibliche Erbfolge auf alle zu Dänemark gehörigen Länder ausgedehnt werde. Christian VIII. entschied (8. Juli 1846) in einem „offenen Brief“, daß das „Königsgesetz“ nicht nur für Schleswig und Lauenburg, sondern auch für Holstein gelte und er sorgen werde, daß die Unverletzlichkeit des „dänischen Gesamtstaates“ anerkannt werde. Damit forderte er die Deutschen der Elbherzogtümer zum Widerstande heraus. In großen Volksversammlungen wurde der „offene Brief“ verworfen und die Verbindung mit Dänemark nur so lange zugestanden, als der ältere oldenburgische Mannesstamm herrsche. Die holsteinischen Stände riefen den Deutschen Bundestag um Hilfe gegen dänische Vergewaltigung an, und die Stände Schleswigs faßten den Beschluß, ihr Herzogtum von der Verwaltung Dänemarks zu trennen und es dem Deutschen Bunde einzuverleiben. Als der königliche Landtagskommissär ihre Anträge als ordnungswidrig zurückwies, verließ die Mehrzahl der Stände mit ihrem Präsidenten den Sitzungssaal. Diese Erhebung fand in allen deutschen

---

[1] Ulrich, Der Bürgerkrieg in der Schweiz, 27—385.

[2] Neuer Plutarch, Metternich von Ad. Beer, Jahrg. 1877, V. Teil.

Gemütern einen mächtigen Widerhall und erweckte das Nationalgefühl zu einer lebhaften Thätigkeit. In unzähligen Adressen aus allen deutschen Staaten, von Vereinen, Korporationen und Universitäten wurden die wärmsten Sympathien für die nordischen Brüder ausgesprochen. In jedem Dorfe und Gasthause ertönte das viel gesungene Lied: „Schleswig-Holstein meerumschlungen“, und die deutschen Ständeversammlungen erklärten sich für Wahrung der Selbständigkeit der Elbherzogtümer; auch einzelne deutsche Fürsten, namentlich König Ludwig I. von Bayern, sprachen sich mit Begeisterung für die deutsche Sache in Schleswig-Holstein aus. Ebenso erwartete man in ganz Bayern, daß die auf den September 1847 einberufenen Stände die Interessen der Schleswig-Holsteiner vertreten werden.

Den Landtag eröffnete Ludwig I. nicht mehr persönlich, sondern beauftragte hiermit seinen zweitgeborenen Sohn, Prinzen Luitpold. Wiewohl die Eröffnung ohne Thronrede geschah, so beschlossen doch die Abgeordneten, an den König eine Adresse zu richten. Seit dem Ministerwechsel hatte er die liberale Partei für sich gewonnen und war im Theater und auf einer Reise durch Franken und die Rheinpfalz freudig begrüßt worden. Die neuen Minister hatten mehrere Beschränkungen aus der Zeit des „ultramontanen“ Ministeriums Abel aufgehoben und den Studierenden der Universität im Verbindungswesen volle Freiheit gewährt, weshalb diese dem König ihren Dank durch einen Fackelzug bezeugten. Die früheren Landtagsabgeordneten Behr und Eisenmann wurden aus ihrem langjährigen Gefängnis befreit; nur der Theologieprofessor Döllinger, dessen geistige Überlegenheit und wissenschaftliche Kenntnisse die liberalen Minister fürchteten, wurde entlassen und aus der Kammer entfernt. In der Adresse wurde der Wechsel des Ministeriums mit der Hoffnung begrüßt, daß mit demselben auch Reformen in der Rechtspflege und Verwaltung eingeführt werden. Es wurde Gewissensfreiheit, Ministerverantwortlichkeit, Trennung der Justiz von der Verwaltung, Öffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtswesen und Preßfreiheit wiederholt verlangt und der Wunsch ausgesprochen, es möchte der Zollverein, diese große Schöpfung des Königs, zu einer festen Vereinigung aller deutschen Stämme und das Deutsche Reich zu einer Achtung gebietenden Stellung in Europa führen. Das Budget wurde ohne namhafte Anstände verhandelt und nur die willkürliche Quieszierung mehrerer mißliebiger Beamten und die Bevorzugung der von der Lola Montez empfohlenen Personen heftig getadelt. Einige Abgeordnete stellten den Antrag, daß den abgesetzten Universitätsprofessoren das entzogene Abgeordnetenmandat zurückgestellt werde. Die Minister gaben hierauf eine Antwort, aus der offen die Gehässigkeit ihrer Handlungen hervortrat. Dem Antrag, die Zensur für inländische Presse aufzuheben, wurde allgemein zugestimmt und auf Vorschlag des Freiherrn von Closen an die Regierung die Bitte gerichtet, die Rechte und Nationalität

der Elbherzogtümer zu wahren[1]. Auch in der Reichsratskammer wehte eine freiere Luft, und es wurde gleich in der ersten Sitzung beschlossen, daß die Namen der Redner veröffentlicht und nicht mehr, wie Freiherr von Stauffenberg bemerkte, nach Nummern, wie die nach Sibirien Verbannten, verzeichnet werden. Die altadeligen Reichsräte griffen aus Haß gegen die Gräfin Landsfeld „die Lolaminister" schonungslos an und warfen ihnen vor, es verrate das Bewußtsein einer schweren Schuld, daß sie die öffentliche Besprechung einer Quieszierung der Universitätsprofessoren verbieten. Die Ständekammern, welche das Geld zum Unterhalte der wissenschaftlichen Anstalten bewilligen, seien berechtigt, über das unerhörte, gewaltthätige Verfahren Rechenschaft zu fordern. Minister von Maurer wurde hierdurch so gereizt, daß er in seiner Rede sich zu den Worten fortreißen ließ, er sei dem König in jenem kritischen Momente zur Seite gestanden, als ihn die früheren Minister in den Kot haben herabziehen wollen. Diesen unparlamentarischen Ausdruck mußte er widerrufen, und der gewesene Minister Graf von Seinsheim verwahrte sich gegen diese Anschuldigung und versetzte Maurer einen scharfen Hieb durch die Bemerkung, er und seine Kollegen hätten es mit ihrer Ehre nicht vereinbaren können, ihren Namen unter das bekannte Indigenatsdekret zu setzen. Nach einer lebhaften Diskussion über Aufhebung und Beibehaltung der Zensur, wie über Preßfreiheit und Preßfrechheit, stimmte die erste Kammer zu den Beschlüssen der Abgeordneten in betreff des Budgets und eines Eisenbahnanlehens und zu Anträgen über Öffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren, ein neues Preßgesetz und Abänderung der Geschäftsordnung in den beiden Kammern[2].

Noch vor dem Schlusse des Landtages wurden die Minister in den Ruhestand versetzt, weil ihre Stellung infolge vielseitiger Angriffe, besonders in der Reichsratskammer, unhaltbar geworden war und sie nicht nur den Verkehr mit Lola Montez gemieden, sondern auch die Einmischung derselben in Staatsgeschäfte zurückgewiesen hatten. Die hierdurch verletzte Maitresse setzte es durch, daß der König in die Entlassung der Minister willigte; an ihre Stelle traten Fürst Wallerstein für das Auswärtige, Beisler für Justiz, Heres für die Finanzen und Berks, welcher als Reisekavalier der Landsfeld von dieser empfohlen worden war, für das Innere; General von Hohenhausen behielt das Kriegsministerium bei. Die neuen Minister erließen freisinnige Verordnungen und gestatteten volle Preßfreiheit, welche auf eine zügellose Weise mißbraucht wurde. Lola fuhr mit gewohnter Dreistigkeit in ihrer politischen Beeinflussung auf Ludwig I. fort und erwirkte viele Beförderungen und Ernennungen zum Verderben des Staates und zur Demoralisation des

[1] Verhandlungen der zweiten Kammer der Stände des Königreiches Bayern 1847.
[2] Verhandlungen der Kammer der Reichsräte in Bayern 1847.

Beamtentums. Der Unwille und die Erbitterung über die gräfliche Tänzerin steigerte sich, und selbst die treuesten Anhänger der Krone sahen mit trüben Ahnungen in die nächste Zukunft. Aus ehr- und schamlosen Studenten stiftete Lola die Verbindung Alemannia, deren Mitglieder sie auf eigene Kosten unterhielt und mit denen sie in ihrer Wohnung Orgien feierte. Die Frechheit, Roheit und Unsittlichkeit der Alemannen und der übrigen Anhänger der Maitresse reizten die andere Studentenschaft und die Bevölkerung Münchens zu Haß und Zorn. Es kam oft zu Reibereien und ärgerlichen Auftritten, und die Polizei mußte auf Befehl des Ministers Berks zum Schutze der allgemein verachteten „Lolaner" einschreiten, wodurch die Person des Monarchen in Rede und Presse der Verachtung preisgegeben wurde. Die Corpsstudenten, welche in offene Opposition gegen die Alemannen traten, wurden von der Polizei auf die unwürdigste Weise verfolgt, und Berks stellte auf einem „Kommers" die verluderten Alemannen als Muster für die studierende Jugend dar und machte den anderen Studenten Anmaßung und Verdorbenheit zum Vorwurf. Die Professoren konnten nur mit Not die Ordnung im Universitätsgebäude aufrecht erhalten. Als der alte, ehrwürdige Professor Görres, einer der eifrigsten Gegner der Landsfeld, (27. Januar 1848) starb, beschlossen die Studenten der Universität, ihn mit größter Feier zu beerdigen. Die Polizeidirektion aber untersagte alle Reden und Gesänge, und Minister Wallerstein begab sich in die Universität, um den Studenten Ruhe zu gebieten. Seine Ermahnungen blieben erfolglos. Die Leiche Görres' wurde (29. Januar) absichtlich von den Studenten an der königlichen Residenz vorübergetragen; fast die ganze Bürgerschaft und Geistlichkeit beteiligte sich an dem Zuge. Lola Montez sah mit herausfordernden Gebärden dem Leichenbegängnis zu und drohte den Studenten, welche sie verhöhnten, mit der Reitpeitsche, daß sie die Universität schließen lasse. Das Grab Görres' wurde von Gendarmen besetzt, gleichsam als befürchtete die Regierung, es möchte der Geist des großen Gelehrten auferstehen. Ein Fackelzug, den die Studierenden ihrem verehrten Lehrer an seinem Grabe bringen wollten, wurde von der Polizei verboten, und die Alemannen rühmten sich, denselben hintertrieben zu haben. Nun flammte der langgenährte Groll in den Gemütern der studierenden Jugend und des Volkes zur Rache auf. Die Alemannen wurden aus den Hörsälen der Universität von den anderen Studenten vertrieben und auf der Straße verfolgt. Lola stürzte sich (10. Februar) kühn mit einer geladenen Pistole mitten in die tobende Menge, wurde aber mißhandelt und mußte sich vor der Wut des Volkes in die Theatinerkirche flüchten. Die Garnisonstruppen wurden unter die Waffen gerufen und besetzten die Straßen und Plätze[1].

---

[1] Bayerns Erhebung 1848, S. 6—8.

Noch an demselben Abend erschien zum Staunen der ganzen Einwohnerschaft der königliche Befehl, daß die Universität auf ein Jahr geschlossen werde und alle nicht heimatberechtigten Studenten München zu verlassen haben. Die Bürger, welche durch Schließung der Hochschule in ihren materiellen Interessen geschädigt wurden, versammelten sich auf dem Rathause zur Beratung, und nach langem Sträuben des Magistrates wurde eine Deputation in die Residenz geschickt, um den König um die Zurücknahme des Dekretes zu bitten. Ludwig empfing die Bürger mit der ungnädigen Äußerung, daß es einer solchen Massenabordnung nicht bedurft hätte; abtrotzen werde er sich nichts lassen, sondern sich erst nach Beratung mit dem Staatsrat entscheiden. Vergeblich verwendete sich die königliche Familie für die Bürgerschaft, und ebenso erfolglos machten mehrere angesehene Reichsräte dem König Vorstellungen über die bedenkliche Gärung unter der Münchener Bevölkerung. Die Studenten zogen zum Rektor Magnificus und dem Kultusminister, um beiden ihren Abschiedsgruß zu bringen. Als sie vor dem Akademiegebäude in der Neuhauserstraße anlangten, wurden sie von einer Abteilung Gendarmen meuchlings überfallen und mehrere schwer verwundet. Fürst Wallerstein gebot der Verfolgung Einhalt. Das erboste Volk zog lärmend in die Barerstraße, erstürmte das Haus Lolas und zertrümmerte alle Einrichtung; die Maitresse mußte sich aus ihrer Wohnung flüchten. In den höheren Kreisen drängte sich immer stärker die Ueberzeugung auf, daß die Ursache des Unheils entfernt werden müsse, um einer gefährlichen Revolution vorzubeugen. Auf eindringliche Mahnungen der Reichsräte und Minister nahm Ludwig das Reskript über Schließung der Universität zurück und befahl der spanischen Tänzerin, München zu verlassen. Die Kunde hiervon setzte die ganze Stadt in lauten Jubel; Bürger und Volk kamen in unübersehbaren Reihen zur Residenz und brachten dem König ein brausendes Lebehoch aus. Graf von Arco-Valley übermachte aus Freude über diese glückliche Wendung dem Armenfonds 5000 Gulden, und von allen Seiten flossen demselben aus gleichem Anlaß reiche Gaben zu[1]. Ludwig I., welcher vorzugsweise als der Repräsentant des legitimen Königtums angesehen wurde, hatte durch sein Verhältnis zur Lola Montez dem monarchischen Prinzip einen schweren Schlag versetzt; er selbst erkannte, daß er sein königliches Ansehen eingebüßt habe. Als die revolutionären Wogen von Frankreich aus die europäischen Länder überfluteten, reifte in ihm der Entschluß, von der Regierung zurückzutreten; die neue Zeitströmung konnte er mit seinen politischen Grundsätzen nicht mehr vereinigen.

Der König von Frankreich und die herrschenden Klassen hatten auf erlaubte und unerlaubte Weise einen Reichtum angehäuft, welcher mit der

[1] Bayerns Erhebung 1848, 8—10.

wachsenden Armut der niederen Volksschichten im grellsten Gegensatze stand. Die Regierung und die Kammern, wo die Großbesitzer und Beamten die Oberhand hatten, nahmen auf die arbeitende Bevölkerung und ihre schreienden Notstände keine Rücksicht; als sie sich im Teuerungsjahr 1846/47 aus Hunger zu einem Aufstande erhob, wurde sie mit Gewalt zum Schweigen gebracht. Die Literaten und Demagogen konnten ohne Mühe die erbitterten Arbeiter mit kommunistischen und rachesüchtigen Gedanken erfüllen. Der Schriftsteller Ludwig Blanc griff zuerst in einem Geschichtswerk die Regierung Ludwig Philipps und die Bourgeosie an und forderte in seiner Schrift „Die Organisation der Arbeit" für alle Arbeiter Gelegenheit zum Erwerb und mittels Anleihen „Nationalwerkstätten" für die wichtigsten Industriezweige. Proudhon, ein Mann von verwegener Energie und Geist, schleuderte eine Brandschrift „gegen das Eigentum" unter das Volk und nannte das ganze Privateigentum einen Diebstahl und Raub an der Gesellschaft. Die sozialen Fragen wurden bald auf das kirchliche Gebiet übertragen. Zuerst wurden die Jesuiten, welche sich im stillen in Frankreich niedergelassen hatten, ausgewiesen, und der Literat Eugen Sue schrieb zum Hohn der Gesellschaft Jesu den berüchtigten Roman „Der ewige Jude". Der durch Gerichtsverhandlungen an das Tageslicht gebrachte Ämter- und Stellenverkauf durch die Minister und höheren Beamten, die Veruntreuung der Verwaltungsbeamten und mehrere schauerliche Kriminalprozesse, namentlich die Ermordung der Herzogin von Praslin durch ihren Ehemann, öffneten dem unzufriedenen Volke einen Blick in das frivole Leben des königlichen Hofes und die sittliche Versunkenheit der höheren Stände und nahmen ihm alle Achtung vor dem König und den Staatsdienern. Der Dichter Viktor Hugo zeichnete in seinen tragischen Werken nur haarsträubende Verbrechen und gewöhnte die Franzosen an den Anblick des Unnatürlichsten und Scheußlichsten in der menschlichen Gesellschaft. Die von ihrem Gatten geschiedene Madame Dudevant, welche sich als Mann kleidete und lebte, schrieb unter dem Namen „George Sand" Romane, die von ganz Europa bewundert wurden, weil in denselben die häßlichsten Laster und Verbrechen ausführlich geschildert und revolutionäre Grundsätze offen ausgesprochen waren. Eugen Sue, welcher in einem fürstlichen Aufwande schwelgte, warf sich zum Vorkämpfer des Proletariates auf, beschrieb dessen Not und rühmte in seinen „Geheimnissen von Paris" die aus der Not entsprungenen Verbrechen; er regte alle revolutionären Leidenschaften auf und hetzte gegen die katholische Kirche und alle bestehende Ordnung und Sitte. In derselben Weise schrieben Balzac, Paul de Kock, Soulié und Alexander Dumas, welche nur das Schauerliche darstellten und die Verführung zur Wollust und Grausamkeit und die Erweckung des Hasses gegen die Religion und Sittlichkeit, gegen das Königtum und die Gesellschaft anstrebten. In der gesamten französischen Literatur und Kunst gärte es wie in einem

Vulkan, welcher Staat und Kirche zu zerstören drohte. Die ersten Angriffe der Oppositionspartei richteten sich gegen das Wahlgesetz; man forderte Herabsetzung des Wahlcensus, Vermehrung der Deputierten und Ausschluß der Beamten vom Parlament. In allen größeren Städten wurden (1847) Reformbankette gehalten mit leidenschaftlichen Reden und Unterzeichnung von Reformpetitionen.

König Ludwig Philipp eröffnete das Parlament (28. Dezember 1847) mit einer Thronrede, in der er die unbesonnene Drohung aussprach, daß die Regierung die feindliche Bewegung mit den Waffen niederhalten werde. Dadurch wurden die Gemüter der Gegenpartei noch mehr verbittert und im Parlament das Ministerium Guizots wegen seiner verkehrten innern und äußern Politik und der schlechten Finanzverwaltung mit vernichtender Schärfe verurteilt. Als die Führer der Opposition in den „Elysäischen Feldern“ ein großes Reformbankett veranstalten wollten, sammelten sich auf den Straßen mehrere Arbeiterhaufen mit und ohne Waffen unter dem Rufe: „Es lebe die Reform! Nieder mit dem Ministerium!“ Die Regierung glaubte in ihrer Verblendung dem Aufruhr dadurch Schranken setzen zu können, daß sie die Nationalgarde aufbot; allein die liberalen Bürger stimmten mit dem Rufe der Volksmenge überein. Die Minister nahmen (23. Februar 1848) ihre Entlassung; die Pariser jubelten über den leicht errungenen Sieg und beleuchteten abends ihre Häuser. Das Volk wogte auf den Boulevards auf und ab; ein Haufe Republikaner mit einer roten Fahne machte am Palais Guizots eine feindliche Demonstration. Plötzlich fiel auf unbekannte Art ein Schuß; die vor der Wohnung des ehemaligen Ministers stehende Militärwache hielt sich für bedroht und feuerte unter die dicht gedrängte Menge, welche auseinander stob. Es erhob sich ein Wut- und Rachegeschrei, das sich von Schar zu Schar und von Straße zu Straße fortpflanzte. Alles griff zu den Waffen und arbeitete während der Nacht an Errichtung von Barrikaden. Marschall Bugeaud, Oberbefehlshaber der Garnison und der Nationalgarde, griff mit den Linientruppen die Aufständischen an, erhielt aber am andern Tag von dem König, der vor Schrecken die Besinnung verloren hatte, den Befehl, das Feuer einzustellen. Auf Zudringen der Königin wollte sich Ludwig Philipp an die Spitze der im Tuilerienhofe stehenden Regimenter stellen, wurde aber von ihnen mit Schweigen empfangen, und die Nationalgardisten riefen ihm entgegen: „Es lebe die Reform!“ Erschüttert und ratlos kehrte er in seinen Palast zurück. Als das Volk sich mit tobendem Lärm gegen die Tuilerien heranwälzte, trat unangemeldet der abenteuerliche Redakteur Emil de Girardin in des Königs Zimmer mit den Worten, daß der Thron nicht mehr gerettet werde könne. Ludwig Philipp unterzeichnete (24. Februar) die ihm aufgezwungene Abdankungsurkunde, übertrug die Regentschaft der Herzogin von Orleans für ihren kleinen Sohn,

den Grafen von Paris, und begab sich mit seiner Familie nach England. Die Aufständischen erstürmten die Tuilerien und zerstörten alle Einrichtung. Von hier zogen sie in das Palais Bourbon, das Parlamentsgebäude, wo mehrere Deputierte und die Herzogin von Orleans mit ihren Kindern versammelt waren. Die wütende Menge drang mit Gewehrfeuer und dem Geschrei: „Es lebe die Republik! Nieder mit der Kammer!“ in den Sitzungssaal. In der allgemeinen Verwirrung entkam die Herzogin, und von den Deputierten blieben nur wenige liberale Mitglieder zurück, aus denen eine provisorische Regierung gebildet wurde. Die neuen Regierungsmitglieder, an ihrer Spitze der Dichter Lamartine, begaben sich in das von wüstem Lärm erfüllte Stadthaus, ergänzten sich durch Führer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und riefen die Republik aus, welche von ganz Frankreich ohne Widerstand anerkannt wurde, gleichsam als wenn die Dynastie Orleans nie dagewesen wäre.

Unermeßliche Volkshaufen umringten das Stadthaus und richteten an die neue Regierung die unsinnigsten Forderungen; sie ließen sich jedoch beschwichtigen, als ihnen die Regierung versprach, den Bürgern Arbeit zu verschaffen und den Arbeitern die Ende des Monats fällige Zivilliste auszuzahlen. Da die besitzenden Klassen infolge der Umwälzung ihre Etablissements und Geschäfte schlossen, so errichtete die provisorische Regierung zur Erfüllung ihres Wortes „Nationalwerkstätten“, zu denen sich 80000 bis 100000 Menschen drängten, welche nur nutz- und sinnlose Erdarbeiten gegen einen Tageslohn von zwei Franken machten. Als die Regierung durch Mangel an Geldmitteln gezwungen wurde, Anstalten zur Aufhebung der Nationalwerkstätten zu treffen, bewaffneten sich die Arbeiter und bauten in den Vorstädten (23. Juni 1848) Barrikaden. General Cavaignac, dem von der Nationalversammlung der Oberbefehl über die Armee und die Nationalgarde übergeben wurde, griff sie energisch an. Es entbrannte ein mörderischer Kampf, der sich von Tag zu Tag bis zur grausamsten Wut steigerte. Der edelmütige Erzbischof d'Affre von Paris, welcher vor einer Barrikade Frieden stiften wollte, wurde während der Unterhandlung, als durch einen Zufall das Feuer erneuert wurde, erschossen. Erst nach drei Tagen (27. Juni) wurde der Aufstand bewältigt; es waren auf beiden Seiten 5000 Mann gefallen, 7 Generale getötet und 5 verwundet worden. Cavaignac wurde von der Nationalversammlung zu ihrem Präsidenten gewählt, die Nationalwerkstätten abgeschafft und 15000 Aufständische nach den überseeischen Kolonien Frankreichs deportiert. Bei der Neuwahl der Deputierten wurde in dem napoleonisch gesinnten Viertel von Paris der Prinz Ludwig Napoleon Bonaparte gewählt, welcher vor zwei Jahren verkleidet seinem Gefängnis in Ham entwichen war; er erschien als ein ganz unbedeutender Mann, und die kurze Rede, die er in der Nationalversammlung las, blieb ohne allen

Eindruck. Als die Verfassung der neuen Republik (4. November 1848) festgestellt und der Beschluß gefaßt wurde, daß der Präsident nicht von den Deputierten, sondern unmittelbar von dem Volke gewählt werde, machte ein Mitglied die Versammlung mit scharfem Blick aufmerksam auf die Macht, welche ein Präsident besitze, der von dem ganzen Volke gewählt werde und sich die Abhängigkeit von der Nationalversammlung nicht werde gefallen lassen. Bei der Präsidentenwahl erhielt Ludwig Napoleon 5 430 000 Stimmen und Cavaignac 1 448 000. Für Bonaparte stimmten vor allen die Bauern, welche sich noch lebhaft an den großen Kaiser erinnerten und der Republik wegen der Steuererhöhung zu 45 Prozent grollten, und jene Männer, welche durch die Revolution im Februar von der herrschenden Partei zurückgedrängt worden waren und unter dem anscheinend bedeutungslosen Prinzen wieder an das Staatsruder zu gelangen hofften[1]. Ludwig Napoleon leistete (20. Dezember) den Eid auf die Verfassung und bildete sein erstes Ministerium mit großer Vorsicht aus Männern aller Parteien. Schon in den ersten Regierungshandlungen zeigte es sich, daß der neue Präsident kein Mann von gewöhnlichen Geistesgaben sei und mit tiefer Kenntnis der Personen und Landesverhältnisse nur nach *einem* Ziele steuerte.

Die Pariser Februarrevolution hatte in keinem Lande eine so tief greifende Umwälzung hervorgebracht als in Deutschland. Wie mit einem Schlag erhoben sich die Wogen der Leidenschaften und drangen bis in das entlegenste Dorf. Die Nachricht von dem Sturze des Julikönigtums rief das deutsche Volk zu einem neuen politischen Leben. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts war der niedere und höhere Unterricht in allen Volksschichten verbessert und verbreitet worden. Die Zeitungen und periodischen Schriften wurden vermehrt und vergrößert; die Deutschen, seit den Napoleonischen Kriegen mit der französischen Sprache bewandert, lasen mit regsamem Interesse die französischen Tagesblätter und Parlamentsverhandlungen; die Schriften Ludwig Blancs, Proudhons und Eugen Sues wurden in allen Städten und Orten mit derselben Begierde gelesen wie in Frankreich. Der schnelle Verkehr durch die Eisenbahnen brachte die deutschen Geschäftsleute oft mit den Parisern in Berührung, und sie trugen die revolutionären Grundsätze der Franzosen in ihre Heimat, wo sie von Mund zu Mund gingen. Zuerst stand das kirchlich und politisch unterwühlte Baden auf. In einer großen Volksversammlung zu Mannheim (27. Februar 1848) wurde von der Abgeordnetenkammer und der Regierung ein Deutsches Parlament, Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Ministerverantwortlichkeit und Geschworenengericht gefordert. Ein Haufe Aufständischer zog von Mannheim nach Karlsruhe und setzte die dortige Bevölkerung in Aufruhr. Das Gebäude des auswärtigen Ministeriums

[1] Staatengeschichte, I. Bd., Frankreich von 1814—1852.

wurde in Brand gesteckt und der Großherzog zur Bewilligung der Mannheimer Forderungen gezwungen. Die gleichen Anträge wurden von dem revolutionären Volke in Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Nassau und Württemberg gestellt und zunächst Preßfreiheit und die Ernennung liberaler Minister durchgesetzt. Im Odenwald erhoben sich die Bauern, plünderten die adeligen Schlösser und verbrannten die Urkunden ihrer Feudallasten. Die revolutionäre Bewegung ergoß sich vom Oberrhein bis Hamburg und Bremen; in allen größeren Städten bildeten sich „Märzvereine", und es wurden durch „Sturmpetitionen" liberale Reformen, „Märzerrungenschaften", erwirkt. Selbst der Bundestag in Frankfurt wurde durch die gewaltige Strömung erschüttert und erließ (1. März) an das deutsche Volk eine Ansprache: Deutschland sei auf jene Stufe zu heben, welche ihm unter den Nationen Europas gebühre. Jedem Bundesstaat wurde die Einführung der Preßfreiheit freigestellt, die Farben der deutschen Burschenschaft Schwarz-rot-gold zu Bundesfarben erklärt und die Regierungen (10. März) aufgefordert, Männer, welche das Vertrauen des Volkes besitzen, nach Frankfurt zu schicken, um an der Revision der Bundesverfassung mitzuwirken. Allein bereits hatten gegen 50 liberale Landtagsabgeordnete aus mehreren Staaten, darunter auch einige aus Bayern, in Heidelberg (5. März) die Grundzüge zu einer neuen Reichsverfassung entworfen. Die Entscheidung hing von dem Verlauf ab, den der Aufstand in Wien und Berlin nahm.

In Österreich durchbrachen die Flutwellen der Revolution mit ungeahnter Schnelligkeit alle Schranken und Dämme, welche ihr der Staatskanzler Metternich mit seinem Polizeiregiment gesetzt hatte; es schien eine Zeitlang, als ob sogar der Thron von denselben weggeschwemmt werden würde. Die freisinnige Partei in Österreich richtete ihre Blicke nach Ungarn, wo im Reichstag die aristokratische Partei von der demokratischen unter Führung des Anwaltes und Redakteurs Ludwig Kossuth durch eine leidenschaftliche Sprache verdrängt wurde. Kossuth forderte in den Ständeversammlungen (1847) mit verführerischer Beredsamkeit eine selbständige Stellung für Ungarn und gab höchstens eine Personalunion mit den anderen österreichischen Staaten zu. Die aufrührerischen Reden der ungarischen Oppositionsdeputierten wurden nach Wien geschickt und dort geschäftig verbreitet. Ehe die Stände von Niederösterreich in Wien zur Bewilligung der Steuern eintrafen, überreichten die Liberalen, welche unter den Studenten und Professoren der Universität wie unter den Fabrikarbeitern der Vorstädte mächtige Verbündete erhielten, dem gutmütigen Kaiser Ferdinand I. eine Adresse, in der sie Veröffentlichung des Staatshaushaltes, ein neues Preßgesetz, öffentliches Gerichtsverfahren und eine Konstitution verlangten. Ferdinand empfing sie mit gewohnter Freundlichkeit, übergab die Schrift seinen Ministern und sperrte sich in seinen Gemächern ein, um nicht mehr belästigt zu werden. Als die Stände am

13. März zusammentraten, bewegte sich nach dem Ständehaus zahlreiches Volk, namentlich Arbeiter, an ihrer Spitze die Studenten, welche sich den strengen Disziplinarvorschriften nicht mehr fügen wollten. Über den dicht gedrängten Volksmassen ruhte lange eine dumpfe Stimmung, bis ein Student eine Revolutionsrede vorlas, welche Kossuth im ungarischen Reichstag gegen die kaiserliche Regierung gehalten hatte. Zugleich erscholl der Ruf, daß die Stände im Sitzungsgebäude, „Landhaus“, von Soldaten gefangen gehalten werden. In wilder Hast drangen die Aufständischen in den Sitzungssaal und zertrümmerten alle Gegenstände. Die erschreckten Abgeordneten verließen den Saal mit der Erklärung, daß sie zum Kaiser gehen und ihn zur Erfüllung der Volkswünsche bewegen werden. Während ein Haufe mit den Ständen nach der Hofburg zog, blieben die anderen im „Landhaus“ zurück und wählten aus Studenten einen Revolutionsausschuß.

Erzherzog Albrecht wollte die Aufständischen mit einer Abteilung Soldaten zersprengen; als diese gegen das Landhaus anrückten, wurden sie mit zertrümmerten Möbeln beworfen. Albrecht ließ Feuer geben, wodurch einige Rebellen getötet wurden. Die Nachricht hiervon brachte auch die Bürgerschaft in Aufregung, und ihre Offiziere vereinigten sich mit den Ständen; eine Deputation begab sich zum Kaiser, um von ihm die Absetzung des Fürsten Metternich zu fordern. In der Hofburg herrschte vollständige Ratlosigkeit; der Staatskanzler war lange wie gelähmt, doch willigte er in Preßfreiheit und Versammlung aller Stände. Damit gaben sich die drohenden Volksmassen nicht zufrieden, und ungestüme Deputationen der Stände, Bürgeroffiziere, Studenten und Vereine bestürmten die in der Hofburg versammelten Minister mit den Schlagworten: „Nationalgarde! Konstitution! Abdankung Metternichs“ [1]. Die geistig begabte und rührige Erzherzogin Sophie, eine Schwester des Königs Ludwig von Bayern, welche mit Franz, dem ältesten Bruder des Kaisers Ferdinand, vermählt war, befürchtete, die Dynastie könnte in Österreich ebenso wie in Frankreich gestürzt werden. Da aber ihr Gemahl und ihr ältester Sohn Franz Joseph die nächsten Erben und Nachfolger des kinderlosen Kaisers waren, so drang sie bei Hof und den Ministern darauf, dem Volke eine Konstitution zu geben und den willenlosen Kaiser zur Abdankung zu überreden; allein Metternich und der Erzherzog Ludwig wollt enhiervon nichts hören. Sophie verband sich mit ihrem Schwager, dem durch seine liberale Gesinnung bekannten Erzherzog Johann, und mit den Leitern der niederösterreichischen Stände, um ihre Absicht zu erreichen. Der Staatskanzler verstand sich zwar zu vielen Neuerungen, aber seine eigene Abdankung wollte er sich nicht abnötigen lassen. Als die tobende Menge bis zu den Flügelthüren des Audienzsaales vordrang, legte er sein

[1] Meynert, Geschichte der Ereignisse in der österreichischen Monarchie 1848/49.

Amt nieder. Am andern Tag (14. März 1848) wurden vor dem Zeughaus die Gewehre verteilt, eine Nationalgarde errichtet und in einem kaiserlichen Manifest (15. März) Preßfreiheit und Berufung sämtlicher Provinzialstände zum Entwurfe einer neuen Verfassung verkündet[1]. Auch einer ungarischen Deputation unter Führung Kossuths bewilligte der Kaiser alles, was sie forderte, einen eigenen Vizekönig und ein selbständiges, verantwortliches Ministerium. Bei einer Umfahrt in Wien (18. März) wurde Ferdinand I. eine schwarz-rot-goldene Fahne in die Hand gesteckt und die Pferde seines Wagens von dem freudetrunkenen Volke ausgespannt, während die Linientruppen von der Hofburg abzogen und die neugeschaffene Nationalgarde den Schutz des Kaisertums übernahm.

An demselben Tag, an dem die Wiener sich einem gedankenlosen Jubel hingaben, war in Berlin der Ausbruch einer blutigen Revolution durch eine mutwillige Handlung, ähnlich wie auf den Boulevards in Paris, veranlaßt worden. Das preußische Volk, welches in der innern Politik weit hinter den deutschen Mittel- und Kleinstaaten zurückgeblieben war, hatte die absolute Herrschaft mit stummem Unwillen ertragen. Seit Anfang März (1848) versammelten sich, wie in den größeren Städten Preußens, auch in Berlin täglich unter den Zelten im „Tiergarten" unruhige Menschenmassen und berieten unter Leitung von Literaten und Juden eine Adresse an den König, und der Magistrat trug dem Monarchen in einer Audienz die Wünsche des Volkes vor. Friedrich Wilhelm IV., auf den der Aufstand in Wien einen tiefen Eindruck gemacht hatte, gewährte (14. März) Preßfreiheit, berief auf Anfang April den vereinigten Landtag zur Beratung der konstitutionellen Freiheiten und verhieß eine Umgestaltung des Deutschen Bundes mit einer allgemeinen Wehrverfassung, einer deutschen Flotte, gleichem Maß und Gewicht und Einverleibung Ost- und Westpreußens nebst Posen in den Deutschen Bund. Diesem Programm lag die Absicht zu Grunde, Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen. Als die Berliner (18. März) vor das Schloß zogen, um dem König für seine Zugeständnisse zu danken, fielen unvermutet zwei Schüsse, wahrscheinlich durch das Drängen und Stoßen der wogenden Menschenmenge auf die Truppen, welche aus Vorsicht zur Deckung des Schlosses aufgestellt waren. Sofort schrie man: „Verrat, zu den Waffen!" und wie auf einen Zauberschlag erhoben sich in allen Straßen die schon vorbereiteten Barrikaden. Vergebens strengten sich der König und der Bürgermeister an, das Volk aufzuklären und zu beruhigen. Die Führer der Rebellen schossen auf die Schildwachen und zwangen das Heer zum Kampfe. General von Prittwitz erstürmte nach einem vierundzwanzigstündigen Gefecht

[1] Wachalla, Der österreichische Staatskanzler Klemens Anselm Fürst von Metternich, 61—72. Schmidt Ad., Zeitgenössische Geschichte, 686—704.

fast sämtliche Barrikaden; plötzlich aber erhielt er den königlichen Befehl, das Feuer einzustellen. Zu dieser Schwäche wurde Friedrich Wilhelm durch die Angst seiner Gemahlin Elisabeth in dem vom Schlachtenlärm umtosten Schloß und durch die Berichte seines eben aus Paris angekommenen Gesandten bewogen. Es waren über 200 Aufständische und 18 Soldaten getötet worden. Die Truppen, welche gesiegt hatten, verließen mit verhüllten Fahnen und berechtigter Entrüstung Berlin; der Prinz Wilhelm von Preußen, welcher sich dem Zurückziehen der Truppen widersetzt hatte, entfloh nach England. Der König ernannte liberale Männer zu Ministern, erließ eine Amnestie und durchritt (21. März), mit den deutschen Farben geschmückt und von den Prinzen, Ministern und Generalen begleitet, die Straßen Berlins, voran die Studenten und ein Bürger zu Pferd mit einer Reichsfahne, auf welcher der deutsche Adler gestickt war. Die Kaiserrufe wehrte Friedrich Wilhelm unwillig ab, und eine Proklamation, in der man ihn König der Deutschen nannte, wurde schnell wieder zurückgezogen [1]. Der Gang der Berliner Revolution machte auf Süddeutschland einen übeln Eindruck. Der Umritt des Königs mit den deutschen Farben wurde als Anmaßung bespöttelt und von der reaktionären und demokratischen Partei in München und Stuttgart benützt, um Friedrich Wilhelm unpopulär zu machen.

In Bayern war während der revolutionären Vorgänge in den anderen deutschen Staaten die Gärung aufs höchste gestiegen. Die Stadt Nürnberg richtete an den König eine Adresse, in welcher sie Bewilligung der Mannheimer Reformen und sofortige Berufung der Stände forderte; mit ihr vereinigten sich die meisten Städte Bayerns. Ludwig I. befürchtete, die Stände könnten ihm unter dem Einflusse der revolutionären Strömung zu viele Kronrechte entwinden; er verschob die Eröffnung der Kammern bis Ende Mai, wann sich die Wogen des Aufruhrs gelegt hätten. Dadurch vergrößerte er die Aufregung der Gemüter, und der Haß des Volkes kehrte sich zuerst gegen den Minister von Berks, dem man zutraute, daß er die vertriebene Lola Montez nach München zurückführen werde. Am Abend des 2. März (1848) zogen aufständische Haufen unter entsetzlichem Geheul zu seiner Wohnung in der Damenstiftsstraße und warfen ihm die Fenster ein; sie hätten ihn wahrscheinlich an einer Laterne aufgeknüpft, wenn er nicht zufällig in Urlaub abwesend gewesen wäre. Von da drangen sie zu dem Ministerial- und Polizeigebäude, dem Ständehaus, der Niederlage der königlichen Porzellanmanufaktur von Nymphenburg und dem Regierungsgebäude und zertrümmerten überall die Fenster. Ein Pöbelhaufe fertigte sich eine provisorische Fahne und stürmte in die Neuhauser- und Sendlingerstraße, wo er Barrikaden baute und in einzelnen Häusern, zumeist in der Pschorr-

[1] Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts, VII. Bd.

Bierbrauerei, die Geräte zerschlug, bis er von den aufgebotenen Linientruppen und der Bürgerwehr zersprengt wurde. Am andern Tag (3. März) wurde eine Adresse mit 8000 Unterschriften aus allen Ständen dem König durch eine Deputation überreicht und in derselben Ministerverantwortlichkeit, ein neues Landtagswahlgesetz, Geschworenengerichte, ein Polizeigesetz, Beeidigung des Heeres auf die Verfassung und schleunige Einberufung der Stände verlangt. Der Präsident der Reichsratskammer, Fürst von Leiningen, stellte dem König eindringlich vor, die Petition zu bewilligen. Allein Ludwig I. war zu lange aus Überzeugung Selbstherrscher gewesen, als daß er sich zu liberalen Zugeständnissen bequemen konnte. Die Zumutungen der Münchener Bürgerschaft verletzten das Bewußtsein seiner Souveränität; er verstand sich nur zur Auflösung der Abgeordnetenkammer, Anordnung einer Neuwahl und Beurlaubung des Ministers von Berks, ließ aber im stillen immer mehr Truppen in München zusammenziehen und ernannte den alten Feldmarschall Fürsten Wrede zum Kriegsminister. Die königlichen Zusagen genügten den Münchenern nicht, und am 4. März versammelten sich Männer aus allen Ständen im Rathaus; es wurden kraftvolle Reden gehalten und abermals eine Deputation mit denselben Forderungen an Ludwig geschickt. Diese kam mit dem Bescheide zurück, daß ein Ministerrat gehalten werde und man die Entschließung abwarten solle. Damit ließ sich das erzürnte Volk nicht beschwichtigen; es forderte unter ungestümen Drohungen zeitgemäße Freiheit und deutsche Einheit. Als nachmittags Generalmarsch ertönte, durchbrauste den Rathaussaal der Ruf: „Verrat, zu den Waffen!“ Alles stürzte aus dem Saal nach dem Bürgerzeughaus und erstürmte es. Bewaffnet mit alten Gewehren, Schwertern, Lanzen und Spießen, sammelte sich ein zahlreicher Haufe von Studenten, Künstlern, Arbeitern und Proletariern vor dem Sendlingerthor und ein anderer auf dem Maximiliansplatz. Die Bürger versammelten sich aus Besorgnis einer gefährlichen Revolution wieder im Rathaus, und Deputierte gingen zum König mit der Bitte, die Kammern sogleich einzuberufen; sie wurden lange nicht vorgelassen. Die Minister eilten selbst in die Residenz und kündigten in Verbindung mit den Deputierten Ludwig an, daß Gefahr auf Verzug sei; denn bereits stehe das Volk unter den Waffen. Ludwig ließ sich zu nichts bewegen, sondern tadelte die Bürger ob ihres Erscheinens und befahl auf den Rat Wredes, daß Generalmarsch geschlagen und Geschütze vor der Residenz aufgefahren werden. Nachmittags um 4 Uhr standen sich die Armee und das Volk bewaffnet gegenüber; jeden Augenblick drohte der Ausbruch des Kampfes. Schon wollte Wrede mit Kartätschen unter die aufständischen Massen schießen lassen; die abgeordneten Bürger in der Residenz beschworen im Drange ihrer Gefühle den König auf den Knieen um seiner selbst willen, die Wünsche des Volkes zu bewilligen. Gerührt zog sich Ludwig in seine Gemächer zurück und ließ den

Bürgern durch seinen Bruder Prinzen Karl seinen Entschluß kundgeben, daß er alles genehmigen werde. Die Deputierten führten den durch seinen Edelmut und seine Wohlthätigkeit allgemein geliebten Prinzen in das Rathaus, um den dort versammelten Bürgern die freudige Botschaft zu bringen. Karl ritt eilends in die Pfandhausstraße zu der bewaffneten Menge, welche bereits von Soldaten und Geschützen umstellt war. Wiewohl die Entschließung des Königs schon bekannt war, so gab das Volk sein Mißtrauen erst dann auf, als der Prinz in einer Ansprache sein Ehrenwort verpfändete. Auf sein Zureden lieferten die Münchener in einem fröhlichen Zuge die Waffen in das Zeughaus zurück. Fürst Wrede wurde entlassen, nachdem er nur 36 Stunden das Kriegsministerium verwaltet hatte [1].

Der folgende Tag verlief ziemlich ruhig, und der König berief den Kronprinzen Max nach München zu einem Familienrat. Als am 6. März das 2. Kürassierregiment von Freising zur Verstärkung der Münchener Garnison heranzog, kam in die Einwohnerschaft eine neue Bewegung. Abermals begab sich eine Abordnung ruhig gesinnter Bürger zum König, um vollständige Erhörung der Volkswünsche und um Fernhaltung auswärtiger Truppen zu bitten. Indes trieben sich auf den Straßen mehrere Demagogen mit schwarz-rot-goldenen Bändern unter der Menge herum, forderten die Hausbesitzer zum Aushängen „deutscher Fahnen" auf und drohten mit Ausrufen der deutschen Republik. An demselben Tag, dem 6. März, erließ Ludwig nach langem Widerstreben, auf Zureden seiner Familie und des entlassenen Ministers Berks, eine von sämtlichen Prinzen und Ministern unterzeichnete Proklamation; in dieser bewilligte er alle Forderungen vom 3. März, berief die Stände auf den 16. März nach München, befahl den Besatzungstruppen, den Eid auf die Verfassung zu leisten, und versprach seine thätigste Mitwirkung zur Herstellung einer Einheit Deutschlands und zur Vertretung des deutschen Volkes am Bundestag mit den Worten: „Bayerns König ist stolz darauf, ein deutscher Fürst zu sein." Ein berauschender Jubel erfüllte die Hauptstadt und das ganze Bayerland; jedermann schmückte sich mit weißblauen Bändern und zierte sein Haus mit bayerischen Flaggen. Den Studierenden, Künstlern und Beamten wurde zur Sicherheit des Eigentums und Aufrechthaltung der Ordnung die Bildung von Freicorps gestattet. Die Studenten organisierten aus sich ein eigenes Freicorps mit militärischer Bewaffnung und Auszeichnung, schworen dem König den Eid der Treue und bewährten im Sicherheitsdienst eine rühmliche Thätigkeit. Aus dankbarer Freude über die königliche Proklamation mit den „Märzerrungenschaften" wurde München (13. März) festlich geschmückt und abends dem König bei festlicher Beleuchtung der Stadt eine große Serenade gebracht. Als Ludwig

[1] Bayerns Erhebung a. a. O. 9—13.

nachts durch die illuminierten Straßen fuhr, tönte ihm überall unermeßlicher Jubel entgegen. Allein der revolutionäre Geist war schon zu tief in alle Schichten der Bevölkerung gedrungen; man war mit den verliehenen Freiheiten nicht zufrieden, sondern forderte noch mehr Volksrechte[1]. Die Wogen der politischen Leidenschaft drangen von der Hauptstadt auch in die Provinzen. In Franken standen die Bauern gegen ihre Grundherrschaften auf, um sich von den Feudallasten zu befreien; sie zerstörten einige Schlösser und vernichteten die Steuerregister und Zinsbücher. Mehrere Edelleute und Juden wurden mißhandelt und die jüdischen Kaufhäuser in Kronach und Unterlengenfeld geplündert. Der Adel floh voll Besorgnis um sein Leben in die Städte.

Der König schrak vor den revolutionären Ausbrüchen zurück; er bereute die Proklamation vom 6. März. Den Minister Wallerstein entließ er, weil er ihn im Verdachte hatte, bei dem Aufruhr im Februar im geheimen Umtriebe gemacht und die Briefe des Fürsten Leiningen an ihn veröffentlicht zu haben. Den ergrauten Staatsrat von Zentner ernannte er zum Minister des Äußern und der Justiz und den Bürgermeister in Regensburg, Freiherrn von Thon-Dittmer, den die ganze Presse als Mann des Volkes bezeichnet hatte, berief er nachts durch einen Eilboten nach München und übertrug ihm das damals höchst schwierige Amt eines Ministers des Innern. Wenige Tage nach der Musterung, welche Ludwig über die Bürgerwehr und die Freiwilligencorps unter freudigem Zurufe des Volkes gehalten hatte, wurde die Ruhe durch die Nachricht wieder gestört, daß die spanische Tänzerin nach München zurückgekehrt sei, um ihren frühern Einfluß auf den König von neuem geltend zu machen. Sofort sammelte sich der gereizte Pöbel und durchforschte unter wütendem Lärm mehrere Häuser und das benachbarte Schloß Fürstenried, um der frechen Maitresse habhaft zu werden; allein sie war von der Polizeidirektion in Sicherheit gebracht und aus der Stadt geschafft worden. Voll Ärger hierüber zogen nachts die bewaffneten Tumultuanten zum Polizeigebäude; zu ihnen gesellten sich viele verdächtige Leute und Proletarier, die zur Teilung des Eigentums bereit waren. Sie zerschlugen die Straßenlaternen und erstürmten im Dunkel der Nacht das Polizeigebäude. Die gesamte Einrichtung wurde zertrümmert und alle Akten und Papiere auf die Straße geworfen. Thon-Dittmer, der Minister des Volkes, welcher herbeikam, um Frieden zu gebieten, wurde mit Steinwürfen empfangen und mußte sich in ein anstoßendes Haus flüchten. Die Linientruppen, Bürgerlandwehr und Freicorps stellten die Ordnung wieder her. Das Volk legte jedoch die Waffen erst dann nieder, als die Gräfin von Landsfeld durch einen Erlaß des Königs ihres Heimatsrechtes in Bayern für ver-

[1] Bayerns Erhebung a. a. O. 13—15.

lustig erklärt und steckbrieflich verfolgt wurde. Lola Montez wanderte nach Amerika, wo sie nach wenigen Jahren in den ärmsten Verhältnissen ihr unheilvolles Leben mit innigster Reue in den Armen einer Barmherzigen Schwester schloß.

Am 16. März (1848) versammelten sich die neugewählten Stände in München und wollten dem König durch eine Deputation ihre Wünsche vortragen. Ludwig gewährte ihnen keine Audienz; es grämte ihn, daß ihm die Proklamation vom 6. März abgenötigt worden sei. Die Aufstände und Angriffe auf seine geheiligte Person, die sich ungeachtet der Erfüllung aller Volkswünsche wegen seiner Beziehung zur Lola Montez wiederholten, hatten seinen Starkmut gebrochen. Als der Minister Thon-Dittmer im Drange der Geschäfte wichtige Dekrete eigenmächtig, ohne die erforderliche Genehmigung und Unterschrift des Königs, erließ, wurde Ludwig so schmerzlich verletzt, daß er seine Familie um sich versammelte und den Entschluß aussprach, die Krone zu gunsten seines Sohnes Maximilian niederzulegen und sich in das Privatleben zurückzuziehen. Der Kronprinz und die anderen Familienglieder baten ihn, von seinem Vorhaben abzustehen, jedoch vergeblich. Am andern Tag, dem 20. März, ließ Ludwig in einem Manifest verkünden, daß er auf den Thron verzichtet habe, mit der Begründung: „Eine neue Richtung, eine andere als die in der Verfassung enthaltene, hat begonnen.“ Die Abdankung des Königs wollte das überraschte Volk anfangs nicht glauben, und es klagte sich selbst an, mit seinen Forderungen gegen ihn zu weit gegangen zu sein. Ludwig I. setzte auch nach dem Rücktritte von der Regierung die eifrige Pflege der Künste fort und vollendete mit den ersparten Geldmitteln seine großen Kunstwerke. Wiewohl er von dem Throne herabgestiegen war, so stand er doch als Fürst der Kunst in glänzendem Lichte und genoß das seltene Glück, den Ruhm seiner Kunstschöpfungen zu ernten und sich an dieser Frucht seines Lebens zu erfreuen. Als er nach 12 Jahren (1854) wieder nach Köln kam, wurde er mit einer so prachtreichen Feier empfangen wie kein anderer Monarch in einem fremden Lande; denn er hatte den Ausbau des Kölner Domes angeregt, den Kölner-Dombauverein gegründet und die Kathedrale mit herrlich gemalten Glasfenstern geschmückt. Wenn Ludwig nach Dresden, Wien und Rom kam, wurde er von den Künstlern mit festlichem Jubel begrüßt und geehrt. Den Winter 1867/68 wollte er in dem milden Klima zu Nizza verleben, weil er durch die Anstrengungen einer Reise nach Paris zur Weltindustrieausstellung (1867) erkrankt war; er starb aber in Nizza am 29. Februar 1868 in dem hohen Alter von 82 Jahren. Von seinem Privatvermögen, das er größtenteils auf die Künste verwendet hatte, hinterließ er nur 1½ Millionen Gulden. Die Münchener Bürgerschaft vergaß nie, daß Ludwig I. ihrer Stadt einen über die ganze Erde verbreiteten Ruf verschafft hatte; aus Dankbarkeit errichtete sie ihm auf dem Odeonsplatz

ein ehernes Denkmal, dessen Plan von ihm selbst noch genehmigt worden war. Die Künstler von ganz Deutschland versammelten sich (1868) in München zu einer großen Totenfeier auf dem „Königsplatz", wo unter Choralgesang und tausendfachen Flammen die Büste Ludwigs I. in den Hallen der Glyptothek mit einem Lorbeerkranz gekrönt wurde.

Maximilian II. erkannte bei seinem Regierungsantritte, daß eine Zeit erschienen sei, in der ein Fürst nicht mehr nach den autokratischen Grundsätzen seines Vaters herrschen könne. In einer Proklamation an sein Volk sprach er seine politische Überzeugung in den Worten aus: „Bayern, stehet mir bei in meinem festen Vorhaben, euch auf die Stufe zu erheben, zu welcher ihr als freies Volk berufen seid, ein Achtung gebietender Staat im einigen deutschen Vaterland!" Ebenso freisinnig war die Thronrede abgefaßt, womit er (22. März 1848) die Ständeversammlung eröffnete und welche oft mit begeistertem Zuruf unterbrochen wurde, namentlich die Stelle: „Ich bin stolz, mich einen konstitutionellen König zu nennen." Bei den Schlußworten: „Lassen Sie uns voranleuchten allen deutschen Stämmen! Unser Wahlspruch sei ‚Freiheit und Gesetzmäßigkeit'!" brachen die Stände und das zahlreiche Volk auf den Tribünen und der Galerie in einen Sturm des Beifalls aus. Als die Thronrede mit der Ankündigung einer Amnestie und vieler neuen Gesetzentwürfe bekannt wurde, erfüllte sich ganz Bayern mit Freude und Vertrauen. Die Adresse auf die Thronrede wurde zum ersten Male öffentlich beraten, weil der König selbst in seiner Thronrede die Stände aufgefordert hatte, die Angelegenheiten des Landes mit männlichem Freimut zu besprechen. In der Adresse drückten die Stände ihren freudigsten Dank aus für die Zusicherung einer Amnestie und einer konstitutionellen Regierung, der besten Bürgschaft für das Wohl Bayerns, und verlangten außer den versprochenen Gesetzesreformen Trennung des Gerichtswesens von der Verwaltung, ein Polizeigesetz, Judenemanzipation, die Initiative der Kammern zur Beantragung neuer Gesetze, Abkürzung der Finanzperioden und Verbesserung des Volksunterrichtes. Nach Überreichung der Adresse wurde der vom Minister des Innern und des Kultus von Beisler eingebrachte Gesetzentwurf über eine Vertretung Bayerns beim Deutschen Parlament verhandelt und nach wenigen Änderungen angenommen. Auf eine Initiative der Kammern wollte der Justizminister von Heintz nicht eingehen, weil sie ein Eingriff in die Verfassung sei und leicht mißbraucht werden könne; die anderen Minister aber und der König gaben unter dem Drucke der revolutionären Zeitrichtung ihre Zustimmung. Eine bedeutungsvollere Abänderung der Verfassung war das neue Wahlgesetz, wodurch das bisherige Ständewesen umgestoßen und eine aktive und passive Wahlfähigkeit auf breitester Grundlage festgestellt wurde, damit jeder Bayer an den Staatsangelegenheiten teilnehmen und die Vertreter aus der Mitte des Volkes nach Intelligenz und

Vertrauen wählen könnte. Aktiv wahlfähig oder zur Urwahl berechtigt ist jeder Bayer, der 25 Jahre alt ist, eine direkte Steuer zahlt, den Verfassungseid geleistet hat und nicht wegen eines Verbrechens oder Vergehens zu einer Strafe verurteilt worden war. Der zu wählende Abgeordnete oder passiv wahlbefähigte Staatsbürger muß das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben und eine direkte Steuer entrichten. Auch die Geschäftsordnung der Kammern wurde vollständig umgeschaffen. Jede Kammer leitet sich selbst, übt innerhalb ihres Kreises eine selbständige Polizei und wählt unbeschränkt ihr Direktorium: die Präsidenten und Sekretäre; nur der erste Präsident der Reichsräte wird von dem König ernannt. Die Abgeordneten, welche bisher in den Sitzungen ihre Plätze nach dem Lose eingenommen hatten, können sich beliebig nach politischen Parteien gruppieren [1].

Die Rechte der Kammern wurden noch ausgedehnt durch ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit, gemäß welchem die Minister für jede Entschließung des Königs und für jedes Ministerialreskript, das sie mit ihrem Namen unterzeichnen, die volle Verantwortung gegenüber dem Landtag übernehmen. In dem Falle, daß die Kammer gegen einen Minister wegen Verletzung eines Staatsgesetzes eine förmliche Klage stellt, werden zur Vertretung der Anklage Bevollmächtigte von beiden Kammern gewählt und die Entscheidung einem Staatsgerichtshof übertragen. Dieses Gesetz entbehrt einer sichern Grundlage, weil zur Einleitung des Prozesses die Zustimmung der beiden Kammern erforderlich ist, diese aber sich wegen der gewöhnlichen Verschiedenheit der politischen Richtung schwerlich über eine Ministeranklage einigen werden. Die Gesetzesvorlage über Aufhebung der adeligen Gerichtsbarkeit, des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden, über Ablösung des Zehnten und Abschaffung des Blutzehnten wurde von fast sämtlichen Abgeordneten angenommen, und selbst die 15 adeligen Mitglieder, die durch die Revolution eingeschüchtert worden waren, willigten ein; nur 9 Mitglieder des geistlichen Standes protestierten gegen das Zehntengesetz. Der Zehnte, welchen die römisch-katholische Kirche im Mittelalter bei dem Volke und hernach bei der Staatsgesetzgebung zur Geltung brachte, lastete schwer auf der Landwirtschaft, weil der Landwirt auch Feldfrüchte, die er für sich verwertete, besteuern mußte und von einer intensiven Ackerkultur oder Urbarmachung der Grundstücke entmutigt wurde; beim Garbenzehnten verlor er auch noch einen Teil seines Düngerstrohes. Die Zehentberechtigten büßten durch die Ablösung ein, weil sie die immer mehr an Wert steigende Naturalberechtigung gegen das unsichere Geldkapital, das im fortwährenden Sinken ist, weggeben mußten. Die Aufhebung der Fronden, des Blut- und Kleinzehnten und der Laudemien ohne Entschädigung war keine Reform, sondern

[1] Verhandlungen der bayerischen Ständekammer vom März bis Mai 1848.

eine Revolution und ein großes Unrecht[1]. Das seit 30 Jahren oft wiederholte Verlangen der Stände nach Geschworenengerichten wurde endlich erfüllt. Mit Einführung derselben wurden die Mittel zur Konstatierung der Schuld wieder in die Hände des Volkes durch den Schuldausspruch der Geschworenen zurückgegeben, wie im Mittelalter durch den Ausspruch der Schöffengerichte. Bayern hat das Verdienst, in Deutschland die erste Anregung zur Einführung der Geschworenengerichte gegeben zu haben. Zur Erweiterung der Eisenbahnbauten und zur Ergänzung der Heeresbedürfnisse schlug der Finanzminister, Freiherr von Lerchenfeld, ein freiwilliges Anlehen von sieben Millionen Gulden und eine Kapitalrenten- und Einkommensteuer vor, weil die Erübrigungen aus der letzten Finanzperiode durch belangreiche Ausgaben erschöpft worden waren. Die Abgeordneten gingen nach kurzer Beratung auf die Vorlagen Lerchenfelds ein, und das Anlehen war nach wenigen Tagen infolge des vorzüglichen Staatskredites überzeichnet.

Der allgemeine, durch die Revolution bewirkte Umschwung trat auch in der Kammer der Reichsräte hervor. In ihrer Adresse auf die Thronrede sprachen sie den Wunsch aus, es möchten die Huldigungen, welche dem König bei seinem Regierungsantritte von ganz Bayern dargebracht worden seien, seinem Vater eine Bürgschaft sein, daß das Land niemals die großen Verdienste Ludwigs I. vergessen werde. Die von dem neuen Monarchen verkündeten Regierungsgrundsätze betrachteten sie als Beweis, daß er seine Zeit begriffen habe, und auch sie werden dieselben zu Zielpunkten ihrer parlamentarischen Thätigkeit nehmen. Den nationalen Aufschwung der Deutschen nannten sie das Erwachen zu einem edeln Selbstbewußtsein nach einem langen Schlummer. Zum Belege ihrer liberalen Gesinnung hielten sie ihre Sitzungen öffentlich und stimmten einmütig zum Amnestie- und Preßgesetz, obgleich in dem letztern völlige Freiheit gegeben und ein Strafverfahren gegen Mißbrauch der Presse umgangen war. Die Aufhebung der adeligen Gerichtsbarkeit und des Jagdrechtes wie die Ablösung der Grundlasten wurden von mehreren Mitgliedern als Verfassungsbruch und Verletzung alter Rechte verworfen, jedoch mit 31 gegen 6 Stimmen angenommen. Ebenso erlangten die übrigen Beschlüsse der Abgeordnetenkammer die Zustimmung der Reichsräte. König Max II. bestätigte alle von den beiden Kammern vereinbarten Gesetze, und die Stände erreichten binnen zweien Monaten fast alle Reformen, nach denen sie seit 30 Jahren vergebens gerufen hatten[2]. Nach Schluß des Landtages hob Maximilian zur Befriedigung der Protestanten die Militär- und Ministerialverordnung von 1838 über die Kniebeugung der Truppen und der Bürgerlandwehr bei katholischen Prozessionen auf, bewilligte die

[1] Roscher, System der Volkswirtschaft, Nationalökonomik des Ackerbaues, 4. Aufl., II. Bd., 313—319, 354.

[2] Verhandlung der Kammer der Reichsräte in Bayern 1848.



Gründung von Gustav-Adolfvereinen in Bayern und befahl den Beamten, in paritätischen Orten an politischen Feiertagen dem Gottesdienste ihrer Konfession beizuwohnen. In Erwägung der innern und auswärtigen politischen Zustände wendete er der Verbesserung des Heerwesens, welches unter seinem Vater aus finanzieller Rücksicht hintangesetzt worden war, eine lebhafte Obsorge zu; er verstärkte jedes Infanterieregiment mit einem dritten Bataillon, errichtete ein neues Jägerbataillon und ließ in Unterfranken, bei Donauwörth und Nürnberg ein Armeecorps zusammenziehen. Die Reorganisation des Heeres betrieb der König um so eifriger, als die badische Regierung vom Bundestag bewaffnete Hilfe gegen die Aufständischen verlangt hatte.

Während der bayerischen Landtagsverhandlungen hatte der Bundestag in Frankfurt die Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung ausgeschrieben, und gegen 500 Landtagsabgeordnete aus allen deutschen Staaten hatten sich (31. März 1848) in Frankfurt versammelt, wo sie unter dem Vorsitze des Professors Mittermaier von Heidelberg ausschweifende Beschlüsse faßten über Schleswig-Holstein, eine neue Reichsverfassung, Verbindung Ost- und Westpreußens mit Deutschland zc. Zur Überwachung des Bundestages und Entwerfung einer Verfassung für Deutschland wählten sie einen Ausschuß von 50 Mitgliedern, welche selbständig, ohne Einvernehmung mit den Bundesregierungen, handeln sollten. Die demokratischen Abgeordneten waren mit der Einsetzung des Fünfziger-Ausschusses nicht zufrieden, sondern begaben sich nach Baden, wo ihre Umsturzpläne unter der revolutionären Bevölkerung eine willkommene Aufnahme fanden. Der bedeutungslose Dichter Georg Herwegh, ein Mann von zweifelhaftem Charakter, war aus Paris mit einem Haufen beschäftigungsloser Arbeiter nach Baden gekommen und forderte die Einwohner in einem Manifeste zur Gründung einer Republik auf; er wurde von dem ehrgeizigen Landtagsabgeordneten Friedrich Hecker, dem praktischen Arzt Fickler und Gustav Struve unterstützt. In Konstanz entfalteten die Rebellen unter Leitung Heckers die Revolutionsfahne, riefen die Rupublik aus und setzten im badischen Seekreise eine demokratische Regierung ein. Der Großherzog, welcher der Treue seiner Truppen nicht sicher war, rief den Beistand des Bundes an. Auf Beschluß des Bundestages rückte ein hessen-darmstädtisches Corps unter dem General Friedrich von Gagern im Norden Badens ein, während ein bayerisches Corps von Lindau aus und ein württembergisches durch den Schwarzwald gegen den Seekreis zogen. Bei Kandern traf Gagern (19. April 1848) die von Hecker befehligten Freischaren; in edler Gesinnung wollte er das Blutvergießen vermeiden und ritt zu den Freischärlern, um sie zur Niederlegung der Waffen zu bewegen; seine Rede blieb wirkungslos. Als er zu den Seinen zurückritt, wurde er von den ruchlosen Verrätern meuchlings erschossen. Wütend stürzten sich die Hessen auf die Republikaner und zersprengten sie nach einem einstündigen

Gefecht; nach wenigen Tagen besetzten sie Freiburg, wo die Aufständischen sich verschanzt hatten. Der Poet Herwegh, welcher mit ungefähr 1000 Freischärlern bei dem Dorfe Dossenbach Stellung genommen hatte, griff die nur eine halbe Kompagnie starke Vorhut der Württemberger (27. April) an, wurde aber schmählich zurückgeschlagen. Das württembergische Gros zerstäubte durch eine einzige Salve das ganze Freischarencorps. Zugleich säuberten die Bayern das Land von allen revolutionären Ansammlungen und besetzten die Stadt Mannheim. Die Führer des Aufstandes, welche das Volk mit hohler Prahlerei aufgehetzt und die Staatsgelder gestohlen hatten, entflohen ins Ausland[1]. Das feige Verhalten der badischen Freischaren machte eine deutsche Republik schon in ihren ersten Anfängen lächerlich.

Während am Rhein die Revolution niedergeworfen wurde, entbrannte an der Eider ein blutiger Krieg zwischen den Deutschen und den Dänen. Die seit lange äußerst gespannte Lage in Schleswig-Holstein war durch die fieberhafte Aufregung, die im März ganz Deutschland ergriffen hatte, zu einer entscheidenden Wendung gebracht worden. Die Stände der beiden Herzogtümer verlangten in einer Versammlung zu Rendsburg (18. März 1848) von ihrem Herzog, König Friedrich VII. von Dänemark, nicht nur die Mannheimer Volksrechte, sondern auch eine gemeinsame Verfassung für Schleswig-Holstein und Eintritt Schleswigs in den Deutschen Bund. Der König erwiderte ihnen, er werde den Holsteinern ihre Wünsche erfüllen, aber Schleswig dem dänischen Staate einverleiben. Das Volk in Kopenhagen sammelte sich vor der königlichen Residenz (22. März) und forderte Ausdehnung des Gesamtstaates bis zur Eider, welche die Grenze zwischen Schleswig und Holstein bildete. Die deutsche Partei in den Elbherzogtümern setzte in Kiel (24. März) eine provisorische Regierung ein und verstärkte die Festung Rendsburg. Die Truppen gingen zur neuen Regierung über; die Bauern bewaffneten sich für die Unabhängigkeit ihres Landes, und aus allen deutschen Gegenden eilten Freiwillige, namentlich von der demokratischen Partei, nach der bedrohten Eidergrenze. Aus Bayern stellten sich auf Wunsch des Königs Max II. mehrere Offiziere, unter ihnen von der Tann, Altoffer, Graf von Bothmer, Freiherr von Gumppenberg, an die Spitze der deutschen Freischaren. Der Bundestag in Frankfurt erkannte die provisorische Regierung in Schleswig-Holstein an, nahm einen Vertreter der Herzogtümer in seiner Mitte auf und beauftragte die Könige von Preußen und Hannover und den Herzog von Braunschweig, diese Länder gegen Dänemark in Schutz zu nehmen. Ehe die deutschen Streitkräfte in einer widerstandsfähigen Zahl zusammengezogen waren, rückten die Dänen mit überlegener Macht nach Flensburg und zersprengten die schleswig-holsteinischen Truppen (9. April)

[1] Reschauer, Das Jahr 1848, Wien 1870.

bei Bau nördlich von Flensburg nach tapferstem Widerstand; das Corps der Kieler Studenten und Turner wurde teils aufgerieben, teils gefangen; der Rest flüchtete sich hinter die Schlei. Die Preußen marschierten unter dem General von Wrangel gegen die Stadt Schleswig, erstürmten (23. April) das Danewerk und schlugen die dänische Armee bei Schleswig in die Flucht; am andern Tag siegten die Hannoveraner bei Översee. Die Dänen gingen nach Jütland und der Insel Alsen zurück, blockierten mit ihren Kriegsschiffen die deutschen Häfen und nahmen über hundert Handelsschiffe weg, wodurch die deutschen Kaufleute einen Schaden von 50 Millionen Thalern erlitten. Wrangel marschierte bei Kolding in Jütland ein und forderte zur Schadloshaltung eine Kriegssteuer von 2 Millionen. Durch die militärischen Fortschritte der Deutschen in Dänemark fühlte sich Schweden bedroht, und der mit dem Kopenhagener Hofe verwandte Kaiser Nikolaus von Rußland ärgerte sich über die demokratische Erhebung der Elbherzogtümer und eine Erstarkung Deutschlands in der Nord- und Ostsee. England, welches aus maritimer Eifersucht ein Vordringen der Deutschen in der Nordsee ungerne sah, wollte vermitteln. Der Deutsche Bund gab dem General Wrangel den Befehl, sich aus Jütland zurückzuziehen, um eine europäische Verwicklung zu vermeiden. Die Dänen fielen von Alsen aus in Schleswig ein; Wrangel wollte ihnen mit dem gesamten deutschen Heere den Rückzug abschneiden und griff sie in ihren Schanzen bei Düppel an. Nach einem siebenstündigen Gefecht zogen sich die Dänen nach Sonderburg zurück. Schon wurde das 3., 8. und 9. deutsche Bundescorps zu einer energischen Kriegführung gegen Dänemark aufgeboten, als das Berliner Kabinett dem Drucke des Zaren nachgab und am 26. August 1848 durch Vermittlung des Stockholmer Hofes in Malmoe im Namen Deutschlands mit Dänemark einen Waffenstillstand auf sieben Monate abschloß. Die Blockade wurde aufgehoben, die gekaperten Schiffe der Deutschen freigegeben und Schleswig-Holstein von den deutschen und dänischen Truppen geräumt [1].

Der Malmoer Stillstand erregte in Deutschland heftigen Unwillen, zumeist im Deutschen Parlament, welches nach Einverständnis zwischen dem Bundestag und dem „Fünfziger-Ausschuß" am 18. Mai 1848 zu Frankfurt in der Paulskirche unter allgemeiner Begeisterung der Einwohner und festlichem Jubel eröffnet worden war. Die aus 586 Abgeordneten bestehende Versammlung war größtenteils aus Männern von hoher geistiger Bildung und besonnener, gemäßigter Politik, über 100 Professoren und Literaten, vielen Juristen und Geistlichen, mehreren Generalen und Verwaltungsbeamten zusammengesetzt; der Kaufleute und Fabrikanten waren es wenige. Die politischen Gegensätze waren anfänglich noch verhüllt; die meisten bayerischen

[1] Winterfeld, Der schleswig-holsteinische Krieg 1864, I. Bd., 10—18.

Deputierten waren konstitutionell-monarchisch gesinnt. In konfessioneller Beziehung that sich eine energische und eifrige Partei der Katholiken hervor; die protestantische Kirche war gering, das Freimaurertum aber stark vertreten. Der Antrag des Bischofs von Münster, die Sitzungen mit einem Gebete zu eröffnen, wurde abgewiesen. Der darmstädtische Minister, Heinrich von Gagern, Bruder des von den badischen Revolutionären getöteten Generals, wurde mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Die wichtigste Aufgabe, welche dem Parlament zufiel, war der Aufbau einer Reichsverfassung, und je länger hierüber verhandelt wurde, desto größere Schwierigkeiten ergaben sich, weil die Nationalversammlung wie der „Fünfziger-Ausschuß" den entscheidenden Fehler beging, die Reichsverfassung ohne die regierenden Fürsten, die doch auch einen gewichtigen Faktor der Nation bildeten, zu entwerfen und sich dadurch auf den Standpunkt der Volkssouveränität zu stellen. Der Mißgriff war um so größer, als das Parlament zur Behauptung seiner Souveränität keine Militärmacht besaß und die Fürsten allein über ihre Truppen verfügten; diese hatten in die Berufung des Parlaments gewilligt, weil ihnen die Revolution über den Kopf gewachsen war; sie hatten die geheime Absicht, es nur so lange zu beachten, bis sie zur Bewältigung des Umsturzes erstarkt waren. Mit Umgehung des Bundestages wurde nach langen Erörterungen und mit glänzenden Reden eine „Zentralgewalt" geschaffen und auf Vorschlag des Präsidenten von Gagern der sechsundsechzigjährige Erzherzog Johann von Österreich, der seit dem Kölner Trinkspruch (1842) und seiner Verheiratung mit einer Bürgerstochter in Deutschland eine große Popularität erlangt hatte, (27. Juni) mit 436 Stimmen gegen 84 zum „Reichsverweser" gewählt. Bei seiner Ankunft in Frankfurt (11. Juli) übertrug ihm der Bundestag seine ganze Gewalt und löste sich (13. Juli) auf. Die deutschen Fürsten waren mit einer Reichsverweserschaft zufrieden; denn dadurch konnten sie Zeit gewinnen, zu erstarken und die Nationalsouveränität, die sich über sie erhoben hatte, zu stürzen. Der Reichsverweser ernannte den listigen bisherigen österreichischen Bundestagsgesandten Ritter von Schmerling zum Minister des Auswärtigen, den preußischen General von Peucker zum Kriegsminister und den jüdischen Advokaten Heckscher von Hamburg zum Justizminister. Nach Auflösung des Bundestages wurden auch die übrigen Reichsministerien besetzt und an die Spitze derselben der Fürst von Leiningen, ein Halbbruder der Königin Viktoria von England, gestellt[1].

Nach kurzer Dauer zeigte sich die Ohnmacht der neuen Reichsregierung. Ihre Gesandten wurden an den größeren Höfen Europas gar nicht anerkannt,

[1] **Klüpfel**, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung von 1848—1871, I. Bd.

und als der Reichskriegsminister Peucker den Befehl erließ, daß (6. August 1848) die Bundestruppen dem Erzherzog bei einer feierlichen Parade huldigen sollten, verweigerten es Österreich, Preußen und Bayern, und in den anderen Staaten wurde bei der Huldigung neben dem „Vivat" auf den Reichsverweser ein lebhafteres „Hoch" auf den Landesfürsten ausgebracht. Da das Parlament keine Macht besaß, die drei größeren Staaten zur Huldigung zu zwingen, so wurde zunächst die Zeit mit Beratung der „Deutschen Grundrechte", der Freiheiten des deutschen Volkes, verbraucht, bis der unerwartete Abschluß des Malmoer Stillstandes eine Unterbrechung herbeiführte. Dänemark machte das wichtige Zugeständnis, daß Schleswig und Holstein eine gemeinsame Regierung erhalten sollten, welche teils von dem Deutschen Bunde, teils von dem dänischen König eingesetzt werden würde. Dieser Antrag wurde von der Frankfurter Nationalversammlung aus kurzsichtigem Übermut (5. September) mit 238 Stimmen gegen 221 verworfen und 6 Millionen Thaler zur Errichtung einer deutschen Flotte bewilligt, um Dänemark auch zur See angreifen zu können. In ganz Deutschland wurde in allen Orten für die „Deutsche Flotte" gebettelt; allein diese Summen waren zu dem großen Unternehmen unzulänglich. Wegen des letzten Parlamentsbeschlusses nahmen die Reichsminister ihre Entlassung, und als Professor Dahlmann im Auftrage des Reichsverwesers ein neues Ministerium bilden wollte, brachte er keines zu stande. Nach zehn Tagen bekehrte man sich in der Paulskirche zur Annahme des Waffenstillstandes. Durch diese schnelle Abänderung des früheren Beschlusses brachte sich die Nationalversammlung um ihr Ansehen, und die Demokraten, namentlich in Mittel- und Süddeutschland, benützten diesen Umschlag, um in der Presse und Versammlungen die Mehrheit des Parlaments mit Schimpf und Schande zu überhäufen. Die Linke des Parlaments war unausgesetzt thätig, die Absicht der gemäßigten Mitglieder und das ganze Reformwerk zu vereiteln und bezahlte den zuchtlosen Pöbel, um auf den Galerien der Paulskirche eine ruhige Beratung, wie sie der Vertretung einer großen Nation geziemt hätte, durch Schreien und Toben zu verhindern. In einer großen Volksversammlung auf der „Pfingstweide" bei Frankfurt hetzten die Führer der Demokraten und umsturzsüchtige Mitglieder der Linken den Pöbel auf, das verachtete Parlament zu sprengen und die deutschen Throne umzustürzen. Als am andern Tag (18. September) aufgestachelte Pöbelhaufen Barrikaden bauten, zogen auf Ansuchen des Frankfurter Magistrates preußische Truppen von der Bundesfestung Mainz in die Reichsstadt. Es entbrannte ein heftiger Straßenkampf, und zwei Mitglieder des Parlaments, der junge und geistvolle Fürst Lichnowsky und der preußische General von Auerswald, welche den Preußen entgegengeritten waren, wurden von einem Haufen der Aufständischen in den Gärten am Eschenheimer Thore überfallen und auf eine

grausame Weise ermordet. Erst um Mitternacht bemächtigte sich die Armee der Barrikaden, und die Rebellen entflohen. Auch an anderen Orten, wie in Sigmaringen, Baden und Württemberg, machten die Demokraten zu gleicher Zeit Aufstandsversuche, wurden jedoch überall durch die Regierungstruppen zersprengt. Der Reichsverweser hob alle politischen Vereine in Frankfurt auf, verkündete den Belagerungszustand und setzte die vorigen Reichsminister wieder in ihre Ämter ein. Die Hoffnungen, welche man auf das Deutsche Parlament gesetzt hatte, und die nationale Begeisterung für ein einiges Deutschland schwanden immer mehr, und die besitzenden und gewerbtreibenden Klassen sehnten sich lebhaft nach Ruhe[1]. In der Paulskirche und sonst in weiten Kreisen kam man zur Überzeugung, daß Deutschland vor allem gegen eine Demokratenherrschaft geschützt werden müsse und die Entscheidung über eine neue Reichsverfassung von Österreich und Preußen abhänge.

Die Märzrevolution in Wien hatte auch in Prag einen Aufstand entzündet, und die tschechische Partei forderte ein selbständiges Königreich. Zugleich erhob sich Lombardo-Venetien gegen die kaiserliche Regierung und verband sich mit Piemont, welches schon längst zu einem Kriege gegen Österreich gerüstet war. Der ganze österreichische Staat war in eine Reihe von revolutionären Vulkanen verwandelt; fast niemand glaubte mehr ernstlich an eine Rettung des Kaiserreiches. In Wien war (25. April 1848) die neue Verfassung mit den weitgehendsten Freiheiten und „Errungenschaften" proklamiert, alle österreichischen Länder, bis auf Ungarn und Italien, zu einer untrennbaren konstitutionellen Monarchie vereinigt und allen Volksstämmen die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet worden. Den Ausschußmitgliedern der Nationalgarde und der Studentenschaft erschien die Verfassung nicht freisinnig genug, und sie forderten unter bedenklichen Drohungen eine konstituierende Versammlung, Einkammersystem, Wahlrecht ohne Census und Entfernung der Linientruppen aus Wien. Der rat- und hilflose Minister des Innern, von Pillersdorf, willigte in alles; der Kaiser entfloh heimlich mit seiner Familie nach Innsbruck, wo er von den treuen Tirolern mit lauter und aufrichtiger Freude aufgenommen wurde. Die Stimmung des konstituierenden Reichstages war beruhigt, und Ferdinand I. kehrte auf Bitte einer Reichstagsdeputation wieder nach Wien zurück; hierzu trugen vornehmlich die Nachrichten aus Italien bei. Der greise Feldmarschall Radetzky erfocht über die Piemontesen unter ihrem König Karl Albert und die lombardischen Insurgenten unter Garibaldi und Mazzini bei Custozza (25. Juli 1848) einen glänzenden Sieg und zog triumphierend in Mailand ein. Die Sarden baten um Waffenstillstand, den Radetzky um so lieber gewährte, als er nur eine kleine Armee besaß, und der Wiener Hof war

[1] Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts, VII. Bd.

zufrieden, das Verlorene zurückerobert zu haben; dennoch blieben Böhmen und Ungarn im vollen Aufstand. In Prag wollte die tschechische Partei aus Haß gegen das Deutschtum aus Böhmen, Mähren und Schlesien ein slavisches Reich gründen; allein auf einem Slavenkongreß ergab sich eine solche Sprachenverwirrung, daß man sich zur gegenseitigen Verständigung der deutschen Sprache bedienen mußte. Auf die Nachricht von der Flucht des Kaisers nach Innsbruck setzten die Tschechen in Prag eine provisorische Regierung ein und griffen (12. Juni) die kaiserliche Besatzung an. Der Stadtkommandant, Fürst Windischgrätz, führte nach einem dreitägigen unentschiedenen Straßenkampf seine Truppen aus der Stadt auf die umliegenden Anhöhen, von wo er durch eine heftige Beschießung die Aufständischen überwältigte und die Ordnung wiederherstellte. Die Regierung verfuhr gegen die Rebellen mit gemäßigter Strafe, um mit den Slaven in Kroatien und der Militärgrenze die Revolution in Ungarn niederzuwerfen.

Die Magyaren hatten seit Einführung ihrer neuen Verfassung alle Regierungsgewalt an sich gerissen und behandelten die Slaven mit verletzendem Hochmut, was diese nicht für immer zu ertragen gesonnen waren. Der Advokat Kossuth, welcher mit leidenschaftlicher Beredsamkeit den ganzen Reichstag beherrschte, stellte den Antrag, daß die in Italien stehenden ungarischen Regimenter zurückgerufen werden, weil ein Sieg Österreichs in Italien die Freiheit Ungarns gefährde. Eine Deputation, welche in Wien die Rückkehr aller ungarischen Regimenter in ihre Heimat und die Verlegung des kaiserlichen Hoflagers nach Pest forderte, wurde zurückgewiesen und dem Banus Jellachich von Kroatien befohlen, mit seinem Heere in Ungarn einzurücken. Die Magyaren hatten an den Wienern thätige Verbündete, denn diese waren mit Recht besorgt, daß die „Märzerrungenschaften“ verloren gehen, sobald der Aufstand in Ungarn unterdrückt sei. Als der Kriegsminister Latour dem Banus die in Wien garnisonierenden Regimenter zur Verstärkung schickte, kam es (6. Oktober 1848) zu einem blutigen Straßenkampf; Latour wurde von dem wütenden Pöbel aufgegriffen und auf kannibalische Weise ermordet. Die Besatzungstruppen zogen von Wien ab, und die Rebellen warfen sich zu Herren der Stadt auf; auch der Kaiser verließ das Schloß Schönbrunn und begab sich nach Olmütz. Der Banus von Kroatien, welcher den Ungarn bei Preßburg eine Schlacht liefern wollte, brach auf Befehl der kaiserlichen Regierung gegen Wien auf, wodurch die Magyaren von ihrem Gegner befreit wurden. Die Wiener Besatzung unter dem General Auersperg vereinigte sich mit Jellachich. Auch Fürst Windischgrätz, welcher zum Oberbefehlshaber der österreichischen Armee ernannt worden war, zog aus Mähren zur Verstärkung heran. Nach einem siebentägigen mörderischen Gefecht bemächtigte sich Windischgrätz (31. Oktober) der Stadt. Ein ungarisches Corps, das den Wienern zu Hilfe kommen wollte, wurde

vom Banus in der Nähe Wiens in die Flucht geschlagen. Windischgrätz verfügte barbarische Strafen gegen die Aufständischen und schaltete in der Stadt mit eiserner Hand; selbst den Abgeordneten des Deutschen Parlaments, Robert Blum, der nach Wien zur Ermutigung der Rebellen gekommen war, ließ er (9. November 1848) erschießen[1]. Es wurde (27. November) ein neues Ministerium ernannt und an dessen Spitze der Fürst Felix Schwarzenberg gestellt, welcher sich die Herstellung einer kräftigen Zentralgewalt, die Unterdrückung der Revolution in Ungarn und die Erhaltung der Integrität der gesamten österreichischen Monarchie zum Ziele setzte. Dem Reichstag, welcher (22. November) von Wien nach dem mährischen Städtchen Kremsier verlegt worden war, kündigte der neue Ministerpräsident das höchst wichtige Ereignis an, daß der Kaiser Ferdinand am 2. Dezember 1848 zu gunsten seines ältesten Bruders Franz Karl abgedankt habe. Dieser verzichtete auf die Nachfolge, und sein achtzehnjähriger Sohn Franz Joseph I. bestieg den österreichischen Thron; hiermit hatte die Erzherzogin Sophie ihren Plan durchgeführt[2]. Schwarzenberg behauptete auch in Deutschland thatkräftig die Machtstellung Österreichs, welche durch die preußische Partei in und außer dem Frankfurter Parlament gefährdet wurde.

In der Paulskirche hatte sich die Nationalversammlung nach Unterdrückung des Septemberaufstandes mit dem Verfassungsentwurf und den „Grundrechten des deutschen Volkes“ beschäftigt. Die Grundrechte waren den Menschenrechten der französischen Revolution von 1789 nachgebildet und bestimmten die Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetze, Abschaffung aller Standesvorrechte, allgemeine Wehrpflicht, Berechtigung jedermanns, Waffen zu tragen, Freizügigkeit, Preß- und Lehrfreiheit, Gleichstellung aller Konfessionen, Trennung der Schule von der Kirche und Abschaffung der Todesstrafe und aller Feudallasten. Bei Verhandlung der Kirchenfragen erhoben sich geistig begabte katholische Männer, welche in bedeutungsvollen Reden auch für ihre Kirche Freiheit verlangten. Die deutschen Bischöfe versammelten sich unter dem Vorsitze des Kardinal-Erzbischofs von Salzburg, Fürsten Friedrich von Schwarzenberg, (22. Oktober 1848) in Würzburg und veröffentlichten ihre Beschlüsse in einer Denkschrift, in der sie den Besitz und die Verwaltung des Kirchengutes, die Leitung der Priestererziehung und des Volksunterrichtes, die Jurisdiktion geistlicher Genossenschaften und den freien Verkehr mit Rom als alte, unveräußerliche Rechte der Kirche zurückforderten. Zu ähnlichem Zwecke trafen Abgeordnete der protestantischen Geistlichkeit in Wittenberg und die strengen Lutheraner in Leipzig zusammen. Die „Zentralgewalt“ in Frankfurt verlangte von den Bundesstaaten, daß

[1] Helfert, Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes 1848, I. Bd.

[2] Berger, Felix Fürst zu Schwarzenberg, 223—413.

sie die Grundrechte mit Gesetzeskraft veröffentlichen. Allein sie wurden von Bayern, Österreich, Preußen, Sachsen und Hannover zurückgewiesen; die meisten anderen Staaten verkündeten sie unter dem Einfluß der aufgeregten Bevölkerung. Schwieriger als die Ausarbeitung der Grundrechte war die Beratung und Vollendung der Verfassung. Nach derselben vertrat die Reichsgewalt ausschließlich Deutschland und die einzelnen Staaten im Ausland, verfügte über die ganze deutsche Streitmacht, ernannte die Konsuln, Gesandten und Generale und verwaltete das gesamte Post-, Münz- und Zollwesen, die Eisenbahnen ꝛc. Der wichtigste, von den preußisch gesinnten Parlamentsmitgliedern durchgebrachte Artikel war, daß kein Gebiet des Deutschen Reiches mit einem nichtdeutschen Lande zu einem Staate vereinigt werden dürfe; dadurch würde Österreich, trotz seiner acht Millionen Deutschen, aus Deutschland ausgeschieden werden und die Reichsgewalt an Preußen gelangen, ungeachtet der in diesem Lande wohnenden zwei Millionen Slaven und Polen. Den Ausschluß Österreichs und die Gründung eines preußischen Deutschland betrieb am eifrigsten der frühere Präsident des Parlaments, Heinrich von Gagern, welcher nach dem Rücktritt Schmerlings den Vorsitz im Reichsministerium übernahm. Gagern legte der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über eine Konstituierung Deutschlands als eines Bundesstaates ohne Österreich vor. Die Verhandlungen hierüber steigerten seine und der preußischen Partei Hoffnungen, denn der Paragraph, nach welchem die Würde eines Reichsoberhauptes in erblicher Eigenschaft einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen werden sollte, wurde mit 258 Stimmen gegen 211 und der andere, gemäß dem dieses Oberhaupt den Titel „Kaiser der Deutschen“ führen sollte, mit 214 Stimmen gegen 205 angenommen. Der österreichische Ministerpräsident erklärte der „Zentralgewalt“ in Frankfurt in einer scharfen Note, daß Österreich seine Stellung als Bundesmacht nicht aufgeben werde und die deutsche Verfassungsfrage nur durch eine Verständigung mit den deutschen Regierungen, „unter denen die kaiserliche den ersten Platz einnehme“, gelöst werden könne. Auf seine Seite traten der Reichsverweser Johann, die österreichischen, bayerischen und die meisten süddeutschen Parlamentsmitglieder, sowie die Demokraten, welche das Heil nur von einem neuen Ausbruch der Revolution erwarteten. Württemberg, Sachsen und Hannover protestierten gegen ein preußisches Kaisertum, und in Bayern verwarfen Regierung und Volk mit Entrüstung ein Aufgehen ihres Landes in Preußen. Die Bayern waren gegen die Preußen erzürnt wegen ihrer matten Kriegführung in Schleswig-Holstein und wegen des Malmoer Stillstandes. König Max II. hatte sich in der Lösung der deutschen Frage die Einigung Deutschlands zu einem kräftigen Reich, die Vertretung des deutschen Volkes in einem Parlament und die Konstituierung einer Zentralgewalt zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zum Grundsatze gemacht; er dachte aber nicht

daran, die Selbständigkeit seines Landes aufzugeben. Nur der Großherzog Leopold von Baden und einige andere kleinere Fürsten zeigten sich geneigt, sich einem erblichen Reichsoberhaupte zu unterwerfen. Als der Kaiser von Österreich alle seine Länder, auch Ungarn und Lombardo-Venetien, zu einer unteilbaren Monarchie erklärte und damit den Eintritt seines Gesamtreiches in den Deutschen Bund andeutete, drängte die preußische Partei im Deutschen Parlament zur Vollendung des Verfassungswerkes, und am 28. März 1849 wurde der König von Preußen mit 290 Stimmen gegen 248 zum erblichen Kaiser gewählt[1].

In Preußen war indes die innere Ruhe zuerst durch die Polen in Posen gestört worden, welche den König mit einer nationalen Organisierung ihres Großherzogtums bestürmten; ein Aufstand derselben unter Mieroslawski wurde (7. und 13. Mai 1848) ohne Anstrengung niedergeschlagen. Die Regierung hoffte, daß die konstituierende Nationalversammlung, welche fast zu gleicher Zeit mit dem Frankfurter Parlament einberufen worden war, alle politischen Parteien in Preußen befriedigen werde; allein in derselben erlangte die demokratische Partei das Übergewicht. Infolge der allgemeinen revolutionären Bewegung stockten Handel, Verkehr und Industrie. Die Arbeiter in Berlin, welche durch eingewanderte Proletarier verstärkt wurden, forderten vom Handelsminister Erwerb und machten wiederholten Aufruhr. Es wechselte ein Ministerium mit dem andern; jedem mangelte ein fester Plan und eine klar bewußte Politik. Die Demokratenpartei vergrößerte sich und suchte alle Macht an sich zu reißen. Als endlich die konservativen und monarchisch gesinnten Klassen der demokratischen Umtriebe müde wurden und nach einer starken Regierung verlangten, ernannte Friedrich Wilhelm IV. den mutigen Grafen von Brandenburg zum Ministerpräsidenten und vertagte (8. November 1848) die Nationalversammlung. Die demokratische Mehrheit beschloß, die Sitzungen fortzusetzen, und forderte das Volk auf, dem neuen Ministerium die Steuern zu verweigern, weil es zur Vertagung einer konstituierenden Versammlung nicht berechtigt gewesen sei. Der König befahl dem General von Wrangel, Berlin mit einem starken Truppencorps zu besetzen, löste die Bürgerwehr und Nationalversammlung auf und gab (5. Dezember) aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfassung mit zwei Kammern. Nach Eröffnung des neuen Landtags erschienen aus Frankfurt Parlamentsdeputierte mit dem Präsidenten Simson an der Spitze in Berlin, um den König über seine Wahl zum Deutschen Kaiser in Kenntnis zu setzen. Friedrich Wilhelm lehnte es (2. April 1849) ab, weil er die Wahl von einer Revolution, wie er die Versammlung in der Paulskirche bezeichnete, nicht annehmen

[1] Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung von 1848—1871, I, 81—220.

und über die deutsche Reichsverfassung nur im Einvernehmen mit den deutschen Bundesfürsten verhandeln wollte. Einen offenen Kampf für die neue Kaiserkrone hätte er damals nicht zu befürchten gehabt, weil in Ungarn der Revolutionskrieg einen für Österreich ungünstigen Verlauf nahm.

Die Ungarn erklärten auf einem Reichstag in Pest die Thronentsagung Ferdinands I. für ungiltig und verweigerten die Anerkennung Franz Josephs, weil über den ungarischen Königsthron ohne Zustimmung der Nation nicht verfügt werden könnte. Fürst Windischgrätz und Banus Jellachich führten ihre Heere auf kaiserlichen Befehl nach Ungarn, erlitten aber durch ihre Unfähigkeit von den Honvedscharen, welche der revolutionäre Kriegsminister Klapka mit Geschick organisierte, eine Niederlage nach der andern. Als die Österreicher sich bis an die Grenze zurückzogen, erklärte der Reichstag in Pest (14. April 1848) auf Antrag Kossuths die habsburgisch-lothringische Dynastie der ungarischen Krone für verlustig und proklamierte die Republik mit dem Diktator Kossuth. Der Ministerpräsident Schwarzenberg rief die militärische Hilfe Rußlands an, welche ihm Kaiser Nikolaus I. bereitwilligst angeboten hatte, weil die Flammen der Revolution auch Polen zu ergreifen drohten[1]. Eine russische Armee zog unter dem General Lüders in Siebenbürgen ein, und eine andere unter dem Feldmarschall Paskewitsch marschierte durch die Karpathenpässe nach Ungarn, wo sie sich mit dem österreichischen Heere unter dem grausamen General Haynau vereinigte. Der englische Premierminister, Lord Palmerston, der überall auf dem Kontinent zu Revolution und Krieg hetzte, bestürmte in Verbindung mit Kossuth den König Karl Albert von Sardinien, den Feldmarschall Radetzky nochmals anzugreifen, um den Ungarn gegen die Russen und Österreicher Luft zu machen. Karl Albert ließ sich hierzu verleiten, erlitt aber durch die Österreicher bei Mortara und Novara (23. März 1849) trotz der Überzahl seiner Streitkräfte eine so entscheidende Niederlage, daß er seine Krone ablegte und beschämt nach Portugal entfloh, wo er bald darauf starb. Sein Sohn Viktor Emanuel II. schloß mit Radetzky Stillstand und (6. August) in Mailand Frieden, kraft dessen die Grenzen des Wiener Kongresses wiederhergestellt und Piemont zu einer Kriegskostenentschädigung von 75 Millionen Lire verpflichtet wurde. Bald darauf (22. August) ergab sich auch die Stadt Venedig nach langem und hartnäckigem Widerstand an die Österreicher, welche mit seltener Tapferkeit und Ausdauer gefochten hatten[2]. In Ungarn wechselte anfangs das Kriegsglück; bald jedoch wurden die Magyaren in den Schlachten bei Szöreg und Temesvar von der Übermacht ihrer verbündeten Gegner besiegt und ihr Obergeneral Görgei, welchem Kossuth die Diktatur übergeben hatte, unter-

[1] Berger a. a. O. 439.

[2] Reuchlin, Geschichte Italiens, Staatengeschichte, III. Bd.

handelte mit den Russen und kapitulierte (13. August 1849) mit 22000 Mann und 130 Geschützen auf dem Felde von Vilagos, um nicht nutzlos das Blut seiner Landsleute zu vergießen[1]. Damit war die Revolution in Ungarn erstickt, und der Zar gab in einem hochmütigen Manifest das unterworfene Land dem österreichischen Kaiser zurück.

Während des ungarischen und italienischen Krieges konnte die österreichische Regierung in der deutschen Frage aus ihrer zuwartenden Stellung nicht heraustreten. Fürst Schwarzenberg hielt unerschütterlich daran fest, daß der Deutsche Bund noch zu Recht bestehe und Österreich sich einer Zentralgewalt in den Händen eines andern deutschen Fürsten nicht unterordnen werde. Das preußische Ministerium Brandenburg-Manteuffel arbeitete im Sinne des Königs Friedrich Wilhelm mit den 28 kleinen Bundesregierungen, welche in einer gemeinsamen Note vom 14. April 1849 die neue Reichsverfassung und das preußische Kaisertum anerkannt hatten, an der Gründung einer „Deutschen Union". Die vier anderen Königreiche aber stellten sich auf den Standpunkt Österreichs und wiesen die Errichtung einer Union mit einem hohenzollerischen Kaisertum zurück. In Bayern hatte König Maximilian II. in der Thronrede, womit er den Landtag im Januar 1849 eröffnete, versprochen, daß er zur Einigung Deutschlands nach Kräften mitwirken werde; allein an eine Abtretung seiner Kronrechte an Preußen dachte niemand weniger als er. Der Landtagsversammlung versicherte er wiederholt, daß er stets nach konstitutionellen Grundsätzen regieren, aber auch jede Unordnung und Zügellosigkeit mit aller Macht bekämpfen werde. Die Mehrzahl der nach dem neuen Wahlgesetz gewählten Abgeordneten verfolgte in der innern und äußern Politik eine ausschweifende Richtung; sie waren in einer Zeit leidenschaftlicher Aufregung und unter dem Einflusse regierungsfeindlicher Parteien zu Volksvertretern ausersehen worden. Viele, namentlich aus der Rheinpfalz, waren von revolutionären Gesinnungen beseelt und leisteten den Abgeordneteneid nur unter dem Vorbehalt, daß die Verfassung abgeändert werde. Die Linke, welche über die Stimmenmehrheit verfügte, besetzte mit ihren Mitgliedern die Ausschüsse und beherrschte die Beratung der Adresse. Von der Regierung forderte sie unbedingte Annahme der Frankfurter Parlamentsbeschlüsse und der Grundrechte, „denn den Gesetzen der deutschen Nationalversammlung haben sich alle Landtage und Bundesregierungen zu unterwerfen". Die konservativen Mitglieder der Kammer hielten der Linken entgegen, daß das deutsche Verfassungswerk nur durch Vereinbarung zwischen den Fürsten und dem Volke zu stande gebracht werden könne[2]. Sie wurden

---

[1] Rogge, Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart, 1849—1872, I. Bd., 27 ff. Görgei, Mein Leben und Wirken in Ungarn, I. und II. Bd.

[2] Stenographierte Landtagsverhandlungen des Königreiches Bayern 1849.

außer der Kammer von dem „konstitutionell-monarchischen Verein" unterstützt, welcher für gesetzliche Freiheit und Ordnung aus allen Ständen gegründet worden war und der Umsturzpartei in Wort und Schrift mit Erfolg entgegenarbeitete.

Die Stimmung der radikalen Kammerpartei teilte sich den aufrührerischen „Märzvereinen" mit, welche demokratische Zwecke verfolgten und zur Erinnerung an die Hinrichtung Robert Blums in Wien einen bisher in München noch nie gesehenen großartigen Fackelzug veranstalteten. In Franken forderten die Demokraten in stürmischen Volksversammlungen schleunigste Bewaffnung, um die Reichsverfassung mit Gewalt durchzuführen. In Nürnberg hielten sie in zahlreichen Versammlungen aufreizende Reden für die Grundrechte; mit einem Aufstand warteten sie noch zu und wollten zuvor die bayerische Armee, welche bei Donauwörth ein Beobachtungslager bezogen hatte, zum Abfalle verführen. Es gelang ihnen durch Bestechung, demokratische Tagesblätter und Lustdirnen die Disziplin der Soldaten zu lockern, besonders im 11. Infanterieregiment, welches gefährliche Ausschreitungen beging, revolutionäre Lieder sang und die badischen Rebellen hoch leben ließ; die Oberkommandanten verhinderten mit großer Anstrengung eine Meuterei. Gegen die demokratischen Bestrebungen in der Kammer und Franken machten die konservativen und besitzenden Klassen in München, der „konstitutionell-monarchische Verein", der Gewerbeverein und der Verein für religiöse Freiheit, welche sich, wie in anderen Ländern, nach politischer Ruhe sehnten, eine glänzende Demonstration, indem sie dem König, als Schirmherrn des Rechtes, einen Fackelzug in einer Zahl von dritthalbtausend Personen brachten; damit suchten sie die Todesfeier für Robert Blum zu überbieten. Eine Deputation legte dem König die Gesinnung der Münchener Bürgerschaft dar, welche zwar ein großes und freies Deutschland mit Einschluß aller Stämme wünsche, aber die Grundrechte und die preußische Union verwerfe, weil dadurch die Unabhängigkeit Bayerns in den inneren Angelegenheiten vernichtet werden würde. Max II. erwiderte, er werde in allen seinen Handlungen nur das Wohl des Landes im Auge haben und auf konstitutionellem Wege die Durchführung politischer Reformen fortsetzen. Die demokratischen Landtagsabgeordneten ließen sich dadurch von ihren Umsturzplänen nicht abbringen, sondern suchten durch Reden, Anträge und Beschlüsse die Thätigkeit der Regierung zu lähmen. Maximilian sah sich endlich gezwungen, die Sitzungen zu vertagen und das Ministerium energischen Staatsmännern zu übertragen. Ein festeres Anziehen der Zügel war um so notwendiger, als die Gärung in der Rheinpfalz (Mai 1849) in eine offene Revolution ausbrach.

Seitdem der König von Preußen die von dem Frankfurter Parlament angebotene Kaiserkrone und die vier anderen Könige nebst Österreich die neue Reichsverfassung zurückgewiesen hatten, wollten die Demokraten in der

Paulskirche, die Märzvereine und Volksversammlungen die Verfassung auf dem Wege der Revolution durchführen. Zuerst veranstalteten die Demokraten in der zu jedem politischen Aufruhr stets geneigten Rheinpfalz zu Kaiserslautern (1. Mai 1849) eine große Volksversammlung, welche von Leuten mit zweideutigem Charakter geleitet wurde. Nach mehreren Brandreden wurde der bayerischen Regierung der Gehorsam gekündigt und die Steuern verweigert, weil sie die Anerkennung der Reichsverfassung verweigerte. Am andern Tag wählten die demokratischen Vereine der Rheinpfalz einen „Landesausschuß“, welcher seine Verwaltung mit Errichtung einer Volkswehr begann. In ihrer Auflehnung wurden sie von keiner Seite gehindert; die längst verführten Soldaten in Ludwigshafen verließen ihre Fahnen, und aus der Festung Landau liefen sie haufenweise weg und gingen zu den Rebellen über. Von den 8000 Mann der rheinpfälzischen Besatzungen wurden 2345, meist Rekruten, fahnenflüchtig, was bisher in der bayerischen Armee unerhört gewesen war. Aus Frankreich und der Schweiz kamen unter Führung Heckers und Struves republikanische Scharen, welche den geistlosen Abenteurer Fenner von Fenneberg zu ihrem Oberkommandanten wählten. Fenner erkannte selbst seine Unfähigkeit und gab nach wenigen Tagen seine Stellung auf. Für ihn übernahm der Weinreisende Blenker aus Worms den Oberbefehl und bemächtigte sich der Stadt Ludwigshafen. Der Parlamentsabgeordnete Eisenstuck erschien aus Frankfurt als Reichskommissär in der Pfalz und bestätigte eigenmächtig den „Landesausschuß“. Nach kurzer Zeit brachten die Rebellen die ganze Provinz in ihre Gewalt; nur die Festungen Landau und Germersheim blieben dem König treu. Zugleich erhob sich das revolutionäre Volk in Dresden, baute Barrikaden und zwang den König August und seine Minister (4. Mai) zur Flucht auf das feste Schloß Königstein. Erst nach einem erbitterten viertägigen Kampfe konnten die sächsischen und die zu Hilfe gerufenen preußischen Truppen die Aufständischen überwinden. Auch in mehreren Städten Preußens am Rhein setzten die Demokraten eine Revolution durch, welche mit Waffengewalt unterdrückt werden mußte. Von der Rheinpfalz aus entzündete sich die Mairevolution in dem angrenzenden Baden. In diesem unterwühlten Lande war zwar die Reichsverfassung von der Regierung anerkannt worden; allein die von den Demagogen aufgehetzten Soldaten in der Bundesfestung Rastatt und in Freiburg brachen in offene Meuterei aus und verbrüderten sich mit den Bürgerwehren. Von Rastatt verpflanzte sich der Aufruhr nach Karlsruhe, wo sich (14. Mai) die ganze Garnison empörte. Der Großherzog mußte mit seiner Familie durch den Hardtwald entfliehen, indem er sich auf den Protzkasten eines Geschützes setzte. Die revolutionären Landesausschüsse in Baden und der Rheinpfalz schlossen ein Schutz- und Trutzbündnis, und auch in dem benachbarten Württemberg stieg die Bewegung

mit jedem Tag, seitdem bekannt wurde, daß das Deutsche Parlament von Frankfurt nach Stuttgart übersiedeln werde[1].

Die österreichische Regierung hatte bereits ihre Parlamentsdeputierten heimgerufen; diesen folgten die meisten bayerischen und „großdeutschen“ Abgeordneten und auch die Anhänger des preußischen Kaisertums kehrten in ihre Heimat zurück. Es blieb nur die demokratische Linke zurück, welche (6. Juni 1849) die Sitzungen nach Stuttgart verlegte, um aus dem Bereich der preußischen Militärgewalt zu kommen. Die freisinnigen Minister Württembergs räumten ihr den Ständesaal ein, und die Bürgerwehr erwies ihr militärische Ehren. Ihre Thätigkeit beschränkte sich jedoch auf Einsetzung einer machtlosen Regentschaft und unfruchtbare Reden. Die konservative Bürgerschaft in Stuttgart wurde bald der revolutionären Bestrebungen des „Rumpfparlaments“ überdrüssig, und aus Rücksicht auf ihre Stimmung verhinderte die Regierung jede weitere Sitzung, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. Am 18. Juni 1849 löste sich auch die Linke und somit der Rest des Deutschen Parlaments auf. Preußen, welches an dem Plane eines engern Bundes festhielt, forderte in einer Note vom 23. Mai den Reichsverweser auf, die Nationalversammlung für aufgelöst zu erklären und die provisorische Zentralgewalt an Preußen abzutreten. Erzherzog Johann, der zur Wahrung der österreichischen Interessen in Frankfurt zurückblieb, entgegnete, er werde seine Amtsgewalt nicht an den König von Preußen, sondern an die gesamten deutschen Fürsten, von denen er anerkannt worden sei, übergeben. Zur Bezwingung der Aufständischen in den rheinischen Landen bot er das Bundesheer auf und ernannte den ehemaligen Reichsminister, General von Peucker, zum Oberbefehlshaber. Der Vollzug der Exekution wurde durch die Unionspolitik Friedrich Wilhelms IV. verzögert, welcher die Kaiserkrone, deren Annahme aus den Händen des Frankfurter Parlaments er verschmäht hatte, durch Unterhandlungen mit den deutschen Fürsten sich aufs Haupt setzen wollte. In einer Proklamation vom 15. Mai sprach er den Entschluß aus, mit der ganzen Kraft Preußens eine neue deutsche Verfassung auf Grund der Frankfurter aufzurichten. Mit Hannover und Sachsen ging er (26. Mai) das „Dreikönigsbündnis“ ein und kam mit ihnen überein, daß in dem neuen Verfassungsentwurf die Würde eines Reichsoberhauptes dem König von Preußen mit der diplomatischen und militärischen Oberleitung vorbehalten, ein Fürstenkollegium mit sechs Stimmen, ein Reichstag mit zwei Kammern, ein Bundesgericht und allgemeines Wahlrecht angenommen werde. Die preußisch gesinnten Mitglieder des aufgelösten Parlaments stimmten in einer Versammlung zu Gotha (26. Juni) mit diesem Entwurf überein, und 21 kleinere Staaten schlossen sich dem „Dreikönigs-

---

[1] Moerdes Flor., Die deutsche Revolution 1849.

bündnis" an. Allein die sächsische und hannoverische Regierung hatten sich auf das Bündnis nur eingelassen, um dem Volke den Glauben beizubringen, als wollten sie ernstlich ein einheitliches Deutschland. Die Könige von Bayern und Württemberg verweigerten ihren Beitritt, und Preußen wagte es nicht, einen Druck auf sie zu üben, sondern einigte sich (September 1849) mit Österreich über ein „Interim"; kraft desselben übernahmen die beiden Großmächte eine provisorische Zentralgewalt und ernannten in Frankfurt je zwei Kommissäre, in deren Hände der Reichsverweser (20. Dezember 1849) seine Gewalt niederlegte[1]. Durch den Dualismus, welcher durch das „Interim" thatsächlich geschaffen worden war, kamen die vier Königreiche in eine gefährdete Stellung, wenn sich Österreich und Preußen über eine Teilung Deutschlands einigen würden. Zur Erhaltung ihrer Selbständigkeit waren sie auf eine feste Verbindung unter sich angewiesen und wurden eifrig von Rußland unterstützt, welches weder Österreich noch Preußen zu mächtig werden ließ.

Maximilian II. hatte zum Minister des Hauses, des Äußern und des Handels den Freiherrn von der Pfordten ernannt, welcher als Appellrat in Aschaffenburg von dem König von Sachsen an die Universität Leipzig berufen und später zum Minister ernannt worden war. Da er sich durch strenge Maßregeln den Haß der sächsischen Demokraten zuzog, so war ihm der Ruf nach Bayern erwünscht. Das Ministerium des Innern war Dr. Ringelmann, das des Kultus von Zwehl, der Justiz von Kleinschrod, der Finanzen von Aschenbrenner und des Krieges dem General von Lüder übertragen worden. Die neuen Minister lösten die Freiwilligencorps der Künstler und Studenten auf, weil sie durch politische Umtriebe und militärische Übungen ihrem eigentlichen Berufe gänzlich entfremdet worden waren und für Demokratie und Grundrechte schwärmten. Als die Landtagsabgeordneten (im Mai 1849) wieder einberufen wurden, kündigten ihnen die neuen Minister mit überraschender Entschiedenheit an, daß die Regierung die deutschen Grundrechte niemals anerkennen, aber an der freiheitlichen Entwicklung im Innern festhalten werde. Der zügellosen Presse müsse ein Damm gesetzt werden, denn sie mißbrauche die Freiheit zur Zerstörung der staatlichen Ordnung und aller religiösen und sittlichen Verhältnisse. Über dieses Ministerprogramm wurde die demokratische Kammermehrheit so entrüstet, daß sie die meisten Regierungsvorlagen verwarf. Der König löste auf Vorschlag seiner Minister die Kammer auf; damit war das Treiben der demokratischen Partei in Bayern beendigt und auf die Rheinpfalz beschränkt. Der revolutionäre Ausschuß in dieser Provinz stellte an die Spitze der bewaffneten Banden den alten polnischen General Sznajde, wegen seiner deutschen Herkunft gewöhnlich Schneider

---

[1] Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen ꝛc., I, 221—411.

genannt, und befahl ihm, die Festungen Landau und Germersheim zu erobern. Minister von der Pfordten beging den Fehler, vom Berliner Kabinett ein preußisches Armeecorps zu verlangen, welches in Verbindung mit den bayerischen Truppen die Rheinpfälzer besiegen sollte. Die bayerische Militärmacht war damals stark genug, um ohne fremde Hilfe den Aufstand in der Pfalz zu bezwingen. Prinz Wilhelm von Preußen, welcher aus England zurückgekehrt war, rückte mit 25 000 Mann in drei Kolonnen (13. Juni 1849) in die Rheinpfalz ein, besetzte (14. Juni) Kaiserslautern und Ludwigshafen und zersprengte die rebellischen Haufen bei Kirchheim-Bolanden, Dürkheim und Rinnthal; nach wenigen Tagen wurden auch Germersheim und Landau befreit. Die Führer des Aufstandes waren die ersten, welche mit den erpreßten und geplünderten Geldern entflohen. General Sznajde entwich mit ungefähr 8000 Mann nach Baden, wo die Revolutionäre unter dem Polen Mieroslawski gegen die Bundestruppen unter dem General Peucker in mehreren Gefechten sich tapferer erwiesen als die Rheinpfälzer. Prinz Wilhelm besetzte (25. Juni) Karlsruhe, eroberte Rastatt und trieb in Verbindung mit Peucker die Aufständischen aus Freiburg. Die einzelnen Abteilungen der Insurgenten flüchteten sich mit ihren Führern nach der Schweiz, und am 18. August konnte der Großherzog wieder Besitz nehmen von seinem befreiten Lande.

Inzwischen hatte auch das bayerische Armeecorps, welches unter dem General Fürsten von Taxis in Unterfranken zusammengezogen worden war, (16. Juni 1849) bei Oppenheim den Rhein überschritten und auf Ansuchen der badischen Regierung die Stadt Mannheim besetzt, um den Preußen den Rücken zu decken. General Taxis und der ihm als Zivilkommissär beigegebene Ministerialrat von Molitor bemühten sich, die Rheinpfälzer durch kluge Vorstellungen und Milde zu gewinnen, was sie auch größtenteils erreichten, weil die eigentliche Bevölkerung dem Aufstande fern geblieben war. Nach Herstellung der Ordnung aber verfuhren das Appellgericht von Zweibrücken und die Militärgerichte gegen die Rebellen mit großer Strenge. König Max II. begnadigte jedoch gegen 300 Personen, darunter viele Unteroffiziere und Soldaten; einige wurden zu Festungsstrafen von 16 Jahren verurteilt und der Offizier Graf von Arco wegen Hochverrates hingerichtet[1]. Die Mairevolution war wie ein böser Traum in ganz Deutschland verschwunden. Die Fürsten der Mittel- und Kleinstaaten, welche unter dem Einflusse der demokratischen Partei standen, gelangten wieder zu ihrer früheren Selbständigkeit. Für die militärische Unterdrückung des Aufstandes in der Rheinpfalz und Sachsen forderte Preußen von der bayerischen und sächsischen Regierung eine so bedeutende Kriegskostenentschädigung, daß beide Staaten sich weigerten, dieselbe

[1] Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts, VIII. Bd.

anzuerkennen. Das Ministerium in Berlin behielt eigenmächtig jene Gelder zurück, welche nach den Abrechnungen über die Zolleinnahmen an Bayern und Sachsen aus den preußischen Staatskassen hinausbezahlt werden sollten. Gegen diese Maßregel machten beide Staaten einen entschiedenen Einspruch und wurden auch von anderen Zollvereinsregierungen unterstützt. Der Streit blieb bis zum Jahre 1853 unerledigt, als vertragsmäßig zum Grundsatze gemacht wurde, daß die Verabfolgung der Gelder aus den gemeinschaftlichen Zollerträgnissen von keinem Vereinsstaate verweigert werden dürfte[1].

Nach Wiederkehr der innern Ruhe machte Maximilian II. mit seiner Gemahlin Marie (im Sommer 1849) eine Rundreise durch Bayern und zuerst durch Franken, wo das von den Revolutionsmännern aufgewiegelte Volk noch in voller Aufregung lebte. Überall wurde er mit Freude und Ehrerbietung begrüßt; in der demokratischen Stadt Nürnberg empfing man ihn mit zurückhaltender Kälte, und von der ganzen Bürgerlandwehr rückten nur die Offiziere und 30 Mann aus. Die Stimmung hob sich jedoch innerhalb weniger Tage, als die Nürnberger sich von dem freundlichen und edeln Charakter des Königs während seines mehrtägigen Aufenthaltes überzeugten. Festlicher und inniger war die Aufnahme in Nieder- und Oberbayern, sowie in der Oberpfalz, wo die katholische Geistlichkeit mit patriotischer Hingebung und Opferwilligkeit die Bestrebungen der demokratischen Emissäre durch Vereine, Versammlungen und Tagespresse zu nichte machte; in diesen Provinzen eilten die Einwohner aus den entlegensten Orten herbei, um dem verehrten Königspaar zu huldigen. Der politische Umschwung war auch in dem Landtag ersichtlich, den Max nach seiner Rückkehr in München (September) eröffnete. Die demokratische Partei hatte bei der Neuwahl trotz aller Anstrengung nur in einzelnen Bezirken ihre Vertreter durchgesetzt, unter denen Kolb, Crämer, Dr. Schmidt und Reinhart der äußersten Linken angehörten; auch der einstige Minister Fürst von Wallerstein trat wegen seiner zerrütteten Vermögensverhältnisse zu dieser Partei über und war stolz darauf, „fürstlicher Proletarier“ genannt zu werden. Die große Mehrzahl der Abgeordneten bestand aus konservativen Männern und zum Teil von hervorragender Begabung, wie Freiherr von Lerchenfeld, Baier, Döllinger, Lasaulx, Allioli, Ruland ꝛc. Die Rechte und die Linke traten gleich bei Beginn der Sitzungen in einen schroffen Gegensatz. Die konservativen Mitglieder der Kammer lehnten den Antrag der Linken, die in politischer Untersuchungshaft befindlichen Abgeordneten zu befreien und allen politischen Verbrechern die Strafe zu erlassen, sowie die Zusätze derselben, bei Beratung der Adresse auf die Thronrede einhellig ab. In der von Lerchenfeld abgefaßten Adresse verlangten sie außer den vom König verheißenen Gesetzesreformen eine Amnestie, Vereinfachung

[1] Weber, Der Deutsche Zollverein, 239.

der Verwaltung, Selbständigkeit der Gemeinden für ihre eigenen Angelegenheiten und eine bundesstaatliche Reichsverfassung, welche auf einer freien Volksvertretung begründet sei. Der zum Ministerpräsidenten ernannte Freiherr von der Pfordten deutete bei der Verhandlung über die deutsche Politik an, daß die bayerische Regierung weder die einseitig beschlossene Frankfurter Reichsverfassung noch das „Dreikönigsbündnis“ anerkenne. Den beiden deutschen Großmächten habe er ein Fürstenkollegium mit einer Nationalversammlung vorgeschlagen; das Präsidium sollte zwischen Österreich und Preußen wechseln und die Beschlüsse des Fürstenkollegiums ausführen; beide Mächte seien jedoch nicht darauf eingegangen. Mit dieser Mitteilung war die Rechte zufrieden und fügte nur die Forderung bei, daß ein einiges Gesamtdeutschland und eine Verfassung mit „unverkümmerter Volksvertretung“ hergestellt werde. Auch die Reichsräte sprachen in ihrer Adresse den Wunsch aus, daß Deutschland innerlich erstarke und durch den Aufbau einer neuen Gesamtverfassung und wahrhafte Vertretung des Volkes zu einer großen Nation sich gestalte. Sie spendeten der Regierung vertrauensvolles Lob, daß sie in der schwebenden deutschen Frage das „Interim“ angenommen und auf eine Teilnahme an der Zentralgewalt während desselben verzichtet habe. Damit habe Bayern ein großes Opfer gebracht und bewiesen, daß es von keinem Sondergelüste, sondern von der Rücksicht auf das deutsche Volk geleitet werde [1].

Zu den ersten Gesetzgebungsarbeiten des Landtages 1849/50 gehörte die Aufhebung der öffentlichen Ausstellung und Brandmarkung eines Verbrechers und des „bürgerlichen Todes“, welcher den Verlust nicht nur der politischen, sondern sogar der meisten Privat- und Familienrechte nach sich zog und die physische Existenz des Betroffenen bedrohte. Zu einer langen und aufgeregten Verhandlung führte in den beiden Kammern der Gesetzentwurf über die „politischen und bürgerlichen Rechte der israelitischen Glaubensgenossen“. Von strengkonservativen Abgeordneten wurden aus der Geschichte und dem Talmud alle Beweismittel gegen eine Gleichstellung der Juden mit den Christen vorgebracht; die demokratischen Abgeordneten aber befürworteten eine vollständige Emanzipation derselben und wurden in der zahlreichen, von talentvollen Juden geleiteten Presse mit Eifer und Erfolg unterstützt. Als von der Pfordten wahrnahm, daß das Gesetz an dem Widerstande der Rechten scheitern könnte, hielt er eine vortreffliche Rede zu gunsten der Juden; er machte die Versammlung auf die guten Eigenschaften derselben aufmerksam und gab sich der Meinung hin, daß sie ihre schlechten Neigungen ablegen werden, wenn ihnen zur freien Entwicklung ihrer leiblichen und geistigen Fähigkeiten die Bahn geöffnet werde. Nachdem auch der Minister

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen im September und Oktober 1849.

Dr. Ringelmann und Fürst Wallerstein die Annahme der Vorlage empfohlen hatten, wurde mit 91 Stimmen gegen 40 beschlossen, daß den Israeliten in Bayern gleiche bürgerliche und politische Rechte mit den christlichen Staatseinwohnern zukommen, ihre Kirchen- und Schulangelegenheiten aber hiervon nicht berührt werden; bis zu einem neuen Gemeindeedikt stehe den Gemeinden diesseits des Rhein über Ansässigmachung und Verehelichung der Juden das unbedingte Bewilligungsrecht zu. In der Reichsratskammer befürchteten mehrere Redner, daß durch Gleichstellung der Juden mit den Christen die christliche Grundlage des Staates zerstört werde; sie sei erst dann möglich, wenn die Basis des christlichen Staates entrückt sei, an dessen Stelle der indifferente Rechtsstaat trete und die Kirche vom Staate getrennt werde. Von 650 Gemeinden waren Adressen mit 81 000 Unterschriften gegen eine Gleichstellung der Juden in der ersten Kammer eingelaufen; dennoch stimmte die Mehrzahl zu dem neuen Gesetz, weil die bisherigen Ausnahmsbestimmungen für die Israeliten sehr drückend seien und die Humanität eine Abänderung gebiete; sie setzte aber die Beschränkung, daß keinem Juden ein Richteramt verliehen werde.

Der Gesetzentwurf über Hebung des Volksunterrichtes und die Presse veranlaßte keine oder unbedeutende Beanstandung. Den Schullehrern wurde das Recht der Ansässigmachung und Verehelichung nach dreijähriger Dienstzeit zuerkannt und die Gehaltsbezüge der Lehrer an Gymnasien und Polytechnischen, Latein- und Gewerbschulen erhöht. Die Notwendigkeit eines Jagdgesetzes nach dem Grundsatze, daß die Berechtigung zur Jagd in dem Grundeigentum liege, wurde den Abgeordneten und den Reichsräten durch die Erfahrung aufgedrängt, daß im letzten Revolutionsjahr das Wild infolge der allgemeinen Jagdfreiheit in vielen Gegenden gänzlich ausgerottet und im Kreise Oberbayern allein aus Fahrlässigkeit und Unkenntnis im Gebrauche der Feuerwaffe 22 Personen erschossen und 40 schwer verwundet worden waren. Zum Ersatze eines „bei Aufläufen verursachten Schadens" wurden die Gemeinden verpflichtet, um diese anzutreiben, daß sie die Ordnung erhalten und die Störung der öffentlichen Ruhe verhüten. Über Preßfreiheit und deren Mißbrauch sprachen mehrere Mitglieder mit Gelehrsamkeit und Beredtheit und thaten einen Rückblick bis auf die Zeiten der alten Römer und Griechen und auf die Preßzustände anderer Länder. Aus den jüngsten revolutionären Vorgängen hatte man in beiden Kammern die allgemeine Überzeugung gewonnen, daß die jedermann offenstehende Presse dem Mißbrauch Thür und Thor öffne und nur dann ein wirksames Mittel zur Volksbildung sei, wenn sie gebildeten und gesitteten Menschen anvertraut sei. In dem neuen Preßgesetz wurde von dem früheren System der Kautionen Umgang genommen, damit jedermann sein Talent in der Presse üben könne. Der Polizei war alle Gewalt in Preßsachen bis auf das Recht der provi-

sorischen Beschlagnahme entzogen. Es durfte alles durch die Presse veröffentlicht werden, was wahr sei, und die Einrede der Wahrheit wurde immer zugelassen. Die Preßvergehen und -Verbrechen wurden der Entscheidung der Geschworenen übergeben. In gleicher Weise wurden über „Versammlungen und Vereine", welche in den letzten zwei Jahren vielfach zu staatsgefährlichen Zwecken mißbraucht worden waren, gesetzliche Bestimmungen getroffen nach dem Prinzip der vollsten Öffentlichkeit gegenüber allen Einwohnern und der Polizeibehörde. Den Beamten und Studenten war die Beteiligung an politischen Vereinen nur insoweit erlaubt, als es ihre Disziplinarvorschriften gestatten. Das den Geschäftsgang des Landtages betreffende Gesetz wurde verbessert und vervollständigt und jenes über Ministerverantwortlichkeit dadurch erweitert und ergänzt, daß von jeder Kammer eine Anklage gegen einen Minister beschlossen werden könne und der zuständige Staatsgerichtshof aus sechs Oberappellräten unter dem Vorsitze des Oberappellgerichtspräsidenten und zwölf Geschworenen zusammengesetzt werde, welche von den Landräten eines jeden Kreises gewählt werden und über die Thatfrage entscheiden, während die Appellräte über die Rechtsfrage das Urteil fällen. Die Gesetzesvorlage über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden war 1828 von den Ständen abgelehnt worden, weil in derselben die Entscheidung von der Genehmigung des Königs abhängig gemacht wurde. Nach dem neuen Regierungsentwurf wurde eine Kommission niedergesetzt, die aus drei Oberappellräten und drei höheren Verwaltungsbeamten unter dem Vorsitze des Präsidenten des obersten Gerichtshofes gebildet wurde. Die seit 1819 von den Ständen beantragte Trennung der Justiz von der Verwaltung wurde dadurch vorbereitet, daß Einzelrichtern die Behandlung und Entscheidung bürgerlicher Streitigkeiten in einem bestimmten Umfang, sowie das Vermittlungsamt und die Untersuchung und Entscheidung kleinerer Polizeistraffälle zugewiesen wurde. Die nichtstreitige Rechtspflege wurde von der streitigen durch Aufstellung von Beamten für das Hypotheken- und Vormundschaftswesen und durch Einführung des selbständigen Notariats getrennt.

Als die Gesetze über die Unabhängigkeit der richterlichen Beamten, die militärische Einquartierung und die Vorspannlasten, eine deutsche Wechselordnung, die Jagdfrevel und die Aufhebung der Moratorien vereinbart worden waren, wurde das Budget beraten und der Nachweisung über Verwendung der Einnahmen und Ausgaben des Staates für die Jahre 1846 und 1847 die Anerkennung um so freudiger erteilt, als die Einnahmen die Ausgaben um 15 Millionen Gulden überstiegen. In der Reichsratskammer bemerkte der Referent des Finanzausschusses, Graf von Arco-Valley: „Die schönen Tage von Aranjuez, d. h. die Ersparungen, sind vorüber!" Im Jahre 1847/48 wurden nur mehr 5 Millionen erübrigt, und seitdem mußten

zwei Anlehen zu 14 Millionen gemacht werden, welche auf das Heer allein verwendet wurden. Dennoch bewilligten die Kammern außer den ordentlichen Ausgaben für das Kriegswesen im Betrage von 9 700 000 Gulden noch 4 Millionen zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse selbst für den Fall, daß der Friede nicht gestört werde. Die gesamten Ausgaben wurden zu 38 600 000 Gulden und die Einnahmen zu 35 150 000 Gulden berechnet; der Ausfall zu 3 800 000 Gulden wurde durch die neue Einkommen- und Kapitalrentensteuer und die Erhöhung der alten direkten Steuern gedeckt. Bei Genehmigung eines freiwilligen Anlehens von 7 Millionen zur Bestreitung der Mehrausgaben für das Heerwesen und der Beträge für das Deutsche Parlament und die Zentralgewalt interpellierte Freiherr von Lerchenfeld das Ministerium, ob Preußen zur Entschädigung der Kriegskosten während der Intervenierung in der Rheinpfalz die auf Bayern treffende Quote aus den Zollvereinsgefällen zurückhalten wolle. Minister von der Pfordten antwortete, daß die preußische Regierung allerdings eine halbe Million gefordert hätte, aber hierzu nicht berechtigt sei, weil Bayern an sie nur das Ansuchen gestellt habe, es möchte jene Abteilung der preußischen Armee, welche Oppenheim besetzt habe, dem bayerischen Armeecorps unter dem General Taxis den Übergang über den Rhein bei dieser Stadt ermöglichen und einige preußische Bataillone nach Landau abordnen, um gemeinsam mit den Bayern diese Bundesfestung zu besetzen. Der Kostenpunkt sei niemals berührt worden. Für Ausdehnung des Eisenbahn- und Telegraphennetzes wurden belangreiche Geldsummen bewilligt und die Anträge gestellt, Ackerbauschulen zu gründen, die Feiertagsschüler auf dem Lande in der Landwirtschaftslehre zu unterrichten, das Veterinärwesen zu verbessern und die Pferdezucht zu fördern und zu veredeln. Beim Schlusse des Landtages that der erste Präsident der Abgeordneten, Graf von Hegnenberg-Dux, (20. Juli 1850) einen Rückblick auf die reichhaltige Thätigkeit der Kammer innerhalb elf Monaten. In einer tief empfundenen Rede erinnerte er die Versammlung an die Lage des Deutschen Reiches, ermutigte sie mit der Hoffnung auf ein einiges, großes Deutschland und forderte sie auf, sich zu erheben, um ihre Sympathien für die Schleswig-Holsteiner, welche sich zum letzten Kampfe der Verzweiflung aufgerafft hätten, kundzugeben.

[1] Stenographierte Landtagsverhandlungen vom Oktober 1849 bis Juli 1850.

Sechstes Kapitel.

Der italienische und deutsch-dänische Krieg.

König Friedrich VII. von Dänemark hatte am 26. Februar 1849 den Malmoer Stillstand gekündigt und das deutsche Reichsministerium drei Divisionen gegen die Dänen aufgeboten. Das deutsche Heer war aus Bayern, Württembergern, Preußen, Hannoveranern, Nassauern, Sachsen rc. bis zu 45000 Mann zusammengesetzt und rückte (23. März) unter dem preußischen General von Prittwitz in Holstein ein. Die Dänen überschritten in drei Kolonnen die Grenze Jütlands, warfen die Vorhut der Schleswig-Holsteiner zurück und besetzten Apenrade und Hadersleben. Eine dänische Schiffsabteilung lief (5. April) in den Hafen von Eckernförde; das Linienschiff „Christian VIII." mit 84 Geschützen und die Fregatte „Gefion" mit 48 Geschützen wurden von den nassauischen und sachsen-koburgischen Strandbatterien zu 8 Geschützen unter dem Herzog Ernst von Koburg mit glühenden Vollkugeln angegriffen. Eine Korvette und zwei Dampfer entflohen, die beiden schweren Segelschiffe aber, die stolzesten der dänischen Marine, wurden von dem immer schärfer landwärts wehenden Winde zurückgehalten und mußten sich ergeben. „Christian VIII." geriet in Brand und flog in die Luft, ehe die Mannschaft völlig ausgeschifft war; die Orlogsflagge des Schiffes wurde als Trophäe auf der alten Feste Koburg aufbewahrt und die „Gefion" von den Preußen erworben. Dieser beispiellose Seesieg rief in ganz Deutschland den lautesten Jubel hervor und ermutigte die schleswig-holsteinischen Freischaren zur Offensive; sie drängten die Dänen aus Apenrade und Hadersleben zurück und rückten an die Grenze Jütlands vor. Ebenso unterlagen die Dänen auf der Halbinsel Sundewitt; nach einigen hitzigen Gefechten mußten sie sich vor den Hannoveranern in ihre Verschanzungen von Düppel zurückziehen, wo sie den Übergang von Alsen her deckten. Die Bayern, Sachsen und Kurhessen erstürmten (13. April 1849) die für uneinnehmbar gehaltenen Düppeler Schanzwerke. Eine andere Abteilung des deutschen Heeres marschierte unter dem preußischen General von Bonin (20. April) in Jütland ein und

erfocht (23.) bei Kolding einen rühmlichen Sieg. Nach wenigen Tagen schlug Prittwitz mit einer deutschen Abteilung die Dänen (7. Mai) bei Gudsö zurück und öffnete dadurch den Schleswig-Holsteinern den Weg zur Belagerung der Festung Fridericia. Während die Bayern und Preußen die Dänen bei Veile besiegten und ihre Rückzugslinie bedrohten, verstärkte Bonin die Schleswig-Holsteiner vor Fridericia, und die deutschen Truppen kämpften wacker gegen die ausfallenden Dänen; allein es mangelten ihnen die nötigen Belagerungsgeschütze, und ihre Kraft wurde im entscheidenden Momente durch Einwirkung der Diplomatie gelähmt. Preußen nahm in einer Note vom 18. Mai die ganze Kriegführung in die Hand unter dem Vorwand, daß das Reichsministerium in Frankfurt alle Gewalt verloren hätte; es konnte jedoch die angemaßte Stellung nicht behaupten, weil Rußland und Frankreich mit drohenden Noten ein weiteres Vordringen in Jütland hintertrieben. Die Dänen konnten sich in Fridericia, dessen Belagerung lässig betrieben wurde, verstärken und brachten den Deutschen (5. Juli) eine schwere Niederlage bei. Ehe diese den Unfall durch neue Waffenthaten sühnen konnten, schloß Preußen mit Dänemark (10. Juli) Waffenstillstand und im nächsten Jahr (2. Juli 1850) Frieden, in welchem die alten Verhältnisse wiederhergestellt wurden. Die Schleswig-Holsteiner verwarfen den Vertrag und setzten auf eigene Hand den Krieg für ihre Rechte und Selbständigkeit fort; in ihre Dienste traten viele Offiziere der deutschen Bundesstaaten. Die Verteidiger der Herzogtümer sammelten sich bei Kiel und Rendsburg und marschierten in einer Stärke von 26 000 Mann bis über die Stadt Schleswig hinaus, wurden aber von 40 000 Dänen unter dem General von Krogh bei Idstedt in einer entscheidenden Schlacht (25. Juli) besiegt. Durch diese Niederlage war die Erhebung der Schleswig-Holsteiner beendigt, und England, Frankreich, Rußland und Schweden unterzeichneten in London (2. August 1850) ein Protokoll, in welchem die Unverletzlichkeit aller dänischen Lande aufrecht erhalten wurde[1]. Der preußische Gesandte in London lehnte zwar den Beitritt ab, allein die reaktionäre Partei in Berlin, welche alle Geschehnisse des Revolutionsjahres 1848 wütend haßte, begrüßte mit Verleugnung alles nationalen Schamgefühls die Unterdrückung der schleswig-holsteinischen „Rebellen".

Der preußischen Regierung lag mehr an der Durchführung der Unionspolitik als an Sicherung der schleswig-holsteinischen Stände; allein nunmehr war es zu spät, weil Österreich aus den Revolutionskriegen mit verstärkter Macht hervorgegangen war. Fürst Schwarzenberg war entschlossen, der deutschen Politik des Berliner Kabinetts mit aller Kraft entgegenzutreten. Dem bayerischen Ministerpräsidenten erklärte er in einer persönlichen Unter-

[1] Winterfeld a. a. O. I. Bd., 18—53.

redung in Wien, daß er zum alten Bundestag, der nach Auflösung des Frankfurter Parlaments wieder seine früheren Rechte erlangt habe, zurückkehren werde. Freiherr von der Pfordten, welcher in der auswärtigen Politik mit doktrinären Plänen sehr erfinderisch war, machte zur Reformierung des alten Deutschen Bundes den Vorschlag, daß das Präsidium zwischen Österreich und Preußen wechsele und die kleineren Staaten mediatisiert und unter die fünf Königreiche verteilt werden, damit sie nicht sämtlich in Preußen aufgehen. Als die preußische Regierung den bayerischen Antrag verwarf, hatten Sachsen und Hannover einen erwünschten Anlaß, von dem „Dreikönigsbündnis" (Februar 1850) zurückzutreten; sie einigten sich mit Bayern und Württemberg über einen neuen deutschen Verfassungsentwurf, dem sich auch Österreich anschloß unter der Bedingung, daß alle seine Länder in den Bund aufgenommen werden. Preußen und die anderen Unionsstaaten beriefen, unbeirrt durch den Rücktritt Sachsens und Hannovers, (20. März 1850) einen Reichstag nach Erfurt, welcher die im Dreikönigsbündnis aufgestellte Verfassung annahm. Gegen das Erfurter Parlament protestierte nicht nur Österreich, sondern auch Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover. Kaiser Nikolaus von Rußland, welcher sich seit Besiegung der ungarischen Revolution als den Retter der konservativen Interessen Europas betrachtete, forderte in Wien und Berlin, den alten Deutschen Bund wieder aufzurichten und die Selbständigkeit der Mittel- und Kleinstaaten zu erhalten. Ministerpräsident Schwarzenberg lud sämtliche Mitglieder des Deutschen Bundes ein, ihre Gesandten (10. Mai 1850) nach Frankfurt zu schicken. Die vier Königreiche und die beiden Hessen leisteten Folge; Preußen aber machte Einspruch gegen eine Erneuerung des Bundestages und berief die Unionsfürsten nach Berlin; allein von diesen fiel einer nach dem andern von Preußen ab, und am 2. September eröffnete Österreich den alten Bundestag wieder. Dem König von Preußen und den anderen noch wenigen Unionsfürsten wurde der Beitritt vorbehalten[1]. Zwischen Preußen und den Bundesstaaten schien ein Ausgleich nicht möglich zu sein, bis unvermutet ein Verfassungsbruch in Kurhessen den Ausschlag gab.

Der kurhessische Minister Hassenpflug, ein Mann von rücksichtsloser Willkür, schrieb die Steuern aus, ohne daß dieselben von den Ständen verfassungsgemäß bewilligt worden waren; der Kurfürst billigte trotz des Eides, womit er die Verfassung beschworen hatte, die unumschränkte Regierung seines Ministers. Der ständische Ausschuß machte dagegen Einspruch, das Land verweigerte die Steuerzahlung, und die Gerichte erkannten mit gewissenhafter Ehrlichkeit, daß der Ausschuß im Rechte sei; die Beamten und Offiziere verurteilten die eidbrüchige Regierung. Die Aufregung in

[1] Kaltenborn, Geschichte der deutschen Bundesverhältnisse von 1806—1856, II. Bd.

ganz Hessen wurde so gefährlich, daß der Kurfürst mit Hassenpflug (12. September 1850) nachts aus Kassel nach Frankfurt entfloh; hier forderte er von den vereinigten Bundesstaaten Hilfe, welche ihm sogleich zugesagt wurde. Preußen betrachtete den Kurfürsten als Mitglied der Union, weil er in Berlin noch einen Bundesgesandten unterhielt, wiewohl er auch den Bundestag beschickt hatte. König Friedrich Wilhelm IV. protestierte gegen eine bewaffnete Intervention in Kurhessen und ließ in Westfalen eine Armee zusammenziehen. Auf den Rat des Fürsten Schwarzenberg traf der junge Kaiser Franz Joseph von Österreich mit den Königen von Bayern und Württemberg (10.—14. Oktober) in Bregenz zusammen, um sich über die Ausführung der Intervention zu beraten. Nach einer kurzen Verhandlung der Minister Schwarzenberg, von der Pfordten und Freiherrn von Linden kamen die drei Monarchen überein, den Bundesbeschluß wegen Kurhessens zu vollziehen und das Land mit Bundestruppen zu besetzen. In Böhmen sollte ein starkes kaiserliches Heer aufgestellt und ein bayerisches und württembergisches Armeecorps in Verbindung mit einer österreichischen Abteilung in Kurhessen einrücken. Der König von Preußen ließ in Kurhessen die ihm vertragsmäßig zustehenden Etappenstraßen mit einem Armeecorps besetzen und seine Truppen aus Baden zurückziehen, damit sie nicht von den Bayern, Württembergern und Österreichern abgeschnitten würden. In Warschau wurde (26. Oktober) ein Vermittlungsversuch gemacht. Der Kaiser von Österreich kam persönlich mit Schwarzenberg zum Kaiser von Rußland, um über die kurhessische Sache zu verhandeln. Friedrich Wilhelm, welcher vergeblich seinen Schwager Nikolaus für die Unionspolitik zu gewinnen gesucht hatte, ließ sich durch den Grafen von Brandenburg vertreten. Der Zar fühlte sich verletzt, daß Friedrich Wilhelm nicht selbst erschienen war, und sprach sich für den Vollzug des Bundesbeschlusses zu gunsten des Kurfürsten aus. Die preußische Regierung verfolgte eine hinterlistige Politik; während der Graf von Brandenburg in Warschau versöhnliche Erklärungen abgab, schürte der preußische Minister des Auswärtigen, General von Radowitz, die Revolution in Kurhessen und versicherte dem österreichischen Gesandten in Berlin, daß der Befehl zur Mobilmachung von neun preußischen Armeecorps gegeben worden sei[1]. Am 1. November 1850 marschierten 10000 Bayern und eine österreichische Abteilung unter dem General Taxis in Kurhessen ein, besetzten Hanau und rückten gegen Kassel vor. Ein österreichisches Heer in Böhmen stand im Begriff, die preußische Grenze zu überschreiten. Der Bürgerkrieg schien unvermeidlich. Minister Radowitz beantragte im Ministerrat, das ganze Heer ins Feld zu führen, die Kammern einzuberufen und sich in einem Manifest an das preußische Volk zu wenden. Dazu konnte sich Friedrich Wilhelm IV.

---

[1] Berger, Felix Fürst von Schwarzenberg, 448—451.

nicht entschließen, weil er die Verantwortung eines Bürgerkrieges nicht übernehmen wollte. Radowitz trat von seinem Amte zurück, und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm der Minister des Innern, Freiherr von Manteuffel, welcher sogleich mit Österreich unterhandelte. Fürst Schwarzenberg forderte von Preußen Anerkennung des Bundestages und Aufgeben der Union. Friedrich Wilhelm rief die preußischen Truppen aus Hessen zurück und notifizierte seinen verbündeten Fürsten die Auflösung der Union. Beim Abmarsch der Preußen wurde ihre Nachhut von einer Kompagnie österreichischer Jäger, welche dem Großteile der Bayern und Österreicher voranzog, (8. November 1850) bei Bronnzell in der Nähe von Fulda angegriffen; das Gefecht wurde jedoch nach einigen Schüssen abgebrochen und nur das Pferd eines österreichischen Trompeters getötet[1].

Der König von Preußen sandte den Minister Manteuffel nach Olmütz, um mit dem österreichischen Ministerpräsidenten die streitigen Punkte auszugleichen. Manteuffel unterwarf sich den Bedingungen Österreichs, und am 29. November 1850 wurde der Vertrag, „die Olmützer Punktation“, unterzeichnet. Preußen entsagte der Union, erkannte den Bundestag an und versprach, die schleswig-holsteinische Sache in Verbindung mit Österreich zu ordnen; es forderte nur, daß auf einer Konferenz in Dresden die deutschen Angelegenheiten geregelt werden. Es war eine großherzige Handlung Friedrich Wilhelms, daß er sich einer Demütigung unterzog, um Deutschland von einem unheilvollen Bürgerkrieg zu retten. Im preußischen Volke und namentlich in der Kriegspartei vergab man der österreichischen Regierung nie mehr die Olmützer Erniedrigung, und der Prinz Wilhelm von Preußen, der mutmaßliche Thronfolger, nahm sich im stillen vor, sich einst wegen dieser Niederlage Genugthuung zu verschaffen und die Union durchzuführen. Der Kurfürst von Hessen und sein Minister kehrten in ihr Land zurück und setzten unter dem Schutze der Bundestruppen ihre gewaltsame Regierung fort. Die in Kurhessen entbehrlichen österreichischen Regimenter marschierten nach Holstein und überlieferten in Verbindung mit den Preußen die letzten festen Plätze Friedrichsort und Rendsburg mit allem Kriegsmaterial an die Dänen. Die am 23. Dezember 1850 in Dresden eröffnete Konferenz zog sich bis Mitte Mai 1851 in die Länge, weil die auswärtigen Mächte allseitige Umtriebe machten. Minister von der Pfordten hatte den Plan ausgeheckt, daß die Mittel- und Kleinstaaten sich zu einer eigenen Gruppe, „Trias“, konstituieren und zwischen den beiden Großmächten das Gleichgewicht und die Verbindung erhalten sollten. König Max II. war mit dieser Reform einverstanden, weil er Bayern in der dritten Staatengruppe zum ersten wissenschaftlichen Kultur-

[1] Helfert, Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes 1848, I. Bd.

staat erheben wollte, wie es sein Vater in der Kunst gethan hatte. Allein die „Trias“ fand keinen Anklang, weil die Mittelstaaten sich Bayern nicht unterordnen mochten. Auch Fürst Schwarzenberg mußte seine Absicht aufgeben, mit dem ganzen Kaiserstaat in den Deutschen Bund zu treten; denn dagegen protestierten nicht nur Preußen, sondern auch die übrigen Großmächte. Den deutschen Bundesregierungen blieb nichts übrig, als zum alten Bundestag zurückzukehren, und der König von Preußen forderte die Unionsfürsten auf, denselben zu beschicken. Am 30. Mai 1851 war der Deutsche Bundestag in Frankfurt wieder vollzählig versammelt, und es schien, als wenn alles auf den alten Stand zurückgeführt werden würde. Der Bundestag beschloß (7. Januar 1852), daß die deutsche Flotte aufgelöst werde; sie wurde von einem oldenburgischen Staatsrat an den Meistbietenden versteigert. Die kurhessische Verfassung von 1831 wurde mit den Bundesgesetzen für unvereinbar erklärt und der Kurfürst beauftragt, eine neue Verfassung zu geben, welche dem Lande aufgezwungen wurde[1]. Die endgiltige Regelung der schleswig-holsteinischen Sache wurde dem Bundestag entzogen; denn England, Rußland, Schweden und Österreich unterzeichneten in London (8. Mai 1852) ein Protokoll, nach welchem zur Erhaltung der dänischen Gesamtmonarchie und des europäischen Friedens die Thronfolge in Dänemark auf den Prinzen Christian von Sonderburg-Glücksburg übergehen und Holstein nebst Lauenburg beim Deutschen Bunde verbleiben sollte. Das Herzogtum Schleswig erhielt eine eigene Verfassung, und in demselben wurde der Gebrauch der dänischen Sprache neben der deutschen freigegeben. Die übrigen Mächte wurden eingeladen, diesen Vertrag anzunehmen. Preußen unterzeichnete das Londoner Protokoll; am Bundestag protestierten Bayern und Oldenburg dagegen, weil die Rechte des Herzogs von Augustenburg auf Schleswig-Holstein unberührt geblieben waren. Von dem Bundestag wurde daher das Londoner Protokoll nicht anerkannt[2].

Nach Beendigung der deutschen Wirren setzte der König von Bayern seine Gesetzgebungsarbeiten fort. Den Bischöfen, welche in einer Konferenz zu Freising (20. Oktober 1850) an ihn ein Bittgesuch um vollständige Ausführung des Konkordates richteten, gewährte er auf dem Verordnungswege, namentlich durch die Ministerialentschließungen vom 16. September 1851 und 8. April 1852 mehrere Zugeständnisse in Sachen des Plazets und in Besetzung der Pfarreien, wie bei Ernennung der Professoren an Lyceen und der Religionslehrer an Gymnasien; es wurde den Bischöfen bei erledigten Pfarreien und Professuren an Lyceen und der Religionslehrerstellen an

[1] Klüpfel a. a. I, 601—769.

[2] Mommsen, Die Richtigkeit des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852. Lorentzen, Der Londoner Traktat vom 8. Mai 1852, Jahrbücher für Politik und Literatur, II. Bd.

Gymnasien das Vorschlagsrecht verliehen. In einem Ministerialerlaß vom 9. Januar 1852 wurde das Institut der Armen Schulschwestern als „zur Förderung wahrer, gründlicher und nachhaltiger Schulbildung besonders geeignet" anerkannt und zur Verbreitung dieses Institutes die thätigste Mithilfe der Staatsregierung zugesichert. In einer Entschließung vom 9. Oktober 1854 gab das Kultusministerium zu, daß, da eine authentische Erläuterung der im Religionsedikt und Konkordat enthaltenen Widersprüche ohne Mitwirkung des Landtages nicht zulässig erscheine, in den einzelnen Fällen auf den Weg der doktrinellen Interpretation verwiesen und auf jene Erklärungen Bezug genommen werden müsse, welche zur Beruhigung des Klerus in der Allerhöchsten Erklärung vom 15. September 1821 und in den Ministerialentschließungen von 1851 und 1852 niedergelegt worden seien. In einer spätern Ministerialentschließung vom 15. Mai 1857 wurde bestimmt, daß die Präparandenlehrer nur in Übereinstimmung mit der geistlichen Oberbehörde aufgestellt, nur Männer „von anerkannt positiv-gläubiger und kirchlicher Gesinnung und tadellosem Wandel" zu Vorbereitungslehrern ernannt werden und in jedem Schullehrerseminar der Inspektor und erste Präfekt geistlichen Standes sein sollten. Maximilian II. verstand sich zu diesen Konzessionen, weil die katholische Geistlichkeit in den letzten Revolutionsjahren den Umsturzgelüsten der Demokraten, wie er selbst bekannte, einen starken Damm entgegengesetzt hatte und in allen Gegenden sich ein mächtiger kirchlicher Sinn kundgab. Die Zucht- und Sittenlosigkeit des revolutionären Demokratentums hatte in den besser gesinnten Menschen den religiösen Geist wieder erweckt. Man hat die Saaten aufgehen sehen, welche die deutschen Regierungen durch Demütigung und Unterdrückung der Kirche, Entchristlichung der Schulen und das moderne Heidentum gepflegt hatten. Im ganzen katholischen Deutschland erwachte ein neues Leben; es bildeten sich große kirchliche Vereine, wie der Piusverein für Einheit und Freiheit der Kirche und der Gesellenverein zur Begründung der Ehrsamkeit und guten Sitte im Handwerkerstande, und der Karl-Borromäusverein zur Verbreitung guter Bücher vergrößerte sich. In allen Landen hielten Jesuiten mit begeisterter und begeisternder Beredsamkeit Missionen, und zahllose Kirchen wurden durch fromme Geldbeiträge mit herrlichem Schmuck restauriert. Auch im protestantischen Deutschland regte sich ein lebendiger religiöser Sinn. Es wurden allgemeine Kirchentage zur freien Besprechung religiöser Interessen abgehalten, das innere Missionswerk gefördert und die englische „Evangelical Alliance" in Deutschland verbreitet, um alle konfessionellen Unterschiede seit der Kirchenspaltung aufzuheben; die strengen Lutheraner im bayerischen Franken aber und in Mecklenburg und Kurhessen schlossen sich schroff ab. Dennoch blieb die Partei des Unglaubens immer sehr mächtig; sie hatte zwar in der Philosophie nur eine schwache Stütze, aber eine desto größere in der rationalistischen

Behandlung der Naturwissenschaften. Die konservative Strömung erfaßte, wie das kirchliche Gebiet, so auch die Staatsregierungen, welche bald reaktionäre Bahnen einschlugen; dadurch aber forderten sie nicht nur die freisinnige Partei, sondern auch jene Volksklasse, welche ihre Stellung zwischen den Konservativen und Liberalen einnahm, zum Widerstande heraus. Als in Bayern der reaktionär gesinnte Graf von Reigersberg (1852) das Ministerium des Innern erhielt, trennte sich in der Kammer der Abgeordneten das Zentrum von der Rechten und einigte sich mit der Linken, wenn es galt, reaktionären Bestrebungen der Regierung entgegenzutreten, bis es selbst in der Linken aufging.

Auf dem Landtag 1851/52 wurde der Antrag des Fürsten Wallerstein, die diplomatischen Schriften über die Intervention in Kurhessen auf den Tisch des Hauses zu legen, zwar von der konservativen Mehrheit abgelehnt, aber von der Linken und dem Zentrum mit Freude begrüßt. Ministerpräsident von der Pfordten entgegnete, daß die Kammer nach der Verfassung nicht befugt sei, von der Regierung die fraglichen Papiere zu verlangen; zudem sei die Vorlage derselben überflüssig, weil Bayern in der kurhessischen Intervention, auf welcher die deutsche Frage beruht hätte, offen gehandelt habe. Hierauf wurde das Gesetz über „Ersatz des Schadens bei Aufläufen" durch eine Novelle ergänzt über „das Einschreiten der bewaffneten Macht zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung". Der Distrikts- und Landrat wurden nach Erfordernis der Zeitverhältnisse reorganisiert und ihnen die Grenze ihrer Wirksamkeit und Verwaltung genau angewiesen. Das adelige Vorrecht der Siegelmäßigkeit und Taxfreiheit wurde aufgehoben, weil es mit dem Grundsatze der Gleichheit vor dem Gesetze unvereinbar war. Die Reichsräte, welche früher zweimal die Abschaffung der Siegelmäßigkeit zurückgewiesen hatten, stimmten endlich zu. Zu den besten legislatorischen Arbeiten ist das neue Forstgesetz zu zählen, denn es entspricht vollkommen der hohen Wichtigkeit der Waldkultur in Bayern, wo die Waldungen 6 600 000 Tagwerke (2 200 000 Hektare) umfassen. An das Forstgesetz reihten sich die Gesetze über Bodenkultur, Benützung des Wassers und Ablösung der auf dem Zehnten ruhenden Baupflicht und des Weiderechtes auf fremdem Grund und Boden. Die Ausgaben und Einnahmen wurden zu jährlich 37 Millionen Gulden, darunter 10 Millionen für das Heerwesen, angenommen und für weitere Eisenbahnbauten 8 Millionen bewilligt. Der Antrag des Abgeordneten Dr. Weis auf Abkürzung der sechsjährigen Finanzperiode wurde von der Reichsratskammer verworfen, weil dadurch die Regierung noch mehr von der Steuerbewilligung der Abgeordneten abhängig gemacht werden würde. Die Linke griff die Verabfolgung einer Apanage an den König Otto von Griechenland an und beantragte Aufhebung des kostspieligen Staatsrates und der vielen nutzlosen Gesandtschaften im Auslande, wodurch bedeutende

Summen erspart werden würden. von der Pfordten erklärte diese Anträge für Anzeichen einer Revolution, und sie wurden von der konservativen Mehrheit abgelehnt[1].

Im nächsten Jahr (1853) wurde ein außerordentlicher Landtag berufen, um den Kammern verschiedene Zoll- und Handelsverträge zur Genehmigung vorzulegen. Preußen hatte vor Ablauf des Zollvereinsvertrages mit Hannover (1851) einen Zoll- und Handelsvertrag abgeschlossen, teils um für den Fall einer Auflösung des Zollvereins einen unmittelbaren Verkehr mit der Rheinprovinz und Westfalen herzustellen, teils um eine Beteiligung Österreichs am Zollverein zu verhindern. Preußen teilte den mit Hannover eingegangenen Vertrag den anderen Zollvereinsregierungen mit dem Bemerken mit, es werde den Zollverein 1853 nur unter der Bedingung erneuern, daß der preußisch-hannoverische Vertrag von den verbündeten Zollstaaten angenommen werde; diese gerieten hierüber in Ärger und Furcht. Am lebhaftesten äußerte sich dagegen der sächsische Minister des Äußern, Freiherr von Beust, welcher einer preußischen Hegemonie im Zollverein abgeneigt war; er schickte nach München, Stuttgart und Karlsruhe einen außerordentlichen Gesandten, um sich über das gegenüber dem preußisch-hannoverischen Vertrag einzuhaltende Verfahren zu beraten. Minister von der Pfordten war wie Beust ein entschiedener Gegner der volkswirtschaftlichen Absichten Preußens, von denen er besorgte, daß sie die Machtstellung und Selbständigkeit der Mittelstaaten gefährden; er war daher sofort entschlossen, den Vertrag Preußens mit Hannover abzulehnen. Auch die württembergische Regierung mißbilligte das eigenmächtige und hinterlistige Vorgehen Preußens und die finanziellen Opfer, welche dem Verein dadurch auferlegt würden. Das badische Ministerium sprach sich anfänglich für den Vertrag aus, trat jedoch infolge auswärtiger Einflüsse zu den Gegnern desselben über. Am meisten war die österreichische Regierung verstimmt; sie schlug den deutschen Staaten vor, in Wien einen Handelsvertrag mit Österreich zu vereinbaren und die Annahme desselben von seiten Preußens zur Vorbedingung einer Erneuerung des Zollvereins zu machen. Die preußische Regierung kündigte die Zollvereinsverträge auf den 1. Januar 1854 und wies die Beteiligung an den Verhandlungen in Wien zurück. Die Mittel- und mehrere Kleinstaaten, wie die freien Städte, schickten (Januar 1852) Bevollmächtigte nach Wien; sie konnten sich jedoch mit dem Premierminister Schwarzenberg nicht einigen, weil sich die einen indifferent verhielten und die anderen sich auf Seite Preußens neigten. Ebenso führten geheime Unterhandlungen Schwarzenbergs mit Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Nassau und den beiden Hessen über einen gesonderten Vertrag mit Österreich zu keinem Ziel, weil er den

[1] Verhandlungen der zweiten und ersten Kammer des bayerischen Landtags 1851/52.



Zollvereinsregierungen keine unbedingte Gewährleistung für ihre Zollerträgnisse geben wollte, welche bei einer Auflösung des Zollvereins in Frage gestellt werden würden. Die Minister von Bayern, Württemberg, Sachsen, Nassau und den beiden Hessen einigten sich (April 1852) in einer Konferenz zu Darmstadt in dem Beschluß, den bisherigen Zollvereinsvertrag noch als bindend anzuerkennen und ohne Zustimmung aller Vereinsmitglieder mit anderen Staaten keinen Vertrag über Zollangelegenheiten einzugehen.

Während der Darmstädter Konferenz starb Fürst Schwarzenberg, und mit ihm schied der eigentliche Leiter der österreichischen Politik; von seinem Nachfolger, dem Grafen Buol-Schauenstein, war vorauszusehen, daß er bei den vielen widerstrebenden Elementen zum alten System der Passivität zurückkehren werde. Die Minister in Darmstadt schlossen ihre Verhandlungen mit der Übereinkunft, bei der nächsten Zollkonferenz in Berlin Verhandlungen mit Österreich über einen Handelsvertrag vorzuschlagen und die österreichische Regierung hierzu einzuladen. Bei Eröffnung der Berliner Konferenz gab der preußische Ministerpräsident von Manteuffel die Erklärung ab, daß seine Regierung mit Österreich über einen Handelsvertrag erst dann unterhandeln werde, wenn die Erneuerung des Zollvereins geschehen sei. Als der bayerische Bevollmächtigte eine Erweiterung des Zollvereins auch nach Süden durch Hereinziehung Österreichs in denselben beantragte und Minister Buol von den verbündeten Staaten verlangte, den Zollverein ohne Österreich nicht zu erneuern, brach Preußen (September 1852) die Konferenz mit der Ankündigung ab, nur mit den einzelnen Regierungen unterhandeln zu wollen. Dieser Verlauf erregte großes Aufsehen, und die Industriellen in den Mittel- und Kleinstaaten bestürmten ihre Regierungen mit Petitionen um Erneuerung des Zollvereins. In Berlin überzeugte man sich jedoch bald, daß die Auflösung des Zollvereins für Preußen mit großen politischen und volkswirtschaftlichen Nachteilen verbunden wäre, weil die Mittel- und Kleinstaaten sich mehr auf Seite Österreichs neigten und der König von Hannover die Äußerung fallen ließ, er wolle den Zollvertrag mit Preußen kündigen. Der bayerische Ministerpräsident von der Pfordten hätte damals entscheidend in die Geschicke Deutschlands eingreifen können, wenn er ein praktischer Staatsmann gewesen wäre und sich nicht durch seine persönliche Heftigkeit und herrisches Wesen überall mißliebig gemacht hätte. Die preußische Regierung trat mit dem Grafen Buol über einen Handelsvertrag in Unterhandlung, und Kaiser Franz Joseph förderte durch einen Besuch in Berlin (Dezember 1852) die gegenseitige Annäherung. Am 19. Februar 1853 wurde zwischen Österreich und Preußen ein Zoll- und Handelsvertrag abgeschlossen, in welchem ermäßigte Tarife für den Verkehr zwischen Österreich und dem Zollvereinsgebiet festgestellt und der österreichischen Regierung eine gewisse Einwirkung auf die Zollvereinsgesetzgebung und die Verwirklichung eines

allmählichen Eintrittes ermöglicht wurde. Die Mittel- und Kleinstaaten fühlten sich zwar durch das eigenmächtige Handeln der beiden Großmächte zurückgesetzt, aber sie waren von der Besorgnis finanzieller und volkswirtschaftlicher Verluste befreit. Am zufriedensten waren jene industriellen Kreise, welche einen erweiterten Absatz nach dem Kaiserstaate erhielten. Da Österreich die Erhaltung des Zollvereins im Vertrag vom 19. Februar zur Bedingung gemacht hatte, so wurde in Berlin der Zollverein am 4. April 1853 von sämtlichen Verbündeten auf 12 Jahre erneuert und dem Februarvertrag zugestimmt [1].

Die bayerischen Kammern der Abgeordneten und der Reichsräte genehmigten einmütig den neuen Zollvereinsvertrag und den Schiffahrtsvertrag, welchen Bayern mit der Schweiz für den Verkehr auf dem Bodensee abgeschlossen hatte. Zugleich bewilligten sie den Bau der „Ostbahn“ von München nach Regensburg, Nürnberg und Passau durch eine Privatgesellschaft und übernahmen die Zinsengarantie. Einer lebhaften Verhandlung über die Verschleppung der seit fünf Jahren zugesicherten Trennung der Justiz von der Verwaltung wurde dadurch ein Ende gemacht, daß der Landtag vertagt wurde. Wie in allen deutschen Staaten, griff auch in Bayern die Reaktion immer weiter um sich und wurde nicht nur von dem König und seinen Ministern, sondern auch vom Volke selbst unterstützt, nach dem kulturgeschichtlichen Gange, daß auf ein überstürzendes Drängen der Revolution der Druck der Reaktion folge. Bei Wiedereröffnung der Kammern (1854) legte der Ministerpräsident von der Pfordten einen Gesetzentwurf über „Bildung der zweiten Kammer“ vor, nach welchem die Abgeordneten wieder nach Ständen gewählt werden sollten, um die monarchische Verfassung zu sichern; die eigentliche Absicht der Regierung aber war, das konservative Element in der Volksvertretung zu vergrößern und zu stärken. Die Gegner des Ministeriums wiesen nach, daß ein neues Wahlgesetz nicht notwendig und das monarchische Prinzip seit 1848 durch kein einziges Gesetz geschädigt worden sei. Für die Vorlage stimmten 76 Abgeordnete gegen 61; es fehlte die verfassungsmäßige Zweidrittel-Mehrheit der Stimmen, weshalb das Gesetz fiel. Dem Kriegsminister von Lüder, welcher zur Deckung der kurhessischen Kriegskosten und zu einer eventuellen Rüstung bei Ausbruch eines Krieges im Orient $16^1/_2$ Millionen Gulden forderte, wurden nur $6^1/_2$ Millionen bewilligt, womit auch die Reichsräte einverstanden waren, um nicht durch lange Verhandlungen zu viel Zeit zu verlieren. Dem Ministerpräsidenten wurde zum Vorwurf gemacht, daß er sich während der orientalischen Krisis auf Seite des despotischen Rußland stelle; von der Pfordten entgegnete, daß die bayerische Regierung nur die deutschen Interessen wahren und nach

[1] Weber, Der Deutsche Zollverein, 241—246.

anderen Mitteln greifen werde, wenn die von dem Landtag genehmigten Summen nicht ausreichen. Als bei den Verhandlungen über den Staatshaushalt die Abgeordneten eine Adresse an den König über die endlos verzögerte Gerichtsorganisation beschlossen, löste Max II. auf Antrag der Minister den Landtag (März 1855) auf und ordnete eine Neuwahl an[1]. Die dadurch hervorgerufene Bewegung wurde durch die Feindseligkeiten zwischen Rußland und der Türkei und die Einmischung Frankreichs auf kurze Zeit zurückgedrängt.

Der Präsident der französischen Republik, Ludwig Napoleon, hatte mit sicherer Hand in die Zügel der Regierung gegriffen und sich durch seine feste Haltung wider seine Gegner in der Nationalversammlung Ansehen in ganz Frankreich erworben. Als seine Präsidentschaft ablief und er gemäß der Verfassung erst nach vier Jahren wieder gewählt werden konnte, faßte er mit seinen Anhängern und Ministern, namentlich mit dem verwegenen und rücksichtslosen Kriegsminister St. Arnaud, den Entschluß, sich durch einen Gewaltstreich am Staatsruder zu erhalten. Am 2. Dezember 1851 ließ er die wichtigsten Plätze in Paris mit Truppen besetzen und gegen hundert seiner gefährlichsten Gegner unvermutet verhaften. Die Gesetzgebende Versammlung, welche er in einer Proklamation einen Herd der Verschwörungen nannte, löste er auf und forderte mit Verletzung seines auf die Verfassung geleisteten Eides von den Franzosen, daß sie ihn, wenn sie Vertrauen zu ihm besitzen, auf zehn Jahre zu ihrem Präsidenten wählen mit dem Recht, ausschließlich die Minister zu ernennen und das Zweikammersystem mit einem Senat und Gesetzgebenden Körper einzuführen. Ein Teil der Pariser Bevölkerung stand gegen den Gewaltstreich auf und baute in der Vorstadt St. Antoine Barrikaden, wurde aber von einer Garnison von 80 000 Mann niedergeschmettert. Das französische Volk, das sich nach gesicherten Zuständen sehnte, wählte mit 7½ Millionen Stimmen gegen 650 000 Ludwig Napoleon zum zehnjährigen Präsidenten, und die fremden Gesandten beglückwünschten ihn, daß er die Revolution gebändigt und die Gesellschaft gerettet habe. Im nächsten Jahr berief er den Senat, um ihm einen Antrag auf Wiederherstellung des Kaiserreiches vorzulegen, zur Bürgschaft für die Interessen Frankreichs und zur Befriedigung seines Hochmutes. Die Senatoren, von denen jeder 30 000 Franken jährlich bezog, stimmten dem Vorhaben zu, und das Volk nahm mit 7 800 000 Stimmen gegen 230 000 den Senatsbeschluß an. Am 2. Dezember 1852 ließ sich der Präsident als Napoleon III. „durch die Gnade Gottes und den Willen der Nation Kaiser der Franzosen" ausrufen. Die europäischen Monarchen erkannten ihn ohne Anstand an, weil sie froh waren, daß die französische Republik so schnell und so gründlich

---

[1] Verhandlungen der bayerischen Kammern 1853 und 1855.

beseitigt worden war. Der neue Kaiser richtete nach dem Vorbilde seines Oheims Napoleon I. seinen ganzen Hof ein und führte eine strenge Herrschaft. Die Rechte der Kammern wurden beschränkt und die Presse wie die Parteileidenschaft niedergehalten. Die Franzosen mußten sich mit dem allgemeinen Stimmrecht, der Gleichheit vor dem Gesetze, der Freiheit der Arbeit und des Verkehrs und der freien Entwicklung eines jeden Talentes begnügen. Während Napoleon III., obgleich seit seiner Jugend ein freigeistiger Carbonaro, die katholische Kirche begünstigte, um aus der klerikalen Partei eine Stütze seines neuen Thrones zu machen, förderte er die wissenschaftliche Untergrabung der christlichen Autorität und die Sittenlosigkeit des Volkes, um es zu entnerven und von Politik abzuziehen. Seine Gemahlin, die schöne Spanierin Eugenie von Montijo, wurde die Beherrscherin der Mode und des frivolen Luxus, der wie zur Zeit Ludwigs XIV. von ganz Europa zum Muster genommen wurde[1].

Napoleon III. machte sich zur einzigen Lebensaufgabe, seine Dynastie in Frankreich zu befestigen und zu erhalten; diese Aufgabe suchte er mit fatalistischer Hingebung dadurch zu lösen, daß er den Durst der nationalstolzen Franzosen nach kriegerischen Lorbeeren stillte. Wie es seine Pläne und Unternehmungen erheischten, wurde er, wiewohl von Natur gut und wohlwollend, listig und lügnerisch, gewaltthätig und unbarmherzig, ohne an Entschlossenheit und Einsicht zu gewinnen. Er besaß zwar Klugheit und geistige Bildung, aber es mangelten ihm jene großen Fähigkeiten, womit sein Oheim die Umgestaltung Europas vollbracht hatte, die Lust an Gefahren, der stürmische Mut und die scharf zutreffende Berechnung. Zur Ausführung seiner auswärtigen politischen Entwürfe gab ihm den ersten Anlaß eine kirchliche Streitfrage im Orient. Römisch-katholische und griechische Mönche in Jerusalem gerieten in Zwist um den Schlüssel der Kirche in Bethlehem. Nach einem zwischen Frankreich und der Türkei 1740 abgeschlossenen Vertrag sollte dieser Schlüssel von den Katholiken geführt werden, war aber seit langer Zeit im thatsächlichen Besitze der Griechen. Napoleon III. brachte (1852) bei der Pforte den Vertrag von 1740 wieder zur Geltung; dadurch reizte er den Petersburger Hof, was seine eigentliche Absicht war. Kaiser Nikolaus I. von Rußland, das Oberhaupt der russisch-griechischen Kirche, ließ sich aus Ärger und Hochmut zu einem Kriege gegen den Sultan fortreißen, zog am Pruth eine große Armee zusammen und forderte von der Pforte, daß er im ganzen türkischen Reich als Schutzherr der griechischen Kirche anerkannt werde. Als Abdul Medschid die Forderung des Zaren auf Betrieb des englischen und französischen Gesandten zurückwies, marschierten 40000 Russen (anfangs Juli 1853) in die Donau-

[1] Staatengeschichte I. Bd., Frankreich von 1814—1852.

fürstentümer, und die türkische Flotte wurde im Hafen von Sinope (30. November) zerstört. Ein türkisches Heer überschritt unter Omer Pascha (Oktober 1853) von Schumla aus die Donau und bewies den Russen in einigen Gefechten, daß es ihnen an Kriegstüchtigkeit nicht nachstand. England und Frankreich konnten nie zugeben, daß sich die russische Macht bis an die Dardanellen ausdehne, weil dadurch ihre Interessen auf dem Mittelmeere bedroht würden; in beiden Ländern wuchs die kriegerische Stimmung und die Erbitterung gegen Rußland. Napoleon vermochte ohne Mühe die Engländer in den Kampf gegen die Russen mit hereinzuziehen und mit der Pforte ein Bündnis zu schließen; dadurch gewann er ein bleibendes Einvernehmen mit der ersten Seemacht der Welt [1]. Die englische und französische Flotte liefen in das Schwarze Meer ein, und die Gesandten wurden (anfangs Januar 1854) gegenseitig abgerufen. Die beiden Staaten gingen mit der Pforte (12. März) und unter sich (10. Mai) ein Bündnis ein, in welchem sie sich verpflichteten, einen dauernden Frieden zwischen Rußland und der Türkei herzustellen und ohne selbstsüchtige Zwecke das europäische Gleichgewicht zu erhalten.

Der Kaiser von Rußland baute auf die Freundschaft Preußens die besten Hoffnungen und rechnete auf eine dankbare Unterstützung des Kaisers von Österreich, dem er das revolutionäre Ungarn unterworfen hatte. In Berlin neigte man sich zu den Westmächten, weil Rußland die Gründung einer preußischen Union verhindert hatte. Am Wiener Hofe hatte man den verletzenden Hochmut nicht vergessen, womit Nikolaus das bezwungene Ungarn dem jungen Kaiser zurückgab; zudem war kein Staat durch Ausbreitung der russischen Macht auf der Balkanhalbinsel mehr gefährdet als Österreich. Auf einer Konferenz in Wien einigten sich Preußen und Österreich (20. April 1854) in einem Vertrag, in welchem sie sich gegenseitig ihren Länderbesitz gegen jeden Angriff garantierten und gegen eine dauernde Besetzung der Donaufürstentümer durch die Russen und gegen ein Überschreiten der Balkanlinie protestierten. König Friedrich Wilhelm IV. und Kaiser Franz Joseph I. kamen in Teschen zusammen und richteten an den Zaren eine gemeinsame Note mit der Forderung, daß die Russen die Donaufürstentümer räumen. Die österreichische Regierung ließ sich vom französischen Kaiser bestimmen, dem Bündnis zwischen den Westmächten und der Türkei beizutreten, und stellte in Siebenbürgen und Galizien zwei starke Armeecorps zur Beobachtung auf. Napoleon III. hatte damit das alte Bündnis der drei Ostmächte zerrissen und Österreich mit dem bittersten Haß der Russen beladen. Nikolaus war gezwungen, sein Heer, welches die von preußischen Offizieren verteidigte Festung Silistria mit großen Verlusten vergeblich belagert hatte, aus der

---

[1] Sybel, Napoleon III, 5—37.

Dobrudscha und den Donaufürstentümern hinter den Pruth zurückzuziehen und den Österreichern ein Beobachtungscorps gegenüberzustellen, welches für den Kriegsschauplatz in der Türkei bestimmt war. In seinem Groll über den Wiener Hof äußerte er sich: „Die zwei größten Narren, die es je gegeben, waren Sobieski, welcher Wien von den Türken befreite, und ich, der ich für Österreich Ungarn besiegte.“ [1]

Die beiden deutschen Großmächte, welche selbständig in der orientalischen Frage vorgegangen waren, wollten sich ohne den Deutschen Bund in keine kriegerische Verwicklung mit Rußland einlassen und legten (24. Mai 1854) dem Bundestag ihr Schutz- und Trutzbündnis vom 20. April vor mit dem Antrag, demselben beizutreten, weil durch die Machtentfaltung Rußlands an der Donau nicht nur die wichtigsten Interessen Österreichs, sondern des gesamten Deutschland bedroht seien. Die bayerische und sächsische Regierung fühlten sich verletzt, daß Österreich und Preußen allein die hohe Politik gemacht hatten, und auf Einladung der Minister von der Pfordten und von Beust versammelten sich Bevollmächtigte von acht gleichgesinnten Bundesstaaten (25. Mai) in Bamberg, um die Beteiligung am orientalischen Kriege zu beraten. Aus Ärger über die österreichisch-preußische Zurücksetzung neigten sie sich auf Seite Rußlands, um den Druck zu schwächen, den die zwei Großmächte auf die Mittel- und Kleinstaaten zu üben suchten. Der bayerische Minister hatte zugleich die Absicht, durch eine Verbindung des Deutschen Bundes mit Rußland die Unabhängigkeit des Königs Otto von Griechenland zu sichern, weil eine englische und französische Armeeabteilung den Piräus besetzt hatte, um jede Kriegslust der Griechen gegen die Türken zu dämpfen; er fand jedoch bei keinem der Bevollmächtigten Anklang, da sie in Griechenland kein deutsches Interesse entdecken konnten. Die acht Bundesstaaten einigten sich in einer identischen Note, in der sie von Österreich und Preußen forderten, daß dem Deutschen Bund als Großmacht bei der Lösung der orientalischen Frage und den Friedensverhandlungen eine Stimme zugestanden werde und die Westmächte das türkische Gebiet verlassen, nachdem die Russen die Donaufürstentümer geräumt hätten. Österreich und Preußen lehnten das Ansinnen der Bamberger Konferenz ab, und da Bayern und Sachsen die anderen Bundesstaaten zu einem thatkräftigen Handeln nicht bewegen konnten, so erklärten alle Mitglieder des Bundestages (24. Juni) ihren Beitritt zu dem Vertrag vom 20. April, mit Ausnahme des Großherzogs von Mecklenburg, welcher aus naher Verwandtschaft mit dem Zaren seine Sympathien für Rußland nicht aufgab [2].

---

[1] Varnhagen von Ense, Tagebücher XI, 91.

[2] Helfert, Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes 1848, II. Bd.

Die Streitkräfte der verbündeten Westmächte erschienen sehr spät auf dem Kriegsschauplatz. Eine englisch-französische Schiffsabteilung unter dem britischen Admiral Charles Napier drang mit prahlerischen Ankündigungen durch die Ostsee in den Bottnischen Meerbusen, um die wichtige Seefestung der Russen, Kronstadt, welche Petersburg deckte, zu erobern; allein sie mußte sich mit dem Kapern russischer Handelsschiffe und dem Beschießen einiger Küstenorte begnügen. Die alliierte Landarmee wurde bei Gallipoli und Varna gesammelt; es waren 30000 Franzosen unter dem Marschall St. Arnaud und 20000 Engländer unter dem Lord Raglan, einem Waffengefährten Wellingtons. Als die Cholera einen großen Teil der Soldaten weggerafft hatte, segelten (5. September 1854) die vereinigten Feldherren nach einem eilfertig entworfenen Kriegsplan mit 50000 Franzosen, Engländern und Türken nach der Halbinsel Krim, um die Festung Sebastopol, an einer Bucht, welche die ganze russische Kriegsflotte fassen konnte, zu erobern. Der Ausschiffung der feindlichen Truppen bei Eupatoria setzten die Russen nicht den mindesten Widerstand entgegen. Das russische Heer hatte unter dem Fürsten Menzikoff am Almaflusse Stellung genommen und wurde von den Verbündeten (20. September) angegriffen und besiegt; diesen stand der Weg über Balaklawa nach Sebastopol offen. Allein sogleich zeigte sich die mangelhafte Vorbereitung der ganzen Expedition, denn die Russen versenkten ihre Flotte, welche der feindlichen nicht gewachsen war, und sperrten damit den Eingang in den Hafen von Sebastopol. Da die Truppen der Alliierten nur zur Einschließung der Südseite der Festung genügten, so konnte in dieselbe ungehindert Munition und Verstärkung geführt werden, während die Franzosen und Engländer zu ihrer Verpflegung auf die Flotte angewiesen waren. Menzikoff verstärkte seine Streitmacht und konnte jeden Augenblick seine Gegner im offenen Felde mit einem Angriffe bedrohen. Die Cholera, welche die Soldaten von Varna mitgebracht hatten, forderte neue Opfer, und selbst der Marschall St. Arnaud erlag der Seuche; der Oberbefehl ging auf den wenig befähigten General Canrobert über. Während der Belagerung Sebastopols griffen die Russen ihre verbündeten Gegner bei Balaklawa an, um die Belagerungsarmee von ihrer Operationsbasis abzuschneiden. Das Treffen blieb (25. Oktober) unentschieden; in der blutigen Schlacht bei Inkerman aber wurden die Russen (5. November) besiegt. Während des Winters wurde auf beiden Seiten zu Verstärkungen gerüstet. Österreich beharrte auf seiner bewaffneten Neutralität, anstatt mit den Westmächten Rußland anzugreifen und sich den politischen Einfluß in den Donaufürstentümern zu sichern, wozu es durch seine kulturgeschichtliche Stellung im Osten angewiesen war. Ganz England wurde über die Schwäche und Unzuverlässigkeit der österreichischen Regierung erzürnt, weil es von ihr sicher erwartet hatte, daß sie thätigen Anteil am Kriege nehmen und denselben abkürzen werde; denn in einem

Artikel des mit den Westmächten abgeschlossenen Vertrages vom 2. Dezember 1854 war eine Kriegserklärung Österreichs an Rußland in Aussicht genommen. Die verfehlte Politik des Ministers Buol-Schauenstein entschied die Zukunft Österreichs und Deutschlands. An die Stelle Österreichs trat als Bundesgenosse Piemont, der Todfeind des habsburg-lothringischen Hauses. Der sardinische Minister Graf Cavour, ein Staatsmann von großer Begabung und hochfliegenden Plänen, schloß (26. Januar 1855) mit England und Frankreich zur Erhaltung der türkischen Unabhängigkeit ein Bündnis, in welchem König Viktor Emanuel II. 15 000 Mann zu stellen versprach. England, das wegen seines alten Werbesystems eine ungenügende Landmacht besaß, verpflichtete sich zur Zahlung von Subsidien an Piemont. Mit dieser allgemein überraschenden Allianz hatte Cavour die Absicht, die Aufmerksamkeit Europas auf sein kleines, nur vier Millionen Seelen umfassendes Vaterland zu lenken, bei den Friedensverhandlungen mitsprechen zu können und die Gründung eines italienischen Königreiches anzubahnen[1].

Kaiser Nikolaus I. bot in seinem ausgedehnten Reiche Verstärkungen auf und ordnete neue Truppenaushebungen an; allein er erlebte den Erfolg nicht mehr. Die schlimmen Nachrichten aus dem Süden über die unrühmliche Kriegführung der Russen regten ihn heftig auf, und er starb (3. März 1855) infolge einer starken Erkältung, welche er sich bei Musterung eines ausmarschierenden Regimentes zugezogen hatte; die Fortsetzung des unglücklichen Krieges hinterließ er seinem Sohne Alexander II. Für die Russen nahm auch der nächste Feldzug eine ungünstige Wendung; als aus den vier verbündeten Ländern neue Verstärkungen eintrafen, wurde Sebastopol nach einem neuen Angriffsplan belagert. Omer Pascha führte die türkische Armee, welche durch die Aufstellung der österreichischen Beobachtungscorps an der Donau frei gemacht worden war, nach der Krim und besiegte die Russen (17. Februar 1855) bei Eupatoria. Der neue französische Oberbefehlshaber, General Pelissier, ein Heerführer von schonungsloser Härte und Grausamkeit, befahl seinen Truppen einen Massenangriff auf die Außenwerke Sebastopols, während die verbündete Flotte die Seeplätze Kertsch und Jenikale wegnahm und die russischen Schiffe und Vorräte zerstörte. Ein Sturm auf die „Schiffervorstadt“ und die östlichen Vorwerke Malakoff und Redan mißlang vollständig. Die Russen griffen unter dem Fürsten Gortschakoff die Alliierten auf den Uferhöhen des Tschernajaflusses an, wurden aber (16. August 1855) zurückgeschlagen, wobei sich die Piemontesen die ersten Lorbeeren verdienten. Die Verbündeten konnten nun ungehindert die Belagerungsarbeiten fortsetzen, und die Franzosen erstürmten (8. September) Malakoff; nach dem Verluste dieses stärksten Vorwerkes vermochte sich die

[1] Reuchlin, Geschichte Italiens, II. Bd.

Festung nicht mehr zu halten, und Gortschakoff zog sich nördlich von Sebastopol zurück. Der einzige Erfolg, den die Russen in diesem Feldzuge errangen, war die Eroberung der türkischen Festung Kars in Großarmenien (28. November). Bei herannahendem Winter wurde auf allen Seiten zur Fortsetzung des Krieges gerüstet. Der russische Gesandte in Athen drängte die griechische Regierung zum Kriege gegen die Pforte; der englische und französische Gesandte aber wirkten entgegen und schüchterten den König durch Drohungen ein. Die Minister und das Volk schwärmten für einen Kampf gegen die Türken und für Wiederherstellung des griechischen Reiches. Otto I. wählte zwischen zwei Übeln das kleinere und blieb neutral; dadurch machte er sich bei seinem Volke verhaßt. Die Griechen, welche sich mehr mit Arbeit und Landeskultur hätten beschäftigen sollen, erhoben sich zu einem bewaffneten Aufstand gegen ihren König und mußten durch französische und englische Truppen unterworfen werden[1]. Sie machten Otto den leichtfertigen und ungerechten Vorwurf, daß sie durch seine Politik an Vergrößerung ihres Landes gehindert worden wären, und vergaßen aus schmählichem Undank die großen Verdienste, welche er und sein Vater sich um Neugriechenland erworben hatten.

Napoleon III., welcher die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben pflegte, zog es vor, sich mit den bisher errungenen militärischen Erfolgen in der Krim zufrieden zu geben und den Krieg, der schon ungeheuere Opfer an Menschen und Geld gefordert hatte, zu beendigen. Auf seinen Antrag wurden in Paris (Februar 1856) die Friedensverhandlungen zwischen Frankreich, England, Rußland und Piemont eröffnet. Die österreichischen Bevollmächtigten sahen mit bitterm Ärger, wie der sardinische Minister Cavour und der Gesandte Viktor Emanuels am Pariser Hofe dem Kongresse beiwohnten. Preußen war nicht eingeladen worden, und erst in der siebenten Sitzung wurde es auf Vorschlag des französischen Ministers des Auswärtigen, Walewsky, zu den Verhandlungen gezogen, weil man bei Ordnung allgemeiner europäischer Angelegenheiten eine Großmacht doch nicht gänzlich beiseite setzen konnte. Durch den schlau berechneten Antrag Walewskys wurde das freundschaftliche Verhältnis Preußens zu Österreich erschüttert. Am 3. März 1856 wurde „der Pariser Friede“ unterzeichnet; in demselben wurde die Unverletzlichkeit des osmanischen Reiches gegen den Widerspruch Rußlands gewährleistet, den Christen in der Türkei auf Grund eines vom Sultan erlassenen Reformgesetzes (Hatti-Humayun) vom 25. Januar 1856 eine Verbesserung ihrer Lage gegenüber den Moslemin versprochen, das Schwarze Meer den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet, aber jedem Kriegsschiffe verboten und die Schiffahrt auf der Donau freigegeben. Zur Sicherheit

[1] Mendelssohn-Bartholdy, Geschichte Griechenlands, Staatengeschichte, XV. Bd.

der freien Schiffahrt trat Rußland einen Teil von Bessarabien an die Donaufürstentümer ab und gab die Festung Kars in Asien heraus, erhielt aber die Halbinsel Krim zurück. Der Moldau und Walachei wurde eine unabhängige, nationale Verwaltung zuerkannt; sie blieben jedoch unter der Oberherrlichkeit des Sultans. Am Schlusse der Verhandlungen legte der Minister Cavour im geheimen Einverständnis mit der französischen und englischen Regierung, zur Überraschung des Kongresses, den versammelten Bevollmächtigten eine Denkschrift vor, in der er die politischen Zustände in Neapel und dem Kirchenstaat mit den grellsten Farben schilderte und die Behauptung aussprach, der Friede in Europa sei nur dann gesichert, wenn die österreichischen und französischen Truppen, welche zur Verletzung des italienischen Nationalgefühls den Kirchenstaat besetzt halten, entfernt und in Lombardo-Venetien freie Institutionen eingeführt werden. Dem österreichischen Gesandten fiel es nicht schwer, diesen anmaßlichen Auslassungen entgegenzutreten; allein Cavour hatte seinen Zweck erreicht. In den Italienern entzündete sich ein tödlicher Haß gegen Österreich, und England und Frankreich wurden für den Antrag des piemontesischen Ministers gewonnen [1]. Napoleon zögerte jedoch mit der That; in gewohnter Weise wartete und überlegte er.

Die Ergebnisse der Pariser Friedensverhandlungen entsprachen nicht den unermeßlichen Opfern, welche der Krimkrieg gefordert hatte; denn die Engländer hatten 22000 Mann, die Franzosen 70000 und die Russen 100000 Mann verloren und England hatte 76 Millionen Pfund Sterling und Frankreich 1700 Millionen Franken aufgewandt. Die Türkei wurde zwar von einem offenen Verderben gerettet, ließ sich aber zu einer Verbesserung der innern Verwaltung nicht belehren. Der wichtigste Erfolg des großen Kampfes war, daß Rußlands Macht auf zwei Jahrzehnte geschwächt, das Bündnis der Ostmächte gesprengt und Österreich, welchem die Aufstellung der zwei Armeecorps 550 Millionen Gulden gekostet hatte, durch seine verkehrte Politik vereinzelt und von jeder Allianz abgesondert wurde. Die Früchte des Sieges fielen dem neuen französischen Kaisertum zu, welches seitdem in den Vordergrund der europäischen Politik trat, weil die Streitkräfte Frankreichs an Zahl und Organisation die übrigen Bundesgenossen übertroffen hatten.

Kurz vor Beginn des Pariser Kongresses eröffnete der König von Bayern (September 1855) den Landtag und hob in der Thronrede hervor, daß der Deutsche Bund während des Krieges in der Krim seine Eintracht gewahrt hätte; er stellte möglichste Schonung der Steuerkräfte und die Vorlage mehrerer Gesetzentwürfe in Aussicht. Die Abgeordneten setzten in der Adresse den Wunsch obenan, es möchte endlich die deutsche Bundesverfassung

---

[1] Rogge, Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart, I. Bd.

ausgeführt und die dem deutschen Volke verheißene Vertretung in einem Nationalparlament gewährt werden. Sie sicherten bei Beratung des Staatshaushaltes und der neuen Gesetze ihre thätigste Mitwirkung zu. In ähnlicher Weise faßten die Reichsräte ihre Adresse ab, ließen aber die deutsche Bundesverfassung unberührt. Aus den Verhandlungen des Budgets ergab sich, daß die allgemeine Staatsschuld bis zu 133 Millionen angewachsen sei. Die gesamten Einnahmen und Ausgaben wurden bis zu 41 Millionen erhöht und beschlossen, daß das Zahlenlotto im Jahre 1861 aufgehoben werde. Die Reichsratskammer wollte das Budget nach den Beschlüssen der Abgeordneten lange nicht annehmen und verwahrte sich in einem Protokoll, wenn es den Bedürfnissen des Staates nicht entsprechen sollte. Nach einer Revision der Einkommen- und Kapitalrentensteuer wählten die Kammern vor ihrer Vertagung Gesetzgebungsausschüsse, um mit der Regierung das neue Polizeistrafgesetz und das Strafgesetzbuch zu beraten. Ein neues Polizeistrafgesetz erschien um so notwendiger, als die Polizei bisher durch unzählige, aufeinander folgende Verordnungen gehandhabt worden war. Die polizeilichen Gebote und Verbote wuchsen zu einer systemlosen Fülle heran, so daß die Polizeibeamten sich nicht mehr zurecht fanden und nicht selten willkürliche Strafen und Verfügungen erließen. Auch die Staatsangehörigen sollen sich in einem Gesetzbuch Belehrung erholen können, welche Pflichten ihnen der Staat auferlege und inwieweit die Befugnis der Polizei ihnen gegenüber begründet sei. Der Entwurf des neuen Polizeistrafgesetzes räumte den Polizeibeamten eine höchstbedenkliche Macht ein, und der Referent des Gesetzgebungsausschusses, Professor Dr. Weis aus Würzburg, beantragte, daß mehrere Reate aus demselben als Vergehen in das Strafgesetz hinübergenommen, die zu hohen Strafen gemindert und die körperliche Züchtigung als Strafmittel entfernt werde. Alle Mitglieder stimmten der Systemänderung des Referenten bei. Der Ausschuß der Reichsräte aber begutachtete den Regierungsentwurf, und dies genügte den Ministern, die Anträge der Abgeordneten abzulehnen, so daß die Prügelstrafe, welche in der Rheinpfalz schon längst abgeschafft war, in dieser Provinz wieder eingeführt werden würde. Als der Gesetzgebungsausschuß der Abgeordneten gegen den Beschluß der Regierung protestierte und forderte, daß die Gesetzentwürfe nach dem Geschäftsgang des Landtags der gesamten Kammer zur Verhandlung vorgelegt werden, hob der König (März 1858) auf Vorschlag seiner Minister die Gesetzgebungsausschüsse auf und löste zugleich die ganze Kammer auf[1]. Professor Dr. Weis wurde als Appellrat nach Eichstätt versetzt, um den gefährlichen Gegner aus der Abgeordnetenkammer zu entfernen.

---

[1] Verhandlungen der zweiten und ersten Kammer des Königreichs Bayern vom September 1855 bis März 1858.

Durch diese büreaukratischen Maßregeln machten sich die Minister beim ganzen Volke verhaßt. Bei der neuen Wahl wurde nicht nur Dr. Weis, sondern eine große Zahl von Gegnern der Regierung gewählt, weshalb der König den Landtag (Januar 1859) nicht persönlich eröffnete, sondern hiermit seinen Bruder, den Prinzen Luitpold, beauftragte. Der wieder zum ersten Präsidenten gewählte Graf von Hegnenberg-Dux forderte in seiner Antrittsrede die Versammlung auf, nach dem geleisteten Eide zu handeln und mit männlichem Mute die wohl erworbenen Rechte des Volkes zu verteidigen. Dr. Weis wurde aus Demonstration zum zweiten Präsidenten gewählt. Es herrschte in der ganzen Kammer ein verbitterter Unmut über die reaktionären Minister; man machte ihnen den Vorwurf, daß sie den Rechtsstaat in einen Polizeistaat umwandeln wollen, und erinnerte sie an die Neuwahl, welche ihnen beweise, daß das Volk kein Vertrauen zu ihnen habe. Der Abgeordnete Brater verurteilte die neuen Strafgesetze mit dem Warnungsruf: „An dem Tag, an dem wir diese Gesetze annehmen, überliefern wir die bürgerliche Freiheit und unser gutes Recht der Willkür der Polizeibeamten!" Freiherr von Lerchenfeld, der Führer des Zentrums, sagte den Ministern unter allgemeinem Beifall vorher, daß sie das neue Polizeigesetz niemals durchbringen werden, solange es noch in Bayern eine Verfassung und einen Landtag gebe. Mit tiefster Entrüstung beleuchtete er die wachsende Reaktion und das eigenmächtige Handeln der Staatsregierung und ermahnte die Kammer an eine vertrauensvolle Beharrlichkeit; denn wo die Not am größten sei, da sei die Hilfe am nächsten. Aus den Nachweisungen über die Staatsausgaben von 1853 bis 1855 ergab sich ein Ausfall von fünf Millionen Gulden; zu diesen Ausschreitungen hatten die Minister während der wiederholten Landtagsversammlungen weder die Bewilligung der Kammern eingeholt, noch um nachträgliche Indemnität nachgesucht. Dieses verfassungswidrige Verfahren kränkte selbst die Reichsräte, von denen viele mit der reaktionären Richtung des Ministeriums einverstanden waren. In Übereinstimmung mit den Abgeordneten legten sie Verwahrung ein gegen die Mehrausgaben, namentlich für die Orden und die Regierungspresse. Die Ausfälle auf die Regierung, zumal auf den Minister Reigersberg, wurden heftiger, als Professor Lasaulx von der Rechten über die Beschwerde referierte, welche bei der Kammer jene Redakteure eingereicht hatten, deren Zeitungsblätter konfisziert worden waren, weil sie in denselben die Versetzung des Professors Weis besprochen hatten. Lasaulx nahm die Kammerthätigkeit des Dr. Weis in Schutz und warf den Ministern vor, daß sie den Appellrat, wenn sie in einer rein wissenschaftlichen Frage anderer Meinung als er gewesen seien, mit den ehrlichen Waffen der Wissenschaft hätten bekämpfen sollen. Fast sämtliche Abgeordnete und Reichsräte einigten sich in dem Beschluß, an den König die Bitte zu richten, daß die gesetzliche Preßfreiheit nicht durch die Polizeigewalt unterdrückt werde.

Die gesetzgeberischen Arbeiten des Landtags 1859 beschränkten sich auf Gewährleistung bei Viehveräußerungen, Verjährung der Klagen, die Einrede des nicht gezahlten Geldes oder Heiratgutes und die Annahme des Münzvertrages, den Bayern als Mitglied des Zollvereins mit Österreich 1857 in Wien abgeschlossen hatte; nach demselben wurde zur Erleichterung des Verkehrs der „Vereinsthaler" im ganzen Gebiete des Zollvereins und im österreichischen Kaiserstaate als gesetzliche, gemeinsame Münze eingeführt [1]. Zur Deckung außerordentlicher Armeebedürfnisse wurden sieben Millionen Gulden bewilligt, weil ein Krieg zwischen Frankreich und Österreich auszubrechen drohte. Die Abgeordneten reichten bei dem König eine Adresse ein und gestanden ihm darin, daß sie mit schwerem Herzen diese Summe genehmigt hätten, gegenüber einem Ministerium, welches die Verfassung verletze und den innern Frieden störe. Nur aus Patriotismus hätten sie diesen Militärkredit genehmigt; bei der immer näher herankommenden Kriegsgefahr sei Eintracht zwischen dem Volke und der Regierung höchst notwendig. Inmitten der traurigen Stimmung aller Gemüter setzten sie ihre einzige Hoffnung auf die Verfassungstreue und die landesväterliche, deutsche Gesinnung des Königs. Maximilian II. wies die außerordentliche Adresse zurück und bemerkte im Landtagsabschied: „Mit Schmerz erfüllt Uns der Rückblick auf den Gang und die Art der in der Abgeordnetenkammer gepflogenen Verhandlungen, in welchen so sehr alles Maß überschritten worden ist." [2] Nach dem Schlusse des Landtags wählte die Bürgerschaft Würzburgs den Appellrat Weis zu ihrem Bürgermeister, und das ganze Land erwartete mit großer Spannung, ob der König die Wahl bestätigen werde.

Maximilian II., ein Fürst von schlankem Körperbau und vornehmer aristokratischer Haltung, erwiderte mit freundlicher Miene jeden Gruß, besaß aber nicht die Gabe, sich persönlich, wie sein Vater, unter jede Volksklasse zu mischen. Wissenschaftlich war er vielseitig gebildet; außer der französischen Sprache war er im Italienischen, Englischen, Spanischen und Neugriechischen unterrichtet. Die höheren Studien hatte er an den Universitäten Göttingen und Berlin gemacht, wo er sich mit vorwiegender Neigung der Geschichte und Philosophie widmete. Zum Lehrer in der Philosophie hatte er Schelling, der ihm das ganze menschliche Wissen aufschloß. In den ersten Jahren seiner Regierung war der König den freisinnigen politischen Grundsätzen ergeben, die ihn als Kronprinzen mit seinem Vater entzweit hatten; bald jedoch regte sich in ihm mächtig das monarchische Prinzip, und er haßte jede demokratische Regung. Aus hohem Regentenstolz hörte er es gerne, wenn man über das Alter der Wittelsbachischen Dynastie sprach und auf die Verzweigungen

[1] Beer, Allgemeine Geschichte des Welthandels, III, 1, 167—173.
[2] Verhandlungen der bayerischen Kammern 1859.

derselben auf allen Thronen Europas hinwies. Seiner Natur und Neigung nach würde Max lieber als aufgeklärter und volksfreundlicher Absolutist regiert haben; er war jedoch gewohnt, sich eifrig über seine Regentenpflichten zu erforschen und konnte sich durch seine philosophische und historische Bildung beherrschen. Wenn er über wichtige Staatsangelegenheiten einen Beschluß fassen wollte, zog er sich in sein „Sanctuarium" zurück, welches einer Kapelle glich und bildliche Darstellungen seiner historischen Ideale enthielt. Auf einem Altar stand ein Kruzifix nebst einem Madonnenbild und in einem Ölgemälde, „die Verklärung eines guten Königs", schwebte aus dem Grabe ein Fürst im Gewande eines Hubertusritters zum Himmel empor; unten am Grabe kauerten die sieben Todsünden in personifizierten Gruppen, während den aufschwebenden Fürsten die sieben Werke der Barmherzigkeit als Jungfrauen umgaben. Engel reichten ihm die Hände und oben im Himmel ward er von dem Weltheiland empfangen. Andere Gemälde an den Friesen der Kapelle stellten die Regententugenden dar, welche durch bayerische Fürsten personifiziert waren. An den Wandgesimsen standen die Büsten berühmter Monarchen, Staatsmänner, Philosophen und Dichter, wie: Napoleon I., Kurfürst Maximilian I., Peter der Große, Ludwig der Bayer, Heinrich IV., Ludwig der Heilige, Alfred der Große, Karl der Große, Marc Aurel, Alexander der Große, Pitt, Washington, Perikles, Platon, Schiller, Goethe, Schelling 2c., und bei jeder Büste lag die Lebensgeschichte des Abgebildeten. An den Wänden waren Sprüche der Weisen oder Stellen aus den Schriften der in Büsten dargestellten Männer oder aus der Bibel angebracht[1]. Maximilian II. war, obgleich ein fein gebildeter Philosoph, von dem Geiste des Christentums innig durchdrungen. Zur Pflege und Unterstützung der Armen und Unglücklichen gründete er (1853) den St. Johannesverein mit einem Stiftungskapital von 40000 Gulden; der Verein verbreitete sich schnell über ganz Bayern und zählte nach vier Jahren 60 Rettungshäuser und 179 Kleinkinderbewahranstalten. Mit reicher Ausstattung gründete der König in Neuberghausen nächst München das Maximilians-Reliktenstift, welches armen Beamtentöchtern einen sorgenfreien Aufenthalt gewährt. Den bestehenden Wohlthätigkeitsanstalten schenkte er einige hunderttausend Gulden und übernahm, als seine Mutter, die Königin Therese, (1854) der Cholera erlag, alle jene Beiträge, welche sie jährlich an wohlthätige Anstalten und Arme gespendet hatte.

In politischen Angelegenheiten pflegte Max II. von Männern verschiedener Parteirichtungen ein Gutachten zu verlangen, welches er aus Gewissenhaftigkeit endlos prüfte. Selbst in dringenden Sachen kam er erst nach langen Erwägungen zur Entscheidung. In jenen Dingen, wo er unabhängig von den Ministern und Kammern einen Beschluß fassen konnte,

---

[1] Riehl, Historisches Taschenbuch, Serie 5, Jahrgang 1871.

folgte er nur seiner eigenen Überzeugung und wirkte in jenen Verwaltungsfragen, zu deren Lösung das Gesetz freien Spielraum ließ, bestimmend auf die Minister ein. In der Gesetzgebung ließ er die verantwortlichen Minister gewähren, wenn er auch mit ihnen nicht immer einverstanden war. Die Aufregung der Gemüter während der letzten Jahre war ihm nicht unbekannt; da er wissen wollte, wie sein Volk über ihn denke, so forderte er von zwei angesehenen Führern der politischen Parteien ein Gutachten über seine innere Regierung. Der eine legte dem König dar, daß die Bayern mit ihm zufrieden wären; nur über die Berufung norddeutscher Gelehrten seien sie aufgebracht, weil sie dieselben als Feinde der katholischen Religion und der Selbständigkeit ihres Vaterlandes betrachten. Der andere stellte die Behauptung auf, daß die innere Ruhe zurückkehren werde, wenn ein freisinniges Ministerium ernannt werden würde, welches die Eintracht mit der Abgeordnetenkammer wiederherstelle. Maximilian erwog beide Ratschläge; er erinnerte sich an den bei seiner Thronbesteigung aufgestellten Wahlspruch „Freiheit und Gesetzmäßigkeit" und erkannte, daß die Ruhe ins Land zurückgeführt werden müsse, weil der Krieg in Italien bereits entbrannt war. Als ihm die Minister über die Wahl des Dr. Weis zum Bürgermeister von Würzburg schriftlichen Bericht erstatteten, schrieb er ihnen die ewig denkwürdigen Worte: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke und den Kammern!" Die Wahl Weis' bestätigte er und beförderte ihn später zum Ministerialrat. Sämtliche Minister nahmen ihre Entlassung; nur der Kultusminister von Zwehl blieb aus Rücksicht auf die Interessen seiner Familie in seinem Amte. Freiherr von der Pfordten wurde zum Bundestagsgesandten in Frankfurt und der dortige bayerische Gesandte, Freiherr von Schrenk, zum Minister des Äußern und des Hauses ernannt; das Ministerium des Innern wurde dem Herrn von Neumaier, das der Justiz dem Freiherrn von Mulzer, das der Finanzen dem Herrn von Pfeuffer und das des Krieges dem General von Spies übertragen. Die neuen Minister waren teils gemäßigten, teils liberalen Grundsätzen zugethan und konnten auf das Vertrauen des Volkes und dessen Vertreter rechnen. Max hatte seine Neigung zu einer absoluten Herrschaft bezwungen und regierte von nun an als konstitutioneller Monarch aus Pflichtgefühl und Rechtssinn; dadurch gewann er die volle Liebe seines Volkes und machte sich selbst über die Grenzen Deutschlands populär. Die Änderung des Regierungssystems gab dem Patriotismus, womit ganz Deutschland durch die auswärtige Politik des französischen Kaisers entflammt wurde, in Bayern einen erhöhten Aufschwung.

Seit dem krimischen Feldzug galt Napoleon III., der frühere Abenteurer von Straßburg und Boulogne und der verachtete Gefangene von Ham, für den mächtigsten und angesehensten Herrscher der Erde, und auf seine Worte lauschte ganz Europa mit Spannung. Das gewonnene Ansehen genügte ihm

nicht; seine Gedanken waren auf Erweiterung der französischen Grenzen gerichtet. Gegen den Gemahl der Königin Viktoria von England, den Prinzen Albrecht, sprach er die Absicht aus, zur Kriegskostenentschädigung in der Krim Belgien und das linke Rheinufer in Besitz zu nehmen. England wollte er durch einen günstigen Handelsvertrag und Preußen durch Vergrößerung in Mittel- und Süddeutschland beschwichtigen. Diesen Ländererwerb suchte er nicht mit dem kriegerischen Ungestüm seines großen Oheims zu erreichen, sondern mit ruhiger, geistiger Überlegenheit vorzubereiten. Nach Erwerbung des linken Rheinufers hoffte er seine Dynastie für immer in Frankreich zu befestigen. Zur Durchführung seines Planes stellte er für das allgemeine Völkerrecht den Grundsatz der Nationalitäten auf, um in Europa eine neue Staatenbildung zu schaffen und die Familie der Bonaparte den alten Dynastien anzupassen. Nach dem Nationalitätsprinzip setzte es Napoleon (1857) in Verbindung mit Rußland, Preußen und Sardinien durch, daß die Moldau und Walachei in das Fürstentum Rumänien vereinigt wurden. Hierauf wollte er die Italiener zu einer freien und selbständigen Nation machen, denn er hatte schon als Mitglied der revolutionären Partei der Carbonari (1831) in der Romagna den Schwur gethan, für die Unabhängigkeit Italiens zu leben und zu sterben. Verschworene Italiener, namentlich der fanatische Revolutionär Orsini, erinnerten ihn durch Attentate auf sein Leben an seine eidlich übernommene Verpflichtung. In vollem Einverständnis mit ihm handelte der piemontesische Minister Graf Cavour, um die österreichische Herrschaft in Italien zu stürzen. Es wurden in Sardinien ausgedehnte Rüstungen angeordnet, ein italienischer Nationalverein gegründet, zur Anschaffung von Geschützen eine nationale Subskription angeregt und der Schriftenwechsel zwischen Cavour und dem österreichischen Minister Grafen Boul-Schauenstein immer gereizter. Cavour war unausgesetzt bemüht, Bündnisse fremder Mächte mit Piemont zu stande zu bringen. Die Engländer wünschten eine Vertreibung der Österreicher aus Italien und unterwühlten die Halbinsel zu einer nationalen Erhebung gegen die fremden Fürsten; allein sie waren gewohnt, keine Opfer zu bringen, ohne daß sie einen Gewinn machten. Napoleon war bereit, Cavour in seinem großen Unternehmen mit französischer Streitmacht zu unterstützen und kam mit ihm in dem Vogesenbade Plombières (Juli 1858) überein, in Italien nach Verdrängung der Österreicher einen Staatenbund zu errichten, in welchem auch der Papst eine Stelle fände. Piemont sollte Lombardo-Venetien nebst Modena und Parma erhalten. Dem Großherzog von Toscana würden die päpstlichen Legationen zufallen und Napoleon Nizza und Savoyen erwerben, um den Forderungen der Franzosen zu genügen. Zum Vorwande der Befreiung Italiens nahm der französische Kaiser die Spezialverträge, welche Österreich mit mehreren italienischen Staaten abgeschlossen und wodurch es die Suprematie über die ganze Halbinsel

erlangt hatte. Im Namen des Völkerrechts begehrte er die Aufhebung dieser Verträge, weil nach dem Wiener Frieden von 1815 Italien aus unabhängigen Staaten bestehen sollte[1]. Die italienischen Staaten hatten von ihrer Unabhängigkeit Gebrauch gemacht, als sie mit Österreich beliebige Bundesverträge eingingen.

Am 1. Januar 1859 richtete Napoleon III. beim Empfang des diplomatischen Corps an den österreichischen Gesandten, Baron von Hübner, die Worte: „Ich bedauere, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht mehr so gut sind, wie ich zu sehen wünsche; aber ich bitte, dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer die nämlichen sind." Diese Rede rief in ganz Europa das größte Staunen hervor und wurde überall als Kriegserklärung aufgefaßt. Es war die Drohung eines Banditenführers, denn Österreich hatte Frankreich kein Leid zugefügt und der französische Kaiser den Streit dadurch vom Zaune gebrochen, daß er den ungerechten Forderungen Sardiniens zustimmte. Napoleon hatte schon längst umfassende Rüstungen anbefohlen und weittragende Geschütze nach eigener Erfindung fertigen lassen, ohne daß die österreichische Gesandtschaft in Paris hiervon etwas bemerkte. König Viktor Emanuel II. von Piemont wiederholte die bedrohliche Neujahrsansprache Napoleons, indem er in der nächsten Thronrede den in Turin versammelten Ständen ankündigte, daß er auf die künftigen Ereignisse vorbereitet sei und die Verträge achten wolle, aber „gegen den nationalen Schmerzensschrei, der sich zu ihm auf allen Seiten Italiens erhebe, nicht unempfindlich sein werde". Als der Premierminister Cavour von den beiden Kammern (Februar 1859) eine Kreditbewilligung von 50 Millionen Lire verlangte, mußte die österreichische Regierung sie als eine Kriegsanleihe auffassen; dennoch zögerte sie, die gesamte Kriegsmacht mobil zu machen, weil ihr die notwendigen Geldsummen fehlten. Feldmarschall-Lieutenant von Grüne, der als erster Generaladjutant des Kaisers und als Vorstand der Militärzentralkanzlei die oberste Leitung des Kriegswesens in seinen Händen hatte, und der zweite Generaladjutant Feldmarschall-Lieutenant Baron von Schlitter erklärten im Kriegsrat, daß fünf Armeecorps vollauf genügen, um das kleine Piemont zu bewältigen und das Hervorbrechen der französischen Kolonnen aus den Alpenpässen oder deren Landung in Genua zu verhindern. Sie wiesen darauf hin, daß der Kriegsschauplatz in Oberitalien Nebensache sei und das Schwergewicht der Kriegführung nach dem Rheinstrom verlegt werden müsse. Dieser Ansicht stimmte auch der Minister Buol-Schauenstein zu und beantragte, den Deutschen Bund für das Interesse Österreichs zu gewinnen; er glaubte sicher, daß der Bundestag den Kriegsfall für gegeben ansehen werde, sobald die Franzosen den Mont-Cenis überschreiten oder in der Lomellina anlangen werden.

---

[1] Reuchlin, Geschichte Italiens, II. Bd.

In Deutschland hatte die Neujahrsrede Napoleons III. allgemeine Entrüstung und patriotische Begeisterung erweckt. Die zahlreiche Tagespresse, die seit 1848 auf das Volk eine ungeahnte Macht ausübte, entzündete in den Deutschen den Nationalhaß gegen die Franzosen und stellte einen Angriff derselben auf Österreich als eine Beleidigung der deutschen Ehre und Interessen dar. Der gleiche Patriotismus gab sich kund in den einzelnen Landtagen, besonders in Bayern, Württemberg, Hannover und Nassau, und der Bundestag und Preußen wurden aufgefordert, „den Po am Rhein zu verteidigen". Die bayerische Regierung empfahl in einer an den Minister Buol gerichteten Note (29. Januar 1859) ein festes Zusammenstehen der deutschen Großmächte und des Bundes als sicherstes Mittel zur Erhaltung des Friedens. Wenn aber die Franzosen in Verbindung mit den Piemontesen Österreich in Oberitalien angreifen, so werde Bayern den casus foederis für gegeben erachten. Im gleichen Sinne wurden der österreichischen Regierung von den süd- und westdeutschen Staaten bündige Zusagen gemacht. Die Herzoge von Nassau und Braunschweig eilten nach Berlin, um die preußische Regierung zu bewegen, daß durch einen Bundesbeschluß der Friede erhalten oder ganz Deutschland sich mit Österreich vereinigen sollte. Allein in Preußen, wo man die demütigenden Tage von Bronnzell und Olmütz nicht vergessen hatte, benahmen sich die Minister und Volksvertreter sehr zurückhaltend. Der französische Kaiser glaubte sicher, daß Preußen an Österreich Vergeltung üben werde und bot der preußischen Regierung die Erwerbung Holsteins, Hannovers und Kurhessens an, wenn sie ihn in dem italienischen Krieg unterstütze. Prinz Wilhelm von Preußen, dem sein Bruder Friedrich Wilhelm IV. wegen Gehirnkrankheit (7. Oktober 1858) die Regentschaft übertragen hatte, lehnte die angebotene Vergrößerung ab und behielt sich alle Entschließungen vor. In Berlin dachte niemand ernstlich daran, für Österreich die Waffen zu ergreifen, denn je mehr Österreich geschwächt werde, desto höher steige die Macht Preußens. Der preußische Bundestagsgesandte von Bismarck stand mit Cavour und dem Gesandten von Piemont in Frankfurt auf sehr vertrautem Fuß und wirkte gegen einen Anschluß Preußens an Österreich, um demselben, wie er sagte, nicht die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Da die Haltung der preußischen Regierung für die Entschlüsse der deutschen Mittel- und Kleinstaaten maßgebend war, so sandte Kaiser Franz Joseph von Österreich seinen Vetter Erzherzog Albrecht nach Berlin, um dem preußischen Hofe nahe zu legen, daß die Kriegsgefahr nicht in dem politischen Verhältnis Österreichs zu Piemont, sondern in der Eroberungssucht Napoleons III. liege, der sich und seine Dynastie durch militärische Unternehmungen auf dem Throne zu erhalten suche. Deutschland verteidige sich selbst, wenn es Österreich gegen die Franzosen unterstütze und eine Schwächung der österreichischen Stellung an der Südgrenze Deutschlands verhindere. Albrecht wurde in

Berlin (12. April 1859) von dem Prinz-Regenten Wilhelm mit großer Auszeichnung empfangen, und die ersten Verhandlungen verliefen für ihn sehr günstig, weil kurz vor seiner Ankunft eine Note der russischen Regierung in Berlin mit dem Vorschlag eingetroffen war, die Streitigkeiten zwischen Österreich und Piemont auf einer Konferenz der Großmächte auszugleichen; Österreich und Piemont sollten als die unmittelbar beteiligten Staaten von den Verhandlungen ausgeschlossen werden. Der Petersburger Hof war zwar den Italienern abgeneigt, gönnte aber, in Erinnerung an den Krimkrieg, den Österreichern jede Demütigung. Der preußische Minister des Äußern, Freiherr von Schleinitz, lehnte den Antrag Rußlands ab in der Voraussicht, daß Österreich nicht darauf eingehen werde, weil es von einer Konferenz fern bleiben sollte, in welcher seine wichtigsten Interessen verhandelt werden.

Der Erzherzog erreichte mit seinen Unterhandlungen so viel, daß sich die preußische Regierung verbindlich machte, in Frankfurt den Antrag auf Mobilmachung aller deutschen Bundeskontingente zu stellen, wenn Frankreich die Piemontesen mit bewaffneter Macht unterstützen werde; sie setzte jedoch die Bedingung, daß Österreich vorher noch alle Mittel zur Erhaltung des Friedens anwende und den Kongreß, den England vorgeschlagen habe, beschicke. Die Engländer gaben die wärmsten Sympathien für ein geeinigtes Italien kund, weil sie wünschten, daß der von ihnen gehaßte Kirchenstaat aufgelöst und der mit Piemont für sie günstig abgeschlossene Handelsvertrag auf die ganze Halbinsel ausgedehnt werde. Albrecht sagte die Beteiligung Österreichs am Kongresse zu, wobei er ganz nach den Anweisungen handelte, die er in Wien erhalten hatte. Für den sehr wahrscheinlichen Fall, daß durch den Kongreß der Friede nicht erhalten werde, wurde die Kriegführung in allen Einzelheiten erörtert und hierin ergaben sich mancherlei Schwierigkeiten, namentlich in der Frage über die Oberleitung der Operationen, weil der Erzherzog und der Prinz-Regent Anspruch auf den Oberbefehl machten. Albrecht machte den Vorschlag, daß zwei Armeen gegen die Franzosen formiert werden und gegen Paris marschieren; die eine solle von dem Prinz-Regenten und die andere von dem Erzherzog befehligt werden, den Oberbefehl über beide aber sollte der Kaiser von Österreich übernehmen. Auf diesen Antrag gaben die preußischen Minister eine ausweichende Antwort; es wurden jedoch drei preußische Armeecorps kriegsbereit gemacht und dem preußischen Gesandten in Frankfurt befohlen, daß er am 23. April beim Bundestag den Antrag auf Kriegsbereitschaft der Bundeskontingente stelle. Kurz vor Abreise Albrechts (20. April) lief bei dem österreichischen Gesandten in Berlin, Freiherrn von Koller, das Telegramm des Ministers Buol ein, daß am 19. April von Österreich das Ultimatum an Piemont abgegangen sei, mit der Aufforderung, die Regierung in Turin solle sofort die Abrüstung anordnen. Hierüber geriet Erzherzog Albrecht in die größte

In Deutschland hatte die Neujahrsrede Napoleons III. allgemeine Entrüstung und patriotische Begeisterung erweckt. Die zahlreiche Tagespresse, die seit 1848 auf das Volk eine ungeahnte Macht ausübte, entzündete in den Deutschen den Nationalhaß gegen die Franzosen und stellte einen Angriff derselben auf Österreich als eine Beleidigung der deutschen Ehre und Interessen dar. Der gleiche Patriotismus gab sich kund in den einzelnen Landtagen, besonders in Bayern, Württemberg, Hannover und Nassau, und der Bundestag und Preußen wurden aufgefordert, „den Po am Rhein zu verteidigen". Die bayerische Regierung empfahl in einer an den Minister Buol gerichteten Note (29. Januar 1859) ein festes Zusammenstehen der deutschen Großmächte und des Bundes als sicherstes Mittel zur Erhaltung des Friedens. Wenn aber die Franzosen in Verbindung mit den Piemontesen Österreich in Oberitalien angreifen, so werde Bayern den casus foederis für gegeben erachten. Im gleichen Sinne wurden der österreichischen Regierung von den süd- und westdeutschen Staaten bündige Zusagen gemacht. Die Herzoge von Nassau und Braunschweig eilten nach Berlin, um die preußische Regierung zu bewegen, daß durch einen Bundesbeschluß der Friede erhalten oder ganz Deutschland sich mit Österreich vereinigen sollte. Allein in Preußen, wo man die demütigenden Tage von Bronnzell und Olmütz nicht vergessen hatte, benahmen sich die Minister und Volksvertreter sehr zurückhaltend. Der französische Kaiser glaubte sicher, daß Preußen an Österreich Vergeltung üben werde und bot der preußischen Regierung die Erwerbung Holsteins, Hannovers und Kurhessens an, wenn sie ihn in dem italienischen Krieg unterstütze. Prinz Wilhelm von Preußen, dem sein Bruder Friedrich Wilhelm IV. wegen Gehirnkrankheit (7. Oktober 1858) die Regentschaft übertragen hatte, lehnte die angebotene Vergrößerung ab und behielt sich alle Entschließungen vor. In Berlin dachte niemand ernstlich daran, für Österreich die Waffen zu ergreifen, denn je mehr Österreich geschwächt werde, desto höher steige die Macht Preußens. Der preußische Bundestagsgesandte von Bismarck stand mit Cavour und dem Gesandten von Piemont in Frankfurt auf sehr vertrautem Fuß und wirkte gegen einen Anschluß Preußens an Österreich, um demselben, wie er sagte, nicht die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Da die Haltung der preußischen Regierung für die Entschlüsse der deutschen Mittel- und Kleinstaaten maßgebend war, so sandte Kaiser Franz Joseph von Österreich seinen Vetter Erzherzog Albrecht nach Berlin, um dem preußischen Hofe nahe zu legen, daß die Kriegsgefahr nicht in dem politischen Verhältnis Österreichs zu Piemont, sondern in der Eroberungssucht Napoleons III. liege, der sich und seine Dynastie durch militärische Unternehmungen auf dem Throne zu erhalten suche. Deutschland verteidige sich selbst, wenn es Österreich gegen die Franzosen unterstütze und eine Schwächung der österreichischen Stellung an der Südgrenze Deutschlands verhindere. Albrecht wurde in

Berlin (12. April 1859) von dem Prinz-Regenten Wilhelm mit großer Auszeichnung empfangen, und die ersten Verhandlungen verliefen für ihn sehr günstig, weil kurz vor seiner Ankunft eine Note der russischen Regierung in Berlin mit dem Vorschlag eingetroffen war, die Streitigkeiten zwischen Österreich und Piemont auf einer Konferenz der Großmächte auszugleichen; Österreich und Piemont sollten als die unmittelbar beteiligten Staaten von den Verhandlungen ausgeschlossen werden. Der Petersburger Hof war zwar den Italienern abgeneigt, gönnte aber, in Erinnerung an den Krimkrieg, den Österreichern jede Demütigung. Der preußische Minister des Äußern, Freiherr von Schleinitz, lehnte den Antrag Rußlands ab in der Voraussicht, daß Österreich nicht darauf eingehen werde, weil es von einer Konferenz fern bleiben sollte, in welcher seine wichtigsten Interessen verhandelt werden.

Der Erzherzog erreichte mit seinen Unterhandlungen so viel, daß sich die preußische Regierung verbindlich machte, in Frankfurt den Antrag auf Mobilmachung aller deutschen Bundeskontingente zu stellen, wenn Frankreich die Piemontesen mit bewaffneter Macht unterstützen werde; sie setzte jedoch die Bedingung, daß Österreich vorher noch alle Mittel zur Erhaltung des Friedens anwende und den Kongreß, den England vorgeschlagen habe, beschicke. Die Engländer gaben die wärmsten Sympathien für ein geeinigtes Italien kund, weil sie wünschten, daß der von ihnen gehaßte Kirchenstaat aufgelöst und der mit Piemont für sie günstig abgeschlossene Handelsvertrag auf die ganze Halbinsel ausgedehnt werde. Albrecht sagte die Beteiligung Österreichs am Kongresse zu, wobei er ganz nach den Anweisungen handelte, die er in Wien erhalten hatte. Für den sehr wahrscheinlichen Fall, daß durch den Kongreß der Friede nicht erhalten werde, wurde die Kriegführung in allen Einzelheiten erörtert und hierin ergaben sich mancherlei Schwierigkeiten, namentlich in der Frage über die Oberleitung der Operationen, weil der Erzherzog und der Prinz-Regent Anspruch auf den Oberbefehl machten. Albrecht machte den Vorschlag, daß zwei Armeen gegen die Franzosen formiert werden und gegen Paris marschieren; die eine solle von dem Prinz-Regenten und die andere von dem Erzherzog befehligt werden, den Oberbefehl über beide aber sollte der Kaiser von Österreich übernehmen. Auf diesen Antrag gaben die preußischen Minister eine ausweichende Antwort; es wurden jedoch drei preußische Armeecorps kriegsbereit gemacht und dem preußischen Gesandten in Frankfurt befohlen, daß er am 23. April beim Bundestag den Antrag auf Kriegsbereitschaft der Bundeskontingente stelle. Kurz vor Abreise Albrechts (20. April) lief bei dem österreichischen Gesandten in Berlin, Freiherrn von Koller, das Telegramm des Ministers Buol ein, daß am 19. April von Österreich das Ultimatum an Piemont abgegangen sei, mit der Aufforderung, die Regierung in Turin solle sofort die Abrüstung anordnen. Hierüber geriet Erzherzog Albrecht in die größte

Aufregung, weil ihm in der Wiener Hofburg zugesichert worden war, daß vor seiner Rückkehr von Berlin kein entscheidender Schritt gethan werde. Nach seiner Abreise setzte Freiherr von Koller den Minister von Schleinitz von der Kriegserklärung Österreichs an Piemont in Kenntnis; dieser staunte ebenfalls über die Eröffnungen des österreichischen Gesandten. In Wien fuhr Albrecht sogleich in die Hofburg, wo er von dem Generaladjutanten Grüne vernahm, daß er es gewesen sei, der das Ultimatum nach Turin abgeschickt habe, weil Österreich mit Eröffnung der Feindseligkeiten nicht länger mehr zuwarten dürfe. Jetzt sei noch der rechte Zeitpunkt, die sardinischen Truppen und die einzelnen französischen Abteilungen zu schlagen, ehe sie sich sammeln und ihren Aufmarsch beendigen. Ein Kongreß bringe für Österreich, wie auch Graf Buol zugebe, nur Nachteile, denn auf demselben werden Rußland und England sich mit Frankreich gegen Österreich verschwören. Der Erzherzog forderte, daß außer den vier Armeecorps das ganze österreichische Heer marschbereit gemacht werde. Grüne meinte, Feldzeugmeister Graf Giulay, dem der Oberbefehl über die Österreicher in Italien anvertraut worden war, werde mit den Piemontesen ebenso schnell fertig werden, wie vor zehn Jahren Radetzky, denn er habe nicht weniger Soldaten als dieser. Albrecht sah mit sicherem Blick die kommenden Dinge voraus und bestand mit Nachdruck auf seiner Forderung, daß sämtliche Truppen und zwei Kavalleriecorps ausgerüstet werden. Die Generaladjutanten Grüne und Schlitter und der Finanzminister widerstanden zwei Tage dem Drängen des Erzherzogs und am 24. April unterzeichnete der Kaiser den Befehl, das ganze Heer mobil zu machen; allein es war zu spät[1].

Minister Cavour wartete mit Beantwortung des österreichischen Ultimatums bis zum letzten Termin zu und gab sodann eine ablehnende Erwiderung, um den Franzosen Zeit zum Marsche an die italienische Grenze zu geben. Napoleon III. kündigte dem Minister Buol an, daß er, sobald die österreichischen Truppen den Tessin überschreiten, diese Invasion als eine Kriegserklärung an Frankreich betrachten werde. Die Österreicher mußten aus politischen und militärischen Gründen den Ticino überschreiten, weil die Sommation Buols zurückgewiesen worden war. Feldzeugmeister Giulay, der höchst ungern das Oberkommando übernommen hatte, erhielt (27. April 1859) den Befehl, in Piemont einzumarschieren und die Piemontesen zu schlagen, ehe die Franzosen zu ihrer Verstärkung einträfen. Inzwischen hatte die patriotische Stimmung in Deutschland für die Österreicher zugenommen und am stärksten war sie in Bayern aus Stammverwandtschaft. Die bayerischen Landtagsabgeordneten bewilligten der Staatsregierung einen außer-

[1] Helfert, Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes 1848. II. Bd.



ordentlichen Militärkredit und beteuerten in einer Adresse an den König: „Sie werden niemals ein Opfer scheuen, dessen das Vaterland bedürfe. Wie auch immer die Geschicke der Völker fallen mögen, Bayern wird in unlösbarer Bundeseinheit mit allen deutschen Bruderstämmen festhalten am Panier der Wittelsbacher.“ Maximilian II. verbot die Pferdeausfuhr und beauftragte seine Gesandten, an den deutschen Höfen dahin zu wirken, daß alle Fürsten und der ganze Deutsche Bund die vereinigte Wehrkraft für Österreich aufbieten. Auf den Ruf des Königs eilten die Söhne des Adels, der Beamten und Bürger und unter ihnen viele Studierende freiwillig zu den Waffen und alle Volksklassen wurden von einer militärischen Stimmung erfaßt. Auf allen bayerischen Eisenbahnstationen, namentlich in München, wurden die österreichischen Soldaten, welche aus Böhmen durch Bayern nach Tirol und Oberitalien gebracht wurden, als deutsche Brüder begrüßt und mit ungewöhnlichem Wetteifer bewirtet. Bayern und Württemberg waren die ersten Bundeslande, die ihre Heereskontingente marschbereit machten; ihnen folgten die meisten anderen deutschen Staaten. Preußen aber betrieb die Ausrüstung sehr lässig, weil es eine Schwächung Österreichs wünschte und zur Verteidigung außerdeutscher Interessen des Kaisers Franz Joseph nicht einen Mann aufbieten wollte. Die Aufforderung der deutschen Presse, „den Po am Rhein zu verteidigen“, wurde in Berlin gleichgiltig aufgenommen. Der Kaiser von Österreich war auf seine eigene Kriegsmacht angewiesen, um sein gutes Recht in Italien gegen die verbündeten Feinde zu verteidigen.

Feldzeugmeister Giulay war entschlossen, die Piemontesen, deren Stärke 90000 Mann betrug, anzugreifen, ehe ihnen die Franzosen zu Hilfe kämen; allein seine Armeecorps waren wegen der schlechten Finanzlage Österreichs nicht vollständig ausgerüstet und betrugen nur 100000 Mann. Nach Überschreitung des Tessin hatte er zwar vor seinen Gegnern einen Vorsprung von 14 Tagen, war aber zu schwach, um Turin zu besetzen, die Sarden in ihrem verschanzten Lager einzuschließen und den von Mont-Cenis und Genua anmarschierenden 120000 Franzosen zu begegnen; er nahm deshalb in der Lomellina, einer fruchtreichen Landschaft zwischen dem Tessin, dem Po und der Sesia, eine solche Defensivstellung, daß die Lombardei gedeckt und dem Vordringen der Feinde entgegengewirkt werden konnte. Als Napoleon III. (14. Mai 1859) im Lager der Piemontesen ankam, übernahm er selbst den Oberbefehl über die verbündete Armee. Ein österreichisches Corps von 30000 Mann, das Giulay unter dem General Grafen Stadion auf das rechte Poufer zur Auskundschaftung der feindlichen Streitkräfte entsendet hatte, zog sich nach einem hartnäckigen Gefecht bei Montebello (19. Mai) über den Po zurück. Die Alliierten überschritten die Sesia und drängten die Österreicher auf das linke Tessinufer. Giulay verstärkte sich mit den Truppen, welche ihm der Graf Clam-Gallas aus Böhmen, zum Teil durch

Bayern und Tirol zuführte, und sammelte ungefähr 115 000 Mann bei Magenta. Hier wurde er von dem französischen Kaiser (4. Juni) angegriffen und besiegt. Die Leitung der Schlacht war auf beiden Seiten schlecht, und die Franzosen errangen den Sieg nur durch die Energie ihrer Angriffe. Der österreichische Feldherr räumte Mailand und zog sich hinter den Mincio zurück. Napoleon und Viktor Emanuel besetzten (8. Juni) Mailand und der Stadtrat proklamierte wie im Jahre 1848 die Vereinigung der Lombardei mit Piemont. Der französische Kaiser verkündigte den Italienern in einem Manifest, daß er ihr Land „bis an die Adria frei machen werde“.

Die Stimmung in Deutschland wurde infolge der Niederlage der Österreicher immer unruhiger und der Hilferuf in den der österreichischen Sache ergebenen Zeitungsblättern von Tag zu Tag dringender. Der Kriegseifer der Deutschen gegen die Franzosen wurde so ungestüm, daß der russische Reichskanzler, Fürst Gortschakoff, aus Groll über Österreich in einer Note nach Frankfurt die anmaßende Drohung schleuderte, daß der Deutsche Bund nach seinem Ursprung und seiner Bestimmung wesentlich defensiver Natur sei, und einem angriffsweisen Vorgehen desselben gegen Frankreich würde Rußland nicht gleichgiltig zusehen. Mehrere deutsche Regierungen, besonders Bayern und Sachsen, wiesen mit Entrüstung diese Note zurück und waren geneigt, am Bundestag die Kriegserklärung an Frankreich zu beantragen; allein Preußen, das sich von den Mittelstaaten nicht „majorisieren“ lassen wollte, verhinderte eine Diversion am Rhein zu gunsten der Österreicher[1]. Nach Frankreich wäre den Deutschen der Weg offen gestanden, weil an der französischen Ost- und Nordgrenze nur zwei schwache Beobachtungscorps aufgestellt waren. Als die Franzosen und Piemontesen an die Grenze Venetiens und Tirols vorrückten und dadurch nicht nur deutsches Bundesgebiet von Österreich, sondern auch allgemeine deutsche Interessen gefährdeten, befahl der Prinz-Regent Wilhelm von Preußen (14. Juni 1859) beim Bundestag, sechs Armeecorps mobil zu machen zur Besetzung des Mittel- und Niederrhein, während das siebente und achte Bundescorps unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Prinzen Karl von Bayern von Schwaben aus, wo die bayerischen Truppen zusammengezogen worden waren, an den Oberrhein gemäß einem Bundestagsbeschlusse marschieren. Minister Buol verlangte von Preußen, daß es Österreich durch eine Invasion in Frankreich unterstütze und ihm die italienischen Besitzungen gewährleiste. Der Prinz-Regent, der die Franzosen seit dem Kriege Napoleons I. haßte, entschloß sich, den Rhein zu überschreiten, forderte aber den Oberbefehl über das deutsche Bundesheer. Österreich besorgte, Preußen werde nach einem siegreichen Feldzug gegen die

[1] Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung von 1848—1871, II, 39—157.

Franzosen an die Spitze Deutschlands gelangen, und beging den großen Fehler, daß es sich aus Eifersucht auf die Forderung Wilhelms nur unter der Bedingung einließ, daß er den Oberbefehl unter der Oberleitung des Bundes führe. Darauf ging der Prinz-Regent nicht ein und die Bundestruppen blieben am Rhein und in Schwaben unthätig stehen[1].

In Österreich waren alle Streitkräfte zu einer zweiten Schlacht aufgeboten worden. Feldzeugmeister Giulay legte das Oberkommando, zu dem er sich selbst für nicht befähigt bekannte, nieder und den Oberbefehl übernahm, wie der französische Kaiser und der piemontesische König, Kaiser Franz Joseph, dem ein tüchtiger Generalstabschef zur Seite stand. Im Kriegsrat wurde vorgeschlagen, in dem „Festungsviereck" von Peschiera und Mantua am Mincio und von Verona und Legnago an der Etsch eine Defensivstellung zu nehmen, weil die verbündeten Gegner bei ihren Angriffen auf diese Bollwerke durch Sonnenhitze und in den sumpfigen Niederungen durch Fieber aufgerieben werden würden. Franz Joseph wollte keinen langwierigen Festungskrieg führen, sondern nach allgemeiner Stimmung seiner Völkerschaften eine Entscheidungsschlacht liefern, um das Ansehen Österreichs in Deutschland und Europa wiederherzustellen. Während die Österreicher den Mincio überschritten, rückten die Franzosen und Piemontesen gegen denselben Fluß vor. Bei Solferino stießen die beiden Heere (24. Juni 1859) aufeinander, und nach einer furchtbaren Schlacht unterlagen die Österreicher; nur das Armeecorps des Generals Benedek focht rühmlich und schlug die Piemontesen in die Flucht. Die Alliierten hatten so große Verluste erlitten, daß die besiegten Österreicher unbehelligt über den Mincio zurückgehen konnten. Mit der Schlacht bei Solferino war noch keine Entscheidung erzielt, weil die Festungen noch im Besitze der Österreicher waren und ohne dieselben „Italien bis an die Adria" nicht frei gemacht werden konnte. Die Franzosen gingen, in Erinnerung an die Belagerung Sebastopols, mit Unlust an einen Angriff auf das „Festungsviereck", und das französische Volk, dessen Eroberungsgelüste nur auf das linke Rheinufer gerichtet waren, mißbilligte den italienischen Krieg ebenso wie den in der Krim. Napoleon III. wollte durch Fortsetzung des Krieges für eine fremde Nation die Unzufriedenheit seiner Soldaten und seines Volkes nicht vergrößern und da durch die Siege bei Magenta und Solferino seine Dynastie mit neuem Ruhm geschmückt worden war, so lud er den Kaiser von Österreich zu einer Zusammenkunft in Villafranka ein, um mit ihm über Friedensbedingungen zu verhandeln. Franz Joseph verstand sich (12. Juli) zur Abtretung der Lombardei mit Ausnahme von Mantua und Peschiera an den französischen Kaiser, weil er das Kriegsglück nicht weiter versuchen wollte und die verlorene Provinz zu einer günstigen

[1] Jürgens, Deutschland im französisch-sardinischen Krieg 1859, S. 316—332.

Zeit zurückzuerobern hoffte. Auch willigte er in die Errichtung eines italienischen Föderativstaates, dem auch Venetien beitreten und in dem der Papst den Vorsitz führen sollte. Napoleon übergab die Lombardei dem König von Piemont und versprach dem österreichischen Kaiser, daß seine Vettern, der Großherzog von Toskana und die Herzoge von Parma und Modena, welche vor einem drohenden Aufstande ihrer aufgewiegelten Unterthanen entflohen waren, wieder in ihre Länder eingesetzt werden[1].

Der definitive Friede zwischen Österreich, Frankreich und Sardinien wurde in Zürich (10. November 1859) abgeschlossen und in demselben die Präliminarien von Villafranka bestätigt. Ehe die Bestimmungen über die italienische Konföderation und die Rückkehr der Fürsten von Modena, Parma und Toskana vereinbart worden waren, hatte hierüber die Revolution, welche Napoleon III. mit seinem Nationalitätsprinzip angefacht hatte, entschieden. Die nationale Partei in Modena, Parma und Toskana, die sich nach der Flucht ihrer Landesfürsten der Regierung bemächtigt hatte, setzte sie ab und die vom Volke gewählten Deputierten der drei Staaten erklärten (20. August 1859) einmütig den Anschluß an Piemont. König Viktor Emanuel trug kein Bedenken, fremden Besitz aus der Hand der Revolution anzunehmen, und Preußen und Rußland begrüßten freudigst den Umsturz in Mittelitalien. Auch in der kirchenstaatlichen Provinz Romagna, wo sich nach dem Abmarsch der Österreicher aus Bologna die nationale Revolutionspartei erhoben hatte, verwarfen die Volksvertreter in einer Generalversammlung die weltliche Regierung des Papstes und riefen Viktor Emanuel zu ihrem König aus. Weder in Villafranka noch in Zürich war über eine militärische Zurückführung der abgesetzten Fürsten in Mittelitalien eine Bestimmung getroffen worden, und der Kaiser der Franzosen ließ die Umwälzung geschehen, um sich nicht den Haß der rachedürstigen Italiener aufzuladen und um an einem geeinigten Italien einen Bundesgenossen zu gewinnen; dadurch brach er das dem Kaiser von Österreich in Villafranka gegebene Versprechen, die mit Österreich verbündeten Fürsten in ihren Ländern zu erhalten, erreichte aber die Ausführung der geheimen Abmachungen in Plombières. Viktor Emanuel erhielt statt Venetien die Romagna, Modena, Parma und Toskana und trat (März 1860) Nizza und Savoyen an Frankreich ab. Den Kirchenstaat konnte Napoleon wider seinen Wunsch nicht aufgeben, um sich nicht die Katholiken in Frankreich zu Feinden zu machen; auch seine katholische Gattin Eugenie wirkte für Erhaltung des weltlichen Besitzes des Heiligen Vaters. Nach langem Schwanken entschloß er sich zu einer halben Maßregel, indem er dem Papste Pius IX. den fünften Teil des Kirchenstaates gewährleistete und ihn in Rom und dem alten Patrimonium Petri durch eine französische

[1] Springer, Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809, II. Bd.

Garnison schützte; sodann sollten sich Rom und das neue Italien vertragen und unabhängig voneinander leben. Diesen hofmeisterlichen Ausspruch wiesen beide Parteien zurück. Pius IX. forderte seinen ganzen früheren Besitz zurück und die französischen Bischöfe erhoben sich für Erhaltung des ganzen Kirchenstaates, der ein Eigentum der gesamten katholischen Kirche sei. Allein es nahte auch für den Rest des Kirchenstaates eine neue Gefahr. Der Freischarenführer Garibaldi, der Abgott der nationalen Revolutionspartei und das Oberhaupt der Freimaurer in Italien, vertrieb mit seinen bewaffneten Banden in Palermo und Neapel, wo das Volk schon längst von geheimen Vereinen und englischen Agenten zu einem Aufstande vorbereitet worden war, die bourbonische Regierung. König Franz II. von Sizilien entfloh mit seiner Gemahlin Marie, einer Tochter des Herzogs Max in Bayern, (September 1860) nach der Seefestung Gaeta. Zu gleicher Zeit fielen auch die Marken und Umbrien vom Papste ab und Deputierte baten den König Viktor Emanuel um Schutz. Zu neuem Länderraub rückte ein piemontesisches Armeecorps in den Kirchenstaat ein und zersprengte (18. September) die päpstlichen Truppen bei Castelfidardo; der Rest derselben entfloh nach der nahen Seestadt Ankona, die von den Piemontesen zu Wasser und zu Land angegriffen und erobert wurde. In Verbindung mit Garibaldis Freischaren vollendeten die Piemontesen die Unterwerfung des Königreiches Neapel, und auch die Festung Gaeta mußte sich nach tapferer Verteidigung der Besatzung, unter Leitung der heldenmütigen Königin Marie, (3. Februar 1861) ergeben [1].

Von den europäischen Mächten trugen anfangs die meisten ernste Bedenken, das neue, durch Revolution und Raub entstandene Königreich Italien anzuerkennen. Bayern, Spanien und selbst Rußland riefen ihre Gesandten von Turin ab; auch Preußen sprach seine Mißbilligung über die Entthronung der italienischen Fürsten aus. Zwischen Österreich und Piemont bestand schon seit zwei Jahren keine diplomatische Verbindung mehr. England, das sich bei allen politischen Veränderungen im Auslande nur von Selbstsucht leiten ließ, erkannte zuerst (März 1861) das italienische Königreich an, und ihm folgte (15. Juni) Frankreich. Die beiden Kaiser von Rußland und Österreich und der Prinz-Regent von Preußen besprachen in einer persönlichen Zusammenkunft zu Warschau die italienische Sache; von einer Intervention standen sie ab, weil sie auf eine Übereinstimmung aller Großmächte nicht rechnen konnten. Das preußische Abgeordnetenhaus sprach mit Hinwegsetzung über alle legitimen Grundsätze in der Adresse an den Regenten Wilhelm (Februar 1861) den Wunsch aus, es möchte der Erstarkung des Königreiches Italien nichts in den Weg gelegt werden; denn es sei den preußischen

[1] Reuchlin, Geschichte von Italien, Staatengeschichte, III. Bd.

und deutschen Interessen förderlich. Nach kurzer Zeit fanden sich die einzelnen Gesandten in Turin wieder ein, und das neue Königreich wurde von Preußen, Rußland und den anderen Staaten Europas (1862) mit Ausnahme von Österreich, Spanien und Rom anerkannt. Die Gründung des italienischen Königreiches erweckte auch in den benachbarten Griechen jene nationalen Hoffnungen und Pläne, die während des Krimkrieges unterdrückt worden waren. Durch alle Landschaften zog eine revolutionäre Bewegung. Zuerst machten die Griechen Anspruch auf die unter englischer Herrschaft stehenden Jonischen Inseln; sodann brachen in Nauplia und auf einigen Inseln Militärrevolten aus, die jedoch sogleich wieder niedergeschlagen wurden. Als König Otto mit seiner Gemahlin (Oktober 1863) zu einer Rundreise vom Piräus nach dem Peloponnes absegelte, erhoben sich auf mehreren Plätzen die Aufständischen und setzten in Athen (22. Oktober) eine provisorische Regierung ein, welche den König entthronte und eine konstituierende Volksversammlung zur Wahl eines neuen Monarchen berief. Die Truppen in Athen blieben ihrem Fahneneide getreu, und Otto hätte die Revolution bewältigen können, wenn er nach seiner Residenz zurückgekehrt wäre und sich an die Spitze der Garnison gestellt hätte; allein er war zu gutmütig und zu milde gesinnt, als daß er seinen Thron mit Blut befestigte. Die fremden Gesandten rieten ihm mit schändlicher Treulosigkeit, auf der Insel Salamis abzudanken. Otto war schon längst der Regierung über das zügellose, halbbarbarische Griechenvolk überdrüssig und kehrte auf einem englischen Schiff nach Deutschland und Bayern zurück. Die drei Schutzmächte Griechenlands, Frankreich, England und Rußland, schlugen nach langer Rundschau einen dänischen Prinzen vor, wodurch sie das Londoner Protokoll von 1832 verletzten. Die Griechen nahmen (März 1863) den Vorschlag an, als England ihrem neuen König Georgios die Jonischen Inseln zur Ausstattung mitgab. Otto wohnte anfangs mit seiner Gemahlin in München und später in Bamberg, wo er nach wenigen Jahren (26. Juli 1867) kinderlos starb.

In keinem Lande hatte der Krieg von 1859 und die Einigung Italiens eine größere Wirkung hervorgebracht, als in Deutschland. Aus den Verhandlungen des Bundestages über eine Kriegserklärung an Frankreich und über die Oberleitung des Bundesheeres hatte man allgemein die Überzeugung gewonnen, daß die Bundesverfassung in der auswärtigen Politik und im Heerwesen den Forderungen der Zeit nicht mehr entspreche. Eine Abänderung derselben wurde für um so dringender gehalten, als man nicht mit Unrecht befürchtete, daß die Franzosen, durch die letzten Siege gereizt, ihre Eroberungssucht nach dem linken Rheinufer befriedigen werden. In der französischen Presse und Armee wurden die Stimmen nach Herstellung der natürlichen Grenze immer lauter und ungestümer; allein Napoleon III. war zu bedächtig, als daß er sich durch die Siege in Italien zu neuen Eroberungen

fortreißen ließ, weil er befürchten mußte, daß ganz Deutschland sich gegen ihn erheben und auch England, das mit Mißtrauen die auswärtige Politik des französischen Kaisers verfolgte, sich mit Deutschland zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts verbünden würde. Um alle Befürchtungen zu zerstreuen, kam Napoleon (16. Juni 1860) mit den Königen von Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover, dem Prinz-Regenten von Preußen und mehreren anderen deutschen Fürsten in Baden-Baden zusammen und gab ihnen die nachdrücklichsten Versicherungen seiner friedlichen Gesinnung gegen Deutschland. Dem König Max II. von Bayern, dessen vornehme Haltung auf ihn anziehend wirkte, erwies er eine besondere Auszeichnung. Durch die Leuchtenberger Familie war er mit dem Hause der Wittelsbacher verwandt und erinnerte sich mit Freude an jene Zeit, als er unter dem Namen eines Herzogs von Leu in Augsburg seine Gymnasialstudien unter der Leitung seiner Mutter Hortensia machte. Als Max vor drei Jahren (1857) von einer Reise, die er zur Stärkung seiner geschwächten Gesundheit nach Italien gemacht hatte, durch Frankreich heimkehrte und einige Tage in Paris verweilte, zeichnete ihn Napoleon mit hohen Ehren aus. Wegen seiner klugen Regierung und hochherzigen Pflege der Wissenschaften stand Maximilian II. bei den Franzosen in großem Ansehen; die ersten Würdenträger und Gelehrten Frankreichs huldigten ihm mit seltener Verehrung und bewunderten seine Kenntnisse in Kunst und Wissenschaft. Den Geschichtschreiber und ehemaligen Minister Thiers, der ihn um eine Audienz bat, wies er sehr ungnädig zurück, weil er in seiner „Geschichte des Konsulates und Kaiserreiches" das bayerische Heer mit gehässigen Lügen beschrieben hatte.

Während die in Baden-Baden versammelten Fürsten friedliche Unterredungen pflogen, durchwogte eine gewaltige nationale Bewegung alle Schichten des deutschen Volkes. Der hundertjährige Geburtstag des großen Dichters Schiller wurde (10. November 1859) in ganz Deutschland durch großartige Feste, patriotische Reden und Gedichte gefeiert. In München wurde die Schillerstatue, ein Geschenk des Königs Ludwig I., in Gegenwart eines zahlreichen, gebildeten Volkes und Ludwigs selbst enthüllt. Bei allen Versammlungen und Jahresfesten sprach und sang man mit einer unerschöpflichen Gefühlskraft von einem großen, einigen Deutschland, und auf allen öffentlichen Plätzen und in jedem Vergnügungsorte erschallte unaufhörlich Arndts Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" Auf einem allgemeinen deutschen Sängerfeste in Nürnberg und in einer Versammlung der deutschen Turner in Berlin (1861) wurden Geist und Herz von einer patriotischen Begeisterung erfaßt, welche alle Gauen Deutschlands entflammte. Im folgenden Jahre versammelten sich in Frankfurt unter Führung des Herzogs Ernst von Koburg 7000 deutsche Schützen zu einem allgemeinen Festschießen; auch hier sprach und sang man nur von einem großen, mächtigen Vaterland

und treuem Kampfesmut gegen die Eroberungssucht der Franzosen. Auf zahllosen gemeinsamen Festen und Wanderversammlungen, welche alljährlich deutsche Männer der verschiedensten Berufsarten, wie der Juristen, Ärzte und Naturforscher, der Lehrer, Apotheker, Volks- und Landwirte ꝛc., nach Hunderten und Tausenden in süd- und norddeutschen Städten vereinigten, brachte jedes Mitglied nicht bloß neue Anregung für seinen besondern Beruf, sondern auch ein lebendiges Nationalbewußtsein und das Streben nach einem geeinigten und kraftvollen Vaterland in seine Heimat. Zu gleicher Zeit bildeten sich zur Anbahnung politischer Reformen in Deutschland große Vereine, und auf allen Landtagen wurden die Forderungen nach Umgestaltung des Deutschen Bundes wiederholt. In Bayern erwarteten die Abgeordneten der zweiten Kammer von dem Minister des Äußern, Freiherrn von Schrenk, daß er in Verbindung mit den deutschen Regierungen eine starke Zentralgewalt und eine Nationalvertretung in Deutschland anbahnen werde. Zur Erhöhung der Wehrkraft des Landes bewilligten sie 13 Millionen Gulden (1859), obgleich in den sechs Jahren der VII. Finanzperiode für das Heerwesen 107 Millionen verausgabt worden waren. Den Beschlüssen der Abgeordneten traten die Reichsräte und Minister bei und ebenso bestand in der Gesetzgebung volle Übereinstimmung. Das Strafgesetz und das Polizeistrafgesetzbuch, welche den größten Stoß zum Sturze des frühern Ministeriums gegeben hatten, wurden allseitig in der Fassung angenommen, wie sie von den Gesetzgebungsausschüssen redigiert worden waren. Durch die neue Gerichtsverfassung wurde endlich (1862) die seit 1819 angestrebte Trennung der Justiz von der Verwaltung und das Notariat eingeführt. Das allgemeine deutsche Handelsgesetz, das (1861) von der Bundesversammlung angenommen worden war, wurde auch in Bayern mit Gesetzeskraft anerkannt und damit von den Abgeordneten der Antrag auf Einführung der Gewerbefreiheit und Ablösung der Realrechte verbunden. Das Gesetz über Zusammenlegung (Arrondierung) der Grundstücke machte es auch dem Kleinbegüterten möglich, seinen Besitzstand zu verbessern; allein es wurde nur von sehr wenigen Landwirten angewendet, wiewohl durch eine allgemein durchgeführte Zusammenlegung ein natürlicher Gewinn von mehreren Millionen Gulden erreicht werden würde. Für die VIII. Finanzperiode (1861—1867) wurden die jährlichen Gesamtausgaben zu 45 Millionen und die Einnahmen zu 46½ Millionen berechnet. Das Zahlenlotto wurde aufgehoben, zur Vergrößerung des Eisenbahn- und Telegraphennetzes eine ansehnliche Summe bewilligt und die Gehaltsbezüge der Schullehrer geregelt und aufgebessert [1].

Unter keinem Regenten wurden in Bayern während einer kurzen Zeit so viele Gesetzesreformen durchgeführt, als unter Maximilian II. Auf einer

[1] Verhandlungen des bayerischen Landtages 1859 und 1861.

großen Tabelle hatte er sich die acht Kreise seines Landes verzeichnet und bei jedem die Entwürfe angegeben, welche zur Wohlfahrt der Einwohner dienen konnten. In diese Tabelle schrieb der König jene Beobachtungen, die er auf seinen Rundreisen durch Bayern in Fabriken, Kaufhäusern und industriellen Anstalten gemacht hatte, und jene Berichte, welche ihm die Minister von den Kreisregierungen vorlegten. Viele dieser Aufzeichnungen wurden allmählich in Gesetzesform gebracht und dem Landtag zur Beratung vorgelegt. Auf diese Weise erschienen in den ersten 13 Jahren der Regierung Maximilians 160 neue Gesetze. Die Aufzeichnungen in der Kreistabelle trugen die schönsten Früchte in Handel und Industrie. Der König errichtete (1848) ein eigenes Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten, setzte in allen größeren Städten Gewerbe- und Handelskammern ein, gründete einen Verein zur Ausbildung der Gewerke und schenkte dem katholischen Gesellenverein in München 10000 Gulden und eine gleiche Summe dem Weberverein in Oberfranken. Die bayerische und deutsche Industrie wuchs durch den Zollverein trotz mancher Übelstände in der Organisation der Zollgesetzgebung und den Tarifen zu einer ungeahnten Bedeutung heran und stand den Leistungen anderer Staaten ebenbürtig zur Seite. Die Entwicklung der Arbeits- und Naturkräfte aber in ihrer Richtung auf den Betrieb der modernen Industrie blieb im Ganzen noch hinter England, Frankreich und Belgien zurück. Durch neue Erfindungen und Entdeckungen wurden mehrere Gewerbe vervollkommnet und neue ins Leben gerufen. Die Entdeckungen auf dem Gebiete der Gase führten zur Schnellbleiche, Fabrikation des künstlichen Ultramarins und vieler anderer Farben. Die vollkommenere Erzeugung und Bearbeitung des Eisens wandelte das ganze Maschinenwesen um, und die hydraulischen Pressen, die Münzmaschinen, die Maschinen zur Verfertigung des Papiers, die Schnellpressen, der Bau eiserner Brücken und Schiffe, die Verfertigung gußstahlener Geschütze ꝛc. gaben hiervon Zeugnis. Als Förderungsmittel gewerblicher Thätigkeit betrachtete man die Industrieausstellungen, und nach der ersten Weltindustrieausstellung in London (1851), bei der sich 99 bayerische Aussteller beteiligten und 19 mit Preismedaillen und 21 mit Ehrenerwähnungen ausgezeichnet wurden, beschäftigte sich Maximilian II. lebhaft mit dem Plan, in München eine Deutsche Industrieausstellung in Verbindung mit einer Kunstausstellung zu veranstalten. Als vom Landtag die notwendigen Geldsummen bewilligt und ein neues Ausstellungsgebäude, „Glaspalast“, aus Eisen und Glas aufgeführt worden war, wurde die Ausstellung von dem König (15. Juli 1854) feierlich eröffnet. Sie war von 6798 Ausstellern aus allen deutschen Staaten, darunter 2460 aus Bayern, beschickt worden, ermöglichte eine überraschende Übersicht der Gewerbthätigkeit fast sämtlicher Bundesstaaten und Österreichs und beleuchtete klar ihre Produktionsfähigkeit. Man konnte durch Vergleichung der Erzeugnisse

in den einzelnen Staaten den industriellen Fortschritt am besten ermessen und die Mängel, die sich bei vollständiger Abgeschlossenheit leicht einschleichen, beseitigen[1]. Ein vollständiges Bild der deutschen Industrie in ihrer Gesamtheit gewährte jedoch die Münchener Ausstellung nicht, weil die Voraussicht eines orientalischen Krieges drückend auf allen Handel und Verkehr wirkte. Die bayerische Industrie war in jedem Zweige vollständig und musterhaft vertreten, und die Dampfmaschinen-Mechanik hatte seit den letzten zehn Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, namentlich in Lokomotiven, Feuerspritzen und Maschinen für Weberei, Papierbereitung, Brauerei, Lithographie, Pressen ꝛc., welche in Augsburg, Fürth, Bayreuth, Memmingen, München, Nürnberg und Oberzell bei Würzburg hergestellt wurden. In Verfertigung optischer, astronomischer und geometrischer Instrumente behauptete Bayern seinen alten Ruf. Die Fabrikation der Madrastücher (halbseidener Tücher mit schwarzem Grund und bunter seidener Kante) wurde in Niederbayern schwunghaft betrieben, während Barchente und schwere Bettzeuge die Stadt Fürth und Doppeltuche und Shirting der schwäbische Kreis lieferten. Oberfranken stellte ganz- und halbwollene Tuche und Stoffe, Gingham, Bett- und Hosenzeuge, baumwollene Franzen- und Taschentücher aus. Unter den Garnen nahmen die bayerischen neben den österreichischen den ersten Rang ein. In Kaufbeuern, in und um Augsburg, Schweinfurt, Nürnberg, Fürth und Oberammergau hatten die Baumwollspinnerei, Möbelfabrikation, Holzvergolderei, Feinschnitzerei, Spiegel- und Farbwarenfabrikation, Holz- und Kurzwarengewerbe große Fortschritte gemacht. Die Verfertigung von Bleistiften hatte von Faber in Stein auf die höchste Stufe gebracht. Auch in Seifen jeder Art hatte Bayern das Beste ausgestellt. Die Buch- und Kunstdruckerei war in glänzender Weise vertreten. Auf der Münchener Ausstellung konnte man erkennen, daß auf dem Gebiete der Warenfabrikation, namentlich in Portefeuillearbeiten und in Anfertigung von Nadeln, Stahlbrillen, Metalldruckwaren, Feingoldschlägerwaren, Gold- und Silberdrähten, Bürsten, Spiel- und Manufakturwaren in Nürnberg, Fürth, Erlangen und München ein Übergang vom Kleinbetrieb zum größern Fabrikbetrieb mittelst Dampfmaschinen sich vollzog. Von den im Ganzen 287 großen Denkmünzen, 1036 Ehrenmünzen und 1627 Belobungen kamen auf Bayern 63 große Denkmünzen, 263 Ehrenmünzen und 531 Belobungen[2]. Leider wurde die Ausstellung durch die heftig um sich greifende Cholera unterbrochen, wodurch dem bayerischen Staat ein Schaden von zwei Millionen Gulden erwuchs.

Die mit der Industrie in Verbindung stehende Landwirtschaft erreichte unter König Max II. einen bedeutenden Aufschwung, teils durch die Ab-

---

[1] Beer, Allgemeine Geschichte des Welthandels, III, 1, 168—173.

[2] Attenberger a. a. O. 42—67.

lösung der Grundlasten, das Bodenkultur- und Forstgesetz, teils durch die Landwirtschaftlichen Vereine und den Unterricht in der landwirtschaftlichen Chemie, wodurch sie in Bayern wie in wenigen anderen Staaten zu einer bedeutsamen Entwicklungsfähigkeit gebracht wurde. Nach dem Vorgange in Baden und Württemberg wurden zahlreiche Landwirtschaftliche und Fortbildungsschulen errichtet. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft konnten durch Erleichterung des Verkehrs in gewinnreichen Handel gebracht werden. Die Eisenbahnlinien, welche unter Ludwig I. eine Ausdehnung von ungefähr 100 Stunden hatten und nur einzelne Städte Bayerns verbanden, erreichten im Jahre 1863 eine Gesamtlänge von 530 Stunden und waren mit Rücksicht auf den internationalen Handel und Verkehr angelegt. Das Telegraphennetz umfaßte über 1000 Stunden und wurde allmählich von einem Gerichtsbezirk zum andern ausgedehnt. Das Postwesen erhielt in Bezug auf Schnelligkeit und Leichtigkeit wichtige Verbesserungen durch Minderung der Tarifsätze, Einführung der Frankomarken, den Abschluß von Postvereinen zwischen mehreren Staaten und selbst verschiedenen Erdteilen. Das Bank- und Kreditwesen führte Gewerbs- und Handelsleuten größere Kapitalien zu. Assekuranzen leisteten in allen denkbaren Fällen Sicherheit für das Eigentum und selbst für das Leben. Aktienvereine und Assoziationen machten große Privatunternehmungen möglich, für welche früher kaum die Geldmittel ganzer Staaten ausgereicht hätten.

Zum Nutzen der Landwirtschaft und Landeskultur übertrug Max II. gelehrten Männern die Ausarbeitung einer Pflanzengeographie und eine Beschreibung der Zoologie, der Verhältnisse über Klima und Meereshöhe und der magnetischen Beschaffenheit des Bodens in Bayern. Der berühmte Chemiker und Naturforscher Justus von Liebig, welchen der König von der Gießener Universität unter glänzenden Anerbietungen nach München berufen hatte, widmete sich vorzugsweise großen landwirtschaftlichen Aufgaben und begründete eine neue Epoche für die Landwirtschaft durch die Lehre, daß das unermeßliche Reich des Unorganischen zur Produktion organischer Körper durch Gleichgewicht zwischen Erschöpfung und Ersatz verwendbar gemacht werden könne [1]. Durch allseitige Pflege der Wissenschaften begründete sich Max einen europäischen Ruf und konnte infolge eines sparsamen Haushaltes auf sie eine bedeutende Geldsumme verwenden. Seine Absicht hierbei war, alle geistigen Kräfte seines Volkes zu wecken und auszubilden, wodurch die menschliche Thätigkeit von einer sittlichen Weihe durchdrungen werden würde. Sein Lehrer Schelling hatte ihm zum Grundsatze empfohlen, daß durch die Wissenschaft die Achtung vor der göttlichen und staatlichen Ordnung befestigt und das Menschliche dem Göttlichen untergeordnet werde. In den Muße-

[1] Fraas, Geschichte der Landbau- und Forstwissenschaft, 344—353, 478.

stunden studierte der König meist die Philosophie des Franz von Baader, welcher die Wissenschaft mit dem Christentum zu vereinbaren suchte, und die philosophischen Vorträge Schellings, nach dessen Plan er die historischen und politischen, die physischen und mathematischen Wissenschaften zum eigentlichen Felde seiner Begünstigung und Unterstützung wählte, um die Literatur zu bereichern und Bayern in den Augen Deutschlands zu heben. Zur Erreichung seines großen Zieles berief er Gelehrte und Dichter vom Auslande an die bayerischen Universitäten und seinen Hof, und gab den Antrieb und die Mittel zu umfangreichen Unternehmungen, durch welche neue wissenschaftliche Werke geschaffen und junge Männer zu Gelehrten herangebildet wurden. Nach wenigen Jahren aber machte Maximilian die unerwartete Erfahrung, daß die aus Norddeutschland berufenen Professoren zur Verbreitung preußischer Sympathien und zur Unterdrückung des bayerischen Patriotismus eifrigst thätig waren. Die einheimischen Lehrkräfte fühlten sich durch die fremden Gelehrten, die mit hochmütiger Geringschätzung auf die Eingeborenen („Nativisten") herabsahen, zurückgesetzt, und es erwachte namentlich in Altbayern die hundertjährige Abneigung gegen das ausländische Professorentum. Max verlieh befähigten Studierenden Stipendien zur Fortsetzung ihrer Studien an in- oder ausländischen Universitäten und übergab dem Senat der Münchener Universität eine ansehnliche Geldsumme, damit die Rechtskandidaten ihre Schulden bezahlen und das Schlußexamen machen konnten. Für die strebsamen Studierenden wurden an den Universitäten historische und philologische Seminarien errichtet, die wissenschaftlichen Sammlungen und Institute vermehrt und die Anatomie in München allein mit einem königlichen Geschenke von 45 000 Gulden bedacht.

Der König stiftete den Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst, in welchen 50 berühmte Gelehrte und Künstler Deutschlands aufgenommen wurden. Daran reihte sich später die Stiftung der Maximilians-Medaille, welche jährlich mit einem beträchtlichen Geldpreise den Verfassern der besten Werke aus den Staatswissenschaften, der Geschichte, der Philosophie und den Naturwissenschaften zuerkannt werden sollte. Der Akademie der Wissenschaften wurde die freie Wahl ihrer Mitglieder zurückgegeben und ihr Wirkungskreis durch Errichtung und Ausstattung der historischen und der naturwissenschaftlich-technischen Kommissionen erweitert. Aus besonderer Vorliebe für die geschichtlichen Studien gründete Max II. (1858) „die historische Kommission", welche er aus den angesehensten Geschichtsforschern in Deutschland zusammensetzte und sie mit jährlich 40 000 Gulden dotierte. Mit dieser bedeutenden Summe konnten schätzbare Werke der deutschen Geschichte ausgearbeitet werden. Zur Verfassung einer Geschichte der deutschen Wissenschaften bewilligte er 50 000 Gulden und ließ mit hohen Kosten eine bayerische Topographie in der „Bavaria" und eine bayerische Kriegsgeschichte ausarbeiten,

die jedoch unvollendet blieb. Es war ein edler Zug des Königs, daß er die für die Wissenschaften gespendeten Summen außer Beachtung ließ, dem Empfänger derselben in huldvoller, freundlicher Weise seine Befriedigung über dessen Leistungen aussprach und die ihm vorgelegten Werke so aufnahm, als wenn ihm damit persönlich ein Dienst erwiesen worden wäre[1]. Auf seine Anregung entwickelten die Historischen Vereine in den einzelnen Kreisen einen lebendigen Eifer; es wurde die Geschichte von zahlreichen Städten, Marktflecken und Schlössern beschrieben und Gedenktafeln berühmter Bayern an ihrer Geburts- oder Wohnstätte angebracht. Die Kulturgeschichte machte Maximilian dadurch zur Erzieherin des Volkes, daß er in München das „Bayerische Nationalmuseum“ gründete. Es ist eine der großartigsten Schöpfungen, wie sie kein anderes Land besitzt. In dieser unübertroffenen Sammlung, welche mit historischer und artistischer Kenntnis von Freiherrn von Aretin in tausendjähriger Aufeinanderfolge geordnet worden war, kann die Sitte, Kultur, Industrie und Kunst von Bayern und Deutschland mit der reichsten Mannigfaltigkeit künstlerischer Erzeugnisse von der karolingischen bis zur napoleonischen Zeit erkannt und studiert werden. Diese herrliche Anstalt wird jedoch durch die von jungen Künstlern ausgeführten Wandgemälde aus der bayerischen Geschichte beeinträchtigt, da sie in Anlage und Ausführung gänzlich mißlungen sind.

Wenn Maximilian II. von den Staatsgeschäften ausruhen und sich einen geistigen Genuß bereiten wollte, so lud er abends die in München lebenden Dichter zu sich; denn er liebte die Poesie, berief deutsche Dichter an seinen Hof und förderte im stillen poetische Talente. Er selbst übte die Dichtkunst und wollte seine Gedichte drucken lassen. Vor der Veröffentlichung übergab er sie Geibel zur Kritik; als ihm dieser davon abriet, legte er sie wieder ruhig in sein Pult, mit jener Bescheidenheit, welche ihn immer charakterisierte. In den heiteren Zusammenkünften der Dichter wurden bei einem kleinen, ungezwungenen Gastmahl und einem Billardspiel die neuesten poetischen Arbeiten vorgetragen; diesen folgten abwechselnd geordnete Proben aus der Litteratur aller Zeiten und eine kritische und kunsthistorische Verhandlung. Bald wurden auch Gelehrte und Professoren aller Fächer, nur nicht aus der Theologie, in den Dichterkreis gezogen. In den abendlichen Versammlungen des Königs, Symposien genannt, die wöchentlich vier- bis fünfmal stattfanden, erhielt die Wissenschaft die Oberhand über die Poesie, und oft ging man von der Theorie zur Praxis und zur Erörterung politischer, sozialer und religiöser Fragen über. Bei jedem „Symposion“ wurden zwölf Personen geladen; dreizehn durften es nicht sein, weil der König diese Zahl als verhängnisvolles Vorzeichen fürchtete. Als einst in Hohenschwangau

[1] Döllinger, König Maximilian II. und die Wissenschaft, 8, 17, 26—47.

ungeachtet aller Vorsicht zufällig ein dreizehnter Gast an den Tisch kam, mußte einer der Flügeladjutanten an einem Ecktische Platz nehmen. Diesen Aberglauben scheint Max II. von seinem Vater geerbt zu haben, der niemals an einem Freitag eine Reise unternahm. In der Umgebung der Gelehrten suchte der König zu lernen und die Lücken seines Wissens, welche er ehrlich zugestand, auszufüllen. Er fühlte sich nicht verletzt, wenn einer der Gelehrten in einer heftigen Verhandlung ihm rundweg auf eine Einwendung erwiderte: „Majestät! das verstehen Sie nicht“; er forderte aber von dem Kritiker, daß er ihn des Richtigen belehrte. Mit dem Lobe gegen die Mitglieder des „Symposion“ war er karg, erwartete aber auch von keinem derselben eine Schmeichelei und wurde sehr empfindlich berührt, wenn bei ihm jemand persönliche Interessen oder Einflüsse durchsetzen wollte; dagegen dankte er den Gelehrten und Dichtern für ihre Ausdauer und Teilnahme. Max II. arbeitete, wie wenige Fürsten vor ihm, auch nach seiner Thronbesteigung unermüdet an seiner wissenschaftlichen Fortbildung. Einst schickte er einen Stenographen in das Kolleg eines Universitätsprofessors, dessen Fach ihn besonders anzog, und nahm das ganze Heft zum Studium nach Hohenschwangau mit[1].

Maximilian II. suchte sich auch durch die Architektur ein immerwährendes Andenken zu schaffen. Nach seinem Plan erhielt München eine bisher entbehrte landschaftliche Schönheit durch Anlage einer neuen Straße, welche die Isar und deren grünende Uferhöhen mit der kunstreichen Hauptstadt in unmittelbare Verbindung brachte. Während Ludwig I. das Antike liebte, neigte sich sein königlicher Sohn dem modernen Baustile zu. Die Maximiliansstraße ist nach dem von Oberbaurat Bürklein erfundenen Stile erbaut, welcher nicht streng architektonisch durchgeführt, sondern eine kunstgemäße Vereinigung der bereits gegebenen Formen zu einem geschmackvollen, wohlgefälligen Ganzen ist. Es ist das Malerische und Hochstrebende der Gotik mit den reizendsten Formen des Romanismus, der Renaissance und selbst des Rokoko verbunden, und die Friese, das Blätterwerk, die Architrave, Konsolen und Balustraden schlingen sich mit großer Freiheit an antike und romanische Vorbilder. Die Schönheit der Bauten in der Maximiliansstraße liegt in der Mannigfaltigkeit; denn jedes Haus unterscheidet sich von dem des Nachbars durch Anlage, Gliederung, Höhe und Farbe. Fast in jedem Gebäude haben die Fenster eines jeden Stockwerkes eine andere Gestalt und schließen entweder in Spitz- oder Rund- oder Segmentbogen oder geradlinig. Die Außenwände sind bald mit Erkern, bald mit Altanen und Lisenen, bald mit Streben oder Blenden belebt und mit Reliefs, Medaillons und Statuen ausgestattet; Vasen zieren die Façaden. Damit wurden Baumpflanzungen, eherne Statuen, Blumenbeete und eine Brücke über die Isar in Verbindung gebracht. Die eigen-

[1] Riehl, Historisches Taschenbuch, Serie 5, Jahrgang 1871.

tümliche Bauweise und der malerische Reiz erheben die Maximiliansstraße zur schönsten in Deutschland; fehlerhaft ist jedoch in derselben, daß bei allen Gebäuden das Hauptgewicht auf die Façade gelegt wurde, während der Innenbau dem Zweck entsprechen und für das Ganze bestimmend sein sollte. Zu den schönsten Bauwerken gehört das Nationalmuseumsgebäude, welches von dem Hofbaurat Riedel in einem Stile des Überganges von der Gotik zur Renaissance ausgeführt wurde; es besteht aus drei reichgegliederten Teilen, verbunden mit einem Pfeilerportikus in der Mitte und einer von vier Kariatyden getragenen Altane. Längs der Façade sind die acht Provinzen Bayerns durch allegorische Figuren vertreten; Reliefs oberhalb den Fenstern schildern die Lebensweise und Beschäftigung des Volkes. An der Spitze des Mittelbaues sitzt die Bavaria auf einem Löwen. Das Regierungsgebäude wurde nach dem Plane Bürkleins im italienisch-gotischen Stil (1864) vollendet; es ist ein langgestreckter, fenster- und bogenreicher Bau mit Arkaden nach einer wohlgegliederten, lombardischen Backsteinarchitektur, welche in vortretenden Pfeilern und Säulen mehr die Höhenrichtung, als die horizontale Abteilung der Stockwerke in Gesimsen andeutet [1]. Eine malerische Ausstattung erhielt der Gasthof zu den „Vier Jahreszeiten" durch den Professor Gottgetreu, welcher mit Bürklein eine Abwechslung vermittelst aller konstruktiven Elemente in die Bauart der neuen Straße zu bringen suchte. Das Wilhelmsgymnasium, das von der Herzogsspitalgasse in die Maximiliansstraße verlegt wurde, ist ein schöner Bau von edlem Ernst und Einfachheit und mit den Statuen des Sophokles, Cicero und der Minerva, die von den allegorischen Figuren der Poesie und Geschichte umgeben ist, geschmückt.

Die auf Kosten der Stadt erbaute Maximiliansbrücke führt zu dem nach dem Entwurfe Bürkleins ausgeführten „Maximilianäum", das die Straße gegen Osten abschließt und eine reizende Aussicht auf die Stadt und Umgebung bietet. Die Vorderseite, auf der die Gründung der Münchener Akademie und der Ritterakademie Ettal und der Abschluß des Paveser Vertrages dargestellt sind, paßt sich gleichförmig der Bauart der ganzen Straße an und wird nur durch den einer Kaserne gleichen Hinterbau und die äußere Ringmauer, welche sich für ein festes Schloß eignet, beeinträchtigt. Die Säle und Korridore ließ der König mit zum Teil wertvollen Gemälden und Büsten ausschmücken und bestimmte das Hintergebäude teils zur Wohnung der Pagen, teils zur Verpflegung talentvoller Studierender an der Universität, wozu er ein bedeutendes Stiftungskapital gegeben hatte. Seine Absicht war, eine Anzahl unbemittelter und würdiger Jünglinge zu tüchtigen Staatsmännern oder Diplomaten heranzubilden; das Gebäude sollte sie ästhetisch erziehen, und die historischen Gemälde und Statuen zu einem ehrgeizigen

[1] Nagler, Topographische Geschichte von München, 107, 110.

Streben ermuntern. Ein unsterbliches Verdienst erwarb sich Maximilian II. durch die Herstellung der „Gasteiganlagen“, wo die früher hügeligen und steinigen Uferhöhen der Isar in einen grünen, das Maximilianäum umgebenden Park verwandelt wurden, wie ihn keine andere Hauptstadt in solcher Nähe und Anlage besitzt. Die den „Gasteiganlagen“ benachbarte, von dem Architekten Berger erbaute gotische Pfarrkirche in Haidhausen ist eine Zierde dieser Vorstadt; sie wurde teils mit freiwilligen Beiträgen, welche der Pfarrer Walser in ganz Bayern mit unermüdlichem Eifer gesammelt hatte, teils mit einem Zuschuß erbaut, den der Magistrat zur Vollendung gewährte. Zu gleicher Zeit wurde die Liebfrauenkirche in München, welche im 17. Jahrhundert im Innern durch überladene Zopfarbeiten verunstaltet worden war, unter der verdienstlichen Anleitung des Dompfarrers Weber und des Erzbischofs Gregor von Scheer mittelst freiwilliger Beiträge von Berger wieder in ihren großartigen gotischen Formen restauriert und mit von den Bildhauern Knabl und Schwind meisterhaft gefertigten Altären ausgestattet. Der Magistrat bot ungeheuere Geldsummen zur Verschönerung der Stadt München auf. Es wurden alte Straßen erweitert und neue gebaut, anmutige Gärten, Plätze und Auen angelegt, palastähnliche Schulhäuser aufgeführt, und an der Stelle des alten Ständehauses am Marienplatze erhob sich ein herrliches Rathaus nach dem Plane des Architekten Hauberrisser im reichen gotischen Stil; die Façade ist jedoch schwerfällig und würde sich mehr zu dem Flügelbau einer großen gotischen Front eignen, wozu sie auch ursprünglich angelegt zu sein scheint. Vor dem neuen Rathaus wurde der alte, unschöne „Fischerbrunnen“ durch eine vortreffliche Darstellung des „Metzgersprunges“, ein Meisterwerk Knabls, eine erfreuliche Zierde des Marienplatzes.

Die nötigen Geldsummen für die Wissenschaften und Bauten erübrigte Maximilian II. durch eine einfache Hofhaltung; er ließ mehrere oberste Hofstellen unbesetzt und gab selten große Feste. Auch in sittlicher Beziehung war die Münchener Residenz ein Muster für alle Höfe. Bis zu seinem Lebensende vollzog der König getreu die Pflichten eines Katholiken; er besuchte den öffentlichen katholischen Gottesdienst und ließ sich auf Reisen und Jagden an Sonn- und Feiertagen in irgend einer Haus- oder Feldkapelle eine heilige Messe lesen. Den protestantischen Reise- und Jagdgenossen stellte er es frei, ob sie der Messe beiwohnen wollten, sah es aber gerne, wenn sie ihn in stiller Andacht umstanden. Im Gegensatze zu seinem Vater war Max großen Kirchenfeierlichkeiten abgeneigt und wohnte der Münchener Fronleichnamsprozession nur bei, um der Pflicht landesfürstlicher Repräsentation zu genügen. Im „Ultramontanismus“ sah er den ärgsten Feind seiner Kronrechte, weil man ihm die falsche Meinung beigebracht hatte, die „Ultramontanen“ suchten das Papsttum in jedem Staat auf dem kirchlichen und politischen Gebiete zum herrschenden Prinzip zu machen. In seiner

Gegenwart durfte niemals ein irreligiöses Wort gesprochen werden, wie er überhaupt eine strenge Hofsitte in Wort und Benehmen forderte. Gegen andere Konfessionen war der König tolerant und wachte sorgsam, daß der religiöse Friede in Bayern nicht gestört werde. Zu einem Rabbiner sagte er einst: „Ich will nicht, daß einer meiner Unterthanen der Religion wegen gedrückt werde; sie sind mir alle gleich.“ In der Rheinpfalz machte der Konsistorialpräsident Ebrard in Speier große Anstrengungen, die „Augustana variata“ von 1540 zum allgemeinen Glaubensbekenntnis der protestantischen Einwohner zu machen und einen neuen Katechismus mit calvinischen, melanchthonischen und lutherischen Glaubenslehren und ein neues Gesangbuch einzuführen, um die rheinpfälzischen Protestanten zur „reformierten Rechtgläubigkeit“ zu bekehren. Auf gefügigen Generalsynoden in den Jahren 1853 und 1857 wurde ein neuer Katechismus und ein neues Gesangbuch hergestellt, welche sogleich in den Schulen eingeführt wurden. Die rheinpfälzischen Lutheraner und Reformierten, die nach einem freien französischen Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetz und in zahlreichen gemischten Ehen lebten, hielten sich durch die Neuerungen des Konsistorialpräsidenten Ebrard in ihrer Gewissensfreiheit beeinträchtigt; es erhob sich eine Gemeinde nach der andern gegen die kirchliche Neuerung und hielt an dem alten, aus der preußischen Unionsakte von 1818 hervorgegangenen Gesangbuch trotz aller seiner Mängel fest. Gegen die Renitenten wurde mit Strafen eingeschritten, wodurch die Erbitterung sich steigerte; selbst die Schulkinder wiesen im Sinne ihrer Eltern das neue Gesangbuch zurück. Es wurden Volksversammlungen gehalten und gegen den Katechismus, das Gesangbuch und die Verordnungen des Konsistoriums und der Generalsynoden protestiert. Die vielen Proteste bewogen Ebrard, Speier zu verlassen und nach Erlangen zurückzukehren, von wo er gekommen war. Seit diesen Kämpfen und Streitigkeiten wurde die Rheinpfalz der Hauptherd des freisinnigen, rationalistischen Protestantenvereins [1]. König Max reiste selbst nach der Rheinpfalz, um die Ursache des kirchlichen Unfriedens zu erforschen; er befahl den protestantischen Kirchenbehörden, im christlichen Geiste der Versöhnung und Milde zu verfahren, und ermahnte die evangelischen Gläubigen, den Anordnungen ihrer Kirchenvorstände nicht zu widerstreben, um die Eintracht zwischen den Gemeinden und Pfarrern zu erhalten. Damit wurde der Streit zu gunsten der Unionstreuen geschlichtet. Als gewissenhafter Monarch dachte Max jeden Morgen an seine Regentenpflichten und erforschte abends sein Gewissen, ob er denselben nachgekommen sei. Es war für ihn sehr betrübend, daß ihn sein vieljähriges Kopfleiden öfters zwang, sein Land zu verlassen und in einem südlichen Klima Linderung

[1] Hase, Kirchengeschichte, 9. Auflage, 619. Verhandlungen des XIV. deutschen Protestantentages in Neustadt a. d. Hardt, 1883, S. 131—149.



zu suchen. Als in Schleswig-Holstein (1863) eine entscheidende Wendung eintrat und die politischen Wogen in Deutschland hoch gingen, brach er seinen Aufenthalt in Italien ab und eilte, kaum halb genesen, auf den Ruf seines Volkes nach Bayern zurück.

Nach dem letzten italienischen Krieg hatten sich die Anhänger der Gagernschen oder Gothaschen Partei aus der Zeit des Deutschen Parlaments in dem Streben geeinigt, die Mittel- und Kleinstaaten unter die militärische und diplomatische Oberleitung Preußens zu bringen und eine deutsche Zentralgewalt mit Volksvertretung herzustellen. Mit ihrem Programm fanden sie bei einem großen Teile der Deutschen, namentlich bei den Protestanten, Anklang, und in einer Versammlung der Volkswirtschaftlichen Vereine in Frankfurt gründeten die Anhänger der preußischen Hegemonie den deutschen „Nationalverein“. In Österreich, den Mittel- und vielen Kleinstaaten machte sich der „Nationalverein“ wegen des Ausschlusses Österreichs aus Deutschland verhaßt, und gegen ihn organisierte sich in einer großen Versammlung in Frankfurt der „Großdeutsche Reformverein“, welcher eine Umgestaltung der Bundesverfassung mit Einschluß Österreichs anstrebte und eine konzentrierte, kollegiale Exekutivgewalt für die den deutschen Regierungen annehmbarste Verfassungsreform hielt. Unabhängig von dem „Nationalverein“ und „Großdeutschen Reformverein“ trafen (1862) in Weimar gegen 200 Volksvertreter aus verschiedenen deutschen Staaten zusammen und faßten den Beschluß, in jedem Jahr als „Deutscher Abgeordnetentag“ zusammenzutreten, um auf der Basis der deutschen Grundrechte von 1849 eine Einigung und freiheitliche Entwicklung Deutschlands zu fördern. Keiner dieser drei Vereine griff entscheidend in das politische Leben Deutschlands ein; der „Nationalverein“ wurde sogar von der preußischen Regierung verworfen, weil er von freisinnigen Männern gegründet worden war. In Preußen bestieg der Prinz-Regent Wilhelm nach dem Tode seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. (2. Januar 1861) den Königsthron; das Volk hielt ihn für einen reaktionären Monarchen und ausschließlichen Gönner der Soldaten. Wilhelm I. hatte sich schon während seiner Regentschaft als einen musterhaften, thätigen Fürsten erwiesen, der er bis in sein höchstes Greisenalter blieb. Im Heerwesen besaß er gründliche Kenntnisse und sorgte für die tüchtigste Ausbildung seiner Truppen; für die anderen Verwaltungszweige verstand er die geeigneten Männer zu wählen. Nachdem er sich mehrere Jahre mit dem Abgeordnetenhause wegen der Heeresreform und des dadurch erhöhten Militärbudgets in einen heftigen Streit verwickelt hatte, ernannte er (1862) den altmärkischen Junker Otto von Bismarck-Schönhausen, welcher als Gesandter Preußen am Bundestag in Frankfurt, am Petersburger und Pariser Hofe vertreten hatte, zum Ministerpräsidenten. Bismarck, ein Staatsmann von ungewöhnlicher Befähigung und unbeugsamer Willenskraft, kündigte im vollen Bewußtsein seiner geistigen

Überlegenheit den Abgeordneten an, daß die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch Waffengewalt gelöst werden. Das Abgeordnetenhaus ließ sich durch seine Drohung mit einer absoluten Regierung nicht einschüchtern, sondern behauptete sein verfassungsmäßiges Recht der Steuerbewilligung. Als es mit großer Mehrheit die Forderung der Regierung zur Bestreitung der außerordentlichen Heeresbedürfnisse wiederholt ablehnte, wurde es geschlossen und ein heftiger Streit zwischen der verfassungstreuen Partei und der Regierung entzündet, welche mit Verletzung der Verfassung die nichtbewilligten Steuern erhob und die mit der Abgeordnetenmehrheit verbundenen Beamten absetzte. Alle freisinnigen und verfassungstreuen Männer in Deutschland und besonders der „Nationalverein" sympathisierten mit den preußischen Abgeordneten und verurteilten mit herben Ausdrücken die Regierung des Königs Wilhelm und seiner Minister. In der nächsten Landtagsversammlung (1863) forderten die Abgeordneten in einer Adresse an den König, daß er die Minister entlasse, weil sie die Verfassung verletzt hätten; Wilhelm lehnte es ab und die Finanzgesetze blieben wieder unerledigt. Die Presse, welche durch eine aufreizende Sprache das Feuer der Parteileidenschaft anfachte, wurde durch eine eigenmächtige Regierungsverordnung gezügelt, aber dadurch der Haß in den verbitterten Gemütern gesteigert [1].

Die Verfassungswirren in Preußen hielt das österreichische Ministerium für den geeigneten Zeitpunkt, eine schnelle Lösung der deutschen Frage in seinem Sinne herbeizuführen. In Österreich hatte der letzte italienische Krieg die gefährlichen Krebsbeulen, an denen das Heeres- und ganze Staatswesen erkrankt war, aufgedeckt. Der Chef der Militärverwaltung in Italien, welcher den Staat um zwei Millionen Gulden betrogen und die Soldaten dem Hunger preisgegeben hatte, wurde verhaftet und erhängte sich im Gefängnis; auch der dabei beteiligte Präsident der Börsenkammer entleibte sich. Bald darauf nahm sich sogar der Finanzminister das Leben, als man entdeckte, daß er 110 Millionen, welche bei einer Anleihe über die festgestellte Summe gezeichnet worden waren, eigenmächtig eingenommen und verschleudert hatte. Viele von den beteiligten Personen entflohen und andere legten Hand an sich selbst. Es rächte sich an der Regierung selbst, daß sie die Märzverfassung von 1848 nach Unterwerfung der revolutionären Völkerschaften aufgehoben hatte; diese wären nach ihrer Niederlage mit den darin ausgesprochenen Rechten vollständig zufrieden gewesen, die Finanzwirtschaft geregelt und der Staatskredit gehoben worden. Der schwergeprüfte Kaiser Franz Joseph, der von dem besten Willen gegen seine Völker beseelt war, aber sich oft plötzlich zu entscheidenden und entgegengesetzten Handlungen hin-

[1] Menzel, Der deutsche Krieg 1866, I, 97—283.

reißen ließ, kam selbst zur Überzeugung, daß in der innern Verwaltung eine Umkehr unbedingt notwendig sei. Da die verworrene, schlechte Finanzlage zu neuen Anleihen nötigte, einer absolutistischen Regierung aber niemand borgen wollte, so erließ er nach langen Beratungen (26. Februar 1861) eine neue Verfassung mit einem Herren- und Abgeordnetenhause und stellte in den einzelnen Kronländern die Landtage wieder her, welche die Mitglieder in das Abgeordnetenhaus wählten. Zugleich erschienen freisinnige Verordnungen über das Gewerbe- und Gemeindewesen, und den Protestanten, welche sich durch das Konkordat von 1855 beeinträchtigt fühlten, wurde Religionsfreiheit gewährt. Die Ungarn nahmen die Februarverfassung nicht an, sondern stellten sich auf ihre früheren Grundrechte und die Verfassung von 1848 und ließen sich nur auf eine Personalunion mit Deutsch-Österreich ein. Siebenbürgen, Kroatien und Slavonien forderten für sich eine Vereinigung. Franz Joseph verwarf die Anträge der Magyaren und löste den ungarischen Landtag mit der Erklärung auf, daß er die Einheit des Kaiserreiches aufrecht erhalten werde. Der Reichsrat verhandelte in Wien ohne die Ungarn, und 1862 kam in Österreich zum ersten Mal ein Finanzgesetz mit Zustimmung der Volksvertretung zu stande. In der Thronrede am Schlusse der Sitzungen sprach der Kaiser wiederholt seinen festen Entschluß aus, an den konstitutionellen Grundsätzen und der „Einheit des Reiches festzuhalten“ [1]. Diese Worte wurden nicht nur in Österreich, sondern auch in ganz Süddeutschland mit um so größerem Beifall vernommen, als die preußische Regierung sich durch ihren Absolutismus und ihre Verfassungsverletzung immer verhaßter machte.

Der preußische Ministerpräsident von Bismarck hatte sich zum Ausgangspunkt seiner ganzen Thätigkeit gemacht, Preußen mit Aufbietung aller Kräfte und Ausbeutung eines jeden politischen Ereignisses an die Spitze Deutschlands zu stellen. Zur Erreichung dieses großen Zieles betrat er zuerst den handelspolitischen Weg; er unterhandelte im Namen des Deutschen Zollvereins mit Frankreich über einen Handelsvertrag auf Grundlage der Behandlung der meistbegünstigten Nationen, um dadurch die bevorzugte Stellung, welche Österreich durch den Handelsvertrag vom 19. Februar 1853 zum Zollverein einnahm und die ihm den Eintritt in denselben öffnete, zu beseitigen. Als Preußen den Vertragsentwurf mit Frankreich in Unkenntnis des Standes der deutschen und französischen Industrie auf dem System des Freihandels (1862) vereinbart hatte, teilte es denselben sämtlichen Zollvereinsregierungen mit und drängte sie zu einer schnellen Annahme, weil es absichtlich in Übereinstimmung mit Frankreich nur eine einmonatliche Frist festgesetzt hatte. Den Vereinsregierungen wurde unumwunden angekündigt,

[1] Rogge, Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart (1872), II. Bd.

daß Preußen die Zolltarife nach dem französischen Vertrag revidieren, die bevorzugte Stellung Österreichs zum Zollverein nicht mehr zugeben und nur in dieser Voraussetzung den Zollverein 1865 erneuern werde. Gegen die kurze Terminsbestimmung protestierten sofort mehrere Vereinsregierungen, weil dieselbe mit dem Umfang und der Bedeutung der Verträge in keinem Verhältnis stand. Die Sachsen aber erklärten sich sogleich für Annahme des Vertrages, weil ihre Industrie sich in vielen Zweigen vervollkommnet und das Ausland überflügelt hatte und die Fabrikanten bei dem neuen französischen Tarif auf einen beträchtlichen Absatz verschiedener Wollen-, Baumwollen- und gemischter Waren rechnen konnten. Minister von Beust, ein beharrlicher Gegner Preußens, verkannte keineswegs die Rückwirkung des Vertrages auf das Verhältnis zu Österreich; allein die industriellen Rücksichten verdrängten alle politischen Bedenken. Der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf von Rechberg, stellte in einer Zirkularnote bei den deutschen Regierungen den Antrag auf eine vollständige Zolleinigung zwischen Österreich und dem Zollverein, und erbot sich zu dem großen Opfer, alle Einrichtungen, Tarife und Gesetze des Zollvereins anzunehmen. Obgleich die Vorteile für den Zollverein, dessen Industrie die österreichische im ganzen übertraf, sehr groß waren, so lehnte Preußen doch den österreichischen Vorschlag ab mit dem Einspruch, daß es durch die Verhandlungen mit Frankreich gebunden sei; damit lag klar am Tage, daß es Österreich um jeden Preis aus dem Zollverein und Deutschland ausschließen wolle und sogar eine Annäherung an Frankreich einer Verbindung mit Österreich vorziehe. Als im preußischen Abgeordnetenhause der französische Handelsvertrag fast einstimmig angenommen wurde, unterzeichnete das Ministerium denselben (2. August 1862), ohne die Erklärungen der übrigen Vereinsregierungen abzuwarten. Bayern lehnte die Annahme des französischen Handelsvertrages ab und ihm folgten Württemberg, Hannover, Nassau und Hessen-Darmstadt, weil sie über mehrere Artikel desselben berechtigte Bedenken trugen und den Eintritt Österreichs in den Zollverein anstrebten, um in demselben ein Gegengewicht gegen Preußen zu erlangen. Bismarck lud die Vereinsstaaten zu einer Konferenz nach Berlin (1863) ein, um den Zollverein zu erneuern; sie leisteten sämtlich Folge. Auf Antrag Badens einigten sich die Konferenzmitglieder zuerst über eine Tarifrevision, welche dem französischen Vertrag entnommen war; man überzeugte sich allgemein, daß der ältere Tarif in seinen Hauptsätzen den veränderten Industrieverhältnissen nicht mehr entspreche. Gegen den französischen Vertrag aber wurden lebhafte Einwendungen gemacht, weil in demselben der Tarif auf viele Haupterzeugnisse der Franzosen viel niedriger gesetzt worden war, als auf Zollvereinsprodukte. Preußen rechtfertigte den Vertrag mit der Mitteilung, daß Frankreich auf eine Gleichstellung des beiderseitigen Gewerbefleißes nicht eingegangen sei und die den

Franzosen zugestandenen Zollermäßigungen im Interesse des Zollvereins lägen; denn die betreffenden Industrieartikel bedürften keines Schutzes mehr und gewännen durch Erleichterung des Verkehrs. Der Vorschlag Sachsens, mit Österreich auf Grundlage des Vertrages vom 19. Februar 1853 zu unterhandeln, wurde von Preußen abgewiesen[1]. Durch diese selbstsüchtige Handelspolitik entfremdete sich die preußische Regierung die deutschen Bundesstaaten, und der Kaiser von Österreich lud, im Vertrauen auf die politische Stimmung gegen Preußen, (13. Juli 1863) die deutschen Fürsten zu einer Versammlung in Frankfurt ein, um die allgemein angeregte Reform der Bundesverfassung zu beraten und zu beschließen. Nach dieser Einladung wurde die Zollvereinskonferenz in Berlin vertagt.

Die Frage über eine deutsche Reichsverfassung war seit 1859 auf zahllosen Turner- und Sängerversammlungen und Schützenfesten, wie in vielen Zeitschriften besprochen und von einzelnen Regierungen mit verschiedenen Entwürfen zu lösen gesucht worden. Der sächsische Minister von Beust hatte (1861) ein umfangreiches Reformprojekt bearbeitet, nach welchem das Präsidium zwischen Österreich und Preußen wechseln, dem alten Bundestag eine Abgeordnetenversammlung von Delegierten der Landtage an die Seite gegeben und die Exekutivgewalt dem Kaiser von Österreich, dem König von Preußen und einem dritten Fürsten im Namen der übrigen Fürsten übertragen werden sollte. Das Beustsche Delegiertenprojekt fand beim Bundestag Beachtung, aber keine Annahme. Der Ministerpräsident von Bismarck rief in einer Abgeordnetensitzung wie ein weithin leuchtendes Meteor die Worte in die Welt: „Die deutsche Frage wird nur mit Blut und Eisen gelöst." Mit angestaunter Kühnheit gab er den österreichischen Staatsmännern den Rat, den Schwerpunkt ihrer Monarchie nach Ofen zu verlegen. Minister Graf Rechberg überraschte Deutschland und Europa mit einem vollständig ausgearbeiteten Bundesreformwerk. Seine Absicht war, in Deutschland die von Preußen gefährdete Stellung Österreichs zu sichern und im eigenen Lande den konstitutionellen Einheitsstaat durchzuführen; allein die Ungarn bestanden auf einer Personalunion und auch die slavischen Völkerschaften machten Miene, den Magyaren nachzuahmen. Der Kaiser von Österreich besuchte (2. August 1863) den König Wilhelm von Preußen, welcher im Bade Gastein die Kur gebrauchte, übergab ihm eine Denkschrift über die Notwendigkeit einer Reform der Bundesverfassung und lud ihn auf Mitte August zu einem Kongreß sämtlicher deutscher Fürsten nach Frankfurt ein. Die Nachricht, daß endlich die längst ersehnte Verfassungsreform mit einem Reichstag nicht von dem Bundestag, sondern unmittelbar von den Fürsten ins Werk gesetzt werde, entzündete eine allgemeine Begeisterung. Franz Joseph I.

[1] Weber, Der Deutsche Zollverein, 373—435.

wurde auf seiner Reise nach Frankfurt in allen Orten, namentlich in den ehemaligen Reichsstädten mit Triumphesjubel begrüßt. Alle Fürsten Deutschlands kamen nach der freudig erregten, festlich geschmückten und von unübersehbarem Volke besuchten Stadt Frankfurt; nur der König von Preußen erschien nicht; er hatte die Einladung des Kaisers abgelehnt und zur Behandlung der wichtigen Sache eine Ministerkonferenz vorgeschlagen. Bismarck rechtfertigte das Verhalten seines Herrn in einer Note an die österreichische Regierung mit den herrischen Worten, es sei der Würde seines Königs nicht angemessen, nach Frankfurt zu reisen, um dort Vorschläge entgegenzunehmen, über welche vorher die Ansicht Preußens nicht gehört worden sei. Die versammelten Fürsten schickten den König von Sachsen nach Berlin, um die Einladung zu wiederholen; er kehrte mit einer abweisenden Antwort Wilhelms zurück[1].

Franz Joseph legte der erlauchten Versammlung die Reformakte mit den Worten vor, daß nicht in ausführlichen Erörterungen und Beratungen, sondern in einem schnellen und einmütigen Entschlusse das Heil liege. Nach dem Entwurfe sollte die Leitung der Bundesangelegenheiten einem Direktorium übertragen werden, welches aus dem Kaiser von Österreich, den Königen von Preußen und Bayern und zweien von den übrigen Fürsten gewählten Souveränen zusammengesetzt werde; ihm zur Seite stehe der „Bundesrat" oder die Fürstenversammlung. Den Vorsitz im Direktorium und Bundesrat führt Österreich. Der Reichstag wird aus 300 Delegierten der Ständeversammlungen und aus einer ersten und zweiten Kammer gebildet, beschließt über die vom Direktorium und Bundesrat vereinbarten Gesetzesvorlagen und besitzt die Initiative zu Gesetzesvorschlägen. Die Einberufung, Auflösung und Schließung des Reichstages steht dem Direktorium zu. Als oberste Gerichtsbehörde wird ein Bundesgericht eingesetzt, dessen Mitglieder von den Fürsten teils nach freier Wahl, teils nach den Vorschlägen der Landtagsversammlungen ernannt werden. Die geheimen Verhandlungen der Fürsten gelangten unter Leitung des Kaisers schon am 1. September zum Abschluß. Der österreichische Entwurf wurde darin abgeändert, daß die Mitgliederzahl des Direktoriums auf sechs erhöht wurde und ein Bundeskrieg nur mit Zweidrittel-Mehrheit des Bundesrates beschlossen werden könnte. Preußen verwarf die ganze Reformakte, weil es in der Oberleitung der deutschen Angelegenheiten Österreich nicht gleichgestellt wurde und darauf um so mehr Anspruch machen zu dürfen glaubte, als es um sechs Millionen mehr deutsche Einwohner hatte als Österreich und demgemäß ein größeres Bundes-Kriegskontingent ins Feld stellte. Außerdem forderte es

[1] Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung von 1848—1871, II, 157—563.

bei einer Kriegserklärung ein selbständiges Veto und eine Nationalvertretung durch direkte Wahlen. Da Preußen die Zustimmung zur Reformakte versagte, so blieb sie wirkungslos und man überzeugte sich immer mehr, daß die Reform der Bundesverfassung zu einer Machtfrage zwischen Österreich und Preußen geworden sei. Der geheime Plan des preußischen Ministerpräsidenten von Bismarck war, den Deutschen Bund zu sprengen, Preußen an die Spitze eines neuen Deutschland zu stellen und Deutsch-Österreich samt seinen slavischen Ländern aus dem Deutschen Bunde zu verdrängen. Bismarck war so glücklich, daß die Ausführung seines großen Werkes durch die ausländischen politischen Verhältnisse und die Unfähigkeit aller Staatsmänner seiner Zeit begünstigt wurde. Der Frankfurter Fürstenkongreß endigte mit großen Festlichkeiten, einem unermeßlichen Fremdenzulauf und Bereicherung der Gastwirte und Kaufleute. Unter den anwesenden Fürsten wurde der König von Bayern am aufrichtigsten vom Volke verehrt. Sein Ausspruch: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke" wurde zum politischen Grundsatz in ganz Europa und erwarb ihm die wärmsten Sympathien. So oft er in seinem einfachen Zivilkleide auf der Straße gesehen wurde, umrang ihn eine Volksmenge und brachte ihm freudige Hochrufe aus. Es fehlte nicht viel, so hätten ihn die Frankfurter in ihrer Begeisterung zum deutschen Kaiser ausgerufen. Auf der Rückkehr nach Bayern wurde Maximilian überall mit endlosem Jubel begrüßt und seine Fahrt nach München glich einem Triumphzug. Seine Residenzstadt war in einen Blumengarten verwandelt und alle Häuser mit bayerischen und deutschen Fahnen geschmückt und nachts bei seinem Einzug mit zauberischem Glanze beleuchtet. Der König war über die Liebe seines Volkes und den festlichen Empfang hoch erfreut; allein seine Freude wurde durch den Gedanken getrübt, daß Preußen aus Ehrgeiz und Selbstsucht das deutsche Reformwerk vereitelt hatte, wie er es offen in Bamberg auf seiner Durchreise aussprach.

Eine unerwartete Entscheidung in der deutschen Verfassungsfrage brachte der Tod des Königs Friedrich VII. von Dänemark (15. November 1863). Mit ihm erlosch der Mannesstamm des oldenburgischen Hauses, und kraft des Londoner Protokolls von 1852 bestieg Prinz Christian von Glücksburg, der „Protokollprinz", den Thron der dänischen Gesamtmonarchie. An demselben Tag übernahm der Herzog Friedrich von Augustenburg gemäß der legitimen Erbfolgeordnung und auf Verlangen der Bevölkerung die Regierung in Schleswig-Holstein und setzte hiervon den Bundestag in Frankfurt in Kenntnis. Der neue König Christian IX. wurde von dem Stadtrat und dem Volke in Kopenhagen gezwungen, die vom dänischen Reichstag beschlossene Verfassung, wodurch Schleswig von Holstein getrennt und Dänemark gänzlich einverleibt wurde, am 18. November 1863 anzunehmen. In Holstein weigerten sich alle Beamte und in Schleswig die meisten, dem König

Christian den Huldigungseid zu leisten. Die holsteinischen Stände versammelten sich (19. November) trotz dem Verbote der dänischen Regierung in Kiel und richteten an den Deutschen Bundestag das dringendste Bittgesuch um Unterstützung gegen eine Vergewaltigung Dänemarks. Ganz Deutschland stellte sich auf ihre Seite, um die im letzten schleswig-holsteinischen Krieg durch die Diplomatie erlittene Schmach zu rächen. In unzähligen Volksversammlungen und Ständekammern wurden die deutschen Regierungen durch Petitionen, Adressen und Anträge aufgefordert, die Trennung der Herzogtümer Schleswig und Holstein von Dänemark und ihre Vereinigung unter dem Prinzen Friedrich von Augustenburg selbst mit Waffengewalt durchzusetzen. Von den Alpen bis zur Eider wurden zahllose Vereine für Schleswig-Holstein gegründet, um dem Prinzen Friedrich Geldmittel zur Behauptung seiner Regierung zu verschaffen. Diesmal vereinigten sich auch die deutschen Fürsten mit dem Volke, weil es galt, ein unterdrücktes, vertragsmäßiges Recht zu verteidigen[1]. König Max II. verweilte während der allgemeinen Bewegung in Deutschland auf der seinem Vater gehörigen Villa Malta bei Rom, wo er infolge einer stürmischen Seefahrt von Marseille nach Italien schwer erkrankt angekommen war. Unter dem Einflusse des milden Himmels gewann er allmählich die verlorene Körperkraft wieder. Unvermutet erhielt er mit Winters Anfang (1. Dezember 1863) vom Magistrate Münchens die telegraphische Bitte, er möchte nach der fieberhaft aufgeregten Hauptstadt, in die Mitte seines Volkes zurückkehren, um die schleswig-holsteinische Sache zu schlichten. Maximilian war von seinem nervösen Kopfleiden nur halb genesen, dennoch trat er die Heimfahrt inmitten des Winters an. Bei seiner Ankunft in München fühlte er, daß seine Gesundheit tödlich angegriffen sei. Zu dem zufällig anwesenden bayerischen Gesandten am Pariser Hofe äußerte er: „Mein Volk ahnt nicht, welches Opfer ich ihm bringe." Dem bayerischen Gesandten von der Pfordten in Frankfurt befahl er, am Bundestag zu beantragen, daß die Stände von Holstein-Lauenburg einberufen werden, um über die Thronfolge zu entscheiden. Dem englischen Gesandten in München ließ der König durch den Minister Freiherrn von Schrenk sagen, daß Bayern den Londoner Vertrag von 1852 niemals anerkannt habe und auch niemals anerkennen werde. Freiherr von der Pfordten wies in einer Denkschrift nach, daß der Londoner Vertrag für den Deutschen Bund nicht bestehe, weil er ihm nicht zur Kenntnis gebracht worden sei; derselbe sei von Österreich und Preußen nur als von europäischen Großmächten unterzeichnet worden. Nach wenigen Tagen erkannte Max den Prinzen Friedrich von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein an und erntete hierfür von den Münchenern eine begeisterte Huldigung.

[1] Winterfeld, Der schleswig-holsteinische Krieg 1864, I, 36—52.

Dem König von Bayern folgten bald die Mittel- und Kleinstaaten und nahmen den Augustenburger in Schutz; auch Württemberg, das später dem Londoner Protokoll beigetreten war, hielt sich durch diesen Vertrag nicht mehr für gebunden, weil derselbe von Dänemark verletzt worden war. Schwieriger war die Sache für die zwei deutschen Großmächte, welche bei Abfassung des Protokolls beteiligt gewesen waren und es unterzeichnet hatten. Kaiser Franz Joseph erteilte einer Deputation der Wiener Bürger, welche von ihm die Befreiung der Herzogtümer vom dänischen Joche verlangte, einen ungnädigen Bescheid und wies sie an, die Stadt möge sich nicht mit der auswärtigen Politik, sondern mit ihren Gemeindeangelegenheiten beschäftigen. In Preußen hatte das Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit bei der Regierung den Antrag gestellt, daß sie das unzweifelhafte Erbrecht des Augustenburgers und die Ehre und Interessen Deutschlands in Schleswig-Holstein verteidige. Der Ministerpräsident von Bismarck ließ die politische Gefühlsströmung der Preußen unbeachtet und bezeichnete die nationale Bewegung in Deutschland für die nordischen Herzogtümer als demokratisch und revolutionär; er behandelte die Sache nur vom Standpunkt der preußischen Großmacht aus und lehnte den Antrag der Abgeordneten mit der Erklärung ab, daß für ihn nur der Londoner Vertrag von 1852 maßgebend sei. In einer Note an die österreichische Regierung sprach er den Entschluß aus, an dem Londoner Protokoll festzuhalten und den König Christian IX. aufzufordern, daß er den Schleswig-Holsteinern die vertragsmäßige Verfassung verleihe, welche bisher von Dänemark unter verschiedenen Vorwänden zurückgehalten worden sei. Der Minister Rechberg, ein Vorkämpfer der reaktionären Adelspartei und ein unfähiger Diplomat, betrachtete die ganze nationale Aufregung in Deutschland als ein revolutionäres Werk der Demokraten und meinte, den bestehenden Zustand dadurch zu erhalten, daß man von Dänemark einige Zugeständnisse für Schleswig-Holstein verlange. Obgleich Österreich von Preußen aus dem Zollverein verdrängt und die österreichische Reform der deutschen Bundesverfassung von dem Berliner Kabinett abgelehnt worden war, so war Rechberg in seiner Kurzsichtigkeit doch vollkommen mit Bismarck einverstanden, dessen Pläne ihm ein Geheimnis blieben; er war sogar überaus erfreut, daß die preußische Regierung sich dem Wiener Hofe nach langjähriger Mißstimmung näherte. Preußen und Österreich schlossen ein Bündnis und verlangten in einer gemeinsamen Note (4. Dezember 1863) von den anderen deutschen Staaten, daß die Exekution, welche am Bundestag gegen Dänemark wegen Vertragsverletzung schon im Oktober beschlossen worden sei, von Sachsen und Hannover vollstreckt werde, das Herzogtum Holstein aber nicht für den Bund in Besitz genommen werde; der Entscheidung der Erbfolgefrage sollte dadurch nicht vorgegriffen werden. In der Bundesversammlung wurde am 7. Dezember mit acht Stimmen gegen sieben

die Exekution angenommen und Sachsen, Hannover, Preußen und Österreich mit dem Vollzuge beauftragt. Während Bayern am Bundestag beantragte, die Erbfolge in Holstein unverzüglich zu prüfen, marschierten (23. Dezember) 12000 Sachsen und Hannoveraner unter dem sächsischen General von Hake in Holstein ein und Bundeskommissäre nahmen Besitz von der Regierung; nach wenigen Tagen rückten österreichische und preußische Reserven in Hamburg und Lübeck ein. Die dänischen Truppen wichen nach dem Norden zurück, und in einer großen Versammlung schleswig-holsteinischer Männer wurde (27. Dezember) zu Elmshorn Prinz Friedrich zum Herzog ausgerufen. Friedrich begab sich nach Kiel, wo er die Entscheidung des Bundestages über sein Erbrecht erwartete[1].

Preußen und Österreich stellten am Bundestag den Antrag, Dänemark aufzufordern, daß es gemäß dem Londoner Protokoll die Verfassung vom 18. November für Schleswig außer Kraft setze, widrigenfalls werde Deutschland auch dieses Herzogtum bis zur Erfüllung der Forderung besetzen. Der Antrag wurde (14. Januar 1864) mit elf Stimmen gegen fünf abgelehnt, weil die meisten Bundesstaaten, namentlich Bayern, die Errichtung eines selbständigen Herzogtums Schleswig-Holstein anstrebten. Auf diesen Beschluß erwiderten die beiden Großmächte, daß sie sich von dem Bundestag nicht „majorisieren" lassen und die Sache in ihre eigenen Hände nehmen, um die im Londoner Protokoll festgestellten Bundesrechte zur Geltung zu bringen. Bayern und die anderen Mittelstaaten protestierten gegen die eigenmächtige Hinwegsetzung Österreichs und Preußens über einen Mehrheitsbeschluß, wodurch die ganze Bundesverfassung umgestoßen werden würde. Die Selbständigkeit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten beruhte auf dem politischen Gegensatz, in welchem bisher Preußen und Österreich zu einander standen; wenn aber diese zusammenwirkten, so war das übrige Deutschland ohnmächtig und es hatte nur die Wahl, entweder sich zu unterwerfen oder im Auslande Hilfe zu suchen. Eine Verbindung mit einer fremden Macht war gegen die Stimmung des deutschen Volkes; daher wollte man den König von Bayern, als den mächtigsten der mittelstaatlichen Fürsten, mit der höchst schwierigen Aufgabe betrauen, sich an die Spitze der Mittel- und Kleinstaaten zu stellen, einen neuen Deutschen Bund zu gründen und den Kampf für Schleswig-Holstein zu übernehmen; allein Max II. scheute einen Bürgerkrieg, der notwendig durch dieses Projekt hervorgerufen werden würde. Er kannte die Eifersucht der Mittelstaaten, welche es zu einer Einigung nicht kommen ließe. Hannover und Kurhessen, welche von jeher eine engherzige Politik befolgten, weigerten sich, eine Konferenz in Würzburg zur Beratung der schleswig-holsteinischen Sache zu beschicken.

[1] Helfert, Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes 1848, II, 211—497.



Preußen und Österreich richteten (16. Januar 1864) an Dänemark ein Ultimatum, die Verfassung vom 18. November für Schleswig binnen 48 Stunden aufzuheben. Die dänische Regierung wollte den Krieg in die Länge ziehen, in der Hoffnung, daß die Garantiemächte des Londoner Vertrages zu ihren Gunsten intervenieren würden. Schweden zeigte sich geneigt, Dänemark zu unterstützen, ließ es aber bei guten Worten bewenden. Rußland war stets den Dänen freundlich gesinnt, aber durch die Folgen einer eben erst niedergeworfenen Revolution in Polen an einem unmittelbaren Eingreifen in die auswärtigen Verhältnisse gehindert; auch wollte der Petersburger Hof sich gegen Preußen, welches die polnische Revolution unterdrücken half, dankbar erweisen. In England erhob sich die gesamte Tagespresse für die Dänen, und die Minister Russel und Palmerston sandten in Übereinstimmung mit dem britischen Volke drohende Noten an den Deutschen Bund, drangen in Kopenhagen auf sofortige Einberufung des Reichstages, um die Novemberverfassung abzuschaffen, und forderten von Österreich und Preußen, daß sie an der Integrität der dänischen Monarchie nicht rütteln. In Paris brachten sie eine gemeinsame Unterstützung Dänemarks durch die Vertragsmächte für den Fall in Anregung, daß der Plan des Prinzen von Augustenburg von den Deutschen ausgeführt werden würde. Die Minister in Kopenhagen hofften sicher, daß dem französischen Kaiser die Gelegenheit willkommen sein werde, im Osten seines Reiches Eroberungen zu machen. Allein Napoleon III. war von der englischen Regierung gekränkt worden, weil sie (November 1863) seinen Vorschlag abgelehnt hatte, auf einem Kongreß in Paris die allgemeinen Angelegenheiten Europas zu ordnen; denn die Verträge von 1815 wären durch die Macht der Verhältnisse aufgelöst worden. Russel und Palmerston durchschauten die Absicht Napoleons, sich zum Schiedsrichter über Europa zu erheben und sein Ansehen zu erhöhen; sie erwiderten ihm, daß man sich von einem Kongreß nur dann einen Erfolg versprechen könnte, wenn die Völker zuvor durch einen langen Krieg erschöpft und nachgiebig gemacht worden wären. Österreich machte die Ansicht des britischen Ministeriums sogleich zu der seinigen, um einer voraussichtlichen Verhandlung über eine Abtretung Veneticns an Italien zu entgehen. Damit fiel der Kongreßplan und Napoleon rächte sich damit, daß er den Antrag Englands auf Unterstützung Dänemarks zurückwies, mit der Bemerkung, daß er am Nationalitätsprinzip festhalte und eine allgemeine Abstimmung in Schleswig-Holstein als die gerechteste und leichteste Lösung der Frage betrachte [1].

Die dänische Regierung lehnte die österreichisch-preußische Sommation ab und ließ ihre 30 000 Mann starke Armee unter dem General de Meza,

[1] Winterfeld a. a. O. I, 56—67.

einem geborenen Portugiesen, in die Verschanzungen des Danewerkes zurückgehen. Die deutschen Großmächte verlangten vom Bundestag, daß der Marsch ihrer Truppen durch Holstein von den Sachsen und Hannoveranern nicht gestört werde und der Prinz von Augustenburg Kiel verlasse. In Übereinstimmung mit dem Minister Rechberg legte Bismarck in einer Note an die deutschen Regierungen dar, daß zunächst eine Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark ins Auge zu fassen sei, wenn sich in denselben eine neue Dynastie nicht erreichen lasse. Es sei unzweifelhaft, daß die Erbfolge in Schleswig und die völkerrechtliche Stellung dieses Landes nicht einseitig durch den Bund, sondern durch internationale Verhandlungen entschieden werden können, und in dieselben werde Deutschland auf einer viel vorteilhafteren Grundlage eintreten, wenn die dänische Verfassung vom 18. November und der dadurch widerrechtlich in Schleswig eingeführte Zustand beseitigt sei. Das selbständige Vorgehen Preußens und Österreichs machte allen offenbar, daß die beiden Großmächte das Erbrecht des Augustenburgers aufheben und Schleswig-Holstein für sich in Besitz nehmen wollten. Der Bundestag weigerte sich, die Entfernung Friedrichs aus Kiel zu veranlassen, gab jedoch zu, daß dem Durchmarsch des österreichisch-preußischen Heeres kein Hindernis in den Weg gelegt werde und der General Hake die sächsisch-hannoverischen Truppen nach Altona zurückziehe. Gegen Preußen und Österreich brauste die nationale Leidenschaft heftig auf; in München reichte eine Volksversammlung beim König eine „Sturmpetition" ein, er möchte in Verbindung mit den Bundesgenossen Bayerns und den Schleswig-Holsteinern eine Streitmacht nach Norden schicken, um jeden frevelhaften Bundesbruch zu hindern und das Erbrecht des Augustenburgers zu schützen. Gleiche Beschlüsse faßten die Abgeordnetenkammern in Sachsen und Württemberg, und das preußische Abgeordnetenhaus lehnte eine von der Regierung geforderte Anleihe ab, mit der Begründung, daß Preußen mit seiner Politik in den Herzogtümern von Deutschland abfalle und seine Großmachtsstellung mißbrauche. Maximilian II. und seine deutschen Verbündeten widerstanden dem Andrängen des Volkes, weil durch eine Besetzung Schleswig-Holsteins mit ihrer Streitmacht ein Bürgerkrieg unvermeidlich gewesen wäre und aus demselben nur Dänemark Vorteile gezogen hätte. In Österreich schwärmten Adel, Volk und Tagespresse in ihrer Verblendung für die Allianz mit Preußen und sprachen von den deutschen Mittel- und Kleinstaaten mit hochmütiger Verachtung. Man staunte über die Unfähigkeit des Ministers Rechberg, welcher nicht einsah, daß ein Krieg um Schleswig-Holstein nur Preußen wegen der geographischen Lage Vorteile bringen könnte.

Unter dem General von Gablenz marschierten 20000 Österreicher und unter dem Prinzen Friedrich Karl 25000 Preußen (Januar 1864) durch Holstein in Schleswig ein; den Oberbefehl über beide Armeecorps erhielt

der greise Feldmarschall von Wrangel, welchem der Generallieutenant Vogel von Falckenstein und später der Generallieutenant von Moltke als Generalstabschef zur Seite stand. Prinz Friedrich Karl besetzte Eckernförde und griff die Dänen in ihren festen Stellungen des Danewerkes bei Missunde an, mußte sich aber vor den unüberwindbaren Schanzwerken zurückziehen. Die Österreicher erstürmten das Dorf Oberselk, während die Preußen die Schlei überschritten, die Dänen an der Front durch Artilleriefeuer beschäftigten und sie indes an ihrer Flanke und ihrem Rücken umgingen. General de Meza war zu schwach, den Übergang zu hindern und zog sich (5. Februar) über Flensburg in die zweite Verteidigungsstellung bei Düppel zurück, um die einzige Armee, welche Dänemark besaß, gemäß der ihm erteilten Instruktion vor einer Niederlage zu sichern. Die Verbündeten drangen den weichenden Dänen nach; Prinz Friedrich Karl besetzte Flensburg und General Gablenz marschierte durch die Stadt Schleswig, erreichte die dänische Nachhut bei dem Dorfe Översee und besiegte sie nach einem blutigen Gefecht. Das Herzogtum Schleswig war frei bis auf die befestigte Stellung bei dem Dorfe Düppel, welche auf drei Seiten von dem Meere gedeckt und mit der Insel Alsen durch Brücken verbunden war. Wrangel befahl den Preußen, welche durch das Gardecorps verstärkt worden waren, die Düppeler Schanzen (9. Februar) zu belagern und mehrere Plätze in Holstein unter der Angabe zur Sicherheit der Kriegsoperationen zu besetzen; ein Protest des Generals Hake und der sächsischen Regierung war erfolglos. Während der preußische Prinz die Belagerung von Düppel leitete, überschritten die Österreicher und die preußischen Garden die Grenzen Jütlands und schlugen ein dänisches Corps in die Festung Fridericia zurück; Wrangel übertrug dem General Gablenz die Einschließung derselben und rief die Garden nach Düppel zurück. Als die Preußen nach mehreren Gefechten und einem lebhaften Geschütz- und Mörserfeuer die letzten Laufgräben bis auf 300 Schritt Entfernung an die feindlichen Schanzen vorgeschoben hatten, erstürmten sie (18. April 1864) nach einem mörderischen Kampfe die befestigten Werke. Die Dänen, welche 5000 Mann verloren hatten, gingen in die Verschanzungen auf der Insel Alsen zurück, wo sie durch ihre Flotte gegen einen Angriff kräftig unterstützt werden konnten. Die Preußen, welche bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen nur 1200 Mann verloren hatten, bewiesen in diesem Feldzug durch das Schnellfeuer ihrer Zündnadelgewehre mit dem Hinterladersystem, die taktische Ausbildung der Soldaten und die Einsicht und Tüchtigkeit der Offiziere eine glänzende Überlegenheit über die Österreicher, welche sich nur durch tollkühne Tapferkeit hervorthaten. Die Preußen besetzten Jütland und rückten bis Aalborg vor, um dadurch Dänemark zum Frieden zu zwingen. Die Österreicher nahmen (29. April) die Festung Fridericia, welche die Dänen freiwillig geräumt hatten, in der

Meinung, sie nach dem Verluste der Düppeler Werke nicht mehr halten zu können [1].

Je mehr Fortschritte die Österreicher und Preußen in Dänemark machten, desto besorgter wurde die britische Regierung und sie setzte es durch, daß die Großmächte in eine Konferenz zu London willigten. Die deutschen Mittelstaaten verlangten eine Beteiligung an derselben, um auf diplomatischem Wege das hereinzubringen, was sie in militärischer Beziehung nicht erreichen konnten. Ihre Forderung wurde von Napoleon III., welcher sich in den Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands Sympathien erwecken wollte, nachdrücklich befürwortet. Auf Antrag Bayerns versammelten sich (Februar 1864) die mittelstaatlichen Minister in Würzburg und kamen überein, daß sie jene Beschlüsse der deutschen Großmächte nicht anerkennen werden, welche dieselben in der schleswig-holsteinischen Sache fassen würden; denn die Erbfolge in diesen Herzogtümern sei von dem Bundestag allein zu entscheiden. Der sächsische Minister von Beust wurde für die Londoner Konferenz zum Bevollmächtigten des Deutschen Bundes gewählt, weil man sich von dessen diplomatischem Talent den günstigsten Ausgang für Schleswig-Holstein versprach; er erhielt die allgemeine Anweisung, mit den Gesandten von Österreich und Preußen möglichst gemeinsam zu handeln. In Österreich fing man endlich an, einzusehen, daß es in dem nordischen Krieg nicht seine, sondern Preußens Interessen fördere und die kaiserliche Regierung zeigte wenig Lust, denselben fortzusetzen. Ministerpräsident von Bismarck sandte den General von Manteuffel nach Wien, um Österreich zum Festhalten an dem Bündnis mit Preußen zu überreden. Der Kaiser und seine Minister ließen sich durch Manteuffels Vorstellungen täuschen und brachten neue Opfer für Preußen. Den mit einer bayerischen Prinzessin verheirateten Erzherzog Albrecht schickten sie nach München, damit er den König, seinen Schwager, über die allgemein verurteilte Politik Österreichs beruhige. Die treulose und hochmütige Haltung der kaiserlichen Regierung gegen Bayern, welches bisher, namentlich in der Handelspolitik, auf Seite Österreichs gestanden war, die dadurch hervorgebrachte Aufregung und die Folgen der Reisebeschwerden verschärften das körperliche Leiden Maximilians II. und beschleunigten sein Lebensende. Wenige Tage nach der Anwesenheit Albrechts starb er, 53 Jahre alt, am 10. März 1864; seine letzten Worte waren: „Ich habe stets das Beste gewollt." Sein vorzeitiges Hinscheiden, das zumeist durch die nutzlose Unterbrechung seines Aufenthaltes im südlichen Klima verursacht worden war, erfüllte ganz Bayern mit tiefstem Schmerz; auch in und außer Deutschland erregte der Tod des edlen Fürsten die innigste Teilnahme. Der Zudrang des trauernden Volkes von München und den entferntesten Ortschaften zu der in der alten

[1] Winterfeld a. a. O. II, 39—197.

Hofkapelle ausgestellten Leiche des Königs war ungeheuer, und die Exequien waren die großartigsten, die je in der bayerischen Hauptstadt stattfanden. Auf der unermeßlichen Menschenmenge, welche dem verehrten und geliebten Monarchen den letzten Tribut treuer Anhänglichkeit bewies, lag eine schwermütige Ahnung, als wenn mit der königlichen Leiche das Glück des Vaterlandes in die Gruft sänke und eine neue Zeit mit entscheidungsvollen Ereignissen anbräche.

Auf der in London (25. April 1864) eröffneten Konferenz brachte man es nach zweiwöchentlichen Verhandlungen (9. Mai) zum Abschlusse eines Waffenstillstandes auf die Dauer eines Monates. Es war am nämlichen Tag, als der kühne österreichische Schiffskapitän von Tegethoff mit dem österreichisch-preußischen Geschwader zwei Fregatten und eine Korvette der Dänen, womit sie die Weser- und Elbemündung blockieren wollten, bei Helgoland in die Flucht schlug. Bei Beratung der Friedenspräliminarien beantragten Preußen und Österreich Abtrennung Schleswig-Holsteins von Dänemark und eine Personalunion unter dem König Christian IX. Die dänischen Gesandten, welche noch immer auf einen militärischen Beistand Schwedens und Englands rechneten, weigerten sich, diesen Vorschlag nur nach Kopenhagen zu berichten; damit entschieden sie das Los der beiden Herzogtümer. Die Bevollmächtigten von Österreich, Preußen und dem Deutschen Bunde forderten die Erhebung der beiden Lande zu einem selbständigen deutschen Staat unter dem Prinzen Friedrich von Augustenburg, welcher von allen Rechtsgelehrten als legitimer Erbe von Schleswig-Holstein anerkannt und von den Einwohnern dieser Lande gewünscht würde. England machte den Vorschlag, Schleswig zu teilen und die nördliche Hälfte, wo in mehreren Bezirken die dänische Bevölkerung überwog, Dänemark einzuverleiben. Die dänischen Bevollmächtigten verwarfen auch diesen Antrag und am 26. Juni wurden die Feindseligkeiten erneuert. Prinz Friedrich Karl, welcher statt des Feldmarschalls Wrangel zum Oberbefehlshaber des verbündeten Heeres ernannt worden war, eroberte (29. Juni) die befestigte Insel Alsen und befahl den Österreichern unter dem Feldmarschall-Lieutenant von Gablenz, den westlichen Teil Jütlands und die reiche Insel Mors zu besetzen. Die Preußen drangen auf der östlichen Seite über Frederikshaven bis zu dem Kap und der Stadt Skagen, der nördlichsten Spitze Jütlands, vor, wohin noch kein deutscher Soldat gekommen war. Die schnelle Unterwerfung Alsens und Jütlands brach den übermütigen Trotz der Dänen und erfüllte sie mit der Besorgnis, die verbündeten Gegner möchten auch noch die Inseln Fünen und Seeland nebst Kopenhagen besetzen. Als die dänische Regierung von ihrem Gesandten in Paris berichtet wurde, daß der französische Kaiser entschieden rate, mit den deutschen Großmächten unmittelbar und sofort zu unterhandeln, ernannte Christian IX. ein neues Ministerium und schloß am 30. Oktober 1864

in Wien mit Österreich und Preußen Friede; er trat Schleswig, Holstein und Lauenburg nebst den dazu gehörigen Inseln an den Kaiser von Österreich und den König von Preußen ab und gab alle den Deutschen abgenommenen Handelsschiffe und Fahrzeuge zurück. Die Kriegskosten und 29 Millionen von der dänischen Gesamtschuld wurden durch die Erträgnisse der abgetretenen Herzogtümer gedeckt[1]. Der Deutsche Bund, Schleswig-Holstein und das Erbrecht des Augustenburgers waren gänzlich umgangen worden. Der Wiener Friede war eine Verletzung des Staatsrechtes, denn Österreich und Preußen ließen sich Länder von einem Fürsten abtreten, dem sie nicht gehörten und den auch der Deutsche Bund als Herrn derselben nicht anerkannt hatte. Die beiden Großmächte hatten den Krieg mit ausdrücklicher Erklärung im Namen des Bundes geführt; daher hätten sie die Eroberungen ihm übergeben sollen.

Bismarcks Absicht beim Abschlusse des Wiener Vertrages war, daß über den Besitz der eroberten Herzogtümer nur im Interesse Preußens entschieden werde; er hatte schon im Juni von dem Herzog von Augustenburg für den Fall, daß ihm die Regierung in Schleswig-Holstein übergeben würde, gefordert, daß er mit Preußen eine Militär- und Marinekonvention eingehe und einen schiffbaren Kanal von Eckernförde nach Brunsbüttel an Preußen überlasse. Friedrich wies diese Anträge zurück und bedeutete dem Ministerpräsidenten, es wäre für seine Sache besser gewesen, wenn sie von dem Deutschen Bund allein ausgefochten worden wäre, weil die Schleswig-Holsteiner, welche die Preußen und Österreicher nicht gerufen hätten, nicht mit so hohen Kriegskosten belastet worden wären. Mit diesem schroffen Widerstand verriet der Augustenburger eine große politische Unfähigkeit, weil er hinter sich keine Hilfsmacht gegen die preußischen Ansprüche besaß. Bismarck entgegnete ihm mit überraschender Offenheit, daß Preußen auf seinen Forderungen unter allen Umständen bestehen werde. Zur Durchsetzung derselben hatte er mit vielen und großen Hindernissen zu kämpfen, denn ganz Deutschland verwarf seinen Plan und im eigenen Lande dauerte der Gegensatz zwischen dem Abgeordnetenhause und der Regierung wegen des außerordentlichen Militärbudgets fort, wenn auch die Siege der preußischen Armee im letzten Krieg dem Ehrgeize des Volkes schmeichelten. Die Abgeordneten versagten der Regierung die Unterstützung in der auswärtigen Politik und lehnten alle finanziellen und militärischen Gesetzesvorlagen ab; sie genehmigten nur die neuen Zollvereinsverträge. Die vertagten Zollkonferenzen waren in Berlin (Februar 1864) wieder aufgenommen worden. Bayern stellte den aussichtslosen Antrag, den französischen Vertrag von 1862 aufzugeben oder abzuändern und mit Österreich ein vertragsmäßiges Verhältnis herzustellen, weil Bayern

[1] Winterfeld a. a. O. II, 215—328.

unter allen Vereinsstaaten am meisten an einem Handelsverkehr mit Österreich geographisch beteiligt war. Preußen verließ seinen einmal eingenommenen Standpunkt nicht, und Österreich verzichtete aus glückseliger Freude über das Bündnis mit Preußen auf eine engere Verbindung mit dem Zollverein. Nun gaben Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau ihren Widerstand auf und willigten (Oktober 1864) in den französischen Handelsvertrag, nachdem die anderen Vereinsregierungen demselben bereits beigetreten waren. Im folgenden Jahre kam ein Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Österreich zu stande, welches in demselben mit allen anderen Nationen gleichgestellt wurde; damit war die Stellung, welche Österreich durch den Vertrag von 1853 errungen hatte, beseitigt. Die noch in demselben Jahre (1865) mit Belgien, England und Italien abgeschlossenen Handelsverträge hatten den preußisch-französischen Vertrag zur Grundlage nach dem Prinzip der Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen [1].

Die preußische Regierung fuhr, gestützt auf die Zustimmung des Herrenhauses und die Armee, fort, die nicht bewilligten Steuern einzutreiben und jede freisinnige Regung der Abgeordneten zu unterdrücken. Ihr nächstes, wichtiges Ziel war, unbekümmert um den Verfassungsstreit, ein großes und schlagfertiges Heer zu organisieren und Schleswig-Holstein mit oder ohne Gewalt zu erwerben. Am Bundestag forderte sie mit Österreich, die Bundesexekution in Holstein für beendigt zu erklären, weil sie gegenstandslos geworden sei. Die Mehrheit fügte sich, und auf mächtiges Drängen Bismarcks kehrten die hannoverischen und sächsischen Truppen und die Bundeskommissäre in ihre Heimat zurück. Die Mittelstaaten, welche ihren alten Standpunkt nicht verließen, forderten zuerst von Österreich die Anerkennung des Prinzen Friedrich als Herzog von Schleswig-Holstein mit der Hinweisung, daß ein selbständiges Herzogtum im Norden Deutschlands ein erwünschter Bundesgenosse Österreichs gegen Preußen sein würde. Der Minister Rechberg, welcher Österreich durch seine fehlerhafte Politik in eine Sackgasse geführt und Preußen in den Sattel gehoben hatte, war (27. Oktober 1864) entlassen und der Statthalter Galiziens, Graf von Mensdorff-Pouilly, ein militärischer, thatkräftiger Aristokrat, zu seinem Nachfolger ernannt worden. Mensdorff wollte sich den deutschen Mittel- und Kleinstaaten wieder nähern und machte (5. Dezember) den Vorschlag, die eroberten Lande dem Herzog Friedrich als dem bestberechtigten Erben zu übergeben und die anderen Fragen an ein Austrägalgericht zu verweisen. Der preußische Ministerpräsident weigerte sich, auf die Erbfolge einzugehen, ehe die künftige Stellung Preußens zu den Herzogtümern festgesetzt sei. Minister Mensdorff glaubte, einen Ausweg zu finden, wenn er Schleswig-Holstein an Preußen überlasse

[1] Weber a. a. O., 435—461.

unter der Bedingung, daß es einen Teil von Schlesien an Österreich abtrete. Darauf ging Bismarck nicht ein, weil Schlesien wegen des unmittelbaren Zusammenhanges für Preußen wichtiger war, als die abgetrennten Herzogtümer. In einer Note vom 22. Februar 1865 forderte er in Wien, daß Schleswig-Holstein militärisch und handelspolitisch für immer mit Preußen verbunden und einige Bezirke als Flottenstationen dem preußischen Staate einverleibt werden. Der Gegensatz zwischen den beiden Großmächten wurde durch die Zwistigkeiten verschärft, in welche sich die Zivilkommissäre in Schleswig-Holstein wegen der gemeinsamen Verwaltung verwickelten; der österreichische begünstigte die augustenburgische Partei und der preußische beklagte sich deshalb über Verletzung des Wiener Friedens. Die politische Lage in Deutschland wurde immer gespannter. König Wilhelm I. von Preußen hielt, auf seiner Reise von Karlsbad nach Gastein, in Regensburg mit seinen Ministern und den aus Paris und Wien berufenen Gesandten eine Beratung über den Streit mit Österreich, und Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt stellten am Bundestag (27. Juli 1865) den Antrag, daß die Stände in Schleswig-Holstein einberufen, Schleswig mit dem Deutschen Bunde vereinigt und von diesem ein Teil der Kriegskosten übernommen werde. Wenn Österreich diesem Antrag beitrat, so stand der Ausbruch eines Krieges bevor. Bismarck hatte schon mit dem italienischen Premierminister General Lamarmora geheime Unterhandlungen gegen Österreich angeknüpft; allein der schlaue Italiener war behutsam und beschäftigte sich mit dem Gedanken, Venetien dem Kaiser von Österreich abzukaufen oder durch Vermittlung Frankreichs gegen Rumänien einzutauschen [1]. Als Lamarmora zögerte, vereinbarte Bismarck mit dem Grafen Mensdorff am 14. August in Gastein einen Vertrag, welcher von Wilhelm I. und Franz Joseph I. bei einer persönlichen Zusammenkunft in Salzburg bestätigt wurde. In diesem Vertrag wurde das „Kondominat" über die Herzogtümer aufgehoben, Holstein der österreichischen Regierung und Schleswig der preußischen zur ausschließlichen Verwaltung zugeteilt und Franz Joseph verkaufte seine Ansprüche auf das Herzogtum Lauenburg an den König von Preußen um 2½ Millionen Thaler [2].

---

[1] Lamarmora, Enthüllungen, aus dem Italienischen, Mainz 1874, S. 7—83.
[2] Klüpfel a. a. O. II, 564—580.

Siebentes Kapitel.

Auflösung des Deutschen Bundes und Gründung eines neuen Deutschen Reiches.

Die Gasteiner Konvention, welche die Lösung des Streites nur vertagte, wurde von den Schleswig-Holsteinern mit Unwillen aufgenommen, weil durch dieselbe ihre Lande auseinandergerissen und wie eine fremde Eroberung behandelt worden waren. Bayern und den anderen deutschen Mittelstaaten erschien der Vertrag nur als eine Fortsetzung der Gewaltthaten Österreichs und Preußens, weil Holstein und Lauenburg als Bundesgebiet anerkannt worden waren und über sie nur der Bund rechtskräftig verfügen konnte. Die bayerische Regierung wurde in ihrer deutschen Politik auch von dem Landtag unterstützt, welcher während der diplomatischen Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich (1865) in München versammelt worden war. Der junge König Ludwig II., welcher kurz vor seiner Thronbesteigung die Volljährigkeit erreicht hatte, betrat mit idealer Freisinnigkeit die ihm von seinem Vater Maximilian vorgezeichnete Bahn der Gesetzgebung; er begnadigte durch eine allgemeine Amnestie die politischen Verbrecher, ließ den Kammern des Landtags die seit vielen Jahren vergeblich beantragten Gesetzentwürfe über Abkürzung der Finanzperioden von sechs auf zwei Jahre, über ein Gemeindeedikt und Gewerbefreiheit vorlegen und lud nach Überreichung einer Dankadresse sämtliche Abgeordnete in die Residenz zur Tafel, wobei er ein Hoch auf Bayern ausbrachte, das von den Volksvertretern mit stürmischer Begeisterung erwidert wurde. Die Reichsräte betrachteten den gesetzgeberischen Fortschritt der neuen Regierung mit bedenklicher Sorgfalt und widerstanden besonders der Abkürzung der Finanzperioden, welche sie für eine Schwächung der Kronrechte hielten. Als aber der wieder zum Minister des Auswärtigen ernannte Freiherr von der Pfordten seine Überzeugung aussprach, daß durch das neue Gesetz die Regierungsgewalt gestärkt werde, weil die Voranschläge genauer und zuverlässiger gemacht werden können, stimmten sie mit großer

Mehrheit zu demselben und ebenso zu den neuen Zollvereinsverträgen, welche von der Abgeordnetenkammer mit 117 Stimmen gegen 7 angenommen worden waren. Nach der Wahl der Gesetzgebungsausschüsse brachten die beiden Kammern an die Regierung den Antrag, dahin zu wirken, daß Schleswig-Holstein, wie jeder andere deutsche Bundesstaat, seine inneren Angelegenheiten unter dem rechtmäßigen Herzog Friedrich selbständig ordnen könne. Ludwig II. bestätigte die Gesamtbeschlüsse der Kammern und versprach, die Schleswig-Holsteiner in ihrem Rechte zu unterstützen[1].

Der österreichische Statthalter in Holstein, Feldmarschall-Lieutenant von Gablenz, verwaltete, nach der Anweisung des Ministers Mensdorff, Holstein, ohne den Bestrebungen des Volkes gegen die Gasteiner Konvention ein Hindernis zu setzen. Der preußische Statthalter, General von Manteuffel, regierte in Schleswig mit militärischer Strenge; er unterdrückte alle augustenburgisch gesinnten Zeitungen und drohte dem Prinzen Friedrich mit Verhaftung, wenn er sich auf schleswigischem Boden blicken lasse. Als Gablenz zugab, daß eine große Volksversammlung in Altona die Selbständigkeit der Herzogtümer proklamierte, schickte Graf von Bismarck (29. Januar 1866) dem Minister Mensdorff eine scharfe Note, in der er den Bruch des Bündnisses ankündigte, wenn Österreich fortfahre, in Holstein den Festsetzungen des Wiener Friedens und des Gasteiner Vertrages zuwider zu handeln. Es folgte eine gereizte Antwort, weil in Wien die kriegerische Stimmung gegen Preußen immer mächtiger wurde. Während die österreichischen Minister die Dinge mit gewohnter Gleichgiltigkeit an sich herankommen ließen, hatte der preußische Ministerpräsident mit umfassendem Scharfblick und in Verbindung mit seinen gewandten Gesandten die Ausführung seines großen Planes durch Unterhandlungen mit Italien und Frankreich vorbereitet. Die Italiener haßten die Österreicher auf Leben und Tod, solange Venetien in ihrer Gewalt war; sie forderten ungestüm Befreiung dieser Provinz und Rom zur Hauptstadt des geeinigten Vaterlandes. König Viktor Emanuel II. hatte es bei einem Neujahrsempfang (1864) offen ausgesprochen, daß im Norden Deutschlands Verwicklungen sich zeigen, welche für die Erlösung Venetiens und Roms günstig sein könnten. Der Kaiser der Franzosen kam den Wünschen des italienischen Volkes um einen Schritt entgegen, indem er mit Viktor Emanuel (15. September 1864) eine Konvention abschloß, kraft deren er die französische Besatzung aus Rom zurückzog und der König sich verpflichtete, das verkleinerte päpstliche Gebiet nicht anzugreifen und die Residenz von Turin nach Florenz zu verlegen. Mit diesem Vertrag hatte Napoleon die Absicht, die Italiener zur Verzichtleistung auf die Hauptstadt Rom zu bewegen; allein für sie war Florenz nur eine Station auf dem Wege nach

[1] Landtagsverhandlungen der Abgeordneten- und Reichsratskammer in Bayern 1865

Rom. Mit lebhafter Sympathie für Italien war er bemüht, sein im Jahre 1859 gegebenes Wort: „Italien frei bis zur Adria!“ zu lösen und machte in Übereinstimmung mit der italienischen Regierung dem Wiener Hofe wiederholt das Anerbieten, Venetien, das für Österreich nie mehr ein sicherer und erfreulicher Besitz sein könne, gegen eine Geldentschädigung an Italien abzutreten. Dieser Antrag wurde von der kaiserlichen Regierung, welche ohne Bedenken ihre Rechte auf Lauenburg an Preußen verschachert hatte, als eine Verletzung der Staatsehre mit Entrüstung zurückgewiesen. Einen zweiten Krieg zur Befreiung Venetiens erlaubten Napoleon die Stimmung und die Finanzen Frankreichs nicht, weil ihm ein abenteuerlicher Krieg in Mexiko und die Errichtung eines mexikanischen Kaisertums große Summen Geldes und viele tausend Soldaten gekostet hatten; aber er konnte durch einen Bürgerkrieg in Deutschland das angestrebte Ziel erreichen. Bei einer Zusammenkunft in dem französischen Seebad Biarritz (Oktober 1865) versprach er Bismarck, Preußen zur Vergrößerung durch Schleswig-Holstein und Mitteldeutschland mit französischen Waffen zu unterstützen, wenn er auf eine Vereinigung Venetiens mit Italien und Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich eingehe. Der Ministerpräsident gab dem Kaiser keine bestimmten Zusagen, sondern verschleppte die Verhandlungen, um ihn in der Neutralität zu erhalten[1].

Mit diplomatischer Hinterlist unterhandelte Napoleon geheim mit Österreich über einen Austausch Venetiens gegen Schlesien, in dem Wahne, daß die österreichische Armee der preußischen weit überlegen sei. Dabei berechnete er, daß ihm Preußen, wenn Österreich siege, das linke Rheinufer gegen französische Hilfe überlassen werde; sollte Preußen siegen, so könnte er seine Neutralität um gleichen Preis verkaufen. So schlau auch diese Berechnung war, so war sie doch falsch, weil die Voraussetzungen irrig waren; denn das preußische Heer, welches auf 600 000 Mann erhöht werden konnte, übertraf durch eine dreijährige Dienstzeit, neue Taktik, das Hinterladergewehr, eine strenge Disziplin und ausgezeichnete Verpflegung alle europäischen Heere und hatte im deutsch-dänischen Krieg glänzende Proben hiervon abgelegt. Für Preußen öffneten sich sichere Aussichten auf einen siegreichen Feldzug, wenn durch ein Bündnis mit Italien die Streitmacht Österreichs geteilt würde. Hierzu hatte Graf von Bismarck durch einen Handelsvertrag, den er (Dezember 1865) zwischen dem Zollverein und Italien abschloß, die Einleitung getroffen; demselben traten Bayern und Württemberg unwillig bei, weil sie damit das durch die Revolution gegründete Königreich Italien anerkannten. Die Unterhandlungen über eine Allianz mit Italien wurden durch den preußischen Gesandten in Paris eingeleitet, und auf den Rat Napoleons

[1] Menzel, Der deutsche Krieg 1866, I, 57—327.

sandte der Premierminister Lamarmora (März 1866) den General Govone nach Berlin, unter dem Vorwande, das System des preußischen Festungsbaues kennen zu lernen. König Wilhelm I. war anfänglich einem Kriege gegen Österreich abgeneigt; sein Plan war, die Zustimmung der österreichischen Regierung zur Erwerbung Schleswig-Holsteins dadurch zu erlangen, daß er dem Kaiser Franz Joseph den Besitz Venetiens gewährleiste. Die Entscheidung lag in dem Verfassungsstreit und der schroffen Haltung der Abgeordneten; denn der König hatte nur die Wahl, entweder auf dem bereits betretenen Wege zur Vergrößerung Preußens vorwärts zu gehen, oder das Ministerium zu entlassen und nach einem System im Sinne der Abgeordneten zu regieren. Zu einem Ministerwechsel konnte sich Wilhelm um so weniger entschließen, als ihm Bismarck und die Anhänger seiner Politik vorstellten, daß die Armee nicht nach dem Willen der Abgeordneten vermindert werden dürfe, weil Österreich es wie 1850 auf eine wiederholte Demütigung Preußens abgesehen hätte. Am 8. April 1866 wurde zwischen Preußen und Italien ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Österreich abgeschlossen; in demselben verpflichteten sich beide Mächte, keinen Sonderfrieden mit Österreich und seinen Verbündeten einzugehen und einen gemeinsamen Frieden nur dann zu schließen, wenn Venetien für Italien und ein Land von gleichem Werte für Preußen gewonnen sei. Der Vertrag erlischt, wenn Preußen nicht binnen dreien Monaten an Österreich den Krieg erklärt [1].

Minister Bismarck bereitete mit sicherer Voraussicht den Kriegsfall vor; er stellte am Bundestag (9. April 1866) den Antrag, Abgeordnete der deutschen Nation nach allgemeinem Stimmrecht zu wählen und an einem noch festzustellenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der Regierungen zu beraten, welche in der Zwischenzeit durch gegenseitige Verständigung vollendet werden würden. Ganz Deutschland staunte über Bismarck, welcher in Preußen das Abgeordnetenhaus in absolutistischer Weise behandelte, in Deutschland aber eine Bundesreform mit einem Parlament nach allgemeinem Stimmrecht forderte. Der Bundestag übergab den preußischen Antrag einem besondern Ausschuß, weil alle Deutschen von der Notwendigkeit einer Reformierung der Bundesverfassung überzeugt waren. Der österreichische Minister Mensdorff suchte bei den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, welche vor zwei Jahren von Österreich hochmütig beiseite gesetzt worden waren, militärische Hilfe gegen Preußen; er übertrug die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Sache dem Deutschen Bund und beantragte, daß das Bundesheer marschbereit gemacht werde. Die Bundesstaaten hätten den österreichischen Antrag ablehnen und den Krieg den beiden Großmächten allein überlassen sollen, weil diese bundesbrüchig die Exekution in den Herzogtümern übernommen

[1] Lamarmora a. a. O., 84—95.

und rechtsbrüchig über dieselben verfügt hatten; sie gingen jedoch darauf ein, da sie die Frage über Schleswig-Holstein immer als Bundessache erklärt hatten. Bayern konnte um so weniger den Antrag ablehnen, als es bereits den Prinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt hatte. Bismarck kündigte den deutschen Regierungen in einer Note (vom 7. Mai) an, daß Preußen an dem Wiener Frieden und der Gasteiner Konvention festhalten und die Einmischung eines Dritten und auch des Deutschen Bundes in Schleswig-Holstein zurückweisen werde. Mensdorff ließ diese Botschaft unbeantwortet, und es wurden in Österreich, Preußen, Italien und den deutschen Bundesstaaten ausgedehnte Kriegsrüstungen angeordnet. Der preußische Ministerpräsident führte die Entscheidung dadurch herbei, daß er an die sächsische Regierung die Anfrage richtete, zu welchem Zwecke sie rüste. Minister von Beust übertrug die Beantwortung dem Bundestag, unter Hinweis auf den XI. Artikel der Bundesakte, welcher jeden Krieg unter Bundesmitgliedern verbot und alle Streitigkeiten derselben einem Austrägalgericht überwies. Die Bundesversammlung nahm den sächsischen Antrag mit 10 Stimmen gegen 5 an; der preußische Gesandte von Savigny aber entgegnete, daß im vorliegenden Fall der XI. Artikel nicht angewendet werden könne, weil Preußen nicht zu einem Angriff auf Sachsen, sondern zur eigenen Verteidigung militärische Maßregeln getroffen hätte. König Ludwig II. von Bayern, dem von ganzer Seele an Erhaltung des Friedens lag, beauftragte den Minister von der Pfordten, zwischen Preußen und Österreich zu vermitteln. Der Versöhnungsvorschlag von der Pfordtens wurde in Wien und Berlin abgelehnt. Graf Mensdorff erwiderte, Österreich werde seine Truppen von der schlesischen Grenze zurückziehen, wenn Preußen an demselben Tage abrüste. Graf Bismarck ließ die bayerische Note unbeachtet, weil Preußen nicht als Bundesstaat, sondern als europäische Großmacht den Krieg in Schleswig-Holstein geführt hätte[1]. Minister von der Pfordten hätte am Bundestag eine Neutralität der Mittel- und Kleinstaaten beantragen können; denn als auf dem Wiener Kongreß der XI. Artikel der Bundesakte verhandelt wurde, verlangten Bayern und andere deutsche Staaten, daß bei demselben der Zusatz gemacht werde, der Bund verhalte sich neutral, wenn Bundesmitglieder, welche wie Österreich, Preußen, Holland und Dänemark außer Deutschland noch Besitzungen haben, mit fremden Mächten oder unter sich Krieg führen; dieser Zusatz wurde in die Bundesakte nicht aufgenommen, weil er sich von selbst verstehe. Freiherr von der Pfordten unterließ es, zum Unglück Bayerns, am Bundestag den Antrag auf Neutralität einzubringen.

König Ludwig II. befahl (10. Mai 1866), die bayerische Armee mobil zu machen, und eröffnete in demselben Monat persönlich den Landtag. In

[1] Klüpfel a. a. O. II, 583—615.

der Thronrede versprach er, seine Bemühungen fortzusetzen, einen Bürgerkrieg zwischen den deutschen Großmächten zu verhindern, forderte aber für den Fall des Mißlingens die nötigen Geldmittel zur Ausrüstung des Heeres. Bei Beratung der Adresse wurden in der Abgeordnetenkammer den beiden Großmächten schwere Vorwürfe über ihre auswärtige Politik gemacht und der Referent, Professor Edel von der Würzburger Universität, beschuldigte sie, daß sie seit 1815 dem deutschen Vaterland zum Unglück gereicht hätten. Mit Entrüstung verurteilte er die Politik der preußischen Regierung, welche in Deutschland eine Militärherrschaft zu begründen suche. Die größte Gefahr für die Freiheit Deutschlands sah er in Preußen, welches einst durch Gewalt und List große Erfolge errungen hätte, und diese Erfolge werden in dem höheren und niederen Unterricht verherrlicht; es habe sich eine eigene preußische Geschichtschreibung gebildet, welche alle Thaten Preußens in das herrlichste Licht setze und alle dunkeln Schatten in der preußischen Geschichte auslösche oder verhülle. Mit bitterer Ironie fuhr der Redner fort: „Die frommen Ritter der Legitimität in Preußen, welche vor wenigen Jahren dem König Franz von Neapel, dem Helden von Gaeta, gehuldigt und ihm einen silbernen Ehrenschild zugeschickt hatten, diese frommen Ritter, welche den Raubkönig Viktor Emanuel mit Schmach und Verwünschungen überhäuft hatten, welche Fahne haben sie jetzt aufgepflanzt? Sie führten den Raubkönig Italiens in den Himmel der Legitimität und scheinen den Führer der Rebellenhorden, Garibaldi, mit dem Roten oder Schwarzen Adlerorden zu schmücken. Die Vertreter des göttlichen Rechtes der Könige machen sich kein Gewissen daraus, die Hand nach fremden Kronen auszustrecken. Es scheint, daß Preußen, weil es eine Vormacht ist, auch ein gewisses Vorrecht hat, kleine Kronen und Herzogshüte für sein Bedürfnis einzusacken.“ Edel schloß sein Referat mit den Worten, daß die Völker ihre Fürsten mit demselben Rechte verjagen können, womit der König von Preußen die benachbarten Bundesfürsten stürzen wolle; die Politik Preußens sei die Politik der Revolution. Die ganze Kammer hatte dieselbe Anschauung und Gesinnung wie der Referent und sprach sich entschieden dafür aus, daß für die Rechte Schleswig-Holsteins der ganze Bund einstehen müsse; nur eine kleine Minderheit schlug eine Neutralität Bayerns vor, wurde aber von dem Minister von der Pfordten mit der Antwort zurückgewiesen, daß Bayern durch eine Neutralität seine Bundespflicht verletzen würde. Mit gleichem Unwillen wurde in der Kammer der Reichsräte die Politik Preußens und Österreichs verurteilt; denn ein Streit zwischen Bundesmitgliedern dürfe nie mit den Waffen ausgefochten werden, sondern sei durch die Bundesversammlung zu entscheiden. Minister Bismarck wurde geradezu ein Revolutionär genannt, der sich zum Grundsatze gemacht habe, daß Macht vor Recht gehe. Beide Kammern verwarfen in ihren Adressen das gewaltthätige Verfahren der

beiden Großmächte in Schleswig-Holstein und beklagten den Ausbruch eines Bürgerkrieges infolge dieses rechtswidrigen Handelns. Sie protestierten gegen jede Einmischung fremder Mächte in deutsche Angelegenheiten und bewilligten die von der Regierung geforderten Geldmittel für das Heer, wenn der Friede nicht erhalten werden könnte [1].

Während der Adressenverhandlung in München entwickelte und empfahl Graf von Bismarck in einer Zirkulardepesche (27. Mai 1866) an die deutschen Regierungen seine Bundesreformen auf der Grundlage des „Dreikönigsbündnisses" von 1849. Durch dieselben sollten Österreich und Luxemburg aus Deutschland ausgeschieden, die deutsche Kriegsflotte unter den Oberbefehl Preußens gestellt und die Landmacht in eine Nordarmee unter dem König von Preußen und eine Südarmee unter dem König von Bayern gebildet werden. Die Beziehungen des neuen Bundes zu Deutsch-Österreich sollten später durch eine Vereinbarung der Regierungen mit dem deutschen Parlament und durch besondere Verträge geregelt werden. Der Haß gegen Bismarck, welcher durch einen unglücklichen Bruderkrieg Preußen an die Spitze eines verkleinerten Deutschland zu stellen suchte, saß in allen Gemütern so tief, daß seine Reformvorschläge von niemanden geprüft wurden. Der Kaiser der Franzosen wollte in dem deutschen Streit als Schiedsrichter auftreten und in einem europäischen Kongreß zu Paris die Frage über Schleswig-Holstein, die deutsche Bundesverfassung und Venetien lösen. Bismarck willigte in den Kongreß, um sich nicht Napoleon zu entfremden; den Erfolg desselben kündigte er dem italienischen Gesandten in Berlin an mit den Worten: „Der Kongreß führt zu nichts, wird uns aber Zeit lassen, unsere Rüstungen zu vollenden, und vom Kongreß hinweg werden wir in den Krieg ziehen." In Wien lebte man allgemein in dem festen Glauben, das österreichische Heer sei stark genug, um die Preußen und die Italiener zu besiegen; deshalb nahm Graf Mensdorff die Einladung zum Kongreß nur unter dem Vorbehalte an, daß jede Beratung über eine Gebietserweiterung oder einen Machtzuwachs ausgeschlossen werde. Diese Bedingung kam einer förmlichen Ablehnung gleich, denn ohne eine Verhandlung über Venetien wurde der Kongreß unmöglich gemacht. An demselben Tag (1. Juni) zeigte der österreichische Präsidialgesandte von Kübek in Frankfurt der Bundesversammlung an, daß Kaiser Franz Joseph das Herzogtum Holstein an den Bund zurückgebe und die holsteinischen Stände berufe, um sich über ihre künftige Regierung zu beraten. Bismarck machte Einspruch gegen eine Abtretung Holsteins an den Bund, weil dadurch die Gasteiner Konvention gebrochen würde; er erneuerte deshalb den Wiener Friedensvertrag vom

[1] Landtagsverhandlungen der zweiten und ersten Kammer des Königreiches Bayern 1866.



30. Oktober und das Kondominat über die beiden Herzogtümer. In einer Zirkularnote beschuldigte er Österreich mit derben Worten, daß es um jeden Preis den Krieg suche, um über die Verfassungsschwierigkeiten in Ungarn hinwegzukommen und seinen schlechten Finanzen durch preußische Kontributionen oder einen „ehrenvollen Bankerott“ Hilfe zu verschaffen. König Wilhelm I. befahl den preußischen Truppen in Schleswig, sofort in Holstein einzurücken und es zu besetzen. Als der General Manteuffel mit 12000 Mann die Eider überschritt, zog sich der Feldmarschall-Lieutenant von Gablenz, der nur gegen 5000 Mann besaß, vor der Übermacht der Preußen über Altona, Hamburg und Hannover nach Böhmen zurück, wo er zur österreichischen Nordarmee stieß. General Manteuffel verjagte (10. Juni) die holsteinischen Stände in Itzehoe, ehe sie sich versammelt hatten und ließ den österreichischen Regierungskommissär verhaften [1]. Über diesen Gewaltstreich Preußens wurde ganz Deutschland empört, denn nach dem Gasteiner Vertrag besaß der Kaiser von Österreich volle Souveränitätsrechte über Holstein und konnte über dieselben frei verfügen; als er seine Rechte auf Lauenburg an Preußen verkaufte, machte ihm niemand in Berlin den Vorwurf, daß er den Wiener Vertrag verletzt hätte.

Minister Graf Mensdorff hatte inzwischen (9. Juni 1866) mit Napoleon III. einen geheimen Vertrag geschlossen, in welchem Österreich auf Venetien verzichtete, aber von Frankreich zur Erwerbung Schlesiens unterstützt werde. In Berlin protestierte er gegen den Einmarsch der Preußen in Holstein und stellte beim Bundestag den Antrag, daß das gesamte Bundesheer, mit Ausnahme der drei von Preußen zu stellenden Armeecorps, mobilisiert werde; denn Holstein sei als Bundesland von Preußen mit Verletzung des XI. Artikels der Bundesakte überfallen worden, und da nach dem XIX. Artikel keinem Bundesmitgliede Selbsthilfe gestattet sei, so seien von der Bundesversammlung Maßregeln anzuordnen, um derselben vorzubeugen. Die mittelstaatlichen Minister, namentlich von der Pfordten, hofften sicher, daß Hannover, Kurhessen und Baden, welche sich bisher in allen wichtigen Bundessachen von Sonderinteressen leiten ließen, sich entweder für eine Neutralität oder für Preußen erklären werden, so daß der österreichische Antrag fallen oder der Streit zwischen Österreich und Preußen allein ausgefochten werden würde. Ein solcher Ausgang wäre den süddeutschen Regierungen erwünscht gewesen, weil sich ihre Heere im schlechtesten Zustande befanden. Der bayerische Kriegsminister von Pranckh machte kein Hehl daraus, daß seine schwachen und meist aus Rekruten zusammengesetzten Regimenter in kurzer Zeit nicht feldtüchtig gemacht werden könnten. Am 14. Juni 1866 wurde in Frank-

[1] Helfert, Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes 1848, III, 27 ff.



furt über das Geschick Deutschlands und Europas entschieden. Für den österreichischen Antrag stimmten außer Österreich die vier Königreiche, die beiden Hessen, Nassau, Sachsen-Meiningen, Reuß und die Reichsstadt Frankfurt; die anderen Kleinstaaten traten auf Seite Preußens. Baden stimmte zwar gegen den Antrag, befürwortete aber dessen Verweisung an einen Ausschuß. Der König von Hannover ließ sich durch den österreichischen Gesandten Grafen von Ingelheim überreden, die Anerbietungen Preußens abzulehnen und sich an Österreich anzuschließen. Somit wurde der Antrag Österreichs mit 9 gegen 6 Stimmen zum Beschluß erhoben, und wenn er auch die Stimmenmehrheit nicht erlangt hätte, so wäre Preußen doch aus dem Bunde geschieden; auf diesen Fall war der preußische Bundestagsgesandte von Savigny schon vorbereitet und hatte bei der Abstimmung zwei Erklärungen vor sich liegen. von Savigny verließ den Sitzungssaal mit den Worten, daß der Deutsche Bund durch den heutigen Beschluß aufgelöst sei und Preußen aus demselben austrete. Der österreichische Präsidialgesandte protestierte gegen den Austritt Preußens, weil der Deutsche Bund nach der „Schlußakte des Bundes“ vom 8. Juni 1820 ein unauflösbarer Verein sei und der Austritt keinem Mitgliede frei stehe[1].

Bismarck richtete am 15. Juni 1866 an Sachsen, Hannover und Kurhessen, welche zunächst an Preußen grenzten, die Aufforderung, sich neutral zu halten, ihre Truppen binnen 24 Stunden auf den Friedensfuß zu setzen und die preußische Bundesreform anzunehmen. Die drei Staaten lehnten auf Einwirkung Österreichs die preußische Sommation ab, und unter höchster Spannung der Gemüter marschierten die preußischen Divisionen, welche schon an der Grenze zum Einfall bereit standen, in die drei Länder ein. König Georg V. von Hannover zog sich mit 15000 Mann Fußvolk, 2000 Reitern und 42 Geschützen nach Göttingen zurück, um sich bei Meiningen mit den Bayern zu vereinigen. Der Kurfürst von Hessen verblieb in seiner Residenz und teilte seine Truppen dem VIII. Bundesarmeecorps zu, welches bei Frankfurt aus den Württembergern, Badensern, Hessen-Darmstädtern und Nassauern unter dem Prinzen Alexander von Darmstadt gesammelt wurde. König Johann von Sachsen ging mit seinem Minister von Beust und 24000 Mann, welche der Kronprinz Albert befehligte, nach Böhmen, um sich mit der österreichischen Nordarmee zu vereinigen. Am Bundestag ließ er durch seinen Gesandten beantragen, daß Österreich und Bayern die nötigen Kriegsanstalten gegen die Vergewaltigung der Bundesstaaten durch Preußen treffen. Mit 10 gegen 5 Stimmen wurde (16. Juni) den angegriffenen Staaten die Bundeshilfe versprochen, und Österreich und Bayern erklärten sich zur Ausführung bereit. Minister von der Pfordten hatte (14. Juni) mit Österreich

[1] Rogge, Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart, III, 44—210.

in Olmütz eine Militärkonvention abgeschlossen, kraft deren die bayerische Armee eine selbständige Stellung erhielt und ihr die württembergischen, badischen, hessischen und nassauischen Truppen zugewiesen wurden. Der Befehlshaber dieser gesamten Armee werde die Operationen nach den Anordnungen des österreichischen Oberkommandos führen, jedoch mit Bedachtnahme auf Deckung der Staaten der vereinigten Truppenkörper. Zur vermeintlich größeren Sicherheit ging von der Pfordten später mit Österreich (30. Juni) in Brünn einen zweiten Vertrag ein, in welchem sich Bayern und Österreich verpflichteten, keinen Sonderfrieden zu schließen und der Kaiser Franz Joseph dem König von Bayern den vollen Besitz seines Landes garantierte. Auf Grund des Bundesbeschlusses vom 16. Juni brach die bayerische Regierung die diplomatische Verbindung mit Preußen ab und zeigte dem preußischen Gesandten in München an, daß seine amtlichen Funktionen in Bayern als beendigt betrachtet werden. Auf Einladung von der Pfordtens kamen Bevollmächtigte von Württemberg, Baden, Nassau und Frankfurt nach München und einigten sich in dem Beschluß, den Zollverein trotz der eingetretenen Kriegsverhältnisse zu erhalten und im Falle, daß Preußen thatsächlich zur Auflösung desselben schreiten würde, ihn unter sich bestehen zu lassen. Auch die preußische Regierung erkannte die Nachteile, welche eine Auflösung mit sich bringen könnte, und sie unterhielt während des Krieges den regelmäßigen Zolldienst und den freien Verkehr der Vereinsmitglieder; sie beschränkte sich auf Abberufung ihrer Vereinsbevollmächtigten und Stationskontroleure aus jenen Vereinsländern, mit denen sie Krieg führte. Damit gab der Zollverein das ungewöhnliche Schauspiel, daß, während die Mitglieder sich gegenseitig bekriegten, die Zollbehörden im Namen des Vereins ihre Thätigkeit fortsetzten und Gelder im Namen desselben einnahmen und gegenseitig verrechneten; dadurch gab sich im Zollverein ein starker Nationalsinn und eine innere erhaltende Kraft zum Staunen des Auslandes kund[1].

Im bayerischen Landtag rief der Einfall der Preußen in Sachsen, Hannover und Kurhessen die stärkste Erbitterung hervor. In der Reichsratskammer äußerte der Freiherr von Thüngen, der Referent des Militärausschusses, seinen Unwillen mit den Worten: „Es wird uns das Schwert in die Faust gedrückt durch den fluchwürdigen Übermut eines Mannes, welcher unsere Brüder mit roher Vergewaltigung bedroht und sich nicht scheut, aus selbstsüchtigen Absichten dem Auslande deutsche Erde preiszugeben.“ Der Redner forderte die Kammer auf, jene Opfer zu bringen, welche die Regierung verlange; „denn wir müssen kämpfen für die heiligsten Güter eines Volkes, für Recht und Wahrheit, für Freiheit und Selbständigkeit!“ Nach einer kurzen Beratung bewilligten die beiden Kammern 31½ Millionen

[1] Weber, Der Deutsche Zollverein, 461—464.

Gulden zur Deckung außerordentlicher Militärbedürfnisse. Die verbündeten Regierungen ernannten den Feldmarschall Prinzen Karl von Bayern, den bejahrten Großoheim des regierenden Königs, zum Bundesfeldherrn, dem der bayerische General von der Tann als Generalstabschef zur Seite stand. Der Prinz erhielt von dem kaiserlichen Oberkommando in Böhmen den Auftrag, mit den Bayern, dem VII. Bundescorps, nach Böhmen zu marschieren, um dort den linken Flügel der österreichischen Nordarmee zu bilden. In Bayern hatte man die Heeresrüstungen erst begonnen, als der Krieg bereits ausgebrochen war, weil der Kriegsminister in seinen Anordnungen von der Geldbewilligung der Stände abhängig war. Mit vieler Mühe konnte Karl nach mehreren Wochen die mangelhaft gerüsteten Rekrutenregimenter bei Schwandorf in der Oberpfalz zusammenziehen. Unvermutet erhielt er von dem österreichischen Hauptquartier die Weisung, statt nach Böhmen zu marschieren, sich zwischen Bamberg und Schweinfurt mit dem VIII. Bundescorps zu vereinigen und durch Thüringen eine Diversion gegen Preußen zu machen, um die feindliche Streitmacht zu teilen. In Bamberg überbrachte dem Bundesfeldherrn (25. Juni) ein Abgesandter des Königs von Hannover das schriftliche Ansuchen, er möchte ihm mit der bayerischen Armee bis Thüringen zu Hilfe kommen. Dem Prinzen Karl erschien es auffallend, daß der König sich mit 19000 Mann nicht durchschlagen wolle, was ihm damals leicht möglich gewesen wäre; er versprach jedoch, ihm nach Kräften beizustehen. Als der hannoverische Befehlshaber, General von Arentsschild, mit 18000 Mann und 52 Geschützen von Göttingen nach Süden aufbrach, machte er den großen Fehler, daß er südöstlich nach Mühlhausen durch das arme Eichsfeld bis an die Unstrut zog, anstatt sich südwestwärts zu wenden, um sich bei Frankfurt mit dem Truppencorps des Prinzen Alexander von Darmstadt oder bei Schweinfurt mit den Bayern zu vereinigen; beides hätte er ausführen können, weil bei Gotha nur sechs schwache koburgische und preußische Bataillone zur Beobachtung standen. Georg V. kam zu keinem festen Entschluß; er wollte seine Armee nicht unter den Befehl des Prinzen von Bayern stellen, sondern dessen Streitkräfte zum Schutze seines Landes heranziehen. Um hierzu Zeit zu gewinnen, unterhandelte er (24. Juni) mit dem König von Preußen über einen freien Durchzug seines Heeres nach Bayern. Wilhelm I. bot ihm Gewährleistung seines Besitzstandes an, wenn er die preußische Bundesreform annehme und seine Soldaten entlasse; allein im hannoverischen Feldlager besaß die Kriegspartei die Oberhand und der König beharrte auf dem freien Durchzug. Indes hatten sich bei Langensalza gegen 42000 Preußen angesammelt und den Hannoveranern den Weg nach Süden verlegt. General von Arentsschild, welcher ohne Mitwirkung der Bayern einen Durchbruch nicht erzwingen konnte, wollte (27. Juni) nach Hannover zurückkehren; seine Nachhut aber wurde von 15000 Preußen

bei Langensalza angegriffen und hinter die Unstrut zurückgeworfen. Die hannoverischen Kolonnen wandten sich zurück und schlugen tapfer die Preußen aus der Walstatt; diese hatten jedoch den Hauptzweck, den Abmarsch ihrer Gegner zu verhindern, erreicht. Die Hannoveraner blieben bei Langensalza stehen, bis sie von dem preußischen General Vogel von Falckenstein am 28. Juni mit Übermacht umzingelt und zur Kapitulation gezwungen wurden; sie wurden entwaffnet und in ihre Heimat entlassen und ihrem König die Wahl seines Aufenthaltes außerhalb Hannover freigestellt[1].

Prinz Karl von Bayern hatte (25. Juni 1866) eine Kavalleriebrigade und andere Abteilungen in Unterfranken durch das Werrathal nach Sachsen-Meiningen entsendet, um eine Verbindung mit den Hannoveranern aufzusuchen; sie kundschafteten vergeblich die Stellung derselben aus. Der Feldmarschall rückte mit dem Großteil der Bayern (29. Juni) in Gewaltmärschen bei schlechtem Wetter über Koburg, Hildburghausen und Zella vor, und die Spitzen drangen auf der Straße nach Gotha bis Suhl und Schmalkalden vor. In Meiningen überbrachte der österreichische Gesandte am hannoverischen Hofe (30. Juni) dem Bundesfeldherrn die Nachricht, daß König Georg am Tage vorher kapituliert hätte. Im bayerischen Hauptquartier hoffte man noch, sich mit dem VIII. Bundescorps auf den Linien von Hilders nach Fulda und von Geisa nach Hünfeld bei Fulda vereinigen zu können. Die bayerischen Soldaten und Offiziere, welche von den Ursachen der Operationsveränderungen keine Kenntnis hatten, fingen an, über die anstrengenden Märsche und die aufeinander folgenden Befehle und Gegenbefehle unwillig zu werden, verloren das Vertrauen zur Führerschaft und zogen aus der Kapitulation der Hannoveraner den Schluß, daß man im Hauptquartier unsicher nach den Freunden wie den Feinden taste. Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt, welcher als österreichischer Divisionsgeneral im italienischen Feldzug 1859 tapfer gefochten hatte, stand Ende Juni mit dem VIII. Bundescorps zu ungefähr 40000 Mann bei Gießen und Wetzlar; es waren sechs verschiedene Truppenkörper mit sechs verschiedenen Reglements, Signalen, Artillerie- und Gewehrsystemen. Es war seit 26 Jahren nicht mehr zu einem gemeinsamen Manöver vereinigt worden, und die Württemberger und Badenser wurden von Prinzen befehligt, welche von ihren obersten Kriegsherren den Auftrag erhalten hatten, auf Deckung ihres Landes bedacht zu sein. Auch eine österreichische Brigade war dem VIII. Bundescorps beigegeben, um die Zusammensetzung noch bunter zu machen. Am 2. Juli empfing Alexander von dem Bundesfeldherrn eine Depesche mit der Anweisung, bei Fulda eine Vereinigung mit den Bayern zu erzielen. Der Raum

---

[1] Vorbstädt, Preußens Feldzüge gegen Österreich und dessen Verbündete im Jahre 1866, 2. Aufl., 25—41.



zwischen dem VIII. und VII. Bundesarmeecorps betrug 16 bis 18 Meilen, und das breite Thal des Fulda- und Werraflusses wie das Vogelsgebirge und die hohe Rhön erschwerten jede Verbindung. Es war daher für den preußischen General Vogel von Falckenstein eine leichte Aufgabe, seine drei Divisionen zu ungefähr 53000 Mann, die „Mainarmee“, von Eisenach aus keilförmig zwischen die beiden Bundescorps zu schieben und das eine zu schlagen, ehe das andere herankommen und sich aus den schwierigen Gebirgspässen entwickeln konnte. Prinz Alexander, ein General ohne Energie und nur ängstlich für Sicherheitsmaßregeln besorgt, bewegte sich (3. Juli) sehr langsam durch die Wetterau gegen Osten und machte schon am zweiten Tag einen Ruhetag, anstatt mit Aufbietung aller Kraft und Zeit die Vereinigung mit den Bayern vor dem Eintreffen der Preußen zu erreichen.

General Vogel von Falckenstein war (2. Juli) auf der großen Straße von Eisenach über Fulda gegen Frankfurt gezogen, um den Prinzen Karl nach Osten zu drängen und über das VIII. Bundescorps herzufallen; allein die Bayern zogen nordwestlich im Fuldathale gegen Roßdorf und Dermbach und bedrohten die linke Flanke der Preußen. Generallieutenant von Goeben griff (4. Juli) mit zwei Brigaden die bayerische Vorhut an und schlug sie nach tapferer Gegenwehr zurück. Als gegen Mittag einige bayerische Bataillone zur Verstärkung bei Roßdorf eintrafen, entwickelte sich bei regnerischem Wetter und auf durchweichtem Boden ein heißes Gefecht; das Schnellfeuer der Preußen aus Hinterladergewehren zwang die Bayern zum Rückzug. Der bayerische Divisionsgeneral Hartmann stellte sich mit gezogenem Degen an die Spitze von drei Bataillonen und einem Kavallerieregiment und führte sie gegen eine Abteilung der Preußen, welche sich bei Neidhartshausen und Wiesenthal festgesetzt hatten; er mußte seine Kolonne vor dem verheerenden Feuer der preußischen Artillerie zurückziehen. An demselben Tag trafen die zwei Kürassierregimenter der Bayern nebst einer reitenden Batterie bei Hünfeld auf die preußische Division Beyer. Der alte und unfähige General der bayerischen Kavallerie, Fürst von Thurn und Taxis, ließ die Kürassierregimenter über Hünfeld auf der Straße nach Roßdorf vorrücken, obgleich er wußte, daß dort preußische Infanterie und Artillerie stand. Als die ersten Eskadronen in die Schußlinie der Preußen kamen, wurden sie von zwei durch einen Wald gedeckten Batterien derselben beschossen und zurückgejagt. In wilder Flucht rissen sie die ganze Kürassiermasse mit sich fort, welche mit ihrem ratlosen General schmählich bis Hammelburg an der Fränkischen Saale floh. Die Absicht Goebens, die Bayern von der linken Flanke der Preußen zurückzudrängen, war erreicht, und Falckenstein konnte von Fulda aus den Angriff auf den Prinzen Alexander, der immer mehr nach Frankfurt zurückging, vorbereiten. Prinz Karl führte seine 36000 Mann starke Armee nach Brückenau an der Fränkischen Saale zurück, um in dieser Richtung

sich mit dem VIII. Bundescorps zu vereinigen. Dem Prinzen Alexander überschickte er den wiederholten Befehl, nach Unterfranken zur Verstärkung der Bayern zu ziehen; allein Alexander war in seinen Operationen von den selbstsüchtigen Interessen der württembergischen und badischen Prinzen-Generale gehemmt und blieb drei Tage unthätig bei Frankfurt stehen. General Falckenstein erkannte die Absicht des Bundesfeldherrn und marschierte unvermutet von Fulda nach Unterfranken, um zuerst den gefährlicheren Gegner zu besiegen. Die Preußen konnten ungehindert durch die Engpässe des Rhöngebirges bei Brückenau vorrücken, weil das bayerische Hauptquartier der Meinung war, die Preußen werden die Richtung nach Gelnhausen einschlagen, wo die Württemberger zur Beobachtung der feindlichen Bewegungen standen. Die Bayern nahmen von Hammelburg bis Kissingen eine vorteilhafte Flankenstellung. Die preußische Division Beyer marschierte von Brückenau gegen Hammelburg und griff (10. Juli) mittags eine Abteilung der Bayern an, welche sich mit rühmlicher Tapferkeit gegen die feindliche Übermacht verteidigte. Generallieutenant Beyer schoß Hammelburg mit einem heftigen Artilleriefeuer in Brand und erstürmte es mit dem Bajonett; die Bayern mußten auf das linke Ufer der Saale zurückweichen. Zu gleicher Zeit waren die beiden Divisionen Goeben und Manteuffel auf dem linken Flügel an die Saale bis Kissingen vorgerückt, wo die bayerische Division Zollern in einer Stärke von ungefähr 15000 Mann in der Stadt und auf den Anhöhen des linken Ufers eine günstige Stellung gewählt hatte. Nach einem dreistündigen Artilleriegefecht gelang es den übermächtigen Preußen, die abgebrochene steinerne Brücke mit Balken zu belegen und den Fluß zu überschreiten; sie drangen in die Stadt und schlugen die Bayern, welche sich gegen die Überzahl hartnäckig wehrten, zurück. Prinz Karl hatte dem General Hartmann, welcher mit der zweiten Division bei Euerdorf in einer Entfernung von drei Stunden von Kissingen stand, befohlen, in Eilmärschen zur Unterstützung nach Kissingen aufzubrechen; allein der Generalstabschef von der Tann schickte auf eigene Verantwortung durch einen Adjutanten an Hartmann die Weisung, er solle bei Euerdorf stehen bleiben und die Straße nach Schweinfurt decken, um nicht von Würzburg abgeschnitten zu werden. Der General blieb in dem Glauben, auch der zweite Befehl komme von dem Höchstkommandierenden, in seiner Stellung, weil er dem spätern Auftrage zu folgen hatte. Die Absendung eines zweiten Adjutanten durch den Prinzen war ohne Erfolg, weil derselbe aus Vorsicht vor einem feindlichen Überfall einen so weiten Umweg einschlug, daß Hartmann zu spät den Befehl erhielt. Nach dem Verluste der Stadt Kissingen setzten die Bayern auf den angrenzenden Höhen den erbitterten Kampf fort; bei dem Dorfe Winkels wurde der Generallieutenant von Zollern von einem Granatsplitter in der Nähe des Prinzen Karl getötet. Gegen Abend trafen noch einige Reserve-

bataillone von Nüdlingen zur Unterstützung ein und drängten die preußische Brigade Wrangel zurück, bis diese Verstärkung erhielt und die Bayern gegen 10 Uhr nachts zum Rückzug nach Schweinfurt brachte[1]. Wenn auch die Division Hartmann bei Kissingen eingetroffen wäre und die Bayern die Preußen geschlagen hätten, so wäre ihr Sieg für den Ausgang des Krieges ohne Einwirkung gewesen, weil wenige Tage vor dem Gefecht bei Kissingen die Entscheidungsschlacht in Böhmen geschlagen worden war.

Die österreichische Nordarmee war in einer Stärke von 200000 Mann bei Olmütz zusammengezogen worden, um von hier aus in Preußisch-Schlesien einzufallen. In Böhmen stand das I. Armeecorps unter dem Kavalleriegeneral Grafen von Clam-Gallas, welcher durch die Sachsen unter ihrem Kronprinzen Albert verstärkt worden war. Die Bewaffnung der österreichischen Infanterie war schlecht, wie man sich in den Feldzügen 1859 und 1864 hätte überzeugen können; allein die Heerführer machten aus Eigensinn und Gleichgiltigkeit in Schleswig-Holstein keine vergleichenden Studien über den Wert des eigenen und des preußischen Gewehres. In der Artillerie wurden durch Einführung der „gezogenen Geschütze" bedeutende Fortschritte gemacht; wegen der traurigen Finanzlage aber mußte der Kriegsminister auf halbem Wege stehen bleiben. Die Reiterei, welche von dem General von Edelsheim in Kunststücken und Gewaltritten eingeübt und mit großer Prahlerei als eine unübertroffene Waffengattung gerühmt worden war, entsprach nicht im mindesten den allgemeinen Erwartungen. Kaiser Franz Joseph wollte anfangs den Oberbefehl über die Nordarmee dem Erzherzog Albrecht, einem Sohne des berühmten Erzherzogs Karl, übertragen; er ließ sich jedoch von den allgemeinen, lauten Forderungen des Volkes beeinflussen und stellte den Feldzeugmeister von Benedek, der wegen seines Sieges über die Piemontesen bei Solferino für den tüchtigsten General gehalten wurde, an die Spitze aller im Norden des Reiches stehenden Streitkräfte und der Bundestruppen. Benedek war ein tapferer Corpsführer, aber nichts weniger als ein Feldherr; er selbst war sich dessen bewußt und nahm nur auf Zubringen des Kaisers das Oberkommando an. Die Generalstabsoffiziere Benedeks waren ihrer schwierigen Aufgabe nicht gewachsen und von den Befehlshabern der Armeecorps waren nur Gablenz und Ramming befähigte Generale. Erzherzog Albrecht wurde mit dem Oberbefehl über die Südarmee in Italien betraut; er hatte gediegene Kriegsstudien gemacht und sich unter Radetzky rühmlich hervorgethan. Sein ungeheueres Vermögen gewährte ihm die Mittel zu militärischen Zwecken, welche einem andern Feldherrn unerreichbar waren; er kannte die Bodenbeschaffenheit des Kriegsschauplatzes und wurde von talentvollen Generalen unterstützt. Nach der Kriegserklärung

[1] Winterfeld, Geschichte der preußischen Feldzüge von 1866, 402—445.

des Königs Viktor Emanuel sammelte Albrecht 100 000 Mann zwischen den Festungen Verona, Mantua, Legnano und Peschiera, wo ihn außerordentliche strategische Vorteile auf eine Defensive anwiesen und die feindlichen Kolonnen, welche zum Angriffe herankamen, mit empfindlichen Verlusten zurückgeschlagen werden konnten. Die italienische Armee war noch einmal so stark als die österreichische, aber mangelhaft bewaffnet, unzweckmäßig ausgerüstet und schwer bepackt; die Kavallerie war schlecht beritten und ungenügend ausgebildet; besser organisiert war die Artillerie. Auf die Nachricht, daß die Österreicher das Gebiet zwischen dem Mincio und der Etsch unbesetzt gelassen hätten, überschritt Viktor Emanuel, der seinen früheren Minister Lamarmora zum Generalstabschef ernannt hatte, mit 145 000 Mann den Mincio und befahl dem General Cialdini, mit fünf Divisionen von Bologna an den Po zu marschieren und sich mit dem Hauptheere auf dem rechten Flügel zu vereinigen. Dem General Garibaldi wurde die Aufgabe zugewiesen, mit 6000 Freiwilligen auf dem linken Flügel durch die Gebirgsthäler in Südtirol einzudringen, Innsbruck zu besetzen und die Bayern im Rücken zu bedrohen; allein er wurde von den wachsamen und tapferen Tirolern zurückgeschlagen. Als die Italiener ohne sichere Führung nach falschen Voraussetzungen zwischen den Festungen Peschiera und Verona gegen die Hochebene von Custozza marschierten, ging ihnen Erzherzog Albrecht, der durch reichbezahlte Kundschafter über die Bewegungen seines Gegners genau unterrichtet war, mit 75 000 Mann entgegen und brachte ihnen (24. Juni 1866) in einer kurzen Schlacht eine so empfindliche Niederlage bei, daß sie 14 Tage kampfunfähig wurden und sich hinter den Oglio zurückzogen; die Österreicher konnten sie wegen Mangels an Reiterei nicht nachhaltig verfolgen. Der Erzherzog erwartete den Anmarsch des Generals Cialdini; dieser aber machte so langsame Bewegungen, daß er den Po erst zu einer Zeit überschritt, als er nach dem Plane Lamarmoras die Österreicher hätte angreifen sollen; nach der Schlacht bei Custozza zog er sich rechtzeitig nach Bologna zurück. Albrecht unternahm nur mehr einen Auskundschaftszug jenseits des Mincio und kehrte dem ursprünglichen Feldzugsplane gemäß in seine Defensivstellung zurück[1]. Die Entscheidung des Krieges lag indes nicht in Italien, sondern in Böhmen.

Prinz Friedrich Karl von Preußen war mit der I. Armee zu fast 100 000 Mann von Görlitz in der Lausitz in Sachsen eingerückt, wo zu gleicher Zeit Herwarth von Bittenfeld mit der III. oder „Elbarmee“ zu 70 000 Mann von Torgau aus einmarschiert war. Am 20. Juni war ganz Sachsen bis auf die Bergfeste Königstein in der Gewalt der

[1] Die österreichische Armee in dem letzten Krieg 1866, von einem Deutsch-Österreicher, 5—21.

Preußen und die I. und die „Elbarmee" vereinigt; ihre Vorposten streiften bis an die Pässe nach Böhmen. Der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm stand mit der II. Armee in einer Stärke von 150000 Mann bei Neisse in Schlesien, wo er die Bewegungen des österreichischen Heeres abwartete. Die Aufgabe des Feldzeugmeisters Benedek war, durch eine thatkräftige Offensive die Vereinigung der preußischen Armeen zu verhindern und zu diesem Zwecke mit dem Hauptheere von Olmütz in Schlesien einzumarschieren und mit seiner überlegenen Streitmacht den Kronprinzen von Preußen zu schlagen, während Clam-Gallas und der sächsische Kronprinz die aus Sachsen nach Böhmen führenden Gebirgspässe besetzen würden. Zum allgemeinen Staunen führte Benedek das II. Armeecorps nebst einer Kavalleriedivision von Olmütz nach Böhmen, um sich mit dem I. Corps und den Sachsen zu vereinigen, und befahl den anderen fünf Corps, staffelförmig gegen Schlesien vorzurücken. Ohne sichern Operationsplan gab er dem Bundesfeldherrn Prinzen Karl von Bayern zuerst den Auftrag, nach Böhmen zu marschieren, und nach wenigen Tagen schickte er ihm die Weisung, mit dem VII. und VIII. Bundescorps in die rheinischen Provinzen Preußens einzufallen. Nach dem Linksabmarsch der Österreicher gingen die preußischen Oberbefehlshaber an die Ausführung des Planes, den ihnen der geniale Generalstabschef Hellmuth von Moltke entworfen hatte. Die Elb- und die I. Armee überschritten (22. und 23. Juni) ungehindert die böhmische Grenze, da die Pässe durch das Erzgebirge von den Österreichern weder besetzt noch verschanzt worden waren, obgleich sie in denselben mit geringen Streitkräften ganze Armeen hätten aufhalten können. Die Preußen marschierten gegen den Iserfluß und trieben den General Clam-Gallas nach einem hartnäckigen Gefechte bei Podol und Hühnerwasser nach Münchengrätz zurück. Sie setzten über die Iser und schlugen das I. österreichische Corps, welches durch die von Theresienstadt herbeigezogenen Sachsen verstärkt worden war, aus Münchengrätz und Gitschin; hier standen sie auf gleicher Höhe mit der aus den schlesischen Gebirgspässen in drei Kolonnen vorgedrungenen II. Armee. Anstatt sich mit ganzer Macht auf den Prinzen Friedrich Karl oder den Kronprinzen Friedrich Wilhelm zu werfen, befahl Benedek dem Feldmarschall-Lieutenant von Gablenz, mit dem X. Armeecorps die ganze II. Armee der Preußen zurückzuschlagen. Gablenz griff das I. preußische Corps unter General Bonin bei Trautenau an und warf es in seine frühere Stellung zurück. Es war der einzige Sieg, den die Österreicher auf dem nördlichen Kriegsschauplatze errangen; sie büßten aber durch das feindliche Hinterladergewehr nochmals so viele Mannschaften ein, als die Preußen. Am andern Tag (28. Juni) wurde Bonin durch das Gardecorps verstärkt und trieb das erschöpfte Corps Gablenz', welcher von Benedek im Stiche gelassen wurde, in die Flucht. Zur nämlichen Zeit besiegte der preußische General Steinmetz auf den Höhen von Nachod das

VI. österreichische Armeecorps unter dem General Raming und eine Kavalleriedivision, welche auf einem höchst ungünstigen Terrain tollkühn gegen die Höhen anstürmte, mit einem verheerenden Schnellfeuer und jagte sie (27. Juni) nach Skalitz zurück. Hier traf der Erzherzog Leopold am andern Morgen mit dem VIII. Corps zur Unterstützung ein; aber auch Steinmetz wurde von dem Kronprinzen mit Kavallerie und Artillerie verstärkt und erfocht bei Skalitz einen zweiten Sieg. Benedek ließ das IV. Corps unter dem Grafen Festetics, welches schon vor zwei Tagen zum Abmarsche bereit stand, gegen die Preußen vorgehen; auch Festetics wurde bei Schweinschädel (29. Juni) von Steinmetz mit so heftigem Feuer angegriffen, daß er sofort den Rückzug antrat. Die österreichische Nordarmee hatte in den Gefechten vom 27. bis 30. Juni gegen 40000 Tote, Verwundete und Gefangene nebst 40 Geschützen verloren; diese ungeheueren Niederlagen hatte sie erlitten, weil ihr Feldherr fast alle Corps nur vereinzelt den Preußen entgegengeschickt hatte. Die Truppen waren erschüttert und entmutigt und hatten kein Vertrauen mehr zu ihren Führern. Benedek selbst gab alle Hoffnung auf einen Sieg auf und richtete an den Kaiser die telegraphische Bitte, Frieden zu schließen; er erhielt zur Antwort, es sei mit der österreichischen Kriegsehre nicht vereinbar, vor einer entscheidenden Schlacht über einen Frieden zu unterhandeln. Der Feldzeugmeister wurde durch die großen Verluste gezwungen, endlich seine Streitkräfte zu sammeln und zog sich mit 180000 Mann und 500 Geschützen über Jaromierz und Josephstadt in die ungünstige Stellung zwischen Sadowa und Königgrätz zurück, wo er hinter sich die Elbe hatte und die beiden Flügel ohne Deckung waren. Ein Rückzug über den rückwärts liegenden Fluß mußte um so größere Verluste mit sich bringen, als für den Brückenbau nicht genügend gesorgt wurde. Der rechte, von dem Trotinabach umgebene Flügel wurde nicht verschanzt, weil Benedek sich nur auf eine Schlacht mit dem Prinzen Friedrich Karl vorbereitete und ein Eingreifen des Kronprinzen außer aller Berechnung ließ[1].

Als der Vereinigung der preußischen Armeen keine feindliche Streitmacht mehr hinderlich war, begab sich König Wilhelm I. (2. Juli 1866) mit dem Ministerpräsidenten Bismarck nach Gitschin, wo er den Oberbefehl über sein gesamtes Heer übernahm. Nach dem Plane des Generals Moltke wurde beschlossen, daß Prinz Friedrich Karl die Österreicher in ihrer Frontstellung angreife und so lange festhalte, bis die II. Armee unter dem Kronprinzen herankomme und den Österreichern in die rechte Flanke falle. Unter strömendem Regen setzten sich die I. und die Elbarmee in einer Stärke von 123000 Mann am 3. Juli beim Grauen des Tages von Milowitz gegen den Bistritzbach in Bewegung und gelangten bis 8 Uhr in die Schußlinie

[1] Österreichische Militärzeitschrift, Jahrgang 1867/68.

der österreichischen Aufstellung. Friedrich Karl ließ die Höhen bei Chlum und Leipa angreifen, um das feindliche Zentrum zu durchbrechen. Nach einem zweistündigen furchtbaren Geschützkampf wurde die österreichische Artillerie, welche sich durch zähe Ausdauer, Todesverachtung und richtiges Schießen auszeichnete, zum Rückzug gezwungen und die preußische Infanterie erstürmte die jenseits der Bistritz gelegenen Dörfer; in den Waldungen aber, bei den Dörfern Sadowa und Benatek, setzten ihr die Österreicher einen so unüberwindlichen Widerstand entgegen, daß die Preußen keinen weitern Erfolg mehr zu erringen vermochten und ihr linker Flügel den wuchtigen Angriffen der Österreicher zu erliegen schien. Schon befahl der König, die zwei letzten in der Reserve gehaltenen Divisionen heranzuziehen und die ganze Kavallerie zu sammeln. In der Stunde der höchsten Gefahr traf um 2 Uhr nachmittags die langersehnte Garde und das VI. Corps von der Armee des Kronprinzen ein, welche seit 5 Uhr morgens auf durchweichtem Boden einen mühselig schwierigen Marsch zu machen hatte. Der Kronprinz warf mit 50000 Mann den schwachen rechten Flügel der Österreicher nach Königgrätz zurück, während Friedrich Karl mit den zwei Gardedivisionen das Dorf Chlum, den Schlüssel der österreichischen Stellung, und die Anhöhe von Leipa erstürmte, wo Benedek mit seinem Stab die Schlacht geleitet hatte. Zugleich hatte die Elbarmee nach einem fünfstündigen Marsch die Bistritz überschritten und die Sachsen auf dem linken Flügel in die Flucht geschlagen. Als die beiden Flügel der Österreicher besiegt waren, mußte auch ihr Zentrum um 4 Uhr vor den allseitig anstürmenden Gegnern zurückweichen. Die österreichische Artillerie und Kavallerie opferten sich rühmlich, um den Rückzug zu decken; allein sie wurden nach einem gewaltigen Kampfe geworfen und ritten ihre eigenen Kolonnen nieder, welche in voller Auflösung über die Elbe flohen; nur die Sachsen zogen sich unter ihrem Kronprinzen in guter Haltung zurück und nahmen fast alle ihre Verwundeten mit[1]. Die Österreicher hatten 24000 Tote und Verwundete, 20000 Gefangene, 160 Geschütze und 5 Fahnen verloren; die Preußen hatten einen Verlust von 10000 Toten und Verwundeten.

Die Nachricht von dem Ausgange der Königgrätzer Schlacht machte das VII. und VIII. Bundesarmeecorps mutlos, weil damit der Feldzug schon entschieden war. Graf Bismarck ließ durch den preußischen Gesandten in Paris dem bayerischen Gesandten von Wendtland das Anerbieten machen, mit Bayern und den süddeutschen Staaten einen Waffenstillstand zu schließen. Minister von der Pfordten konnte nicht darauf eingehen, weil er sich durch den Olmützer und Brünner Vertrag vom 14. und 30. Juni die Hände gebunden hatte, indem sich Bayern und Österreich verpflichtet hatten, keinen Sonder-

[1] Der Feldzug von 1866 in Deutschland, preuß. Generalstabsbericht, 197—367.

frieden einzugehen. Auch war man in Wien entschlossen, den Krieg mit Aufbietung aller Kräfte gegen die verhaßten Preußen fortzusetzen. Kaiser Franz Joseph ließ sich von seiner Umgebung überreden, daß er (4. Juli) Venetien durch eine telegraphische Depesche an den Kaiser der Franzosen abtrat, um die Südarmee aus Italien an die Donau heranzuziehen und bei Wien eine zweite Schlacht zu wagen. Dieser unkluge Entschluß wurde von dem österreichischen Volke und Heere mißbilligt, weil man Venetien nach dem Siege bei Custozza nicht bedingungslos, sondern um den höchsten Preis und nicht an Frankreich, sondern an das gedemütigte Italien hätte abtreten sollen, um sich dieses zum Danke zu verpflichten. Auf Antrag Österreichs suchte Napoleon III. einen Waffenstillstand bei Viktor Emanuel zu vermitteln; allein dieser konnte wegen des Berliner Vertrages vom 8. April ohne Preußen keinen einseitigen Frieden schließen und hielt es für schmählich, Venetien als Geschenk anzunehmen, nachdem er nur Niederlagen erlitten hatte. Graf Bismarck forderte die italienische Regierung auf, den Krieg energisch fortzusetzen und beauftragte aus Erbitterung über Österreich, welches lieber mit Frankreich als mit Preußen unterhandelte, den ehemaligen Revolutionär und Flüchtling aus Ungarn, General Klapka, aus gefangenen Ungarn bei Neisse in Schlesien eine Legion gegen Österreich zu organisieren, um die Magyaren, welche mit der kaiserlichen Regierung wegen Vorenthaltung ihrer Verfassung in Feindschaft lebten, zur Empörung aufzureizen. Kaiser Franz Joseph ernannte den Erzherzog Albrecht zum Feldherrn über die Nord- und Südarmee, mit dem Auftrag, den größten Teil des österreichischen Heeres aus Venetien nach Wien zu ziehen und mit den Truppen Benedeks zu vereinigen; er und seine Minister glaubten, daß der Abmarsch aus Oberitalien ungehindert geschehen könne, weil Venetien durch Verschenkung an Napoleon französisches Gebiet und für die italienische Armee unnahbar geworden sei.

Feldzeugmeister Benedek war mit dem Großteil seines geschlagenen Heeres nach Olmütz marschiert, während die Sachsen, das Corps Gablenz' und die Reiterei des Generals Edelheim die Richtung gegen Wien eingeschlagen hatten. Der gerade Weg von Olmütz nach Wien war seit Mitte Juli durch die I. preußische Armee gesperrt, welche (16. Juli) die Stadt Lundenburg, einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt, besetzte, und an demselben Tag erreichte die Elbarmee das Städtchen Hollabrunn, welches von Wien nur mehr sechs Meilen entfernt war. Die II. Armee verfolgte die Truppen Benedeks; die Vorhut griff die ausgehungerten und demoralisierten Österreicher bei Tobitschau an der March (15. Juli) an, nahm ihnen 18 Geschütze ab und zwang sie, auf einem Umweg über die Kleinen Karpathen nach Preßburg auszuweichen. König Wilhelm I. ließ aus Preußen bedeutende Verstärkungen nachrücken, Prag besetzen, die Festungen in Böhmen und Mähren einschließen und die Lücken ausfüllen, welche die Schlachten und die

Cholera in die Reihen seiner Armeen gerissen hatten. Die unvergleichliche Organisation des preußischen Heerwesens ermöglichte es, daß die Streitmacht nach vielen Kämpfen stärker war als beim Beginne des Krieges; denn in der zweiten Hälfte des Juli standen 240000 Preußen am linken Donauufer in der Nähe der kaiserlichen Hauptstadt. Aus Venetien waren auf der Eisenbahn ungefähr 55000 Österreicher angelangt und hatten sich mit den Sachsen, dem Corps Gablenz' und der Kavallerie Edelheims vereinigt; sie hatten mit den verfolgenden Italienern nur kurze Gefechte zu bestehen, weil Viktor Emanuel zögerte, mit der ganzen Macht in das französisch gewordene Venetien, wo die Festungen noch in den Händen der Österreicher waren, einzumarschieren. Die Italiener erlitten durch die Österreicher eine neue Niederlage; ihre Flotte, auf welche sie die größte Zuversicht gesetzt hatten, wurde von dem tapfern Vizeadmiral von Tegethoff (19. Juli) bei Lissa an der dalmatinischen Küste besiegt, wodurch das österreichische Küstengebiet auf längere Zeit von der Gefahr einer italienischen Landung befreit wurde. Wegen dieser zweiten peinlichen Niederlage fühlten sich die Italiener zu einer energischen Fortsetzung des Krieges zu Land angetrieben und General Cialdini, welcher den Oberbefehl erhalten hatte, traf Vorbereitungen zu einer nachdrücklichen Angriffsbewegung; allein schon waren im preußischen Hauptquartier zu Nikolsburg in Mähren die Friedensunterhandlungen eingeleitet worden. Der kaiserliche Generalstabschef von John, welcher nach Ungarn zur Besichtigung der Truppen Benedeks abgeschickt worden war, hatte dem Erzherzog Albrecht berichtet, daß mit den Trümmern der zerrütteten Nordarmee in der nächsten Zeit nichts mehr unternommen werden könnte. Die österreichische Regierung gab die Absicht, das Kriegsglück noch einmal zu versuchen, auf, und der französische Gesandte setzte es nach vieler Bemühung durch, daß König Wilhelm und Bismarck am 22. Juli 1866 in eine fünftägige Waffenruhe willigten, welcher der definitive Friede folgen sollte. Im preußischen Hauptquartier befürchtete man eine Verbreitung der Cholera unter den Soldaten und eine bewaffnete Intervention Napoleons, dessen Eifersucht durch die überraschenden Fortschritte des preußischen Heeres aufgeregt worden war. Indes hatte der preußische General Fransecky mit dem IV. Armeecorps eine Rekognoszierung gegen Preßburg ausgeführt, um von der Stellung und Stärke der österreichischen Nordarmee Kenntnis zu erhalten. Bei Blumenau traf er morgens (22. Juli) auf das Corps des Grafen Thun nebst drei Brigaden; schon standen die Österreicher in Gefahr, vollständig besiegt zu werden, als gegen Mittag die Nachricht von dem Nikolsburger Waffenstillstande einlief und den Feindseligkeiten ein Ziel setzte[1].

[1] Preußischer Generalstabsbericht, 390—436.

Noch vor Ablauf des Waffenstillstandes wurde (26. Juli) in Nikolsburg der Präliminarfriede unterzeichnet; Kaiser Franz Joseph gab nach langem Sträuben zu, daß Österreich aus dem Deutschen Bunde ausscheide; er trat Schleswig-Holstein an Preußen ab mit der von Napoleon geforderten Bestimmung, daß die nördlichen Bezirke Schleswigs mit dänischer Bevölkerung durch freie Abstimmung mit Dänemark vereinigt werden, und zahlte 20 Millionen Thaler Kriegskostenentschädigung an Preußen. König Wilhelm verpflichtete sich auf Antrag Österreichs, das Königreich Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen und den König von Italien zur Annahme des Waffenstillstandes zu bestimmen. Der Kaiser von Österreich versprach, die Errichtung eines Norddeutschen Bundes nördlich von der Mainlinie und die Bildung eines aus Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Baden bestehenden Staatenvereins und die nationale Verbindung desselben mit dem Norddeutschen Bunde anzuerkennen. Der bayerische Minister von der Pfordten eilte auf die erste Nachricht von den Nikolsburger Verhandlungen nach Wien, wo er bei den Ministern und dem Kaiser eine frostige Aufnahme fand, weil die Führung der Bundestruppen von der Presse und dem Volke aus Unkenntnis und blinder Leidenschaft verdächtigt und selbst in den höchsten Kreisen für wahr gehalten wurde. Prinz Karl von Bayern wurde in allen in- und ausländischen Zeitungsblättern mit gemeinem und gehässigem Tadel und Schimpf überhäuft, und damit stimmten sogar solche Menschen überein, welchen er reichliche Gnadengeschenke gespendet hatte. Der edle Prinz erfuhr die beste Rechtfertigung von seinen Gegnern, den Preußen, die ihn den tüchtigsten General unter allen süddeutschen Heerführern nannten. Die ihm von Benedek zugewiesene Aufgabe hatte er vollkommen erfüllt, indem er durch seinen Marsch nach Unterfranken 53 000 Preußen von Böhmen ablenkte, und er hätte leichter und besser operieren können, wenn das VIII. Bundescorps, welches nie seine Befehle vollzog, nicht unter seinem Oberkommando gestanden wäre. Dennoch machte man in Wien Bayern den ungerechten Vorwurf, daß der Feldzug für Österreich einen günstigeren Verlauf genommen hätte, wenn es den Krieg am Main mit mehr Energie und nicht im geheimen Einverständnis mit Preußen geführt hätte. Franz Joseph und seine Räte dachten ebenso wie das Volk und ließen Bayern und die anderen süddeutschen Bundesgenossen treulos und vertragsbrüchig im Stich. Freiherr von der Pfordten mußte unmittelbar mit dem preußischen Hauptquartier in Nikolsburg unterhandeln und zwar im Namen jener Staaten, deren Militärkontingente unter dem Oberbefehl des Prinzen Karl von Bayern standen. Bismarck wies eine Unterhandlung im Namen aller süddeutschen Staaten zurück, weil Preußen den Bundesbeschluß vom 14. Juni nicht anerkannt hatte und aus Verhandlungen mit den einzelnen Regierungen mehr Vorteile erzielen konnte. Minister von der Pfordten setzte den Prinzen Karl

telegraphisch in Kenntnis, daß er in der Defensive gegen die preußische Mainarmee bleiben solle, weil bei einer Niederlage derselben ein großes preußisches Heer aus Böhmen in Bayern einrücken würde. General Vogel von Falckenstein hatte nach dem Gefechte bei Kissingen die Division Manteuffel nach Schweinfurt zur Beobachtung der Bayern entsendet; mit den Divisionen Beyer und Goeben wandte er sich über Orb und Gemünden gegen das VIII. Bundescorps. Prinz Alexander von Hessen befahl dem Feldmarschall-Lieutenant Grafen von Neipperg, mit neun hessischen Bataillonen und den 10000 Österreichern, meist Italienern, welche dem VIII. Corps beigegeben waren, bei Aschaffenburg den Mainübergang zu verteidigen. Die Hessen griffen die Division Goeben (13. Juli) bei ihrem Austritte aus den Spessartpässen bei Laufach sofort an, wurden aber mit großen Verlusten nach Aschaffenburg zurückgeschlagen, wo auch die Österreicher am andern Tag von den Preußen besiegt wurden. Prinz Alexander, welcher bei Seligenstadt, nur vier Stunden von Aschaffenburg stand, führte die württembergische und badische Division, anstatt Neipperg zu unterstützen, südwärts nach dem Odenwald, um Württemberg und Baden zu decken. Falckenstein brach mit der ganzen Mainarmee gegen Frankfurt auf, um es wegen seines Hasses gegen die Preußen zu züchtigen. Die mit Österreich alliierten Bundestagsgesandten entflohen (14. Juli) mit den Archiven nach Augsburg, wo sie in dem Gasthof zu den „Drei Mohren" Wohnung nahmen; ihnen folgten die Gesandten von Frankreich, Rußland, England, Spanien und Belgien. General Falckenstein zog (Mitte Juli) ohne jeglichen Widerstand in der Reichsstadt ein, löste den Senat auf und forderte eine Brandschatzung von sechs Millionen Gulden. Wegen seiner gewaltthätigen Bedrückung, welche die Entrüstung von ganz Europa hervorrief, ernannte ihn der König Wilhelm zum Gouverneur von Böhmen und übertrug den Oberbefehl über die Mainarmee dem Generallieutenant von Manteuffel, welcher mit 13000 Mann aus Preußen und den verbündeten norddeutschen Staaten verstärkt wurde. Prinz Karl hatte die zwei bayerischen Armeecorps bei Schweinfurt vereinigt, um in einer vorteilhaften Stellung den Preußen den Übergang über den Main streitig zu machen; allein Manteuffel ging plötzlich mit 60000 Mann von Kissingen auf das VIII. Bundescorps los. Die Gefahr, von der feindlichen Übermacht erdrückt zu werden, trieb den Prinzen Alexander und seine Generale an, durch den Odenwald an die Tauber zu ziehen, um eine ernstliche Verbindung mit der bayerischen Armee aufzusuchen. Manteuffel verfolgte sie über Aschaffenburg und Miltenberg und zwang sie nach heißen Gefechten bei Wertheim, Werbach und Tauberbischofsheim (24. Juli) trotz des tapfern Widerstandes der Württemberger zum Rückzug auf die bewaldete Anhöhe von Gerchsheim bei Würzburg. Die Bayern kamen nördlich von der Würzburg-Aschaffenburger Straße dem VIII. Bundescorps zu Hilfe und vereinigten

sich mit ihm bei Helmstadt und Üttingen. Der preußische Generallieutenant von Goeben griff mit seiner Division (25. Juli) die Badenser und Württemberger bei Gerchsheim an und schlug sie nach Würzburg zurück. Die auf dem rechten Flügel stehenden Bayern empfingen die Division Beyer bei Helmstadt (25. Juli) mit einem lebhaften Artilleriefeuer, mußten aber wegen des Schnellfeuers der preußischen Infanterie in den anstoßenden Wald bei Mädelhofen zurückgehen, wo sich ein blutiges Gefecht aller Waffengattungen entwickelte. Die Bayern wichen vorsichtig zurück, drangen aber bei Üttingen neuerdings vor und überschütteten die Preußen mit einem so dichten Granatenhagel, daß diese unterlegen wären, wenn nicht ihre Infanteriereserve aus der Waldung von Waldbrunn vormarschiert wäre und die Bayern bei anbrechender Nacht zurückgedrängt hätte. Der Verlust war auf beiden Seiten bedeutend; Prinz Ludwig von Bayern, Oberlieutenant der reitenden Artillerie, wurde verwundet. Prinz Karl griff am andern Tag (26. Juli) morgens um 3 Uhr die Division Beyer bei Roßbrunn nochmals an, obgleich er Gefahr lief, von der preußischen Division Flies, welche zur Verstärkung von Wertheim herankam, überflügelt zu werden; er rechnete auf die Unterstützung des VIII. Bundescorps, wurde aber wie früher getäuscht. Die beiden bayerischen Divisionen erneuerten mit unerschütterlichem Mut auf den Höhen von Üttingen und Roßbrunn das Gefecht gegen die Division Flies mit einem heftigen Geschützfeuer und brachten ihr bedeutende Verluste bei. Preußische Husaren und Dragoner, welche eine im sumpfigen Wiesenthal festgefahrene bayerische Batterie wegnehmen wollten, wurden von bayerischen Küraſſieren und Chevaulegers angegriffen und bis auf wenige niedergesäbelt. Als aber die preußische Division Beyer in das Gefecht eingriff, wurden die Bayern durch einen Hagel von Infanteriegeschossen zum Rückzug genötigt. Die Bayern setzten den Preußen einen weit hartnäckigeren Widerstand entgegen, als die Österreicher in Böhmen; denn während bei der I. und II. preußischen Armee auf den Mann 7 Schuß und auf ein Geschütz 20 Schuß durchschnittlich trafen, kamen bei der Mainarmee auf einen Mann 11 und auf ein Geschütz 53 Schuß. Prinz Karl ging in der Nacht vom 26. auf 27. Juli auf das rechte Mainufer zurück, wo er sich bei Rottendorf hinter Würzburg und der Feste Marienberg mit dem VIII. Bundescorps, welches langsam hinter der bayerischen Gefechtslinie herankam, vereinigte. General Manteuffel marschierte bis gegen Würzburg vor und ließ (27. Juli) die angrenzenden Höhen besetzen und Marienberg beschießen. Die bayerische Besatzung erwiderte lebhaft das Feuer und die preußischen Feldgeschütze erreichten keinen andern Erfolg, als daß das Zeughaus in Brand geriet, wodurch viele neue Gewehre und mehrere alte Kriegstrophäen zu Grunde gingen [1].

[1] Preußischer Generalstabsbericht, 437 ff.

Während der Gefechte am Main und an der Tauber war in der Flanke der beiden Bundescorps von Osten her ein neuer Gegner erschienen. Der Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg war mit einem Reservecorps zu 24000 Mann von Leipzig (23. Juli) in Bayern einmarschiert, um dem Kriege gegen die süddeutschen Staaten mehr Nachdruck zu geben und eine größere Kriegskostenentschädigung von ihnen zu erzwingen. Die Preußen drangen ungehindert in Oberfranken vor, weil Bayern, das zu einem Krieg überhaupt nicht vorbereitet war, ihnen nur eine einzige Reservebrigade, welche aus vier sehr mangelhaft ausgerüsteten und von vielen Studenten, Praktikanten, Jägern 2c. befehligten Reservebataillonen zusammengesetzt worden war, entgegenstellen konnte. Als diese Bataillone in Oberfranken anlangten, zogen sie sich eiligst vor der feindlichen Übermacht nach der Oberpfalz bis Kemnath zurück. Der Großherzog besetzte ohne Widerstand (28. Juli) Bayreuth, (31.) Nürnberg und (1. August) Erlangen. In den ehemaligen markgräflichen Gebieten, wo sich die Erinnerung an die einstige Verbindung mit Preußen unter der protestantischen Bevölkerung erhalten hatte, wurden die preußischen Soldaten mit offenen Sympathien empfangen. Als der Großherzog von der Mainarmee nur mehr 15 Meilen entfernt war, kamen das VII. und VIII. Bundescorps in ihrer Stellung am rechten Mainufer in eine höchst gefährliche Lage. Zu gleicher Zeit war ein anderes preußisches Reservecorps über Pilsen unterwegs, um in die Oberpfalz einzumarschieren und München zu besetzen. Ehe es jedoch geschah, hatte Minister von der Pfordten (28. Juli) mit vieler Anstrengung in Nikolsburg einen Waffenstillstand erwirkt, welcher am 2. August beginnen und dessen Bedingungen zwischen dem Prinzen Karl und dem General Manteuffel vereinbart werden sollten. Als in Kemnath das falsche Telegramm anlangte, daß bereits am 28. Juli Waffenstillstand eingetreten sei, ging das Reservebataillon des bayerischen Infanterie-Leibregiments bis Bayreuth vor und quartierte sich sorglos in St. Johannis ein; hier wurde es nachts von einer preußischen Abteilung überfallen und entfloh nach Weidenberg und Seybottenreuth, wo es (29. Juli) von den verfolgenden Preußen zersprengt wurde und 200 Gefangene nebst einer Fahne verlor. Prinz Karl schloß am 1. August mit Manteuffel den Waffenstillstandsvertrag ab und räumte ihm auf seine Forderung die Stadt Würzburg ein, Marienberg aber blieb in den Händen der Bayern; damit war fast das ganze bayerische Franken in der Gewalt der Preußen. Baden hatte schon früher einen Stillstand vereinbart und seine Division (30. Juli) vom VIII. Bundescorps abgerufen. Württemberg schloß gleichfalls am 2. August den Waffenstillstand, so daß sich das VIII. Bundescorps allmählich auflöste[1].

[1] Winterfeld, Der Krieg 1866, 445—476.

Prinz Karl von Bayern zeigte dem Bundestag in Augsburg den Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Preußen und den süddeutschen Regierungen an mit dem Zusatze, daß er sein Bundesfeldherrnamt infolge der Waffenruhe niederlege. Die einzelnen Staaten mußten in Berlin mit dem Sieger über die Friedensbedingungen unterhandeln; mit Württemberg kam der Vertrag am 13., mit Baden am 17., mit Bayern am 22. August und mit Hessen-Darmstadt am 3. September 1866 zum Abschluß. Diese Staaten erkannten die Errichtung eines Norddeutschen Bundes und die von Preußen vorzunehmenden Gebietsveränderungen an. Württemberg und Baden wurden mit Landabtretung verschont, hatten aber eine Kriegskostenentschädigung von 14 Millionen Gulden zu tragen. Hessen-Darmstadt verlor Hessen-Homburg und ein Stück Land zur bessern Verbindung mit Wetzlar, trat mit der Provinz Oberhessen dem Norddeutschen Bunde bei, überließ die frühere Bundesfestung Mainz ausschließlich Preußen zur Besetzung und zahlte 3 Millionen. Bayern mußte nicht nur die zwei Bezirksämter Orb und Gersfeld in Unterfranken und die im preußischen Landkreise Ziegenrück gelegene Enklave Kaulsdorf in einem Gesamtumfange von mehr als zehn Quadratmeilen mit 33 000 Einwohnern abtreten, sondern auch noch 30 Millionen Gulden zahlen. Diese vier Staaten mußten ihr treues Festhalten an dem Bundesrechte und ihren Widerstand gegen die Ungerechtigkeit und die Gewaltthätigkeit Preußens mit 47 Millionen Gulden und Gebietsverlust büßen. Bayern war genötigt, wegen des unseligen Bruderkrieges die Staatsschuld um mehr als 60 Millionen zu erhöhen und 15 Millionen Staatsnoten zu emittieren, wodurch die blühenden Finanzen einen empfindlichen Schlag erlitten. Graf Bismarck zwang Bayern und die anderen verbündeten Staaten, mit Preußen ein geheimes Bündnis einzugehen und sich in demselben zu verpflichten, im Falle eines Angriffes ausländischer Feinde ihre Streitkräfte dem König von Preußen zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Vertrag hielt er sie von einer Verbindung mit Österreich oder Frankreich ferne und machte die Bedingung Frankreichs, daß der Norddeutsche Bund nur bis zur Mainlinie ausgedehnt werden dürfe, hinfällig. Freiherr von der Pfordten wollte auf diesen Vertrag nicht eingehen; Bismarck aber drohte ihm, alles bayerische Land am rechten Mainufer in Besitz zu nehmen. Der bayerische Minister unterwarf sich dem Machtgebot des Siegers, weil er auf die Vermittlung einer fremden Macht nicht hoffen konnte. Während der Verhandlungen in Berlin wurden auf einem Kongreß in Prag die zwischen Österreich und Preußen in Nikolsburg vereinbarten Friedenspräliminarien mit geringen Abänderungen und Zusätzen am 23. August endgiltig abgeschlossen. Die Stadt Frankfurt wurde dem preußischen Reich einverleibt und dem König von Hannover, dem Kurfürsten von Hessen und dem Herzog von Nassau ihre Länder ohne weiteres entrissen, um zwischen dem östlichen und westlichen Preußen eine unmittelbare

Verbindung herzustellen. In Nassau und Kurhessen fügten sich Volk und Fürst dem neuen Wechsel; Frankfurt und Hannover aber unterwarfen sich unwillig der preußischen Herrschaft und König Georg V., der sich mit seiner Familie bei Wien niedergelassen hatte, protestierte energisch, jedoch vergebens gegen seine Entthronung. Der Münzvertrag von 1857 wurde aufgehoben und eine Revision des Handels- und Zollvertrages von 1865 einer künftigen Verhandlung vorbehalten. Zur Auseinandersetzung des Eigentums und beweglichen Vermögens des Bundes wurde eine Kommission von allen bisherigen Bundesregierungen ernannt, um den matrikularmäßigen Anteil in Anspruch zu nehmen. Am 24. August 1866 hielt der Bundestag in Augsburg seine letzte Sitzung, in welcher noch einige Verfügungen in Verwaltungsangelegenheiten getroffen und der Bund infolge der Kriegsereignisse und Friedensverträge für aufgelöst erklärt wurde. Sachsen-Meiningen und Reuß älterer Linie machten erst im Oktober mit Preußen Frieden und der König von Sachsen, welcher sich lange weigerte, seine Souveränitätsrechte den Forderungen der Preußen zu opfern, einigte sich nach schwierigen Verhandlungen (21. Oktober) mit der Regierung in Berlin; er trat dem Norddeutschen Bunde bei, übertrug die diplomatische Vertretung Sachsens dem König von Preußen und entrichtete 10 Millionen Thaler Kriegskostenentschädigung. Preußen gewann durch den fünfwöchentlichen Feldzug einen Länderzuwachs von 1309 Quadratmeilen mit 4½ Millionen Einwohnern und erlangte durch seinen Umfang von 6400 Quadratmeilen und seine Einwohnerzahl von 24 Millionen im Norddeutschen Bunde, der 7560 Quadratmeilen mit 30 Millionen Einwohnern umfaßte, ein allbeherrschendes Übergewicht und die Oberleitung in der auswärtigen Politik und im Kriegswesen [1].

Der Friede zwischen Österreich und Italien wurde in Wien am 3. Oktober 1866 abgeschlossen; in demselben gab Kaiser Franz Joseph seine Zustimmung zur Vereinigung Venetiens mit Italien. Mit dem neuen Erwerb gaben sich die Italiener nicht zufrieden, sondern forderten wiederholt Rom zur Hauptstadt. General Garibaldi, der Großmeister der italienischen Freimaurer, welcher sich die Vernichtung des Papsttums zur Lebensaufgabe gemacht hatte, rief seine Freiwilligenscharen unter die Waffen, um die päpstlichen Truppen aus Rom und dem verkleinerten Kirchenstaat zu vertreiben. König Viktor Emanuel und seine Minister ließen aus Lüsternheit nach neuem Raub die Vorbereitungen zu einem Angriff auf Rom geschehen; Napoleon III. aber, der aus Rücksicht auf die katholischen Franzosen niemals eine Verletzung der Septemberkonvention zugeben konnte, schickte von Toulon aus eine Division nach Rom zum Schutze des Heiligen Vaters. Auf die Kunde hiervon

[1] Klüpfel a. a. O. II, 685 ff.

trat Garibaldi, welcher mit 4000 Freiwilligen bis auf eine Stunde von Rom vorgerückt war, den Rückzug nach den neapolitanischen Gebirgen an; er wurde jedoch bei Mentana von den päpstlichen Truppen und einer französischen Brigade, welche zum ersten Mal die neuen weittragenden Hinterladergewehre nach Chassepots System gebrauchten, (3. November 1867) angegriffen und seine Freiwilligen zersprengt. Die Franzosen verließen Rom wieder, besetzten aber Civitavecchia, um nötigen Falls zum Schutze des Papstes einzugreifen. Für Pius IX. war es eine schmerzliche Empfindung, daß er zur Erhaltung des kirchenstaatlichen Restes auf die Unterstützung des französischen Kaisers angewiesen war, durch dessen Politik der größte Teil des päpstlichen Gebietes verloren gegangen war. Österreich, welches vor dem Verluste Lombardo-Venetiens dem Kirchenstaate die mächtigste Stütze gewährt hatte, war durch den letzten Krieg erschöpft und durch eine innere Bewegung vollständig nach außen gelähmt. In allen österreichischen Provinzen erhob sich das Volk gegen die unfähigen Minister, welche den Kaiser und den Staat seit dem Frankfurter Fürstenkongreß so unerhört schlecht beraten hatten. Franz Joseph selbst verlor das Vertrauen zu den eingeborenen Staatsmännern und stellte auf Empfehlung des sächsischen Kronprinzen Albert den Freiherrn von Beust an die Spitze der Staatsgeschäfte. Dem neuen Ministerpräsidenten war die Politik durch die Lage selbst vorgezeichnet, denn der österreichische Einheitsstaat hatte sich bereits als unmöglich erwiesen und der Föderalismus würde die Auflösung des Reiches herbeiführen; es blieb daher nur der Dualismus oder die Teilung des Kaiserreiches in die zwei Hälften Deutsch-Österreich und Ungarn übrig. In „Cisleithanien" wurde die Februarverfassung wiederhergestellt und den Ungarn ein eigenes Ministerium, eine selbständige Verwaltung und der alte Reichstag bewilligt. Gemeinsame Angelegenheiten für beide unabhängig nebeneinander bestehenden Reichshälften bildeten das Auswärtige und das Kriegswesen und somit auch zum Teil die Finanzen; zur Verhandlung derselben wählten der ungarische und deutsch-österreichische Reichstag Delegierte, welche sich jährlich wechselweise in Wien und Ofen versammelten, um über die Regierungsvorlagen einen Gesamtbeschluß zu vereinbaren. Das Übergewicht im Kaiserstaate behauptete Ungarn, welches eine festere nationale Einheit hat, während in Deutsch-Österreich die Tschechen ein Ungarn ähnliches selbständiges Königreich Böhmen anstrebten und den Reichsrat in Wien nicht beschickten bis zum Jahre 1879, als ein konservatives Ministerium ernannt wurde.

Zur Befestigung der neuen Ordnung war für Österreich-Ungarn der Friede nach außen um so notwendiger, als die tief gesunkenen Finanzen nur in einer ruhigen Zeit gehoben werden konnten; dennoch war der zum Reichskanzler und Grafen ernannte Minister Beust bestrebt, Österreich vor seiner

innern Erstarkung in einen auswärtigen Krieg zu stürzen und in Verbindung mit Frankreich und, wenn möglich, selbst mit Italien Preußen zu demütigen. Die Beziehungen zwischen dem Wiener und Pariser Hofe wurden immer enger geknüpft, seitdem der französische Kaiser sich durch die militärische Übermacht Preußens bedroht hielt. Als der neue Kaiser von Mexiko, Erzherzog Max, ein Bruder des Kaisers von Österreich, von den eingeborenen Generalen verraten und von den Republikanern in der Stadt Queretaro gefangen und (19. Juni 1867) erschossen wurde, begab sich Napoleon III., der den ehrgeizigen Erzherzog in das von den Franzosen gegründete Kaiserreich verlockt hatte, nebst Gattin nach Salzburg, um Franz Joseph und seiner Gemahlin (18.—23. August) sein Beileid zu bezeigen und sich über die Stellung Frankreichs und Österreichs zu dem Norddeutschen Bunde zu beraten; hierzu wurden auch der Reichskanzler Beust und der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy beigezogen. Es wurde nur über allgemeine europäische Fragen ein Einverständnis zwischen den beiden Staaten erzielt. Beust begünstigte aus Haß gegen Preußen die Errichtung einer „Welfenlegion", welche mit den Geldmitteln des Königs Georg V. ausgerüstet wurde und in Verbindung mit den Franzosen den vertriebenen König auf den hannoverischen Thron zurückführen sollte. Aus derselben feindlichen Gesinnung lehnte Beust den Vorschlag der bayerischen Regierung ab, daß die süddeutschen Staaten auf Grund des Prager Friedens zuerst unter sich einen Bund und dann mit dem Norddeutschen Bunde errichten und dieses neue Deutschland mit Österreich auf eine völkerrechtliche Einigung eingehen sollte[1].

Die Richtung, welche der Reichskanzler Beust in der auswärtigen Politik einschlug, war verfehlt und führte in Süddeutschland um so schneller zu einer Entfremdung gegen Österreich, als es seit dem letzten Krieg alles Vertrauen und Ansehen verloren hatte. Minister von der Pfordten verstärkte in der Abgeordnetenkammer bei Beratung und Annahme des Berliner Vertrages in den verbitterten Gemütern die Abneigung gegen Österreich, indem er den Kaiser Franz Joseph und seine Minister anklagte, daß sie den Brünner Vertrag gebrochen und Bayern an Preußen verraten hätten, weil sie der Meinung gewesen wären, Bayern hätte absichtlich den Krieg gegen Preußen nachlässig geführt. Kaum war der Krieg beendigt, so verschwanden die Sympathien für Österreich und der große Erfolg zog die Geister nach dem ruhmreichen Preußen. Viele Landtagsabgeordnete, welche früher die unbeschränkte Militärherrschaft Bismarcks verflucht hatten, erhoben sich jetzt mit der Forderung, daß Bayern und ganz Süddeutschland in den Nord-

---

[1] Helfert, Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes 1848, III, 227—529.

deutschen Bund treten sollten. Es entstand eine wachsende „Fortschrittspartei“, welche nach innen die freieste Entwicklung des sozialen und politischen Lebens anstrebte und nach außen zu einer unbedingten Verbindung Bayerns mit Preußen drängte. Die Anhänger dieser Partei in der Abgeordnetenkammer verlangten von den Ministern, daß die bayerische Armee nach preußischem Muster organisiert werde, und machten ihnen den Vorwurf, daß sie sich in allen Zweigen der Staatsverwaltung nur durch Trägheit bemerklich machten. Nur wenige Abgeordnete wiesen aus verletztem Rechtsgefühl eine Vereinigung Bayerns mit Preußen zurück. Der strengkonservative Universitätsbibliothekar Dr. Ruland aus Würzburg stimmte nicht einmal zu dem Berliner Friedensvertrag, weil er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren konnte, in das zu willigen, was durch einen Raubzug errungen worden sei von einer Macht, welche der Legitimität und dem Königtum in Deutschland den letzten Stoß gegeben hätte. Mit derselben Entrüstung verwarf der Professor Edel den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund als eine entehrende Charakterlosigkeit; denn in dem Augenblick, da die Wunden von vielen tapferen Bayern noch bluten, widerstrebe es, eine blutige Bruderhand aufzusuchen, welche nicht einmal entgegengeboten werde. Dennoch wurde der Antrag auf einen engen Anschluß an Preußen mit 124 Stimmen gegen 11 angenommen. In der Reichsratskammer aber stieß derselbe auf einen entschiedenen Widerspruch. Der Referent über den Friedensvertrag vom 22. August, Oberkonsistorialpräsident von Harleß, verglich den Ausgang des Krieges mit einer Tragödie, in welcher das Recht von der Gewalt besiegt worden sei. Es gezieme aber dem besiegten Recht, sich stolz zu zeigen, und es wäre verächtlich, wenn man götzendienerisch die Kniee vor dem Erfolge beuge und sich der Gnade der siegreichen Gewalt empfehle. Freiherr von Zurhein rief den an Preußen abgetretenen Bezirken in Unterfranken ein schmerzliches Lebewohl zu und rühmte ihre patriotische Treue für Bayern und die Wittelsbachische Dynastie. Mit gleicher Empfindung sprach er von der Tapferkeit der bayerischen Truppen, den opferwilligen Diensten, welche der Prinz Karl und die anderen Prinzen des königlichen Hauses dem Vaterlande geleistet haben, und von der treulosen Selbstsucht des VIII. Bundescorps. Auch Minister von der Pfordten verteidigte die Führung des bayerischen Heeres, welchem die Preußen nicht ein einziges Geschütz abnehmen konnten. Mit allgemeiner Zustimmung bemerkte er, daß die politische Lage Bayerns im großen und ganzen nicht geändert worden wäre, wenn auch die Bayern siegreich aus dem Kriege hervorgegangen wären, weil die Österreicher eine unerwartete, in der Kriegsgeschichte beispiellose Niederlage erlitten hätten. Die Reichsräte lehnten den Antrag der Abgeordneten auf eine engere Verbindung mit Preußen mit allen gegen vier Stimmen ab; sie blieben jedoch trotz der „brudermörderischen Vergewaltigung“ Bayerns durch Preußen so

national gesinnt, daß sie beantragten, die Regierung solle einen Angriff des Auslandes auf deutsches Gebiet mit allen Kräften abwehren[1].

Während der bayerischen Landtagsverhandlungen drohte ein Krieg zwischen Preußen und Frankreich auszubrechen, an welchem auch Bayern kraft des geheimen Berliner Vertrages vom 22. August 1866 teilzunehmen verpflichtet gewesen wäre. Das Großherzogtum Luxemburg, welches durch eine Personalunion mit den Niederlanden verbunden war, erhielt durch die Auflösung des Deutschen Bundes, dessen Mitglied es gewesen war, eine internationale Stellung, verblieb jedoch im Deutschen Zollverein, und auch Preußen behielt in der Festung Luxemburg das Besatzungsrecht auf Grund jener Verträge, welche die Großmächte 1839 über die politische Stellung Luxemburgs abgeschlossen hatten. Da die Mehrzahl der Bevölkerung, wiewohl von deutscher Abstammung, keine nationale Gesinnung kundgab und auch gegen einen Wechsel des Landesfürsten gleichgiltig war, wenn nur das materielle Wohl nicht geschädigt wurde, so verfiel Napoleon III. auf den Gedanken, das Großherzogtum käuflich zu erwerben, um zur Befestigung seiner Dynastie einen neuen Grundstein zu legen. Hierbei rechnete er sicher auf die Zustimmung der preußischen Regierung, welche nur durch seine Neutralität einen so großen Länderzuwachs erlangen konnte. Der König Wilhelm III. von den Niederlanden, welcher zu Privatzwecken Geld nötig hatte, ging unbedenklich auf das Anerbieten des französischen Kaisers ein und setzte den preußischen Gesandten im Haag hierüber in Kenntnis. Ministerpräsident Bismarck erklärte dem König von Holland und Napoleon unumwunden, daß Preußen eine Vereinigung deutschen Landes mit Frankreich niemals zugeben werde. Sobald diese Verhandlungen den Franzosen bekannt wurden, machten sie (März 1867) einen kriegerischen Lärm gegen Preußen, und der Gesetzgebende Körper bewilligte fast einstimmig einen außerordentlichen Militärkredit von 158 Millionen. Aber auch in Deutschland regte sich mächtig das Nationalgefühl, und in Berlin hätte man sich zu einem Kriege gegen Frankreich entschieden, wenn in den süddeutschen Staaten die Reorganisation des Heerwesens weiter vorgeschritten gewesen wäre. In Bayern hatte man mit Abänderung der „Podewilsgewehre“ in Hinterlader erst begonnen, und die Regierung erwiderte auf eine Anfrage Bismarcks, daß die bayerische Armee noch nicht schlagfertig gerüstet sei. Den Regierungen in den deutschen Südstaaten und zuerst in Bayern erschien es als der rechte Zeitpunkt, die bisher geheim gehaltenen Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen zu veröffentlichen, damit die Landtage die für außerordentliche Militärbedürfnisse erforderlichen Geldsummen mit geringerem Widerstande bewilligten. Bismarck ließ durch den bayerischen Gesandten in Wien den Versuch zu einer Annäherung an

[1] Landtagsverhandlungen des Königreichs Bayern 1866/67.

Österreich machen. Reichskanzler Beust wollte sich dadurch den Dank Napoleons verdienen, daß er den Vorschlag machte, Luxemburg mit Belgien zu vereinigen, welches hierfür einige Bezirke an Frankreich abträte. Der französische Kaiser hatte seine Rüstungen noch nicht vollendet und ihm lag für dieses Jahr an Erhaltung des Friedens, damit die große Weltindustrieausstellung in Paris, auf welche viele Millionen verwendet worden waren, nicht gestört werde. Auf Antrag Rußlands wurde von den europäischen Großmächten in einer Konferenz zu London am 11. Mai 1867 die Übereinkunft getroffen, daß Luxemburg von Deutschland getrennt und durch eine Personalunion mit den Niederlanden vereinigt werde. Die Preußen verließen die Festung, welche auf Kosten König Wilhelms III. geschleift wurde; die Zugehörigkeit des Großherzogtums zum Zollverein blieb.

Kaiser Napoleon III. hatte am 1. April 1867 die internationale, von 50770 Ausstellern besuchte Industrieausstellung mit größter Feierlichkeit eröffnet, und viele Fürsten, Könige und Kaiser und unermeßliche Scharen von Fremden kamen nach Paris, um die industriellen Fortschritte aller Länder der Erde zu besichtigen. In den unübersehbaren Reihen der Ausstellungsabteilungen nahmen die bayerischen Gewerbe eine ehrenvolle Stellung ein; es hatten sich 397 Bayern beteiligt und zwar 147 Künstler und 250 Industrielle. Die Bleistiftfabrik des Lothar von Faber in Nürnberg lieferte die vorzüglichsten Erzeugnisse, welche auf allen Industrieausstellungen mit den ersten Preisen ausgezeichnet worden waren. Die von dem Maler von Sandrart 1660 gestiftete Kunstgewerbeschule in Nürnberg, die älteste in Deutschland, führte nicht nur Aufträge des In- und Auslandes aus, sondern stellte auch viele Modelle und Zeichnungen aus, die von den bayerischen und auswärtigen Lehranstalten als Vorbilder benützt wurden. Unter den Photographen erwarb sich Albert in München durch künstlerische Auffassung, technische Durchbildung und Ausführung, besonders bei Porträten in Lebensgröße und bei einer Reihe vortrefflicher Zeichnungen, ein erneutes Lob. Die berühmtesten Musikinstrumente fertigten Haselwander in München und das Neuner-Hornsteiner Institut in Mittenwald in Oberbayern, welches 200 Arbeiter beschäftigte und ihre Instrumente nach allen Ländern Europas und nach Süd- und Nordamerika sandte. Der Pianofortefabrikant Alois Biber errang sich durch seine meisterlichen Instrumente auf allen Ausstellungen seit 1834 die ersten Preismedaillen. Der durch in- und ausländische Orden wie durch goldene Medaillen ausgezeichnete Sigmund Merz in München bewährte durch seine optischen Instrumente auch auf der Pariser Ausstellung den seit 1808 begründeten Weltruf. Die Erzgießerei von Lenz und Herold in Nürnberg, welche eine für das königliche Museum in Stockholm bestimmte Ringergruppe in Bronzeguß ausstellte, hat sich seit 1835 durch mehrere gelungene Kunstwerke einen weitverbreiteten Ruhm verschafft. In der Weber-

industrie nahmen den ersten Rang ein die mechanische Zwirnerei, Nähfadenfabrik und Flachsspinnerei in Bayreuth, die Flachs-, Hanf- und Wergspinnerei in Memmingen, die Leinen-, Drell- und Damastweberei in Bamberg und namentlich die Kammgarnspinnerei in Kaiserslautern, welche 18000 Spindeln besaß und in Deutschland und Österreich-Ungarn nur von der großen Kammgarnspinnerei in Augsburg übertroffen wurde. Auch die weltberühmte Schuhindustrie in Pirmasens hatte ihre Fabrikate zur Ausstellung geschickt; sie beschäftigte über 2000 Arbeiter mit 90 Hilfsmaschinen und verkaufte jährlich in Europa und allen Erdteilen ungefähr 1½ Millionen Paar Schuhe. Aus den Solenhofener Steinbrüchen wurden die berühmten Lithographiesteine, Fußbodenplatten und gemalte Tischplatten zur Ausstellung gebracht. Die Solenhofener Lithographiesteine übertrafen alle anderen und wurden wegen ihrer Härte und Gleichmäßigkeit zur Glasschleiferei, Lederfabrikation und am meisten zu Malztennen verwendet. Ein seit 1856 gegründeter Aktienverein produzierte jährlich in Solenhofen gegen 70000 Zentner Steine und unterhielt außer vielen Agenturen für Lithographiesteine eigene Lager in Hannover, Hamburg, London, Paris, Wien und New-York. Desselben Rufes erfreute sich das große Etablissement des Ritters von Poschinger in Frauenau bei Zwiesel, welches in ausgedehnten Waldungen geschätzte Bau- und Nutzhölzer und ausgezeichnete Klaviatur- und Resonanzbretter gewann, die nach den Niederlanden, Frankreich, England und selbst bis nach Amerika versandt wurden. In die vorderste Reihe der Industrieanstalten in Nürnberg wurde die Ultramarinfabrik gestellt, die mit fünf Dampfmaschinen und einer Wasserkraft von 30 Pferdekräften jährlich 20000 Zentner Ultramarin herstellte und für 300 Arbeiter eine eigene Kranken-, Pensions-, Witwen- und Waisenkasse besaß. Einen weit über die bayerische und deutsche Grenze reichenden Ruf hatten die Farbenfabriken in Schweinfurt. Zu den neuesten Industriezweigen in Bayern gehörte die in München 1856 errichtete Blut- und Ei-Albuminfabrik, in welche das Blut des Münchener Schlachthauses geliefert wurde. Unter den Werkzeugen und Verfahrungsweisen der einzelnen Industriezweige fanden die Biertrub- und Filtriersäcke aus der Fabrik Bochs in Gundelfingen wegen ihrer Dauerhaftigkeit und Zweckmäßigkeit nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und Nordamerika starken Absatz. In der Bierfabrikation ragten hervor die Bierbrauerei des Gabriel Sedlmayr „zum Spaten", welche mit zwei Dampfmaschinen und 160 Arbeitern betrieben wurde und jährlich über 300000 Hektoliter Bier produzierte, die Pschorrsche Bierbrauerei und die von einer Aktiengesellschaft betriebene Bierbrauerei „zum Löwen" in München, welche eine Menge Exportbier erzeugte. In Herstellung von Maschinen, namentlich Dampfmaschinen für Bücherdruck und Münzprägung, von Schnell- und hydraulischen Pressen, Turbinen, Motoren, Transmissionen zc. nahmen die Fabriken in Zweibrücken,

Oberzell (bei Würzburg) und Augsburg den ersten Rang ein. Neben der berühmten Lokomotivfabrik des Ritters von Maffei in Hirschau bei München arbeitete sich jene von Kraus zu immer größerer Bedeutung empor. Die Prämien, welche den Bayern bei dieser Weltausstellung zuerkannt wurden, bewiesen die Vortrefflichkeit ihrer Leistungen; sie erhielten 12 goldene, 24 silberne, 77 bronzene Medaillen und 56 ehrenvolle Erwähnungen. Die Beteiligung von seiten der Bayern und der anderen Deutschen wäre stärker gewesen, wenn nicht der deutsche Bürgerkrieg ausgebrochen wäre und die Aussteller nicht zum ersten Mal den in Anspruch genommenen Raum nach Centimeter hätten bezahlen müssen. Das Unternehmen war zugleich eine Geldspekulation und zwar eine sehr glückliche, denn die Zahl der Besucher erreichte die ungeheuere Höhe von 10200000 [1].

Auch die Landwirtschaft hatte in Bayern seit der Aufhebung der Grundlasten große Fortschritte gemacht. Der Feld- und Hopfenbau wie die Viehzucht wurden in allen Landschaften mit Eifer und Verständnis betrieben und durch Ausfuhr von Getreide, Holz und Vieh und namentlich Käse aus dem Allgäu bedeutende Geldsummen erworben. Tabak, Reps und Lein wurden in der Rheinpfalz, Schwaben und Franken mit Vorliebe gebaut. Der Weinbau war nur in der Rheinpfalz, Unterfranken und am Bodensee von Bedeutung. Die größeren Landwirte führten die vervollkommneten Ackergeräte ein; Dreschmaschinen mit Göpelwerk kamen allgemein in Gebrauch und auch die Dampfdreschmaschinen wurden immer mehr verbreitet. Das Kreditwesen suchten die Landwirte durch Selbsthilfe zu begründen, indem sie entsprechende Institute errichteten. Die Hypothek- und Wechselbank in München gewährte der Landwirtschaft durch Ausgabe von Pfandbriefen zu 72 Millionen Gulden, die durch Annuitäten rückzahlbar waren, eine wenn auch nicht vollständige Aufhilfe. Der landwirtschaftliche Unterricht wurde dadurch verbessert und auf eine höhere Stufe gebracht, daß zu den Fortbildungsschulen mehrere Ackerbauschulen errichtet wurden, in welchen den Schülern ein landwirtschaftlicher Fachunterricht nebst einer praktischen Anweisung erteilt wurde. Für jene Bauernsöhne, welche die Fortbildungsschulen besucht hatten, wurden Winterkurse eingeführt, in denen sie sich spezielle Kenntnisse in der Landwirtschaft aneignen konnten. Über diesen Schulen steht die Zentralschule in Weihenstephan bei Freising, die auf einem Gute von 233 Hektaren (700 Tagwerken) den höheren Unterricht in der Landwirtschaft, Obstbaumzucht, Bierbrauerei und Branntweinbrennerei erteilt. Die Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen ist einem Generalkomitee für das ganze Königreich übertragen. Alle Verordnungen, welche von dem Ministerium des Handels und der öffent-

[1] Die Industrie und Landwirtschaft Bayerns auf der internationalen Ausstellung in Paris, München 1867, 20—132. Attenberger, Bayerns Industrie auf den Ausstellungen, 67 ff.

lichen Arbeiten über die Landwirtschaft erlassen werden, werden dem Generalkomitee, das ihm als technische Behörde zur Seite steht, zur Begutachtung vorgelegt; dasselbe ist außerdem berechtigt, Anträge an das Staatsministerium zu bringen und Beschwerde zu führen. Das Generalkomitee des Landwirtschaftlichen Vereins hat die Oberleitung über die Vereine eines jeden Kreises und Bezirksamtes, und die Vereine sind der betreffenden Kreisregierung und dem Bezirksamte als technischer Beirat beigegeben [1]. Das seit 1811 bestehende Zentral-Landwirtschaftsfest findet noch jedes Jahr in München auf der Theresienwiese statt, bei welchem Preise an die Landwirte für die schönsten Haustiere und verdienstliche Leistungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft verteilt und ländliche Dienstboten, die sich durch Fleiß und Treue bewährt hatten, mit Denkmünzen und Diplomen ausgezeichnet werden. Die Preisverteilung pflegte der König persönlich vorzunehmen, um die Landwirtschaft in Gegenwart von ungefähr 100 000 Menschen aus allen Provinzen Bayerns zu ehren. Es war immer ein echt bayerisches Volksfest mit allen Stammeseigentümlichkeiten; seit dem letzten Krieg aber war die sonst fröhliche Stimmung mit einem bittern Ton und unbehaglicher Empfindung über die ungewisse Stellung vermischt, in welche Bayern trotz seiner rechtlichen Politik durch die Prager und Berliner Friedensverträge geworfen worden war. Die Führer der „Fortschrittspartei" in der Abgeordnetenkammer machten (1867) wieder einen Anlauf, Bayern in den Norddeutschen Bund zu bringen; allein ihre Anträge scheiterten an dem Widerstande der Reichsräte. Sie sahen sich jedoch durch Erneuerung des Zollvereins und Konstituierung eines Zollparlaments ihrem Ziele näher gerückt.

Der Norddeutsche Bund war indes mit einer Verfassung ausgestattet worden; nach derselben wurde die Gesetzgebung dem Bundesrat und dem Reichstag übertragen. Der Bundesrat wurde aus Bevollmächtigten der einzelnen Staatsregierungen zusammengesetzt und entschied bei den Gesetzentwürfen nach einfacher Stimmenmehrheit und bei Verfassungsänderungen mit Zweidrittel-Mehrheit. Der Reichstag ging aus allgemeinen und direkten Volkswahlen hervor und besaß das Recht der Initiative zu Gesetzesvorschlägen. Durch übereinstimmenden Beschluß des Bundesrates und des Reichstages erhielten Gesetzesvorlagen Rechtskraft. Das Bundespräsidium wurde dem König von Preußen zuerkannt, welcher die Oberleitung über das Kriegswesen und die auswärtige Politik besaß, Bündnisse und Verträge mit fremden Mächten schloß und den geschäftsleitenden Bundeskanzler ernannte. Die Bundesgesetze gingen den Landesgesetzen vor. Es wurde allgemeine Freizügigkeit, ein gleiches Heimats- und Niederlassungsgesetz, eine gemeinsame Flagge, Handels- und Zivilgesetzgebung eingeführt und ein einheitliches Heer

[1] Die Industrie und Landwirtschaft Bayerns ꝛc. a. a. O. 2—18.

organisiert. In einem besondern Artikel wurde über die Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt festgestellt, daß der Eintritt dieser Staaten in den Nordbund durch die Bundesgesetzgebung erfolge. Der nächste Weg, auf dem sie in den Norddeutschen Bund geführt werden sollten, war der Zollverein, welcher durch den letzten Krieg aufgelöst worden war. Da die Verfassung des Norddeutschen Bundes die Zollgesetzgebung dem Bundesrat und dem Reichstag zuwies, so machte der Bundeskanzler Bismarck den süddeutschen Staaten den Vorschlag, den Bundesrat und den Reichstag durch Bevollmächtigte und Abgeordnete zu beschicken, um an der norddeutschen Zollgesetzgebung teilnehmen zu können; sie sollten mit dem Bundesrat und dem Reichstag des Nordbundes einen Zollbundesrat und ein Zollparlament bilden. Die bayerische Staatsregierung, an deren Spitze seit Ende des Jahres 1866 der Fürst von Hohenlohe stand, zog das Salzmonopol in besondere Erwägung, weil Bayern durch den Eintritt in den Zollbund auf dasselbe verzichten und sich zu einer im ganzen Zollvereinsgebiet einzuführenden Salzsteuer verpflichten müßte, wodurch dem bayerischen Staat an indirekten Steuern ein jährlicher Entgang von fast einer Million Gulden erwachsen würde. Die Salinen in Dürkheim und Kissingen würden in ihrem Bestande gefährdet, weil sie der freien Konkurrenz nicht Stand halten könnten und die Salinen in Reichenhall und Rosenheim wegen der Ungunst ihrer geographischen Lage ihre bisherigen Absatzkreise verlieren würden. Bayern hatte jedoch nur die Wahl, entweder vom Zollverein auszuscheiden oder das Salzmonopol aufzugeben. Bismarck hatte bei den mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Friedensverträgen die Bedingung gemacht, daß die Zollverhältnisse neu geregelt werden, und lud die südstaatlichen Minister zu einer Beratung nach Berlin ein. Nach kurzer Besprechung wurde der preußische Entwurf angenommen und am 8. Juli 1867 der Vertrag über einen neuen Zollbund zwischen den vier süddeutschen Regierungen und dem Norddeutschen Bunde vorbehaltlich der Zustimmung der Landtage abgeschlossen; kraft desselben bestand der Zollbundesrat aus 58 Mitgliedern, von denen Bayern 6, Württemberg 4, Baden und Hessen je 3 ernannten. Das Präsidium wurde an Preußen übertragen, welches im Zollbundesrat den Vorsitz führte und welchem die Berufung und Schließung desselben, sowie des Parlaments und die Leitung aller formellen Geschäfte übergeben wurde [1]. Die wichtigste Neuerung im Zollverein war die Vertretung des Volkes mit ausgedehnten konstitutionellen Befugnissen.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurden von der „Fortschrittspartei“ die Nachteile, welche eine Wiedereinführung der Zollschranken für Schwaben, Franken und die Rheinpfalz mit sich bringen würde, hervor-

---

[1] Festenberg-Pakisch, Geschichte des Zollvereins, 379—420.

gehoben. Die Konservativen befürchteten eine Schädigung der Souveränität Bayerns durch den neuen Zollbund, weil es beim Zollbundesrat nur mit 6 Stimmen und beim Zollparlament mit 48 vertreten sein werde, so daß es von Preußen und den anderen norddeutschen Staaten überstimmt werden würde. Da die Fortschrittspartei in einer überwiegenden Mehrheit war und mit dem Zollparlament ein politisches Nationalparlament anzubahnen hoffte, so stimmten 117 Abgeordnete gegen 17 für Annahme des Vertrages vom 8. Juli. Die Kommission der Reichsräte verwarf denselben mit 9 gegen 1 Stimme, weshalb die Industriellen besorgt wurden, die Reichsratskammer möchte den neuen Zollvertrag ablehnen. Aus mehr als hundert Städten und Ortschaften wurde an sie die telegraphische Bitte gerichtet, den Zollverein zu erhalten. Die Aufregung wurde in allen Gegenden, namentlich in den Fabrikstädten, so arg, daß man im Falle der Verwerfung Unruhen befürchtete. Die meisten Reichsräte waren jedoch geneigt, den Zollbund zu genehmigen, wenn dem bayerischen Staat bei Zollgesetzen das unbedingte Zustimmungs- und Verwerfungsrecht gewährt werde. Minister Hohenlohe begab sich mit dem Reichsrat Freiherrn von Thüngen, einem eifrigen Gegner Preußens, nach Berlin, um über diese Bedingung mit Bismarck zu unterhandeln. Als man sich von der Undurchführbarkeit überzeugte, nahmen die Reichsräte den Vertrag mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit an[1]. Die württembergische zweite Kammer, welche ihre Abstimmung von dem Beschlusse der bayerischen Reichsräte abhängig machte, willigte in den neuen Zollbund mit großer Mehrheit, obgleich der Referent der Kommission mit Aufbietung aller Beredsamkeit und industrieller und merkantiler Kenntnisse die Ablehnung desselben empfohlen hatte. In den badischen Kammern, wo der Großherzog in der Thronrede offen sein Streben nach nationaler Einigung mit Preußen aussprach, wurde der Vertrag beinahe einstimmig angenommen, ebenso in Hessen-Darmstadt.

Auf dem bayerischen Landtag 1867/68 gelangten auch jene Gesetze, welche vom Gesetzgebungsausschusse einer reiflichen Vorberatung unterzogen worden waren und das ganze soziale Leben umgestalteten, zur Annahme. Das neue Gemeindeedikt (1868) gewährt jedem Gemeindemitglied die möglich größte Freiheit und der Gemeindeverwaltung in der Leitung der eigenen Angelegenheiten eine größere Selbständigkeit. Das Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt hob das absolute Verbot der Gemeinden bei Ansässigmachung und Verehelichung auf und erleichterte der ärmeren Bevölkerung das natürliche Recht der Verehelichung, birgt aber in sich die große Gefahr, daß sich ein Teil der Bewohner nicht mehr werde ernähren können, wenn die Bevölkerung schneller steigt als die Zunahme der Produktion und

[1] Landtagsverhandlungen des Königreichs Bayern 1867.

des Erwerbes. Der Mangel an Arbeitsgelegenheit und Erwerb wird die Gemeindelasten vergrößern und in den größeren Ortschaften und Städten ein revolutionäres Proletariat erzeugen. Die neue Gewerbeordnung (1868) ist auf dem System der vollen Gewerbefreiheit begründet; nur das Gewerbe der Apotheker, Kaminkehrer und Wasenmeister sind wegen des öffentlichen Wohles, Ordnung und Sicherheit beschränkt. Das neue Wehrgesetz wurde wesentlich dem preußischen nachgebildet und die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Die umfangreichste Arbeit war das neue Zivilgesetz oder die Prozeßordnung in bürgerlichen Streitigkeiten, welche aus mehr als tausend Artikeln besteht. Zu den kleineren Gesetzen gehörten die Vermarkung der Grundstücke, die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften und die in Deutschland eingeführte Maß- und Gewichtsordnung nach dem französischen metrischen und Decimalsystem. Die Verhandlungen über das Finanzwesen ergaben, daß die Staatsschuld auf 176 Millionen Gulden gestiegen war. Die Staatsausgaben wurden für die IX. Finanzperiode (1868 und 1869) jährlich auf 87 Millionen, darunter 17½ Millionen für die Armee, festgestellt und die Einnahmen bis zu derselben Höhe emporgeschraubt, obwohl vorauszusehen war, daß diese Summe nicht erzielt werde[1]; die Abgeordneten umgingen eine Steuererhöhung, um sich bei der bevorstehenden Neuwahl die Gunst des Volkes zu wahren. Die neue Gesetzgebung wurde von einem großen Teile der Staatsbürger mit Unzufriedenheit und Mißtrauen aufgenommen, weil sie zu tief in die althergebrachten Verhältnisse des sozialen Lebens einschnitt. Die bäuerliche Bevölkerung sah in der freien Verehelichung ohne entsprechenden Nahrungserwerb eine Vergrößerung der Armut und der Gemeindeumlagen vorher. Durch die Gewerbefreiheit gingen gegen sieben Millionen Gulden verloren, welche auf den hinfällig gewordenen Realrechten versichert waren. Das neue Wehrgesetz wurde von den vermöglichen Familien mit Ärger betrachtet, weil sie ihre Söhne nicht mehr von der Militärpflicht loskaufen konnten. Größeren Anklang fand die Umgestaltung des ganzen technischen Unterrichtswesens; die Polytechnischen Schulen in München, Augsburg und Nürnberg wurden (1868) aufgehoben und in München eine Technische Hochschule mit einer Ausstattung der tüchtigsten Lehrkräfte und reichhaltigsten Sammlungen gegründet. Zur Vorbildung wurden mehrere Realgymnasien und nach zehn Jahren (1878) statt der bisherigen Gewerbschulen sechs- oder vierkursige Realschulen errichtet; mit diesen wurden gewerbliche Fortbildungsschulen nebst Sonntags- und Zeichnungsschulen verbunden, welche sich zahlreich über ganz Bayern verbreiteten.

Wie die neue Gesetzgebung, so hatte das Streben der Abgeordneten nach Einverleibung Bayerns in den Norddeutschen Bund viele Gemüter ver-

[1] Landtagsverhandlungen des Königreichs Bayern 1868.

bittert; denn der Haß gegen Preußen wegen des letzten Bürgerkrieges war noch nicht erloschen, und die Altbayern wurden mehr nach dem Süden zu den stammverwandten Österreichern gezogen als nach dem in Religion, Mundart und Lebensweise fremden Norden. In mehreren Provinzen wurden „Patriotische und Bauernvereine" gegründet und häufige Versammlungen veranstaltet, um bei der nächsten Landtagswahl die Fortschrittspartei aus dem Felde zu schlagen. Schon bei der Zollparlamentswahl rangen die Parteien mit aller Anstrengung um den Sieg; es galt in Bayern und den anderen süddeutschen Staaten weniger dem Zoll- und Handelswesen, als der politischen Stellung zum Norddeutschen Bunde. Von den 48 Abgeordneten waren 24 katholisch-patriotisch und die andere Hälfte national gesinnt oder gemäßigt. In Württemberg wurden nur Gegner Preußens gewählt, in Hessen-Darmstadt waren sämtliche Abgeordnete national gesinnt und in Baden die Mehrzahl. Das Zollparlament wurde mit der Sitzung des norddeutschen Reichstages vereinigt und am 27. April 1868 vom König von Preußen eröffnet. Zum Präsidenten wurde Simson, der Vorsitzende des Reichstages, und zum ersten Vizepräsidenten der bayerische Minister und Abgeordnete Fürst von Hohenlohe gewählt. Von der nationalliberalen Partei wurde eine Adresse auf die Eröffnungsrede Wilhelms I. beantragt, jedoch fallen gelassen, weil die süddeutschen Patrioten mit einem Massenaustritt drohten. Die Thätigkeit des am 23. Mai geschlossenen Parlaments erstreckte sich nur auf Beratung und Annahme von Handelsverträgen mit Österreich, dem Kirchenstaat und Spanien und auf die Ausdehnung des Zollvereins auf Mecklenburg. Fruchtbarer waren die Sitzungen des norddeutschen Reichstages; es wurden Gesetzentwürfe zu einem gemeinsamen Strafrecht und Strafprozeß vorbereitet und eine neue Gewerbe- und Wechselordnung, ein deutsches Handelsgesetzbuch und ein Bundesoberhandelsgericht mit dem Bundesrat vereinbart.

Als in Bayern die Landtagsabgeordneten (1869) gewählt wurden, gingen beide Parteien in gleicher Stärke hervor; diese standen sich in geschlossenen Reihen einander so schroff gegenüber, daß sie sich wochenlang nicht über die Wahl des ersten Kammerpräsidenten einigen konnten und die Staatsregierung die Kammer auflösen mußte. Bei der nächsten Wahl setzte die patriotische Partei 80 Abgeordnete gegen 74 Liberale durch und in den am 17. Januar 1870 eröffneten Sitzungen wurde von der patriotischen Mehrheit der Ministerialrat Dr. Weis zum ersten Präsidenten gewählt. Es bewies einen großen Umschwung der Zeit, daß von der konservativen Partei jener Beamte, welcher vor einigen Jahren wegen seiner Freisinnigkeit von der Regierung gemaßregelt worden war, zum Abgeordneten und ersten Vorsitzenden ausersehen wurde. Wiewohl die Eröffnung des Landtags ohne Thronrede geschah, so beschloß doch die patriotische Partei, eine Adresse

an den König zu richten, um das liberale Ministerium zu stürzen und konservative Staatsmänner an das Ruder der Regierung zu bringen. Bei Beratung derselben entbrannte ein unerhört heftiger Redekampf, in welchem sich die beiden Parteien mit Verletzung aller parlamentarischen Sitte die gröbsten Vorwürfe ins Gesicht schleuderten. Die Patrioten sprachen in ihrer Adresse gegen das Ministerium ein entschiedenes Mißtrauen aus und verlangten Erhaltung der Selbständigkeit Bayerns. Die Reichsräte, welche größtenteils die konservativen Abgeordneten unterstützten, faßten ihre Adresse in ähnlicher Weise ab. König Ludwig II., welcher zu den liberalen Ministern, namentlich zu dem Fürsten Hohenlohe, volles Vertrauen besaß, nahm die Adresse der Reichsräte nicht an und ließ sich jene der Abgeordneten nicht durch eine herkömmliche Deputation überreichen, sondern einfach einsenden. Allein die Minister fühlten sich durch die Beschlüsse der beiden Kammern selbst angetrieben, ihre Entlassung zu nehmen; der König entließ nur den Minister des Äußern und des Kultus, welche am meisten angegriffen worden waren, und ernannte den bayerischen Gesandten in Wien, Grafen von Bray-Steinburg, (7. März 1870) zum Ministerpräsidenten[1]. Bray hielt sich von dem Wege zu einer Vereinigung mit dem Norddeutschen Bunde ferne, vermied aber auch jeden Versuch zur Bildung eines süddeutschen Staatenbundes; denn nur die demokratische oder Volkspartei in Württemberg und die Patrioten in Bayern begünstigten die Gründung eines süddeutschen Bundes, während in Baden und Hessen-Darmstadt Volk und Regierung den Eintritt in den Norddeutschen Bund wünschten. Die Entscheidung über die politische Stellung der süddeutschen Staaten kam unerwartet schnell von außen.

Die militärischen Erfolge der Preußen im letzten Krieg und die Bestrebungen der nationalliberalen Partei nach einer Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde steigerten die Beunruhigung und Aufregung der Franzosen von Jahr zu Jahr. Unter Leitung des befähigten Marschalls Niel war in Frankreich seit vier Jahren mit unausgesetzten Studien an der Vermehrung der Streitkräfte und der Vervollkommnung der Bewaffnung gearbeitet worden. Sämtliche Infanterieregimenter wurden mit „Chassepot-Hinterladern" ausgerüstet und zur Verstärkung des Infanteriefeuers die „Mitrailleusen" oder Revolvergeschütze eingeführt. Paris und ganz Frankreich hielten sich von einer bevorstehenden Einheit Deutschlands in ihrer Sicherheit bedroht, und seit der letzten Londoner Konferenz wiederholten die Zeitungsblätter fast täglich, daß Frankreich auf den dritten Rang der europäischen Staaten herabgesunken sei. Die Republikaner warfen der kaiserlichen Regierung unermüdlich das jämmerliche Fehlschlagen ihrer politischen Berechnungen vor, und die Bonapartisten forderten von ihr, den

[1] Landtagsverhandlungen des Königreichs Bayern 1869/70.

welkenden Glanz der Dynastie durch kriegerische Triumphe wieder aufzufrischen. Während die Heeresorganisation mit größter Thätigkeit betrieben wurde, bemühte sich Napoleon III., auf dem diplomatischen Felde seine Vorkehrungen zu treffen. Zuerst suchte er eine Verbündung mit Rußland herzustellen, allein der Zar Alexander II. blieb seinem Oheim, König Wilhelm von Preußen, treu ergeben; er haßte die Franzosen, seitdem auf ihn bei einem Besuche der Industrieausstellung in Paris (1867) ein Pole einen Mordversuch gemacht und die Pariser Bevölkerung lebhafte Teilnahme für den Meuchelmörder zur Schau getragen hatte. Auch auf einen Beistand Italiens konnte Napoleon nicht sicher rechnen, weil er sich die Italiener durch die Besiegung der Garibaldischen Freischaren und die Besetzung Civitavecchias zu Feinden gemacht hatte. Günstiger erschienen ihm die Verhältnisse in Deutschland, weil er durch die Berichte seiner Gesandten in der Meinung bestärkt wurde, daß die süddeutschen Staaten in einem Krieg zwischen Frankreich und Preußen neutral bleiben werden. Man glaubte jedoch allgemein, daß im Jahre 1870 der Friede nicht gestört werde, allein unvermutet wurde die Kriegsfackel durch Besetzung des spanischen Thrones entzündet. Die Spanier hatten (1868) die regierende Königin Isabella samt ihrer Familie vertrieben und unterhandelten mit dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, einem Bruder des Fürsten Karl von Rumänien, über Annahme der erledigten Krone. Leopold erklärte sich (3. Juli 1870) hierzu bereit, wenn er von der Mehrheit der Cortes gewählt werden würde. Napoleon und seine Minister hielten die Erhebung des hohenzollerischen Prinzen auf den spanischen Thron für eine Störung des europäischen Gleichgewichtes und für eine Bedrohung Frankreichs. Die Kriegspartei am Pariser Hofe hatte einen erwünschten Vorwand, den längst beabsichtigten Krieg um die Rheingrenze zu beginnen. Der französische Kaiser hatte kurz vorher (10. Mai 1870) sich mit dem österreichischen Reichskanzler Beust und dem italienischen Minister Visconti-Venosta über einen Vertragsentwurf geeinigt, nach welchem Österreich und Italien Preußen auffordern sollten, die mit Bayern und den anderen süddeutschen Staaten abgeschlossenen Augustverträge aufzuheben; wenn voraussichtlich Bismarck sich weigern würde, so werden sich Österreich und Italien mit Frankreich gegen Preußen verbünden. Visconti verlangte die Stadt Rom samt dem Rest des Kirchenstaates, und Beust gestand es ihm bereitwillig zu. Erzherzog Albrecht reiste nach Paris, um mit dem französischen Generalstab den Feldzugsplan zu besprechen. Sie kamen überein, daß eine französische Armee an der Mosel unter Marschall Bazaine, eine andere bei Chalons unter Marschall Canrobert und eine dritte am Rhein unter Marschall Mac Mahon aufgestellt werde. Bazaine sollte mit seiner Armee die Preußen beobachten, während die beiden anderen zum Angriffe übergehen und sich mit dem österreichischen Heere zu vereinigen

suchen. Österreich, das zur Marschbereitschaft seiner Truppen 42 Tage bedurfte, verpflichtete sich, 40000 Mann an die sächsische Grenze vorzuschieben und weitere 40000 Mann bei Olmütz aufzustellen. Italien sollte 40000 Mann durch Tirol nach Bayern werfen. Anfangs Juni (1870) begab sich der französische General Lebrun nach Wien, um diesen Plan mit dem österreichischen Generalstab näher zu vereinbaren. In Paris gab man sich der Hoffnung hin, daß Österreich nicht zögern werde, bei Beginn der Feindseligkeiten mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen, und deshalb unterließ es der Minister Herzog von Gramont, in München und Stuttgart über eine Neutralität zu unterhandeln, damit nicht den französischen Heeren in Schwaben und Bayern der Weg verlegt werde, auf dem sie sich mit dem österreichischen Heere vereinigen könnten. Die italienische Regierung forderte für ihre Hilfeleistung von Napoleon III., daß die Franzosen den Kirchenstaat räumen und die Italiener denselben besetzen; hierin wurden sie auch von Beust unterstützt. Napoleon verschob in dieser wichtigen Sache bedächtig seinen Entschluß, denn er mußte die große, dem Papste treu ergebene Partei in Frankreich berücksichtigen und wurde hierin von seiner strengkatholischen Gattin Eugenie bestärkt [1]. Der norddeutsche Bundeskanzler Graf Bismarck kam ihm zuvor, indem er der italienischen Regierung vorstellte, daß sie durch eine bloße Neutralität das angestrebte Ziel erreichen könnte.

Als am 6. Juli 1870 der Gesetzgebende Körper in Paris eröffnet wurde, richteten Deputierte eine Interpellation über die spanische Thronangelegenheit an das Ministerium. Der Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont, ein Anhänger der Hofkriegspartei, erwiderte, Frankreich werde niemals dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze, weil dadurch das Gleichgewicht Europas und die Ehren und Interessen Frankreichs gefährdet werden; wenn es jedoch geschehen sollte, so werde Frankreich stark genug sein, es zu verhindern. Diese herausfordernde Sprache wurde vom Parlament mit einem dreimaligen Beifallssturm begrüßt. Die französische Presse beschuldigte täglich Preußen mit aufreizenden Worten, daß es seit vier Jahren mit der Geduld der Franzosen Mißbrauch treibe, und forderte Aufhebung der Augustverträge und Eroberung des linken Rheinufers. Der französische Botschafter in Berlin, Graf Benedetti, erhielt von seiner Regierung den Auftrag, von dem preußischen König zu verlangen, daß er dem Prinzen Leopold die Annahme der spanischen Krone verbiete. Wilhelm I., der damals in Ems die Badekur gebrauchte, entgegnete, daß er zwar das Haupt der Familie Hohenzollern sei, dem Prinzen jedoch weder befehlen noch verbieten könne, die spanische Krone anzunehmen. Benedetti wurde in einer zweiten Audienz in Ems zudringlicher, empfing aber vom

[1] Die Allianzen des Kaiserreiches 1868 und 1870, vom Prinzen Jerome Napoleon.



König dieselbe Antwort. Als Leopold von diesen politischen Verhältnissen hörte, welche durch seine Kandidatur veranlaßt worden waren, verzichtete er auf den spanischen Thron. Dadurch ließ sich die Militärpartei in Paris nicht abhalten, die Rüstungen schleunigst fortzusetzen, und der Minister Gramont erteilte dem Gesandten Benedetti den telegraphischen Befehl, den König von Preußen zu einem Bruche mit Frankreich zu zwingen und von ihm zu fordern, dem Prinzen Leopold für alle Zeiten zu verbieten, daß er auf die spanische Thronkandidatur zurückkomme. Der Botschafter teilte dem König mit Verletzung aller Hofsitte auf einer Promenade im Emser Kurgarten den Auftrag Gramonts mit. Wilhelm wurde durch dieses Benehmen verletzt und entgegnete ihm, daß Leopold der Krone entsagt habe und damit die Sache abgeschlossen sei. Als Benedetti auf Befehl Gramonts die Forderung wiederholen wollte, ließ ihm der König durch seinen Flügeladjutanten melden, daß er in der fraglichen Sache Zusicherungen für die Zukunft nicht geben könne. Diese Abweisung wurde von der französischen Regierung als Kriegsfall aufgefaßt. Napoleon III. zauderte, weil das Bündnis mit Österreich und Italien noch nicht abgeschlossen war; er wurde aber von den Ministern und seiner Gemahlin aus seiner Unschlüssigkeit durch die Vorstellung gerissen, daß zur Erhaltung der Dynastie die Eroberung des linken Rheinufers oder wenigstens eine Gebietserweiterung nach dieser Richtung notwendig sei. Der Kaiser willigte endlich (15. Juli 1870) in den Krieg, und der Gesetzgebende Körper genehmigte einen Kredit von 500 Millionen, womit die vom Kaiser ernannten und bezahlten Senatoren, welche stets gefügige Werkzeuge der Regierung waren, in einhelligem Beifall übereinstimmten. Am 19. Juli erfolgte die formelle Kriegserklärung Frankreichs an Preußen [1]. Die Pariser und die meisten Franzosen jubelten und auf allen Straßen und Plätzen hörte man nur den Ruf: „Nach Berlin!“ Napoleon und das französische Volk rechneten auf eine Uneinigkeit der Deutschen und den Beistand der Österreicher und Italiener; sie täuschten sich auf beiden Seiten.

Die deutsche Bevölkerung erhob sich im Norden und Süden mit geringer Ausnahme einmütig gegen den alten Erbfeind Deutschlands. Am Wiener Hofe und unter dem österreichischen Adel gab es zwar eine einflußreiche Partei, die auf einen Krieg gegen Preußen drang und es auch durchsetzte, daß die Rüstungen vorbereitet wurden. Allein die schlechte Finanzlage erschwerte die Marschbereitschaft und das Ministerium wollte aus Vorsicht die ersten Erfolge des Feldzuges abwarten; deshalb gelangte der Vertragsentwurf vom 10. Mai nicht zum Abschluß. Österreich wurde außerdem mit einem Angriffe der Russen bedroht, denn Zar Alexander II. hatte seinem königlichen Oheim bei einer Zusammenkunft in Ems seine Hilfe zugesagt,

[1] Der deutsch-französische Krieg 1870, vom preußischen Generalstab, I, 10—114.

wenn sich Österreich mit Frankreich gegen Preußen verbünden würde. Wilhelm I. versprach ihm, daß nach einer glücklichen Kriegführung die für Rußland lästigen und entehrenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 aufgehoben werden. Reichskanzler Beust setzte den österreichischen Botschafter in Paris (20. Juli) telegraphisch in Kenntnis, daß Österreich einen Angriff der Russen zu befürchten habe und so lange in einer neutralen Stellung beharren müsse, bis die vorgerückte Jahreszeit dem Zaren die Zusammenziehung seiner Truppen unmöglich mache. In England hielt man nach dem Rücktritt des Prinzen Leopold den Frieden für gesichert; als man aber durch die Anmaßung und den Übermut der Franzosen getäuscht wurde, verteidigte die Presse aller Parteien die Sache Deutschlands. Die Mißstimmung des britischen Volkes stieg bis zur Entrüstung, als Bismarck die geheimen Unterhandlungen veröffentlichte, welche Napoleon mit ihm über eine Einverleibung Belgiens in Frankreich seit 1867 gepflogen und daß er ihm noch kurz vor der Kriegserklärung den Frieden angeboten habe, wenn Preußen in die Annexion Belgiens willigen würde. In Dänemark verursachte die französische Kriegserklärung große Freude, weil Preußen die nördlichen Bezirke in Schleswig mit dänischer Bevölkerung wider den Prager Frieden nicht herausgab; allein die Regierung wartete klugerweise den ersten Zusammenstoß zwischen den Franzosen und Deutschen ab, ehe es auf ein Bündnis mit Frankreich einging. Napoleon und seine Ratgeber konnten sich bald überzeugen, daß sie den Bruch mit Preußen überstürzt hatten und in den Krieg ziehen mußten, ehe sie sich sichere Bundesgenossen erworben hatten.

Der schwerste Schlag für den französischen Kaiser war der Anschluß Bayerns an Preußen. König Ludwig II. hatte schon am 16. Juli die Mobilmachung des bayerischen Heeres befohlen und von dem Landtag den nötigen Kredit zur Ausrüstung verlangt. In der Abgeordnetenkammer rief die Frage über den im Augustvertrag stipulierten „Bündnisfall" eine aufgeregte Verhandlung hervor. Auf Seite der patriotischen Partei wurde behauptet, daß der „Bündnisfall" nicht gegeben sei, weil der spanische Thronstreit nicht Deutschland, sondern die preußische Dynastie berühre; da das preußische Kriegsministerium erklärt habe, es könne Bayern bei einem Einfalle der Franzosen nicht schützen, so gebe es keinen andern Ausweg, als „bewaffnete Neutralität". Die Mitglieder der nationalliberalen Partei hielten den Patrioten entgegen, keine Politik sei verwerflicher, als die Neutralität, weil sie von dem Sieger nach Gutdünken beachtet oder verletzt werden könne. Der König hätte in seiner letzten Thronrede beteuert, daß er gemäß dem Allianzvertrag, für den er sein königliches Wort verpfändet habe, mit Preußen für die Ehre Deutschlands und somit für die Ehre Bayerns einstehen werde, wenn es ihm die Pflicht gebiete. Den Streit entschied der Minister Graf Bray durch die Mitteilung, daß nach einem soeben eingetroffenen Telegramme

die Franzosen die deutsche Grenze bei Saarlouis überschritten hätten und damit der „Bündnisfall“ gegeben sei. Während ganz München in einer fieberhaften Aufregung lebte, erfolgte am 19. Juli 1870 die höchst wichtige Abstimmung nachts um halb 11 Uhr. Die vom Ausschusse beantragte „bewaffnete Neutralität“ wurde mit 89 Stimmen gegen 58 abgelehnt und der Regierung ein Militärkredit zu 18 Millionen Gulden mit 101 Stimmen gegen 47 bewilligt. In der Reichsratskammer erstattete der bisherige Gegner Preußens, Freiherr von Thüngen, den Kommissionsbericht mit den Worten: „Es ist deutsches Land bedroht und somit der Bündnisfall gegeben. Deutschlands Ehre ist auch unsere Ehre; der König von Preußen konnte die ihm angethane Schmach weder auf sich, noch auf sein Volk nehmen.“ Sämtliche Reichsräte stimmten dem Beschlusse der Abgeordneten zu[1]. Am 22. Juli wurden die Kammern vertagt und die bayerische Streitmacht bis zu 129 000 Mann, darunter 16 Landwehr- und 16 Ersatzbataillone, mit 24 000 Pferden und 250 Geschützen erhöht. König Wilhelm stellte die aus zwei Armeecorps bestehenden Bayern unter den Oberbefehl seines Kronprinzen und ließ aus ihnen und anderen süd- und norddeutschen Truppen die III. deutsche Armee bilden. Durch den Anschluß Bayerns an den Norddeutschen Bund erhielt Preußen nicht nur eine bedeutende Verstärkung seines Heeres, sondern auch eine sehr günstige strategische Linie in der Rheinpfalz, während sie für die französischen Streitkräfte zu ausgedehnt war. Die Württemberger weigerten sich lange, den „Bündnisfall“ anzuerkennen; sie wurden jedoch durch die Abstimmung der bayerischen Kammern getrieben, sich mit Preußen zu verbünden, obgleich sie das neue Wehrsystem noch nicht durchgeführt hatten.

Der Kaiser der Franzosen übertrug die Regentschaft seiner Gattin Eugenie und begab sich auf Betrieb seiner Umgebung mit seinem kleinen Sohne (27. Juli 1870) nach Metz, um das Oberkommando über die französische Rheinarmee zu übernehmen. Den Oberbefehl über die Südarmee im Elsaß übertrug er dem Marschall Mac Mahon und befahl, daß in dem Lager bei Chalons Ersatztruppen gesammelt werden und die Kriegsflotte von Cherbourg in die Nordsee einlaufe, um in Hannover einzufallen, wo die Landungstruppen von einer welfischen Revolution unterstützt würden; allein es mangelte an Transportschiffen und Mannschaft. Die Armeeorganisation Niels hatte sich nicht bewährt; von den auf dem Papier verzeichneten 800 000 Mann stand nur die Hälfte unter den Waffen, und der ganze Mobilmachungsplan war verfehlt, weil die Armee in Friedenszeiten keinen andern höheren taktischen Verband hatte als das Regiment, und die Bildung der Brigaden, Divisionen und Armeecorps konnte erst an der feindlichen

---

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 18.—22. Juli 1870.

Grenze durchgeführt werden. Die Truppen eines Armeecorps waren über das ganze Land zerstreut und wurden an die Grenze geworfen, ehe die Reserven einberufen waren. Napoleon III. hatte die Regimenter aus Rekruten verschiedener Departements zusammengesetzt und einen beständigen Wechsel der Garnisonen angeordnet, um jede politische Verbindung der Soldaten mit dem Volke abzuschneiden und einem revolutionären Einverständnis zwischen beiden Teilen vorzubeugen. Den Eisenbahnen wurde eine Belastung aufgebürdet, der sie nicht gewachsen waren; denn sie mußten nicht nur die Friedensregimenter nebst dem Kriegsmaterial an die deutsche Grenze befördern, sondern auch die Reservisten in die verschiedenen weitentlegenen Depots und Kantonnements führen; daher konnten die Truppen nur auf weiten Umwegen und mit großem Zeitverluste an den Rhein gebracht werden [1]. Das deutsche Heer stand anfangs August in einer Stärke von 350000 Mann auf der Linie Koblenz-Saarlouis-Kaiserslautern-Landau und war in drei Armeen geteilt. Von der überraschenden Schnelligkeit der deutschen Mobilmachung hatten die Franzosen keine Ahnung. Die Deutschen waren den Franzosen weit überlegen, weil diese mehrere Armeecorps zur Reserve und Besatzung zurückgelassen hatten. Der Chef des preußischen Generalstabs und strategische Führer der ganzen deutschen Heeresmacht, General von Moltke, hatte den Plan entworfen, die französische Rheinarmee an der Front und den Flanken am Mittelrhein mit einem gewaltigen Offensivstoß anzugreifen und zurückzuschlagen, um durch eine Niederlage der Rheinarmee die französische Südarmee zum Rückzug zu zwingen, wenn sie bei Straßburg in Baden und Württemberg einbrechen würde.

Napoleon III. wollte anfangs August mit ungefähr 100000 Mann am Rhein zur Offensive übergehen; allein die Verbindung Süddeutschlands mit Preußen und die Neutralität Österreichs, Italiens und Dänemarks nötigte ihn zur Defensive, und die französischen Armeecorps standen wochenlang zerstreut an der deutschen Grenze. Dem Marschall Mac Mahon befahl er, vor acht Tagen mit der Südarmee keine Bewegung auszuführen. Das Kundschafterwesen wurde so leichtfertig vernachlässigt, daß man im Großen Hauptquartier zu Metz über die Stellung und Stärke der Deutschen keine Kenntnis hatte, und es liefen nur dürftige Nachrichten darüber ein, daß zwischen Koblenz und Mainz große Truppenansammlungen stattfänden. Die einzige Waffenthat der Franzosen war, daß sie mit 13 Bataillonen (2. August 1870) einen Rekognoszierungszug gegen die preußische, nur mit 2 Bataillonen besetzte Grenzstadt Saarbrücken ausführten und den Bahnhof in Brand schossen. Sobald die preußische Kavallerie im Elsaß ausgekund-

[1] Lehmann, Der Krieg von 1870 bis zur Einschließung von Metz nach französischen Quellen. Histor. Zeitschrift von Sybel, XXIX, 111.



schaftet hatte, daß die französische Südarmee vereinzelt stehe, führte der Kronprinz Friedrich Wilhelm die in der Rheinpfalz zusammengezogene III. Armee an die Lauter, während nach dem Plane des Generals Moltke die I. Armee unter dem General von Steinmetz und die II. unter dem Prinzen Friedrich Karl die Franzosen an der Saar so lange festhalten sollten, bis der Kronprinz den Marschall Mac Mahon zurückgeworfen hätte und die französische Rheinarmee an der rechten Flanke angreife und überflügele. Die vierte bayerische Division erstürmte am 4. August die von drei französischen Bataillonen besetzte Stadt Weißenburg, den Knotenpunkt der Straßen von Landau, Bitsch und Straßburg, und schlug die Besatzung auf den anstoßenden Geißberg zurück, welchen der französische General Douay mit einer Division besetzt hatte. Mac Mahon, welcher mit dem Großteile seiner Armee noch weit zurückstand, glaubte, Douay werde sich in seiner vorteilhaften Stellung lange gegen die Deutschen behaupten und ihnen große Verluste beibringen können; über die Größe und Bewegungen der III. deutschen Armee war niemand in der ganzen französischen Südarmee unterrichtet. Das V. und XI. preußische Armeecorps nahmen den Bahnhof bei Weißenburg und warfen in Verbindung mit den Bayern die Franzosen mit großen Verlusten vom Geißberg in die südwestlichen Waldungen zurück. Nach der Niederlage bei Weißenburg erkannte Mac Mahon die Notwendigkeit, seine Divisionen schleunigst zusammenzuziehen; mit ungefähr 48000 Mann besetzte er die günstigen Höhen bei dem Dorfe Fröschweiler hinter der Sauer und befahl dem General de Failly, ihm mit dem V. Corps von Bitsch aus zu Hilfe zu kommen und die Deutschen in ihrer rechten Flanke anzugreifen [1].

Als die Deutschen in einer Stärke von 100000 Mann gegen das Städtchen Wörth, welches in der Mitte der französischen Stellung lag, vorrückten, befahl der Kronprinz, nach dem Plane seines Generalstabschefs von Blumenthal, dem V. norddeutschen Armeecorps, die Franzosen an der Front und dem XI. Corps und der württembergischen Division, den rechten Flügel derselben anzugreifen, während das I. und II. bayerische Corps gegen den linken feindlichen Flügel vorgehen. Die Taktik des deutschen Heeres hatte die Überflügelung des Gegners mit überlegener Macht zum allgemeinen Ziel, und durch kräftige Offensivstöße sollte das Gefecht so lange hingehalten werden, bis der taktische Aufmarsch der Truppen vollendet war und der damit verbundene Flankenangriff und die Bedrohung der Rückzugslinie die Niederlage der Feinde herbeiführten. Diese Operation erforderte eine an Zahl weit überlegene Streitmacht, umsichtige und über die Terrainverhältnisse gut unterrichtete Generale und eine im Feuer ruhige Mannschaft. Am 6. August

[1] Hirth und Gosen, Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71, I, 287—298. Histoire de la guerre de 1870, par V. D., Officier d'état-major, 39 sv.



richtete das V. norddeutsche Armeecorps gegen die Stellungen der Franzosen, welche sich während der Nacht bis zu 60000 Mann verstärkt hatten, bei den Dörfern Fröschweiler und Elsaßhausen ein starkes Geschützfeuer und brachte bald die ganze Artillerielinie derselben zum Schweigen. Eine Brigade versuchte die Höhen zu erstürmen, mußte aber vor einem mörderischen Geschützfeuer der Franzosen zurückweichen; die Preußen besetzten jedoch Wörth, welches sie mit Anstrengung und Verlust behaupteten. Als die Bayern, das XI. norddeutsche Corps und die Württemberger auf den beiden Flügeln ins Gefecht eingriffen, rückte das ganze V. Corps bis an die Bergkante vor, eroberte eine Schanze und setzte sich in den Weingärten fest. Bei Annäherung der Preußen gegen den rechten französischen Flügel sprengte eine französische Kürassierbrigade in Eskadronskolonnen bei Morsbrunn todesmutig gegen sie vor, wurde aber von dem Schnellfeuer der preußischen Infanterie auf eine Entfernung von nur 300 Schritt fast vollständig vernichtet. Das XI. Corps erstürmte Elsaßhausen, zersprengte die Kavallerie der Franzosen und drängte sie auf den Kern ihrer Stellung bei Fröschweiler zurück. Zu gleicher Zeit rückte das I. bayerische Corps in das Thal bei Görsdorf vor, wurde aber von den Franzosen in ihrer gedeckten Stellung mit einem todbringenden Chassepot- und Mitrailleusenfeuer empfangen; dennoch hielten sie tapfer Stand, bis das II. bayerische Corps den Franzosen in die linke Flanke fiel. Zugleich eröffnete die Artillerie des XI. Corps das Feuer gegen Fröschweiler und bahnte den über Gunstett gegen Elsaßhausen vordringenden Württembergern und der preußischen Infanterie den Weg in das an mehreren Stellen brennende Dorf. Die Bayern und das V. Corps warfen die Franzosen von der Hochebene nach Fröschweiler zurück. Wer von den umrungenen Franzosen in dem brennenden Dorfe nicht gefangen wurde, floh in voller Auflösung und verfolgt von der preußischen und bayerischen Artillerie und Reiterei nach Reichshofen und Niederbronn, wo inzwischen eine Division von dem Corps de Failly eingetroffen war; das Dunkel der Nacht setzte der Verfolgung ein Ziel. Die Deutschen hatten einen entscheidenden Sieg erfochten, 200 Offiziere und 9000 Mann gefangen und 5 Adler und Fahnen, 33 Geschütze und zahllose Waffen und Wagen erbeutet; sie mußten aber den Sieg mit einem Verluste von 490 Offizieren und 10000 Toten und Verwundeten, darunter 73 bayerische Offiziere und 1100 Mann, erkaufen. General de Failly blieb bei Bitsch stehen, obwohl er den Geschützdonner bei Wörth vernommen hatte; er entschuldigte seinen Fehler mit der Angabe, daß er die Eisenbahnlinie Reichshofen-Saargemünd nicht aufgeben wollte [1]. Mac Mahon eilte mit den Trümmern seiner Armee in die Vogesen und wich den Deutschen in südlicher Richtung aus. Die

[1] Der deutsch-französische Krieg a. a. O. I, 125—575.

Deutschen verfolgten die fliehenden Franzosen nur bis Steinburg; hätten sie die Verfolgung in den Gebirgspässen fortgesetzt, so wäre die ganze französische Südarmee aufgerieben worden; den andern Tag ging die Fühlung mit derselben verloren.

An dem nämlichen Tag der Schlacht bei Wörth hatten der General von Steinmetz und Prinz Friedrich Karl das II. französische Corps unter dem General Frossard auf den Höhen von Spichern mit überlegener Streitmacht besiegt. Frossard hatte von dem Marschall Bazaine, welcher mit drei Divisionen bei St. Avold und Saargemünd nur vier Stunden entfernt stand, Verstärkung verlangt; allein Bazaine erwartete selbst, nach einer Mitteilung Napoleons III. aus dem Hauptquartier, einen Angriff der Preußen bei St. Avold. Im Generalstab der Franzosen waren meist unfähige Offiziere, Günstlinge des Kaisers, verwendet; es fehlte im ganzen Kriege an einer straffen, einheitlichen Leitung; immer und überall wurde planlos operiert. Die Siege bei Wörth und Spichern öffneten den Deutschen das französische Land. Napoleon befahl, daß die „Mobilgarden" eiligst formiert, Freischützen („Franctireurs") organisiert und die verfügbaren Marinesoldaten mit der Reservearmee in Chalons vereinigt werden. Der Premierminister Ollivier verlangte im Auftrage der Kaiserin Eugenie vom Gesetzgebenden Körper die Mittel zu einer energischen Kriegführung; allein die Mehrheit der Deputierten war wegen der erlittenen Niederlagen gegen die Regierung mit Mißtrauen und Erbitterung beseelt. Der Advokat Gambetta forderte die Versammlung auf, zwischen dem Heile des Landes und jenem der Dynastie zu wählen, und in einer geheimen Sitzung sprach er die Absetzung der letztern aus. Die Minister nahmen ihre Entlassung, und die Kaiserin ernannte den General Grafen von Palikao zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister. Palikao hatte (1861) mit der französischen Armee einen glänzenden Sieges- und Raubzug in China gemacht; er war ein tapferer und entschlossener General, besaß militärisches Organisationstalent und war nicht ohne strategische Anlagen; allein Frankreich konnte er nicht mehr retten. Unverhohlen sprach er sich über die Untauglichkeit des Kaisers zu einem Feldherrn aus und forderte von Eugenie, auf ihren Gemahl einzuwirken, daß er den Oberbefehl niederlege. Auf seine Anordnung wurden alle unverheirateten Bürger von 25 bis 30 Jahren, sowie sämtliche Rekruten zu den Waffen gerufen und die frühere Kriegsanleihe auf 1000 Millionen Franken erhöht. Napoleon wurde durch die Mißstimmung im Volke und in der Armee bewogen, (12. August 1870) das Oberkommando niederzulegen, seinen Generalstabschef Leboeuf zu entlassen und den Marschall Bazaine, den die Offiziere und Soldaten als den tüchtigsten Heerführer bezeichneten, zum Feldherrn der Rheinarmee zu ernennen. Die Armee verließ er nicht, sondern mischte sich wiederholt in die Oberleitung, weil er zu Bazaine nicht volles Vertrauen

besaß und vorhersah, daß eine neue Niederlage den Sturz seiner Dynastie herbeiführen und ein siegreich heimkehrender Feldherr der Erbe seiner Macht sein werde.

Marschall Mac Mahon war indes bei Saarburg zum Armeecorps des Generals de Failly gestoßen und über Nancy und Lüneville in das Lager bei Chalons marschiert, wo er sich mit dem XII. und VII. Corps und zwei Kavalleriedivisionen vereinigte. Der Kronprinz von Preußen entsendete zur Belagerung der festen Stadt Straßburg die badische Division, welche durch eine preußische Landwehrdivision verstärkt wurde; mit dem Großteil der III. Armee zog er durch die Vogesen gegen Nancy. Auf diesem Marsche eroberte das II. bayerische Corps die kleine Festung Marsal (14. August) und nahm die ganze Besatzung mit 61 Geschützen und 3000 Gewehren gefangen. Zu gleicher Zeit marschierten die I. und II. Armee an die Nied gegen die wichtige Festung Metz vor, wo Bazaine mit 200000 Mann und 500 Geschützen stand und gesonnen war, den Deutschen eine Schlacht zu liefern; allein er konnte sich nicht mit dem Kaiser über den Feldzugsplan einigen. Napoleon hatte bei allen seinen Befehlen stets die Stadt Paris im Auge, wo er immer mehr einen Aufstand befürchtete; er befahl dem Marschall, sich schleunigst nach Chalons zurückzuziehen und sich dort mit Mac Mahon zu vereinigen. Diesmal wäre sein Plan der richtige gewesen; denn das deutsche Heer drang in starken Kolonnen gegen die mittlere Mosel vor und die Festung Metz konnte den Franzosen keinen Schutz gewähren, weil sie nicht für einen Krieg in Stand gesetzt worden war. Bazaine ordnete den Rückzug nach Verdun an, jedoch ohne Einsicht und Energie. Der größte Teil der Armee mußte sich beim Übergang auf das linke Moselufer durch die Straßen der Festung hindurchwinden, weil die Pontonbrücken unzureichend waren, so daß der auf den 14. August morgens festgesetzte Rückzug verzögert wurde. Die Brücken, welche auf dem Wege des deutschen Heeres lagen, ließ man bestehen. Ein weiterer großer Fehler Bazaines war, daß er seinen Truppen beim Abmarsch gestattete, einen Kampf mit der deutschen Vorhut aufzunehmen, statt sie hinter die Forts zurückzuziehen; er führte sogar einen Teil seiner Armee zur Unterstützung der angegriffenen Abteilungen über den Fluß zurück. Dadurch kam der Abmarsch ganz ins Stocken, und es wurde der Vorhut der Deutschen möglich, die gesamte französische Armee aufzuhalten. Napoleon eilte am frühesten Morgen (16. August) mit seinem Sohne nach Chalons, um nicht von deutschen Reitern abgefangen zu werden. Das III. preußische Corps von der II. Armee überschritt die Mosel bei Pont à Mousson und ging (16. August) gegen Vionville und Mars la Tour vor, um die große Straße nach Verdun zu erreichen. Mit eiserner Ausdauer hielt es die Anhöhen besetzt, bis das X. Corps zur Verstärkung eintraf und die Franzosen nach Gravelotte zurückdrängte. Marschall

Bazaine ließ mit zwei Divisionen den äußersten linken Flügel der Preußen, wo nur eine Brigade stand, angreifen; diese mußte mit großen Verlusten zurückweichen. In diesem gefährlichen Moment warf sich die preußische Reiterei mit kühnem Todesmut auf die Franzosen und brachte sie zum Stehen; die französische Kavallerie sprengte ungestüm auf sie an; in dem furchtbaren Kampfe zwischen mehr als 5000 Reitern blieben die Preußen Sieger. Auf dem rechten Flügel der Deutschen wogte das Gefecht bis zum Anbruche der Nacht hin und her; die beiden feindlichen Heere biwakierten auf dem Schlachtfelde [1]. Taktisch war das Treffen bei Mars la Tour unentschieden, strategisch aber für die Deutschen ein großer Sieg, weil die Rückzugsstraße der Franzosen, um die gekämpft wurde, am Abend des 16. August in den Händen der Deutschen war. Bazaine führte seine Truppen (17.) näher an die Festungswerke von Metz, um in geschützter Stellung den Angriff des Gegners zu erwarten und das deutsche Heer so zu erschüttern, daß er ungehindert nach Verdun zurückgehen könnte. Die deutsche Armeeoberleitung hatte inzwischen Zeit, von der I. und II. Armee sieben Corps und drei Kavalleriedivisionen zusammenzuziehen und am 18. August die Schlacht mit aller Kraft zu erneuern. Das IX. und III. Corps hielten das Zentrum der Franzosen mit einem lebhaften Artillerie- und Infanteriefeuer fest, bis die Sachsen und das Gardecorps ihren Aufmarsch gegen den rechten feindlichen Flügel vollendet hatten. Die drei Corps der I. Armee griffen den starken rechten Flügel der Franzosen bei Gravelotte an; sie konnten sich jedoch nur mit äußerster Anstrengung auf der mit schweren Opfern eroberten Anhöhe bis zum Dunkel der Nacht behaupten. Den Sachsen und dem Gardecorps, sowie dem IX. und III. Corps gelang es nach einem mörderischen Ringen, den rechten Flügel und das Zentrum der Franzosen zurückzuschlagen und ihnen die Rückzugslinie nach Norden und Nordwesten zu sperren. Die Schlacht bei Gravelotte war die blutigste im ganzen Feldzug; von den Deutschen waren über 19000 Mann getötet und verwundet worden, und die Franzosen zählten 13000 Tote und Verwundete. Am Morgen des 19. August zogen sich die Franzosen hinter die Festungswerke zurück; die Deutschen rückten ihnen nach und schlossen in einer Stärke von 160000 Mann unter dem Prinzen Friedrich Karl um Metz einen eisernen Ring. Zur Verstärkung der Belagerungstruppen wurden aus Deutschland Landwehrdivisionen und das letzte (XIII.) Armeecorps nach Metz gerufen [2].

Während der entscheidenden Kämpfe bei Metz war die III. deutsche Armee durch die Gegend der Meurthe an die Mosel gezogen und stand am

[1] L'armée de Metz et le maréchal Bazaine, p. 23 sv. Bazaine, L'armée du Rhin depuis le 12 août jusqu'au 29 octobre 1870, p. 17 sv. Les papiers secrets du second empire 1870. c. XII, p. 32; c. XIII, p. 39.

[2] Lehmann a. a. O. XXIX, 151—156.

19. August bei Nancy. Auf Befehl des Großen Hauptquartiers marschierte sie und die aus den Sachsen (XII. Corps), dem Garde- und IV. Corps nebst zwei Kavalleriedivisionen zusammengesetzte „Maasarmee" von Nancy gegen Paris, wo an den Befestigungen mit Aufbietung aller Kräfte gearbeitet und alle jungen streitbaren Leute unter die Waffen gerufen wurden. Kaiser Napoleon ernannte den General Trochu zum Gouverneur der Hauptstadt und übertrug dem Marschall Mac Mahon den Oberbefehl über die bei Chalons gesammelte Armee von 120 000 Mann, darunter 12 000 Marinesoldaten und einige Regimenter, welche aus Civitavecchia und Algerien gezogen worden waren. Seinen Vetter, den Prinzen Jerome Napoleon, schickte er nach Florenz, um von der italienischen Regierung bewaffneten Beistand zu verlangen; er gewährte ihr in betreff einer Besetzung Roms vollständige Freiheit. Die Minister in Florenz unterhandelten mit Österreich; dieses zögerte mit der Antwort, weil es durch die Niederlagen der französischen Armee alles Vertrauen zu Frankreich und der Sache Napoleons verloren hatte [1]. Mac Mahons Plan war, Paris gegen die vorrückenden Deutschen zu decken; allein der Minister Rouher überbrachte ihm die Forderung der Kaiserin und des Ministerrates, der Rheinarmee in Metz zu Hilfe zu kommen. Diesem Ansinnen trat der Marschall entschieden entgegen; als er aber von Bazaine die Depesche empfing, daß er sich über Montmedy und Sedan durchschlagen werde, brach er über Rheims an die Mosel auf. Napoleon, krank, unentschlossen und ohne Autorität, hatte weder die Kraft noch den Mut, den Anordnungen seiner Minister und seines Oberbefehlshabers zu widersprechen. Man mutete ihm zu, nach Paris zurückzukehren, um die Regierung wieder zu übernehmen; allein die Furcht vor einer Revolution hielt ihn bei der Armee zurück.

Sämtliche deutsche Armeen zogen nach Westen gegen Paris und Chalons; sie wurden in allen Gegenden, durch die sie kamen, von den Einwohnern mit der feindseligsten Gesinnung empfangen. Das französische Volk behandelte die deutschen Kriegsgefangenen mit roher Erbitterung und vertrieb aus leidenschaftlicher Rache alle deutschen Familien aus Paris und den übrigen Städten und Orten, während die in Deutschland lebenden Franzosen sich eines fortgesetzten Schutzes erfreuten. Dadurch wurde der beiderseitige nationale Haß gesteigert und die Leiden des Krieges für das eroberte Land vergrößert, ohne jedoch auf den Gang der Truppenbewegung einen Einfluß auszuüben. Preußische Dragoner, welche zur Auskundschaftung bis an die Marne und Chalons vorgedrungen waren, überbrachten (24. August 1870) dem Großen Hauptquartier in Bar le Duc die sichere Nachricht, daß die Franzosen das Lager bei Chalons verlassen hätten und nach Rheims abmarschiert wären. General

[1] Revue des deux Mondes le 3 avril 1878.

von Moltke hielt es aus militärischen und politischen Gründen nicht für wahrscheinlich, daß der Gegner sich nach Osten zum Entsatze der Festung Metz gewendet hätte, und ließ den Marsch gegen Paris fortsetzen. Aufgefangene französische Zeitungen verrieten dem durch die Ungewißheit über die Operation Mac Mahons beunruhigten Großen Hauptquartier, daß der Marschall die Rheinarmee befreien wolle, und die Kavallerie der deutschen Maasarmee kundschaftete (26. August) aus, daß die französischen Truppen an die Maas marschieren. Sogleich erhielt das ganze deutsche Heer den Befehl zum Rechtsabmarsch nach Norden, und Prinz Friedrich Karl wurde mittels des eben errichteten Feldtelegraphen beauftragt, einen Durchbruch der französischen Rheinarmee nach Westen unter allen Umständen zu verhindern. Der Marsch wurde fast unter beständigem Regen mit größter Eile gemacht, und es war ein Beweis der taktischen Ausbildung der deutschen Armeen, daß sie sogleich die ganze lange Front von Westen nach Norden richteten.

Die sächsische Vorhut stieß am 27. August in Buzancy auf eine Abteilung der Franzosen, welche wegen Proviantmangels und Unordnung nur langsam gegen Osten vorrückten. Mac Mahon, welchen der überflüssige und lästige Kaiser begleitete, erkannte die Gefahr, daß die Deutschen ihm bei einem weiteren Vormarsch den Rückzug nach Paris verlegen könnten; er ließ sich jedoch durch die telegraphische Nachricht, daß General Vinoy mit dem XIII. Armeecorps nach Rheims zur Unterstützung kommen werde, und durch eine Aufforderung des Ministerrates bestimmen, den Marsch nach Metz fortzusetzen. Schon traf er Anstalt, die Maas zu überschreiten, als die deutsche Reiterei die französischen Corps in der Flanke angriff und im Marsche hemmte; nur das I. französische Corps überschritt (30. August) bei Remilly den Fluß. Das VII. Corps stand eben im Begriff, bei Mouzon auf das rechte Maasufer überzusetzen, als es von den Bayern eingeholt und angegriffen wurde. Das V. Corps wurde (30. August) von dem IV. norddeutschen Corps und der 1. und 2. bayerischen Division bei der Stadt Beaumont überfallen und in die Flucht geschlagen; der ganze Train der Franzosen geriet in die Hände der Bayern. Napoleon fuhr mit einem Extrazug von Carignan nach Sedan, und Mac Mahon befahl allen Corps, sich auf das rechte Maasufer nach der befestigten Stadt Sedan zurückzuziehen. Die Franzosen, welche ungefähr 120000 Mann stark waren und 420 Geschütze und Mitrailleusen besaßen, machten in einer günstigen Defensivstellung nach drei Seiten Front gegen einen Angriff der in einem großen Bogen anrückenden Deutschen. In ihrem Hauptquartier war man über die Stellung und Stärke der deutschen Armeen in völliger Unkenntnis; nur wenige Generale, wie Wimpffen, machten auf die große Gefahr aufmerksam, in der sich die französische Armee bei Sedan befinde. Die Umgebung der Kaisers meinte, man könne immer Mezières oder im schlimmsten Falle die belgische

Grenze erreichen. Man war so beruhigt, daß nicht einmal an die Zerstörung der Maasbrücken gedacht wurde, weil die Generale und Napoleon selbst wähnten, der Gegner sei noch ferne von Sedan. Auskundschaftungen wurden nicht angeordnet und der Eisenbahnviadukt bei Bazeilles nicht verbarrikadiert. Während die Franzosen sorglos in der Nacht des 31. August schliefen, bedeckten über 200 000 Deutsche mit fast 1000 Geschützen die Anhöhen um Sedan; der Aufmarsch wurde mit solcher Ruhe und Ordnung ausgeführt, daß man an den Flußufern, in den Waldungen und Thälern keinen Laut und kein Kommandowort vernahm[1].

Das I. bayerische Armeecorps marschierte unter dem Kommando des Generals von der Tann den 1. September 1870 am frühesten Morgen über die Maas gegen das Dorf Bazeilles südlich von Sedan, welches von einer französischen Brigade, meist Marinesoldaten, noch am 31. August abends besetzt und zu einer starken Verteidigung eingerichtet worden war. General von der Tann ließ die Infanterie vorgehen, anstatt das Dorf mit Artillerie in Brand zu schießen, weil er glaubte, die Franzosen könnten ihm entwischen. Als die Bayern in Bazeilles einrückten, wurden sie in der Front, Flanke und Rücken aus den Häusern mit einem mörderischen Feuer empfangen; ganze Kompagnien wurden niedergeschmettert; vergeblich suchten frische Abteilungen in den brennenden Straßen vorzubringen. Die Artilleriereserve eröffnete gegen die sich nordöstlich von Bazeilles zeigenden feindlichen Kolonnen das Feuer, und einer der ersten Schüsse verwundete den zur Auskundschaftung eingetroffenen Marschall Mac Mahon, welcher dem General Ducrot, den er für den tüchtigsten hielt, das Oberkommando übertrug. General Wimpffen, nach Mac Mahon der älteste Heerführer, nahm den Oberbefehl für sich in Anspruch, weil er glaubte, von dem Operationsplan des Marschalls besser unterrichtet zu sein; Ducrot trat ihm denselben ohne Widerrede ab. Während vier Stunden wechselte das Oberkommando bei den Franzosen zweimal, wodurch mehrfach sich widersprechende Befehle veranlaßt wurden. Wimpffen, welcher die Stärke der Deutschen bei Donchery kannte, hielt einen Rückzug über Mezières für unausführbar, glaubte aber durch einen verstärkten Angriff auf die Bayern sich den Weg südlich nach Carignan öffnen zu können. Drei französische Divisionen drängten die Bayern und die bei La Moncelle in die Gefechtslinien eingerückten Sachsen zurück, bis das IV. norddeutsche Corps bei Bazeilles eintraf; nach einem lebhaften Widerstand wichen die Franzosen auf den Höhenrand von Balan zurück, und die Bayern besetzten nach einem siebenstündigen blutigen Kampf mittags Bazeilles, welches in vollen Flammen stand. Eine bayerische Brigade ging auf die Höhe von La Moncelle vor an die Stelle der Sachsen, welche nördlich gegen Illy und

[1] Wimpffen, „Sedan", p. 7—13.

Fleigneux marschierten, um in Verbindung mit der Maasarmee und dem Gardecorps, welches am rechten Flügel zwischen Daigny und Givonne die Franzosen durch ein erfolgreiches Geschützfeuer zurückgeworfen hatte, ein Ausweichen der Franzosen über die belgische Grenze zu verhindern. Bis Mittag war die ganze Linie von Bazeilles bis Givonne im Besitze der Deutschen. Zugleich hatte das II. Corps westlich von Bazeilles die Gegend von Balan bis Wadelincourt, Frenois und dem Bahnhof von Torcy besetzt und griff mit schweren Geschützen die Franzosen bei Floing in Flanke und Rücken an. Verwegene Jägerpatrouillen näherten sich den Festungswerken und suchten die Bedienungsmannschaft der Festungsgeschütze niederzuschießen. Die Württemberger bewachten die Straße von Sedan über Donchery nach Mezières mit dem Auftrag, das französische Corps des Generals Vinoy, welches zur Verstärkung heranzog, ferne zu halten, während das V. und XI. norddeutsche Corps und die 4. Kavalleriedivision nordwestlich gegen St. Menges vorgingen. Immer fester schloß sich der Ring um die französische Armee in einer Ausdehnung von 30 Kilometern. Am rechten Givonneufer eröffneten 60 bayerische und preußische Geschütze ein lebhaftes Feuer in einem offenen Halbbogen gegen die Franzosen auf den Höhen nördlich von Balan. Zugleich richtete die Artillerie des V. und XI. Corps bei Floing und das Gardecorps auf den Höhen von Givonne ein überwältigendes Geschützfeuer auf die nördlich von Sedan kämpfenden Franzosen. Einzelne deutsche Infanterie- und Kavallerieabteilungen gingen bis auf die Höhen von Fleigneux und Illy vor und stellten die Verbindung mit dem Gardecorps und der Maasarmee her. Vergeblich waren alle Anstrengungen der Franzosen, sich an irgend einem Punkte einen Ausgang zu erringen; gegen 500 deutsche Geschütze vereinigten auf drei Seiten ihr Feuer gegen die auf einen engen Raum zusammengedrängten Franzosen, deren Widerstandskraft immer mehr gelähmt wurde. General Margueritte versuchte mit einer vortrefflichen Kavalleriedivision die preußischen Linien bei Fleigneux zu durchbrechen; die anstürmenden Eskadronen wurden von dem niederschmetternden Feuer der Preußen zersprengt und die Hälfte der Division vernichtet. Nur einem Zuavenregiment gelang es, sich über die Grenze nach Belgien durchzuschlagen, wo es von einem belgischen Beobachtungscorps entwaffnet wurde. General Wimpffen sammelte nachmittags 2 Uhr drei Divisionen, um sich durch einen energischen Angriff auf die erschöpften Bayern zwischen Balan und Daigny nach Carignan Bahn zu brechen; er forderte den Kaiser auf, sich in Person an die Spitze der Truppen zu stellen und das kühne Unternehmen auszuführen. Napoleon III. irrte wie ein Gespenst auf dem Schlachtfelde herum; er hatte sich bei La Moncelle, Givonne und Illy dem feindlichen Granatfeuer ausgesetzt, und um Mittag kehrte er nach Sedan zurück. Den Vorschlag Wimpffens lehnte er ab, weil er sich von demselben keinen

Erfolg mehr versprach. Der französische Oberbefehlshaber wurde bei seinem Vormarsche gegen Balan von sächsischer und preußischer Artillerie zurückgeschlagen; er wagte nochmals den Versuch mit eiligst zusammengezogenen 5000 Mann und warf sich nach Balan hinein, wurde aber von den Bayern und dem IV. norddeutschen Corps mit einem so nachhaltigen Feuer angegriffen, daß er nach Sedan zurückweichen mußte. Nachmittags um 4 Uhr wurde die Festung Sedan von der gesamten deutschen Artillerie auf dem rechten Maasufer beschossen, um die Franzosen zum Niederlegen der Waffen zu zwingen; als an mehreren Stellen die Flammen emporschlugen und bayerische Jäger sich von Torcy aus dem Festungsthor näherten, zogen die Franzosen die weiße Fahne auf und kapitulierten. Napoleon schickte an den König von Preußen den Brief: „Nachdem es mir nicht gegönnt war, in der Mitte meiner Truppen zu sterben, so bleibt mir nichts übrig, als meinen Degen in die Hände Eurer Majestät zu legen.“ [1]

Über die Übergabsbedingungen konnte man sich in Donchery nicht einigen, und die Verhandlungen wurden um Mitternacht abgebrochen. Am andern Morgen, den 2. September, kam der Kaiser der Franzosen mit dem Bundeskanzler Bismarck und dem General Moltke in einem Landhause bei Donchery zusammen und stellte die Bedingung, daß die französische Armee auf belgisches Gebiet übergeführt werde. Darauf gingen die Sieger nicht ein, sondern forderten unbedingte Ergebung des ganzen eingeschlossenen Heeres und drohten im Verweigerungsfall mit Erneuerung der Schlacht. General Wimpffen willigte endlich in die Bedingungen der Deutschen, welche im Schlosse Bellevue bei Frenois von den Bevollmächtigten mittags unterzeichnet wurden. Wilhelm I. begab sich selbst nach Bellevue, wo auch indes Napoleon III. eingetroffen war; ein bayerisches Bataillon hielt die Ehrenwache. Nach einer kurzen Unterredung wurde dem gefangenen Kaiser das Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel zum Aufenthalt angewiesen. Die französische Armee zu 107000 Mann wurde nach Deutschland in die Gefangenschaft abgeführt; sie hatte 17000 Tote und Verwundete zu verzeichnen. Das 35. Infanterieregiment war vollständig vernichtet worden; unter den Leichen war auch die eines Offiziers, bei dem man einen Zettel fand mit der von Napoleon unterzeichneten Ordre: „Heute den 1. September Ruhetag für die ganze Armee!“ Die Deutschen erbeuteten 1 Adler und 2 Fahnen, 558 Feld- und Festungsgeschütze, 66000 Gewehre und 6000 Pferde. Die gefangenen Marschälle, Generale, Obersten und Offiziere, über 3000, wurden freigegeben auf ihr Ehrenwort, daß sie in diesem Kriege nicht mehr gegen Deutschland dienen werden; allein viele verletzten schimpflich ihr Ehrenwort. Von den Deutschen forderte der glänzendste Sieg, den je ein Heer erfochten hatte, große Opfer;

[1] Der deutsch-französische Krieg 1870—71, a. a. O. I, 576—617.

sie zählten einen Verlust von 460 Offizieren und 8500 Soldaten an Toten und Verwundeten, darunter 213 bayerische Offiziere und gegen 4000 Soldaten. Der Untergang der Franzosen bei Sedan entschied auch das Schicksal der in Metz eingeschlossenen Rheinarmee. Gegen Ende August bereitete Marschall Bazaine einen Ausfall vor, um Mac Mahon die Hand zu reichen; er sammelte (31. August) auf dem rechten Moselufer seine Streitkräfte, um auf Diedenhofen zu marschieren. Statt die Nacht zur Konzentrierung seiner Truppen zu benützen und am frühen Morgen einen starken Offensivstoß auf dem entscheidenden Punkte zu führen, machten die Franzosen einen so lässigen und langsamen Angriff, daß das zunächst bedrohte Corps der Preußen unter General Manteuffel Zeit hatte, die notwendigsten Verstärkungen heranzuziehen. Durch ihre Übermacht gelang es ihnen, die Preußen auf der Ostseite bei Flanville und Noisseville zurückzudrängen; im Norden aber trafen sie auf einen unüberwindlichen Widerstand. Am andern Tag (1. September) zogen die Deutschen so viele Streitkräfte auf das rechte Ufer, daß sie zur Offensive übergehen konnten; sie schlugen die Franzosen zurück und besetzten wieder Noisseville. Die Niederlage bei Sedan wirkte auch auf die französische Flotte so niederschlagend, daß sie alle weiteren Unternehmungen aufgab; sie war in einer Stärke von 54 Schiffen, darunter 14 Panzerfregatten, von Cherbourg in die Nordsee gefahren, mußte aber die zu einer Landung für Dänemark bestimmten Truppen an die Landarmee abgeben. Am 2. August erhielt sie Befehl, in die Ostsee einzulaufen; sie segelte bis Rügen und Kolberg und kehrte am 13. September unverrichteter Dinge wieder nach Cherbourg zurück, weil die norddeutsche Flotte in Sicherheit gebracht und die 180 Meilen lange Küste der Ostsee durch Strandbatterien mit Hinterladergeschützen von unübertroffener Tragweite und Perkussionskraft gegen jeden Angriff geschützt war. Der ganze Seekrieg beschränkte sich auf die Wegnahme mehrerer deutschen Handelsschiffe und die Blockade einiger Seestädte[1].

Nach dem entscheidenden Sieg bei Sedan setzte das deutsche Heer (3. September 1870) den Marsch nach Paris wieder fort. Die militärische Oberleitung beging den Fehler, daß sie nicht die gesamte Reiterei und das VI. Armeecorps, das nicht in der letzten Schlacht verwendet worden war, schleunigst gegen die Hauptstadt vorgehen ließ, um die Verproviantierung derselben zu verhindern; sie hätten am 13. September vor Paris eintreffen können, gelangten aber erst am 19. September dort an und die sechs Tage genügten, um Paris mit Lebensmitteln zu versehen. Im Großen Hauptquartier schien man sich der Ansicht zugeneigt zu haben, daß die verweichlichten zwei Millionen Pariser eine längere Belagerung nicht ertragen werden und der Krieg im offenen Felde mit der Gefangennahme der kaiserlichen Armee beendigt sei;

[1] Der deutsch-französische Krieg 1870—71, a. a. O. II, 12, 428—430.

allein man unterschätzte den Patriotismus und die Widerstandskraft der nationalstolzen Franzosen. Der Untergang der letzten Armee und die Voraussicht einer Belagerung der Hauptstadt nebst allen ihren Schrecken und Entbehrungen setzten die Einwohner in eine fieberhafte Bewegung. Der Gesetzgebende Körper versammelte sich (3. September) noch um Mitternacht, um die Verteidigung des Landes zu beraten; man kam jedoch zu keinem ordnungsmäßigen Beschluß. Am andern Tag drangen bewaffnete und unbewaffnete Volksmassen während der Beratung in den Sitzungssaal und trieben die Deputierten unter dem Rufe: „Absetzung des Kaisers!" „Es lebe die Republik!" auseinander. Auf dem Stadthause, wo sich die Nationalgardisten, Bürger und Mitglieder des Gesetzgebenden Körpers mit den Führern der Republik versammelt hatten, wurde von der tobenden Menge die Dynastie Napoleons für abgesetzt erklärt und die Republik ausgerufen. Das Ministerium des Äußern und das des Innern übernahmen die Advokaten Jules Favre und Gambetta; General Trochu behielt die Stelle eines Gouverneurs von Paris. Der ganze Umsturz geschah ohne jeden Widerstand der bisherigen Regierung, obgleich die Truppen in den Kasernen bereit standen. Die Kaiserin Eugenie, welche einen Bürgerkrieg vermeiden wollte, raffte eiligst ihre Kleinodien zusammen und entfloh durch ein Hinterpförtchen der Tuilerien mittels eines Fiakers nach England. Es war ein plötzlicher Sturz aus gewaltiger Höhe. Die glänzende Herrschaft Napoleons III. und Eugeniens endete nach zwanzig Jahren mit einer kläglichen Verbannung. Die neue Regierung betrachtete die Fortsetzung des Krieges als ihre Hauptaufgabe und beschloß denselben bis zum äußersten zu führen; ihr Aufruf an das französische Volk fand überall kräftigen Widerhall. Minister Favre kündigte in einem Rundschreiben an die französischen Gesandten an, daß Frankreich keinen Fußbreit Erde und keinen Stein ihrer Festungen abtreten, sondern den Krieg fortsetzen werde. Das war die Sprache eines nationalen Hochmutes, welcher sich über die unerbittliche Wirklichkeit der Dinge hinwegsetzte. Der neue Justiz- und der Marineminister begaben sich nach Tours, damit die Regierung während der Belagerung der Hauptstadt mit den fremden Mächten in diplomatischem Verkehr bleiben und die obere Leitung der Landesverteidigung in der Hand behalten konnte.

Während die Pariser möglichst viele Lebensmittel durch die Eisenbahnen und die Schiffahrt in ihre Stadt brachten und ausgedehnte Verteidigungsanstalten trafen, marschierten die Deutschen durch die Champagne gegen die mit einem Gürtel von Festungswerken in einer Ausdehnung von 15 Stunden umgebene Hauptstadt. Die Maasarmee besetzte die Ost- und Nordseite. Das II. bayerische Armeecorps schlug unter dem General von Hartmann französische Abteilungen bei Plessis-Piquet und Moulin de la Tour zurück und nahm die verschanzten Höhen von Chatillon ein. Am Abend des 19. Sep-

tember 1870 waren die deutschen Truppen in die ihnen angewiesenen Stellungen eingerückt und umschlossen in einer Stärke von 170 000 Mann mit 620 Geschützen in einer Frontentwicklung von 22 Stunden Paris. Nach wenigen Tagen (23. September) eroberte der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin die Festung Toul, welche die Eisenbahnverbindung der Deutschen mit ihrer Heimat gesperrt hatte. Von größerer Bedeutung war die Einnahme der Festung Straßburg durch den preußischen General von Werder; als die Deutschen, 50 000 Mann stark, mehrere Bastionen, die Citadelle und einen Teil der Stadt in einen Trümmerhaufen zusammengeschossen hatten, ergab sich der französische General Uhrich mit seiner Besatzung nach siebenwöchentlicher tapferer Verteidigung (27. September) kriegsgefangen [1]. Nach Eroberung Straßburgs konnte Werder mit dem XIV. Armeecorps im nördlichen Elsaß festen Fuß fassen und den französischen Scharen, welche von der republikanischen Regierung im Innern Frankreichs bewaffnet wurden, neue Kräfte entgegenstellen. Auch die vor Paris lagernden Deutschen erhöhten ihre Streitmacht auf 234 000 Mann und 900 Geschütze. Das Große Hauptquartier wurde von dem Schlosse Ferrières nach Versailles verlegt, wo König Wilhelm I. im Präfekturgebäude Wohnung nahm. Ein gewaltsamer Angriff auf die Festungswerke konnte nicht unternommen werden, weil die großen Belagerungsgeschütze erst aus Preußen geliefert werden mußten. Die Belagerer verstärkten künstlich die eingenommenen Stellungen, und auf den Höhen von Chatillon, welche den Schlüsselpunkt für die Einschließungslinie im Süden von Paris bildeten, bauten die Bayern in den Dörfern Chatillon, Bièvre, Bagneux und Clamart mehrere dicht hintereinander liegende Verteidigungslinien mit Jägergräben und Straßenbarrikaden, und bei Moulin de la Tour eine feste Schanze, „die Bayernschanze“, und errichteten Observatorien. Die deutsche Reiterei, zu 34 000 Pferden, beobachtete sorgsam alle von Westen und Süden nach Paris führenden Straßen und lieferte durch weite Entsendungen große Vorräte an Lebensmitteln in die Armeemagazine ab. Den ersten Ausfall aus Paris machte der General Vinoy mit drei Brigaden (30. September) nach Süden mit vorangehendem heftigem Feuer der südlichen Forts, um die Einschließungstruppen zurückzudrängen und eine vermutete Brücke über die Seine zu zerstören; er wurde aber von dem VI. norddeutschen Corps mit bedeutendem Verluste zurückgeworfen. Nach wenigen Tagen machte Vinoy mit 25 000 Mann und 80 Geschützen (13. Oktober) einen Ausfall gegen die bayerischen Verschanzungen, um sich über die dortige Stärke und Stellung der Deutschen Aufklärung zu verschaffen. Ein lebhaftes Geschützfeuer aus den Festungswerken zerstörte die vorderen Schanzwerke der Bayern, und die Franzosen trieben durch ihre Übermacht die

[1] Der deutsch-französische Krieg 1870—71, a. a. O. II, 10, 1—146.

4. bayerische Division aus Bagneux und Chatillon, mußten aber mit Verlust zurückweichen, als General Hartmann mit Verstärkung herbeieilte [1]. Ebenso mißlang ein Ausfall, welchen der General Ducrot mit einem Armeecorps gegen die nordwestlichen Stellungen der Deutschen bei St. Denis unternahm. Während der Belagerungstrain durch die Eisenbahnen aus Preußen herbeigeschafft und auf den beherrschenden Höhen von Meudon, Clamart und Moulin de la Tour starke Batterien erbaut wurden, griff der französische General Bellemare mit einer Abteilung die Vorposten des preußischen Gardecorps in dem Dorfe Le Bourget (28. Oktober) an und setzte sich in demselben fest, wurde jedoch nach zwei Tagen von der 2. Gardedivision zurückgeschlagen.

Während der Kämpfe um Paris hatten sich im Innern Frankreichs unter Leitung der Regierungsmitglieder in Tours, namentlich des aus Paris mittels eines Luftballons eingetroffenen Ministers Gambetta mit staunenswerter Opferwilligkeit und natürlicher militärischer Anlage der Franzosen neue Streitkräfte gesammelt, welche aus Rekruten, Nationalgardisten, Flüchtlingen der Chalonsarmee, afrikanischen und Kavallerieregimentern und päpstlichen Zuaven bestanden. Der hochbejahrte Deputierte Thiers reiste an die Höfe der Großmächte, um ihre Vermittlung anzurufen; er wurde überall mit wohlwollenden Sympathien aufgenommen, aber eine bewaffnete Vermittlung, die er verlangte, setzte er nirgends durch, weil die neutralen Mächte teils nicht gerüstet waren, teils ohne Entschädigung kein Opfer bringen wollten. Die italienische Regierung war durch die Gefangennahme Kaiser Napoleons und die Gründung einer französischen Republik von der Schranke befreit worden, welche ihr durch die Septemberkonvention auf dem Wege nach Rom gesetzt worden war. Als die Nachricht von der Sedaner Katastrophe nach Florenz gelangte, wurden die Minister von Deputationen und der Tagespresse mit der Forderung bestürmt, Rom zu besetzen. König Viktor Emanuel scheute anfangs vor dem Raube zurück, und zur Beruhigung seines Gewissens unterhandelte er mit dem Papste. Pius IX. rief die Hilfe Österreichs gegen eine Vergewaltigung durch die Italiener an, jedoch vergeblich, und als er einen Vergleich über eine Abtretung des Kirchengutes zurückwies, zogen italienische Truppen gegen Rom und beschossen es (20. September 1870). Pius ließ das Gefecht einstellen, und die Italiener marschierten in die Stadt ein; sie bemächtigten sich aller öffentlichen Gebäude und überließen dem Heiligen Vater nur den vatikanischen Palast. Das großartige, von der ganzen katholischen Welt hoffnungsvoll begrüßte Konzil, das eben mit Feststellung der Glaubenslehren beschäftigt war, mußte sich auflösen. Die italienische Regierung und die Kammern einigten sich über

[1] Heilmann, Anteil des II. bayerischen Armeecorps an dem Feldzug 1870—71.

ein Garantiegesetz, kraft dessen dem Papste die freie Ausübung seines Amtes und einige Paläste und Gärten nebst einer jährlichen Dotation von 3 200 000 Lire zugesichert wurden. Pius verwarf diesen Ausgleich, weil er damit den Raub an dem Kirchenstaate bestätigt hätte. Als in Rom (2. Oktober) über den Anschluß an das Königreich Italien abgestimmt und Viktor Emanuel durch eine Deputation hiervon in Kenntnis gesetzt wurde, äußerte er, daß man den Besitz Roms dem Siege der deutschen Waffen zu verdanken habe. Damit war den Franzosen jede Hoffnung auf italienische Hilfe abgeschnitten und die Regierung in Tours auf ihre Kraft angewiesen.

Gambetta hatte in Tours auch das Kriegsministerium übernommen und an der Loire, im Nordwesten und Südosten drei Armeen organisiert. General von der Tann erhielt von dem Kronprinzen von Preußen den Befehl, mit dem I. bayerischen Armeecorps, der 22. preußischen Division unter dem Generallieutenant von Wittich und drei Kavalleriedivisionen an die Loire zu marschieren, um die Landschaft von Orleans bis Chartres vom Feinde zu säubern und den Rücken der vor Paris stehenden Deutschen zu decken. Nach dem Plane des militärisch begabten Generalstabschefs, Oberstlieutenants von Heinleth, ließ von der Tann mit 36 000 Mann und 160 Geschützen die französische Loirearmee von ungefähr 50 000 Mann bei der Stadt Artenay (10. Oktober) mit einem kräftigen Artilleriefeuer angreifen, bis die drei Kavalleriedivisionen den Franzosen in die Flanke und den Rücken fielen; als auch die Infanterie mit energischem Feuer vorging, zogen sich die Franzosen in eiliger Flucht nach Orleans zurück, um nicht von der Loire abgeschnitten zu werden. Am andern Tag führte der französische Obergeneral de la Motterouge den Großteil seiner Truppen hinter die Loire zurück und besetzte zur Deckung des Rückzuges das rechte Ufer mit 15 000 Mann, welche sich in einer vorteilhaften Stellung verschanzten. Nach einem hartnäckigen Widerstand wurden die Franzosen nach Orleans zurückgeschlagen; das 1. bayerische Infanterieregiment stürmte in die Stadt und trieb den Feind in den Straßen vor sich her. Abends um 7 Uhr besetzten die Bayern den inmitten der Stadt gelegenen Hauptplatz. Tiefes Dunkel lagerte sich über Orleans; alle Häuser waren geschlossen. Die schnell angezündeten Bivouakfeuer beleuchteten den Platz mit der Reiterstatue der Jungfrau von Orleans. Die Deutschen machten über 1800 Franzosen zu Gefangenen und erbeuteten 5000 Gewehre, 10 Lokomotiven und gegen 60 Eisenbahnwagen. Orleans mußte eine Kontribution von 1 Million Franken, 600 Rindern, allen Pferden und 300 000 Cigarren leisten[1]. Auf Befehl des Oberkommandos der III. Armee besetzte von der Tann die Stadt und die umliegenden Dörfer bis Coulmiers und Ormes, und General von Wittich eroberte mit der

[1] Helvig, Das I. bayerische Armeecorps von der Tann im Kriege 1870/71.

22. Division und zwei Kavalleriedivisionen die Stadt Chartres und blieb hier zur Beobachtung der französischen Westarmee stehen.

Während dieser Vorgänge an der Loire war in der Festung Metz der Mangel an Lebensmitteln für die Besatzung und Einwohnerschaft immer fühlbarer geworden, und Marschall Bazaine machte gegen Norden wiederholte Ausfälle, um die Vorräte aus den im Besitze der deutschen Vortruppen verbliebenen Pachthöfen wegzunehmen; die Wachsamkeit und Tapferkeit der Preußen vereitelten jedesmal seine Absicht. Viele Franzosen gingen zu den Deutschen über, um ihren Hunger zu stillen. Bazaine sandte seinen Adjutanten, den General Boyer, nach Versailles, um von dem König von Preußen freien Abzug der Rheinarmee gegen Übergabe der Festung zu verlangen. Wilhelm I. wies ihn an den norddeutschen Bundeskanzler. Bismarck benützte den Antrag, um Zeit zu gewinnen, weil sich die Lage der Deutschen bei Metz mit jedem Tag günstiger gestaltete; er forderte, daß die Rheinarmee die Regentschaft der Kaiserin Eugenie anerkenne und diese einen Kapitulationsvertrag unterzeichne. Boyer begab sich mit Zustimmung des Kriegsrates in Metz nach England zur Kaiserin, welche mit ihrem Sohne ein Schloß in Chiselhurst bewohnte; sie stellte die Bedingung eines vierzehntägigen Waffenstillstandes, Verproviantierung der Festung und Integrität des französischen Landes. Darauf ging das Große Hauptquartier in Versailles nicht ein, und Bazaine wurde durch Hunger und Krankheiten gezwungen, die Festung bedingungslos am 27. Oktober 1870 den Preußen zu übergeben; 173000 Franzosen wurden zu Gefangenen gemacht und 56 Adler, 1500 Geschütze, 72 Mitrailleusen und 260000 Gewehre samt bedeutenden Kriegsvorräten erbeutet. Am folgenden Tag ernannte der König von Preußen seinen Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Karl zu General-Feldmarschällen und erhob Moltke in den Grafenstand in Anerkennung ihrer großen Verdienste [1].

Der Fall der Festung Metz zerstörte die Kriegspläne des Ministers Gambetta, welcher mit unermüdlicher Thätigkeit und eisernem Willen im Osten, Westen und an der Loire zahlreiche Armeen ausrüstete; allein sie waren schwerfällige, bunt zusammengesetzte Massen ohne festen innern Halt, während die Deutschen an Zahl kaum halb so stark waren als die Franzosen, jedoch gut geschult, von fester Gliederung und unter sicherer Führung. Der „Vogesenarmee" zu 30000 Mann übertrug Gambetta die Aufgabe, das XIV. deutsche Armeecorps im Elsaß zu besiegen und den deutschen Truppen bei Metz und Paris die Verbindung mit ihrer Heimat abzuschneiden. General von Werder marschierte nach den Anordnungen des Generals von Moltke an die Meurthe, schlug die vorgeschobenen Abteilungen der Franzosen in die Flucht und besetzte Dijon nach einem erbitterten Gefecht

[1] Der deutsch-französische Krieg 1870—71, a. a. O. II, 253—304.

(31. Oktober 1870) mit einer badischen Brigade; mit dem Großteil seines Corps belagerte er die Festung Vesoul. Von zwei preußischen Landwehrdivisionen, welche ihm von dem Belagerungsheere bei Metz zur Verstärkung zugewiesen worden waren, besetzte die eine die reiche Fabrikstadt Mülhausen und eroberte die befestigten Städte Schlettstadt (24. Oktober) und Neubreisach (10. November), und die andere schloß unter dem General Treskow (Anfang November) die mit einer starken Besatzung und beträchtlichen Vorräten versehene Felsenfestung Belfort ein. Inzwischen wurde die französische Ostarmee bei Besançon zu 45 000 Mann mit sieben Batterien verstärkt, und der italienische General Garibaldi, welcher aus Schwärmerei für die republikanische Verfassung in französische Dienste getreten war, sammelte bei Dôle aus freiwilligen Italienern und Franzosen 12000 Mann, welche er mit der Ostarmee vereinigte. General Werder stand im November einer dreifach überlegenen Streitmacht gegenüber und konnte vorerst auf eine Unterstützung nicht hoffen, weil mit einem Teile des bei Metz freigewordenen Heeres General von Manteuffel mehrere Festungen im Norden Frankreichs besetzte und mit dem andern Prinz Friedrich Karl über Troyes an die Loire zog, wo 70 000 Franzosen mit 150 Geschützen unter dem General d'Aurelle de Paladines gegen Orleans marschierten, um den Deutschen die Rückzugslinie nach Paris zu sperren, ehe Friedrich Karl an der Loire einträfe. Der bayerische General von der Tann, dessen Armeecorps durch Schlachten und Beschwerden auf 19000 Mann zusammengeschmolzen war, gab Orleans auf, ließ eine schwache Abteilung gegen den übermächtigen Feind zur Deckung des Rückzuges zurück und ging am 8. November bis Coulmiers zurück. Zur Behauptung Orleans' war er zu schwach und der zwölf Stunden entfernte General von Wittich wurde erst zur Unterstützung aufgefordert, als die Franzosen schon vor den Thoren der Stadt standen, weil der Kundschafterdienst von der bayerischen und preußischen Reiterei nachlässig ausgeübt worden war[1].

Am andern Tag (9. November) griffen die Franzosen die Dörfer Coulmiers, La Rivière und La Renardière mit einem lebhaften Infanterie- und Artilleriefeuer an. Die Bayern fochten mit erprobter Tapferkeit; als ihre Kraft und Munition erschöpft waren, mußten sie sich vor den auf allen Seiten andrängenden Franzosen nach Artenay und Toury zurückziehen. Die bayerische Besatzung in Orleans, welche der feindlichen Übermacht preisgegeben war, gelangte noch glücklich während der Nacht zu ihrem Corps; die nicht transportfähigen kranken und verwundeten Soldaten, sowie eine Munitionskolonne mit zwei Geschützen und mehreren Gepäckwagen nebst fünf kranken Offizieren fielen den Franzosen in die Hände. D'Aurelle besetzte Orleans und nahm

---

[1] Aurelle de Paladines, Campagne de 1870/71.

nördlich der Stadt eine ausgedehnte Stellung, um in Verbindung mit der im Westen errichteten Armee gegen Paris vorzudringen und das deutsche Einschließungsheer anzugreifen, während die Besatzung einen Ausfall mache. Allein schon näherte sich Prinz Friedrich Karl mit der II. Armee über Pithiviers der Loire und vereinigte sich mit dem Großherzog von Mecklenburg, welchem das Oberkommando über die 22. und 17. preußische Division, das I. bayerische Armeecorps und drei Kavalleriedivisionen übergeben worden war. Am 28. November lieferte Friedrich Karl mit 60000 Mann und 138 Geschützen den Franzosen bei dem Städtchen Beaune la Rolande eine Schlacht und besiegte sie. Der französische Oberbefehlshaber zog seine Armee nach Orleans zurück und marschierte auf Befehl der Regierung in Tours mit verstärkter Macht über Pithiviers nach Norden, weil aus Paris die amtliche Mitteilung eingelaufen war, daß General Ducrot am 29. November mit 100000 Mann und 400 Geschützen einen Durchbruch nach Süden versuchen werde. Ein französisches Armeecorps warf sich (1. Dezember) bei Villepion und Nonneville auf die 1. bayerische Division; Generallieutenant von Stephan, welcher die 2. Brigade in die vorderste Gefechtslinie führte, wurde schwer verwundet. Prinz Leopold von Bayern brachte kühnen Mutes mit den nur mehr vier gefechtsfähigen Geschützen die auf dem rechten Flügel vorstürmenden Franzosen durch Schnellfeuer mit Granatkartätschen zum Halten. Eine Kompagnie des Infanterie-Leibregiments, welche ihre Munition verschossen hatte, verteidigte die Batterie mit dem Bajonett, bis ein Reserve-Jägerbataillon zur Verstärkung herbeieilte. Gegen Abend ging die 1. Division mit einem Verlust von 900 Mann und 37 Offizieren nach den Dörfern Loigny und Lumeau zurück, wo die 2. bayerische Division, die 22. und 17. preußische Division gefechtsbereit aufgestellt waren. General d'Aurelle setzte mit drei Armeecorps (2. Dezember) die Schlacht bei Loigny und Poupry fort, um sich den Weg nach Paris zu erzwingen; allein die Deutschen errangen durch ihre überlegene Artillerie und Reiterei einen Sieg. Am andern Tag traf Prinz Friedrich Karl mit der II. Armee auf der Straße von Paris-Orleans ein, vereinigte sich mit dem General von der Tann und dem Großherzog von Mecklenburg und jagte die Franzosen in völlig aufgelöstem Zustande nach mehreren Gefechten hinter die Loire zurück. Am 4. Dezember zogen die Bayern und Preußen wieder in Orleans ein, wo Friedrich Karl sein Hauptquartier nahm[1]. Deutsche Abteilungen gingen bis Blois vor und nötigten die Regierung in Tours, ihren Sitz (9. Dezember) weiter zurück nach Bordeaux zu verlegen.

Als in Paris die Nachricht von der Niederlage der Bayern bei Coulmiers anlangte, glaubte man im Kriegsrat, daß das Große Hauptquartier

[1] Der deutsch-französische Krieg 1870—71, a. a. O. II, 370—428, 485—541.

der Deutschen durch Entsendung von Verstärkungen gezwungen werde, die Einschließung der Südfront zu schwächen. Während die Franzosen Scheinangriffe auf die südlichen und westlichen Stellungen des Belagerungsheeres machten, griff General Ducrot (29. und 30. November) mit starker Macht die Württemberger und Sachsen, denen das II. und VI. norddeutsche Corps zu Hilfe kam, auf der Ostseite an, um nach dieser Richtung der französischen Loirearmee die Hand zu reichen. Die Scheinangriffe auf Epinay, Buzanval und L'Hay wurden abgeschlagen, wobei sich auch das II. bayerische Armeecorps erfolgreich beteiligte und den Gegner in seiner rechten Flanke beschoß: auch Ducrot erlitt in einer zweitägigen Schlacht (1. und 2. Dezember) eine empfindliche Niederlage[1]. Dennoch betrieb Gambetta die Verstärkung der republikanischen Armeen mit einem wahnsinnigen Eifer und befahl dem General Bourbaki, mit der Ostarmee die Deutschen bei Dijon und Vesoul über den Haufen zu werfen und über Straßburg nach Paris zu marschieren; er setzte voraus, daß Prinz Friedrich Karl mit dem Großteil seines Heeres nach Osten zur Verfolgung Bourbakis ziehen und den Großherzog von Mecklenburg zur Beobachtung der französischen Westarmee zurücklassen werde. Im Norden ließ er aus Depottruppen, Festungsgarnisonen, Marinesoldaten, Mobilgarden und Freischaren unter dem General Faidherbe mit unglaublicher Schnelligkeit eine Nordarmee formieren, welche zwar ohne festen taktischen Verband war, sich aber bei ihrer Operation auf mehrere Festungen stützen konnte. Den Oberbefehl über die Westarmee übertrug Gambetta dem jungen, aber tüchtigen General Chanzy mit dem Auftrag, den Großherzog zu schlagen und in Verbindung mit Faidherbe die Deutschen bei Paris anzugreifen. Allein ehe dieser Plan zur Ausführung kam, war der preußische General von Manteuffel mit der I. Armee nach Amiens aufgebrochen, besiegte hier (27. November) die französische Nordarmee und besetzte Rouen, die alte Hauptstadt der Normandie. General Faidherbe sammelte in der Festung Lille 40000 Mann und führte sie gegen Amiens, um entweder eine Verbindung mit der Westarmee zu suchen oder zum Entsatze nach Paris zu kommen; er wurde jedoch von Manteuffel (23. Dezember) an der Hallue, einem Nebenflüßchen der Somme, nach einem langen Kampfe in die nördlichen Festungen zurückgeworfen[2].

Der Gouverneur Trochu in Paris, welcher durch Brieftauben von den Operationen der französischen Heere benachrichtet wurde, machte (21. Dezember) gegen Norden und Osten Ausfälle, mußte sich aber mit großen Verlusten hinter die Festungswerke zurückziehen. Die Niederlage der Franzosen an der Hallue vereitelte die Operationen der Westarmee. General Chanzy

---

[1] Der deutsch-französische Krieg 1870/71, a. a. O. II, 541—577.

[2] Faidherbe, Campagne de l'armée du Nord etc., p. 37 sv.

griff den Großherzog von Mecklenburg, welcher über zwei norddeutsche Divisionen und das I. bayerische Armeecorps verfügte, bei Meung an; nach viertägigen Gefechten wurde er (11. Dezember) nach Le Mans hinter die Sarthe zurückgeschlagen. Die Deutschen folgten ihm und besetzten Blois und (19. Dezember) Tours. Friedrich Karl blieb in der Defensive, bis er erfuhr, daß Bourbaki sich ostwärts gewendet hätte; er ließ das stark gelichtete I. Corps der Bayern bei Orleans zurück und zog gegen die französische Westarmee, welche schon im Begriffe stand, über Dreux nach Paris abzumarschieren. Nach sechstägigen Gefechten schloß er sie bei Le Mans so enge ein, daß sie sich nur durch einen nächtlichen Abzug unter dem Schutze eines dichten Nebels vor Gefangenschaft rettete; Chanzy hatte gegen 24000 Mann verloren und führte die Trümmer seiner aufgelösten Armee hinter die Mayenne zurück [1]. Der Prinz legte eine Besatzung nach Le Mans und entsendete den Großherzog mit einer Abteilung über Alençon nach Rouen, um das Heer Manteuffels zu verstärken, welches teils bei Amiens, teils bei Rouen stand. Während die bei Rouen stehende Abteilung ein Corps der französischen Nordarmee nach Havre, Dieppe und Honfleur zurückwarf, zog Faidherbe mit 40000 Mann an die Somme; um die von den Preußen belagerte Festung Peronne zu entsetzen. General von Goeben, einer der befähigtsten Heerführer Preußens, ging ihm mit nur 10000 Mann entgegen und lieferte ihm (3. Januar 1871) bei Bapaume nördlich von Peronne eine Schlacht. Der bis zum Anbruche der Nacht währende Kampf blieb unentschieden. Faidherbe zog sich am andern Tag nach Arras, und Goeben nach Peronne zurück. Während diese Festung (10. Januar) kapitulierte, schlug General Faidherbe mit seiner ganzen Streitmacht den Marsch nach Rheims ein, um seinen Gegner durch einen Umweg nach Osten über seine Absicht, den Parisern zu Hilfe zu kommen, zu täuschen. General von Manteuffel erhielt vom Großen Hauptquartier in Versailles den Befehl, mit zwei Armeecorps dem General Werder auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz beizustehen, und General Goeben wurde zum Oberbefehlshaber der I. Armee ernannt. Goeben verfolgte den General Faidherbe, holte ihn bei St. Quentin ein und brachte ihm (19. Januar) eine vollständige Niederlage bei; 12000 Franzosen wurden gefangen und die Reste der Nordarmee eilten in aufgelöster Flucht auf ihre Festungen zu [2].

Während der letzten Kämpfe im französischen Westen und Norden hatten die Deutschen vor Paris ihre gewaltigen Batterien zur Beschießung der Festungswerke vollendet. Am 27. Dezember 1870 eröffneten die Sachsen das Feuer aus 76 schweren Geschützen gegen das östlich liegende Fort Mont

---

[1] Chanzy, Campagne de 1870/71. La deuxième armée de la Loire, p. 49 sv.

[2] Der deutsch-französische Krieg 1870/71, vom preußischen Generalstab, Heft 17.

Avron. Die französische Besatzung wurde überrascht, doch erwiderte sie das Feuer und wurde von den nächsten Forts unterstützt; die Granaten der Deutschen aber wirkten so zerstörend, daß die Franzosen den Mont Avron am andern Tag räumen mußten. Die zurückgenommene Besatzung verbreitete in Paris allgemeinen Schrecken, denn niemand dachte mehr an eine Beschießung der Festungswerke, weil die Deutschen mit derselben so lange gezögert hatten. Die Aufregung der Gemüter wurde um so stärker, als die Lebensmittel auf die Neige gingen, das Brennmaterial bei anhaltender Kälte täglich kleiner wurde und die Hoffnung auf einen Entsatz immer mehr schwand. Der Angriff auf den Mont Avron geschah jedoch nur, um die Aufmerksamkeit der Pariser mehr nach Osten zu lenken. Am 5. Januar 1871 beschossen die Deutschen auf den Höhen von Meudon, Clamart und Chatillon mit 275 gezogenen Belagerungsgeschützen die südlichen Forts Issy, Vanves und Montrouge und die Stadtteile am linken Seineufer, ohne jedoch großen Schaden zu thun, weil die Entfernung über eine deutsche Meile (7 bis 8000 Meter) betrug. Es wurden von der Zivilbevölkerung 97 Personen getötet und 278 verwundet. Die Not in Paris stieg, das Gas in den Straßen war verbraucht und die kümmerliche Beleuchtung gab der großen Stadt ein düsteres Aussehen. Das Brod wurde mit verschiedenen Bestandteilen gemischt und ungenießbar und die Pferderationen von Tag zu Tag kleiner. Der Hunger führte zu leidenschaftlichen Klagen über die Kriegführung, und zahllose Arbeiter griffen in Versammlungen den Gouverneur Trochu und die anderen Mitglieder der Regierung mit grimmigem Haß an und schalten sie Verräter, weil sie keinen Massenausfall unternahmen, um die Batterien der Deutschen zu zerstören. Trochu machte (13. u. 19. Januar) verzweifelte Ausfälle gegen Clamart, St. Cloud, Versailles und Mont Valerien, mußte aber immer mit großem Verlust nach Paris zurückweichen. Tags darauf wurde die Beschießung der Stadt auch auf der Nordseite bei St. Denis begonnen.

Während der Beschießung der französischen Hauptstadt vollzog sich in Versailles ein Ereignis, das für die Geschicke Deutschlands und Europas von entscheidender Bedeutung war. Nach den großen Siegen der Deutschen über die Franzosen, dem Sturze Napoleons III. und der Eroberung von 25 Festungen erhob sich in Deutschland immer mächtiger die Stimmung für den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund und für Gründung eines neuen Deutschen Reiches. Die bayerische Staatsregierung beachtete die Forderung des Volkes und trat mit dem Bundeskanzler Bismarck in Versailles in Unterhandlung. Ihr folgten jene von Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, von denen die beiden letzteren die Verträge mit Preußen am 15. November abschlossen. Größere Schwierigkeiten ergaben sich auf Seite Bayerns, weil die Minister wegen der politischen und geo-

graphischen Bedeutung des Landes und der großen Opfer, die es in dem französischen Krieg schon gebracht hatte und noch bringen werde, mehrere Reservatrechte beanspruchten. Der König von Bayern trug lange Zeit berechtigte Bedenken, seine wichtigsten Kronrechte einem neuen Reichsoberhaupte zu übertragen; er ließ sich jedoch durch die Aufregung seines Volkes, namentlich in München, bewegen, auf die Bedingungen einzugehen, welche Bismarck für den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund stellte. Am 23. November 1870 wurde der Vertrag unterzeichnet. Nach zwei Tagen einigte sich auch Württemberg mit Preußen. Nach dem Versailler Vertrag fallen in dem aus 58 Stimmen bestehenden Bundesrat 6 Stimmen auf Bayern und 17 auf Preußen. Das Reichsparlament umfaßte damals 382 Abgeordnete, unter denen Bayern 48 oder einen auf 100000 Einwohner wählte. Der König von Bayern trat an den König von Preußen das souveräne Recht, Krieg und Frieden zu schließen, ab und stellte die bayerische Armee von der Zeit der Mobilmachung an unmittelbar unter den Oberbefehl desselben. Das bayerische Gesandtschaftswesen wurde wesentlich umgeändert und alle bayerischen Konsulate aufgehoben. Die Souveränitätsrechte Bayerns erlitten noch eine weitere Einbuße durch Unterwerfung unter die Bundesexekution, durch Unterordnung unter die Entscheidung und das Interzessionsrecht des Bundesrates, sowie durch die Bundesgesetzgebung bei inneren Verfassungsstreitigkeiten. Es wurden zwar dem bayerischen Staate über die Heimat und Niederlassung, die Branntwein- und Malzbesteuerung, das Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen gewisse Reservatrechte gemacht, allein der größte Teil der Gesetzgebung, namentlich im Gerichtswesen, wurde der Bundesgesetzgebung überwiesen. Ebenso ist durch den Versailler Vertrag die Verhandlung über das ordentliche Kriegsbudget dem bayerischen Landtag für immer entzogen und die Zahl des bayerischen Heeres in Friedenszeit auf ein Prozent der Bevölkerung, mithin (1870) auf 48000 Mann, mit dreijähriger Dienstzeit festgesetzt worden. Bayern verlor die Erträgnisse aus dem Zollverein, welche in die Bundeskasse fließen, hat bei allen Reichsanlehen den treffenden Haftungsanteil zu übernehmen und die Matrikularbeiträge in die Bundeskasse und zur Erhaltung und Vergrößerung der Kriegsflotte zu entrichten, wie sie vom Bundesrat und Parlament beschlossen werden.

Der Großherzog von Baden erfüllte den Wunsch seines Schwiegervaters, des Königs von Preußen, indem er in dem König von Bayern, als dem nach Wilhelm I. mächtigsten deutschen Fürsten, den Gedanken anregte, dem preußischen König den Titel eines Kaisers des neuen Deutschen Reiches beizulegen. Ludwig II. richtete (4. Dezember 1870) an die deutschen Souveräne und die Senate der drei freien Städte eigenhändige Schreiben, daß Wilhelm die Bundespräsidialrechte, die sich nach dem Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund über ganz Deutschland erstrecken, unter dem

Titel eines „Deutschen Kaisers" ausüben möchte. Sämtliche Fürsten und Reichsstädte beeilten sich unter dem Eindruck der ruhmvollen Kriegführung in Frankreich, dem Vorschlage Ludwigs beizustimmen. In einem Schreiben an den preußischen König sagte Ludwig: „Ich habe mich zu einer Vereinigung der Bundespräsidialrechte über alle deutschen Staaten in einer Hand in der Überzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber im Vertrauen, daß die dem Präsidium nach der Verfassung zustehenden Rechte der Wiederherstellung eines Deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Eure Majestät im Namen des gesamten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben." Der norddeutsche Reichstag mißbilligte die Reservatrechte, welche Bayern zugestanden worden waren; doch nahm er die Versailler Verträge mit Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt mit 195 Stimmen gegen 32 (9. Dezember) mit der Verfassungsänderung an, welche durch Einfügung der Worte „Kaiser und Reich" bedingt worden war. Wilhelm I. nahm in einer Proklamation an das deutsche Volk für sich und seine Nachkommen die deutsche Kaiserwürde an, wie sie ihm angeboten wurde; er bleibt deutscher Bundesfürst wie die anderen deutschen Fürsten und übt nur die Präsidialgewalt unter dem Namen eines „Deutschen Kaisers" aus. In einer feierlichen Versammlung mehrerer deutschen Fürsten und Prinzen, sämtlicher Generale, der Deputationen und Fahnenträger der deutschen Regimenter in Versailles verkündigte er (18. Januar 1871) seinen Entschluß. Das neue deutsche Kaisertum ist von dem alten, legitimen gänzlich verschieden; es ist ohne höhere Weihe, eine Nachahmung des ersten napoleonischen Imperatorentums und nur auf Militarismus und Anerkennung der Fürsten und Volksvertreter begründet.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde der Versailler Vertrag von der patriotischen Partei mit Mißtrauen und Unzufriedenheit aufgenommen. Die Patrioten befürchteten durch eine politische Verbindung mit dem deutschen Norden nicht nur eine bedeutende Erhöhung der Steuern, sondern auch eine gefährliche Einwirkung auf die religiösen und sozialen Zustände in Bayern infolge der Freizügigkeit, und konnten sich weder ein Deutsches Reich mit Ausschluß Deutsch-Österreichs, des Großherzogtums Luxemburg, des Herzogtums Limburg und Fürstentums Liechtenstein, das innerhalb der österreichischen Machtsphäre ein souveräner Staat blieb, noch einen deutschen Reichstag, in welchem mehrere Millionen Slaven vertreten sind, zurechtlegen. Der Ausschuß beantragte daher, dem Vertrag vom 23. November die Zustimmung zu versagen. Die Staatsminister hielten der patriotischen Mehrheit entgegen, die Gründung eines neuen Deutschen Reiches beruhe auf dem Willen des deutschen Volkes und dem militärischen Ruhm, der durch die Einheit der Deutschen

errungen worden sei. Sie beruhigten die Gegner des neuen Deutschland mit der Versicherung, daß sich die Mehrausgaben nur auf $1^1/_2$ Million Gulden belaufen werden, welche durch Aufschwung des Handels und der Gewerbe erübrigt werden, weil der Handel durch eine mächtige Flotte geschützt werden würde. Die nationalliberalen Abgeordneten wiesen auf den Augustvertrag von 1866 hin, durch den Bayern wegen des „Bündnisfalles" zu größeren Kriegsausgaben gezwungen sei, und wenn die neuen Reichseinrichtungen einen Mehraufwand fordern, so seien im Landesbudget Ersparungen anzustreben. Während der höchst wichtigen Verhandlung liefen über 200 Telegramme und Eingaben beim Landtag für Annahme des Versailler Vertrages ein. Nach elftägiger bewegter Debatte nahmen denselben 102 Abgeordnete gegen 48 (am 21. Januar 1871) an. In der Reichsratskammer hatten sämtliche Mitglieder, mit Ausnahme des Freiherrn von Franckenstein, schon früher (27. Dezember) ihre Zustimmung gegeben und bewilligten im Einklange mit den Abgeordneten 36 Millionen Gulden zur Fortsetzung des Krieges [1].

Während das neue deutsche Kaisertum sich stolz aufrichtete, lag die französische Hauptstadt im tiefsten Elend. Seit dem letzten gescheiterten Ausfall wurden die Gemüter der Pariser von Verzagtheit und Verzweiflung erfaßt. Der Minister des Äußern, Jules Favre, versammelte (20. Januar 1871) die Maires von Paris und teilte ihnen mit, daß die Lebensmittel nur mehr bis zum 1. Februar reichen. Der Gouverneur Trochu that ihnen kund, daß die Loire- und Nordarmee besiegt und von ihnen kein Entsatz mehr zu hoffen sei; auf die Erfolge der Ostarmee unter General Bourbaki könne man nicht warten. Die Bevölkerung forderte immer ungestümer die Übergabe der Stadt, und die Generale widerrieten die Fortsetzung des Krieges; allein niemand wollte aus Furcht vor der Umsturzpartei die schwierige Aufgabe der Unterhandlung mit dem Gegner übernehmen, bis sich endlich Jules Favre derselben unterzog. Am 28. Januar wurde in Versailles ein Waffenstillstand von 21 Tagen vereinbart; während dieser Frist wurde es der französischen Regierung möglich gemacht, die Wahlen zu einer Nationalversammlung auszuschreiben und sie nach Bordeaux zu berufen, um über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Die Festungswerke von Paris wurden samt allem Kriegsmaterial den Deutschen übergeben; das I. bayerische Armeecorps, welches von Orleans nach Paris gezogen wurde, besetzte das Fort Charenton und das II. Corps die Forts Vanves und Montrouge. Die Stadt Paris wurde während des Waffenstillstandes von den deutschen Truppen nicht betreten und konnte sich ungehindert die Lebensmittel verschaffen. Die Pariser Armee wurde für kriegsgefangen erklärt und mußte ihre Waffen abliefern,

---

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 10. Dezember 1870 bis 21. Januar 1871.

verblieb aber in Paris [1]. Die deutschen Kriegsgefangenen wurden ausgewechselt und der Stadt eine Kontribution von 200 Millionen Franken auferlegt. Die republikanische Regierung, welche sich von der Armee des Generals Bourbaki die wichtigsten Erfolge versprach, forderte, daß der Krieg in den östlichen Departements ohne Rücksicht auf den Waffenstillstand fortgesetzt werde, bis man sich in diesem Gebiete über eine Demarkationslinie verständigt hätte. Das deutsche Hauptquartier ging darauf ein, weil die deutsche Streitmacht in Frankreich und die Reserven in der Heimat über eine Million Soldaten betrugen, während die Franzosen erschöpft und 385 000 Mann, darunter 12 000 Offiziere, kriegsgefangen waren. General Werder hatte die Stadt Dijon tapfer gegen die feindliche Überzahl verteidigt und gehofft, daß Paris bis zum neuen Jahr kapituliert habe und zu seiner Verstärkung Belagerungstruppen verfügbar werden. Die Belagerung der mit 16 000 Franzosen besetzten Festung Belfort zog sich in die Länge, obgleich die Preußen unter dem General Treskow durch bayerische und württembergische Batterien verstärkt und ihre Zahl auf 13 000 Mann erhöht worden war. Nach mühseligen Schwierigkeiten wurden die Geschütze der Franzosen in den auf Felsen erbauten Forts und Schanzen zum Schweigen gebracht. Ein Sturm der preußischen Infanterie wurde verraten und zurückgeschlagen; erst anfangs Januar gelang es den Deutschen, zwei Festungswerke durch einen in Felsen gehauenen Laufgraben zu nehmen. Sie setzten eifrig die Angriffsarbeiten fort, und die Bayern erbauten in nächster Nähe der Festung drei schwere Batterien; es drohte ihnen aber mit Beginn des Jahres 1871 eine große Gefahr, als der General Bourbaki mit 130 000 Franzosen und 370 Geschützen von Besançon gegen Belfort anrückte, um die Verbindungslinie der Deutschen zwischen Straßburg und Paris zu durchbrechen und teils nach Süddeutschland, teils nach Nancy vorzudringen. General von Werder, welcher mit 48 000 Mann und 146 Geschützen auf den Hügelreihen bei Vesoul eine feste Stellung genommen hatte, hielt den Gegner durch ein blutiges Gefecht bei Villersexel (9. Januar) auf und zog sich nach Belfort zur Deckung der Belagerungstruppen zurück. Die Franzosen marschierten den weichenden Deutschen nach und griffen sie am Lisainebache bei Montbeliard, Hericourt und Champagney (15. und 16. Januar) an; Werder zog nachts von den Belagerungstruppen bei Belfort Verstärkung an sich und schlug die dreifach überlegenen Franzosen in die Flucht. Der sonst umsichtige Festungskommandant in Belfort, Oberst Denfert, machte keinen Versuch, während der dreitägigen Gefechte dem General Bourbaki die Hand zu reichen; nur einmal unternahm er mit geringer Mannschaft nach Westen hin einen

[1] Die Deutschen eroberten 1964 Geschütze, darunter 602 Feldgeschütze, 1200 Munitionswagen, 177 000 Gewehre, 300 000 geladene und ungeladene Granaten (Bomben) und 7000 Zentner Pulver.

Ausfall, welcher von den deutschen Belagerungstruppen mit Leichtigkeit zurückgewiesen wurde. Bourbaki, welcher 11 000 Mann verloren hatte, ging über Besançon nach Lyon zurück, während General von Manteuffel mit zwei Armeecorps bei starkem Frost auf verschneiten Wegen nach Südosten marschierte. Nach der klaren und voraussichtlichen Anordnung des Generals Moltke beschäftigte er mit einer Brigade die Garibaldischen Freischaren bei Dijon und ging auf Bourbaki los. Werder rückte (23. Januar) an den Doubs vor, um sich mit Manteuffel zu vereinigen und die französische Ostarmee an die Schweizergrenze zu drücken. Bourbaki verfiel wegen Zerrüttung seiner Truppen und unsinnigen Anforderungen des Ministers Gambetta in Melancholie und machte einen mißlungenen Selbstmordversuch; den Oberbefehl übernahm General Clinchant. Die deutschen Kolonnen zogen über den Oignon und Doubs und trieben die Franzosen unter beständigen Gefechten nach Pontarlier nächst der Grenze der Schweiz. Als die Deutschen auf allen Seiten zu einem konzentrischen Angriff (31. Januar) auf Pontarlier herankamen, überschritten am 1. Februar 83 000 Franzosen die Grenze der Schweiz, um nicht in deutsche Gefangenschaft zu geraten; sie wurden von einem schweizerischen Beobachtungscorps entwaffnet. Ihre Nachhut wurde von den Deutschen im Gebirge bei La Cluse erreicht und nach einem heftigen Gefecht in die Flucht gejagt. Garibaldi, der sich bei dem französischen Volke durch prahlerische Freiheitsproklamationen lächerlich und durch seinen offenen Haß gegen die katholische Geistlichkeit mißliebig gemacht hatte, erwies sich bei Dijon als einen unfähigen General; anstatt die Flanke der Ostarmee zu decken, blieb er unthätig, weil er die ihm gegenüberstehende Brigade der Preußen für ein ganzes Armeecorps hielt. Als nach dem Übertritte der Ostarmee in die Schweiz deutsche Truppen zur Verstärkung der Brigade herankamen und Dijon eroberten, verließ Garibaldi sein Corps und ging mißmutig und ruhmlos auf seine Insel Caprera zurück, und seine Freischaren lösten sich auf. Am 15. Februar ergab sich auch die Festung Belfort, weil unter der Garnison der Typhus wütete und auf einen Entsatz nicht mehr zu rechnen war[1].

Indes war die französische Nationalversammlung (12. Februar 1871) in Bordeaux zusammengetreten und hatte den Deputierten Thiers wegen seines glühenden Patriotismus und seiner staatsmännischen Kenntnisse zum „Chef der exekutiven Gewalt der französischen Republik" einstimmig gewählt und ihn beauftragt, in Verbindung mit einer Kommission von 15 Mitgliedern mit dem deutschen Reichskanzler in Versailles über einen Frieden zu unterhandeln. Graf von Bismarck führte die Unterhandlungen mit Zuziehung des bayerischen Ministers Grafen von Bray, des württembergischen von Wächter

---

[1] Wartensleben, Die Operationen der Südarmee im Januar und Februar 1871. Der deutsch-französische Krieg a. a. O., Heft 18.

und des badischen Staatsrates Jolly und forderte Abtretung des Elsaß und Lothringens mit Straßburg und Metz, eine Kriegskostenentschädigung von 5000 Millionen Franken und Besetzung eines Teiles des französischen Gebietes bis zur erfolgten Zahlung. Den Verlust des Elsaß mit Straßburg wollten die französischen Bevollmächtigten verschmerzen; aber um Lothringen und die wichtige Festung Metz wehrten sie sich lebhaft, weil der Besitz von Metz den Deutschen den Weg nach Paris abkürzte und ihnen einen sichern Stützpunkt zu einem Angriffs- und Verteidigungskrieg gewährte. Bismarck beharrte mit unbeugsamer Festigkeit auf den einmal gestellten Bedingungen; nur die Festung Belfort, welche zur Verteidigung Deutschlands nicht unumgänglich notwendig erschien, gab er den Franzosen zurück. Am 26. Februar wurde der Präliminarfriede in Versailles unterzeichnet und der Waffenstillstand bis zum 12. März verlängert. Nach heftigem Widerstand der französischen Bevollmächtigten wurde festgesetzt, daß 30000 Deutsche in Paris auf kurze Zeit einziehen zum Zeichen, daß die Stadt von ihnen vollständig besiegt worden sei. In der Nationalversammlung wurde der Vertrag auf eindringende Befürwortung Thiers' (1. März) von 546 Deputierten gegen 107 angenommen. Am nämlichen Tag zogen die Deutschen durch den „Triumphbogen" und die „Elysäischen Felder" in Paris ein und besetzten den östlichen Teil der Stadt; auch von dem II. bayerischen Armeecorps wurde eine Abteilung beigezogen. Der Pöbel empfing sie mit Schreien und Lärm; die Bayern konnten ihren Zorn nicht zurückhalten und schlugen mit derber Faust die frechen Gassenjungen nach Dutzenden nieder. Die Deutschen wurden nur zum Teil in Häusern einquartiert und bivouakierten auf freien Plätzen, um nicht die erbitterten Pariser zu einer verzweifelten Rache zu reizen. Als der Friedensvertrag von der Nationalversammlung bestätigt worden war, verließen sie am dritten Tag die Hauptstadt, und das ganze deutsche Heer zog sich auf das rechte Seineufer zurück. Bald jedoch zeigte es sich, daß es für die Pariser Bevölkerung wegen der immer weiter um sich greifenden Bewegung der Umsturzpartei besser gewesen wäre, wenn die Stadt von der ganzen deutschen Streitmacht auf längere Zeit besetzt worden wäre. Die Mobilgarden der Arbeiterstädte, welche sich während der Belagerung an Müßiggang und gute Löhnung gewöhnt hatten, besetzten mit Kanonen und Mitrailleusen die beherrschende Höhe des Montmartre unter dem Vorwande, die Stadt gegen die Preußen zu verteidigen; ihre wahre Absicht war, die Macht in Paris und dem ganzen Lande in ihre Hände zu bringen und ihre sozialdemokratischen Leidenschaften zu befriedigen. Anstatt die Aufständischen sofort zu entwaffnen, unterhandelte der neue Militärgouverneur, General Vinoy, mit ihnen, und die schwierige Aufgabe, die gefährliche Revolution zu unterdrücken, blieb der Nationalversammlung, welche am 10. März nach Versailles übersiedelte.

Mitte März (1871) kehrte der neue Deutsche Kaiser mit Bismarck, den er wegen seiner erfolgreichen Politik zum Fürsten erhob, nach Berlin zurück, um persönlich (21. März) den ersten deutschen Reichstag zu eröffnen. In der Thronrede wies Wilhelm I. auf die großen militärischen und politischen Errungenschaften im letzten Feldzug hin und teilte der Reichsversammlung den ehrenvollen Beruf zu, die Wunden des Krieges möglichst zu heilen und den Dank des Vaterlandes denen zu bethätigen, welche den Sieg mit ihrem Blut und Leben bezahlt haben. Zuerst wurde die Reichsverfassung beraten; die norddeutsche Verfassung unterlag durch den Beitritt der vier süddeutschen Staaten geringen Veränderungen. Der Bundesrat wurde um 15 Mitglieder vergrößert und die Rechte des Kaisers dadurch beschränkt, daß er bei Erklärung eines Krieges an die Zustimmung der Bundesregierungen oder des Bundesrates gebunden ist; ebenso kann nur mit Zustimmung des Bundesrates eine Bundesexekution beschlossen werden. Das von Frankreich abgetretene Elsaß-Lothringen, welches 263 Quadratmeilen mit $1^1/_2$ Million Einwohnern umfaßte, wurde zum Reichsland erklärt, erhielt eine eigene Verwaltung und wurde der Regierung des Bundesrates unterstellt; nach zwei Jahren sollte es außer der Vertretung im Reichstag auch eine eigene Landesverfassung und Landesvertretung erhalten. Den Elsässern und Lothringern wurden die Kriegsschäden vergütet und in Straßburg im nächsten Jahr eine deutsche Universität gegründet, wozu der Reichstag freigebigst die Kosten bewilligte. Die anderen Gesetzgebungsarbeiten des ersten Reichstages betrafen den Haushalt, das Kriegs- und Postwesen. Ein Dotationsgesetz über einige Millionen Thaler aus der französischen Kriegskostenentschädigung, womit der Kaiser verdienstvolle Generale und Minister belohnen wollte, reizte zu einer großen Mißstimmung. Bismarck trat für den Wunsch des Kaisers ein und versicherte in einer supplizierenden Rede den Dank desselben. Der Reichstag, welcher das Gesetz ablehnen wollte, gab endlich seine Zustimmung[1]. Ehe der Reichstag vom Kaiser geschlossen wurde, hatten in Paris die Aufständischen unter Führung raub- und mordsüchtiger Sozialdemokraten die ganze Gewalt an sich gerissen, wodurch die Ausführung der Versailler Friedenspräliminarien verzögert wurde, weil die Nationalversammlung die erste Rate der Kriegskostenentschädigung und die Verpflegung des deutschen Heeres nicht aufbringen konnte.

Die revolutionären Nationalgardisten hatten auf dem Montmartre die Zahl der Geschütze bis auf 400 vermehrt, und ein geheimes „Zentralkomitee" beschäftigte sich mit dem Plane, die bestehende Gesellschaft umzugestalten, alle Religion abzuschaffen, das Erbrecht zu vernichten und Grund und Boden in gemeinsames Eigentum umzuwandeln. Von jenen Regimentern, welche

[1] Stenographierte Verhandlungen des deutschen Reichstages 1871.

von der Regierung zur Erstürmung des Montmartre nach Paris geschickt wurden, gingen die einen zu den Aufständischen über und die anderen ließen sich entwaffnen; zwei Generale wurden gefangen und sofort erschossen. Das Revolutionskomitee besetzte das Stadthaus und alle Festungswerke bis auf den Mont Valerien, ließ auf allen öffentlichen Gebäuden die rote Fahne aufziehen und befahl die Fortzahlung des täglichen Soldes von 1½ Franken an jeden Nationalgardisten. Durch den Anschluß zahlreicher Handwerker und kleiner Geschäftsleute nahm der Aufruhr eine immer größere Ausdehnung an; eine neugewählte „Pariser Kommune“ übernahm (26. März 1871) die Verwaltung der Stadt und befahl einer Abteilung von 6000 Mann, Versailles anzugreifen. Thiers ernannte den Marschall Mac Mahon zum Oberbefehlshaber der Armee, welche mit Zustimmung der deutschen Reichsregierung aus den heimkehrenden Kriegsgefangenen gegen die Friedenspräliminarien gebildet wurde. Es wurden gegen 400 000 Franzosen aus verschiedenen deutschen Landen mittels der Eisenbahnen in ihre Heimat zurückgeführt. Der abgesetzte Kaiser Napoleon III. hatte schon im Februar Wilhelmshöhe verlassen und teilte mit seiner Familie die Verbannung in Chiselhurst, wo er schon im Jahre 1873 sein abenteuerliches Leben schloß. Sein einziger Sohn machte (1879) als Freiwilliger den Feldzug der Engländer gegen die Zulus in Südafrika mit und wurde bei einer Auskundschaftung von den Feinden überfallen und getötet. Zwischen den Aufständischen in Paris und den Regierungstruppen entbrannte ein mörderischer Kampf, welcher die Schreckensherrschaft der Pariser Gewalthaber verschärfte. „Die Kommune“ zog die Güter Thiers' und der Minister ein und ließ den Erzbischof und mehrere andere Geistliche, „Priester eines sogenannten Gottes“, als Geiseln verhaften. Erst nach zwei Monaten bemächtigten sich die Regierungstruppen der Forts; die Sozialdemokraten rächten sich damit, daß sie das Haus Thiers' zerstörten und die Vendomesäule mit dem Bildnisse Napoleons I. niederrissen; sie beraubten die Kirchen ihrer Schätze und schändeten sie durch jeglichen Unfug und steckten öffentliche Gebäude in Brand. Als Mac Mahon mit seiner Armee (22. Mai) an einer unbewachten Stelle in die Stadt drang, bauten die Aufständischen Barrikaden und zündeten mit Petroleum nicht nur Staatsgebäude, die Tuilerien, Bahnhöfe und Kirchen, sondern auch Klöster, Theater und Privathäuser an; sie erschossen die Geiseln und unter ihnen den Erzbischof Darboy von Paris im Hofe des Gefängnisses von La Roquette und jeden, den sie als vermeintlichen Gegner auf der Straße trafen. Erst am 28. Mai warf Mac Mahon die schreckliche Revolution nieder; 30 000 Sozialdemokraten waren gefangen und 14 000 getötet worden.

Trotz der Unterstützung, welche der Deutsche Kaiser der Versailler Regierung zur Unterdrückung des Pariser Aufstandes gewährt hatte, machten

die französischen Bevollmächtigten in Brüssel, wo der Präliminarvertrag zwischen Frankreich und Deutschland endgiltig festgesetzt werden sollte, mancherlei Schwierigkeiten, um die Deutschen zu ermüden und sie zu einer Milderung der harten Bedingungen zu bewegen. Fürst Bismarck sah mit langer Geduld zu; endlich beschied er die französischen Minister Jules Favre und Puiyer-Quertier zu sich nach Frankfurt a. M. und zwang sie zur Nachgiebigkeit durch die Drohung, daß die Deutschen Paris besetzen werden. Am 10. Mai 1871 wurde der definitive Friede abgeschlossen und nach wenigen Tagen von der französischen Nationalversammlung mit 440 Stimmen gegen 98 angenommen. Über die Handelsbeziehungen wurde festgestellt, daß Deutschland und Frankreich auf dem Fuße der meist begünstigten Staaten behandelt werden. Die Kriegskostenentschädigung zu fünf Milliarden wurde schon nach zwei Jahren bezahlt. Als die Regierung von der Nationalversammlung zu einem Anlehen von drei Milliarden ermächtigt wurde, zeichneten die Franzosen trotz der schweren Kriegsleiden und der vielen Städten auferlegten Kontributionen statt 3000 Millionen 41000 Millionen, womit der Beweis gegeben war, daß Frankreich teils durch seine geographische Lage, Bodenbeschaffenheit und Klima, teils durch den hohen Stand der Industrie, Landwirtschaft und des Handels, wie durch einen sparsamen Sinn der Bewohner einen unerschöpflichen Reichtum besitze. Die Nationalversammlung nahm endgiltig die Republik als Regierungsform an und verlängerte die Exekutivgewalt Thiers' (1871) mit dem Titel eines Präsidenten der französischen Republik. Nach Abschluß des Frankfurter Friedensvertrages traten die deutschen Heere ruhmgekrönt den Rückzug in ihre Heimat an, wo ihnen ein triumphartiger Empfang bereitet wurde. Die bayerischen Truppen hielten in München (16. Juli 1871) unter einem sonnigen Himmel den feierlichsten Einzug, den die Stadt je gesehen hatte. Alle Straßen, vorzüglich die Ludwigsstraße, waren bis zum entlegensten Hause mit seltener Pracht und Reichtum geschmückt und abends mit einem bezaubernden Glanze beleuchtet. Der deutsche Kronprinz Friedrich Wilhelm führte als Oberbefehlshaber des bayerischen Heeres die tapferen Regimenter dem König Ludwig II., welcher am Odeonsplatze ihrer Ankunft harrte, durch das Siegesthor vor, um sie mit reichem Siegesruhm bedeckt in seine oberkriegsherrliche Gewalt zurückzugeben. Der König, der Kronprinz und die Soldaten wurden in allen Straßen von einem unermeßlichen Volke mit stürmischem, ununterbrochenem Jubel begrüßt und mit Blumen und Lorbeerkränzen überschüttet. München feierte mehrere Tage ein freudetrunkenes Siegesfest und baute die herrlichsten Hoffnungen auf das neue, durch Waffenruhm gegründete Deutschland. Der Minister des Äußern, Graf von Bray, hielt mit dem Eintritte Bayerns in den Norddeutschen Bund seine Aufgabe für gelöst und beschloß, an den bayerischen Gesandtschaftsposten in Wien zurückzugehen, den er sich

bei Übernahme des Ministeriums vorbehalten hatte; auch die kirchlichen Verhältnisse in Bayern bestimmten ihn, sein Amt möglichst bald niederzulegen.

Die dogmatischen Beschlüsse des Vatikanischen Konzils vom 18. Juli 1870 über die Unfehlbarkeit des Papstes hatten im bayerischen Ministerrat einen Zwiespalt hervorgerufen. Während Graf Bray jede Einmischung in die katholischen Glaubenslehren vermeiden wollte, hielten die anderen Minister den neuen Glaubenssatz für staatsgefährlich; wie die preußischen Staatsmänner und Reichskanzler Bismarck nahmen auch sie an, daß dem Papste durch die Unfehlbarkeit eine politische Macht über die Katholiken aller Länder verliehen worden sei, wiewohl Pius IX. in einem Breve erklärt hatte, daß er grundsätzlich einen solchen Einfluß ablehne. Sie bestanden darauf, daß den Bischöfen das durch die II. Verfassungsbeilage vorgeschriebene „Plazet" zur Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas verweigert und die Exkommunikation, welche sie über die Gegner desselben, die „Altkatholiken", aussprechen, nicht anerkannt werde. Da der Graf Bray das „Plazet" nur auf die Verordnungen und Disziplinargesetze bezog und nicht auf die Glaubenslehren ausdehnen wollte, indem nicht die Staatsregierung, sondern die Kirche das oberste Lehramt besitze, so nahm er (1871) seine Entlassung, und an seine Stelle trat der vieljährige Präsident der Abgeordnetenkammer, Graf von Hegnenberg-Dux, welcher auch die Oberleitung des Handels wieder mit dem Ministerium des Äußern vereinigte; mehrere Abteilungen des aufgelösten Handelsministeriums, namentlich die technischen Lehranstalten, wurden (1872) mit dem Kultusministerium und das Bauwesen mit dem Ministerium des Innern verbunden. Hegnenberg starb nach nur einjähriger Amtsführung und ihm folgte (1872) der Finanzminister von Pfretzschner. Nach dem Rücktritt Brays führte die Lehre über die päpstliche Unfehlbarkeit zu tief greifenden kirchenpolitischen Maßnahmen. Die Staatsregierung beließ jene Pfarrer, welche wegen Verwerfung des neuen Glaubenssatzes exkommuniziert worden waren, in vollem Besitze ihrer Pfründen. Als hierüber eine Beschwerde des Bischofs von Augsburg in der Kammer der Abgeordneten (27. Januar 1872) mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde[1], behandelte die Regierung die „Altkatholiken" als die eigentlichen Angehörigen der römisch-katholischen Kirche, obgleich das Konkordat und die II. Verfassungsbeilage nur den Papst als Oberhaupt der Kirche und nur die römisch-katholische Hierarchie kennen; die „Altkatholiken" aber verwarfen den Papst, die Bischöfe und das ganze auf den kanonischen Satzungen beruhende Kirchenregiment und sagten sich thatsächlich von der römisch-katholischen Kirche los. Die Regierung sicherte sich gegen Angriffe auf ihre Kirchenpolitik dadurch, daß sie im Bundesrat und Reichstag zum 167. Paragraph des Reichs-Strafgesetzbuches einen Zusatz,

---

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen, Januar 1872.

den „Kanzelparagraphen“, zur Annahme brachte, nach welchem jeder Geistliche, der auf der Kanzel oder in seiner sonstigen Stellung politische Angelegenheiten bespreche, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werde. Die aus Katholiken bestehende „Zentrumspartei“ des Reichstages machte dem bayerischen Bundesratsbevollmächtigten, Kultusminister von Lutz, den Vorwurf, daß er jene Gesetzesvorlagen, die er im bayerischen Landtag nicht durchzubringen vermöge, der Reichsversammlung übergebe, wo er mehr Aussicht auf Erfolg habe. Herr von Lutz stellte sich in der Oberleitung der bayerischen Kirchenpolitik auf einen rationalistisch protestantischen Standpunkt, auf dem er Christus in einer öffentlichen Landtagsrede als Religionsstifter, wie Moses und Muhammed, bezeichnete. Durch Ministerialverordnungen vom 27. August und 14. Oktober 1871, 20. November 1873 und später vom 4. Februar 1878 wurden alle seit dem Jahre 1848 der katholischen Kirche im Vollzug des Konkordates gewährten Zugeständnisse außer Wirksamkeit gesetzt.

Im deutschen Reichstag, wo die Nationalliberalen eine große Mehrheit besaßen, trat das Streben nach Zentralisation der Reichsregierung, die Unterhaltung einer starken Land- und Seemacht und eine der römisch-katholischen Kirche feindliche Richtung immer stärker hervor. Für eine schnelle Heeresrüstung wurden von der französischen Kriegskostenentschädigung 40 Millionen Thaler im königlichen Schloßgewölbe in Berlin als totes Kapital zum Nachteil der volkswirtschaftlichen Interessen hinterlegt, ein allgemeines Militärstrafgesetzbuch veröffentlicht und Anträge auf Einführung eines allgemeinen Münzsystems und Papiergeldes sowie der Civilehe und auf Überweisung der Tauf-, Trauungs- und Sterberegister an weltliche Beamte gestellt, um den Einfluß der katholischen und protestantischen Pfarrer auf ihre Pfarrkinder zu schwächen. Den kirchenfeindlichen Gesinnungen der nationalliberalen Partei kam der Reichskanzler Bismarck willfährig entgegen, damit sie seine militärischen und politischen Pläne unterstützte. Zur Begründung seiner kirchenpolitischen Maßnahmen gab er vor, daß die Machtstellung des Papstes durch die Beschlüsse des letzten Vatikanischen Konzils geändert worden sei. Der in der auswärtigen Politik geniale Staatsmann sah nicht ein, daß er durch seine Bestrebungen nicht bloß die Thätigkeit des Klerus erschwerte, sondern die Religion überhaupt zerstörte, ohne welche kein Staatswesen bestehen kann. Die glänzenden Erfolge seiner Politik blendeten den Fürsten und brachten ihn auf den Gedanken, eine deutsche Nationalkirche zu gründen, wozu ihm der „Altkatholizismus“, der sich seiner besondern Gunst erfreute, als Mittel dienen sollte. Bei Beratung der Budgetposition für die deutsche Gesandtschaft am Heiligen Stuhl in Rom gab Bismarck im Reichstag die bedeutungsvolle Erklärung ab: die Reichsregierung werde, wenn in Rom voraussichtlich in kurzer Zeit eine Papstwahl stattfinde, dieselbe prüfen, ob sie

gesetzlich vollzogen worden sei, so daß der Gewählte in Deutschland zur Ausübung der päpstlichen Rechte befugt sei. Damit deutete er an, daß er kein Bedenken trage, mit der römischen Kurie vollständig zu brechen. Der Gegensatz zwischen der katholischen Kirche und der Regierung in Preußen wurde durch die „Maigesetze" verschärft, welche von dem Reichskanzler und dem gleichgesinnten Kultusminister Falk ausgearbeitet und im preußischen Landtag von der nationalliberalen Mehrheit (1873) angenommen wurden. In den „Maigesetzen" wurde festgestellt, daß kein Religionsdiener eine kirchliche Disziplinarstrafe oder Exkommunikation öffentlich bekannt mache, jeder Theologe seine Studien nur an Staatsanstalten und die Schlußprüfung vor einer Regierungskommission zu machen habe und die geistlichen Oberen unter Geldstrafe oder Gefängnis die Anzustellenden dem Oberpräsidenten der Provinz zur Genehmigung anzeigen. Es wurde in Berlin ein königlicher Gerichtshof meist aus freimaurerischen Beamten für kirchliche Angelegenheiten errichtet und die kirchlichen Disziplinargesetze geregelt. Die preußische Zentrumspartei wehrte sich mit Unterstützung einiger Adelsherren und Mitglieder der Fortschrittsfraktion mit Aufbietung aller geistigen Kraft gegen die „Maigesetze", welche die kirchliche Freiheit unterdrückten; ihre Bemühungen blieben jedoch wirkungslos. Der Artikel der preußischen Verfassung, kraft dessen die Religionsgesellschaften ihre Angelegenheiten selbst ordnen, wurde aufgehoben und die Gesetzesvorlage am 5. Mai zwischen dem Abgeordneten- und Herrenhause vereinbart und am 11. Mai (1873) von König Wilhelm I. bestätigt[1]. In der protestantischen Kirche erhob sich nur ein vereinzelter Widerspruch gegen die neuen Gesetze. Die preußischen Bischöfe aber versammelten sich in Fulda und richteten an ihre Gläubigen ein Sendschreiben, in welchem sie darlegten, daß sie sich ohne Gewissensverletzung den Maigesetzen nicht unterwerfen können, weil sie von Gott berufen seien, die Erziehung der Geistlichen zu leiten, und forderten Klerus und Volk auf, sich in passivem Widerstande um sie zu scharen. Wie die bischöfliche Denkschrift, so blieb auch eine Beschwerde, welche Papst Pius IX. an den König von Preußen über die Unterdrückung der katholischen Kirche in seinem Lande richtete, erfolglos, und der neue Gerichtshof für Kirchenangelegenheiten bestrafte die ungehorsamen Bischöfe und Geistlichen mit hohen Geldsummen, Gefängnis, Absetzung und Verbannung. Nach wenigen Jahren waren in Preußen die meisten Bischofsstühle und über 1000 Pfarreien erledigt.

Die Aufregung, welche die Maigesetze in den katholischen Kreisen in und außerhalb Preußen hervorbrachten, wurde durch die internationale Industrie- und Kunstausstellung in Wien, die von Kaiser Franz Joseph am

[1] Stenographierte deutsche Reichstags- und preußische Landtagsverhandlungen, 1872 und 1873.

1. Mai 1873 feierlich veröffentlicht worden war, auf kurze Zeit zurückgedrängt. An derselben beteiligten sich alle Völker der Erde, selbst die Perser, Inder, Chinesen und Japanesen mit ihren gewerblichen und künstlichen Erzeugnissen. Die Zahl der Aussteller betrug 52000, darunter 1293 aus Bayern. Die Wiener Weltausstellung bewies nicht nur einen hohen Aufschwung, den der österreichische Staat nach langen inneren und äußeren Wirren genommen hatte, sondern sie war auch ein staunenswertes Bild von den großen Fortschritten in allen Industriezweigen, vorzüglich in den Kunstgewerben, und von der unermeßlichen Kraft des Geistes in der Maschinenkunde und der Anwendung des Dampfes. Die bayerische Kunst und Industrie nahm einen ehrenvollen Rang ein und erwarb sich vielfach eine rühmliche Auszeichnung. Bayern trug wesentlich dazu bei, daß die künstlichen und gewerblichen Leistungen des neuen Deutschen Reiches eine glänzende Anerkennung auf dieser Ausstellung fanden. Die vorzüglichsten Erzeugnisse gingen aus der Kunstgewerbeschule in München und dem Gewerbemuseum in Nürnberg hervor, welche eine moderne Geschmacksreform, „die deutsche Renaissance", anbahnten. Die deutsche Ausstellung machte einen großartigen, überwältigenden Eindruck, gleichsam als wollte das neue Deutsche Reich auch auf dem Gebiete der Arbeit in seiner ganzen Größe erscheinen. Es waren fast alle Zweige des Gewerbefleißes vertreten und die höchsten Aufgaben in der Kunstindustrie zu lösen gesucht worden. In dem edelsten Industriezweig, der Goldschmiedekunst, zeichneten sich die Arbeiten aus Berlin, München und Nürnberg aus. Die Münchener Goldschmiedekunst nahm unter dem Einflusse des dortigen Gewerbevereins einen architektonischen Charakter an, während die Nürnberger sich an die Vorbilder des 16. Jahrhunderts hielten. Eine selbständige Richtung zeigte die kirchliche Goldschmiedekunst in Westfalen und am Rhein, welche allmählich ganz mittelalterlich geworden war. Ein aus der Kunststätte des Goldschmiedes Winter in Nürnberg hervorgegangener großer Festpokal zählte zu den schönsten Meisterwerken der Renaissance. Echtes Gold und Silber in Blattform brachte die Nürnberg-Fürther Kollektivausstellung. An die unübertroffene schlesische und böhmische Glasindustrie reihte sich würdig die Glasfabrikation von Steigerwald in Bayern, welche unter Einwirkung der Münchener Kunstgewerbeschule mehr Gewicht auf das malerische Beiwerk als auf die Eigenschaften des Glases legte. In Porzellan hatten die königlichen Fabriken in Berlin und Meißen rühmenswerte Leistungen hinsichtlich der Malerei und Plastik erzielt; auch die Fleischmannsche Porzellanfabrik in Nürnberg that sich durch sehr gelungene Nachahmungen des Antiken hervor. Die Ausstellung der deutschen Möbel mit den dazu gehörigen Zimmerdekorationen gab das überraschende Zeugnis, daß in den größeren Städten Deutschlands die Renaissance mit schönen, stilvollen Mustern in der reicheren Hausausstattung durchgedrungen und das Rokoko

wie die moderne französische Art fast gänzlich verschwunden war. Das reizend getäfelte Renaissancezimmer von Steinmetz in München war mit imitierten Gobelins in den Füllungen harmonisch und echt künstlerisch gedacht. Auf dem großen, vielseitigen Gebiete der Weberei erhielten die Deutschen ihren altbewährten Ruf; die kostbaren Sammet- und Seidenstoffe aus Sachsen und dem Rheinlande waren im schönsten Stil ausgeführt und die prachtvollen Kirchenstoffe, die bisher in Krefeld gefertigt worden waren, wurden von Gerbeissen und Ebner in München nach mittelalterlichen Mustern mit erfreulichem Erfolg gepflegt.

Die kirchliche Kunst hat sich seit einigen Jahrzehnten vollständig von der weltlichen Kunst getrennt und den Charakter einer edlen und ruhigen Einfachheit oder einer würdevollen Pracht angenommen. Geistliche und Laien fühlten, daß die kirchliche Plastik im Rokoko- und Zopfstil seit dem 17. Jahrhundert unwürdig und profan war, und sie griffen auf die mittelalterlichen Muster zurück. Während die weltliche Kunstindustrie das Antike und die Renaissance wieder belebte, beherrschte der romanische und gotische Stil den ganzen Kirchenbau, die Altäre und übrigen Geräte. Die besten Arbeiten gingen aus der Mayerschen Kunstanstalt in München hervor, wo unter der Leitung vortrefflicher Bildhauer alle Zweige der kirchlichen Skulptur von einer entschiedenen Veredlung durchdrungen waren. Die ausgestellten Madonnen, Heiligen und Kreuzgruppen waren von hoher Schönheit und edler Haltung; nur die bunte Bemalung, besonders bei den Altären, war nicht zu billigen. Die weiblichen Statuen entsprachen der frommen und demütigen Ergebenheit der Heiligen; die Märtyrer und Apostel aber waren zu weich gehalten, und es mangelte ihnen Vertrauen und Starkmut[1]. Die Fabrikation von geschlagenem Metall, Brokat, Bronzefarben und leonischen Drähten und die Kurzwarenindustrie waren durch Kollektivausstellungen aus Nürnberg-Fürth hervorragend vertreten. In der Stein-, Thon- und Glaswarenindustrie — namentlich in technischer Beziehung —, in Buchbinder- und Papiermachéarbeiten, in der Bunt- und Metallpapierfabrikation und der Zeichnungs-, Schreib- und Malerrequisiten lieferte Bayern vorzügliche Produkte und nahm im Kupfer- und Stahldruck, in Chromolithographie, Xylographie und Photographie, sowie im Maschinenwesen und der Verfertigung physikalischer, medizinisch-chirurgischer und astronomischer Instrumente eine ehrenvolle Stelle ein. Die Bayern erhielten für ihre Leistungen 733 Auszeichnungen, darunter 13 Ehrendiplome als höchste Prämie, 86 Fortschrittsmedaillen, 213 Verdienstmedaillen, 88 Kunstmedaillen, 11 Medaillen für guten Geschmack, 38 Mitarbeitermedaillen und 248 Anerkennungs-

[1] Falke, Die Kunstindustrie auf der Wiener Weltausstellung 1873, 7—9. 155—164. 272. 279 und 280.

diplome[1]. Beklagenswert war, daß durch die Wiener Ausstellung, die von einer großen Zahl Fremder aus allen Ländern der Erde, von fast sämtlichen Monarchen Deutschlands und Europas und selbst von dem persischen Schah besucht wurde, die Cholera nach Europa eingeschleppt und auch nach Bayern verbreitet wurde, wo sie in München und anderen Städten und Ortschaften viele Opfer forderte. Die Seuche gab in Deutschland den Antrieb zur Einsetzung einer Reichs-Sanitätskommission aus den berühmtesten deutschen Ärzten zur Beratung einer allgemeinen Gesundheitspflege.

Die Produkte der bayerischen Gewerbe auf der Wiener Weltausstellung berechtigten zur Hoffnung auf immer größere Vervollkommnung, und die Kammer der Abgeordneten bewilligte in dem Landtag 1873/74 für industrielle Zwecke und Pflege der Kunst eine weit größere Geldsumme, als von der Staatsregierung verlangt worden war. Für den Bau einer neuen Akademie der bildenden Künste genehmigte sie zwei Millionen Gulden, um den lange behaupteten Ruhm Bayerns in Förderung der Künste auch im neuen Deutschen Reich zu erhalten. Diese Bausumme wurde der französischen Kriegskostenentschädigung entnommen; von derselben war auf Bayern ein Anteil von 157 324 000 Gulden getroffen, welche bis auf einen geringen Rest zur Tilgung sämtlicher Kriegsanleihen und sonstiger Anlehen, zur Einziehung unverzinslicher Kassaanweisungen und zu Armeebedürfnissen verwendet worden waren; auch der Ausfall der XI. Finanzperiode wurde mit den Entschädigungsgeldern gedeckt. Zur Hebung der Land- und Forstwirtschaft forderten die Abgeordneten von der Regierung, daß das Landgestüt, das Veterinärwesen und die Stellung der Tierärzte berücksichtigt und die gesetzlichen Vorschriften über Schutzwaldungen einer Revision unterzogen werden. Damit verbanden sie den Antrag, die Zentralforstschule in Aschaffenburg, welche das Ministerium mit einer Universität oder der Polytechnischen Hochschule zur Erweiterung des Bildungskreises der Zöglinge vereinigen wollte, in Aschaffenburg zu belassen, weil aus dieser Fachschule tüchtige Forstbeamte hervorgegangen und die bayerische Forstverwaltung auch vom Auslande als ein wohlbewährtes Institut anerkannt sei. Die Entwicklung und Verbreitung der Fortbildungsschulen als Fortsetzung der Volksschulen, welche im Jahre 1874 von 14 000 Schülern freiwillig besucht wurden, wurde dem Kultusministerium wegen der erfreulichen Leistungen dringend empfohlen und zur Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer und für die Pensionen, Witwen und Relikten derselben fast drei Millionen Gulden bewilligt. Während der Beratung des Kultusbudgets beschwerte sich die katholisch-patriotische Partei über die Aufhebung des Redemptoristenordens in Bayern und die Einführung der konfessionell gemischten oder Simultanschulen, in denen das Zahlenverhältnis

[1] Attenberger, Bayerns Industrie auf den Ausstellungen, 67 ff.

der Konfessionen nicht berücksichtigt und die Kinder in religiöser Gleichgiltigkeit erzogen würden. Sie führte begründete Klage über die Schutzlosigkeit, in welcher die römisch-katholische Kirche von der Staatsregierung gegen allseitige Angriffe gelassen werde, und über die Firmungsreisen des „altkatholischen" Bischofs, Reinkens mit Namen, in Bayern, obgleich derselbe nach dem Gutachten der Rechtsgelehrten und einer Entscheidung des obersten Gerichtshofes auf Grund der Verfassung und des Konkordates nicht als bayerischer Bischof anerkannt und ihm die Erlaubnis zur Ausübung geistlicher Funktionen nicht erteilt werden könnte. Der Kultusminister von Lutz verteidigte seine Verwaltung mit dem Reichsgesetz, welches den Jesuiten- und die mit demselben verwandten Orden aufgehoben habe. Bei Einführung der Simultanschulen sei er dem Grundsatze der Toleranz gefolgt und durch kein Gesetz behindert gewesen; er erkenne eine Verpflichtung der Staatsregierung nicht an, die römische Kirche in einem Streite zu unterstützen, welcher dadurch entstanden sei, daß das Unfehlbarkeitsdogma mit Umgehung des königlichen Plazets proklamiert worden sei. Zuletzt bewilligte die Kammer zur Ausführung des 1869 vereinbarten Eisenbahnnetzes über 52 Millionen Gulden und stellte den Antrag, die Privatostbahn für den Staat zu erwerben, um die ganze Bahnleitung in eine Hand zu bringen und die Mißstände der Konkurrenz, welche sich bei Erweiterung des Bahnnetzes unvermeidlich ergeben, zu beseitigen. Die Reichsräte stimmten zu fast sämtlichen Beschlüssen der Abgeordneten und begrüßten mit allgemeiner Freude die Herstellung eines neuen Akademiegebäudes, weil sie sich von demselben einen erhöhten Aufschwung der bildenden Künste in München erwarteten. Mit dem Wunsche, die Hauptstadt von Bayern möchte der Mittelpunkt der deutschen Kunst bleiben, beantragten sie, daß die Glasmalerei als Lehrgegenstand in das Programm der Kunstakademie aufgenommen und bei dem neuen Gebäude darauf Rücksicht genommen werde. Die jährlichen Staats-Einnahmen und -Ausgaben der XII. Finanzperiode (1874/75) wurden von den beiden Kammern zu 123 700 000 Gulden festgestellt; die Ausgaben für Reichszwecke, Matrikularbeiträge und Vertretung im Bundesrat betrugen 8 600 000 Gulden [1].

Wenige Tage nach Schluß der Landtagssitzungen zogen (8. August 1874) gegen 5000 Sänger mit ihren Vereinsfahnen aus allen Gauen Deutschlands, auch aus Tirol, Österreich-Ungarn und selbst aus Nordamerika in die herrlich geschmückte Stadt München zu einem zweiten deutschen Sängerfeste. In dem malerisch dekorierten Glaspalast gaben sie unter zahlreicher Beteiligung einheimischer und fremder Musikfreunde mehrere Produktionen klassischer Werke, deren gewaltige Wirkungen größer gewesen sein würden, wenn die Akustik günstiger gewesen wäre. In feierlichem Zuge bewegte sich

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom November 1873 bis Juli 1874.

die fröhliche Sängerschar mit Musikcorps nach der Theresienwiese zu einem abendlichen Volksfeste bei der Bavaria. Die Lieder und Reden waren zwar von einem stolzen Nationalbewußtsein getragen, allein die frühere Begeisterung für das neue Deutschland war abgekühlt, weil die überschwenglichen Hoffnungen, welche man anfänglich von demselben hegte, sich nicht erfüllten. Sehr viele Volksklassen, namentlich in Altbayern und im katholischen Franken, waren mit Mißstimmung und Unzufriedenheit erfüllt über den kirchenpolitischen Streit („Kulturkampf") und die große Militärlast, unter welcher am meisten die Bauernschaften zu leiden hatten, weil der Landmann nicht nur eine erhöhte Kriegssteuer zahlen, sondern auch seine Söhne drei Jahre lang dem Waffendienste überlassen und mit großen Kosten für einen Ersatz der entzogenen Arbeitskräfte zu sorgen hatte. Wegen des vielseitigen Mißmutes erlangten die Nationalliberalen bei der Neuwahl der Reichstagsdeputierten nur mehr eine geringe Mehrheit; in Bayern wurden zwei Drittel von der katholisch-patriotischen Partei gewählt. Die 15 Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen, welche im Jahre 1874 zum ersten Mal im deutschen Parlament erschienen, waren sämtlich französisch gesinnt und forderten, daß über die Einverleibung ihrer Lande in Deutschland eine Volksabstimmung angeordnet werde; ein Mitglied derselben wagte es zu sagen, die Deutschen hätten bei Eroberung Elsaß-Lothringens „die Grenze des Rechtes einer gebildeten Nation überschritten". Diese Beleidigung wurde von der ganzen Reichsversammlung mit Entrüstung zurückgewiesen und der Redner vom Präsidenten unter stürmischem Beifall zur Ordnung gerufen. Damit ließen sich die Elsässer nicht einschüchtern; sie sprachen es offen aus, daß die deutsche Regierung heute im Elsaß verhaßter sei als vor drei Jahren, denn sie unterdrücke die katholischen Schulen, zwinge die Kinder katholischer Eltern zum Besuche protestantischer Schulen und knechte die Freiheit des Geistes. Der Bundeskommissär für Elsaß-Lothringen rechtfertigte die strenge Verwaltung, welche nicht entbehrt werden könne, solange die politische Aufregung in den neuen Reichslanden fortbestehe und von Frankreich aus genährt werde. Fürst Bismarck bedeutete den elsaß-lothringischen Deputierten, es sei für sie tröstlich, daß sie ihre Reden hier und nicht in Versailles gehalten hätten; denn in der französischen Nationalversammlung hätte man ihnen nicht die Redefreiheit gestattet, wie im deutschen Reichstag. Wenn die Elsaß-Lothringer 200 Jahre wieder bei Deutschland seien, werden sie mit den deutschen Einrichtungen zufrieden sein [1].

In Elsaß-Lothringen gab man die Hoffnung nicht auf, daß es zwischen Frankreich und Deutschland über kurz oder lang zu einem Rachekrieg kommen werde, seitdem Thiers (Mai 1873) wegen seiner freisinnigen Regierung von der konservativen Mehrheit gestürzt und Marschall Mac Mahon auf sieben

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen v. 5. Febr. bis 27. April 1874.

Jahre zum Präsidenten der französischen Republik gewählt worden war. Zur Reorganisation der Armee nach preußischem System und zur Anlage von Festungswerken um Paris und an der französischen Ostgrenze bewilligte die Nationalversammlung jährlich belangreiche Geldsummen. Die französischen Rüstungen veranlaßten die deutsche Reichsregierung, die Friedenspräsenzstärke zu 401 659 Mann jährlich bei einer Bevölkerung von 41 Millionen auf sieben Jahre festzusetzen und das Heerwesen so zu organisieren, daß im Kriegsfall 1 324 000 Mann mobil gemacht werden könnten; daraus aber ergab sich eine jährliche Mehrbelastung von 16 Millionen Thalern. Als die Mehrheit des Reichstages und selbst die Nationalliberalen Anstand nahmen, ein erhöhtes Militärbudget auf sieben Jahre, wozu sie von ihren Wählern nicht ermächtigt worden waren, zu bewilligen, drohte Bismarck mit Niederlegung seines Amtes. Der Feldmarschall Graf von Moltke verteidigte die Regierungsvorlage mit seiner Überzeugung, daß in der nächsten Zukunft keine Hoffnung bestehe, Europa werde aus dem bewaffneten Frieden herauskommen; denn „die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches sei in einem halben Jahre errungen worden, müsse aber ein halbes Jahrhundert mit den Waffen geschützt werden, weil die Nachbarstaaten durch die letzten Siege der Deutschen mißtrauisch geworden seien und befürchten, die Deutschen werden nach weiteren Eroberungen streben." Die nationalliberale und die Fortschrittspartei, welche immer die Rücksichtnahme auf die volkswirtschaftlichen Interessen hervorhoben, gingen auf das sieben Jahre unabänderliche Militärgesetz ein, obgleich sie zugaben, daß dadurch eine Militärherrschaft begründet werde und von den Franzosen, welche in der Armeeorganisation noch weit zurück seien, in den nächsten Jahren ein Rachekrieg nicht zu besorgen wäre. Den Widerspruch ihrer politischen Grundsätze suchten sie mit dem Vorwande zu rechtfertigen, daß die Reichsregierung einer starken Militärmacht bedürfe, um die Maigesetze durchzuführen und die ungehorsamen Ultramontanen und die sozialdemokratische Umsturzpartei im Zaume zu halten. Ein beredtes Mitglied der katholischen Zentrumspartei wies mit Entrüstung unter lebhaftem Beifall seiner politischen Gesinnungsgenossen und der äußersten Linken den Vorwurf zurück, daß nur „Reichsfeinde" gegen die Vorlage stimmen werden; er gab nur zu, daß die deutschen Katholiken wegen des bedauerlichen Kirchenstreites für das Vaterland nicht mehr jene Opfer wie im Jahre 1870 bringen werden. Er ermahnte zur Herstellung des innern Friedens, wodurch das Reich mehr gesichert werde als durch ein Dutzend von Militärgesetzen. Das „eiserne Septennat" wurde mit 224 Stimmen gegen 146 angenommen. Hierauf wurde im Einklange mit dem neuen Münzwesen nach dem hundertteiligen Marksystem die Ausgabe von Reichskassascheinen und die Einziehung von Staatsnoten der einzelnen Bundesländer beschlossen, die nach dem Maßstab ihrer Bevölkerung durch Reichsnoten entschädigt wurden. Dem zwischen

Deutschland, den europäischen Staaten und Nordamerika vereinbarten Postverein, wodurch eine einheitliche Brieftaxe und Vereinfachung des Dienstes erzielt wurde, erteilte der Reichstag seine Zustimmung. Auch das die Errichtung „des Landsturms" betreffende Gesetz gelangte ohne Schwierigkeit zur Annahme; derselbe wird aus allen wehrfähigen Männern vom 17. bis 42. Lebensjahr beim Ausbruch eines Krieges zur Verteidigung des Reiches organisiert, wodurch die Kriegsstärke des deutschen Heeres um 200 000 bis 400 000 Mann erhöht werden kann. Die Matrikularbeiträge wurden für das Jahr 1875 nach dem neuen Münzgesetz zu 68 969 000 Mark berechnet, wovon auf Bayern 18 798 000 Mark fielen. Das Gesetz über Beurkundung der Personen, über die Civilehe und die Führung der Tauf- und Sterbematrikel, welche in der bayerischen Rheinpfalz seit der französischen Revolution und in Preußen seit kurzer Zeit eingeführt worden war, wurde von dem Zentrum mit regem Interesse verworfen, weil es besorgte, daß durch dasselbe die heiligen Bande der Ehe gelockert und viele Kinder nicht mehr getauft werden, wenn den katholischen und protestantischen Pfarrern das Civilstandesamt entzogen und Laien übertragen werde[1]. In wenigen Jahren machte man die Erfahrung, daß die Befürchtung der Zentrumspartei begründet war; denn die religiöse Gleichgiltigkeit steigerte sich im ganzen Reich bis zur Gottlosigkeit, und in Norddeutschland wurden mehrere tausend Kinder, namentlich sozialdemokratischer Eltern, nicht getauft, und zahllose Ehen lösten sich freiwillig auf. In Preußen wurden von 1875—1879 in Berlin allein 14 000 Kinder protestantischer Eltern nicht getauft und über 88 700 Paare nicht kirchlich getraut[2]. Die katholische Kirche machte es den Brautleuten unter Androhung der Exkommunikation zur Pflicht, sich nach der Civiltrauung auch kirchlich trauen zu lassen.

Je mehr Reichsgesetze mit hastiger Eile in Berlin zur Befestigung des neuen Deutschland gemacht wurden, desto weniger konnte man sich in Bayern, besonders in den konservativen Provinzen, mit denselben befreunden, und nur in den größeren Städten mit einer religiös indifferenten Bevölkerung unterließen mehrere Brautleute die kirchliche Trauung und ließen einige sozialdemokratische Eltern ihre Kinder nicht taufen. Zu den großen Opfern, welche Süddeutschland dem neuen Reich in der Gesetzgebung brachte, kam (1875) der mit unsäglichen Mühseligkeiten verbundene Umwechsel der alten Geldmünzen mit den neuen Reichsmarken und die dadurch bedingte Änderung des ganzen Rechnungswesens, während diese Arbeit sich in Norddeutschland ohne Schwierigkeit abwickelte, weil eine Mark einem Dritteltháler entsprach. Aus dem einheitlichen Münzsystem mit der Goldwährung zogen der Kauf-

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 29. Oktober 1874 bis 28. Januar 1875.

[2] Evangelische Kirchenzeitung, Jahrgang 1881.

mannsstand und die reisenden Personen die nächsten Vorteile, die jedoch nur bis an die deutsche Grenze reichten, weil in den benachbarten Ländern die Goldwährung noch nicht eingeführt und nur in England gesetzlich war. Früher verhielt sich der Wert des Silbers zu jenem des Goldes wie 1 zu $15^1/_2$ und seit der Goldwährung wie 1 zu 20. Das alte Silbergeld wurde eingeschmolzen und die dadurch gewonnenen Silberbarren verkauft, wodurch das Reich in wenigen Jahren 96 Millionen Mark verlor; es wurden deshalb die Silberverkäufe von der Reichsregierung eingestellt. Es war ein großer Mißgriff, daß das Silber, welches man in Deutschland selbst reichlich gewann, als eigenes Produkt um geringen Preis verkauft wurde, während gleichzeitig das Gold um hohen Preis im Auslande gekauft werden mußte, wodurch die deutschen Erzeugnisse gegenüber den billigen Silberländern im Handel benachteiligt, die Arbeitslöhne herabgedrückt und die Lage der Arbeiter verschlechtert wurde. Es gibt auf der Erde nicht so viel Gold, daß der ganze Geldbedarf aller Kulturstaaten in Gold gedeckt werden könnte; deshalb erscheint eine gleichzeitige Benützung des Silbers als Währungsmittel geboten, und Deutschland und England werden sich noch veranlaßt sehen, durch eine internationale Übereinkunft das Silber wieder in das frühere Recht des Geldmetalls in einem bestimmten Wertverhältnis zum Gold einzusetzen. Der Unwille über die gesetzgeberische Gleichmacherei in allen Bundesstaaten äußerte sich auch in der bayerischen Abgeordnetenkammer (1875), und die Regierungsvorlage über die Rechtsverhältnisse der bayerischen Militärbeamten, die den Militärbeamten der Reichsarmee gleichgestellt werden sollten, wurde abgelehnt. Kriegsminister General von Pranckh, der die Vorlage auf Grund des Versailler Vertrages und der gleichmäßigen Organisation des Reichsheeres durchzubringen suchte, aber von den anderen Ministern im Stiche gelassen wurde, trat von seinem Amte, das ihm durch Einführung des preußischen Wehrsystems sehr erschwert worden war, zurück, und zu seinem Nachfolger wurde der Generallieutenant von Maillinger ernannt. Die Mißstimmung unter der patriotischen Kammerpartei wurde durch die Budgetverhandlungen vergrößert, weil von den 158 Millionen Gulden aus der französischen Kriegskostenentschädigung nur mehr 1730000 Gulden übrig waren und der auf Bayern treffende Betrag der ordentlichen Reichsmilitärausgaben sich auf 23630000 Gulden belief, welche von dem Landtag bedingungslos angenommen werden mußten. Die finanzielle Lage Bayerns wurde immer bedenklicher und die Klagen über den Niedergang der volkswirtschaftlichen Verhältnisse, die zunehmenden Vergantungen in den bäuerlichen und gewerblichen Klassen und die verfehlte deutsche Handelspolitik immer lauter und allgemeiner. Die Ganten in Bayern bezifferten im Jahre 1875 eine Gesamtüberschuldung von $2^1/_2$ Millionen Mark. Während die Nachbarländer und selbst Nordamerika ihre Gewerbe sorgfältig durch

Schutzzölle gegen auswärtige Konkurrenz sicherten, öffnete Deutschland der fremden, großenteils überlegenen Industrie und den landwirtschaftlichen Produkten des Auslandes einen freien Markt, weshalb die deutsche Handelsbilanz in den Jahren 1872 und 1873 mit einem Ausfall von 1400 Millionen Gulden abschloß. Zur Verbesserung des innern Verkehrs genehmigte der bayerische Landtag gemäß einem früheren Antrag den Ankauf der Ostbahn für den Staat um 93616000 Gulden. Die durch das neue Reichsbankgesetz bedingte Umänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die bayerische Hypotheken- und Wechselbank von 1834 wurde mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen, weil die Bank auf ihr Monopol der Notenemission verzichtete und der Staat sich mit einem Sechstel am Grundkapital beteiligt und ein Drittel der Dividende genießt. Die Bank, die nach dem Gesetze von 1834 noch 59 Jahre hätte bestehen können, wurde dadurch entschädigt, daß sie von der Verpflichtung befreit wurde, zwölf Millionen als Annuitätendarlehen dem Bodenkredit zuzuwenden [1].

Der Gegensatz zwischen der konservativen und der nationalliberalen Partei wurde durch die Neuwahl der Landtagsabgeordneten (1875) verschärft, weil die nationalliberal gesinnten Minister die Wahlkreise zu gunsten ihrer Anhänger künstlich eingeteilt hatten, worüber in der Verfassung keine Bestimmung getroffen war. Die patriotische Partei errang sich mit aller Anstrengung nur 79 Sitze gegen 77 Liberale, ein Verhältnis, das der weit größeren Zahl der patriotischen Wahlmänner nicht entsprach. Aus Unmut hierüber richtete die patriotische Kammerfraktion trotz einer energischen Einsprache der liberalen Abgeordneten an die Krone eine Adresse, obgleich der Landtag ohne Thronrede eröffnet worden war. Bei der Verhandlung derselben unterwarfen einige Mitglieder der Rechten die „Wahlkreisgeometrie“ und das Verfahren der Verwaltungsbeamten bei den Landtagswahlen einer scharfen, cynischen Kritik, erläuterten die unflätigen Angriffe der deutschen liberalen Presse auf die Person des Königs von Bayern, ohne daß ein Strafantrag gestellt worden wäre, und machten der liberalen Partei den Vorwurf, daß sie mit dieser schmutzigen Presse übereinstimme und den deutschen Einheitsstaat und damit die Mediatisierung Bayerns anstrebe. Diese Ausfälle setzten die Mitglieder der Linken in eine solche Entrüstung, daß sie den Sitzungssaal verließen und erst dann zurückkehrten, als der Präsident, Freiherr von Ow, dem Redner einen Ordnungsruf erteilte. In der von den Patrioten beschlossenen Adresse wurde Entlassung der Minister verlangt, um den innern Frieden wiederherzustellen; denn dieselben hätten durch die letzte Wahlkreiseinteilung die konservative Bevölkerung so beeinträchtigt, daß ganze Bezirke in der Kammer nicht vertreten seien. Daran reihte sich die weitere Beschwerde, daß die Minister im Bundesrat die in den Versailler

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 14. Februar bis 16. April 1875.

Verträgen zugesicherten Reservatrechte Bayerns nicht wahren, sondern von den Kronrechten eines nach dem andern opfern. Die Minister verteidigten ihre Wahlkreiseinteilung mit der Verfassung, welche ihnen dieselbe offen lasse, und baten den König um ihre Entlassung. Ludwig II. wies die Adresse zur allgemeinen Überraschung des Landes zurück und sprach sein Befremden aus über den Ton, in welchen einzelne Kammerredner bei der Adreßdebatte verfallen wären. Das Entlassungsgesuch der Minister lehnte er ab und sagte ihnen sein volles Vertrauen zu, in der Hoffnung, es werde ihnen gelingen, die Rückkehr des innern Friedens herbeizuführen[1].

Durch den Allerhöchsten Erlaß wurde die gereizte Stimmung zwischen den beiden Parteien nicht gehoben, und die Patrioten erklärten die Abgeordnetenwahlen in München und anderen unmittelbaren Städten für ungiltig, weil die Magistrate bei Einteilung der Wahlmännerkreise zum Nachteil der konservativen Einwohner tendenziös verfahren wären. Bei der zweiten Wahl wurden die nämlichen Abgeordneten wieder gewählt. Zur Vermeidung künftiger Anstände stellte der Führer der patriotischen Partei einen Initiativantrag auf Erlassung eines Wahlgesetzes und brachte einen hierauf bezüglichen Entwurf ein; allein man konnte sich aus Parteiinteresse über die Bildung der Wahlkreise nicht einigen. Der Minister des Äußern und des Handels wurde von der rechten Seite aus Besorgnis um den kleinen Rest der bayerischen Selbständigkeit interpelliert, welchen Standpunkt die Staatsregierung einzunehmen gedenke, wenn der Reichskanzler aus politischen, militärischen und volkswirtschaftlichen Gründen die Eisenbahnen der einzelnen Bundesstaaten für das Reich zu erwerben und in der Hand der Reichsregierung zu zentralisieren suchen würde. Herr von Pfretzschner beruhigte sie mit der Erklärung, die bayerische Regierung werde nicht nur das in den Versailler Verträgen stipulierte Reservatrecht der Eisenbahnen im Bundesrat verteidigen, sondern auch der Zentralisierung nichtbayerischer Bahnen auf reichsverfassungsmäßigem Wege entgegenwirken. Bei Beratung der XIII. Finanzperiode (1876 und 1877) wurde die königliche Civilliste um 202000 Mark infolge notwendiger Mehrausgaben des Hofes erhöht[2] und auf Wunsch des Königs die Ausgaben für die bayerischen Gesandtschaften im Auslande bewilligt, wiewohl sie nach dem Eintritte Bayerns in den Norddeutschen Bund überflüssig erschienen. Dem mißliebigen Kultusminister von Lutz wurden von der katholisch-patriotischen Kammermehrheit die Ausgaben für eine fünfte

---

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 28. September bis 15. Oktober 1875.

[2] Die permanente Zivilliste des Königs belief sich seit dem Jahre 1876 jährlich auf 4231044 Mark; die Apanage des Prinzen Otto, Bruders des Königs, betrug 137148 Mark, des Prinzen Luitpold 171429 Mark, der Söhne des Prinzen Adalbert 171429 Mark, des Herzogs Max in Bayern 385716 Mark und der Königin-Mutter Marie 233000 Mark.

Lateinklasse und den obersten Schulrat gestrichen, weil ersterer nach den Vorschlägen des letztern den Religionsunterricht in den oberen Klassen der humanistischen Gymnasien beschränkt und die Prüfung in der Religion bei dem Gymnasialabsolutorium aufgehoben hatte; sie genehmigte jedoch für Schul- und Kirchenzwecke fast 20 Millionen Mark. Dem Kriegsminister wurde außer den ordentlichen Militärausgaben zu 41 446 000 Mark noch ein Kredit zu einem Anlehen von 12 Millionen Mark für außerordentliche Bedürfnisse des Heeres bewilligt. Nach dem Vorgange anderer deutschen Staaten wurde eine Hundesteuer beschlossen, um die Zahl der Hunde, welche sich im Jahre 1874 bis zu 292 000 vermehrt hatten, und damit die Wasserscheu und die Gefahr für das menschliche Leben zu vermindern. Die Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt wurden von den beiden Kammern für ein Jahr zu 257 360 000 Mark festgesetzt[1].

Während der Landtagsverhandlungen wurde in München im Glaspalast (Juni 1876) eine deutsche Kunst- und Gewerbeausstellung feierlich eröffnet. Die mit Verständnis und Geschmack angeordnete großartige Sammlung war ein glänzender Beweis von dem Talent der deutschen Nation in Kunst und Industrie seit ihrer ersten Kulturperiode bis auf die Gegenwart. Zu gleicher Zeit, als der friedliche Tempel mit seinen mannigfaltigen, unberechenbaren Schätzen von Hunderttausenden des In- und Auslandes und selbst aus fernen Erdteilen besucht wurde, stiegen im Orient gefahrdrohende Kriegswolken auf. In den türkischen Provinzen Herzegowina und Bosnien hatten sich die unterdrückten Christen gegen die Pforte erhoben, weil sie trotz den Mahnungen der Großmächte, namentlich Rußlands, die längst versprochenen Reformen nicht ausgeführt hatte. Der ehrgeizige Fürst Milan von Serbien wollte die aufständischen Provinzen seinem Lande einverleiben und sich zum König ausrufen lassen; er verband sich mit dem Fürsten Nikita von Montenegro, welcher zur unmittelbaren Verbindung seines kleinen Fürstentums mit dem Adriatischen Meer ein Stück von der Türkei an sich reißen wollte. Die Serben wurden von den Russen mit bedeutenden Geldsummen und ausgedienten Soldaten unterstützt; allein sie unterlagen den an Taktik und Zahl weit überlegenen Türken, und ihre Hauptstadt Belgrad schien der Rache ihrer Gegner preisgegeben zu werden. Glücklicher fochten die Montenegriner, welche eine türkische Heeresabteilung zurückschlugen und türkisches Gebiet besetzten. Das russische Volk erhob sich aus national-religiösen Sympathien für die griechisch-orthodoxen Slaven, und Kaiser Alexander II. wurde von seiner panslavistischen Umgebung bedrängt, den unglücklichen Christen in der Türkei zu Hilfe zu kommen. Die Kriegspartei am Petersburger Hofe wollte den Aufstand der Christen benützen, um ihrer Flotte

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen a. a. O., vom 16. bis 21. Oktober 1875.

den Durchgang durch die Dardanellen zu verschaffen und das westliche Ufergebiet des Schwarzen Meeres zu erobern. Rußland hatte in einer Konferenz in London mit Unterstützung der deutschen Reichsregierung (13. März 1871) erwirkt, daß der XI. Artikel des Pariser Vertrages von 1856 aufgehoben und den russischen Kriegsschiffen das Schwarze Meer in ihren Häfen wieder geöffnet wurde. Seitdem wurde die Eroberungslust der Russen nach der Balkanhalbinsel gereizt, und der sonst friedliebende Zar ordnete die Rüstungen zu einem Krieg gegen die Pforte an. Ganz Europa richtete seine Blicke auf das mächtig gerüstete und gefürchtete Deutschland. Die kaiserliche Regierung in Berlin war von aufrichtiger Friedensliebe beseelt; Wilhelm I. hatte die Kaiser von Österreich und Rußland zu einem Besuche nach Berlin eingeladen, um den Völkerschaften Europas zu zeigen, daß das neue Deutsche Reich, welches durch die letzten ruhmreichen und beispiellosen Siege allgemeine Eifersucht und Furcht erweckte, die Möglichkeit eines dauernden Friedens verbürge. Die beiden Monarchen von Rußland und Österreich verliehen durch ihr persönliches Erscheinen (September 1872) dem neuen deutschen Kaisertum eine feierliche Anerkennung, und der Reichskanzler Bismarck brachte zwischen den drei Kaisern eine Allianz zu stande, um den Franzosen ein Bündnis mit Rußland oder Österreich zu erschweren und zugleich der russischen und österreichischen Regierung die Hände zu anderweitigen Allianzen zu binden. Der Deutsche Kaiser bemühte sich, den Frieden zwischen Rußland und der Türkei zu vermitteln, weil es nicht im Interesse Deutschlands lag, daß Rußland an der untern Donau seine Macht erweitere. Auf einer Konferenz in Konstantinopel wies der Sultan Abdul Hamid die Reformvorschläge der Großmächte zurück, weil er in denselben eine Verletzung seiner Souveränität und Unabhängigkeit sah. Serbien mußte nach gänzlicher Entkräftung mit ihm Frieden schließen und seine Oberherrlichkeit wieder anerkennen.

In Rußland stieg die kirchen-politische Bewegung in allen Klassen der Bevölkerung, und Kaiser Alexander II. wurde gegen seinen Willen zu dem folgenschweren Entschluß fortgerissen, der Pforte den Krieg zu erklären, als sie die letzten Anträge Rußlands ablehnte; hierbei konnte er auf eine wohlwollende Haltung der deutschen Reichsregierung rechnen. Mit dem Fürsten Karl von Rumänien vereinbarte der Zar wegen des Durchmarsches des russischen Heeres ein Bündnis, und dieser erklärte des Fürsten Unabhängigkeit von der Pforte. Mit Kaiser Franz Joseph von Österreich schloß er in Reichsstadt einen Vertrag, in welchem er sich verpflichtete, in der Türkei auf dem rechten Donauufer keine Eroberungen zu machen, und zugab, daß Österreich-Ungarn die unzufriedenen Provinzen Bosnien und Herzegowina besetze, wenn der Sultan in denselben die Ruhe und Ordnung nicht zu erhalten vermöge. Franz Joseph versprach, neutral zu bleiben. Im April 1877 überschritt eine russische Armee den Pruth und eine andere die armenische Grenze, um

das osmanische Reich auf zwei Seiten anzugreifen. Die Türken hofften auf einen Beistand Englands, und der britische Premierminister Lord Derby bezeichnete in einer Note an den englischen Botschafter in Petersburg die Kriegserklärung Rußlands an die Pforte als einen Vertragsbruch; denn im Pariser Vertrag 1856 und auf der Londoner Konferenz 1871 hätten Rußland und die anderen Großmächte die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit des Ottomanischen Reiches gewährleistet. Als aber der deutsche Reichskanzler mit dem ganzen Gewichte seines großen Ansehens auf Lokalisierung des Krieges bestand und die russische Regierung jede Absicht auf Eroberung in Abrede stellte, blieb England neutral.

Die Russen rückten wegen andauernden Regenwetters und mangelnder Eisenbahnen langsam durch Rumänien an die hochgehende Donau vor und überschritten bei Sistowa (Ende Juni 1877) den breiten Strom. Der Pascha, welchem mit einer Division die Überwachung der Donauübergänge anvertraut worden war, sah mit fatalistischer Ruhe dem feindlichen Einfalle zu. Die Russen eroberten die befestigte Stadt Nikopoli, und der General Gurko drang mit einem Armeecorps durch Bulgarien bis in den Schipkapaß vor, überstieg das Balkangebirge und bedrohte Adrianopel. Diese Erfolge wurden den Russen nur dadurch ermöglicht, daß der türkische Feldherr durch verschiedene sich durchkreuzende Befehle des Kriegsministers und des Sultans Abdul Hamid in seinen Operationen gehemmt und zur Defensive gezwungen wurde. Die Nachricht von dem Marsche der Russen gegen Adrianopel erfüllte Konstantinopel mit solchem Schrecken, daß der Sultan den Oberbefehl dem Mehemed Ali Pascha, einem Renegaten aus Magdeburg, übertrug. Der neue Feldherr nahm mit ungefähr 90 000 Türken bei der Festung Schumla Stellung und befahl dem Suleiman Pascha, mit einem Armeecorps von Adrianopel aus den General Gurko über den Balkan zurückzuschlagen. Während Suleiman die Russen in den Schipkapaß zurücktrieb, zog Osman Pascha, ein befähigter und tapferer General, mit 40 000 Mann von Sofia über Widdin gegen Nikopoli und besiegte zwei russische Armeecorps bei der Stadt Plewna in einer dreitägigen Schlacht. Die Russen hatten die türkische Streitmacht unterschätzt; ihre Generale, welche meist dem kaiserlichen Hause oder dem hohen Adel angehörten, waren unfähige Heerführer und für die Verpflegung der Soldaten war schlecht gesorgt; der gemeine Mann aber wetteiferte mit dem Türken an Tapferkeit und Ausdauer. Kaiser Alexander II., welcher sich selbst nach Bulgarien in das Hauptquartier begeben hatte, zog das Gardecorps von Petersburg und die Reservetruppen zur Verstärkung heran und rief die Rumänen zu Hilfe, deren Anerbieten er früher verschmäht hatte. Die Serben wurden von dem russischen Nationalkomitee mit Geldmitteln zur Wiederherstellung ihrer Armee und zur Erneuerung der Feindseligkeiten gegen die Pforte unterstützt. Fürst Karl von Rumänien

führte seine Truppen zwischen Widdin und Korabia (25. August 1877) über die Donau, vereinigte sich mit der aus drei Armeecorps bestehenden Westarmee der Russen und griff mit ungefähr 100000 Mann und 280 Geschützen den Osman Pascha an, welcher sich bei der Stadt Plewna mit 60000 Mann und 240 Geschützen in einer fast uneinnehmbaren Stellung verschanzt hatte. Nach Wegnahme einiger Redouten und einem mehrtägigen Artilleriegefecht lieferten die verbündeten Russen und Rumänen den Türken (11. September) eine Schlacht; der Zar, welcher auf einer Holztribüne dem blutigen Ringen zusah, konnte sich persönlich von der Niederlage seiner Regimenter überzeugen. Gegen 20000 Russen und Rumänen bedeckten die Walstatt und alle von ihnen eroberten Schanzwerke gingen bis auf eine Redoute wieder verloren, welche die Rumänen hartnäckig verteidigten.

Alexander II. verstärkte die Westarmee durch das Gardecorps und übergab die Führung dem erfahrenen General Totleben, welcher die wichtigsten Schanzwerke der Türken erstürmte und Plewna einschloß, um die Türken durch Hunger zu überwältigen. Mehemed Ali Pascha wollte vom Süden aus Plewna entsetzen, wurde aber von den überlegenen Russen durch die Balkanübergänge (November 1877) nach Sofia zurückgedrängt. Suleiman Pascha hatte die Russen in ihren Verschanzungen am Schipkapaß angegriffen, war jedoch nicht im stande, sie in einem fünftägigen mörderischen Gefecht zurückzuschlagen. Er änderte seinen Operationsplan, indem er dem südlichen Flügel der russischen Ostarmee unter dem Großfürsten-Thronfolger in Bulgarien bei Elena (4. Dezember) eine Schlacht lieferte und ihn besiegte. Hierauf rückte er gegen die Hauptstellung der Ostarmee bei Tirnowa vor, um seinen Gegner zu zwingen, daß er das Armeecorps Gurkos vom Schipkapaß zurückziehe, wodurch Mehemed Ali und Osman Luft gemacht würde. Allein zu einem Angriff auf Tirnowa war er zu schwach, und Osman Pascha machte, als die Lebensmittel zur Neige gingen, den verzweifelten Versuch, sich nach einigen Scheingefechten auf der Straße nach Widdin durchzuschlagen; er wurde jedoch von zwei russischen Grenadierdivisionen nach Plewna zurückgetrieben. Osman fand die Stadt schon von Russen und Rumänen besetzt und mußte sich (10. Dezember) kriegsgefangen ergeben. Nach diesem entscheidenden Erfolg marschierten die hinterlistigen Serben in die Türkei ein, und die russische Westarmee überstieg bei einem entsetzlichen winterlichen Wetter unter den größten Gefahren den Balkan und zog nach einigen hitzigen Gefechten (3. Januar 1878) in Sofia ein, wo seit dem Jahre 1434 kein christlicher Krieger mehr erschienen war. Fast zu gleicher Zeit überschritt ein russisches Armeecorps unter dem kühnen General Skobeleff den Schipkapaß, umzingelte an dessen Ausgang ein türkisches Beobachtungscorps und nahm es gefangen. Die Lage der Pforte wurde immer verzweifelter; denn in Armenien hatten die Türken zwar anfangs über die Russen einige Vor-

teile errungen, erlitten aber bald durch den verstärkten Gegner eine gänzliche Niederlage bei der Festung Kars und verloren (November) auch dieses Bollwerk. Im Nordwesten eroberten die Montenegriner (10. Januar) die Festung Antivari, und die Serben erstürmten an demselben Tag die befestigte Stadt Nisch und machten 8000 Türken zu Gefangenen. Während die russische Ostarmee die Donaufestungen belagerte und am Lomflusse eine beobachtende Stellung nahm, zersprengte die Westarmee mit überlegener Macht das türkische Heer unter Suleiman Pascha bei Philippopel und zog (20. Januar) in Adrianopel ein. Als die Russen sich der mit vielen Tausenden türkischer Flüchtlinge angefüllten Stadt Konstantinopel und den Dardanellen näherten, schloß Sultan Abdul Hamid (3. März) in San Stefano unweit Konstantinopel mit Rußland Frieden. Rumänien, Serbien und Montenegro wurden zu selbständigen, von der Pforte unabhängigen Fürstentümern erhoben und die Grenzen ihres Landes durch türkisches Gebiet erweitert. Rumänien mußte nach einem erbitterten, aber vergeblichen Protest jenen Teil von Bessarabien, den Rußland im Pariser Friedensvertrag von 1856 verloren hatte, an den Zaren abtreten und erhielt zur Entschädigung das am rechten Donauufer gelegene, zum Teil sumpfige Land der Dobrudscha und südlich davon die Landschaft von Silistria bis Mangalia. Südlich vom Balkan sollte das neue Fürstentum Bulgarien, mit einem Umfang von 3500 Quadratmeilen und 5½ Millionen Einwohnern, unter der Oberhoheit des Sultans errichtet werden. Sämtliche Donaufestungen wurden geschleift und in Armenien das Gebiet von Ardahan bis Songhanly mit der befestigten Hafenstadt Batum am Schwarzen Meer mit dem russischen Reich vereinigt. Die Pforte verpflichtete sich zu einer Kriegskostenentschädigung von 310 Millionen Rubeln[1]. Durch diesen Vertrag verlor die Türkei in Europa über die Hälfte ihres Besitzes und sank zu einem Staate zweiten Ranges herab; Rußland hiergegen erlangte durch die Erwerbung Bessarabiens und wichtiger Hafenplätze, sowie durch die Gründung eines großen slavischen Fürstentums in Bulgarien ein politisches und kommerzielles Übergewicht nicht bloß auf der Balkanhalbinsel, sondern auch in Kleinasien.

Sobald der Vertrag von San Stefano bekannt wurde, einigten sich England und Österreich-Ungarn, welche durch diese Abmachung in ihren Interessen zumeist bedroht waren, in dem Beschlusse, die Integrität der Türkei auf Grund des Pariser Vertrages von 1856 und der Londoner Deklaration von 1871 mit Waffengewalt zu erhalten; die Ausführung war jedoch durch die Haltung der deutschen Reichsregierung bedingt. Rußland hatte den großen Fehler begangen, daß es sich durch die kriegerischen Drohungen Englands einschüchtern ließ und nicht Konstantinopel und die Meerengen eroberte.

---

[1] Jäger, Oskar, Geschichte der neuesten Zeit, I. und II. Bd.

Die Kabinettsräte des Zaren Alexander II. und die russische Presse eiferten aus Kurzsichtigkeit gegen eine Besetzung der türkischen Hauptstadt und bestanden darauf, die Entscheidung des Friedensvertrages den Großmächten zu überlassen. Der russische Botschafter in London, Graf Schuwaloff, ein unentschlossener, ängstlicher Diplomat, riet in Petersburg eindringlich zur Vorsicht. Der russische Minister des Innern bedrohte jene Zeitungsredakteure, welche eine Eroberung Konstantinopels forderten, mit Strafen. Wenn die Russen im Besitze Konstantinopels und der Meerengen gewesen wären, so hätten sie ohne große Besorgnis einen Seekrieg der Engländer abwarten können. In San Stefano diktierten die russischen Bevollmächtigten einen Vertrag, als wenn sie das ganze türkische Reich erobert hätten. Sie hätten voraussehen können, daß Österreich-Ungarn und England niemals in denselben willigen werden. Die Delegationen des österreichischen und ungarischen Reichstages gewährten dem Minister des Auswärtigen, Grafen von Andrassy, die von ihm verlangte Geldsumme zu Kriegsrüstungen gegen Rußland. Der russische General Ignatieff eilte nach Wien, um die kaiserliche Regierung zu beruhigen. England war entschlossen, den Vertrag von San Stefano mit Gewalt aufzuheben. Der Minister des Auswärtigen, Lord Salisbury, der auch ohne Bundesgenossen mit Rußland Krieg führen wollte, erließ an die Gesandten Englands bei den fremden Mächten eine Note, worin er nachwies, daß der Vertrag von San Stefano die ausschließliche Herrschaft Rußlands über den Orient begründe. Im Einvernehmen mit der Pforte erschienen am Goldenen Horn zum Schutze Konstantinopels britische Kriegsschiffe und auf Malta wurden englische und indische Truppen zusammengezogen.

Fürst Bismarck, der als „ehrlicher Mäkler“, wie er sich nannte, die Vermittlung übernahm, unterhandelte in London mit Schuwaloff und Salisbury den ganzen Monat Mai. Im deutschen Reichstag gab er die Erklärung ab, daß Deutschland neutral bleiben werde, wenn der Vertrag von San Stefano zu einem Krieg führen sollte, weil es im Orient keine anderen Interessen zu verteidigen habe, als die freie Schiffahrt auf der Donau, dem Schwarzen Meer und in den Dardanellen und die Verbesserung der Lage der Christen in der Türkei, und beides sei von Rußland zugesichert worden. Der Reichskanzler gab zu, daß Rußland, welches im letzten Krieg gegen 80000 Mann verloren und 800 Millionen Rubel aufgewandt habe, zu einer entsprechenden Entschädigung berechtigt sei. Die englische Regierung erwog die Opfer eines orientalischen Krieges und die Einbuße im Handel und rief in Verbindung mit Österreich-Ungarn die Vermittlung Deutschlands an. Mit großer Mühe brachte der deutsche Reichskanzler einen europäischen Kongreß in Berlin zu stande, um mit den Großmächten den Vertrag von San Stefano zu beraten. Bismarck wurde die Leitung der Verhandlungen übertragen, und er setzte es durch seine geistige Überlegenheit und unparteiische

Energie durch, daß die Verhandlungen am 13. Juli 1878 zu einem Abschlusse gelangten; er hatte alle Anträge Rußlands unterstützt, weil es noch für einen verbündeten Nachbarn des Deutschen Reiches galt. England und Österreich-Ungarn übten auf Rußland, das zur Fortsetzung des Krieges zu geschwächt war, einen solchen Druck aus, daß es viele ihm günstige Bestimmungen im Vertrage von San Stefano fallen ließ. Das Fürstentum Montenegro wurde um das Doppelte vergrößert und schob seine Grenzen durch Erwerb des Seehafens Antivari bis an die Meeresküste vor. Rumänien und Serbien behielten den im Vertrag von San Stefano festgestellten Umfang bei; der rumänische und der serbische Fürst nahmen (1882) den Titel eines Königs an und wurden als solche auch von den europäischen Mächten anerkannt. Das neue Fürstentum Bulgarien wurde mit der Hauptstadt Sofia auf einen Flächeninhalt von 1150 Quadratmeilen mit 1800000 Einwohnern beschränkt und zur Pforte in ein tributäres Oberhoheitsverhältnis gestellt. Auf Antrag Englands und Österreichs wurde das Fürstentum Ostrumelien oder Südbulgarien mit der Hauptstadt Philippopel, welches in San Stefano zu Bulgarien geschlagen worden war, mit einem Umfang von 630 Quadratmeilen und einer Million Einwohnern geschaffen; es wurde der türkischen Oberhoheit untergeordnet und einem christlichen Statthalter zur Verwaltung übertragen, dessen Ernennung von den Vertragsmächten genehmigt wurde. Die Notabeln von Bulgarien wählten den jungen Prinzen Alexander von Hessen-Darmstadt, Neffen der russischen Kaiserin, (April 1879) zu ihrem Fürsten, welcher von allen Großmächten gemäß dem Berliner Vertrag anerkannt wurde.

Den Griechen, die sich auf eindringliche Vorstellungen Englands unwillig von einer Beteiligung an dem Kriege gegen die Türkei zurückhalten ließen, wurde im Berliner Kongreß ein Landstrich von Thessalien und Mazedonien mit 640 Quadratmeilen und 388000 Einwohnern, darunter 48000 Muhammedaner, zugesichert; sie mußten mit der Pforte über die Abtretung dieses Gebietes streiten und ihr mit Gewalt drohen. Erst als auf Vorschlag Frankreichs auf einer Nachkonferenz in Berlin (Juni 1881) die Pforte ernstlich zur Nachgiebigkeit aufgefordert wurde, übergab sie die Landschaft den Griechen. Österreich-Ungarn wurde auf Betrieb Englands und des Deutschen Reiches bevollmächtigt, in den aufgeregten türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina, welche der österreichische Minister Graf Andrassy schon beim Beginne des russisch-türkischen Krieges besetzen wollte, im Namen des Sultans die Ordnung und Verbesserung der Lage der Christen mit militärischer Macht herzustellen. Die muhammedanischen Besatzungen und die aufständischen Einwohner setzten der österreichisch-ungarischen Armee einen so unerwartet hartnäckigen Widerstand entgegen, daß Kaiser Franz Joseph 200000 Mann und über 100 Millionen Gulden zur Unterwerfung der

beiden Länder aufbieten mußte. Österreich behielt die zwei fruchtbaren und noch wenig bevölkerten Provinzen in Besitz, weil die Pforte in ihrer schlechten, von einem Staatsbankerott bedrohten Finanzlage nicht im Stande war, ihm die Kriegskosten zu entschädigen. Durch die Besetzung Bosniens und der Herzegowina bis zur Stadt Novibazar bildete Österreich-Ungarn einen starken Damm gegen weitere Eroberungsgelüste der Russen in der Türkei, welche der allgemeinen Auflösung entgegenging, und brachte Montenegro und Serbien unter seinen politischen Einfluß; dadurch nahm es wieder die Erfüllung seines kulturhistorischen Berufes auf, den ihm die geographische und handelspolitische Lage im Orient anwies.

England hatte (4. Juni 1878) vor dem Berliner Kongreß mit der Pforte einen Vertrag abgeschlossen, kraft dessen es die Insel Cypern besetzte und dafür das Protektorat für die asiatische Türkei gegen ein künftiges Vordringen Rußlands übernahm. Zur Gegenleistung für die Bemühung des deutschen Reichskanzlers, womit er die Interessen Österreichs in der Türkei auf dem Berliner Kongreß vertreten hatte, hob Kaiser Franz Joseph den fünften Artikel des Prager Friedens (1866) auf, nach welchem in den nördlichen Bezirken Schleswigs mit dänischer und deutscher Bevölkerung die Landesregierung durch Stimmenmehrheit der Bevölkerung entschieden werden sollte. In Rußland war man mit den Beschlüssen des Berliner Kongresses höchst unzufrieden, weil durch dieselben die Vertragsartikel von San Stefano größtenteils aufgehoben worden waren und die Russen sich für gedemütigt hielten. Der Ausführung des Testamentes Peter des Großen, die russische Macht bis nach Konstantinopel auszudehnen, wurde durch Österreich-Ungarn in Bosnien und der Herzegowina und durch England auf Cypern eine feste Schranke gesetzt. Die Schuld hiervon maßen die Russen dem Reichskanzler Bismarck zu. Unter Hinweis auf die Haltung Rußlands während des deutsch-französischen Krieges warfen sie ihm Undank vor und führten in der Presse eine höchst gereizte Sprache gegen Deutschland. Die panslavistische Partei hetzte zu einem Kriege in Verbindung mit Frankreich gegen Deutschland. Das russische Volk hatte keine Kenntnis von der Mattherzigkeit des alten Fürsten Gortschakoff und seiner Begleiter auf dem Berliner Kongreß und schob die Schuld an den geringen Errungenschaften eines an Menschen und Geld kostspieligen Krieges auf „das undankbare Deutschland", obgleich Bismarck alle Ansprüche Rußlands befürwortet hatte. In allen Gesellschaften äußerte man, daß die Deutschen Rußland betrogen hätten, und die früheren russischen Sympathien schlugen in Haß über. Als Fürst Bismarck in Petersburg den Vorschlag machte, daß Deutschland und Rußland sich gegenseitig ihren Besitzstand gewährleisten, wurde er abgewiesen [1]. Der Reichskanzler Gortschakoff bereitete Unterhand-

[1] Rede Bismarcks im Reichstag den 6. Februar 1888.

lungen mit Frankreich und Italien über ein Bündnis vor und sprach offen seine Sympathien für die Franzosen aus. Der Großfürst-Thronfolger Alexander reiste nach Paris, um sich persönlich von der Stimmung der Franzosen gegen das Deutsche Reich zu überzeugen; er bemerkte zwar in den leitenden Kreisen die Lust nach einem Rachekrieg, allein die französische Armeeorganisation war noch lange nicht vollendet und die politischen Zustände der französischen Republik durch Umtriebe verschiedener Parteien nicht gesichert. Die Ministerien wechselten oft und mit ihnen die oberste Kriegsverwaltung und die militärischen Einrichtungen. Die radikalen Republikaner hatten unter Führung Gambettas in der Nationalversammlung die Oberhand gewonnen und zwangen den konservativ gesinnten Präsidenten Mac Mahon (30. Januar 1879) zur Abdankung; zu seinem Nachfolger wurde der Präsident der Nationalversammlung, Grevy, gewählt. Die Mehrheit der Nationalversammlung wählte den Advokaten Gambetta, den eigentlichen Leiter der französischen Politik, zu ihrem Präsidenten und brachte in das französische Volk dadurch eine große Spaltung, daß sie durch die „Märzdekrete“ (1880) alle Orden und Klöster aufhob und einen „Kulturkampf“ eröffnete, wie in Preußen.

Nach einer persönlichen Begegnung der beiden Kaiser Wilhelm und Franz Joseph in Gastein trat Fürst Bismarck, der sich vom Bade Kissingen nach Gastein begab, mit dem Minister Grafen Andrassy in lange Unterhandlungen und legte ihm die Gemeinsamkeit der deutschen und österreichischen Interessen gegenüber Rußland und Frankreich dar. Von Gastein reiste der Reichskanzler nach Wien, wo er mit seinem Plan, namentlich im Herrscherhause und der höheren Aristokratie, wegen des Krieges von 1866 eine kühle Aufnahme fand, obwohl Österreich-Ungarn von Rußland wegen Bosniens und der Herzegowina angefeindet wurde und die Italiener den Österreichern drohten, daß sie ihnen das Trentino und Triest wegnehmen werden; es gelang ihm jedoch, den Kaiser Franz Joseph für ein Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland gegen jeden feindlichen Angriff zu gewinnen. Damit lähmte Bismarck die Allianzverhandlungen Rußlands mit Frankreich, sicherte den europäischen Frieden und erwarb sich in den beiden verbündeten Staaten die allgemeine Zustimmung der Bevölkerung. Kaiser Wilhelm I. ging ungerne auf ein Bündnis ein, dessen Spitze gegen Rußland gerichtet war; er eilte nach Alexandrowo an der polnisch-russischen Grenze, um hierüber seinen Neffen, den Zaren Alexander II., persönlich zu beruhigen und sich dessen freundschaftliche Gesinnung zu erhalten, was ihm auch glückte. Der Deutsche Kaiser stand schon im 82. Lebensjahr und sehnte sich, seine letzten Tage in Frieden zu genießen. Zwei ruchlose Mordversuche von seiten der Sozialdemokraten auf sein Leben hatten ihn ernst gestimmt und seine Gedanken auf Sicherung der innern Ordnung und des Friedens nach außen gerichtet. Der Bündnisvertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn

wurde am 7. Oktober 1879 abgeschlossen mit der Verpflichtung, daß beide Mächte sich mit ganzer Streitkraft unterstützen, wenn sie von Rußland angegriffen werden würden [1].

Die staats- und gesellschaftsgefährlichen Grundsätze der Pariser Sozialdemokraten hatten in Deutschland einen schnellen Eingang gefunden und verbreiteten sich zumeist unter den arbeitenden Klassen. Im Deutschen Reich sanken seit einigen Jahren Gewerbe, Handel und Geschäfte immer tiefer, und die Lebensverhältnisse der Arbeiter wurden immer drückender. Seitdem durch die französische Kriegskostenentschädigung ungeheuere Geldsummen nach Deutschland geflossen waren, gab man sich einer planlosen Spekulation, einem übertriebenen „Gründertum" und einer schrankenlosen Genußsucht hin. Die Juden allein vergrößerten durch schlaue Sparsamkeit und Ausbeutung der Notlage der Christen ihre beneideten Reichtümer. Obgleich infolge einer verfehlten Freihandelspolitik jährlich Milliarden für fremde Produkte ins Ausland kamen und manche Industriezweige wegen mangelnden Schutzzolls gänzlich daniederlagen, so wurden doch Fabriken und Geschäfte gegründet und in großen Städten Gebäude aufgeführt, welche mehr kosteten, als sie eintrugen. Die Arbeiter wurden verdorben durch hohe Löhne, die ihnen der Gründer oder Fabrikbesitzer bezahlte. Die notwendige Tugend der Sparsamkeit, welche den Franzosen auszeichnet, ist dem genußsüchtigen deutschen Arbeiter unbekannt. In blindem Jagen nach Gewinn wurde eine Überproduktion erzeugt, welche auf lange Zeit hinaus die Bedürfnisse deckte, ohne den gehofften Nutzen abzuwerfen. Als ein Rückschlag eintrat und damit Geschäftslosigkeit und Not, mußten die Arbeitnehmer ebenso unter dem allgemeinen Drucke leiden wie die Arbeitgeber; je mehr aber jene verwöhnt waren, desto höher stieg die Unzufriedenheit, und die darbenden Arbeiter konnten leicht von Demagogen für die sozialdemokratischen Lehren gewonnen werden. Im deutschen Reichstag glaubte man dadurch eine Abhilfe schaffen zu können, daß zu dem Reichsgewerbegesetz eine Novelle über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Arbeitszeit und die arbeitende weibliche Jugend und über das Lehrlingswesen mit dem Bundesrate vereinbart wurde. Die Regierungen suchten vergeblich die materielle Lage der Arbeiterbevölkerung durch Vereins- und Hilfskassen zu bessern, weil fast sämtliche Gewerbe in den Händen von Fabrikherren oder Kapitalisten waren, welche sich nach dem allgemeinen Grundzug der Zeit nur von Selbstsucht leiten ließen und die christlichen Grundsätze abgelegt hatten. Die zahlreichen Gewerbtreibenden, besonders in jenen Städten, wo die Mittel zu einem größern Geschäftsbetrieb fehlten, wurden zu Händlern mit Fabrikwaren

---

[1] „Deutscher Reichsanzeiger" den 3. Februar 1888. „Wiener Abendpost" den 3. Februar 1888.

herabgedrückt. Die zunehmende Erwerbslosigkeit und Not erregten in den arbeitenden Klassen revolutionäre Gesinnungen und Haß gegen die bestehende Ordnung. Es organisierten sich weitverbreitete sozialdemokratische Vereine, welche in Versammlungen und Zeitungen Gemeinschaftlichkeit des Eigentums und Abschaffung aller Standesunterschiede forderten und in einer aufreizenden Sprache die Ermordung der Monarchen und die Ausrottung aller Religion anstrebten. In ihrer Presse machten sie den liberalen Fürsten, Ministern, den höheren Kreisen und den Reichen den Vorwurf: „Wenn ihr der Religion nicht bedürft, so ist sie für uns auch entbehrlich."

Während der Reichstag sich in Berlin über die Lage der Arbeiter beriet, feuerte ein Sozialdemokrat aus Sachsen (11. Mai 1878) auf den greisen Kaiser Wilhelm, als er mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, „unter den Linden" spazieren fuhr, mehrere Revolverschüsse ab, jedoch glücklicherweise erfolglos. Der Bundesrat legte der Reichsversammlung (20. Mai) ein Ausnahmegesetz über Unterdrückung der Sozialdemokratie zur Genehmigung vor. Die Abgeordneten verkannten die von der Sozialdemokratie drohenden Gefahren nicht, allein sie wollten eine präjudizierliche Ausnahmsgesetzgebung überhaupt vermeiden und waren von der Fruchtlosigkeit überzeugt, die sozialdemokratischen Lehren durch Zwangsmaßregeln zu entfernen. Die Mitglieder der katholischen Zentrumspartei ermahnten die Reichsregierung, die Sozialdemokratie durch religiöse Wiederbelebung der unteren Volksschichten und einen christlichen Unterricht in den niederen und höheren Anstalten zu beseitigen. Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf (24. Mai) mit 251 Stimmen gegen 57 abgelehnt. Als nach wenigen Wochen ein anderer Sozialdemokrat aus Preußen, welcher sogar den „gebildeten" Ständen angehörte, zur allgemeinen Entrüstung ein zweites Attentat (2. Juni 1878) auf das Leben des Kaisers wieder „unter den Linden" machte und ihn am Haupte durch einen Flintenschuß gefährlich verwundete, wurde der Reichstag (11. Juni) aufgelöst und eine Neuwahl ausgeschrieben [1]. Die Reichsregierung grollte der nationalliberalen Partei, auf welche sie sich bisher gestützt hatte, weil sie ihr durch Abweisung des Sozialistengesetzes die Mittel entzogen habe, um die Gefahren zu bekämpfen, womit die Gesellschaft bedroht werde.

Die beiden Mordversuche auf das deutsche Reichsoberhaupt erinnerten die Regierungen an die historische Wahrheit, daß ohne Religion jeder Staat zu Grunde gehe. Fürst Bismarck selbst fand es für rätlich, Schritte zu thun zur Beendigung des „Kulturkampfes" und zur Herstellung eines Friedens zwischen Kirche und Staat in Preußen. Als er (August 1878) in

---

[1] Stenographierte Reichstagsverhandlungen in Berlin vom 6. Februar bis 11. Juni 1878.

Kissingen zu einer Badekur verweilte, lud er den Nuntius Aloisi-Masella in München zu sich, um mit ihm Vorbesprechungen über eine Beilegung der kirchlichen Wirren in Preußen und über eine Revision der „Maigesetze" einzuleiten. Papst Pius IX. war am 7. Februar 1878 im 86. Lebensjahre gestorben; er hatte 31 Jahre unter starken Stürmen der Zeit auf dem Römischen Stuhl und somit am längsten unter allen Statthaltern Christi regiert und ist den größten Päpsten einzureihen. Sein Lebenswandel war von makelloser Reinheit und seine Denk- und Handlungsweise von liebevollster Milde. Ihm folgte nach einem kurzen Konklave (20. Februar) der gelehrte, kluge und welterfahrene Kardinal Pecci als Leo XIII., welcher von dem ernsten Willen beseelt war, den kirchlichen Frieden mit allen Ländern und Regierungen herzustellen und in Verbindung mit ihnen die revolutionären Bestrebungen der über die ganze Erde ausgebreiteten Sozialdemokratie mit christlichen Prinzipien zu bekämpfen. Dem Deutschen Kaiser zeigte er in einem Schreiben seine Thronbesteigung an und drückte in demselben mit freundlichen Worten den Wunsch aus, es möchten sich die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Preußen besser gestalten. Damals waren in Preußen sechs Bischöfe ihres Amtes entsetzt, acht Diöcesen ohne Oberhirten und gegen 500 Pfarreien ohne Seelsorger. Aus Anlaß der Attentate drückte der neue Papst in einem eigenen Schreiben Wilhelm I. seine Teilnahme und den wiederholten Wunsch nach Wiederherstellung des kirchlichen Friedens aus. In dem Antwortschreiben des Kaisers wurde die Bereitwilligkeit der preußischen Regierung angedeutet, jene Wege zum Frieden einzuschlagen, welche die römische Kurie anderen Staaten geöffnet habe. Den Nuntien in Wien und München gab Leo die Anweisung, der preußischen Regierung so weitgehende Zugeständnisse zu machen, als es ohne Verletzung der Kirchenverfassung geschehen könnte. Bismarck überzeugte sich von dem versöhnlichen Entgegenkommen des Papstes und leitete durch Bevollmächtigte mit dem Nuntius in Wien Unterhandlungen über eine Lösung des kirchlichen Streites ein. Mit ihm war der größte Teil des preußischen Volkes und ganz Deutschland einverstanden, denn vor aller Augen stand die Größe der Gefahren, womit die politische und soziale Ordnung bedroht war.

Die neue Reichstagswahl vollzog sich (30. Juli 1878) unter lebhafter Beteiligung aller politischen Parteien; es gingen die Konservativen mit großer Mehrheit hervor, und die Nationalliberalen und Fortschrittler, welche bisher in den Reichstagsversammlungen maßgebend waren, unterlagen. Das Sozialistengesetz wurde mit einer Mehrheit von 70 Stimmen angenommen; das Zentrum, die Fortschrittler, Polen und Elsässer lehnten es ab. Preußen und die anderen Bundesregierungen führten das neue Gesetz thatkräftig aus; alle Zeitungen der Sozialdemokraten wurden verboten, ihre Vereine geschlossen und ihre periodischen Zeitschriften weggenommen. Zur Sicherheit des Kaisers

und seiner Familie wurde in und um Berlin das Tragen jeglicher Waffen unter schwerer Strafe untersagt und über 100 Führer der Sozialdemokratie sofort aus Berlin und anderen Städten ausgewiesen. Die seit 1865 eingehaltene freie Handelspolitik wurde endlich von dem Bundesrat und Reichstag verurteilt und zum Schutze der einheimischen Industrie und Landwirtschaft ein neues Zoll- und Tarifgesetz (1879) beschlossen. Der Reichshaushaltsetat wies nach, daß wegen der gewerblichen und geschäftlichen Zustände der Ausfall des abgelaufenen Jahres 1877/78 über 10½ Millionen Mark betrug und die Matrikularbeiträge um 14 Millionen und somit von 87 Millionen des letzten Etatsjahres auf 101 Millionen erhöht werden mußten. Für die einzelnen Bundesstaaten wurde eine Entlastung von den Reichssteuern durch den Beschluß erreicht, daß die jährlichen Überschüsse aus den Zoll- und Tariferträgnissen, welche nach Deckung der Reichsbedürfnisse 130 Millionen übersteigen, nicht der Reichskasse, sondern den Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung zufließen[1].

Eine Minderung der Matrikularbeiträge war um so dringlicher, als das Kriegsbudget in jeder Reichstagssession erhöht wurde und in den Bundesstaaten die Einnahmen immer mehr hinter den Ausgaben zurückblieben. Im bayerischen Landtag wurden (1878) die Klagen über die erdrückende Militärlast in der Verhandlung des Staatshaushaltes erneuert, weil nach dem Reichstagsbeschluß die ordentlichen Ausgaben für das Heerwesen in dem Etatsjahr 1877/78 auf 42 778 000 Mark sich beliefen und für die XIV. Finanzperiode (1878 und 1879) ein Ausfall von 20 Millionen sich ergab. Die Staatsregierung begründete das Defizit mit dem um 20 Prozent gesunkenen Geldwert, einem Ausfall von drei Millionen bei den rheinpfälzischen Privatbahnen, welche der Staat wegen der übernommenen Zinsengarantie zahlen mußte, und mit der allgemeinen Geschäftslage. Die katholisch-patriotische Kammermehrheit hatte sich geeinigt, den liberalen Ministern nur die notwendigsten Ausgaben zu bewilligen, und sie strich zunächst dem Minister des Äußern und des Handels den ihm zur freien Verfügung stehenden „Dispositionsfonds". Dem Finanzminister von Beer verweigerte sie die Geldmittel, welche er zur Vereinigung der Zentralforstschule in Aschaffenburg mit der Münchener Universität verlangte; da sie aber bereits vom König bestätigt war, so nahm er seine Entlassung. Die schwierige Finanzverwaltung wurde dem Ministerialrat von Riedel übertragen, welcher zur Befriedigung der beiden Kammern den Streit über die Forstschule dahin entschied, daß jene Forsteleven, die sich dem höheren Forstdienste widmen wollen, nach zweijährigem Besuche der Aschaffenburger Schule noch zweijährige Studien an der Universität in München zu machen haben. Zur Deckung des Ausfalles

[1] Stenographierte Reichstagsverhandlungen im September und Oktober 1878.

der 20 Millionen. und zur Vermeidung einer Steuererhöhung wurden die Einnahmen wieder auf eine Höhe hinaufgeschraubt, welche voraussichtlich nicht erreicht werden konnte. In Übereinstimmung mit der Reichsratskammer wurden die Ausgaben und Einnahmen für je ein Jahr der XIV. Finanzperiode zu 221 633 000 Mark festgesetzt, zur Gründung eines Schullehrerseminars in Amberg zwei Millionen und für außerordentliche Heeresbedürfnisse, namentlich zur Errichtung zweier Infanterieregimenter aus sechs Jägerbataillonen, ein Kredit von 2 750 000 Mark genehmigt[1].

Schon im nächsten Jahre (1879) kündigte der neue Finanzminister dem Landtag an, daß die Staatsregierung gezwungen sei, einen Kredit zu einem Anlehen von 28 Millionen zu fordern, um das Verlagskapital der Zentralstaatskasse zu erhöhen, weil die Ausfälle in den zwei letzten Jahren 14 Millionen betrügen. Die beiden Kammern erkannten die Notwendigkeit, neue Schulden zu machen, und gaben hierzu ihre Zustimmung. Nach einer Gesetzesvorlage des strebsamen Finanzministers wurde die $4^1/_2$prozentige Eisenbahnschuld zu 428 Millionen in eine 4prozentige umgewandelt, wodurch eine bedeutende Zinsenersparung und eine Unifikation der gesamten Eisenbahnschuld erzielt wurde[2]. Ein neues Gebührengesetz stellte im ganzen Lande eine möglichst gleiche Belastung fest und hob die Ungleichheiten, welche aus den verschiedenen in Bayern geltenden Privatrechten hervorgingen, im großen und ganzen auf. Zur Einführung der neuen Reichs-Gerichtsverfassung infolge des neuen Strafprozeßgesetzes (vom 1. Oktober 1879) und einer neuen Konkursordnung genehmigte der Landtag fast eine Million, und am 1. Oktober 1879 traten an die Stelle der Land-, Bezirks- und Appellgerichte die Amtsgerichte mit dem Schöffengericht, die Land- und Oberlandesgerichte und als oberster Gerichtshof das Reichsgericht in Leipzig, wo das Reichsoberhandelsgericht aufgehoben und dessen Zuständigkeit dem Reichsgerichte übertragen wurde. Bayern wurde unter allen Bundesstaaten dadurch bevorzugt, daß ihm ein oberstes Landgericht zugestanden wurde; an dasselbe gehen das Rechtsmittel der Revision gegen die Urteile der Oberlandesgerichte und die Beschwerden über die Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Civilstreitigkeiten; nur jene Streitsachen, in denen bisher die Nichtigkeitsbeschwerde an das Reichsoberhandelsgericht ging, wurden ausgenommen. An demselben Tag trat der von den Abgeordneten seit vielen Jahren angestrebte Verwaltungsgerichtshof in München ins Leben, welcher die letzte Instanz in Verwaltungsstreitigkeiten bildet und zum Teil den Staatsrat ersetzt.

---

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom Februar bis Juli 1878.

[2] Ende des Jahres 1878 betrug die allgemeine Staatsschuld über 184 Millionen Mark, die Eisenbahnschuld gegen 850 Millionen Mark und die Grundrentenschuld $171^1/_2$ Millionen Mark. Bayerische Landtagsverhandlungen vom 7. Januar bis 3. März 1879.

Während die Staatsregierung die Vorbereitungen zum Vollzug der neuen Gerichtsorganisation traf, wurde im Münchener Glaspalast (Juli 1879) eine Welt-Kunstausstellung mit großer Feier eröffnet. Die aus fast 2500 Gemälden, Statuen und Zeichnungen bestehende großartige Sammlung gab ein thatsächliches Zeugnis von der Geistesrichtung der damaligen Zeit. In allen Abteilungen der verschiedenen Nationen war ein starker Hang nach Realismus und Naturalismus, eine Vorliebe für Nacktheiten und sinnliche Reize, technische Fertigkeit und glänzende Farbenpracht ersichtlich. In einer idealen Auffassung thaten sich nur einige französische Künstler und in Verletzung religiöser Gefühle mehrere deutsche Künstler hervor. Die Verhöhnung des Christentums in mehreren Gemälden der Kunstausstellung wurde im bayerischen Landtag von der katholisch-patriotischen Partei gerügt und die Beschwerden über eine zehnjährige Bedrückung der katholischen Kirche in Bayern durch Begünstigung des Altkatholizismus, die Hintansetzung des Religionsunterrichtes in den unteren und mittleren Schulen, die Einführung der Simultanschulen und die hohen Anforderungen an die Kinder im Volksunterricht wiederholt. Mehrere Redner wiesen auf die wachsende Verwilderung in den niederen Volksschichten und der Jugend, die Überfüllung der Gefängnisse und Zuchthäuser, in denen im Dezember 1880 über 7300 Personen, darunter 1200 weibliche, ihre Strafe verbüßten, und auf die religiösen und moralischen Zustände in Preußen hin, wo die aus der Gottlosigkeit entspringenden Schrecknisse zu einem Wechsel im Kultusministerium und zu einer mehr konservativen Richtung getrieben hatten. Der Kultusminister von Lutz versprach, die Anträge der rechten Seite des Hauses zu berücksichtigen, machte aber die auffällige Bemerkung, daß er in Kirchensachen von der II. Verfassungsbeilage nicht abgehen werde und daß die Tegernseer Erklärung des Königs Max I. für ihn nur die Bedeutung „einer rätselhaften Phrase" habe. Die patriotische Partei gab ihm ihr Mißtrauen dadurch kund, daß sie die von ihm zur 300jährigen Jubiläumsfeier der Würzburger Universität geforderte Geldsumme ablehnte und auch auf eine von der ersten Kammer um die Hälfte geminderte Summe nicht einging. Nach Vereinbarung der beiden Kammern wurden die Gesamtausgaben für ein Jahr der XV. Finanzperiode (1880 und 1881) zu 221 700 000 Mark und die Einnahmen zu 220 500 000 Mark festgesetzt und das Defizit zu 25 Millionen durch Erhöhung des Malzaufschlages von vier auf sechs Mark vom Hektoliter Braumalz und durch eine Branntweinsteuer gedeckt [1].

---

[1] Die bayerischen Staatsschulden betrugen am Ende des Jahres 1880 über 1336 Millionen Mark und zwar allgemeine Staatsschuld 233 941 000 Mark, die Eisenbahnschuld 934 651 000 Mark und die Grundrentenschuld 168 069 000 Mark, letztere um 1 574 000 Mark weniger als Ende 1879.

Dem Kriegsminister von Maillinger wurden 42 690 000 Mark, um 728 000 Mark mehr als im Vorjahr, bewilligt. Die Mehrforderung wurde bedingt durch die höheren Viktualien- und Naturalienpreise und die zunehmende Pensionslast. Im deutschen Reichstag waren wegen der von Rußland und Frankreich drohenden Kriegsgefahren 17 Millionen Mark mehr bis zum März 1888 bewilligt worden, um die Friedenspräsenzstärke auf jährlich 427 270 Mann zu erhöhen. Es wurden 11 neue Infanterieregimenter und 40 neue Batterien errichtet, so daß bei einer Mobilmachung binnen acht bis zehn Tagen 20 Armeecorps, jedes zu 30 000 Mann, marschbereit gemacht werden konnten. In Bayern wurde die Infanterie um das 18. Regiment und die Feldartillerie um vier Batterien vermehrt. Das Kadettencorps-Gebäude samt Garten, welches nach Ableben des Prinzen Karl von Bayern aus dem Fideikommiß des Herzogs Klemens auf den Prinzen Otto überging, wurde für die Kriegsverwaltung um 1 787 000 Mark angekauft. Zum Ausbau der Festung Ingolstadt, wozu Bayern aus der französischen Kriegskostenentschädigung zwölf Millionen Mark erhalten hatte, wurden 1 300 000 Mark von den beiden Kammern bewilligt und einem Disziplinargesetz für die richterlichen Beamten, das durch die neue Reichsgerichtsgesetzgebung notwendig wurde, zugestimmt. Am Schlusse der vertagten Landtagssitzungen übersandten die Reichsräte und die Abgeordneten dem König Ludwig II. aus Anlaß des 700jährigen Wittelsbacher-Jubiläums, welches auf den 16. September 1880 fiel, eine Huldigungsadresse [1].

In München wollte man die Feier des Wittelsbacher-Jubiläums durch einen großartigen historischen Festzug, in welchem alle Jahrhunderte seit der Belehnung des Herzogs Otto I. mit Bayern (16. September 1180) dargestellt würden, begehen; allein König Ludwig II., der sich ausschließlich mit dem Bau verschiedener Schlösser beschäftigte und fast immer im oberbayerischen Gebirgslande lebte, bestimmte, daß der historische Festzug wegen der hohen Kosten unterblieb, weil die klägliche Geschäftslage, Handel und Verkehr durch einen äußerst strengen und langen Winter (1879/80) einen neuen Rückschlag erhalten hatten. Zur Erinnerung an das seltene Fest machten Ludwig II. und sein Bruder Otto aus dem Nachlasse ihres Vaters, des Königs Maximilian II., eine „Wittelsbacher Stiftung für Wissenschaft und Kunst" mit einer Summe von 650 000 Mark, deren Renten entsprechend der Gesinnung Maximilians zur Fortsetzung und Vollendung der deutschen Geschichts- und Quellenforschung und zu anderen wissenschaftlichen und künstlerischen Zwecken zu verwenden sind. Auf landesherrliche Anregung wurde in ganz Bayern zur Förderung des Handwerkes die Summe von nur 544 000 Mark

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 29. September 1879 bis 21. Februar 1880 und vom 12. Juli bis 2. August 1880.



durch freiwillige Beiträge gesammelt[1], und das Jubiläum am 25. August, dem Geburts- und Namensfeste des Königs, durch Schmückung und Beflaggung aller Städte, Marktflecken und Dorfschaften, feierliche Gottesdienste in allen Pfarrkirchen, Festzüge der Gemeinden und Schulkinder, Festreden und Deklamationen mit Musikproduktionen begangen. In München wurden mit der von dem Magistrat und dem Gemeindekollegium bewilligten Summe zu 24000 Mark die Denkmäler der Wittelsbacher Fürsten geschmückt. Die Dekoration der von dem Kurfürsten Max I. errichteten Mariensäule übernahm der katholische Gesellenverein. In dem festlich gezierten Glaspalast wurde ein Schulfest veranstaltet, bei dem über 3500 Kinder aus den oberen Klassen der Werktagsschule versammelt waren und mit einer kurz gefaßten Schrift über die Wittelsbacher Fürsten in Bayern beschenkt wurden. Im großen Saal des alten Rathauses wurde ein Festbankett gegeben. Abends fand im Hof- und Nationaltheater eine Festvorstellung statt, und die Plätze mit Wittelsbacher Monumenten wurden unter Musikproduktionen beleuchtet. Am andern Tag (26. August) wurden in allen Pfarrkirchen Bayerns Trauergottesdienste für die verstorbenen Mitglieder des Wittelsbacher Hauses gehalten.

An den drei Landesuniversitäten und der Polytechnischen Hochschule war das Jubiläumsfest am Ende des Studienjahres durch eine feierliche Versammlung der Professoren und Studierenden in der Aula und durch Festreden und abends durch Kommerse der studierenden Jugend begangen worden. Ebenso hatten alle Gymnasien, Mittelschulen und Erziehungsanstalten ihre patriotische Gesinnung durch Deklamationen und Musikproduktionen bekundet. In Sendling (Vorstadt von München) wurde (15. und 16. August 1880) das an der dortigen Pfarrkirche angebrachte Wandgemälde zum Andenken an die in der „Sendlinger Schlacht" (1705) gefallenen Gebirgsländler nach einer Renovierung desselben mit Festrede, Gesang und Geschützdonner enthüllt. Nachts zogen zahlreiche Krieger- und Veteranenvereine mit brennenden Fackeln von der Bavaria auf der Theresienhöhe zum Grabe der gefallenen Patrioten, und am andern Tag wurde eine Feldmesse zelebriert. An diesem Totenfeste beteiligten sich auch die Gebirgsschützen-Kompagnien von Lenggries, Wackersberg, Gaisach und Miesbach in ihrer alten Uniform und legten in München an jedem Wittelsbacher Monument einen Kranz von Alpenrosen nieder. Der Frembenbesuch war in München während der patriotischen Festtage unermeßlich. Hierzu trug besonders das alle zehn Jahre stattfindende Passionsspiel in Oberammergau bei, zu welchem über 100000 Menschen nicht nur aus Bayern, sondern aus ganz Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Frank-

[1] In ganz Oberbayern wurden 193700 Mark, darunter von München 117000, in Schwaben und Neuburg 74000, in Mittelfranken 64000, in der Rheinpfalz 52000, in Oberfranken 50500, in Niederbayern 47000, in der Oberpfalz 32000 und in Unterfranken 22000 Mark beigesteuert.

reich, Rußland und selbst aus Amerika kamen. In Straubing versammelten sich in jenen Tagen die Schützen von ganz Bayern zum VII. Bundesschießen, welches mit einem vortrefflich angeordneten historischen Festzug aus der Geschichte der Stadt Straubing eröffnet und geschlossen wurde.

Zwei Monate nach der Feier des Wittelsbacher-Jubiläums wurde in Köln (15. Oktober 1880) die Vollendung des Domes, des schönsten und großartigsten Denkmals der deutschen Baukunst, in Gegenwart des Kaisers Wilhelm I. und seiner Gemahlin, der gesamten kaiserlichen Familie, des Königs von Sachsen und vieler deutschen Fürsten durch einen historischen Festzug gefeiert und der hohen Verdienste gedacht, die sich König Ludwig I. von Bayern um den Ausbau des Domes erworben hatte durch seine Anregung, Schenkung herrlicher gemalter Fenster und Gründung zahlreicher Dombauvereine, welche in jedem Jahre ansehnliche Geldsummen aus Bayern in die Kölner Dombaukasse lieferten. Die Stimmung der Katholiken in Köln und ganz Preußen war gedrückt, weil der „Kulturkampf“ gegen sie noch immer fortdauerte. Der greise Domdekan und Weihbischof Baudri, welcher mit mehreren Domherren den Kaiser und die Kaiserin im Dom zu einem Tedeum empfing, sagte in seiner Begrüßungsrede, daß das Domkapitel „in Abwesenheit des Erzbischofs — dieser lebte wegen der ‚Maigesetze‘ in Verbannung — beim Einsenken des Schlußsteines den Kaiser empfange“ und sprach die Hoffnung aus, „es werde der heißersehnte Tag erscheinen, welcher der Kirche den Frieden und dem vollendeten Dom den Hirten wieder gebe“. Die Regierung und der Landtag in Preußen thaten zur Hebung der verfallenen Seelsorge nur einen halben Schritt, welcher zu keinem Ziele führte, weil die Maigesetze unverändert stehen blieben.

Die Reichsregierung und ihre Partei im Reichstag kamen endlich zur Überzeugung, daß die sozialdemokratischen Lehren und Umsturzgelüste nicht durch Zwangsmaßregeln, sondern durch Aufhilfe ihrer gedrückten Stellung auf christlicher Grundlage beseitigt werden könnten, wie es von der katholischen Zentrumspartei öfters vorhergesagt worden war. Auf dem Reichstag 1881 legte der Bundesrat den Abgeordneten ein Unfallversicherungsgesetz zur Annahme vor; in demselben werden alle Arbeiter, welche in Bergwerken, Salinen, Steinbrüchen, Gruben, Fabriken, Hüttenwerken, auf Werften ꝛc. beschäftigt sind, gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle durch eine Reichsanstalt auf Staatskosten versichert. Mit diesem Gesetzentwurf betrat die deutsche Reichsregierung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeiter einen Weg, den bisher kein anderer Staat einzuschlagen wagte. Die große Mehrheit der Reichsversammlung konnte sich mit demselben nicht befreunden, weil sie von dem Grundsatze ausging, daß die Versicherung nicht zu einer Reichsanstalt gemacht, sondern den einzelnen Bundesregierungen übertragen und jede Staatshilfe ausgeschlossen werde; die

Versicherungsprämie sei zu zwei Dritteln den Arbeitgebern und zu einem Drittel den Arbeitern aufzulegen. Während der langen Beratung dieses Gesetzes traf aus Petersburg die Schreckenskunde ein, daß der russische Kaiser Alexander II. (13. März 1881) von verschworenen Revolutionären, welche die ganze bestehende Ordnung vernichten wollten und deshalb Nihilisten (Vernichter) genannt wurden, auf offener Straße mittels Bomben meuchlings ermordet worden sei. Da die Nihilisten und Sozialdemokraten in der Schweiz, England, Frankreich und Amerika unbehelligt zum Fürstenmord aufreizten, so stellte das katholische Zentrum im Reichstag den Antrag, der Reichskanzler möge eine Vereinbarung mit anderen Staatsregierungen treffen, daß der Mord eines Oberhauptes der Bundesstaaten oder der Mordversuch und die öffentliche Aufforderung hierzu mit Strafe bedroht und jeder, der ein solches Verbrechen begangen habe, auf Verlangen der Regierung von dem auswärtigen Staate ausgeliefert werde. Der Antrag wurde von sämtlichen Reichstagsmitgliedern unterstützt bis auf die Sozialdemokraten, welche mit den Nihilisten in Verbindung standen.

Die beklagenswerten Zustände im deutschen Handwerkerleben trieben den Fürsten Bismarck und den Bundesrat zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, wodurch die Reichs-Gewerbeordnung dahin abgeändert wurde, daß diejenigen Handwerker, welche ein selbständiges Gewerbe treiben, zur Pflege des Gemeingeistes, Ausbildung der Lehrlinge und Entscheidung der Streitigkeiten zwischen diesen und ihren Meistern, zur Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen, sowie zur Fürsorge für das Herbergswesen der Gehilfen und die Nachweisung der Gesellenarbeit sich zu einer Innung vereinigen können. Das Zentrum und die konservative Partei, welche die Mehrheit im Reichstag bildeten, stimmten für den Entwurf; die Nationalliberalen und die von diesen abgetrennten „Sezessionisten“, die Fortschrittler und Sozialdemokraten verwarfen denselben. Der von der Kommission gestellte Antrag, daß nur jene Meister, welche einer Innung angehören, Lehrlinge heranzubilden berechtigt seien, erhielt wegen bedauerlicher Abwesenheit mehrerer Zentrumsmitglieder und konservativer Abgeordneten die Stimmenmehrheit nicht, obgleich man auf der konservativen Seite überzeugt war, daß die von den Nationalliberalen und der Reichsregierung geschaffene Gewerbeordnung ein größtenteils verfehltes Machwerk war. Zu den weiteren gesetzgeberischen Arbeiten dieser Reichstagssession gehörten eine Besteuerung der Börsengeschäfte und Lotterielose und eine Verordnung über die Geschäftssprache und Öffentlichkeit der Verhandlungen des elsaß-lothringischen Landesausschusses, wodurch eine Einbürgerung des deutschen Staatslebens in den Reichslanden erzielt werden sollte. Die Börsensteuer wurde in einer Form angenommen, wodurch der Ertrag dieser Einnahme auf ein Drittel der von der Regierung veranschlagten Geldsumme vermindert wurde. Die

von der konservativen und Zentrumspartei beantragte Heranziehung der großen Börsenspekulation wurde vereitelt. Die Regierungsvorlagen über eine Wehrsteuer, Erhöhung der Brausteuer, Verlängerung der Budgetperioden, Einführung der Quittungssteuer und die Besoldung des neuen Volkswirtschaftsrates aus Reichsmitteln wurden von der Reichsversammlung mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Die Matrikularbeiträge für 1881/82 wurden zu 81,6 Millionen, um 24,4 Millionen mehr als im letzten Budgetjahr, berechnet; davon fielen auf Bayern 20,4 Millionen, um 4 Millionen mehr als im verflossenen Jahre. Die Gesamtreichsausgaben betrugen 596 811 000 Mark, darunter für das Heerwesen 343 815 000 Mark, somit um 18 Millionen mehr als im abgelaufenen Etatsjahr. Für Bayern betrug die Kriegslast 43 101 500 Mark, um 3 587 400 Mark mehr, welche durch Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 2000 Mann bedingt waren. Außer dem Budget wurde noch der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn nach dem Grundsatze der meistbegünstigten Staaten abgeschlossene Handelsvertrag genehmigt [1].

Die wachsende Kriegslast, Ausgaben und Schulden drängten in Bayern die Regierung und den Landtag (1881) zu einer Revision der Haus-, Grund-, Einkommen- und Gewerbesteuer, welche nach mehrmonatlicher eingehender Beratung im Gesetzgebungsausschusse und nach einer gründlichen Verhandlung in den beiden Kammern mit den Staatsministern nach dem Grundsatze vereinbart wurde, daß die direkten Steuern gleichmäßiger verteilt und das Großkapital mehr zu den allgemeinen Staatslasten beigezogen werde. Einem allseitig anerkannten Bedürfnisse in betreff der Landtagswahl wurde durch eine Wahlgesetznovelle abgeholfen, welche die Zahl der Abgeordneten nach der Volkszählung von 1878, mit mehr als fünf Millionen Einwohnern, zu 159, die Einteilung der Wahlkreise, die Wahlberechtigung, die Zeit der Urwahl-Bezirkseinteilung und die geheime Wahl festsetzte; dadurch wurden wenigstens die ärgsten Mißstände der früheren Zeit gehoben und die frühere willkürliche Wahlkreisgeometrie seitens der Staatsregierung teilweise beschränkt. Zur Hebung der Pferdezucht beschlossen die beiden Kammern, nach dem Vorgange mehrerer norddeutschen Staaten, eine Körordnung, welche zur Untersuchung der Zuchttauglichkeit der Beschälhengste und zur Ausstellung des Körscheines in jeder Kreisregierung die Bildung besonderer Körausschüsse und die Zahl der Ausschußmitglieder, sowie der Kurorte durch den Landrat vorschrieb [2]. Nach Schluß des Landtags wurde verfassungsgemäß eine Neuwahl der Landtagsabgeordneten angeordnet, der Regierungspräsident von Oberbayern, Freiherr von Feilitzsch, (1. Juli 1881) zum Staatsminister des Innern und dessen Vorgänger, von Pfeufer, unter Erhebung in den Freiherrnstand an

[1] Stenographierte Reichstagsverhandlungen vom 15. Februar bis 15. Juni 1881.

[2] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 19. Januar bis 21. Mai 1881.

dessen Stelle gesetzt; diese Personalveränderung wurde durch Uneinigkeit zwischen dem Kriegsminister von Maillinger und von Pfeufer in der militärischen und innern Verwaltung veranlaßt.

In dem am 28. September 1881 von dem Prinzen Luitpold im Auftrage des Königs eröffneten Landtag behaupteten die katholisch-patriotische und die „extreme" Partei mit wenigen konservativen Protestanten die Mehrheit der zweiten Kammer und einigten sich unter dem Namen „der Rechten" zu einer Oppositionspartei gegen die liberalen Bestrebungen der Staatsminister. Nachdem das für Bayern von dem Reichstag ausgeworfene Militärbudget bewilligt und die wiederholte Mißhandlung gemeiner Soldaten von seiten ihrer Vorgesetzten, sowie die überhandnehmende Pensionierung von Offizieren gerügt worden war, wurde der von der Rechten eingebrachte Antrag auf Aufhebung der Simultanschulverordnung vom 29. August 1873 verhandelt und der Ministerpräsident von Lutz aufgefordert, seine Entlassung zu nehmen; denn es sei in der parlamentarischen Geschichte unerhört, daß ein Ministerium mit der Minderheit der Volksvertretung jahrelang fortregiere. Lutz erwiderte in entschiedenem Ton: „Ich werde so lange bleiben, bis mich der abruft, der mich hierhergesetzt hat." Der Antrag der Rechten wurde mit 85 Stimmen gegen 63 angenommen. Die Angriffe auf die Staatsregierung wurden in noch schärferen Reden erneuert, als der Antrag zur Verhandlung kam, die bayerische Staatsregierung solle gegen die vom Fürsten Bismarck beabsichtigte Einführung des Tabakmonopols in Deutschland protestieren, weil dadurch nicht nur volkswirtschaftliche Interessen geschädigt, sondern auch der Föderativcharakter der deutschen Reichsverfassung durch den Einheitsstaat immer mehr verdrängt werde. Der Plan des Reichskanzlers war, die Reichsregierung finanziell durch Reichssteuern unabhängig und die Matrikularbeiträge entbehrlich zu machen. Mehrere Redner machten den Ministern den Vorwurf, daß sie im Bundesrat zu dem Nahrungsmittelgesetz, der Zollgesetzgebung, der Einsetzung eines Volkswirtschaftsrates und dem Unfallversicherungsgesetz zugestimmt hätten. Der Antrag auf Ablehnung des Tabakmonopols wurde mit 95 Stimmen gegen 43 angenommen; auch von der nationalliberalen Linken stimmten mehrere Mitglieder gegen das Monopol, jedoch nicht, um dadurch die Selbständigkeit Bayerns zu erhalten, sondern um die Macht der Reichsregierung zu schwächen. Auf Seite der Rechten wurde eine weitere Beschwerde erhoben, daß die Staatsregierung die Wahlkreise zu ihren Gunsten so parteiisch eingeteilt habe, daß die katholische Bevölkerung in Mittelfranken und der Rheinpfalz im Landtag gar nicht vertreten sei. Da durch die Kultusministerialverordnungen von 1871, 1873 und 1878 alle der katholischen Kirche im Vollzug des Konkordates gewährten Zugeständnisse aufgehoben worden waren, so forderten die katholisch-patriotischen Abgeordneten, daß das Kultusministerium bei Auslegung und Anwendung aller jener Be-

stimmungen in der II. Verfassungsbeilage, welche sich auf die Verhältnisse der katholischen Kirche und ihrer Angehörigen beziehen, die Tegernseer Erklärung des Königs Max I. zur Richtschnur nehmen sollte [1].

Während der aufgeregten Verhandlungen erließ König Ludwig II. (23. Februar 1882) an den Ministerpräsidenten von Lutz das Handschreiben: „Ich habe mit Bedauern die Schwierigkeiten verfolgt, welche in den letzten Monaten dem, wie Ich weiß, nur auf das Wohl des Landes gerichteten Wirken Meiner Minister in den Weg gelegt wurden, und finde Mich bewogen, die bestimmte Erwartung auszusprechen; daß Sie und Ihre Amtsgenossen auch fernerhin fest ausharren und mit aller Kraft für die Rechte Meiner Regierung eintreten werden, wie es bisher geschah. Was insbesondere das Verhältnis der Kirche zum Staate betrifft, so habe Ich der Kirche stets und aus innigster Überzeugung Meinen vollen Schutz gewährt und werde nie aufhören, den religiösen Sinn Meines Volkes, in welchem Ich die Grundlage der Ordnung erkenne, zu schirmen. Es ist Mein Wille, daß den religiösen Bedürfnissen des Landes die sorgsamste Beachtung und Pflege zu teil werde 2c." Mit diesem Erlaß war der rechten Seite des Abgeordnetenhauses alle Aussicht auf einen Ministerwechsel genommen, und sie konnte ihr Mißtrauen gegen die Minister nur dadurch kundgeben, daß sie bei der Steuerbewilligung, welche verfassungsgemäß nicht verweigert werden konnte, die Staatsausgaben auf eine unvermeidliche Summe herabsetzte und den Ministern die „Dispositionsfonds", welche zur Unterstützung erwerbsunfähiger Bediensteter, Witwen und Waisen bestimmt waren, und die Geldsummen zu neuen Kasernenbauten verweigerte. Die Mehrheit der Reichsratskammer, in welcher sich die liberalen Mitglieder und fast sämtliche Prinzen auf Seite der mit dem königlichen Vertrauen beschenkten Minister stellten, lehnte fast alle Anträge der konservativen Partei der Abgeordnetenkammer ab und nahm nur den Antrag in betreff der Simultanschulen mit der Abänderung an, daß die konfessionelle Volksschule die gesetzliche Regel sei, bei Bildung der Schulsprengel neben den räumlichen Verhältnissen die Konfession der schulpflichtigen Kinder entscheidend und gemischte Schulen nur bei außerordentlichen zwingenden Verhältnissen zulässig seien. Ministerpräsident von Lutz, der die Abgeordnetenmehrheit durch das Versprechen kirchenpolitischer Zugeständnisse zu beruhigen suchte, war mit dem reichsrätlichen Modifikationsantrag in betreff der Simultanschulen einverstanden und legte dar, daß in einzelnen Ortschaften in Franken und der Rheinpfalz, in denen es katholische, protestantische und jüdische Schulkinder in fast gleicher Zahl gebe, Mischschulen nicht umgangen werden könnten. In größeren Städten hielt er sie nicht für notwendig und sprach seinen Tadel aus, daß der Münchener Magistrat durch Einführung

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 28. September 1881 bis 20. Februar 1882.

der Zwangs-Simultanschulen weit liberaler gehandelt habe als die Staatsregierung und zur Beunruhigung der religiösen Gemüter beigetragen habe. Die beiden Kammern einigten sich nur in der Annahme einer Gesetzesnovelle über Bestrafung des bisher unbeanstandeten Konkubinats, über den Bau eines Hochofens in Amberg mit der nötigen Summe von 500 000 Mark, über Verwendung der Ersparnisse an dem Vorschußkredit vom 28. Februar 1880 zur Anlage von Exerzierplätzen in Amberg, Bayreuth und Würzburg und über das Budget, in welchem die Einnahmen und Ausgaben für je ein Jahr der XVI. Finanzperiode zu 228 700 000 Mark festgestellt wurden [1].

In der letzten bayerischen Landtagssitzung kam wieder der oft gerügte Mißstand vor, daß zu gleicher Zeit die deutschen Reichstagsverhandlungen in Berlin stattfanden und dadurch jene Bayern, welche ein Landtags- und Reichstagsmandat zugleich besaßen, an Erfüllung ihrer Pflicht gehindert wurden. Die im Sommer 1881 vorgenommene Neuwahl der Reichsboten ergab keine neuen politischen Gruppen. Das katholische Zentrum, welches von dem geistvollen und redefertigen frühern Minister Dr. Windthorst aus Hannover mit großem Geschick geleitet wurde, verfügte in Verbindung mit den konservativen Abgeordneten über die Mehrheit der Stimmen. Windthorst und seine Anhänger legten der Reichsversammlung den Antrag vor, das Gesetz vom 4. Mai 1874, kraft dessen jene Geistlichen, welche unbefugt kirchliche Handlungen vornehmen, durch gerichtliches Verfahren verhaftet und verbannt werden, aufzuheben. Von den Rednern aller Parteien wurde der von dem Reichskanzler und den Liberalen hervorgerufene „Kulturkampf" mit scharfen Ausdrücken verurteilt, und die noch vor kurzem allseitig zurückgesetzte und angefeindete Zentrumspartei wurde von jeder Fraktion gesucht und zum Teil sogar verteidigt. Der Antrag wurde mit der großen Mehrheit von 233 Stimmen gegen 115 Stimmen der Nationalliberalen, Sezessionisten und der Hälfte der Konservativen (Januar 1882) angenommen. Dieser Wendung konnte sich die Reichsregierung nicht entziehen, und sie machte die Mitteilung, daß der Kaiser und der Reichskanzler, der sich von der politischen Ungefährlichkeit der päpstlichen Unfehlbarkeit und dem Fehlschlagen einer geplanten „Reichskirche" mittels des „Altkatholizismus" überzeugt hatte, den Frieden zwischen Staat und Kirche wünschen und den Windthorstschen Antrag dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorlegen werden [2].

Die bei der letzten Reichstagswahl gemachte Erfahrung, daß die staatsgefährliche Sozialdemokratie trotz des zu ihrer Unterdrückung gegebenen Gesetzes sich nicht vermindert hatte und die Fortschrittspartei eine republikanische und freimaurerische Richtung einschlug, trieb die Reichsregierung und das

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 20. Februar bis 29. April 1882.

[2] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 17. November 1881 bis 30. Januar 1882.

preußische Ministerium, eine christlich-konservative Politik zu begründen; zur Lösung dieser großen und schwierigen Aufgabe bedurften sie der Unterstützung des katholischen Zentrums, welche sie jedoch nur durch Beendigung des Kulturkampfes und Wiedereinsetzung der Katholiken in ihre früheren, verfassungsmäßigen Rechte erlangen konnten. Wiewohl in den 500 preußischen Pfarreien, welche aller Seelsorge entbehrten, die Unsittlichkeit und die Unsicherheit der Person und des Eigentums eine gefährliche Ausdehnung annahm, so wurde doch der Windthorstsche Antrag im Bundesrat auf Betrieb Bismarcks abgelehnt; nur der bayerische Bundesbevollmächtigte stimmte für Annahme desselben, weil im bayerischen Landtag die Konservativen in der Mehrheit waren. Der Kultusminister von Lutz gewährte der katholischen Kirche thatsächlich wieder alles das, was ihr durch die Verordnung von 1852 zugestanden worden war; die Verordnung vom 20. November 1873 aber blieb bestehen. Die Verhandlungen der Reichstagssession von 1881/82 verliefen wegen Zersplitterung der Parteien ohne besondern Erfolg. Die Vorlagen des Bundesrates über ein Krankenkassen- und Unfallversicherungsgesetz für die Arbeiter und eine Novelle zur Gewerbeordnung blieben unerledigt. Das Tabaksmonopol, welches in zahllosen Versammlungen, Vereinen und Zeitungsblättern entweder verworfen oder empfohlen worden war, wurde ungeachtet einer zweistündigen Rede des Fürsten Bismarck, der mit großem Eifer von der Notwendigkeit einer Steuerreform, Einführung der indirekten Steuern und seinen Verdiensten um Herstellung des neuen Deutschland sprach, mit 276 Stimmen gegen 43 abgelehnt. Nur die Zolltarifnovelle zum Schutze der einheimischen Industrie wurde angenommen. In der nächsten Session gab der Reichskanzler bekannt, daß Kaiser Wilhelm I. aus dem Reichsdispositionsfonds 600 000 Mark zur Linderung der von einer ungeheuern Überschwemmung betroffenen Landschaften in Deutschland bewilligt habe. Ende Dezember 1882 und Januar 1883 wurden die preußische Rheinprovinz, die bayerische Rheinpfalz, Unterfranken, Baden, Württemberg und das Elsaß wie das Donauthal von Ulm bis Passau acht Tage lang infolge starken Regens und raschen Schmelzens des Schnees weithin überflutet. Viele Städte und Dorfschaften erlitten an Häusern, Feldern und Wiesen einen unberechenbaren Schaden, als die schützenden Dämme von gewaltigen Wogen der Flüsse durchbrochen wurden. In der Rheinpfalz wurden mehrere Orte gänzlich zerstört; die Einwohner konnten nur mit Not ihr Leben retten; viele Personen wurden von den brausenden Wellen nachts überrascht und fanden in denselben den Tod. Durch Privatwohlthätigkeit wurden in allen deutschen Landen und auch von den Deutschen in Nordamerika belangreiche Geldsummen, Lebensmittel und Kleidungsstücke gesammelt und damit der ärgsten Not gesteuert.

Für Bayern war die Überschwemmung doppelt drückend, weil im verwichenen Sommer (1882) die Feldfrüchte wegen anhaltenden Regens meisten-

teils naß heimgebracht worden waren und dadurch an Wert und Preis verloren hatten, während Norddeutschland und namentlich Ungarn von einem guten Erntewetter begünstigt worden waren. Während der unglücklichen Überschwemmungszeit erinnerte man sich an den großen Kometen, der im November 1882 unvermutet am östlichen Himmel erschienen war. Der bayerische Landtag wurde (April 1883) zu einer außerordentlichen Sitzung berufen, um den überschwemmten Gebieten in der Rheinpfalz, Unterfranken und auf den beiden Donauufern eine Staatshilfe zur Erhaltung des Haus- und Nahrungsstandes und zur Wiederherstellung der zerstörten Hoch-, Straßen- und Wasserbauten eine ergiebige Geldsumme zu bewilligen. Da die Bewohner dieser Gegenden schon mit freiwilligen Beiträgen bedacht worden waren, so genehmigten beide Kammern nur 1 685 000 Mark. Im Reichstag war indes der Staatshaushalt für 1883/84 in Einnahmen und Ausgaben zu jährlich 590 556 000 Mark vereinbart worden, und das Gewerbegesetz erlitt eine Abänderung durch eine Novelle über Beschränkung des Hausier- und Trödelhandels, der Aufführung von Singspielen und theatralischen Darstellungen, des Tanz- und Turnunterrichtes, der Winkeladvokaturen und über ein Verbot der Heilkunde im Umherziehen nichtapprobierter Personen, der Vermittlung von Darlehensgeschäften, der Wanderauktionen und Wanderlotterien. Nach langer Beratung kam endlich in dritter Lesung ein Arbeiter-Krankenversicherungsgesetz zu stande, welches auf dem Grundsatze der gegenseitigen Hilfeleistung beruht; es müssen alle für einen und einer für alle einstehen. Die Arbeiter in Fabriken, Bergwerken, Gewerben rc. sind zum Beitritte verpflichtet; den forst- und landwirtschaftlichen Arbeitern wurde der Beitritt freigestellt[1].

In der Thronrede, womit der letzte Reichstag eröffnet worden war, waren die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den auswärtigen Mächten als freundschaftliche bezeichnet worden; allein das Verhältnis Rußlands zu Deutschland wurde (1883) von Monat zu Monat feindseliger, die Sprache in der russischen Presse gegen die Deutschen immer aufreizender und mehrere deutsche Handelsartikel mit hohem Einfuhrzoll belegt. Russische Agenten hetzten die Bulgaren auf, das Vasallenverhältnis zur Pforte aufzuheben und sich unmittelbar unter die Herrschaft Rußlands zu stellen. Die russische Oberkriegsleitung befestigte alle wichtigen Plätze an der deutschen Grenze, legte an der Grenze Ostpreußens und Galiziens strategische Eisenbahnen an und verstärkte die Garnisonen in Polen. Die russische Regierung war in Verbindung mit Frankreich geneigt, durch einen Krieg mit Deutschland und Österreich-Ungarn die revolutionäre Bewegung im Innern des Reiches

---

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 28. April bis 19. Juni 1882, vom 30. November 1882 bis 3. April 1883.

zurückzudrängen. Der neue Kaiser Alexander III. von Rußland war zwar mit seinem Großoheim, dem Deutschen Kaiser, in Danzig (9. September 1881) zusammengekommen und hatte in Begleitung seines Ministers des Auswärtigen, von Giers, der dem kürzlich gestorbenen Fürsten Gortschakoff im Amte gefolgt war, und des russischen Botschafters Saburoff in Berlin mit Wilhelm I., dem deutschen Kronprinzen und Fürsten Bismarck über die Maßregeln beraten, welche zur Unterdrückung des fast über die ganze Erde verbreiteten Sozialdemokratismus und Nihilismus geeignet wären; allein die feindliche Stimmung des russischen Volkes, namentlich der Panslavisten, gegen Deutschland, wurde auch nach der Kaiserzusammenkunft selbst in den Regierungskreisen genährt. Das deutsche Kriegsministerium traf die nötigen militärischen Anstalten, um an der Ostgrenze des Deutschen Reiches einem Angriffe der Russen begegnen zu können. Der schlechte Stand der russischen Finanzen und das plötzliche Sinken des russischen Papiergeldes verhinderten den Ausbruch eines Krieges, und dem friedliebenden Minister von Giers gelang es, die Kriegsgelüste in den leitenden Kreisen des kaiserlichen Hofes zu zähmen. Auf einer Reise nach der Seestadt Mentone besuchte Giers in Berlin den Fürsten Bismarck (13. November 1883) und versicherte ihm eine friedliche Gesinnung der russischen Regierung. Auf die wankelmütigen Franzosen, die fast in jedem Jahre ihr Ministerium wechselten und sich in Asien mit Anam und China in einen langen Krieg verwickelt hatten, konnte Rußland kein Vertrauen setzen, und der hohe russische Adel wie die Großfürsten wurden von den radikalen Republikanern in Frankreich abgestoßen. Außerdem hatten die Russen bei einem Angriffskrieg gegen Deutschland zu befürchten, daß sie von den Österreichern und Ungarn, gemäß dem Bündnisvertrag vom 7. Oktober 1879, bekämpft würden. Die halbamtlichen Zeitungsblätter in Preußen veröffentlichten die Bemühungen des Fürsten Bismarck, womit er die Forderungen Rußlands auf dem Berliner Kongreß unterstützt hatte. In der russischen Presse wurden vom Ministerium die Aufreizungen gegen Deutschland untersagt, und unter dem russischen Volke verlor sich allmählich die Mißstimmung gegen die Deutschen. Alexander III. ernannte (Februar 1884) den Fürsten Orloff, der mit Bismarck befreundet, streng monarchisch gesinnt und ein Gönner einer Verbündung Rußlands mit dem Deutschen Reich war, zum Botschafter in Berlin.

Kurz vor diesem politischen Umschlag war der deutsche Kronprinz Friedrich Wilhelm (Dezember 1883) nach Madrid gereist, um im Namen seines greisen Vaters den Besuch zu erwidern, welchen der junge König Alfons XII. von Spanien im Herbste dem Deutschen Kaiser gemacht hatte. Auf der Rückkehr nach Spanien war Alfons in Paris (29. September) von rachesüchtigen Franzosen auf öffentlicher Straße beschimpft worden, weil er von dem Deutschen Kaiser zum Oberstinhaber eines deutschen Ulanenregimentes ernannt

worden war. Der Kronprinz reiste, um Frankreich nicht zu berühren, über Genua nach Spanien, wo er Sympathien der Spanier für Deutschland zu wecken suchte, um sie bei einem Krieg zwischen Deutschland und Frankreich von einem Bündnis mit den Franzosen zurückzuhalten. Von Spanien begab sich Friedrich Wilhelm, dem in allen spanischen Städten ein glänzender Empfang bereitet worden war, im besondern Auftrag seines Vaters nach Rom, um mit König Humbert von Italien das alte freundschaftliche Verhältnis zwischen Italien und Preußen zu befestigen. Die Italiener richteten ihre Gedanken auf Rückeroberung Nizzas und Savoyens und der Insel Corsica und grollten den Franzosen, seitdem diese durch Eroberung Tunis' ihre Besitzungen an der nordafrikanischen Küste ausdehnten und die Herrschaft auf dem Mittelländischen Meer in ihre Hände zu bringen suchten. Der deutsche Reichskanzler hatte die neue Gebietserwerbung der Franzosen in Afrika begünstigt, damit sie den Verlust von Elsaß-Lothringen leichter ertragen und die Italiener zur Eifersucht und Mißstimmung gegen Frankreich gereizt würden; den letztern Zweck hatte er erreicht. Der Kronprinz stattete auch dem Papst im vatikanischen Palast einen Besuch ab, wo er, wiewohl Protestant, mit königlichen Ehren empfangen wurde. Der eigentliche Zweck der kronprinzlichen Besuche in Madrid und Rom war, das konservativ-monarchische Prinzip zu stärken und die demokratisch-republikanischen Bestrebungen zurückzudrängen; denn die Besorgnis am Berliner Hofe, es würden die Spanier und Italiener durch eine revolutionäre Erhebung früher oder später ihre Throne umstürzen und die republikanischen romanischen Völkerschaften in Frankreich, Spanien und Italien sich zu einer großen Konföderation einigen, war nur zu sehr begründet. Die Unterredung zwischen Leo XIII. und Friedrich Wilhelm im vatikanischen Palast beschränkte sich nur auf die allgemeine Lage der katholischen Kirche in Preußen; dennoch wurde durch den Besuch des Kronprinzen die Anerkennung der päpstlichen Souveränität bestätigt. Der Papst und sein Staatssekretär Kardinal Jakobini standen immerwährend mit dem Kaiser und der preußischen Regierung in Unterhandlung über Beilegung des langjährigen Kirchenstreites, und es schien, als ob sich eine Annäherung anbahnen ließ, indem am Vatikan ein eigener deutscher Gesandter ernannt wurde, zu dessen Unterhalt der Reichstag 40000 Mark bewilligte. Leo erteilte den preußischen Bischöfen ausnahmsweise die Erlaubnis, vom Kultusministerium in Berlin für jene Geistliche, welche seit zehn Jahren das durch die Maigesetze vorgeschriebene Staatsexamen nicht gemacht hatten, die Dispensation zu erholen, welche ihnen von der Staatsregierung zugesichert worden war. In den Diöcesen Trier, Fulda, Breslau und Münster wurden die durch Tod oder Verbannung erledigten Bischofsstühle wieder besetzt, der staatliche Sequester des Domkapitelsvermögens, das „Sperrgesetz“ und die Anzeigepflicht für einen Teil der Geistlichen auf-

gehoben und das Sakramentspenden und Messelesen in den bisher verwaisten Kirchensprengeln freigegeben; nur die Erzdiöcesen Köln und Posen, deren Oberhirten vertrieben worden waren, blieben noch unbesetzt, die Klerikalseminare geschlossen, die religiösen Orden verboten, die Jurisdiktion der Bischöfe beschränkt, die Erziehung der Geistlichen in den Händen der Staatsregierung und die Berufung der Priester von dem Veto der Regierung abhängig. Gegen Ende des Jahres 1883 wurden die verbannten Bischöfe von Limburg und Münster begnadigt und konnten frei in ihre Diöcesen zurückkehren.

Seit 1883 gingen viele preußische Geistliche, welche während ihrer Verbannung größtenteils in Bayern der Seelsorge oblagen, in ihre Mutterdiöcese zurück; dadurch wurde der Priestermangel in der Würzburger, Regensburger, Augsburger und München-Freisinger Diöcese immer fühlbarer. Die Ursachen des vielseitig beklagten Priestermangels lagen in dem unchristlichen, materialistischen Zeitgeist, der frechen Verachtung alles Religiösen, welche sich immer mehr im Volke ausbreitete und eine schreckliche Sittenlosigkeit herbeiführte, in der altheidnischen Richtung der mittleren und höheren Unterrichtsanstalten und in dem spärlichen Einkommen, womit viele Geistliche nach langjährigem Studium kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten. Die katholisch-patriotische Partei in der bayerischen Abgeordnetenkammer war bestrebt, den religiösen Sinn im Volke und an den Studienanstalten wieder zu beleben, und richtete an die Staatsregierung (1883/84) die wiederholte Forderung, den religiösen Bedürfnissen des bayerischen Volkes Rechnung zu tragen. Bei Beratung des Kultusbudgets beschwerten sich die katholisch-patriotischen Abgeordneten wieder über die Simultanschulen und die Kirchenfunktionen, welche der „altkatholische Bischof" in Bayern vornahm. Kultusminister Dr. von Lutz, der vom König zum Beweise seines ungeschwächten Vertrauens zum erblichen Freiherrn ernannt worden war, gab die Erklärung ab, daß er von seinem frühern Standpunkt nicht zurückweichen, jedoch dem Wunsche der Rechten des Hauses nachkommen werde, daß an der Münchener Universität, wo seit einem Jahr eine katholische Philosophieprofessur errichtet worden war, ein katholischer Geschichtsprofessor ernannt und in Würzburg ein katholisches Gymnasium errichtet werde; hierzu wurden ihm von beiden Kammern die erforderlichen Geldsummen bewilligt.

Auf vielseitige Klagen des bayerischen Volkes diesseits des Rheins über das Institut der Notariate, namentlich wegen der hohen Taxen, über die Verehelichungsfreiheit und die daraus folgende Belastung der Gemeinden mit dem Unterhalte armer Kinder beantragte die zweite Kammer mit großer Stimmenmehrheit, daß die auf dem Lande sich erledigenden Notarsstellen eingezogen und die Geschäfte dem zuständigen Amtsgerichte überwiesen werden, weil die hohen Verbriefungstaxen oft dem Werte des Grundstückes gleich-

kommen und das Notariat die Güterzertrümmerung von seiten der Juden begünstige. Der andere Antrag lautete, daß solchen Personen, die voraussichtlich eine Familie nicht ernähren können und deren Kinder von der Armenpflege unterhalten werden müssen, die Verehelichung verweigert werde und die Kinder, welche die Braut mit in die Ehe bringe, der frühern Heimatsgemeinde angehören. Der erstere Antrag wurde von den Reichsräten und dem Justizminister von Fäustle abgelehnt und der andere von der ersten Kammer so einschneidend abgeändert, daß in demselben fast jeder Anhaltspunkt verschwand. Die Volksvertreter sahen keinen andern Ausweg, als früher oder später die Armengesetzgebung einer Revision zu unterstellen und Vorsorge zu treffen, daß die Gemeinden nicht für den Unterhalt der durch Faulheit, Leichtsinn und Verschwendung verarmten Mitglieder verpflichtet und die unverschuldet Unglücklichen der christlichen Nächstenliebe anvertraut werden. Eine Einigung zwischen beiden Kammern wurde in einer neuen Forstorganisation erzielt. Nach derselben wurden statt der bisherigen Forstämter am Sitze jeder Kreisregierung Forstabteilungen mit einem Oberforstrat und Inspektionsbeamten errichtet. Einem Inspektionsbeamten wird das Referat übertragen und die forstwirtschaftlichen Betriebsgrundsätze und Einrichtungen in kollegialer Beratung geprüft und festgestellt, wobei der Referent Bericht erstattet. Die Inspektionsbeamten werden mit Überwachung und Kontrolle der Reviere betraut und teilen ihre in denselben gemachten Beobachtungen dem Referenten mit. Zur Revision des forstlichen Rechnungswesens ist bei allen Regierungs-Forstabteilungen eine eigene Forstbuchhaltung eingeführt. Den Forstabteilungen sind die Reviere unterstellt, an deren Spitze die Oberförster als selbständige Amtsverwalter stehen; ihnen sind die Forstassessoren, Förster, Forstwarte und Forstgehilfen nebst den Forst- und Waldaufsehern untergeben. Durch Beseitigung der bisherigen Forstämter als Mittelstellen wurde der Vielschreiberei abgeholfen und die Schreiberei um die Hälfte gemindert. Eine Regierungsvorlage über Aufbesserung der Beamtengehälter wurde wegen der schwankenden Finanzlage und des kläglichen Standes der Gewerbe und Landwirtschaft mit 101 Stimmen gegen 36 abgelehnt, dagegen zur Sicherung des Münchener Hof- und Nationaltheaters gegen Feuersgefahr, für Kirchenbauten in München, Nürnberg und anderen Ortschaften, wie zum Bau mehrerer Sekundärbahnen und zur Vollendung des neuen Akademiegebäudes der bildenden Künste bedeutende Geldsummen bewilligt. Ohne Schwierigkeit einigten sich die beiden Kammern in betreff eines Hagelversicherungsgesetzes, welches den Landwirten den Beitritt freistellt und die Verwaltung der Brandversicherungskammer übertrug, und über Errichtung einer staatlichen Kulturrentenbank, welche an Landwirte aus einem Kapital von zwei Millionen unkündbare Darlehen in Annuitäten zu $3^3/_4$ Prozent zu Kulturzwecken gibt und $^1/_2$ Prozent zur Tilgung (Amortisation)

berechnet. Die Einnahmen und Ausgaben des Staates für ein Jahr der XVII. Finanzperiode (1884 und 1885) wurden zu 234462573 Mark vereinbart und die Gesetzesvorlagen für Einführung neuer Reichsgesetze angenommen [1].

Die Hauptaufgabe des Reichstages im Jahre 1884 lag auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung. Es war auch in der kaiserlichen Thronrede die Überzeugung ausgesprochen, daß sozialpolitische Abhilfe geschaffen werden müsse, und zugleich die warnende Stimme erhoben worden, daß mit durchgreifenden Reformen den auf Umsturz jeder Ordnung gerichteten revolutionären Bestrebungen der Boden entzogen werden müsse. Nach eingehender Beratung wurde von der Reichsversammlung ein Unfallversicherungsgesetz angenommen, kraft dessen alle Arbeiter, deren Beruf mit Gefahren verbunden ist, nämlich: die Arbeiter in Bergwerken, Salinen, Steinbrüchen und Gruben, auf Werften und Bauhöfen, sowie in Fabriken und Hüttenwerken und jene Betriebsbeamte, deren Gehalt die Summe von 2000 Mark nicht übersteigt, versichert werden. Die Versicherung erfolgt auf Gegenseitigkeit durch die Unternehmer der Betriebe, welche zu diesem Zwecke in Berufsgenossenschaften vereinigt werden. Während bisher die Großkapitalisten die Arbeiter, wie einst im Heidentum, als Sklaven und lebendige Teile einer Maschine behandelten, ist das neue, durch die Thätigkeit des katholischen Zentrums zu stande gekommene Gesetz auf christlichem Prinzip begründet und der christlichen Nächstenpflicht innerhalb des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die ihr gebührende Stellung erhalten. Ebenso bezwecken eine Hebung der sozialpolitischen Verhältnisse: eine Novelle zum Hilfskassengesetz, ein neues Aktiengesetz, ein Gesetz über Versorgung der Hinterbliebenen von Angehörigen des Reichsheeres und der Marine und über Verbesserung des Pensionswesens der Reichsbeamten und Offiziere und des Innungsgesetzes von 1881, wonach nur Innungsmeister zum Halten von Lehrlingen berechtigt sind. Außerdem beschäftigte sich der Reichstag mit Beratung und Annahme der Gesetzentwürfe über Errichtung von Gewerbekammern, den Feingehalt der Gold- und Silberwaren und den verbrecherischen, gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen; die letztere Gesetzesvorlage wurde durch ein beabsichtigtes, ruchloses Attentat auf den Deutschen Kaiser und Kronprinzen nebst Umgebung veranlaßt [2]. Als nämlich am Niederwalde (28. September 1883) eine große Statue der Germania aus Erzguß auf einem hohen Sockel, Symbol der deutschen Einigkeit und Kraft, enthüllt wurde, wählten acht Anarchisten (Umsturzmänner auf Leben und Tod) nach eifriger Durchforschung der Umgegend den von Rüdesheim nach dem Denkmal

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 28. September 1883 bis 4. April 1884.

[2] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen v. 6. März bis 28. Juni 1884.

führenden Fahrweg zur Ausübung eines entsetzlichen Verbrechens; diesen Weg mußten die allerhöchsten und höchsten Herrschaften, Generale, Minister ꝛc., welche zur Enthüllungsfeier nach dem Niederwalde kamen, benützen. In eine Drainageröhre, welche etwa zehn Minuten vom Denkmal entfernt war und die Fahrstraße quer durchschnitt, schoben sie (27. September) zwei mit Dynamit gefüllte und mit einer Zündschnur versehene Büchsen und legten die Zündschnur über den Straßengraben hinweg nach dem nahen Walde, wo sie dieselbe mit Baumblättern, Gras und Erde bedeckten und das Auffinden des Endes der Schnur durch gewisse Merkzeichen sicherten. Nach Beendigung dieser Vorbereitungen kehrten die Anarchisten nach Rüdesheim zurück und begaben sich am andern Tag morgens wieder an den Thatort, wo sie anscheinend harmlos im Walde bei einem Frühstück im Grase saßen und übereinkamen, die Zündschnur, sobald der Wagen des Kaisers in Sicht wäre, zu entzünden und durch eine Explosion des Dynamits den Kaiser und die übrigen deutschen Fürsten, die Gesandten und die zahlreiche Umgebung in die Luft zu sprengen. Die göttliche Vorsehung verhinderte das schreckliche Verbrechen. Es hatte während der Nacht geregnet und das Ende der Zündschnur war so feucht geworden, daß es sich nicht entzündete. Die Anarchisten nahmen die Dynamitbüchsen aus der Drainageröhre heraus und gingen nach Rüdesheim, wo sie die von einigen tausend Festgästen besetzte Festhalle auf einer Wiese in die Luft sprengen wollten. Das Dynamit, das sie an der Außenwand der Halle anbrachten, explodierte; es wurde jedoch nur ein Teil der Halle zertrümmert, ohne ein Menschenleben zu gefährden. Die acht Anarchisten wurden verhaftet und vom Reichsgericht in Leipzig wegen Hochverrates, Mordversuches und Brandstiftung teils zum Tode, teils zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt; nur zwei wurden freigesprochen. Die unaufhörlichen Attentatsversuche der Umsturzpartei gegen das Leben der Monarchen bewogen den russischen, österreichischen und deutschen Kaiser, sich enge zu verbünden. Sie versammelten sich mit ihren Ministern des Auswärtigen, von Giers, Grafen Kalnoky und Fürsten Bismarck, (16. September 1884) im Schlosse Skierniewice in Polen nächst dem gleichnamigen Städtchen, um die wichtigsten internationalen Fragen zu besprechen.

Wenige Wochen nach der Dreikaiserzusammenkunft wurden (Oktober 1884) die Reichstagswahlen vorgenommen, welche ein neues Verhältnis der politischen Parteien ergaben. Im Münchener Wahlkreis, der bisher von zwei Zentrumsmitgliedern vertreten war, einigten sich bei der Stichwahl die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten trotz deren politischen Gegensätze, und infolge dieses Bündnisses wurde ein Nationalliberaler und ein Sozialdemokrat in den Reichstag gewählt. Die Sozialdemokraten, welche bisher im Reichstag nur durch 13 Abgeordnete vertreten waren, hatten sich seit drei Jahren in Deutschland trotz dem „Sozialistengesetz“ fast um das Doppelte

vermehrt; in Bayern allein waren ihre Wahlstimmen von 22000 auf 35000 gestiegen. Sie schickten nun 24 Abgeordnete nach Berlin, durch deren Zahl sie in den Stand gesetzt wurden, selbständige Anträge im Reichstag zu stellen. Der 87jährige Kaiser eröffnete selbst (20. November 1884) die Reichsversammlung und hob in der Thronrede hervor, daß zum weitern Ausbau der sozialpolitischen Reformen und zur Befestigung des innern Friedens die Unfallversicherung auf die Arbeiter der Landwirtschaft und des Transportwesens ausgedehnt und die Sparkasseneinrichtungen erweitert, die Dampfschiffahrt zum Schutze überseeischer Ansiedlungen subventioniert und zur Deckung der wachsenden Ausgaben neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen. Mit großer Befriedigung erwähnte Wilhelm I., daß in Skierniewice die Freundschaft zwischen den drei Kaisern durch die persönliche Zusammenkunft in der Art besiegelt worden wäre, daß sie auf lange Zeit gesichert sei. Er teilte der Reichsversammlung mit, daß er, im Einverständnis mit der französischen Regierung, die meisten seefahrenden Nationen nach Berlin eingeladen habe, um über die Mittel zu beraten, wodurch der Handel mit Afrika gefördert und vor Störungen durch internationale Streitigkeiten geschützt werden könne. Die Verhandlungen des sogenannten Kongo- oder westafrikanischen Kongresses, welcher durch die neuesten Handelsniederlassungen der Deutschen in Ost- und Westafrika und durch Zwiste mit den eifersüchtigen Engländern veranlaßt worden war, fanden während der Reichstagssitzungen statt. Der deutsche Reichskanzler war durch die Reibungen der Engländer mit den Deutschen, denen sie seit einem Jahre ihre Niederlassungen und Privatbesitzungen in Afrika und Australien streitig machen wollten, so erzürnt worden, daß er die Franzosen in allen ihren überseeischen Unternehmungen gegen die Briten unterstützte; dadurch gewann er die französische Regierung für sich und lud in Verbindung mit ihr die fremden Mächte zu einem Afrikanischen Kongreß ein. Durch die England feindliche Politik zog er auch Rußland fester an Deutschland, weil die Russen sich in Zentralasien und in neuester Zeit in Afghanistan immer mehr ausbreiteten und von den Engländern, die sich in Indien durch das Vordringen der Russen für bedroht hielten, mit feindseliger Gesinnung betrachtet wurden. Auf dem „Kongo-Kongreß“ wurde die Gründung eines Kongostaates in Westafrika unter dem Protektorat des belgischen Königs, der sich um die Ausforschung des Kongogebietes große Verdienste erworben hatte, und volle Handelsfreiheit für alle Nationen in dem neuen Staate beschlossen.

In der letzten Reichstagssession (1885) war die Aufhebung des schmählichen Ausweisungsgesetzes der Geistlichen vom 4. Mai 1874 mit einer Stimmenmehrheit von 217 Abgeordneten gegen 40 beantragt, aber von dem Bundesrat abgelehnt worden; dennoch erneuerte der Führer des Zentrums, Dr. Windthorst, den Antrag, das Ausweisungsgesetz, das eine Bedrohung

und ein Mißtrauensvotum für alle Katholiken in Deutschland sei, zu beseitigen, und wieder stimmten 217 Abgeordnete gegen 93 für Aufhebung desselben. Fürst Bismarck nannte die Wiederkehr des Antrages eine Mißachtung des Bundesrates und erklärte, daß das Expatriierungsgesetz wohl in den deutschen Staaten Preußens aufgehoben werden könne, aber nicht im polnischen Gebiete, wo man sich für die Idee eines polnischen Nationalreiches begeistere und Westpreußen und Oberschlesien von Preußen abtrennen wolle. Damit gab der Reichskanzler bekannt, daß die Ausweisung der Geistlichen nicht wegen des Sakramentspendens und Messelesens, sondern aus politischen Gründen der preußischen Regierung notwendig erscheine. Papst Leo XIII. war stets von dem Streben beseelt, das Heil der Seelen zu fördern und dem Verlangen der preußischen Katholiken nach Friede und Ordnung nachzukommen; er ernannte (1885) den verbannten Erzbischof Paulus Melchers von Köln zum Kardinal und besetzte den seit elf Jahren verwaisten Stuhl mit dem Bischof Krementz von Ermeland, um die Seelsorge in der Kölner Diöcese wieder zu regeln.

Die Beratungen des Budgets ergaben kein erfreuliches Bild von der Finanzlage des Reiches, denn der Ausfall bezifferte sich zu ungefähr 40 Millionen Mark, welche durch Matrikularumlagen gedeckt werden mußten und von denen gegen fünf Millionen auf Bayern entfielen. Die jährlichen Ausgaben für das Kriegswesen betrugen 470 Millionen, wovon auf Bayern allein 43 Millionen trafen. Für die vom Reichskanzler angelegentlichst befürwortete Kolonialpolitik bewilligten die Reichstagsabgeordneten auf 15 Jahre 4 400 000 Mark, um Postdampferlinien mit Ostasien und Australien, wo ein Teil von Neu-Guinea, die Admiralitätsinseln, Neubritannien und Neuirland der deutschen Schutzherrlichkeit unterstehen, herzustellen. Bei diesen wichtigen Verhandlungen wurde dem Reichskanzler von mehreren Rednern des Zentrums und der Fortschrittspartei bemerkt, daß die Kolonialpolitik für Deutschland ein gefährliches Unternehmen sei, weil den Deutschen zum Schutze ihrer Kolonien, deren Wert noch sehr zweifelhaft sei, die notwendige Flotte fehle. Die Baukosten von sechs Reichspostdampfern überstiegen weit die Voranschläge; dieselben brauchten um vier bis sieben Tage mehr Zeit als die englischen Dampfer auf der nämlichen Linie; jeder Brief und jede Postkarte kam im Verkehr mit Ostasien und Australien auf ungefähr 20 Mark, und der „Norddeutsche Lloyd“ wurde jährlich um etwa 400 000 Mark durch die neue Einrichtung geschädigt. Am wenigsten war für das vorzugsweise Ackerbau treibende Bayern aus der Kolonialpolitik ein Nutzen ersichtlich, weil die in Afrika erworbenen Gebiete sich nicht zum Feldbau eignen, sondern nur zu einem bedeutungslosen Handel. Größere Vorteile brachte dem bayerischen Staat die Erhöhung der Holz- und Getreidezölle, weil in Bayern die Forstverwaltung große Kosten erfordert und die Waldungen einen sehr hohen

Wert haben, aber die Holzpreise diesen Verhältnissen nicht entsprachen. Die Getreidepreise standen seit mehreren Jahren infolge starker Einfuhr ungarischen und mährischen Getreides so niedrig, daß die Landwirte nicht einmal die Arbeitslöhne bezahlen konnten. Zum Schutze der inländischen Gewerbe wurde auf viele Warenartikel der Einfuhrzoll erhöht oder ein neuer angenommen und das Unfallversicherungsgesetz nur auf das Transportgewerbe ausgedehnt, die landwirtschaftlichen Arbeiter aber und die Handwerker blieben noch gegen ihren Wunsch ausgeschlossen. Von der Zentrums- und konservativen Partei wurden die obligatorischen Innungen zur Förderung des Handwerkerstandes dringend empfohlen, allein der Reichskanzler und der Bundesrat willigten nur in eine Ausdehnung der Innungsbefugnisse und in Einführung des Befähigungsnachweises. Die außer und in der Reichsversammlung vielfach und oft besprochene Frage über eine Börsensteuer wurde von den Abgeordneten und dem Bundesrat dadurch gelöst, daß von den Wertpapieren, womit die Börsenmänner Handel treiben und den leichtesten Gewinn machen, eine Umsatzsteuer zu einem Zehntel vom Tausend erhoben wird, wodurch man einen Steuerertrag zu jährlich 15 bis 20 Millionen Mark erwartete[1].

Als in dem im November 1885 einberufenen Reichstag die Geldforderung für die sechs Reichspostdampfer und die versuchsweise Wahl der Stadt Antwerpen als Anlaufshafen zur Beratung kam, richtete das Zentrum an den Bundesrat die Anfrage, ob in den deutschen Kolonien auch katholische Priester zu Missionen zugelassen werden. Fürst Bismarck erwiderte, daß die Mitglieder aller jener Orden, welche aus dem Deutschen Reich verbannt seien, auch von den deutschen Kolonien ausgeschlossen seien. Nach seiner protestantischen Anschauung hielt er die Jesuiten und Redemptoristen für kirchliche Vereine, welche kein Vaterland haben und nur internationale Zwecke anstreben. Allerdings verfolgen beide Orden internationale Zwecke bei ihrer allgemein bewunderten Missionsthätigkeit; diese aber sind Christianisierung und Bildung heidnischer Völker. Papst Leo XIII. bedauerte die Erklärung des Reichskanzlers, weil die Jesuiten und Redemptoristen die zu Missionen in den deutschen Kolonien notwendigen Sprachkenntnisse besaßen, welche meist den protestantischen Geistlichen mangelten. Der Papst hatte einen solchen Entscheid Bismarcks um so weniger erwartet, als er in einem Streite zwischen Deutschland und Spanien über das Besitzrecht der Karolinen-Inseln von beiden Parteien zum Schiedsrichter erkoren worden war und (November 1885) einen sie befriedigenden Ausspruch that. Die Verhandlungen über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches für das Jahr 1886/87 zu 696 600 000 Mark nahmen einen ruhigen Verlauf. Die Matrikularbeiträge

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 20. November 1884 bis 15. Mai 1885.

wurden zu 138 443 000 Mark berechnet; davon entfielen auf Bayern 26 190 000 Mark; es erhielt aber an den Erträgnissen der Reichszölle und Reichsstempel über 17 Millionen Mk., so daß es in Wirklichkeit 9 000 000 Mk. als Matrikularbeiträge an das Reich zu zahlen hatte. Zum Bau eines Nord-Ostseekanals in Schleswig-Holstein zur Verbindung der Nord- mit der Ostsee, wodurch sich für die Norddeutschen große Vorteile ergaben, bewilligte der Reichstag 150 Millionen. Zur Vermehrung der Einnahmen legte der Bundesrat der Reichsversammlung einen Gesetzentwurf über ein Branntweinmonopol vor; derselbe wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, weil sich die Reichsregierung durch Einführung von Monopolen finanziell von der Volksvertretung unabhängig machen wollte und die Monopole überhaupt die volkswirtschaftlichen Interessen schädigten. Die Einführung der Gold- und Silberwährung wurde wiederholt besprochen und von den Bimetallisten darauf hingewiesen, daß auf eine allgemeine Annahme der Goldwährung auf der Erde nicht zu hoffen sei, weil nicht genügend Gold vorhanden sei. Die Reichsregierung suchte sie mit der Mitteilung zu beruhigen, daß in Deutschland kein Mangel an Barmitteln bestehe; denn der Goldvorrat betrage ungefähr 1700 Millionen Mark. Die längst angestrebte Entschädigung unschuldig verurteilter Personen kam endlich durch Vereinbarung mit dem Bundesrat in dem Beschlusse zu stande, daß die Entschädigungspflicht nicht für physische und moralische Verluste, sondern nur für unmittelbare Vermögensnachteile eintreten solle. Auch die Berufung in Strafsachen wurde angenommen, das Unfallversicherungsgesetz auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter ausgedehnt und für die Handwerker endlich der Befähigungsnachweis eingeführt. Der Auslieferungsvertrag, den die deutschen Bundesregierungen auf Antrag Bismarcks zur Zurückdrängung der sich vermehrenden polnischen Bevölkerung mit Rußland abgeschlossen hatten, wurde vom Zentrum angegriffen, weil die von Preußen verfügten Ausweisungen russischer und österreichischer Unterthanen, meist Polen, gegen 40 000 Personen, welche in Preußen eingewandert und nicht heimatberechtigt waren, nicht gerechtfertigt gewesen und mit den Interessen der Reichsangehörigen, namentlich in Handel und Verkehr, nicht vereinbar sei. Die konservativen und nationalliberalen Mitglieder des Reichstages entgegneten, daß die Verträge der Bundesregierungen mit auswärtigen Mächten Sache der Krone seien und dem Reichstag hierin keine Zuständigkeit zukomme. Als zu gleicher Zeit die Ausweisung der Polen auch im preußischen Abgeordnetenhause besprochen wurde, gab Fürst Bismarck die Erklärung ab, er sei durch zahlreiche Einwanderung der Polen im östlichen Deutschland und durch ihre Verdrängung des deutschen Elementes gezwungen worden, den Auslieferungsvertrag mit Rußland einzugehen. Seine Rede schloß er mit der Drohung, daß er dem Kaiser und den Bundesregierungen raten werde, „sich von der Obstruktionspolitik des

Reichstages unabhängig zu machen, soweit es durch Gesetz und Verfassung möglich sei". Des Reichskanzlers Anschauungen von dem absoluten Staat und seine Besorgnis vor dem Polentum wurden von mehreren Rednern des Zentrums und der freisinnigen Partei widerlegt[1].

In ähnlicher Weise entspann sich ein Streit im bayerischen Landtag, welcher verfassungsgemäß (29. September 1885) in dem schön und zweckmäßig restaurierten Gebäude drei Monate vor Ablauf der letzten Finanzperiode einberufen worden war, um die nächste (XVIII.) Finanzperiode (1886 und 1887) zu beraten und zu beschließen. Während im Finanzausschusse die Voranschläge der Staatsregierung verhandelt wurden, stellten die katholisch-patriotischen und freisinnigen Mitglieder der Abgeordnetenkammer den Antrag, daß der zwischen Bayern und Rußland nach dem Vorgange Preußens (1. Oktober 1885) abgeschlossene Vertrag über Auslieferung politischer Verbrecher, namentlich der Sozialdemokraten, Nihilisten und Anarchisten, abgeändert werde, weil nicht jeder politische Verbrecher ein gemeingefährlicher Verbrecher sei und der Vertrag dem allgemeinen Völkerrecht civilisierter Staaten und dem Rechtsbewußtsein des bayerischen und deutschen Volkes widerspreche. Einige liberale Abgeordnete und der Minister des Auswärtigen, Freiherr von Crailsheim, traten den Antragstellern mit der Behauptung entgegen, daß dem Landtag in betreff der Staatsverträge kein verfassungsmäßiges Recht zustehe und Rußland auf eine Modifikation des eben erst unterzeichneten Vertrages kaum eingehen werde; dennoch wurde der Antrag von beiden Seiten des Hauses mit großer Mehrheit angenommen, weil die Abgeordneten das Recht der Petitionen besitzen, wie es die Staatsregierung und die Reichsratskammer in mehreren Fällen zugegeben hätten, und im Eingange der bayerischen Verfassung das Recht „der Wünsche" ohne Beschränkung genannt werde, während das Recht der Beschwerde beschränkt sei. Die Reichsräte lehnten den Antrag der zweiten Kammer ab, weil die Regierung denselben ohne Mitwirkung des Landtages abschließen konnte und dieser nicht berechtigt war, sich wegen eines Staatsvertrages mit einer Bitte an die Krone zu wenden. Die Abgeordneten waren überzeugt, daß ihr Antrag von den Reichsräten verworfen werde, denn die Mehrzahl derselben, namentlich die lebenslänglichen, stellte sich seit 1872 in allen Landes- und Reichsangelegenheiten auf Seite des Staatsministeriums. An den übrigen Anträgen der zweiten Kammer machten die Reichsräte wenige und unbedeutende Abänderungen und der Antrag, daß sich an eine an die Regierung gerichtete Interpellation sogleich eine Besprechung anschließen könne, wenn in der zweiten Kammer 25 Stimmen und in der ersten 15 dafür seien, fand

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 19. November 1885 bis 30. Juni 1886.



allgemeine Annahme. Der Antrag, daß die militärpflichtigen Geistlichen, denen das Waffentragen vom kanonischen Recht strenge verboten sei, vom Kriegsdienste befreit seien und die Kandidaten der Theologie wie die Schullehrer aus Rücksicht auf ihren Beruf nur sechs Wochen unter den Waffen dienen, erlangte eine große Mehrheit, und von der Staatsregierung wurde eine Rücksichtnahme auf die Geistlichen und die Theologie-Kandidaten aller Konfessionen zugesichert. Auf Anregung landwirtschaftlicher Versammlungen und wiederholter Interpellationen in der Abgeordnetenkammer wurde das Flurbereinigungs- oder Arrondierungsgesetz von 1861 durch die Abänderung verbessert, daß eine Zentralstelle für das Flurbereinigungsverfahren eingesetzt, die Kosten vermindert und die Zusammenlegung von Grundstücken durch einfache Mehrheit der zunächst beteiligten Landwirte entschieden wurde. Eine neue Subhastationsordnung oder Zwangsversteigerung des unbeweglichen Vermögens hat vor der frühern den Vorzug, daß sie den Rechten der Gläubiger und des Eigentümers entspricht und der Schutz der besser berechtigten Gläubiger deren Rechte zu einer den Eigentümer schützenden Schranke gegen Zwangsversteigerungsanträge nachstehender Gläubiger macht, so daß durch das neue Gesetz die Zahl der Zwangsversteigerungen vermindert wurde. Ein von der Rechten der Abgeordnetenkammer ausgearbeiteter Gesetzentwurf über eine staatlich geleitete Mobiliarbrandversicherung wurde von der Linken, welche die freie Vermehrung des Kapitals nicht hindern wollte, bekämpft, obgleich in Bayern unter zwanzig Versicherungsanstalten nur eine einzige bayerische war, weshalb alljährlich eine große Geldsumme ins Ausland floß. Auch die Reichsräte und die Regierung verhielten sich ablehnend gegen eine bayerische Mobiliarversicherung mit der Angabe, daß die Verwaltung derselben zu viel Personal und Kosten erheische und die Vorstände der Privatversicherungsanstalten dem Staatsminister des Innern große Vorteile zu gunsten des zu Versichernden versprochen hätten.

Die Finanzverhandlungen verliefen größtenteils friedlich und sachgemäß, und die prinzipiellen Gegensätze zwischen den katholisch-patriotischen Abgeordneten und der liberalen Staatsregierung, welche früher oft in eingehenden Erörterungen aufeinander stießen, traten nicht mehr hervor, weil die Minister in vielen Fällen der Rechten ein freundlicheres Entgegenkommen zeigten und das Land endlich finanziell aus den fortwährenden Ausfällen zu einem sichern Haushalt gebracht worden war, wenn auch mittels der indirekten Steuerschraube. Die Steuergesetze und die Kapitalrentenbesteuerung wurden revidiert, die Budgetansätze sehr vorsichtig gemacht und der Rückgang der Eisenbahnrente in Betracht gezogen. Zu einer schon vor zwei Jahren beratenen Gehaltsaufbesserung der pragmatischen Beamten wurden jährlich 870000 Mark in Form von Wohnungsgeldzuschüssen bewilligt, welche keinen pragmatischen Gehaltsteil bilden, in die Pension nicht eingerechnet werden und manches

vorzeitige Pensionsgesuch verhindern. Zur Errichtung neuer Gymnasien in München und Würzburg wurden die erforderlichen Geldsummen bewilligt und das geheime Verbindungswesen, das seit einigen Jahren unter den Gymnasialschülern in sittenverderblicher Weise um sich griff, auf beiden Seiten des Hauses beklagt. Wegen abnehmenden Besuches der technischen Schulen wurde beantragt, daß jene Industrieschulen, welche am schwächsten besucht würden, aufgehoben werden. Bei Beratung der Etatsposition für die drei Landesuniversitäten beschwerten sich die katholisch-patriotischen Abgeordneten, daß an den bayerischen Hochschulen verhältnismäßig zu wenige Bayern und zu wenige katholische Professoren lehren und der Unterricht in der Geschichte Bayerns vernachlässigt werde. Bei diesen Verhandlungen machte in der Reichsratskammer der konservative Graf von Preysing-Lichtenegg die hohe Versammlung auf die große Bedeutung aufmerksam, daß bei der letzten Reichstagswahl im Wahlkreise München II ein Sozialdemokrat gewählt worden sei und bei dessen Wahl sich sogar Beamte beteiligt hätten, damit nicht der von der katholisch-patriotischen Partei aufgestellte Wahlkandidat die Stimmenmehrheit erlangte. „Die Sozialdemokraten", fuhr der Redner fort, „streben die Vernichtung des Königreichs Bayern und des Christentums an." Als die wahre Ursache dieser gesellschaftlichen Erscheinung in Bayern bezeichnete er die Gottlosigkeit, welche den Schülern auf den Lehrstühlen der mittleren und höheren Unterrichtsanstalten vorgetragen werde, und den Haß, der sich gegen das Christentum, auf welchem das Gottesgnadentum der Krone beruhe, in allen Schichten des Volkes immer mehr ausbreite. Den Staatsministern machte Graf Preysing zum Vorwurf, daß ihnen die Wahl eines Sozialdemokraten zum Reichstagsabgeordneten nicht unerwartet erschienen sein könne, weil ihnen die von ihnen selbst geschaffenen Verhältnisse der innern Politik und die religiöse Gesinnung der höheren und niederen Beamten nicht unbekannt gewesen seien. Die anwesenden Minister und die übrigen Reichsräte machten bei der warnenden Rede Preysings bedenkliche Mienen und schwiegen. Die jährlichen Einnahmen und Ausgaben für die XVIII. Finanzperiode wurden in beiden Kammern zu jährlich 241500000 Mark genehmigt, wovon für das Kriegswesen 45½ Millionen entfielen, und von dieser Summe wurden die Kosten für ein neues Militärbildungsgebäude auf dem Marsfelde bestritten [1].

Kurz vor Vertagung des Landtages (Mai 1886) luden die Minister hervorragende Mitglieder der Abgeordnetenkammer zu einer Versammlung ein und stellten an sie die vertrauliche Anfrage, ob sie geneigt wären, einen Kredit zur Tilgung der Schulden des Königs, welche ungefähr 15 Millionen Mark betrugen, zu bewilligen. Ludwig II. besaß eine wahnsinnige Baulust

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 29. September 1885 bis 26. Mai 1886.

und unternahm im bayerischen Hochgebirge den Bau von Schlössern, welche ganz nach seinen phantastischen Entwürfen mit orientalischer Verschwendung ausgeführt wurden; ehe eines derselben vollendet war, begann er den Bau eines andern, und so entstanden die luxuriösen Schlösser Linderhof, Schachen, Neuschwanstein (Hohenschwangau) und Herrenchiemsee, zu denen über 40 Millionen Mark teils aus der Civilliste, teils aus Anlehen verwendet wurden. Im Frühling des Jahres 1886 ließ er Vorbereitungen zum Bau eines fünften Schlosses auf dem Berge Falkenstein im Algäu treffen. Als die Kosten für die noch nicht vollendeten Schlösser nicht mehr bestritten werden konnten und die Baumeister und Lieferanten mit gerichtlicher Klage gegen die Hof- und Kabinettskasse auftraten, machten die Minister als verantwortliche Räte der Krone dem König zwei schriftliche Vorstellungen, daß die finanzielle Lage der Kabinettskasse an eine Einschränkung seiner Baulust und an weise Sparsamkeit ermahne, weil sonst das Ansehen der Krone und des Staates geschädigt werde und sie die Verantwortung für die große Schuldenlast nicht übernehmen könnten. Zugleich wurden die Minister in der Tagespresse und Broschüren beschuldigt, daß sie dem Lande die Schulden des Königs aufbürden wollen, und auswärtige Zeitungsblätter brachten die Nachricht, daß der König von Bayern irrsinnig sei. Ludwig II. gab seinen Ministern auf ihre Vorstellungen keine Antwort; vielmehr dachte er ernstlich daran, sie zu entlassen und sich um Minister umzusehen, welche ihm Geld auftreiben würden. In der Besprechung mit den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses thaten die Minister von einer Geisteskrankheit des Königs keine Erwähnung, wiewohl sie darum seit mehreren Monaten wußten. Sie hatten vor ungefähr einem Vierteljahr die tüchtigsten Irrenärzte in Bayern beauftragt, den geistigen Zustand Ludwigs zu untersuchen, und diese hatten erkannt, daß er an Größen- und Verfolgungswahnsinn leide. Die Landtagsabgeordneten waren zur Bewilligung eines Kredits von $14^1/_2$ Millionen für die königliche Kabinettskasse bereit, wenn Ludwig keine Schulden mehr mache. Davon wollte der König nichts hören und machte zu seiner Umgebung die Äußerung: „Wenn ich nicht mehr bauen kann, will ich auch nicht mehr leben.“ In höchster Aufregung richtete er an den Fürsten Bismarck die briefliche Anfrage, ob sich kein anderer Ausweg als der von seinen Ministern vorgeschlagene finden lasse. Dadurch erfuhr der Reichskanzler von den inneren Angelegenheiten Bayerns; er antwortete dem König, daß auch er kein anderes Mittel als die Sparsamkeit wisse.

Nach ernster Erwägung der hochwichtigen Sache sahen sich die bayerischen Minister gezwungen, zu der äußerst schwierigen und gefährlichen Entmündigung des geisteskranken Königs zu schreiten und mit dem Prinzen Luitpold, dem Oheim Ludwigs II., über die Übernahme der Regentschaft zu unterhandeln. Luitpold war hierzu gemäß der Verfassung als nächster

Agnat berechtigt, weil der einzige thronberechtigte Bruder des unvermählten Königs, Prinz Otto, ebenfalls seit mehreren Jahren irrsinnig und im Schlosse zu Fürstenried nächst München in völliger Umnachtung des Geistes untergebracht war. Der patriotischgesinnte Prinz Luitpold entschloß sich, obwohl schon 65 Jahre alt[1], die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen und übertrug einer aus Ministern und obersten Hofbeamten zusammengesetzten Kommission, sowie dem Obermedizinalrat und Direktor der oberbayerischen Kreisirrenanstalt, Dr. von Gudden, und dessen Assistenzarzt Dr. Müller die gefahrvolle Aufgabe, sich des Königs, der damals sein neues Schloß Neuschwanstein bei Füssen bewohnte, (9. Juni 1886) zu bemächtigen und ihn zur Heilung in das Schloß Berg am Starnberger (Würm-) See zu bringen, welches von dem Professor der Psychiatrie in Würzburg, Dr. Grashey, zu diesem Zwecke eingerichtet wurde. Die Hofdienerschaft in Hohenschwangau erhielt vom Oberststallmeisterstab die telegraphische Weisung, es solle von Hohenschwangau ein Wagen bei der Eisenbahnstation Oberdorf eintreffen, um die „Staatskommission" nach Neuschwanstein zu führen. Die Diener setzten hiervon den König sogleich in Kenntnis, und dieser befahl seinen Leuten und wachehaltenden Gendarmen, den Kommissären bei ihrer Ankunft nachts den Eintritt in das Schloß zu verwehren; diese begaben sich nach Hohenschwangau zurück. Das Staatsministerium hatte es unterlassen, das Bezirksamt Füssen, welches die zuständige Polizeibehörde von Neuschwanstein war, anzuweisen, bei Ankunft der Kommissäre die nötigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Ohne Zweifel würden die Schwierigkeiten des Auftrages gemindert worden sein, wenn die persönliche Vermittlung der erlauchten Königin-Mutter, welche nicht ferne von Füssen auf dem Gute Elbingenalp verweilte, angerufen worden wäre. Inzwischen eilten die Bewohner der Umgegend, Feuerwehrleute, Bauern und Floßknechte nach Neuschwanstein, um den König, der beim Gebirgsvolke durch seine verschwenderische Freigebigkeit und kostspieligen Bauten sich beliebt gemacht hatte, gegen eine Gefangennahme durch die Kommissäre zu schützen. Am andern Morgen (10. Juni) um 6 Uhr erschien im Schlosse Hohenschwangau ein Gendarm und kündigte den Staatskommissären an, daß sie auf Befehl des Königs verhaftet seien und das Schloß nicht verlassen dürfen; den Minister des Hauses, Freiherrn von Crailsheim, den Oberststallmeister, Grafen von Holnstein, und den Grafen von Törring ließ Ludwig II. gefangen nach Neuschwanstein abführen und in ein Verließ werfen. Nach zwei Stunden kam der Bezirksamtmann von Füssen in Neuschwanstein an und vermittelte auf telegraphische Anweisung des Ministers des Innern die Befreiung der gefangenen Kommissäre. Am folgenden Tag begaben sich die beiden Irrenärzte Gudden und Müller mit fünf Pflegern

[1] Prinz Luitpold von Bayern ist am 12. März 1821 in Würzburg geboren.

und einem Gendarmerie-Offizier nach Neuschwanstein, wo ihnen ein Kammerdiener mit der Bitte entgegeneilte, daß sie sich sogleich in die Gemächer des Königs verfügen möchten; denn derselbe erkenne, daß man sich seiner Person versichern wolle, und habe geäußert, daß er sich umbringen werde. Direktor Gudden verteilte seine fünf Pfleger in den Korridors des Schlosses, und der Kammerdiener trug den Turmschlüssel zum König, welcher ihn schon mehrmals verlangt hatte, um sich von demselben in die Tiefe zu stürzen. Plötzlich trat Ludwig II. mit festem Schritt in seiner imposanten Größe zur Korridorthüre und sprach mit einem sich tiefst verbeugenden Diener in kurzen, abgerissenen Sätzen. Die Pfleger umringten ihn und erfaßten ihn an beiden Armen. Gudden näherte sich dem König und teilte ihm mit, daß Seine Majestät nach dem Ausspruche von vier Irrenärzten sich einer Kur unterziehen müsse und er den Befehl habe, Seine Majestät noch in dieser Nacht nach Schloß Berg zu begleiten. Ludwig stieß ein schmerzliches „Ach!“ aus und fragte, wie lange die Kur dauern werde. Gudden erwiderte, der kürzeste Termin sei ein Jahr. Darauf sagte der unglückliche Monarch: „Nun, es wird wohl rascher gehen; man kann es ja machen wie mit dem Sultan. Es ist leicht, einen Menschen aus der Welt zu schaffen; man darf nur ein Mittel in die Suppe schütten, auf daß er nimmer erwacht.“ Dennoch willigte er ein, nach Berg zu fahren, wo die Ärzte auf Selbstmordversuche Ludwigs vorbereitet waren[1]. Während dieser Tage erließ der Prinz-Regent eine Proklamation, in welcher er dem bayerischen Volke die verfassungsmäßige Übernahme der Reichsverweserschaft und des Oberbefehls über das bayerische Heer verkündigte.

In Bayern und namentlich in München, wo Ludwig II. durch seine Schulden und sein abgeschlossenes Leben im Gebirge die früheren Sympathien längst verloren hatte, sah man mit gespannter Erwartung dem neuen Regierungswechsel entgegen. Die katholisch-patriotische Partei hoffte auf Ernennung eines konservativen Ministeriums und die Liberalen befürchteten einen Sturz der bisherigen Minister. Der Prinz-Regent behielt die Staatsminister, welche verfassungsgemäß in den Regentschaftsrat eintraten, bei und sprach ihnen in einem offenen Handschreiben sein Vertrauen aus, weil unter ihrer Leitung der Wohlstand des Volkes gehoben worden sei und der Papst seine Befriedigung über die kirchlichen Zustände in Bayern dem bayerischen Gesandten an der römischen Kurie ausgedrückt habe. Die Finanzlage sei besser und eine Steuererhöhung vermieden worden. Diese Kundgebung wurde von den Zeitungsblättern einer langen und scharfen Kritik unterzogen. Die katholisch-patriotische Partei nahm für sich das Verdienst in Anspruch, daß Bayern durch ihre Landtagsabgeordneten vor einer Steuererhöhung geschützt

[1] Müller, Fr. K., Die letzten Tage König Ludwigs II. von Bayern, 1888.

und der Kultusminister Dr. Freiherr von Lutz durch ihre Mehrheit in der Kammer gezwungen worden sei, der katholischen Kirche in mancher Beziehung entgegenzukommen; Landwirtschaft und Gewerbe aber empfänden nichts von dem im Schreiben Luitpolds hervorgehobenen Wohlstande des Landes.

Ludwig II. hatte in Berg, wo er von dem Direktor Gudden sorgsam und zart behandelt wurde, lichte Augenblicke, in denen er seinen Zustand erkannte. „Man hält mich", rief er plötzlich nachts, nach der Mitteilung eines wachehaltenden Dieners der oberbayerischen Kreisirrenanstalt, aus, „für einen Narren; ich erschieß mich!" Am Pfingstsonntag, den 13. Juni 1886, machte er abends bei naßkaltem Wetter in Begleitung Guddens im Schloßpark einen Spaziergang in anscheinend ruhiger Haltung. Die Diener, welche in kurzer Entfernung nachfolgten, ließ der Direktor auf Wunsch des Königs, ungeachtet mehrseitiger Warnungen, ins Schloß zurückgehen, um ihm gleichsam zu zeigen, daß sein Verfolgungswahn unbegründet sei. Kaum hatten sich die Diener entfernt, so schritt Ludwig auf den nahen See zu. Gudden suchte ihn sehr wahrscheinlich mit aller Gewalt zurückzuhalten, allein der riesenstarke König überwältigte ihn und drückte ihn am Ufer des Sees so lange unter das schlammige Wasser, bis er erstickte. Nun konnte er ungehindert in den See gehen, wo er seinen Tod fand. Die Dienerschaft des Schlosses forschte nach dem König und dem Direktor im Dunkel der Nacht, als diese nach einigen Stunden nicht mehr zurückkamen; zu ihrem größten Schrecken fand sie beide tot am Seeufer. Niemand konnte es sich enträtseln, daß die Leiche Ludwigs nicht in die Tiefe des Sees geriet, sondern an das Ufer getrieben wurde. Als die Kunde von diesem entsetzlichen, in der ganzen Geschichte unerhörten Ereignis nach München gelangte, kam die ganze Stadt in Aufruhr, und aus blinder Leidenschaft machte man dem schuldlosen Prinz-Regenten und den Ministern in rohen Ausdrücken den Vorwurf, daß sie den mit geistigen und körperlichen Vorzügen ausgestatteten König, der erst im 41. Lebensjahre stand, in den Tod getrieben hätten. Noch vor wenigen Wochen konnte man von Münchenern in öffentlichen und Privatgesellschaften bittern Tadel hören, daß Ludwig II. nicht mehr nach der Hauptstadt kommen wolle, außer wenn er für sich allein um Mitternacht im Hoftheater Opern oder Schauspiele aufführen lasse, daß er die wichtigsten Staatspapiere nur mehr aus den Händen seiner Kammerdiener zur Unterzeichnung entgegennehme und die Regierungsgeschäfte gänzlich hintansetze. Die Sektion der Leiche Ludwigs ergab, daß das kleine Hirn normal entwickelt war, weshalb er in der letztern Zeit noch lichte Augenblicke haben konnte; das große Hirn war abnormal gebildet und die Hirnhäute stark entzündet, wodurch das Vorstellungsvermögen gestört, die Phantasie gereizt und damit der Größen- und Verfolgungswahnsinn herbeigeführt wurde. Dieser krankhafte Zustand wurde durch übermäßigen Genuß alkoholhaltiger Getränke, wie Punsch, Cognac 2c., noch verschlimmert.

Gemäß der Thronfolge ging die Königskrone auf Ludwigs irrsinnigen Bruder, Otto I., über, und das Heer wurde (14. Juni 1886) auf ihn beeidigt. Am andern Tag wurden die Mitglieder des Landtags berufen, um ihnen die Dokumente über die Entmündigung Ludwigs II., die Geisteskrankheit Ottos I. und die Regentschaft des Prinzen Luitpold zur Prüfung vorzulegen. Aus einem umfangreichen Aktenmaterial gewannen die Reichsräte und die Abgeordneten die Überzeugung, daß Ludwig nach seinen Reden und Handlungen geistesgestört gewesen und auch Otto, nach ärztlichem Urteil, unheilbar irrsinnig sei. Einstimmig billigten sie die verfassungsmäßige Einsetzung einer Regentschaft und bewilligten dem Prinz-Regenten die in der Verfassung festgesetzte Summe zu jährlich 320000 Mark (200000 Gulden) zu seinem Hofhalte. Nachdem die Leiche des Königs (15. Juni) in der alten Hofkapelle aufgebahrt und (19. Juni) in der St. Michaelshofkirche unter einem ungeheuern Andrange von Volksmassen in die Gruft gesenkt worden war, leistete der Prinz-Regent (28. Juni) im Thronsaal der königlichen Residenz in einer feierlichen Versammlung sämtlicher Prinzen des Königshauses, der Staatsminister und obersten Hofbeamten, der Mitglieder des Landtags, der Hofgeistlichkeit und des Domkapitels, zahlreicher Offiziere, Professoren und Beamten den Eid auf die Verfassung und empfing von der ganzen glänzenden Versammlung die Huldigung mit einem brausenden Hoch. Hierauf schloß Luitpold (30. Juni 1886) den Landtag, in welchem die katholisch-patriotischen Abgeordneten ihre oppositionelle Stellung gegen das fortbestehende Staatsministerium wiederholt kundgaben, in feierlicher Weise[1].

Der Berliner Hof befürchtete, daß mit dem Regierungswechsel in Bayern das Bundesverhältnis zwischen Bayern und Preußen gelockert werden würde. Der Prinz-Regent beruhigte ihn mit einem Schreiben, in welchem er dem Kaiser, den er im letzten französisch-deutschen Krieg vom Anfange bis zum Ende begleitet hatte, die Übernahme der Regentschaft anzeigte und unter anderm sagte: „Mögen Eure Kaiserliche und Königliche Majestät sich überzeugt halten, daß auch ich meinerseits nichts sehnlicher anstrebe, als die Aufrechthaltung und Befestigung der so glücklich bestehenden innigen und vertrauensvollen Beziehungen, welche zum Heile Deutschlands die Kronen Preußens und Bayerns verbinden.“ Als bald darauf Kaiser Wilhelm I. (August 1886) auf seiner alljährlichen Reise in das Bad Gastein am Münchener Zentralbahnhof anlangte, wurde er von Luitpold und allen bayerischen Prinzen feierlichst empfangen und ihm zu Ehren im festlich geschmückten Königssalon ein luxuriöses Gastmahl bereitet. Nach wenigen Wochen traf auch Fürst Bismarck auf seiner Reise von einer Badekur in Kissingen nach Gastein in München ein und machte dem Prinz-Regenten einen Besuch; er wurde von

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 15. bis 28. Juni 1886.

ihm mit einer ehrenvollen Bewirtung ausgezeichnet. Zum Beweise, daß Luitpold an der Bundestreue festhalten werde, erfüllte er (September 1886) einen von der obersten Heeresleitung in Berlin schon längst ausgesprochenen Wunsch durch die Verordnung, daß der seit einem Jahrhundert von dem General Rumford in dem bayerischen Heer eingeführte Raupenhelm abgeschafft und die preußische Pickelhaube, welche bereits von der bayerischen Gendarmerie und „schweren Reiterei" getragen wurde, eingeführt werde. Vom Großen Generalstab in Berlin wurde für eine gemeinsame Kopfbedeckung des deutschen Heeres als taktischer Grund angegeben, daß der Gegner, wenn er bei Auskundschaftung auf Vorposten mit Raupenhelm stoße, auf die Nähe bayerischer Truppen und die Stärke der gegenüberstehenden Feinde schließen könnte. Der Prinz-Regent sandte seinen ältesten Sohn und mutmaßlichen Nachfolger, Prinzen Ludwig, nach Straßburg, als nächst dieser Stadt der Deutsche Kaiser und sein Kronprinz Friedrich Wilhelm das aus 41000 Mann zusammengesetzte XV. Armeecorps inspizierte. Wilhelm I. verlieh dem bayerischen Prinzen das 47. preußische Infanterieregiment, welches damals in Straßburg in Garnison lag, und der Kronprinz beschenkte ihn am nächsten Weihnachtsfeste mit einem sehr wertvollen Ehrendegen.

Zur Hebung des durch die teilnahmslose Regierung Ludwigs II. und den traurigen Ausgang seines Lebens tief gesunkenen Ansehens der Krone besuchte der Prinz-Regent noch im Herbste (1886) Augsburg, wo er die schwäbische Kreis-Gewerbeausstellung besichtigte, Nürnberg, Würzburg und Ansbach und wurde überall auf seiner Reise mit großem Jubel und glänzenden Festen aufgenommen. Im Frühling des nächsten Jahres (1887) setzte er (1.—12. Mai) die beschwerliche Rundreise fort durch die Provinzen Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern, und alle Städte und Ortschaften wetteiferten in Bereitung glanzvoller Feste und im Ausdrucke begeisterter Freude. Berichterstatter auswärtiger Zeitungsblätter sprachen ihre Bewunderung über die treue Anhänglichkeit der Bayern an ihr angestammtes Herrscherhaus aus. Anfang Dezember (1886) hatte sich Luitpold mit kleinem Gefolge nach Berlin zu einem Besuche der kaiserlichen Familie begeben. Ungeachtet des winterlichen Wetters erschien bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof der 90jährige Kaiser, der Kronprinz, die übrigen preußischen Prinzen, sämtliche Generale und die obersten Beamten. Luitpold wurde in der deutschen Reichshauptstadt von dem in den Straßen dicht gedrängten, unübersehbaren Volke mit Tücher- und Hüteschwenken und weithin brausenden Hochs begrüßt, wie vor ihm noch kein Monarch in Berlin empfangen worden war. Die bisherige Absonderung des Münchener Hofes von dem Berliner war beseitigt und jenes Vertrauen hergestellt, welches auf Grund der Verträge und der Verfassung das Wohl der deutschen Staaten im allgemeinen und des bayerischen insbesondere bedingte. Der Besuch Luitpolds in Berlin wurde von allen

Deutschen um so freudiger als ein Zeichen der Festigkeit des Deutschen Reiches gesehen, als damals die auswärtige politische Lage sehr ernst war. In dem durch den Berliner Kongreß 1878 errichteten Fürstentum Bulgarien hatte sich eine russisch gesinnte und mit russischem Gelde bestochene Partei gegen ihren eigenen Fürsten, den hessischen Prinzen Alexander von Battenberg, erhoben; dieser hatte sich durch sein Talent während einer kurzen Regierung die Achtung und Liebe des bulgarischen Volkes in so hohem Grade erworben, daß die angrenzenden Ostrumelioten von dem Sultan abfielen und sich mit den Bulgaren zu einem Fürstentum vereinigten. Die Signatarmächte des Berliner Vertrages willigten in diese Verbindung; Fürst Alexander aber mußte mit dem Titel eines Gouverneurs von Ostrumelien die Oberhoheit des Sultans anerkennen. Durch die Vergrößerung Bulgariens wurden die benachbarten Serben mit quälender Eifersucht erfüllt und forderten von der bulgarischen Regierung die Abtretung einiger Grenzbezirke; als sie abgewiesen wurden, überzogen sie unter Begünstigung Österreichs Bulgarien mit Krieg, erlitten aber in der Schlacht bei Sliwnitza nördlich von der Hauptstadt Sofia eine so große Niederlage, daß sie mit ihren Gegnern Frieden schließen mußten. Alexander hatte sich als Feldherr des bulgarischen Heeres in diesem Kriege durch Tapferkeit und militärische Befähigung ausgezeichnet und trug sich seitdem mit dem ehrgeizigen Plan, sich mit dem Beistande Englands eine von Rußland völlig unabhängige Herrschaft zu gründen, alle russischen Offiziere aus der bulgarischen Armee zu entlassen und Mazedonien seinem Fürstentum einzuverleiben. Der russische Hof wurde durch die Politik des verwandten Prinzen von Battenberg, an dem er ein gefügiges Werkzeug seiner politischen Entwürfe auf der Balkanhalbinsel zu haben glaubte, so erzürnt, daß der sehr reizbare Zar Alexander III. den bulgarischen Fürsten aus der Liste der russischen Generale strich. Auf Betrieb russischer Agenten verschworen sich mehrere Offiziere zum Sturze des Battenbergers, überfielen ihn meuchlings und zwangen ihn unter Drohung mit Erschießen zur Abdankung und Heimkehr nach Hessen. Ganz Rußland wurde durch diese Revolution befriedigt und begehrte, daß es für die vielen und großen Opfer, welche es im letzten türkischen Kriege an Menschen und Geld gebracht habe, das politische Übergewicht auf der Balkanhalbinsel wieder erlange. Alexander III. forderte von den Bulgaren, daß sie nur einen ihm genehmen Fürsten wählen, widrigenfalls werde er selbst mit Verletzung des Berliner Vertrages Bulgarien mit einem russischen Heere besetzen. Dagegen protestierte Österreich-Ungarn, und der Minister des Äußern, Graf von Kalnoky, erklärte in einer Sitzung der Delegationen in Pest, im festen Vertrauen auf das Bündnis mit Deutschland, daß Österreich eine Besetzung Bulgariens durch die Russen niemals zugeben werde. Der deutsche Reichskanzler hielt sich in dem ganzen Streite zurück, teils weil die bulgarische Sache die Interessen Deutschlands

nicht berührte, teils weil er sich freie Hand zur Vermittlung des Friedens behalten wollte. Die rachesüchtigen Franzosen waren zu jeder Stunde bereit, sich mit Rußland gegen Deutschland zu verbünden. Fürst Bismarck konnte im Falle eines Krieges mit Rußland und Frankreich außer der bundesmäßigen Hilfe Österreichs auf Unterstützung der italienischen Regierung rechnen, welche die Ausdehnung der französischen Macht an der nordafrikanischen Küste und auf dem Mittelländischen Meere sehr unbequem fühlte. England lebte zwar in gespannten Beziehungen zum Petersburger Hofe, weil die Russen ihre Herrschaft in Zentralasien, namentlich in Afghanistan, immer weiter ausbreiteten und die Nordgrenze von Britisch-Indien bedrohten; allein es war durch eine gefährliche Gärung der geknechteten Irländer in der auswärtigen Politik gehemmt und verstand sich erst dann zu einem Bündnis mit dem Auslande, wenn seine Interessen unmittelbar bedroht waren. In Anbetracht dieser ernsten Lage der europäischen Politik forderte die deutsche Reichsregierung von der im November (1886) berufenen Reichsversammlung sowohl eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres auf 468 400 Mann, als auch eine Erneuerung des im Jahre 1888 ablaufenden Militärseptennates, weil auch Frankreich und Rußland ihre Streitmacht verstärkten.

Die aus allen Parteien des Reichstages zusammengesetzte Militärkommission konnte sich nach reiflicher Überlegung und Beratung von gefahrdrohenden Kriegsvorbereitungen in Frankreich und Rußland nicht überzeugen und einigte sich in dem Vorschlag der Zentrumsmitglieder, daß man zu einer Erhöhung der Präsenzziffer zustimme, jedoch nur auf drei Jahre. Kriegsminister Bronsart von Schellendorff und Feldmarschall Graf von Moltke stellten der Reichsversammlung die Notwendigkeit der sieben Jahre vor, um die Cadres der neuen 15 Bataillone zu 41 500 Mann vollständig ausbilden und hernach 220 000 Mann kriegstüchtiger Leute in die Grenzstädte vorschieben zu können. Zur Begründung der Regierungsvorlage hielt Fürst Bismarck eine lange politische Rede und gab entgegen den Auffassungen der Tagespresse, welche ihm zum Vorwurfe machte, daß er den tapfern und intelligenten Fürsten Alexander, einen deutschen Prinzen, nicht in Schutz genommen habe, den Aufschluß, daß die Beziehungen Deutschlands zu Rußland gegenwärtig noch ebenso gut seien wie zu Österreich, und der Reichsregierung an der Freundschaft Rußlands mehr gelegen sei, als an der Freundschaft Bulgariens, wo Deutschland keine Interessen zu verteidigen habe; er glaube nicht, daß Rußland sich mit Frankreich zu einem Angriff gegen Deutschland verbünden werde. Die eigentliche Gefahr für das Reich liege in Frankreich, wo auf die Ausbildung einer tüchtigen und großen Armee keine Opfer an Geld und Zeit geschont werde, um Elsaß-Lothringen zurückzuerobern. In Frankreich könne plötzlich eine Regierung eingesetzt werden, welche Deutschland angreife, um sich am Staatsruder zu erhalten. Der

Kaiser und der Bundesrat werden, betonte er, von der Vorlage keine Handbreit abgehen, eher den Reichstag auflösen. Des Kanzlers Rede veranlaßte eine zweitägige bewegte Verhandlung, namentlich über die unerträgliche Vermehrung der Ausgaben für das Heerwesen, welche von 1872 bis April 1887 die ungeheuere Summe von 7414 Millionen Mark und demnach 158 Mark auf den Kopf der Bevölkerung zu 47 Millionen Einwohnern betrugen, und über das Recht des Reichstages, die Gelder für das Kriegswesen zu bewilligen. Die Zentrumsmitglieder und die „Deutschfreisinnigen", welche im Reichstag die Mehrheit bildeten, hielten an dem Rechte der Geldbewilligung fest und kamen überein, die von der Reichsregierung geforderte Friedenspräsenzstärke nur auf drei Jahre zu genehmigen. Bismarck erkannte, daß er im Reichstag für die Militärvorlage keine Mehrheit erlangen werde, und er that den überraschenden Schritt, daß er mit voller Zustimmung des Kaisers den Papst Leo XIII. ersuchte, er möchte auf das katholische Zentrum einwirken, daß es das Septennat bewillige; denn die Entscheidung liege bei dieser aus 100 Mitgliedern bestehenden Partei, welche er selbst einen „festen Turm" genannt hatte. Zur Gegenleistung versprach er ihm eine von der römischen Kurie und dem Zentrum angestrebte Revision der preußischen „Maigesetze". Die Katholiken und Protestanten waren erstaunt, daß der Reichskanzler den Heiligen Vater in rein politischen Angelegenheiten um seine Vermittlung anrief; denn er und die nationalliberale Partei in Deutschland betrachteten und behandelten das Papsttum und den Katholizismus seit Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas als ein staatsgefährliches Institut. Leo hatte sich seit seiner Thronbesteigung angelegentlich, aber erfolglos abgemüht, die kläglichen Zustände der katholischen Kirche in Preußen zu bessern; es war ihm nur durch die kluge und standhafte Ausdauer des katholischen Zentrums geglückt, daß (1886) die härtesten Bestimmungen der Maigesetze abgeändert wurden. Nach einer neuen kirchenpolitischen Gesetzesnovelle fiel für die preußischen Theologie-Kandidaten der Nachweis über besondere allgemeine Bildung in den Wissenschaften, außer den Fachkenntnissen, weg. Es wurden wieder Priesterseminare und unter geistlicher Leitung stehende Konvikte eröffnet. Die Berufung an das Staatsministerium in rein geistlichen Sachen und die Absetzung von Bischöfen und Priestern durch die Staatsregierung wurden aufgehoben, die Sterbsakramente konnten wieder ungehindert gespendet und die verwaisten Pfarreien wieder besetzt werden. Den Vorsitz in der Kirchenverwaltung übernimmt der Pfarrer, und die der Krankenpflege obliegenden Orden durften sich freier verbreiten. Von dem neuen Gesetze waren vorläufig noch die Diöcesen Posen-Gnesen ausgeschlossen. Den katholischen Missionären wurde in Deutsch-Ostafrika ein großes Gebiet von der Meeresküste bis zu den Vorbergen des Kilimandscharo, mit Ausschluß protestantischer Missionen, angewiesen. Dadurch wurde ein großer Teil der mai-

gesetzlichen Beschränkungen für die preußischen Katholiken weggeräumt, und der Papst hoffte, für sie volle kirchliche Freiheit zu erreichen, wenn er die von Bismarck gebotene Gelegenheit benütze. Dem Vorstande des Zentrums, dem bayerischen Freiherrn von Franckenstein, ließ Leo durch den Nuntius in München einen vertraulichen Brief (3. Januar 1887) zusenden und darin dem Zentrum seinen Wunsch ausdrücken, es möchte in Rücksicht auf die von dem Reichskanzler versprochenen kirchlichen Zugeständnisse dem Septennat zustimmen. Die Zentrumsmitglieder wurden über die päpstliche Einmischung in die politischen Angelegenheiten des Reichstages ungehalten, weil sie die alten Rechte der katholischen Kirche in Preußen nicht mit Bewilligung der Regierungsforderungen erkaufen wollten. Freiherr von Franckenstein schrieb dem Nuntius zurück, daß es dem Zentrum unmöglich sei, von der päpstlichen Kurie in politischen Sachen Instruktionen anzunehmen. In politischen Dingen war es nicht verpflichtet, dem Papste Gehorsam zu leisten, doch beschloß es, dem Wunsche des Heiligen Vaters dadurch nachzukommen, daß es die Geldmittel für die ganze Militärvorlage genehmigen, jedoch nur für drei Jahre, und nach Abfluß dieser Zeit derselben Geldsumme zustimmen werde, wenn es die auswärtige Politik erheische. Den Zentrumsmitgliedern lag vor allem daran, dem Reichstag das verfassungsmäßige Recht der Steuerbewilligung zu wahren. Mitte Januar (1887) wurde die Militärvorlage nur auf drei Jahre von dem Zentrum und den Deutschfreisinnigen mit 186 Stimmen gegen 154 Stimmen der Nationalliberalen, Konservativen und „Reichsparteiler", angenommen; die Sozialdemokraten, die meisten Elsässer und ein Däne enthielten sich der Abstimmung. Sofort verlas Fürst Bismarck eine schon bereit gehaltene kaiserliche Botschaft, wodurch der Reichstag aufgelöst wurde. Eine kaiserliche Verordnung verfügte am 21. Februar die Neuwahl[1].

Aus den neuen Wahlen gingen die Nationalliberalen in verstärkter Zahl hervor, und Fürst Bismarck erhielt im Reichstag die erwünschte Mehrheit. Die Deutschfreisinnigen und die Sozialdemokraten verloren viele Sitze; das Zentrum erschien wieder in gleicher Zahl, und auch in Bayern behaupteten die Katholiken ihre früheren Sitze. Der greise Kaiser übertrug Bismarck die Eröffnung des Reichstages (3. März 1887); in der vom Reichskanzler vorgelesenen Thronrede war die Hoffnung ausgesprochen, daß die neu gewählten Abgeordneten die Vorlagen der Reichsregierung bewilligen werden, und das wohlwollende Interesse hervorgehoben, welches Papst Leo XIII. durch seine jüngste Note an die deutschen Bischöfe für das Deutsche Reich und die Erhaltung des Friedens kundgegeben habe. Die vielbesprochene Militärvorlage wurde unverändert mit 223 Stimmen gegen 131 angenommen; von dem Zentrum stimmten sieben Mitglieder für die siebenjährige Dauer

[1] Stenograph. deutsche Reichstagsverhandlungen v. 25. Nov. 1886 bis 14. Jan. 1887.

derselben. Ebenso wurde der Reichshaushalt für 1887/88 nach Vorlage der Reichsregierung mit unbedeutenden Abstrichen in Einnahmen und Ausgaben zu 745 200 000 Mark festgestellt und der Fehlbetrag mit 17 Millionen durch Einnahmen an Zöllen, Reichsstempel und Matrikularbeiträgen gedeckt; von den letzteren entfielen auf Bayern über 29 400 000 Mark, um 2½ Millionen mehr als im abgelaufenen Etatsjahr. Außerdem wurden von der willfährigen Reichstagsmehrheit zur Operationsfähigkeit und Schlagfertigkeit des Heeres, zur Ergänzung und Verstärkung der Festungswerke und zur Erbauung militärischer Eisenbahnen in Süddeutschland 172 Millionen bewilligt. Von seiten aller Parteien der Reichsversammlung wurden begründete Klagen über das Zuckersteuergesetz laut und eine Reform desselben gefordert, denn die Zuckersteuer blieb um fast zwölf Millionen hinter dem Voranschlag zurück und den deutschen Zuckerfabrikanten floß durch die Ausfuhrvergütung ein Gewinn von 23 Millionen zu. Zur Bestreitung der Kosten für Errichtung der 15 neuen Bataillone mit 47 Millionen wurde die Branntweinsteuer nach langen Verhandlungen erhöht. Auf Bayern und Württemberg wurde das neue Branntweingesetz wegen ihrer Reservatrechte nicht angewendet. Zu einer lebhaften Besprechung führte die Gesetzesnovelle über Ernennung und Besoldung der Bürgermeister und Beigeordneten in Elsaß-Lothringen durch die Regierung; dieselben waren seit ihrer Einverleibung in das Deutsche Reich von den einzelnen Gemeinden gewählt worden und übten ihr Amt ohne Gehaltsbezüge aus öffentlichen Kassen. Da mehrere Bürgermeister ihre französische Gesinnung und ihre Abneigung gegen Deutschland offen kundgaben und auch im Volke sich stärkere Sympathien für Frankreich bei der geringsten Gefahr eines Krieges regten, so suchte die Reichsregierung diese deutschfeindliche Strömung dadurch einzudämmen, daß sie die Bürgermeister und Beigeordneten selbst ernannte und besoldete, wie es in Elsaß-Lothringen auch unter französischer Herrschaft geschehen war. Die elsässischen Abgeordneten bekämpften die Gesetzesnovelle, priesen die milde Verwaltung des gestorbenen Statthalters, Feldmarschalls von Manteuffel, und führten Klage, daß unter dem jetzigen Statthalter, Fürsten Hohenlohe, ehemaligem Minister in Bayern und späterm deutschen Botschafter in Paris, die Landwirtschaft und Gewerbe in Elsaß-Lothringen zu Boden liegen, der Bauernstand verarme, der Geldzufluß spärlich sei, die unzähligen Beamten, in Straßburg allein ein Viertel der Gesamtbevölkerung, dem Lande ungeheuere Kosten verursachen und die 70 Millionen Matrikularbeiträge zum größten Teil dem Reich zufließen. Der Führer des Zentrums, Dr. Windthorst, ermahnte die elsaß-lothringischen Abgeordneten, daß sie sich in ihre gegenwärtige Lage fügen und den Gedanken an französische Rache aufgeben sollten. Er verwarf aber das vorliegende Gesetz, weil es nur ein Stückwerk von einer Verwaltungsgesetzgebung und eine bureaukratisch-polizeiliche Maßregel sei; dennoch

wurde es mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Die weitere Thätigkeit des Reichstages bezog sich auf ein Zuckersteuergesetz, welches den Eingangszoll auf ausländischen Zucker erhöhte, auf eine Abänderung der Gewerbeordnung durch Gründung freier Innungen, die Unfallversicherung der Seeleute und die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten, die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben, die Bereitung der Kunstbutter und das Alter der Kinder und die Zeit der Wöchnerinnen, welche in Fabriken zur Arbeit verwendet werden [1].

Wenige Monate nach Schluß des Reichstages wählten die Bulgaren (7. Juli 1887) den ehrgeizigen Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg in einer feierlichen Nationalversammlung einstimmig zu ihrem Landesfürsten, nachdem sie mehrere von russischer Seite vorgeschlagene Thronkandidaten zurückgewiesen hatten. Ferdinand war (1861) in Wien als Sohn eines österreichischen Generalmajors und der Prinzessin Klementine von Orleans geboren und diente im österreichischen Heer als Husarenlieutenant; seine reiche und energische Mutter begleitete ihn nach der bulgarischen Hauptstadt Sofia, wo sie mit diplomatischen Umtrieben vergeblich die Anerkennung Ferdinands bei dem Sultan und den Signatarmächten des Berliner Vertrages zu erreichen suchte. In Rußland sahen Volk und Regierung mit Erbitterung den Koburger auf bulgarischem Thron, weil er ihnen als Freund Österreichs galt und Katholik war. Mit Eifersucht und Haß wiesen die Russen in der Presse und Umgebung des Zaren darauf hin, daß Österreich-Ungarn einen weit größeren politischen Einfluß auf die Balkanhalbinsel gewinne als Rußland, und daß Deutschland der Bundesgenosse des gefährlichsten Gegners der orientalischen Pläne Rußlands sei; sie beschuldigten die deutsche Reichsregierung des Undankes für die russische Unterstützung im letzten französisch-deutschen Krieg, obwohl Fürst Bismarck sich in allen Rußland berührenden Fragen gerecht und unparteiisch stellte. An diesen Hinweis knüpften sie die Verdächtigung, daß Deutschland die Politik Rußlands wohl öffentlich begünstige, aber im geheimen mit allen Mitteln der List und Verschlagenheit bekämpfe. Die russische Presse und Politik konnten ohne Mühe jeden Mißerfolg Rußlands dieser deutschen Doppelpolitik auf die Rechnung schreiben. Die russische Regierung baute an der deutschen und österreichischen Grenze Schanzwerke und strategische Eisenbahnen, schob größere Truppenabteilungen vor und belegte deutsche Industrieprodukte mit hohem Zoll, wodurch der Handel Deutschlands schwer geschädigt wurde. Im Deutschen Reich wurde die Stimmung gegen die Russen immer gereizter und die deutschen Kapitalisten verweigerten ihre Beteiligung, als die ersteren in ihrer schlechten Finanzlage eine Anleihe in Deutschland zu machen suchten. Die deutsche Reichsregierung verhielt

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen v. 3. März bis 18. Juni 1887.

sich gegenüber den russischen Verdächtigungen und der Kriegslust der Deutschen mit ungewöhnlicher Kaltblütigkeit, Ruhe und Mäßigung und ließ sich nicht von einer unklaren Gefühlspolitik in eine russenfeindliche Politik hineintreiben, welche in Deutschland populär, aber wegen der allgemeinen Wehrpflicht von weittragenden Folgen gewesen wäre. Durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn hatte Bismarck das Deutsche Reich gegen einen Angriff von seiten der Russen gesichert, und für den Fall, daß die Franzosen Deutschland angreifen würden, vereinbarte er mit Italien, welches im Mittelländischen Meere in seinen wichtigsten Interessen von Frankreich bedroht wurde, einen Bündnisvertrag mit der Verpflichtung, daß sich Deutschland und Italien gegenseitig mit ganzer Streitmacht unterstützen, wenn einer der beiden Staaten von den Franzosen angegriffen werden sollte.

Während dieser aufgeregten Zeit kam der russische Kaiser Alexander III. auf seiner Rückreise von Kopenhagen, wo er mit Familie bei seinem Schwiegervater, dem König von Dänemark, einige Monate verweilt hatte, (18. November 1887) nach Berlin, um seinen Großoheim, Kaiser Wilhelm I., zu besuchen; er wurde von der Berliner Bevölkerung kalt empfangen und reiste noch am Tage seiner Ankunft nachts nach Petersburg ab. Am Berliner Hofe lebte man damals in ernster Betrübnis, weil der deutsche Kronprinz Friedrich Wilhelm an einem Kehlkopfleiden gefährlich erkrankt war und den Herbst und Winter in San Remo in Oberitalien unter Behandlung englischer und deutscher Ärzte verbrachte. Bismarck hatte sich beim Zaren eine Audienz erbeten und von ihm erfahren, daß er kürzlich Schriften erhalten habe, welche der Reichskanzler an deutsche Diplomaten gerichtet und in denen er eine russenfeindliche Politik in der Balkanhalbinsel und der bulgarischen Thronfrage eingeschlagen hätte. Fürst Bismarck stellte es mit bestimmten Ausdrücken in Abrede, und aus einer Untersuchung der Schriftstücke ergab sich, daß dieselben wahrscheinlich in orleanistischen Kreisen gefälscht worden seien, um den Zaren zu einem Kriege gegen Deutschland zu reizen und den Koburger auf dem Throne Bulgariens zu erhalten. Der Reichskanzler setzte Alexander die neutrale Politik Deutschlands im Orient, wo es keine unmittelbaren Interessen zu verteidigen habe, auseinander und erinnerte ihn an den ihm bekannten Bündnisvertrag zwischen Österreich und Deutschland, gemäß dem er es mit beiden Reichen zu thun hätte, wenn er zum Schwerte greifen würde. Der Zar erwiderte ihm, daß er an einen Krieg nicht denke. Dennoch kündigte die kaiserliche Thronrede, womit (24. November 1887) der deutsche Reichstag eröffnet wurde, außer einer Erhöhung der Getreidezölle und einer Fortsetzung der sozialpolitischen Gesetzgebung eine Verstärkung der deutschen Wehrkraft an, um feindlichen Angriffen im Osten und Westen zugleich begegnen zu können. Der 59. Artikel der deutschen Reichsverfassung bestimmt, daß jeder wehrfähige Deutsche drei Jahre bei der Fahne, vier Jahre

bei der Reserve und elf Jahre bei der Landwehr, somit vom 20. bis 39. Lebensjahr beim Heere dient. Nach dem neuen, in alle bürgerlichen Verhältnisse tief eingreifenden Heeresergänzungsgesetz ist jeder Deutsche, welcher sieben Jahre als aktiver Soldat und Reservist gedient hat, verpflichtet, in der Landwehr ersten Aufgebotes noch fünf Jahre zu dienen, und der Eintritt in die Landwehr zweiten Aufgebotes erfolgt nach abgeleisteter Dienstpflicht in der Landwehr ersten Aufgebotes und für die in den Waffen geübten Ersatzreservisten nach abgeleisteter Ersatzpflicht. Die der Landwehr zweiten Aufgebotes angehörigen Personen werden im Frieden zu Übungen und Kontrollversammlungen nicht herangezogen. Der Ersatzreserve, welche zur Ergänzung des Heeres bei Mobilmachung und zur Bildung von Ersatztruppenabteilungen dient, werden alljährlich jene Deutschen überwiesen, welche zum Militärdienst tauglich befunden, aber als Überzählige, d. i. wegen hoher Losnummer, nicht zur Einstellung in das aktive Heer gelangt sind; der weitere Bedarf wird aus der Zahl derjenigen tauglichen Militärpflichtigen genommen, welche wegen häuslicher Verhältnisse oder geringer körperlicher Fehler von der Ableistung der aktiven Dienstpflicht befreit worden waren. Die Ersatzreservisten werden zu Kontrollversammlungen herangezogen und sind vom 20. bis zum vollendeten 32. Lebensjahr im Frieden zur Ableistung dreimaliger, mehrere Wochen dauernden Waffenübungen verpflichtet; hierauf treten sie zur Landwehr zweiten Aufgebotes und die nichtgeübten Ersatzreservisten zum Landsturm ersten Aufgebotes über. Der Landsturm ist verpflichtet, im Kriegsfalle an der Verteidigung des Vaterlandes teilzunehmen, und besteht aus allen Wehrpflichtigen vom 17. bis zum vollendeten 45. Lebensjahr, welche weder dem Heere noch der Marine (Seewehr) angehören. Zum Landsturm ersten Aufgebotes gehören jene Landsturmpflichtigen, welche ihr 39. Lebensjahr vollendet haben, und zum Landsturm zweiten Aufgebotes jene vom 39. bis zum 45. Lebensjahr. Der Aufruf des Landsturmes erfolgt durch kaiserliche Verordnung und bei unmittelbarer Kriegsgefahr im Bedürfnisfalle mit den jüngsten Jahresklassen beginnend durch die kommandierenden Generale, Gouverneure und Kommandanten der Festungen. Ohne Aufruf werden die Landsturmpflichtigen keiner militärischen Kontrolle und Waffenübung unterworfen. Mit diesem Gesetz wurde die Wehrpflicht bis auf 25 Jahre ausgedehnt und das deutsche Heer um eine Million Soldaten vermehrt, so daß Deutschland unter den Militärmächten den ersten Rang einnimmt; aber die volkswirtschaftlichen Interessen werden dadurch mit schweren Opfern belastet. Die Kosten, welche die Ausführung des neuen Wehrgesetzes erforderte, wurden zu 278 Millionen Mark berechnet, welche zur Anschaffung von Waffen, Munition, Feldgeräten, Bekleidung, Schanzzeug und für Verpflegung, Sanitätswesen und Herstellung von Militärgebäuden zu verwenden und durch eine Anleihe zu decken waren.

Als in der Reichsversammlung das neue Heeresergänzungsgesetz und das Militäranlehen zur Beratung kamen, suchte sie Bismarck (6. Februar 1888) in einer Rede über die auswärtige Politik zu begründen, welche in und außer Deutschland mit um so größerer Spannung vernommen wurde, als das russische Kriegsministerium immer stärkere Truppenteile an die Westgrenze vorschob und in Berlin und Wien der Bündnisvertrag vom 7. Oktober 1879 vor wenigen Tagen (3. Februar) veröffentlicht worden war. Der Reichskanzler sprach zunächst seine Überzeugung aus, daß Deutschland gegenwärtig von der französischen Republik keinen Krieg zu befürchten habe, weil an der Spitze derselben ein Präsident und Minister mit friedliebender Gesinnung stehen; auch die Befürchtungen, welche wegen Rußlands aufgetaucht seien, halte er für übertrieben, weil ihm der russische Kaiser in der Audienz gesagt hätte, daß er keine Absicht habe, Deutschland anzugreifen, und dieses Wort gelte ihm mehr als die ganze russische Presse. Bismarck sprach seine Überzeugung aus, daß der Zar neutral bleiben werde selbst in dem Falle, daß die Franzosen Deutschland angreifen, weil es für Rußland nicht vorteilhaft wäre, wenn es nach einem glücklichen Krieg polnisches Gebiet von Deutschland und Österreich abtrennen und sich einverleiben würde; denn dadurch würde es seine eigenen polnischen Unterthanen zu einer gefährlichen Größe vermehren. Über den Zweck der Aufstellung russischer Truppen an der deutschen und österreichischen Grenze konnte er keinen Aufschluß geben, weil hierüber von dem Ministerium des Äußern in Petersburg keine kategorische Erklärung verlangt werden könne, sondern mit Zurückhaltung und Vorsicht verfahren werden müsse; er nahm jedoch an, daß Rußland seine Streitkräfte mehr nach Westen vorschiebe, um in der nächsten europäischen Krisis, die durch einen Wechsel in der Regierung Frankreichs eintreten könnte, mit größerem diplomatischen Gewichte auftreten zu können. Sollte im Orient eine Krisis eintreten, welche Bismarck für sehr wahrscheinlich hielt, so werde Deutschland zunächst die Stellung abwarten, welche die mehr beteiligten Mächte am Mittelländischen Meere und in der Levante einnehmen werden. Da die gegenwärtige Lage der europäischen Politik nicht gefahrdrohend war, so bemühte sich der Reichskanzler, die gewaltige Vermehrung der deutschen Streitkräfte mit der Erläuterung zu begründen, daß Deutschland eine dauernde Stärkung erlangen sollte. In einem kurzen historischen Überblick erwähnte er die Kriegsgefahren, mit denen Preußen seit 40 Jahren bedroht war, und erinnerte an die Bedeutung des Berliner Kongresses (1878), welcher den Ausbruch eines europäischen Krieges verhindert hätte; aber nach dem Kongreß habe man gesehen, daß Rußland mit dem Erreichten nicht zufrieden und das frühere freundschaftliche Verhältnis zwischen dem russischen und deutschen Kaiser erkaltet sei. Es sei demnach notwendig, daß die Heereskräfte der Deutschen so verstärkt werden, daß sie sich mit Beruhigung und Selbstver-

trauen auch gegen verbündete Feinde verteidigen können. Ausführlich besprach Bismarck die preußische Politik in den Kriegen 1866 und 1877 und teilte mit, daß Rußland im Jahre 1876 ein Bündnis mit Deutschland gegen Österreich eingehen wollte, wenn dieses einen Einmarsch der Russen in die Türkei hindern würde; die Reichsregierung habe es abgelehnt und der russische Kanzler, Graf Gortschakoff, mit Österreich den Vertrag abgeschlossen, daß Kaiser Franz Joseph Bosnien und die Herzegowina besetze, wenn die Russen die Donau überschreiten. Nach dem Türkenkrieg habe der Kaiser von Rußland den deutschen Reichskanzler ersucht, einen Kongreß nach Berlin zu berufen, um einem europäischen Krieg vorzubeugen. Er habe es, fuhr Fürst Bismarck in seiner Rede fort, ungerne gethan, weil er Deutschland in die orientalische Sache nicht verwickeln wollte; er habe jedoch den Auftrag übernommen, als er Österreich und der Zar England für den Kongreß gewann. Er bestätigte, daß er in den Kongreßverhandlungen die Interessen des befreundeten Rußland wie ein russischer Bevollmächtigter vertreten habe; zum Danke sei die Politik des Deutschen Reiches während des Berliner Kongresses von der russischen Presse angegriffen und er persönlich heftig befehdet worden. Diese Angriffe haben sich im folgenden Jahre gesteigert, so daß er (7. Oktober 1879) mit Österreich-Ungarn das Bündnis abschloß; ein ähnlicher Vertrag bestehe zwischen Deutschland und Italien. Diese Bündnisse bezwecken die Erhaltung des Friedens und die Beschützung der innern Entwicklung. Je stärker die Heeresmacht der Deutschen sei, desto weniger haben sie eine Friedensstörung von außen zu befürchten; denn nach Ausführung der neuen Wehrgesetzesvorlage könne an der östlichen und westlichen Grenze eine Million Soldaten aufgestellt werden, welche in taktischer Ausbildung die Soldaten aller Länder weit übertreffen und von einem Offizierscorps befehligt werden, wie es keine andere Armee der Erde besitze. Nochmals kam der Reichskanzler auf das Verhältnis zu sprechen, welches seit dem Berliner Kongreß zwischen Deutschland und Rußland in den letzten Jahren eingetreten ist; er gab zu, daß dem Zaren ein Einfluß auf Bulgarien gebühre und er werde ihn auf diplomatischem Wege unterstützen, wenn er beim Sultan, unter dessen Oberhoheit Bulgarien und Ostrumelien stehen, den Antrag stellen werde, daß dieser gegen den von keiner Großmacht als bulgarischen Fürsten anerkannten Prinzen Ferdinand mit Waffengewalt einschreiten solle. Dieses Fürstentum hielt Bismarck überhaupt für kein hinreichendes Objekt, um einen europäischen Krieg zu führen. Trotz der feindseligen Richtung der russischen Presse gegen Deutschland sicherte er dem Zaren seinen Beistand zu, wenn dieser seinen Einfluß auf Bulgarien wieder zu gewinnen suche und den Beistand des Deutschen Reiches anrufe, weil große und gemeinsame monarchische Interessen Deutschland und Rußland zur Ordnung der politischen Verhältnisse in Europa vereinigen. Der

Reichskanzler schloß seine oft von Beifall unterbrochene Rede mit einer Aufforderung an das Ausland, alle Einmischungen und Drohungen gegen die deutsche Nation in der Presse zu unterlassen; denn „wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts“ [1].

Fürst Bismarck hatte in seiner Rede ein düsteres, trostloses Bild von der damaligen Lage der europäischen Politik entworfen und keinen erfreulichen Ausblick auf die Zukunft und die Rückkehr eines wirklichen, dauerhaften Friedens gezeigt, obgleich er der Schöpfer des gegenwärtigen Systems Europas war. Den Bürgerkrieg von 1866 und die Auflösung des Deutschen Bundes rechtfertigte er mit einem leidigen Zwang der politischen Verhältnisse jener Zeit und gestand unumwunden zu, daß der Bestand Österreichs, wenn nicht eine europäische, so doch eine preußische Notwendigkeit sei; allein auf unbegreifliche Weise stellte er sich wie immer in der orientalischen Frage und zunächst in der bulgarischen Sache nicht auf österreichischen, sondern russischen Standpunkt, vielleicht um dadurch den Frieden zu erhalten und den Wunsch des Kaisers Wilhelm I. zu erfüllen, welcher auf das Bündnis mit Österreich, dessen Spitze gegen Rußland gerichtet war, erst dann einging, als der Inhalt des Vertrages dem Zaren mitgeteilt wurde. Das einzig Tröstliche in seiner Rede war, daß er von Zuversicht eines Sieges sprach, wenn das Deutsche Reich angegriffen werden sollte; allein das deutsche Volk wird von der Last erdrückt werden, welche ihm das Heerwesen für unabsehbare Zeit auflegt. Dennoch war der Eindruck seiner denkwürdigen Rede auf die Reichsversammlung so gewaltig, daß nicht bloß die Vorlage der Wehrgesetzergänzung, sondern auch die Militäranleihe zu 278 Millionen mit allen Stimmen gegen jene der 13 Sozialdemokraten angenommen wurde. Seit dem Jahre 1876, als die französische Kriegsentschädigung aufgebracht war, wurde fast in jedem Jahre ein Anlehen für Militärzwecke nötig und für die Land- und Seemacht die Gesamtsumme von 894 700 000 Mark aufgenommen; dazu kam ein jährlicher Militäretat von durchschnittlich 300 Millionen, und mit Einrechnung des Marineetats ergab sich, daß das Deutsche Reich für das Heerwesen in 16 Jahren ungefähr 6000 Millionen verausgabt hatte. Nach der Rede Bismarcks setzte der Reichstag seine Verhandlungen über die in der Thronrede erwähnten Bundesratsvorlagen fort und nahm eine Erhöhung des Einfuhrzolles auf Weizen und Roggen, vom Zentner 5 Mark, auf Gerste und Hafer, vom Zentner 3 und $2^1/_2$ Mark, und die Verlängerung der Wahl- oder Gesetzgebungsperiode von drei auf fünf Jahre gegen die Stimmen des katholischen Zentrums, der Deutschfreisinnigen und Polen an [2]. Als die Reichsboten sich mit Verbesserung der Handwerkerverhältnisse be-

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen den 6. Februar 1888.

[2] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 24. November 1887 bis 8. März 1888.

schäftigten, kam die Trauerkunde zu ihnen, daß der Deutsche Kaiser (9. März 1888) gestorben sei. Wilhelm I. erreichte das hohe Alter von 91 Jahren und war einer der glücklichsten und pflichttreuesten Monarchen, welche die Geschichte kennt, und nur die letzten Tage seines Lebens wurden durch die Krankheit seines Kronprinzen getrübt. Kurz vor seinem Hinscheiden richtete er noch mit gebrochener Stimme an seine Umgebung die ernste Mahnung, daß sein Nachfolger auf Rußland Rücksicht nehmen und die Empfindlichkeit des russischen Kaisers schonen solle.

Friedrich III. Wilhelm, der neue König von Preußen und Deutscher Kaiser, verließ auf die erste Nachricht von dem Ableben seines Vaters das milde Klima in San Remo und reiste nach Berlin und Charlottenburg zur Übernahme der Regierung, wiewohl er noch schwer krank war und infolge einer lebensgefährlichen Operation am Kehlkopf nicht sprechen, sondern nur schriftlich mit seiner Umgebung verkehren konnte. In einer Proklamation „An mein Volk“ gedachte er des entschlafenen Königs von Preußen und gab seinen Willen kund, die Regierungsweise seines Vaters fortzusetzen, damit das Deutsche Reich ein Hort des Friedens sei und seine Wohlfahrt gepflegt werde. In einem öffentlichen Erlaß an den Reichskanzler entwickelte Friedrich seine Regierungsgrundsätze im Deutschen Reich und Preußen mit dem Versprechen, daß er die Verfassungs- und Rechtsordnungen des Reiches und Preußens befestigen, den nationalen Bedürfnissen Genüge leisten und sich religiöse Duldung, volkswirtschaftliches Gedeihen, Gottesfurcht und Einfachheit der Sitten, Selbstverwaltung, Vereinfachung der Verwaltungsbehörden und Förderung der Kunst und Wissenschaft zur Aufgabe seines Herrschertums machen werde. Seine Regierung solle dem preußischen Volke wohlthätig und dem Reiche zum Segen sein[1]. In einer Botschaft an den Reichstag sprach der neue Kaiser seinen festen Entschluß aus, die verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Bundesstaaten und des Reichstages unverbrüchlich zu beobachten, Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Ordnung zu schirmen, die Ehre des Reiches zu wahren und den Frieden nach außen und innen zu halten. Mit einem Danke für die einmütige Bereitwilligkeit, womit der Reichstag den Vorlagen des Bundesrates zur Fortbildung der vaterländischen Wehrkraft zugestimmt hatte, legte er die Zukunft des Reiches in Gottes Hand. Die Reichsregierung erwiderte mit einer Adresse, in welcher die kaiserliche Botschaft mit vertrauensvoller Ergebenheit begrüßt und das Versprechen beigesetzt wurde, daß die Reichstagsabgeordneten mit niemals wankender Treue gegen Kaiser und Reich den neuen Monarchen in der Durchführung seines Willens aus allen Kräften unterstützen werden. Hierauf wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß der Reichskanzler in der nächsten Sitzung eine

[1] „Deutscher Reichsanzeiger“, Berlin den 12. März 1888.

Vorlage behufs Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. machen werde. Die Krankheit hinderte Friedrich III., dem mit großartigem Pomp gefeierten Leichenbegängnisse seines Vaters (16. März 1888) beizuwohnen; zu demselben waren die Könige von Sachsen, Belgien und Rumänien, der junge Großfürst-Thronfolger von Rußland, der Kronprinz von Österreich-Ungarn, die bayerischen Prinzen Ludwig und Leopold mit Gefolge und viele andere angesehene Fürsten, Gesandte und Deputationen von Universitäten, Korporationen und Städten erschienen. Unermeßliche Scharen Volkes betrachteten den tieferusten und ergreifenden Trauerzug, der sich durch die Straßen Berlins nach Charlottenburg bewegte, wo die Leiche des Kaisers nach seinem Wunsche in die Gruft gesenkt wurde.

Auch Papst Leo XIII. ließ sich bei der Feier der Beisetzung Wilhelms I. durch den Nuntius Galimberti in Wien vertreten, und durch ihn dem neuen Kaiser ein Schreiben überreichen, in welchem er ihm zu seiner Thronbesteigung gratulierte und ihm Wiedererlangung seiner Gesundheit durch Gottes Gnade wünschte. Der päpstliche Bevollmächtigte wurde von Friedrich III. und dessen Gemahlin mit huldvoller Auszeichnung empfangen, denn Leo stand bei beiden in hoher Verehrung, seitdem Friedrich Wilhelm mit ihm im vatikanischen Palast eine Unterredung über Beilegung des „Kulturkampfes" in Preußen hatte. Der Heilige Vater hatte vor zwei Monaten (1. Januar 1888) sein fünfzigjähriges Priesterjubiläum gefeiert, an welchem sich die ganze Größe und Herrlichkeit der katholischen Kirche zeigte. Kein weltlicher Monarch war je mit einem so glanzvollen Jubel gefeiert worden, als Leo XIII., der sich durch einen lebendigen Eifer für die Wissenschaft und Herstellung des Ansehens der katholischen Kirche und eines christlichen Geistes in der Gesellschaft der einer revolutionären und gottlosen Gesinnung ergebenen Völker auszeichnete. Von der ganzen Erde und aus den verschiedensten Ländern wurden ihm Huldigungen in Adressen, kostbaren Geschenken und Geldspenden nicht bloß von Katholiken aller Stände, von Reichen und Armen, sondern auch von protestantischen und muhammedanischen Monarchen dargebracht. Die Zahl der am 1. Januar im Vatikan eingelaufenen Glückwunsch-Telegramme bezifferte über 2500; die Ehrengaben, welche in 2300 Kisten verpackt waren, wurden zu 80 Millionen Lire geschätzt, und die Geldspenden beliefen sich auf 30 Millionen. Als Leo an seinem Jubeltag im St. Petersdom das heilige Meßopfer zelebrierte, wanderten 60000 Pilger aus Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien, England &c. nach Rom und wohnten der Jubelmesse bei; außer ihnen waren noch 52 Kardinäle und 560 Bischöfe aus den fünf Erdteilen zugegen. Diese großartige Erscheinung war eine Folge der begeisterten Hingebung der ganzen katholischen Welt zu dem Statthalter Christi, welcher in der beklagenswerten Lage eines Gefangenen, beraubt des Kirchengutes und umgeben von giftigem Haß und Hohn der Freimaurer

und eines gottlosen Pöbels, in festem Gottvertrauen das Schifflein Petri leitete. Selbst die kirchenfeindliche Presse gestand zu, daß das Ansehen des Papsttums niemals so groß war, als unter Leo XIII., und der universelle Charakter des Papsttums noch niemals so deutlich hervorgetreten war, als an diesem Jubelfeste. In Bayern wetteiferte man in Ergebenheit, Opferwilligkeit und festlichen Versammlungen während der päpstlichen Jubiläumszeit. In allen größeren Ortschaften wurden feierliche Gottesdienste in Anwesenheit zahlreichen Volkes aus allen Ständen abgehalten und große Versammlungen mit Festreden, Deklamationen und musikalischen Vorträgen veranstaltet. Während dieser Festtage erließ Leo an die bayerischen Bischöfe eine mit diplomatischer Meisterschaft und ruhiger Feinheit verfaßte Enzyklika, in welcher er sie an Klugheit, Thätigkeit und Heranbildung einer tüchtigen Geistlichkeit ermahnte, wenn auch in Bayern nicht jene Verfolgung der katholischen Kirche bestehe, wie es in Preußen geschehen sei, wo die Lage der Katholiken gemildert worden sei. Den Studierenden der Theologie empfahl er das Studium der Philosophie des hl. Thomas von Aquin, forderte von den Geistlichen, daß sie die bürgerlichen Pflichten erfüllen, soweit dieselben nicht das göttliche Gebot verletzen, und wies auf die schlimmen Folgen hin, wenn die Kinder in Simultanschulen unterrichtet und den Bischöfen die Oberaufsicht über den Religionsunterricht entzogen werde. Der Heilige Vater warnte vor der Freimaurerei, welche im geheimen gegen die katholische Kirche und ihre Institute wühle, und forderte die Laien auf, daß sie nur gut katholische Männer in den Landtag wählen, um dort die katholischen Interessen zu vertreten. Leo sprach den Wunsch aus, daß der Widerstreit des bayerischen Konkordates mit dem Religionsedikt dadurch gehoben werde, daß „die Tegernseer Erklärung" des Königs Max I. wiederhergestellt werde. Von der wohlwollenden Gesinnung des Prinz-Regenten hoffte er, daß in Bayern alle Hindernisse in der freien, konkordatsmäßigen Bewegung der Kirche beseitigt werden. Mit dieser Enzyklika wollte Leo XIII. die Äußerung seiner Zufriedenheit mit den kirchlichen Zuständen in Bayern, die er vor zwei Jahren zu dem bayerischen Gesandten am Vatikan gemacht und womit er in die katholische Zentrumspartei und Presse Aufregung und Mißstimmung gebracht hatte, korrigieren, weil er von der Nuntiatur in München falsch berichtet worden war. Nach dem Verluste des Kirchenstaates und dessen Einkünfte war der Papst aus Mangel an finanziellen Mitteln gezwungen, bei Ernennung der Nuntien deren Vermögensverhältnisse zu berücksichtigen, welche ihnen die Übernahme eines mit hohen Kosten verbundenen Kirchenamtes ermöglichten.

Unter dem Eindrucke des Ablebens des Kaisers wurde der Reichstag (20. März 1888) geschlossen, ohne daß der Antrag auf Einführung des Befähigungsnachweises der Handwerker zur dritten Lesung kam und ohne

daß das Budget für 1888/89, welches vom Bundesrat zu 922 Millionen in Einnahmen und Ausgaben berechnet worden war, einer Spezialberatung unterzogen wurde. Die Arbeiterschutzgesetzgebung hatte in dieser Session geringe Fortschritte gemacht und die vom Zentrum beantragte und vom Reichstag angenommene Sonntagsheiligung erhielt vom Bundesrat nicht die Genehmigung, obgleich der Antrag nicht so weit ging, als die gesetzlichen Bestimmungen in England und den Vereinigten Staaten Nordamerikas; denn er gestattete für Saison-, Reparatur- und Notararbeiten weitgehende Ausnahmen und berücksichtigte die Bedürfnisse des modernen Verkehrs [1].

In der Hauptstadt Bayerns wurde die Beisetzung der kaiserlichen Leiche zur gleichen Stunde nicht bloß in den protestantischen Kirchen und jüdischen Synagogen, sondern auch im Dom und den katholischen Pfarrkirchen durch einstündiges Glockengeläute, Choralgesang, Predigt und Gebet gefeiert. In der dompfarrherrlichen Predigt wurde Wilhelm I. „ein Kaiser der Gottesfurcht" genannt und mit dieser Bezeichnung in manchem Zuhörer die 30 Millionen Gulden und das unterfränkische Gebiet, welche der König von Preußen den Bayern im Jahre 1866 entriß, weil sie das vertragsmäßige Recht verteidigt hatten, ins Gedächtnis zurückgerufen. Am 22. März (1888), dem Geburtstag des toten Kaisers, wurde in München ein großer Trauerfackelzug veranstaltet, der sich mit mehreren Musikcorps zwischen unübersehbaren, schaulustigen Volksmassen von der Brienner Straße durch die Ludwigsstraße bis zum Siegesthor bewegte, wo ein ungeheurer Katafalk errichtet war. Ein pyramidales Untergestell stieg in drei Abstufungen empor, und auf diesem stand ein schwarzer, silberbeschlagener Sarkophag mit Kaiserkrone, Schwert und Reichsapfel, welche von einem aus vergoldeten Metallstäben formierten Strahlenkranze umgeben waren. Die Ecken des Sarkophags waren mit Engelsköpfen geschmückt und an den Ecken der zweiten Stufe vier lebensgroße Pferde mit Trauerbehang angebracht, auf denen geharnischte Ritterfiguren mit geschlossenem Visier und schwarzen Standarten saßen. An der Vorderseite des Sarkophags stand in großen Buchstaben von schimmerndem Metall die Inschrift: „Dem edlen Heldenkaiser Wilhelm." In der Ludwigsstraße waren von der Universität bis zum Siegesthor hohe Flaggenbäume und Kandelaber mit Pechpfannen errichtet, welche mit Tannenguirlanden verbunden waren. Als die Fackelträger sich um den Katafalk aufgestellt und die Sängervereine ihre Trauergesänge beendigt hatten, hielt der Präsident der Münchener Künstler eine Rede auf Wilhelm I. Mit Musikbegleitung wurde noch „Die Wacht am Rhein" gesungen, und der Fackelzug setzte sich durch die Ludwigsstraße zurück nach dem Hofgarten in Bewegung, wo er sich vor dem Portikus des Festsaalbaues der königlichen Residenz aufstellte

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 9. bis 20. März 1888.



und dem Prinz-Regenten Luitpold, welcher mit den Mitgliedern des Königshauses auf dem Portikus erschienen war, bei bengalischer Flammenbeleuchtung ein brausendes Hoch ausbrachte. Die von sämtlichen Musikkapellen gespielte bayerische Volkshymne schloß die Trauerfeier. Wegen des Hinscheidens des Kaisers erschienen auf den Straßen die Frauen wochenlang in schwarzen Kleidern und tief verschleiert, und die Männer trugen Abzeichen der Trauer. Jene Münchener, welche sich noch lebhaft der allgemeinen Erbitterung über Preußen und das preußische Heer im Bruderkriege 1866 erinnerten, staunten über die politische Wandelbarkeit der hauptstädtischen Gemüter.

In der bayerischen Abgeordneten- und Reichsratskammer hielten die Präsidenten an die versammelten Mitglieder kurze Ansprachen über den Tod des Deutschen Kaisers. Der Landtag war von dem Prinz-Regenten Luitpold am 14. September 1887 mit feierlichem Glanz und Pracht eröffnet und in der Thronrede auf die Notwendigkeit eines Anschlusses Bayerns an das neue norddeutsche Branntweinsteuergesetz und die ersprießliche Finanzverwaltung hingewiesen und eine Invaliden- und Reliktenversorgung der Eisenbahnarbeiter und eine Gehaltserhöhung der Verkehrsbeamten, der Bau mehrerer Lokalbahnen, Ausdehnung des Reichsunfallversicherungsgesetzes auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und Geldforderungen für die nächstjährige Kunst- und Kunstgewerbe-Ausstellung in München und eine Verwendung der Einnahmen aus der neuen Branntweinsteuer zur Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen und Lehrer angekündigt worden. Da die Branntweinbesteuerung ein dem bayerischen Staate in den Versailler Verträgen zugesichertes Reservatrecht war, so vernahmen die patriotischen Abgeordneten, welche sich seit der letzten Landtagswahl (21. und 28. Juni 1887) den Namen „Bayerische Zentrumspartei" beilegten, aus der Thronrede mit großer Befriedigung, daß dem Prinz-Regenten der Fortbestand der bayerischen Reservatrechte am Herzen liege, der Empfang auf seiner letzten Rundreise durch den größern Teil Bayerns der lauteste Beweis für die Anhänglichkeit der Bayern an das Wittelsbacher Haus sei und er aus Liebe zum Vaterland das Wohl desselben mit aller Kraft und Aufopferung fördern werde. Da die Zentrumspartei infolge der wiederholt zu ihren Ungunsten von der Regierung getroffenen Einteilung der Landtagswahlkreise nur eine sehr geringe Stimmenmehrheit erlangte, so einigte sie sich mit den Liberalen und den wenigen „Freien Vereinigten", daß der Zentrumsabgeordnete Freiherr von Ow, welcher seit langer Zeit die Kammerverhandlungen mit unparteiischer Ruhe und arbeitsamer Gewandtheit geleitet hatte, zum ersten Präsidenten und der liberale Abgeordnete Almens, ein langjähriges und thätiges Kammermitglied, zum zweiten gewählt wurde. Die Zentrumspartei gab die einmütige Erklärung ab, daß sie gegen die letzte Wahlkreiseinteilung protestiere, weil dieselbe von der Staatsregierung nur zur Benachteiligung der Zentrumspartei gemacht worden

sei. In der Adresse auf die Thronrede begrüßten die Volksvertreter freudigst die günstige Lage der bayerischen Finanzen und versicherten dem Prinz-Regenten, daß sie bei Beratung des Budgets für die XIX. Finanzperiode (1888 und 1889) nur das Wohl des Staates im Auge behalten und mit vertrauensvoller Treue dem Wittelsbachischen Hause ergeben sein werden. Die Reichsräte erwähnten in ihrer Adresse den hoffnungsvollen Eintritt des jugendlichen Prinzen Rupprecht, des ältesten Enkels Luitpolds, in die Reichsratskammer und drückten ihren festen Willen aus, die Reservatrechte Bayerns zu wahren, die Gesetzesvorlagen der Regierung gründlich zu prüfen und an dem rühmlichen Unternehmen einer deutschen Kunst- und Kunstgewerbe-Ausstellung mitzuwirken [1].

Da das neue Reichs-Branntweinsteuergesetz schon am 1. Oktober 1887 in Kraft trat, so wurde der Eintritt Bayerns in die Branntweinsteuergemeinschaft in beiden Kammern zunächst beraten. Die Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden hatten die Wahl, entweder derselben beizutreten und die auf sie treffende Quote der Erträgnisse anzunehmen oder sie abzuweisen und die Ertragsquote von ihren Ländern durch eine neue Steuer aufzubringen; im erstern Falle würden sie auf ihr Reservatrecht verzichten. Im bayerischen Landtag machte Finanzminister von Riedel die Mitteilung, die norddeutschen Bundesregierungen hätten ihm zugestanden, daß dem bayerischen Staate nach Annahme des betreffenden Reichsgesetzes infolge des Reservatrechtes noch das Recht auf vollen Anteil des Ertrages, das Recht auf eine niedrigere Besteuerungsquote und das Recht auf volle Verwaltung durch die Landesbehörde vorbehalten bleibe. Bisher hatte die Branntweinsteuer in Bayern $2^1/_4$ Millionen Mark jährlich abgeworfen; wenn es auf seinem Reservatrechte beharre, müßte es ein Aversum von ungefähr 5 Millionen an das Reich bezahlen, wodurch ihm ein jährlicher Verlust von $2^3/_4$ Millionen erwüchse. Außerdem war anzunehmen, daß die norddeutschen Branntweinbrennereien ihren Überfluß zu billigen Preisen auf den süddeutschen Markt bringen und von den norddeutschen Regierungen den Spiritus- und Branntweinfabrikaten, sowie dem Bier Süddeutschlands die Grenze gesperrt werde, wenn Bayern, Württemberg und Baden der Branntweingenossenschaft nicht beitreten. Nach Vortrag des Finanzministers werden die bayerischen Brenner durch den Eintritt in die Reichsgemeinschaft einen finanziellen Gewinn und der bayerische Staat eine jährliche Einnahme von etwa 6 bis 7 Millionen Mark machen. Die von Zentrumsmitgliedern ausgesprochene Befürchtung, es werde in kurzer Zeit auch das Reservatrecht des Malzaufschlages für Bayern verloren gehen, entkräftete Herr von Riedel mit der Versicherung: „Von Preisgebung des Malzaufschlages kann keine

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 14.—20. September 1887.



Rede sein, solange es noch ein deutsches Recht in Deutschland gibt." Die in der Presse und Versammlungen oft und lange besprochene Gesetzesvorlage wurde mit der überraschend großen Mehrheit von 133 Stimmen gegen 18 Zentrumsmitglieder angenommen. Die Reichsräte stimmten derselben einhellig zu [1].

In den folgenden Budgetverhandlungen wurde der früher erhöhte Malzaufschlag zu 6 Mark vom Hektoliter für die XIX. Finanzperiode bewilligt, jedoch die Forderung der Regierung, denselben für immer in dieser Höhe festzustellen, abgelehnt. Zur Erbauung mehrerer Lokaleisenbahnen wurden 15 Millionen, um 5 Millionen mehr, als die Regierung verlangt hatte, für die nichtpragmatischen Staatsbediensteten mit Einschluß der Postboten eine Erhöhung ihres Gehaltes mit einer Gesamtsumme von 1583000 Mark, den Volksschullehrern zur Vermehrung ihrer Dienstalterszulage 574000 Mark und den gering dotierten selbständigen Seelsorgern und zwar den katholischen Geistlichen 532000 Mark und den protestantischen 261000 Mark zur Aufbesserung ihres Einkommens von beiden Kammern bewilligt. Die finanzielle Aufbesserung des Gehaltes der Geistlichen war um so notwendiger, als ihr Einkommen in keinem Verhältnis zu den Bezügen der anderen Staatsdiener stand, namentlich in der Passauer Diöcese, wo noch kein Emeritenfond errichtet war und die Priester erst 22 Jahre nach ihrer Ordination eine Pfarrei erhielten. Infolge einer vorzüglichen Finanzverwaltung von Riedels gestatteten es die Erübrigungen aus der XVII. Finanzperiode, daß der Landtag 9 Millionen Mark für Kunst, Wissenschaft und Verkehrsanstalten genehmigen konnte. Der Staatshaushalt schloß mit 260 Millionen ab und die Einnahmen wurden um 13 Millionen im Vergleich mit der XVIII. Finanzperiode erhöht, wodurch es den beiden Kammern möglich wurde, die wachsenden Ausgaben für die Reichszwecke zu bestreiten, die Gehaltsbezüge der Geistlichen, Lehrer und nichtpragmatischen Staatsbediensteten aufzubessern, sowie zur Tilgung der allgemeinen Staatsschuld fast drei Millionen zu verwenden und noch zwei Millionen in die Reserve zu legen. Auf vielseitige, berechtigte Klagen über hohe Staatstaxen wurde das Gebührengesetz von 1879 und die einschlägige Novelle von 1886 dadurch abgeändert, daß beim Mutations- und Hypothekenwesen, bei Verkäufen und Gutsübergaben statt zwei Prozent nur mehr ein Prozent Gebühren geleistet werden. In der Rheinpfalz bestand noch das französische Civilrecht, welches viele Vorzüge hatte, aber fehlerhafte Bestimmungen über das Hypothekenwesen enthielt. Zur allgemeinen Freude der Pfälzer wurde durch eine Gesetzesnovelle das in der Pfalz geltende Hypotheken- und Vormundschaftsrecht abgeändert, um den Hauptgebrechen desselben abzuhelfen und die in der Rheinpfalz bestehende Unsicherheit des Immobiliarkredites zu beseitigen. In einem vom Justizministerium aus-

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 20.—27. September 1887.

gearbeiteten und vom Landtag angenommenen Gesetze wurden die Sachen und Forderungen bezeichnet, welche in Übereinstimmung mit der bayerischen Prozeßordnung von 1869 nicht der Pfändung unterworfen sind, wie auch in Sachsen und der Schweiz ähnliche Beschränkungen in der Pfändung bestehen. Zur Hebung der Viehzucht vereinbarten die Abgeordneten mit den Reichsräten ein Gesetz über Haltung und Körung der Zuchtstiere und über Änderung der Hundesteuer und Armenpflege. Die Verhandlungen des Kultusetats verliefen ohne erhebliche Angriffe auf den Staatsminister Dr. Freiherrn von Lutz, und nur das neusprachliche Studium an den humanistischen Gymnasien wurde von liberalen Abgeordneten getadelt und Abänderungen hierin beantragt. In der Reichsratskammer wurden von einigen Mitgliedern Klagen laut wegen Überbürdung der Schüler an Gymnasien mit Lernstoffen und wegen des öftern Wechsels des Unterrichtssystems. Lutz gab zu, daß in der Einrichtung der bayerischen Gymnasien manche Mängel bestehen, suchte aber die Anschuldigung einer Überbürdung und eines Systemwechsels mit dem Hinweis zu entkräften, daß der bestehende Schulplan in einem richtigeren Geiste aufgefaßt werde als früher, wodurch eine Überbürdung der Schüler ausgeschlossen sei. Eine Steigerung der Anforderungen an die Schüler sei nicht eingetreten und eine Änderung des Lehrplanes in wesentlichen Punkten nicht möglich, weil ein Übereinkommen mit allen deutschen Staaten wegen gegenseitiger Anerkennung der Maturitätszeugnisse für die Einjährig-Freiwilligen getroffen worden sei. Ein Nachtragspostulat für Einstellung von Studienlehrern in den untersten Klassen von 30 Gymnasien, in denen bisher nur Assistenten wirkten, bewilligte die Abgeordnetenkammer nur mit der staatsrechtlichen Bemerkung, daß das Organisationsrecht der Krone, wenn es sich bei der Durchführung um staatliche Mittel handle, nicht unabhängig von der Zustimmung des Landtages sei. Ministerpräsident von Lutz erkannte dieses Recht an und suchte um Indemnität nach. Die Regierungsvorlage, nach welcher die von dem Prinz-Regenten ernannten Verwaltungsbeamten drei Jahre nach ihrer Anstellung die Rechte einer definitiven Ernennung ebenso erlangen, als wenn sie von dem regierenden König ernannt worden wären, wurde einstimmig angenommen, weil sie nicht als eine Änderung der Verfassung, sondern als authentische Erläuterung derselben aufgefaßt wurde.

Ehe das Kriegsbudget von den Volksvertretern beraten wurde, überzeugte man sich, daß die Rede des Fürsten Bismarck am 6. Februar auf sie einen mächtigen Eindruck gemacht hatte. Auf beiden Seiten des Hauses wurde auf die Einigkeit der deutschen Fürsten und aller Parteien des Reichstages hingewiesen und beteuert, daß, wenn Kriegsgefahren von außen drohen, die Bayern, eingedenk ihres geschichtlichen Ruhmes, an Tapferkeit und Opferlust hinter keinem andern Stamm zurückstehen werden. Die vom Bundesrat und Reichstag für das bayerische Heerwesen ausgeworfene Geldsumme erreichte im

Jahre 1888/89 die Höhe von 79437000 Mk.; davon waren 41392000 Mk. zum Unterhalte der Friedenspräsenzstärke zu 54185 Mann, 2202 Offizieren und 8874 Pferden, 4007000 Mark für Pensionszahlungen und für einmalige Ausgaben 34037000 Mark zu verwenden, somit um 21074000 Mark mehr als im Etat 1887/88; die letztere Summe war erforderlich durch das Heeresergänzungsgesetz und den Anteil Bayerns an dem vom deutschen Reichstag genehmigten Militäranlehen. Die Abgeordneten und Reichsräte gaben ihre Zustimmung zu diesen unabänderlichen Summen, und die Volksvertreter brachten wiederholt die Klage über die erdrückende Last des Militarismus vor, der alle Volkskräfte aufzehre, und über rohen Mißbrauch der Disziplinargewalt von seiten der Vorgesetzten gegen ihre untergebenen Soldaten, wie es vor kurzem in Kempten durch das „Kniedurchdrücken" mittels eines Putzbrettes vorgekommen sei, wodurch ein Soldat zum Krüppel wurde. Kriegsminister von Heinleth suchte die Kammer mit der Versicherung zu beruhigen, daß die Kriegsverwaltung einen solchen Fall wie in Kempten nach Kräften verhindern und die Zahl der Soldatenmißhandlungen von Jahr zu Jahr geringer werde. Ein Mitglied der Zentrumspartei rügte das entsetzliche Fluchen und Gotteslästern beim Abrichten der Rekruten, die Verhöhnung der Religion und die schamlose Entsittlichung in den Kasernen, welche man als Stätten der Civilisation und Bildung ausgebe; allein die aus dem Dienste in die Heimat zurückkehrenden Soldaten werden durch Religionsspötterei und Sittenlosigkeit Pestbeulen für ihre Gemeinden. Niemand wagte es, dem Redner zu widersprechen [1].

Der bayerische Landtag hatte zur Deckung der Kosten für eine deutsche Kunstgewerbe-Ausstellung in München 100000 Mark bewilligt, und derselbe Betrag wurde von der Münchener Stadtgemeinde geleistet; dadurch war das große Unternehmen in finanzieller Beziehung gesichert. Die Münchener Ausstellung (1888) bot keine vollständige Übersicht über das gesamte Kunstgewerbe Deutschlands; in einzelnen Zweigen waren jedoch erfreuliche Fortschritte erkenntlich, namentlich in den Gold- und Silberarbeiten, Glasfabrikaten, Tischlerarbeiten, der Bronzegießerei, Paramenten- und Spitzenstickerei und im Kunstdruck. Die Abteilung des kirchlichen Kunstgewerbes ergab, daß auf dieses Fach die Geldfrage und das Kirchenvermögen entscheidend eingewirkt hatten; nur einige Altäre und gemalte Glasfenster hatten einen künstlerischen Wert. Mit der Kunstgewerbe-Ausstellung war eine deutsche Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung verbunden; sie lieferte den Beweis, daß die deutsche Maschinentechnik große Fortschritte in allen Zweigen des Handwerkes und der Industrie durch Neuerungen und zweckmäßige Änderungen gemacht hatte. Zu gleicher Zeit wurde in München im Glaspalast eine

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 11. Januar bis 21. April 1888.

internationale Kunstausstellung eröffnet; sie enthielt über 3200 Gemälde und Bildhauerarbeiten lebender Künstler. In der Abteilung der Plastik ragten die Werke mehrerer Bildhauer aus München, Dresden, Berlin, Rom, Paris und Brüssel hervor. Die Gemälde der Deutschen bewiesen großenteils, daß die Kunstmalerei am Ausgange des neunzehnten Jahrhunderts in ihrem Streben nach einer getreuen, geist- und phantasielosen Darstellung des Wirklichen und in ihrem Haschen nach Neuem und Ungewöhnlichem in Form und Inhalt tief von dem Idealismus, dem wahren Ziele aller Kunst, abgeirrt war. Wie bei den Deutschen, so war auch bei anderen Völkern ein Rückschritt der Kunst ersichtlich, wiewohl sie ihre besten Werke zur Ausstellung geschickt hatten. Auf dem religiösen Gebiete wählten die deutschen Maler Stoffe aus der Heiligen Schrift und zogen die großen Gestalten der biblischen Geschichte in den Kot, um Aufsehen zu machen, welches sie durch rein künstlerische Mittel nicht zu erreichen vermochten.

Mit der Kunstausstellung wurde zur Erinnerung an die Geburt des Königs Ludwig I. von Bayern (1786) eine Centenarfeier vereinigt, welche um einige Wochen verschoben wurde, weil der Deutsche Kaiser Friedrich III. nach einer Regierung von nur 99 Tagen einem schmerzlichen Krebsleiden, welches er mit bewunderter Geduld ertrug, (15. Juni 1888) erlag. Nach seinem Ableben wurde von einem ihm befreundeten Professor ein Teil seiner Tagebücher veröffentlicht, aus denen man erfuhr, daß weder der König Wilhelm I. von Preußen, noch der Kanzler von Bismarck die Gründung eines neuen Deutschen Reiches (1870) angeregt hatten, sondern Kronprinz Friedrich, welcher nach dem entscheidenden Siege bei Sedan mit seinem Vater über Errichtung eines deutschen Kaisertums redete; hierzu, meinte er, zwinge die Oberherrlichkeit des preußischen Königs über die drei anderen Könige. Wilhelm I. wollte darauf nicht eingehen, weil er auf Erlangung einer Kaiserkrone keine Hoffnung setzte. Für Ausführung des kronprinzlichen Planes war der Großherzog von Baden, Schwiegersohn des preußischen Königs, unermüdet thätig und brachte es dahin, daß der König Ludwig II. von Bayern, welcher lange und entschieden der Gründung eines Kaisertums widerstrebte, einwilligte und Wilhelm als „Deutschen Kaiser" anerkannte. Dieser Titel mißfiel dem König und dem Kronprinzen, und sie forderten „Kaiser von Deutschland"; sie fügten sich jedoch, als sie von Bismarck aufmerksam gemacht wurden, daß „Kaiser von Deutschland" eine Territorialmacht bedeute, welche der preußische König nicht besitze[1].

Auf Friedrich III. folgte sein erst 29 Jahre alter Sohn Wilhelm II., welcher mit blendender Pracht (25. Juni 1888) zum ersten Male den Reichstag eröffnete; er war von allen deutschen Bundesfürsten umgeben, welche

[1] „Deutsche Rundschau", Berlin im September 1888.

nach Berlin gekommen waren, um den kaiserlichen Glanz zu erhöhen. In der Thronrede versprach der junge Kaiser, daß er die Reichsverfassung in allen Rechten wahren werde, welche sie dem Bundesrat und dem Reichstag, dem Kaiser und den anderen Bundesfürsten, wie jedem Deutschen verbürge. Den Ausbau der Sozialgesetzgebung zum Schutze der arbeitenden Bevölkerung werde er nach den Grundsätzen der christlichen Sittenlehre fortführen, wie sein Großvater denselben seit dem Jahre 1881 begonnen habe. In der auswärtigen Politik verkündigte er Frieden mit jedermann und versicherte, daß an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn und Italien mit deutscher Treue festgehalten werde, weil es die Grundlage des europäischen Gleichgewichtes bilde. Diese Worte wurden von den Reichstagsabgeordneten beifällig aufgenommen, und sie erklärten sich in einer Adresse bereit, den Kaiser bei Ausführung seines Willens mit aller Kraft zu unterstützen und ihm jedes Opfer zu bringen, welches die Sicherheit des Vaterlandes gegen auswärtige Feinde fordere[1]. Nach Schluß der kurzen Reichstagssession begab sich Wilhelm nach Rußland, um in Petersburg den Zaren Alexander III. zu begrüßen und das frühere, seit dem letzten Berliner Kongreß getrübte Freundschaftsverhältnis zwischen dem Berliner und Petersburger Hofe wiederherzustellen.

Nach Ablauf der für den gestorbenen Kaiser Friedrich III. angeordneten Hoftrauer wurde endlich in München und ganz Bayern die Feier zur Erinnerung an den hundertsten Geburtstag des Königs Ludwig I. (29. bis 31. Juli 1888) begangen. Die Stadt schmückte sich zu dem großen Feste mit schönster Pracht, um den vielen Tausenden von Gästen, welche aus Bayern und fast aus allen Ländern der Erde nach München kamen, zu zeigen, daß die Münchener für die Kunstschöpfungen Ludwigs I. von patriotischem Danke durchdrungen seien. Zuerst wurde in der St. Bonifazkirche, wo die irdischen Überreste des Königs Ludwig in einem marmornen Sarkophag ruhen, ein feierlicher Trauergottesdienst abgehalten; auch in den protestantischen und griechischen Kirchen fand eine Gedächtnisfeier statt. Von den bischöflichen Oberbehörden wurde in allen Provinzen Bayerns in den Pfarrkirchen Gottesdienst mit Predigt angeordnet, welchem die Ortsbeamten, die Schuljugend und viel Volk anwohnten. Am andern Tag wurde nachts bei der Ruhmeshalle auf der Theresienwiese unter Geschützsalven, Musik und Gesang ein großes Feuerwerk veranstaltet. Am dritten Tag bewegte sich durch die von 200 000 Menschen besetzten Straßen Münchens ein aus 4000 Personen bestehender historischer Festzug, welcher ein Schauspiel von so vollendeter Schönheit, künstlerischer Auffassung und glänzender Ausstattung bot, wie es von keiner andern Stadt ausgeführt worden war. Das Centenarfest endigte mit einem großen Bankett im Rathause, einer allgemeinen Be-

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 25. und 26. Juni 1888.

leuchtung der Stadt und dem achten bayerischen Vereins- und Jubiläumsschießen. Nach zwei Jahren wurde in der Walhalla das künstlerisch ausgearbeitete Denkmal des Königs Ludwig I. (25. August 1890) feierlichst in Gegenwart sämtlicher Prinzen des Königshauses enthüllt.

Der Deutsche Kaiser machte nach der Rückkehr aus Rußland den süddeutschen Bundesfürsten einen Besuch und begab sich von Stuttgart nach München, wo eben das Zentral-Landwirtschaftsfest nach altem Herkommen abgehalten wurde. Wilhelm II. wurde von einer unermeßlichen Volksmenge freudigst empfangen und von dem ihm befreundeten Prinz-Regenten Luitpold, der kurz vorher von einer Rundreise in der Rheinpfalz nach München zurückgekommen war, und von den übrigen bayerischen Prinzen und den obersten Staats- und Militärbeamten am Bahnhof begrüßt und durch festlich geschmückte Straßen in die königliche Residenz geleitet, wo er abstieg. Nach einem kurzen Aufenthalt verfügte er sich nach Wien zum Besuche des Kaisers Franz Joseph; auch hier wurde er von dem Volke lebhaft begrüßt in der Überzeugung, daß durch seinen Besuch das Bündnis zwischen Österreich und Deutschland und der Friede in Europa befestigt werde. Von Wien aus setzte Wilhelm seine Reise über die Alpen nach Italien fort, um den verbündeten König Humbert in Rom zu besuchen. Die Italiener empfingen ihn mit stürmischem Jubel und festlichem Glanze. Obgleich Protestant, besuchte der Deutsche Kaiser den Papst im vatikanischen Palast, um ihn als souveränes, geistliches Oberhaupt von 14 Millionen deutscher Katholiken anzuerkennen; er wurde mit den höchsten Ehrenbezeigungen aufgenommen und von Leo XIII. im Thronsaal herzlich begrüßt. Der Heilige Vater sprach ihm sein Bedauern aus, daß er nicht in der Lage sei, ihn so zu empfangen, wie einst Gregor XVI. den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. und Pius IX. den kaiserlichen Kronprinzen Friedrich empfangen haben. Der Kaiser vertröstete ihn mit den Worten, daß das Papsttum gegenwärtig in ganz Europa in höchster Achtung und Verehrung stehe. Leo sprach noch von den gebesserten Zuständen der katholischen Kirche in Preußen und empfahl dem Kaiser die vollständige Herstellung des kirchlichen Friedens. Wilhelm nahm die Worte des Papstes mit wohlwollender Gesinnung gegen seine katholischen Unterthanen auf und besichtigte unter Führung des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla den vatikanischen Palast, die Kunstsammlungen und die St. Peterskirche[1].

Als der Kaiser aus Italien zurückkehrte, eröffnete er (November 1888) den Reichstag und sprach in der Thronrede seine große Befriedigung aus, daß er auf seiner Reise durch Süddeutschland erfahren habe, daß die Fürsten und Völker dem neuen Deutschen Reich vertrauensvoll anhängen. Seine

[1] Civiltà cattolica, Roma à 15 Novembre 1888.



Besuche bei den befreundeten Monarchen berechtigen zu der Hoffnung, daß der Friede in Europa nicht gestört werde. Als eine wichtige auswärtige Angelegenheit bezeichnete er die Beschützung der deutschen Kolonien in Ostafrika und kündigte eine bedeutsame Vorlage in der sozialpolitischen Gesetzgebung an. Die Einnahmen und Ausgaben für das Etatsjahr 1889/90 wurden von der Reichsregierung zu 946 Millionen Mark festgestellt und nachträglich zur Vergrößerung der Kriegsflotte und der Artillerie noch 117 Millionen verlangt. Die Konservativen, Nationalliberalen und „die Reichspartei", denen der gemeinsame Name „Kartellpartei" beigelegt wurde und die im Reichstag die Stimmenmehrheit besaßen, genehmigten bereitwillig alle Geldforderungen des Bundesrates[1]; dadurch vergrößerten sie innerhalb drei Jahren die Reichsschuld bis auf 1150 Millionen, zumeist für Militär- und Marinezwecke. Das neue Deutsche Reich hatte von dem Jahre 1872 bis 1890 für die Landarmee und die Marine 9456 Millionen verausgabt. Aus der Beratung der ostafrikanischen Ansiedlungen ging hervor, daß die Deutsche Kolonialgesellschaft in Berlin das große Werk mit zu geringen Geldmitteln unternommen hatte. In Ostafrika und auf der nahen Insel Zanzibar hatten die Deutschen mehrere Kolonien angelegt und mit dem Sultan von Zanzibar ein Bündnis geschlossen. Die arabischen Sklavenhändler empörten sich gegen den Sultan, ihren Oberherrn, weil er sich mit den Deutschen verbündet hatte und diese den Negerhandel zu unterdrücken suchten; sie bewaffneten sich, erschossen mehrere deutsche Kolonisten und zerstörten deren Niederlassungen. Die katholische Missionsstation Pugu, welche von bayerischen und preußischen Missionären und Missionsschwestern gegründet worden war, wurde von dem arabischen Häuptling Buschiri überfallen und verwüstet; zwei Brüder und eine Schwester der Mission wurden getötet, fünf Missionäre in Gefangenschaft abgeführt und ungefähr 200 zum Christentum bekehrte Neger in der Missionsanstalt als Sklaven verkauft.

Über die Grausamkeit der Araber wurden die Deutschen entrüstet, in den größeren Städten zur Unterdrückung des Sklavenhandels Versammlungen gehalten und Vereine zur Bekämpfung der Negerhändler gegründet. Im Reichstag empfahl der Führer der katholischen Zentrumspartei, Dr. Windthorst, eine entsprechende Unterstützung der deutschen Niederlassungen in Ostafrika und beantragte, daß der Bundesrat sich mit den christlichen Mächten zur Vernichtung des Sklavenhandels in Afrika verbinde. Das deutsche Volk solle der Welt zeigen, daß es für Erreichung dieses edlen Zweckes einmütig einzutreten gewillt sei und in dieser wichtigen Humanitätsfrage an der Spitze Europas stehe. Die Worte Windthorsts wurden von fast allen Abgeordneten

---

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 22. November 1888 bis 12. März 1889.

mit lebhaftem Beifall vernommen und für die deutschen Kolonien in Ostafrika zwei Millionen Mark bewilligt. Von dieser Summe gab der Reichskanzler der katholischen Mission ein Darlehen von 9000 Mark, um die gefangenen Missionäre zu befreien. Der preußische Hauptmann Wißmann wurde zum Reichskommissär in dem deutschen Schutzgebiete auf der ostafrikanischen Küste ernannt mit dem Auftrag, mit den Reichstagsgeldern ein kleines Heer zu werben und die arabischen Sklavenhändler zu unterwerfen. Wißmann erstürmte mit seinen Söldlingen und 400 Matrosen von den an der Küste ankernden deutschen Kriegsschiffen die Schanzwerke des Häuptlings Buschiri bei den Hafenplätzen Bagamoyo, Saadani und Pangani [1].

Der in der Thronrede angekündigte Gesetzentwurf zu Gunsten der Arbeiterbevölkerung betraf eine Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter. Über dieses schwierige Werk gingen die Ansichten der verschiedenen Parteien weit auseinander, und monatelange Beratungen der Kommission und die Reden der Parteiführer in der Reichstagsversammlung ließen es zweifelhaft, ob das neue Gesetz eine Stimmenmehrheit erlangen werde; da aber dem Kaiser an dem Zustandekommen desselben sehr viel lag, so hielt der Reichskanzler in gereizter Stimmung eine Strafpredigt an die Gegner der Gesetzesvorlage und forderte in gebieterischem Tone die konservativen Parteien auf, der Invaliditäts- und Altersversicherung zuzustimmen, damit dieses wichtige Gesetz nicht vertagt werde. In der dritten Lesung wurde es mit einer Mehrheit von nur 20 Stimmen angenommen [2]. Kurz vor dieser Abstimmung kam König Humbert von Italien mit Gefolge nach Berlin zum Gegenbesuche. Es wurde ihm von seiten des Kaisers und des Volkes ein so glanzvoller Empfang bereitet, daß hierüber die Italiener entzückt wurden und das eben in Rom tagende Parlament und die Minister in einem Huldigungstelegramm an Humbert dem Deutschen Kaiser und Volke für die festliche Aufnahme ihres Königs dankten. Im Reichstag wurde das vom Fürsten Bismarck übermittelte Telegramm von dem Präsidenten verlesen und von allen Seiten des Hauses mit großem Beifall vernommen; auch die katholischen Zentrumsmitglieder gaben dem Gefühle ihrer Freude Ausdruck, „jedoch mit dem Vorbehalt, daß dadurch ihrer Stellung zur römischen Frage nicht präjudiziert werde“ [3]. Seitdem die Freimaurer in Rom dem sittenlosen Ketzer Giordano Bruno ein Denkmal gegenüber dem vatikanischen Palast zur Verhöhnung des Papsttums gesetzt hatten, wuchs in allen katholischen Ländern der Erde die Teilnahme für die bedrängte Lage des Heiligen Vaters. In allen Versammlungen deutscher Katholiken wurde die Wiederherstellung des weltlichen Besitzes des Papstes gefordert, und alle Bischöfe der katho-

[1] „Deutscher Reichsanzeiger“, Berlin am 11. Mai 1889.
[2] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 7.—24. Mai 1889.
[3] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen den 23. Mai 1889.

lischen Kirche überschickten Leo XIII. schriftliche Proteste gegen die gewaltthätige Besetzung des Kirchenstaates durch die Italiener.

Auch die bayerischen Bischöfe beklagten in einem Schreiben an den Papst, daß er in seinem eigenen Hause wie ein Gefangener leben und von zahlreichen Feinden Schmähungen und Verfolgungen erdulden müsse. Sie hielten es für notwendig, daß ihm das geraubte Patrimonium des hl. Petrus zurückgegeben werde, damit der oberste Hirt der Christenheit gegen die Angriffe auf seine Macht und Freiheit gesichert sei[1]. Wenige Monate vorher hatten sie sich in Freising versammelt, um die Enzyklika, welche Leo XIII. (22. Dezember 1887) an sie gerichtet hatte, zu beraten. Nach reiflicher Erwägung reichten sie bei Seiner Königlichen Hoheit, dem Prinz-Regenten, (14. Juni 1888) ein Memorandum ein, in welchem sie ihm die Bitte unterbreiteten, daß er der katholischen Kirche in Bayern in Ausübung ihrer Gewalt jene Freiheit gewähren möchte, welche für die Seelsorge notwendig sei. Im Widerspruch mit dieser Freiheit und dem Konkordat stehe das königliche Plazet, welches in Bayern selbst auf die Glaubenslehren ausgedehnt worden sei, indem die Verkündigung der vatikanischen Konzilsbeschlüsse vom 18. Juli 1870 durch eine Ministerialverordnung verboten worden sei. Außerdem führten sie Beschwerde über Bevorzugung der „Altkatholiken", denen sogar Eingriffe in das Eigentum der den Bischöfen untergebenen Gotteshäuser durch die Staatsregierung gestattet worden seien.

Der Stiftspropst von St. Cajetan und Theologieprofessor an der Universität in München, Dr. von Döllinger, ein berühmter Kirchengeschichtsschreiber, hatte einst die Selbständigkeit und Freiheit der katholischen Kirche in Wort und Schrift mit Begeisterung und Mut verteidigt; als aber seine Gelehrsamkeit und seine Verdienste um den Katholizismus nicht nach Gebühr anerkannt wurden, hielt er die Jesuiten in Rom, denen Papst Pius IX. sein volles Vertrauen schenkte, für die Urheber seiner Zurücksetzung und forschte mit rastlosem Fleiße und staunenswertem Gedächtnisse in den Quellenschriften der Kirchengeschichte nur nach Schattenseiten im Leben der Päpste und der Jesuiten; die unendlichen Verdienste aber, welche sie sich um die Kultur der ganzen Menschheit erworben hatten, überging er. Sobald die ersten Vorbereitungen zum Vatikanischen Konzil getroffen wurden, erklärte der Stiftspropst voll Unmut die Unfehlbarkeit und Universalmacht des Papstes als neue Irrlehren und verwarf in einem öffentlichen Manifest entschieden die Vatikanischen Konzilsbeschlüsse in der Meinung, daß die gesamte Geistlichkeit in Deutschland auf seine Seite treten werde. Aus Haß gegen das Papsttum ging er mit dem großen Plane um, mit seinen geistlichen

[1] Amtsblatt der Erzdiöcese München-Freising, Nr. 87, München den 17. Dezember 1888.

Anhängern und den Staatsregierungen eine deutsche Nationalkirche zu gründen. Allein außer Döllinger verneinten nur wenige katholische Priester und eine kleine Schar von Laien die vatikanischen Konstitutionen und nannten sich Altkatholiken; sie wurden von der römisch-katholischen Kirche ausgeschlossen, aber von der liberalen Staatsregierung in Schutz genommen und als die eigentlichen Katholiken betrachtet. In einer Ministerialverordnung (27. August 1871) wurden die Bischöfe in Kenntnis gesetzt, daß die Regierung die vatikanischen Dekrete für staatsgefährlich halte und gegen die Ordinariate gewaltsame Maßregeln anwenden werde, wenn sie dieselben ohne königliches Plazet lehren. Religionslehrer, welche ihren Schülern die Glaubenslehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit vortrugen, wurden entlassen und die altkatholischen Geistlichen trotz ihrer Exkommunikation in vollem Genusse ihrer Pfründen erhalten. In der Abgeordnetenkammer erklärte die Regierung, daß sie allen katholischen Staatsangehörigen geistlichen und weltlichen Standes, welche die päpstliche Unfehlbarkeit verneinen, den vollen in den Landesgesetzen begründeten Schutz gegen den Mißbrauch geistlicher Gewalt gewähre[1]. Den abgefallenen Stiftspropst priesen die Freimaurer, die liberalen Beamten und die ganze „gebildete" Jugend männlichen und weiblichen Geschlechts als „den größten Theologen des 19. Jahrhunderts", und der Kultusminister von Lutz verschaffte ihm die höchsten wissenschaftlichen Ämter und Orden. In den Pfarrdörfern Kiefersfelden und Mehring wurden die römisch-katholischen Einwohner von den weltlichen Behörden gezwungen, daß sie sich zu ihrem Gottesdienste Notkirchen bauten, weil ihre alten Kirchen den exkommunizierten Pfarrern und Gemeindemitgliedern eingeräumt wurden. In ähnlicher Weise schalteten die Beamten in Tuntenhausen und ließen in vielen Orten eine ganze Reihe katholischer Kirchen erbrechen, um bei altkatholischen Begräbnissen das kirchliche Geläute zu erzwingen. Dem altkatholischen Bischof und Professor Reinkens in Bonn erlaubte das Staatsministerium, daß er in bayerischen Diöcesen bischöfliche Handlungen vornahm, obgleich es nach der Verfassungsurkunde in Bayern nur eine einzige katholische Kirche gibt, welche von acht, durch den Papst bevollmächtigten Bischöfen geleitet wird; deshalb fällte der Verwaltungsgerichtshof in München in einer Berufungssache das Erkenntnis, daß die Altkatholiken eine aus der katholischen Kirche ausgeschiedene Religionsgenossenschaft sei.

Die Bischöfe brachten in der Freisinger Denkschrift das Ansuchen vor, daß die durch das Reichsausweisungsgesetz vertriebenen Redemptoristen wegen großen Priestermangels nach Bayern zurückkehren dürfen. Sie beklagten es, daß auf den Universitäten ein der göttlichen Offenbarung und dem Christentum feindlicher Geist die philosophischen, naturwissenschaftlichen und medizi-

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 14. Oktober 1871.

nischen Fächer beherrsche und der Materialismus sich von den Hochschulen in alle Schichten des Volkes verbreite, und sie verlangten, daß sie bei Anstellung der Theologieprofessoren an den Universitäten und Lyceen, sowie bei Ernennung der Religionslehrer an den Mittelschulen vernommen werden, wie es ihnen unter König Max II. zugestanden worden sei. Die Oberhirten sprachen sich entschieden gegen die Simultanschulen und die konfessionell gemischten Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten aus[1]; denn sie machten die tägliche Erfahrung, daß die aus dem höhern, mittlern und niedern Unterrichtswesen entspringende Religionslosigkeit in den sogenannten gebildeten Ständen und die gefährlichen Lehren der sozialdemokratischen Umsturzpartei in den Arbeiterkreisen immer weiter und tiefer um sich greifen. Die Verbrechen, Brandstiftungen und Meineide, die Ehebrüche, Kindsmorde und Notzuchtsverbrechen, die Diebstähle, Raub- und Selbstmorde stiegen von Jahr zu Jahr in erschreckender Zahl, und die Zuchthäuser waren mit Sträflingen, deren jährlicher Unterhalt über zwei Millionen Mark kostete, überfüllt[2]. Wiewohl nach dem Zeugnis der Geschichte jedes Volk, welches die Religion über Bord geworfen hat, in einen revolutionären Sturm getrieben wird, so trugen doch die vom Zeitgeiste beherrschten Lenker des Staatsschiffes bei, daß dieses höchste Gut der Menschheit immer mehr entwertet wurde. In der Schulverordnung für die bayerischen Studienanstalten vom Jahre 1874 wurde der Religionsunterricht in den beiden oberen Gymnasialklassen von zwei auf eine Wochenstunde herabgesetzt, beim Gymnasialabsolutorium die Schüler nicht mehr in der Religionslehre geprüft und die Religionsprofessoren aus der Prüfungskommission entfernt. Die meisten Gymnasialabsolventen verließen die Studienanstalt mit Begeisterung für die griechische und römische Mythologie, in welcher sie neun Jahre lang von ihren Lehrern mit voller Hingebung zum klassischen Altertum unterrichtet worden waren. Mit hochmütiger Verachtung der katholischen Kirche und Geistlichkeit, mit pantheistischen Vorstellungen von der menschlichen Seele und mit einem der christlichen Religion entfremdeten Herzen traten sie an eine Universität über, wo das positive Christentum von einer dünkelhaften Gelehrsamkeit als Aberglaube in den Hintergrund der wissenschaftlichen Bildung gedrängt wurde. Von der Universität brachten die Studierenden in ihre Berufsstellung teils religiöse Gleichgiltigkeit, teils Gottlosigkeit, wodurch sie dem Volke zum Ärgernis dienten oder ein Beispiel zur Nachahmung in Verleugnung aller religiösen Pflichten gaben.

Auch im niedern Volksschulwesen wurde die Religion als Nebensache betrachtet und das Hauptgewicht auf Erlernung möglichst vieler Unterrichts-

[1] Amtsblatt a. a. O. Nr. 15, München den 25. Mai 1889.

[2] Ergebnisse der Civil- und Strafrechtspflege des Königreiches Bayern im Jahre 1887. Herausgegeben vom Justizministerium 1888.

gegenstände gelegt. Der Same des Christentums, welchen der Katechet in der Schule in das empfängliche Gemüt des Kindes streute, wurde sehr oft durch Beispiel und Rede gott- und pflichtvergessener Eltern erstickt, und das sonst treuherzige Kind verlor frühzeitig die Gottesfurcht und die Achtung vor seinen Vorgesetzten. Die Mehrzahl der Jugend wuchs in Zügellosigkeit, Roheit und Trotz gegen die geistliche und weltliche Obrigkeit auf, vertiefte sich in die im neuheidnischen Geiste verfaßten Zeitungs- und Romanschriften und wurde durch ein freies Prostitutionswesen verlockt, sich den sinnlichen Trieben und dem Laster ungescheut hinzugeben. Es wuchs ein Geschlecht heran, welches die Sittsamkeit, einfache Lebensweise und den sparsamen Sinn der Ahnen verachtete und welchem die alten gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr genügten; dadurch ergaben sich neue Lebensbedürfnisse, zu deren Befriedigung die Geldmittel nicht hinreichten. Die höheren wie die niederen Stände wurden von einer maßlosen Gier nach Luxus, Vergnügungen und Festversammlungen ergriffen, wodurch das religiöse Gefühl abgestumpft und eine schamlose Unsittlichkeit, Verschwendung und Verarmung verursacht wurde. Vergebens wurde das Volk in Kirchen, christlichen Vereinen und Erbauungsschriften an Sitteneinfalt und Zufriedenheit mit den verschiedenen Standesverhältnissen ermahnt. Die Arbeiterklassen beneideten alle, welche in einer bessern Lage als sie lebten, und forderten eine Änderung der bestehenden sozialen Einrichtungen, Gütergemeinschaft, Gleichheit aller Menschen und Abschaffung der Ehe. Mit ihrer ganzen revolutionssüchtigen Seele haßten und verfluchten sie das Christentum und zumeist die katholische Kirche und ihre Priester, weil sie den Gläubigen zur strengsten Pflicht machten, die Beschwerden der Arbeit mit Gottergebenheit zu ertragen, das Eigentum und die Ehe heilig zu achten und den regierenden Fürsten und Obrigkeiten Ehrfurcht und Gehorsam zu bezeigen [1]. Der sozialdemokratische Geist ergoß sich wie ein vulkanisches Feuer unaufhaltsam in das arbeitende Volk und drohte mit dem Ausbruch einer furchtbaren Revolution. In dieser Voraussicht verlangten die bayerischen Bischöfe in ihrem Memorandum von dem Kultusministerium, daß es die von der Kirche angestrebte Erneuerung der christlichen Wissenschaft unterstütze.

Der Ministerpräsident und Kultusminister, Freiherr von Lutz, machte im Auftrag und Einverständnis des Prinz-Regenten den Bischöfen in einer Entschließung (28. März 1889) nur bei Besetzung der Lehrstühle an den Lyceen, bei Ernennung der Theologieprofessoren an den Universitäten und bei Anstellung der Religionslehrer an den Mittelschulen, der Inspektoren und Präfekten an den Schullehrerseminarien und der Distriktsschulinspektoren

[1] Dietzgen, Fünf Kanzelreden, Leipzig 1875, S. 17. Klein, Das Paradies der Sozialdemokratie, Freiburg, Herder, 1891. Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlung, den 31. Dezember 1881, S. 657.

nischen Fächer beherrsche und der Materialismus sich von den Hochschulen in alle Schichten des Volkes verbreite, und sie verlangten, daß sie bei Anstellung der Theologieprofessoren an den Universitäten und Lyceen, sowie bei Ernennung der Religionslehrer an den Mittelschulen vernommen werden, wie es ihnen unter König Max II. zugestanden worden sei. Die Oberhirten sprachen sich entschieden gegen die Simultanschulen und die konfessionell gemischten Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten aus [1]; denn sie machten die tägliche Erfahrung, daß die aus dem höhern, mittlern und niedern Unterrichtswesen entspringende Religionslosigkeit in den sogenannten gebildeten Ständen und die gefährlichen Lehren der sozialdemokratischen Umsturzpartei in den Arbeiterkreisen immer weiter und tiefer um sich greifen. Die Verbrechen, Brandstiftungen und Meineide, die Ehebrüche, Kindsmorde und Notzuchtsverbrechen, die Diebstähle, Raub- und Selbstmorde stiegen von Jahr zu Jahr in erschreckender Zahl, und die Zuchthäuser waren mit Sträflingen, deren jährlicher Unterhalt über zwei Millionen Mark kostete, überfüllt [2]. Wiewohl nach dem Zeugnis der Geschichte jedes Volk, welches die Religion über Bord geworfen hat, in einen revolutionären Sturm getrieben wird, so trugen doch die vom Zeitgeiste beherrschten Lenker des Staatsschiffes bei, daß dieses höchste Gut der Menschheit immer mehr entwertet wurde. In der Schulverordnung für die bayerischen Studienanstalten vom Jahre 1874 wurde der Religionsunterricht in den beiden oberen Gymnasialklassen von zwei auf eine Wochenstunde herabgesetzt, beim Gymnasialabsolutorium die Schüler nicht mehr in der Religionslehre geprüft und die Religionsprofessoren aus der Prüfungskommission entfernt. Die meisten Gymnasialabsolventen verließen die Studienanstalt mit Begeisterung für die griechische und römische Mythologie, in welcher sie neun Jahre lang von ihren Lehrern mit voller Hingebung zum klassischen Altertum unterrichtet worden waren. Mit hochmütiger Verachtung der katholischen Kirche und Geistlichkeit, mit pantheistischen Vorstellungen von der menschlichen Seele und mit einem der christlichen Religion entfremdeten Herzen traten sie an eine Universität über, wo das positive Christentum von einer dünkelhaften Gelehrsamkeit als Aberglaube in den Hintergrund der wissenschaftlichen Bildung gedrängt wurde. Von der Universität brachten die Studierenden in ihre Berufsstellung teils religiöse Gleichgiltigkeit, teils Gottlosigkeit, wodurch sie dem Volke zum Ärgernis dienten oder ein Beispiel zur Nachahmung in Verleugnung aller religiösen Pflichten gaben.

Auch im niedern Volksschulwesen wurde die Religion als Nebensache betrachtet und das Hauptgewicht auf Erlernung möglichst vieler Unterrichts-

[1] Amtsblatt a. a. O. Nr. 15, München den 25. Mai 1889.

[2] Ergebnisse der Civil- und Strafrechtspflege des Königreiches Bayern im Jahre 1887. Herausgegeben vom Justizministerium 1888.

gegenstände gelegt. Der Same des Christentums, welchen der Katechet in der Schule in das empfängliche Gemüt des Kindes streute, wurde sehr oft durch Beispiel und Rede gott- und pflichtvergessener Eltern erstickt, und das sonst treuherzige Kind verlor frühzeitig die Gottesfurcht und die Achtung vor seinen Vorgesetzten. Die Mehrzahl der Jugend wuchs in Zügellosigkeit, Roheit und Trotz gegen die geistliche und weltliche Obrigkeit auf, vertiefte sich in die im neuheidnischen Geiste verfaßten Zeitungs- und Romanschriften und wurde durch ein freies Prostitutionswesen verlockt, sich den sinnlichen Trieben und dem Laster ungescheut hinzugeben. Es wuchs ein Geschlecht heran, welches die Sittsamkeit, einfache Lebensweise und den sparsamen Sinn der Ahnen verachtete und welchem die alten gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr genügten; dadurch ergaben sich neue Lebensbedürfnisse, zu deren Befriedigung die Geldmittel nicht hinreichten. Die höheren wie die niederen Stände wurden von einer maßlosen Gier nach Luxus, Vergnügungen und Festversammlungen ergriffen, wodurch das religiöse Gefühl abgestumpft und eine schamlose Unsittlichkeit, Verschwendung und Verarmung verursacht wurde. Vergebens wurde das Volk in Kirchen, christlichen Vereinen und Erbauungsschriften an Sitteneinfalt und Zufriedenheit mit den verschiedenen Standesverhältnissen ermahnt. Die Arbeiterklassen beneideten alle, welche in einer bessern Lage als sie lebten, und forderten eine Änderung der bestehenden sozialen Einrichtungen, Gütergemeinschaft, Gleichheit aller Menschen und Abschaffung der Ehe. Mit ihrer ganzen revolutionssüchtigen Seele haßten und verfluchten sie das Christentum und zumeist die katholische Kirche und ihre Priester, weil sie den Gläubigen zur strengsten Pflicht machten, die Beschwerden der Arbeit mit Gottergebenheit zu ertragen, das Eigentum und die Ehe heilig zu achten und den regierenden Fürsten und Obrigkeiten Ehrfurcht und Gehorsam zu bezeigen [1]. Der sozialdemokratische Geist ergoß sich wie ein vulkanisches Feuer unaufhaltsam in das arbeitende Volk und drohte mit dem Ausbruch einer furchtbaren Revolution. In dieser Voraussicht verlangten die bayerischen Bischöfe in ihrem Memorandum von dem Kultusministerium, daß es die von der Kirche angestrebte Erneuerung der christlichen Wissenschaft unterstütze.

Der Ministerpräsident und Kultusminister, Freiherr von Lutz, machte im Auftrag und Einverständnis des Prinz-Regenten den Bischöfen in einer Entschließung (28. März 1889) nur bei Besetzung der Lehrstühle an den Lyceen, bei Ernennung der Theologieprofessoren an den Universitäten und bei Anstellung der Religionslehrer an den Mittelschulen, der Inspektoren und Präfekten an den Schullehrerseminarien und der Distriktsschulinspektoren

[1] Dietzgen, Fünf Kanzelreden, Leipzig 1875, S. 17. Klein, Das Paradies der Sozialdemokratie, Freiburg, Herder, 1891. Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlung, den 31. Dezember 1881, S. 657.

Zugeständnisse; die übrigen Anträge, Wünsche und Bitten der Bischöfe ließ er unerfüllt. An dem königlichen Plazet hielt er auch in Sachen der Glaubens- und Sittenlehre fest und rechtfertigte die Bevorzugung der Altkatholiken mit der II. Verfassungsbeilage. Die Bischöfe überschickten dem Papste Abschriften von ihrem Memorandum und der Ministerialentschließung. Leo XIII. bedauerte in einem an den Erzbischof von München-Freising gerichteten Breve, daß die bayerische Staatsregierung viele Wünsche und Bitten der Bischöfe nicht beachtet habe und auf dem königlichen Plazet in der Glaubens- und Sittenlehre beharre. Schmerzlich berührte ihn die Nachricht, daß den Redemptoristen die Hoffnung auf ihre Rückkehr nach Bayern genommen sei; er rechnete jedoch auf bessere Zeiten, wenn das katholische Volk in Bayern in Verbindung mit den Bischöfen standhaft für die Rechte der Kirche eintreten werde[1]. Der Aufruf des Heiligen Vaters widerhallte im ganzen katholischen Bayern. Zuerst erhoben sich die Katholiken in der Rheinpfalz und versammelten sich (Ende Juli 1889) in großer Zahl in Neustadt, wo sie nach feurigen Reden für ihre Kirche Freiheit und Unabhängigkeit von der Staatsgewalt forderten. Bald darauf (September) kamen im diesseitigen Bayern aus allen Provinzen und Gegenden viele Tausende glaubenstreuer Katholiken nach München. Sie protestierten gegen die Ministerialentschließung des Freiherrn von Lutz und riefen die Vertreter des katholischen Volkes im Landtag auf, daß sie alle gesetzlichen Mittel anwenden, um ihrer Kirche in Bayern die ungeschmälerte Freiheit in dem religiös-politischen Leben, der Erziehung und den gesellschaftlichen Einrichtungen zu erwirken.

Die Mitglieder der Zentrumsfraktion übernahmen den schwierigen Auftrag, welcher das ganze Land in große Bewegung setzte, und stellten die Anträge, es sei Seiner Königlichen Hoheit, dem Prinz-Regenten, das Bittgesuch zu überreichen, er möchte das Ministerium anweisen, daß es das königliche Plazet nicht im Sinne der II. Verfassungsbeilage bei der Glaubens- und Sittenlehre anwende, die Altkatholiken in Bayern als eine von der römisch-katholischen Kirche verschiedene Religionsgesellschaft behandle und beim Bundesrat bewirke, daß das auf die Redemptoristen ausgedehnte Reichsgesetz der Landesverweisung vom 4. Juli 1872 zurückgenommen werde. Zur Begründung setzten sie (6. November 1889) auseinander, daß das Plazet in Glaubenssachen durch das Konkordat aufgehoben sei und sich in allen kirchenpolitischen Verordnungen der bayerischen Staatsregierung nur auf das bischöfliche Kirchenamt beziehe. In den Verordnungen des Königs Ludwig I. werde zwischen dogmatischem und oberhirtlichem Inhalt eines bischöflichen Erlasses unterschieden und das Plazet nur auf letztern angewendet. Unter König Max II. sei der Glaubenssatz von der unbefleckten Empfängnis

[1] Amtsblatt a. a. O. Nr. 15, München den 25. Mai 1889.

Mariens ohne Plazet verkündet und ein Priester, welcher wegen Verneinung desselben exkommuniziert worden sei, von der Staatsregierung als Ketzer behandelt worden. Die Antragsteller wiesen nach, daß es dem ganzen Wesen und den Institutionen der katholischen Kirche widerspreche, wenn eine Regierung die dogmatischen Lehrsätze prüfe, ob sie verkündigt werden dürfen. Das Plazet in Glaubenssachen sei eine Bevormundung der Kirche, eine angemaßte Einmischung in ihr göttliches Lehramt und ein Angriff auf die Freiheit der verfassungsmäßig anerkannten Kirche. Die liberalen, regierungsfreundlichen Abgeordneten verwarfen die kirchenpolitischen Anträge der Zentrumsfraktion und führten zum Beweise ihrer gegenteiligen Ansicht an, daß in der Landtagssitzung am 27. Januar 1872 aus Anlaß einer Beschwerde des Bischofs von Augsburg über die verfassungswidrige Beschützung des altkatholischen Pfarrers in Mehring seitens der Staatsregierung mit Stimmengleichheit der Beschluß gefaßt worden sei, es könne das Plazet auch auf Glaubenssachen ausgedehnt werden. Nach § 38 des Religionsediktes dürfen die öffentlichen und Privat-Kirchengesellschaften ihre inneren Angelegenheiten und ihre Glaubenslehre nur unter der obersten Staatsaufsicht anordnen. Das Plazet müsse zum Schutze der Gewissensfreiheit und zur verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Konfessionen erhalten werden, weil ohne dasselbe die katholische Kirche das ganze Unterrichtswesen und die Ehegesetzgebung in den Kreis ihrer Glaubens- und Sittenlehre ziehen könnte. Dem Religionsedikte gaben sie den Vorzug vor dem Konkordat, weil dieses erst nach Verkündigung der II. Verfassungsbeilage mit dem Plazet veröffentlicht worden sei. Die Zentrumsfraktion entgegnete ihnen, daß der König von Bayern zur Zeit des Abschlusses des Konkordates an keine Verfassung gebunden gewesen sei und sich verpflichtet habe, in die Verfassungsurkunde nichts aufzunehmen, was dem Inhalte des Konkordates widerspreche. Durch eine Allerhöchste Verordnung vom 7. November 1818 sei entschieden worden, daß „der auf die Verfassung geleistete Eid auf Gegenstände der Religionslehre keine Beziehung habe". König Max I. habe in seiner Tegernseer Erklärung ausdrücklich ausgesprochen, daß der Verfassungseid zu nichts verpflichte, was den katholischen Kirchensatzungen widerstreiten würde[1].

Der Kultusminister Freiherr von Lutz verteidigte seine kirchenpolitische Verwaltung mit dem Eide, den er auf die Verfassung geleistet habe, und darin stehe der Staatsregierung ein „Schutz- und Aufsichtsrecht" in Glaubenssachen zu. Für ihn sei in der Kirchenpolitik nur die Verfassung und das Religionsedikt maßgebend; er sei jedoch weit entfernt, ein Dogma der Kirche zu gestatten oder zu verbieten, sondern er wolle mit dem Plazet nur prüfen, in welchen Fällen er der Kirche den verfassungsmäßigen Schutz („weltlichen

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 6.—8. November 1889.

Arm") zur Verfügung stellen solle, ohne das Staatsinteresse zu schädigen. In der altkatholischen Sache suchte er sein Verhalten gegen jede Anklage mit der Angabe zu schützen, daß er den Professor Reinkens nicht als Bischof anerkannt und ihm keine Erlaubnis zu geistlichen Amtsverrichtungen in Bayern gegeben habe; er gestand jedoch ein, daß er und die anderen Minister den Plan, mittels der Altkatholiken und des Professors von Döllinger eine deutsche Nationalkirche zu gründen, in Erwägung gezogen haben. Als Freiherr von Lutz am Schlusse seiner Rede behauptete, daß die deutschen Regierungen die vatikanischen Dekrete als staatsgefährlich erklärt haben und noch auf diesem Standpunkte stehen, verkündigte die Zentrumsfraktion (8. November) ihren schon vorbereiteten Beschluß, daß sie ihren Eid auf die Verfassung nicht mit Anerkennung des Plazets für Glaubenslehren geschworen habe und gegenüber der Stellungnahme des Kultusministers eine dem entsprechende Haltung bei Beratung des Kultusbudgets einnehmen werde. Die Anträge in betreff des Plazets und der Altkatholiken wurden mit 81 Stimmen des Zentrums gegen 78 Stimmen der liberalen Partei angenommen; den letzteren schlossen sich vier konservative Protestanten an, welche nur mit Hilfe der Katholiken zu Landtagsabgeordneten gewählt worden waren. Nicht so lebhaft verlief die Verhandlung über Aufhebung der Verbannung der Redemptoristen, welche nach dem Gutachten altkatholischer und protestantischer Gelehrten von dem Bundesrat für verwandt mit den Jesuiten gehalten worden waren. Die Zentrumsmitglieder bewiesen, daß die Kongregation der Redemptoristen mit dem Jesuitenorden nicht verwandt sei, so klar und unwiderlegbar, daß die liberalen Gegner keine Einwendung machen konnten. Freiherr von Lutz beschränkte sich in seiner kurzen Antwort auf eine Zusicherung, daß die Regierung den Versuch machen wolle, beim Bundesrat die Rückberufung der Redemptoristen zu beantragen, weil sie irrtümlich für verwandt mit den Jesuiten gehalten worden seien[1].

Die Reichsräte beklagten die kirchenpolitische Aufregung in Bayern und waren von dem Bedürfnis nach einer Verbesserung der Verhältnisse in einer das Gewissen der Katholiken beruhigenden Weise und nach Frieden zwischen Kirche und Staat überzeugt. Sie einigten sich in dem Beschlusse, es sei dem Ermessen der Regierung zu überlassen, die Altkatholiken als gesonderten Religionsverein zu behandeln, sobald die kirchlichen Oberbehörden festgestellt haben, daß die Altkatholiken nicht nur wegen Verneinung der vatikanischen Konstitutionen, sondern auch wegen anderer Glaubensartikel außerhalb der römisch-katholischen Kirche stehen. Mit dieser Abstimmung verurteilte die Reichsratskammer den Standpunkt des Kultusministers in der Sache der Altkatholiken und in seiner Antwort auf das bischöfliche Memorandum, ob-

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 8. und 13. November 1889.

gleich die große Mehrzahl derselben liberal und regierungsfreundlich gesinnt war. Über die Rückkehr der Redemptoristen nach Bayern wurde kein Beschluß mehr gefaßt, weil sie der Freiherr von Lutz bereits in Aussicht gestellt hatte [1].

Die Staatsminister waren mit der Abstimmung der Reichsräte über die Altkatholiken einverstanden und glaubten, daß die Zentrumsfraktion mit dem an Bedingungen geknüpften Beschlusse zufriedengestellt worden sei; allein diese erklärte, daß die aus politischen Gründen zur Ablehnung beantragten neuen und nicht notwendigen Postulate im Kultusbudget im Betrage von dritthalb Millionen Mark nicht verhandelt werden, wenn nicht von der Staatsregierung der Ausschluß der Altkatholiken aus der katholischen Kirche anerkannt und das königliche Plazet nicht mehr in der Glaubens- und Sittenlehre angewendet werde [2]. Die bischöflichen Ordinariate beeilten sich, an das Kultusministerium Denkschriften mit der Darlegung zu schicken, daß die Altkatholiken von dem Vatikanischen Konzil und dem Papste Pius IX. exkommuniziert seien und laut ihrer Katechismen nicht bloß die päpstliche Unfehlbarkeit, sondern auch den Primat des Papstes und die unbefleckte Empfängnis Mariens verneinen. Hierauf erwiderte Freiherr von Lutz (15. März 1890), daß die Staatsregierung die Altkatholiken für ausgeschlossen aus der katholischen Kirche erachte, jedoch nicht wegen Verneinung der päpstlichen Unfehlbarkeit, sondern wegen Verleugnung der unbefleckten Empfängnis, wodurch sie sich der Ketzerei schuldig gemacht hätten. In einer Ministerialentschließung (10. April) gab er dem Ausschusse des altkatholischen Landesvereins in München bekannt, daß die Altkatholiken von der Regierung nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt werden, sondern vielmehr ihre Rechte bezüglich der Religionsausübung nach der II. Verfassungsbeilage zu bemessen seien [3]. Nach wenigen Tagen nahm Lutz wegen schwerer Erkrankung seine Entlassung, und nach zehnmonatlichem schmerzlichen Leiden starb er, versöhnt mit der römisch-katholischen Kirche, welche er nach dem Beispiele der preußischen Kulturkämpfer zwanzig Jahre verfolgt und deren geistige Macht er, wie der Reichskanzler Bismarck, unterschätzt hatte. Zum Kultusminister wurde der Polizeipräsident Dr. von Müller, der sich an Allerhöchster Stelle eines großen Vertrauens erfreute, und zum Ministerpräsidenten der Freiherr von Crailsheim (31. Mai 1890) ernannt.

Den Altkatholiken blieb kein anderer Ausweg, als ihre Glaubensformeln und kirchliche Verfassung der Staatsregierung zur Einsicht und Prüfung vorzulegen und um gesetzliche Anerkennung einer Privatkirchengesellschaft zu

---

[1] Bayerische Kammerverhandlungen der Reichsräte vom 22. Januar und 10. Februar 1890.

[2] Ausschußverhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer v. 14. Februar 1890.

[3] Amtsblatt a. a. O. Nr. 7, den 18. März 1890, S. 47—52.



bitten. Mit diesem Erfolge begnügte sich die Zentrumsfraktion der Abgeordnetenkammer in der Überzeugung, daß zur Zeit in der Kirchenpolitik nicht mehr erreicht werden könnte; sie bestand aber auf ihrer Auslegung der Verfassung, daß das Plazet sich nicht auf die Glaubens- und Sittenlehre erstrecke, und auf ihrer Erklärung, daß sie den Verfassungseid nicht mit Anerkennung des Plazets für Glaubenssachen geschworen habe. Ohne besondere Beanstandung bewilligte sie die im Kultusbudget beantragten Geldforderungen und einigte sich mit der Reichsratskammer über eine Abänderung des Gebührengesetzes und des Malzaufschlaggesetzes von 1879, welches nicht mehr für eine einzelne Finanzperiode, sondern für die Dauer gegeben wurde. Als die Regierungsvorlage über Einführung des Reichs-Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zur Beratung gelangte, wurden von beiden Seiten des Hauses berechtigte Klagen vorgebracht, daß der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen eine gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe, der Frauen- und Kinderarbeit und eines Normalarbeitstages von einer Reichstagssitzung zur andern verschieben [1]. Die Entscheidung über eine allgemein angestrebte Arbeiterschutz-Gesetzgebung lag in der Hand des Deutschen Kaisers.

Wilhelm II. hatte im Spätherbste (1889) eine Reise durch Italien und Griechenland nach Konstantinopel gemacht, wo er von dem Sultan Abdul Hamid II. (2. November) mit unübertroffenem Prunk und von der deutschen Kolonie, den Türken und Griechen mit begeistertem Jubel empfangen wurde; er war der erste Kaiser, welcher Stambul seit dessen Eroberung durch die Osmanen betrat. Alle muhammedanischen Völkerschaften vom Balkan bis Asien, Arabien und Afrika fühlten sich durch den Besuch des mächtigsten Herrschers des Abendlandes in ihrem Oberhaupte, dem Großherrn Abdul Hamid, geehrt. Seitdem stieg der deutsche Einfluß in Konstantinopel und der Türkei in der Verwaltung, in Handel und Verkehr, sowie im Heerwesen, welches schon seit mehreren Jahren von deutschen Offizieren organisiert und geleitet wurde. Während der Abwesenheit des Kaisers bewilligten die Reichstagsabgeordneten zur Fortsetzung des Krieges gegen die arabischen Sklavenhändler in Ostafrika und zur Errichtung einer Reichspost-Dampfschiffahrt nach dem Orient zwei Millionen Mark; denn der Handel nach dem Morgenlande nahm in jedem Jahre einen größern Aufschwung. Die deutschen Kaufleute und Industriellen errangen sich in China, Japan und Australien ein erhöhtes Ansehen und fingen an, die Engländer zurückzudrängen [2]. Die deutschen Kolonien in Ost- und Westafrika verursachten dem Reich große Kosten, und erst in ferner Zukunft war auf Handelsvorteile und finanziellen

---

[1] Bayerische Landtagsverhandlungen vom 21.—29. März 1890.

[2] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 28. November und 6. Dezember 1889 bis 25. Januar 1890.

Gewinn zu rechnen, weil die Anlegung von Kolonien durch die klimatischen Verhältnisse nicht begünstigt wurde. In Ostafrika hatte der Reichskommissär, Hauptmann Wißmann, den Araberhäuptling Buschiri in blutigen Gefechten an der Meeresküste, unweit des Hafenplatzes Bagamoyo, (Oktober und November 1889) besiegt und ihn bis in das Usagaraland verfolgt, wo er von den Einwohnern aus Geldgier gegen 10 000 Rupien, welche auf seinen Kopf gesetzt waren, ausgeliefert wurde. Der Reichskommissär behandelte Buschiri als Rebellen und ließ ihn sofort standrechtlich henken. Der arabische Häuptling Bwana-Heri sammelte im Norden des deutschen Schutzgebietes eine Heeresabteilung und rückte gegen die Station Pangani vor, um die Hinrichtung Buschiris zu rächen; er wurde in mehreren hartnäckigen Gefechten (Januar und März 1890) von den deutschen Schutztruppen in das Innere des Landes zurückgeschlagen und mußte um Frieden bitten[1]. Seitdem konnte die Verwaltung der deutschen Kolonien unbesorgt die Anlage von Faktoreien und die Pflanzungen von Ölpalmen wieder aufnehmen, und die katholischen Missionäre von Deutschland kehrten nach Ostafrika zurück, um die Benediktusmission größer und schöner als bisher wieder aufzubauen. In der schwierigen Kriegführung auf unwegsamem Gebiete wurde Wißmann von den bayerischen Offizieren Freiherrn von Gravenreuth und Dr. Schmidt, einem strebsamen Geologen, durch geschickte Operationen unterstützt. Kaiser Wilhelm II. beförderte Wißmann zum Major und verlieh dem Hauptmann Freiherrn von Gravenreuth einen Orden zur Anerkennung ihrer Entschlossenheit, Vorsicht und Tapferkeit, und der Reichstag sprach ihnen öffentlichen Dank aus.

Im Reichstag führte eine Regierungsvorlage über Abänderung des Sozialistengesetzes von 1878 zu einer lebhaften Beratung; es wurde darin die Landesverweisung, der Belagerungszustand und das Verbot sozialdemokratischer Versammlungen und Zeitschriften gemildert, aber das ganze Gesetz für die Dauer bestimmt. Hierüber wurde lange, jedoch erfolglos verhandelt, weil der Reichskanzler auf der Ausweisungsbefugnis beharrte und die Reichstagsabgeordneten sie ablehnten. Die elf sozialdemokratischen Abgeordneten wehrten sich gegen ein Ausnahmegesetz, welches zur Unterdrückung ihrer Partei und zu gunsten der Großindustriellen, Kapitalisten und Großgrundbesitzer gegeben worden sei. Mit großer Befriedigung erinnerten sie an die Erfolglosigkeit eines solchen Gesetzes, denn die Sozialdemokratie in Deutschland sei die bestorganisierte und stärkste in ganz Europa[2]. Ihre Reden stimmten vollkommen mit der Wirklichkeit überein. In den Fabrikbezirken

[1] „Weißbuch" der Reichsregierung, Berichte Wißmanns und Gravenreuths vom 6. Oktober bis 17. November 1889 und vom Januar bis März 1890. Reichsgesetzblatt vom 8. Februar und 25. April 1890.

[2] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 24. u. 25. Januar 1890.

und den größeren Städten vermehrten sich die verarmten Bürger des Mittelstandes und die notleidenden Arbeiterfamilien von Jahr zu Jahr, und ihre Unzufriedenheit mit ihrem Lose und ihr Haß gegen die besitzenden Klassen wuchs. Die Arbeiter in allen Fächern des Handwerkes und in allen Zweigen der Industrie waren unausgesetzt bemüht, ihre Lage zu verbessern und die Arbeitgeber durch Arbeitseinstellungen („Streiks") zur Erhöhung der Löhne zu zwingen, wozu sie vielfach durch eine unchristliche Behandlung von seiten der meisten Kapitalisten und Fabrikherren und durch eine fortwährende Preissteigerung der Lebensmittel angetrieben wurden. Zuerst brach der Ausstand (Streik) unter den rheinisch-westfälischen Bergleuten in ungeahnter Größe und Stärke aus und verbreitete sich über die oberrheinischen, sächsischen und schlesischen Kohlenreviere. Viele industrielle Werke mußten wegen Mangels an Kohlen den Betrieb einstellen und mehrere tausend Arbeiter unfreiwillig feiern. Zur Erhaltung der Ordnung wurden Truppen abgeordnet, und es kam zwischen den ausständischen Arbeitern und den Soldaten zu blutigen Zusammenstößen. Abgeordnete der Bergleute und der Arbeitgeber reisten nach Berlin zum Kaiser, um seine Vermittlung anzurufen. Wilhelm II., ein gegen alle Stände des Volkes von christlicher Gesinnung beseelter Monarch, besprach die wichtige Sache mit beiden Parteien und förderte die Ausgleichsverhandlungen. Es wurde den Bergleuten eine abgekürzte Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne gewährt. Wie die Bergleute, so stellten zu gleichem Zwecke die anderen Handwerker die Arbeit ein und setzten durch Verhandlungen mit ihren Fachmeistern und Fabrikherren eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Steigerung ihrer Löhne durch. Eine Wiederholung der Streiks war noch immer zu befürchten, weil die Forderungen der Arbeiter nicht vollständig bewilligt worden waren. Die Bewegung der Arbeiter würde für den Staat gefährlich werden, wenn sie sämtlich in das Lager der Sozialdemokraten übergingen; denn der Einfluß dieser Umsturzpartei war bis zu einer bedenklichen Höhe gestiegen. In der letzten Reichstagswahl (Februar 1890) wurden 35 Sozialdemokraten gewählt, und die bayerische Haupt- und Residenzstadt war im Reichstag zur Schändung der Geschichte Münchens nur durch Sozialdemokraten vertreten.

Kaiser Wilhelm II. erkannte die große Bedeutung der Arbeiterbewegung und übernahm aus eigenem Antrieb und selbständig das schwierige Werk eines Arbeiterschutz-Gesetzes. Vor der Ausführung verhandelte er mit den deutschen Bundesfürsten und berief (14. Februar 1890) den preußischen Staatsrat nach Berlin, damit dieser ihm ein Gutachten über die Maßnahmen gäbe, welche zur bessern Regelung der Lebensverhältnisse des Arbeiterstandes „im Geiste der christlichen Sittenlehre" erforderlich seien. Zugleich erging an alle europäischen Staaten eine Einladung zu einer Arbeiterschutz-Konferenz in Berlin, um eine internationale Verständigung über Vorschriften zu

gunsten der Arbeiter herbeizuführen und die deutsche Industrie bei einer größern Belastung der Produktionskosten gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen[1]. Papst Leo XIII. wurde hierüber durch ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers in Kenntnis gesetzt, „weil er stets im Geiste des göttlichen Stifters das Los der Armen und Verlassenen der menschlichen Gesellschaft zu verbessern gesucht habe". Der Heilige Vater beglückwünschte Wilhelm zu seinem großen Unternehmen und versprach ihm, daß er zur Hebung der Lage der arbeitenden Bevölkerung nach Kräften beitragen werde. Reichskanzler Fürst von Bismarck widerstrebte einem Arbeiterschutze, den sich der Kaiser zur Aufgabe gemacht hatte. Auch mißbilligte er das Fallenlassen des Sozialistengesetzes; er wollte es vielmehr verschärfen, weil die Sozialdemokraten nach seiner Ansicht um so begehrlicher werden, je mehr man ihren Forderungen nachgebe. Zugleich wollte er das allgemeine Wahlrecht aufheben, um die Sozialdemokraten vom Reichstag fernzuhalten. Außerdem beschwerte sich Bismarck, daß die ihm untergebenen Staatsminister mit dem Kaiser und König über Regierungssachen referierten, ohne vorher sein Gutachten eingeholt zu haben. Seit 27 Jahren war er an eine Alleinherrschaft in der innern und äußern Politik Preußens und Deutschlands gewohnt und glaubte, daß der junge Kaiser ihn nicht entbehren könnte. Wilhelm II. wollte neben sich keinen andern Herrscher haben und bestand auf dem Erlöschen des Sozialistengesetzes und der Beseitigung der sozialen Gefahren durch friedliche Reformen. Fürst Bismarck nahm seine Entlassung in der Voraussetzung, daß sie ihm der Kaiser, wie einst dessen Großvater Wilhelm I., in Anbetracht seiner großen Verdienste um Preußen und das Hohenzollerische Haus nicht geben werde; er täuschte sich. Wilhelm entließ ihn und ernannte (20. März 1890) den vielseitig gebildeten und konservativen General von Caprivi zum deutschen Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten.

Alle europäischen Staaten, mit Ausnahme der Türkei und Rußlands, schickten Bevollmächtigte nach Berlin zur Arbeiterschutz-Konferenz und einigten sich in kurzer Zeit in der Annahme gemeinsamer Satzungen über die Kinder- und Frauenarbeit in Bergwerken, Fabriken und Anlagen, über die tägliche Arbeitszeit, die Sonntagsruhe, gewerbliche Schiedsgerichte, Aufsichtsbehörden, Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit und über das Verhältnis zwischen Lehrlingen, Gehilfen und Meister. Zur Durchführung des neuen Gesetzes wurde der Reichstag vor der gewöhnlichen Zeit schon im Frühling (6. Mai 1890) einberufen. Die Reichsversammlung bot nach der Neuwahl ein ganz verändertes Bild. Die frühere Kartell- oder Bismarckspartei, welche bisher mit ihrer Mehrheit den ganzen Reichstag beherrscht hatte, verlor in der letzten Wahl 90 Stimmen; das Zentrum aber,

[1] „Deutscher Reichsanzeiger", Berlin den 5. Februar 1890.

von Bismarck „der feste Turm“ genannt, zählte 106 Mitglieder, welche durch den Beitritt hospitierender Welfen um sieben vermehrt wurden. In der kaiserlichen Thronrede waren die Grundzüge des neuen Arbeiterschutzgesetzes angegeben und zum Staunen aller politischen Parteien 58 Millionen zur fortgesetzten Verstärkung des Heeres, und für das deutsche Schutzgebiet in Ostafrika 4½ Millionen gefordert. Die Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten überzeugte sich aus dem Berichte des Kriegsministers von Verdy du Vernois, daß die Franzosen infolge ihres neuen Wehrgesetzes der deutschen Streitmacht, namentlich in der Artillerie, um 7000 Mann in der Friedenspräsenz überlegen seien, und sie bewilligte zur Verstärkung des deutschen Heeres bis zu jährlich 487 000 Mann die nötigen Gelder bis zum Ablaufe des Septennates (Ende März 1894); sie stellte aber den Antrag, die Reichsregierung möge die einjährige Bewilligung der Friedenspräsenz und die zweijährige Dienstzeit in Erwägung ziehen. Bei Beratung des Postulates für die deutschen Kolonien in Ostafrika verwarfen die Sozialdemokraten und die Deutschfreisinnigen jede Kolonialpolitik, weil sie nur den Großhändlern Gewinn bringe, das deutsche Volk aber, welches für die Kolonien große Geldopfer bringe, leer dabei ausgehe. Der Minister des Auswärtigen, Staatssekretär Freiherr von Marschall, suchte ihre Angriffe durch die Mitteilung abzuwehren, daß der nördliche Teil des deutsch-ostafrikanischen Schutzgebietes bereits unterworfen und im Süden die Küstenplätze Kilwa, Lindi und Mikindani, die bedeutendsten Sitze arabischer Sklavenhändler, von Major Wißmann (April und Mai 1890) erobert und besetzt worden seien. Auch der Handel hebe sich auf diesem Küstenlande mit fruchtbaren Landschaften von Jahr zu Jahr. Der Reichskanzler von Caprivi führte in seiner Verteidigung der Regierungsvorlage aus, daß er für eine deutsche Kolonialpolitik nicht begeistert sei; allein da man einmal mit dem Werke angefangen habe, könne man es ohne Verlust an Ehre und Geld nicht aufgeben. Die Zentrumsfraktion hatte eine Kolonisation in Ostafrika niemals befürwortet, weil dadurch die Ausgaben für die Kriegsflotte gesteigert und die Kosten des Landheeres eine unerträgliche Belastung des deutschen Volkes werden; sie war jedoch geneigt, weitere Geldopfer zu bringen, um die Sklaverei zu bekämpfen und das Christentum auszubreiten. Die für Ostafrika geforderten Millionen wurden mit großer Stimmenmehrheit genehmigt [1].

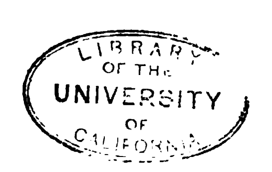
Die Engländer wurden besorgt, daß durch die Ansiedlungen der Deutschen und ihre militärischen Fortschritte in Ostafrika die Interessen der Britisch-ostafrikanischen Gesellschaft, besonders im Handel, beeinträchtigt werden. Zur Erhaltung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Großbritannien und zur Förderung der Kultur schloß der Kaiser Wilhelm II.

---

[1] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 6.—23. Mai 1890.

mit der englischen Regierung (1. Juli 1890) einen Vertrag, in welchem die Grenzen der beiderseitigen Schutzgebiete in Ost- und Südwestafrika und im Togogebiet festgestellt und in beiden Staaten Kultus- und Unterrichtsfreiheit, ungehinderte Freizügigkeit und Handelsfreiheit eingeführt wurden. Der Deutsche Kaiser trat an England das Protektorat über Zanzibar, Witu und Somaliland ab und erhielt hierfür die Insel Helgoland, welche einst zu Schleswig-Holstein (Dänemark) gehört hatte und seit dem Jahre 1807 nach Vertreibung der Dänen von den Engländern besetzt worden war. Das für den Handel wichtige Küstengebiet in Ostafrika mit mehreren Hafenplätzen und die Insel Mafia blieben unter dem Protektorat des Deutschen Reiches[1]. Helgoland wurde mit Zustimmung des deutschen Reichstages wieder mit Schleswig-Holstein (Preußen) vereinigt[2]; es ist zwar ein kleines Eiland mit nur 2100 Einwohnern, hat aber die vorzüglichsten Seebäder in Europa und bietet durch seine Lage gegenüber den Elbe- und Wesermündungen während eines Seekrieges den strategischen Vorteil, daß in einem festen Hafen deutsche Torpedoboote ruhig liegen und eine feindliche Flotte mit Erfolg angreifen können, wenn der Gegner eine Landung an der Küste Norddeutschlands versuchen würde. Die deutsche Oberkriegsleitung hat nicht mehr nötig, an der Nordseeküste ein Beobachtungsheer, wie im Feldzug 1870, aufzustellen.

[1] „Deutscher Reichsanzeiger", Berlin den 17. Juni 1890.
[2] Stenographierte deutsche Reichstagsverhandlungen vom 2., 4. u. 9. Dezember 1890.

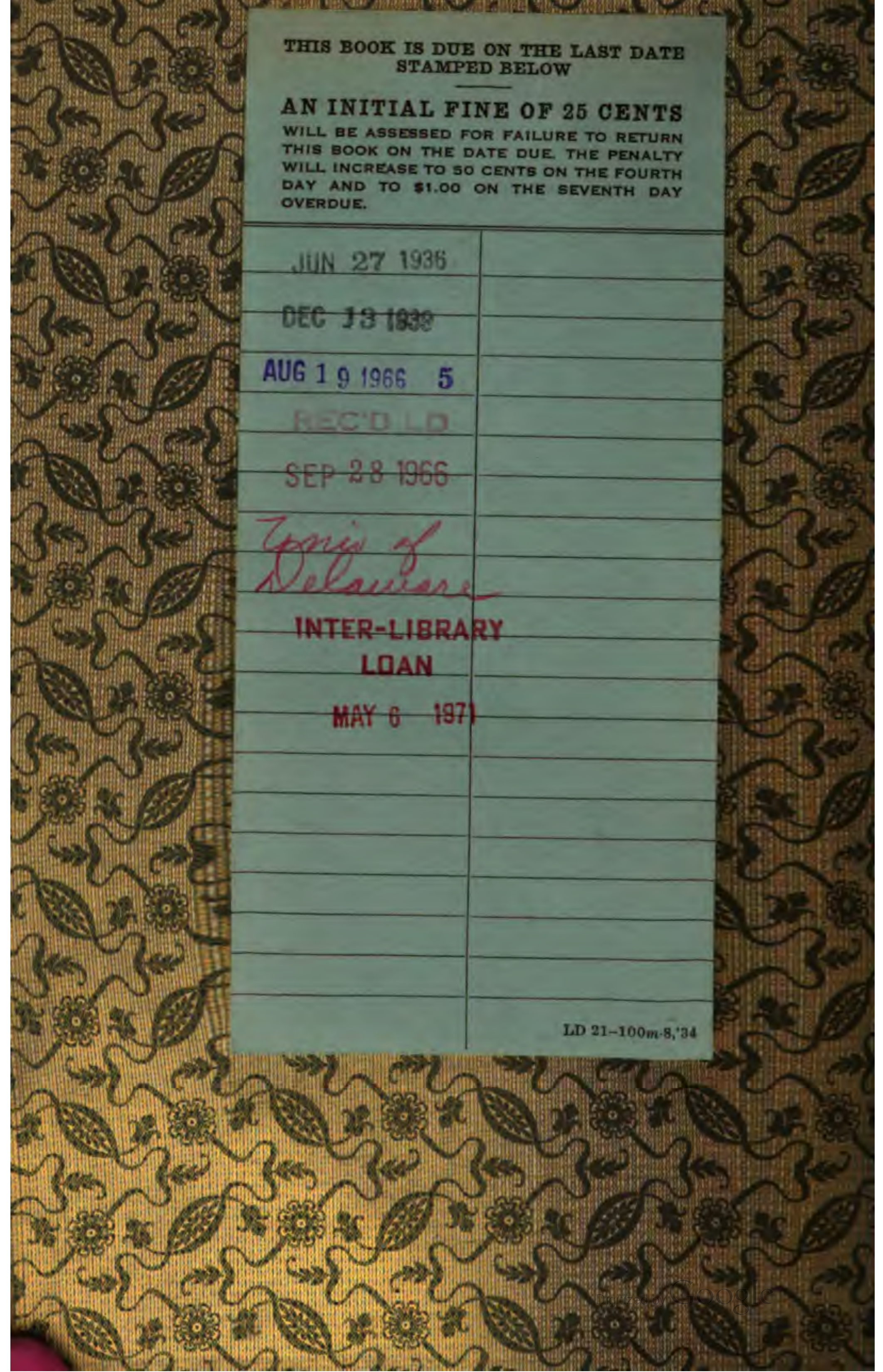


Personen- und Sachregister.

(Die römischen Ziffern I und II bezeichnen den Band und die arabischen die Seitenzahl.)

*) Die hier fehlenden Namen finden sich unter K oder Z.






YC 43658
Schreiben
113060
DD801
B35S4
v.2
Digitized by Google

